

Campbell

JULI-DEZEMBER 1950

$$5/\overline{11}$$
[illegible]

VERLAG EUROPA-ARCHIV · FRANKFURT AM MAIN

Inhalt

Verzeichnis der Beiträge	5*
Verzeichnis der Dokumente	5*
Sachverzeichnis	8*
Personenverzeichnis	20*
Bibliographie	24*
Weltgeschehen des Monats	24*
Neueingänge in unserem Archiv	24*
Verzeichnis der Abkürzungen	24*

Erläuterungen

Im Sach- und Personenverzeichnis sind die Seitenzahlen des zu einem Stichwort gehörenden Hauptbeitrages durch fetteren Druck hervorgehoben.

Berichtigungen

In Folge 13/1950, Seite 3145, linke Spalte oben, muß es statt Hofmannsthals Universität: Hofmannsthals Universalität und in der 40. Zeile statt Universität: Universalität heißen.

Folge 18/1950, Seite 3354, rechte Spalte, 17. Zeile von oben, lies: Carl von Campe (Deutschland DP), nicht CDU.

Herausgeber: Wilhelm Cornides (Co.)

Hauptschriftleiter: Hermann Volle (H. V.)

Verlag: Europa-Archiv, Wilhelm Cornides, Oberursel (Taunus)
bei Frankfurt am Main.

Anschrift der Schriftleitung: Frankfurt am Main, Eschersheimer
Landstraße 86, Telefon 58 083.

Druck: Druck- und Verlagshaus Frankfurt a. M. GmbH., Frank-
furt a. M., Schillerstraße 19.

Verzeichnis der Beiträge

Umschau

- Klärung in Straßburg. „Straßburg Europa“ als Konzeption und Wirklichkeit. Von Wilhelm Cornides 3343
Die deutsche Europapolitik vor der Entscheidung. Von Wilhelm Cornides 3463
Weder Yogi noch Kommissar. Von Wilhelm Cornides 3575

Geist und Gegenwart

- „Allen Dingen untertan.“ Das Werk Hugo von Hoffmannsthal 3143
Europa und seine Kultur. Von Denis de Rougemont, Genf 3183
Die Bewegung für Moralische Aufrüstung. Von Dr. Karl Cornides 3223
Diagnose der Theaterkrise. Von Dr. Siegfried Melchinger 3303
Grundlinien der sowjetischen Geschichtsforschung im Zeichen des Stalinismus. Von Dr. Georg von Rauch
Teil 1 3383
Teil 2 3423
Teil 3 und Schluß 3489
Franz Kafka. Einführung und Bibliographie. Von Hans Detlef Lührsen 3527
Psychische Hygiene. Von Dr. med. R. K. Jech, Wien 3563
Die literarische Jugend Europas. Von Dr. Hermann Schreiber, Wien 3605

Politisches Archiv

- Schuman-Plan und Atlantikpakt.
Teil 1. Von Hermann Volle 3147
Teil 2. Von Hermann Volle 3464
Teil 3. Von Wilhelm Cornides und Hermann Volle 3503
Materialien zur Geistesgeschichte des deutschen Widerstandes gegen das nationalsozialistische Regime.
Vorbemerkung von Wilhelm Cornides 3187
Die Verfassungs- und Verwaltungsreformpläne der deutschen Opposition gegen Hitler zum 20. Juli 1944. Von Werner Münchheimer 3188
Stauffenberg. Das Bild des Täters. Von Dr. Karl Josef Partsch 3196
Das politische Programm des Europarates. Von Wilhelm Cornides 3227
Die britische Diplomatie im Wandel der Nachkriegszeit. Der auswärtige Dienst und die Aenderung der britischen Gesellschaftsstruktur. Von Hermann Volle 3263
Quellen zur Erforschung der Geschichte des Dritten Reiches. Die Dokumentenedition der amtlichen deutschen Ausgabe des Verfahrens gegen die Hauptkriegsverbrecher. Von Dr. Hans-Günther Seraphim 3307
Die Straßburger Konsultativversammlung vor den Grundfragen der Europäischen Einigung. Politische Ergebnisse des ersten Abschnitts der zweiten Sitzungsperiode vom 7. bis 28. August 1950. Von Wilhelm Cornides 3347
Mussolinis Ueberfall auf Griechenland im Oktober 1940. Von Dr. Georg Vogel 3389
Die britische Außenpolitik seit 1945. Von Christopher Mayhew, London 3433
Der „Colombo-Plan“. Die politische Tragweite der Commonwealthpläne für Südostasien. Von Dr. Heinz Fischer-Wollpert 3543

- Die Diskussion über den deutschen Verteidigungsbeitrag. Von Wilhelm Cornides und Hermann Volle 3576

Wirtschafts-Archiv

- Bewässerungs- und Energieprojekte im Mittleren Osten. Strombauverwaltungen nach dem Vorbild der Tennessee Valley-Authority. Von Feliks Borchenski und William Diamond.
Teil 1 3159
Teil 2 und Schluß 3237
Mittel und Wege der Steigerung der Arbeitsproduktivität in der Sowjetunion.
Teil 1 3275
Teil 2 und Schluß 3311
Einkommensschichtung und Lebensstandard in Großbritannien. Eine Studie über die Entwicklung von Löhnen, Gehältern und Gewinnen in der Nachkriegszeit 3399
Europäische Auswanderung und Binnenwanderung in der Nachkriegszeit. Eine Zwischenbilanz. Von Prof. Dr. Hugo Grothe, München-Starnberg 3441
Die strukturellen und ständigen Ursachen der Arbeitslosigkeit in Belgien. Von Marcel Laloire, Brüssel 3449
Soziale Arbeit in der freien Welt. Nach Referaten und Berichten der 5. Internationalen Konferenz für Soziale Arbeit im Juli 1950. Von Dr. Erika Becker, Frankfurt a. M. 3479
Lage und Aussichten der Wirtschaft West-Berlins. Die wirtschaftliche Entwicklung seit 1948 und die Voraussetzungen für eine günstige Entwicklung 3485
Neue Projekte der sowjetischen Wasserwirtschaft. Von Dipl.-Ing. Alexander Sieger 3549
Europas Kraftstofflage. Von Professor Dr. Karl Krüger, Berlin 3597

Internationale Berichte

- Die Liberalisierung des Welthandels. Ein Bericht über die Durchführung des Allgemeinen Abkommens über Zolltarife und Handel auf Grund der vierten Internationalen Handelskonferenz in Genf vom 23. Februar bis 3. April 1950 3201
Die amtliche Geschichtsschreibung über die britische Kriegswirtschaft. Von Dr. jur. Hellmuth Bauer 3249
Der Abschluß der westdeutschen Reparationsleistungen. Der vierte Bericht der Interalliierten Reparationsagentur in Brüssel 3281
Der zwanzigste Jahresbericht der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich in Basel 3319
Energie- und Bewässerungsprojekte in der Sowjetunion. Beschlüsse des Ministerrats der Union der SSR 3521

Internationale Statistik

- Die Entwicklung der europäischen Zahlungsbilanz 1947—1949. Von Hermann Volle 3291

Verzeichnis der Dokumente (nach der Zeitfolge)

- Memorandum der britischen Regierung an Amerika aus der Kriegszeit über die Opfer des britischen Bürgers 3251

Kommuniqué der Pariser Dreimächtekonferenz vom 11. November 1949	3153	Erklärung des japanischen Außenministeriums vom 1. Juni 1950 über den Abschluß eines Friedensvertrages	3331
Auszüge aus dem Bericht der Interalliierten Reparationsagentur in Brüssel für 1949	3283	Resolution der Internationalen Sozialistischen Konferenz in Kopenhagen vom 1. bis 3. Juni 1950 über Sozialismus und Frieden	3253
Aus dem zwanzigsten Jahresbericht der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich über die künftige Entwicklung der europäischen Zahlungsbilanz	3292	Vereinbarungen der Deutschen Demokratischen Republik mit der Republik Polen: Kommuniqué über die Verhandlungen zwischen Polen und der Deutschen Demokratischen Republik vom 6. Juni 1950	3215
Kommuniqué des Verteidigungsausschusses des Nordatlantikrates vom 2. April 1950	3148	Die Warschauer Deklaration vom 6. Juni 1950 Abkommen über technische und wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit vom 6. Juni 1950	3329
Rede des französischen Ministerpräsidenten Bidault in Lyon vom 16. April 1950 über die Schaffung einer Obersten Alliierten Behörde	3149	Protokoll über kulturelle Zusammenarbeit vom 6. Juni 1950	3329
Rede des amerikanischen Außenministers Acheson vor der Gesellschaft amerikanischer Zeitungsverleger vom 22. April 1950 über die Haltung der Vereinigten Staaten und die Bekämpfung des Kommunismus (Sechspunkte-Programm)	3150	Rede Achesons vom 13. Juni 1950 vor der Bürgervereinigung von Dallas zum Prinzip ausgeglichener Kollektivstreitkräfte	3465
Rede des französischen Außenministers Schuman in Paris vom 26. April 1950 über eine Verstärkung der Zusammenarbeit zwischen den Ländern Europas und Nordamerikas	3151	Stikker-Plan, Aktionsplan für eine europäische wirtschaftliche Integrierung, veröffentlicht am 14. Juni 1950	3411
Kommuniqué des französischen Außenministeriums vom 9. Mai 1950 über die Pariser Besprechungen des britischen und französischen Außenministers vom 8. Mai 1950	3153	Pella-Plan, Vorschläge der italienischen Regierung zur wirtschaftlichen Integration Europas	3413
Der britisch-französische Gedankenaustausch über die französischen Vorschläge für die westeuropäischen Kohlen-, Eisen- und Stahlindustrien, Mai—Juni 1950. Depesche des britischen Außenministers an den britischen Botschafter in Paris vom 9. Mai 1950 Note des französischen Botschafters in London an den britischen Außenminister vom 9. Mai 1950	3167	Resolution der Internationalen Sozialistischen Konferenz in London vom 16. bis 18. Juni 1950 zur Koordinierung der europäischen Grundstoffindustrien	3254
Erklärung des britischen Premierministers vor dem Unterhaus am 11. Mai 1950	3167	Die Prager Deklaration vom 23. Juni 1950	3216
Protokoll über die britisch-französischen Gespräche vom 14. bis 19. Mai 1950	3168	Die Budapester Deklaration vom 24. Juni 1950	3215
Gespräch zwischen dem britischen und dem französischen Außenminister am 23. Mai 1950	3168	Das „Arbeitsdokument“ Jean Monnets für die Schaffung einer europäischen Montan-Union vom 24. Juni 1950	3409
Note des britischen Außenministers an den französischen Außenminister vom 25. Mai 1950	3168	Das deutsch-polnische Grenzabkommen vom 6. Juli 1950	3330
Französisches Memorandum vom 25. Mai 1950	3168	Vorschläge des französischen Finanzministers Maurice Petsche zur Schaffung einer europäischen Investitionsbank vom 7. Juli 1950	3557
Memorandum des Vereinigten Königreiches vom 27. Mai 1950	3169	Bericht des Ministerausschusses an die Konsultativversammlung des Europarates mit Uebersendungsschreiben vom 14. Juli 1950	3365
Bericht über die Unterredung zwischen dem britischen Staatsminister und dem französischen Botschafter am 28. Mai 1950	3169	Entschließung des Deutschen Bundestages vom 26. Juli 1950 für einen Europäischen Bundespakt	3360
Französisches Memorandum vom 30. Mai 1950	3170		Anm. 13
Memorandum des Vereinigten Königreiches vom 31. Mai 1950	3171	Kommuniqué des Ständigen Rates des Atlantikpaktes vom 28. Juli 1950 über die Bedeutung eines wirksamen gemeinsamen Verteidigungssystems	3467
Französisches Memorandum vom 1. Juni 1950	3172		Anm. 6
Memorandum des Vereinigten Königreiches vom 2. Juni 1950	3172	Britisches Memorandum vom 3. August 1950 über das britische Rüstungsprogramm	3468
Französisches Memorandum vom 3. Juni 1950	3173	Botschaft des Ministerausschusses an die Konsultativversammlung des Europarates vom 7. August 1950	3373
Sechs-Mächte-Kommuniqué vom 3. Juni 1950	3173	Die politischen Entschlüssen der Konsultativversammlung des Europarates im ersten Abschnitt der zweiten Sitzungsperiode vom 7. bis 28. August 1950: Präambel und Entschlüssen zur allgemeinen Politik des Europarates	3361
Kommuniqué des Vereinigten Königreiches vom 3. Juni 1950	3173	Vorschläge zur Stärkung der Politischen Autorität des Europarates	3362
Französisches Kommuniqué vom 3. Juni 1950	3174	Allgemeine Vorschläge zur Verwirklichung eines engeren politischen Zusammenschlusses	3364
Rede des amerikanischen Außenministers Acheson vor der Society of Pilgrims vom 10. Mai 1950 über die Einbeziehung Westdeutschlands in die westliche Gemeinschaft	3154	Die Rede Winston Churchills zur Frage der Schaffung einer europäischen Armee vor dem Europarat in Straßburg vom 11. August 1950	3374
Achesons Rechenschaftsbericht an den amerikanischen Kongreß vom 31. Mai 1950 über die Londoner Besprechungen	3465	Erklärung des deutschen Abgeordneten von Brentano vor der Konsultativversammlung des Europarates zum Resolutionsentwurf über die Schaffung einer europäischen Armee	3350
Begründung Trumans zur Gesetzesvorlage für militärische Auslandshilfe vom 1. Juni 1950	3472		

Resolution der Konsultativversammlung des Europarates zur Schaffung einer vereinigten europäischen Armee	3350
englischer Text	3360
Anm. 10	
Resolutionsentwurf von Abgeordneten der Konsultativversammlung des Europarates zur Frage eines Europäischen Bundespaktes und einer Europäischen Politischen Autorität	3360
Anm. 13	
Bundeskanzler Dr. Adenauer zur deutschen Sicherheitsfrage; Interview mit der New York Times am 17. August 1950	3515
Erklärung der Bruderschaft ehemaliger deutscher Offiziere vom 20. August 1950 zur Frage einer europäischen Wehrmacht	3509
Beschluß des Ministerrates der Union der SSR über das Projekt eines Wasserkraftwerks von Kujbyschew an der Wolga; in: Prawda vom 21. August 1950	3521
Presseerklärung des Bundeskanzlers Dr. Adenauer vom 23. August 1950 zur Frage der inneren und äußeren Sicherheit	3506
Gegenerklärung Dr. Schumachers vom 23. August 1950	3507
Erklärung Außenministers Acheson vom 23. August 1950 über die Konferenz der Alliierten Hohen Kommissare mit dem Bundeskanzler	3507
Erklärung des amerikanischen Hohen Kommissars McCloy über die Einbeziehung Deutschlands in die Verteidigung Westeuropas	3507
Sicherheitsmemorandum des Bundeskanzlers Dr. Adenauer an die Hohen Kommissare vom 30. August 1950	3581
Beschluß des Ministerates der Union der SSR über das Projekt eines Wasserkraftwerks von Stalingrad an der Wolga, der Bewässerung und Wasserversorgung der Kaspibezirke; in: Prawda vom 31. August 1950	3522
Anordnung einer Verstärkung der amerikanischen Landstreitkräfte in Europa durch Präsident Truman vom 9. September 1950	3473
Beschluß des Ministerrates der Union der SSR über das Projekt eines turkmenischen Hauptkanals Amu-Darja—Krasnowodsk, der Bewässerung und Wasserversorgung der Südbezirke der westturkmenischen Kaspi-Ebene, der Gebiete am Unterlauf des Amu-Darja und des westlichen Teils der Karakumwüste; in: Prawda vom 12. September 1950	3523
Die Ergebnisse der New Yorker Außenministerkonferenz vom 12. bis 14. und 18. September 1950; Zwischenkommuniké vom 14. September 1950	3405
Allgemeines Kommuniké vom 19. September 1950	3405
Kommuniké über Deutschland vom 19. September 1950	3406
Erklärung der deutschen Bundesregierung zu den Ergebnissen der New Yorker Dreier-Konferenz	3512
Referat Dr. Schumachers auf der gemeinsamen Tagung der SPD-Körperschaften in Stuttgart am 17. September 1950 (Grundthesen)	3582
Die fünfte Tagung des Atlantikrates in New York im September 1950; Zwischenkommuniké vom 18. September 1950	3475
Kommuniké der Außen- und Verteidigungsminister vom 23. September 1950	3475
Schlußkommuniké vom 27. September 1950	3475

Coudenhoves Projekt einer Kontinentalförderung (Karls-Bund). Bericht an den IV. Europäischen Parlamentarier-Kongreß in Konstanz vom 18. bis 21. September 1950	3453
Beschluß des Ministerrats der Union der SSR über das Projekt eines Kachowkaer Wasserkraftwerks am Dnjepr, eines Südkrainischen Kanals, eines Nordkrimkanals und der Bewässerung der Südbezirke der Ukraine und der Nordbezirke der Krim; in: Prawda vom 21. September 1950	3524
Wort des Bruderrats der Evangelischen Kirche in Deutschland zur Frage der Aufrüstung vom 29. September 1950	3579
Rundfunkausführungen Professor Carlo Schmid vom 3. Oktober 1950 über die Einbeziehung Deutschlands in die Verteidigung des Westens	3583
Offener Brief Niemöllers an den Bundeskanzler vom 4. Oktober 1950	3584
Rundfunkansprache des amerikanischen Hochkommissars McCloy vom 8. Oktober 1950 über die New Yorker Konferenzen	3476
Rede des französischen Hohen Kommissars François-Poncet vom 9. Oktober 1950 auf einer Tagung der amerikanischen Kreisbeauftragten in Frankfurt über den deutschen Verteidigungsbeitrag	3577
Rede des britischen Hohen Kommissars Kirkpatrick vom 11. Oktober 1950 auf einer Tagung der amerikanischen Kreisbeauftragten in Frankfurt über den deutschen Verteidigungsbeitrag	3578
Rundfunkansprache des Bundeskanzlers Dr. Adenauer vom 11. Oktober 1950 über „Die internationale Lage und Deutschland“	3516
Memorandum über die deutsche Sicherheit, der dpa am 13. Oktober 1950 vom Bundesminister a. D. Dr. Dr. Heinemann übergeben	3594
Offener Brief des Bundesministers Hellwege vom 14. Oktober 1950 als Antwort auf den Offenen Brief Niemöllers an den Bundeskanzler	3587
Rede Niemöllers auf dem evangelischen Männertag in Hessen vom 15. Oktober 1950 gegen die Wiederaufrüstung	3586
Beitrag des Bischofs Dibelius zum Thema „Die Meinung der Kirche“. Zeitschrift „Die Kirche“, Oktober 1950	3586
„Richtigstellung gegen Verdrehungen und Gerüchte“, Erklärung des stellvertretenden Hohen Kommissars Hays vom 18. Oktober 1950	3589
Sowjetische Note an die drei Westmächte vom 19. Oktober 1950 gegen die Schaffung einer deutschen Armee	3588
Außenpolitische Erklärung des Bundeskanzlers Dr. Adenauer auf dem Parteitag der CDU in Goslar vom 20. Oktober 1950	3590
Die Ergebnisse der Prager Außenministerkonferenz vom 20. und 21. Oktober 1950 (Prager Beschlüsse)	3560
Regierungserklärung des französischen Ministerpräsidenten René Pleven vom 24. Oktober 1950 (Pleven-Plan)	3518
Kommuniké über das Darmstädter Zusammen treffen von Vertretern der Bekennenden Kirche und der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands am 30. Oktober 1950	3591
Kommuniké des nordatlantischen Verteidigungsausschusses vom 31. Oktober 1950	3520
Aufsatz von Prof. Iwand zum Darmstädter Zusammen treffen vom 30. Oktober 1950 in „Bekennende Kirche auf dem Weg“, Nr. 11/12 vom 15. Dezember 1950	3591

Sachverzeichnis

- Abkommen**, siehe auch Verträge
 Benelux von 1947: 3407, 3416
 Genfer Allgemeines Abkommen über Zölle und Handel GATT., 30. Oktober 1947: 3201ff., 3206ff., 3415
 Großbritannien—Ägypten, 1949, über die Owen-Falls-Sperre (Uganda) 3164
 Großbritannien—Vereinigte Staaten, Finanzabkommen, Dezember 1945: 3201
 Jalta, Februar 1945: 3435, 3561
 Kultur- und Sozialabkommen (fünf multilaterale) zwischen den Brüsseler Paktmächten, April 1950: 3148
 Londoner Zehnmächte-Abkommen über den Europarat, 10. Mai 1949: 3343
 Münchener Abkommen, 29. September 1938: 3264
 Pariser Reparationsabkommen, November 1945: 3284ff., 3288f.
 Petersberger Abkommen, 24. November 1949: 3158, 3287f.
 Polen—Deutsche Demokratische Republik, 6. Juni 1950, je über den Waren- und Zahlungsverkehr 3215 über Kreditvergünstigung im Warenverkehr 3215
 Zahlungsabkommen 3215 über technische und wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit 3215, 3329 (Wortlaut) über kulturelle Zusammenarbeit 3215, 3329f. (Wortlaut)
 Polen—Deutsche Demokratische Republik, Grenzabkommen, 6. Juli 1950: 3330ff. (Wortlaut)
 Potsdam, 2. August 1945: 3281, 3283ff., 3330, 3331f., 3560ff., 3578, 3588
 —über den Bau eines Staudammes am Viktoria-See, September 1949: 3164
 —über den innereuropäischen Zahlungsverkehr und Verrechnungsverkehr, 16. Oktober 1948: 3326
 —über die Beschlagnahme und Liquidierung deutscher Auslandsguthaben, je mit Portugal, Schweden, Schweiz Spanien, 3289f.
 —über die Gründung einer Europäischen Zahlungsunion, 19. September 1950: 3407
 —über verbotene und eingeschränkte Industrien 3407, 3560f.
 —über Waffenhilfe 3147
 Ungarn—Deutsche Demokratische Republik, 24. Juni 1950, wissenschaftlich-technische, finanzielle, kulturelle und ein Warenverkehrsübereinkommen 3216
Ägypten 3159f., 3162ff., 3243, 3283, 3394
 Bewässerungs- und Energieprojekte 3162ff.
 Kattara-Senke-Plan 3165
 Nilplan 3162ff.
 Erdöl 3604
 Landwirtschaft 3162f., 3247
Äthiopien 3159, 3162, 3164
Afghanistan 3243
Afrika 3455
Aggression 3151, 3466, 3472, 3475, 3478, 3518, 3520, 3576
 in Korea 3349, 3373, 3374, 3376, 3405, 3468
 Hitler-Aggression 3561f.
 russisch-kommunistische (sowjetische) 3375f., 3437, 3505f., 3514, 3515
 Westmächte 3562
Albanien 3283, 3321, 3389, 3391f., 3394, 3397, 3562, 3588
 Erdöl 3600
Algerien, Erdöl 3604
Alliierte Hohe Kommission 3202, 3369, 3442
„Alliierte Kontrolle über Japan“ 3331ff.
Alliierte Kontrollkommission 3435
Amerikanischer Rat der Internationalen Handelskammer 3202
Arbeitskräfte
 Problem der überschüssigen — 3413ff., 3441f.
Arbeitslöhne
 Großbritannien 3399ff.
 Sowjetunion 3275ff., 3311ff.
 Tariftabellen 3276f., 3313f.
Arbeitslosigkeit
 Allgemeines 3449, 3451
 Belgien 3449ff.
 Berlin (Westsektor) 3485, 3487f.
 Deutschland 3451, 3488
 Italien 3451
Argentinien 3442, 3446ff.
 Einwanderung aus Europa 3444f.
Articles of Confederation 3343
Asien 3183, 3438f.
Atlantikpakt vom 4. April 1949, siehe auch Atlantikrat 3265, 3267, 3344f., 3347ff., 3355, 3406, 3434, 3438, 3453, 3455f., 3463, 3475, 3518ff., 3560, 3590
 Europarat und „Atlantische Gemeinschaft“ 3233ff.
 Frage der Eingliederung Deutschlands 3151f., 3504ff., 3510ff.
 integrierte nordatlantische Armee 3475f., 3514, 3576f.
 Schuman-Plan und Atlantikpakt 3147ff., 3464ff., 3503ff., 3576
 Verteidigungsplan 3147f., 3472, 3474, 3475f., 3519
Atlantikrat, siehe auch Atlantikpakt 3156, 3463, 3464f., 3514, 3520
 Erste Tagung, ab 13. September 1949 in Washington 3474
 Vierte Tagung, 15. bis 18. Mai 1950 in London 3147, 3464f., 3473
 Vorbesprechungen hierzu in Washington 3153
 Fünfte Tagung, 15. bis 18. und 27. September 1950 in New York 3405, 3467, 3470, 3474
 Zwischenkommuniqué v. 18. September 1950: 3475 (Wortlaut)
 Schlußkommuniqué vom 27. September 1950: 3475f. (Wortlaut)
 Amt für Rüstung und Nachschub 3474, 3520
 Sitzung in Den Haag, 24. März 1950: 3148
 Finanz- und Wirtschaftsausschuß 3465, 3474, 3504
 Militärausschuß 3151, 3265, 3467, 3474, 3504, 3520, 3576
 Sitzung in Den Haag, ab 25. März 1950: 3148
 Ministerrat 3265
 Planungsausschuß für die Hochseeschifffahrt 3465
 Produktionsausschuß 3474
 Regionale Planungsgruppen (5) 3265, 3474
 Rückwirkungen des Korea-Konfliktes auf die Arbeiten des Atlantikrates 3466ff.
 Ständiger Ausschuß 3265, 3474, 3476
 Ständiger Stellvertreterrat 3265, 3465ff., 3473ff., 3504, 3520, 3576
 Sitzung in London, 22. August bis 4. September 1950: 3473
 Verteidigungsausschuß 3465, 3474, 3476, 3504, 3514
 Sitzung in Den Haag, 1. bis 2. April 1950: 3148
 Kommuniqué v. 2. April 1950: 3148
 Sitzung in Washington und Kommuniqué vom 31. Oktober 1950: 3520 (Wortlaut), 3576
„Atlantikrat für den Frieden“ (Hoher Atlantikrat), Bidaults Vorschlag für eine Oberste Alliierte Behörde 3149, 3155, 3235, 3471
Atlantische Gemeinschaft 3155, 3344f., 3348, 3350ff., 3455, 3464f., 3503, 3511, 3518
 Europarat und „Atlantische Gemeinschaft“ 3233ff.
 Einbeziehung Deutschlands 3151ff. (französische Initiative), 3463, 3470, 3474, 3510ff., 3576ff.
Aufrüstung siehe Wiederaufrüstung Bewegung für moralische — 3223ff.
Aurore zum Adenauer-Interview 3505
Auslandsguthaben, deutsche 3281, 3283f., 3288ff.
 Beschlagnahme und Liquidierung in neutralen Ländern 3289f.
Ausschuß für psychische Hygiene (Österreich) 3563
Außenpolitik
 allgemeine Voraussetzungen 3433
 britische — seit 1945: 3433ff.
 sowjetische — 3426, 3434
 zaristische — im Lichte sowjetischer Geschichtsforschung des Stalinismus 3426
Australien 3202f., 3283, 3442, 3446, 3543, 3545f.
 Einwanderung aus Europa 1948 und 1949: 3444f.
 wirtschaftliche Entwicklung und Export nach Indien 3545

Auswanderungsproblem

Erklärung der Außenminister der drei Westmächte vom Mai 1950 über das Auswanderungsproblem 3157, 3416

Europäische Auswanderung und Binnenwanderung in der Nachkriegszeit 3441ff.

Konferenz über Auswanderung in Genf, 25. April bis 9. Mai 1950; 3371, 3416, 3441ff.

Konvention über Auswanderung vom Juni 1949: 3441

Ständiger Ausschuß des Internationalen Arbeitsamtes für Auswanderungsfragen 3441

Ständiges Sekretariat für das Auswanderungswesen in Bremen 3445

Bank für Internationalen Zahlungsausgleich, BIZ in Basel
Jahresbericht, zwanzigster, 3292, 3319ff.

Belgien 3149, 3169, 3173, 3203ff., 3209, 3212, 3283, 3290, 3293, 3320f., 3323, 3325ff., 3375, 3407, 3409, 3442, 3444

Aufrüstung 3471

Auswanderung nach Uebersee 3446

Erdöl 3597, 3599

Export u. Nationaleinkommen 1948: 3450 (Tabelle)

Sozialarbeit 3480, 3482

Strukturelle und ständige Ursachen der Arbeitslosigkeit 3449ff.

Belgisch-Kongo 3162, 3164

Beneluxstaaten 3157, 3204f., 3352, 3454

Beratender Ausschuß für die wirtschaftliche Unterstützung Südasiens

Konferenz in Sydney, 15.—19. Mai 1950: 3543

Berlin 3478

Erklärung der drei Außenminister der Westmächte vom 12. Mai 1950: 3156

Garantie der Westmächte 3477

Lage und Aussichten der Wirtschaft West-Berlins 3485ff.

Besatzungsstatut 3150, 3436, 3560 zur Revision 3152ff., 3158, 3406f., 3509ff.

zur Aufhebung 3584

Bevölkerungsbewegung

Deutschland 3451

Europäische Auswanderung nach Uebersee in der Nachkriegszeit 3443ff., Tabelle 3446

Großbritannien im Krieg 3250

Bevölkerungsüberschuß 3441, 3443, 3446

Ferner Osten 3481

Italien 3451

Bewässerungsprobleme

Mittlerer Osten 3159ff., 3237ff.

Euphrat- und Tigris-Pläne 3246ff.

Iran 3243ff.

Jordan-Pläne 3237ff.

Leontes-Pläne 3166, 3237

Nilpläne 3162ff.

Orontes-Pläne 3166

Türkei 3239ff.

Sowjetunion 3521ff., 3549ff.

Angara-Pläne 3555f.

Dnjepr- und Krim-Pläne 3524ff., 3552f.

Turkmenistan-Pläne 3523f., 3554f.

Wolga-Pläne 3521ff., 3549ff.

Bidault-Plan 3149f., 3155, 3504

Bizonaler Wirtschaftsrat 3358f.

Bolivien 3442, 3446f.

Bolschewismus 3456, 3590

Bonner parlamentarischer Rat 3358f.

Brasilien 3203, 3442, 3445ff., 3482

Einwanderung aus Europa 3444f.

Bruderschaft ehemaliger deutscher Offiziere, Stellung zur Wiederaufrüstung 3509

Brüsseler Fünf-Mächte-Pakt siehe unter Verträge

Brüsseler Paktmächte 3265, 3367, 3371

Konferenz der Verteidigungsminister und Stabschefs in Fontainebleau am 20. Juli 1950: 3466f.

Konsultativrat, Konferenz in Brüssel, 16.—17. April 1950: 3148

Konferenz in Den Haag am 1. August 1950: 3467

Ständige Kommission 3232, 3355

Brüsseler Zollkommission 3202

Budapester Deklaration vom

24. Juni 1950: 3215f. (Wortlaut)

Bulgarien 3284, 3321, 3395f., 3445, 3562, 3588

Erdöl 3600

Burma 3203, 3209, 3324, 3481f., 3543

Ceylon 3203, 3209, 3481f., 3543

Chile 3203, 3211, 3442, 3447

Einwanderung 3444

China 3157, 3203, 3332, 3456, 3481, 3548

militärische Auslandshilfe 3472

Christentum

—und Kommunismus 3384, 3387

—und Marxismus (SPD) 3592

Verhältnis von Stauffenbergs zum — 3197, 3199f.

Christlich-Demokratische Union CDU

Goslarer Parteitag 3589ff.

Colombo-Plan siehe Spender-Plan

Commonwealth 3234f., 3266, 3349, 3351f., 3365, 3434, 3437f., 3444, 3454f.

Politische Tragweite der Commonwealthpläne für Südostasien (Colombo-Plan) 3543ff.

Dänemark 3204, 3283, 3289f., 3293, 3320f., 3325, 3442

Aufrüstung 3471

Erdöl 3602

Gold- und Devisenreserven 3210

Daily Mail zum Adenauer-Interview 3505

Daily Telegraph zur Frage der Wiederaufrüstung Deutschlands 3152

Deklaration

Budapester — vom 24. Juni 1950: 3215f. (Wortlaut)

Prager — vom 23. Juni 1950: 3216 (Wortlaut)

Warschauer — vom 6. Juni 1950: 3215 (Wortlaut)

Demokratie 3224, 3506

in der Bundesrepublik Deutschland 3157, 3591f., 3596

Demokratisierung

—des föderalistischen Gedankens 3352

—des Personalwesens des Britischen Auswärtigen Dienstes 3264

—des Theaters 3305

—Japans 3332

—Westdeutschlands 3562

Demontage 3281ff., 3286f., 3508f.

Deutsche Frage 3156, 3562, 3588

Kommuniqué der New Yorker Außenministerkonferenz über

Deutschland vom 19. September 1950: 3406f. (Wortlaut), 3560

Prager Beschlüsse 3560ff., 3588

Viermächtekonferenz, **Vorschlag** der Sowjetunion vom 4. November 1950: 3588

Deutscher Bund 3188

Deutscher Orden 3384

Deutscher Verband für Psychische Hygiene 3563

Deutsches Institut zur Erforschung der nationalsozialistischen Zeit 3187

Deutschland 3283f., 3290, 3352, 3451, 3454, 3607

Auswanderung nach Uebersee in der Nachkriegszeit 3445, 3447f.

Eingreifen —s in den Konflikt Italien—Griechenland 3393, 3396ff.

Erdöl 3599f.

Kommuniqué der New Yorker Außenministerkonferenz über

Deutschland vom 19. September 1950: 3406f. (Wortlaut)

Prager Beschlüsse 3560ff., 3588

Situation (nach Dr. Heinemann) 3596

Sozialarbeit 3480f.

Deutschland, Ostzone (Deutsche Demokratische Republik) 3283f., 3322, 3406, 3505, 3508, 3515ff., 3562, 3588, 3590

Abkommen mit Polen über kulturelle Zusammenarbeit vom 6. Juni 1950: 3329f. (Wortlaut)

Abkommen mit Polen über technische und wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit vom 6. Juni 1950: 3329 (Wortlaut)

Budapester Deklaration vom 24. Juni 1950: 3215f. (Wortlaut)

Grenzabkommen mit Polen vom 6. Juli 1950: 3330 (Wortlaut)

Kommuniqué über die Verhandlungen zwischen Polen und der Deutschen Demokratischen Republik vom 6. Juni 1950: 3215 (Wortlaut)

Kraftstoffgewinnung 3597

Prager Deklaration vom 23. Juni 1950: 3216 (Wortlaut)

Warschauer Deklaration vom 6. Juni 1950: 3215 (Wortlaut), 3330

Deutschland, Westzone (Deutsche Bundesrepublik) 3151, 3154f., 3157f., 3169, 3173, 3201f., 3204, 3266, 3284, 3286f., 3290, 3292f., 3319ff., 3325f.,

- 3353, 3405ff., 3407, 3409, 3441f., 3448, 3454, 3463, 3474, 3504, 3516, 3560ff., 3597f.
- Abschluß der westdeutschen Reparationsleistungen 3281ff.**
- Aufnahme diplomatischer Beziehungen 3407, 3476**
- Beendigung des Kriegszustandes 3406**
- Beitritt zum Europarat 3233f., 3367ff.**
- Einbeziehung in die atlantische Gemeinschaft 3151ff., 3463, 3470, 3474, 3504ff.**
- Entstehung der Deutschen Bundesrepublik als Beispiel für die Entwicklungsmöglichkeiten des Europarates 3358f.**
- Europapolitik, deutsche, vor der Entscheidung 3463**
- Handelsvolumen (Indexziffern) 3323**
- Rundfunkansprache McCloy vom 8. Oktober 1950: 3476ff. (Wortlaut)**
- Rundfunkansprache Dr. Adenauers vom 11. Oktober 1950: 3516ff. (Wortlaut)**
- Teilnahme an europäischer Verteidigung 3348f., 3406, 3476f., 3520, 3576ff., 3595**
- Devisen siehe Gold und Devisen**
- Diplomatie**
- Die britische Diplomatie im Wandel der Nachkriegszeit 3263ff.**
- Dokumentenedition der amtlichen deutschen Ausgabe des Verfahrens gegen die Hauptkriegsverbrecher 3307ff.**
- Donau-Föderation 3453**
- Dreimächte-Studiengruppe in London 3406**
- „Dritte Kraft“ 3147, 3343ff., 3351, 3437f., 3455**
- Drittes Reich 3197**
- Quellen zur Erforschung der Geschichte 3307ff.**
- ECA siehe Economic Cooperation Act of 1948**
- ECA siehe Economic Cooperation Administration**
- Economic Cooperation Act of 1948: 3286**
- Economic Cooperation Administration, ECA**
- Bericht der Wayne C. Taylor-Mission 3202**
- Economic Survey for 1949: 3201**
- Economist, The 3399ff.**
- über Reparationen 3281ff.**
- zum britischen Rüstungsprogramm 3469**
- Ein- und Ausfuhrbeschränkungen, quantitative 3203, 3206ff., 3212ff.**
- Einkommen**
- Einkommenschichtung und Lebensstandard in Großbritannien 3399ff.**
- Eisen**
- Schuman-Plan 3408**
- Schuman-Plan, Dokumente des britisch-französischen Gedankenaustausches 3167ff.**
- Ekuador 3442**
- Einwanderung 3444, 3446, 3448**
- El Salvador 3442**
- Empire 3251, 3547f.**
- Energieversorgung**
- Ägypten 3164f.**
- Belgien 3451 (Produktions-Indices für Elektrizität)**
- Euphrat- und Tigris-Pläne 3246ff.**
- Iran 3243ff.**
- Jordan-Pläne 3237ff.**
- Kattara-Senke-Plan 3165**
- Leontes-Pläne 3166, 3237**
- Mittlerer Osten 3159ff., 3237ff.**
- Nil (blauer und weißer)-Pläne 3165**
- Orontes-Pläne 3166**
- Sowjetunion, Energie- und Bewässerungsprojekte 3521ff., 3549ff.**
- Angara-Pläne 3555f.**
- Dnjepr- und Krim-Pläne 3524ff., 3552f.**
- Turkmenistan-Pläne 3523f., 3554f.**
- Wolga-Pläne 3521ff., 3549ff.**
- Türkei 3239ff.**
- Entfaltung wirtschaftlicher Monopole 3477**
- Entmilitarisierung 3151f., 3284**
- Japans 3332**
- Westdeutschlands 3562**
- Epoque, Le, zum Adenauer-Interview 3505**
- Erklärungen, siehe auch Reden**
- Acheson, Pressekonferenz vom 27. April 1950, über die Einbeziehung Westdeutschlands in die atlantische Gemeinschaft 3152**
- Acheson, 23. August 1950, über die Konferenz der Alliierten Hohen Kommissare mit dem Bundeskanzler in der Sicherheitsfrage 3507**
- Dr. Adenauer, 15. November 1949, vor dem Deutschen Bundestag zur Demontagefrage 3287**
- Dr. Adenauer, 23. August 1950, vor der Presse über die innere und äußere Sicherheit 3506**
- Deutsche Bundesregierung zu den Ergebnissen der New Yorker Dreimächte-Konferenz 3512**
- Hays, 18. Oktober 1950, Richtigstellung zum deutschen Verteidigungsbeitrag 3589**
- Kirkpatrick, 27. September 1950, Pressekonferenz in Bonn, über die New Yorker Konferenzen 3512**
- McCloy, August 1950 in Frankfurt, über Deutschlands Einbeziehung in Europas Verteidigung 3507**
- Ollenhauer, 3. Oktober 1950, über Remilitarisierung 3582f.**
- Ostblockstaaten, gemeinsame E. vom 21. Oktober 1950 (Prager Beschlüsse) 3560ff., 3588f.**
- Dr. Schumacher vor der Presse, Gegenerklärung zur Adenauer-Erklärung vom 23. August 1950: 3507**
- Dr. Schumacher, 24. Oktober 1950, Presse-Erklärung über den deutschen Verteidigungsbeitrag 3584**
- Truman, 9. September 1950, über die Verstärkung der amerikanischen Streitkräfte in Europa 3473 (Wortlaut)**
- Europa 3151, 3157f., 3252, 3324, 3328, 3374ff., 3416, 3437, 3439**
- Auswanderung u. Binnenwanderung in der Nachkriegszeit 3441ff.**
- Einigung, die Straßburger Konsultativversammlung vor den Grundfragen 3347ff.**
- Europäisch-amerikanische Zusammenarbeit, Problem auf der Londoner Dreierkonferenz 3155ff.**
- Europapolitik, deutsche, vor der Entscheidung 3463**
- Kontinentalföderation, Projekt Coudenhove (Karls-Bund) 3453ff.**
- Kraftstofflage 3597ff.**
- Kultur 3183ff.**
- Literarische Jugend 3605ff.**
- Marshall-Plan-Hilfe und Industrieproduktion 3319f.**
- Ost-West-Handel 3321**
- Pläne zur wirtschaftlichen Integration 3407ff.**
- Monnets Arbeitsdokument (Schuman-Plan) 3407f., 3409ff. (Wortlaut)**
- Pella-Plan 3413ff. (Wortlaut)**
- Petsche-Plan (Investitionsbank) 3557ff. (Wortlaut)**
- Stikker-Plan 3411ff. (Wortlaut)**
- „Straßburg—Europa“ als Konzeption und Wirklichkeit 3343ff.**
- Studienbüro für ein europäisches Kulturzentrum 3183**
- Zahlungsbilanz, Entwicklung 1947—1949: 3291ff., Tabellen hierzu 3293f.**
- Europäische Armee 3405f., 3470, 3504, 3508, 3512, 3514, 3577, 3579, 3581f., 3583ff., 3594**
- Pleven-Vorschlag 3474, 3519 (Wortlaut), 3576**
- Rede Churchills vor dem Europarat vom 11. August 1950: 3374ff.**
- Europäische Autorität 3228f., 3232, 3343ff., 3348f., 3351, 3355ff., 3360, 3361, 3504, 3514, 3519**
- Möglichkeiten der Umwandlung des Europarates hierzu (Memorandum Mollets) 3357ff., 3360**
- Europäische Bewegung 3183, 3228, 3236, 3344**
- Deutscher Rat der — 3353**
- Haager Kongreß, 7.—11. Mai 1948: 3183, 3227, 3236**
- Lausanner Erster Kulturkongreß, 8.—12. Dezember 1949: 3183**
- Europäische Exekutive 3348, 3350, 3358**
- Europäische Föderation 3352f., 3453, 3456**
- Aktionsplan von Interlaken 3353**
- Europäische Gesellschaften (Projekt) 3373**
- Europäische Investitionsbank (Petsche-Vorschlag) 3409, 3557ff. (Wortlaut)**
- Europäische Montan-Union 3407f., 3518f.**
- Arbeitsdokument Jean Monnets vom 24. Juni 1950: 3407f., 3409ff. (Wortlaut)**
- Hohe Behörde 3173, 3408, 3409ff.**
- Montanparlament 3408, 3409**
- Europäische Parlamentarische Union, UPE 3353, 3456**

- Erster Kongreß, 1947 in Gstaad 3453
 Zweiter Kongreß, 1948 in Interlaken 3453
 Dritter Kongreß, 1949 in Venedig 3453
 Vierter Kongreß, 18.—21. September 1950 in Konstanz 3453
 Bericht des Generalsekretärs R. Coudenhove-Kalergi an den Vierten Kongreß 3453ff.
 Aktionsplan von Interlaken 3353, 3456
Europäische Union, siehe auch Europäische Föderation und Vereinigte Staaten von Europa, 3454
Europäische Wirtschaftskommission, ECE siehe unter Vereinte Nationen
Europäische Wirtschaftskonferenz 3369
Europäische Zahlungsunion, EPU 3407, 3411, 3416, 3438, 3465, 3474
Europäischer Bundespakt (Pacte Fédéral) 3235f., 3344f., 3353f., 3360
 Entschließung des Deutschen Bundestages hierzu vom 26. 7. 1950: 3353, 3360 (Wortlaut)
 Resolutionsentwurf von Mitgliedern der Straßburger Konsultativversammlung 3353f.
Europäischer Bundesstaat 3344, 3399, 3454ff.
Europäischer Integrierungsfonds (Stikker-Plan) 3408f., 3412ff., 3416
Europäischer Paß 3367, 3371
Europäischer Wirtschaftsrat siehe Organisation für europäische wirtschaftliche Zusammenarbeit
Europäisches Parlament 3454f.
Europäisches Patentamt 3367, 3370
Europäisches Wiederaufbauprogramm, ERP 3282, 3286, 3292, 3364, 3468, 3473
 Die ERP-Hilfe in der Zeit vom April 1948 bis Juni 1950 (Tabelle) 3320
Europaministerien 3235f., 3362
Europarat 3151, 3158, 3234, 3265, 3267, 3343ff., 3411, 3438, 3453ff., 3503f., 3514, 3518
 Erste Tagung in Straßburg, 8. August bis 9. September 1949: 3183, 3227, 3232, 3236, 3343, 3345, 3355, 3357, 3366, 3369ff., 3441, 3453
 Zweite Tagung in Straßburg, erster Abschnitt 7.—28. August 1950: 3227, 3232f. (Aktionsprogramm), 3235f., 3344, 3347ff., 3366, 3370, 3454f., 3517
 Das politische Programm des — 3227ff.
 —und „Atlantische Gemeinschaft“ 3233ff.
 —und die Verteidigung des Westens 3347ff.
 Exekutivausschuß 3229ff. (Vorschlag Mollets), 3368 (Resolution des Politischen Ausschusses)
 Gemeinsame Tagung von Vertretern des Ministerausschusses und der Ständigen Kommission vom 18. Mai 1950: 3372
 Gemeinsamer Ausschuß 3368, 3372
 Vorschlag des Ministerausschusses 3228, 3230
 Kompromißvorschlag 3230f., 3232, 3235
 Erste Sitzung des Gemeinsamen Ausschusses, 26. Juni 1950: 3235
 Gemeinsamer Beratungsausschuß (Vorschlag Bevins) 3230f., 3368
 Gemeinsamer Ministerrat mit dem europäischen Wirtschaftsrat (Programm) 3232, 3355
 Konsultativversammlung (Beratende V.) 3227, 3232f., 3235f., 3343ff., 3347ff., 3365ff., 3373, 3408, 3453, 3463, 3581
 Entschließungen, politische 3361ff. (Wortlaut)
 zur allgemeinen Politik des Europarates 3361f.
 zur Stärkung der Politischen Autorität des Europarates 3362ff.
 zur Verwirklichung eines engeren politischen Zusammenschlusses 3364f.
 Geschäftsgang 3357f.
 Kulturausschuß 3370
 Politischer (Allgemeiner) Ausschuß 3229, 3231f., 3235f., 3243f., 3347, 3351, 3353ff., 3362, 3365, 3367f.
 Sonderausschuß für die im Europarat nicht vertretenen Länder 3365
 Ständige Kommission 3227ff., 3235, 3345, 3354, 3361f., 3365ff., 3371
 Verkehrsausschuß 3229, 3357, 3363, 3367, 3371
 Verhältnis zum Ministerausschuß 3227ff.
 Wirtschaftsausschuß 3355, 3373
 Ministerausschuß 3232f., 3235f., 3265, 3343ff., 3347ff., 3355ff., 3362f., 3441, 3453
 Erste Zusammenkunft, 8. August 1949: 3228, 3370f.
 Zweite Zusammenkunft, 3.—5. November 1949 in Paris 3229, 3366, 3368ff.
 Dritte Zusammenkunft, 30. März bis 1. April 1950 in Straßburg 3230, 3366ff.
 Vierte Zusammenkunft, 3. Juni 1950 in Paris 3231, 3368
 Ständiger Ausschuß 3265
 Unterausschuß für Beratungen mit der OEEC 3367
 Tätigkeitsbericht des Ministerausschusses an die Konsultativversammlung von 1950: 3365ff.
 Hierzu ergänzende Botschaft vom 7. August 1950: 3373
 Verhältnis zur Konsultativversammlung 3227ff.
 Kulturelle, wissenschaftliche und technische Zusammenarbeit der Mitgliedstaaten 3370
 Rede Churchills vor dem Europarat vom 11. August 1950 zur Schaffung einer europäischen Armee 3374ff.
 Sonderbehörden 3354, 3361
 Statut 3227ff., 3233, 3343ff., 3347, 3357, 3360, 3362f., 3365ff., 3369, 3371, 3373, 3456
 Stellung zu anderen zwischenstaatlichen Organisationen 3355f.
 Vorbereitende Kommission 3228, 3357
 Vorläufige Verfahrensordnung 3228, 3357
Evangelische Kirche 3585ff., 3591
 Bekennende Kirche 3585ff., 3591
 Bruderschaften, Offener Brief an den Bundeskanzler vom Oktober 1950: 3585
 Bruderrat der Evangelischen Kirche
 Wort des Bruderrats vom 29. September 1950 zur Frage der Wiederaufrüstung 3579f. (Wortlaut)
 Kirchentag in Essen, August 1950: 3508, 3579, 3586
 Kirchliches Außenamt 3584
 Männertag in Hessen, 15. Oktober 1950: 3585
 Rat der — 3586
 Synode 3585
 Synode von Eisenach 1948: 3579
 Synode von Berlin 1950: 3579
Ferner Osten
 Flüchtlingsfrage 3481
 Sozialarbeit 3481f.
Finnland 3284, 3293, 3442
 Erdöl 3602
 Gold- und Devisenreserven 3210
Flüchtlingsfrage
 arabische 3157
 deutsche 3477
 Ferner Osten 3481
Föderalismus 3193, 3352
Food and Agriculture Organization, FAO 3160f., 3442, 3548
Foreign Office 3433, 3436, 3438, 3505
 Aufgaben und Gliederung des Britischen Auswärtigen Dienstes 3263ff.
 Innere Organisation 3267ff.
 Organisationsschema 3269
 Reformplan des Jahres 1943: 3270ff.
Formosa-Problem 3405
Frankfurter Allgemeine Zeitung, Die, zur Londoner Deutschland-Erklärung der Außenministerkonferenz vom Mai 1950: 3157
Frankfurter Hefte 3607, über die Wiederaufrüstung Deutschlands 3508
Frankfurter Rundschau, Die, zur Londoner Dreimächtekonferenz vom Mai 1950: 3157
Frankreich 3173, 3203f., 3265, 3283f., 3286, 3288, 3292f., 3320ff., 3325, 3327, 3352, 3375, 3390f., 3442, 3444, 3449, 3454, 3463, 3473f., 3505, 3511ff., 3560ff., 3590
 Export und Nationaleinkommen 1948: 3450 (Tabelle)
 Gold- und Devisenreserven 3210
 Oel 3597f., 3599
 Petsche-Plan 3557ff. (Wortlaut)
 Plevin-Plan 3514, 3518ff. (Wortlaut)
 Rüstungsprogramm (Memorandum vom 7. August 1950) 3469f.
 Schuman-Plan, Dokumente des britisch-französischen Gedankenaustauschs 3167ff.
 Sozialarbeit 3480, 3482

- Wehrhaushalt 3469
Friedensvertrag
 Deutschland 3509, 3560ff., 3588
 Japan, Erklärung des japanischen Außenministeriums vom Juni 1950 über den Abschluß eines Friedensvertrages **3331ff.** (Wortlaut)
Funktionalismus (functional approach) 3352
Garantieerklärung
 Frankreichs an Griechenland 3390
 Großbritanniens an Griechenland 3389, 3396
 Großbritanniens an Rumänien 3390
 Westmächte an Bundesrepublik und West-Berlin 3476f., 3516, 3580
Gebiete, überseeische 3365, 3416
Gesamtdeutscher Konstituierender Rat 3562, 3588
Geschichtswissenschaft
 britische Kriegswirtschaft, amtliche Geschichtsschreibung **3249ff.**
 deutsches Geschichtsbild, Erneuerung 3187
 Geistesgeschichte des deutschen Widerstandes gegen das nationalsozialistische Regime, Materialien **3187ff.**
 Geschichte des Dritten Reiches, Quellen zur Erforschung **3307ff.**
 sowjetische Geschichtsforschung im Zeichen des Stalinismus, Grundlinien **3383ff., 3423ff., 3489ff.**
Gesetz, siehe auch Verordnung
 Belgien
 vom 14. Mai 1946 über Lohnstopp 3449
 Deutschland
 Gesetze über territoriale Umgliederungen zwischen 1932 und 1944: 3189 Anm. 3 (Zusammenstellung)
 Gesetze zur Gleichschaltung der deutschen Länder 3189 Anm. 2 (Zusammenstellung)
 zum 20. Juli 1944 (geplant) über die Wiederherstellung geordneter Verhältnisse im Staats- und Rechtsleben (vorläufiges Staatsgrundgesetz) 3190f., 3194f.
 vom 5. März 1946 zur Befreiung von Nationalsozialismus und Militarismus 3508
 Sowjetunion
 Familienschutzgesetz vom 27. Juni 1936: 3387
 vom 26. Juni 1940 über das Verbot des selbständigen Arbeitsplatzwechsels 3317
 vom 10. Juli 1940 über die Bestrafung der Lieferung minderwertiger Erzeugnisse 3317
 vom 2. Oktober 1940 über die staatlichen Arbeitsreserven 3317
 Vereinigte Staaten
 Waffenhilfsgesetz 1949: 3147
 vom Juli 1950 über militärische Auslandshilfe 3472
 vom 1. September 1950 zur Mobilisierung der Heimatfront 3472
Gold und Devisen
 Gold- und Devisenpolitik 1949: 3327
 Reserven in den Jahren 1938, 1947, 1949: 3210 (Zehn-Länder-Tabelle)
Grenzland-Kundgebung in Braunschweig, 8. Oktober 1950: 3584
Griechenland 3283, 3292f., 3319, 3320, 3375, 3442, 3472, 3547
 Erdöl 3600
 Gold- und Devisenreserven 3210
 Mussolinis Ueberfall auf Griechenland im Oktober 1940: **3389ff.**
Griffin-Mission 3546
Großbritannien 3149, 3164, 3202ff., 3207, 3209, 3211, 3214, 3234, 3283f., 3286, 3288f., 3292f., 3320f., 3323ff., 3332, 3344f., 3351f., 3355, 3365, 3374f., 3389, 3396, 3408, 3442, 3449, 3454ff., 3474, 3505, 3511ff., 3543, 3545ff., 3560ff., 3597f.
 Auswanderung nach Uebersee 3444, 3446
 Der britisch-französische Gedankenaustausch über die französischen Vorschläge für die westeuropäischen Kohlen-, Eisen- und Stahlindustrien (Dokumente) **3167ff.**
 Die amtliche Geschichtsschreibung über die britische Kriegswirtschaft **3249ff.**
 Die britische Außenpolitik seit 1945: **3433ff.**
 Die britische Diplomatie im Wandel der Nachkriegszeit **3263ff.**
 Einkommensschichtung und Lebensstandard **3399ff.**
 Erdöl 3599
 Export und Nationaleinkommen 1948: 3450 (Tabelle)
 Gold- und Devisenreserven 3210
 Rüstungsprogramm (Memorandum vom 8. August 1950) 3468f., 3471
 Sozialarbeit 3481f.
 Wehrhaushalt 3466f.
 Zahlungen an asiatische Staaten 3546
Große Sowjetische Enzyklopädie 3276
Grundgesetz, europäisches 3359
Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland 3195, 3358f., 3360, 3590
Guatemala 3202, 3204, 3442
Haiti 3209
Handelsprobleme
 Abschaffung quantitativer Ein- und Ausfuhrbeschränkungen **3206ff., 3212ff., 3407f., 3413f.**
 Beseitigung der binneneuropäischen Zollschränken 3203, 3410, 3414f.
 Diskriminierung 3407, 3410, 3413ff.
 Gleichbehandlung der Lieferstaaten 3207ff., 3212 Anm. 8
 Handelsliberalisierung
 europäischer Handel 3322, 3324ff., 3373, 3408, 3411ff., 3415, 3439, 3450, 3557
 Welthandel **3201ff.**
 Präferenzzölle (Pella-Plan) 3408
 Wiederherstellung des internationalen Gleichgewichts 3214
 Zolltarifsenkungen 3203f., 3206, 3410
Havanna-Charta siehe Welt-handelscharta
Hochkommission 3406f., 3477, 3506, 3508, 3512, 3589f.
Hohe Kommissare 3154
 Commonwealth 3266
 Deutschland 3266, 3270, 3406, 3476, 3505ff., 3510, 3512, 3515, 3579ff., 3589, 3594
 Interpretierung der New Yorker Beschlüsse durch die — **3576ff.**
 Oesterreich 3266
 Ersetzung des sowjetischen Hohen Kommissars durch eine Zivilperson 3156
 Europa, für gemeinsame Verteidigungsmaßnahmen 3348, 3350, 3360
Hoher Atlantikrat siehe Atlantikrat für den Frieden
Holland siehe Niederlande
Hoover-Muratorium 3319
Humphrey-Ausschuß 3286f.
Hygiene, psychische **3563ff.**
Iberoamerika siehe Lateinamerika
Indien 3203, 3243, 3251, 3266 Anm., 3283, 3324, 3434, 3454, 3456, 3481f., 3543, 3546ff.
Indochina 3153, 3405, 3469, 3543
Indonesien 3203, 3209, 3323f., 3481f., 3543
Innereuropäischer Zahlungs- und Verrechnungsplan 3319, 3326
 Ziehungsrechte 3326
Institut zur Förderung öffentlicher Angelegenheiten, Frankfurt/Main
 Tagung über die Ländergrenzenfrage in Weinheim, Juli 1950: 3195
Interalliierte Reparationsagentur, IARA in Brüssel 3284ff.
 Erste Hauptversammlung 1947: 3285
 Hauptversammlung Anfang 1948: 3286
 Hauptversammlung Juni 1948: 3290
 Hauptversammlung vom 13. Januar 1949: 3282 Anm. 2
 Memorandum der Hauptversammlung 1947 an den Rat der Außenminister 3285
 Vierter Bericht (für 1949) **3281ff.**
Internationale Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (Weltbank) 3159, 3291, 3294, 3319, 3409, 3442f., 3447, 3546, 3548, 3558f.
Internationale Flüchtlingsorganisation, IRO 3442, 3445f.
Internationale Föderation Christlicher Gewerkschaften 3232
Internationale Föderation landwirtschaftlicher Produzenten 3232
Internationale Handelskammer 3232
Internationale Handelsorganisation, ITO 3201f.
 Vorbereitende Kommission der —, ICITO 3201, 3203, 3207 Anm., 3212 Anm., 3369f., 3442
Internationale Konferenz für Soziale Arbeit
 Erste Konferenz in Paris 1928: 3479
 Zweite Konferenz in Frankfurt 1932: 3479
 Dritte Konferenz in London 1936: 3479

- Vierte Konferenz in Atlantic City und New York 1948: 3479
 Fünfte Konferenz in Paris, 23. bis 28. Juli 1950: 3479ff.
 Exekutivausschuß 3484
Internationaler Handels- und Zahlungsverkehr 3203
 Bank für Internationalen Zahlungsausgleich, zwanzigster Jahresbericht 3319ff.
 Binneneuropäischer Zahlungsverkehr 3213
 „Dollarlücke“ 3209f., 3214, 3291f., 3413, 3450
 Europäische Zahlungsbilanz, Entwicklung 1947—1949: 3291ff.
 Europäischer Zahlungsbilanz-Ausgleich (Problem) 3319ff.
 Exporttabelle einiger (7) Länder für 1948: 3450
 Inneuropäischer Zahlungs- und Verrechnungsplan 3319
 Ost-West-Handel Europas 3321f.
Internationaler Militärgerichtshof, IMT in Nürnberg 3307ff.
Internationaler Währungsfonds (Weltwährungsfonds) 3209, 3291ff., 3319
Internationales Arbeitsamt, ILO 3345, 3356, 3364, 3367, 3441, 3448, 3450ff.
 32. Konferenz im Juni 1949: 3441
 Konferenz über Auswanderung in Genf, April 1950: 3371, 3416, 3441ff., 3442 (Tagesordnung)
 Lenkungsausschuß 3441f.
 110. Tagung, Dezember 1949 bis Januar 1950 in Mysore 3442
 Ständiger Ausschuß für Auswanderungsfragen 3441
 3. Tagung, Januar 1949: 3441
Internationales Institut für die Vereinheitlichung des Privatrechtes
 Kongreß in Rom, Juli 1950: 3371
Irak 3213
 Bewässerungs- und Energieprojekte 3246ff.
 Habbaniyah-Projekt (Euphrat) 3247f.
 Wadi Tartar-Projekt (Tigris) 3248
 Landwirtschaft 3247
Iran 3159, 3547
 Bewässerungs- und Energieprojekte 3243ff.
Irland 3213, 3293, 3320f.
 Auswanderung nach Uebersee 3445f.
 Erdöl 3599
Island 3213, 3293, 3320, 3471
 Erdöl 3602
Israel 3239, 3598
Iswestija, neuer Sowjetpatriotismus 3387
Italien 3157, 3169, 3173, 3204, 3292f., 3320f., 3325, 3327, 3352f., 3375, 3407, 3409, 3413, 3441f., 3449, 3454, 3511, 3605
 Arbeitslosigkeit 3451
 Aufrüstung 3471
 Auswanderung 3444ff., 3448
 Erdöl 3598, 3600
 Gold- und Devisenreserven 3210
 Mussolinis Ueberfall auf Griechenland im Oktober 1940: 3389ff.
Jahrespläne
 Commonwealth, Sechsjahresplan für Südostasien 3543ff.
 Deutsche Demokratische Republik, Fünfjahresplan 3215
 Frankreich, Fünfjahresplan für die Luftwaffe 3469, 3471
 Großbritannien, Dreijahresplan für Aufrüstung 3468, 3471
 Iran, Siebenjahresplan 3244ff.
 Japan, Vierjahresplan 3332
 Polen, Sechsjahresplan 3215
 Schweiz, Fünfjahresplan zur Heeresverstärkung 3472
 Singapur, Fünfjahresplan für Ausbreitung der Sozialarbeit 3482
 Sowjetunion, Plan zur Wiederherstellung und Entwicklung der Volkswirtschaft der Sowjetunion für 1947: 3280
 Fünfjahresplan für 1946—1950: 3276, 3552
 Fünfjahresplan für 1951—1955: 3549, 3553ff.
 Fünfjahresplan der Geschichtsforschung 3490
Japan 3481f., 3548
 Amerikahilfe seit Kriegsende 3333
 Außenhandel 3333
 Erklärung des japanischen Außenministerium vom Juni 1950 über den Abschluß eines Friedensvertrages 3331ff. (Wortlaut)
 Folgen der bedingungslosen Kapitulation 3331f.
 Wiederaufbau der Wirtschaft (Neun-Punkte-Programm) 3332ff.
Jordanien 3166, 3237
Jugoslawien 3283, 3321, 3395f., 3562
 Erdöl 3600
Kalter Krieg 3147, 3158, 3183, 3436f., 3439, 3606
 „Defence in the Cold War“ 3503
Kanada 3203f., 3209, 3212, 3232, 3234f., 3251, 3283, 3293, 3321, 3349f., 3376, 3438, 3442, 3446, 3448, 3455, 3472f., 3482, 3543
 Einwanderung aus Europa 3444f.
 Export und Nationaleinkommen 1948: 3450 (Tabelle)
Kapitalismus 3253, 3595
Kapitulation, bedingungslose
 Deutschland 3509, 3511 Anm. 10
 Japan, Folgen der — 3331f.
Karls-Bund (Projekt Coudenhove-Kalergi) 3453ff.
Kartelle 3559
 Kontrolle internationaler — 3369f.
Kenia 3162, 3164
Körperschaft für technische Zusammenarbeit in Colombo 3543
Kohle 3438
 „Arbeitsdokument“ Jean Monnets 3409ff. (Wortlaut)
 Belgien 3449, 3451 (Produktions-Indices)
 Mittlerer Osten 3161
 Pariser Konferenz über Kohle und Stahl, Juni 1950: 3409
 Schuman-Plan 3153, 3408, 3518
 Schuman-Plan, Dokumente des britisch-französischen Gedankenaustauschs 3167ff.
 Türkei 3159
Kolumbien 3442, 3444, 3446f.
Kominform (Kommunistisches Informationsbüro) 3253, 3435, 3437
Komintern (Kommunistische Internationale) 3427
Komitee der slawischen Völker, Moskau 3427
Kommuniqué
 — der Alliierten Hohen Kommission vom 28. Oktober 1949 über die Einladung der deutschen Bundesrepublik zu den Verhandlungen in Torquay 3202
 — der Dreimächtekonferenz vom 11. November 1949: 3153
 — des Verteidigungsausschusses des Atlantikrates vom 2. April 1950: 3148
 — des französischen Außenministeriums vom 9. Mai 1950 über die Besprechungen Acheson—Schuman in Paris: 3153
 — der französischen Regierung über eine gemeinsame deutsch-französische Schwerindustrie vom 9. Mai 1950: 3167f., 3170, 3254
 —, Allgemeines, der Außenminister der drei Westmächte vom 13. Mai 1950: 3156f.
 — der Außenminister der drei Westmächte über Deutschland vom 15. Mai 1950: 3156f.
 — der Außenminister der drei Westmächte vom 19. Mai 1950 über Oesterreich: 3156
 Kommuniqué-Entwurf des französischen Memorandums vom 25. Mai 1950: 3169ff. (Wortlaut)
 Vorgeschlagener Zusatz des britischen Memorandums vom 31. Mai 1950: 3171f. (Wortlaut)
 Kommuniqué-Entwurf des französischen Memorandums vom 1. Juni 1950: 3172
 Sechs-Mächte-Kommuniqué vom 3. Juni 1950 zum Schuman-Plan 3173 (Wortlaut), 3174
 — des Vereinigten Königreichs über den Schuman-Plan vom 3. Juni 1950: 3173f. (Wortlaut)
 — der französischen Regierung vom 3. Juni 1950: 3174 (Wortlaut)
 — über die Verhandlungen zwischen Polen und der Deutschen Demokratischen Republik vom 6. Juni 1950: 3215 (Wortlaut)
 — des Ständigen (Stellvertreter-) Rates des Atlantikpaktes vom 28. Juli 1950 über militärische Sicherheit 3467
 — des Ständigen Rates des Atlantikpaktes vom 4. August 1950 über verstärkte Rüstung: 3467
 Schlußkommuniqué des Ständigen Rates des Atlantikpaktes vom 4. September 1950 über ein Rüstungs-Sofortprogramm 3473

- Zwischenkommuniqué der New Yorker Außenministerkonferenz vom 14. September 1950: **3405** (Wortlaut)
- Zwischenkommuniqué der fünften Tagung des Atlantikrates vom 18. September 1950: **3475** (Wortlaut)
- Allgemeines Kommuniqué der New Yorker Außenministerkonferenz vom 19. September 1950: **3405f.** (Wortlaut)
- der New Yorker Außenministerkonferenz über Deutschland vom 19. September 1950: **3406f.** (Wortlaut), 3511f., 3560f., 3580, 3588, 3594
- der Außen- und Verteidigungsminister der drei Westmächte vom 23. September 1950: 3475, 3513
- Schlußkommuniqué der fünften Tagung des Atlantikrates vom 27. September 1950: **3475f.** (Wortlaut), 3576, 3580
- des nordatlantischen Verteidigungsausschusses vom 31. Oktober 1950: **3520** (Wortlaut)
- über die Darmstädter Zusammenkunft von Vertretern der Bekenennenden Kirche und der SPD am 30. Oktober 1950: 3591f.
- Kommunismus** 3150, 3376, 3437ff., 3513, 3543, 3595
- und Nationalismus in dialektischer Verknüpfung **3428ff.**
- Verhältnis von Stauffenbergs zum — 3200
- Kommunistische Partei der Sowjetunion, KPdSU(B)** 3489
- Siebenter Parteikongreß in Moskau, 1934: 3384
- Zentralkomitee 3490, 3493
- Zentralexekutivkomitee 3384
- Konferenzen**
- Annecy, Zollkonferenz, 11. April bis 27. August 1949: 3202f, 3211
- Atlantic City (und New York), Vierte Internationale Konferenz für Soziale Arbeit, 1948: 3479
- Brennerkonferenz Hitlers und Mussolinis, 19.—20. Januar 1941: 3397
- Brüssel, Treuhänder deutscher Auslandswerte, März 1949: 3289
- Brüssel, Konsultativrat der Brüsseler Paktmächte, 16.—17. April 1950: 3148
- Caux, Bewegung für Moralische Aufrüstung, jährliche „Weltkonferenzen“ seit 1947: 3224
- Colombo, Commonwealth-Außenminister, 9.—14. Januar 1950: 3365, 3543, 3545ff.
- Darmstadt, Bekennde Kirche und SPD, 30. Oktober 1950: 3591f.
- Den Haag, Konsultativrat der Brüsseler Paktmächte, 1. August 1950: 3467
- Florenz, Fünfte Allgemeine UNESCO-Konferenz, 22. Mai—16. Juni 1950: 3370f.
- Fontainebleau, Verteidigungsminister und Stabschefs der Brüsseler Paktmächte, 20. Juli 1950: 3466f.
- Frankfurt a. M., Zweite Internationale Konferenz für Soziale Arbeit, 1932: 3479
- Genf, Vorbereitender Ausschuß zur Ausarbeitung einer Welthandelscharta (Zweite Vorkonferenz), 10. April—30. Oktober 1947: 3201
- Genf, Vertragsparteien des Genfer Abkommens über Zölle und Handel (Zweite Tagung), 16. August bis 14. September 1948: 3202
- Genf, 32. ILO-Konferenz, Juni 1949: 3441
- Genf, Vertragsparteien des Genfer Abkommens über Zölle und Handel (Vierte Tagung), 23. Februar—3. April 1950: **3201ff.**
- Genf, ILO-Konferenz über Auswanderung, 25. April—9. Mai 1950: 3371, **3441ff.**
- Havanna, Welthandelskonferenz, 21. November 1947—24. März 1948: 3201f.
- Jalta, Krimkonferenz, 3.—11. Februar 1945: 3282f.
- Kopenhagen, Internationale Sozialistische Konferenz, 1.—3. Juni 1950: 3253.
- Länderkonferenz der Weimarer Republik, 16. Januar 1928—21. Juni 1930: 3188.
- London, Weltkonferenz für Wirtschafts- und Währungspolitik, Juni 1933: 3319
- London, Dritte Internationale Konferenz für Soziale Arbeit, 1936: 3479
- London, Vorbereitender Ausschuß zur Ausarbeitung einer Welthandelscharta (Erste Vorkonferenz), 15. Oktober—26. November 1946: 3201
- London, Deutschlandkonferenz, Juni 1948: 3562
- London, Acheson—Bevin, 9. Mai 1950: 3153f.
- London, Außenminister der drei Westmächte, 11.—13. Mai 1950: 3148, 3153f., **3155ff.**, 3167, 3406, 3441, 3464, 3510
- Vorbesprechungen der Sachverständigen in London: 3152
- London, Atlantikpaktstaaten, 15. bis 18. Mai 1950: 3147, 3464f., 3473, 3514
- London, Internationale Sozialistische Konferenz, 16.—18. Juni 1950: 3254
- London, Commonwealth, 25. September—4. Oktober 1950: 3543f.
- Moskau, Außenminister, 10. März bis 24. April 1947: 3285
- Neu-Delhi, Asienkonferenz, März 1947: 3544
- Neu-Delhi, Indien - Amerika - Konferenz, 16.—22. Dezember 1949: 3547
- Niederwald, Schloß bei Rüdesheim, Tagung zur Ländergrenzenreform, Herbst 1948: 3195
- New York, Außenminister der drei Westmächte, 12. bis 14. und 18. September 1950: 3405ff., 3504ff., **3510ff.**, 3516, 3560ff., 3576, 3588, 3594
- New York, Atlantikpaktstaaten, 15. bis 18. und 27. September 1950: 3475, 3504, **3511ff.**, 3576 f., 3580
- New York, Außenminister und Verteidigungsminister der drei Westmächte, 22. und 23. September 1950: 3475, 3513
- New York, Verteidigungsminister der Atlantikpaktstaaten, 31. Oktober 1950: 3514, 3576
- Paris, Erste Internationale Konferenz für Soziale Arbeit 1928: 3479
- Paris, Reparationskonferenz, November 1945: 3284, 3290, 3320
- Paris, Außenminister der drei Westmächte, 9.—11. November 1949: 3154, 3287
- Paris, Acheson—Schuman, 8. Mai 1950: 3153
- Paris, Konferenz über Kohle und Stahl, Juni 1950: 3409
- Paris, Fünfte Internationale Konferenz für Soziale Arbeit, 23.—28. Juli 1950: 3479
- Paris, Fünfte Internationale Konferenz für Soziale Arbeit, 23.—28. Juli 1950: **3479ff.**
- Petersberg, Alliierte Hohe Kommissare—Bundeskanzler Dr. Adenauer, 17. August 1950: 3505, 3507
- Potsdam, 17. Juli—2. August 1945: 3283ff., 3290, 3588
- Prag, Außenminister der Ostblockstaaten, 20. und 21. Oktober 1950: **3560ff.**, 3588
- Quebec, Kriegskonferenz, 11.—15. September 1944: 3264
- Stuttgart, SPD-Körperschaften, 17. September 1950: 3582
- Südseekonferenz 1947: 3548 Anm. 7
- Sydney, Beratender Ausschuß für die wirtschaftliche Unterstützung Südostasiens (Commonwealth), 15.—19. Mai 1950: 3543, 3546
- Teheran, Dreimächtekonferenz, 1. Dezember 1943: 3264, 3282
- Torquay, Vertragsparteien des Genfer Abkommens über Zölle und Handel (Fünfte Tagung), ab 2. November 1950: 3201ff., 3211
- Warschau, Ostblockstaaten, Juni 1948: 3562
- Washington, Abrüstungskonferenz 1922: 3321
- Washington, Food and Agriculture Organization, Vierte Konferenz, 15. bis 29. November 1948: 3160f.
- Washington, Vertreter der drei Westmächte zur Demontagefrage, April 1949: 3286
- Washington, nordatlantischer Verteidigungsausschuß, Vierte Konferenz vom 31. Oktober 1950: 3520
- Witten, Sozialistische Konferenz, März 1950: 3254
- Paris, Viernächtevorkonferenz, März

- 1951, Vorschlag der Sowjetunion vom 4. November 1950: 3588
- Kongresse**
- Basel, Dritter Pan-Europäischer Kongreß von 1932: 3453
- Berlin, Zweiter Pan-Europäischer Kongreß von 1930: 3453
- Genf, World Federation for Mental Health, 1949: 3564f.
- Gstaad, Europäische Parlamentarier-Union, 1947: 3453
- Haag, Europäische Bewegung, 7.—11. Mai 1948: 3183, 3227, 3236, 3343
- Hamburg, Deutscher Verband für Psychische Hygiene und Naturforscherversammlung 1928: 3563
- Interlaken, Europäische Parlamentarier-Union, 1948: 3453
- Konstanz, Europäische Parlamentarier-Union, 18.—21. September 1950: 3453
- Lausanne, Erster Kulturkongreß der Europäischen Bewegung, 8.—12. Dezember 1949: 3183
- Moskau, VII. Parteikongreß 1934: 3384
- New York, Fünfter Pan-Europäischer Kongreß, März 1943: 3453
- Rom, Internationales Institut für die Vereinheitlichung des Privatrechtes, Juli 1950: 3371
- Venedig, Europäische Parlamentarier-Union, 1949: 3453
- Washington, Erster Internationaler Kongreß für psychische Hygiene, 1930: 3563
- Wien, Erster Pan-Europäischer Kongreß von 1926: 3453
- Wien, Vierter Pan-Europäischer Kongreß, Mai 1935: 3453
- Konvention**
- über Auswanderung vom Juni 1949: 3441
- über Menschenrechte 3367, 3371, 3373, 3435
- Korea** 3204, 3345, 3347, 3349, 3351, 3359, 3373, 3374f., 3405, 3436, 3439, 3453, 3456, 3468, 3470, 3473, 3478, 3481f., 3510, 3512, 3515f., 3518, 3548
- Die Rückwirkungen des Korea-Konfliktes auf die Arbeiten des Atlantikrates 3466ff.
- Militärische Auslandshilfe 3472
- Kreisauer Kreis** 3190, 3198f.
- Kriegsgefangenenfrage**
- Erklärung der drei Außenminister der Westmächte zur Kriegsgefangenenfrage vom 12. Mai 1950: 3156
- Sowjetrussische Erklärung über die Beendigung der Rückkehr deutscher Kriegsgefangener 3156
- Kriegsverbrecher**
- Die Dokumentenedition der amtlichen deutschen Ausgabe des Verfahrens gegen die Hauptkriegsverbrecher 3307ff.
- Kriegswirtschaft**
- Die amtliche Geschichtsschreibung über die britische Kriegswirtschaft 3249ff.
- Kriegszustand**, Beendigung des —s 3406, 3511f., 3560
- Kuba** 3203
- Kultur**
- Erster Kulturkongreß, Lausanne, 8.—12. Dezember 1949: 3183
- Europa und seine Kultur 3183ff.
- Kulturelle Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten des Europarates 3367, 3370
- zwischen Polen und der Deutschen Demokratischen Republik 3215
- Studienbüro für ein europäisches Kulturzentrum 3183
- Theaterkrise 3303ff.
- Labour Party** 3349, 3353, 3439, 3481, 3493
- La Charité**, die Aktenfunde von — 3391
- Ländergrenzenausschuß des Büros der westdeutschen Ministerpräsidenten** 3195
- Länderrat** 3358
- Landwirtschaft**
- Ägypten 3162f.
- Mittlerer Osten 3159f.
- Südostasien 3544 (Monokultur)
- Lateinamerika** (Iberoamerika) 3328, 3455
- Lebensstandard** 3157, 3159ff., 3170f., 3248, 3284ff., 3318, 3324, 3410f., 3437, 3465, 3470, 3557
- Belgien 3449
- Deutschland 3477
- Ferner Osten 3481
- Großbritannien 3399ff.
- Südostasien 3544
- Libanon** 3159, 3166, 3203, 3209, 3239, 3598
- Liberalisierung des Handels** siehe Handelsprobleme
- Liberia** 3202
- Liga für ein freies Rußland** 3318
- Literatur**
- Das Werk Hugo von Hofmannsthal 3143ff.
- Die literarische Jugend Europas 3605ff.
- Franz Kafka 3527ff.
- London and Cambridge Economic Survey** 3400ff.
- Luxemburg** 3169, 3173, 3203, 3283, 3290, 3293, 3320f., 3407, 3409, 3442, 3444
- Aufrüstung 3471
- Malaya** 3323f., 3481, 3543
- Marokko** 3203
- Erdöl 3604
- Marshall-Plan** 3147, 3151, 3154, 3157f., 3214, 3234, 3265, 3325, 3328, 3355, 3407, 3434, 3559, 3597
- Marshall-Plan-Hilfe und Industrieproduktion 3319f.
- Was geschieht nach Beendigung des —s? 3327f.
- Marxismus** 3385
- Memorandum**
- britische Regierung an Amerika über die Opfer des britischen Bürgers im Kriege 3251
- britische Regierung über das britische Rüstungsprogramm, 3. August 1950: 3468f. (Wortlaut), 3471, 3473, 3511
- Bundesregierung zur Sicherheitsfrage, 30. August 1950: 3507f., 3579, 3581f., 3594f.
- französische Regierung über das französische Rüstungsprogramm, 7. August 1950: 3469f., 3473, 3511, Erläuterndes Memorandum hierzu, 17. August 1950: 3471
- Dr. Heinemann über die deutsche Sicherheit, 13. Oktober 1950: 3580ff., 3585, 3594ff. (Wortlaut)
- Intellierte Reparationsagentur, Hauptversammlung vom Jahre 1947 an den Rat der Außenminister 3285
- Memoranden zum Schuman-Plan (Wortlaut):
- britische Regierung: 27. Mai 1950: 3169ff., 31. Mai 1950: 3171f., 2. Juni 1950: 3172f.
- französische Regierung: 25. Mai 1950: 3168ff., 30. Mai 1950: 3170f., 1. Juni 1950: 3172, 3. Juni 1950: 3173
- Mollet über die Umbildung des Europarates in eine echte politische Autorität, August 1950: 3358, 3360
- Menschenrechte und Grundfreiheiten** 3371
- Konvention der — 3367, 3371, 3373, 3435
- Mexiko** 3442, 3444, 3598
- Middle East Institute, Washington** 3159
- Ministerrat der UdSSR**, Beschlüsse über vier Energie- und Bewässerungsprojekte 3521ff. (Wortlaut)
- Mittlerer Osten** 3439, 3547
- Bewässerungs- und Energieprojekte 3159ff., 3237ff.
- Erdöl 3604
- Landwirtschaft 3159
- Monde, Le**
- zur Einbeziehung Westdeutschlands in die atlantische Gemeinschaft 3152
- zur Londoner Außenministerkonferenz vom Mai 1950: 3158
- zum Adenauer-Interview 3505
- zur Wiederbewaffnung Deutschlands 3506
- über den Schuman-Plan und einen neuen Schuman-Plan 3513
- Monthly Labor Review** über Einkommen und Lebensstandard in Großbritannien 3399
- Naher Osten** 3157, 3183, 3391
- Erdöl 3604
- National Committee for Mental Hygiene** 3563
- National Health Service** 3252
- National Income White Paper** 3400, 3403f.
- Nationale Front**, Deutschland 3215f.
- Nationaleinkommen**
- einiger (7) Länder 1948: 3450 (Tabelle)
- Großbritanniens im Krieg 3250
- Nationalismus**
- und Kommunismus in dialektischer Verknüpfung 3428ff.

- Nationalsozialismus** 3189, 3197ff., 3352, 3517
Deutsches Institut zur Erforschung der nationalsozialistischen Zeit 3187
Neue Zeitung, Die
über die Freiwilligkeit des deutschen Verteidigungsbeitrages 3596
Neue Zürcher Zeitung
zur Bidault-Rede 3150
zum Schuman-Plan 3157
über die Aufnahme des Adenauer-Interviews 3505
zu Niemöllers Haltung 3587f.
Neuer Vorwärts
über geplante weitere Gespräche zwischen der Bekenntenden Kirche und der SPD 3591
Neuseeland 3203, 3209, 3283, 3543
Einwanderung aus Europa 3444
New York Times 3334, 3405ff., 3504
zur Einbeziehung Westdeutschlands in die atlantische Gemeinschaft 3152
zur Londoner Außenministerkonferenz vom Mai 1950: 3158
über das Interview mit Dr. Adenauer vom 17. August 1950: 3505, 3515f. (Wortlaut), 3576, 3582, 3594
zum Sicherheitsproblem 3507f.
Kritik an der New Yorker Dreimächtekonferenz 3512
über die integrierte atlantische Verteidigungsmacht 3514
Niederlande 3149, 3169, 3173, 3203f., 3283, 3289f., 3292f., 3320ff., 3324f., 3375, 3407, 3409, 3442, 3444, 3449, 3511
Aufrüstung 3471
Auswanderung nach Uebersee 3445f.
Erdöl 3599
Export und Nationaleinkommen 1948: 3450 (Tabelle)
Gold- und Devisenreserven 3210
Sozialarbeit 3480
Nordamerika 3151, 3155
Nordatlantikpakt siehe Atlantikpakt
Nordatlantikrat siehe Atlantikrat
Norwegen 3203f., 3283, 3289f., 3293, 3320f., 3325, 3351
Aufrüstung 3471
Erdöl 3602
Export und Nationaleinkommen 1948: 3450 (Tabelle)
Gold- und Devisenreserven 3210
Nouvelles Equipes Internationales 3352
Oberste Europäische Behörde für die Schwerindustrie 3173, 3344f., 3456, 3518
Oder-Neiße-Linie
Das deutsch-polnische Grenzabkommen vom 6. Juli 1950: 3330f. (Wortlaut)
Warschauer Deklaration vom 6. Juni 1950: 3215 (Wortlaut), 3330
Oel 3375
Europa 3597ff.
Iran 3159
Mittlerer Osten 3161
Vorderasien 3593, 3603f. (Tabellen)
Oesterreich 3151, 3202, 3204, 3227, 3266, 3284, 3293, 3320f., 3352, 3355, 3442, 3453, 3605, 3607
Auswanderung nach Uebersee 3446
Erdöl 3600
Mitgliedschaft im Europarat 3369
Staatsvertrag 3156
Oesterreichische Frage
Gleichlautende Note der drei Westmächte an die Sowjetunion vom 15. Juni 1950: 3156
Kommuniqué der Außenminister der drei Westmächte über Oesterreich vom 19. Mai 1950: 3156
Oesterreichische Gesellschaft für psychische Hygiene 3563
Oesterreichische Gesellschaft für Volksgesundheit 3563
Offener Brief
Niemöllers an den Bundeskanzler vom 4. Oktober 1950: 3584f. (Wortlaut), 3586f.
von Vertretern der Bruderschaften der Bekenntenden Kirche an den Bundeskanzler vom Oktober 1950: 3585f.
Bundesministers Hellwege vom 14. Oktober 1950: 3587
Organisation der Panamerikanischen Staaten (Panamerikanische Union) 3150, 3234
Organisation für europäische wirtschaftliche Zusammenarbeit, OEEC (Europäischer Wirtschaftsrat) 3149, 3151, 3154, 3156, 3213, 3232, 3235, 3265, 3322, 3326, 3328, 3345, 3352, 3358f., 3364, 3367, 3370f., 3407f., 3414f., 3434, 3438, 3441f., 3474, 3557, 3559
Exekutivausschuß 3355
Rat (Council) 3355, 3364, 3367, 3369, 3413ff., 3559
102. Ratssitzung am 7. Juli 1950: 3557 (Petsche-Plan)
Verhältnis zum Europarat 3355f., 3373
Organisme Permanent d'Exécution (großer Schuman-Plan) 3151
Osteuropa
Kraftstoffgewinnung 3597, 3604
Prager Außenministerkonferenz, 20. bis 21. Oktober 1950 (Prager Beschlüsse) 3560ff., 3588
Stellungnahme zu Deutschlands Wiederaufrüstung 3588f.
Oxford Gruppe 3224f.
Pakistan 3203, 3209, 3283, 3324, 3434, 3481, 3543, 3546, 3548
Palästina 3166, 3237ff., 3439, 3547
Panama 3442
Pan-Europa-Bewegung 3353, 3453
Erster Kongreß, 1926 in Wien 3453
Zweiter Kongreß, 1930 in Berlin 3453
Dritter Kongreß, 1932 in Basel 3453
Vierter Kongreß, Mai 1935 in Wien 3453
Fünfter Kongreß, März 1943 in New York 3453
Panslawismus 3427
Paraguay 3448
Pazifikpakt 3545
Peru 3202, 3204, 3442, 3444, 3446f.
Philippinen 3202, 3204, 3481f.
militärische Auslandshilfe 3472
Planwirtschaft, siehe auch Jahrespläne
Die Londoner Resolution zur Koordinierung der europäischen Grundstoffindustrien 3254 (Wortlaut)
— für die europäische Wirtschaft 3414
Sowjetunion 3275ff., 3311ff.
Pleven-Plan 3514, 3518ff. (Wortlaut), 3576
Polen 3283f., 3293, 3321, 3562, 3588
Abkommen mit der Deutschen Demokratischen Republik über technische und wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit vom 6. Juni 1950: 3329 (Wortlaut)
Auswanderung nach Uebersee 3445
Erdöl 3600
Grenzabkommen mit der Deutschen Demokratischen Republik vom 6. Juli 1950: 3330f. (Wortlaut)
Kommuniqué über die Verhandlungen zwischen Polen und der Deutschen Demokratischen Republik vom 6. Juni 1950 mit Warschauer Deklaration vom gleichen Tage 3215 (Wortlaut), 3330
Protokoll über kulturelle Zusammenarbeit mit der Deutschen Demokratischen Republik vom 6. Juni 1950: 3329f. (Wortlaut)
Portugal 3213, 3227, 3293, 3320f., 3352, 3355, 3442, 3445, 3471
Auswanderung nach Uebersee 3446
Erdöl 3599
Liquidierung deutscher Guthaben 3290
Prager Beschlüsse 3560ff., 3588
Prager Deklaration vom 23. Juni 1950: 3216 (Wortlaut)
Prawda
Kampf gegen Pokrowskij's Geschichtsauffassung und neuer Sowjetpatriotismus 3386f.
Veröffentlichung der Beschlüsse des Ministerrats der UdSSR über vier Energie- und Bewässerungsprojekte vom August und September 1950: 3521ff.
Preußen, Verhältnis zum Reich 3188, 3194
Prinzip ausgeglichener Kollektivstreitkräfte 3465f., 3472f., 3504, 3514
Produktion
Belgien, Kohle, Textilien, Industrie allgemein 3449f.
Tabelle der Produktionsindizes 1948 und 1949: 3451
Deutschland, Produktionsverbote und Einschränkung des Produktionsniveaus 1945: 3284, 3286f.
Revidiertes Industrieniveau 1947: 3286f.
weitere Ueberprüfung 3407, 3560ff.
Europa, Marshall-Plan-Hilfe und Industrieproduktion 3319f.
Großbritannien, Kriegsproduktion 3250
Japan 3334
Sowjetunion, Mittel und Wege der Steigerung der Arbeitsproduktivität 3275ff., 3311ff.
Südostasien 3323f.

- Provisorische Regierung**
der Deutschen Demokratischen Republik 3215f.
- Punkt-Vier-Programm** 3448, 3547
- Rat der Volkskommissare** (Sowjetunion) 3384
- Amt für kirchliche Angelegenheiten**
beim — 3432 Anm. 104
- Reden**, siehe auch Erklärungen
- Acheson, 16. Februar (10. März) 1950,
vor der Vereinigung amerikanischer
Geschäftsleute über totale Diplo-
matie 3147
15. März 1950, San Franzisko, über
Hilfsmaßnahmen für Südostasien
3546f.
22. April 1950, vor der Gesellschaft
amerikanischer Zeitungsverleger,
Sechspunkte-Programm 3150, 3234
10. Mai 1950, vor der Society of
Pilgrims über die Einbeziehung
Deutschlands in die westliche Ge-
meinschaft 3154f.
31. Mai 1950, Rechenschaftsbericht
an den amerikanischen Kongreß
über die Londoner Konferenzen
3465
13. Juni 1950, vor der Bürgerver-
einigung von Dallas (Texas) über
das Prinzip ausgeglichener Kollekt-
ivstreitkräfte 3465
- Dr. Adenauer, 11. Oktober 1950,
Rundfunksprache über „Die in-
ternationale Lage und Deutsch-
land“ 3510, 3516f. (Wortlaut),
3589, 3594, 3596
- Dr. Adenauer, 20. Oktober 1950, auf
dem Goslarer Parteitag der CDU
3589f.
- Bevin, 22. Januar 1948: 3438
- Bidault, 16. April 1950, Lyon, über
die Schaffung einer Obersten Alli-
ierten Behörde 3149, 3155, 3235,
3471
- Bradley, 14. April 1950, Chicago, über
gemeinsame Verteidigung 3149
- Churchill, 11. August 1950, vor dem
Europarat zur Frage der Schaffung
einer europäischen Armee 3374ff.
(Wortlaut), 3581
- Dibelius, 15. Oktober 1950, auf dem
evangelischen Männertag in Frank-
furt a. M. 3585
- François-Poncet, 9. Oktober 1950,
auf der Tagung der amerikanischen
Kreisbeauftragten in Frankfurt a. M.
über den deutschen Verteidigungs-
beitrag 3577f.
- Dr. Heinemann, 15. Oktober 1950,
auf dem evangelischen Männertag
in Frankfurt a. M. 3585
- Kirkpatrick, 11. Oktober 1950, auf
der Tagung der amerikanischen
Kreisbeauftragten in Frankfurt a. M.
über den deutschen Verteidigungs-
beitrag 3578
- Marshall, Harvard-Rede, Juli 1947:
3285f., 3436
- McCloy, 8. Oktober 1950, Rundfunk-
sprache 3476ff. (Wortlaut), 3510,
3576
- Moch, 27. August 1950, Sète, über
Maßnahmen gegen Aggression ge-
gen Westdeutschland 3506
- Molotow, 6. November 1948, über
den sozialistischen Wettkampf 3316
- Niemöller, Essen, im Rhein-Ruhr-
Klub gegen Remilitarisierung 3509
- Niemöller, 15. Oktober 1950, auf dem
evangelischen Männertag in Frank-
furt a. M. 3585f., 3589
- Schmid, Carlo, 3. Oktober 1950,
Rundfunkrede über Deutschlands
Verteidigungsbeitrag 3583f.
- Schmid, Carlo, 22. Oktober 1950,
München, zum gleichen Thema 3584
- Schuman, 26. April 1950, Paris, über
Zusammenarbeit der demokrati-
schen Staaten 3151, 3234
- Schuman, 20. September 1950, New
York, vor dem United Europe
Committee über die Schaffung
einer integrierten europäischen
Armee 3512
- Spender, 9. März 1950, im austra-
lischen Parlament über Außen-
politik 3545
- Spender, 8. Juni 1950, im austra-
lischen Parlament über einen Pazi-
fiktakt 3545f.
- Stalin, 9. Februar 1946, Wahlrede
3490
- Reichsreform**
während der Weimarer Republik 3188
im Dritten Reich 3188
- Verfassungs- und Verwaltungsreform-
pläne der deutschen Opposition
gegen Hitler zum 20. Juli 1944:
3188ff.
- Pläne Goerdelers 3190
- Pläne des „Kreisauer Kreises“ 3190
- Territoriale Reformpläne 3190ff.
- Remilitarisierung** Deutschlands
siehe Wiederaufrüstung
- Reparationen**
Deutschland 3319
- Angemeldete Forderungen
(Tabelle) 3320
- Der Abschluß der westdeutschen
Reparationsleistungen 3281ff.
- Endabrechnungswerte (Tabelle)
3282
- Plan für Reparationen und für das
Wirtschaftsniveau im Nachkriegs-
deutschland vom März 1946: 3284f.
- Verteilungsstand Ende 1949
(Tabelle) 3283
- Japan 3332, 3334
- Resolution**
—des Rates der Volkskommissare
und des Zentralexekutivkomitees
vom 16. Mai 1934 und 26. Januar
1936 über eine Reform des Ge-
schichtsunterrichtes 3384
- des Deutschen Bundestages vom
30. September 1949 zur Demon-
tagefrage 3287
- der außerordentlichen Generalver-
sammlung der Union Europäischer
Föderalisten in Paris vom 31. Ok-
tober 1949 zur Vorlage an den
Europarat 3353
- des Politischen (Allgemeinen) Aus-
schusses des Europarates vom
21. Dezember 1949: 3365
- des Politischen (Allgemeinen) Aus-
schusses des Europarates vom
20. März 1950 über die Schaffung
eines Exekutivausschusses 3368
- des Ministerausschusses des Eu-
roparates
vom 1. April 1950 über die Stär-
kung der Verbindung zwischen
Ministerrat und Konsultativ-
versammlung 3368
- vom 1. April 1950 über wirtschaft-
liche Fragen 3369
- vom 1. April 1950 über kulturelle
Fragen 3370
- , Allgemeine, der vorbereitenden
Auswanderungskonferenz in Genf
vom 25. April bis 9. Mai 1950:
3442
- der Internationalen Sozialistischen
Konferenz in Kopenhagen vom 1.
bis 3. Juni 1950 über Sozialismus
und Frieden 3253 (Wortlaut)
- der Internationalen Sozialistischen
Konferenz in London vom 16. bis
18. Juni 1950 zur Koordinierung
der europäischen Grundstoffindu-
strien 3254 (Wortlaut)
- des Deutschen Bundestages vom
26. Juli 1950 über den Euro-
päischen Bundespakt 3353, 3360
Anm. 13, 3463
- Resolutionsentwurf Churchills im
Europarat vom 11. August 1950
über die Schaffung einer euro-
päischen Armee 3349f., 3376 (Wort-
laut)
- der Konsultativversammlung des
Europarates vom 11. August 1950
über die Schaffung einer euro-
päischen Armee 3350 (Wortlaut),
3360 Anm. 10 (englischer Text),
3504, 3519, 3576, 3581
- Resolutionsentwurf von Mitgliedern
der Konsultativversammlung des
Europarates zur Frage des Bundes-
paktes, August 1950: 3353f., 3360
Anm. 13
- der Konsultativversammlung des
Europarates zur allgemeinen Poli-
tik des Europarates, August 1950:
3354
- Revue International du Travail**
3318
- Rheinischer Merkur, Der**
zur Wiederaufrüstung 3509
- Royal Institute of International
Affairs**
„Defense in the Cold War“ 3503
- Studiengruppenbericht 3504
- Rüstungsausgaben** 3321
- Rumänien** 3284, 3321, 3390, 3394,
3445, 3562, 3588
- Erdöl 3600
- Russisch-Chinesische Union** 3455
- Saarfrage** 3233
- Saargebiet** 3454, 3595
- Aufnahme in den Europarat 3367ff.
- Reparationswert 3282f.
- Schiffbau**
Japan 3334

Schuman-Plan 3156ff., 3254, 3344, 3348, 3356, 3359, 3373, 3374, 3407ff., 3438, 3453, 3456, 3463, 3590
 —, Dokumente des britisch-französischen Gedankenaustausches 3167ff.
 —, großer 3151f., 3471, 3504
 —, kleiner 3152ff.
 —und Atlantikpakt 3147ff., 3464ff., 3503ff., 3576
Schweden 3204, 3209, 3292f., 3320f., 3325, 3442, 3472, 3474
 Erdöl 3602
 Gold- und Devisenreserven 3210
 Liquidierung deutscher Guthaben 3289
Schweiz 3151, 3193, 3209, 3213, 3227, 3293, 3321ff., 3325f., 3352, 3355, 3399, 3442, 3455, 3474
 Aufrüstung 3472
 Auswanderung nach Uebersee 3446
 Erdöl 3600
 Liquidierung deutscher Guthaben 3289
 Sozialarbeit 3480, 3482
Sechspunkte-Programm Achesons vom 22. April 1950: 3150f.
Siam 3543
Sicherheit 3157, 3376, 3436
 für Asien 3406
 für Deutschland 3156, 3374, 3405f., 3511, 3577, 3590
 Garantie der Westmächte 3476f., 3516, 3580
 Interview Dr. Adenauers an New York Times 3504f., 3515ff (Wortlaut)
 Memorandum der Bundesregierung zur Sicherheitsfrage vom 30. 8. 50: 3507f., 3579, 3581
 Memorandum Dr. Heinemanns über die deutsche Sicherheit vom 13. Oktober 1950: 3580f., 3594ff. (Wortlaut)
 Presseerklärung Dr. Adenauers vom 23. 8. 1950: 3506
 Pressegegenerklärung Dr. Schumachers 3507
 gegen Deutschland 3470, 3477
 für Europa 3347ff., 3362, 3406, 3473, 3506
 für Frankreich 3454
 für Südostasien 3405
 für westliche Welt 3438
 soziale Sicherheit 3370, 3467, 3470, 3473, 3482
 Konvention der Brüsseler Paktmächte vom 7. November 1949: 3367, 3371
 wirtschaftliche Sicherheit 3467, 3470
Sicherheitsrat siehe unter Vereinte Nationen
Skandinavien 3351f., 3355, 3375, 3399, 3455
Society of Pilgrims 3154, 3548
South Pacific Commission 3548
 Anm. 7
Sowjetunion, UdSSR 3151, 3193, 3265, 3283f., 3290, 3332, 3406, 3434ff., 3439, 3445, 3513, 3561f.
 Energie- und Bewässerungsprojekte

3521ff. (Beschlüsse des Ministerrates der UdSSR), 3549ff.
 Erdöl 3602ff.
 Grundlinien der sowjetischen Geschichtsforschung im Zeichen des Stalinismus 3383ff., 3423ff., 3489ff.
 Kampf gegen Kosmopolitismus 3489ff.
 Neuer Sowjetpatriotismus 3386ff., 3490
 militärische Stärke Sommer 1950: 3467
 Steigerung der Arbeitsproduktivität 3275ff., 3311ff.
 Stellungnahme zu Deutschlands Wiederaufrüstung 3588f.
 Wehrhaushalt 3466f.
 Westdeutsche Reparationen 3283
Sozialdemokratische Partei Deutschlands, SPD 3233, 3348f., 3505, 3512, 3577, 3581
 Erklärungen Dr. Schumachers zur Sicherheitsfrage vom 20. August 1950: 3509
 vom 23. August 1950: 3506f.
 vom 14. September 1950: 3509f.
 Haltung zur Verteidigungsfrage 3582ff.
 Zusammengehen mit Niemöller 3591f.
Soziale Sicherheit 3370
 multilaterale Konvention der Brüsseler Paktmächte vom 7. November 1949: 3367, 3371
 Recht des Auswanderers auf Beschäftigung 3441
Sozialismus
 Die Kopenhagener Resolution über Sozialismus und Frieden 3253 (Wortlaut)
 Die Londoner Resolution zur Koordinierung der europäischen Grundstoffindustrien 3254 (Wortlaut)
Sozialpolitik
 Internationale Entwicklungslinien u. künftige Hauptaufgaben 3482f.
 Soziale Arbeit in der freien Welt 3479ff.
 Soziale Arbeit in Ostasien 3481f.
Spanien 3227, 3293, 3352, 3605
 Auswanderung nach Argentinien, Uruguay, Venezuela 3445
 Erdöl 3599
 Liquidierung deutscher Guthaben 3290
Spender-Plan (Colombo-Plan) 3543ff.
Staatenkammer 3228
Stachanow-Bewegung 3316f.
Ständige Kommission für technische und wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit (Polen — Deutsche Demokratische Republik) 3329
Ständiger Ausschuss für Selbsthilfe 3483
Stahl 3375, 3411, 3438
 „Arbeitsdokument“ Jean Monnets 3409ff. (Wortlaut)
 Belgien 3451 (Produktions-Indices)

Lockerung der Erzeugungsbeschränkungen 3407, 3561
 Pariser Konferenz über Kohle und Stahl, Juni 1950: 3409
 Schuman-Plan 3153, 3408, 3518
 Schuman-Plan, Dokumente des britisch-französischen Gedankenaustauschs 3167ff.
Stalinismus 3386
 Grundlinien der sowjetischen Geschichtsforschung im Zeichen des Stalinismus 3383ff., 3423ff.
State Department
 Organisationsschema 3271
Sterlingländer 3211, 3213, 3333, 3438
Sudan 3159, 3162ff.
 Nil-Plan 3162ff.
Südafrikanische Union 3203, 3209ff., 3283, 3546, 3548
 Einwanderung aus Europa 3444f.
 Gold- und Devisenreserven 3210
Südamerika 3480
 Erschließung neuer Siedlungsgebiete 3446f.
Südostasien 3323f., 3328, 3405, 3439, 3480
 Politische Tragweite der Commonwealthpläne für Südostasien (Colombo-Plan) 3543ff.
Südrhodesien 3203, 3209
Südweststaat 3195
Syrien 3159, 3203, 3209, 3237ff., 3243, 3391
 Bewässerungs- und Energieprojekte 3166, 3246f.
Tennessee Valley-Authority, TVA, 3159, 3161, 3237, 3240, 3248, 3503
Textilindustrie
 Belgien 3450, 3451 (Produktions-Indices)
 Japan 3334
Thailand 3481f.
Theaterkrise 3303ff.
Tibet 3376
Thimes, The
 zur Bidault-Rede 3149
 zur Sicherheitsgarantie für Deutschland 3156
 zur Londoner Außenministerkonferenz vom Mai 1950: 3158
 zum Beamten- und Angestelltenstab des britischen Auswärtigen Dienstes und zur neuen Auswahlmethode 3272f.
 Zum britischen Rüstungsprogramm 3469
 zum Adenauer-Interview 3505
Totale Diplomatie 3470, 3503
 Acheson zum Begriff 3150, 3234
 —als Konsequenz des Atlantikpaktes 3147ff.
 Auswirkungen des Schuman-Planes auf die Doktrin der totalen Diplomatie 3464ff.
Triest 3320, 3355
Trotzkismus 3386, 3388
Tschamuria 3392f.
Tschechoslowakei 3202f., 3283, 3293, 3321, 3389, 3392, 3562, 3588
 Erdöl 3600

- Prager Deklaration vom 23. Juni 1950: 3216 (Wortlaut)
- Türkei** 3159, 3166, 3202, 3204, 3290, 3293, 3320f, 3375, 3395f., 3472
- Bewässerungs- und Energieprojekte 3239ff., 3246
- Erdöl 3600
- Uganda** 3162, 3164
- Ukraine** 3193
- Ungarn** 3284, 3321, 3445, 3562, 3588
- Budapester Deklaration vom 24. Juni 1950: 3215f. (Wortlaut)
- Erdöl 3600
- Union Europäischer Föderalisten, UEF** 3236, 3352
- außerordentliche Generalversammlung vom 31. 10. 1949: 3353
- United Europe Committee** 3512
- United Nations Education, Sciences and Culture Organization, UNESCO** 3264, 3345, 3356, 3364, 3367, 3370, 3442f.
- Fünfte Allgemeine Konferenz, 22. Mai—16. Juni 1950, in Florenz 3370f.
- United Nations Relief and Rehabilitation Administration, UNRRA** 3294
- Uruguay** 3442
- Einwanderung aus Europa 3444ff.
- Venezuela** 3442
- Einwanderung aus Europa 3444ff.
- Vereinigte Staaten von Amerika** 3149f., 3193, 3202ff., 3209f., 3214, 3232, 3234f., 3250, 3283f., 3286ff., 3291ff., 3319, 3321, 3323f., 3326ff., 3331ff., 3349f., 3374ff., 3434f., 3437ff., 3442, 3446, 3449, 3454ff., 3467ff., 3478, 3511ff., 3545ff., 3560ff.
- Ausfuhrüberschuß 1919—1939: 3210
- Einwanderung 1921—1949: 3444f.
- Export und Nationaleinkommen 1948: 3450 (Tabelle)
- Sozialarbeit 3480, 3482
- Waffenhilfe für Europa 3147f., 3472f., 3474
- Wehrhaushalt 3466f.
- Vereinigte Staaten von Europa** 3453 (Briand-Pläne), 3454, 3456
- Vereinte Nationen, UNO** 3150, 3161, 3234, 3253, 3265, 3270, 3343ff., 3374ff., 3405, 3411, 3435ff., 3441ff., 3447f., 3520, 3545f., 3548
- Europäisches Amt der Vereinten Nationen, Genf 3265
- Sicherheitsrat 3265, 3345, 3347, 3349, 3373, 3376, 3435
- Sozialabteilung 3482, 3484
- Wirtschaftskommission für Asien und den Fernen Osten, ECAFE 3548
- Wirtschaftskommission für Europa, ECE 3201, 3265, 3328, 3355f., 3364, 3373, 3466
- Wirtschaftskommission für Lateinamerika, ECLA 3443
- Wirtschafts- und Sozialrat 3201f., 3443
- Erste Tagung, Februar 1946: 3201
- Verfassung**
- Deutschland**
- Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland 3195, 3358f., 3360
- Die Verfassungs- und Verwaltungsreformpläne der deutschen Opposition gegen Hitler zum 20. Juli 1944: 3188ff.
- Vorläufiges Staatsgrundgesetz (Entwurf Popitz) zum 20. Juli 1944: 3190f., 3194f.
- Europa** 3374
- Sowjetunion**
- Stalinsche Verfassung von 1936: 3317, 3383, 3387
- Verfassungsausschuß** von Herrenchiemsee 3358
- Verordnung**, siehe auch Gesetz
- Sowjetunion:**
- Dekret vom 28. 12. 1938 über Bestrafung für unentschuldigtes Fernbleiben von der Arbeitsstelle 3317
- Erlaß des Rates der Volkskommissare zur Stärkung des Führerprinzips, insbesondere der Rolle der Meister 3317
- Verordnung des Präsidiums des Obersten Sowjets vom 26. 6. 1940 über die Bestrafung bei unbegründetem Wegbleiben von der Arbeit 3317
- des Rates der Volkskommissare vom 26. 6. 1940 über Gehälter und Arbeitslöhne 3280
- des Rates der Volkskommissare vom 2. 10. 1940 über die Bildung einer Hauptverwaltung für Arbeitsreserven 3317
- Erlaß des Präsidiums des Obersten Sowjets der Sowjetunion vom 19. 10. 1940 über die Versetzung technischer Angestellter und qualifizierter Arbeiter zu einem anderen Unternehmen 3317
- Verordnung des Präsidiums des Obersten Sowjets der Sowjetunion vom 26. Juli 1940 über Arbeitszeitverlängerung 3280
- Verträge**, siehe auch Abkommen
- Atlantikpakt vom 4. April 1949: 3147ff., 3233ff., 3406, 3464ff.
- Balkanpakt 3395
- Brüsseler Fünfmächte-Vertrag vom 17. März 1948: 3148, 3150, 3232, 3235, 3267, 3350, 3355, 3364, 3367, 3374, 3434, 3436, 3438, 3471, 3590
- Dreibund 3396
- Dreimächtepakt vom 27. September 1940: 3396
- Griechenland—Türkei, Freundschafts- und Beistandspakt 3395
- Großbritannien—Sowjetunion, 26. Mai 1942: 3435
- Italien—Argentinien, Auswanderungsvertrag vom 27. Januar 1948: 3444
- London, Zehn-mächtepakt vom 5. Mai 1949 (Satzung des Europarates) 3234
- Verwaltung**
- Die Verfassungs- und Verwaltungsreformpläne der deutschen Opposi-
- tion gegen Hitler zum 20. Juli 1944: 3188ff.
- Vietnam** 3153
- Virginia-Plan** von 1787: 3343
- Völkerbund** 3202, 3265, 3389, 3503
- Währungsfragen**
- Abwertung 1949: 3326
- Europäische Währungseinheit 3373
- Freie Konvertierbarkeit 3213f., 3324ff., 3328, 3407, 3557
- Waffenhilfe** der Vereinigten Staaten 3147f., 3344, 3472f., 3474
- Waffenstillstandskommission, deutsche** 3308
- Walter-Bericht** (Expellees and Refugees of German Ethnic Origin) 3448
- Warschauer Deklaration** vom 6. Juni 1950: 3215 (Wortlaut), 3330
- Wechselkurs**
- DM-Ost zu DM-West 3488 (Schaubild)
- Yen 3333
- Weimarer Republik** 3188
- Weißbuch**
- ,ritisches, über die Reformen des Auswärtigen Dienstes im Jahre 1943: 3270 Anm., 3273f.
- der Vereinigten Staaten vom 6. Dezember 1945 über die Schaffung einer Welthandelsorganisation 3201
- Weltgesundheitsorganisation, WHO** 3442, 3566
- Ausschuß für Psycho-Hygiene (Mental Health), Genfer Tagung 29. August—2. September 1949: 3566
- Welthandelscharta**
- Vorgeschichte 3201
- Erste Vorkonferenz des vorbereitenden Ausschusses in London, 15. Oktober—26. November 1946, New Yorker Entwurf 3201
- Zweite Vorkonferenz des vorbereitenden Ausschusses in Genf, 10. April bis 23. August 1947, Genfer Entwurf 3201
- Genfer Allgemeines Abkommen über Zolltarife und Handel vom 30. Oktober 1947 („Kleine Havanna-Charta“) 3201f.
- Havanna-Charta vom 24. März 1948: 3202, 3205, 3408, 3415
- Westeuropa** 3155, 3201, 3203f., 3213, 3292, 3319ff., 3358f., 3365, 3375, 3407, 3437, 3439, 3441, 3472ff.
- Der britisch-französische Gedankenaustausch über die französischen Vorschläge für die westeuropäischen Kohlen-, Eisen- und Stahlindustrien (Dokumente) 3167ff.
- Isolationismus 3147
- Kraftstoffzeugung 3597, 3601 (Karte), 3604
- Verteidigung 3405, 3466, 3468ff. (langfristige Pläne), 3475f., 3507, 3515, 3518, 3577f., 3581, 3584, 3594f.
- Westmächte** 3167, 3477, 3513, 3578
- gleichlautende Noten der drei — an die Sowjetunion vom 15. Juni 1950 über die österreichische Frage 3156

militärische Stärke Ende August 1950: 3467
 Treffen der drei Außenminister der Westmächte vom 12. bis 14. und am 18. September 1950 in New York 3405ff.
 Treffen der Außen- und Verteidigungsminister der drei Westmächte am 22. und 23. September 1950 in New York 3475 (Kommuniqué)
Westunion 3149, 3151, 3234, 3375, 3504f.
Widerstandsbewegung 3352
 Materialien zur Geistesgeschichte des deutschen Widerstandes gegen das nationalsozialistische Regime 3187ff.
 Stauffenberg, das Bild des Täters 3196ff.
Wiederaufrüstung
 Belgien 3471
 Dänemark 3471
 Deutschland 3152, 3348f., 3454, 3463, 3473f., 3504ff., 3516, 3560ff., 3576ff., 3594ff.
 Frankreich 3469f., 3518

Großbritannien 3468f., 3471
 Italien 3471
 Luxemburg 3471
 Niederlande 3471
 Norwegen 3471
 Schweden 3472
 Schweiz 3472
 westliche Alliierte 3511
Wiedergutmachung nationalsozialistischen Unrechts 3477
Winter-Olympiade, Osloer Beschluß vom 2. Oktober 1950: 3595
Wirtschaftspolitik
 Die Rückkehr zu einem ausgeglichenen Wirtschaftssystem 3325f.
 Pläne zur wirtschaftlichen Integration Europas (Schuman-Plan, Stikker-Plan, Pella-Plan) 3407ff.
 Wiederaufbau der japanischen Wirtschaft 3332ff.
Wirtschaftsunion
 deutsch-französische 3151f.
World Federation for Mental Health 3563f.
Zahlungsbilanz 3326, 3411

Das Problem des europäischen Zahlungsbilanz-Ausgleichs 3319ff.
 Die Entwicklung der europäischen Zahlungsbilanz 1947—1949: 3291ff.
Zeitungsverlag, Bericht über Niemöllers Angriffe gegen die westdeutsche Presse 3593 Anm. 20
Zentralismus 3193
Zollfragen 3414
 Preferenzzölle (Pella-Plan) 3408, 3415f.
 Tarifsenkungen 3203f., 3206, 3214, 3410
 Tarifverhandlungen zwischen den Vertragspartnern des Allgemeinen Genfer Abkommens in Genf von April bis Oktober 1947: 3202, 3204f., 3209
 in Annecy von April bis August 1949: 3202, 3204f.
 in Torquay vom 28. September 1950 an: 3202ff., 3214
Zollunion
 allgemeine europäische — 3416, 3438
 Benelux 3407, 3416
 französisch-italienische — 3416

Personenverzeichnis

Abdijew 3425
Aberdeen, Lord 3267
Acheson, Dean 3147, 3150, 3152ff., 3156, 3158, 3234, 3271, 3405, 3434, 3464ff., 3475, 3503, 3507, 3510, 3512f., 3517, 3546
Achinger, Hans 3481
Achmatowa, Anna 3489
Adenauer, Dr. Konrad 3151, 3156f., 3234, 3351, 3453, 3463, 3504ff., 3515f., 3576, 3579, 3581f., 3585ff., 3592
Aesop 3527
Airapetjan, M. E. 3426
Albertz, Heinrich 3591
Aldington, G. W. 3270
Alexandrow, Professor 3489f.
Alexios 3432
Alfieri, Dino 3393
Allamanis, Stélios 3354
Allen, R. 3270
Allen, William David 3270
Alphand, Hervé 3466
Andersch, Alfred 3607
Anderson, George Henry Garstin 3268
Anderson, Sir John 3249
André 3169
Andrianow 3526
Anfuso 3395
Antonescu, Ion 3308
Antrobus, P. R. 3270
Arndt, Dr. Adolf 3591
Aschaffenburg 3565
Astraldi, Dr. 3447
Awarin, B. 3426
Awerbuch, R. A. 3426
Aynsley, G. A. 3270
Azara, Antonio 3354, 3360
Bachruschin, S. 3423, 3427f., 3490
Badoglio, Pietro 3394ff.

Baranow, L. 3426
Barclay, R. E. 3270
Bardoux, Jacques 3360
Barth, Karl, Professor 3590, 3593 Anm. 28
Basilewitsch, K. W. 3425, 3427, 3490
Bastianetto, Celesto 3354, 3360
Bastid, Paul 3354, 3360
Bastide, François 3607f.
Bateman, Charles H. 3268, 3270
von Bauernfeld, Eduard 3304
Bayer 3494
Beck, Ludwig 3194
Beck-Broichsitter, Helmut 3509
Becker, Max 3354, 3360
Beckett, Sir Eric 3268
Bednyj, Demian 3387
Beer, Clifford W. 3563
Bellavista, Girolamo 3360
von Bellingshausen, F. 3426
Benediktow 3526
Benesch, Eduard 3453
Benvenuti, Ludovico 3354, 3360
Berger 3425
Bergmann 3360
Bergson, Henri 3223
Berthoud, Eric Alfred 3268
Berze, J. 3563
Beveridge, William Henry Lord 3252, 3449
Bevin, Ernest 3153f., 3156, 3158, 3167, 3230f., 3249, 3265, 3268f., 3343, 3351, 3368, 3372, 3405, 3433f., 3438, 3454, 3465, 3475, 3510ff., 3546
Beyer, Dr. Franz 3585, 3589
Bichet, Robert 3352, 3354, 3360
Bidault, Georges 3148ff., 3153, 3155, 3229, 3235, 3343, 3348, 3360, 3434, 3454, 3471, 3504

Birnbaum 3565
von Bismarck, Otto, Fürst 3386
Blankenhorn, Herbert 3581f.
Blücher, Franz 3581
Blum, Léon 3453
Bochenski, Feliks 3159
Böckicker 3190
Bogoslawskij, M. M. 3424
Bohy, Georges 3353f., 3360
Bolifraud, Gabriel 3354, 3360
Boncour, Paul 3453
Bonnefous, Edouard 3360
Boothby, E. B. 3270
Boothby, Robert 3349
Borchert, Wolfgang 3606
Boris, König von Bulgarien 3395
Botschkin, A. J. 3526
Boulanger, Georges 3386
Bowin 3526
Bowker, Reginald James 3270
Bowley, Sir Arthur L., Professor 3399, 3403
Bradley, Omar N. 3148f., 3152
Brain, H. N. 3270
Braun, Heinz 3354, 3360
Braun, Otto 3188
Brecht, Bertolt 3305, 3527
Breidbach-Bernau 3606
von Brentano, Dr. Heinrich 3350, 3354, 3360, 3505, 3581
Briand, Aristide 3453f.
Broad, P. 3270
Brod, Max 3530
Brossolette, Gilberte Pierre 3360
Bruce, David 3471
Bruckner, Ferdinand 3305
Brüning, Heinrich 3282
Bruins Slot, J. A. H. S. 3360
Brussilow, Alexei Alexejewitsch 3425
Bryn, Dag 3466

- Buber, Martin 3530
 Bubnow 3385
 Bucharin, Nikolai 3385, 3388
 Buchholz 3196
 Buchman, Frank N. D. 3224, 3226
 Bulsara, Dr. 3481f.
 Burke, Edmund 3352
 Buschujew, S. 3386
 Busmann, Star 3355
 Busta, Christine 3608
 Bytschkow, L. N. 3427
 Caccia, Sir Harold 3266
 Cadogan, Sir Alexander 3270
 Callaghan, James 3348
 Cambier-Parry, R. 3268
 von Campe, Carl 3354, 3360
 Campion, Gilbert, Lord 3357
 Camus, Albert 3606ff.
 Canning, George 3267, 3343
 Cappi, Giuseppe 3354, 3360
 Caracciolo di Castagneto, Filippo 3366
 Carey-Foster, G. A. 3270
 Carnegie, Andrew 3479
 Casati, Alessandro 3360
 van Cauvelaert, Frans 3453
 Chamberlain, Neville 3249, 3264, 3309
 Chang, H. C. 3484
 Chaput De Saintonge, R. A. 3270
 Charpentier, René 3360
 Cheifiz 3424
 Chiostergi, Giuseppe 3354
 Chmelniczki, Bogdan 3428
 Courchill, Winston S. 3249, 3264, 3348ff., 3360, 3374, 3466, 3470, 3504ff., 3581
 Chwostow, W. M. 3424, 3426, 3428
 Ciano, Galeazzo, Graf 3390ff.
 Cingolani, Mario 3360
 Clair, René 3607
 Clapp, Gordon 3161
 Clarke, H. Ashley 3268
 Clasen, André 3466
 Claudel, Paul 3608
 Clay, Lucius D. 3152
 Codrington, Geoffrey Ronald 3268
 Cooper, John Sherman 3473, 3506
 von Coudenhove-Kalergi, Richard Nikolaus Graf 3353, 3453
 Craig, Sir Maurice 3563
 Crawford, R. S. 3270
 Cripps, Sir Stafford 3265, 3438
 Crowe, Sir Eyre 3263, 3273
 Curtius, Ernst Robert 3144f.
 Curzon, Lord 3548
 Cyrankiewicz, Josef 3215, 3330f.
 Dalton, Hugh 3349ff.
 Dan, W. 3493
 Davies, Ernest 3268f., 3372
 Dawydow 3554
 Deborin, G. A. 3493
 Dehler, Thomas 3581
 Denning, M. E. 3268
 Dertinger, Georg 3330f., 3560
 Dewar, William H. 3484
 Diamond, William 3159
 Dibelius, Otto D. 3585f.
 Diebold, Bernhard 3305
 Diop-Soce, Ousmane 3360
 Dixon, Pierson 3267ff.
 Dobi, Istwan 3216
 Dönitz, Karl 3308f.
 Dominedo, Francesco 3360
 Dor, Milo (Doroslovac, Milutin) 3607f.
 Dostojewskij, Fjodor Michailowitsch 3387
 Douglas, Lewis 3148
 Dranizyn, S. M. 3426
 Dreikurs 3563
 Drossos, Georges 3230, 3260, 3368, 3372
 Drushilin, N. M. 3427
 Dsherwiz, M. 3386
 Dubois, Pierre 3454
 Duhamel, George 3605
 Dulles, Allan Welsh 3194, 3196
 Dunbar, R. 3270
 Ebuzziya, Ziyad 3354
 Edelman, Maurice 3348, 3375
 Eden, Anthony 3264, 3270, 3454
 Ehrenburg, Jepa 3425
 Eichler, Willi 3348
 Eisenhower, Dwight D. 3466
 Eisenstein, Sergej Michailowitsch 3387
 Engels, Friedrich 3426, 3429
 Enver Pascha 3428
 Eppelsheimer, Hanns Wilhelm 3527
 Epstein, Fritz 3383
 Eristow, W. S. 3524
 Erler, Fritz 3360
 Evatt, Dr. Herbert V. 3545, 3548
 Farinacci 3393
 Feinberg, J. 3424
 de Felice, Pierre 3354, 3360
 Felmayer, Rudolf 3607
 Ferrari 3563
 Ferro, Maurice 3152
 von Feuchtersleben, Ernst, Freiherr 3563
 Fierlinger, Zdenek 3560
 Finch, J. P. G. 3270
 Fisson, Pierre 3607f.
 Flaubert, Gustave 3527
 Fordham, A. S. 3270
 Francke, August Hermann 3223
 Franco, Francisco 3394
 François-Poncet, André 3512, 3577, 3580
 Frederix, Pierre 3607
 Friedland, Grigorij Samoilowitsch 3386
 Fritsch, Gerhard 3608
 Furlonge, G. W. 3270
 Gainer, Sir Donald 3269f.
 Gaitskell, Hugh 3543f.
 Galliard, Félix 3360
 Gamelin, Maurice 3391
 Gary, Romain 3608
 Gee, H. G. 3270
 George, Stefan 3143f., 3146, 3197f.
 Gerstenmaier, Dr. Eugen 3348, 3581, 3587
 Giacchero, M. Enzo 3354, 3360
 Gide, André 3605
 Giraudoux, Jean 3608
 Gisevius, Hans B. 3197ff.
 Gjöres, Axel 3360
 Glasebock, Dr. 3309
 Glinka, Michael Iwanowitsch 3387
 von Gneisenau, August, Graf Neithardt 3198
 Goerdeler, Carl Friedrich 3187, 3190, 3194f.
 Göring, Hermann 3308, 3348, 3389, 3394
 van der Goes van Naters, M. 3360
 von Goethe, Johann Wolfgang 3145, 3517, 3527, 3563, 3606
 von Gonzaga, Ludwig 3359
 Gorkij, Maxim 3387
 Gorodezko 3492
 Gotje (Gautier), J. W., Professor 3425, 3492
 Granowskij, Timofej Nikolajewitsch N. 3493
 Graziani, Rodolfo 3394, 3397
 Grekow, Boris D. 3423, 3427, 3490
 Grillparzer, Franz 3304
 Groll, Gunter 3605
 Grotewohl, Otto 3215, 3330f., 3586
 Grothe, Wolfgang 3606
 Guderian, Heinz 3509, 3561
 Guizot, François 3493
 Gurewitsch 3425
 Gustav Adolf 3426
 Haecker, Theodor 3389
 Halder, Franz 3561
 Hallstein, Walter, Professor 3581
 Halm, H. 3383
 Hampel, Bruno 3607
 Hamsun, Knut 3605
 Hancock, William Keith, Professor 3249, 3252, 3466
 Harriman, Averell 3466
 Harrison, C. W. 3270
 Hart, Liddell 3152
 Harvey, Sir Oliver
 Hasenclever, Walter 3305, 3608
 von Hassell, Ulrich 3190, 3194, 3199
 Hauptmann, Gerhart 3305
 Haushofer, Albrecht 3190f., 3193
 Haynes, George E. 3484
 Hays, George P. 3581, 3589
 Hebel, Johann Peter 3527
 Heinemann, Dr. Gustav 3463, 3508, 3579ff., 3585f., 3594
 Held 3591
 Hellwege, Heinrich 3587
 Hemmingway, Ernest 3605f.
 Henderson, Lord 3268f.
 Hennig, Arno 3591
 Herriot, Edouard 3149, 3453
 Heydecker, Joe J. 3187
 Hilferding, Rudolf 3194
 Himmler, Heinrich 3194f., 3197
 Hitler, Adolf 3188f., 3195, 3196f., 3199f., 3309, 3389, 3391ff., 3396f., 3455, 3577, 3590
 Hodza 3453
 Hoehler, Fred K. 3484
 Hoepner 3199
 Hoey, Dr. Jane 3484
 Hofer, Dr. Walter 3187
 Hoffer, Joe R. 3484
 Hoffman, Paul G. 3202, 3286f.
 von Hofmannsthal, Hugo 3143ff., 3305
 Holsti 3453
 Horn, Otto 3607
 de Hurtado, J. 3484
 Hutcheon, Sir Alexander 3270
 Huxley, Aldous 3605
 Hynd, John B. 3266

- Ibsen, Henrik** 3305
Ifland, August Wilhelm 3304
Ihering, Herbert 3303
Isenberg, G. 3190f.
Iwan III. 3423
Iwan der Schreckliche (Grosny)
 3387, 3423, 3428
Iwand, H. J., Professor 3591
Jacini, Stefano 3230, 3360, 3368,
 3372
Jackiewicz, Aleksander 3608
Jakubowski, A. J. 3423
Jaquet, Gérard 3354, 3360
Jaroslowski, J. 3386, 3429
Jebb, Sir Hubert Gladwyn 3267f.,
 3270
Jedigej 3428
Jefimow 3424, 3426
Jerusalimskij, A. S. 3426
Jerzy-Lec 3608
Jessup, Dr. Philip C. 3152
Jodl, Alfred 3396
Johnson, Louis A. 3148
Jones, Sir Cyril 3268
Jünger, Ernst 3606
Junglas, Johann 3360
Juschkow, S. 3386
Jussupow 3526, 3554
Kästner, Erich 3606
Kafengaus, B. 3386, 3425
Kafka, Franz 3527ff.
Kaiser, Georg 3305
Kalishnjuk, S. K. 3524
Kallai, Gyula 3560
Kammari, M. 3385
Kant, Immanuel 3563
Karl der Große 3454
Karpovich 3492
Katschenowskij 3491
Kanders 3563
Kaunitz, Wenzel Anton, Fürst 3433
Keitel, Wilhelm 3308
Kemball, C. G. 3270
Keynes, John Maynard, Lord 3325
van der Klept 3360
Kiesinger, Kurt 3354
Kirchke, Don 3466
Kirkpatrick, Sir Ivone 3266, 3268,
 3270, 3507, 3512, 3516, 3578, 3584
Kirn, Paul 3360
Kirow, Sergej 3384, 3490
Kirwan, G. D. 3268
Klages, Ludwig 3223
von Kleist, Heinrich 3527
Kljutschewskij, Wassilij Ossipo-
witsch 3425, 3427
Kogerer 3563
Kogon, Dr. Eugen 3508
Komsin, J. W. 3521
Korotschenko 3526
Kostomarow 3425
Krahnstöver, Anni 3360
Kraus, Dr. Herbert 3310
Kraus, Karl 3303
Krell, Max 3303
Kroll, Dr. Gerhard 3187
Kumarappa, J. M. 3484
Kunze, Johannes 3587
Kusnetzow, Wassilij W. 3278
Kutusow, Michail Golenischtschew-
 3387
La Malfa, Ugo 3360
Lange, Halvard 3230, 3351, 3368,
 3372
van Langenhove, Fernand 3466
Laube, Heinrich 3304
Lawrence, David Herbert 3605
Lawrence, Thomas Edward 3606
Layton, Lord 3351, 3360
Lebedew, W. J. 3424, 3427, 3490
Leimbach, Werner 3602
Lenin, Uljanow Wladimir Iljitsch
 3385f., 3429f., 3435, 3456, 3490ff.
Lernet-Holenia, Alexander 3306
von Lersner, Kurt, Freiherr 3309
Lessing, Gotthold Ephraim 3527
Leuschner, Bruno 3329
Lewin, S. M. 3427
Lewis, Richard George 3268
Ley 3563
Lieb, Fritz 3383
Light, Edgar William 3270
Lilje, D. Dr. Hanns 3587
Lippman, Walter 3547
Litwinow, Maxim 3425
Löbe, Paul 3453
Löhr 3308
Loesch, Fernand 3360
Loginow, F. G. 3523
Lomonossow, Michail Wassiljewitsch
 3425, 3490
Longchambon, Henri 3354
Lorca, Federico Garcia 3606
Lord, J. R. 3563
von Lossow 3188
Lovett, Robert 3466
Lowdermik, Walter Clay 3238
Lütken, Gerhard 3354, 3360
Lukaschek, Hans 3581
Luzkij, E. 3386
MacArthur, Douglas 3331f.
Macaulay, Thomas Babington 3548
MacBride, Sean 3349, 3374
Mach, Ernst 3386
Mackay, Ronald W. 3352, 3353, 3360
Mahlmann, Paul 3589
Maller, Norman 3605
Makins, Sir Roger 3268f.
Malkin, M. M. 3426
Mallet, W. Ivo 3267f.
Malraux, André 3606
Mann, Thomas 3605
Mannheim, Karl 3223
von Manteuffel, Hasso 3509, 3561
Maralis, Jacques 3607
Marconcini, Federico 3360
Marsden-Smedley, B. F. 3270
Marshall, George Catlet 3285f.,
 3434, 3436, 3438, 3475, 3513, 3520
Martin 3152
Marx, Karl Heinrich 3275, 3385,
 3429, 3435
Maschkin 3425
Massigli, René 3152, 3167
Masson, Loys 3608
Mavroudis 3391f.
Maxwell-Fyfe, Sir David 3230,
 3368, 3372
Mayhew, Christopher 3433, 3435
McCloy, John J. 3156, 3476, 3507f.,
 3516, 3576ff., 3584, 3589, 3596
McCormic, Anne O'Hare 3158
Medwedjew, S. R. 3523
de Menthon, François 3360
Metaxas 3390ff., 3395
Michailowitsch, Alexej 3426
Michel 3565
Michel, Karl 3197ff.
Michelet, Jules 3491
Middleton, G. H. 3270
Miljutin, D. A. 3425
Millar, Sir Frederick Robert Hoyer
 3466
Millbank 3479
Minin, Kusjma 3412, 3428
Minz, I. 3428, 3492, 3494
Moch, Jules 3474f., 3506, 3513f.,
 3518, 3576, 3580, 3582f., 3594
Mochalski, Herbert 3585, 3591
Modzelewski, Zygmunt 3560
Moe, Finn 3351
Mönnich, Horst 3606
Mogilewitsch, A. A. 3426
Mollet, Guy 3229ff., 3232, 3235,
 3343, 3353f., 3358f., 3360, 3368,
 3372
Molotow, Wjatscheslaw Michailo-
witsch 3316, 3384, 3425, 3427,
 3430, 3434, 3560, 3588
von Moltke, Helmuth James 3187,
 3198, 3200
Monnet, Jean 3156, 3168, 3407, 3409
Montagu-Pollock, W. H. 3270
Montherlant, Henri de 3605
Montini, Ludovico 3360
Moore, J. H. 3263
Morand, Paul 3608
Morgenthaler, Wendelin 3563
Morland, O. C. 3270
Morochowez, E. A. 3427
Morrien, Adriaan 3608
Moutet, Marius 3360
von zur Mühlen 3190, 3193
Mühlenberg, Heinrich 3223
Mühlentfeld, Dr. Hans 3360
Müller, Erwin 3354, 3360
Müller, Karl Otfried 3494
Murciaux 3608
Murray, F. R. H. 3270
Mussolini, Benito 3389ff.
Mutter, André 3360
Myrdal, Dr. Alva 3482ff.
Nachimow 3424
Nasonow, A. 3386
Natanaili 3560
Neave, Sheffield Aurey 3310
Nehru, Sawaharlal 3544f., 3547
Neitscheff, Dr. Mincho 3560
Netschkina, M. W., Professor 3427
von Neurath, Konstantin, Freiherr
 3389
Newschij, Alexander 3384, 3387f.,
 3428
Niemöller, Martin D. 3508, 3510,
 3584ff.
Nihon, Jean 3480
Nikolai 3432
Nimitz, Chester 3309
Nitti, Francesco 3453
Noble, Sir Andrew 3268
Nölting, Erik 3354, 3360
Notowitsch, F. I. 3424ff.
Ohlendorf, Otto 3194
Ohlin, Bertil, Professor 3351
Okunj, S. B. 3424, 3426
Ollenhauer, Erich 3354, 3360, 3582

- Ordin-Naschtschokin, Afanassij**
 Lawrentjewitsch 3424
Oster 3197
Painlevé, Paul 3453
Pakenham, Lord 3266
Pamokoglu, Hikmet 3354
Pankratowa, A. M., Professor
 3427ff., 3490
Papagos 3390ff.
von Papen, Franz 3188, 3194, 3308f.
Parri, M. Ferruccio 3348, 3354, 3360
Passant, Ernest James 3268
Pauker, Anna 3560
Paul, Ernst 3354, 3360
Paul, Prinzregent 3390
Paulus, Friedrich 3308
Péguy, Charles 3359
Pella, Giuseppe 3407f., 3413
Penn, William 3223
Perse, Saint-John (Léger-Léger,
 Alexis) 3606, 3608
Persico, Giovanni 3360
Pétain, Henri 3394
Peter der Große 3387f., 3424, 3432,
 3491
Petsche, Maurice 3409, 3470, 3518,
 3557
Petursson, Gunnerugur 3466
Pfleiderer, Karl-Georg 3354
Philip, André 3348, 3352ff., 3360,
 3375
Philipp II. 3455
Pico, Antonio Boggiano 3354, 3360
Pitscheta, W. J. 3386, 3427
Pjaskowskij, A. 3386
Plastiras, Nikolaus 3365
Platonow, Sergej Feodorowitsch
 3424, 3427
Plechanow, Georg Walentinowitsch
 3385
Pleven, René 3471, 3474, 3514, 3518,
 3576
Plowden, Sir Edwin 3168
Pötschner, Peter 3607
Pokrowskij, Michael Nikolajewitsch
 3383ff., 3423f., 3426f., 3428ff.
Polgar 3606
Politis 3453
Popitz, Johannes 3187, 3189f., 3192ff.
Popow, A. 3386, 3425, 3427
Posharskij, Alexander 3424, 3428
Postowalow 3526
Potemkin, F. W. 3425, 3428
Presnjakow, A. E. 3424
Prokofjew, Serge Sergejewitsch 3387
Pünder, Hermann 3348, 3354, 3360,
 3581
Puschkin, Alexander Sergejewitsch
 3387, 3424
Radice, E. A. 3270
Radischtschew, Alexander Nikolaje-
 witsch 3494
Raecke 3565
Rance, E. H. 3270
von Ranke, Leopold 3491, 3493
Rasgon, I. M., Professor 3492
Rasmussen, M. Gustav 3366
Rathenau, Walther 3282
Raymond, Jack 3504f.
Refa 3280
Rehling, Dr. Luise 3354
Reif, Dr. Hans 3360
Reilly, D. P. 3268
Reinhardt, Max 3306
Renner, Karl 3453
Repond 3563
Reston, James 3152, 3512
Reventlow, Eduard, Graf 3466
Reynaud, Paul 3343f., 3348, 3353f.,
 3360, 3375
von Ribbentrop, Joachim 3308f.,
 3393f., 3397
Ridsdale, William 3270
Rilke, Rainer Maria 3143f., 3146
Rimskij-Korsakow, Nikolaj 3387
Ritter, Gerhard, Professor 3187
Rjepin 3387
Robles, Emmanuel 3608
Rockefeller, John Davison 3479
Röhm, Ernst 3197
Roosevelt, Eleanor 3435
Roosevelt, Franklin Delano 3264
Rosenberg, Alfred 3308
Rossi-Longhi, Alberto 3466
Rostowzew, M. 3425
Rothfels, Hans 3196, 3198f.
de Rougemont, Denis 3183
Rousseau, Jean Jacques 3563
Rowe, F. H. 3484
Royall, Kenneth 3332
Rubinstein, N. 3425f., 3490ff., 3494
Rumbold, Sir Anthony 3270
Rustaweli 3428
Sage, Russel 3479
de Saint-Exupéry, Antoine 3606
Salacrou, Armand Camille 3607
Salomon, R. 3383
Sand, Dr. René 3479, 3484
Sansom, William 3608
Sark, Henry M. L. H. 3484
Sartre, Jean-Paul 3529, 3608
Schäfer, Dr. Hermann 3360
Schaffgotsch, Graf 3309
Schaposchnikow, N. F. 3521
Schestakow, A. W., Professor 3384,
 3423
Schickele, René 3606
von Schlabrendorff, Fabian 3197ff.
von Schlözer, August Ludwig 3490,
 3494
Schlosser, Friedrich 3493
Schmid, Carlo, Professor 3349f.,
 3354, 3583f., 3591
Schnabel, Ernst 3607
Schnitzler, Arthur 3146
Schnurre, Wolfdietrich 3607
Schoettle, Erwin 3591
Schostakowitsch, Dimitri 3489
Schroeder, Luise 3354
Schuessler 3453
von der Schulenburg, Werner, Graf
 3190f.
Schumacher, Dr. Kurt 3157, 3234,
 3505f., 3509, 3576, 3582, 3584,
 3591f.
Schuman, Robert 3151, 3153ff.,
 3167f., 3171f., 3230, 3234f., 3368,
 3372, 3374, 3405, 3434, 3454, 3464f.,
 3471, 3475, 3510ff., 3518, 3576
Schumann, Maurice 3354, 3358, 3360
von Schuschnigg, Kurt, Edler 3453
Schweitzer, Albert 3224
Scorpione, Bruno 3608
Scott, R. H. 3270
Seal, Eric Arthur 3268f.
Seghers, Anna 3608
Seipel, Ignaz 3453
Semler, Johannes 3354, 3360
Senghor, Léopold Sedar 3360
Sergejew, W. S. 3425
Sergius 3432
Serrarens, P. I. S. 3360
Servan-Schreiber, Jean-Jacques
 3505f.
Sforza, Carlo, Graf 3230, 3347, 3368,
 3372
Shattock, J. S. H. 3270
Shaw, George Bernard 3305
Shdanow, Andrej Andrejewitsch
 3384, 3489ff.
Shimerin 3526
Shinwell, Emanuel 3475, 3513
Shuckburgh, C. A. E. 3267, 3270
Shuk, S. J. 3521, 3523f., 3526
Silvandre, Jean 3360
Simakow, W. N. 3526
Singer, Franz 3354, 3360
Siwkwow, K. W. 3427
Skaskin 3428
Skrzeszewski, St. 3330
Skworzow 3526
Smirnow 3425
Smitt-Ingebretsen 3360
Sokrates 3563
Solowjew, Sergej Michailowitsch
 3427, 3491
Sommer, R. 3563
Spaak, Paul Henri 3229f., 3235,
 3350, 3360, 3368, 3372
Speaight, R. L. 3270
Speidel, Ludwig 3304
Spelman, Laura 3479
Spender, Percy C. 3543, 3545f., 3548
Spener, Philipp Jakob 3223
Spofford, Charles M. 3466, 3473f.
Stachanow, Alexej 3316
Staines, D. V. 3270
Stalin, Josef Wissarionowitsch 3316,
 3384ff., 3426, 3429f., 3432, 3434ff.,
 3456, 3490ff., 3584
van Starkenborgh-Stachouwer,
 Tjarda 3466
von Stauffenberg, Claus, Graf
 Schenk 3187, 3196ff.
Steinberg 3425
Stendhal (Beyle, Henri) 3607
Sternheim, Carl 3305
Stevens, Roger Benthon 3268
Stikker, Dirk U. 3407f., 3411, 3415
St. Laurent, Louis Stephen 3473
Strang, Sir William 3152, 3266,
 3268f.
Stransky, Jaroslaw 3563
Strauß, Emil 3360
Strauß, Richard 3145
Stresemann, Gustav 3282
Strindberg, August 3305
Struwe 3492
Subok, L. J. 3493f.
Sully, Maximilien de Béthune Baron
 von Rosny Herzog von 3454
Sumner, Benedict Humphrey 3383
Sutis, I. 3427
Suworow, Alexander, Fürst 3387
Swawitsch, I. S., Professor 3493f.
Swjatopolk-Mirskij, D. 3387

Szyr, Eugeniusz 3329
 von Talleyrand, Charles, Herzog 3424
 Tarle, E. W. 3424, 3428
 Taylor, F. W. 3280, 3316
 Teitgen, Pierre 3358, 3360
 Thibaud, Jean 3185
 Thomas von Aquino 3563
 Tichomirow, M. N. 3425
 Tito (Broz, Josip) 3434
 Titulescu, Nicolai 3453
 Toller, Ernst 3305
 Tolstoj, Alexej 3387f.
 Tolstoj, Leo Nikolajewitsch, Graf 3387, 3427, 3527
 Torberg, Friedrich 3608
 Toulouse 3563
 Toursky, Alexandre 3608
 von Tresckow, Henning 3197
 Treves, Paolo 3360
 Troyat, Henri 3608
 Truman, Harry S. 3202, 3284, 3437, 3472f., 3508, 3510
 Tschaplygin, Professor 3549
 Tscheljuskin 3386
 Tschiang-Kai-Schek 3606
 Tucholsky, Kurt 3606
 Ulbricht, Walter 3215f.

Ulrich, Dr. Ruy Ennes 3466
 von Unruh, Fritz 3305
 Urguplu, Suad Hayri 3360
 Vaillant-Couturiers, Paul 3607
 Valéry, Paul 3605
 de la Vallée-Poussin, E. 3360
 de Vecchi 3392f.
 Venizelos, Sophokles 3453
 Vernadsky, George 3423, 3492
 Visser, Johannes Anthernie de 3309
 Vogt, A. 3386
 Wainstein, O. L. 3426, 3491, 3493f.
 Wallace, Henry 3592
 Walser 3606
 Wanag, N. 3386
 Warner, Christopher Frederic Ashton 3268
 Wassezkij 3428
 Wavell, Lord 3397
 Weber 3425
 Wedekind, Frank 3305
 Weitzel, A. 3191
 Werfel, Franz 3305, 3608
 Wessely, Paula 3306
 Westphalen, Graf 3309
 Weygand, Maxime 3391
 Weygandt, W. 3563
 White, E. G. Wyndham 3203

Wierblowski, Stefan 3330f.
 Wilgress, L. Dana 3466
 Wilhelm II. 3396
 Willmanns 3565
 Wilson, A. D. 3270
 Wilson, Thomas Woodrow 3493
 Wipper, R. J. 3423
 Wirmer 3190f.
 Wirth, Josef 3453
 Wohlmannstetter 3190ff.
 Wolf, Dr. Friedrich 3330
 Wolfe, Thomas 3607
 Wolgin, W. P. 3424
 Wolin 3425
 Wolkowa, Maria 3316
 Wolfer, Jean Pierre 3360
 Woroschilow, Klimentij Jefremowitsch 3430
 Worthington, Edgar Barton 3159f.
 Wright, Michael Robert 3268
 Jakobson, S. 3384
 Young, George Peregrine 3267
 Younger, Kenneth G. 3268f.
 Zapotocky, Antonin 3216
 van Zeeland, Paul 3453, 3476
 Zuckmayer, Carl 3305f.
 Zweig, Stefan 3605

Bibliographie

Europäische Einigung, Beiträge und Dokumente des Europa-Archivs (Auswahl) 3346
 Gestaltwandel des britischen Weltreichs, Beiträge und Dokumente des Europa-Archivs (Ausw.) 3440
 Franz Kafka 3531
 Neue Projekte der sowjetischen Wasserwirtschaft 3556

Weltgeschehen des Monats

Zeitregister

1.—15. Juni 1950	3175
16.—30. Juni 1950	3217
1.—15. Juli 1950	3255
16.—31. Juli 1950	3295
1.—15. August 1950	3335
16.—31. August 1950	3377
1.—15. September 1950	3417
16.—30. September 1950	3457
1.—15. Oktober 1950	3495
16.—31. Oktober 1950	3535
1.—15. November 1950	3567
16.—30. November 1950	3509

Neueingänge
in unserm Archiv

Wichtige Zugänge

1.—15. Juni 1950	3181
16. Juni—15. Juli 1950	3261
16.—31. Juli 1950	3301
1.—15. August 1950	3341
16. August—30. Sept. 1950	3501
1.—31. Oktober 1950	3541
1.—15. November 1950	3573

Verzeichnis der Abkürzungen

BIZ Bank für Internationalen Zahlungsausgleich
CDU Christlich-Demokratische Union
ECA Economic Cooperation Administration
ECE Economic Commission for Europe
EPU European Payments Union (Europäische Zahlungsunion)
FAO Food and Agriculture Organization
GARIOA Government Agency for Relief in Occupied Areas
GATT General Agreement on Tariffs and Trade
IARA Inter Allied Reparations Agency
IBRD International Bank for Reconstruction and Development (Internationale Bank für Wiederaufbau und Entwicklung)

ICITO Interim Commission of International Traffic Organization
IMT International Military Tribunal
IRO International Refugee Organization
ITO International Traffic Organization
MRA Moral Rearmement (Moralische Aufrüstung)
OEEC Organization for European Economic Cooperation (Europäischer Wirtschaftsrat)
RSFSR Russische Sozialistische Föderative Sowjetrepublik
SED Sozialistische Einheitspartei Deutschlands
SHAEF Supreme Headquarters Allied Expeditionary Forces
SHAPE Supreme Headquarters Allied Powers in Europe

SPD Sozialdemokratische Partei Deutschlands
TVA Tennessee Valley-Authority
UdSSR Union der Sozialistischen Sowjet-Republiken
UEF Union Europäischer Föderalisten
UNESCO United Nations Educational, Scientific and Cultural Organization
UNO United Nations Organization
UNRRA United Nations Relief and Rehabilitation Administration
UPE Union Parlementaire Européenne
VGG Vorläufiges Staatsgrundgesetz
WHO World Health Organization
ZKdKPdSU (B) Zentralkomitee der Kommunistischen Partei der Sowjetunion (Bolschewisten)

„Allen Dingen untertan“

Das Werk Hugo von Hofmannsthal

Dem Beitrag „Hofmannsthal der Europäer“, der in der Folge 11 des Europa-Archiv erschienen ist, lassen wir heute einen zweiten Aufsatz zum gleichen Thema folgen, den wir mit freundlicher Genehmigung dem Literary Supplement der London Times vom 19. Mai 1950 entnehmen.

Er ist nahezu gleichzeitig mit unserem ersten Beitrag erschienen und ergänzt ihn in glücklicher Weise — ein kleines Zeichen, daß es auch heute noch im europäischen Raum einen unterirdischen Quellgrund geistiger Beziehungen gibt, aus dem viele weit voneinander entfernte Brunnen gespeist werden. Als, in diesen Tagen vor fünf Jahren, die praktischen Vorarbeiten für das Europa-Archiv begannen, war dafür der Wunsch maßgebend, ein Instrument zu schaffen, das diese tiefen geistigen Ströme in der geschichtlichen Landschaft aufzeigen würde, ohne sie durch gewaltsames und ungeduldiges Sondieren zu trüben. Wenn auch das Ziel, im Europa-Archiv eine Art Seismograph der europäischen Politik zu schaffen, noch in weiter Ferne liegt, so soll doch dieser Abschnitt in der Entwicklung unserer Zeitschrift zum Anlaß genommen werden, um den Grundakkord, von dem sie getragen wird, etwas stärker anklingen zu lassen.

Co.

Hofmannsthal, George und Rilke

Vor einiger Zeit erschien ein Buch mit Erinnerungen an Stefan George von einem deutschen Autor. Im ersten Kapitel wird George (kaum zu seinem Nachteil) mit Gottes Sohn verglichen. Einen wohlthuenden Gegensatz empfindet man, wenn man sich den Schilderungen über Hugo von Hofmannsthal zuwendet, die, einige 40 an Zahl, Helmuth A. Fiechtner kürzlich zum 20. Todestag des Dichters zusammengestellt hat. Denn hier vernehmen wir die Stimme von Freunden, nicht von Anbetern.

Man kann nicht Hofmannsthal erwähnen, ohne den Namen Stefan Georges zu beschwören. Das seltsame Verhältnis zwischen den beiden Dichtern wird, wie zu erwarten war, in dem Buch häufig berührt, verständlicherweise unter Bevorzugung Hofmannsthal. Dieser trug noch seine Schuluniform, als der damals 23jährige George zum erstenmal in Wien erschien, um ihn in seinen Bann zu ziehen und zu unterjochen. Der Knabe war fasziniert, beunruhigt und, allen Anzeichen nach, ein wenig abgestoßen. George, in seinem Übereifer, ihn zu erobern, sandte ihm sogleich einen Brief aller-

intimster Art, mit der Bitte, ihn zu lesen und zurückzugeben. Die Rückgabe erfolgte nicht. Aus welchem Grunde ist nicht bekannt. George begann zu drängen, wurde dann böse und schrieb, er sei beleidigt worden und müsse Genugtuung fordern. Schließlich untersagte Hofmannsthal Vater George, seinem Sohn nochmals zu schreiben. Mit der Zeit schien der Streit in Vergessenheit zu geraten. Hofmannsthal beteiligte sich an Georges Zeitschrift „Blätter für die Kunst“, lehnte aber die Forderung ab, ausschließlich für sie zu schreiben. Er besaß keine große Achtung vor den Mitgliedern des Kreises, die das taten. Seine Bewunderung für Georges Dichtkunst hielt an. Aber er fühlte, daß George gefährlich war. In welchem Maße, ist aus einem frühen Gedicht, „Der Prophet“, zu erkennen, das wie folgt endet:

*Von seinen Worten, den unscheinbar leisen,
Geht eine Herrschaft aus und ein Verführen,
Er macht die leere Luft beengend kreisen,
Und er kann töten, ohne zu berühren.*

Als sie älter wurden, sahen die beiden Dichter wenig voneinander. Mitglieder des Kreises um George schrieben in mehr und mehr ge-

ringschätzigem Sinne von der Arbeit Hofmannsthals. Ohne Georges Billigung hätten sie das kaum tun können.

In der Frühzeit ihrer Beziehungen sah Hofmannsthal natürlich, was auf dem Spiel stand. George sah es nicht oder wollte es nicht sehen. An den Gedanken, einen Anhänger zu gewinnen, hatte er sein Herz gehängt, und er ignorierte alle Hindernisse, die ihm im Wege standen. In einem in diesem Buch enthaltenen Aufsatz gibt Ernst Robert Curtius eine wundervolle Darstellung des Unterschieds zwischen der Geistesart der beiden Dichter. George, sagt er, versuchte, die äußere Welt zu unterwerfen und zu beherrschen und ihr, mit dem gebieterischen Wesen eines Diktators, den Stempel seines eigenen Gesetzes aufzudrücken, während Hofmannsthal sich der Ordnung der Dinge unterwarf und hierbei die Weite und die Grenzen seines Geistes entdeckte. Das geistige Reich Georges wurde errichtet durch einen bloßen Willkürakt seiner selbst, durch den es auch seine Gesetze empfangt, während Hofmannsthals Ansehen auf legitimer Nachfolgeschafft und fester Tradition ruhte. Diese allgemeine Aussage erhellt die Tatsachen. Hofmannsthal suchte in seine Vorstellungswelt alle Elemente der österreichischen Kultur, die er so gut kannte, einzubeziehen, während George alles, was er nicht für seine eigenen Zwecke gestalten konnte, leugnete oder verdamnte. Aber Hofmannsthal war in der Tradition Österreichs verwurzelt, und Österreich konnte, da es nicht von ihm geschaffen war, sterben. Dennoch ist das, was sein Werk spiegelt, eine Kultur, das Leben eines Volkes, nicht die Gedankenwelt eines Kreises weltabgewandter Schriftsteller.

Der grundlegende Unterschied zwischen Hofmannsthal und den andern beiden großen deutschen Dichtern seiner Zeit, George und Rilke, besteht fürwahr darin, daß jener in einem tatsächlich vorhandenen Gemeinwesen verwurzelt war, und diese nicht. Rilke war Kosmopolit. Er haßte das Prag, noch zu Österreich gehörig, in dem er geboren war. Er liebte Deutschland nicht. Er konnte nur schreiben, wenn er sich in fremder Umgebung befand, in Paris, in Duino oder Muzot. Er war erst Dichter, wenn er davon entbunden war, Bürger zu sein. George vermochte in keinem Boden Wurzel zu schlagen, den er nicht selbst vorbereitet hatte. Er lebte

nicht so sehr in Deutschland wie in seinem Kreise. Mit tieferer Einfühlung als beide rüstete Hofmannsthal sich für die praktische Aufgabe, in einer Gesellschaft zu leben, als Gatte und als Vater, als Angehöriger seiner Klasse, Ausübender seiner Kunst, Erbe von Traditionen und Verantwortlichkeiten, als Mann mit einer Pflicht gegenüber der Vergangenheit und Gegenwart. Seine Aufgabe, wie er sie sah, war, sein Erbe zu verstehen und weiterzugeben. Er schrieb: uns ist als Erbe ein europäischer Boden von legendärem Alter gegeben; auf ihm sind wir die Nachfolger zweier römischer Imperien; das ist unsere Verantwortlichkeit, die wir tragen müssen, ob wir wollen oder nicht; heilig und schicksalsschwer ist der Boden unseres Landes. Österreich bedeutet ihm ein Land, das seinen eigenen Lebensstil geformt hatte, einen Stil, der sich durch alle Klassen, vom Aristokraten bis zum Bauern, und durch die vielen Völkerschaften, die Österreich ausmachten, hindurchzog. Hier flossen nach seiner Auffassung die Kulturen zusammen, die in ihrer Wechselwirkung eine einzigartige, das Nationale übersteigende Lebensform hervorgebracht hatten.

Es ist höchst seltsam, daß Hofmannsthal jahrzehntelang von deutschen Kritikern zu einem bloßen Ästheten herabgewürdigt wurde, während Rilke und George verhältnismäßig frei von ihren Angriffen blieben. Vielleicht erklärt sich diese Ungerechtigkeit einfach aus der Tatsache, daß, während George den Willen und Rilke den aus dem Inneren kommenden Impuls pries, Hofmannsthals Leidenschaft die des Sichfügens war, die ihrer Natur nach unaufdringlich ist. Er aber schöpfte seine Poesie aus einer weit ergiebigeren, lautereren Quelle als sie, wobei er nichts willkürlich verwarf. Wer fühlte nicht, daß dies in dem Auf und Ab des Welturteils letzten Endes ins Gewicht fallen muß! Rilkes Philosophie und Georges Wertmaßstab werden einst literarische Kuriositäten sein, wenn sie es nicht bereits sind. Der Kritiker wird ihre Dichtkunst von ihren Ideen, die bleibenden Elemente in ihrem Werke von den zeitlichen oder modischen zu trennen haben. Hofmannsthals Prosa und Dichtung bedürfen solcher Behandlung nicht. Er bietet kein esoterisches System der Erlösung, das durch eine neue Art von Engeln oder eine neue kulturelle Ordnung zu erlangen ist.

Hofmannsthal's Universität

Doch Autoren mit universalen Interessen, die sich der vollen Buntheit des Lebens mit einer Passivität, die dem gewöhnlichen Menschen unnatürlich erscheint, ergeben, haben eine Eigenart, uns irgendwie zu enttäuschen, wie selbst Goethe es tut. Curtius bemerkt, daß Hofmannsthal in seinem Schaffen universal war, wie es kein anderer deutscher Dichter seit Goethe war. Sein Werk selbst ist wie das Goethes in großartiger Weise fragmentarisch. Bei seiner Lektüre haben wir dann und wann ein Gefühl von so weit verteilten Kräften, daß wir der Zentralkraft nur als fernen Echos gewahr werden. An der Peripherie (und für die meiste Zeit bleiben wir an der Peripherie) wird eine stets hinreichende, manchmal überschwengliche Energie entfaltet, jedoch mit einer gewissen Unpersönlichkeit, wie von einer Naturkraft herrührend. Diese Unpersönlichkeit ist es wohl, die gewisse deutsche Kritiker, welche nach einer Botschaft oder einem Gefühlserguß suchten, behaupten ließ, er sei ein bloßer Virtuose und seine einzige Gabe bestände in einer wunderbaren Beherrschung der Sprache. Es mag sein, daß sein Bemühen, Vergangenheit und Gegenwart der Kultur in seine Dichtung einzubeziehen, manchmal größer war als sein Vermögen, dies zu tun. Liest man die vier ersten Bände seiner gesammelten Werke durch, so ist man verwirrt von der Zahl unvollendeter Skizzen und der Manigfaltigkeit der fertigen Arbeiten: Theaterstücke, Kurzgeschichten, Romane, Märchen, Gedichte. Und dabei soll die Masse der Aufsätze und Vorträge erst noch kommen. Es ist eine übermäßige, erstaunliche Vielseitigkeit, die den Gedanken nahelegt, daß Hofmannsthal kaum eine Auswahl trifft, kaum eine Vorliebe empfindet und Großes wie Kleines mit der gleichen Sorgfalt behandelt. Zweifellos ist dies eine Illusion, die sich aus der Universalität seiner Interessen erklärt, die selbst Belangloses für ihn zum Gegenstand ernster Bedeutung machte, so daß es ihn trieb, dessen Geheimnis aufzudecken, indem er es zu etwas Greifbarem ausgestaltete. Zudem war er ein Meister seines Fachs, mit der Freude des Arbeiters an seinem Schaffen, ein Schöpfer im mittelalterlichen Sinne.

Doch die Universalität, oder vielleicht noch mehr die Allgegenwart seiner Interessen tut seinem Werk zuweilen auf natürliche Weise Abbruch. Immer wieder beginnt er mit einer durchaus in sich geschlossenen Idee für ein

Drama oder eine Erzählung. Doch, während er daran arbeitet, weitet sich die Idee zu einem mehr und mehr gestaltlosen Schemen aus. Wir können dies deutlich an dem Werk „Andreas, oder die Vereinigten“ beobachten, das er zum Meisterwerk seiner Prosa machen wollte. Das Fragment ist wundervoll in seiner Weite, in der Reinheit und Klarheit seines Stils und seiner Konzeption. Aber die Erzählung mußte vorranglicher Arbeiten wegen unterbrochen werden (denn Hofmannsthal war kein reicher Mann und mußte sich sein Brot verdienen). Und es ist niederdrückend, die Notizen zu lesen, die er viele Jahre hindurch von Zeit zu Zeit als Richtschnur für ihre Fortsetzung auf das Papier warf. In ihnen entfernt sich die Linie der Erzählung immer mehr von ihrer Richtung und wird gewandelt und in eine Länge gezogen, die über den Bereich jeder Einbildungskraft hinausgeht, wohl in der Absicht, die deutsche Sprache endlich einen wirklich „universalen“ Roman hervorbringen zu lassen. Die Menge der von Hofmannsthal hinterlassenen unvollendeten Werke mag auf dieselbe Ursache zurückzuführen sein: die Idee wurde abgewandelt und erweitert, bis ihm nichts anderes übrigblieb, als sie zu verlassen und neu zu beginnen. Aus diesem Grunde dürfte seine Zusammenarbeit mit Richard Strauß für ihn heilsam gewesen sein, denn in den Opern wurde ihm eine fest umrissene Aufgabe gestellt, bei der er all seine glänzenden schöpferischen Talente zur Geltung bringen konnte.

Die vier Bände, die in schönem Druck und Einband beim Bermann-Fischer-Verlag in Stockholm bisher erschienen sind, vermögen nicht die ganze Vielseitigkeit seines Geistes zu offenbaren. Aber sie enthalten mehrere vollendet gestaltete Dramen und Erzählungen, denen jene besondere Anmut eigen ist, die Hofmannsthal vor allen anderen deutschen Autoren seiner Zeit auszeichnet. Es befinden sich darunter: „Kristinas Heimreise“, eine Neuschöpfung des Barock-Dramas; „Der Schwierige“, eine Komödie vom Wiener Leben vor dem ersten Weltkrieg, zugleich eines der köstlichsten Stücke seiner Art; ferner das reizende und zuweilen Schreck einflößende Märchen „Die Frau ohne Schatten“ sowie die Gedichte und kurzen Versdramen aus seiner Jugend. Der Rest besteht in der Hauptsache aus unvollendeten Arbeiten. Fast alle können als Verarbeitungen oder

Neubearbeitungen vergangener und beinahe vergessener Stilformen bezeichnet werden, als Experimente der Wiedererweckung. Vielleicht muß in unserer Zeit derjenige, der den Anschluß an die Werte der Vergangenheit sucht, notwendigerweise ein Experimentator sein, und umgekehrt. Hofmannsthal jedenfalls trieb es, in der Vergangenheit zu suchen, was dort noch lebendig war, und es zu neuem Leben zu erwecken, zu einem anderen Leben. Er entdeckte Formen, Möglichkeiten, latente Kräfte in der Vergangenheit, die andern starr und tot erschienen, und brachte sie als ursprüngliche, neue Dinge zum Leben. Das Kunstvolle faszinierte ihn und trieb ihn, sein Geheimnis aufzudecken, zu ergründen, wo seine Lebendigkeit lag. Aufs neue brachte er in das Drama die Elemente hinein, die das vorhergehende Jahrhundert mit seinem selbstgerechten Kult des Realismus verbannt hatte: Intrige, Verwicklung, Maskierung, Spiel und Verstellung, und gab ihnen ihren alten Platz und ihre Bedeutung zurück. „Der Schwierige“ ist gewissermaßen eine Umarbeitung des Wiener Lustspiels, wie es von Schnitzler geschrieben wurde, jedoch auf ein Niveau des Ideenreichtums emporgehoben, wie es Schnitzler niemals hätte erreichen können. Zweifellos war Hofmannsthals Vorliebe für die Neugestaltung schon früher gestalteter Dinge einfach ein Ergebnis seines Wunsches, die Elemente der ihm bekannten Kultur sich einzuverleiben. Er wollte nicht, daß irgend etwas verlorenginge.

Das Experiment der Form

Die deutschen Kritiker Hofmannsthals taten mit Vorliebe die spöttische Äußerung, er hätte, um als einer der großen deutschen Dichter in die Erinnerung einzugehen, als Fünfundzwanzigjähriger sterben müssen. Seine frühe Reife gehört in der Tat zu den ungewöhnlichen Erscheinungen in der Literatur. Er scheint sich ihrer fast geschämt zu haben, wie einer körperlichen Eigenart, die ihn in seinen Gedanken ständig verfolgte. Es ist nicht zuviel gesagt, daß er sie während seines ganzen übrigen Lebens in Vergessenheit bringen mußte. Die Gedichte, die er von seinem 17. bis zum 23. Lebensjahr schrieb, zählen zu den vollendetsten in der deutschen Sprache. Später machte er, wie man weiß, eine anhaltende Krise durch und litt jahrelang unter einer Vorstellung, daß Worte,

insbesondere die großen, keinen Sinn besäßen. Die Wandlung glich der, die das Jünglingsalter überkommt, wenn das Sich-selbst-Bewußtsein beginnt. Er hatte formvollendete Gedichte geschrieben, offenbar ohne daß es ihn große Mühe gekostet hätte. Es war, als ob etwas anderes für ihn gar nicht möglich oder denkbar gewesen wäre. Dann kamen Zweifel, Selbstkritik und die Entdeckung, daß er von zahllosen Gefahren umgeben war. Er überwand diese Schwierigkeiten und ging aus ihnen als ein anderer Schriftsteller hervor, indem sich ein äußerstes Sich-selbst-Bewußtsein mit überängstlichem Verantwortungsgefühl verband. Seiner Arbeit war nun nur noch selten die gleiche absolute Sicherheit und Flüssigkeit eigen, wie etwas Naturgegebenem. Sie war in einem hohen Sinne bewußt. Zuweilen, wie in dem Fragment von Andreas, erhebt sie sich zu einer hehren Schönheit, wie sie selbst seine frühen Gedichte nicht aufwiesen. Jedenfalls hatte er stets viel zu geben. Seine Entwicklung erfolgte nicht in einer geraden Linie, wie die Rilkes und Georges, sondern in Form einer Ausbreitung. Seine Zeitgenossen verlangten von ihm eine lyrische Botschaft. Statt dessen versprengte er vor ihnen in zahllosen Formen den Reichtum seiner Einbildungskraft und seines Geistes.

Hofmannsthal war im wesentlichen ein experimentierender Schriftsteller. In England hat Experimentieren seit den letzten fünfzig Jahren hauptsächlich ein Experimentieren mit der Sprache bedeutet. Hofmannsthal experimentierte mit der Form. Damit ist sehr wenig gesagt. Ein Schriftsteller experimentiert, sei es mit der Sprache oder mit der Form, um etwas zu sagen, was er zu sagen wünscht, und wenn ihm das gelingt, so hat er etwas Neues gesagt. Doch er kann nicht etwas Neues sagen — und das wurde von Hofmannsthal besser als von jedem andern Schriftsteller seiner Zeit verstanden — ohne etwas Altes wiederzuerwecken. Das neugebrauchte Wort bringt das Wort zurück, wie es einstens neugebraucht wurde, denn die Vergangenheit wird erneuert, sooft wir die Gegenwart erneuern. Hofmannsthals Vergangenheit war diejenige Altösterreichs, und als Österreich zerstückelt wurde, bedeutete seine Zerstückelung nicht nur für den Österreicher ein Unglück, sondern auch für den Dichter, das Unglück seines Lebens.

Schumanplan und Atlantikpakt

„Totale Diplomatie“ als Konsequenz des Atlantikpaktes

Amerikanische Waffenhilfe und europäische Unabhängigkeit

Mit dem Abschluß des Atlantikpaktes am 4. April 1949 wurde die Hoffnung, Europa könne sich als „dritte Kraft“ neutral zwischen die Vereinigten Staaten und die Sowjetunion stellen, für die Dauer des „Kalten Krieges“ begraben. Der Pakt kam zustande, weil die westeuropäischen Nationen sich darüber klar geworden waren, daß sie sich im Kriegsfall ohne amerikanische Unterstützung nicht wirksam verteidigen könnten, und weil die amerikanische Regierung entschlossen war, die Einbeziehung des westeuropäischen Industriepotentials in die sowjetische Einflußsphäre zu verhindern.

Bereits am Tage nach dem Abschluß des Paktes, am 5. April 1949, liefen die offiziellen Gesuche der Mitgliedstaaten um Waffenhilfe in Washington ein.¹ Am 28. September 1949 billigte der Kongreß das Waffenhilfegesetz. Knapp vier Monate später waren die bilateralen Abkommen über die Waffenhilfe unterzeichnet und der Verteidigungsplan der Atlantikpakt-Organisation durch den Präsidenten der Vereinigten Staaten gebilligt. Am 11. April 1950 kamen die ersten Waffenlieferungen in Neapel und am 13. April in Cherbourg an.

Die Waffenhilfe der Vereinigten Staaten war an die Voraussetzung einer aktiven Mitwirkung der Mitgliedstaaten an dem gemeinsamen Verteidigungsplan geknüpft. Im Zeitalter des totalen Krieges ergab sich daraus zwangsläufig die Forderung nach „totaler Diplomatie“ als

dem einzigen Mittel der Kriegsverhütung. Sie wurde — lange bereits eine uneingestandene Tatsache — durch die Rede des amerikanischen Außenministers Dean Acheson vom 10. März 1950² in das Bewußtsein der Öffentlichkeit gehoben. Achesons Hauptforderung lautet:

1. Wir müssen vorbereitet sein, allen Drohungen der Sowjetunion, wo immer nur möglich zu begegnen.

2. Unsere Außenpolitik muß wirtschaftliche, politische, soziale und psychologische Verbindungen schaffen, die die demokratische Lebensauffassung und das Vertrauen zu dieser Lebensauffassung stärken.

Acheson hätte diese Punkte wohl kaum mit solchem Nachdruck ausgesprochen, wenn nicht der Zustand Westeuropas weit hinter den Erfordernissen einer gemeinsamen Verteidigungspolitik zurückgeblieben wäre. Auf dem Gebiet der wirtschaftlichen Integration war nach dem Anlaufen der ersten Marshallplanjahre eine unverkennbare Stockung eingetreten.³ Daneben machten sich bei jeder vorübergehenden Entspannung der internationalen Lage Bestrebungen bemerkbar, wenn auch nicht zu einer Politik der dritten Kraft, so doch zu einem gewissen westeuropäischen Isolationismus zurückzukehren.

Die Finanzierungsschwierigkeiten der westeuropäischen Verteidigung

Der vierten Sitzung des Nordatlantikrates, die zum 15. Mai 1950 nach London einberufen

1) Vergl. Europa-Archiv Folge 6/1950, S. 2905—2914.

2) Vergl. Europa-Archiv Folge 6/1950, S. 2909.

3) Vergl. dazu unseren Beitrag über den dritten Bericht der Europäischen Wirtschaftskommission

der Vereinten Nationen (Economic Survey of Europe for 1949) in Europa-Archiv Folge 12/1950, S. 3113—3122.

war, ging eine Reihe von vorbereitenden Konferenzen voraus, zu denen auch die Londoner Dreimächte-Konferenz vom 11.—13. Mai 1950 gerechnet werden muß.

Am 24. März 1950 trat das Amt für Rüstung und Nachschub der Nordatlantikpakt-Organisation in Den Haag zusammen, einen Tag später hielt am gleichen Tagungsort der Militärausschuß eine mehrtägige Sitzung ab. Im Mittelpunkt dieser Beratungen stand die Frage der Finanzierung des Verteidigungsprogramms.

Am 1. April 1950 trat der aus den Verteidigungsministern der Paktstaaten bestehende Verteidigungsausschuß in Den Haag unter Vorsitz des amerikanischen Verteidigungsministers Louis A. Johnson, zusammen, um sich mit den Ergebnissen der Haager und Londoner Besprechungen zu befassen. Das bei Abschluß der Konferenzen am 2. April 1950 veröffentlichte Kommuniqué besagt u. a.:

„Innerhalb der kurzen Zeit von sechs Monaten hat der militärische Planungsausschuß die allgemeine Verteidigungsstrategie für die Länder des Nordatlantikpaktes festgelegt. Er hat ferner eine Beurteilung der militärischen Lage im Falle eines Angriffs auf diese Länder und Verteidigungspläne gegen einen solchen Angriff ausgearbeitet. Diese Pläne sehen eine zusammenfassende Verteidigung des ganzen Nordatlantikraumes zum Unterschied von einer nur auf das eigene Land beschränkten Verteidigung der einzelnen Nationen vor. Jede Nation wird nach Artikel 3 des Vertrages sich und die verbündeten Nationen im Rahmen der vorhandenen Möglichkeiten verteidigen. Zum ersten Mal haben damit zwölf unabhängige und souveräne Staaten auf dem Wege demokratischer Zusammenarbeit ein System zur eigenen und gegenseitigen Verteidigung entwickelt.“

Auf einer abschließenden Pressekonferenz erklärte der amerikanische Verteidigungsminister, daß große Fortschritte zur Erreichung der kollektiven Sicherheit erzielt worden seien, daß aber weitere große Anstrengungen zur Verwirklichung des gesteckten Zieles erforderlich seien.

Die Frage nach der Stärkung des Paktes durch Heranziehung der deutschen Arbeitskräfte und Industrie sei auf der Sitzung selbst nicht beraten worden. Dies sei eine Frage, die von den Außenministern entschieden werden müsse. Auch die Frage der Pachtung spanischer Luftstützpunkte sei nicht angeschnitten worden.

Am 16. April trat der Konsultativrat der Brüsseler Paktmächte in Brüssel zusammen. Auf der zweitägigen Konferenz, an der neben den Außenministern auch die Finanz- und Ver-

teidigungsminister der fünf Paktmächte teilnahmen, einigte man sich, die in der Zwischenzeit entwickelten und gebilligten Verteidigungspläne nun unverzüglich zu verwirklichen.

Es wurde beschlossen, die im gemeinsamen Interesse stehenden Projekte auch gemeinsam zu finanzieren. Dabei wurde dem amerikanischen Botschafter in London, Lewis Douglas, der zu den Besprechungen zugezogen worden war, dargelegt, daß die Signatarstaaten des Brüsseler Paktes ihre militärischen Ausgaben nicht weiter erhöhen könnten, ohne den wirtschaftlichen Wiederaufbau und die soziale Stabilität ihrer Länder zu gefährden, daß aber die bisherige amerikanische Waffenhilfe nicht ausreiche, um die im Rahmen des Atlantikpaktes vorgesehenen Pläne durchzuführen. Da Douglas nicht in der Lage war, von sich aus neue Zusagen zu geben, wurde das ganze Problem der nordatlantischen Verteidigung zu erneuter Behandlung nach Washington zurückverwiesen. Weder die Konferenz des Konsultativrates der Brüsseler Paktmächte noch die Beratungen des Verteidigungsrates der Atlantikpaktmächte brachten, soweit sich aus den veröffentlichten Kommuniqués erkennen läßt, eine wesentliche Verstärkung der Verteidigungsmaßnahmen. Die Brüsseler Verhandlungen zeigten vielmehr, daß die fünf dort beteiligten Regierungen nicht bereit waren, ihre militärischen Ausgaben noch weiter zu steigern. Auch über die für eine wirkliche Stärkung des Verteidigungspotentials erforderliche zentrale Befehlsgewalt und die Arbeitsteilung unter den Atlantikpaktmächten wurden keine Beschlüsse gefaßt.

Der Konsultativrat der Brüsseler Paktmächte unterzeichnete anlässlich seiner Tagung fünf multilaterale Kultur- und Sozialabkommen, die eine monatelange intensive Arbeit auf diesem Gebiete abschließen, die freilich für die großen Entscheidungen nur von indirekter Bedeutung sind.⁴

Das Gesamtergebnis der bis zu diesem Zeitpunkt geführten Vorbesprechungen war kein ermunternder Auftakt für die bevorstehende Zwölfmächte-Konferenz.

Die Rede Bradleys und die Initiative Bidaults

In dieser Situation gewann die Rede, die der Chef des gemeinsamen Generalstabs der Ver-

4) Vergl. hierzu den Wortlaut der Abkommen in: *La Documentation Française, Notes et Etudes Documentaires No. 1342 vom 16. Juni 1950.*

einigten Staaten, General Omar N. Bradley, am 14. April 1950 in Chicago hielt, besondere Bedeutung. Er erklärte, daß mit der fortschreitenden Entwicklung die nationalen Traditionen den Realitäten Raum geben müßten.

„Eine nationale Spezialisierung ist erforderlich, wenn jedes Land sich in eine umfassende, ausgewogene, gemeinsame Verteidigung (overall balance for collective defense) einfügen soll.“

Dies würde, so erklärte Bradley, ein gewisses Aufgeben der Souveränitätsrechte der Vereinigten Staaten bedeuten, aber eine solche Alternative, so bitter sie sein möge, sei einem Krieg vorzuziehen.

Diese Rede Bradleys hat vielleicht den französischen Ministerpräsidenten, Georges Bidault, mit dazu bewogen, zwei Tage später, am 16. April 1950, in Lyon mit einem Plan zur Schaffung einer Obersten Alliierten Behörde, an die Öffentlichkeit zu treten.

Bidault erklärte u. a.:

„Der Frieden ist von der Alternative abhängig, ob zwei Welten nebeneinander bestehen können, oder ob sie unvereinbar sind. Krieg ist gewöhnlich die Folge eines tragischen Mißverständnisses über das Verhältnis der Kräfte. Da wir keinen Krieg wünschen, wollen wir auch kein Mißverständnis. Wir glauben, daß die Kriegsgefahr nur beseitigt werden kann, wenn der Friedenswillen durch eine Demonstration gezeigt wird, die nicht stark genug sein kann. Es ist die höchste Zeit, die Partei der Menschen zu ergreifen, die frei sind und es für immer bleiben wollen.“

Die Stunde ist gekommen, um die Solidarität der freien Länder fester und wirksamer zu gestalten. Ich glaube, daß es weise und angebracht wäre, einen „Hohen Atlantikrat“ zu schaffen, der die Aufgabe übernehme, auf den Gebieten der Verteidigung und der Wirtschaft zu ordnen und auszurichten, wobei gehofft werden müßte, daß er später auch auf politischem Gebiet die gleiche Tätigkeit aufnehmen könnte.

Unsere Absichten und Gründe sind klar. Um zum voraus jeder falschen Auslegung zu begegnen, schlage ich vor, daß das Ziel schon in der Bezeichnung des Rates genannt wird und daß er daher „Atlantikrat für den Frieden“ betitelt werde. Wir haben keinen Grund, jenen das Monopol für dieses Wort zu belassen, die uns als Aggressionslager bezeichnen. Die Notwendigkeit der Verteidigung ist unbestreitbar. Wenn jedes Land den eigenen Sicherheitsapparat aufstellen müßte, würde seine Wirtschaft mangels Unterstützung zusammenbrechen. Die Freiheit im Frieden würde durch den Niedergang im Landesinnern unmöglich gemacht.

Die neue und wesentliche Etappe, die von der französischen Regierung vorgeschlagen wird, bildet eine logische Weiterführung vorausgegangener Unternehmungen: Westliche Union, Europarat, Organisation für europäische Wirtschaftszusammenarbeit, Atlantikpakt. Unser Vorschlag besteht darin, ein ausführendes Organ zu bilden, um die endgültige Verbindung herzustellen, die unsere Völker wünschen. Es darf an die Warnung erinnert werden, die Präsident Herriot schon vor 20 Jahren aussprach: Europa besitzt die nötige Zeit, muß sich jedoch beeilen.“

Bidault erläuterte hierauf, daß seine Initiative nicht etwa den Sinn habe, die Organisation Europas zu beeinträchtigen, die gegenwärtig im Entstehen begriffen sei. Diese Organisation sollte vielmehr unter Wahrung ihrer eigenen Stellung in den neuen Atlantikrat eingegliedert werden. Es sei auch angezeigt, daß die Organisation für europäische Wirtschaftszusammenarbeit und die Westliche Union ihre Arbeit fortsetzen. Wenn sie eines Tages in eine erweiterte Institution einverleibt werden können, so würden sie dann ihre entsprechende Umgestaltung erfahren.

„Wir laden die verschiedenen Länder ein, den Grundsatz und den Aufbau des vorgeschlagenen neuen Organs zu studieren. Um das Ergebnis dieser Prüfungen sammeln zu können, hoffe ich, daß die Außenminister auf ihrer Tagung vom 8. Mai die Bildung einer Kommission erwägen, die über Aufbau und Befugnisse dieses «Atlantikrates für den Frieden» in angemessener Frist Bericht erstatten würde.“

Das erste Echo auf die Bidault-Rede

Während der Vorschlag Bidaults sowohl in Holland als auch in Belgien begrüßt wurde, zeigte man in Großbritannien kühle Zurückhaltung. Die *Times* brachte die Rede in Auszügen ohne Kommentar; das Foreign Office schwieg.

Auch in den Vereinigten Staaten verhielt man sich zunächst abwartend. In militärischen Kreisen wünschte man eine Präzisierung der Idee des „Atlantischen Friedensrates.“ Das Außenministerium bemerkte, daß die Vereinigten Staaten schon lange die Notwendigkeit erkannt hätten, den Interkontinentalen Pakt unter Betonung seines wirtschaftlichen und politischen Charakters zu untersuchen. Aber, so fügte man hinzu, die Verwirklichung der Theorie bringe zahlreiche Schwierigkeiten mit sich, die lang ausgereifte und gemeinsam erörterte Kompromisse erforderlich machten.

In diplomatischen Kreisen der Vereinigten Staaten sprach man jedoch von der Möglichkeit,

daß sich aus den Vorschlägen Bidaults vielleicht auch die Lösung der noch offenen Fragen der europäischen Integration unter Ein-schluß Westdeutschlands ergeben würde, so wie vor einem Jahr beim Abschluß des Atlan-tikpaktes die Lösung der Frage des Besatzungs-statuts zwischen den drei Westmächten dadurch möglich wurde, daß die Vereinigten Staaten nun ein Paktpartner sämtlicher westlicher Nachbarländer Deutschlands waren.

Die *Neue Zürcher Zeitung* vom 18. April 1950 bezeichnete die von Bidault gewünschte neue Organisation „als große Ausgleichskasse für alle militärischen Anstrengungen und für die Bemühungen zur Modernisierung und Förde-rung der gesamten Wirtschaft.“

Sechs Punkte Achesons

Am 22. April 1950 befaßte sich Außenmini-ster Acheson in einer Rede vor der Gesell-schaft amerikanischer Zeitungsverleger mit der Haltung der Vereinigten Staaten in der Welt und der Rolle der Regierung und der Bürger der Vereinigten Staaten bei den Bemühungen zur Bewahrung des Friedens. Acheson erklärte:

„Bei mehreren Anlässen habe ich in letzter Zeit das Wort „totale Diplomatie“ gebraucht, um damit eine Methode zu bezeichnen, nach der wir unsere Probleme handhaben. Lassen Sie mich noch einmal erklären, was ich unter „totaler Diplomatie“ ver-stehe. In erster Linie meine ich damit, daß es in Zukunft keinerlei Unterschied mehr zwischen außen-politischen und innenpolitischen Fragen gibt. Sie sind alle Teile derselben Fragestellung. Wann im-mer wir irgendeine Frage behandeln, seien es die Steuern oder die Ausrichtung unseres Handels, Be-stimmungen über die Einwanderung, militärische Fragen oder die Auslandshilfe, es handelt sich im-mer um Teile ein- und desselben Problems.

Jede dieser Angelegenheiten gehört zu dem Pro-blem unserer nationalen Sicherheit, und jeder Teil dieses Problems ist von ernsthafter Natur. Alle Probleme der Vereinigten Staaten stehen im Zu-sammenhang mit der Aufgabe, den Fortbestand der Vereinigten Staaten, wie wir sie kennen und lieben, zu sichern.

Wenn wir uns über die Tatsache klar werden, daß unser Problem ein umfassender Fragenkom-plex ist, dann müssen wir einen Schritt weiter ge-hen und nach dieser Erkenntnis handeln.

In den letzten Jahren hat der Präsident Metho-den entwickelt, die es ermöglichen, alle Teile der Exekutive im Hinblick auf dieses gesamte Problem zur Lösung aller Fragen zusammenzufassen. Unter der Führung des Präsidenten wurden das Außen-ministerium, das Schatzamt, das Arbeitsministe-rium und all die übrigen Ministerien auf das

große Problem unserer nationalen Sicherheit ausgerichtet . . . Wie ich schon betonte, droht un-serer Zivilisation Gefahr und jeder einzelne unter uns ist Träger dieser Zivilisation. Daher muß je-der von uns seine Rolle in dieser totalen Diploma-tie übernehmen.“

Acheson bezeichnete die Bekämpfung des Kommunismus als die vordringlichste Aufgabe zur Sicherung des Friedens und entwarf dann im einzelnen ein Sechspunkte-Programm,⁵ das sich wie folgt zusammenfassen läßt:

1. Der erste Punkt ist die Grundlage aller an-deren Maßnahmen: Wir müssen zeigen, daß der eigene Glaube der Amerikaner an die Freiheit ein glühender und kämpferischer Glaube ist.

2. Die Vereinigten Staaten müssen alle Mittel verwenden, um überall auf der Erde den Wert der Freiheit zu verkünden. Dieser Doktrin von der Freiheit wohnt Überzeugungskraft inne, da sie nicht nur von der Regierung dekretiert wird, son-dern den Herzen und Seelen des Volkes entspringt.

3. Es ist auch wichtig, daß wir über genügend Macht verfügen, um den Gebieten, in denen wir diesem Glauben zum Durchbruch verhelfen wollen, Sicherheit zu geben. Dies bedeutet, daß wir auch unserer Verteidigung die nötige Aufmerksamkeit zukommen lassen müssen.

4. Darüber hinaus ergibt sich die Notwendigkeit, alle diese Dinge — Glauben, Glaubensverbreitung und Verteidigung — im täglichen Leben von Hun-derten von Millionen Menschen, die in dieser unserer freien Welt leben, anzuwenden. Ein Teil dieser Be-mühungen muß darin bestehen, daß wir die großen Produktionsstätten in der freien Welt wieder in Betrieb setzen, ein anderer Teil darin, daß wir be-hilflich sind, neue Werkstätten und eine Produk-tivität und neuen Wohlstand in Gebieten zu schaf-fen, die bisher weder intensive Produktion noch Wohlstand kannten. Diese unsere freie Welt kann sich nicht wirksam behaupten, wenn die Menschen in nationalen Grenzen eingengt sind, wenn sie nicht im Stande sind, sich frei zu bewegen und ihre Güter, ihre Dienstleistungen, Gedanken und Kennt-nisse auszutauschen. Wir müssen auch selber eine große nationale Anstrengung machen, um unseren eigenen Handel mit der übrigen Welt ins Gleichge-wicht zu bringen, um aus der Lage herauszukom-men, daß wir im Ausland viel mehr verkaufen als kaufen und die Differenz aus den Taschen der amerikanischen Steuerzahler ziehen. Wir werden im vermehrtem Maße im Ausland kaufen müssen.

5. Auf politischem Gebiet müssen die Vereinigten Staaten die Dienste der Vereinten Nationen mehr in Anspruch nehmen und mit den Vereinten Na-tionen, den Mitgliedstaaten des Atlantikpakts, der Organisation der Panamerikanischen Staaten, dem

⁵) Vergl. den vollen Wortlaut in „*The New York Times*“ vom 23. April 1950.

Europarat, dem Marshallplan und der Westlichen Union noch enger zusammenarbeiten.

6. Was unsere Beziehungen zur Sowjetunion betrifft, so werden wir die Bemühungen und Versuche fortsetzen, eine gemeinsame Grundlage für eine Verständigung zu suchen. Es muß sich dabei weder um eine vollkommene noch um eine ewige Verständigung, wohl aber mindestens um ein Ab-

kommen handeln, das uns erlaubt, in größerer Sicherheit besser miteinander zu leben. Wir können aber einem Abkommen und einer Verständigung nicht beipflichten, solange noch die Idee einer „Aggression“ besteht. Ich verstehe darunter nicht nur einen militärischen Angriff, sondern auch die Kriegführung mit der Propaganda und die geheime Untergrabung der freien Staaten von innen.

Die französische Initiative für die Einbeziehung Deutschlands in die atlantische Gemeinschaft

Der „große“ Schumanplan

Am 26. April, zehn Tage nach der Rede Bidaults in Lyon, hielt der französische Außenminister Robert Schuman eine Rede in Paris, in der er das Thema einer wirksamen Zusammenarbeit der demokratischen Staaten in Europa und Nordamerika aufgriff. Dieser Vorschlag versuchte sowohl dem fünften Punkt des Acheson-Programmes als auch den Ideen Bidaults Rechnung zu tragen. Wie sich aus Erläuterungen eines Sprechers des Quai d'Orsay folgern läßt, ging Schuman aber insofern über diese Pläne hinaus, als er die Bildung einer völlig neuen Organisation anregte, in welcher der Militärausschuß des Atlantikpaktes nur einen Bestandteil bilden soll und an der auch Westdeutschland, Österreich und die Schweiz teilnehmen könnten, ohne gleichzeitig Mitglieder des militärischen Ausschusses zu werden.

Unter Bezugnahme auf den Bidault-Plan erklärte Schuman, es handele sich vor allem darum, die bereits bestehenden Organe zu erhalten und zu entwickeln. Es sei nicht daran gedacht, den Brüsseler Pakt, die OEEC, den Europarat oder den Atlantikpakt aufzugeben. Man müsse sich aber klar darüber sein, daß diese verschiedenen Organe verschiedene Ziele verfolgten und sich im Hinblick auf die Zusammensetzung ihrer Mitglieder unterscheiden. Nicht alle europäischen Nationen wären gleichzeitig Mitglieder aller dieser Organe. Schuman führte als Beispiel die OEEC mit achtzehn Teilnehmerländern an, von denen acht nicht dem Atlantikpakt und fünf nicht dem Europarat angehörten.

„Es ist daher nicht möglich, diese Organisationen verschmelzen zu wollen, oder in Einklang zu bringen.

Wir wollen eine dauerhaftere und engere Zusammenarbeit zwischen den Ländern Europas und Nordamerikas sichern. Das ist das Kennzeichen der bevorstehenden Besprechungen. Es bedarf einer

Koordinierung dessen, was heute ohne genügenden Zusammenhang besteht, so wie es der französische Kabinettschef geschildert hat. Wir wollen, daß die bestehenden Organe wirksamer werden. Wir wünschen ein ständiges Exekutivorgan (Organisme Permanent d'Exécution), an dem auch Amerika teilnimmt. Auf militärischem Gebiet ist dies auch bereits geschehen. Aber es verbleibt noch die Verwirklichung auf der wirtschaftlichen und sozialen Ebene.

Die gewaltige Anstrengung der Vereinigten Staaten zugunsten Europas ist mir nicht unbekannt. Aber 1952 wird sie zu Ende gehen, und die Aufgabe bleibt im Grunde die gleiche, auch wenn sie ein anderes Aussehen gewinnt. Wir sollten uns weiterhin gemeinsam bemühen, daß Europa nicht sich selbst, seinen eigenen Hilfsquellen und seiner eigenen Politik überlassen wird. Auch außerhalb Europas muß es etwas geben, das mit Vertrauen und einem starken Gefühl der Solidarität organisiert wird.“

Zur Zeit dieser Rede Schumans drängte sich die Frage einer Eingliederung Deutschlands in den Atlantikpakt stärker als je zuvor in den Vordergrund. In England und Amerika stellte man offener als dies bisher geschehen war, die weitere Frage nach den Rückwirkungen einer solchen Aufnahme auf die Entmilitarisierung Deutschlands.

Es ist anzunehmen, daß diese Entwicklung von Frankreich aus mit besonderer Aufmerksamkeit beobachtet wurde. Vom französischen Standpunkt aus mußte sich nun die Frage ergeben, welche Sicherheiten bei einer Eingliederung Deutschlands in die atlantische Gemeinschaft gegen neue deutsche Hegemonialbestrebungen in Europa geschaffen werden können.

In dieser Situation gewann die erstmalig am 7. März 1950 von Bundeskanzler Dr. Adenauer vorgeschlagene deutsch-französische Wirtschaftsunion eine besondere politische Bedeutung. Waren einmal die deutschen Grundindustrien mit unter eine gemeinsame oder zumindest deutsch-französische Verwaltung gestellt, so verlor ein Beitritt Deutschlands zu der atlant-

tischen Gemeinschaft, selbst wenn damit früher oder später ein Abgehen von der strikten Entmilitarisierung verbunden würde, viel von seinem für Frankreich bedrohlichen Charakter.

Wie stark man sich in den Vereinigten Staaten mit diesen Problemen beschäftigte, zeigt ein Bericht von James Reston, in der *New York Times* vom 26. April 1950:

„Die Regierung der Vereinigten Staaten erörtert gegenwärtig eine neue Reihe von Vorschlägen, um die Autorität der westdeutschen Bundesrepublik zu erhöhen und diese in eine engere Verbindung mit der nordatlantischen Gemeinschaft zu bringen.

Zwei spezifische Vorschläge zu dieser Frage liegen im Augenblick den Beamten vor, die die Außenministerkonferenz der Vereinigten Staaten, Großbritanniens und Frankreichs in London vorbereiten. Es sind:

1. Die Bildung eines neuen Atlantikrates, der die wirtschaftliche und politische Linie der nichtkommunistischen Atlantikstaaten einschließlich Westdeutschlands koordinieren und als ein Nachfolger der Marshallplan-Organisation dienen könne.

2. Ein kühnerer Vorschlag, daß das Besatzungsstatut für Deutschland von den Vereinigten Staaten, Großbritannien und Frankreich revidiert werde, um der Bonner Regierung größere Vollmachten auf dem Gebiete der Außenpolitik zu gewähren und den Weg vorzubereiten, um die westdeutsche Bundesrepublik einzuladen, dem nordatlantischen Pakt beizutreten.“

Über die Hintergründe zu diesen Vorschlägen, über deren Urheber nichts gesagt ist, schreibt Reston: man habe in amtlichen Kreisen erkannt, daß die potentielle wirtschaftliche und militärische Macht Westdeutschlands so groß sei, daß es wahrscheinlich jede rein westeuropäische wirtschaftliche und militärische Organisation dominieren würde. Die offensichtliche Folgerung sei, daß eine Organisation geschaffen werden müsse, nicht nur in Westeuropa, sondern im Rahmen der gesamten nordatlantischen Gemeinschaft, die so stark sei, daß sie nicht von Deutschland dominiert werden könne. Dies bedeute natürlich eine Organisation, der die Vereinigten Staaten angehören.

Die Frage einer deutschen Wiederaufrüstung wurde etwa zur gleichen Zeit durch den britischen Generalleutnant Martin im *Daily Telegraph* bejaht und auch der britische Militärschriftsteller Liddell Hart, forderte die Einbeziehung deutscher Truppen in das atlantische Verteidigungssystem. In den Vereinigten Staaten setzte sich der frühere Militärgouverneur der Vereinigten Staaten in Deutschland, General Lucius D. Clay, für die Bereitstellung einer

auf Infanterie beschränkten deutschen Armee ein. Der Chef des amerikanischen Generalstabes, General Bradley, erklärte am 6. Juni 1950, eine Wiederaufrüstung Westdeutschlands würde die militärische Kraft der Atlantikstaaten stärken; er betonte jedoch, daß dies nur ein rein militärisches Urteil sei und daß aus politischer Erwägung heraus eine Wiederbewaffnung Deutschlands nicht in Frage kommen könne.

Über die Veröffentlichung des Beitrages von James Reston in der *New York Times* befragt, erklärte Außenminister Acheson am 27. April auf einer Pressekonferenz, daß das Außenministerium sorgfältig die verschiedenen Möglichkeiten einer zukünftigen engeren Einbeziehung Westdeutschlands in die atlantische Gemeinschaft prüfe. Bisher lägen aber weder exakte Vorschläge vor, noch seien definitive Entscheidungen getroffen worden.

Der Washingtoner Korrespondent der französischen Zeitung *Le Monde*, Maurice Ferro, knüpfte am 27. April in seinem Blatt an diese Erklärung Achesons die Frage:

„Stimmt es, daß die drei Mächte in London vorhätten, eines Tages Bonn einzuladen, an der atlantischen Gemeinschaft teilzunehmen? Und, beziehendenfalls, wird man es durch den Haupteingang oder durch die Hintertür hereinlassen? . . .

Die Amerikaner glauben im Grunde genommen, daß ein an die atlantische Gemeinschaft gebundenes Deutschland für den Westen keine Gefahr darstellen würde, während es eine tödliche Gefahr sei, Deutschland zum Alliierten der Russen werden zu lassen. Ist dies übrigens nicht, so sagt man (in den Vereinigten Staaten) anstelle eines vorläufigen Kommentars zu der Schumanrede, das Bestreben, das sich aus den französischen Konzeptionen über die westliche Gesellschaft herauszuschälen scheint?

Die weitere Entwicklung, die zu dem Schumanplan für eine gemeinsame deutsch-französische Schwerindustrie führte, gibt die Antwort auf diese Frage.“

Der „kleine“ Schumanplan

Am 24. April 1950 begannen in London die vorbereitenden Besprechungen der Sachverständigen, um für die Konferenz der drei Außenminister einen Rechenschaftsbericht zusammenzustellen. Die Leitung dieser Vorarbeiten übernahm der amerikanische Botschafter, Dr. Philip C. Jessup, der französische Botschafter in London, René Massigli und der Staatssekretär im britischen Foreign Office, Sir William Strang. Gleichzeitig begann in Washington eine internationale Arbeitsgruppe, die sich aus einem

Vertreter des amerikanischen Außenministeriums und den Botschaftern und Gesandten der Westmächte zusammensetzte, mit Vorbesprechungen für die im Anschluß an die Dreierkonferenz in London einberufene vierte Sitzungsperiode des Nordatlantikrates.

Am 7. Mai 1950 traf Außenminister Acheson zu Besprechungen mit dem französischen Außenminister in Paris ein. Hauptgegenstand der Beratungen waren das deutsche Problem, der von Bidault vorgeschlagene Friedensvertrag und die für Frankreich besonders bedeutsame Indochinafrage. Das vom Außenministerium am 9. Mai veröffentlichte Kommuniqué über die am 8. Mai abgehaltenen Besprechungen besagt, daß in allen bedeutenden Fragen eine vollständige Übereinstimmung der beiden Außenminister festgestellt wurde. Weiter heißt es in dem Kommuniqué:

„Außenminister Schuman und Staatssekretär Acheson trafen zusammen und erörterten die Lage in Indochina. Acheson teilte dem französischen Außenminister mit, die Vereinigten Staaten hätten die Nöwendigkeit und Dringlichkeit einer amerikanischen Hilfe für Indochina klar erkannt. Diese Hilfe ist nicht irgendwelchen politischen Bedingungen unterworfen und wird es niemals sein. Die Regierung der Vereinigten Staaten will ausschließlich im allgemeinen Interesse des Friedens in der Welt Frankreich bei dem Schutze der Unabhängigkeit Vietnams im Rahmen der Französischen Union helfen. Diese Hilfe wird nicht an Stelle der französischen Bemühungen treten, sondern diese nur verstärken. Im Gegensatz zu den in gewissen Zeitungen veröffentlichten Berichten wird diese Hilfe nicht geteilt erfolgen, sondern sowohl Frankreich als auch Vietnam gewährt werden.“

Nach Klarstellung dieser Frage gingen die beiden Außenminister zur Erörterung der Diskussionsgegenstände der Londoner Dreimächtekonferenz über, die sich insbesondere mit Deutschland beschäftigen wird. Unter den obwaltenden Umständen

den war es nicht notwendig, eine diesbezügliche Entscheidung zu treffen, sondern nur den französischen und amerikanischen Standpunkt zum Zwecke einer besseren Verständigung klarzustellen. Die beiden Außenminister stellten einen vollständigen Einklang der Prinzipien fest. Es muß festgestellt werden, daß die amerikanische Regierung keine Abänderung des Besatzungsstatuts für Deutschland vorgeschlagen hat oder vorschlagen wird. Eine Abänderung des Statuts kann zukünftig nur auf Grund des Verhaltens Deutschlands erfolgen.“

Abschließend wird in dem Kommuniqué erklärt, Außenminister Schuman habe der Regierung einen „außergewöhnlich wichtigen“ Vorschlag unterbreitet, der die volle Zustimmung der Regierung fand.

Bei dem im Kommuniqué erwähnten Vorschlag Schumans handelt es sich um den Plan, die gesamte französisch-deutsche Kohlen- und Stahlproduktion unter gemeinsame Verwaltung zu stellen, und zwar durch eine Organisation, die den anderen Ländern Europas zur Teilnahme offensteht. Der Plan wurde am 9. Mai, also nach der Abreise Achesons, von Außenminister Schuman selbst auf einer Pressekonferenz als ein Vorschlag der französischen Regierung bekanntgegeben.⁶

Zur Zeit der Bekanntgabe des Planes hatten in London bereits die Besprechungen zwischen Acheson und Bevin begonnen.

Das Erstaunen, mit dem dieser Vorschlag Schumans in London aufgenommen wurde, war sicherlich nicht gekünstelt, denn während der Vorbesprechungen hatte die französische Delegation diesen Plan mit keinem Wort erwähnt. Erst am Nachmittag des 9. Mai 1950 informierte der französische Botschafter in London Bevin und Acheson formell über den Schumanplan. Ob Acheson wirklich so überrascht war wie Bevin, sei dahingestellt. Acheson dürfte infor-

6) Vergl. hierzu den Wortlaut des Schumanplanes in Europa-Archiv Folge 11/1950, S. 3091.

7) Das Kommuniqué dieser Dreierkonferenz, herausgegeben am 11. November 1949, hatte folgenden Wortlaut:

Die Außenminister Frankreichs, des Vereinigten Königreiches und der Vereinigten Staaten traten am Vormittag, Nachmittag und Abend des 11. November erneut zusammen, um die Überprüfung ihrer gemeinsamen Probleme zum Abschluß zu bringen.

An der Nachmittagssitzung nahmen auch die Außenminister Belgiens, Luxemburgs und der Niederlande bei der Beratung von die Interessen dieser drei Länder besonders betreffenden Angelegenheiten teil.

Die drei Außenminister waren sich der ihnen für die Bewahrung und Festigung des Friedens in Europa und der Welt auferlegten schweren Verantwortung bewußt.

Sie wünschten ihre Entschlossenheit zu bekunden, dieser Verantwortung mit Festigkeit und zugleich mit Menschlichkeit zu entsprechen. Festigkeit in dem Entschluß, daß es keinem Lande gestattet sein soll, den Frieden und die Sicherheit seiner Nachbarn zu bedrohen. Menschlichkeit in der Anerkennung der Tatsache, daß ein dauerhafter Friede nur durch eine engere Gemeinschaft der Völker der Welt gefunden werden kann.

Da die beiden Weltkriege ihren Ursprung in dem militärischen Geist hatten, der den Deutschen innewohnt, und da die von den Außenministern vertretenen Länder zur Zeit deutsches Gebiet besetzt

mell von Schuman bereits Kenntnis erhalten haben und dürfte Schuman auch nicht entmutigt haben, mit seinem Plan an die Öffentlichkeit zu treten. Ohne offiziell Gegenstand der Dreierbesprechungen zusein, wurde der Schumanplan zu einem der hauptsächlichsten Probleme der Londoner Konferenz und zu einer internationalen Realität. (Über den Schumanplan, seine Hintergründe und seine Möglichkeiten, wird das Europa-Archiv in der Fortsetzung dieses Beitrags ausführlich berichten.)

Über die Besprechungen zwischen Bevin und Acheson wurden keine näheren Einzelheiten bekannt. Eine allgemein gehaltene Verlautbarung besagt, daß die gegenwärtige Weltlage im Lichte der Ereignisse seit der letzten Dreimächtekonferenz im November 1949⁷ geprüft wurde und daß Maßnahmen für eine Koordinierung der Politik der westlichen Demokratien erwogen wurden. Die Probleme im Osten wurden angesichts der Bedrohung erörtert, die durch den Kommunismus für die rückständigen Gebiete und solche Länder, die durch den Krieg aus dem Gleichgewicht geworfen wurden, besteht. Der Gedankenaustausch der beiden Minister werde, so hieß es in der Verlautbarung, im Laufe der Dreimächteverhandlungen weiter entwickelt werden.

Acheson: Deutschland gehört zu uns

Am Vorabend der Dreierkonferenz, am 10. Mai 1950, hielt Außenminister Acheson vor der *Society of Pilgrims* eine bedeutsame Rede, in der er sich neben der Frage der internationalen Organisation in Europa und den wirtschaftlichen Fragen Westeuropas vor allem mit dem Problem der Einbeziehung Westdeutschlands in die westliche Gemeinschaft befaßte.

„Es gibt unseres Erachtens zwei Tatsachen, die uns unausweichliche Realitäten unserer Zeit zu sein scheinen. Beide erfordern Vorkehrungen von

uns allen, die vielleicht mit unseren gewohnten Empfindungen und Wünschen in Konflikt geraten könnten.

Die erste Tatsache ist die, daß verschiedenartige Ursachen zu einer Unausgeglichenheit unserer internationalen Wirtschaftsbeziehungen geführt haben. Wir haben uns alle eifrig bemüht, diese zu überwinden. Die bisherigen Erfolge sind recht ermutigend; doch werden die Bemühungen, die wir bis heute unternommen haben, nicht zu einem vollen Erfolg führen. Der Marshallplan wurde geschaffen, um die Ursachen dieser Unausgeglichenheit teilweise zu korrigieren, und er erfüllt diese Aufgabe mit Erfolg; es verbleiben jedoch noch weitere Ursachen.

Wenn der verbleibende Teil des Problems durch individuelle Bemühungen der einzelnen Nationen und ohne gemeinschaftliche internationale Maßnahmen gelöst werden könnte, wäre niemand glücklicher als wir. Wenn dies aber nicht der Fall ist, — dann wird die Aufgabe einiger rein nationaler Interessen für uns alle unvermeidbar sein. Wir müssen uns alle mit diesem Gedanken vertraut machen.

Der zweite Faktor, den wir nicht unbeachtet lassen dürfen, ist der, daß sich die Bevölkerung Westdeutschlands mitten unter uns befindet. Auf Gedeih und Verderb gehört sie nun einmal unvermeidlich zu uns. Deutschland ist in einer bedauerlichen Lage, wenn es den Problemen der Zukunft völlig allein und nur im nationalen Rahmen gegenübersteht. Es besteht die besondere Notwendigkeit, Deutschland mit seinen westlichen Nachbarn enger und organischer zusammenzuschließen. Diese Notwendigkeit entspringt einmal der unglücklichen Aufteilung Deutschlands in Ost und West, die durch die Politik der Sowjetunion hervorgerufen wurde, zum anderen dem großen Bevölkerungsdruck in den Westzonen und der verständlichen Unsicherheit und dem Unglück von Millionen heimatloser Menschen, und schließlich all den tragischen Erfahrungen, die Deutschland in den vergangenen Jahrzehnten so gewaltsam aus der europäischen Gemeinschaft herausgerissen haben.

halten, war es natürlich, daß ihre Beratungen über das Friedensproblem in Europa sich zum größten Teil auf die Beziehungen Deutschlands zu Europa, die Lage in Deutschland und ihre Politik hinsichtlich Deutschlands bezogen.

Die Außenminister haben ihre im Besatzungsstatut zum Ausdruck gebrachte Politik, der Bundesrepublik ein weites Maß freien Bestimmungsrechtes in der Leitung deutscher Angelegenheiten zu gewähren, erneut bestätigt, ein Aufgabenbereich, daß gemäß dem Besatzungsstatut in dem Umfang größer werden soll, wie die Verwaltung der Bundesrepublik das Vertrauen rechtfertigt, daß sie auf die Errichtung eines freien demokratischen und friedlichen Deutschland hinarbeitet.

Gleichzeitig haben die Minister es für angemessen erachtet, die fortschreitende Einbeziehung des deut-

schen Volkes in die europäische Gemeinschaft zu unterstützen und zu fördern.

Diese Beschlüsse beruhten auf der Erwartung der Minister, daß die Regierung der deutschen Bundesrepublik ihre friedlichen Absichten und ihren aufrichtigen Wunsch, sich mit den Nationen zu verbünden, die der Sache der Demokratie, der Rechtssicherheit und des Friedens dienen, erneut bewiesen werde.

Infolgedessen haben die drei Außenminister den drei Hohen Kommissaren bestimmte Anweisungen und Vollmachten erteilt, die es ihnen gestatten werden, die oben angedeuteten Ziele zu erreichen.

Quelle: New York Times vom 11. November 1949. Übersetzung des Europa-Archivs.

Wir wären keine Realisten, wenn wir nicht anerkennen würden, daß kein Land für sich ausschließlich die Last dieser Wiedereinführung Deutschlands in das Gemeinschaftsleben tragen kann oder will. Die Wiedereingliederung Deutschlands in die Familie der westlichen Zivilisation muß ein gemeinschaftliches Unternehmen sein, in dem alle das Risiko und die Verantwortung teilen. Kein schwierigeres Unternehmen ist jemals gemeinsam von einer Gruppe von Staaten in Angriff genommen worden. Kein Unterfangen war mit Befürchtungen, mit Empfindsamkeit und verschiedenartigen Ansichten schwerer belastet. Aber es ist ein Problem, das uns die Forderungen der Zeit auferlegt haben.

Ich möchte damit nicht etwa sagen, daß dies lediglich ein Problem der Nichtdeutschen ist, oder daß Westdeutschland als passiver Zuschauer seines eigenen Geschickes dabeistehen kann. Im Gegenteil, wenn dieser Vorgang erfolgreich sein soll, müssen die Deutschen selbst bereit sein, ihren vollen Anteil der Verantwortung sowie all das auf sich zu nehmen, was ihnen als Risiko erscheinen mag. Sie haben in der Vergangenheit — einige unschuldig, einige nicht ohne Schuld — die Folgen der gewaltsamen und extremen Methoden nationaler Selbstsicherheit zu spüren bekommen. Der Bankrott jener Methoden ist in tragischer Weise offenbar geworden. Heute kann den deutschen nationalen Zielen nur gedient und dem deut-

schen Volke eine hoffnungsvolle Zukunft nur dann gesichert werden, wenn es sich zu jenen langsameren und weniger dramatischen Prinzipien der Geduld, des Verständnisses und der Zurückhaltung bekennt, die bei Sieger und Besiegten gleichermaßen mit einem Gefühl nationaler Demut angesichts der großen Katastrophen unserer Zeit einsetzen. Wenn die Deutschen uns in diesem Geist entgegenkommen und wenn wir unsererseits der Tatsache eingedenk bleiben, daß die Welt deutsche Energie, Talente und Begeisterung für die Erhaltung der Zivilisation benötigt, dann werden wir unsere Ziele sicher erreichen.

Dies sind zwei hauptsächliche Überlegungen, die uns veranlassen, uns mit den Studium weiterer Möglichkeiten internationaler Zusammenarbeit zu befassen. Wir hoffen, daß diese Überlegungen, ob sie nun auf Zustimmung treffen oder nicht, hier als Ausdruck unserer Haltung respektiert werden, die die Probleme der gesamten westlichen Völkergemeinschaft als unsere eigenen ansieht und die nicht durch engstirnige nationale Interessen motiviert ist. Dies wird meiner Überzeugung nach dadurch gewährleistet, daß wir uns selbst Opfer auferlegen, die uns nicht weniger unangenehm sind und nicht weniger schwer fallen als jene, die von jedem der Staaten auf dieser Seite des Atlantik gefordert werden.“

Das Problem der europäisch-amerikanischen Zusammenarbeit auf der Londoner Dreierkonferenz

Das amerikanische Interesse für Europa

Die vor dem Zusammentritt der vierten Sitzungsperiode der zwölf Atlantikpaktstaaten angesetzte Konferenz der Außenminister der Vereinigten Staaten, Großbritanniens und Frankreichs begann am 11. Mai 1950 im Lancaster-House in London. Der erste Tag der Verhandlungen brachte nicht, wie bei internationalen Konferenzen sonst üblich, die formellen Begrüßungsansprachen. Durch die eingehende Vorbereitung der Konferenz war es möglich, sofort mit der Erörterung der Probleme zu beginnen. Neben der Prüfung allgemeiner politischer Grundsätze wurden zwei Fragen zur Sprache gebracht:

1. der Vorschlag *Bidaults* zur Schaffung eines atlantischen Friedensrates und
2. das Problem der Zukunft der Europäischen Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit (OEEC).

Die Minister vermerkten „den großen Fortschritt, der im Laufe der letzten zwei Jahre auf

dem Gebiete der wirtschaftlichen Wiederaufrichtung, der weitgehenden Rückkehr der Stabilität und des Wohlstandes und der Entwicklung des Verteidigungssystems zum Schutz der freien Gemeinschaften der Welt erzielt wurde. Es wurde festgestellt, daß bei der gegenwärtigen Weltlage die Wahrung des Friedens neue Bemühungen zur Zusammenarbeit auf allen Gebieten erfordert, insbesondere im Aufbau einer wirksamen Verteidigung im Rahmen des Nordatlantikpaktes und in der Stärkung der wirtschaftlichen Grundlage der Westmächte zur Unterstützung dieser Bemühungen“.

Die Besprechungen zeigten, daß das Interesse der Vereinigten Staaten für Europa in Zukunft im Vordergrund der amerikanischen Politik stehen wird. Zur Stärkung der „atlantischen Gemeinschaft“ wurde die Idee einer Körperschaft erörtert, die alle Länder Westeuropas und Nordamerikas umfassen würde. Die hierzu von *Bidault* in seiner Rede in Lyon gemachten Vorschläge fanden aber offensichtlich nicht das erhoffte Echo bei der amerikanischen Delegation. *Schuman* regte daher — in Modifizierung seines

eigenen Vorschlages vom 26. April 1950 — an, daß die Vereinigten Staaten und Kanada sich der Europäischen Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit anschließen sollten. Auf wirtschaftlichem Gebiet würde damit eine umfassende westliche Gemeinschaft geschaffen.

Am ersten Tage der Konferenz wurden keine Beschlüsse gefaßt. Der Schuman-Plan für eine Zusammenlegung der französischen und deutschen Schwerindustrie wurde bei der Sitzung nicht erörtert.

Die deutsche Frage

Das deutsche Problem, das schon am ersten Tage erörtert worden war, bildete den Hauptgegenstand der Beratungen des zweiten Tages. Hierüber wurden von der Konferenz zwei Erklärungen veröffentlicht; eine über Berlin und eine weitere zur Kriegsgefangenenfrage.⁸ Diese Erklärungen behandeln zwei Punkte der heutigen deutschen Situation, die politisch und menschlich wichtig sind, aber nicht den Kern der alliierten Deutschlandpolitik ausmachen. Es muß aber begrüßt werden, daß in so eindeutiger Form von den drei Westmächten betont wurde, daß sie gewillt sind, ihre Rechte in Berlin zu wahren, die demokratischen Rechte der Einwohner Berlins zu schützen und mit den deutschen Behörden zur Verbesserung der wirtschaftlichen Lage der drei westlichen Sektoren zusammenzuarbeiten. Die Erklärung zur Kriegsgefangenenfrage stellt die Antwort auf die sowjetrusische Erklärung über die Beendigung der Rückkehr deutscher Kriegsgefangener aus der Sowjetunion dar und kündigt an, daß die Westmächte „alle nur möglichen“ Schritte zur Lösung dieser Frage unternehmen werden.

Neben diesen in den beiden Kommuniqués ausführlich behandelten Problemen befaßten sich die Außenminister eingehend mit dem Schuman-Plan, ohne daß auch am zweiten Tage der Verhandlungen darüber ein Beschluß gefaßt wurde. *Acheson* und *Bevin* begrüßten die französische Initiative, betonten aber, daß in Anbetracht der noch fehlenden Einzelheiten, die auch der erste französische Sachverständige für den Plan, *Jean Monnet*, nicht geben konnte, eine weitere eingehende Prüfung erforderlich sei. Die Außenminister beschlossen die Veröffentlichung eines umfassenden Kommuniqués über Deutschland.

8) Vergl. hierzu den Wortlaut der beiden Erklärungen in *Europa-Archiv* Folge 10/1950, S. 3051.

9) Vergl. hierzu den Wortlaut der Erklärung über Deutschland in *Europa-Archiv* Folge 10/1950, S. 3053.

10) Vergl. *Europa-Archiv* Folge 10/1950, S. 3054.

Dieses wurde jedoch erst, nachdem es Bundeskanzler *Adenauer* zur Kenntnis gebracht worden war, am 15. Mai 1950 veröffentlicht.⁹

Aus ergänzenden Mitteilungen des amerikanischen Hohen Kommissars *McCloy*, der den Besprechungen über Deutschland auf der Konferenz beiwohnte, ergibt sich, daß die Außenminister die von der Bundesregierung gewünschte direkte Sicherheitsgarantie für überflüssig erachten, da die Besatzungstruppen in Deutschland und die westeuropäischen Verteidigungsorgane genügend Sicherheit für Westdeutschland böten. Die Londoner „*Times*“ sah in dieser Erklärung *McCloy*'s praktisch eine Anerkennung der von Bundeskanzler *Adenauer* geforderten Sicherheitsgarantie.

Wie *McCloy* weiter mitteilte, wurde die Saarfrage in London nicht behandelt. Auch wurden keine Entscheidungen über die Stahlquote und den Schiffsbau getroffen. Den Vorschlag des deutschen Bundeskanzlers, den Atlantikrat auf das wirtschaftliche und kulturelle Gebiet auszudehnen, sodaß die Bundesrepublik eine Möglichkeit zur Mitarbeit in dieser Institution habe, hielt *McCloy* „für eine Möglichkeit.“

Der österreichische Staatsvertrag

Die Außenminister befaßten sich auch mit der österreichischen Frage. Die Ergebnisse dieser Besprechungen wurden am 19. Mai 1950 in einem Kommuniqué veröffentlicht.¹⁰ Die Westmächte erklärten sich bereit „ohne Verzögerung alle offenen Fragen des Vertrages zu regeln, vorausgesetzt, daß hierdurch eine definitive Einigung über den Vertrag als ganzen erzielt wird“. In der Zwischenzeit haben die drei Westmächte am 15. Juni 1950 der Sowjetunion beinahe gleichlautende Noten überreicht, in welchen sie die sowjetische Regierung ersuchen, ihren Beitrag zur Beschleunigung des Abschlusses eines Staatsvertrages mit Österreich zu leisten und den sowjetischen Hohen Kommissar durch eine Zivilperson zu ersetzen.¹¹

Bilanz der Dreierkonferenz

Der 13. Mai, der Schlußtag der dreitägigen Beratungen *Achesons*, *Bevins* und *Schumans*, brachte die Veröffentlichung eines allgemeinen Kommuniqués, das die Ergebnisse der Konferenz knapp zusammenfaßt.¹² Vieles, was auf

11) Vergl. hierzu den Wortlaut der französischen Note in: *Neue Zürcher Zeitung* vom 16. Juni 1950.

12) Vergl. hierzu den Wortlaut des Kommuniqués in *Europa-Archiv* Folge 10/1950, S. 3052.

der Konferenz besprochen wurde, findet jedoch in dem Kommuniqué keine Erwähnung. So wird beispielsweise wohl aus diplomatischen Erwägungen nichts über China gesagt. Auch über die Probleme im Nahen Osten, insbesondere die arabische Flüchtlingsfrage, über die sich die Außenminister unterhielten, gibt das Kommuniqué keine Auskunft.

Als vielleicht wichtigstes Ergebnis der Konferenz ist die Klärung der Frage der Zusammenarbeit Europas mit Amerika nach Beendigung des Marshallplanes anzusehen. Der Marshallplan in seiner jetzigen Form kann nicht verlängert werden, aber etwas Anderes, Ähnliches wird an seine Stelle treten. Dies wurde zur Gewißheit: der Grundsatz der Kontinuität wurde anerkannt. Die ersten Sätze des Kommuniqués, in denen das Prinzip der gleichzeitigen Erhaltung des hohen Lebensstandards und der vermehrten Sicherheit proklamiert wird, stellen eine weittragende Entscheidung dar.

Neben dem allgemeinen Kommuniqué, das eine weltpolitische Übersicht vermittelt, wurden noch zwei weitere Erklärungen veröffentlicht; die bereits weiter oben erwähnte Erklärung über Deutschland, die ihrem Wortlaut nach von den Außenministern der drei Beneluxstaaten, Holland, Belgien und Luxemburg, gebilligt worden war, sowie eine Erklärung über das Auswanderungsproblem.¹³ Gerade der letzten Erklärung kommt für Deutschland besondere Bedeutung zu. Die Außenminister haben die Gefahr erkannt, welche von der Überbevölkerung her droht, und beschlossen, auf internationaler Basis an die Lösung dieses Problems heranzugehen. Mit dieser Erklärung wird zum erstenmal anerkannt, daß Deutschland sowohl wie Italien das Problem der Überbevölkerung aus eigener Kraft nicht lösen können.

Rückblickend kann man sagen, daß die Konferenz keine sensationellen Ergebnisse gebracht hat und auch keine Beschlüsse gefaßt wurden, die im Augenblick schon große Wirkungen haben könnten. Die Entschliebung zur rationalen Auswertung der gemeinsamen Hilfsmittel ist ein Vorsatz, zu dessen Durchführung die Wege erst gefunden werden müssen.

Der neue Impuls, den die Westmächte durch ihren Beschluß, der Bundesrepublik in naher Zeit die Stellung eines gleichberechtigten Mitgliedes der europäischen Völkergemeinschaft zu geben, und die Überwindung eines gewissen toten Punktes in den Beziehungen zwischen den Alliierten und der westdeutschen Bundes-

republik müssen als das Verdienst der Initiative Frankreichs, insbesondere seines Außenministers *Schuman* bezeichnet werden. Wenn auch die amtlichen Erklärungen der Konferenz den Schuman-Plan mit keinem Wort erwähnen, darf man das Urteil des Londoner Korrespondenten der Neuen Züricher Zeitung doch anerkennen. Dieser schrieb am 14. Mai (Fernausgabe Nr. 133 vom 16. Mai 1950):

„Jedermann ist sich klar darüber, daß der Schuman-Plan den substantiellen Beitrag zum Programm der rationalen Auswertung des wirtschaftlichen und technischen Potentials des Westens darstellt. Der französische Außenminister hat damit erreicht, daß der Gedanke der Organisation Europas, innerhalb welcher Paris eine wichtigere Rolle als im System des Atlantikpaktes zu spielen vermag, an Gewicht wieder gewonnen hat.“

Bundeskanzler Dr. *Adenauer* nahm am 14. Mai zu der Erklärung der Londoner Konferenz über Deutschland wie folgt Stellung:

„Aus dieser Erklärung geht klar hervor, daß die drei Westmächte fest entschlossen sind, Deutschland sobald wie möglich vollständige Aktionsfreiheit zu geben und es in die Gemeinschaft der Nationen aufzunehmen. Ich freue mich, daß die Londoner Konferenz für uns so gut herausgekommen ist, und ich bin überzeugt, daß dieser Erklärung in nächster Zukunft konkrete Resultate folgen werden.“

Der Vorsitzende der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Dr. *Schumacher*, erklärte, er sehe in den Ergebnissen der Londoner Konferenz für Deutschland keinen Anlaß zum Jubel, da die Alliierten in der juristischen Sicherung ihrer Machtansprüche keine Konzessionen gemacht hätten; auch sollte die Bundesregierung nicht übersehen, daß der alliierte Hinweis auf die Handhabung der Demokratie in der Bundesrepublik eine sehr kritische Mahnung bedeute.

Ein auch im Ausland beachtetes Urteil gab die *Frankfurter Rundschau* vom 15. Mai 1950. Die Zeitung schrieb:

„Durch die Ergebnisse der Londoner Außenminister-Konferenz wurde eine revolutionäre Politik eingeleitet. Wie einst Hitler, steht jetzt Stalin dem Haltsignal gegenüber: Bis hierher und nicht weiter.“

Die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* erklärte in einem Kommentar zu der Londoner Deutschland-Erklärung, es handele sich zwar nicht um einen Sprung, aber doch um einen guten Schritt nach vorwärts. Das Dokument lasse hoffen, daß Deutschland langsam aber sicher in die westliche Welt einbezogen werde. Das Blatt erklärte, es sei schwer, sich vorzustellen, daß die vorbe-

13) Vergl. Europa-Archiv Folge 10/1950, S. 3053.

reiteten Beratungen über den neuen Wortlaut des Besatzungsstatuts ohne deutsche Teilnahme vor sich gehen sollten. Es wäre ein Verlust nicht nur für Deutschland, sondern für die gesamte künftige Zusammenarbeit, wenn man auf den deutschen sachverständigen Rat verzichten wollte.

Die *Londoner Times* vom 15. Mai 1950 weist auf einige besonders schwierige Probleme hin:

„Wie lange kann Großbritannien die Entscheidung verschieben, ob es sich mit Europa vereinigen (unite) oder integrieren (integrate) will, ohne die Initiative in seiner Außenpolitik zu verlieren. Wie weit können die Westmächte gehen, Deutschland in die Gemeinschaft der freien Nationen zurückzubringen, während sie ihm das Recht versagen, wie sie es ihm versagen müssen, wieder aufzurüsten. So wie Deutschland allmählich wieder in die Gemeinschaft zurückgeführt wird, wird auch sein Einfluß auf die Politik naturgemäß wachsen und man kann nicht annehmen, daß dieser Einfluß immer in derselben Richtung ausgeübt werden wird. Großbritannien würde es wahrscheinlich vorgezogen haben, den Hauptakzent auf die Entwicklung des Atlantikpaktes zu legen. Frankreich ist entschlossen, ein Vereinigtes Europa zu schaffen, das sozusagen eine Stütze, auf der der Atlantikpakt ruhen würde, sein würde. Deutschland andererseits soll Mitglied des Europarates und gleicher Partner in dem Schumanplan für die europäische Industrie, aber keinesfalls Mitglied des Atlantikpaktes werden. Dies sind gegenwärtig Unterschiede in der Betonung, aber sie können zu ernsthaften Meinungsverschiedenheiten führen, wenn sie nicht überbrückt werden.“

Der Leitartikel der *Times* stellt ferner die Frage:

„Können die Regierungen Europas es sich leisten, die notwendigen Beiträge für ihre Verteidigung in einem Augenblick zu bringen, da ihre wirtschaftliche Gesundung noch in der Schwebe ist und die Marshallhilfe sich dem Ende nähert? Kann die Regierung der Vereinigten Staaten den Kongreß dazu bewegen, ungeheure Summen für die militärische und wirtschaftliche Hilfe bereitzustellen, wenn das amerikanische Budget nicht ausgeglichen ist? Dies sind jene praktischen Fragen, die zuerst beantwortet werden müssen.“

Die *New York Times* vom 15. Mai 1950 brachte einen Beitrag ihrer bekannten Korrespondentin Anne O'Hare McCormic. Sie schrieb, daß auf der Außenministerkonferenz diesmal nicht Acheson, „die reisende Stimme Amerikas“, und auch nicht der zähe Bevin die Hauptrolle spielten, sondern der bescheidene französische Außenminister Robert Schuman. Sein Plan sei der Beweis dafür, daß jede Regierung die Führung übernehmen könne, wenn sie in der Lage sei, einen neuen Gedanken in die müde, sich wieder-

holende internationale Debatte zu werfen. Es sei schon jetzt klar, daß der Schumanplan etwas von der Durchschlagskraft besitze, die der Marshallplan vor drei Jahren gehabt habe.

Die Korrespondentin berichtet ferner, daß die drei Außenminister ihre Entscheidungen hinsichtlich des Atlantikpaktes nicht bekanntgegeben hätten, da dies eine Angelegenheit der folgenden Zwölfmächte-Konferenz sei. Die Zwölfmächte-Konferenz werde die tatsächlichen Ergebnisse der Erörterungen der Außenminister zeigen.

Auch der Leitartikel in *Le Monde* weist darauf hin, daß die über die Dreierkonferenz veröffentlichten Kommuniqués einen allgemeinen, um nicht zu sagen vagen Charakter tragen. Andererseits dürfe man aber nicht vergessen, daß bestimmte Probleme erst auf der Zwölfmächtekonferenz abgeklärt werden und daß daher die drei Außenminister nicht vorgreifen konnten. Am wichtigsten erscheint dem Blatt die Erklärung über Deutschland: Sie präzisiere die Politik der Alliierten gegenüber der Bonner Republik, eine Politik, die die Abkommen von Washington und Petersberg fortsetze. Westdeutschland soll sobald wie möglich von den Kontrollen befreit werden, denen es unterworfen ist.

„Aber man versteht nicht, warum der Rhythmus dieser Befreiung von dem Maße abhängen soll, in dem Deutschland eine Situation erreicht, in welcher die Grundfreiheiten des Einzelnen gesichert sind. Sie sind es bereits in der Tat, seit die Bundesrepublik besteht.“

Le Monde erklärt, man habe vielleicht geglaubt, daß die Konferenz noch einen letzten Appell an die Sowjetunion richten werde, daß die Drei einen Versuch machen würden, um eine neue Konferenz der Vier zu ermöglichen. Nichts dergleichen sei aber geschehen. Im Gegenteil, das Communiqué fordere zur Fortführung des Kalten Krieges auf. Der Leitartikel in *Le Monde* schließt:

„Die Revision selbst des Besatzungsstatutes wird Westdeutschland eine Freiheit gestatten, die beunruhigend werden könnte, wenn sich dieses Deutschland nicht durch eine echte wirtschaftliche Union an Europa gebunden fände. Es handelt sich hier um einen Beitrag für Europa und für den Frieden, dessen Sinn die Deutschen durchaus verstanden haben. Von der atlantischen Verteidigung ausgeschlossen und ohne den Wunsch, daran teilzunehmen, werden sie einen Plan, der ihnen Perspektiven im Westen eröffnet, umsomehr begrüßen, Perspektiven, die im Augenblick die einzigen sind, die ihnen gestattet werden.“ (Fortsetzung folgt.)

Hermann Volle

Bewässerungs- und Energieprojekte im Mittleren Osten

Strombauverwaltungen nach dem Vorbild der Tennessee Valley-Authority

Von Feliks Bochenski und William Diamond

I. Teil

Anfang dieses Jahres veröffentlichte das *Middle East Institute*, Washington, D. C., in der Zeitschrift *The Middle East Journal*, Vol. 4, Nr. 1 einen beachtenswerten Beitrag von Feliks Bochenski und William Diamond über Strombauverwaltungen nach dem Vorbild der *Tennessee Valley-Authority* für Ägypten, Türkei, Libanon, Syrien, Israel, Jordanien, Irak und Iran (TVA'S in the Middle East). Über die TVA als regionales Planungsexperiment hat das Europa-Archiv in Folge 9/1949, S. 2121—2128 ausführlich berichtet.

Die Verfasser dieses Beitrags, den wir mit freundlicher Genehmigung des *Middle East Journal* nachstehend in deutscher Übersetzung, ergänzt durch eigene Karten, veröffentlichen, sind erfahrene Fachleute und Wissenschaftler zugleich.

Feliks Bochenski ist Mitglied der Wirtschaftsabteilung der *International Bank for Reconstruction and Development*. 1948 und 1949 besuchte er den Libanon und Ägypten als Teilnehmer von Bankmissionen, um die allgemeinen Wirtschaftsbedingungen dieser Länder zu studieren; er besuchte auch Syrien. William Diamond, ebenfalls Mitglied der *International Bank*, ist der Verfasser des Aufsatzes *Activities of the International Bank in the Middle East*, der im Oktober 1949 in *The Middle East Journal* erschien.

H. V.

Der Mittlere Osten ist vornehmlich landwirtschaftliches Gebiet. Der größte Teil seiner Bevölkerung lebt auf dem Lande, und landwirtschaftliche Arbeiten sind seine Hauptbeschäftigung und Erwerbsquelle. Mit Ausnahme von Öl in Iran und den arabischen Ländern, Kohle, Braunkohle und Chrom in der Türkei, Phosphaten in Ägypten und dem allgemein verbreiteten Zement, gibt es keine bekannten Mineralvorkommen von hervorragender Bedeutung. Wenn auch diese und andere Mineralien die Grundlage für kleine, lokale Industrien bilden, so wird der mittlere Osten wahrscheinlich doch keine große industrielle Entwicklung erleben, außer auf jenen Gebieten, die der landwirtschaftlichen Produktion — sowohl von Nahrungsmitteln als auch von Textilien — gewidmet sind. Das Wachstum solcher Industrien ist ohne Zweifel eine Vorbedingung für die Besserung des dortigen Lebensstandards; doch muß ihre Entwicklung angesichts des Hauptzieles, der Verbesserung der Landwirtschaft und der Steigerung landwirtschaftlicher Erzeugung, als untergeordnet angesehen werden. Der zunehmende Druck auf dem Lande, der hervorgerufen wird durch einen hohen Bevölkerungszuwachs in einem Gebiet, in dem das

herrschende Ackerbau-System im allgemeinen nur ein Existenzminimum bietet, gibt der Landwirtschaft den Vorrang bei der Entwicklung und macht die Notwendigkeit ihrer Entwicklung dringlich.

Verschiedene Faktoren hemmen die Verbesserung und Ausbreitung der Landwirtschaft des Mittleren Ostens. In der Hauptsache sind es die natürlichen Beschränkungen, die durch Boden und Klima bedingt sind, von denen die wesentlichste und die am schwersten zu bewältigende der Wassermangel ist. Außer in den Teilen der Türkei, des äthiopischen Hochlandes, des südlichen Sudan und der kaspischen Küste Irans „ist Wasser der Hauptfaktor, der menschliches Wirken im gesamten Mittleren Osten einschränkt. Selbst da, wo Wasser im Überfluß zu sein scheint, wie beispielsweise in der Nähe der großen Flüsse, gibt es über die augenblicklich benötigte Menge hinaus nicht viele Reserven, die den Bevölkerungszuwachs, der im nächsten halben Jahrhundert bestimmt eintreten wird, versorgen könnte.“ E.B. Worthington¹, der dies

1) E. B. Worthington, *Middle East Science*. London; 1946. S. 38.

in seiner „Middle East Science“ schreibt, sprach die Dinge sogar noch offener aus, als er bemerkte, daß es im Mittleren Osten „zwei unterirdische Hilfsquellen von sehr großer Bedeutung gibt, nämlich Wasser und Öl. Hiervon nimmt das Wasser den ersten Platz ein.“² Seine Bedeutung für den Einzelnen wurde treffend geschildert, als Mr. Worthington in einer Konferenz von landwirtschaftlichen Fachleuten sagte, „daß im Mittleren Osten fast ebenso viele Morde um Wasser geschehen, wie um Frauen, was sehr viel besagt.“³ Man kann sagen, daß Wasser und nicht Öl das flüssige Gold des Mittleren Ostens ist.

Der Mittlere Osten ist eine Trockenregion. Er hat ausgedehnte Wüsten, in denen die jährliche Regenmenge fast Null ist. Er wird im allgemeinen gekennzeichnet durch eine lange trockene Jahreszeit und eine kurze Regenzeit, die für leistungsfähigen Ackerbau unzureichend ist. Nur ungefähr vier Prozent des gesamten Mittleren Ostens ist angebaut⁴. In dem Gesamtgebiet ist die Bevölkerung dünn gesät, doch konzentriert sie sich um die Brunnen, die Wadis und die Flüsse, die von unterirdischen Wasserquellen zehren oder die mit Regen gesättigten Hochländer an der Peripherie des Mittleren Ostens entwässern. So kommt es, daß große Gebiete fruchtbaren Landes — ebenso wie Wüstengebiet — unbewohnt sind, während Teile des Mittleren Ostens unter starker Überbevölkerung leiden. Es gibt in der Tat mehr potentiell nutzbares Land, als jetzt mit dem vorhandenen Menschenmaterial oder Wasser bearbeitet werden könnte, das zur Verfügung stünde, wenn alle Flüsse und die bekannten Grundwasser-Hilfsquellen voll ausgenutzt würden.

Das Wasserproblem ist für den Mittleren Osten nichts Neues. Die aufgezeichnete Geschichte Ägyptens ist die Geschichte des Nils, und die archäologischen und historischen Urkunden des gesamten Mittleren Ostens zeigen das Ausmaß, in dem die Wasser-Hilfsquellen erschlossen, kontrolliert und ausgenutzt wurden. Eine beträchtliche Anzahl von Sachverständigen-Gutachten besagt, daß in alten Zeiten

diese Bemühungen einigen Teilen des Mittleren Ostens den Unterhalt einer viel größeren Bevölkerungszahl als die gegenwärtige ermöglichte, obwohl kein bekannter bedeutender Klimawechsel oder eine Verminderung der Niederschläge stattgefunden haben. Es besteht auch die übereinstimmende Meinung, daß des Menschen Mißbrauch von seinem Wasser und seinem Land (durch Zulassen von Abholzen, unbeaufsichtigtem Weiden, Erosion und anderen Formen von Zerstörung und Verfall, wie auch durch seine Methoden des Eigentumsrechtes und Landbesitzes) der entscheidende Faktor gewesen ist bei der Verwüstung mancher Gebiete und der Verkleinerung der Anbaufläche. Jahrhundertlang nahm man diese Entwicklung und ihre Folgen als ein Teil der „Lebensweise des Mittleren Ostens“ hin. In den letzten Jahren jedoch führte der technische Fortschritt in anderen Teilen der Welt und das zunehmende Selbstbewußtsein im Mittleren Osten immer mehr zu der Überzeugung, daß ein Versuch zur Besserung des Lebensstandards dieser Gebiete gemacht werden sollte und daß dies erreicht werden kann durch das menschliche Bestreben, die Wasserschranke zu beseitigen und den Prozeß umzukehren, durch den menschlicher Mißbrauch des Bodens die Ertragsfähigkeit des Mittleren Ostens herabgesetzt hat. Beträchtlicher Eifer ist bereits diesem Gegenstand gewidmet worden, obwohl noch große Lücken in den für die volle und wirksame Ausnutzung der mittelöstlichen Gewässer nötigen technischen Kenntnissen verbleiben⁵.

Aus den relativ mageren Wasservorkommen müssen die Bedürfnisse von ungefähr 90 Millionen Menschen befriedigt werden. Diese Bedürfnisse sind mannigfaltig. Obgleich der Verbrauch für Mensch und Tier nur die kleinste Menge Wasser benötigt, so muß er doch offenbar den Vorrang haben. Der Verbrauch an Wasser für Bewässerung steht an Bedeutung gleich an zweiter Stelle, denn der Lebensunterhalt von 60—85 Prozent der Bevölkerung kommt vom Lande⁶. Für die meisten landwirtschaftlichen Zwecke muß Wasser bei hohem Stande zurückgehalten und nach Bedarf freigegeben werden, während seine Nutzung für Krafterzeugung ein

2) s. Worthington, a. a. O., S. 18.

3) Middle East Supply Centre (MESC), Agricultural Report No 6: *The Proceedings of the Conference on Middle East Agricultural Development*. Cairo 7.—10. Februar 1944. Cairo; 1944. S. 190.

4) Food and Agriculture Organization (FAO), Report of the 4th Session of the Conference, Held in Washington, D. C., USA, 15.—29. November 1948. Washington; 1949. S. 17.

5) Vergl. Worthington, a. a. O. und die darin enthaltene Bibliographie.

6) Die zur Bewässerung gestauten Wasser können auch zum Fischfang benutzt werden, eine Verwendung, die oft vernachlässigt wird. Eine Fisch-Industrie wäre ein sehr wichtiger Beitrag für die Bevölkerung des Mittleren Ostens, deren Protein-Konsum ungenügend ist.

schnelles und, wenn möglich, stetiges Gefälle erfordert. Der Bedarf an Starkstrom und die landwirtschaftlichen Interessen sind so nicht immer vereinbar, und wo diese Unvereinbarkeit besteht, spielt die Energieversorgung nur eine untergeordnete Rolle bei dem Wasserbedarf des Mittleren Ostens⁷. Glücklicherweise hat das Gebiet eine reichliche Ölversorgung und ziemlich große Kohle-Vorkommen, welche unter geeigneten Bedingungen billigen Starkstrom liefern können. Die vierte grundlegende Aufgabe des Wassers — Transport — hat wenig Bedeutung im Inneren des Mittleren Ostens. Außer bei sehr wenigen Flüssen, wie dem Nil und dem unteren Euphrat und Tigris, ist die Binnenschifffahrt unbedeutend, und keine rationelle Entwicklung anderer Flüsse würde eine Schifffahrt im großen Stile durchführbar machen. Das Problem, die Bedürfnisse von Wasser für Verbrauch, Landwirtschaft und Energie gegen die begrenzten Vorräte aus Regenfällen, Flüssen und Brunnen auszugleichen, ist für die Entwicklung des Mittleren Ostens grundlegend. Die Wohlfahrt der jetzigen und die künftigen Bedürfnisse der rasch wachsenden Bevölkerung erfordern unbedingt wirtschaftlichste Verwertung der Wasservorkommen⁸.

In den letzten 20 Jahren ist die volkstümliche Phantasie von der Idee der Entwicklung ganzer Flußsysteme gepackt worden, so daß große Hoffnungen auf die Kontrolle der Flüsse des Mittleren Ostens gesetzt wurden als dem Mittel zur Steigerung der Produktion und Ertragsfähigkeit, zur Verminderung des Bevölkerungsdruckes und Aufnahme neuer Bevölkerung und zur allgemeinen Verbesserung der wirtschaftlichen Verhältnisse. Die *Tennessee Valley-Authority* wurde nicht nur der Name für ein besonderes Unternehmen in den Vereinigten Staaten, sondern ein Symbol dafür, was zur Hebung des Lebensstandards eines ganzen Gebietes durch wirksame Zählung und Nutzung des Wassers getan werden kann. TVA erweckte neue Hoff-

nungen für die „vollständige Entwicklung und Verwertung der natürlichen Hilfsquellen eines ganzen Flußtales“, weil ein Fluß nicht nur als schmales Wasserband, das in seinen Grenzen gehalten werden muß, erkannt wurde, sondern „als ein großes System von möglicherweise wohlthätigen Kräften, die für eine Vielfalt menschlicher Zwecke nutzbar gemacht werden können“⁹. Der Wasserbedarf und die Volkstümlichkeit der TVA-Idee gaben dem regionalen Studium der Flüsse des Mittleren Ostens neuen Antrieb. Untersuchungen über die Möglichkeiten langfristiger Entwicklung ganzer Stromgebiete zum Zwecke der Flutkontrolle, zur Vergrößerung der Anbaufläche durch Berieselung und zur Stromerzeugung sind im Gange. Das Studium der Landverwertungskontrolle, das zur wirksamen Entwicklung eines Stromgebietes mit der Wasserwirtschaft Hand in Hand gehen muß, steckt zwar noch in den Kinderschuhen; doch ist ein Anfang gemacht worden.

Obwohl man sich mit diesen Plänen beschäftigt hat und auch in Zukunft beschäftigen wird, ist es bemerkenswert, daß es außer den naturbedingten noch ernstliche Hindernisse für die regionale Wasserwirtschaft gibt. Die natürlichen Hindernisse können schließlich doch nach entsprechenden Studien mit der Zeit durch Wissenschaft und Technik beseitigt werden. Die bleibenderen Beschränkungen scheinen jedoch die zu sein, welche durch die Menschen selbst und die regionalen wirtschaftlichen Verhältnisse auferlegt wurden. Die augenscheinlichsten sind natürlich die nationalen Grenzen, die den Mittleren Osten aufteilen. Es gibt nur wenige geophysische politische Teilungen im Mittleren Osten, und die größeren Flüsse sind alle Angelegenheiten zweier oder mehrerer Länder. Die Entwicklung eines ganzen Stromgebietes steht so vor Hindernissen, die durch nationale Rivalitäten geschaffen wurden¹⁰. Schwieriger noch als dieses Hindernis ist die rückständige und un-

7) Keith A. H. Murray, *Some Regional Economic Problems of the Middle East*. International Affairs, XXIII (1947), S. 12: „Es muß betont werden, daß bei der Wasserversorgung die Bedürfnisse der Menschen und der Landwirtschaft den Vorrang haben müssen; der Gebrauch von Wasser zur Energieerzeugung darf erst in dritter Linie in Betracht gezogen werden.“

8) Vergl. FAO, a. a. O., S. 15.

9) Vergl. Ward Shepard, *Food or Famine: The Challenge of Erosion*. New York; 1940. Kap. 9 und 10. Dem TVA Vorbild für den Mittleren Osten wurde im August 1949 noch ein beson-

derer Akzent gegeben, als Mr. Gordon Clapp, der Vorsitzende der TVA Behörde, zum Führer einer wirtschaftlichen Untersuchungskommission der UN im Mittleren Osten ernannt wurde.

10) Diese Tatsachen wurden von der FAO bei ihrer vierten Konferenz anerkannt, als sie die Regierungen des Mittleren Ostens drängte „die regionale Bedeutung gewisser Ströme und Flüsse durch eine gemeinsame Bemühung um dauernde Übereinkommen über diese Wasservorräte anzuerkennen“ und sie aufforderte, „bei der Entwicklung und Verwertung dieser gemeinsamen Hilfsquellen zusammenzuarbeiten“. FAO, a. a. O., S. 18.

wirtschaftliche soziale Organisation und das System des Landbesitzes, das ein verarmtes und schwer verschuldetes Bauerntum verewigt, das weder die Mittel noch den Ansporn hat, seinen kleinen, bruchstückhaften und unsicheren Besitz zu vermehren. Auch ist der nicht auf seinem Gut lebende Gutsherr, der den größten Teil des Gebietes beherrscht, nicht an Maßnahmen interessiert, die das Los seiner Pächter, die den Großteil der Bevölkerung des Mittleren Ostens bilden, verbessern werden. Außerdem sind unter den gegenwärtigen Bedingungen nur unzulängliche Mittel zur Beschaffung eigenen Kapitals vorhanden, das nötig ist, um die großen Kosten der Pläne zu tragen; auch steht im allgemeinen auf dem gewöhnlichen Wege kein fremdes Geld zur Verfügung. Mangel an technischem Wissen und Können ist auch ein wesentliches Hindernis¹¹. Die durch diese Tatsachen geschaffenen Einschränkungen, mehr noch als die naturbedingten Schwierigkeiten, werden die grundlegende Entwicklung der Was-

serwirtschaft im Mittleren Osten mit größerer Wahrscheinlichkeit hintanhaltend.

Die folgende Erörterung ist kein umfassender Überblick über die mögliche Entwicklung der Wasserwirtschaft im Mittleren Osten. Sie befaßt sich nur mit jenen TVA-ähnlichen Plänen, die ganze Stromgebiete umfassen und die in großem Maßstab günstige Gelegenheiten zur Entwicklung der Landwirtschaft bieten. Auch kann sie nicht einmal auf diesem begrenzteren Gebiet vollständig sein, denn mit der wachsenden Kenntnis der Wasservorräte des Mittleren Ostens und dem vermehrten wissenschaftlichen Studium der Gewohnheiten und Launen seiner Flüsse könnten weitere Möglichkeiten entdeckt werden. Daher ist das Folgende ein kurzer Bericht über das Dutzend umfangreicher, vielen Zwecken dienender, wasserwirtschaftlicher Pläne, die zurzeit Gegenstand ernsthafter Erörterungen im Mittleren Osten sind, und von denen einige schon in Arbeit sind.

Das Stromgebiet des Nil

Das Stromgebiet des Nil umfaßt ein Gebiet von mehr als einer Million Quadratmeilen und schließt eine größere Mannigfaltigkeit der Klimata ein, als das irgend eines anderen Flusses der Welt¹². Es umfaßt Uganda, Teile von Tanganjika, den belgischen Kongo, Kenya und Äthiopien, den größten Teil des Sudan, und das kultivierte Land Ägyptens. Doch das Maß, in welchem diese Länder vom Nil abhängen, ist sehr verschieden. Das Hochland von Äthiopien um den Tana-See herum hat reichliche, wenn auch sehr konzentrierte Regenfälle, die im Durchschnitt 1510 mm jährlich ausmachen. Die Länder im Seengebiet des äquatorialen Nils erhalten eine ähnliche Regenmenge, doch gleichmäßiger über das Jahr verteilt. Der anglo-ägyptische Sudan hat verschiedene Niederschläge, die sich nach Norden hin allmählich verringern, aber bis Chartum und bis zum 15. Breitengrad noch etwa 203 mm jährlich betragen. Weiter nördlich zwischen Atbara und dem

Delta gibt es praktisch überhaupt keinen Regen. Die Bewohner dieses Gebietes, faßt 20 Millionen Menschen, oder zwei Drittel der gesamten Bevölkerung des Nilstromgebietes, sind mit ihrer Wasserversorgung völlig auf den Fluß angewiesen. Es ist daher nur natürlich, daß man bei allen Entscheidungen, die die Regulierung des Flußlaufes betreffen, den Interessen Ägyptens einen gewissen Vorrang geben sollte.

Es ist ein weit verbreiteter Irrtum, daß die ägyptische Landwirtschaft sich immer noch an ihre antiken Vorbilder hält. Tatsächlich hat im letzten Jahrhundert eine landwirtschaftliche Revolution stattgefunden, die sich sowohl auf die Wahl des Anbaus als auch auf die Methoden und Intensität der Bewässerung erstreckte. Baumwolle hat zum Teil die Getreidepflanzen ersetzt und wurde zum wertvollsten Ernteertrag, der Anbau von Reis wächst flächenmäßig

11) Zu diesen allgemeinen Problemen vergl. Doreen Warriner, *Land and Poverty in the Middle East* (London 1948); B. A. Keen, *The Agricultural Development of the Middle East* (London 1946); FAO, a. a. O., S. 15—29. Ein interessanter Gesichtspunkt der Landbesitzfrage ist das komplizierte System der Wasserrechte, das für den Mittleren Osten charakteristisch ist. Vergleiche Warriner, a. a. O.; Kenn, a. a. O., und R. F.

Jardine, *The Regional Control of Water Resources in the Middle East with Special Reference to the Legal Aspect*. MESC, a. a. O., S. 181—190.

12) Für eine ausführlichere Beschreibung des Niltales siehe Douglas D. Crary, *Geography and Politics in the Nile Valley*. Middle East Journal III (1949), S. 260—276.

und nimmt an wirtschaftlicher Bedeutung zu, und es besteht Aussicht auf eine wesentliche Steigerung der Gemüse- und Obsterzeugung.

Noch wichtiger ist der Übergang von der „einmaligen Überschwemmung zur Dauerberieselung“. Die traditionelle Überschwemmungsmethode, die nur eine Ernte im Jahr gestattete und für die rasch anwachsende Bevölkerung nicht genügend Lebensmittel lieferte, wurde ersetzt durch das System der ganzjährigen Bewässerung, das tatsächlich die Flut von den Feldern fernhält und das ganze Jahr hindurch Wasser liefert und es so ermöglicht, mehrere Ernten in einem Jahr zu haben. Um das Wasser auf die Felder zu bringen, muß es aus dem Flusse gepumpt werden, oder der Wasserspiegel des Stromes muß durch Talsperren gehoben werden. Abgesehen von diesen Dämmen, von denen einige in Abständen am Nil und im Nildelta errichtet worden sind, gibt es jetzt drei Dämme, die das Wasser während der jährlichen Flutzeit stauen: das Stauwerk von Assuan, bisweilen „der Hals Ägyptens“ genannt, mit einem Fassungsvermögen von 5 Milliarden Kubikmetern; die Stauwerke von Dschebel Awliya und Sennar, die, obwohl im Sudan gelegen, unter ägyptischer Verwaltung stehen und ein Fassungsvermögen von 2,5 bzw. 6 Milliarden Kubikmetern haben.

Diese Stauseen und das System der dauernden Berieselung haben eine ungeheure Zunahme der landwirtschaftlichen Produktivität (und Bevölkerung) in Ägypten ermöglicht, doch haben sie weder die Überschwemmungsgefahr beseitigt, noch die vollständige Verwertung der Wasser des Nils gestattet. Um den Nil noch weitgehender nutzbar zu machen, ist der Bau von zusätzlichen Stauanlagen zeitweilig erwogen und geplant worden. Einige der neuen Bauanlagen, wie z. B. das Haupt-Nil-Stauwerk, sollen das bestehende Fassungsvermögen für alljährliche Aufspeicherung, die durch den Assuan-Damm in Ägypten und Dschebel Awliya und Sennar im Sudan besorgt wird, noch steigern. Im übrigen sollen die Sammelbecken, die in den Seen an den Quellen des Weißen und Blauen Nils geschaffen wurden, den Wasserüberfluß während der Hochwasserjahre für die Jahre geringer Flut zurückhalten, und so für langfristige Aufspeicherung vorsorgen. Da Perioden guter und schlechter Jahre nicht voraus-sagbar sind, hat man ein Jahrhundert als Grundlage der Berechnung genommen, und eine Aufspeicherung für solche Perioden hat man „Jahrhundert-Speicherung“ genannt. Endlich ist der Sedd Abzugskanal dazu bestimmt, den

augenblicklichen Verlust von 50 Prozent Wasser des Weißen Nil in den Sümpfen des Sedd zu vermeiden.

Stromgebiet und Staustufen des Nil



Zur Zeit besteht der durchschnittliche Nilwasservorrat, der zwischen Anfang Februar und Ende Juli verfügbar ist, nach den Messungen von Assuan aus über 15 Milliarden Kubikmetern der normalen Flut des Stromes, die ergänzt werden durch etwa 8 Milliarden Kubikmeter aus der Aufspeicherung in den drei bestehenden Sammelbecken. Diese Gesamtversorgung bleibt hinter dem mutmaßlichen Bedarf Ägyptens und des Sudan zwischen Februar und Juli (außerhalb der Flutperiode), die ungefähr 30 Milliarden Kubikmeter betragen, zurück¹³. Der Nil-Plan verspricht, diesen zusätzlichen Erfordernissen zu genügen, indem er zu der gegenwärtigen Gesamtmenge von über 23 Milliarden Kubikmetern etwa 3 Milliarden Kubikmeter vom Haupt-Nil-Reservoir, über 5 Milliarden Kubikmeter vom Albert-See oder vom Viktoria-See und über 2 Milliarden Kubikmeter vom Tana-See hinzunimmt. Man schätzt, daß die Aufspeicherung in den Seen und im Haupt-Nil-Sammelbecken die Bebauung von weiteren 3 Millionen Morgen in Ägypten und im Sudan möglich machen würde. Dazu kommt, daß die in der Nähe dieser Sammelbecken und in Assuan zu erzeugende Energie eine der Grundlagen für eine Industrieentwicklung bilden könnte.

Die Hauptnutznieser dieses Planes werden Ägypten und der anglo-ägyptische Sudan sein, die dadurch ihre landwirtschaftliche Erzeugung erheblich steigern können. Äthiopien, Kenya, Uganda und der Belgische Kongo können aus der Schaffung der Wasserkraftwerke an den See-Sammelbecken Nutzen ziehen¹⁴. Der internationale Charakter des Planes erfordert den Abschluß von Verträgen, die seiner Durchführung vorausgehen müssen. Ein Fortschritt in dieser Hinsicht ist schon in den Verhandlungen zwischen Großbritannien, Ägypten und dem Sudan, einschließlich von Abkommen über technische Probleme und finanzielle Beteiligung, erzielt worden. Über die Owen Falls-Sperre (Uganda) wurde 1949 ein formelles Abkommen zwischen den betroffenen Ländern unterzeichnet. Mit der belgischen und äthiopischen Regierung muß noch eine Übereinstimmung zustandekommen über Pläne, die deren Gebiete betreffen.

Das Haupt-Nil-Sammelbecken soll irgendwo zwischen dem Verbindungspunkt des Flusses Atbara, des letzten Nebenflusses des Nils, und der ägyptisch-sudanesischen Grenze bei Wadi-Halfa erbaut werden. Zwei Bauplätze, einer bei Merowe und einer bei dem Dal Katarakt, sind in Erwägung gezogen worden. Dieses Sammelbecken würde den Wasservorrat, der zur Berieselung zwischen den Überschwemmungen zur Verfügung stünde, steigern, doch für sich allein würde auch dies die Zukunft Ägyptens nicht sichern können, denn gleich den bestehenden Staudämmen würde es nur den Wasservorrat aus Überschwemmungszeiten für Trockenperioden besorgen. In einem Jahr von außergewöhnlich niedriger Flut würde kein Wasser aufgespeichert werden können¹⁵.

Um langfristige Aufspeicherungen vorzubereiten, ist eine Reihe von Projekten in den Seen von Zentralafrika — Viktoria-, Albert-, Kioga- — und dem Tana-See in Äthiopien ins Auge gefaßt worden. Ein größerer Schritt zur Vollendung dieses Planes wurde im September 1949 getan, als ein Vertrag für den Bau eines Dammes oberhalb Owen Falls am Ausfluß des Viktoria-Sees abgeschlossen wurde, der die Speicherung zusätzlicher 200 Milliarden Kubikmeter Wasser ermöglichen wird. Der Bau wird ein Elektrizitätskraftwerk einschließen. Es wird auch vorgeschlagen, den Albert-See in ein Sammelbecken für „Jahrhundert-Speicherung“ zu verwandeln durch den Bau eines Dammes bei Nimule, ungefähr 230 km unterhalb des Sees und dicht innerhalb der Grenze des Sudans, oder höher hinauf bei Mutor in Uganda. Das endgültige für den Albert-See geplante Fassungsvermögen beträgt 140 Milliarden Kubikmeter. Abgesehen von dem großen Stauvermögen dieser Seen, bietet der Höhenunterschied von 1700 Fuß zwischen beiden ausgesprochene hydroelektrische Möglichkeiten, zusätzlich zu dem Plan, der schon für Owen Falls entworfen wurde.

Die Schaffung solch großer Sammelbecken macht es erforderlich, ihr Wasser ohne allzu großen Verlust weiterzuleiten. Der Weiße Nil verliert 50 Prozent seines Wassers durch Verdunstung und Aufsaugung in den Pflanzenbarren in den

13) Bei einer angenommenen Ausdehnung der Bebauung ist dieser Bedarf für eine Erntefläche von einigen 12,5 Millionen Morgen geschätzt, mehr als drei Viertel der von Ägypten. Die bebaute Fläche würde tatsächlich etwa 37 Prozent kleiner sein als die Erntefläche, die durch die Praxis der Doppelernte bei Dauerbewässerung größer ist als die erstere.

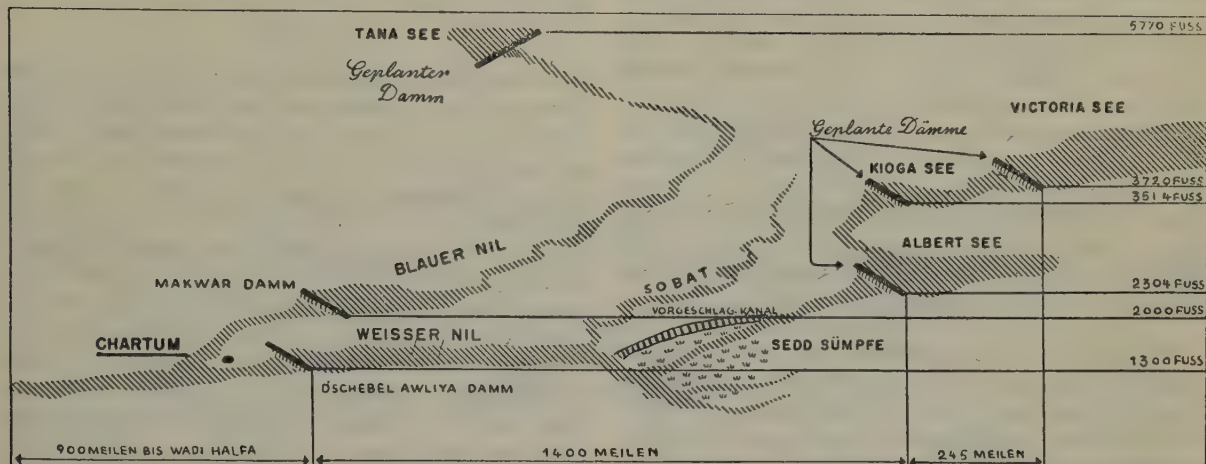
14) Bei den Entfernungen würde Ägypten diese Energien kaum verwerten können, aber es beabsichtigt eine eigene Energieerzeugung durch Bau eines Wasserkraftwerkes an dem schon bestehenden Assuan-Damm.

15) Einzelheiten siehe bei E. E. Hurst, R. P. Black und Y. M. Simaika, *The Nile Basin*. Ministerium für öffentliche Arbeiten in Ägypten (Cairo 1946,) Bd. VII.

Sümpfen des Sedd, unterhalb Nimule. Um diesen Verlust zu vermeiden, plant man, einen Abzugskanal zu bauen (nach einem Dorf, das er durchquert, Jonglei By-pass genannt), der ungefähr 55 Millionen Kubikmeter pro Tag ableiten könnte, während das alte Flußbett weiterhin

ein Minimum von 40 Millionen fassen würde, und zwar außerhalb der Flutzeit, was gerade genügen würde, um die Schifffahrt aufrecht zu erhalten¹⁶. Verschiedene Pläne wurden unterbreitet, die statt eines Abzugskanals vorschlugen, Wasser aus den Sümpfen des Sedd zu pumpen.

Das Niltalprojekt der ägyptischen Regierung



Die Albert-See- und Viktoria-See-Pläne und der Jonglei By-pass betreffen in erster Linie den Weißen Nil, der ungefähr zwei Siebentel der gesamten Nilwasservorräte bildet, eine relativ gleichmäßige Wassermenge während des Jahres führt und zurzeit im Sudan nicht zur Berieselung im großen Stile benutzt wird. Ein vergleichbares „Jahrhundert-Speicherungs-Projekt“ ist am Tana-See für den Blauen Nil geplant, der ungefähr vier Siebentel des gesamten Nilwassers führt (während das restliche Siebentel vom Atbara kommt) und der in erster Linie die Nilüberschwemmungen hervorruft. Der Blaue Nil bedient nicht nur Ägypten, sondern auch den Sudan, insbesondere die größte sudanesisches Bewässerungsanlage in der Geseire, südlich von Chartum. Der Tana-See liegt in einem Becken auf der äthiopischen Hochebene, und hier halten sich, genau so wie in den Seen des Weißen Nils, Regenfälle und Verdunstung praktisch die Waage. Ein Sammelbecken am Tana-See würde die Strömung des Blauen Nils verwerten und die Aufspeicherung am Albert- und Viktoria-See ergänzen. Dazu gibt es auch Möglichkeiten, elektrische Wasserkraft zu gewinnen, denn der Blaue Nil hat ein beträchtliches Gefälle. Die Tis Esat-Fälle etwas unterhalb des Tana-Sees scheinen als Bauplatz für Stromerzeugung besonders geeignet. Leider kann die Stromerzeugung am Blauen Nil mit der „Jahrhundert-

Speicherung“ kollidieren und muß möglicherweise auf die Zeit von Dezember bis Juni beschränkt bleiben.

Der Kattara-Senke-Plan

Ganz unabhängig von den Nil-Regulierungsplänen ist ein rein ägyptischer Plan für ein Wasserkraftwerk, der auf die Nutzbarmachung des Höhenunterschiedes zwischen dem Mittelmeer und der großen Kattara-Senke abzielt, die ungefähr halbwegs zwischen Niltal und der Grenze der Cyrenaika liegt. Die Salz-sümpfe dieser Senke spielten während des zweiten Weltkrieges eine Rolle als Angelpunkt der alliierten Verteidigung des Landstreifens zwischen ihr und der Meeresküste. Abgesehen von seinem möglichen strategischen Wert, ist dieses Gebiet zurzeit vollständiges Ödland. Würde man Meereswasser vom Mittelmeer in Kanälen und Tunneln zu der Senke leiten, so würde das verbleibende Gefälle von über 200 Fuß eine ausreichende Stromergänzung für einen großen Teil Ägyptens gestatten. Die Verdunstung des in der Senke angesammelten Seewassers würde eine ausgedehnte Salzindustrie ermöglichen¹⁷.

16) Einzelheiten siehe in: *Upper Nile Projects: The Jonglei Canal Scheme*. Ministerium für öffentliche Arbeiten in Ägypten (Cairo 1936).

17) Worthington, a. a. O., S. 62.

Die Talspalte El Bika und das Jordantal

Parallel zur östlichen Küstenlinie des Mittelmeeres, von der Türkei bis zum Golf von Akaba, läuft ein geologischer Graben, eine Talspalte, deren höchster Punkt im Libanon, nahe dem alten Baalbek, und deren tiefster in der tiefen Senke des Toten Meeres liegt. Die drei Flüsse, — der Orontes, der Leontes und der Jordan — die für den größten Teil ihres Laufes durch das Tal fließen, und ihre Nebenflüsse bilden den Hauptwasservorrat des Libanon und Palästinas, wie auch von Teilen Syriens und des Königreichs Jordanien. Obwohl sie viel weniger Wasser führen als der Nil oder die großen Flüsse Mesopotamiens, wird ihre Bedeutung doch gesteigert durch die Tatsache, daß sie durch Länder fließen, die relativ hoch entwickelt und dicht bevölkert sind¹⁸.

Vielleicht das Eigentümlichste der Gegend um diesen Graben sind die großen Klimaschwankungen, die auf die beträchtlichen Höhenunterschiede zurückgehen, und die Verschiedenheit der dort entstandenen Anbau-Kulturen der Einwohner, die noch immer eine beträchtliche Mischung von Rassen, Völkern und Religionen darstellen. Palmen, Bananen, Zuckerrohr wachsen in einigen Teilen dieses Gebietes, und Zitrusfrüchte finden sich längs der ganzen Küste. Oliven, Weintrauben und Äpfel reifen an den Berghängen, und der Anbau der Feldfrüchte umfaßt alles vom Getreide bis hin zu den Zuckerrüben und den Kartoffeln der höheren Teile der El Bika. Alle Arten von Christen, Juden, Drusen, Sunniten und Schiiten wohnen zwischen den Resten heidnischer Tempel. Bebauer moderner Zitrusfrucht-Plantagen und Besitzer terrassenförmiger Wein- und Olivengärten arbeiten in unmittelbarer Nachbarschaft von nomadisierenden Schafhirten, deren Ziegen und Schafe durch Zerstörung der Büsche und Bäume den Vorgang der Boden-Erosion beschleunigen und so den emsigen Bemühungen ihrer sesshaften Nachbarn entgegenarbeiten. Unter solchen Bedingungen ist es verständlich, daß sehr wenig für die koordinierte, gemeinschaftliche Nutzung auch der kleinsten Wasserläufe getan wird, obwohl zahlreiche, sorgfältig ausgearbeitete und manchmal widerstreitende Gedanken für eine bessere Verwertung bestehen. Die Lage wird auch nicht gerade erleichtert durch die Tatsache, daß dieses Gebiet unter eine Anzahl unabhängiger,

souveräner Staaten aufgeteilt ist, und sie ist noch verschärft worden durch die Teilung Palästinas und die Spannungen, die dem letzten jüdisch-arabischen Kriege folgten. Alles dies trifft natürlich für die Jordan-Ebene weit mehr zu als für die beiden nördlichen Flüsse des Tales.

Orontes

Der Orontes entspringt im nördlichen Libanon in dem fruchtbaren und teilweise bewässerten Tal El Bika, das zwischen den Bergketten des Libanon und des Anti-Libanon liegt. Seine Strömung schwankt zwischen 6 und 17 Kubikmetern pro Sekunde. Der Fluß fließt etwa 30 Meilen weit nordwärts durch libanesisches Gebiet. In diesem Abschnitt plant man, einen Teil seines Wassers zum Zwecke der Berieselung abzuleiten und sein Gefälle für ein kleines Elektrizitätswerk zu verwerten. Der Wert dieses letzteren Planes würde noch erhöht werden, wenn das Werk zusammen mit dem vorgesehenen größeren Leontes-Elektrizitätswerk im Süden einem nationalen Verbundnetz angeschlossen würde; denn während die Strömung des Leontes im Sommer auf ungefähr 10 Prozent seiner Winterströmung zurückgeht, ist der Orontes, der zum Teil durch Schneewasser gespeist wird, stetiger.

Nachdem der Fluß Syrien erreicht hat, ergießt er sich in den Homs-See, der eigentlich ein künstliches Sammelbecken ist, das durch eine Sperre an der Stelle eines alten römischen Staudammes gebildet wird, und fließt von da aus nordwärts in die Türkei und in das Mittelmeer. Verschiedene Projekte sind längs des Orontes-Hauptlaufes in Syrien möglich und werden jetzt durch die syrische Regierung geprüft. Die wichtigsten dieser Pläne sind die Trockenlegung und Berieselung des Ghab-Sumpfes mit seinem reichen Boden am Fuße der Alawite-Bergkette und weiter nördlich die Trockenlegung des Ruj-Beckens. Jedes dieser Projekte könnte mit einer geringen Stromerzeugung verbunden werden. Die Orontes-Projekte, sowie auch die am Leontes, erfordern beträchtliche Erdbewegungen, die bei den Verhältnissen des Mittleren Ostens für Handarbeit besonders geeignet sind. Sie mögen daher jetzt besonders anziehend erscheinen, da beide Länder in den arabischen Flüchtlingen ein großes Heer von Arbeitslosen haben.

(Fortsetzung folgt)

18) Worthington a. a. O., S. 53.

Der britisch-französische Gedankenaustausch über die französischen Vorschläge für die westeuropäischen Kohlen-, Eisen- und Stahlindustrien

Mai—Juni 1950

Depesche des britischen Außenministers an den britischen Botschafter in Paris vom 9. Mai 1950

Der französische Botschafter suchte mich heute mit einer dringlichen Mitteilung von M. Schuman über eine Entscheidung auf, die heute morgen vom französischen Kabinett getroffen wurde. Diese Entscheidung soll von M. Schuman diese Woche der Dreierkonferenz in London unterbreitet und heute abend in der Presse veröffentlicht werden.

2. Der Inhalt der Entscheidung des französischen Kabinetts war wie folgt:

Die französische Regierung schlägt vor, daß eine Behörde geschaffen werden sollte, welche die Kontrolle und die Produktion allen Stahls und aller Kohle in Westeuropa übernehmen sollte. Sie würde keine Eigentumsrechte besitzen, aber Kontrollgewalt haben.

M. Massigli erklärte, die französische Regierung fühle, daß dies der erste konkrete Vorschlag sei, die Einheit Westeuropas herbeizuführen.

3. Ich sagte M. Massigli, daß wir, wenn wir den Vorschlag in seinen Einzelheiten sähen, ihn natürlich mit großer Sorgfalt prüfen würden, daß ich mich jedoch in der Zwischenzeit nicht äußern könnte.

Ich verbleibe etc.

Ernest Bevin

Note des französischen Botschafters in London an den britischen Außenminister vom 9. Mai 1950

Ich habe die Ehre, Eurer Exzellenz hiermit den Wortlaut des heute morgen vom Ministerrat gebilligten Communiqués¹ zu übersenden, das heute abend von M. Schuman vor der Presse verlesen werden wird. Ich möchte hervorheben, daß nach Auffassung meiner Regierung dies ein Plan von europäischem Ausmaß ist. Wenn bei seiner Be-

kanntgabe an die Presse besonderer Nachdruck auf den französisch-deutschen Aspekt des Planes gelegt wird, so geschieht dies, um dem großartigen Gedanken, der diesen Plan eingegeben hat, eine so eindrucksvolle Form wie möglich zu geben, und zwar besonders mit Rücksicht auf die deutsche Meinung.

Ich benutze etc.

R. Massigli

Erklärung des britischen Premierministers vor dem Unterhaus am 11. Mai 1950

Mit Ihrer Erlaubnis, Mr. Speaker, möchte ich eine kurze Erklärung hinsichtlich der Vorschläge der französischen Regierung über einen Zusammenschluß der französischen und deutschen Kohlen- und Stahlindustrien abgeben, an denen, wie ich mit Sicherheit annehme, das Haus stark interessiert ist.

Es ist die erklärte Politik der Westmächte, den Eintritt Deutschlands als freies Mitglied in die Gemeinschaft der europäischen Nationen zu fördern. Die französischen Vorschläge sind dazu angetan, diesen Prozeß zu erleichtern und müssen demzufolge als ein bemerkenswerter Beitrag zur Lösung eines der hauptsächlichsten europäischen Probleme angesehen werden.

Die Vorschläge haben auch weitreichende Folgen für die zukünftige wirtschaftliche Struktur der Teilnehmerstaaten. Diese Frage wird eine sehr sorgfältige Prüfung von Seiten der Regierung Seiner Majestät und der übrigen betroffenen Regierungen erfordern. Die Regierung Seiner Majestät wird sich wohlwollend mit dem Problem befassen und wünscht von vornherein klarzumachen, daß sie diese französische Initiative begrüßt, um die jahrhundertalte Fehde mit Deutschland zu beenden und so Europa Einigkeit und Frieden zu bringen.

1) Vergl. Europa-Archiv Folge 11/1950, S. 3091

Protokoll über die britisch-französischen Gespräche vom 14.—19. Mai 1950

Der französische Generalbevollmächtigte für Planung, M. Jean Monnet, traf am Sonntag, den 14. Mai, in London ein und reiste am Freitag, den 19. Mai, wieder ab. In der Zwischenzeit führte er eine Reihe von Unterredungen mit dem Chef des Planungsbüros der Regierung Seiner Majestät, Sir Edwin Plowden, sowie mit anderen Beamten zwecks Klärung der französischen Vorschläge.

Im Verlauf dieser Unterredungen wurde ersichtlich, daß die französische Regierung es für wünschenswert hielt, daß die Annahme der in dem französischen Kommuniqué vom 9. Mai dargelegten Grundprinzipien durch die übrigen Regierungen einer Ausarbeitung der praktischen Durchführung dieser Vorschläge vorangehen sollte.

Gespräch zwischen dem britischen und dem französischen Außenminister am 23. Mai 1950

Am 23. Mai 1950 teilte der Außenminister dem Botschafter Seiner Majestät in Paris mit, daß er eine kurze Unterredung mit dem französischen Außenminister gehabt hatte, der es übernahm, sich weiterhin mit dem Verfahren zu befassen, welches bei einem weiteren Gedankenaustausch befolgt werden sollte.

Vor M. Schumans Rückkehr nach Paris sprach ich kurz mit ihm über den französischen Vorschlag für eine französisch-deutsche Kohlen- und Stahlbehörde. Ich erklärte, daß ich in der verfügbaren Zeit nicht in der Lage gewesen sei, den Vorschlag im einzelnen zu prüfen. Er sagte, daß er sich nach seiner Ankunft in Paris erst eingehender mit der Angelegenheit befassen möchte, um insbesondere zu prüfen, welches Verfahren bei den weiteren Verhandlungen über dieses Thema zur Anwendung kommen sollte. Er erklärte, er würde sich sofort nach seiner Rückkehr mit diesem Vorgang befassen und würde mir durch Sie noch im Laufe der Woche eine Nachricht zukommen lassen.

Note des britischen Außenministers an den französischen Außenminister vom 25. Mai 1950

Am 25. Mai wies der Minister für Auswärtige Angelegenheiten den Botschafter Seiner Majestät in Paris an, dem französischen Außenminister eine Botschaft zu überbringen, worin vorgeschlagen wird, daß der erste zu erfolgende Schritt ein französisch-deutscher Gedankenaustausch sein sollte, an dem die Regierung Seiner Majestät von Anfang an gern teilnehmen würde.

Es ist mir jetzt möglich gewesen, mich etwas eingehender mit der Frage des Verfahrens für weitere Besprechungen über Ihren Vorschlag für eine französisch-deutsche Kohlen- und Stahlbehörde, an der möglicherweise andere europäische Nationen teilnehmen werden, zu beschäftigen.

2. Ich bin der Meinung, daß es wichtig ist, bald irgendeinen Anfang zu machen. Die willkommenen

Aufnahme, die Ihr Vorschlag gefunden hat, und die Wirkung, die er auf die französisch-deutschen Beziehungen gehabt hat, lassen mich glauben, daß keine Zeit verloren werden sollte, ihn weiter zu verfolgen. Eine regelrechte internationale Konferenz, zu der keines der Teilnehmerländer ohne ein großes Maß an Vorbereitung und ohne gewisse Verpflichtungen kommen könnte, erscheint mir ein ungeeigneter Weg, diese Angelegenheit in ihrem nächsten Stadium zu behandeln. Meiner Ansicht nach würde der wünschenswerteste Schritt ein möglichst zeitiger Beginn der direkten Gespräche zwischen Frankreich und Deutschland sein. Die Regierung seiner Majestät würde an diesen gern von Anfang an teilnehmen in der Hoffnung, daß sie durch Erlangung eines klareren Bildes, wie die Vorschläge sich in ihren Einzelheiten auswirken würden, in der Lage sein würde, dem Plan beizutreten.

Französisches Memorandum vom 25. Mai 1950

Am gleichen Tage, dem 25. Mai, übergab der französische Botschafter dem Staatsminister ein Memorandum der französischen Regierung, in dem vorgeschlagen wurde, die Regierung Seiner Majestät sollte ihre Zustimmung zu einem Kommuniqué geben, das von den Ländern, die an der internationalen Besprechung der französischen Vorschläge teilnehmen, unterzeichnet werden soll.

Am 9. Mai sandte die französische Regierung der britischen Regierung den Text einer Erklärung, die anschließend durch das Außenministerium veröffentlicht wurde.

Mit dem Hauptziel der Sicherstellung des Friedens, der europäischen Solidarität, des wirtschaftlichen und sozialen Fortschritts hat die französische Regierung auf einem begrenzten und entscheidenden Gebiet eine Aktion vorgeschlagen. Diese Aktion besteht darin, die Zusammenlegung der europäischen Kohle- und Stahlproduktion und die Bildung einer neuen hohen Behörde zu gewährleisten, deren Entscheidungen für alle beitretenden Länder bindend sein würden.

Das französische Dokument gibt ferner Einzelheiten über die Grundlage an, auf der die französische Regierung bereit ist, die Verhandlungen für einen Vertrag zu eröffnen, der von den teilnehmenden Ländern unterzeichnet und ihren Parlamenten zur Ratifizierung vorgelegt werden soll.

Von Anfang an war die französische Regierung sehr darum bemüht, daß sich die britische Regierung der französischen Initiative anschließen sollte. Zu diesem Zweck suchten der französische Außenminister und M. Jean Monnet im Verlauf der Unterredungen, die in London am 11. Mai und den darauffolgenden Tagen stattfanden, gewissen Mitgliedern der britischen Regierung und gewissen hohen Beamten zusätzliche Aufklärungen zu geben. Sie wiesen darauf hin, daß es notwendig wäre, wenn man konkrete Ergebnisse zu erzielen wünschte, daß die Regierungen von Anfang an zu den in dem Dokument der französischen Regierung dargelegten Prinzipien und wesentlichen Verpflichtungen

ihre Zustimmung geben sollten, daß aber die zahllosen Probleme, die sich bei der Verwirklichung des Projektes ergeben würden, noch der Besprechungen und Überprüfungen bedürften, die gemeinsam mit dem Ziel verfolgt werden müßten, die Unterzeichnung des vorgeschlagenen Vertrages zu erreichen.

Inzwischen hat der Kanzler der deutschen Bundesregierung die französische Regierung davon in Kenntnis gesetzt, daß er seine Zustimmung zu den Verhandlungen auf der angegebenen Grundlage gibt und folglich die Bedingungen des beigefügten Kommuniqué akzeptiert. Der Text ist den Regierungen Belgiens, Hollands, Luxemburgs und Italiens übermittelt worden mit dem Hinweis, daß die französische Regierung ihn etwa Mitte der kommenden Woche zu veröffentlichen beabsichtigt.

Die französische Regierung gibt der Hoffnung Ausdruck, daß die britische Regierung ihrerseits in der Lage sein wird, an diesen Verhandlungen unter den gleichen Bedingungen von Anfang an teilzunehmen.

Anhang

Kommuniqué-Entwurf

Die Regierungen von sind entschlossen, eine gemeinsame Aktion durchzuführen, die den Frieden, die europäische Solidarität und den wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt zum Ziel hat, indem sie ihre Kohle- und Stahlproduktion zusammenlegen und durch die Einrichtung einer neuen, übergeordneten Behörde, deren Entscheidungen für bindend sein werden wie auch für die Länder, die ihr in Zukunft beitreten dürften.

Die Verhandlungen auf der Grundlage der Prinzipien und wesentlichen Verpflichtungen, die in den französischen Vorschlägen vom 9. Mai enthalten sind, werden an einem Tage beginnen, der von der französischen Regierung unverzüglich vorgeschlagen werden wird, mit der Absicht, die Einzelheiten eines Vertrages auszuarbeiten, der den betreffenden Parlamenten zur Ratifizierung vorgelegt werden wird.

Memorandum des Vereinigten Königreichs vom 27. Mai 1950

Am 27. Mai beantwortete die Regierung des Vereinigten Königreichs das Memorandum der französischen Regierung vom 25. Mai und gab zu verstehen, daß sie keiner Verpflichtung zustimmen könnte, die Hilfsquellen zusammenzulegen oder eine Behörde mit gewissen souveränen Rechten zu bilden als Vorbedingung zur Teilnahme an internationalen Erörterungen.

Die Regierung Seiner Majestät hat das Memorandum der französischen Regierung vom 25. Mai über den Zusammenschluß der europäischen Kohle- und Stahlproduktion nebst beigefügtem Kommuniqué, daß die französische Regierung in der

kommenden Woche zu veröffentlichen vorschlägt, erhalten. Die französische Regierung wird inzwischen meine Note vom 25. Mai erhalten und daraus ersehen haben, daß es für die Regierung Seiner Majestät nicht möglich sein würde, weder dem Kommuniqué zuzustimmen, das die französische Regierung zu veröffentlichen beabsichtigt, noch die in dem französischen Kommuniqué vom 9. Mai enthaltenen wesentlichen Prinzipien und Verpflichtungen im voraus anzunehmen.

2. Aber die Regierung Seiner Majestät möchte ihren Wunsch wiederholen, an irgendwelchen Erörterungen, die in der in meiner Note vorgeschlagenen Form stattfinden, teilzunehmen und eine allgemein positive Haltung gegenüber den französischen Vorschlägen einzunehmen. Man sollte sich jedoch bewußt sein, daß, falls die französische Regierung beabsichtigt auf einer Verpflichtung, Hilfsquellen zusammenzulegen und eine Behörde mit gewissen souveränen Rechten zu bilden, als einer Vorbedingung zur Teilnahme an den Besprechungen zu bestehen, die Regierung Seiner Majestät leider nicht in der Lage sein würde, eine solche Bedingung anzunehmen. Die Regierung Seiner Majestät würde einen solchen Ausgang zu tiefst bedauern.

3. Die Regierung Seiner Majestät würdigt, daß es gegenwärtig nicht möglich sein würde, die Gespräche auf eine rein französisch-deutsche Grundlage zu begrenzen, wenn einige der Regierungen, an die man herangetreten ist, auf der gleichen Basis wie die deutsche Bundesregierung daran teilzunehmen wünschten, und daß es ferner erforderlich sein könnte, jene Regierungen zu befragen, bevor man einer Teilnahme an den Erörterungen anderer Regierungen auf einer unterschiedlichen Basis zustimmt.

4. Was das Verfahren anbetrifft, so wird die Regierung Seiner Majestät, sobald das von der französischen Regierung vorgeschlagene Kommuniqué veröffentlicht ist, ein Kommuniqué herausgeben, das die Haltung der Regierung Seiner Majestät darlegt. Als Alternative möge die französische Regierung in Betracht ziehen, daß vorzuziehen sein würde, ein einziges Kommuniqué zu veröffentlichen, in dem die Einstellung der einzelnen Regierungen klargemacht werden würde.

Bericht über die Unterredung zwischen dem britischen Staatsminister und dem französischen Botschafter am 28. Mai 1950

Am 28. Mai suchte der französische Botschafter den Staatsminister auf, um eine weitere Klärung der Haltung der Regierung des Vereinigten Königreiches, wie sie in dem Memorandum des Vereinigten Königreichs vom 27. Mai dargelegt wurde, zu erbitten.

Heute suchte mich der französische Botschafter in Begleitung von M. André auf, um eine weitere Klärung der Haltung der Regierung Seiner Majestät, wie sie in dem Memorandum des Vereinigten Königreichs vom 27. Mai dargelegt wurde, zu erbitten.

2. Er fragte, ob sein Gedankengang richtig wäre, daß wir, während wir nicht bereit seien, uns jetzt dem Grundsatz der Vereinigung der Hilfsquellen unter einer internationalen Behörde, die mit gewissen Souveränitätsrechten ausgestattet ist, zu verpflichten, diesem Grundsatz gegenüber keine gegensätzliche Haltung einnehmen, sondern bereit seien, Erörterungen aufzunehmen, die zum Ziel haben, einen praktischen Weg für die Anwendung des Grundsatzes zu finden.

3. Ich erklärte ihm, ich glaube, dies bringe in großen Zügen die unterschiedliche Auffassung zum Ausdruck. Wir beabsichtigten bestimmt nicht, mit einer vorgefaßten Meinung gegen den fraglichen Grundsatz zu diesen Besprechungen zu gehen, aber ebensowenig wären wir bereit, uns dem Grundsatz zu verpflichten, ohne eine weit klarere Vorstellung zu besitzen als wir sie gegenwärtig von der Form haben, in der dieser verwirklicht werden soll. Der Botschafter erklärte, er wäre stets überzeugt gewesen, daß dies unsere Haltung wäre, hielte es jedoch für besser, sich dies durch mich bestätigen zu lassen, bevor er diese Auslegung seiner Regierung weiterleitete.

4. Er äußerte, er empfinde meine Erklärung als beruhigend, da er den Eindruck hätte, daß unsere Zurückhaltung in keiner Weise unsere wirksame Beteiligung an den Erörterungen beeinträchtigen würde.

5. Als dann versuchte er, dem vorgeschlagenen Kommuniqué eine Neufassung zu geben, um sowohl unsere Einstellung als auch die der anderen Länder in einer geschlossenen Formulierung zusammenzufassen. Es gelang ihm, etwas zu verfassen, gegen das mir im ganzen nichts einzuwenden schien. Aber ich wies darauf hin, daß m. E., im Falle eines gemeinsamen Kommuniqués, dieses die Einstellung der einzelnen Regierungen deutlich erkennen lassen müßte, wie es im Absatz 4 des Memorandums des Vereinigten Königreichs empfohlen wurde. Der Botschafter stimmte dem zu. Er erklärte, er hätte die Alternativen des Absatz 4 nicht eingehend studiert. Als meine persönliche Ansicht brachte ich zum Ausdruck, daß ein gemeinsames Kommuniqué, vorausgesetzt, es gäbe den Unterschied in der Einstellung zufriedenstellend wieder, möglicherweise einen besseren Eindruck mache als zwei oder mehr getrennte Kommuniqués.

Französisches Memorandum vom 30. Mai 1950

Am 30. Mai antwortete die französische Regierung auf das Memorandum des Vereinigten Königreichs vom 27. Mai und deutete an, daß es nicht ihre Ansicht wäre, daß eine Verpflichtung im voraus eingeschlossen wäre, sondern daß das Ziel des Kommuniqués darin läge, Übereinstimmung über die Grundsätze und grundsätzlichen Ziele zu erlangen.

Die französische Regierung hat das britische Memorandum vom 27. Mai als Erwiderung auf ihre Note vom 25. Mai über die europäische Kohlen- und Stahlproduktion mit größter Sorgfalt studiert.

2. In ihrer Botschaft vom 25. Mai betonte die britische Regierung die Wandlung, die der französische Vorschlag für die französisch-deutschen Beziehungen bringen würde: Die erste Bedingung und eines der wesentlichsten Ziele des Planes ist in der Tat, den traditionellen Gegensatz zwischen Frankreich und Deutschland zu beseitigen. Wie die britische Regierung in ihrem Memorandum vom 27. Mai anerkennt, leitet die Zustimmung weiterer Regierungen, an den Verhandlungen auf der gleichen Grundlage wie die Deutsche Bundesrepublik teilzunehmen, bereits eine neue Phase ein, indem sie das Feld der Erörterungen erweitert, die sich von Anbeginn auf einer europäischen Basis bewegen werden. Nichtsdestoweniger erklärt die britische Regierung in ihrem Memorandum vom 27. Mai, daß sie in bezug auf ihre eigene Beteiligung an der Form festhalten müsse, die in ihrer Note vom 25. Mai, welche lediglich auf direkte Verhandlungen zwischen Frankreich und Deutschland Bezug nahm, angeregt wurde.

3. Die besondere Stellung, welche die britische Regierung bei diesen Verhandlungen zu wahren wünscht, wird in ihrem Memorandum gerechtfertigt durch die, wie es heißt, von der französischen Regierung verfolgte Absicht, als Vorbedingung für eine volle Beteiligung an den Erörterungen, eine Verpflichtung zur Zusammenlegung der Kohlen- und Stahlindustrie und zur Errichtung einer Behörde mit gewissen Souveränitätsrechten zu fordern.

4. Wie die Vertreter der französischen Regierung den britischen Vertretern mündlich erklärt haben, wünscht die französische Regierung insbesondere nochmals zu versichern, daß dies nicht ihre Absichten sind. Wie bereits im französischen Memorandum vom 9. Mai herausgestellt wurde, wird keinerlei Verpflichtung bestehen, außer durch Unterzeichnung eines Vertrages zwischen den betroffenen Staaten und dessen Ratifizierung durch die Parlamente.

5. In Wahrheit ist das Ziel, das die französische Regierung anstrebt, ein ganz anderes. In der Erkenntnis der praktischen Schwierigkeiten, welche die Erörterungen zu überwinden haben werden, scheint es notwendig, daß sie ständig nach gemeinsamen Grundsätzen geführt werden sollten. Nur wenn die Verhandlungen eindeutig auf dem Boden der Übereinstimmung der beteiligten Regierungen in den grundsätzlichen, anzustrebenden Zielen geführt werden, wird es möglich sein, Wege und Mittel sowie ergänzende Vereinbarungen schnell auszuarbeiten, die notwendig sind, um den Plan M. Schumans vom 9. Mai zu verwirklichen. Das ist die Bedeutung, die dem französischen Wort „engagement“ (Verpflichtung) im zweiten Absatz des Kommuniqué-Entwurfes gegeben werden sollte.

6. Die französische Regierung wünscht insbesondere noch einmal den zentralen Gedanken ihres Vorschlags herauszustellen. Er zielt darauf ab — auf einem begrenzten, aber entscheidenden Gebiet — die gegenwärtigen Spaltungen durch eine Gemeinschaft der Interessen zu ersetzen; er sieht die Errichtung einer hohen Behörde von neuem Gepräge vor; er erteilt jener Behörde die Aufgabe, für eine allgemeine Hebung des Lebensstandards Sorge zu tragen.

7. Die britische Regierung ist natürlich berechtigterweise vorerst bemüht, eine Politik der wirtschaftlichen Ausdehnung der Vollbeschäftigung und

der Hebung des Lebensstandards der Arbeiter zu verfolgen. Der vorgeschlagene Plan — weit davon entfernt, eine solche Politik zu hemmen — ist nach Ansicht der französischen Regierung darauf abgestellt, Gefahren zu vermeiden, die möglicherweise ihren Lauf plötzlich stören könnten. An die Stelle der Konkurrenz unter Ausbeutung der Arbeitskraft wird eine gemeinsame Hebung der Lebensverhältnisse der Arbeiter treten; an die Stelle einschränkender Maßnahmen von Kartellen die Erschließung von Absatzmärkten; an die Stelle des Dumping und der Diskriminierung die vernünftige Verteilung der Erzeugnisse. Die Politik der Vollbeschäftigung erfüllt nur dann ihren wahren Zweck, wenn sie die Arbeitskraft der produktivsten Beschäftigung zuleitet — und letzten Endes kann sie nicht unter dem Druck der Entwicklung der Arbeitslosigkeit in anderen Ländern durchgesetzt werden. Die Aufgabe, mit der die hohe Behörde betraut werden soll, schließt so die Möglichkeit aus, durch ihre Tätigkeit die Erfolge zu gefährden, die man durch diese Politik dort, wo sie bereits verfolgt wird, erzielt hat. Sie wird vielmehr eine allgemeine Ausdehnung begünstigen, indem sie eine vernünftige Erzeugung unter Erhaltung der Vollbeschäftigung macht.

8. Um ihre Aufgabe durchzuführen, wird die Behörde — innerhalb der Grenzen ihres Mandates und vorbehaltlich eines möglichen Einspruchs der Regierungen — kraft eines Statuts arbeiten, das von souveränen Staaten geprüft und von den Parlamenten ratifiziert sein wird. Es wird eine Aufgabe der Verhandlungen sein, die Bedingungen vertraglich genau festzulegen, unter denen die Behörde arbeiten soll, sowie das Wesen ihrer Vollmachten und das Einspruchsverfahren. Aber damit ihre Arbeit dazu dienen möge, eine europäische Gemeinschaft zu entwickeln, ist es wesentlich, daß eine derartige Behörde sowohl von Regierungen als auch von Einzelinteressen unabhängig sein sollte. Diese teilweise Verschmelzung der Souveränität ist der Beitrag, den der französische Vorschlag zur Lösung der europäischen Probleme liefert. Die öffentliche Meinung hat seine Bedeutung und seine Neuartigkeit anerkannt.

9. Die französische Regierung glaubt, daß die obigen Erklärungen jedes Mißverständnis über den Rahmen der vorgeschlagenen Verhandlungsbasis aufklären werden. Sie glaubt nicht, daß es irgendeine Verschiedenheit der Auffassung zwischen ihr und der britischen Regierung über die unterbreiteten Ziele geben kann. Sie hofft nunmehr, daß die britische Regierung es für möglich halten wird, an den geplanten Verhandlungen auf der gleichen Basis wie die übrigen Regierungen teilzunehmen.

**Memorandum des Vereinigten Königreichs
vom 31. Mai 1950**

Am 31. Mai erwiderte die Regierung des Vereinigten Königreichs auf das französische Memorandum vom 30. Mai und fügte einen Zusatzvorschlag zu dem beabsichtigten Communiqué bei mit dem Ziel, die Stellung des Vereinigten Königreichs klarzulegen.

Die Regierung Seiner Majestät ist der französischen Regierung dankbar für die Erläuterungen zu

ihren Vorschlägen hinsichtlich der europäischen Kohle- und Stahlproduktion, die in dem französischen Memorandum vom 30. Mai enthalten sind.

2. Nach sorgfältigster Prüfung des französischen Memorandums ist die Regierung Seiner Majestät nach wie vor der Ansicht, daß eine Zustimmung zu den Bestimmungen des dem Memorandum der französischen Regierung vom 25. Mai beigefügten Communiqué-Entwurfs besagen würde, im voraus eine Verpflichtung einzugehen, die Kohle- und Stahlindustrie zusammenzulegen und eine Behörde mit gewissen höchsten Vollmachten zu bilden, bevor ausreichend Gelegenheit gegeben war, zu prüfen, wie diese wichtigen und weitreichenden Vorschläge in der Praxis durchführbar sein würden. Der Regierung Seiner Majestät liegt sehr viel daran, daß diese Vorschläge erörtert und verfolgt werden sollten, aber sie fühlt sich nicht in der Lage, sich einem Communiqué anzuschließen, das Entscheidungen vor zwischenstaatlichen Besprechungen statt als deren Ergebnis zu treffen scheint. Unter diesen Umständen würde sie gern von der Anregung Gebrauch machen, die von M. Schuman Sir Oliver Harvey bei der Überreichung des Memorandums vom 30. Mai gemacht wurde. Sie ging dahin, daß ein weiterer Satz dem Communiqué-Entwurf beigefügt werden sollte, der die Haltung der Regierung Seiner Majestät zur Teilnahme an den Besprechungen näher bestimmt. Zu diesem ausdrücklichen Zweck wird ein Entwurf zu einem Paragraphen hinzugefügt, der die Stellung der Regierung Seiner Majestät näher umreißt und von dem man hofft, daß er sich für die französische Regierung und die andern betreffenden Regierungen als annehmbar erweisen mag.

In dem französischen Memorandum ist ein Punkt enthalten, über den die Regierung Seiner Majestät jedwedes Mißverständnis zu zerstreuen wünscht. Das französische Memorandum regt an, daß die Regierung Seiner Majestät in ihrem Memorandum vom 27. Mai lediglich angeboten habe, an direkten Besprechungen zwischen Frankreich und Deutschland teilzunehmen. Sie hatte gehofft, daß aus Absatz 3 des Memorandums der Regierung Seiner Majestät vom 27. Mai klar hervorgeht, daß die in ihrem Memorandum vom 25. Mai enthaltenen Bemerkungen über die Teilnahme der Regierung Seiner Majestät an den deutsch-französischen Besprechungen, die in dem ursprünglichen französischen Memorandum angedeutet wurden, sich ebenfalls auf jede Erörterung beziehen, die die französische Regierung mit andern Regierungen verabreden könnte, die bereit sind, sich auf der gleichen Basis wie die deutsche Bundesregierung zu beteiligen.

Anlage

Vorgeschlagener Zusatz zum Communiqué

Die Regierung des Vereinigten Königreichs wird sich an der vorgeschlagenen Besprechung in einem konstruktiven Geist und in der Hoffnung beteiligen, daß sich — als ein Ergebnis der Besprechungen — ein Plan entwickeln wird, dem sie sich anschließen in der Lage ist. Aber in diesem Stadium kann sie keine bestimmteren Verpflichtungen eingehen. Sie erkennt den bedeutenden

und weitreichenden Charakter des französischen Vorschlages an und stimmt völlig mit dem Vorschlag überein, eine gemeinsame Politik zu verfolgen, deren Ziel Friede, europäische Solidarität und wirtschaftlicher sowie sozialer Fortschritt ist.

Französisches Memorandum vom 1. Juni 1950

Am 1. Juni antwortete die französische Regierung auf das Memorandum des Vereinigten Königreichs vom 31. Mai und schlug einen abgeänderten Text für das Communiqué vor, dem — wie beabsichtigt war — die Regierungen zustimmen sollten. Bei der Überreichung dieser Mitteilung an den Botschafter Seiner Majestät in Paris bat M. Schuman darum, daß die Entscheidung der Regierung Seiner Majestät die französische Regierung bis acht Uhr abends des folgenden Tages, des 2. Juni, erreichen möge.

Die französische Regierung hat das Memorandum der britischen Regierung vom 31. Mai und den angeregten, beigefügten Zusatz zu dem Communiqué mit der größten Sorgfalt geprüft.

2. Es scheint, daß der Text, den verschiedene Regierungen bereits angenommen haben, durch gewisse verwendete Ausdrücke Anlaß zu Mißverständnissen gegeben hat, die zu einem Notenaustausch zwischen der französischen und der britischen Regierung geführt haben, in dem die Absichten jener Regierungen noch klarer beschrieben worden sind. Um dieses Hindernis zu beseitigen, und da es außerordentlich wünschenswert zu sein scheint, daß alle Regierungen ihre Teilnahme an den Verhandlungen in gleichen Formulierungen ankündigen sollten, schlägt die französische Regierung den folgenden neuen Text vor, zu dem die Zustimmung aller interessierten Regierungen unverzüglich nachgesucht wird.

Nach Ansicht der französischen Regierung bringt dieses Communiqué die Einheitlichkeit der Auffassung zum Ausdruck, die für die erfolgreiche Durchführung der Verhandlungen unerlässlich ist. Sollte die britische Regierung entgegen der Hoffnung der französischen Regierung nicht in der Lage sein, ihm zuzustimmen, so würde die französische Regierung die Verhandlungen mit den andern Ländern auf Grund der niedergelegten Bedingungen eröffnen, die sie als Basis angenommen hatten. In diesem Fall würde sie die britische Regierung über den Fortschritt der Verhandlungen auf dem laufenden halten mit dem Wunsch, der letzteren eine Beteiligung zu ermöglichen, wann immer sie glaubt, dazu in der Lage zu sein.

Anhang

Kommuniqué-Entwurf

„Die Regierungen von . . . haben sich in ihrem Entschluß, eine gemeinsame Aktion für den Frieden, die europäische Solidarität und für den wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt durchzuführen, als unmittelbares Ziel gesetzt, die Kohlen- und Stahlproduktion zusammenzulegen und eine neue hohe Behörde zu errichten, deren Entscheidungen bindend sein werden für . . .

Die Verhandlungen werden auf der Grundlage des französischen Vorschlages vom 9. Mai dieses Jahres zu einem Zeitpunkt beginnen, der in unmittelbarer Zukunft von der französischen Regierung vorgeschlagen wird, und zwar mit dem Ziel, die Bedingungen für einen Vertrag auszuarbeiten, der den betreffenden Parlamenten zur Ratifikation vorgelegt werden wird.“

Memorandum des Vereinigten Königreichs vom 2. Juni 1950

Am 2. Juni beantwortete die Regierung des Vereinigten Königreichs das französische Memorandum vom 1. Juni und regte eine Ministerkonferenz der betreffenden Länder an, auf der die Frage der wirkungsvollsten und schnellsten Verhandlungsmethode über das zur Debatte stehende Problem geprüft und gelöst werden könnte.

Die Regierungen seiner Majestät im Vereinigten Königreich hat das Memorandum der französischen Regierung vom 1. Juni geprüft und weiß die Bemühungen zu schätzen, die gemacht worden sind, um eine Formulierung zu finden, die sie annehmen könnte. Nach sorgfältiger Erwägung ist sie zu dem Schluß gekommen, daß zwischen den beiden Regierungen immer noch ein Unterschied in der Auffassung über die Grundlage besteht, auf der die Verhandlungen eröffnet werden sollten. Wenn die Regierung seiner Majestät die Neuformulierung annähme, würde sie sich prinzipiell verpflichtet fühlen, ihre Kohle- und Stahlindustrie in den Pool einzubringen und eine neue hohe Behörde zu errichten, deren Entscheidungen für die betreffenden Regierungen bindend wäre, Möglichkeiten, die sie nicht ausschließt, die sie jedoch nicht ohne volle Kenntnis ihrer politischen und wirtschaftlichen Auswirkungen annehmen könnte. Sie würde sich außerdem dem Ziel einer Vertragsvorbereitung verpflichtet fühlen, durch den eine hohe Behörde errichtet würde und in dem die Grundsätze der französischen Vorschläge verkörpert wären, ohne daß Gelegenheit für die Ausarbeitung ihrer praktischen Anwendung gegeben wäre. Unter diesen Umständen stellt die Regierung Seiner Majestät mit Bedauern fest, daß die französische Regierung die in dem Communiqué-Entwurf zum Ausdruck gebrachte Übereinstimmung der Ansichten als unentbehrliche Voraussetzung für die erfolgreiche Durchführung der Verhandlungen betrachtet. Sie hofft aufrichtig, daß die französische Regierung versteht, daß die Regierung Seiner Majestät in dieser Angelegenheit auf Treu und Glauben handelt. Sie ist bemüht, ihr Bestes zu tun, um zu erwägen, ob ein durchführbarer Plan ausgearbeitet werden könnte, der für alle Beteiligten gerecht und billig ist und der den Frieden, die europäische Solidarität und den wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt fördern würde. Die Regierung Seiner Majestät glaubt, daß dies durch eine Ministerkonferenz der interessierten Länder hätte erreicht werden können und noch erreicht werden könnte, auf der die Frage der wirkungsvollsten und schnellsten Verhandlungsmethode für die zur Debatte stehenden Probleme geprüft und gelöst werden könnte.

2. Wenn jedoch kein anderer Weg offen bleibt, nimmt die Regierung Seiner Majestät dennoch das von der französischen Regierung im letzten Abschnitt ihres Memorandums vorgeschlagene Verfahren an. Sie weiß das Angebot der französischen Regierung zu schätzen, die Regierung Seiner Majestät laufend über den Fortschritt ihrer Verhandlungen zu unterrichten.

Französisches Memorandum vom 3. Juni 1950

Nach einer Reihe mündlicher Unterhandlungen zwischen der britischen Botschaft in Paris und dem französischen Außenministerium stellte sich heraus, daß die französische Regierung es als unmöglich erachtete, den britischen Vorschlag über eine Ministerkonferenz anzunehmen. Diese Ansicht wurde in einem französischen Memorandum vom 3. Juni übermittelt.

Die französische Regierung dankt der britischen Regierung für ihr am 2. Juni übermitteltes Memorandum und erkennt voll und ganz die Offenheit an, mit der die britische Haltung dargelegt worden ist.

2. Die französische Regierung bleibt ihrerseits überzeugt, daß für die unvermeidlich schwierigen Verhandlungen, die durch den in ihrer Erklärung vom 9. Mai enthaltenen Vorschlag notwendig werden, keine Hoffnung auf Erfolg bestehen kann, wenn die Teilnehmerländer nicht bereits von Anfang an die Übereinstimmung ihrer Ansicht über die Ziele dieser Verhandlungen zum Ausdruck bringen. Die französische Regierung schlägt deshalb vor, wie der britischen Regierung bereits mitgeteilt worden ist, unverzüglich die Verhandlungen mit den fünf Regierungen zu beginnen, die bereits ihre Zustimmung bekundet haben.

3. Die britische Anregung, eine Ministerkonferenz der interessierten Länder abzuhalten, ist von der französischen Regierung sehr sorgfältig erwogen worden. Die französische Regierung glaubt, daß die Haltung der beiden Regierungen im Verlaufe der letzten Notenwechsel unzweideutig dargelegt worden ist. Sie sieht keine Möglichkeit, wie die vorgeschlagene Konferenz irgendeine weitere Klärung bringen könne. Eine solche Konferenz würde darüber hinaus die Wirkung haben, den Beginn der Verhandlungen zu verzögern, ohne eine positive Möglichkeit zu bieten, auseinandergehende Meinungen in Einklang zu bringen.

4. Die französische Regierung stellt mit Genugtuung fest, daß die britische Regierung den französischen Vorschlag, sie laufend über den Fortschritt der Verhandlungen zu unterrichten, annimmt. Die französische Regierung wird keine Möglichkeit außer acht lassen, einen Meinungsaustausch mit der britischen Regierung zu pflegen, der es ihr im Verlauf der Erörterungen ermöglichen wird, den Standpunkt der britischen Regierung sorgfältig zu berücksichtigen, um es der letzteren zu ermöglichen, sobald sie es für richtig hält, an der gemeinsamen Aufgabe teilzunehmen oder sich ihr anzuschließen. Die französische Regierung hofft aufrichtig, daß das Verfahren für diese Beratungen durch eine gemeinsame Übereinkunft ausgearbeitet werden kann.

Sechs-Mächte-Kommuniqué vom 3. Juni 1950

Die französische, deutsche, belgische, italienische, luxemburgische und holländische Regierung haben sich in ihrem Entschluß, eine gemeinsame Aktion für Frieden und europäische Solidarität sowie für den wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt durchzuführen, als unmittelbares Ziel gesetzt, die Kohle- und Stahlproduktion zusammenzulegen und eine hohe Behörde zu errichten, deren Entscheidungen für Frankreich, Deutschland, Belgien, Italien, Luxemburg, die Niederlande und andere Länder, die sich in Zukunft anschließen mögen, bindend sein werden.

Die Verhandlungen werden auf der Grundlage des französischen Vorschlags vom 9. Mai dieses Jahres zu einem Zeitpunkt beginnen, der in unmittelbarer Zukunft von der französischen Regierung vorgeschlagen werden wird, und zwar mit dem Ziel, die Bedingungen für einen Vertrag auszuarbeiten, der den betreffenden Parlamenten zur Ratifizierung vorgelegt werden wird.

Kommuniqué des Vereinigten Königreichs vom 3. Juni 1950

Die Regierung Seiner Majestät im Vereinigten Königreich hat von Anfang an die französische Initiative vom 9. Mai begrüßt und ist sich ihres kühnen Charakters und ihrer weitreichenden Bedeutung vor allem für die künftigen Beziehungen zwischen Frankreich und Deutschland voll bewußt. Sie hofft aufrichtig, daß die internationalen Besprechungen hierüber zu einer neuen Epoche in den französisch-deutschen Beziehungen führen mögen, mit segensreichen Auswirkungen für Westeuropa als Ganzes.

2. Die Regierung Seiner Majestät ist äußerst bestrebt gewesen, in diese Verhandlungen einbezogen zu werden, und hat ihren Standpunkt zu dieser Frage der französischen Regierung von Anfang an klargemacht. Sie ist der Ansicht, daß diese Verhandlungen dazu dienen sollten, die praktische Durchführbarkeit des französischen Vorschlages zu klären, der notwendigerweise auf internationaler Grundlage ausgearbeitet werden muß. Sie hat durchaus den Wunsch, einen nützlichen, konstruktiven und brauchbaren Beitrag zu leisten, in der Hoffnung, daß ein ins Einzelne gehender Entwurf daraus hervorgehen würde, dem sich anzuschließen sie in der Lage sein würde. Sie selbst befaßt sich aktiv damit, Vorschläge auszuarbeiten, die von der französischen Initiative vom 9. Mai angeregt worden sind, um solch einen Beitrag zu leisten.

3. Die französische Regierung ihrerseits hat die Ansicht vertreten, daß der erste Schritt zur Durchführung ihres Planes eine internationale Konferenz der Länder bilden müsse, die grundsätzlich bereit sind, eine Verpflichtung einzugehen, ihre Kohlen- und Stahlindustrie zusammenzulegen und eine neue hohe Behörde zu bilden, deren Entscheidungen für die betreffenden Regierungen bindend wären. Nach Ansicht der französischen Regierung sollte das Ziel der Verhandlungen in erster Linie darin bestehen, einen Vertrag vorzubereiten, der diesen Grundsätzen Ausdruck verleiht, die hohe Behörde errichtet, und den Parlamenten zwecks Ratifizierung vorzulegen ist. Die Regierung Seiner

Majestät fühlt sich nicht in der Lage, weder die dem französischen Vorschlag zugrunde liegenden Grundsätze im voraus anzunehmen, noch wünscht sie, sie im voraus abzulehnen. Sie glaubt, daß eine eingehende Diskussion, die das Wesen des Planes und seine gesamten politischen und wirtschaftlichen Auswirkungen beleuchten würde, eine normale, ja wesentliche Voraussetzung für den Abschluß eines Vertrages darstellt. Sie hat das Gefühl, daß ein wesentlicher Unterschied zwischen der Haltung der beiden Regierungen hinsichtlich der Grundlage, auf der die Verhandlungen eröffnet werden sollten, besteht. Es würde sich eine unglückselige Lage ergeben, wenn sie, nachdem sie sich auf gewisse Prinzipien verpflichtet, ohne zu wissen, wie sie sich in der Praxis auswirken, sich als Ergebnis der Erörterungen gezwungen sehen sollte, von ihren Verpflichtungen zurückzutreten. Demzufolge hat sie es zu ihrem Bedauern angesichts ihrer Verantwortung dem Parlament und dem Volk gegenüber als unmöglich befunden, sich den Verhandlungen unter den von der französischen Regierung vorgeschlagenen Bedingungen anzuschließen.

Die Regierung Seiner Majestät ist bemüht, ihr Bestes zu tun, um zu erwägen, ob ein durchführbarer Plan ausgearbeitet werden könnte, der für alle Beteiligten gerecht und billig ist. Sie glaubt, daß dies am besten durch eine Konferenz der Minister der interessierten Länder gefördert werden könnte, auf der die Frage der wirksamsten und schnellsten Verhandlungsmethode für das zur Debatte stehende Problem geprüft und gelöst werden könnte. Wenn die französische Regierung bereit wäre, ihre Haltung zu revidieren und eine Ministerzusammenkunft einzuberufen, um zu einem

Abkommen über das Verfahren für die Einleitung der Verhandlungen zu gelangen, würde sich die Regierung Seiner Majestät freuen, an ihr teilzunehmen, und hat die französische Regierung in diesem Sinne unterrichtet.

Französisches Communiqué vom 3. Juni 1950

Unter den gegebenen Umständen hat sich die britische Regierung nicht in der Lage gesehen, sich den andern sechs Regierungen anzuschließen, die das heute veröffentlichte Communiqué zu den französischen Vorschlägen vom 9. Mai 1950 unterzeichnet haben.

Nichtsdestoweniger stellt die französische Regierung mit Genugtuung fest, daß die britische Regierung den ihr unterbreiteten Vorschlag angenommen hat, daß sie über den Gang der Verhandlungen auf dem laufenden gehalten werden sollte. Die französische Regierung wird stets die Notwendigkeit im Auge behalten, einen Meinungsaustausch mit der britischen Regierung zu pflegen, der die französische Regierung in den Stand setzen wird, im Laufe der Verhandlungen den Standpunkt der britischen Regierung in weitestem Ausmaß zu berücksichtigen, so daß die letztere eine Möglichkeit finden mag, an den gemeinsamen Bestrebungen teilzunehmen oder sich ihnen anzuschließen, sobald sie den Zeitpunkt für gegeben erachtet.

Quelle: Cmd. 7970, His Majesty's Stationery Office, London. (Miscellaneous No. 9. 1950)

Übersetzung: British Information Services, Hamburg.

Die Ereignisse in Europa

Belgien

4. Juni: Die allgemeinen Wahlen für die Abgeordneten-Kammer haben folgendes Ergebnis (in Klammern die Ergebnisse der Wahlen vom 26. Juni 1949):

Partei	Stimmenzahl	Prozent
Christlich Soziale Partei	2 354 965 (2 190 898)	46,74
Sozialistische Partei	1 804 967 (1 529 720)	35,82
Liberale Partei	557 019 (767 180)	11,05
Kommunistische Partei	234 325 (376 765)	4,66
Liberal-Sozialistisches Kartell	87 181	1,73

Verteilung der Sitze in der Abgeordneten-Kammer:

Christlich Soziale Partei	108 (105)
Sozialistische Partei	77 (66)
Liberale Partei	20 (29)
Kommunistische Partei	7 (12)

Das Endergebnis der Wahlen für 106 Sitze im Senat lautet:

Partei	Stimmenzahl	Sitze
Christlich Soziale Partei	2 343 426	54 (54)
Sozialistische Partei	1 690 915	39 (33)
Liberale Partei	548 103	10 (14)
Kommunistische Partei	239 876	3 (5)

Die Wahl für weitere 69 Senatssitze steht noch aus, von denen 46 durch die Provinzialräte am 19. Juni und 23 durch die 152 Senatoren am 20. Juni direkt aus dem Volke gewählt werden. Die Wahlen für die Provinzialräte haben folgendes Ergebnis:

Partei	Sitze
Christlich Soziale Partei	375 (356)
Sozialistische Partei	236 (200)
Liberale Partei	72 (102)
Kommunistische Partei	11 (35)

6. Juni: Die Regierung des Ministerpräsidenten Gaston Eyskens tritt zurück. Prinzregent Charles beauftragt am 7. Juni Jean Duvieusart mit der Neubildung der Regierung. Die neue Regierung, die sich ausschließlich aus Mitgliedern der Christlich-Sozialen Partei zusammensetzt, wird am 6. Juni vereidigt. Ihr gehören an:

Ministerpräsident: Jean Duvieusart; Außenminister: Paul van Zeeland; Innenminister: Albert de Vleeschauwer; Verteidigungsminister: Henri Moreau de Melen; Wirtschaftsminister: Gaston Eyskens; Finanzminister: Jean van Houtte; Justizminister: Graf Henri Carton de Wiart; Arbeitsminister: Oscar Behogne; Kolonialminister: Pierre Wigny; Landwirtschaftsminister: Maurice Orban; Verkehrsminister: Paul Segers; Gesundheitsminister: Alfred de Taeye; Erziehungs-

nister: Pierre Harmel; Wiederaufbauminister: André Dequae; Minister für öffentliche Arbeiten: Albert Coppe;

Dänemark

1. Juni: Ministerpräsident Hans Hedtoft eröffnet in Kopenhagen eine Konferenz des COMISCO (Committee of International Socialist Conferences), die am 3. Juni beendet wird. Die Konferenz beschließt, die sozialistische Partei des Saarlands als Beobachter an den Konferenzen teilnehmen zu lassen. In zwei Resolutionen befürwortet die Konferenz eine europäische Verwaltung der Saar und bezeichnet den Schumanplan als geeignet, die Probleme Europas und der Saar zu lösen. In einer weiteren Resolution wird die Friedenspropaganda des Kominform abgelehnt und der Zusammenschluß der freien Völker sowie die europäische Einheit gefordert.

Deutschland

1. Juni: Die Westberliner Stadtverordnetenversammlung lehnt das Sieben-Punkte-Programm des stellvertretenden Chefs der sowjetischen Kontrollkommission in Berlin, Oberst Alexej Jelisarow, vom 8. Mai über die Abhaltung freier Wahlen in Gesamtberlin ab. Am 11. Juni werden die Vorschläge Oberst Jelisarows auch von den drei Westberliner Stadtkommandanten abgelehnt. Diese erklären sich zu einer Wiederaufnahme der Viermächte-Verwaltung, jedoch unter Ausschaltung des Vetorechts, bereit.

2. Juni: Der amerikanische Hohe Kommissar, John J. McCloy, erklärt zu dem in Washington am gleichen Tage bekanntgegebenen Gesuch von Bundeskanzler Dr. Adenauer um Schaffung einer Bundespolizei in Stärke von 25 000 Mann, die Hohe Kommission habe in dieser Frage noch keine Entscheidung getroffen. Am 7. Juni sprechen sich der Innenminister von Nordrhein-Westfalen, Walter Menzel, und der Rechts- und Verfassungsausschuß des bayerischen Landtags für eine Polizeilexekutive der Länder aus.

4. Juni: Die Deutsche Partei billigt auf ihrem Parteitag in Bremen die Politik von Bundeskanzler Dr. Adenauer und wählt Bundesminister Heinrich Hellwege erneut zu ihrem ersten Vorsitzenden. In einer Entschließung wird die Schaffung eines freiwilligen Arbeitsdienstes gefordert.

5. Juni: Der Bremer Senatspräsident Wilhelm Kaisen teilt bei seiner Rückkehr aus den Vereinigten Staaten vor der Presse mit, die Vereinigten Staaten und Großbritannien hätten der Aufhebung der dem deutschen Exportschiffbau durch

- das Petersberger Abkommen vom 24. November 1949 auferlegten Beschränkungen zugestimmt.
6. Juni: Wolf Graf von Westarp vom Bundesvorstand der Sozialistischen Reichspartei teilt in Hannover mit, der ehemalige Generalmajor Ernst Remer sei zum ersten Landesvorsitzenden der Sozialistischen Reichspartei in Schleswig-Holstein gewählt worden.
Der Landtag von Nordrhein-Westfalen verabschiedet mit 110 Stimmen der CDU und des Zentrums gegen 97 Stimmen der SPD, KPD und FDP die neugeschaffene Landesverfassung.
Der Landtag von Württemberg-Baden verabschiedet gegen die Stimmen der Kommunisten ein Gesetz zur Volksbefragung über die Neugliederung des südwestdeutschen Raumes.
7. Juni: Das sowjetisch lizenzierte Nachrichtenbüro ADN gibt bekannt, daß der Vertreter der sowjetischen Kontrollkommission in Berlin, Generalmajor Alexander G. Kotikow, von seinen Pflichten entbunden und zu seinem Nachfolger Herr Sergej Alexejewitsch Dengin ernannt worden ist. Gleichzeitig wird in Brandenburg Generalmajor W. M. Scharow durch Herrn Grigorij Nikitowitsch, in Sachsen Generalleutnant D. P. Dubrowskij durch Herrn Sergej Iwanowitsch Urasow und in Thüringen Generalmajor I. S. Kolesmitschenko durch Herrn Stepan Sacharowitsch Panschin ersetzt.
Der amerikanische Hohe Kommissar, John J. McCloy, erklärt zu dem Abkommen zwischen der polnischen Regierung und den Behörden in der Sowjetzone über die Oder-Neiße-Linie, die Regierung der Vereinigten Staaten habe die Oder-Neiße-Linie und die Eingliederung der auf Grund des Potsdamer Abkommens unter polnische Verwaltung gestellten Gebiete in den polnischen Staat nicht anerkannt. Am 8. Juni billigt der Ministerrat der Deutschen Demokratischen Republik die am 6. Juni in Warschau unterzeichnete Deklaration über die deutsch-polnische Grenzziehung an der Oder-Neiße-Linie. Am 9. Juni beschließt die westdeutsche Bundesregierung in einer Kabinettsitzung, den zwischen den Regierungen Polens und der Ostzone abgeschlossenen Vertrag nicht anzuerkennen. Das Kabinett veröffentlicht eine Erklärung, in der es heißt, die Regierung der Deutschen Bundesrepublik erkenne die Festlegung der Oder-Neiße-Linie als endgültige Grenze zwischen Deutschland und Polen nicht an. Die sogenannte Regierung der sowjetischen Zone habe keinerlei Recht, für das deutsche Volk zu sprechen. Am 13. Juni protestiert der Bundestag in einer Sondererklärung mit Ausnahme der kommunistischen Abgeordneten gegen den zwischen Polen und der Deutschen Demokratischen Republik abgeschlossenen Vertrag über die endgültige Festlegung der deutsch-polnischen Grenze an der Oder-Neiße-Linie. In der von Alterspräsident Paul Löbe verlesenen Erklärung heißt es, eine Regelung aller Grenzfragen Deutschlands könne nur durch einen Friedensvertrag erfolgen, der von einer demokratisch gewählten deutschen Regierung unterzeichnet sein müsse. Am 15. Juni schließt sich die westberliner Stadtverordnetenversammlung dem Protest des Bundestages an.
11. Juni: Der auf Einladung des Dortmunder Auslandsinstituts in Deutschland weilende Präsident der Konsultativversammlung des Europarates, Paul Henri Spaak, erklärt auf einer Pressekonferenz in Dortmund, Deutschland werde spätestens nach zwei Jahren zum gleichberechtigten Mitglied des Europarates werden, da sich das System der assoziierten Mitgliedschaften nicht länger aufrecht erhalten lassen werde. Die Verbindung der Frage des Eintritts der Bundesrepublik in den Europarat mit dem Saarproblem oder der Rückgewinnung der deutschen Ostgebiete erscheine ihm nicht richtig. Er sei viel eher der Meinung, daß Deutschland im Europarat Befürworter seiner Ansprüche auf die deutschen Ostgebiete finden werde; die Tendenz des Europarats gehe dahin, ein möglichst großes Europa zu schaffen.
13. Juni: Im Bundestag wird die Debatte über das Gesetz über den Eintritt der Bundesrepublik in den Europarat eröffnet. Bundeskanzler Dr. Adenauer erläutert in einer Regierungserklärung die Gründe, die nach Ansicht der Regierung für einen Beitritt sprechen und betont, die Einladung des Europarats dürfe im Interesse des deutschen Volkes, der deutsch-französischen Verständigung, im Interesse Europas und des Weltfriedens nicht abgelehnt werden. Der erste Vorsitzende der SPD, Dr. Kurt Schumacher, legt erneut die Gründe dar, die die SPD veranlassen, gegen den Beitritt zu stimmen und erklärt, die Bundesrepublik stünde nach einem Beitritt zum Europarat ohne einen Trumpf in der Hand da, wenn die Frage des Beitritts der Bundesrepublik zum Atlantikpakt aufgeworfen würde. Am 15. Juni billigt der Bundestag in dritter Lesung den Gesetzentwurf über den Beitritt zum Europarat mit 220 gegen 152 Stimmen bei 9 Enthaltungen. Für den Gesetzentwurf stimmen: CDU, FDP, DP, WAV, sowie 6 Abgeordnete der Bayernpartei; gegen den Gesetzentwurf stimmen: SPD, KPD, Zentrum, Deutsche Reichspartei und der Abgeordnete Matthias Mehs (CDU); der Stimme enthalten sich 9 Abgeordnete der Bayernpartei. Der Bundestag beschließt, die deutschen Delegierten für den Europarat aus seiner Mitte selbst zu wählen.
14. Juni: Die deutsche Sektion der parlamentarischen Gruppe der Europäischen Bewegung billigt eine Resolution, in der die Schaffung eines europäischen Bundesstaates nach amerikanischem Muster gefordert wird.
15. Juni: Der Rat der Alliierten Hohen Kommission billigt auf seiner Sitzung in Berlin ein Verfahren zur schrittweisen Lockerung des gegenwärtigen

tigen Verbots ausländischer Investitionen in Deutschland.

Der Bundesrat teilt mit, daß der niedersächsische Landwirtschaftsminister, Günther Gereke, Ministerpräsident Hinrich Kopf um Beurlaubung gebeten habe, bis die gegen ihn erhobenen Vorwürfe wegen seiner Unterredung mit dem stellvertretenden Ministerpräsidenten der Deutschen Demokratischen Republik, Walter Ulbricht, geklärt seien.

Frankreich

1. Juni: Der britische Botschafter in Paris, Sir Oliver Harvey, überreicht der Regierung eine Note der britischen Regierung, in welcher die Bereitschaft zur Mitarbeit am Schumanplan zum Ausdruck gebracht wird, eine endgültige Zusage jedoch bis zu einem Zeitpunkt verschoben wird, an dem der Plan feste Gestalt annimmt. Am Abend überreicht Außenminister Robert Schuman dem britischen Botschafter die französische Antwortnote, in der die französische Regierung erneut betont, daß sich die zur Teilnahme am Schumanplan bereiten Staaten vor Beginn der Verhandlungen mit den Grundsätzen des Planes einverstanden erklären sollen. Die Note weist darauf hin, daß der Zweck der geplanten Konferenz in der Ausarbeitung eines Abkommens bestehen würde, das den Parlamenten der beteiligten Staaten zur Genehmigung vorgelegt werden müßte. Am 3. Juni veröffentlicht die Regierungen Frankreichs, Deutschlands, Belgiens, Italiens, Luxemburgs und der Niederlande eine gemeinsame Erklärung, in der sich die sechs Mächte die Zusammenfassung ihrer Kohle- und Stahlerzeugung und die Errichtung einer Hohen Behörde zum Ziele setzen. Die französische Regierung bedauert in einer Erklärung, daß sich die britische Regierung der Sechsmächteerklärung nicht angeschlossen habe.

2. Juni: Der Ministerrat des europäischen Wirtschaftsrates tritt in Paris zusammen. Er lädt die Vereinigten Staaten und Kanada zur Teilnahme an der OEEC ein und veröffentlicht einen Fünfjahresplan, der Europa bei Beendigung der ERP-Hilfe selbständig machen soll.

3. Juni: Der Ministerausschuß des Europarates tritt in Paris zusammen, um seine Vorbereitungen für die im August in Straßburg beginnende Sitzung der Konsultativversammlung zu treffen. Die Minister erörtern den Schumanplan und billigen am 4. Juni Maßnahmen zur engeren Zusammenarbeit zwischen dem Europarat und dem europäischen Wirtschaftsrat. Die Fragen der assoziierten Mitgliedschaft Deutschlands und der Saar werden auf die am 4. August beginnende nächste Sitzung verschoben. Unter Bezugnahme auf die Londoner Entscheidung vom 19. Mai beschließt der Ministerausschuß eine gemischte Kommission aus 5 Ministern und 7 Mitgliedern der Konsultativversammlung zu bilden.

13. Juni: Der niederländische Botschafter, Baron Botzelaer van Oosterhout, überreicht Außenminister Robert Schuman den „Stikker-Plan“.

Großbritannien

2. Juni: Die Verteidigungsminister von Großbritannien, Norwegen und Dänemark, Emmanuel Shinwell, Christian Hauge und Rasmus Hansen, treten zu einer Konferenz der nordeuropäischen Regionalgruppe des Atlantikpaktes zusammen.

12. Juni: In einem Kommuniqué bringt das Außenministerium sein grundsätzliches Interesse am Schumanplan zum Ausdruck und erklärt, die britische Regierung könne sich nicht von vorneherein an die Prinzipien des Planes binden, ohne seine politischen und wirtschaftlichen Folgen überblicken zu können. Sie schlägt daher eine Ministerkonferenz vor, auf der die beste Methode zur Erörterung des Planes besprochen werden solle.

Das Nationale Exekutivkomitee der Labourpartei veröffentlicht seine Stellungnahme zur Außenpolitik in einem *European Unity* genannten Memorandum. Darin werden die Gedanken einer Übertragung der konstitutionellen Gewalt der europäischen Staaten an eine überstaatliche Autorität abgelehnt und die Zusammenarbeit der Regierungen im Geiste gegenseitigen Vertrauens befürwortet. Eine Zusammenlegung der europäischen Grundstoffindustrien dürfe nicht von persönlichem Profitstreben geleitet sein, sondern müsse im Interesse der europäischen Völker durch deren Regierungen herbeigeführt werden. Die Grundindustrien müßten zuerst in Staatseigentum überführt werden. Die Labourpartei werde keine Verpflichtungen übernehmen, die sie an der Verwirklichung des Sozialismus hindern könnten; daher könne sie sich auch keinem System anschließen, in dessen leitender Behörde eine antisozialistische Mehrheit bestimmend sei. Die Labourpartei lehne die Schaffung eines europäischen Parlamentes mit legislativer Gewalt oder die Übertragung solcher Rechte auf die Konsultativversammlung des Europarates ab.

Premierminister Clement R. Attlee erklärt im Unterhaus, Großbritannien hoffe, das Ergebnis der Schumanplan-Konferenz werde so ausfallen, daß es sich diesem wertvollen Unternehmen für die europäische Zusammenarbeit anschließen könne. Die Regierung werde keinen Gegenvorschlag unterbreiten, um die sechs Mächte nicht von dem eingeschlagenen Weg abzulenken. Amtlich wird bekannt gegeben, das Großbritannien bis zum 1. August seine Hohe Kommission in Österreich durch eine Zivilverwaltung ersetzen wird. Am 13. Juni wird Sir Harold A. Caccia als Nachfolger von Generalmajor T. J. W. Winterton zum britischen Hohen Kommissar in Österreich ernannt.

15. Juni: Die Regierungen von Frankreich, Großbritannien und den Vereinigten Staaten richten

gleichlautende Noten an die Regierung der Sowjetunion. Darin wird die Sowjetunion ersucht, die Arbeiten zum Abschluß eines österreichischen Staatsvertrages zu beschleunigen und den sowjetischen Hohen Kommissar in Österreich durch einen Zivilbeamten zu ersetzen.

Jugoslawien

13. Juni: Die Regierung protestiert bei der sowjetischen Regierung gegen die Behinderung der freien Donauschiffahrt durch die sowjetischen Militärbehörden in Österreich.

Niederlande

14. Juni: Der Vorsitzende des europäischen Wirtschaftsrates, Außenminister Dirk U. Stikker, veröffentlicht ein Memorandum, das ein von der niederländischen Regierung entworfenes Projekt zur Koordinierung der Schwerindustrien, der Landwirtschaften und einiger Veredelungsindustrien der OEEC-Länder zum Inhalt hat. Dieser Plan sieht die Liberalisierung des Handels zwischen den OEEC-Ländern zu 75 Prozent bis zum 31. Dezember 1950, eine Arbeitsteilung und Aufrechterhaltung der Vollbeschäftigung sowie eine Spezialisierung und bessere Arbeitsteilung der europäischen Industrie vor. Außenminister Stikker erklärt, dieser Vorschlag ermögliche die Mitarbeit Deutschlands und Großbritanniens. Die Mitarbeit Großbritanniens an der europäischen Wirtschaftsintegration sei unbedingt notwendig.

Polen

2. Juni: Nach einer amtlichen Erklärung aus Warschau werden die polnischen Westgebiete in die drei Provinzen Koszalin (Köslin), Zielona Gora (Grünberg) und Opole (Oppeln) aufgeteilt.
5. Juni: Eine von dem stellvertretenden Ministerpräsidenten der Deutschen Demokratischen Republik, Walter Ulbricht, geführte Delegation, der der Minister für Innerdeutschen Handel und Versorgung, Georg Handke, der stellvertretende Außenminister, Anton Ackermann, der stellvertretende Minister für Planung, Bruno Leuschner, sowie der stellvertretende Finanzminister, Willi Rumpf, angehören, trifft in Warschau ein. Die Delegation vereinbart am 6. Juni mit der polnischen Regierung eine gemeinsame Deklaration über die Markierung der festgelegten und be-

stehenden deutsch-polnischen Staatsgrenze an der Oder und Lausitzer Neiße, sowie folgende Abkommen: über den Waren- und Zahlungsverkehr für das Jahr 1950, das den Umsatz zwischen den beiden Ländern um 60 Prozent gegenüber 1949 erhöhen soll; Abkommen über Krediterleichterungen der polnischen Regierung zugunsten der Deutschen Demokratischen Republik; Abkommen über die wissenschaftliche und technische Zusammenarbeit; Zahlungsabkommen; Protokoll über die kulturelle Zusammenarbeit.

8. Juni: General Edward Ochab wird seines Postens als Leiter des politischen Erziehungsbüros der polnischen Armee enthoben und zum Sekretär des Zentralkomitees der Vereinigten Arbeiterpartei ernannt. Zu seinem Nachfolger wird der polnische Botschafter in Moskau, Marian Naszkowski, bestimmt.

Schweden

8. Juni: Auf der internationalen landwirtschaftlichen Konferenz in Saltjoebaden beschließen der Präsident der französischen Delegation, Pierre Martin, und der Präsident des deutschen Bauernverbandes, Dr. Andreas Hermes, die Zusammenarbeit der französischen und deutschen landwirtschaftlichen Erzeuger in einer Entente Agricole und unterzeichnen eine gemeinsame Erklärung.

Sowjetunion

9. Juni: Der finnische Ministerpräsident, Urho Kekkonen, trifft in Moskau ein und unterzeichnet am 13. Juni zusammen mit dem sowjetischen Außenhandelsminister M. A. Menschikow einen Handelsvertrag. Am 13. Juni wird Ministerpräsident Kekkonen von Generalissimus Josef Stalin empfangen und verläßt Moskau am 15. Juni.
12. Juni: Die insgesamt 1316 Mitglieder umfassenden, am 12. März gewählten Häuser des Obersten Sowjet, der Unionssowjet und der Nationalitätensowjet, treten zu ihrer ersten Sitzung zusammen. In Anwesenheit von Generalissimus Stalin unterbreitet Finanzminister Arseny G. Swjerew am 13. Juni die Budgetbotschaft für das Jahr 1950, die Staatseinnahmen in Höhe von 432 Milliarden Rubel und Staatsausgaben in Höhe von 427 Milliarden Rubel vorsieht. Für Verteidigungsausgaben sind 79,4 Milliarden Rubel (18,5 Prozent) veranschlagt.

Wichtige Ereignisse in der übrigen Welt

Afrika

Ägypten

5. Juni: Der Chef des Empiregeneralstabes, Luftmarschall Sir William Slim, trifft zu Gesprächen über die Verteidigung des Suezkanals und des angrenzenden Raumes in Kairo ein.
12. Juni: Der Rat der Arabischen Liga tritt in Alexandria zu einer Sondersitzung zusammen, auf

der die Frage eines arabischen Kollektivsicherheitspaktes, der ägyptische Antrag auf Ausschluß Jordaniens und die gemeinsame Erklärung Frankreichs, Großbritanniens, und der Vereinigten Staaten vom 25. Mai über Waffenlieferungen an die Länder des Mittleren Ostens erörtert werden. Am 12. Juni beschließt der Rat, die Frage des Ausschlusses Jordaniens an die politische Kommission zu verweisen. Jordanien nimmt an dieser Sitzung des Rates nicht teil.

Amerika

Kanada

13. Juni: Das Außenministerium gibt bekannt, daß Kanada bereit sei, dem europäischen Wirtschaftsrat beizutreten.

Vereinigte Staaten

1. Juni: Präsident Harry S. Truman übermittelt dem Kongreß seinen ersten Halbjahresbericht über das gegenseitige Verteidigungsprogramm und ersucht um Zuwendungen in Höhe von 1 222 500 000 Dollar für das zweite Jahr des Programms. Diese Summe soll folgendermaßen verteilt werden: Für das Gebiet des Nordatlantikpaktes 1 000 000 000 Dollar; für Persien, die Philippinen und Südkorea 27 500 000 Dollar, für China 75 000 000 Dollar, für Griechenland und die Türkei 120 000 000 Dollar.

Der bisherige amerikanische Botschafter in Athen, Henry F. Grady, wird zum Botschafter in Teheran ernannt.

Präsident Truman unterzeichnet das Auslandshilfegesetz für 1950 in Höhe von 3,2 Milliarden Dollar und erklärt, dieses Gesetz sei ein bedeutender Beitrag zum Frieden und zur Freiheit in der Welt.

2. Juni: Der Pressechef des Außenministeriums, Michael McDermott, erklärt vor der Presse in Washington, Bundeskanzler Dr. Adenauer habe in einem Schreiben an die Regierungen Frankreichs, Großbritanniens und der Vereinigten Staaten vor der Londoner Außenministerkonferenz um Aufstellung einer Polizeitruppe in Stärke von 25 000 Mann ersucht. Die Angelegenheit sei den Hohen Kommissaren in Deutschland zur Beratung mit den deutschen Politikern überwiesen worden.

6. Juni: Generalstabschef Omar N. Bradley erklärt vor dem außenpolitischen und dem Verteidigungsausschuß des Repräsentantenhauses, vom rein militärischen Standpunkt aus gesehen würde die Wiederbewaffnung Deutschlands Westeuropa stärken. Außenminister Dean G. Acheson wendet sich in seiner wöchentlichen Pressekonferenz gegen jede Wiederaufrüstung Deutschlands.

7. Juni: Der Senat verabschiedet ein neues Gesetz über die Einwanderung von Verschleppten Personen. Dadurch wird das bereits bestehende Gesetz bis zum 30. Juni 1951 verlängert, diskriminierende Bestimmungen in Bezug auf das Herkunftsland und den Beruf aufgehoben und 54 744 Heimatvertriebenen aus den deutschen Ostgebieten die Einreise in die Vereinigten Staaten gestattet.

In einer Erklärung zu dem Zehn-Punkte-Programm des Generalsekretärs der Vereinten Nationen, Trygve Lie, gibt Außenminister Acheson der sowjetischen Politik die Schuld an den internationalen Spannungen und bezeichnet die Stärke der freien Welt als die einzig mögliche Grundlage des Friedens mit der Sowjetunion.

8. Juni: Das Außenministerium erklärt, die gemeinsame deutsch-polnische Deklaration über die Oder-Neiße-Grenze stelle einen Bruch des Potsdamer Abkommens dar. Die Festlegung der deutschen Grenzen könne erst in einem zukünftigen Friedensvertrag und nicht durch ein- oder zweiseitige Vereinbarungen erfolgen.

9. Juni: Der sowjetische Geschäftsträger, Wladimir I. Bazykin, überreicht Unterstaatssekretär James E. Webb eine Note, in der die sowjetische Regierung erneut ihr Interesse an den antarktischen Gebieten bekundet und die Teilnahme an einer zukünftigen Konferenz über die Aufteilung der Antarktis fordert.

Präsident Truman erklärt in einer Rede vor der Universität Missouri, die Vereinigten Staaten könnten die Sicherheit der Welt nicht aufs Spiel setzen, indem sie jetzt oder im Jahre 1952 die wirtschaftliche Hilfe an ihre Verbündeten einstellten.

13. Juni: Außenminister Dean G. Acheson erklärt in Dallas (Texas), das Ziel der amerikanischen Außenpolitik sei der Aufbau einer friedlichen Welt. Er hoffe, daß die Sowjetunion einmal ein guter Nachbar der Vereinigten Staaten werden möge. Er glaube, daß ein Krieg zu vermeiden sei, obwohl der russische Imperialismus durch seine militärische Macht und die internationale kommunistische Bewegung die Vereinigten Staaten herausfordere und den Frieden gefährde.

15. Juni: Der Administrator für den Marshallplan, Paul G. Hoffmann, bezeichnet vor dem außenpolitischen und dem Verteidigungsausschuß des Senats das Memorandum der Labourpartei *European Unity* als eines der bedauerndsten Beispiele für Isolationismus.

Asien

China

6. Juni: Auf dem vom 6. bis 9. Juni in Peking stattfindenden dritten Jahreskongreß der Kommunistischen Partei fordert der Vorsitzende der Zentralen Volksregierung, Mao Tse-tung, die Fortsetzung der Bodenreform, eine Teildemobilisierung der Armee und die Beibehaltung einiger Überreste der kapitalistischen Wirtschaftsförm.

Indien

11. Juni: 262 Delegierte der Opposition innerhalb der Kongreßpartei gründen in Lucknow eine gegen die Kongreßpartei des Ministerpräsidenten Pandit Nehru gerichtete Volkskongreßpartei.

Indonesien

7. Juni: Der indische Ministerpräsident Pandit Nehru trifft zu einem Staatsbesuch in Jakarta ein.

Japan

1. Juni: Das Außenministerium veröffentlicht eine Erklärung, in der die Regierung ihre Bereitschaft zum Ausdruck bringt, mit jedem Land, das Japan seine Unabhängigkeit und Gleichbe-

rectigung garantiert, einen Friedensvertrag zu schließen.

4. Juni: Die Neuwahlen von 132 der insgesamt 250 Senatoren haben folgendes Ergebnis (in Klammern die Gesamtstärke der Parteien im Senat): Liberale Partei: 52 (76); Sozialistische Partei: 36 (51); Gesellschaft des grünen Windes: 9 (50); Demokratische Partei: 9 (29); Unabhängige: 19 (22); Kommunistische Partei: 2 (4); Splitterparteien: 5 (8).
6. Juni: Die Regierung gibt bekannt, daß sie in Ausführung einer Anweisung des Alliierten Oberbefehlshaber in Japan, General Douglas *McArthur*, sämtliche 24 Mitglieder des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei von jeglicher politischen Tätigkeit ausgeschlossen hat. Am 7. Juni werden auf Befehl von General *McArthur* 17 Redakteure der kommunistischen Zeitung *Akahata* mit Berufsverbot belegt, da sie anlässlich des Verbots der politischen Tätigkeit der Mitglieder des Zentralkomitees der kommunistischen Partei zum Generalstreik aufgerufen hatten. Innerhalb der Kommunistischen Partei wird eine provisorische zentrale Körperschaft gegründet, die die Führung der Partei bis zum nächsten Parteitag übernehmen soll.
7. Juni: Der sowjetische Delegierte im alliierten Rat für Japan, Generalleutnant *Derewjanko* verläßt mit seinem Stab Tokio, während sein Stellvertreter, Oberst *Poljaschenko*, zurückbleibt.

Korea

8. Juni: Radio Pyongyang gibt bekannt, die nordkoreanische Regierung habe die am 30. Mai in Südkorea abgehaltenen Wahlen für ungültig erklärt und fordere die Abhaltung gemeinsamer Wahlen in ganz Korea.

Syrien

4. Juni: Die Regierung des stellvertretenden Vorsitzenden der Volkspartei, Nazem *el-Kodsi*, wird vereidigt. Sie hat folgende Zusammensetzung: Ministerpräsident und Außenminister: Nazem *el-Kodsi*; Wirtschafts- und Landwirtschaftsminister: Shaker *Alass*; Arbeitsminister: George *Chalhoub*; Erziehungs- und Gesundheitsminister: Karhan *el-Jandali*; Innenminister: Rasheed *Barmada*; Finanzminister: Hassan *Habbara*; Verteidigungsminister: Oberst Fawzi *Selo*.

Organisation der Vereinten Nationen

2. Juni: Israel und Jordanien lehnen das vom Treuhandschaftsrat entworfene Statut zur Internationalisierung Jerusalems ab. Am 14. Juni beschließt der Treuhandschaftsrat mit 9 gegen die Stimme Iraks und bei 1 Stimmenthaltung, die Frage der Internationalisierung Jerusalems an die Vollversammlung zurückzuverweisen, da infolge des Widerstands Israels und Jordaniens keine Einigung erzielt werden könne.
6. Juni: Der Generalsekretär der Vereinten Nationen, Trygve *Lie* veröffentlicht ein Memorandum,

das er den Regierungschef von Frankreich, Großbritannien, der Sowjetunion und Präsident *Truman* vorgelegt hatte. Das Memorandum enthält 10 Punkte, die der Verwirklichung eines 20-jährigen Friedensprogramms dienen sollen. Die Punkte sind: 1. Periodisch stattfindende Konferenzen des Sicherheitsrates unter Beteiligung der Regierungschefs, der Außenminister oder anderer Regierungsmitglieder. Weiterentwicklung und Benutzung anderer Organe der Vereinten Nationen zur Verhandlung, Vermittlung und Beilegung internationaler Konflikte; 2. Erneute Bemühungen, eine internationale Kontrolle für Atomenergie zu schaffen; 3. Kontrolle des Wetrüstens; 4. Erneute Bemühungen, eine Regelung in der Frage herbeizuführen, welche Streitkräfte dem Sicherheitsrat zur Durchführung seiner Entscheidungen zur Verfügung gestellt werden sollen; 5. Ausdehnung der Mitgliedschaft auf eine möglichst große Anzahl von Staaten; 6. Ein Programm zur technischen Entwicklung und Stärkung großangelegter Kapitalinvestitionen; 7. Häufigere Benutzung der Spezialorganisationen, um einen höheren Lebensstandard, Vollbeschäftigung und Fortschritte auf sozialem und wirtschaftlichem Gebiet zu erreichen; 8. Ständige Arbeit der Vereinten Nationen für eine weitreichendere Beachtung und Respektierung der Menschenrechte und grundlegenden menschlichen Freiheiten; 9. Ständige Arbeit der Vereinten Nationen an der Aufgabe, eine Gleichstellung der abhängigen, kolonialen und halbkolonialen Völker herbeizuführen; 10. Systematischer Gebrauch aller Vollmachten der Charta der Vereinten Nationen und der Organisation, um ein internationales Recht in einer Weltgesellschaft zu entwickeln.

12. Juni: Vertreter aller Mitgliedstaaten mit Ausnahme der Sowjetunion und der Volksdemokratien, sowie Vertreter von Italien, der Schweiz, Finnland, Ceylon, Indonesien, Korea und Monaco treten in New York zu einer Konferenz zusammen, auf der ein erweitertes Programm für die technische Unterstützung unterentwickelter Länder ausgearbeitet wird. Die Konferenz wird am 14. Juni beendet, nachdem Vertreter von 50 Nationen einen Betrag von insgesamt 20 Millionen Dollar für die ersten 18 Monate des Programms zur Verfügung gestellt haben.

13. Juni: Auf der in Florenz tagenden Konferenz der UNESCO reicht der Vorsitzende Jaime *Torres Bodet* (Mexiko) sein Rücktrittsgesuch mit der Begründung ein, er fände für sein Programm der Intensivierung der Friedensarbeit der UNESCO nicht genügend Unterstützung und betrachte das Budget für 1950 in Höhe von 8,2 Millionen Dollar als unzureichend. Am 15. Juni nimmt er jedoch auf Grund einer von den Delegationsführern einstimmig verfaßten Resolution sein Rücktrittsgesuch zurück.

NEUEINGÄNGE IN UNSEREM ARCHIV

5. JAHR

WICHTIGE ZUGÄNGE VOM 1. BIS 15. JUNI 1950

13. FOLGE

Bücher und Broschüren

Bärmann, Johannes: Die Freiheit der europäischen Binnenschifffahrt. Schriftenreihe der Deutschen Europa-Akademie, Heft 7. Herausgegeben vom Generalsekretariat der Deutschen Europa-Akademie. Mannheim, UNA-Europäische Verlagsgesellschaft; 1950. 56 S.

Becker, Rudolf: Annahme an Kindes Statt. Kleine Fachbibliothek für Verwaltung und Recht. Band II. Frankfurt/M., Wolfgang Metzner Verlag; 1950. 177 S. Preis: DM 6,—.

Condliffe, J. B. and Hutcheson, Harold H.: Point Four and the World Economy. Point Four: Economic Development; Brazil: A Case Study. Headline Series No. 79, Jan. 20, 1950. New York 16, N.Y. Published monthly by the Foreign Policy Association, Incorporated; 1950. 62 S.

Curti, Nerle: Introduction to America. Federal Textbook on Citizenship. Washington, United States Government Printing Office; 1944.

Der Schutz des Wettbewerbs in der sozialen Marktwirtschaft. Bericht über eine Arbeitstagung. Mit einleitendem Referat von Prof. Dr. Leonhard Miksch, Freiburg. Frankfurt/M., Institut zur Förderung öffentlicher Angelegenheiten e. V. 148 S. Preis: brosch. DM 2.50.

Professor Miksch betont in seinem Referat, daß die Bekämpfung wirtschaftlicher Machtstellungen schon seit längerer Zeit, und nicht erst seit 1945, ein Anliegen der deutschen Wirtschaftspolitik gewesen ist. Aus der Diskussion tritt klar hervor, daß die deutsche Nationalökonomie für die Bewältigung des Wettbewerbsproblems bereits ausreichende Lehren entwickelt hat und es nicht nötig ist, sich bei der Regelung ausschließlich auf ausländische Ansichten zu stützen. Die getrennte Regelung der Kartellfrage ohne gleichzeitige Reform des geltenden Wirtschaftsrechts und eine neue Gestaltung der Wirtschafts- und Handelspolitik werde keinen wirksamen Schutz des Wettbewerbs bringen.

Die deutsche Wirtschaft und der Marshallplan. Schriftenreihe der Deutschen Akademie, Heft 6. Herausgegeben vom Generalsekretariat der Deutschen Akademie, Mannheim, UNA-Europäische Verlagsgesellschaft; o. J. 36 S.

Dreißig Jahre Kampf für soziale Gerechtigkeit 1919—1949. Vorwort von David A. Morse, Generaldirektor des Internationalen Arbeitsamtes. Die Internationale Arbeitsorganisation. Genf (Schweiz), Internationales Arbeitsamt; 1950. 197 S. Preis: kart. Sfr. 1,20, \$ —,30, DM 1,—, Schilling 4,—.

Economic Survey of Europe in 1949. Prepared by the Research and Planning Division Economic Commission for Europe. Genf; 1950. Original: Englisch.

Éléments d'une politique de l'Est européen. Mouvement Européen. Document établi par la Section des Pays de l'Europe centrale et orientale (Bulgarie, Hongrie, Pologne, Roumanie, Tchécoslovaquie, Yougoslavie). Mai 1950. 30 S.

Eschenburg, Theodor: Das Problem der Neugliederung der Deutschen Bundesrepublik. Dargestellt am Beispiel des Südweststaates, Herausgegeben vom Institut zur Förderung öffentlicher Angelegenheiten e. V., Frankfurt am Main. 80 S. Preis: brosch. DM 2.—.

Das durch die Freudenstädter Beschlüsse über eine Volksabstimmung über den Südweststaat in den Vordergrund getretene Problem der Neugliederung der Deutschen Bundesrepublik wird in dieser Schrift von Professor Dr. Theodor Eschenburg am Beispiel des Südweststaates dargestellt. Professor Eschenburg geht in seiner Darstellung von der Hypothek der historischen Gliederung aus, mit der jede Neuordnung der Ländergrenzen belastet ist und zieht Vergleiche mit den Verhältnissen in anderen Bundesstaaten. Die Reformversuche der Weimarer Republik, die Neueinteilung der Länder durch die Besatzungsmächte, das Problem der Ländergrenzenänderung nach dem Bonner Grundgesetz und schließlich die besonderen Verhältnisse in Südwestdeutschland erfahren eine eingehende Würdigung. Texte der einschlägigen Dokumente sowie 8 Karten veranschaulichen das Problem.

European Engineering Industry. Availability of Products for Export. Original: Englisch. Geneva, United Nations Economic Commission for Europe Industry and Materials Committee; May 1950.

Information Please Almanac 1950. Editor: John Kieran. New York City, The Macmillan Company; 1948. 927 S.

International Capital Movements during the Inter-War Period. United Nations Publications, Sales Nr. 1949. II. D. 2. Lake Success, New York, United Nations Department of Economic Affairs; October 1949. 70 S. Preis: brosch. sfr. 2.— (Auslieferung durch: Hans Raunhardt, Zürich 1, Schweiz, Kirchgasse 17.)

Mit dieser Veröffentlichung der Vereinten Nationen werden Ausmaß und Richtung der internationalen Kapitalbewegungen in der Zeit zwischen den beiden Weltkriegen eingehend behandelt.

Die Veränderungen der internationalen Finanzbeziehungen während des ersten Weltkrieges sowie die internationalen Verschiebungen zwischen Schuldner- und Gläubignationen werden als Grund für die Unausgeglichenheit der Zahlungsbilanz vieler Länder in der Nachkriegszeit bezeichnet. Diese Veränderungen werden in einzelnen Kapiteln eingehend behandelt.

Für das Verständnis der nach dem zweiten Weltkrieg noch viel komplizierter gewordenen Lage auf dem Gebiete der internationalen Finanz will dieser Bericht einen Beitrag leisten.

Land, Werner: Hinter Oder und Neiße. Berlin, Verlag Blick nach Polen GMBH. der Helmut v. Gerlach-Gesellschaft für kulturelle, wirtschaftliche und politische Beziehungen zu dem neuen Polen. o. J. 64 S. Preis: brosch. DM —.50.

Minerals Yearbook 1947. Prepared under the direction of E. W. Pehrson, Chief Economics and Statistics Division. Allan F. Matthews, Editor. Washington, United States Government Printing Office; 1949. VIII, 1616 S. Preis: Leinen \$ 4.25.

Auf 1616 Seiten enthält dieses Buch ausgezeichnete statistische Angaben über die Erzeugung aller Mineralien in den Vereinigten Staaten und der ganzen Welt. Dabei werden die Statistiken in kurzer, aber prägnanter Weise erläutert und durch Angaben über Exporte der verschiedenen Länder sowie Hinweise auf die Preise ergänzt.

Neumann, Franz L.: German Democracy 1950. International Conciliation, May 1950. No. 461. Carnegie Endowment for international peace, New York, N. Y.

In dieser Folge der Schriftenreihe der Carnegie-Stiftung für den internationalen Frieden wird das Problem der deutschen Demokratie eingehend untersucht. Der Bericht geht von der Voraussetzung aus, daß Deutschland seinen Platz in Westeuropa wieder einnehmen muß. Der Verfasser analysiert die Zusammensetzung der gegenwärtigen Schichten der deutschen Gesellschaft, ihre Stärken und Schwächen und ihre Probleme sowie die Aufgaben, denen sich die Besatzungsmächte gegenüber sehen. Er erörtert die Möglichkeiten der Gewerkschaften als ein Hauptelement in der Schaffung eines demokratischen Deutschland. Er weist ferner auf die Gefahren einer Remilitarisierung Deutschlands hin.

Osthandbuch (Vorabdruck) Heft 20. Handel und Verkehr in den deutschen Ostgebieten nach dem zweiten Weltkrieg (auf Grund polnischer Angaben). Abgeschlossen: 20. 2. 1950. Stuttgart, Deutsches Büro für Friedensfragen; 1950. 29 S.

Report of Presidents Committee on Civil Service Improvement. House Document No. 118. Washington, United States Government Printing Office; 1941.

Reynolds, Mary Tracket: Interdepartmental Committees in the National Administration. Studies in History, Economic and Public Law. Edited by the Faculty of Political Science of Columbia University. Number 450. New York, Columbia University Press, London, P. S. King & Son; 1939. 177 S.

Rights of the People. Federal Textbook on Citizenship. Book 1. Washington, United States Government Printing Office; 1943.

Schubart, Erich und Völker, Hans: Verschollenheitsrecht. Kommentar zum Gesetz über die Verschollenheit, die Todeserklärung und die Feststellung der Todeszeit vom 4. Juli 1939 und ergänzende Länderbestimmungen. Kleine Fachbibliothek für Verwaltung und Recht. Band III. Frankfurt/M., Wolfgang Metzner Verlag; 1950. 155 S. Preis: DM 5,—.

Spain and the United Nation's Accusations. Madrid, Diplomatic Information Office; 1949. 78 S.

The Protestant Church in Spain. (Six Reports on an anti-Spanish Campaign of Defamation.) Madrid, Diplomatic Information Office; 1950. 138 S.

The World Almanac and Book of Facts for 1950. Edited by Harry Hansen, Sixty-Fifth Year of Publication. Published Annually by: New York, World Telegramm; 1950. 912 S.

This Democracy of Ours. Prepared by Thomas H. Briggs, Prof. of Education Teachers College, Columbia University. Federal Textbook on Citizenship. Washington, United States Government Printing Office; 1943.

To Secure These Rights. The Report of the Presidents Committee on Civil Rights. Washington, United States Government Printing Office; 1947. 178 S. Preis: brosch. \$ 1,00.

United Kingdom Policy Foreign, Strategic, Economic. Appreciations by Prof. Sir Charles Webster, Major General Sir Ian Jakob, E. A. G. Robinson. London & New York, Royal Institute of International Affairs; 1950. 101 S. Preis: brosch. 4 s net.

Texte und Dokumente

Abkommen zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Republik Polen über technische und wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit vom 6. Juni 1950. In: „Tägliche Rundschau“ vom 8. Juni 1950.

Anglo-French Discussions regarding French proposals for the Western European Coal, Iron and Steel Industries. Presented by the Secretary of State for Foreign Affairs to Parliament by Command of His Majesty. Miscellaneous No. 9 (1950). Cmd. 7970 London, His Majesty's Stationery Office; May-June 1950. 15 S. Preis: 4 d. netto.

Communiqués relatifs aux activités sociale et culturelle de l'Union Occidentale. (Bruxelles, 16—17 avril 1950). In: „La Documentation Française, Notes et Études Documentaires“, Nr. 1342 vom 16. Juni 1950.

Constitution de la République d'Islande. In: „La Documentation Française, Notes et Études Documentaires“, Nr. 1326 vom 19. Mai 1950.

Denkschrift der Bundesregierung zur Saarfrage. Bonn, Bonner Universitäts-Buchdruckerei Gebr. Scheuer; o. J. 42 S.

Echange de notes franco-britanniques sur le plan Schuman. In: Information et Documentation, Nr. 296 vom 17. Juni 1950.

European Unity. A statement by the National Executive Committee of the British Labour Party. Published by the Labour Party. London; 1950. 15 S. Preis: brosch. 3 d.

Gemeinsame Deklaration der Deutschen Demokratischen Republik und Polens über die Markierung der festgelegten und bestehenden deutsch-polnischen Staatsgrenze an der Oder und der Lausitzer Neiße vom 6. Juni 1950. In: „Tägliche Rundschau“ vom 8. Juni 1950.

Kommuniqué über die Verhandlungen zwischen Polen und der Deutschen Demokratischen Republik vom 7. Juni 1950. In: „Tägliche Rundschau“ vom 8. Juni 1950.

Le Pacte des Etats de la Ligue Arabe. (Texte approuvé le 11 avril 1950 au Caire par le Comité politique de la Ligue arabe). In: Information et Documentation Nr. 288 v. 22. April 1950.

Le plan de paix du Secrétaire général des Nations Unies. (publié à Lake Success, le 6 Juin 1950). 1. Lettre du Secrétaire général à chacun des membres des Nations Unies. 2. Mémoire d'adum du Secrétaire général. In: Information et Documentation, Nr. 295 vom 10. Juni 1950.

Protokoll über kulturelle Zusammenarbeit zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Republik Polen vom 6. Juni 1950. In: „Tägliche Rundschau“ vom 8. Juni 1950.

Europa und seine Kultur

von Denis de Rougemont, Genf

Die Anregung zur Schaffung eines europäischen Kulturzentrums ging im Mai 1948 vom Haager Kongreß der Europäischen Bewegung aus und wurde auf der ersten Tagung des Europarates in Straßburg sowie auf dem Kulturkongreß der Europäischen Bewegung in Lausanne weiterentwickelt. Denis de Rougemont war als Begründer und Leiter des Studienbüros für ein europäisches Kulturzentrum eine der treibenden Kräfte dieser Entwicklung. Die nachfolgenden Ausführungen sind einem Vortrag entnommen, den Denis de Rougemont am 6. Juli 1950 in Heidelberg hielt. Co.

Es wäre möglich, bis in das Unendliche über die Ausdrücke Europa und Kultur zu sophistizieren. Gott weiß, daß man sich dessen nicht enthalten hat. Wo beginnen und wo enden diese beiden Realitäten? Zugleich im Raum und in der Zeit sind sie beweglich und komplex. Was außerdem bedeuten kann, daß sie lebendig sind.

Der erste ständige Charakterzug Europas ist geographischer Art: Europa ist eine Halbinsel Asiens.

Zweiter ständiger Charakterzug: es ist klar durch Gebirgszüge und Flüsse in Abteilungen eingeteilt, klar an drei Seiten durch die Meere und den Ozean begrenzt. Es erinnert an ein vergrößertes Griechenland. Aber hier ist der problematische Charakterzug dieser Halbinsel: ebenso wie Griechenland keine wohl abgezeichnete Grenze nach Norden hat, öffnet sich Europa nach dem Osten durch unendliche Ebenen. Es ist keine geographische Tatsache, die seine Grenzen nach Asien hin abzeichnet, sondern eine historische Tatsache, ein Verhältnis menschlicher Kräfte.

Die Ostgrenze wird also immer beweglich sein. Und gerade dadurch, daß es ewig mit dem Gesicht nach Asien gekehrt ist, in dem Bemühen, sich von demselben zu unterscheiden, um der Wieder-Absorption durch die große Mutter Widerstand zu bieten, ist sich das kleine Europa seiner selbst und seiner Einheit bewußt geworden. Marathon, Salamis, die Verteidigung des römischen Limes, die katalaunischen Gefilde, die Kreuzzüge, Nicopolis, Lepanto . . . Stolze Namen! Heute, der Kalte Krieg . . . Rufen wir uns im Vorbeigehen ins Gedächtnis zurück, daß den Vorstößen Asiens aus dem Osten im allgemeinen dunkle Zeiten der Erschöpfung und der Zerstörung gefolgt sind, während die aus dem Nahen Osten über das Mittelmeer, Italien oder Afrika gekommenen Vorstöße assimiliert wurden und unsere Zivilisation befruchteten. Unser Gleichgewicht mit der arabischen und islamitischen Welt scheint hergestellt zu sein. Das ist nicht der Fall mit dem, was in Zentralasien wieder geboren wird, wieder hervorquillt.

Der geographischen Tatsache der Einteilung Europas in verhältnismäßig isolierte Abteilun-

gen sind die nationalen Verschiedenheiten zuzuschreiben, aus denen wir — vergessen wir dies nicht — so große Vorteile gezogen haben, bevor das Phänomen des „Etatismus“ sie sklerotisiert und neuritisch oder sogar kriminell gemacht hat. Schließlich sind der geographischen Tatsache des Zerschneidens der Küsten durch verschiedene Meere die wiederholten Annäherungen an die übrige Welt durch die Spanier und Portugiesen, die Skandinavier, die Engländer, die Holländer und die Franzosen zuzuschreiben sowie die verschiedenen Formen, die der europäische Imperialismus im Laufe der Jahrhunderte angenommen hat.

Nachdem der Teil der Determinationen und der natürlichen Probleme damit gekennzeichnet ist, befinden wir uns vor einer nackten und einfachen Frage, auf welche unsere Generation ihre Betrachtungen konzentrieren muß. Es ist eine Tatsache, daß die Halbinsel Europa nur 5 Prozent der Bodenfläche des Planeten umfaßt.

Woher kommt es dann, daß es die ganze Welt jahrhundertlang beherrscht hat?

Jeglicher Art Dynamik liegt eine Spannung zu Grunde. Die europäische Macht ist ein Fall außergewöhnlicher kollektiver Dynamik; welche ebenfalls außergewöhnlichen Spannungen können wir als derselben zu Grunde liegend unterscheiden?

Nun, ich glaube, es würde überflüssig sein zu versuchen, hier etwas anderes zu entdecken als jedermann weiß: die fundamentale Spannung der westlichen Welt ist im Grund ternär und nicht zwei-polig, ebenso wie die Theologie des Westens nicht dualistisch sondern dreieinig ist, und in der Tat ist Europa nicht geboren worden im Kampfe zwischen Ost und West — ein Kampf, der es nur seiner selbst bewußt werden ließ, nachdem es bereits bestand — sondern wohl in dem Komplex der gegenseitigen Spannungen, als deren Pole symbolisch Athen, Rom und Jerusalem genannt werden können. Jedermann weiß das, aber es erscheint mir zweckmäßig, zu umreißen, was das noch heutzutage und in unserer zeitgenössischen Ausdrucksweise bedeuten kann.

Athen ist die Entdeckung des Individuums, des Menschen, der sich von der Herde unterscheidet, indem man ihn selbst mißt durch einen befreienden, aber auch entweihenden Bruch mit dem Heiligen.

Rom ist die Schöpfung des Bürgers, d. h. die Aufnahme des Individuums in eine Gemeinschaft neuer Art, die Civitas, die ebenfalls nicht auf dem Heiligen, sondern auf dem Gesetz und dem Kontrakt begründet ist.

Jerusalem schließlich ist die Offenbarung der Person, d. h. die transzendente und bedingungslose Berufung, die jedem menschlichen Wesen unabhängig von jeder individuellen Eigenschaft, von jeglicher gesetzlichen Klassifizierung in der Gemeinschaft, von jeglichem Kräfteverhältnis einen absoluten, nicht meßbaren Wert gibt.

Von diesen drei Polen aus kann man die hauptsächlich dynamischen Strukturen des Westens auslegen, die fundamentalen Konflikte, die sie untereinander in Spannung versetzen, und die großen Doktrinen des Menschen und der Gesellschaft, die sich allmählich aus diesem Komplex gelöst haben, vergleichbar mit der Weise, wie sich die großen Häresien von der Doktrin der Dreieinigkeit abgezeichnet haben. Nach 20 Jahrhunderten der Kombinationen und der Analysen nennt sich das heute Individualismus, Kollektivismus und Personalismus.

Der Kampf, den sich gegenwärtig diese drei menschlichen Haltungen in der Welt, in der Gesellschaft und bis in unser Privatleben liefern, — dieser Kampf ist so heftig, so schmerzlich, so konkret, daß ich mich jeglicher weiteren philosophischen oder historischen Betrachtung enthoben fühle, zu beweisen, daß es zwischen Athen, Rom und Jerusalem von Anbeginn ein Drama gegeben hat, oder vielmehr drei sich gegenseitig kreuzende Dramen sowie ihre Kombinationen und Permutationen gegeben hat. In dem Komplex der Dramen, wesentliche Eigenschaft des Westens, finden wir das große Geheimnis des europäischen Menschen: Es ist ein dialektischer, dialogischer Mensch, der nur um den Preis schwierigster Synthesen erhoffen kann, das Gleichgewicht zu erreichen, dem dies nur sehr selten gelingt, der gezwungen ist, seine unaufhörlich durch immer neue Reaktionen bedingten, ständigen Abweichungen von der Bahn berichtigen zu müssen, also ein zur ewigen Wahl verdammt Mensch, der im Banne des Gewissens steht und damit zuerst alle Ergebnisse und alle Werte in Frage stellt.

Das ist es, weshalb dieser europäische Mensch sich im Laufe des letzten Jahrtausends schöpferischer bewiesen hat als irgend ein anderer Mensch aus den bekannten Familien des Planeten. Er konnte nicht anders handeln.

Ich spreche von den letzten tausend Jahren. Aber wie ist es dann zu erklären, wird man mir sagen, daß der Mensch des 4. Jahrhunderts beispielsweise, in dem sich schon die höchst unsta-

bile und schöpferische Synthese Athens, Roms und Jerusalems vollzogen hatte, nicht gewisse der markantesten Züge des Menschen des 19. oder 20. Jahrhunderts gezeigt hat? Beweist das nicht, daß ich einige entscheidende Elemente vergessen habe, die weder in Athen noch in Rom noch in Jerusalem noch aus deren Kombinationen geboren wurden?

Da ist zunächst die Zeit. Ein Dialog erfordert Zeit. Die Zeit, um zu widersprechen, dann manchmal zu begreifen, Erfahrungen zu sammeln und die Folgerungen aus denselben zu ziehen. Im Laufe der Zeit haben sich tausend aus den drei fundamentalen Elementen geborene Wahrheiten und tausend Irrtümer miteinander verknüpft, haben sich kombiniert und verheiratet, haben sich geschieden, haben Allianzen geschlossen. Sie haben sich in chemischem Sinne vereinigt und nicht nur mechanisch. So sind im europäischen Laboratorium gewisse neue Produkte erst nach Jahrhunderten der Kasteiung entstanden.

Drei Gedanken, die heutzutage zu psychologischen Realitäten geworden sind, scheinen mir typisch europäisch zu sein in dem Sinn, daß sie nur aus dem Komplex heraus geboren werden konnten, den ich soeben beschrieben habe. Es sind die Ideen der Revolution, der Passion und des Fortschritts.

Sie sind alle drei aus der christlichen Offenbarung geboren, analysiert und in griechisch-jüdisch-römischem Prisma verbildet worden.

Die Idee der Revolution ist für einen Asiaten oder für einen Farbigen unverständlich, wenn er nicht Kontakt mit unserer Zivilisation gehabt hat. Denn in Wahrheit ist diese Idee die Übertragung der christlichen Bekehrung auf das kollektive Gebiet der grundsätzlichen und brüsklen Orientationsänderung, übersetzt in römische Begriffe von Einrichtungen, von neuem Recht.

Ebenso ist die Passion zur Liebe eine Übertragung der Bekehrung auf das Gebiet der individuellen Beziehungen, sagen wir sogar der individualistischen. Sie erscheint erst im 12. Jahrhundert unter dem Einfluß der manichäischen Häresie. Sie setzt den christlichen, persönlichen Glauben voraus in den unendlichen Wert eines erwählten, einzigartigen und unersetzlichen Individuums.

Schließlich ist die Idee des Fortschritts offensichtlich evangelischen Ursprunges oder genauer paulinistisch mit griechischen und römischen Begriffen individuellen Maßes und kollektiver Organisation.

Diese drei Ideen der Kraft, diese drei Antriebe der westlichen Seele — man könnte deren andere anführen — werden als Beispiele genügen: sie lassen uns die Natur und die Ursachen einer spezifischen Kapazität des Europäers vorfühlen: diejenige, sein Milieu und seine materiellen und moralischen Gegebenheiten umzugestalten, ohne sich durch Feststellungen des Interesses, des gesunden Verstandes oder des Realismus aufhalten zu lassen. Gewissenswil-

len, virulente Schöpfertätigkeit, Leidenschaft der Umgestaltung, das kennzeichnet den eigentlichen westlichen Ehrgeiz im Gegensatz zu anderen Zivilisationen, die das Glück oder die Weisheit, die statische Ordnung oder die Unsterblichkeit gesucht haben.

Diese bewußte und schöpferische Unruhe, ich werde sie ganz einfach nennen: Unsere Kultur.

Gewiß, man kann die Kultur ganz anders definieren: als die Gesamtheit der intellektuellen, sozialen, künstlerischen und religiösen Disziplinen einer bestimmten Gesellschaft, oder als die Gesamtheit der Schöpfungsverfahren und ihrer Transmission, oder als ein Bewußtwerden des Lebens als einer progressiven Ausdehnung der Herrschaft des Menschen über sich selbst und über die Welt...

Alle diese Definitionen und viele andere sind gleichzeitig richtig und angreifbar, zu leicht und zu schwierig. Ich werde mich hier mit einer globalen Ansicht und einer einfachen Feststellung begnügen, die aber für die Folge meines Exposés entscheidend ist: nach meinen Begriffen ist die westliche Kultur das, was aus Europa etwas anderes gemacht hat, als was es physisch ist, — etwas anderes als ein kleines Kap Asiens, um das berühmte Wort de Valéry's aufzunehmen — das Herz und das Hirn der modernen Welt.

Versuchen wir also jetzt diese beiden Realitäten, Europa und die Kultur in dem sich unmittelbar in unserem Leben abspielenden Drama zu erfassen.

Europa zuerst. Kürzlich noch Königin der Erde bis gegen 1914 und selbst bis zum letzten Konflikt, sah sich Europa plötzlich vor 5 Jahren entthront, zur gleichen Zeit, als es aus seinen Ruinen befreit wurde. Es hatte ein Viertel, dann ein Fünftel der Bevölkerung der Welt repräsentiert. Es wird wahrscheinlich in 50 Jahren nur noch einen Anteil von 10 Prozent daran haben. Es weiß es noch nicht. Aber was es sehr wohl sieht, ist, daß es auf dem Gebiete der politischen Macht nicht mehr das Zentrum der Welt ist. Es fühlt sich von der Geschichte „abgesetzt“ zu Gunsten zweier neuer Imperien, die einen Krieg auf seinem Boden und auf seine Kosten zu entfesseln drohen. Stäbchen kleiner Staaten, deren am dichtesten bevölkerte keinen Augenblick mehr behaupten können, sich auf der Höhe der modernen Realitäten zu befinden; verstopft durch innere Grenzen und „protektionistische“ Tarife, die nichts mehr beschützen können, aber die sehr wohl das ersticken können, was sie einschließen; seine Energien und seine alte, verschlagene Politik in lokalen anachronistischen und unfruchtbaren Rivalitäten erschöpfend, so bietet Europa den amerikanischen und russischen Imperien nichts mehr als jene Leere, vor der die Geschichte nicht weniger Schrecken hat als die Natur. Darüber hinaus sieht es sich im Augenblick von einem Viertel seiner Bevölkerung im Osten und der iberischen Halbinsel

im Westen abgetrennt. Der Rest lebt nur noch auf Grund einer intelligenten Hilfe, welche ihm eines der beiden Imperien angedeihen läßt, einer Hilfe, die sich unvermeidlicherweise in eine Kontrolle verwandeln muß, wenn wir es nicht verstehen, innerhalb von zwei Jahren Nutzen daraus zu ziehen, während das andere Imperium unter uns über ein vorzeitiges Besatzungskorps verfügt.

Die wirtschaftliche Krise hängt uns über dem Haupte. Die soziale Krise herrscht im Volke. Die kolonialen Imperien stürzen zusammen, und das Problem der Mutterländer besteht schon weniger darin, die Kolonien zu behalten, als sich nicht von ihnen selbst kolonisieren zu lassen. Hinsichtlich der materiellen Macht müssen wir uns klar machen, daß Amerika in diesem Jahr für die Entwicklung der Atomforschung 5 Milliarden Dollar auswirft, während der entsprechende Kredit für Frankreich kaum 1/400 dieser Summe erreicht. Vom Standpunkte der Ideale aus gesehen, hat Europa nicht nur die Initiative verloren, sondern auch sein gutes Gewissen. Der Gedanke des Glückes, der Gedanke des Fortschrittes sind ausgewandert, sie sind amerikanisch und russisch geworden.

Aber hier berühren wir bereits das Drama unserer Kultur. Einerseits sind sich in den totalitären Staaten vor unseren Toren, die bei uns ihre Respondenten haben, die grundsätzliche Freiheit, die Macht, die regierenden Werte und die offiziellen Tätigkeiten in Frage gestellt, abgeleugnet, bestraft und als unmoralisch qualifiziert. Aber andererseits ist in unseren Ländern diese Freiheit, die man uns läßt, fast leer und wirkungslos geworden.

Im Osten sehen wir, daß sich eine wirkliche zensurierte Kultur bildet. Nur der politische Prüfstein gilt. Und man beruft sich darauf mit einer Strenge, daß selbst der Stil eines Schriftstellers oder eines Malers von den Staatsbeamten angegriffen und als Sabotage qualifiziert werden kann. Die politische Zensur ist so vollkommen präventiv, daß sie sich den Luxus erlauben kann, als ausgesprochene Unterdrückungstätigkeit in Erscheinung zu treten. Sie ist überall und nirgends. So konnte kürzlich ein früherer, im Exil lebender bulgarischer Minister bestätigen, daß in einem kommunistischen Staat die Zensur im eigentlichen Sinne des Wortes nicht besteht, denn jede Zensur setzt eine gewisse Unabhängigkeit der geistigen Produktion und der Informationsquellen voraus; nun, diese Unabhängigkeit ist von vornherein in den sogenannten Volksdemokratien ausgeschlossen. „Informator und Zensor sind die Gleichen... das macht jegliche Kontrolle überflüssig.“

Indessen, wie sieht es bei uns mit der Freiheit und der Zensur aus? Ich möchte es Ihnen an einem extremistischen Beispiel zeigen, das glücklicherweise eine Ausnahme bildet, aber eine wirkliche Gefahr darstellt. Vor einigen Monaten schrieb Herr Jean Thibaud, Direktor des

französischen Instituts für Atom-Physik folgendes: „Auf dem Gebiete der Physik werden Resultate von unglaublich intellektuellem Ausmaß geheimgehalten und geben nicht wie vor dem Kriege Anlaß zu Mitteilungen internationaler Tragweite. Die jetzige Situation ist weit entfernt von derjenigen vor 10 Jahren, als gewisse Entdeckungen telegrafisch in den in der Welt verteilten Zeitschriften veröffentlicht wurden.“ Der Staat legt den Untersuchungen über die Kern-Physik eine schwere Kontrolle auf und einen quasi polizeimäßigen Verdacht, was auf eine gänzliche Unterordnung des Wissenschaftlers unter die politischen und militärischen Erfordernisse hinausläuft.

Dieses Beispiel der Atomuntersuchungen gibt uns eine beunruhigende Warnung. Sie suggeriert, daß, wenn die Kultur im Westen noch frei bleibt, dies vielleicht in dem Ausmaß geschieht, in dem die Regierungen dieselbe nicht ernst nehmen, ihr keinerlei „praktische Nutzanwendung“ zuerkennen. Umgekehrt, wenn eine dieser Tätigkeiten sich als „praktisch anwendbar“ erweist (im Dienste der Politik) — wie es bei der Kern-Physik der Fall ist —, werden die, welche sich derselben widmen, sofort der elementaren Freiheiten beraubt: der Freiheit der Forschung, der Freiheit des Gedankenaustausches, der Freiheit der Veröffentlichung, in gewissen Fällen der Bewegungsfreiheit.

Ganz allgemein haben die Bedingungen der Kultur in unseren Ländern tiefe Umwandlungen während der Ära des Nationalismus und der grenzenlosen Staatssouveränität erfahren. Ehemals Schöpferin von Reichtümern, der Macht, des Weltansehens Europas, möchte man heute glauben, daß sie nichts mehr als ein Anhängsel offizieller Erklärungen, eine vielleicht eitle Verzierung, ein Luxus der besitzenden Klassen oder eine Gesamtheit von Spezialitäten und esoterischer Technik ist, die weder den Mann in der Straße, noch den Industriellen oder den Bankier betreffen. Früher zentral, ist die Lage der Kultur heute peripherisch geworden. Wie kann man sonst erklären, daß es heutzutage ohne Widerspruch zugelassen ist, die Geistesinteressen denen der Wirtschaft, der Politik oder der nationalen Verteidigung unterzuordnen? Und daß es niemandem einfällt, darauf zu bestehen, daß man diese Hierarchie umkehren müßte? Materiell vom Staat abhängiger geworden als sie es je vom privaten Gönnertum war, sieht sich unsere Kultur gezwungen, „Notwendigkeiten“ zu gehorchen, die ihr fremd sind und welche sie degradieren. Sie verliert so ihre dirigierende Funktion. Und die Trennung zwischen Gedanke und Aktion wird ernster; zwischen einem Gedanken, der anerkennt, unwirksam zu sein, und einer infogedessen desorientierten, kurzichtigen und des tieferen Zusammenhanges beraubten Aktion. Das ist das tiefe Übel, an welchem der Westen leidet.

Umgekehrt haben die totalitären Regime des Ostens so gut die erstrangige Bedeutung der

Kultur erkannt, daß sie dieselbe sofort verstaatlicht haben. Sie haben ihr sofort offiziell ihren zentralen Platz eingeräumt und halten sie dort gefangen, sie ist zur Propaganda geworden.

Wenn sich die Kultur damit abfindet, theoretisch und praktisch in unserem nationalen Leben des Primates beraubt zu werden, — sei es, daß sie sich den wirtschaftlichen und politischen Interessen unterordnen läßt, sei es, daß sie sich mit einer Freiheit „ehrenhalber“ ohne Verantwortlichkeit und mit der Rolle eines Luxusproduktes begnügt, — dann ist es der eigentliche Sinn unserer westlichen Zivilisation, der denaturiert wird. Denn Europa existierte in Wirklichkeit da, wo alle Werte, welche das Wort Kultur symbolisiert, Zwecke in sich darstellten; dort, wo sie gleichzeitig die Quelle und die idealen Ziele der materiellen und politischen Macht war; dort, wo alle Tätigkeiten und Reichtümer, die Revolution und die Erfindung ihre endgültige Berichtigung in der Entwicklung der menschlichen Person fanden und in der freien Ausübung der Berufungen; dort schließlich, wo dieser Satz des Evangeliums den authentischen Ton hergab: „Was nützt es dem Menschen, wenn er die ganze Welt gewinnt, an seiner Seele aber Schaden leidet“.

Im zweiten Teil seiner Ausführungen wandte sich Denis de Rougemont den konkreten Fragen der Stellung Europas zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion zu. Er kam dann zu folgenden Schlußfolgerungen:

Alles, was ich gesagt habe, läßt sich in zwei Thesen von großer Einfachheit zusammenfassen. Erstens: Entweder ist Europa eine Kultur oder es ist nur ein unbedeutendes Anhängsel Asiens. Und das will besagen, daß die wahre Quelle der europäischen Macht seine Kultur ist, und daß es absurd und vergeblich sein würde zu versuchen, das eine ohne das andere zu retten.

Zweitens: Der intime Antrieb, aber auch das endgültige Ziel der westlichen Kultur besteht in einer einzigen und gleichen Sache: der Freiheit der Person, und das will sagen, daß sich die Aussichten Europas heute mit den Aussichten des Menschen vermengen.

Deshalb wollen wir Europa retten. Keineswegs, um es den großen neuen Nationen gegenüberzustellen, keineswegs, um den nationalistischen Geist nach den Dimensionen des Kontinentes auszuweiten, keineswegs aus Hochmut oder aus Selbstüberzeugung und ebensowenig in der törichten Hoffnung, alle unsere Konflikte auf immer zu befrieden, sondern im Gegenteil: um die Gefahren der Freiheit — die die wahre Größe des europäischen Menschen ausgemacht hat — aufrechtzuerhalten und um gegenüber dem Lande der Massen und dem Lande der Maschinen und gegenüber den gewaltigen Ländern des Fatalismus ein Europa zu retten, das das Land der Menschen bleibt.

Materialien zur Geistesgeschichte des deutschen Widerstandes gegen das nationalsozialistische Regime

Vorbemerkung

Die wissenschaftliche Erforschung der nationalsozialistischen Zeit ist in Deutschland noch kaum in Gang gekommen. Dies liegt nicht allein an der Unzugänglichkeit der Archive, über die wir im einzelnen bereits berichtet haben,¹ auch nicht allein daran, daß personelle, finanzielle und organisatorische Schwierigkeiten die Tätigkeit des „Deutschen Institutes zur Erforschung der nationalsozialistischen Zeit“, das seit langem in München geplant ist, immer wieder behindern. Es ist wohl kein Zufall, daß die ersten Äußerungen dieses Instituts, die weitere Beachtung gefunden haben, aus einem Grundsatzstreit über die Erneuerung des deutschen Geschichtsbildes hervorgehen². Oft hat es den Anschein, als sei die deutsche Geschichtswissenschaft noch zu sehr mit dem Bismarckreich und der Vorgeschichte des ersten Weltkrieges beschäftigt, um den Blick schon unbefangen auf die jüngste Vergangenheit richten zu können.

So wichtig aber die Grundsatzfragen der Revision der deutschen Geschichtsauffassung sind³, so bedenklich muß es erscheinen, wenn sie gegenüber der unvoreingenommenen Sichtung und Erforschung der vorhandenen Geschichtsquellen das Übergewicht erhalten. Statt sich im Streit um die Geschichtskategorien zu verbeißen, die für die Erforschung des Nationalsozialismus maßgeblich sein sollen, wäre es wichtiger, die kostbare noch verbliebene Zeit besser zu nutzen, in der die Geschehnisse der letzten Jahrzehnte den Miterlebenden noch frisch im Gedächtnis sind, um davon so viel wie möglich festzuhalten und nachzuprüfen. Wird diese Gelegenheit versäumt — wieviele unersetzliche Erinnerungen mögen in den ver-

gangenen fünf Jahren schon für immer verloren gegangen sein —, so wird sich die künftige Geschichtsschreibung nahezu ausschließlich auf die erhalten gebliebenen offiziellen Dokumente stützen müssen, wodurch diese gegenüber den wenigen, meist ungenügend dokumentierten Memoirenwerken des deutschen Widerstandes ein gefährliches Übergewicht erhalten. Eine Erneuerung des deutschen Geschichtsbildes wird dann vielleicht nur wenig mehr bedeuten als das Umschütten alter Papierberge in die Zettelkästen „neuer“ Geschichtskategorien. Auch wenn diese dann als „universal“, als „europäisch“ oder „demokratisch“ bezeichnet werden, so können sie die echte geschichtliche Erfahrung nicht ersetzen, die nur durch eine sorgfältige, ins einzelne gehende Erschließung der Quellen lebendig werden wird.

Wichtiger als die Entwicklung eines „zeitgemäßen“ europäischen Geschichtsbildes, das ebenso rasch wieder vergessen werden kann, wie es aus der heutigen Konjunktur hervorsticht, scheint uns die Bewahrung der noch vorhandenen Zeugnisse bedeutsamer europäischer Menschenschicksale unserer Zeit. Als solche gehören Gestalten wie Helmuth von Moltke, Claus von Stauffenberg, Goerdeler und Popitz wesentlich zum geistigen Besitz unserer Zeit, wie immer man ihre Ideen in die Kategorien der alten und neuen deutschen Geschichtslehren einordnen mag.

Unter diesem Gesichtspunkt erscheint uns die Veröffentlichung der nachfolgenden Materialien wesentlich. Co.

1) Vergl. „Quellen zur Erforschung der Geschichte des Dritten Reiches“ in Europa-Archiv Folge 10/1950, S. 3028—3031.

2) Vergl. den Artikel der *Süddeutschen Zeitung* vom 17. 3. 1950 „Forschungsgebiet: Der Nationalsozialismus“ von J. Heydecker, gegen den der Deutsche Historiker-Verband in einer Eingabe an den Bundesminister des Innern protestiert hat und die Denkschrift des Generalsekretärs des Deutschen

Instituts zur Erforschung der nationalsozialistischen Zeit, Dr. Gerhard Kroll, vom 23. Juni 1950 über die Erneuerung des deutschen Geschichtsbildes, die sich in scharfer Weise mit dem Schrifttum von Professor Gerhard Ritter auseinandersetzt.

3) Vergl. dazu den Beitrag von Dr. Walter Hofer über die Revision des deutschen Geschichtsbildes, Europa-Archiv Folge 2/1949, S. 1801—1809.

Die Verfassungs- und Verwaltungsreformpläne der deutschen Opposition gegen Hitler zum 20. Juli 1944

von Werner Münchheimer

Historische Einführung

Der staatsrechtliche Aufbau Deutschlands, den Hitler bei seiner Machtübernahme vorfand, gab ihm vor allem zwei Probleme zur Lösung auf, die am kürzesten mit den Schlagworten „Reich und Länder“ und „Preußen contra Reich“ bezeichnet werden können. Beide Problemkreise, die auch das Staats- und Verfassungsdenken der späteren Oppositionskreise stark beeinflussten, bedürfen einer kurzen geschichtlichen Würdigung.

1815—1918

Der Deutsche Bund war im Jahre 1815 noch mit de jure 39 Staaten, de facto mit 46 Gebieten souveräner deutscher Fürsten und Freier Städte begründet worden. 1867 umfaßte das Gebiet des Deutschen Reiches 25 Staatsgebilde, deren Anzahl sich bis 1920 auf 18 vermindert hat.

Auch diese 18 Länder bargen noch seltsame Anomalien und historische Fossilien, wie etwa Schaumburg-Lippe, Lippe-Detmold, sowie die Exklaven, Halbexklaven, Kondominate, die zerschnittenen Industriegebiete und nicht berücksichtigten natürlichen Zusammenhänge.

1919—1933

Während der Weimarer Republik versuchte die große Länderkonferenz, die vom 16.1.1928 bis zum 21.6.1930 tagte, die Grundlagen für eine Reichsreform zu schaffen, die einen Ausgleich zwischen norddeutschem Einheitsdenken und süddeutschem bündischen Streben vermitteln und eine im einzelnen differenzierende Neueinteilung der Länder schaffen sollte. Die Weltwirtschaftskrise und die schweren innerpolitischen Auseinandersetzungen brachten jedoch diese Reformprojekte zum Scheitern.

Unter Anwendung von Gewalt und unter Einsatz militärischer Macht, auf Grund einer sehr streitigen rechtlichen Begründung, hatte die Reichsregierung Papen im Juli 1932 wenigstens des Problems Preußen sich zu entledigen gesucht.

Dieses Problem bestand in voller Schärfe bereits seit dem Ersten Weltkrieg und hatte verschiedentlich schwere Friktionen hervorgerufen¹.

Durch die Absetzung des Ministerpräsidenten Braun, einer Reihe preußischer Minister, einiger Oberpräsidenten und Regierungspräsidenten, sowie

von 57 Landräten und durch die folgende Einsetzung von Reichskommissaren sollte der Dualismus Reich-Preußen beseitigt werden.

Das Reich und Preußen waren damit in den schärfsten innerstaatlichen Kampf der neueren deutschen Staatsgeschichte eingetreten. Seit dem Konflikt mit bayerischen Staatsregierungen, z. B. im Juli 1922 und vor allem im September 1923 und bis zum Februar 1924, anlässlich der Dienstenthebung des Kommandeurs der 7. Infanterie Division in München, General von Lossow, durch die Reichsregierung und seiner folgenden Ernennung zum bayerischen Landeskommandanten durch die bayerische Staatsregierung war das Reich in seinem Verhältnis zu den Ländern nicht mehr so erschüttert worden.

Das Urteil des Staatsgerichtshofes im Streit Preußen contra Reich hatte keine Lösung der politischen Fragen bringen können. Die juristisch einwandfreie Regelung blieb politisch verfehlt. Die Klage Preußens, Bayerns, Badens, sowie der Zentrumsfraktion blieb praktisch ohne Erfolg. Die Reichsreform wie die Frage des Verhältnisses Preußens zum Reich waren daher im Jahre 1933 noch dringendst einer Regelung bedürftig.

Die Reichsreform nach 1933:

Mit der Machtergreifung der NSDAP geriet das Problem auf eine völlig neue Ebene. Die Reichsreform wurde ein Mittel zur Schaffung des totalitären Einheitsstaates, mit dem sie an sich nichts zu tun hat. Die nationalsozialistische Führung ging dabei in drei verschiedenen Richtungen gleichzeitig vor:

1. Durch die „Gleichschaltung“ der Länder,
2. durch die Kontrolle des Staates durch die Partei,
3. durch die Lösung vordringlicher Einzelfragen der Territorialreform durch vereinzelte regionale Umgruppierungen.

Die Gleichschaltung der Länder war 1936 völlig abgeschlossen. Durch eine Reihe von Gesetzen über die Einsetzung der Reichsstatthalter, die Neuordnung der Staatsangehörigkeit, die Übertragung der Rechtspflege auf das Reich und den Erlass einer neuen Gemeindeordnung wurden alle Länder zu

1) Vergl. z. B. die Durchsuchung der sowjetischen Handelsagentur in Berlin im Mai 1924 durch preußische Fremdenpolizei, ohne Mitwissen des Auswärtigen Amtes, das von Reichs wegen diese Aktion diplomatisch zu vertreten hatte; die Nichteinigung über die Verteilung der Gelder des Grenzmark-

fonds; den Zwist über die Zuständigkeit für die Verteilung der Hilfgelder für die preußischen Ostlandprovinzen zwischen dem Reichsarbeitsministerium und dem preußischen Landwirtschaftsministerium.

bloßen Verwaltungsbezirken des Reiches. Auch Preußen büßte dabei seine Eigenstaatlichkeit ein. Ein Konflikt wie der des Jahres 1932 war damit für die Zukunft unmöglich gemacht.

Bis auf das preußische Finanzministerium unter dem Reichsminister Popitz wurden nach und nach alle preußischen Staatsministerien aufgehoben oder in Personal- oder Realunion von den jeweiligen Reichsministerien wahrgenommen².

Diese Gleichschaltung war aber nur eine Vorstufe für die Übernahme der gesamten staatlichen Macht durch die nationalsozialistische Führung. Die staatliche Verwaltung war schließlich nur mehr ausführendes Organ für die Machthaber der Partei.

Diese Entwicklung, die ihren Höhepunkt in der Mobilmachung für den totalen Krieg fand, begann mit dem Anwachsen der Machtstellung der Gauleiter. Sie wurde durch die Einteilung des Reiches in von den Ländern völlig abweichende Wehrbezirke gefördert, die schließlich in Reichsverteidigungsbezirken ihre Ergänzung fanden. An deren Spitze standen Gauleiter als Reichsverteidigungskommissare.

Diese Entwicklung zur immer strafferen Zusammenfassung aller Macht in den Händen der Partei wurde allerdings durch die Erfordernisse der modernen Staatsführung und die besonderen Aufgaben des totalen Krieges durchbrochen: eine ständig sich vergrößernde Zahl von Sonderbehörden der staatlichen Verwaltung und der Wehrmacht sowie von regionalen Kommissaren der verschiedensten Art führte schließlich zu einem kaum mehr entwirrbaren Durcheinander und Gegeneinander der sich überschneidenden Verwaltungsbezirke und Zuständigkeiten.

Es ist vielleicht die erstaunlichste Leistung der nationalsozialistischen Propaganda, daß es ihr bis zuletzt gelang, nicht nur im Inland, sondern auch dem Ausland gegenüber, die Fiktion des mächtigen, in sich geschlossen, einheitlichen „Führerstaates“

aufrecht zu erhalten. In Wirklichkeit konnte in den letzten Kriegsjahren von einem deutschen Staat schon kaum mehr die Rede sein, sondern nur noch von einem Konglomerat regionaler Gewaltherrschaften von Gauleitern oder „Protektoren“ der besetzten Gebiete, welches durch den Ring der nach allen Seiten kämpfenden Wehrmacht zusammengehalten wurde. Ein wesentlicher Teil der eigentlichen „Führungsfunktion“ Hitlers bestand darin, immer wieder Partei, Staat oder Wehrmacht gegeneinander auszuspielen, die sich befehrenden Gruppen in einem labilen Gleichgewicht zu halten und durch die Bildung immer weiter wuchernder „Sonderbehörden“ jede Machtansammlung zu verhindern, die ihm vielleicht einmal gefährlich werden konnte.

Eine Reihe von kleineren territorialen Reformen, die zwischen 1932 und 1944 durchgeführt wurden, konnten an diesem Zustand nicht viel ändern³. Die grundlegende Reform der territorialen Gliederung, die man in der ersten Etappe der staatlichen Gleichschaltung versäumt hatte, konnte bei der immer stärkeren Anspannung aller Kräfte für die Erfordernisse der Kriegführung trotz voller Erkenntnis der Notwendigkeit nicht mehr nachgeholt werden.

Die Verfassungsreformpläne der Oppositionsgruppen

Die chaotische Vielfalt der territorialen und funktionalen Einteilung Deutschlands war die Grundlage, von deren Berücksichtigung jede konstruktive Gegnerschaft zum Nationalsozialismus gedanklich auszugehen hatte. Unter diesen Umständen ist es verständlich, daß gerade aus dem Kreis hoher und höchster Staats- oder Kommunalbeamter ein wesentliches Element des Widerstandes gegen das NS-Regime erwuchs.

2) Vorläufiges Gesetz zur Gleichschaltung der Länder mit dem Reich vom 31. März 1933 (RGBl I S. 153); Zweites Gesetz zur Gleichschaltung der Länder mit dem Reich (Erstes Reichsstatthaltergesetz) vom 7. April 1933 (RGBl I S. 173); Gesetz zur Änderung des Reichsstatthaltergesetzes vom 25. April 1933 (RGBl I S. 225); Zweites Gesetz zur Änderung des Reichsstatthaltergesetzes vom 26. Mai 1933 (RGBl I S. 293); Drittes Gesetz zur Änderung des Reichsstatthaltergesetzes vom 14. Oktober 1933 (RGBl I S. 736); Gesetz über den Neuaufbau des Reiches vom 30. Januar 1934 (RGBl I S. 75); Erste Verordnung über den Neuaufbau des Reiches vom 2. Februar 1934 (RGBl I S. 81); Verordnung über die deutsche Staatsangehörigkeit vom 5. Februar 1934 (RGBl I S. 85); Gesetz über die Aufhebung des Reichsrates vom 14. Februar 1934 (RGBl I S. 89); Erstes Gesetz zur Überleitung der Rechtspflege auf das Reich vom 16. Februar 1934 (RGBl I S. 91); Gesetz über die Aufhebung des vorläufigen Reichswirtschaftsrates vom 23. März 1934 (RGBl II S. 115); Erste Verordnung zur Vereinheitlichung und Verbilligung der Verwaltung vom 19. Juli 1934 (RGBl I S. 719); Zweite Verordnung über den Neuaufbau des Reiches vom 27. November 1934 (RGBl I S. 1190);

Zweites Gesetz zur Überleitung der Rechtspflege auf das Reich vom 5. Dezember 1934 (RGBl I S. 1214); Drittes Gesetz zur Überleitung der Rechtspflege auf das Reich vom 24. Januar 1935 (RGBl I S. 68); (Zweites) Reichsstatthaltergesetz vom 30. Januar 1935 (RGBl I S. 65); Die Deutsche Gemeindeordnung vom 30. Januar 1935 (RGBl I S. 49).

3) Zusammenschluß der beiden Länder Mecklenburg-Schwerin und Mecklenburg-Strelitz, 24. 10. 1933, 15. 12. 1933, 1. 1. 1934; Gesetz über Groß-Hamburg und andere Gebietsbereinigungen, 26. 1. 1937; unter anderem fiel hierdurch Lübeck an Preußen (Schleswig-Holstein); Vierte Verordnung über den Neuaufbau des Reiches, d. i. die „Unterweserreform“, 18. 9. 1939; Zusammenschluß des Saarlandes mit dem Regierungsbezirk Pfalz (Speyer), 8. 4. 1940; Verordnung über Gebietsbereinigungen im Raume Salzgitter, 25. 6. 1941; Gesetz über Gebietsbereinigungen zwischen Preußen und Anhalt, 13. 2. 1942; Unterstellung des Regierungsbezirks Erfurt unter den Reichsstatthalter in Thüringen, 1. 4. 1944, 1. 7. 1944; Unterstellung der Regierungsbezirke Osnabrück und Aurich unter den Reichsstatthalter in Oldenburg (-Bremen), 1. 4. 1944, 1. 7. 1944.

Für Männer wie *Goerdeler*, den ehemaligen Oberbürgermeister von Leipzig und Reichspreiskommissar, oder wie *Popitz*, der seit 30 Jahren im Verwaltungs- und Finanzdienst tätig war, die auch nach dem Ausscheiden aus der Verwaltung noch ein weit verzweigtes Netz von Beziehungen zu den leitenden Schichten der Beamenschaft aufrecht erhielten, bedeutete der längst als notwendig erkannte Zusammenbruch des Regimes in erster Linie die Wiederherstellung einer sauberen, sparsamen und straff geführten Verwaltung. Dabei spielte naturgemäß für *Goerdeler* die gemeindliche Selbstverwaltung eine wesentlich größere Rolle als etwa für *Popitz*, dem in erster Linie an der Wiederherstellung der Staatsautorität gelegen war. *Goerdeler* war daher an territorialen Neuordnungsplänen weit weniger interessiert.

Goerdeler, dessen Gedanken von *Popitz* als zu liberal, von den Theoretikern des „Kreisauer Kreises“ als zu reaktionär kritisiert wurden, wollte vor allem verfassungspolitische Ziele erreichen. So wollte er beispielsweise den Reichstag erneuern durch die Einsetzung eines Parlamentes, das nur zur Hälfte aus allgemeinen, direkten Wahlen hervorgehen sollte. Die andere Hälfte sollte durch indirekte Wahlen aus den Organen der Selbstverwaltung kommen. Die Abgeordneten sollten über 35 Jahre alt sein und mindestens 5 Jahre praktische Erfahrung in der Selbstverwaltung hinter sich haben. *Goerdeler* sah außerdem ein ständisches Oberhaus vor, das sich aus Vertretern der Wirtschaftsverbände, der Unternehmerorganisationen, der Einheitsgewerkschaft, der Kirchen und Universitäten zusammensetzen sollte.

Die Verfassungsentwürfe des „Kreisauer Kreises“ sahen sogar vor, daß direkte Wahlen nur auf der Kreisebene erfolgen sollten. Aus diesen Kreisvertretungen sollten durch Wahlmännerverfahren die Provinziallandtage gewählt werden. Aus diesen endlich sollte erst der Reichstag gewählt werden. Die Provinziallandtage sollten den Landeshauptmann, der Reichstag den Reichspräsidenten jeweils für 12 Jahre wählen. Die Ernennung des Reichskanzlers sollte durch den Reichspräsidenten erfolgen. Er sollte aber dennoch durch eine qualifizierte Mehrheit des Reichstages zum Rücktritt gezwungen werden können.

Als ein integrierender Bestandteil dieser Neuordnungspläne zur Verfassungs- und Verwaltungsreform erwies sich stets auch die regionale Neugliederung. Mehrere der konspirativen Kreise des 20. Juli hatten die Bedeutung dieses Problems des territorialen Staatsaufbaues erkannt und bearbeitet.

Es ist nicht bekannt, wieviel Programme und Vorschläge zur Reichsreform für die Gesamtbewegung, die aus vielen kleinsten Kreisen bestand, ausgearbeitet worden sind. Zufolge des tragischen Schicksals der meisten Beteiligten und des Mißerfolgs des Staatsstreiches sowie der zufälligen oder gewollten Vernichtung vieler Unterlagen wird dies auch zukünftig kaum mehr festzustellen sein. Es muß daher genügen, die Vorschläge zu behandeln, die bis in kartographische Pläne konkretisiert vorliegen, beziehungsweise die von Mitarbeitern an der damaligen Ausarbeitung rekonstruiert werden konnten.

Infolge der Notwendigkeit, einzelne Pläne zu rekonstruieren, kann aber von einer (im strengsten Sinn) wissenschaftlichen Wiedergabe einwandfreien historischen Materials einstweilen noch keine Rede sein. Es bleibt zu hoffen, daß dies nach der Auffindung weiteren Materials und eventuell auch von Karten und Plänen in späterer Zeit nachgeholt werden kann.

Als die wichtigsten der bekannten, beziehungsweise gesuchten Vorschläge dürfen die vier folgenden angesehen werden:

Dem Kreisauer Kreis nahestehende Planer:

1. Vorschlag von *von der Schulenburg*.
Wiederhergestellt auf Grund einer Rekonstruktion. Bearbeitung unter Teilnahme von *G. Isenberg*, sowie bis zum April 1943 zeitweise auch von *Albrecht Haushofer* und dem katholischen Rheinländer *Wirmer*.

Kreis um *Popitz*:

2. Vorschlag von *Wohlmannstetter*.
Erstellt auf Grund des vorhandenen Originals. Bearbeitung erfolgte unter Beteiligung von *Frau Bödicker* (eventuell auch von *Popitz*).

3. Vorschlag von *Albrecht Haushofer*.
Wiederhergestellt auf Grund mehrerer Quellen zur Rekonstruktion. Aufgestellt unter Mitarbeit von *von zur Mühlen*.

4. Vorschlag der Anlage zum „Gesetz über die Wiederherstellung geordneter Verhältnisse im Staats- und Rechtsleben“ (vorläufiges Staatsgrundgesetz) zum 20. Juli 1944, Variante *Popitz* (veröffentlicht bei *von Hassel*), aufgestellt unter Mitarbeit sehr vieler, darunter fast aller obiger Planer.

Die territorialen Reformpläne

Vorschlag von *v. d. Schulenburg*

Hierzu siehe die Karte des Reformplanes. (Vorherrschende Gesichtspunkte: große stammestümliche Einheiten.)

Das wesentliche und fast durchgehend erreichte Ziel des Planes war die Bildung mög-

lichst großer Gebietskörper. Der Vorschlag enthält einige gute Teillösungen aus Reformplänen früherer Jahre und erinnert in Teilen an den Vorschlag von A. Weitzel aus den Jahren 1926

bis 1930. Der einzige indiskutable Teil ist die rigorose Begrenzung Niedersachsens. Diese offenbare Schwäche ist wohl aus der Herkunft der Mitarbeiter zu erklären. Der Kreis um



Nachkriegspläne der deutschen Opposition gegen Hitler

Plan der großen Einheiten

10 Reichsländer

(v. d. Schulenburg, Isenberg
A. Haushofer, Wirmer)

Wirmer soll seine Ansicht über die Erstreckung Westfalens nach Osten bei der Niederlegung dieses Vorschlages durchgesetzt haben.

Der Plan erscheint als das Ergebnis eines vierteiligen Kompromisses zwischen gegenteiligen Regionalauffassungen, ist jedoch als die Zusammenfassung einer Gemeinschaftsarbeit von besten Kennern des Problems vielleicht die Regelung, die die verschollene Anlage, die im vorläufigen Staatsgrundgesetz erwähnt ist, zu Grunde legte.

Dies erscheint insofern nur in modifizierter Form möglich, als der Gesetzestext Regierungsbezirke berücksichtigte, während der Plan sie an sich nicht beinhaltet. Eine solche Untergliederung erscheint jedoch sehr wohl möglich und ist in der Karte wiedergegeben worden.

Die Frage scheint als sekundär zunächst zurückgestellt worden zu sein. Vielleicht sollte die

Abgrenzung den neuen Landesregierungen überlassen werden.

Vorschlag von H. Wohlmannstetter

Hierzu siehe die Karte des Reformplanes (Vorherrschende Gesichtspunkte: Reichsmittelinstanzbezirke, kleinere Einheiten.)

Von sehr eingehenden, zum Teil minutiösen Untersuchungen über regionale Gliederungsfragen im Balkanraum angeregt, kam Wohlmannstetter zur Bearbeitung der Problematik der Reichsreform. Der Vorschlag geht aus von einem gedachten Gitternetz der deutschen Gebirge und ist in räumlicher Ausfüllung eines Skelettes von zwei großen „Streichen“ aufgebaut. Als solche transversalen Trennungssäume hat Wohlmannstetter durchgehend, auch im Flachland, Linien (Gebirgszüge) in

nordwestlicher zu südöstlicher Richtung, westsüdwestlicher zu ostnordöstlicher Richtung erkannt. Beide Richtungen sind in der Tat, in Übereinstimmung mit der geographischen Lehre, so vielfach nachweisbar, daß dieser Gesichtspunkt einer Berücksichtigung bedarf. Aus der

Überbewertung des Momentes ergeben sich jedoch die Schwächen des Vorschlages. Das Ziel war die Schaffung einer gleichmäßigen Reichsmittelinstanz, die sowohl den Typ des Landes



Nachkriegspläne der deutschen Opposition gegen Hitler

Plan der kleinen Einheiten
(30 LANDSCHAFTSGAUE)

Wohlmannstetter, Popitz

(bzw. der preußischen Provinz) wie die Stufe des Regierungsbezirks durch Vereinigung beider überflüssig machen könnte. Eine Reihe anderer Gesichtspunkte sind ferner berücksichtigt.

Im Ergebnis stehen neben einer Reihe guter Lösungen (vergleiche beispielsweise den Raum Stuttgart oder Gleiwitz) einzelne sehr anfechtbare Planungen (zum Beispiel Raum Frankfurt am Main, Erfurt usw.). Ein Durchschnitt der Größen an Flächen dürfte mit 9000—26 000 qkm etwa zu finden sein. Als optimaler Durchschnitt wäre ca 20 000 qkm Gebietsfläche zu ermitteln. Die Landschaftsgaue haben zwischen 1,8 und 6,5 Millionen Einwohner, die Durchschnittszahl dürfte mit etwa 2,3 Millionen Einwohnern geplant gewesen sein.

Die extrem kleinen Grenzeinheiten (Raum Baden, Saarland) sind durch die Reichsgrenze

vom 31. 12. 1937 bedingt, die Wohlmannstetter nicht zu Grunde legte. Er bezog sich vielmehr auf ein größeres Deutschland, das auch die besetzten Gebiete im Westen, das Sudetenland und Österreich umfassen sollte, deren künftiges politisches Schicksal sich erst auf Grund des Selbstbestimmungsrechts der Völker entscheiden konnte.

Der Vorschlag wurde Popitz eingereicht. Es ist nicht anzunehmen, daß Wohlmannstetter dessen Stellung zum NS Regime und zum Umsturzplan eindeutig bekannt waren. Es genügte, daß Popitz das Problem in allen Auswirkungen kannte.

Auch dieser Vorschlag, der Popitz in wesentlichen Fragen wahrscheinlich beeinflußt hat, ist im Endergebnis nicht politische Wirklichkeit ge-

worden. Dies ist abschließend kaum zu bedauern. Eines aber darf zu diesem geschichtlichen Vorschlag zur Reichsreform betont werden: Es handelt sich um einen rein „territorialen“, technischen Vorschlag, nicht um einen „funktionalen“.

Es ist nicht möglich, den Vorschlag mit irgendeiner der möglichen verfassungsrechtlichen Reichsreformstufen gleichzusetzen. Der Plan ist weder föderalistisch noch unitarisch, er setzt

weder einen dezentralisierten Einheitsstaat noch einen Einheitsstaat voraus⁴.

Der Vorschlag bringt wohl „Kleinholz“ (Popitz), er hat aber mit den funktionalen Kategorien an sich a priori noch nichts zu tun. Einer Anregung von Popitz folgend, hatte denn auch Wohlmannstetter eine Zweistufung in Regierungsbezirke und Länder vorgesehen. Dies stellt eine verfassungsrechtlich nach jeder Richtung frei auszugestaltende Planung dar.



NACHKRIEGSPÄNE DER DEUTSCHEN OPPOSITION GEGEN HITLER

18 Reichsländer

Albrecht Haushofer, von zur Mühlen

● Hauptstadt eines Landes

● Hauptstadt eines Regierungsbezirkes

Vorschlag von A. Haushofer

Hierzu siehe die Karte des Reformplanes.
(Vorherrschende Gesichtspunkte: Völlige Neuordnung, Rücksicht auf das Stammestum.)

Bei einer Betrachtung dieses Vorschlages kann man sich nur schwer einer Enttäuschung erwehren, daß diese Ordnung nach Albrecht Haus-

hofers Ansicht die ideale Landeseinteilung des Deutschen Reiches sein sollte.

Es würde zu weit führen, die Mängel und Schwächen des Vorschlages im einzelnen aufzuführen. Der Leitgedanke des Vorschlages ist eine Neugliederung Deutschlands nach seinen Stämmen. Dieser Gesichtspunkt ist mit so viel

4) Wie die Beispiele aus der Schweiz (z. B. Halbkanton Appenzell-Innerboden mit 183 qkm u. 13 988 Einwohnern, oder Unterwalden nid dem Wald mit ca. 15 000 Eingesessenen, Unterwalden ob dem Wald mit 19 000, Zug mit 34 000) und den USA (Staat Nevada mit 286 675 qkm Fläche und 91 058 Einwohnern 1930) einerseits, das der UdSSR (Ukraine) ne-

gativ andererseits beweisen, ist Föderalismus auch zwischen vielen kleinen Gebietskörpern in einem Gesamtstaat möglich. Die extremste zentralistische Hypertrophie wird andererseits keineswegs automatisch von noch so großen Teilgebietskörpern unmöglich gemacht.

Konsequenz durchgeführt, daß noch extreme Fehlbildungen in Kauf genommen werden⁵.

Die Größen der einzelnen Gebietskörper sind nuschwervergleichbar. Einheiten von ca 5500 qkm stehen solchen mit ca. 60 000 qkm Fläche gegenüber. Gebietskörper mit ca. 7 Millionen Einwohnern werden solchen mit kaum 2 Millionen als gleichwertig zur Seite gestellt. Wirtschaftliche Belange sind bewußt kaum berücksichtigt. Das mitteldeutsche Industriegebiet, das Ruhrgebiet bleiben weiterhin zerteilt.

Vorschlag von H. E. J. Popitz

(Vorbemerkung: Unterlagen kartographischer Art zu diesem Vorschlag liegen nicht mehr vor. Alle Annahmen müssen auf Angaben der Sachbearbeiter beim Reichssicherheitshauptamt (Abt. Ohlendorf) gestützt werden, die die Vernehmungen der Festgenommenen durchzuführen hatten.)

Der letzte preußische Finanzminister H. E. J. Popitz⁶ gehörte mit Generaloberst Beck und Botschafter von Hassell der sogenannten Mittwochsgesellschaft an. Im Gegensatz zu der etwas explosiven, sprunghaft lebhaften, optimistischen und in manchem fast abenteuerlichen Natur Goerdeler, war Popitz von tiefer Skepsis und großem Pessimismus auch hinsichtlich der Zukunft des Reiches erfüllt. Er behielt daher, im Gegensatz zu vielen, wenn auch nicht allen bedeutenden Persönlichkeiten im Lager der Verschwörer, Amt und volle Arbeitsmöglichkeit in aller Öffentlichkeit bis fast zur Festnahme bei. Dies verschaffte ihm, verbunden mit seiner Inaktivität gegenüber Tagesfragen, die Mittel zur Arbeit und die Muße zur Klärung theoretisch bedeutsamer Fragen.

Wie bei jeder Vorbereitung eines Aufstandes kam es auch zwischen den Führungsgruppen des 20. Juli zu Leitungsschwierigkeiten. Popitz trat in immer schärfer werdenden persönlichen und sachlichen Gegensatz zu Goerdeler, dessen Liberalismus er mißtraute. Er traute mit Recht „den Generalen“ keine entscheidende Handlung zu und unternahm schließlich selbst den verzweifelten Versuch, das Regime durch innere Spaltung zu stürzen. (Vergl. seine beiden Ver-

handlungen mit Himmler)⁷. Wie ausgeführt war Popitz, seinem Werdegang entsprechend, bestärkt durch seine verschiedenen wissenschaftlichen Bearbeitungen der Probleme des künftigen Finanzausgleichs zwischen Reich, Ländern und Gemeinden, für staatstheoretische Fragen besonders zugänglich. Als eine solche von größter Bedeutung hatte er seit langem die gebietliche Neuordnung erkannt.

Es ist heute fast unstrittig, daß mehrere Varianten zum vorläufigen Staatsgrundgesetz existierten. Es ist ferner fast sicher, daß die Variante von Popitz nicht die endgültige Form des Grundgesetzes darstellt. Während die allgemeine Form die Reichsreformpläne auf spätere Zeit verschoben haben dürfte, ist die Variante Popitz insofern von besonderem Interesse, als die alsbaldige Durchführung der Neuordnung darin vorgesehen war. Popitz selbst war wohl zu sehr Verwaltungspraktiker, um sich auf irgendeinen der territorialen Pläne endgültig festzulegen. Sein Entwurf für das vorläufige Staatsgrundgesetz⁸ sieht grundsätzlich die Aufhebung der bisherigen Ungleichheit des Umfanges wie der Wirtschafts- oder Finanzkraft der Länder zum Zweck einer Vereinheitlichung des Reichsaufbaus vor. In Artikel 2 des VGG heißt es u. a.:

„Preußen vollendet seine reichsbildende Mission, indem es auf den staatlichen Zusammenhang seiner Provinzen verzichtet.“

Das Reich sollte sich in Länder gliedern, die sowohl Verwaltungsbezirke des Reiches wie Gebietskörperschaften mit Selbstverwaltung sein sollten. Die Länder sollten zur Erledigung in Selbstverantwortung und zur Selbstverwaltung unter Aufsicht des Reiches Aufgaben auf wirtschaftlichem und kulturellem Gebiet übertragen erhalten. Sie sollten dabei „Wahrer der wertvollen Tradition der deutschen Stämme und der früheren Länder“ sein. Ein Finanz- und Lastenausgleich für das gesamte Reichsgebiet sollte sicherstellen, daß sich in allen Teilen des Reiches eine für die Erfüllung der übertragenen Aufgaben befähigte Selbstverwaltung entwickeln könne. An der Spitze des Landes als Staatsverwaltungsbezirk sollte ein Reichsstat-

5) Zum Beispiel die fränkische Stammesgrenze nördlich Ludwigsburg oder gar am Stadtrand von Stuttgart-Cannstadt; die schwäbische Stammesgrenze am Lech, als Staatsgrenze; Ulm als Hauptstadt eines Landes Schwaben; Ansbach statt Nürnberg als Frankens Hauptstadt; Worms als der zentrale Ort eines Landes Pfalz; eine Landesgrenze durch die südlichen Vororte von Frankfurt am Main hindurchgehend.

6) Johannes Popitz, geboren 1884 in Leipzig, 1914–1918 Hilfsarbeiter im preußischen Innenministerium, dann ins Reichsfinanzministerium berufen, dessen Staatssekretär er 1925 wurde. Im Dezember 1929 trat er mit Hilferding zurück. Nach

der gewaltsamen Beseitigung der preußischen Regierung durch Papen am 1. November 1932 mit der Wahrnehmung der Geschäfte des preußischen Finanzministeriums betraut, zugleich Reichsminister ohne Geschäftsbereich. Nach der Gleichschaltung der Länder bestand seine Aufgabe in der Verwaltung der Vermögensmasse des preußischen Staates.

7) Dulles, Allan Welsh, *Germanys Underground*. New York; 1947, S. 147–151; 157–158; 160.

8) Gesetz über die Wiederherstellung geordneter Verhältnisse im Staats- und Rechtsleben (Vorläufiges Staatsgrundgesetz). Vergl. hierzu: v. Hassell, Ulrich, *Vom anderen Deutschland*. 2. Aufl. Zürich, Atlantis-Verlag; 1946.

halter stehen. Er sollte zugleich als Kommissar der Reichsregierung die Aufsicht ausüben. Oberste Selbstverwaltungsbehörde sollte der Landeshauptmann sein. Dem Statthalter und dem Landeshauptmann sollte zu ihrer Beratung ein Landesrat zur Seite stehen.

Die Länder sollten sich in Regierungsbezirke gliedern, die nur Verwaltungsbezirke des Reiches sein würden; diese in Land- und Stadtkreise, die sowohl Staatsverwaltungsbezirke wie Gebietskörperschaften mit Selbstverwaltung sein sollten.

In Artikel 2, Abs. 3 wird eine Anlage zum vorläufigen Staatsgrundgesetz erwähnt. Dies dürfte die für die Reichsreform wichtigste Urkunde seit dem 21. 6. 1930 darstellen. Sie ist noch nicht wieder aufgefunden und wahrscheinlich verloren.

Mit den Verschwörern sympatisierende Kreise aus SS, Reichsministerialbeamtenschaft und Reichsjustiz versuchten, die Vollstreckung der über Popitz und Goerdeler verhängten Todesurteile hinauszuschieben, mit dem Untergedanken, sie eventuell ganz verhindern zu können. Tatsächlich trennten ja nur noch wenige Monate die fragliche Zeit vom Kriegsende.

Es wurde deshalb, wahrscheinlich mit Einverständnis und vielleicht Unterstützung Himmels, der Versuch gemacht (um Hitler gegenüber einen Vorwand für den Hinrichtungsaufschub zu haben, sowie auch aus rein sachlichem Interesse), Popitz zu einer Niederschrift über bestimmte staatsrechtliche Themen zu veranlassen.

Ogleich dies in der Haft im SS Gefängnis und nach der Mitteilung des Todesurteiles geschah, und obgleich es für den Staat geschehen sollte, der ihn zum Tode verurteilte, ging Popitz voll Bereitschaft auf diesen Vorschlag ein. Aus mehreren, ihm vorgelegten Fragenkreisen nahm er das Thema der Reichsreform zur Bearbeitung an. In voller Seelenruhe, mit der Haltung eines Mannes, der stets mit allen Eventualitäten des vom Gewissen vorgeschriebenen Handelns gerechnet hatte, konnte Popitz seine Ausarbeitung beenden. Das Niveau der Arbeit (die angeblich in nichts erkennen ließ, daß ein vor dem Tode stehender sie geschrieben hatte) ist nur als das einer sehr sorgfältig ausgefeilten Ministerialdenkschrift zu bezeichnen.

9) Vergl. z. B. die Arbeiten des Ländergrenzenausschusses des Büros der westdeutschen Ministerpräsidenten, die Tagung zur Ländergrenzenreform im Schloß Niederwald bei Rüdesheim im Herbst 1948, den Streit um den Südweststaat, die Verfassungsbestimmungen des Grundgesetzes, Artikel 29 und 118, und die Tagung des Instituts zur Förderung öffentlicher Angelegenheiten über die Ländergrenzenfrage in Weinheim im Juli 1950. Eine besonders

Um eine weitere Verlängerung durchzusetzen, wurde nunmehr der Versuch unternommen, Popitz zu veranlassen, seine Lebenserfahrungen im Verwaltungsdienst niederzulegen. Auch diese Arbeit wurde noch zu einigen Ergebnissen gefördert.

Als die besonders schweren Luftangriffe im Spätwinter 1944/45 auf Berlin kamen, wurde die Reichsjustizbehörde hinsichtlich der Gefangenen nervös und veranlaßte — die Justiz, nicht die Gestapo — die Umlegung von Popitz, der nunmehr die alsbaldige Hinrichtung folgte.

Die Denkschriften waren in drei Exemplaren vorhanden. Bei der Katastrophe Berlins, der Trennung der „Alpenfestung“ von Norddeutschland, ging ein Exemplar als geheime Reichssache an die Führungs-Gruppe Süd und ist seitdem verschwunden. Ein Exemplar soll in Mitteldeutschland sichergestellt sein und ist verschollen. Das dritte Exemplar ging in Schleswig-Holstein bei der Internierung der Reichsregierung Dönitz trotz größten Einsatzes des Referenten infolge der Beschlagnahme verloren. Es ist nicht festzustellen gewesen (trotz Versuchen auch über den britischen Hochadel), ob dieses Exemplar noch erhalten ist. Wenn dies der Fall sein sollte, so ist es im Besitz von Stellen, die den Wert der Urkunde weder erkennen können noch eventuell nur wollen.

Sieht man die Verfassungs- und Verwaltungsreformpläne der deutschen Widerstandsgruppen in dem weiteren Zusammenhang der Geschichte des Staatsstreiches des 20. Juli, so fällt besonders der Gegensatz zwischen diesen groß angelegten und teilweise bis ins kleinste Detail ausgedachten Lösungen einerseits und der konkreten politischen Planung auf.

Man wird jedoch kaum der scheinbar übermäßigen Spezialisierung, die zum Beispiel in der Frage der Durchführung der Reichsreform sichtbar wird, die Schuld an dem Scheitern des Umsturzversuches beimessen dürfen. Das Mißlingen des Staatsstreiches hat die Sachprobleme, mit denen sich die Reformer befaßten, ebenso wenig aus der Welt geschafft wie der darauf folgende Zusammenbruch des Dritten Reiches. Dies geht schon daraus hervor, daß schon bald nach dem Zusammenbruch die gleichen Probleme wieder in aller Schärfe auftraten und eine Lösung forderten⁹.

instruktive Zusammenfassung des Problemkreises bietet die Schrift „Das Problem der Neugliederung der deutschen Bundesrepublik — Dargestellt am Beispiel des Südweststaates“ von Prof. Dr. Theodor Eschenburg, herausgegeben vom Institut zur Förderung öffentlicher Angelegenheiten, Frankfurt/Main und „Die Neugliederung Deutschlands“ von Werner Münchheimer, Frankfurt, Dr. W. Kramer; 1949.

Stauffenberg

Das Bild des Täters

von Dr. Karl Josef Partsch

Seit dem Tag, an dem sich in dem Namen des Grafen Claus Schenk von *Stauffenberg* alle Hoffnungen auf eine selbständige Befreiung von der Gewaltherrschaft und gleichzeitig die bittere Enttäuschung über den Fehlschlag zusammendrängten, sind mehr als fünf Jahre vergangen, und immer noch ist dieser Name auch für diejenigen in Deutschland, die weder der offiziellen Propaganda der Nationalsozialisten noch der kaum sehr verschiedenen der Besatzungsmächte erlagen, nicht viel mehr als eine Formel.

Der Grund ist leicht zu erklären: Als die Tat in aller Munde war, durfte über den Täter nicht gesprochen werden; er wurde von der offiziellen Propaganda als ein Angehöriger einer kleinen, machtgerigen Offiziersclique abgestempelt und hatte damit seinen Platz. Die Besatzungsmächte sahen auch keinen besonderen Anlaß, diese Fehldarstellung richtigzustellen, und so ist die Öffentlichkeit nun auf spärliche Nachrichten der überlebenden Augenzeugen angewiesen. Auch bei der Verwertung dieser Zeugnisse ist Vorsicht geboten, da gerade die Darstellung dieser Hauptfigur des deutschen Widerstandes durch Teilnehmer an der Verschwörung von Neid, eigener Geltungssucht und anderen menschlich verständlichen Leidenschaften nicht unbeeinflusst blieb. So ist es zu erklären, daß der Historiker Hans *Rothfels* in seinem Buch über den deutschen Widerstand¹ — der ersten historischen und kritischen Würdigung dieser Vorgänge — es als einen Mangel bezeichnen mußte, daß die Figur dieses Mannes auch heute noch nicht klar gesehen werde. Aber was weiß die Öffentlichkeit von ihm?

Schilderungen der Zeitgenossen

Für Allen Welsh *Dulles*² ist er der fähige Generalstabsoffizier mit bedeutenden organisatorischen Fähigkeiten und einer bemerkenswerten Popularität bei den Untergebenen, dem die Rolle des Attentäters zufiel, da er am leichtesten Zugang zu dem so sorgfältig behüteten Tyrannen hatte. Obwohl er die Charakteristik des Stenographen *Buchholz* aus dem Hauptquartier übernahm, nach der *Stauffenberg* ein großer, stattlicher Mann mit dunklen Haaren gewesen sei, der durch eine Kriegsverletzung einen Arm verloren und die schwarze Binde über dem verletzten Auge trug, ließ er wohl

nicht ganz ohne Absicht den folgenden Satz fort („He was a really striking figure“), in dem der Stenograph *Hitlers*, dem freilich in dieser Umgebung das Maß für echte menschliche Würde — sollte er es je besessen haben — nicht leicht bewahrt geblieben sein mag, seinen persönlichen Eindruck von der Erscheinung zusammenfaßte.

Diese Bewertung mußte dem kritischen Amerikaner verdächtig erscheinen, denn Graf *Stauffenberg* ist für ihn nur auch einer jener Männer, die einst *Hitler* in den Sattel hoben und deren Herrschaft über das Land nur eine neue Spielart der Gewaltherrschaft bedeutet hätte, wäre ihr Plan gelungen. Er ist für *Dulles* durch-

1) *Rothfels*, Hans: *The German Opposition to Hitler*, Hinsdale/Illinois; 1948.

2) *Dulles* Allen Welsh: *Germany's Underground*. New York; 1947.

aus Machtmensch und reiner Militär, wenn auch persönlich unabhängiger und vitaler als die große Zahl der deutschen Offiziere und frei von der strengen Bindung an die Tradition von Gehorsam und Einfügung — Eigenschaften, die man allerdings auch dem jungen, in der Schule des Nationalsozialismus aufgewachsenen Offizierkorps nachsagte. Auf Stauffenberg soll nach seiner Darstellung die Heranziehung von Kommunisten zur Verschwörung zurückgehen. Im Banne der Vorstellung von der Erhebung des lebenskräftigen Ostens gegen den dekadenten Westen, habe er einem kommunistischen Deutschland mit russischer Hilfe Unabhängigkeit und Stärke zu geben gehofft. Der Amerikaner verläßt sich dabei auf *Gisevius*³, der den Grafen als den bedenkenlosen Landsknecht schilderte, welcher von jeder Machtausstrahlung angezogen wurde und kaum geistige Maßstäbe kannte. Er ist für ihn nicht nur aus dem Nationalsozialismus hervorgegangen, sondern wollte auch nichts anderes als einen Personenwechsel in der politischen Führung, während das System unverändert bleiben sollte. Die Schilderung seiner persönlichen Erscheinung stimmt damit völlig überein: ein ungeschlachter Mensch mit rauhen Soldatensitten und heiserer Stimme, der sich in nichts von dem Gefolge eines *Röhm* oder *Himmler* unterschied.

Das jetzt weit verbreitete Sensationsschrifttum über das „Dritte Reich“ und seinen Fall, welches in verdeckter Form der Verherrlichung des kraftstrotzenden Mannestums dieser Epoche dient, hat sich aus allzu durchsichtigen Gründen auch dieses Bild zu eigen gemacht und es erst in breite Kreise des Volkes getragen⁴.

Demgegenüber hat nun Karl *Michel* in seinem Buch⁵ aus persönlicher Erfahrung ein ganz anderes Bild gezeichnet. Er hat Stauffenberg während des Krieges als militärischen Vorgesetzten bei der Aufstellung von russischen Freiwilligenverbänden kennengelernt und schildert ihn als reinen Idealisten, dem es weder um ein machtpolitisches noch rein militärisches Ziel geht, sondern um die Menschheitsideen des europäischen Westens und der sich der Bildung der russischen Freiwilligenverbände nur um dieses humanitären Zieles willen widmet, um dadurch die moralischen Kräfte des unver-

brauchten Russentums für die westliche Kultur zu retten. Ein vertrauensseliger Ideologe, der auf Bekenntnisse und Schlagworte bereitwillig eingeht und jederzeit bereitsteht, um sich den dunklen Mächten des rohen Nationalismus und einer kalten Verstandeswelt mit Begeisterung entgegenzuwerfen, ein hilfsbereiter Freund und warmherziger Philantrop, dessen einzige Schwäche ist, daß er dem menschlichen Wirken zu stark vertraut. Nach dem Bericht von Michel genügte es, um das Vertrauen Stauffenbergs zu einem Menschen zweifelhafter Herkunft zu gewinnen, auf dessen Zugehörigkeit zu einem bestimmten Regiment hinzuweisen, dessen Geist „in Ordnung“ sei.

Hingegen zeichnet *Schlabrendorff*⁶ ein wesentlich nüchterneres Bild.

„Diese Weltkenntnis (wie General Henning von Tresckow) hatte Stauffenberg nicht aufzuweisen. Dafür besaß er eine andere Eigenschaft, durch die er sich vor der Mehrzahl seiner Berufsgenossen auszeichnete. Das militärische Leben hatte ihn niemals voll ausgefüllt. Seine geistigen Bedürfnisse hatten ihn in den Kreis des Dichters Stefan George geführt. Dieser hatte bald den inneren Wert Stauffenbergs und seine Qualitäten erkannt und ihn mehr und mehr an sich gezogen. Hatten manche aus Stefan Georges Kreis diesen später wieder verlassen, so war Stauffenberg seinem Meister treu geblieben. Die Gedanken- und Geisteswelt Stefan Georges beherrschten ihn. Er kannte viele seiner Gedichte auswendig. Eine seiner größten Freuden war es, das berühmte Gedicht Stefan Georges über den Antichrist zu deklamieren. Vom Geistigen her stammte auch Stauffenbergs Einstellung gegen Hitler. Nicht der Gedanke einer drohenden militärischen Niederlage oder sonst irgendeine materielle Erwägung bestimmten ihn in seiner Haltung. Im Gegenteil: Stauffenbergs Kampf gegen Hitler war im Christentum verankert. Aus sittlicher Überzeugung war er zum Kämpfer gegen Hitler geworden. Wenige Besprechungen genügten, um uns klar zu machen, daß in Stauffenberg ein Nachfolger für Oster gefunden war, dessen innere Einstellung, Umsicht, Ruhe, Klarheit, Zähigkeit, Tapferkeit, dessen fachmännisches Wissen und Können ihn zum „Geschäftsführer“ der Widerstandsbewegung wie geboren erscheinen ließen.“

Diese verschiedenen Schilderungen eines und desselben Menschen treffen sich eigentlich nur in der Anerkennung des lebhaften Temperaments, der starken Lebensfülle des jungen Ober-

3) *Gisevius*, Hans B.: *Bis zum bitteren Ende*. Hamburg; 1948.

4) Vergl. z. B. die Schilderung in Nr. 12 des *Spiegel* vom 23. 3. 1950: „Der einzige Revolutionär unter den Putschisten, der Graf Stauffenberg, war bei allen menschlichen und geistigen Qualitäten ein politischer Wirrkopf. Wäre dieser eindrucksvolle

Initiator und Organisator des Putsches voll zum Zuge gekommen, ständen die Russen heute nicht an der Elbe, sondern mindestens am Rhein.“

5) *Michel*, Karl: *Ost und West — Der Ruf Stauffenbergs*. Zürich; 1947.

6) *von Schlabrendorff*, Fabian: *Offiziere gegen Hitler*. Basel; 1946.

sten und der erstaunlichen Anziehungskraft, die er auf alle, die mit ihm zusammentrafen, ausübte. Für den Historiker stellt sich aber die Frage, wer ihn nun richtig gesehen hat. Gisevius und die von ihm beeinflussten amerikanischen Darstellungen, die kurz nach dem Zusammenbruch kaum in der Lage gewesen sein dürften, innerdeutsche Vorgänge mit voller Objektivität zu sehen, der ritterliche Schlabrendorff, dessen altmodische Diktion erkennen läßt, daß er der Anteilnahme Stauffenbergs an der Dichtung der Zeit innerlich ratlos gegenüberstand oder aber der überschwengliche Karl Michel mit den verschwommenen Menschheitsideen aus der Jugendbewegung.

Rothfels hat wohl recht, wenn er feststellt, unter den vielen üblen Diensten, welche der „Kronzeuge“ Gisevius für das Verständnis wichtiger Vorgänge des Krieges geleistet habe, sei seine Stauffenberg-Karikatur wohl der schlimmste. Wer nur mit einem geringen Maß kritischen Blicks für geschichtliche Zusammenhänge die Erinnerungen von Gisevius lese, müsse erkennen, daß die Minderwertigkeitskomplexe und Unterlegenheitsgefühle, welche Gisevius dem Grafen Stauffenberg unterstellt, in Wahrheit bei ihm selbst vorhanden gewesen seien. Er habe wohl klar gespürt, daß die jüngere und stärker sozialistisch gesonnene Generation ihm nicht recht traute. Das ist — bis auf die Erwähnung des Sozialismus — durchaus überzeugend. Wer Stauffenberg kannte, weiß, wie erbarmungslos er Menschen, die er für innerlich unzuverlässig hielt, seine Verachtung zeigte. Der sonst so zugängliche und lebenswürdige Mann konnte sich bei solchen Begegnungen wie mit einer harten Kruste umgeben, und sein starkes Temperament hinderte ihn dabei auch daran, seine wahren Gefühle zu verbergen.

Auf der anderen Seite erscheint Rothfels aber die Schilderung von Michel doch zu schön gefärbt, als daß er sie unbedenklich übernehmen könnte. Dieses Urteil ist wohl nicht nur durch die schriftstellerische Unbeholfenheit und den Mangel an Abstand von den Ereignissen bedingt, welche den Autor an einer kühlen Beurteilung und objektiven Schilderung hinderten. Das von Michel gezeichnete Bild enthält auch sachlich unüberbrückbare innere Widersprüche. Es ist schlecht vorstellbar, daß ein Mann, der sich so vorbehaltlos und wortreich zur Menschlichkeitsidee bekannte, den Mut zum politischen Mord haben konnte, unbegreiflich, wie ein so hemmungslos begeisterter und stimmungsbestimmter Mensch die Fäden einer Ver-

schwörung in der Hand gehalten haben soll, ohne beim ersten Versuch in die Maschen des Polizeiapparates zu geraten. Letzten Endes weiß auch Michel keine Antwort darauf, wie es dem wortreichen Schwärmer gelungen sein soll, den nahen Mitarbeiter und Vertrauten jahrelang über die eigentlichen Ziele im Ungewissen zu lassen. Hier stimmt etwas nicht, und deshalb vertraut Rothfels dem nüchternen Schlabrendorff.

Rothfels meint, in Stauffenberg habe sich die intellektuelle Scharfsicht des Stabsoffiziers preußischer Schule mit einer Reinheit und Geistigkeit vereinigt, welche ihn zum natürlichen Anführer in dem Kampf gegen die dunklen Mächte der Zeit — gegen jede Form entmenschter Politik in Krieg und Frieden — habe werden lassen. Zweifellos seien ihm die kulturellen und religiösen Untaten des Nationalsozialismus wie des Totalitarismus im allgemeinen genau so nahegegangen wie die sozialen und politischen. Mit Schlabrendorff schildert er ihn als gläubigen Christen, ja er gliedert ihn sogar in den Kreisauer Kreis ein und nennt ihn wiederholt in einem Atemzug mit den Freunden des Grafen *Moltke*, als seien auch die dort geführten Gespräche für ihn verbindlich gewesen.

Rothfels selbst gibt aber zu, daß das Bild der Persönlichkeit nicht recht deutlich werde und es deshalb schwer möglich sei, die Motive des Täters des 20. Juli richtig zu deuten. Beide Seiten haben tatsächlich bei ihrer Charakteristik zu stark vereinfacht und zu wenig von dem Menschen gesagt.

Stauffenberg im Kreise Stefan Georges

Der Urenkel Gneisenaus und Sohn des Hofmarschalls des letzten württembergischen Königs war schon in jungen Jahren zu dem Dichter *Stefan George* gekommen und von ihm erzogen worden. Er gehörte zu der jüngsten Generation der Freunde des Dichters, die nicht wie die ältere einem literarischen Ästhetizismus huldigte, sondern bewußt und sicher an dem Leben der Gegenwart teilnahm. Auch im Äußeren drückte sich dies aus: Kaum einer von ihnen machte wie die meisten älteren Angehörigen des Kreises aus der Beschäftigung mit geistigen Fragen auch den Broterwerb, sondern fast ohne Ausnahme gehörten sie praktischen Berufen an. Es waren unter ihnen bildende Künstler, Diplomaten, Richter und Verwaltungsbeamte, Ärzte und auch einige Offiziere. Als *George* einmal einem der älteren Freunde, der längere Zeit nicht mehr bei ihm gewesen war und die jüngste Generation noch nicht kannte, eine Bronzeplastik zeigte, die ein junger Bild-

hauer von Stauffenberg, der damals eben Fähnrich war, gemacht hatte, und den Besucher fragte, was für einen Beruf wohl ein junger Mensch haben könne, der so aussähe, antwortete dieser bestürzt, aber ohne Nachdenken: „Mörder — nur Mörder“, so hervorstechend waren an diesem Kopf die ungebrochene Vitalität und Tatkraft. Wenn hingegen berichtet wird, Stauffenberg sei von Freunden der „Bamberger Reiter“ genannt worden, so knüpft das mehr an die Äußerlichkeit an, daß er dort in einem Reiterregiment gedient hatte. Als Erscheinung glich er eher einem der Heerführer der Alexander-Zeit, denn der zarten Würde des frühgotischen Bildwerks.

Allerdings war Stauffenberg von einer bezaubernden Ritterlichkeit, und das mag ihm den Vergleich mit der Bamberger Figur eingetragen haben.

Wohl die hervorstechendsten Eigenschaften des jungen Stauffenberg waren einerseits die strahlende Heiterkeit und andererseits die Sicherheit im Umgang und die Knappheit des Urteils im Gespräch. So paßt er garnicht in den Kreisauer Kreis, der sich ausgiebig theoretischen Erörterungen über die Formen des neuen Staatswesens hingab, als es sich darum handelte, das bestehende zu beseitigen. Daß er jemals während der Verhandlungen über die Verschwörung ein Tagebuch geführt wie *Hassell*⁷ ist völlig unvorstellbar.

Der Offizier

Aus Neigung war er im Jahre 1928 bei den schweren Reitern in Bamberg Soldat geworden, ohne daß er damit wie viele andere auf die Anteilnahme am geistigen Leben verzichtete. Sein Sprachstil wurde damals knapp und unsentimental, jedoch ohne sich dem Schema jenes hölzernen Formalismus anzugleichen, der dem Offiziersstand häufig eigen ist. Er verlor nicht die Gabe der unmittelbaren und lebendigen Schilderung. Mit wenigen Worten vermochte er ein Bild plastisch hinzustellen und es doch in seiner Atmosphäre zu lassen, wenn er auch völlig auf schmückendes Beiwerk oder subjektive Betrachtungen verzichtete. Gemeinplätze und Bekenntnisse, mit denen Michel seine Äußerungen füllt und zu schmücken meint, waren ihm fremd.

Kennzeichnend für seine geistige Haltung war, daß unter den geschichtlichen Erscheinungen seine besondere Vorliebe Alexander, den

stauffischen Kaisern, dem Prinzen Eugen und Männern des deutschen Widerstandes gegen Napoleon wie Stein, Gneisenau und Scharnhorst gehörte. Die kleindeutschen Preußen des 19. Jahrhunderts hingegen mochte er nicht. Ihr enger, auf einen kleinen Staat bezogener Nationalismus war ihm unangenehm.

Es ist gelegentlich — nicht nur von Gisevius — behauptet worden, Stauffenberg sei in frühen Jahren überzeugter Angehöriger des Nationalsozialismus gewesen. Das ist in dieser Form gewiß falsch. Er erkannte zwar das taktische Geschick Hitlers und seiner anfänglichen außenpolitischen Erfolge für die deutsche Stellung an, war sich aber von vornherein über die menschliche Minderwertigkeit der Stützen des Regimes völlig im klaren und lebte auch kaum in Illusionen hinsichtlich der politischen Einsicht des Offizierkorps. Wenige Wochen vor Ausbruch des Krieges, als Stauffenberg Stabschef einer Panzerdivision in Wuppertal war, stellte ich ihm die Frage, ob es jetzt nicht an der Zeit sei, im Heer Zellen für den Widerstand zu bilden. Er antwortete mir darauf, das sei wohl in der Arbeiterschaft möglich, wo in einem alten Stamm eine fest begründete Ablehnung des Regimes bestehe, den Offizieren seien jedoch über den unerwarteten Beförderungschancen die Augen noch nicht aufgegangen. Man könne nicht Zellen bilden, bevor nicht wenigstens gefühlsmäßig eine gewisse Übereinstimmung über das Ziel erreicht sei. Zurzeit sei ein derartiger Versuch nicht nur gefährlich, sondern vor allem aussichtslos.

Das Verhältnis zum Christentum

Michel, Schlabrendorff und auch der Sohn des Generals *Hoepner* in einer Zuschrift an den „Spiegel“ (Nr. 20/50) bezeichnen das Verhältnis Stauffenbergs zum Christentum als wesentlichen „Schlüssel“ zu dieser eigenwilligen und starken Persönlichkeit, und auch Rothfels beginnt seine Charakteristik damit, er sei Katholik gewesen. Es ist richtig, daß die Familie katholisch ist und auch der Oberst noch das Kruzifix an einem goldenen Kettchen um den Hals trug. Er selbst achtete die Familientradition und hielt auch als Soldat an der Erfüllung kirchlicher Pflichten fest. All das soll nicht geleugnet werden. Denn es gehört zu seinem Bild, daß er auch diesen Traditionswert achtete und sich sogar ereiferte, wenn einer es wagte, über Glauben und Religion zu spotten oder sie zu verunglimpfen. Wenn aber der Unterschied zwischen antiker und christlicher Religiosität darin gefunden werden darf, daß die Antike den Menschen sah und von Mensch-

7) von Hassell, Ulrich: *Vom anderen Deutschland*. Zürich; 1946.

lichkeit noch nichts wußte, während das Christentum um der Menschlichkeit willen den Menschen preiszugeben bereit war, so gehört Stauffenberg eher jener denn diesem an. Der wesentliche geistige Antrieb kam für ihn stärker vom Humanismus als vom Christentum. Er hätte nie ein Wort aussprechen können wie Helmut J. von Moltke, er habe als Christ und sonst nichts anderes vor seinem Richter gestanden. Von Schlabrendorff und Michel wissen wir, daß Stauffenberg mit einem Bekenntnis zum Vaterland auf den Lippen starb.

Aus diesem geistig-menschlichen Hintergrund läßt sich vielleicht besser als aus tatsächlichen Einzelheiten, die immer deutungsfähig bleiben, erklären, daß und wie er 1944 gehandelt hat. Zwar war die Zugehörigkeit zu dem George-Kreis nicht mit einer bestimmten politischen Auffassung verbunden — es waren dort fast alle politischen Richtungen vertreten — wohl aber war den dort Vereinten ein bestimmtes Bild vom Menschen verbindlich, das sich nicht mit dem Zerrbild des Regimes vereinen ließ. Die Sorge um die Erhaltung dieses Menschenbildes, nicht aber soziale oder religiöse Vorstellungen, die — wie das Beispiel Moltkes zeigt — eher zur Verwerfung der Gewalttat führten bewogen Stauffenberg zur Tat.

Aus dieser menschlichen Haltung mag auch gedeutet werden, wie Stauffenberg zu den Mächten des Bolschewismus stand. Als ein nüchtern-realpolitisch denkender Kopf wußte er, daß eine deutsche Politik — auch nach Jal-

ta — die Existenz des in der Sowjetunion organisierten Kommunismus im Osten nicht einfach leugnen konnte. Ein deutscher Staat, der dem Westen gegenüber auch nur den Schimmer von Unabhängigkeit erhalten wollte, durfte die Brücke nicht ganz abbrechen. Das heißt aber noch lange nicht, daß er sich dem Bolschewismus vorbehaltlos verschrieben und seinen Armeen den Weg zum Rhein geöffnet hätte.

Als Stauffenberg schwerverwundet aus Afrika zurückkam, muß ihm klar geworden sein, daß es nicht mehr erlaubt sei, tatenlos zuzuschauen, wie das große Rad zu Tal rollte, ohne noch einmal in seine Speichen zu greifen. Es entsprach sowohl seiner Auffassung von dem Einfluß der Einzelpersonlichkeit auf den Ablauf geschichtlicher Ereignisse wie seinem glaubensmäßig begründeten Wissen von dem Wirken übermenschlicher Kräfte im Leben, daß er sich entschloß, die befreiende Tat selbst zu tun. Hitler hatte sich als dämonischer Faktor mit übermenschlichen Kräften erwiesen, gegen den weder mit gedungenen Helfern noch mit mechanischen Mitteln noch etwas auszurichten war. Nur das eigene Wagnis konnte die Lösung bringen. Wer Stauffenberg nach seiner Verwundung noch gesehen hat, mußte empfinden, daß diesen Menschen mehr als Einsicht und Energie trieb. Was der empfindsame Dichter im Jahre 1930 beim Anblick der Plastik des jungen Stauffenberg erschreckend empfunden hatte, das war nun losgebrochen und hatte ihn ganz ergriffen: die dämonische Gegenkraft.

Die Liberalisierung des Welthandels

Ein Bericht über die Durchführung des Allgemeinen Abkommens über Zolltarife und Handel auf Grund der vierten internationalen Handelskonferenz in Genf vom 23. Februar bis 3. April 1950

Vorbemerkung

Der im Mai 1950 von der Wirtschaftskommission der Vereinten Nationen veröffentlichte Bericht (Economic Survey for 1949), über den das Europa-Archiv in Folge 12/1950, S. 3113 bis 3122 ausführlich berichtete, übte scharfe Kritik an der von verschiedenen Ländern Westeuropas befolgten Politik der Liberalisierung. Ein in diesen Tagen von der Vorbereitenden Kommission der Internationalen Handelsorganisation der Vereinten Nationen (ICITO) in Genf in englischer, französischer und deutscher Sprache veröffentlichter Bericht über die Durchführung des im Jahre 1947 geschlossenen Allgemeinen Abkommens über Zolltarife und Handel (General Agreement on Tariffs and Trade = GATT) setzt sich dagegen nachdrücklich für die Liberalisierung des Welthandels ein. Während der ECE-Bericht vor den Folgen allzu gewagter Experimente warnt, fordert der Bericht der ICITO „eine kühn auf das Ziel der Liberalisierung zuschreitende Politik“.

Für die Bundesrepublik Deutschland, die im September 1950 in Torquay (England) erstmals nach dem Kriege als Verhandlungspartner bei einer internationalen Zoll- und Handelskonferenz auftreten wird, ist dieser Bericht, der dem Europa-Archiv in dankenswerter Weise von der ICITO zur Verfügung gestellt wurde, von besonderer Bedeutung.

Über die Vorgeschichte und die Grundsätze der Welthandelscharta und der Internationalen Handelsorganisation (ITO) sowie über das Genfer Abkommen über Zölle und Handel und dessen Ausbau hat das Europa-Archiv in verschiedenen umfassenden Beiträgen berichtet. (Vergl. Europa-Archiv, Mai 1948, S. 1329—1334; August 1948, S. 1485—1492; September 1948, S. 1547—1554; Folge 4/1950, S. 2843—2848 und Folge 5/1950, S. 2879—2888.)

Es erscheint an dieser Stelle jedoch angebracht, die bisherigen Verhandlungen kurz zusammenzufassen und unter Berücksichtigung der jüngsten Entwicklung zu ergänzen.

Die Anregung zur Schaffung einer Welthandelsorganisation im Rahmen der Vereinten Nationen erfolgte im Anschluß an das britisch-amerikanische Finanzabkommen in einem am 6. Dezember 1945 von den Vereinigten Staaten veröffentlichten Weißbuch. Auf der ersten Tagung des Wirtschafts- und Sozialrats der Vereinten Nationen wurde dann am 18. Februar 1946 der Beschluß gefaßt, eine „Internationale Konferenz für Handel und Beschäftigung“ einzuberufen. Der mit der Ausarbeitung eines Entwurfs für eine Welthandelscharta beauftragte vorbereitende Ausschuß trat vom 15. Oktober bis 26. November 1946 in London zu einer Vorkonferenz zusammen. Gegenstand der Konferenz war der inzwischen vom New Yorker Planungsausschuß vorgelegte Charta-Entwurf. (Vergl. Europa-Archiv, Mai 1948, S. 1332—1334.) Auf der zweiten Vorkonferenz, die am 10. April 1947 in Genf begann, wurde am 23. August 1947 ein auf Grund der Empfehlungen der Londoner Vorkonferenz revidierter Entwurf der Welthandelscharta, der sogenannte „Genfer Entwurf“ angenommen. (Vergl. Europa-Archiv, August 1948, S. 1489—1492.)

Die Genfer Konferenz endete nach langwierigen Verhandlungen mit der Unterzeichnung des Allgemeinen Abkommens über Handel und Zölle durch 23 Nationen am 30. Oktober 1947. (Vergl. Europa-Archiv, August 1948, S. 1485—1489.)

Der vorbereitende Ausschuß beschloß sodann im Einklang mit dem Wirtschafts- und Sozialrat der Vereinten Nationen, die geplante Welthandelskonferenz für den 21. November 1947

nach Havanna (Kuba) einzuberufen. Es ist vielleicht bemerkenswert, daß der vorbereitende Ausschuß in einer Empfehlung schon damals dafür eintrat, eine alliierte Vertretung für Deutschland zu den Beratungen der Havanna-Konferenz hinzuzuziehen. Die Konferenz endete am 24. März 1948 mit der Unterzeichnung der Havanna Charta, die dann am 11. August 1948 vom Wirtschafts- und Sozialrat gebilligt wurde. Die Ratifizierung der Charta ist aber bis zum heutigen Tage erst von zwei Staaten: Australien und Liberia, vorgenommen worden, so daß sie noch immer keine Rechtskraft erlangt hat. Die übrigen Signatarstaaten warten darauf, daß die Vereinigten Staaten durch ihre Ratifizierung den Anstoß geben. Präsident *Truman* hat zwar die Billigung der Charta durch den Kongreß verschiedentlich gefordert und der Leiter der Marshallplan-Verwaltung, *Paul G. Hoffman*, befürwortet die Ratifizierung der Charta. Ein in diesen Wochen von der ECA-Mission in Westdeutschland verbreiteter Bericht der *Wayne C. Taylor*-Mission befaßt sich eingehend mit den bestehenden Hindernissen für eine Ausdehnung des westeuropäischen Handels. Der Bericht bejaht die Liberalisierung und befürwortet die Internationale Handelsorganisation und die Havanna Charta. Bestimmte Wirtschaftskreise der Vereinigten Staaten, insbesondere die Fachorganisationen der Industrie und des Handels und auch der Amerikanische Rat der Internationalen Handelskammer haben jedoch in zunehmendem Maße Bedenken gegen die Havanna Charta geäußert, da ihnen dieses Instrument in mancher Hinsicht als ein nicht tragbarer Kompromiß erscheint. Während diesen amerikanischen Kreisen das Ausmaß der Liberalisierung nicht genügt, sind in letzter Zeit vor allem in Großbritannien Stimmen gegen die zu starke Liberalisierung im Rahmen der Havanna Charta laut geworden.

Die geplante Welthandelsorganisation ist über die von der Havanna Konferenz am 16. März 1948 von 52 Nationen eingesetzte Interimskommission, die keine exekutiven und keine legislativen Funktionen besitzt, nicht hinausgediehen. (Vergl. Europa-Archiv, September 1948, S. 1547—1554.) In der Zwischenzeit haben jedoch die Vertragspartner des Genfer Abkommens von 1947, das gewissermaßen als „Kleine Havanna Charta“ bezeichnet werden kann, auf dem Wege zur Befreiung des Welthandels von hemmenden Beschränkungen wertvolle Arbeit geleistet.

Die erste Tagung der Vertragsparteien fand im März 1948 in Havanna, die zweite im Au-

gust und September desselben Jahres in Genf, die dritte von April bis August 1949 in Annecy und die vierte vom Februar bis April 1950 in Genf statt. Die fünfte Tagung ist für den 2. November 1950 nach Torquay einberufen worden. Neben diesen Konferenzen, auf denen die grundlegenden Fragen des Abbaus der Handelschranken erörtert wurden, fand in Fortsetzung der Tarifverhandlungen in Genf, von April bis Oktober 1947, die sich mit den technischen Fragen der gegenseitigen Zollsensungen befassen, die zweite Verhandlungsrunde von April bis August 1949 in Annecy statt. Die dritte Runde dieser Tarifverhandlungen beginnt am 28. September 1950 in Torquay.

Bei den Verhandlungen in Annecy war Westdeutschland durch Delegierte der alliierten Besatzungsbehörden vertreten. Dagegen konnte die westdeutsche Bundesrepublik zu der vierten Tagung der Vertragsparteien einen eigenen Beobachter entsenden. Nachdem die Alliierte Hohe Kommission am 28. Oktober 1949 in einem Kommuniqué bekanntgegeben hatte, daß die westdeutsche Bundesrepublik zu den Verhandlungen in Torquay eingeladen werde, teilte die Bundesregierung Anfang Januar 1950 die Annahme der Einladung mit. Gegen die Stimme der Tschechoslowakei billigten die Vertragsparteien am 2. März 1950 die Teilnahme Westdeutschlands. Neben der Bundesrepublik werden Österreich, Guatemala, Peru, die Philippinen und die Türkei ebenfalls erstmalig an den Zoll- und Handelsbesprechungen teilnehmen.

In der Zwischenzeit ist der neue Zolltarif der Bundesrepublik in Zusammenarbeit mit der Brüsseler Zollkommission fertiggestellt und den am GATT beteiligten Ländern, mit denen die Bundesrepublik in Torquay Zollbesprechungen zu führen beabsichtigt, zugestellt worden. Es handelt sich um einen rein auf Wertzöllen fußenden Tarif, der auf die bereits vom Völkerbund in Angriff genommene gemeinsame Zollnomenklatur ausgerichtet ist.

Die Durchführung des Allgemeinen Abkommens erfolgt bis auf weiteres gemäß dem Protokoll über die vorläufige Durchführung, wonach sich die vertragschließenden Parteien die 1947 in Genf vereinbarten Tarifvergünstigungen zugestehen und sich wechselseitig zur Meistbegünstigungsklausel bekennen. Nach diesem Protokoll sind die vertragschließenden Parteien gehalten, die allgemeinen Bestimmungen des Abkommens zu beobachten, soweit sie nicht unvereinbar sind mit Gesetzen, die für die an den Genfer Verhandlungen von 1947 beteiligten Parteien am 30. Oktober 1947 und für die

in Annecy beigetretenen Regierungen am 10. Oktober 1949 in Kraft waren.

Das Abkommen wurde an verschiedenen Daten zwischen Januar und Juli 1948 in Kraft gesetzt. Teilnehmerstaaten sind: Australien, Belgien, Birma, Brasilien, Ceylon, China, Frankreich, Indien, Kanada, Kuba, Libanon, Luxemburg, Neuseeland, die Niederlande, Norwegen, Pakistan, die Südafrikanische Union, Südrhodesien, Syrien, die Tschechoslowakei, das Vereinigte Königreich und die Vereinigten Staaten.

Chile ist im März 1949 vertragschließende Partei geworden. Die Regierung Indonesiens ist, nachdem dieses Land als souveräner Staat anerkannt wurde, aus eigener Machtbefugnis vertragschließende Partei geworden und hat die von der Regierung der Niederlande in den Jahren 1947—1949 eingegangenen Bindungen auch für den indonesischen Zolltarif anerkannt. Für ihre abhängigen Gebiete wurde die vorläufige Durchführung des Abkommens von Belgien, Frankreich (mit Ausnahme von Marokko) und dem Vereinigten Königreich (mit Ausnahme von Jamaika) verordnet.

Während auf den bisherigen Konferenzen die Frage der Senkung der Zolltarife im Vordergrund stand, wandte die vierte Tagung der Vertragsparteien vom 23. Februar bis 3. April

1950 in Genf ihr Augenmerk den quantitativen Einfuhrbeschränkungen zu, die seit Beendigung des Zweiten Weltkrieges vielfach angewandt worden sind. Neben einer Vorschau auf die Konferenz von Torquay ist der nachfolgende Bericht, den wir, abgesehen von geringfügigen Kürzungen, im Wortlaut wiedergeben, in erster Linie dem Problem der quantitativen Beschränkungen und besonders ihrer Anwendung durch Staaten, die sich in finanziellen Schwierigkeiten befinden, gewidmet.

Die Teilnehmer an den Verhandlungen von Torquay sehen sich Problemen gegenübergestellt, deren Lösung nicht leicht sein wird. Ehe das angestrebte Ziel der Beseitigung aller Einfuhrbeschränkungen erreicht werden kann, muß sich der internationale Handels- und Zahlungsverkehr wieder einspielen. Der Schutz, den die einheimische Produktion bisher genossen hat, darf der Beseitigung der bestehenden Beschränkungen nicht im Wege stehen, sobald für diese kein Bedürfnis mehr besteht. „An diesen beiden Problemen wird sich“, wie der Exekutivsekretär der ICITO, E. G. Wyndham White in seinem Vorwort zu dem nachfolgenden Bericht schreibt, „die Weisheit und das politische Geschick der Staatsmänner zu bewähren haben.“

H. V.

Vorschau auf die Verhandlungen von Torquay im Herbst 1950

Die Forderung der Beseitigung binneneuropäischer Zollschränken

Die Tarifverhandlungen von Annecy waren im August 1949 abgeschlossen, und alle im Hinblick auf ihren späteren Beitritt zum Allgemeinen Abkommen (General Agreement on Tariffs and Trade = GATT) daran beteiligten Regierungen sind, mit einer einzigen Ausnahme, vertragschließende Parteien geworden¹. Gegen Ende der Konferenz von Annecy wurden Pläne für beträchtlich weiter gespannte Verhandlungen entworfen, die im Jahre 1950 stattfinden sollen. In der Zwischenzeit sind die Vorbereitungen soweit gediehen, daß die Verhandlungen am 28. September 1950 in Torquay (England) beginnen können.

Die Senkung der Zolltarife hat in der Gegenwart eine ganz besondere Bedeutung. Sie bildet eines der Hauptprobleme im Zusammenhang mit der Wiederherstellung des Gleichgewichtes der internationalen Handelsbeziehungen. Für Westeuropa ist die geplante Integration der einzelnen Volkswirtschaften und die Schaffung weiter europäischer Märkte, wie sie die Bedürfnisse der modernen Industrie erfordern, offenbar nur zu verwirklichen, wenn die binneneuropäischen Zollschränken beseitigt werden. Ebenso wird die von Nordamerika gebotene Hilfe zum wirtschaftlichen Wiederaufbau der andern Erdteile erst dann voll wirksam werden, wenn deren Beteiligung am nordamerikanischen Markt eine beträchtliche Steigerung erfahren hat. Die Staatsmänner Europas und Amerikas sind sich über diese Ziele einig, und die Senkung der Zollschränken durch das Allgemeine Abkommen ist ein wesentlicher Schritt zur ihrer Verwirklichung.

¹) Vergl. Europa-Archiv 4/1950, S. 2843—2848 und 5/1950, S. 2879—2885.

Der Umfang der Verhandlungen

Das Allgemeine Abkommen ist von 33 Ländern angenommen worden. Gelegentlich der dritten Runde von Verhandlungen in Torquay werden wahrscheinlich auch die Bundesrepublik Deutschland, Guatemala, Korea, Österreich, Peru, die Philippinen und die Türkei der Gruppe als neue Mitglieder angehören. Nach dem Beitritt dieser Länder wird sich also die Zahl der vertragschließenden Parteien auf vierzig belaufen und unter Einrechnung der dem Abkommen unterstellten überseeischen Gebiete 79,5 v. H. der Welteinfuhr und 85,7 v. H. der Weltausfuhr, wie sie im Jahre 1948 berechnet wurden, umfassen.

In Torquay wird das Werk der Tarifsenkungen fortgesetzt werden. Neben den Verhandlungen mit Regierungen, die dem Abkommen beizutreten wünschen, werden erneut Verhandlungen zwischen den vertragschließenden Parteien selbst stattfinden. An den Genfer Beratungen von 1947 nahmen 23 Regierungen teil. Nachdem sie vertragschließende Parteien des Abkommens geworden waren, haben diese Länder im Jahre 1949 in Annecy einzeln mit einer neuen Gruppe von zehn Regierungen verhandelt; in Torquay werden in diesem Jahre rund 33 vertragschließende Parteien und 7 Neuankömmlinge in Verhandlungen eintreten. Die Vereinigten Staaten, das Vereinigte Königreich, Frankreich, die Benelux-Staaten, Kanada, Italien und die skandinavischen Länder, um nur einige zu nennen, werden von den Verhandlungspartnern Tarifiermächtigungen zu erreichen streben. Die Verhandlungen werden daher einen beträchtlichen Teil des Welthandels zum Gegenstand haben. Wie dies schon in Genf und Annecy der Fall gewesen ist, werden die in Torquay vereinbarten Ermäßigungen und Bindungen — das heißt bindende Zusagen, daß Zollsätze nicht erhöht werden — sich auf alle an dem Abkommen beteiligten Parteien erstrecken, sodaß jede einzelne von ihnen Anspruch auf den Genuß dieser sämtlichen Zugeständnisse hat. Gleichbehandlung ist allen vertragschließenden Parteien zugesichert, doch besteht keine solche Verpflichtung gegenüber Staaten, die nicht an dem Abkommen beteiligt sind.

Einen wichtigen Programmpunkt werden die Verhandlungen mit der deutschen Bundesrepublik bilden zur Anbahnung der Wiederaufnahme normaler Handelsbeziehungen zu den übrigen Industriestaaten Westeuropas und zu Nordamerika. Der deutsche Zollltarif wird gegenwärtig von der Bonner Regierung revidiert und soll den durch den Krieg bewirkten Änderungen

des Preisniveaus Rechnung tragen. Es kommt nun darauf an, daß Begrenzungen von Zollerhöhungen auf diesen Tarif ebenso Anwendung finden wie auf die andern unter das Allgemeine Abkommen fallenden europäischen Zolltarife. Eine Anzahl wichtiger Industrieprodukte war übrigens bei den Verhandlungen von 1947 und 1949 nicht berücksichtigt worden, weil vor dem Krieg Deutschland der Hauptlieferant gewesen war; diese können nun in das Abkommen einbezogen werden, was eine beträchtliche Erweiterung seines sachlichen Geltungsbereiches bedeutet.

Die Verhandlungen werden von den beteiligten Ländern paarweise geführt werden, indem jedes Land vom Verhandlungspartner für die Produkte, zu deren Hauptlieferanten es gehört, Zollerermäßigungen zu erreichen sucht. Unter den in Torquay vertretenen Regierungen sind mehr als 600 solcher Einzelverhandlungen denkbar. Praktisch aber werden die einzelnen Länder nur mit solchen Staaten in Verhandlungen eintreten, mit denen sie durch Handelsbeziehungen verbunden sind, welche eine Grundlage für gegenseitige Zugeständnisse abzugeben vermögen. Auch in diesem beschränkten Umfang wird es wahrscheinlich noch zu 400 Verhandlungen kommen. Nachdem in Genf 123 und in Annecy 147 Staatenpaare miteinander verhandelt und diese Zusammenkünfte sieben beziehungsweise fünf Monate gedauert haben, ist kaum damit zu rechnen, daß die dritte Runde in Torquay bis Ende des Jahres 1950 abgeschlossen sein wird.

Die Stellung der Länder mit niedrigem Zollltarif

Ein besonderes Problem taucht auf, wenn sich vertragschließende Parteien anschicken, zum zweiten Mal in Verhandlungen miteinander einzutreten. Verschiedene der 1947 an der ersten Runde in Genf beteiligten Länder hatten damals relativ niedrige Tarife, und als Ergebnis der Verhandlungen verpflichteten sie sich, eine beträchtliche Anzahl ihrer Zollsätze zu binden. Andere Länder, die mit höheren Tarifen nach Genf gekommen waren, erreichten wesentlich höhere Sätze. Die Länder mit niedrigem Tarif befürchten nun, daß sie keine weiteren Zugeständnisse mehr anzubieten und daher von Ländern mit höheren Tarifen auch keine beachtlichen Gegenleistungen zu erwarten haben. Sie vertreten den Standpunkt, daß die erneute Bindung ihrer Tarife auf ihrer gegenwärtigen Höhe als ausreichendes Zugeständnis für weitere Senkungen der höheren Tarife anderer Länder zu bewerten sei. Ferner verlangen sie, daß ihnen, bevor sie sich zu einer

erneuten Bindung ihrer Tarife bereiterklären, Gelegenheit geboten werde, sich ein Urteil darüber zu bilden, ob andere vertragschließende Parteien in Anbetracht ihrer wirtschaftlichen Struktur Fortschritte in der Richtung auf einen angemessenen Ausgleich der noch bestehenden Zollbelastungen gemacht haben.

Dies ist die Lage, in der sich die Benelux-Länder und mehrere andere vertragschließende Parteien bei ihren Vorbereitungen für Torquay befinden. Belgien und die Niederlande hatten von jeher niedrige Zölle, und dasselbe gilt heute von den Tarifen der der Benelux angeschlossenen Staaten. Die Tarife einiger Staaten sind dagegen verhältnismäßig hoch, und die Länder mit niedrigem Tarif werden den Wunsch hegen, nun beträchtliche Zugeständnisse zu erlangen in Ergänzung derjenigen, die ihnen 1947 und 1949 für ihre Ausfuhr zugestanden worden sind.

Mit den aus dieser Sachlage erwachsenden Schwierigkeiten haben sich die Vertragsparteien auf ihrer Vierten Tagung² auseinandergesetzt, wobei sie sich von einer der in der Charta von Havanna³ niedergelegten und von den Vertragsparteien angenommenen Regeln für Tarifverhandlungen leiten ließen. Sie bestimmt, daß die Bindung von niedrigen Tarifen oder von Zollbefreiungen der Herabsetzung hoher Tarife gleichzubewerten ist. Die Vertragsparteien haben auf die Wichtigkeit dieses Grundsatzes hingewiesen und die Erwartung ausgesprochen, daß in Torquay danach gehandelt werde. Um einen Begriff von dem in der Richtung auf das oberste Ziel des Abkommens, eine wesentliche Kürzung der Zolltarife, erzielten Fortschrittes zu gewinnen, müssen die Ergebnisse der drei Verhandlungsrunden als Ganzes bewertet werden.

Verlängerung der Geltungsdauer der Zugeständnisse von Genf und Annecy

Wenn sich eine Senkung von Zollsätzen als Mittel zur dauernden Ausdehnung des Handels bewähren soll, muß sie von der Zusage begleitet sein, daß man in der nächsten Zukunft nicht zu höheren Sätzen zurückkehren wird.

Den 1947 in Genf zugestandenen Ermäßigungen und Bindungen war zunächst nur eine Lebensdauer von drei Jahren gesichert. Nach Ablauf dieser Zeitspanne sollen sie unbegrenzt weitergelten, doch können an die Länder, mit denen sie ursprünglich vereinbart worden wa-

ren, Anträge auf Widerruf einzelner Zugeständnisse gerichtet werden. Kommt es infolgedessen zu neuen Verhandlungen, so sind die übrigen an diesen Zugeständnissen wesentlich interessierten vertragschließenden Parteien zu konsultieren. Von einer Partei, die ein Zugeständnis zu widerrufen oder einzuschränken gedenkt, wird erwartet, daß sie dafür Zugeständnisse bei anderen Produkten macht. Erfolgt der Widerruf oder die Einschränkung, ohne daß es vorher zu einer Einigung über entsprechende Ersatzleistungen gekommen ist, so sind die anderen Parteien berechtigt, gleichwertige Zugeständnisse zu annullieren. Damit aber entsteht die Gefahr, daß das Verfahren, einmal begonnen, wie eine Lawine anwächst und den Wert des Abkommens in weitem Umfange illusorisch macht.

Die Möglichkeit eines Widerrufs der 1947 und 1949 vereinbarten Zugeständnisse behaftet das Abkommen mit einem Element der Unbeständigkeit, das seinem Zweck zuwiderläuft. Um dieser Gefahr zu begegnen, beschlossen die Vertragsparteien auf ihrer Vierten Tagung, daß alle erneuten Verhandlungen, zu denen sich einzelne Staaten veranlaßt sehen mögen, nach Ablauf der ersten drei Jahre — das heißt gegen Ende des Jahres 1950 — stattfinden und daß die in diesem Zeitpunkt aufrechterhaltenen Zolltarife für eine weitere Periode von drei Jahren in Kraft bleiben sollen. Der Umstand, daß die dritte Runde für Ende 1950 vorgesehen ist und sich in das Jahr 1951 hinüberziehen wird, bietet Gelegenheit, in diesem Zeitpunkt neue Verhandlungen aufzunehmen und den in Genf und Annecy vereinbarten Tarifen in Torquay eine Verlängerung ihrer Lebensdauer zu sichern.

Ein besonderer Grund, die geltenden Tarife erneut zu bestätigen, ergibt sich weiter aus dem Umstand, daß in Torquay sieben neue Regierungen vertreten sein werden, die dem Abkommen beizutreten wünschen und von denen daher Zugeständnisse für eine bestimmte Zeitdauer zu erwarten sind. Als nicht zu unterschätzender Bestandteil der zu erwartenden Gegenleistungen würde ihnen der Anspruch auf die mit den geltenden Zolltabellen verbundenen Vergünstigungen in Aussicht stehen, und damit wäre diesen Tarifen selbst eine entsprechende Verlängerung der Lebensdauer gesichert. Infolgedessen darf man annehmen, daß die Verhandlungen von Torquay im Jahre 1951 eine Serie von Zollsätzen für vierzig Länder zeitigen werden, welche sämtlich bis Anfang 1954 gebunden, das heißt gegen Erhöhung gesichert sein werden.

²) in Genf vom 23. Februar bis 3. April 1950.

³) Vergl. Europa-Archiv, September 1948, S. 1547 bis 1554.

Quantitative Beschränkungen des Welthandels

Zolltarif und quantitative Beschränkungen

Während das Allgemeine Abkommen die Senkung der Zolltarife als wesentlichen Beitrag zur Förderung des Welthandels und damit als wünschenswert anerkennt, enthält es keine Bestimmung, die ihre endgültige Abschaffung vorschreibt. Viel entschiedener dagegen spricht es sich gegen die quantitativen Beschränkungen aus, indem es, wenn auch unter gewissen Vorbehalten, den Grundsatz aufstellt, daß diese Beschränkungen beseitigt werden müssen.

Die Verschiedenheit der Einstellung gegenüber dem Zolltarif und den quantitativen Beschränkungen ergibt sich folgerichtig aus ihrer unterschiedlichen Wirkung auf die Wirtschaft. Der Tarif bietet die Möglichkeit eines Wettbewerbes zwischen ausländischen und einheimischen Produkten unter der Bedingung, daß der Zoll gezahlt wird. Die quantitative Einfuhrbeschränkung dagegen setzt der Einfuhr durch Begrenzung der zulässigen Menge eine feste Grenze; ihre Wirkung auf die Preisgestaltung ist schwer vorauszusehen. Gewöhnlich bietet die quantitative Einfuhrbeschränkung dem einheimischen Produzenten einen wirksameren Schutz als die Anwendung von Zolltarifen, obwohl Zölle in der Wirkung ebenso prohibitiv sein können. Das Allgemeine Abkommen gestattet das Weiterbestehen von Zolltarifen; die quantitativen Beschränkungen werden jedoch abgelehnt.

Die Anwendung quantitativer Beschränkungen nach dem Zweiten Weltkrieg

Seit dem Zweiten Weltkrieg haben sich fast alle Regierungen in viel weiterem Umfang als vorher quantitativer Beschränkungen zur Kontrolle der Ein- und Ausfuhr bedient. Hierfür bestand eine Reihe dringender Gründe. Die verfügbaren Zahlungsmittel genügten nicht und zwangen zur Sparsamkeit. Nahrungsmittel und Rohstoffe reichten kaum für den eigenen Bedarf, geschweige denn für die Bedürfnisse einer Ausfuhr. Aus der Kriegszeit stammende Maßnahmen zur Kontrolle des Handels wurden beibehalten oder den Bedürfnissen der Nachkriegszeit angepaßt.

In der Tat spielten die quantitativen Beschränkungen im Jahre 1947 für die Kontrolle des Welthandels eine solche Rolle, daß das Abkommen ihrer schließlichen Beseitigung mehr Sorge und Aufmerksamkeit zuwendet als der

Höhe und der Ausdehnung der Zolltarife. Bezüglich der Zolltarife bringt es lediglich zum Ausdruck, daß die vertragschließenden Parteien ihre Senkung anstreben, und macht es Staaten, die dem Abkommen beizutreten wünschen, zur Pflicht, sich an Verhandlungen mit diesem Ziel zu beteiligen. Im Falle der quantitativen Beschränkungen aber wird auf die außergewöhnlichen Umstände eingegangen, unter denen sie zulässig sind, und Regeln für ihre Handhabung und das Verfahren ihrer Überprüfung durch die Vertragsparteien werden aufgestellt.

Die Bestimmungen des Abkommens über quantitative Beschränkungen

Die allgemeine Abschaffung der quantitativen Beschränkungen gehört zu den wesentlichen Zielen des Allgemeinen Abkommens. Von dieser Grundlage ausgehend, erklärt es rund heraus, daß sie zu verschwinden haben. Verbote und andere Beschränkungen als Zölle, Steuern oder sonstige Abgaben dürfen von keiner vertragschließenden Partei zum Nachteil der Erzeugnisse einer anderen Partei oder zur Behinderung der Ausfuhr eigener Erzeugnisse nach dem Gebiet anderer vertragschließender Parteien angewendet werden. Die Urheber des Abkommens von 1947 verschlossen sich jedoch nicht den tatsächlichen Verhältnissen der Gegenwart und stellten Regeln auf, welche die Anwendung quantitativer Beschränkungen in gewissen, klar bezeichneten Fällen erlauben.

Dieser Abschnitt soll einen kurzen Überblick über die Bestimmungen des Abkommens vermitteln, welche, abgesehen von den üblichen Vorbehalten von Handelsabkommen in Fragen der Sicherheit, der Hygiene, der Sittlichkeit usw., die Anwendung quantitativer Beschränkungen zulassen. Diese Bestimmungen können hier nicht erschöpfend behandelt werden, es soll nur angedeutet werden, unter welchen Voraussetzungen von dieser Art Beschränkungen Gebrauch gemacht werden darf.

Quantitative Beschränkungen, die in Verbindung mit internationalen landwirtschaftlichen Kontrollmaßnahmen zulässig sind: Die Einfuhr von Produkten der Landwirtschaft und der Fischerei darf beschränkt werden von Regierungen, welche die Gewinnung oder die Verteilung der gleichen Produkte im eigenen Lande beschränken.

Quantitative Beschränkungen, die zur Förderung der wirtschaftlichen Entwicklung zeitweilig zulässig sind: Mit Zustimmung der Vertragsparteien

darf die Einfuhr bestimmter Produkte während festgesetzter Zeitspannen beschränkt werden, wenn diese Maßnahme der Einführung, der Entwicklung oder dem Wiederaufbau bestimmter Industrien oder Zweige der Landwirtschaft dient.

Quantitative Beschränkungen, die in Zeiten von Währungskrisen zulässig sind: Die wichtigste Ausnahme von der Regel, daß quantitative Beschränkungen abzuschaffen sind, betrifft die Beschränkung der Menge oder des Wertes eingeführter Waren zum Schutz der heimischen Bestände an Zahlungsmitteln. Diese Gattung quantitativer Beschränkungen und die Probleme, die in der Gegenwart zu ihrer Anwendung führen, sollen an späterer Stelle eingehender behandelt werden.

Die Bestimmungen des Abkommens über quantitative Beschränkungen betreffen Beschränkungen der Einfuhr sowohl wie der Ausfuhr. Ausfuhrbeschränkungen sind wie Ausfuhrzölle unter normalen Verhältnissen selten. Seit dem Krieg haben sie an Bedeutung gewonnen, und das Abkommen läßt sie zu als Notmaßnahmen der Nachkriegszeit und für Krisenzeiten, in denen es an Nahrungsmitteln oder anderen lebenswichtigen Produkten fehlt. Abgesehen von einigen wenigen, genau bezeichneten Ausnahmefällen, verlangt es aber ihre künftige Abschaffung. Dieser Beitrag behandelt in erster Linie die Beschränkungen der Einfuhr, welche bei weitem zahlreicher und folgenschwerer sind als die der Ausfuhr, doch sei daran erinnert, daß die in dem Abkommen geforderte Beseitigung quantitativer Beschränkungen und der Grundsatz einer unterschiedslosen Anwendung der noch zulässigen Beschränkungen sowohl für die Einfuhr wie für die Ausfuhr gelten.

Die Anwendung quantitativer Ausfuhrbeschränkungen für bestimmte Zwecke wurde von den Vertragsparteien auf ihrer Vierten Tagung einer Nachprüfung unterzogen⁴. Man hatte u. a. die Erfahrung gemacht, daß die Anwendung quantitativer Beschränkungen auf zur Ausfuhr zugelassene Waren ein nicht zu unterschätzendes Tauschobjekt für den Abschluß zweiseitiger Handelsabkommen bot, mit dem die Lockerung von Einfuhrbeschränkun-

gen seitens anderer Staaten durchzusetzen war. Die Vertragsparteien fanden, daß, von gewissen Sonderfällen abgesehen, keine Bestimmung des Abkommens dahin auszulegen sei, daß die Anwendung von Ausfuhrbeschränkungen für diesen Zweck zulässig wäre, und bemerkten, daß Fälle, in denen diese Praxis eingerissen wäre, nach dem in dem Übereinkommen vorgesehenen Beschwerdeverfahren zu behandeln seien. Sie empfahlen den einzelnen vertragschließenden Parteien alle Fälle dieser Art zur Kenntnis der mit den Beratungen zum Abschluß von Abkommen befaßten Persönlichkeiten zu bringen.

Quantitative Beschränkung des staatlichen Handels

Die Bestimmungen des Abkommens über quantitative Beschränkungen wären unvollständig, wenn sie sich nur auf Maßnahmen der Regierungen bezüglich des auf der Grundlage der Privatinitiative von Einzelpersonen oder privaten Gesellschaften getätigten Handels erstreckten. Ein beträchtlicher Teil des Welthandels entfällt heute auf staatliche Stellen und verstaatlichte Industrien und Verteilungssysteme. Jede vertragschließende Partei betreibt in gewissem Umfange staatlichen Handel; in einzelnen Fällen, beispielsweise im Vereinigten Königreich, entfällt sogar auf die vom Staat getätigten Einkäufe ein sehr beträchtlicher Teil der gesamten Einfuhr.

Mit Bezug auf die quantitativen Beschränkungen trachtet das Abkommen Regeln aufzustellen, die in gleicher Weise auf staatliche Handelsorganisationen wie auf Privatpersonen anwendbar sind. Der Staat ist an die Bestimmungen des Abkommens sowohl für die Rechtsnormen, die er für den privaten Handel wie für diejenigen, die er für seine eigene Handels-tätigkeit aufstellt, gebunden. Die allgemeine Verpflichtung zur Beseitigung quantitativer Beschränkungen, die zeitweiligen und ständigen Ausnahmen für ihre Anwendung und die Regeln über nichtunterschiedliche Anwendung gelten in gleicher Weise für die durch staatliche Handelsoperationen bewirkten Beschränkungen wie für den Privathandel.

Das Problem der nichtunterschiedlichen Behandlung der Lieferstaaten

Die Grundregeln der Gleichbehandlung

Die Anwendung quantitativer Beschränkungen bildete stets ein schwieriges Problem in Verbindung mit der Beobachtung der Meistbegünstigungsklausel in Handelsverträgen. Soweit Zollltarife in Frage kommen, ist der

Grundsatz der Gleichbehandlung unter den Lieferstaaten nicht schwer zu verwirklichen. Die quantitativen Beschränkungen dagegen werfen

⁴ Der Bericht (GATT/CP. 4/33) ist zu beziehen vom I.C.I.T.O., Palais des Nations, Genf.

ungleich schwierigere Fragen auf. Eine völlig befriedigende Formel, die allen denkbaren Lieferanten von Produkten, denen quantitative Einfuhrbeschränkungen entgegenstehen, Gleichbehandlung sichert, ist noch nicht gefunden. Das Allgemeine Abkommen greift jedoch das Problem erneut an. Es stellt Regeln auf, durch die die Rechte einer jeden vertragschließenden Partei bis zu den Grenzen des Möglichen geschützt werden.

Die Grundregel des Abkommens für Gleichbehandlung bei der Anwendung von Einfuhrbeschränkungen besagt, daß keine der vertragschließenden Parteien die Einfuhr von einer andern vertragschließenden Partei beschränken darf, wenn nicht die Einfuhr von allen übrigen Ländern denselben Beschränkungen unterliegt. Der Begriff der „gleichen Beschränkung“ ist zu verwirklichen, indem eine Verteilung des Handels angestrebt wird, welche den Anteilen, die die vertragschließenden Parteien ohne diese Beschränkung wahrscheinlich erreichen würden, so nahe wie möglich kommt. Die Beschränkung soll nach Möglichkeit in der Weise vorgenommen werden, daß für die Einfuhr ein zulässiges Gesamtvolumen — eine Einfuhrquote — festgesetzt wird, um deren Verteilung die Lieferstaaten in Wettbewerb treten können. Ist dieser Weg nicht gangbar, so soll die Beschränkung in Form von Einfuhrlizenzen ohne öffentliche Bekanntgabe der zugelassenen Menge erfolgen dürfen. Wenn eine Quote festgesetzt und auf die Lieferstaaten aufgeteilt wird, so soll die Zuweisung der einzelnen Anteile nach Möglichkeit im Einvernehmen mit den an der Lieferung der betreffenden Ware hauptsächlich interessierten vertragschließenden Parteien erfolgen, andernfalls ist der Anteil dieser Parteien im Verhältnis zu der während einer zurückliegenden Referenzperiode getätigten Einfuhr, unter Berücksichtigung aller Sonderfaktoren, die den Handel mit dieser Ware beeinflussen können, festzusetzen.

Wird die Beschränkung in der Weise geübt, daß über jeden Antrag auf Erteilung einer Einfuhrlizenz eine Verwaltungsbehörde zu befinden hat, ohne daß eine Gesamtquote zugeteilt wurde, so haben die Ausfuhrländer keine Gewähr für eine Sicherung gegen Willkür und Benachteiligung. Andererseits kann die Aufteilung einer Quote auf die Lieferstaaten im Verhältnis zur Einfuhr einer früheren Periode eine gewisse Starrheit in den Handel bringen; es gibt keine Periode, in der alle Lieferstaaten mit gleich günstigen Umständen zu rechnen haben, und die jeweils wechselnden Faktoren, die den Handel beeinflussen und infolgedessen

berücksichtigt werden müssen, sind oft schwer zu bewerten und werden sehr verschieden eingeschätzt.

Nicht selten wird vorgebracht, daß die Zuteilung von Quoten an die Lieferstaaten praktisch eine Verwaltungsmaßnahme ist, die der Meistbegünstigungsklausel sehr nahe kommt. Auch wird geltend gemacht, daß Gesamtquoten, die den verschiedenen Lieferstaaten die gleiche Möglichkeit bieten, ihre Ausfuhrware nach den Regeln des freien Marktes abzusetzen, schon deshalb den Vorzug verdienen, weil weder die Vor- noch die Nachkriegszeit eine Periode aufweist, die als Maßstab für die gegenwärtigen Entwicklungsmöglichkeiten des Handels dienen kann. Doch gibt es Fälle, in denen auch Gesamtquoten auf Bedenken stoßen, beispielsweise wenn es sich um Saisonprodukte handelt, oder wenn zu befürchten ist, daß eine unterschiedliche Behandlung der Lieferstaaten durch Qualitätsvorschriften oder die jahreszeitliche Begrenzung der Einfuhrerlaubnis Platz greift. Hieraus erhellt, daß keine Methode voll befriedigt und eine Regierung, sobald sie sich auf quantitative Beschränkungen einläßt, zwangsläufig in ein Dilemma gerät.

Die Übergangsperiode der Nachkriegszeit als Sonderfall

Vertragsschließende Parteien, die von den auf Grund des GATT noch zulässigen quantitativen Beschränkungen Gebrauch machen, sind verpflichtet, den Grundsatz der nichtunterschiedlichen Behandlung ihrer Handelspartner zu befolgen. Eine wichtige Ausnahme ist jedoch für die Dauer der sogenannten „Übergangsperiode der Nachkriegszeit“ vorgesehen. Das Allgemeine Abkommen erkennt an, daß die nichtunterschiedliche Anwendung von Einfuhrbeschränkungen durch ein Land, dessen Handels- und Zahlungsbilanz durch den Krieg und seine Auswirkungen ernstlich erschüttert ist, unter Umständen nicht ausreicht, den Zahlungsverkehr mit dem Ausland wieder ins Gleichgewicht zu bringen. Ferner stellt das Abkommen fest, daß die Gesundheit eines Landes unter solchen Umständen schneller vorstatten gehen und sein Anteil am Welthandel gesteigert werden kann, wenn es die Möglichkeit hat, mehr von Ländern mit leicht beschaffbarer als von solchen mit relativ knapp verfügbarer Währung zu beziehen. Wenn die Einfuhr aus allen Ländern in gleichem Maße beschränkt werden müßte, so würde das Handelsvolumen eines unter den Zeitverhältnissen leidenden Staates stärker reduziert werden, als seine Zahlungsschwierigkeiten dies erfordern. Dies

könnte dazu führen, daß sich ein solches Land der für den Fortbestand seiner Wirtschaft und die Sicherstellung des Lebensstandards notwendigen Nahrungsmittel und Rohstoffe beraubt sehen würde. Infolgedessen läßt das Abkommen vorübergehend gewisse Ausnahmen von der Regel der nichtunterschiedlichen Behandlung zu, ähnlich dem Abkommen des Internationalen Währungsfonds⁵, welches gleichfalls die Mitglieder des Fonds ermächtigt, während der Übergangsperiode der Nachkriegszeit Überweisungen und Zahlungen für laufende internationale Geschäftsabschlüsse gewissen Beschränkungen zu unterwerfen.

Zum Schutze ihrer Zahlungsbilanz darf eine vertragschließende Partei an allen vom Grundsatz der Gleichbehandlung abweichenden Maßnahmen festhalten, die in ihrer Wirkung den nach dem Abkommen des Fonds während der Übergangsperiode zulässigen Beschränkungen des Zahlungsverkehrs gleichkommen oder die am 1. März 1948 in Kraft waren. Den Regierungen, die als Ergebnis der Genfer Tarifverhandlungen von 1947 vertragschließende Parteien geworden sind, stand es frei, statt dessen auch eine Regelung zu wählen, die es ihnen

erlaubt, durch unterschiedliche Behandlung anderer Staaten ihre Einfuhr über ein andernfalls unerreichbares Niveau hinaus zu steigern. Für diesen Fall aber wird den betreffenden Regierungen⁶ zur Bedingung gemacht, daß sie für eingeführte Waren keine wesentlich höheren Preise festsetzen als diejenigen, zu denen dieselbe Ware aus anderen Quellen bezogen werden kann; daß, soweit solche Preisspannen bestehen, sie fortschreitend zu reduzieren sind; daß die getroffene Maßnahme nicht Teil einer Regelung bildet, die ihre Ausfuhr in einer Weise ablenkt, welche eine beträchtliche Verminderung ihrer Einnahmen an Gold oder konvertierbaren Währungen bewirkt, und schließlich daß dadurch den kaufmännischen oder den wirtschaftlichen Interessen anderer vertragschließender Parteien kein vermeidbarer Abbruch geschieht.

Diese Ausnahme vom Grundsatz der Gleichbehandlung soll nur solange gelten, wie die sich darauf berufende vertragschließende Partei auch von den Sonderbestimmungen des Abkommens des Währungsausgleichsfonds oder gleichartigen Bestimmungen eines besonderen Zahlungsabkommens mit den Vertragsparteien Gebrauch macht⁷.

Einfuhrbeschränkungen zur Stützung der Zahlungsbilanz

Schutz der Zahlungsmittelreserven

Seit dem Ersten Weltkrieg ist die Geschichte reich an Beispielen von Staaten, die mit ihrem Handel und allgemeinen Geschäftsverkehr in eine Gegenströmung geraten sind, welche Verluste an Gold- und Devisenbeständen zur Folge hatte. Oft finden die Regierungen es schwer oder gar unmöglich, mit deflationistischen Maßnahmen allein eine stark passive Bilanz der laufenden Zahlungen zu korrigieren. Bei der Abfassung des Allgemeinen Abkommens wurde daher etwa bestehenden Wünschen der Regierungen Rechnung getragen, die Einfuhr während einer Periode finanzieller Schwierigkeiten gewissen Einschränkungen zu unterwerfen.

Das Gleichgewicht des Welthandels ist seit dem Krieg so schwer erschüttert, daß nur wenige Länder nicht unter einem akuten Mangel

an Zahlungsmitteln in „harten“ Währungen leiden. Dieser Mangel erstreckt sich vor allem auf die Dollarwährung der Vereinigten Staaten und die verschiedengradig harten Währungen Kanadas, Belgiens, der Schweiz und einiger anderer Staaten.

Die „Dollarlücke“ ist zum allgemeinen Begriff geworden, der, wenn auch etwas primitiv, zum Ausdruck bringt, daß im allgemeinen die Umwelt eher bereit ist, von den Vereinigten Staaten zu kaufen, als diese selbst einzuführen wünschen. Es handelt sich um eine Erscheinung, die nicht ausschließlich für die Nachkriegszeit charakteristisch ist. Die Lücke in der Handelsbilanz besteht seit Jahrzehnten, doch war in den zwanzig Jahren zwischen den beiden Weltkriegen nicht so wie heute davon die Rede, weil ihre Auffüllung weniger außerordentliche Mittel erforderte. Damals verfügten

5) Vergl. Europa-Archiv, Juli 1946, S. 21—22. August 1946, S. 74—77; Februar 1948, S. 1165—1170 und März 1948, S. 1215—1224.

6) Ceylon, Kanada, Libanon, Südafrikanische Union, Südrhodesien, Syrien und Vereinigtes Königreich.

7) Alle dem Fonds angeschlossenen vertragschließenden Parteien, die gemäß diesen Bestimmungen des Abkommens einschränkende Maßnahmen an-

wenden, sind berechtigt, von den Übergangsbestimmungen des Abkommens des Währungsausgleichsfonds Gebrauch zu machen. Ceylon hat mit den Vertragsparteien ein Sonderabkommen zur Regelung des Zahlungsverkehrs getroffen, und Birma, Haiti, Indonesien, Neuseeland, Pakistan und Schweden werden voraussichtlich im November 1950 dem Fonds beitreten oder ähnliche Abkommen schließen.

die meisten Staaten Europas und der anderen Erdteile über reiche Reserven an Gold und Devisen, auf die ohne Schwierigkeit zur Finanzierung einer passiven Handelsbilanz zurückgegriffen werden konnte, während in den Vereinigten Staaten öffentliche Anstalten, Geschäftsfirmen und das Publikum im allgemeinen zeitweilig geneigt waren, beträchtliche Summen in ausländischen Unternehmen zu investieren. Von 1919 bis einschließlich 1939 betrug der Ausfuhrüberschuß der Vereinigten Staaten mehr als 18 Milliarden Dollar. Finanziert wurde er hauptsächlich durch Reineinnahmen von 10 Milliarden Dollar in Gold und durch ausländische Kapitalanlagen.

Seit dem Zweiten Weltkrieg hat sich die Situation geändert. Die Goldreserven und auswärtigen Kapitalanlagen vieler Länder wurden zur Bestreitung der Kriegskosten aufgebraucht, während ihre wirtschaftliche Leistungsfähigkeit ernsthafte Einbuße erlitt. Als der Krieg vorüber war, fand die gesteigerte Nachfrage nach Verbrauchsgütern und industrieller Ausrüstung ihren Niederschlag in dem Wunsch, viel mehr einzuführen, als fremde Zahlungsmittel eingingen;

gleichzeitig suchte eine Reihe von Ländern nach neuen Anlagemöglichkeiten, Kapital in vermehrtem Maße zu investieren. In den fünf Jahren seit dem Ende des Krieges mußte die Dollarlücke hauptsächlich durch Notkredite und staatliche Finanzhilfen überbrückt werden. Auf diese Weise haben die Vereinigten Staaten in den beiden Jahren 1947/1948 fast 6 Milliarden Dollar und allein im Jahre 1949 rund 5 Milliarden Dollar fremden Staaten zur Verfügung gestellt.

Für den Zweck dieser Arbeit liegt die Bedeutung der Dollarlücke darin, daß seit dem Krieg fast jede vertragschließende Partei außerhalb Nordamerikas ihre Einfuhr zum Schutze ihrer Zahlungsbilanz beschränkt hat. Von den 33 vertragschließenden Parteien sahen sich mindestens 20 zur Schonung ihrer schwachen Gold- und Devisenbestände gezwungen, so zu handeln. Die nachstehende Tabelle gibt Aufschluß über die Abnahme der Zahlungsmittelreserven verschiedener Länder seit Kriegsbeginn. Bei ihrer Auswertung ist überdies der Rückgang der Kaufkraft dieser Gold- und Devisenreserven zu berücksichtigen.

Gold- und Devisenreserven

(In Millionen Dollar)

Ende des Jahres	Goldreserven			Devisenreserven ¹		
	1938	1947	1949	1938	1947	1949
Dänemark	53	32	32	23 ²	44 ²	55 ²
Finnland	26	—	6	48	7	12
Frankreich	2761	548	523	22	—	177
Griechenland	27	14	6	4	—	—
Italien	193	58	252	8	—	633
Niederlande	998	232	195	5	102 ³	191 ³
Norwegen	84	75	51	45	76	35
Schweden	321	105	70	191	41	65
Südafrikanische Union	220	762	128	39	249	170
Vereinigtes Königreich	3449	2063 ⁴	1688 ⁴	—	—	—

Quelle: International Financial Statistics, April 1950, veröffentlicht vom Internationalen Währungsfonds.

1) Mit Ausnahme der Reserven von Handelsbanken

2) Einschließlich des Saldos aus Verrechnungsabkommen

und anderer Forderungen in dänischen Kronen, sowie einiger langfristiger Kredite.

3) Außer Reichsmark-Salden.

4) Gesamtbestand an Gold, amerikanischen Dollars und kanadischen Dollars.

Die Technik der Beschränkung

Die quantitative Beschränkung erscheint gewöhnlich in der Form eines Verbotes jeder Einfuhr, für die nicht eine von den staatlichen Behörden zu erteilende Einfuhrlizenz erwirkt wird. Wer eine Ware einzuführen wünscht, hat einen Antrag zu stellen, der dann an Hand gewisser Kriterien geprüft wird. Handelt es sich um Beschränkungen zum Schutze der Zahlungsbilanz, so dient als Kriterium die Frage, in welchem Umfang die für die Bezahlung erforderliche Währung zur Verfügung steht. So-

weit eine unterschiedliche Behandlung der einzelnen Lieferanten in Frage kommt, können Einfuhrlizenzen frei für Länder mit weicher Währung bewilligt, dagegen im allgemeinen für alle in harter Währung zu begleichenden Waren verweigert werden, sofern nicht ein dringendes Bedürfnis anerkannt ist.

Ferner können die üblichen kaufmännischen Gesichtspunkte der Qualität, des Preises und der Lieferfrist berücksichtigt werden. Fällt das Ergebnis zu Ungunsten eines Lieferstaates mit weicher Währung aus, so können die zuständigen Stellen weiter prüfen, ob die geringere

Qualität oder der höhere Preis in Zusammenhang mit der Zurückhaltung harter Währung steht.

Anträge auf Erteilung von Einfuhrlizenzen sind nicht immer einzeln und von Fall zu Fall abzufertigen. Viele Länder stellen für eine Reihe von Produkten Quoten auf und teilen sie häufig auf zwischen Lieferanten mit harter und mit weicher Währung oder unter verschiedenen Ländern der gleichen Gattung im Verhältnis der vermutlichen Eingänge an den für die Bezahlung erforderlichen Devisen. Bisweilen werden für die Einfuhr feste Pläne oder Programme abgefaßt und die Einfuhrlizenzen dementsprechend ausgestellt.

Dagegen suchen viele Länder die aus der Nichtkonvertierbarkeit fremder Währungen und dem Mangel an harten Währungen erwachsenden Probleme durch den Abschluß zweiseitiger Handelsabkommen mit Warenlisten und festen Quoten zu meistern. Der europäische und der südamerikanische Handel sind weitgehend in dieser Weise geregelt. Bei Übernahme der Verpflichtung, Lizenzen bis zu bestimmten Mengen oder Summen zu erteilen, lassen sich die Regierungen in erster Linie von dem Wunsch leiten, für ihren Handel oder ihre laufenden Zahlungen ein zweiseitiges Gleichgewicht herzustellen. Die Zusagen, die in diesem Sinne in bilateralen Abkommen gegeben werden, bewegen sich in dem weiten Spielraum von einer Begrenzung der Gesamteinfuhr, für die Lizenzen bewilligt werden sollen, bis zu Vereinbarungen über die Abnahme oder die Lieferung von Mindestmengen bestimmter Waren.

Eine Beschränkung der Einfuhr zwecks sparsamer Bewirtschaftung der vorhandenen Gold- und Devisenbestände kann ebenso durch das Eingreifen staatlicher Unternehmungen erfolgen. Auch hier wird neben den allgemein üblichen Überlegungen vor jedem Kaufabschluß erwogen, ob die erforderlichen Zahlungsmittel zur Verfügung stehen. Der von staatlichen Agenturen betriebene Teil des Handels anderer vertragschließender Teile kann aus Gründen der Zahlungsbilanz vorsätzlich beschnitten werden, und die unterschiedliche Behandlung der einzelnen Lieferanten kann in der Handelspolitik eines Landes eine wichtige Rolle spielen.

Meinungsaustausch und Berichte

Eine Regierung, welche zur Festigung ihrer Stellung auf dem internationalen Geldmarkt neue Beschränkungen in Erwägung zieht, ist

verpflichtet, nach Möglichkeit noch bevor diese in Kraft treten, mit den Vertragsparteien über die Art der Zahlungsschwierigkeiten, mit denen sie zu kämpfen hat, die Möglichkeit, ihnen mit anderen Mitteln zu begegnen, und die vermutlichen Wirkungen der geplanten Maßnahmen für die Wirtschaft anderer Länder in einen Meinungsaustausch einzutreten. Bis jetzt hat sich erst einmal der Fall ergeben, daß eine vertragschließende Partei, und zwar die Südafrikanische Union, die zur Zeit des Inkrafttretens des Allgemeinen Abkommens keine einschränkenden Maßnahmen kannte, sich inzwischen genötigt sah, davon Gebrauch zu machen, um einen bedrohlichen Schwund ihrer Geldreserven zu unterbinden. Über diese Beschränkungen fand 1949 in Annecy ein Meinungsaustausch statt, in dessen Verlauf die Vertreter Südafrikas die Probleme, vor die sich ihre Volkswirtschaft gestellt sah, und die zu ihrer Behebung ergriffenen Maßnahmen darlegten. Ebenso wurden die für den Handel anderer vertragschließender Parteien zu gewärtigenden Folgen dieser Beschränkungen mit den Vertretern dieser Länder besprochen. Südafrika erklärte sich bereit, die für andere Länder erwachsenden Schwierigkeiten zu berücksichtigen.

Die Vertragsparteien sind berechtigt, jede vertragschließende Partei, die zu Beschränkungen der Ausfuhr ihre Zuflucht nimmt, zu gemeinsamen Beratungen einzuladen, und jede Partei, die ihre geltenden Beschränkungen wesentlich verschärft, hat darüber binnen 30 Tagen in einen Meinungsaustausch einzutreten. Im Juli 1949 kamen das Vereinigte Königreich und andere Länder der Sterlinggruppe überein, ihre Dollareinfuhr nach Möglichkeit um 25 v. H. unter den Stand von 1948 zu reduzieren, um eine weitere empfindliche Schwächung der Reserven ihrer Zentralbanken zu unterbinden. Diese Länder und ebenso Chile werden im November 1950 während der Fünften Tagung mit den Vertragsparteien in einen Meinungsaustausch über die jüngsten Abwandlungen ihres Einfuhrprogrammes eintreten. Bis dahin werden die Wirkungen der Abwertungen vom September 1949, einer weiteren Maßnahme vieler dieser Länder zur Bewältigung des gleichen Grundproblems, deutlicher erkennbar sein.

Die unterschiedliche Anwendung quantitativer Beschränkungen zum Schutze der Zahlungsbilanz soll alljährlich von den Vertragsparteien überprüft werden, solange sich Regierungen während der Übergangsperiode vom Krieg zum Frieden ihrer bedienen. Zum ersten Mal ist dies auf der Vierten Tagung im März 1950 geschehen; über das Ergebnis der Beratungen

wurde ein Bericht veröffentlicht⁸. Die zweite Aussprache dieser Art ist für 1951 in Verbindung mit einer umfassenden Überprüfung aller

dann noch geltenden, währungspolitisch motivierten Beschränkungen vorgesehen.

Probleme, die sich aus der Beseitigung der quantitativen Beschränkungen ergeben

Die Auswirkungen quantitativer Beschränkungen zum Schutz der Zahlungsbilanz

Quantitative Beschränkungen zum Schutze der Zahlungsmittelreserven sind nach dem Allgemeinen Abkommen über Zölle und Handel nur im Notfall und nur solange zulässig, wie sie dem Schwund von Reserven Einhalt gebieten oder zu ihrer Neubildung beitragen. Die gegenwärtig angewendeten Maßnahmen dieser Art sind allmählich zu lockern, soweit die Verhältnisse es erlauben, und zu beseitigen, sobald ihr Fortbestand nicht mehr gerechtfertigt ist. Die Wiederherstellung einer normalen Zahlungsbilanz und die Neubildung der Geldreserven eines Landes können aber von einer Verschärfung gewisser wirtschaftlicher Schwierigkeiten begleitet sein. In dem Maße, in dem sich die Verhältnisse eines Landes bessern und seine Währung „hart“ wird, muß es auf die Anwendung beschränkender Maßnahmen verzichten, während andere Länder, welche weiter mit Zahlungsschwierigkeiten zu kämpfen haben, fortfahren, die Einfuhr seiner Waren zu hemmen oder einseitig zu erschweren. Belgien kann als Beispiel eines Landes dienen, dessen Währung, verglichen mit den Währungen anderer Länder, hart geworden ist. Kanada befindet sich in einer ähnlichen Lage. Von mehr unmittelbarer und allgemeiner Bedeutung ist das Problem, das sich aus der Aufhebung von Einfuhrbeschränkungen ergibt und das die schützenden Nebenwirkungen betrifft, welche diese Beschränkungen gehabt haben. Diese und verwandte Fragen sind auf der Vierten Tagung zur Sprache gekommen⁹.

Quantitative Beschränkungen der Einfuhr gewähren ohne Rücksicht auf die Gründe, die zu ihrer Annahme geführt haben, gewöhnlich den einheimischen Produzenten gleicher Waren oder eines brauchbaren Ersatzes einen Schutz. Eine Regierung, die sich genötigt sieht, mit den vorhandenen Zahlungsmitteln zu sparen, wird natürlich die Einfuhr solcher Produkte beschränken, für die im Inland Ersatz beschafft werden kann. Insofern wirken die zum Schutz der

Zahlungsmittelreserven getroffenen Beschränkungen gleichzeitig als Schutz der einheimischen Industrie vor ausländischer Konkurrenz, und in vielen Fällen hat dieser Schutz absolute Wirkung, indem jede Einfuhr einfach unterbunden wird. Quantitative Beschränkungen können die Kapitalanlagen in bestimmte Bahnen lenken und mit der Zeit vom Kapital wie von der Arbeiterschaft als gesicherte Rechte betrachtet werden, sodaß beide Parteien sich für ihre Beibehaltung einsetzen werden, auch nachdem diese Maßnahmen im Sinne des Abkommens nicht mehr gerechtfertigt sind. Haben einmal solche Schutzmaßnahmen mehrere Jahre bestanden, dann ist es durchaus verständlich, wenn einheimische Produzenten, denen die künftigen Absichten der Regierung nicht bekannt sind, den Eindruck gewinnen, daß es sich um eine bleibende Regelung handle.

Verschiedene Arten von Maßnahmen, deren sich einige vertragschließende Parteien schon bedient haben, um die schützenden Nebenwirkungen der quantitativen Beschränkungen abzuschwächen, wurden auf der Vierten Tagung in Genf von den Vertragsparteien geprüft und den Regierungen empfohlen. Man kann beispielsweise die einheimischen Produzenten nachdrücklich darauf hinweisen, daß die Beschränkungen nicht aufrechterhalten werden, sobald die Geldreserven außer Gefahr sind, damit das Kapital sich nicht zu Investitionen in Unternehmen verlockt fühlt, welche die Dauer der Beschränkungen nicht überleben werden. Ebenso können die Regierungen, um den nichtbleibenden Charakter der Beschränkungen in Erinnerung zu rufen, gelegentlich Ausnahmen zulassen und eine „symbolische“ Einfuhr grundsätzlich ausgeschlossener Waren erlauben, damit die einheimischen Produzenten sich bewußt bleiben, daß sie früher oder später wieder die ungehemmte Konkurrenz des Auslandes zu gewärtigen haben. Endlich wurde empfohlen, starre Klassifizierungen und einschränkende Begriffsbestimmungen für die zur Einfuhr zulässigen Produkte zu vermeiden und nach Möglichkeit Gesamtquoten oder offenen allgemeinen

8) Bestellnummer GATT/1950—1. Dieser Bericht enthält eine eingehendere Beschreibung der Technik der Einfuhrbeschränkung und geht dabei auch besonders auf die Durchbrechung des Grundsatzes

der Gleichbehandlung bei ihrer praktischen Durchführung ein.

9) Der Bericht (GATT/CP. 4/33) ist zu beziehen von der I.C.I.T.O., Palais des Nations, Genf.

Einfuhrlizenzen den Vorzug vor einer Zuteilung von Einzelquoten an die verschiedenen Lieferstaaten zu geben. In allen diesen Fällen bedarf es eines entschlossenen Vorgehens; aber wenn sich die von Beschränkungen Gebrauch machenden Regierungen nicht an einen klar vorgezeichneten Plan halten, können sie sich vor neue Schwierigkeiten gestellt sehen, wenn einmal der Zeitpunkt gekommen ist, die Beschränkungen aufzuheben.

Gleichzeitig ist zu beachten, daß Ausfuhrfirmen bisweilen aus den quantitativen Beschränkungen des Kundenlandes Nutzen ziehen, weil sie dort dank der Zuteilung von Einfuhrquoten auf einen festen Markt rechnen können. Fallen nun diese Beschränkungen, so wird es den schwächeren Produzenten schwerfallen, ihre Position bei offenem Wettbewerb zu halten. Aus quantitativen Beschränkungen ziehen daher mitunter beiläufig die ausländischen Lieferanten ebenso Nutzen wie die einheimischen Erzeuger, weshalb die Ausfuhrländer eine Befreiung des Handels nicht immer willkommen heißen.

Das Verfahren der Liberalisierung

In den meisten Ländern wird die Befreiung des Einfuhrhandels von quantitativen Beschränkungen schrittweise von statten gehen, je nachdem, wie eine Besserung der Lage ihre allmähliche Abschaffung ermöglicht. Verschiedene Wege können dabei eingeschlagen werden. Handelt es sich um Waren, die einer Einfuhrlizenz bedürfen, werden Anträge immer seltener abgewiesen werden. Wo Quoten bestehen, wird man ihr Gesamtvolumen erhöhen. Bei zweiseitigen Verhandlungen wird sich das Land, welches seine Beschränkungsmaßnahmen mildert, bereit erklären, Lizenzen für die Einfuhr größerer Mengen auszustellen, auch wenn der Verhandlungspartner nicht in der Lage sein mag, mehr von den umgekehrt angebotenen Ausfuhrwaren zu übernehmen. Bei den Abschlüssen staatlicher Handelsagenturen endlich werden sich die Behörden weniger als bisher von einer Rücksichtnahme auf die Zahlungsbilanz leiten lassen.

Verschiedene vertragschließende Parteien haben schon quantitative Beschränkungen, die sie zum Schutze ihrer Zahlungsbilanz eingeführt hatten, gemildert oder aufgehoben und ihre Verwaltungspraxis umgestellt. Neben persönlichen Anstrengungen gehört die Mehrzahl der

vertragschließenden Parteien, die von Beschränkungen Gebrauch machen, der einen oder der anderen von zwei Gruppen oder beiden gleichzeitig an, die sich auf gewisse Maßnahmen zur gegenseitigen Hilfeleistung in Finanz- und Währungsfragen geeinigt haben und innerhalb der Gruppe keine Einfuhrbeschränkungen gelten lassen. Es handelt sich um die Gruppe der Sterlingländer und um die Organisation für europäische Zusammenarbeit in Wirtschaftsfragen (OEEC).

Im allgemeinen unterwerfen die Mitglieder der Sterlinggruppe die Einfuhr von außerhalb der Gruppe einer strengeren Kontrolle als die von den eigenen Mitgliedern¹⁰. Innerhalb der Gruppe ist die Einfuhr entweder frei von quantitativen Beschränkungen oder einem nachsichtig gehandhabten Lizenzverfahren unterworfen. Besondere Abkommen zur Verhütung unnötiger Aufwendungen an Gold und konvertierbaren Währungen bezwecken den Schutz der zentralen Dollarreserven vor Einbußen beim Bezug von Waren aus Ländern mit harter Währung. Die zweite Gruppe umfaßt Länder Westeuropas, die sich die Aufhebung quantitativer Beschränkungen im Verkehr zwischen Mitgliedern der Organisation für europäische Zusammenarbeit in Wirtschaftsfragen¹¹ zum Ziel gesetzt haben. Die Befreiung begann im Dezember 1949 mit der Aufhebung der geltenden Beschränkungen für 50 v. H. von Privatfirmen aus den der Organisation angeschlossenen Staaten eingeführten Waren. Die Ausdehnung des Programmes würde erleichtert werden durch eine befriedigende Neuregelung des binneneuropäischen Zahlungsverkehrs¹².

Das Sterlinggebiet erstreckt sich über einen weiten Abschnitt des Welthandels und bildet im Innern ein vielseitiges Handelssystem mit nur schwachen internen Handelsbeschränkungen und wechselseitig konvertierbaren Währungen. Auch die Europäische Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit vertritt einen ansehnlichen Teil des internationalen Handels und kann für die Abschaffung der quantitativen Beschränkungen und für die Wiederherstellung der freien Konvertierbarkeit der Währungen unter ihren Mitgliedern den Weg ebnen. Einige Mitglieder einer jeden dieser beiden Gruppen haben schon ihre Befreiungen von den quantitativen Beschränkungen auf die Produkte aller Länder mit weicher Währung ausgedehnt. Infolgedessen und angesichts der Zugehörigkeit

10) Alle Mitglieder der Sterlinggruppe sind vertragsschließende Parteien, mit Ausnahme Iraks, Irlands und Islands.

11) Alle Mitglieder der Organisation für europäische Zusammenarbeit in Wirtschaftsfragen sind

oder werden vermutlich bald vertragsschließende Parteien sein, mit Ausnahme Irlands, Islands, Portugals, der Schweiz und Triests.

12) Vergl. Europa-Archiv 1/1949, S. 1781—1794.

des Vereinigten Königreiches zu beiden Gruppen ist zu hoffen, daß diese Gruppenvereinbarungen die Befreiung des Welthandels beschleunigen werden. Viele Länder stehen jetzt in ausgeglichenem Zahlungsverkehr mit der gan-

zen Welt, doch bleibt die klaffende Dollarlücke ein Problem, das gelöst werden muß, bevor man zu einem von allen Fesseln freien Austausch nach allen Seiten und völlig freier Konvertierbarkeit der Währungen zurückkehren kann.

Das gestörte Gleichgewicht des internationalen Handels

Wiederherstellung des Gleichgewichtes

Die Beschränkungen, deren sich einzelne vertragschließende Parteien zur Zeit bedienen, werden wahrscheinlich fortbestehen, bis zwischen den Gebieten mit harter und mit weicher Währung wieder einigermaßen das Gleichgewicht hergestellt ist, ohne daß es besonderer Stützungsmaßnahmen bedarf. Die Produktion hat heute bereits den Stand der Vorkriegszeit überschritten, die Inflationsperiode der Nachkriegszeit dürfte abgeschlossen und die internationalen Preisspannen dürften durch die erfolgten Abwertungen ausgeglichen sein. Es ist daher zu hoffen, daß gegen Ende des Jahres 1950 eine merkliche Besserung zu verzeichnen ist. Soweit die europäischen Länder betroffen sind, ist man bemüht, die internationalen Gewinne an harten Währungen in Einklang zu bringen mit der Nachfrage, die im Jahre 1952, dem Jahr der Beendigung des Wiederaufbauprogramms des Marshall-Planes, nach diesen Währungen bestehen wird.

Manche Regierung ist bemüht, auf die wirtschaftliche und finanzielle Entwicklung einen entscheidenden Einfluß zu gewinnen und zu erreichen, daß internationale Verbindlichkeiten eingelöst werden können, ohne daß die eigenen Gold- und Devisenbestände weiter geschwächt werden. Die für Torquay geplanten Verhandlungen zur Herabsetzung der Zollltarife sind ein wesentlicher Punkt dieses Programmes.

Länder, die nicht über genügende Zahlungsmittel in harten Währungen verfügen, haben ihre Einfuhr von Ländern mit harter Währung auf das für den Fortbestand der Wirtschaft und die Volksernährung unbedingt Notwendige reduziert und gleichzeitig die eigene Produktion an lebenswichtigen Dingen und Waren, die gegen harte Währung abzusetzen sind, nach Kräften gesteigert. Den Ausfuhrfirmen wurde empfohlen, sich für Märkte mit harter Währung zu interessieren, man suchte den Reiseverkehr an sich zu ziehen, und um ausländisches Kapital ins Land zu bringen, gewährte man hier und da freie Konvertierbarkeit der Gewinne und Garantien gegen unterschiedliche Behandlung und Enteignung. Zu den Grundproblemen der Länder, die mit einem Defizit zu

rechnen haben, gehört jedoch die Angleichung der Leistungsfähigkeit ihrer Industrie an diejenige Nordamerikas.

Auch die Regierungen von Ländern mit aktiver Zahlungsbilanz befassen sich mit dem Problem der Wiederherstellung des Gleichgewichtes des internationalen Handels. In den Vereinigten Staaten beispielsweise wird man sich immer klarer bewußt, daß eine beträchtliche Steigerung der Einfuhr die wesentliche Voraussetzung dafür bildet, daß dieses Gleichgewicht wieder erreicht und das Bedürfnis nach ausländischer Hilfe behoben wird. Durch Senkung der Tarife und Vereinfachung der Zollformalitäten kann es den Ländern mit harter Währung gelingen, die Nachfrage nach ausländischen Waren zu steigern, und wenn es weiter gelingt, Kapitalanlagen aus öffentlicher und privater Hand vom Ausland hereinzubringen, kann das Handelsdefizit teilweise durch Kapitalexport ausgeglichen werden.

Expansion statt Beschränkung

Ist einmal das Stadium, in dem die zum Schutze der Zahlungsbilanz getroffenen quantitativen Beschränkungen gelockert werden können, erreicht, so wird daher bei dem Ringen um eine gesunde Wirtschaft eine über große Zaghaftigkeit bei der Beseitigung dieser Schranken mehr Schaden stiften als eine kühn aufs Ziel zuschreitende Politik der Liberalisierung. Gewiß wird es niemand einfallen, einem vorzeitigen Verzicht auf Kontrollmaßnahmen, die sich leider noch immer als notwendig erweisen, und damit einer erneuten Gefährdung des soeben erst mühsam wiederangebahnten Gleichgewichtes das Wort zu reden. Wenn aber nur in einigen Fällen der Versuch gemacht würde, so würde — mögen selbst die betreffenden Regierungen Bedenken angesichts des eingegangenen Wagnisses tragen — in einem entscheidenden Augenblick ein Anreiz geschaffen werden, der vielleicht den Ausschlag gibt und die Gesundung anzubahnen vermag. Hat man mit der Liberalisierung einmal einen Versuch gemacht, so wird bald die Losung der internationalen Wirtschaftspolitik nicht mehr „Beschränkung“, sondern „Expansion“ lauten.

Vereinbarungen der Deutschen Demokratischen Republik mit Polen, Ungarn und der Tschechoslowakei

Kommuniqué über die Verhandlungen zwischen Polen und der Deutschen Demokratischen Republik

Am 5. und 6. Juni dieses Jahres weilte in der Stadt Warszawa eine Delegation der Provisorischen Regierung der Deutschen Demokratischen Republik unter der Leitung des Stellvertreters des Ministerpräsidenten, Walter Ulbricht.

In den Besprechungen zwischen der Delegation und der polnischen Regierung wurden die Fragen, die die beiden Regierungen interessieren und mit den Bemühungen um die Erhaltung des Friedens verbunden sind, behandelt.

Im Ergebnis der Besprechungen vereinbarten beide Parteien eine gemeinsame Deklaration über die Markierung der festgelegten und bestehenden deutsch-polnischen Staatsgrenze an der Oder und der Lausitzer Neiße.

Während des Aufenthalts der deutschen Regierungsdelegation in Polen wurde ein beträchtlicher Fortschritt im Sinne engerer wirtschaftlicher Beziehungen zwischen den beiden Staaten erzielt.

Es wurde ein Abkommen über den Waren- und Zahlungsverkehr zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Republik Polen unterzeichnet, das die Erhöhung der gegenseitigen Warenumsätze gegenüber dem Vorjahr um 60 Prozent sichert, und ferner ein Abkommen über Kreditvergünstigungen im Warenverkehr seitens der Regierung Polens zugunsten der Deutschen Demokratischen Republik beschlossen.

Gleichzeitig wurde ein Abkommen über die wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit getroffen, das beiden Parteien die gegenseitige Auswertung der Erfahrungen der Technologie und der Produktionsmethoden sowie gegenseitige technische Hilfe ermöglicht.

Weiterhin wurde zwischen beiden Regierungen ein Zahlungsabkommen abgeschlossen. Beide Parteien tauschten grundsätzlich Informationen über den Fünfjahrplan der Deutschen Demokratischen Republik und über den Sechsjahrplan Polens aus.

Zur planmäßigen Entwicklung des gegenseitigen Warenverkehrs und sich stützend auf ihre staatlichen Wirtschaftspläne, beschlossen beide Parteien, im September dieses Jahres an den Abschluß eines mehrjährigen Vertrages über den gegenseitigen Warenverkehr heranzutreten.

Beide Parteien unterzeichneten ein Protokoll über die kulturelle Zusammenarbeit. Dieses Protokoll sieht gegenseitige Hilfeleistung auf dem Gebiet der Wissenschaft und Forschung, den Austausch wertvoller literarischer Werke sowie den Kulturaustausch auf den Gebieten des Films, des Theater-, Musik- und Rundfunkwesens vor. Beide Parteien werden sich gegenseitig die Erfahrungen im Bereich der Lehrprogramme und der Organisation des Schulwesens sowie der Körperkultur zugänglich machen.

Die Besprechungen fanden in einer Atmosphäre der Freundschaft und des gegenseitigen Verständnisses statt.

Am 6. Juni dieses Jahres verließ die Regierungsdelegation der Deutschen Demokratischen Republik die Stadt Warszawa.

Die Warschauer Deklaration vom 6. Juni 1950.

Die Delegation der Provisorischen Regierung der Deutschen Demokratischen Republik und die Regierung der Republik Polen haben, von dem Wunsche erfüllt, den Frieden zu festigen und das unter Führung der Sowjetunion stehende Friedenslager im Kampfe gegen die Umtriebe der imperialistischen Kräfte zu stärken sowie in Anbetracht der Errungenschaften der Deutschen Demokratischen Republik bei der Festigung der neuen demokratischen Ordnung und der Entwicklung der Kräfte, die sich um die Nationale Front des demokratischen Deutschland scharen, vereinbart, daß es im Interesse der Weiterentwicklung und Vertiefung der gutnachbarlichen Beziehungen, des Friedens und der Freundschaft zwischen dem deutschen und polnischen Volke liegt, die festgelegte, zwischen den beiden Staaten bestehende unantastbare Friedens- und Freundschaftsgrenze an der Oder und Lausitzer Neiße zu markieren.

Auf die Weise verwirklicht die Deutsche Demokratische Republik die Erklärung ihres Ministerpräsidenten Grotewohl vom 12. Oktober 1949.

In Durchführung dieser Vereinbarung beschließen beide Parteien, innerhalb Monatsfrist die Markierung der festgelegten und bestehenden Grenze an der Oder und Lausitzer Neiße sowie die Frage der Grenzübergänge, des lokalen Grenzverkehrs und der Schifffahrt auf den Grenzgewässern durch ein Abkommen zu regeln.

Warschau, am 6. Juni 1950.

Für die Regierung der Republik Polen

Josef Cyrankiewicz

Für die Provisorische Regierung der DDR

Walter Ulbricht

Quelle: Tägliche Rundschau vom 8. Juni 1950

Die Budapester Deklaration vom 24. Juni 1950

„Die Provisorische Regierung der Deutschen Demokratischen Republik und die Regierung der Ungarischen Volksrepublik stellen fest, daß beide Regierungen es als ihre Hauptaufgabe betrachten, den Frieden zu erhalten und zu festigen, das von der Sowjetunion geführte Friedenslager gegenüber den imperialistischen Aggressoren zu stärken und das demokratische System ihrer Länder in Frieden weiter aufzubauen. Die Deutsche Demokratische Republik kämpft auf antifaschistisch-demokratischer Grundlage für die Schaffung eines einheitlichen demokratischen und friedliebenden Deutschlands. Die Ungarische Volksrepublik schreitet auf dem Wege der Volksdemokratie zum Aufbau des Sozialismus.

Beide Völker wurden durch die traurigen Erfahrungen der Vergangenheit belehrt und wissen, daß sie ihre Befreiung der großen Sowjetunion verdanken, deren Unterstützung ein entscheidender Faktor im Aufstieg und in der demokratischen Entwicklung der beiden Länder ist. Beide Völker sind gleichermaßen durch ewige Freundschaft mit den Völkern der großen Sowjetunion verbunden.

Es ist das gemeinsame und lebenswichtige Interesse der beiden Länder, daß der Kampf des internationalen Friedenslagers gegen die neuen Kriegspläne der Imperialisten von Erfolg gekrönt wird. Sie betrachten es gleichfalls als ihr gemeinsames und lebenswichtiges Interesse, daß die einheitliche und friedliche Deutsche Demokratische Republik geschaffen wurde, da die brüderliche Zusammenarbeit mit allen fried- und freiheitsliebenden Völkern eine der wichtigsten Garantien für den Frieden in Europa darstellen wird.

Im Bewußtsein, daß zwischen den beiden Ländern keine strittigen oder ungelösten Fragen bestehen, haben die Provisorische Regierung der Deutschen Demokratischen Republik und die Regierung der Ungarischen Volksrepublik beschlossen, die Beziehungen ihrer beiden Völker im Zeichen des gemeinsamen Kampfes für den Frieden und für die Demokratie auf neue freundschaftliche Grundlagen zu stellen und einander in der demokratischen Aufbauarbeit, in der Erhöhung des Wohlstandes ihrer Völker zu unterstützen. Beide Länder werden an der Seite der Sowjetunion, dem mächtigen Bollwerk des Friedens, einen entschiedenen Kampf gegen die Kriegsbrandstifter für die Erhaltung des Friedens führen.

Die Provisorische Regierung der Deutschen Demokratischen Republik und die Regierung der Ungarischen Volksrepublik sind überzeugt, daß diese freundschaftliche Zusammenarbeit den Interessen beider Völker sowie aller friedliebender Nationen entspricht.

Im Sinne dieses Entschlusses haben es die beiden Regierungen für richtig befunden, die politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Beziehungen zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Ungarischen Volksrepublik durch den Abschluß von wissenschaftlich-technischen, finanziellen, kulturellen und eines Warenverkehrsübereinkommens zu erweitern."

Budapest, am 24. Juni 1950

Für die Ungarische Regierung

Istvan Dobi

Für die Provisorische Regierung der DDR

Walter Ulbricht

Quelle: Tägliche Rundschau vom 25. Juni 1950

Die Prager Deklaration vom 23. Juni 1950

Die Regierung der Tschechoslowakischen Republik und die Provisorische Regierung der Deutschen Demokratischen Republik erklären übereinstimmend, daß sie das gemeinsame, grundlegende Ziel der Erhaltung und Sicherung des Friedens verfolgen. Dieses gemeinsame Ziel verwirklichen sie in beiden Ländern durch ihre Politik des erfolgreichen Aufbaus, die sich auf die demokratischen und patriotischen Kräfte stützt und die

Zusammenarbeit aller friedens- und freiheitsliebenden Völker fördert, um das Lager des Friedens mit der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken an der Spitze im Kampf gegen die Kräfte des Imperialismus und des Krieges zu stärken.

In der Tschechoslowakischen Republik hat das Volk endgültig gesiegt, die volksdemokratische Ordnung wurde gefestigt, und das Land hat erfolgreich den Weg zum Sozialismus beschritten.

In der Deutschen Demokratischen Republik festigt sich die neue antifaschistisch-demokratische Ordnung. Die Nationale Front im demokratischen Deutschland entwickelt ihren Kampf für die Schaffung eines einheitlichen, demokratischen und friedliebenden Deutschlands.

Die Regierung der Tschechoslowakischen Republik und die Provisorische Regierung der Deutschen Demokratischen Republik sind überzeugt, daß ihre gemeinsame Verpflichtung, den Frieden zu erhalten und zu sichern, dadurch erleichtert und gleichzeitig gefestigt wird, daß es zwischen ihren beiden Staaten keine strittigen und offenen Fragen gibt. Unsere beiden Staaten haben keine Gebiets- oder Grenzanprüche, und ihre Regierungen betonten ausdrücklich, daß die durchgeführte Umsiedlung der Deutschen aus der Tschechoslowakischen Republik unabänderlich, gerecht und endgültig gelöst ist.

Diese Erklärung steht in voller Übereinstimmung mit der Politik, die die DDR von Anbeginn durchgeführt und die den Umsiedlern volle Möglichkeit und Unterstützung geboten hat, sich in den Aufbau einzuschalten und in der Deutschen Demokratischen Republik eine neue Heimat zu finden.

Von der Überzeugung geleitet, daß die gegenseitige Unterstützung ihres friedlichen Aufbaus im Interesse beider Völker und aller an der Erhaltung und Sicherung des Friedens interessierten Staaten liegt, ist die Regierung der Tschechoslowakischen Republik und die Provisorische Regierung der Deutschen Demokratischen Republik bestrebt, die Freundschaftsbände zwischen ihren Völkern und Staaten zu festigen.

Beide Regierungen sind sich bewußt, daß der Kampf des deutschen Volkes um die Schaffung eines einheitlichen demokratischen und friedliebenden Deutschlands ebenso wie die Politik beider Staaten, das Lager des Weltfriedens unter der Führung des mächtigsten Bollwerkes des Friedens, der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken, zu stärken, der Erhaltung und Sicherung des Friedens in Europa und der ganzen Welt dient.

Die Regierung der Tschechoslowakischen Republik und die Provisorische Regierung der Deutschen Demokratischen Republik erklären, daß sie alle ihre Kräfte einsetzen werden, um die Pläne der imperialistischen Kriegsbrandstifter zu vereiteln und den Frieden zu festigen.

Prag, am 23. Juni 1950

Für die Regierung der CSR

Antonin Zapotocký

Für die Provisorische Regierung der DDR

Walter Ulbricht

Quelle: Tägliche Rundschau vom 24. Juni 1950

Die Ereignisse in Europa

Belgien

20. Juni: Die belgische Abgeordneten-Kammer wählt den Vorsitzenden der Christlich Sozialen Partei, Franz *van Cauwelaert*, zu ihrem Präsidenten. Das Innenministerium gibt die endgültige Verteilung der Senatssitze bekannt. (In Klammern die Ergebnisse der Wahlen vom 26. Juni 1949.) Christlich Soziale Partei 91 (92); Sozialistische Partei 62 (53); Liberale Partei 19 (24); Kommunistische Partei 3 (6).

28. Juni: Ministerpräsident Jean *Duvieusart* erklärt vor der Abgeordneten-Kammer, er werde das Parlament ersuchen, die Regentschaft des Prinzregenten *Charles* zu beenden und König *Leopold III.* auf den Thron zurückzurufen. Nach zweitägiger Debatte spricht die Abgeordneten-Kammer am 30. Juni der Regierung das Vertrauen mit 108 gegen 100 Stimmen aus.

Dänemark

23. Juni: Die Verteidigungsminister von Großbritannien, Dänemark und Norwegen, Emmanuel *Shinwell*, Rasmus *Hansen* und Christian *Hauge*, die die nordeuropäische Regionalgruppe des Atlantikpaktes bilden, treten in Kopenhagen zu einer zweitägigen Konferenz zusammen.

Deutschland

16. Juni: In Leipzig beginnt der zweite Parteitag der Nationaldemokratischen Partei Deutschlands. Lothar *Bolz* wird als Parteivorsitzender am 17. Juni wiedergewählt.

17. Juni: Die Bundesregierung bildet einen Ministerausschuß, der die Richtlinien zur Führung der Schumanplan-Verhandlungen in Paris erteilen wird. Dem Ministerausschuß gehören an: Bundeskanzler Dr. Konrad *Adenauer*, die Bundesminister Franz *Blücher*, Ludwig *Ehrhard* und Fritz *Schäffer*. Unter diesem Ausschuß werden arbeiten: 1. ein Verhandlungsausschuß, der die Verhandlungen in Paris führen wird und sich aus Professor Dr. Walter *Hallstein*, Dr. Hans *Boden*, Hans *vom Hoff*, Walter *Bauer* und Ministerialrat Dr. Herbert *Blankenhorn* zusammensetzt; 2. ein Ausschuß wirtschaftlicher und technischer Sachverständiger; 3. ein Ausschuß juristischer Sachverständiger. Am 20. Juni beschließt die Bundesregierung, zur Verbindung zwischen dem Ministerausschuß und der Pariser Delegation ein Generalsekretariat für den Schumanplan zu errichten. Am 26. Juni unterrichtet die aus Paris zurückgekehrte Delegation den Bundeskanzler und den Ministerausschuß über den Verlauf der Pariser Besprechungen und die Vorschläge des französischen Planungskommissars Jean *Monnet*. Am 27. Juni treten die Mitglieder des Ministerausschusses, des Verhandlungsausschusses in Paris, des juri-

stischen und des wirtschaftlich-technischen Sachverständigenausschusses zu einer gemeinsamen Sitzung unter Vorsitz von Bundeskanzler Dr. *Adenauer* zusammen. Professor Dr. Walter *Hallstein* gibt einen ausführlichen Bericht über die Beratungen in Paris.

18. Juni: Die Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen haben folgendes Ergebnis: (In Klammern die Ergebnisse der Landtagswahlen von 1947.)

Partei	Stimmzahl	Sitze
Christl. Demokratische Union	2 286 496 (1 889 581)	93 (92)
Sozialdemokratische Partei	2 006 087 (1 607 487)	68 (64)
Freie Demokratische Partei	748 499 (298 995)	26 (12)
Zentrum	466 499 (491 138)	16 (20)
Kommunistische Partei	338 926 (702 410)	12 (28)
Deutsche Partei	106 642	
Deutsche Reichspartei	114 601 (24 879)	
Radikalsozialistische Freiheitspartei	115 063	
Sozialistische Reichspartei	11 359	
Unabhängige	6 856 (855)	
Christlich Soziale Arbeiterpartei	107	

Beim Volksentscheid über die Verfassung werden 3 627 808 Ja-Stimmen und 2 237 720 Nein-Stimmen abgegeben.

Der auf der Landesversammlung der Christlich Sozialen Union Bayerns in Kempten erneut zum ersten Vorsitzenden der Partei gewählte bayerrische Ministerpräsident Dr. Hans *Ehard* fordert, daß auch Landesvertreter als Delegierte der Bundesrepublik nach Straßburg gehen sollten. Am 28. Juni erklärt der Vorsitzende der Bundestagsfraktion der Freien Demokratischen Partei, Hermann *Schäfer*, in Bonn, die deutschen Parteien müßten bei der Benennung der deutschen Vertreter für den Europarat auch auf hervorragende Persönlichkeiten zurückzugreifen, die dem Bundestag nicht angehören. Die Bundestagsfraktion der CDU/CSU beschließt, daß bei der Auswahl der Vertreter für den Europarat die Möglichkeit geschaffen werden solle, auch Vertreter des Bundesrats und anderer Körperschaften zu entsenden.

20. Juni: Die Fraktion der Christlich Demokratischen Union im niedersächsischen Landtag entzieht Landwirtschaftsminister Dr. Günther *Gereke* das Vertrauen. Am 21. Juni erklärt Dr. *Gereke* seinen Rücktritt als stellvertretender Ministerpräsident und Landwirtschaftsminister von Niedersachsen.

23. Juni: Der britische Hohe Kommissar in Deutschland, General Sir Brian Robertson, verläßt Deutschland. Am 24. Juni trifft der neue britische Hohe Kommissar, Sir Ivone Kirkpatrick, in Wahn ein.

Der Bundesrat billigt mit Ausnahme Schleswig-Holsteins das Gesetz über den Beitritt der Bundesrepublik in den Europarat und faßt gleichzeitig eine Entschließung, daß sich die Delegation für den Europarat aus 12 vom Bundestag gewählten und 6 vom Bundesrat gewählten Vertretern zusammensetzen solle.

Ein Sprecher der Alliierten Hohen Kommission bezeichnet die in Prag zwischen der tschechoslowakischen Regierung und der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik abgeschlossene Deklaration bezüglich der Ausweisung der Deutschen aus der Tschechoslowakei als rechtswidrig.

Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik informiert die Regierungen der Sowjetunion, Polens und der Tschechoslowakei in Notizen über außerordentliche Kartoffelkäferfunde im Gebiet der Deutschen Demokratischen Republik.

An einer Konferenz der internationalen parlamentarischen Gruppe der Europäischen Bewegung in Unkel nehmen Vertreter aus Frankreich, Großbritannien, Deutschland, Italien, Österreich, Belgien, Dänemark, Griechenland, Irland, Luxemburg, Norwegen, Schweden und den Niederlanden teil. Auf der Konferenz wird beschlossen, für die Erweiterung der Vollmachten der Konsultativversammlung des Europarates einzutreten.

26. Juni: Oberbürgermeister Professor Ernst Reuter eröffnet in Berlin den Internationalen Kongreß für kulturelle Freiheit. Am 27. Juni erklärt der österreichische Atomphysiker Professor Hans Thirring, seine Ansprache, in der er für Toleranz und Verständnis gegenüber dem Kommunismus habe eintreten wollen, nicht halten zu können. Er müsse seine Meinung revidieren, nachdem die Sowjetunion nicht länger als eine Kraft angesehen werden könne, die den Frieden wolle. Am 30. Juni beschließen die Teilnehmer des Kongresses, die Arbeit fortzusetzen und wählen einen ständigen Ausschuß, dem Ignazio Silone (Italien), David Rousset (Frankreich), Arthur Koestler (Großbritannien), Irving Brown (Vereinigte Staaten) und Professor Carlo Schmid angehören. Ferner wird ein erweiterter Ausschuß gebildet, dem eine Anzahl hervorragender Teilnehmer des Kongresses angehören. Mit einer Kundgebung am Funkturm endet der Kongreß. Arthur Koestler verliest das Manifest des Kongresses, in welchem die Freiheit als unveräußerliches Menschenrecht erklärt wird. Auf einer Pressekonferenz betont Arthur Koestler, daß mit dem Kongreß die Freiheit die Offensive ergriffen habe. Der Kongreß sei eine politische Demonstration, gleichzeitig aber auch ein Kongreß zur Klärung intellektueller Fragen gewesen.

Der Ministerrat der Deutschen Demokratischen Republik billigt den Bericht der Regierungsdelegation über die in Prag und Budapest geschlossenen Abkommen. (vergl. den Wortlaut in Europa-Archiv Heft 14/1950, S. 3215 ff). Am 28. Juni betont der stellvertretende Ministerpräsident Walter Ulbricht vor der Volkskammer in einer Regierungserklärung, daß die in dem Abkommen mit Polen anerkannte Oder-Neiße-Linie die endgültige polnische Grenze sei. Die Volkskammer billigt alle von der Regierung mit Polen, der Tschechoslowakei und Ungarn abgeschlossenen Abkommen einstimmig.

Präsident Wilhelm Pieck erklärt auf einem Staatsempfang, die Bevölkerung der Deutschen Demokratischen Republik werde an der Seite der Sowjetunion und der Volksdemokratien stehen, falls ein Überfall vom Westen versucht werden sollte. Außenminister Georg Dertinger erklärt am 28. Juni auf der Sitzung der Volkskammer, die Kraft der Deutschen Demokratischen Republik sei stark genug, jeden westdeutschen Überfallversuch zu zerschlagen.

27. Juni: Der amerikanische Hohe Kommissar, John J. McCloy, erklärt zu den Vorgängen in Korea, dieser Krieg unterstreiche die Bedeutung, die die Anwesenheit alliierter Truppen in Deutschland habe. Die alliierten Truppen würden in Westdeutschland bleiben, bis Friede und Freiheit sichergestellt seien.

30. Juni: Bürgermeister Ferdinand Friedensburg weist auf einer Pressekonferenz darauf hin, daß Westberlin nach Einstellung der Fernstromlieferungen aus der Ostzone seinen Strombedarf selbst decken werde.

Frankreich

16. Juni: Auf der Sitzung des Exekutivrates der OEEC in Paris erhebt die belgische Delegation Einwände in bezug auf die künftige Stellung Belgiens in der europäischen Zahlungsunion. Am 17. Juni gibt der Präsident der OEEC, der niederländische Außenminister Dirk U. Stikker, bekannt, daß der Exekutivrat volle Übereinstimmung über den Plan einer europäischen Zahlungsunion erzielt habe.

18. Juni: Außenminister Robert Schuman erklärt vor dem Landesvorstand der MRP in Paris, die für die Verwaltung der deutsch-französischen Grundindustrien vorgesehene Hohe Behörde werde sich nicht mit Produktionsfragen befassen. Der Handel mit den Erzeugnissen und die Verwendung der Produkte werde nicht in den Bereich der Hohen Behörde fallen.

20. Juni: Außenminister Robert Schuman eröffnet im Außenministerium die Sechs-Mächte-Konferenz zur Beratung des Zusammenschlusses der europäischen Kohle- und Stahlindustrien, an welcher Vertreter der Deutschen Bundesrepublik, Italien, die Niederlande, Luxemburg und Belgien teilnehmen. In seiner Eröffnungsansprache führt Außenminister Schuman aus, niemals zuvor sei ein derartiges System versucht

- worden und niemals zuvor habe eine Nation einen Teil ihrer Souveränität auf eine übernationale Organisation übertragen. Zwei Nationen sollten zu einem dauernden Friedenswerk zusammengeschlossen werden, die sich jahrhundertlang bekämpft hätten. Großbritannien nehme an den Verhandlungen nicht teil, doch könne man sich ein Europa ohne Großbritannien nicht vorstellen. Am 21. Juni macht der Leiter der Planungsabteilung der französischen Regierung, Jean Monnet, auf der ersten Arbeitssitzung den Vorschlag, die Arbeiten der vorgeschlagenen europäischen Montan-Union und die Hohe Behörde durch ein besonderes Parlament überwachen zu lassen. Am 24. Juni überreicht Jean Monnet den Abordnungen einen französischen Vertragsentwurf für eine europäische Montan-Union. Um den Delegierten Gelegenheit zu Rücksprachen mit ihren Regierungen zu geben, wird die Konferenz auf den 3. Juli vertagt. Am 27. Juni veröffentlicht die französische Delegation den Vertragsentwurf, dessen Hauptpunkte sind: Die Hohe Behörde soll Exekutiv- und Verwaltungsorgan sein. Sie soll einem gemeinsamen Parlament verantwortlich sein, das von den nationalen Parlamenten gewählt wird. Aufgabe der Hohen Behörde soll die Schaffung eines einzigen großen Marktes ohne Zölle, Diskriminierungen und Einschränkungen sein; sie soll den Arbeitern der Schwerindustrien einen möglichst hohen Lebensstandard sichern. Eisenerz, Schrott und Roheisen sollen in dem Begriff „Stahl“ mit enthalten sein. Die Hohe Behörde soll keinen Einfluß auf die Eigentumsverhältnisse haben. Der politische Ausschuß der Konsultativversammlung des Europarates tritt in Straßburg zu einer Sitzung zusammen. Der Berichterstatter der Konsultativversammlung, Guy Mollet, legt einen Bericht vor, in dem die Gründung eines europäischen Exekutivorgans als das Ziel des Europarates bezeichnet und eine Erweiterung der Satzungen des Europarates gefordert wird, um auch Probleme der europäischen Verteidigung vor dem Europarat besprechen zu können.
21. Juni: Der Kaiser von Vietnam, Laos und Kambodscha, *Bao Dai*, und der vietnamesische Ministerpräsidenten *Tran Van Huu* treffen zu Besprechungen mit der Regierung ein, die am 23. Juni aufgenommen werden.
- Ein Sprecher des Außenministeriums gibt bekannt, daß die Regierung die Vereinigten Staaten und Großbritannien ersuchen werde, durch eine gemeinsame Drei-Mächte-Erklärung den Kriegszustand mit Deutschland zu beenden.
23. Juni: Der Ministerausschuß der OEEC lädt die Vereinigten Staaten und Kanada offiziell zur Teilnahme an der OEEC ein.
24. Juni: Die Nationalversammlung spricht der Regierung mit 352 gegen 230 Stimmen das Mißtrauen aus. Die Regierung des Ministerpräsidenten Georges Bidault tritt zurück. Am 26. Juni nimmt der ehemalige Ministerpräsident Henri

Queuille mit den Parteien Verhandlungen zur Bildung einer neuen Regierung auf, die jedoch keinen Erfolg haben. Am 27. Juni lehnt der ehemalige Verteidigungsminister René Pleven die Übernahme der Ministerpräsidentschaft ab. Am 28. Juni geben Georges Bidault und René Mayer ihren Auftrag an Staatspräsident Vincent Auriol zurück. Henri Queuille wird erneut mit der Regierungsbildung beauftragt. Am 30. Juni legt Henri Queuille der Nationalversammlung sein Regierungsprogramm vor. Die Nationalversammlung bestätigt mit 363 gegen 208 Stimmen den Henri Queuille erteilten Auftrag zur Regierungsbildung.

26. Juni: General de Gaulle erklärt in der Schlußsitzung des Rassemblement de Peuple Français in Paris, der Europarat besitze in seiner jetzigen Gestalt keinerlei Befugnisse. Alle freien Europäer sollten sich in einer Volksabstimmung für eine freie europäische Föderation aussprechen.

Großbritannien

16. Juni: Vertreter der sozialistischen Parteien aus zehn westeuropäischen Staaten treten in London zu einer dreitägigen Konferenz über den Schumanplan zusammen. Die britische Labourpartei weigert sich, ihren in ihrem Memorandum *European Unity* vertretenen Standpunkt aufzugeben. In einer Resolution wird der Schumanplan als ein kühnes Beispiel für europäische Initiative bezeichnet. Der deutsche Generalkonsul, Dr. Hans Schlange-Schöningen, trifft in London ein.
19. Juni: Der internationale Weizenrat tritt in London zu einer dreitägigen Konferenz zusammen.
26. Juni: Im Unterhaus beginnt die Debatte über die Beteiligung am Schumanplan. Für die Opposition erklärt Antony Eden, es läge wesentlich im britischen Interesse, daß der Schumanplan Erfolg habe. Der Zusammenschluß der europäischen Großindustrien sei ein Weg, die Möglichkeit eines deutsch-französischen Krieges für die Zukunft auszuschalten. Schatzkanzler Sir Stafford Cripps fordert das Parlament auf, die bisher von der Regierung verfolgte Politik gut zu heißen. Am 27. Juni erklärt Ministerpräsident Clement R. Attlee, Großbritannien werde nicht den Grundsatz anerkennen, die lebenswichtigen wirtschaftlichen Kräfte eines Landes einer Behörde zu unterstellen, die absolut undemokratisch und niemand verantwortlich sei. In einer Abstimmung wird die Regierungspolitik mit 309 gegen 296 Stimmen gebilligt.
28. Juni: Premierminister Clement R. Attlee gibt dem Unterhaus den Entschluß der Regierung bekannt, die in den japanischen Gewässern stationierten britischen Flotteneinheiten zur Unterstützung Südkoreas zur Verfügung zu stellen. Auf der am 27. Juni eröffneten ersten Tagung des nordatlantischen Planungsamtes für die Ozeanschifffahrt werden die Hauptfragen der Zusammenarbeit besprochen, die die Handelsschiff-

fahrt im Rahmen der Verteidigungsplanung be-
treffen.

Jugoslawien

26. Juni: Amtlich wird bestätigt, daß der serbisch-
orthodoxe Metropolit *Josif* verhaftet worden ist.

Österreich

29. Juni: Die französische Regierung unterrichtet
die amerikanische, britische, und österreichische
Regierung davon, daß der französische Hohe
Kommissar, General *Béthouart*, durch Jean
Payart ersetzt wird.

Schweiz

19. Juni: Der Vizepräsident des französischen Mi-
nisterrats und der Europäischen Parlamentari-
schen Union, *René Coty*, eröffnet in Rheinfelden
eine deutsch-französische Parlamentarierkonfe-
renz, an der über 80 Parlamentarier beider Län-
der teilnehmen. Der Generalsekretär der Euro-
päischen Parlamentarischen Union, Graf *Richard*
Coudenhove-Kalergi, schlägt vor, die sechs am
Schumanplan teilnehmenden Staaten Union
Charlemagne zu nennen. Am 20. Juni erklärt
Graf *Coudenhove-Kalergi*, daß sich die sechs
Staaten noch vor Ablauf des Marshall-Planes zu
einem Bundesstaat zusammenschließen würden.
Die Politische Kommission begrüßt in ihrem
Bericht den Beitritt Deutschlands zum Europar-
at und stellt fest, daß der Europarat nur mit
unzureichenden Befugnissen ausgestattet sei. Die
Gemischte Kommission, der Mitglieder sowohl
des Ministerausschusses als auch der Beraten-
den Europäischen Versammlung angehören,
müsse mit größeren Befugnissen ausgestattet
werden. Die Konferenz schlägt vor, eine Sonder-
kommission für Flüchtlingsfragen beim Europar-
at zu schaffen und befürwortet eine parlamen-
tarische Überwachung des Schumanplans sowie
seine Ausdehnung auf die Landwirtschaft.

Sowjetunion

16. Juni: Die Botschafter von Frankreich, Großbri-
tannien und den Vereinigten Staaten überreichen
der Regierung Antwortnoten ihrer Regierungen
auf die sowjetische Note vom 20. April, in der
sie der Verletzung des italienischen Friedens-
vertrages in bezug auf Triest beschuldigt wor-
den waren. Die Noten weisen die Beschuldigun-
gen als ungerechtfertigt zurück.
19. Juni: Die beiden Häuser des Obersten Sowjet
wählen erneut *Nikolai M. Schwernik* zum Vor-
sitzenden des Präsidiums des Obersten Sowjet
und fordern die Regierung auf, weiter im Amt
zu bleiben.
21. Juni: Die Regierung protestiert erneut bei der
persischen Regierung gegen die Anwesenheit
ausländischer, besonders amerikanischer, Ölex-
perten an der sowjetisch-persischen Grenze.
27. Juni: Der amerikanische Botschafter, Admiral
Alan G. Kirk, überreicht dem Außenministerium
eine Note der Vereinigten Staaten, in welcher
die sowjetische Regierung aufgefordert wird,

ihren Einfluß auf die Zurückziehung der in Süd-
korea eingedrungenen nordkoreanischen Trup-
pen geltend zu machen. Am 29. Juni überreicht
der stellvertretende Außenminister *Andrej Gro-
myko* dem amerikanischen Botschafter eine Ant-
wortnote, in der betont wird, daß die Ereignisse
in Korea durch einen Angriff südkoreanischer
Truppen auf die nordkoreanischen Grenzbezirke
provoziert worden seien. Die Regierung halte
an dem Grundsatz fest, daß die Einmischung
auswärtiger Mächte in die inneren Angelegen-
heiten Koreas unzulässig sei.

29. Juni: Die amtliche Nachrichtenagentur TASS
veröffentlicht die Antwort der Regierung auf
die Mitteilung des Sicherheitsrats über den Be-
schluß vom 27. Juni. Darin wird erklärt, daß die
Resolution des Sicherheitsrats keine Gültigkeit
habe, da der national-chinesische Delegierte ju-
ristisch nicht befugt sei, an den Abstimmungen
teilzunehmen. Die Charta der Vereinten Natio-
nen bestimme, daß alle fünf ständigen Mitglie-
der des Sicherheitsrats für eine Resolution stim-
men müßten, doch seien zwei ständige Mitglie-
der, die Sowjetunion und China, in der Sitzung
nicht anwesend gewesen.

Tschechoslowakei

21. Juni: Unter Führung des stellvertretenden Mi-
nisterpräsidenten der Deutschen Demokratischen
Republik, *Walter Ulbricht*, trifft eine Regie-
rungsdelegation in Prag ein. Am 23. Juni unter-
zeichnen Ministerpräsident *Antonin Zapotocky* und
der stellvertretende Ministerpräsident *Walter Ul-
bricht* eine Deklaration, in der festgestellt wird,
daß zwischen der Tschechoslowakei und der
Deutschen Demokratischen Republik keine strit-
tigen Fragen bestünden und die Umsiedlung
der Deutschen aus der Tschechoslowakischen
Republik unabänderlich, gerecht und endgültig
gelöst sei. Ferner wird ein Abkommen über
technische und wissenschaftlich-technische Zu-
sammenarbeit sowie ein Protokoll über kulturelle
Zusammenarbeit unterzeichnet.

Ungarn

23. Juni: Der Innenminister und stellvertretende
Generalsekretär der Arbeiterpartei, *Jonas Kadar*,
tritt zurück; zu seinem Nachfolger wird Staats-
sekretär *Alexander Zold* ernannt.
24. Juni: Der stellvertretende Ministerpräsident der
Deutschen Demokratischen Republik, *Walter Ul-
bricht*, und Ministerpräsident *Istwan Dobi* unter-
zeichnen in Budapest eine Deklaration zur
Erhaltung des Friedens. Ferner werden ein Kul-
turabkommen, ein wissenschaftlich-technisches
Abkommen, ein Abkommen über den gegensei-
tigen Warenaustausch sowie ein Finanzabkom-
men unterzeichnet.
28. Juni: In Budapest beginnen unter Vorsitz des
Erziehungs- und Kultusministers, *Joseph Darvas*,
Verhandlungen zwischen der Regierung und der
Katholischen Kirche, die durch Erzbischof *Groß*

von Kalocsa, Erzbischof *Csapik* von Eger, und Bischof *Hamcas*, Superior der Benediktiner, vertreten ist.

30. Juni: Die theologischen Fakultäten an den Universitäten Budapest, Debresen und Pecs werden durch einen Erlaß mit Beginn des Unterrichtsjahres 1950/51 aufgehoben. Die Katholische Kirche kann theologische Fakultäten mit eigenen Mitteln organisieren.

Vatikan

30. Juni: Papst Pius XII. verfügt als Gegenmaßnahme gegen die neue Welle von Kirchenverfolgungen in den osteuropäischen Ländern die Exkommunikation aller Personen, die die Autorität der legitimen römisch-katholischen Behörden untergraben und hohe kirchliche Stellungen ohne Zustimmung des Vatikans annehmen.

Wichtige Ereignisse in der übrigen Welt

Afrika

Ägypten

17. Juni: Die Vertreter von Ägypten, Saudi-Arabien, Libanon, und dem Yemen paraphieren in Alexandria einen gemeinsamen Sicherheitspakt, der einem angegriffenen Mitgliedstaat automatisch die Hilfe der anderen Unterzeichnerstaaten sichert.

Der Rat der Arabischen Liga fordert in einer Resolution, daß Jordanien die von ihm in Palästina annektierten Gebiete als Treuhänder verwalten solle, bis Palästina endgültig befreit und die Möglichkeit zu einer Volksabstimmung gegeben sei.

18. Juni: König *Farouk* enthebt 29 Senatoren ihres Amtes und ersetzt sie durch Mitglieder der verschiedenen Parteien. Am 23. Juni beschließen die vier Oppositionsparteien, die Liberalen Konstitutionalisten, die Saadisten, die Nationalisten und die Kotlagruppe, beide Häuser des Parlaments zu boykottieren, da die durch den königlichen Erlaß vorgenommenen Veränderungen in der Zusammensetzung des Senats verfassungswidrig seien.

21. Juni: Außenminister Mohammed *Salah Eddin Bey* überreicht den Botschaftern von Frankreich, Großbritannien und den Vereinigten Staaten die Antwortnote der Arabischen Liga auf die Erklärung der drei Mächte vom 25. Mai über Waffenlieferungen nach dem Nahen Osten. Darin bringt die Liga ihr Interesse an Waffenlieferungen zur Aufrechterhaltung der internationalen Sicherheit zum Ausdruck, lehnt jedoch jeden Eingriff in die Souveränität ihrer Mitgliedstaaten ab.

Südafrikanische Union

20. Juni: Das Unterhaus billigt in dritter Lesung das Gesetz zum Verbot der Kommunistischen Partei mit 64 gegen 49 Stimmen.

Amerika

Bolivien

26. Juni: Präsident *Mamerto Urriolagoitia* nimmt den Rücktritt des Kabinetts an.

Vereinigte Staaten

16. Juni: Der Sonderbotschafter für den Marshallplan, W. Averell *Harrimann*, wird zum Sonderberater von Präsident *Harry S. Truman* in außenpolitischen Angelegenheiten ernannt. Der

bisherige Stellvertreter *Harrimans*, *Milton Katz*, wird zu seinem Nachfolger ernannt.

22. Juni: Präsident *Truman* ernennt Rechtsanwalt *Charles Spofford* zum amerikanischen Vertreter im ständigen Atlantikrat.

23. Juni: Außenminister *Dean Acheson* erklärt auf einer Pressekonferenz in Washington, die Vereinigten Staaten würden an Formosa keine Waffen liefern oder sonstige Hilfe leisten.

25. Juni: Auf dringende Bitte der Südkoreanischen Republik weist die Regierung das amerikanische Hauptquartier in Japan an, die südkoreanischen Truppen mit militärischer Ausrüstung zu versorgen und zu unterstützen. Am 27. Juni gibt Präsident *Truman* in einer Erklärung bekannt, daß er in Ausführung der Beschlüsse des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen vom 25. Juni die Luft- und Seestreitkräfte angewiesen habe, den südkoreanischen Regierungstruppen Schutz und Unterstützung zu gewähren. Ferner habe er die 7. Flotte angewiesen, jeden Angriff auf Formosa zu verhindern und die chinesische Regierung auf Formosa aufgefordert, ihre Angriffe auf das Festland einzustellen. Außerdem habe er die Verstärkung der amerikanischen Streitkräfte auf den Philippinen angeordnet.

Außenminister *Dean Acheson* erklärt am 29. Juni in Washington, der kommunistische Einfall in Südkorea stelle eine direkte Bedrohung der Vereinten Nationen dar. Der Einsatz amerikanischer Streitkräfte in Korea erfolge zur Unterstützung der Vereinten Nationen mit dem Ziel, Frieden, Freiheit und Sicherheit im Pazifischen Raum wiederherzustellen. Am 30. Juni wird eine Bekanntmachung der Regierung veröffentlicht. Darin heißt es, der Präsident habe die Luftwaffe ermächtigt, Einsätze gegen bestimmte militärische Ziele in Nordkorea zu unternehmen. Er habe ferner eine Seeblockade der gesamten koreanischen Küste angeordnet und General *Douglas McArthur* ermächtigt, gewisse Bodeneinheiten einzusetzen.

28. Juni: Der erste deutsche Generalkonsul nach dem Kriege, Dr. *Heinz Krekeler* trifft in New York ein.

29. Juni: Der Senat stimmt einer Verstärkung der Luftstreitkräfte von 48 auf 70 Kampfgruppen zu.

30. Juni: Der Senat billigt das von Präsident *Truman* vorgeschlagene Waffenhilfsprogramm in Höhe von über 1,2 Milliarden Dollar.

Asien

China

29. Juni: Der Außenminister der Zentralen Volksregierung der Volksrepublik China, *Tschu En-lai*, erklärt, der Befehl Präsident Trumans vom 27. Juni an die 7. amerikanische Flotte, Formosa gegen einen eventuellen Angriff zu schützen, sei ein Akt der bewaffneten Aggression gegen das Territorium Chinas und stelle eine Verletzung der Charta der Vereinten Nationen dar. Die südkoreanische Regierung habe die demokratische Volksrepublik Korea auf Anweisung der Vereinigten Staaten angegriffen, um den Vorwand für eine amerikanische Invasion auf Formosa, in Korea, Vietnam und den Philippinen zu liefern.

Japan

17. Juni: Der amerikanische Verteidigungsminister, *Louis A. Johnson*, und der amerikanische Generalstabschef, *General Omar N. Bradley*, treffen zu Besprechungen mit *General Douglas McArthur* in Tokio ein. Am 21. Juni trifft der außenpolitische Berater Außenminister Achesons, *John Foster Dulles*, in Tokio ein.
26. Juni: Die Sowjetunion fordert den Ausschluss des nationalchinesischen Vertreters aus dem Alliierten Kontrollrat für Japan und seine Ersetzung durch einen Vertreter der chinesischen Volksregierung.
27. Juni: Das Kabinett tritt mit Ausnahme des Ministerpräsidenten *Shigeru Yoshida* zurück, um eine Neubildung der Regierung zu ermöglichen. Am 28. Juni gibt der Ministerpräsident bekannt, daß er ein starkes, den Vereinigten Staaten freundlich gesonnenes Kabinett, das sich nur aus Mitgliedern der Liberal-demokratischen Partei zusammensetze, gebildet habe.

Korea

25. Juni: Truppen der Volksrepublik Nordkorea dringen über den 38. Breitengrad in das Gebiet der südkoreanischen Republik ein. Der südkoreanische Staatspräsident *Syngman Rhee* bittet den amerikanischen Oberbefehlshaber in Japan, *General Douglas McArthur*, um Unterstützung. Die amtliche sowjetische Nachrichtenagentur TASS verbreitet zwei Kommuniqués des Innenministeriums der koreanischen Volksrepublik. Im ersten Kommuniqué heißt es, daß Truppen der südkoreanischen Republik mit einem Angriff auf das nordkoreanische Gebiet entlang des 38. Breitengrades begonnen hätten. Im zweiten Kommuniqué wird betont, daß der Angriff zum Stehen gebracht sei und nordkoreanische Einheiten der Volksarmee mit einem Gegenangriff begonnen hätten. Am 26. Juni fordert die nordkoreanische Regierung die südkoreanischen Truppen zur Übergabe auf und ordnet die Generalmobilmachung an. Die südkoreanische Nationalversammlung richtet an Präsident *Truman* und den amerikanischen Kongreß einen Appell um vermehrte Hilfe gegen

die Invasion der nordkoreanischen Armee. Am 28. Juni befindet sich die südkoreanische Hauptstadt *Seoul* in der Hand der nordkoreanischen Truppen. Amerikanische Luftstreitkräfte unternehmen die ersten Luftangriffe auf die nordkoreanischen Stellungen. Am 29. Juni trifft *General McArthur* zu seiner persönlichen Unterrichtung über die Lage in *Suwon* ein. Am 30. Juni gibt die südkoreanische Regierung bekannt, daß der Oberkommandierende, *General Choi Lyung Duk*, zurückgetreten und zu seinem Nachfolger *General Chang Kwun* ernannt worden ist.

Persien

26. Juni: Ministerpräsident *Ali Mansur* tritt zurück. *Schah Mohammed Reza Pahlevi* beauftragt *General Ali Razmara* mit der Regierungsbildung.

Australien

Australischer Bund

27. Juni: Premierminister *Robert Menzies* gibt bekannt, daß Australien zur Bekämpfung der Kommunisten ein Bombengeschwader nach *Malaya* entsenden werde.

Organisation der Vereinten Nationen

17. Juni: Die 5. Jahreskonferenz der UNESCO wird in Florenz beendet. Die Konferenz billigt Maßnahmen zur Erweiterung des Demokratisierungsprogramms in Westdeutschland. *Stefano Jacini* (Italien) wird zum Vorsitzenden des Exekutiv-ausschusses gewählt.
25. Juni: Auf Ersuchen der Vereinigten Staaten tritt der Sicherheitsrat zur Beratung des Korea-Konfliktes zu einer Sondersitzung zusammen, an welcher die Vereinigten Staaten, Großbritannien, Frankreich, Nationalchina, Indien, Kuba, Ecuador, Ägypten, Norwegen und Jugoslawien teilnehmen und die Sowjetunion nicht teilnimmt. In einer mit 9 gegen 0 Stimmen bei Stimmenthaltung Jugoslawiens angenommenen amerikanischen Resolution wird festgestellt, die Handlungsweise Nordkoreas stelle einen Bruch des Friedens dar. Der Sicherheitsrat fordere die sofortige Einstellung der Feindseligkeiten und die Zurücknahme der nordkoreanischen Streitkräfte auf den 38. Breitengrad. Alle Mitglieder der Vereinten Nationen werden aufgefordert, die Vereinten Nationen bei der Durchführung der Resolution zu unterstützen.
- Am 27. Juni tritt der Sicherheitsrat zur Beratung des amerikanischen Antrages auf Unterstützung Südkoreas zusammen und beschließt in der Nacht zum 28. Juni mit den Stimmen Großbritanniens, Frankreichs, Norwegens, Kubas, Ekuadors, Chinas und der Vereinigten Staaten gegen die Stimme Jugoslawiens und bei Enthaltung von Ägypten und Indien alle Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen zur Unterstützung Südkoreas gegen den kommunistischen Angriff aufzufordern.
29. Juni: Der Generalsekretär *Trygve Lie* ernennt den südafrikanischen Oberst *Alfred Katzin* zu seinem persönlichen Vertreter in Korea.

Die Bewegung für Moralische Aufrüstung

von Dr. Karl Cornides, Wien

1.

Jeder Versuch, das Wesen der „Moralischen Aufrüstung“ (*Moral Rearmament*), kurz MRA genannt, in der Sprache der Philosophie oder Theologie, Soziologie oder Geschichte darzustellen, kann nur in begrenztem Maße gelingen. Von den Anhängern der Bewegung für moralische Aufrüstung in Caux (Schweiz) wird überhaupt nur der subjektive Erlebnisbericht, das persönliche „Zeugnis“ als gültige Aussage über die Bewegung anerkannt, bis zu einem gewissen Grad mit Recht. Denn es kann nicht bestritten werden, daß der kühle „objektive“ Bericht aus der kritischen Distanz heraus stets in Gefahr ist, das Wesentliche zu verfehlen, indem er eine durchaus dynamische Bewegung in den starren Rahmen irgendwelcher Theorien zu zwängen versucht, die dem Anhänger der Bewegung als trocken und farblos, dem Außenstehenden aber als banal und nichtssagend erscheinen.

Trotzdem ist die Anwendung geisteswissenschaftlicher Methoden auch gegenüber der MRA nicht ganz unfruchtbar. Sie erleichtert es, den Platz zu bestimmen, den die Bewegung neben anderen in dieser oder einer früheren Zeit einnimmt. Wer tiefer eindringen will, muß sich allerdings entschließen, die MRA von Innen, d. h. mit den Augen ihrer Anhänger zu sehen.

2.

Schon die Entschiedenheit, mit der die MRA jede rationale Kritik sich gegenüber ablehnt und von Anfang an eine persönliche Entscheidung für oder wider, ein „engagement“, verlangt, gestattet es, sie unter die Gegenbewegungen gegen den religiösen und philosophischen Rationalismus der letzten Jahrhunderte einzureihen. In stärkstem Maße wird die Unterordnung des Verstandes unter die Inspiration gefordert. Willenskraft und Opferbereitschaft, Glaubensstärke und Fähigkeit zur unbedingten Hingabe sind die Eigenschaften, die in erster Linie verlangt werden.

Es wäre jedoch ein schweres Mißverständnis, wenn daraufhin jemand die MRA in die Nähe des modernen Intuitionismus oder Irrationalismus eines Bergson oder Klages rücken würde.

Auch eine geistige Verbindung zu der hohen Spiritualität der abendländischen Mystik ist nicht festzustellen. Geistige Vorläufer der MRA sind am ehesten in der Tradition des Quäkertums (William Penn) oder des amerikanischen Luthertums, das besonders seit Heinrich Mühlenthal mit dem deutschen Pietismus von Spener und Francke eng verbunden war, zu finden.

Die Ähnlichkeit der MRA mit den verschiedenen evangelischen Erweckungsbewegungen ist nicht zu übersehen. Gleich diesen erregt auch die MRA häufig den Unwillen strenggläubiger Christen durch ihre Gleichgültigkeit gegenüber den kirchlichen Dogmen, die zwar nicht ange tastet, jedoch in ihrer Bedeutung sehr gering eingeschätzt werden.

Diese dogmatische Indifferenz und Betonung einer reinen Herzens- und Tatreligion hat für die MRA nicht nur den Vorteil, daß sie einer sehr weit verbreiteten Zeitströmung entspricht, sondern hat darüber hinaus praktisch das Zusammenwirken von Angehörigen der verschiedensten Konfessionen und Religionen gestattet. Die Unterschiede der Lehre werden einfach mit Stillschweigen übergangen. Mit der „Una Sancta“ Bewegung hat Caux nichts zu tun. Es hält sich durchaus im Rahmen der Toleranzbewegungen des 18. Jahrhunderts.

Während die Erweckungsbewegungen früherer Zeiten auf heftigen Widerstand trafen und bitteren Spott und harte Verfolgungen erdulden mußten, findet die MRA ein wesentlich günstigeres geistiges Klima vor, das sich vermutlich noch weiter verbessern wird. Ist doch die moderne Soziologie bereits dazu übergegangen, derartige Bewegungen nicht nur rational zu erklären, sondern geradezu im Interesse der Gesellschaft als notwendig zu bezeichnen. So schrieb Karl Mannheim in seinem letzten Werk („*Diagnosis of our Time*“, London 1945, S. 105):

„Ein anderer Grund, warum sich Religionen und religionsähnliche Bewegungen in der Gegenwart entwickeln, ist der, daß der Übergang von einem System des liberalen Laissez-Faire zu einem völlig verschiedenen, zu einer geplanten Wirtschaft, sich nur dann vollziehen kann, wenn sich die Lebenshaltung der Menschen und ihr ganzes Wertsystem

in verhältnismäßig kurzer Zeit ändert. Nun ist es eine psychologische Erfahrung, daß eine solche plötzliche Änderung der Lebenshaltung nur dann stattfinden kann, wenn sie von Begeisterung und gefühlsmäßiger Durchdringung der neuen Aufgabe begleitet ist. Zu der letzten kommt es nur, wenn die Grundfragen des Lebens neu definiert werden und neue Bedeutung gewinnen. Dieses Neudefinieren der Probleme unserer Welt vollzieht sich nicht stückweise; diese allgemeine Neubewertung kann sich nur ereignen, wenn jeder neue Gegenstand der Betrachtung Bestandteil einer neuen Weltansicht und einer neuen Lebensweise ist. Es ist diese völlig neue Begeisterung, die dem Leben jedes einzelnen und jeder Tätigkeit in ihm einen neuen Sinn gibt.“

Die MRA hat in dem vollen und sehr ernstesten Bewußtsein, in einer kritischen Zeit des Überganges und der Entscheidung zu leben, sich mit Entschlossenheit an die vielen unlösbar scheinende Aufgabe gewagt, nicht nur einzelne Individuen, sondern ganze Nationen „in verhältnismäßig kurzer Zeit zu ändern“. Darin liegt ihre historische Bedeutung.

3.

Die geschichtliche Entwicklung der MRA führt von der persönlichen Bekehrung eines Mannes, Frank N. D. Buchman, über die Begründung einer evangelischen Erweckungsbewegung, der „Oxford Gruppe“, zu der Entstehung einer universalen Weltbewegung „Moralische Aufrüstung“ mit dem Ziel, die Religion wieder zu einer lebendigen Kraft zu machen und damit in den einzelnen Nationen die öffentliche Moral zu heben, so daß sie gegen den Materialismus immun werden¹.

Frank Buchman wurde am 4. Juni 1878 in Pennsylvania, geboren. Seine Vorfahren waren aus dem Kanton St. Gallen nach Amerika ausgewandert. Nach Beendigung seiner Studien am Mühlenberg College begann er seine Tätigkeit als lutheranischer Geistlicher in Philadelphia und beschäftigte sich besonders mit karitativen Arbeiten. Differenzen mit seinen Vorgesetzten veranlaßten ihn, diese aufzugeben und nach England zu gehen, wo ihm eine Vision von einem Reich Christi auf Erden zu teil wurde, die er von da an dadurch zu verwirklichen trachtete, daß er andere Menschen dafür gewann, gleich ihm alle persönlichen Bindungen aufzugeben und unter Verzicht auf eigene Wünsche ganz nach dem Willen Gottes zu leben.

Nach längeren Wanderjahren fand seine Tätigkeit in Oxford in den Jahren nach dem ersten Weltkrieg ein festes Zentrum. Von ihm und seinen ersten Anhängern bekehrte Studenten schlossen sich dort zu einer Gruppe zusammen, die, auf ihren Vorstößen in die weite Welt als „Oxford Gruppe“ bezeichnet, den Namen für die wenige Jahre spä-

ter Tausende von Anhängern zählende Bewegung abgab. Von 1930 an fanden in Oxford „Haustagungen“ statt, die breiteren Kreisen die Möglichkeit verschafften, die Lebensführung der Gruppe aus eigener Erfahrung kennen zu lernen. Die weitere Ausbreitung machte rasche Fortschritte. Bereits 1935 kamen 10 000 Personen in Oxford zusammen, darunter Vertreter aus USA, Südafrika, Australien und aus dem fernen Osten. Besonderen Anklang fand die Bewegung in Skandinavien, wo Massenversammlungen von über 30 000 Personen besucht wurden.

Die Oxford Gruppe, aus der die Moralische Aufrüstung hervorgehen sollte, brachte keine neuen Ideen, und sie hat auch nie den Anspruch erhoben, solche zu haben. Ebenso hat sie stets energisch bestritten, eine Sekte zu sein. Ihr Ziel war vielmehr, die religiösen und moralischen Kräfte, die sich unter dem liberalen Grundsatz „Religion ist Privatsache“ kaum mehr an die Öffentlichkeit wagten, geschweige denn auf diese Einfluß nahmen, wieder entscheidend zur Geltung zu bringen.

Unter dem Eindruck der schnellen Verschlechterung der weltpolitischen Lage, der steigenden Angriffslust militanter Ideologien und der offenkundigen Unfähigkeit der Demokratien, diesen entschlossen zu begegnen, gründete Frank Buchman im Sommer 1938 zur „Mobilisierung der moralischen und geistigen Kräfte auf der ganzen Welt“ die Moralische Aufrüstung. Diese sollte allen Ländern ein moralisches Bollwerk geben, das jenseits aller Konfessionen und Parteien in der Bevölkerung die Eigenschaften weckte, ohne die eine echte Demokratie nicht funktionieren kann: innere Disziplin und Freiheit, Verantwortungsgefühl und selbstlose Opferbereitschaft.

Die MRA, die sehr bald die Aufmerksamkeit der Gestapo erregte, konnte in diesem Sinne während des Krieges Bedeutendes unter den westlichen Demokratien leisten. Nach Beendigung der Feindseligkeiten machte die Ausbreitung der Bewegung, vor allem seit der Errichtung des „Trainingszentrums“ in Caux sur Montreux, auch in Mitteleuropa schnelle Fortschritte. Die seit 1947 jeden Sommer in Caux stattfindenden „Weltkonferenzen“ vereinigten jedesmal über 5000 Teilnehmer aus über 50 Ländern, darunter eine große Anzahl leitender Staatsmänner, Politiker, Wirtschaftsführer, Gewerkschaftsfunktionäre, Journalisten usw.

4.

Um den Weg zu sehen, auf dem sich nach der Auffassung der MRA die moralische Erneuerung der Welt vollziehen soll, muß man zunächst den Grundgedanken der Bewegung erfassen, aus dem sich alles weitere leicht ableiten läßt:

gibt noch Religion in der Welt; es gibt viel Religion in der Kirche; es gibt viele fromme Menschen unter uns. Die Christenheit kann noch auf Werke der Nächstenliebe und soziale Taten hinweisen, auf die sie stolz sein kann. Es gibt unter vielen, die keiner Kirche mehr angehören, eine Sehnsucht nach Religion. Ich freue mich, dies alles zuzugeben. Und doch müssen wir uns fest an die Tatsache halten, daß Religion keine Macht mehr ist. Der Beweis? Der Weltkrieg!“

1) Es ist nicht uninteressant, in diesem Zusammenhang einen Ausspruch von Albert Schweitzer („Religion in Modern Civilization“, The Christian Century, New York Nov. 21st and 27th 1934) zu zitieren: „Ich werde jetzt über die Religion im geistigen Leben und in der Zivilisation unserer Zeit sprechen. Die erste Frage, die beantwortet werden muß, ist daher: ‚Ist Religion noch eine Macht in dem geistigen Leben unserer Zeit?‘ Ich antworte in Ihrem und meinem Namen: ‚Nein‘. Es

Gott hat einen Plan für jeden Menschen, dem die Aufgabe zufällt, diesen Plan in seinem Leben zu verwirklichen. Durch das Abweichen vom Plan Gottes entsteht Sünde und Chaos. Durch die Befolgung dieses Planes und seine Verwirklichung ergibt sich Frieden und Harmonie, zunächst für den Einzelnen, dann aber auch für ganze Völker und schließlich für die ganze Welt, wenn eben die meisten Menschen dazu gebracht sind, ihre egozentrische Denkweise zu verlassen und sich dem Willen Gottes unterzuordnen.

Auf die sich aus dieser Anschauung von selbst ergebende Frage, wie denn der einzelne Mensch die Absichten, die Gott mit ihm hat, erkennen soll, antwortet die MRA mit der lapidaren Formel: „Wenn der Mensch hört, spricht Gott; wenn der Mensch gehorcht, handelt Gott.“ Für die Praxis des Alltags bedeutet dies: Vor Beginn der Tagesarbeit soll jeder eine „Stille Zeit“ halten, in der er von Gott eine Weisung für den ganzen Tag bekommen wird. Es wird empfohlen, die in der stillen Zeit empfangenen Gedanken aufzuschreiben und so die Eingebung festzuhalten. Um zu kontrollieren, ob diese Gedanken wirklich von Gott kommen, wird empfohlen, sie mit anderen Anhängern der MRA auszutauschen oder sie am Wort der Heiligen Schrift oder den sogenannten „Vier Absoluten“ nachzuprüfen. Diese sind: absolute Aufrichtigkeit, absolute Reinheit, absolute Selbstlosigkeit, absolute Liebe. (Der Nachdruck liegt auf dem Wort „absolut“.)

Die Zeugnisse von Anhängern der MRA bekräftigen immer wieder, daß bei der Befolgung dieser Lebensweise das Dasein des Betreffenden eine neue Entwicklung nahm, daß sich in ihm eine „Änderung“ vollzog, die sich vor allem dahin auswirkte, daß er selbst innerlich zur Ruhe, zu Ordnung, innerer Fröhlichkeit und Harmonie mit seinen Mitmenschen kam.

Dies ist auch gar nicht weiter erstaunlich, da es sich bei den von der MRA empfohlenen Grundsätzen um allgemeine, allerdings weitgehend in Vergessenheit geratene Grundsätze jeden religiösen Lebens handelt, beispielsweise die tägliche Betrachtung (Meditation, „Stille Zeit“), deren wohlthätige Wirkungen gerade in dem Trubel des Großstadtlebens spürbar sind, oder die Unbedingtheit in der Erfüllung der religiösen Grundsätze, die zu einer inneren Befreiung führen kann. Auch der offene Gedankenaustausch vermag in vielen Fällen eine Verbesserung der sozialen Atmosphäre herbeizuführen.

Die Bedeutung der MRA liegt also zunächst darin, daß sie weiten Kreisen einige Grundelemente des religiösen Lebens in einer einfachen und eingängigen Form vermittelt. In diesem Sinne vermag sie nicht nur Menschen, die der Religion völlig entfremdet sind, neue Impulse zu geben. Auch praktizierende Gläu-

bige der verschiedensten Religionen und Priester haben öffentlich bekannt, daß durch MRA ihr religiöses Leben frischen Auftrieb und neue Kraft bekommen hat.

5.

Die MRA ist sich durchaus klar darüber, daß von der Zustimmung zu ihren Grundsätzen bis zu deren getreuer Verwirklichung im täglichen Leben ein weiter Weg ist. Sie weiß auch, daß der erste Schritt in dieser Richtung der schwerste ist, und sie konzentriert daher ihre ganze Aufmerksamkeit darauf, mehr als eine allgemeine Zustimmung, nämlich eine wahre Bekehrung, den radikalen und unwiderruflichen Entschluß, die bisherige Lebensführung zu ändern, zu erlangen. Daher werden diejenigen, die sich ganz der Bewegung verschrieben haben (die sogenannten „fulltimer“), systematisch für den „Beruf der Lebensänderer“ (life-changer) geschult. Die unter weitgehender Ausnutzung der Erkenntnisse der modernen Tiefenpsychologie und Kunst der Menschenbeeinflussung entwickelte „Technik“ der Lebensänderung ist vielleicht das Interessanteste an der MRA.

Diese Methode beruht vor allem auf der Erfahrung, daß die Menschen weniger durch Worte als durch Taten zu überzeugen sind. Daher waren schon für die Oxford-Gruppe die „Haustagungen“ so wichtig, die auch Außenstehenden die Möglichkeit gaben, ein Leben „unter Gottes Führung“ praktisch kennen zu lernen. Auf wesentlich breiterer Basis wurden in der MRA seit 1943 diese Haustagungen in Mackinac Island, Michigan, und seit 1947 in Caux durchgeführt. Das Leben in diesen „Trainingszentren“ ist schon hundertfach in Tageszeitungen und Zeitschriften anschaulich beschrieben worden, so daß hier lediglich das für die Methode Charakteristische herausgestellt werden muß.

Alles in Caux, die unvergleichlich schöne Landschaft, die ungemein herzliche Aufnahme und liebevolle Bedienung durch andere Gäste, die hochgespannte Atmosphäre allgemeiner Völker-, Klassen- und Rassenverbrüderung, ja die Erwartung von „Wundern“, ist dazu angetan, den Neuankömmling zu überwältigen, sein Mißtrauen zu entwaffnen und ihn oft schon in wenigen Stunden zu dem enthusiastischen Mitglied einer Riesenfamilie von mehr als tausend Personen zu machen. In den folgenden Tagen erfährt er auf die verschiedensten Weisen, daß diese Wunderwelt dadurch entstanden ist, daß Menschen sich geändert haben, und alles drängt ihn jetzt mehr oder weniger sanft dazu, diesem Beispiel zu folgen und sich ebenfalls zu ändern. Das Ziel ist voll erreicht, wenn der Betreffende erkennt, daß seine bisherige Lebensweise verfehlt war, den Entschluß faßt, diese sofort zu ändern, indem er sich für die Zukunft der Führung Gottes unterstellt, und schließlich durch ein öffentliches Zeugnis und

die Bekanntgabe seiner Entscheidung seinen festen Willen, ein neues Leben zu führen, bekundet und damit anderen erleichtert, einen gleichen Entschluß zu fassen.

Der Massenbetrieb, der eine individuelle Betreuung erschwert, und die Vielfalt der Eindrücke, die auf den oft gänzlich unvorbereiteten Neuling eindringen, bewirken nicht selten, daß dieser verwirrt wird und das Wesen der MRA in irgendwelchen Äußerlichkeiten sieht, die ihm entweder aus Zufall oder nach seiner Veranlagung besonders auffallen. Der eine begeistert sich für den Gedanken der Mannschaftsarbeit (teamwork), der hier sehr propagiert wird, ein anderer für die originellen Methoden der publicity für eine Ideologie, ein dritter für die Idee der Familienreform und ein vierter glaubt hier die Ansätze einer neuen Kunst zu sehen. Es kommt tatsächlich ziemlich selten vor, daß jemand ohne positive Anregungen, die oft noch lange nachwirken, von Caux wegfährt.

Außerhalb der Trainingszentren und der in ihnen stattfindenden Weltkonferenzen wird die MRA ständig durch die lokalen Mannschaften und durch besondere Stoßtrupps von „fulltimern“ verbreitet. Eigene Theaterstücke, Revuen und Filme mit einer starken Tendenz, eingängige Songs und eine sehr gute Pressearbeit, die immer mehr durch den Rundfunk ergänzt wird, schaffen die Möglichkeit, die Massen mit der Bewegung bekannt zu machen. Diese intensive publicity weckt in den dem religiösen Leben entfremdeten Menschen nicht selten den Eindruck, daß die MRA auf diesem Sektor die einzige aktive Kraft sei, da sich im allgemeinen die Apostolats- und Caritas-Arbeit der verschiedenen Konfessionen in der Stille vollzieht.

Ein anderes, sehr beachtliches Element der MRA ist die „moralische Strategie“. Die Aktivität der Bewegung, besonders der Einsatz der „fulltimer“ wird planmäßig auf die Brennpunkte sozialer Spannungen, etwa das Ruhrgebiet, das nordfranzösische Industriegebiet, die Bergbauggebiete von Wales und Schottland und schließlich auf die Gewinnung von Menschen in Schlüsselpositionen konzentriert. Man erhofft sich davon sowohl eine schnellere Verbreitung als auch eine gesteigerte Wirkung der Bewegung.

6.

Die Kritik an der MRA zerfällt in zwei Gruppen. Die eine richtet sich gegen Äußerlichkeiten und geht vielfach auf Mißverständnisse zurück, die vor allem durch den Übereifer von Neubekehrten und Fanatikern hervorgerufen werden, dem im Vertrauen auf die göttliche Führung weitgehendst freie Bahn gelassen wird. Die andere versucht tieferliegende Strukturfehler der Bewegung nachzuweisen, was jedoch infolge der außerordentlichen Unklarheit und Dehnbarkeit ihrer Prinzipien sehr schwer ist. Nur auf die zweite Gruppe kann hier eingegangen werden.

Am schwerwiegendsten ist vielleicht der Vorwurf des Primitivismus und der Verflachung des religiösen Lebens. Verglichen mit dem Reichtum an Ideen und der Vielfalt von Formen der Frömmigkeit, die nicht nur innerhalb des Katholizismus, sondern auch bei den anderen christlichen Bekenntnissen zu finden sind, erscheint die Frage nicht unberechtigt, ob nicht auch Frank Buchman unter die „terribles simplificateurs“ unserer Zeit gerechnet werden muß. Demgegenüber kann von Seiten der MRA darauf hingewiesen werden, daß es ihr in erster Linie darauf angekommen sei, ein Aktionsprogramm aufzustellen, das von jedem voll erfüllt werden sollte und daß sie im Übrigen nichts dagegen habe, wenn jemand sich über die „Vier Absoluten“ hinaus in seiner Religion immer mehr vertiefe. Freunde der MRA sind sogar der Ansicht, daß „die immanente Dialektik“ der „Vier Absoluten“ ganz von selbst zu einer Erweiterung und Intensivierung des religiösen Lebens dränge. Es ist jedoch nicht zu übersehen, daß man gerade in den innersten Kreisen der Bewegung davon überzeugt ist, MRA besitze eine „superior ideologie“, die sie über die verschiedenen Konfessionen stelle. Die Ähnlichkeit mit anderen Erweckungsbewegungen, denen ja auch immer ein gewisser Hochmut vorgeworfen wurde, ist in diesem Punkte nicht zu übersehen.

Anklänge an die Praxis der Erweckungsbewegungen finden sich auch in den oft recht starken und nicht immer taktvollen Mitteln, die angewendet werden, um innerhalb kurzer Zeit den Entschluß zu einer radikalen Änderung herbeizuführen. Trotz bester Absicht wird hier viel verdorben, und zwar vor allem aus einer Überschätzung der eigenen Kräfte und Möglichkeiten heraus.

Ziemlich weit dagegen hat sich die MRA von den Erweckungsbewegungen in ihrer „moralischen Strategie“ entfernt, in der sie sich stark von reinen Nützlichkeitsbetrachtungen leiten läßt und in der wenig Caritas zu spüren ist.

Zusammenfassend kann gesagt werden, daß die MRA noch in der Entwicklung begriffen ist und ihre endgültige Form nicht gefunden hat. Es ist daher auch ganz unmöglich, eine Prognose über ihr weiteres Schicksal zu geben. Die Religionsgeschichte hat gezeigt, daß alle reinen Erweckungsbewegungen in ihren Erfolgen sehr starken Schwankungen unterliegen. Zeiten höchster Aktivität werden von Perioden fast völligen Stillstandes abgelöst. Inwieweit die immer stärkere Aufnahme rationaler und pragmatistischer Elemente, die ihrerseits wieder gefühlsmäßig abkühlend wirken, der MRA einen kontinuierlichen Aufstieg zu sichern vermag, bleibt abzuwarten. Als eine der originellsten Erscheinungen des 20. Jahrhunderts verdient die MRA jedenfalls die zunehmende Beachtung, die ihr in den letzten Jahren zuteil wurde.

Das politische Programm des Europarates

Als die Abgeordneten des Europarates nach dem Abschluß der ersten Sitzungsperiode, Anfang September 1949, ihre Koffer packten, war wohl keiner unter ihnen, der das Bündel der angenommenen Resolutionen und Berichte¹ mit dem Gefühl echter Befriedigung zu den übrigen Straßburger Reiseandenken legte.

Das politische Programm, dessen große Umriss im Verlaufe der vierwöchigen Beratungen sichtbar geworden war, versprach keine raschen, durchschlagenden Erfolge, mit denen man die Massen für den europäischen Einigungsgedanken begeistern und mitreißen konnte. Es gab erst den Rahmen einer allgemeinen politischen Konzeption deren sachlicher Inhalt noch im einzelnen erarbeitet werden mußte. Die erste Tagungsperiode war im wesentlichen eine vorbereitende Konferenz, die aus den auf dem Haager Kongreß der europäischen Bewegung im Mai 1948 formulierten Wünschen und Hoffnungen ein erstes Arbeitsprogramm entwickelte, mit dem sich eine parlamentarische, zwischenstaatliche Organisation wie der Europarat im einzelnen befassen konnte.

Inzwischen ist nun ein Jahr vergangen. Der Europarat tritt am 7. August 1950 zu seiner zweiten Sitzung im rasch errichteten eigenen Gebäude zusammen. Die Kommissionen haben nach gründlicher Vorarbeit Berichte und Resolutionsentwürfe vorgelegt, die als Arbeitsgrundlage dienen können. Zum ersten Male nehmen deutsche Abgeordnete an den Beratungen der Konsultativversammlung teil, in der nun außer Spanien, Portugal, Österreich und der Schweiz alle europäischen Staaten diesseits des eisernen Vorhangs vertreten sind.

Die Probleme der politischen, wirtschaftlichen und sozialen Integration, die der Europarat zu lösen hat, sind in dem Jahr seit seinem ersten Zusammentritt um manches klarer, aber deshalb keineswegs leichter lösbar geworden.

Das Verhältnis von Ministerausschuß und Konsultativversammlung

Die Alternativen

Das wichtigste politische Ergebnis der ersten Sitzungsperiode des Europarates war die Schaffung der „Ständigen Kommission“ der Konsultativversammlung². Sie entstand durch geschickte Ausnutzung des geringen Spielraums, den das Statut des Europarates³ für echte politische Initiative offenließ. Die Konsultativversammlung konnte damit gleichsam wenigstens einen Fuß zwischen die Türe zum Ministerausschuß klemmen und dem dort vom Statut angebrachten Verbotsschild „Nur für Außenminister souveräner Staaten — Gesuche und Beschwerden der Abgeordneten sind im Sekretariat abzugeben“ seine lähmende Wirkung nehmen.

Nun kam alles darauf an, zunächst einmal diesen kleinen Spalt durch geschicktes Manövrieren der Ständigen Kommission offen zu

halten und dann möglichst ohne Erschütterung und ohne unnötigen Lärm die Türe zu einem echten, parlamentarisch kontrollierten europäischen Exekutivorgan zu öffnen. Bereits zu Beginn der ersten Sitzungsperiode hatten sich die maßgeblichen Abgeordneten in nüchterner Einschätzung der gegebenen Kräfteverhältnisse darauf geeinigt, es nicht zu einem offenen Konflikt mit dem Ministerausschuß kommen zu lassen. Der Europarat hatte in der politischen Wirklichkeit noch zu wenig Wurzel geschlagen, vor allem aber war das Verhältnis der Konsultativversammlung zu den nationalen Parlamenten noch zu ungeklärt, als daß eine solche Kraftprobe mit den offiziellen Vertretern der nationalen Souveränität ohne die Gefährdung der gesamten Institution möglich gewesen wäre.

Die Konsultativversammlung hatte aber andererseits bereits in den ersten Tagen ihres

1) Vergl. Europa-Archiv, 20/1949, S. 2559—2560 und 21/1949, S. 2569—2584.

2) Vergl. „Die politischen Ergebnisse der ersten Sitzungsperiode des Europarates in Straßburg vom

8. August bis 9. September 1949“ in Europa-Archiv, 21/1949, S. 2575.

3) Vergl. den Text hierzu in Europa-Archiv, 12/1949, S. 2241—2244.

Zusammenseins einen starken eigenen Korpsgeist entwickelt, der es ihr trotz vieler Personalunionen unmöglich machte, sich etwa als Beauftragte der Europäischen Bewegung zu fühlen und diese zur Unterstützung in der Auseinandersetzung mit dem Ministerausschuß mit heranzuziehen. So entscheidend die Initiative der Europäischen Bewegung für das Zustandekommen des Europarates war⁴, so wenig war sie nun in der Lage, ihr einmal mündig gewordenes Geschöpf noch weiterhin von außen her zu lenken oder wesentlich zu stärken. Mit dem selbstverständlichen Undank jeder lebendigen Institution hatte sich der Europarat von seinen Erzeugern gelöst und begann nun, noch schwankend und ohne entsprechende Navigationsmittel, wie ein gerade von Stapel gelaufenes Schiff seinen Kurs zu suchen.

Hier gilt es nun, zwischen zwei Hauptlinien der möglichen Entwicklung zu unterscheiden, auf denen sich die beiden Organe des Europarates zu einer tatsächlichen europäischen Autorität entwickeln können und die im einen Fall mehr der britischen, im anderen Fall mehr der kontinentalen, insbesondere französischen Auffassung entsprechen. Man kann die Funktionen und die Machtstellung des Ministerausschusses etwa in dem Sinne erweitern, wie sich die Empire- und später die Commonwealth-Konferenzen der britischen Völkergemeinschaft entwickelt haben⁵. Er würde dadurch aus seinem jetzigen Zustand als passiver Übermittler der Anregungen der Konsultativversammlung an die nationalen Regierungen zu einem Organ gemeinschaftlicher politischer Entschlüsse, die freilich entsprechend der Natur eines solchen lockeren Zusammenschlusses einstimmig zu fassen wären und nur nach Ratifizierung durch die heimischen Parlamente rechtskräftig werden könnten. Gegenüber diesem Lenkungs ausschuß könnte die jetzige Stellung der Konsultativversammlung dadurch verstärkt werden, daß man sie aus allgemeinen direkten Wahlen auf Grund der Bevölkerungsverhältnisse der Mitgliedstaaten hervorgehen läßt; gleichlaufend mit dieser Entwicklung könnte dann die parlamentarische Kontrolle der Versammlung gegenüber dem Ministerausschuß verankert und ausgebaut werden. Schließlich könnte dann, sobald der Ministerausschuß sich zu einem Exekutivorgan entwickelt hat, eine Staatenkammer oder ein Senat entstehen, dessen Vertreter entweder von den nationalen Parlamenten oder den Regierungen ernannt werden, wobei jeder Mitgliedstaat in gleicher Weise vertreten wäre.

Neben dieser Möglichkeit einer sich über lange Jahre hinziehenden Entwicklung der europäischen Autorität läßt sich auch ein wesentlich rascheres Verfahren denken. Danach würde in erster Linie ein Ausbau der Ständigen Kommission der Konsultativversammlung zu einem echten Exekutivorgan erfolgen, der Ministerausschuß würde zu einer Art Staatenkammer oder zweiten Kammer erweitert; diese würde zusammen mit der aus direkten, allgemeinen Wahlen hervorgehenden Konsultativversammlung die parlamentarische Kontrolle der europäischen Exekutive bilden.

Die Verhandlungen über die Weiterbildung der Ständigen Kommission

Seit Beginn der Verhandlungen über die Verfahrensordnung des Europarates ist immer wieder der Gedanke der Bildung eines gemeinsamen Ausschusses aus Vertretern der Konsultativversammlung und des Ministerausschusses aufgetaucht. Den Ausgangspunkt für diese Überlegungen bildet Artikel 27 des Statuts, in welchem, wenn auch in sehr allgemeiner Form, die Notwendigkeit eines Verbindungsorganes zwischen Konsultativversammlung und Ministerausschuß angedeutet wird. Artikel 27 hat folgenden Wortlaut:

Die Bedingungen, unter denen der Ministerausschuß als solcher in den Verhandlungen der Konsultativversammlung auftreten kann oder die einzelnen Ausschußangehörigen vor der Versammlung das Wort ergreifen können, werden durch besondere Vorschriften der Geschäftsordnung bestimmt, die der Ausschuß nach Beratung mit der Versammlung erläßt.

Bereits die Vorbereitende Kommission, die in Paris vom 11. Mai bis 14. Juli 1949 mit der Vorbereitung der Verfahrensordnungen für Ministerausschuß und Konsultativversammlung beschäftigt war, versuchte dieser allgemeinen Formulierung eine konkrete Auslegung zu geben. Sie kam jedoch zu keiner endgültigen Entscheidung. Lediglich die Art der Vertretung des Ministerausschusses in der Konsultativversammlung wurde in Artikel 12 der vorläufigen Verfahrensordnung etwas genauer umschrieben. Der Ministerausschuß befaßte sich bei seiner ersten Zusammenkunft am 8. August 1949 — vor dem Zusammentritt der Konsultativversammlung — mit diesem Artikel und regte hier zum ersten Mal die Bildung eines gemeinsamen Ausschusses durch Ministerausschuß und Konsultativversammlung an, der die Beziehun-

4) Vergl. Europa-Archiv, 7/1949, S. 2025—2028.

5) Vergl. Europa-Archiv, 3/1950, S. 2787—2793 und 4/1950, S. 2829—2836.

gen zwischen den beiden Organen im einzelnen festlegen sollte. Dieser Ausschuß trat jedoch nie zusammen. Die Konsultativversammlung überwies die Frage ihrem Verfahrensausschuß, der es jedoch vorzog zu warten, bis mehr Erfahrungen über den tatsächlichen Verkehr zwischen Ministerausschuß und Konsultativversammlung zur Verfügung stünden. In der Zwischenzeit ergriff der Politische Ausschuß von sich aus die Initiative und legte zunächst ein Verfahren fest, welches genau das Gegenteil von dem war, das man ursprünglich erwartet hatte: statt die Minister einzuladen, zur Konsultativversammlung zu sprechen, entschied man, daß der Präsident der Versammlung sich in wichtigen Fragen, wie etwa der Aufnahme neuer Punkte in die Tagesordnung oder des Beitritts neuer Mitglieder, an den Ministerausschuß wenden sollte.

Es gelang aber nicht, diesen kleinen Einbruch in die Kompetenzen des Ministerausschusses für eine wirkliche Erweiterung der Befugnisse der Versammlung auszunützen und das in der Praxis gewonnene Terrain durch eine entsprechende Abänderung der Statuten rechtlich zu sichern. Der Ministerausschuß legte die diesbezüglichen Vorschläge zur Änderung der Statuten, die von der Konsultativversammlung ausgearbeitet worden waren⁶, auf seiner zweiten Zusammenkunft Anfang November 1949 zunächst einmal zu den Akten. Es kam lediglich eine Art Stillhalteabkommen zustande, indem sich der Ministerausschuß bereit erklärte, von seinem Kontrollrecht über die Konsultativversammlung solange keinen Gebrauch zu machen, als diese sich im Rahmen der Bestimmungen des Statuts hielt. Der Ständige Ausschuß, der wenige Tage darauf zusammentrat, gab seinen Unwillen und seine Enttäuschung über diese Haltung des Ministerausschusses unmißverständlich zu erkennen⁷.

Der Vorstoß Mollets

Zunächst hatten sich nun also die Beziehungen zwischen dem Ministerausschuß und dem Ständigen Ausschuß der Versammlung festgefahren. Der Stillstand währte jedoch nicht lange. In der Zeit von Dezember 1949 bis März 1950 befaßte sich der Politische Ausschuß (Allge-

meine Ausschuß) unter dem Vorsitz von George Bidault intensiv mit der Vorbereitung des nächsten Schrittes. Die Hauptarbeit wurde dabei von Guy Mollet, dem Rapporteur des Politischen Ausschusses, geleistet, der im März 1950 folgenden Vorschlag machte:

Ohne die künftige Entwicklung der Organe des Europarates zur Schaffung einer echten übernationalen Autorität zu präjudizieren, soll ein Exekutivausschuß des Europarates gebildet werden, dessen Mitglieder sich zur Hälfte aus Vertretern des Ministerausschusses und zur Hälfte aus Vertretern der Konsultativversammlung zusammensetzen und der folgende Aufgaben haben soll:

Als Koordinierungsorgan:

die Verbindung zwischen den beiden Organen des Europarates aufrecht zu erhalten.

Als Planungsorgan:

1. Vorläufige Tagesordnungen für die beiden Organe des Rates aufzustellen, ohne deren Rechte dadurch zu beeinträchtigen.

2. Berichte vorzubereiten, welche die Erörterung der Fragen, die dem Ministerausschuß und der Versammlung vorgelegt werden, erleichtern sollen und alle Untersuchungen und Studien durchzuführen, die für die Arbeit der beiden Organe des Rates benötigt werden.

3. Resolutionsentwürfe zur Vorlage an die beiden Organe des Rates vorzubereiten, um Angelegenheiten, die in deren jeweiligen Aufgabenbereich fallen, voranzutreiben. Der Ausschuß soll insbesondere in der Lage sein, Vorschläge über die zweckmäßigste Form der Vereinbarungen zu machen, durch welche die Entschlüsse des Ministerausschusses und der Konsultativversammlung in die Tat umgesetzt werden sollen.

Als Exekutivorgan:

die Durchführung von Empfehlungen, die von Organen des Europarates angenommen wurden, und unter Umständen auch die Arbeiten jener europäischen öffentlichen Institutionen, die dem Europarat unterstellt werden, zu überwachen.

Dieser Vorschlag Mollets nimmt in äußerst geschickter Weise die ursprünglich vom Ministerausschuß selbst gegebene Anregung, einen

6) Vergleiche Europa-Archiv, 21/1949, S. 2578.

7) Vergl. dazu das Schreiben Spaaks an den Vorsitzenden des Ministerausschusses vom 10. November 1949, in welchem es heißt: „Der Ständige Ausschuß versteht Ihre Haltung so, daß der Ministerausschuß die Empfehlungen der Versammlung, (Vergl. Europa-Archiv, 20/1949, S. 2557—2558.), verschiedene Artikel des Statuts abzuändern, nicht geradewegs ablehnen will und in dieser Frage

eine abwartende Stellung (interim position) bezogen hat. Sollte dies der Fall sein, so kann der Ausschuß von den vorläufig vom Ministerausschuß angenommenen Entscheidungen nur Kenntnis nehmen. Der Ständige Ausschuß unterstützt jedoch weiterhin alle Empfehlungen der Versammlung und hofft, daß bald endgültige Entscheidungen getroffen werden und das Verfahren für die Abänderung so rasch wie möglich angenommen wird.“

Gemeinsamen Ausschuß zu bilden, auf und entwickelt daraus, ohne daß eine Änderung des Statuts notwendig wäre, das Projekt einer schlagkräftigen politischen Exekutive, die je zur Hälfte aus Mitgliedern des Ministerausschusses und aus Mitgliedern der Konsultativversammlung gebildet werden soll. Dadurch würden mit einem Schlag aus den beiden Organen zwei gleichberechtigte Kammern, die Exekutive, paritätisch aus Vertretern beider Kammern zusammengesetzt, würde beiden verantwortlich sein.

Bevin brems

Niemand konnte damit rechnen, daß der Ministerausschuß diesen kühnen Vorstoß ohne weiteres hinnehmen würde. Dessen Abwehrmaßnahmen ließen nicht lange auf sich warten.

In der dritten Zusammenkunft des Ministerausschusses, der vom 30. März bis 1. April 1950 in Straßburg tagte, trug der britische Außenminister Ernest Bevin seinen Gegenvorschlag vor:

Es soll ein gemeinsamer Beratungsausschuß gebildet werden, der sich aus sieben Vertretern des Ministerausschusses und sieben Vertretern, die durch den Ständigen Ausschuß der Konsultativversammlung gewählt werden, zusammensetzt. Er soll unter dem Vorsitz des Präsidenten der Versammlung eine Verbindung zwischen den beiden Organen des Europarates herstellen. Dieser Ausschuß soll in Straßburg zusammentreten, so oft der Ministerausschuß oder die Vertreter der Außenminister oder der Präsident der Versammlung ein solches Treffen für wünschenswert hält, um eine besondere Schwierigkeit zu erörtern. Er wird seine Entscheidungen nicht durch Abstimmung treffen, sondern vielmehr versuchen, zwischen dem Ministerausschuß und der Konsultativversammlung durch regelmäßige Erörterung gemeinsamer Probleme bessere Beziehungen herzustellen.

Der Ministerausschuß beauftragte vier seiner Mitglieder, den französischen Außenminister Robert Schuman, den italienischen Außenminister Graf Carlo Sforza, den norwegischen Außenminister Halvard Lange und Ernest Bevin, mit dem Ständigen Ausschuß der Konsultativversammlung in Verbindung zu treten und die Frage einer Zusammenarbeit zu erörtern. Die vier Minister erhielten gleichzeitig die Ermächtigung, zusammen mit Vertretern des Ständigen Ausschusses ein gemeinsames Organ zu bilden, das sich mit der Verbesserung der Beziehungen zwischen dem Ministerausschuß und der Konsultativversammlung befassen sollte. Um aber keine Mißverständnisse über die Befugnisse des geplanten neuen Ausschusses auf-

kommen zu lassen, wurde ihm in der Entschlie-ßung des Ministerausschusses ausdrücklich der Auftrag mitgegeben, sich vor allem mit dem Vorschlag Bevins zu befassen.

Ein kleiner Fortschritt: Bildung des Gemeinsamen Ausschusses

Noch am 31. März 1950 fand die erste Zusammenkunft der vier Vertreter des Ministerausschusses mit Vertretern des Ständigen Ausschusses statt, der seinerseits Henri Spaak als Präsidenten der Konsultativversammlung, den Vizepräsidenten Stefano Jacini (Italien), Georges Drossos (Griechenland) Guy Mollet (Frankreich) und Sir David Maxwell-Fyfe (Großbritannien) mit der Führung der Verhandlungen beauftragt hatte. Nach einer kurzen Aussprache wurde ein weiteres Treffen für den 18. und 19. Mai in London anberaumt, wo zu diesem Zeitpunkt Besprechungen der Atlantikpakt-mächte stattfinden sollten⁸.

Dort traten zunächst die Vertreter des Ständigen Ausschusses in einem Sitzungszimmer des britischen Oberhauses, die Vertreter des Ministerausschusses im britischen Außenministerium zu getrennten Vorbesprechungen zusammen. In einer gemeinsamen Sitzung am 18. Mai 1950 einigte man sich dann rasch auf einen Kompromißvorschlag, der, wenn auch noch weit entfernt von einer Verwirklichung der Vorschläge Mollets, doch eine echte Stärkung der Aktionsfähigkeit beider Organe darstellt:

Dem Ministerausschuß und der Versammlung soll die Schaffung eines Gemeinsamen Ausschusses vorgeschlagen werden, der sich aus fünf Vertretern der Minister und sieben Vertretern der Versammlung einschließlich ihres Präsidenten zusammensetzen soll. Dieser soll den Vorsitz führen.

Der Gemeinsame Ausschuß soll:

a) Die Beziehungen zwischen dem Ministerausschuß und der Konsultativversammlung verbessern und ihre Arbeiten durch regelmäßige Besprechung gemeinsamer Probleme koordinieren;

b) die Aufmerksamkeit des Ministerausschusses und der Konsultativversammlung auf jene Fragen lenken, die für den Europarat von besonderer Bedeutung sind;

c) nach Prüfung der eingegangenen Berichte Vorschläge für den Entwurf der Tagesordnung der Sitzung des Ministerausschusses und der beratenden Versammlung machen, ohne jedoch deren jeweilige Rechte zu beeinträchtigen;

8) Vergl. Europa-Archiv, 11/1950, S. 3092—3094.

d) die Mittel prüfen und einführen, die den Empfehlungen des Ministerausschusses und der Konsultativversammlung praktische Wirkung verleihen können.

Man ist sich darüber einig, daß der Gemeinsame Ausschuß seine Entscheidungen nicht durch Abstimmung fällen soll. Er wird so oft zusammentreten, als dies für notwendig gehalten wird. Die Vertreter beider Organe des Europa-

rates, die an dieser ersten Zusammenkunft teilgenommen haben, werden bis zur nächsten Sitzungsperiode der Versammlung als Gemeinsamer Ausschuß tätig sein.

Das folgende Schema zeigt das Verhältnis dieser Kompromißlösung, die vom Ministerausschuß am 3. Juni 1950 in seiner vierten Sitzung angenommen wurde, zu den ursprünglichen Vorschlägen Mollets.

	Vorschlag des Allgemeinen (Politischen) Ausschusses: Rapporteur Guy Mollet, Straßburg, 23. März 1950	Vorschlag Bevins im Ministerausschuß, Straß- burg, 30. März 1950	Kompromißvorschlag, angenommen von Ver- tretern des Ministeraus- schusses und der Kon- sultativversammlung in London 18. Mai 1950
Name des neuen Organs	Exekutivausschuß	Gemeinsamer Konsul- tativausschuß	Gemeinsamer Ausschuß
Zusammensetzung	7 Minister für euro- päische Angelegenheiten, 7 Vertreter der Ver- sammlung	7 Außenminister 7 Vertreter der Ver- sammlung	5 Außenminister 7 Vertreter der Ver- sammlung
Vorsitzender	nicht festgelegt	Präsident d. Versammlg.	Präsident d. Versammlg.
Aufgaben des neuen Organs	a) Koordinierung b) Planung c) Exekutive	a) Verbindung zw. Mi- nisterausschuß u. Ver- sammlung b) Diskussion besonderer Schwierigkeiten	a) Verbesserung d. Be- ziehungen zw. Mini- sterausschuß u. Ver- sammlung, Koordi- nierung, ihrer Arbeit b) Min. Ausschuß u. Ver- Versammlung auf be- sondere Fragen auf- merksam zu machen c) Vorschläge für den Entwurf der Tages- ordnung des Min. Aus- schusses und der Ver- sammlung zu machen d) die Mittel zu prüfen und einzuführen die den Empfehlungen des Min. Ausschusses u. d. Versammlg. praktische Wirksamkeit verleihen können
Häufigkeit der Sitzungen	monatlich	so oft es der Min. Aus- schuß, die Stellvertr. d. Minister oder der Prä- sident der Versammlung für notwendig halten	so oft es der Präsident d. Versammlung für not- wendig hält
Art der Entscheidung	durch Abstimmung	nicht durch Abstimmung	nicht durch Abstimmung Beslußfähigkeit erst bei Anwesenheit von mindest. 3 Ministern und 5 Vertretern der Ver- sammlung

Das politische Programm für die zweite Sitzungsperiode

Die Vorschläge des politischen Ausschusses

Bei der Bildung der Ausschüsse in der ersten Sitzungsperiode hielt man es noch nicht für zweckmäßig, den Ausdruck „Politischer Ausschuß“ zu gebrauchen, sondern sprach lieber von dem „Allgemeinen Ausschuß“, der allerdings alle Funktionen eines politischen Ausschusses hatte. So sehr mußte man vor Jahresfrist noch bemüht sein, den Eindruck einer allzu starken politischen Aktivität der Konsultativversammlung zu vermeiden. Heute werden zwar beide Namen noch nebeneinander verwendet, jedoch wird die Bezeichnung „Politischer Ausschuß“ mit immer weniger Scheu gebraucht. Eine andere „Sprachregelung“ wäre freilich auch kaum mehr sinnvoll, nachdem dieser Ausschuß unter der Federführung seines Rapporteurs Guy Mollet das politische Aktionsprogramm der Versammlung für die zweite Sitzungsperiode vorbereitet und bekannt gegeben hat.

Während für die Tagungen der ersten Sitzungsperiode noch keinerlei Berichte und Resolutionsentwürfe vorbereitet waren, liegen diesmal vom politischen Ausschuß vorbereitete Empfehlungen vor, deren Annahme die europäische Zusammenarbeit und die Organisation des Europarates ein wesentliches Stück vorwärts bringen würde.

Die Grundgedanken dieser Resolutionen waren bereits in dem Vorbericht Mollets enthalten, den dieser dem politischen Ausschuß im März 1950 vorgelegt hat. Der Ausschuß befragte anschließend an diesen Vorbericht eine Reihe von Verwaltungs- und Wirtschaftsexperten über die darin angeschnittenen Fragen, so insbesondere den Generalsekretär des Ständigen Ausschusses des Brüsseler Fünf-Mächte-Paktes, Star Bussmann, und Delegationen der Internationalen Föderation landwirtschaftlicher Produzenten, der Internationalen Föderation Christlicher Gewerkschaften und der Internationalen Handelskammer. Nach weiteren Beratungen des Ausschusses entstand dann ein politisches Aktionsprogramm, dessen einzelne Punkte nach der vierten Sitzung des politischen Ausschusses am 26. Juni 1950 bekannt gegeben wurden. Sie lassen sich wie folgt zusammenfassen:

1. Erneute Betonung der Grundprinzipien der europäischen Zusammenarbeit:

- a) Das Hauptziel der Einigung Europas ist die Erhaltung des Friedens.

- b) Die Durchführung der Einigung soll die bestehenden Verbindungen zwischen Mitgliedstaaten des Europarates und überseeischen Gebieten und Ländern nicht beeinträchtigen.
- c) Ziel des Europarates ist die Schaffung einer europäischen Autorität mit begrenzten Funktionen aber echten Vollmachten.

2. Allgemeine Entschlüsse:

A. Verstärkung der Zusammenarbeit zwischen den Regierungen:

- a) Umgruppierung der europäischen internationalen Organisationen durch Schaffung eines gemeinsamen Ministerrates für den Europarat in Straßburg und den europäischen Wirtschaftsrat (OEEC) in Paris und Eingliederung der sozialen und kulturellen Organisationen, die im Rahmen des Brüsseler Fünf-Mächte-Paktes geschaffen worden sind, in den Europarat.
- b) Verstärkung der Zusammenarbeit mit den Vereinigten Staaten und Kanada durch Schaffung einer organischen Verbindung zu diesen Ländern.
- c) Aktionen im Rahmen anderer internationaler Organisationen: Vorbereitende Konferenzen mit dem Ziel der vorherigen Konsultation bei Fragen, die in den Aufgabenbereich des Europarates fallen und in das Arbeitsprogramm von internationalen Organisationen aufgenommen wurden, deren Tätigkeit über die Grenzen Europas hinausreicht.
- d) Abschluß und Koordinierung regionaler Teilabkommen: Vorlage von „Teilabkommen“ zwischen bestimmten demokratischen europäischen Ländern, wenn diese für die Einigung Europas von Wichtigkeit sind, bei den einschlägigen europäischen Institutionen.
- e) Die Durchführung dieser Maßnahmen soll dem Gemeinsamen Ausschuß übertragen werden.

B. Errichtung einer europäischen parlamentarischen Kontrollinstanz.

- a) Klärung der Beziehungen der Versammlung zu europäischen zwischenstaatlichen Organisationen: Dem Ministerratsausschuß wird empfohlen, der Versammlung bei jeder Sitzungsperiode einen Bericht darüber vorzulegen, welche Schritte zur Verstärkung der Zusammenarbeit zwischen euro-

- päischen Organisationen oder bestehenden regionalen Vereinbarungen ergriffen wurden und
- b) die Versammlung um ihre Meinung über die Tätigkeit anderer internationaler Organisationen zu befragen, soweit deren Arbeiten in den Rahmen der Tätigkeiten der Versammlung fallen.
- C. *Aktionen im Hinblick auf die Meinungsbildung der Parlamente und der Öffentlichkeit;*
- a) Verbesserung der Verbindungen zwischen der Versammlung und den nationalen Parlamenten: Schaffung von Informationsmöglichkeiten, durch welche sich die nationalen Parlamente regelmäßig über die Tätigkeit des Europarates informieren können.
- b) Aktionen zur Aufklärung der europäischen Öffentlichkeit: Ausarbeitung praktischer Maßnahmen, um die Realität der europäischen Einheit stärker in das Bewußtsein der Öffentlichkeit zu bringen. Entwicklung entsprechender Informationsmittel.
3. Entschlüsse zur Stärkung der politischen Funktionen des Europarates:
- A. *Erweiterung des Arbeitsbereiches des Europarates:*
- Die Versammlung soll ermächtigt werden die politischen Aspekte der europäischen Sicherheit im Rahmen der Bestimmungen des Statuts zu erörtern, d. h. so weit es sich nicht um rein militärische Angelegenheiten handelt.
- B. *Gewährung von Beschlußvollmachten an den Ministerausschuß:*
- Artikel 15 des Statuts soll dahingehend abgeändert werden, daß die Entscheidungen des Ministerausschusses die Form von gegenseitigen Vereinbarungen der Mitgliedstaaten gewinnen, die von den Mitgliedstaaten durchgeführt werden müssen.
- C. *Stärkung der Stellung der Konsultativversammlung:*
- a) Festlegung des Verfahrens für die Wahl der Abgeordneten: Die Abgeordneten sollen durch die Parlamente der Mitgliedstaaten oder nach einem Verfahren, das jeweils von diesen festgelegt ist, gewählt werden.
- b) Häufigere Sitzungen: Artikel 34 des Statuts soll in dem bereits in der ersten Sitzungsperiode vorgeschlagenen Sinn abgeändert werden, wonach auch der Präsident der Konsultativversammlung die Initiative zur Einberufung einer außerordentlichen Sitzung ergreifen kann.
- c) Stärkung der Solidarität zwischen der Versammlung und den Parlamenten der Mitgliedstaaten: Der Ministerausschuß soll bei entsprechenden Mehrheitsbeschlüssen seiner Mitglieder die Regierungen der Mitgliedstaaten auffordern, den Parlamenten Empfehlungen oder Entwürfe von Vereinbarungen vorzulegen, wenn die beratende Versammlung dieses Verfahren vorschlägt, damit diese Vorschläge in öffentlicher Debatte geprüft und nach Möglichkeit angenommen werden.
- d) Recht der Versammlung auf zweite Lesung ihrer Empfehlungen: In allen Fällen, wo Empfehlungen der Konsultativversammlung nicht restlos annehmbar erscheinen, soll der Ministerausschuß sie wieder dem entsprechenden Ausschuß der Versammlung zuleiten.
- e) Erweiterung der Rechte der Abgeordneten: Sie sollen das Recht erhalten, dem Ministerausschuß schriftlich Fragen vorzulegen. Dies soll auch für die Zeit zwischen den Sitzungsperioden gelten.
- D. *Schaffung von „Verbindungsabteilungen“ in den Ministerien der Mitgliedstaaten:*
- a) Jeder Mitgliedstaat soll in jedem der in Frage kommenden Ministerien einem leitenden Beamten die Verantwortung für die Vorbereitungsarbeiten übertragen, die in den Kompetenzbereich des betreffenden Ministeriums fallen.
- b) Zwischen diesen leitenden Beamten sollen regelmäßige Besprechungen im Rahmen des Europarates stattfinden, um die gemeinsam interessierenden Probleme zu studieren.

Europarat und „Atlantische Gemeinschaft“

Der Europarat im Paktsystem des Westens

Die lange und zum Teil erbitterte Auseinandersetzung, die dem Beitritt der deutschen Bundesrepublik zum Europarat voranging und über die wir noch im einzelnen berichten wollen, wurde nach außen hin vor allem von der

Saarfrage beherrscht. Das Hauptproblem, das nicht nur in der Sozialdemokratischen Partei, sondern bis in die Reihen der Regierungsparteien zu ernststen Überlegungen und Besorgnissen Anlaß gab, war jedoch das Verhältnis des Europarates zum Atlantikpakt. Hier liegt tat-

sächlich die eigentliche Existenzfrage der Straßburger Organisation.

Betrachtet man den Europarat in dem weiteren Rahmen der weltpolitischen Auseinandersetzung zwischen West und Ost, so muß sich die Frage aufdrängen, ob er nicht im Grunde nur eine Übergangsform zu dem militärischen Bündnisystem des Atlantikpaktes ist. Am schärfsten drückte dies der Führer der Sozialdemokratischen Partei, Dr. *Schumacher*, aus, der in der Bundestagsdebatte vom 13. Juni 1950 über den Beitritt Deutschlands zu dem Europarat Bundeskanzler *Adenauer* zurief:

„Die Einbeziehung Deutschlands bedeutet, daß Deutschland auf dem Weg über den Europäischen Rat ein Bestandteil dieses Systems des Atlantikpaktes wird. Die deutsche Aufgabe ist jedoch eine Aufgabe des politischen Kampfes, aber nicht die eines sinnlosen militärischen Kampfes mit Deutschland als einer nicht zu verteidigenden Vorfeldposition. Darum, bedeutet Ihr Eintritt in den Europarat, daß Sie bereits den einzigen Trumpf aus der Hand geben, mit dem Sie mitstechen können, damit nicht die anderen darüber entscheiden, wann, wie und unter welchen Umständen Deutschland gezwungen sein wird wieder aufzurüsten. Hier, bei der Abstimmung über Straßburg, entscheiden Sie über das Recht der Selbstbestimmung in dieser Frage.“

Bundeskanzler *Adenauer* hatte dagegen in der Erklärung, mit der er den Gesetzentwurf über den Beitritt der Bundesrepublik zum Europarat einbrachte, knapp aber nachdrücklich festgestellt, daß Europarat und Atlantikpakt sowohl was die Zielsetzung als auch was den Kreis der Mitglieder angeht, voneinander verschieden sind. Er ging dabei allerdings nicht auf Einzelheiten ein.

Der Atlantikpakt vom 20. April 1949⁹ verpflichtet in seinem entscheidenden Artikel 5 die Vertragspartner, bei jedem gegen einen oder mehrere von ihnen gerichteten bewaffneten Angriff in Europa oder Nordamerika alle Maßnahmen zu ergreifen, um die Sicherheit des nordatlantischen Gebietes wiederherzustellen und aufrecht zu erhalten. Die Präambel des Paktes betont ausdrücklich die Entschlossenheit zu gemeinsamen Verteidigungsmaßnahmen. Der Londoner Zehnmächtepakt, in dem wenige Wochen später, am 5. Mai 1949, die Statuten des Europarates festgelegt wurden¹⁰, stellt demgegenüber in Artikel 1 ausdrücklich fest: „Angelegenheiten der nationalen Verteidigung gehören nicht zur Zuständigkeit des Europarates“, dieser bezweckt vielmehr „einen stärkeren Zusam-

menschuß seiner Mitglieder zum Schutz und zur Förderung der Ideale und Prinzipien, die ihr gemeinsames Erbe sind, und zum Besten ihres wirtschaftlichen und sozialen Fortschritts“.

Neben dieser formellen Unterscheidung sprechen aber auch noch strukturelle Gründe gegen die an sich naheliegende Vermutung, der Europarat sei nur der zur Aufnahme Deutschlands bestimmte „Vorhof“ des Atlantikpaktes, dessen Betreten bereits die Vorwegnahme späterer militärischer Verpflichtungen bedeute.

Als der amerikanische Außenminister *Acheson* in seiner stark beachteten Rede vom 22. April 1950 den Begriff der „Totalen Diplomatie“ eingehender erläuterte und die internationalen Organisationen aufzählte, mit denen die Vereinigten Staaten enger zusammenarbeiten müßten, erwähnte er den Europarat neben der Organisation der Vereinten Nationen, der Organisation der Panamerikanischen Staaten, der Marshallplan-Organisation, der im Brüsseler Fünfmächtepakt verankerten „Westlichen Union“ und dem Atlantikpakt¹¹. Schon die Aneinanderreihung dieser nach Art und Zusammensetzung so völlig verschiedenen Organisationen zeigt, daß es sich hier nicht um ein festgefügttes, automatisch wirkendes Verteidigungs- und Sicherheitssystem handelt. Die Vereinigten Staaten sind, ebenso wie Kanada, Mitglied der Panamerikanischen Union und des Atlantikpaktes. Kanada ist gleichzeitig Mitglied des Commonwealth, das in der Aufstellung *Achesons* fehlt, vermutlich weil Großbritannien Mitglied des Atlantikpaktes, des europäischen Wirtschaftsrates und des Europarates ist, während die übrigen Mitglieder des Commonwealth den Vereinten Nationen angehören. Trotz aller dieser Querverbindungen kann jedoch keine Rede davon sein, daß für sämtliche Mitglieder der Panamerikanischen Union oder des Commonwealth automatisch die militärischen Verpflichtungen des Atlantikpaktes gelten. Ebensowenig ist aber der Europarat, der in seiner gegenwärtigen Form etwa als die europäische Parallelorganisation zur Panamerikanischen Union oder zum Commonwealth anzusehen ist, ein bloßes Anhängsel des Atlantikpaktes.

Als der französische Außenminister *Schuman* wenige Tage nach der Rede *Acheson*, am 26. April 1950, das Thema der Zusammenarbeit der demokratischen Staaten in Europa und Nordamerika aufgriff¹², unterstrich er, daß heute

9) Vergl. Text Europa-Archiv, 8/1949, S. 2071—2073.

10) Vergl. Europa-Archiv, 12/1949, S. 2241—2244.

11) Vergl. Europa-Archiv, 13/1950, S. 3150.

12) Vergl. den Text seiner Ausführungen im Europa-Archiv, 13/1950, S. 3151.

niemand daran denkt, den Brüsseler Pakt, den europäischen Wirtschaftsrat (OEEC) oder den Europarat aufzugeben oder diese Organisationen mit dem Atlantikpakt gleichzuschalten oder gar zu verschmelzen. Es geht vielmehr vor allem zunächst darum, die bestehenden Organe auf ihren speziellen Arbeitsgebieten wirksamer zu machen. Die an sich dringend notwendige Koordinierung durch ein gemeinsames, ständiges Exekutivorgan kann nicht durch den Apparat des Atlantikpaktes erfolgen, der ja eine militärische Spezialorganisation¹³ ist. Dafür wäre ein übergeordnetes Organ, nach der Art des von *Bidault* und *Schuman* vorgeschlagenen „Atlantischen Friedensrates“ notwendig, das aber, wie *Bidault* in einer Rede in Lyon¹⁴ ausdrücklich hervorhob, die Autonomie der regionalen Gliederungen nicht aufheben dürfte.

Ein gewisses Vorbild für einen solchen interkontinentalen Zusammenschluß autonomer Gebiete, die selbst wieder zum Teil in Bundesstaaten zusammengefaßt sind, bietet das Commonwealth, das sich in knapp zwei Jahrzehnten aus einer britischen Hegemonialordnung zu einer echten Völkergemeinschaft entwickelt hat. An eine ähnliche Möglichkeit hat wohl auch der politische Ausschuß des Europarates gedacht, als er die „Verstärkung der Zusammenarbeit mit den Vereinigten Staaten und Kanada durch Schaffung einer organischen Verbindung zu diesen Ländern“ in sein Programm aufnahm.

Hier wird freilich höchste staatsmännische Kunst, ständige Wachsamkeit und äußerste Geduld notwendig sein, um zwischen den Illusionen der europäischen Neutralitäts- und Autarkiepolitik und der Notwendigkeit einer präventiven, militärischen Blockbildung einen gangbaren Mittelweg des Friedens zu finden.

Die Frage des Europäischen Bundespaktes

Es ist sehr aufschlußreich, sich hier noch einmal rückblickend die Entwicklung seit dem Dezember 1949 zu vergegenwärtigen. Damals blockierte die Passivität des Ministerausschusses die Durchführung der von der Beratenden Versammlung in großen Zügen vorgeschlagenen Maßnahmen. Der Ständige Ausschuß konzentrierte daraufhin seine Verhandlungen mit dem Ministerausschuß auf den an sich harmlosen Vorschlag der Bildung eines „Gemeinsamen Ausschusses“, dessen Schaffung sich schon aus rein verfahrenstechnischen Gründen empfahl.

Im Politischen Ausschuß wurde gleichzeitig ein Aktionsprogramm entwickelt, dessen Durchführung schon die Umbildung des „Gemeinsa-

men Ausschusses“ in eine echte Exekutive voraussetzt. Der Vorschlag der Bildung einer solchen Exekutive wurde aber zunächst getrennt von den übrigen Programmpunkten eingebracht und vom Ministerausschuß wenigstens teilweise gebilligt. Anschließend daran fand am 26. Juni 1950 die erste Sitzung des „Gemeinsamen Ausschusses“ in Straßburg statt, in der vor allem die Tagesordnung für die zweite Sitzungsperiode vorbereitet wurde. Bei dieser Gelegenheit drängten Spaak und Mollet darauf, die Arbeiten der Versammlung nicht mit zu vielen Einzelproblemen zu belasten, sondern einige Hauptfragen in den Vordergrund zu stellen, für deren eingehende Diskussion man der Versammlung dann auch Zeit und Gelegenheit geben könne. Um eine solche straffe Tagesordnung zu ermöglichen, ersuchten sie den Ministerausschuß in seiner nächsten Sitzung, die unmittelbar vor dem Zusammentritt der Konsultativversammlung stattfinden wird, sich vor allem mit folgenden drei Problemen zu befassen:

1. Die Schaffung von Europaministerien in allen Mitgliedstaaten.
2. Eine Abänderung des Abstimmungsverfahrens im Ministerausschuß, die in Fällen, wo keine Einstimmigkeit vorliegt, wenigstens das Zustandekommen von Teilvereinbarungen ermöglichen soll.
3. Die Möglichkeit, Empfehlungen der Konsultativversammlung den nationalen Parlamenten vorzulegen.

Dabei legte Spaak eindringlich dar, welch großen Fortschritt es bedeuten würde, wenn der Europarat durch ein feststehendes Verfahren mit den nationalen Parlamenten in Verbindung treten und ihnen allen gleichzeitig seine Entschlüsse vorlegen könnte, zu denen sie dann innerhalb einer festgesetzten Frist Stellung nehmen müßten. Dabei könne es sich dann sowohl um prinzipielle Entschlüsse — man kann hier etwa an die Frage des Europäischen Bundespaktes denken — als auch um konkrete Einzelvorschläge handeln.

Werden diese drei Hauptvorschläge vom Ministerausschuß angenommen, so werden sie ganz von selbst die vom Politischen Ausschuß ausgearbeiteten Einzelvorschläge nach sich ziehen. Sind zum Beispiel einmal Europaministerien in den Mitgliedstaaten geschaffen, so ist die Einführung von Europareferenten in den übrigen Ministerien eine schon rein verwaltungstechnisch kaum zu umgehende Konsequenz, aus der sich ohne große Schwierigkei-

13) Vergl. Europa-Archiv, 8/1949, S. 2071—2076 und 11/1950, S. 3092—3094.

14) Vergl. Europa-Archiv, 13/1950, S. 3149.

ten als nächster Schritt die Einrichtung regelmäßiger Besprechungen dieser leitenden Fachbeamten entwickeln kann. Damit gewinnen aber wiederum die im Ministerausschuß vereinten Europaminister einen festeren Rückhalt in der Verwaltung ihrer Länder.

Man kann hier in der schon etwas abgegriffenen Terminologie der vergangenen Jahre von „funktionellem Vorgehen“ (functional approach) sprechen. Aber solche Schlagworte sind eher dazu angetan, die tatsächlichen Vorgänge zu verwirren, weil sie den Eindruck einer starren Systematik geben, wo es sich in Wirklichkeit um ein äußerst bewegliches und unschematisches politisches Vorgehen handelt.

In den Empfehlungen der ersten Sitzungsperiode wurde dem Politischen Ausschuß der Auftrag mitgegeben, „vor dem 30. April 1950 zur Vorlage für die Versammlung ein Europäisches Abkommen zu entwerfen, welches die Leitsätze des Europarates für seine politischen, wirtschaftlichen, kulturellen und sozialen Pläne definiert, welches für alle Mitglieder oder assoziierte Mitglieder bindend sein soll und welches insbesondere, soweit diese in Frage kommen, die Entstehung künftiger Konflikte durch die Bekräftigung ihres gemeinschaftlichen Willens, den Krieg für ungesetzlich zu erklären, vermeiden wird“.

Dieses Projekt wurde jedoch schon im Anfangsstadium der Verhandlungen des Politischen Ausschusses zurückgestellt. Auf den sehr viel weitergehenden Vorschlag der Union Europäischer Föderalisten, unverzüglich einen Europäischen Bundespakt (Pacte Fédéral)¹⁵ auszuarbeiten, ist die Politische Kommission nicht eingegangen. Dadurch fehlt dem politischen Programm der zweiten Sitzungsperiode der Schwung und die Anziehungskraft einer großen, tragenden Idee; es ist evolutionär, ja konservativ in der Wahl der Mittel, nüchtern und präzise im Abstecken der Ziele, die vornehmlich im organisatorischen und verwaltungstechnischen Bereich liegen.

Das Problem der europäischen Einigung ist aus der hoffnungsvollen Frühlingsstimmung des Haager Kongresses vom Mai 1948 in das nüchterne Licht des heißen, arbeitsreichen Straßburger Sommers gerückt. Das Endziel der Schaffung eines europäischen Bundesstaates hat sich dadurch nicht verändert, aber die Zeit drängt, und es ist wenig Neigung vorhanden, sie zur Ausarbeitung eines umfassenden Paktes zu verwenden, solange die brennendsten praktischen Probleme noch ungeklärt sind und die aufs äußerste angespannte

internationale Situation alle Welt in Atem hält. Dabei ist wohl auch der Gedanke mitbestimmend, daß die Völker Europas nach den ernüchternden politischen Erfahrungen zweier Weltkriege, nur mehr durch handgreifliche Fortschritte in der Sicherung und Verbesserung der Lebensverhältnisse wirklich beeindruckt werden können. Der Abschluß eines neuen feierlichen Paktes wird auf diese illusionslose Skepsis, die gerade auch die Haltung der jungen Generation bestimmt, weit weniger Eindruck machen als der kleinste praktische Fortschritt in der Beseitigung der politischen Zersplitterung Europas.

Der Plan des Europäischen Bundespaktes hat dadurch, auf längere Sicht gesehen, nichts von seiner Bedeutung verloren. Der Europarat ist aus der freien Initiative der Europäischen Bewegung entstanden. Nun muß er als selbständige Institution die Durchführbarkeit der ihm gestellten Aufgaben durch konkrete Erfolge beweisen. Diese Phase der Verwirklichung mit ihren vorwiegend technischen Problemen bringt aber die Gefahr mit sich, daß das Gesamtziel von den vielen Einzelproblemen verdeckt wird; Enttäuschung über die geringen sichtbaren Fortschritte ist in diesem Stadium unvermeidbar.

Hier wollen nun die Verbände, die den Pacte Fédéral propagieren, eingreifen und den Gedanken des Europäischen Bundespaktes in die breiten Massen tragen. Dies erscheint umso wichtiger, als die Europäische Bewegung in der ersten stürmischen Entwicklungszeit mehr den Charakter einer intellektuellen, teilweise auch einer gesellschaftlichen Elite hatte. Die Mobilisierung der Massen ist also gerade in diesem Abschnitt der politischen Einigung Europas bedeutsam.

Wenn es gelingt, die vorgesehenen Europa-ministerien zu schaffen und eine engere Zusammenarbeit zwischen der Konsultativversammlung und den nationalen Parlamenten herbeizuführen, wird es auch für die Europäische Bewegung leichter werden, im politischen Leben der einzelnen Länder festen Fuß zu fassen. Die große Bereitschaft etwas für die Einigung Europas zu tun, die heute zweifellos in breiten Schichten vorhanden ist, kann dann endlich für konkrete Arbeit im örtlichen Rahmen fruchtbar gemacht werden. Erst wenn der europäische Gedanke nicht nur als „ideologischer Überbau“, sondern als selbstverständlicher Bestandteil der politischen Tagesarbeit Wurzel gefaßt hat, wird ein europäischer Bundespakt als Symbol des Zusammenhalts im politischen Bewußtsein der Völker lebendig werden.

Wilhelm Cornides

15) Vergl. Europa-Archiv, 3/1950, S. 2785—2786.

Bewässerungs- und Energieprojekte im Mittleren Osten

Strombauverwaltungen nach dem Vorbild der Tennessee Valley-Authority

von Feliks Bochenski und William Diamond

Die Talspalte El Bika und das Jordantal

(Fortsetzung)

Leontes

Der Leontes entspringt wie der Orontes auf der Baalbeker Wasserscheide, doch folgt er einem entgegengesetzten, südlichen Kurs durch das El Bika-Tal, wendet sich dann genau nach Westen, um sich nahe der alten phönizischen Stadt Tyrus ins Mittelmeer zu ergießen. Die Quelle des Flusses liegt etwa 3 000 Fuß hoch. Ungefähr 50 Meilen von der Quelle abwärts und die letzten 25 Meilen vor der Mündung hat das Flußbett ein geringes Gefälle. Diese Teile und besonders das obere Becken sind für Bewässerung gut geeignet. Der mittlere Abschnitt hat ziemlich viel Gefälle und ist zur Errichtung eines Kraftwerkes vorgeschlagen worden¹⁹. Die in Mansurah nahe der Quelle gemessene ausströmende Wassermenge des Flusses schwankt zwischen 32 Kubikmetern pro Sekunde im Januar und 3 Kubikmetern im August; noch weniger würde zur Stromerzeugung während der Sommermonate zur Verfügung stehen, wenn einmal für zusätzliche Bewässerungsprojekte gesorgt würde. Diese Schwierigkeit könnte nur durch eine großzügige Aufspeicherung im Winter überwunden werden. Genauere geologische Vermessungen sind erforderlich, um die passendsten Bauplätze für eine oder zwei Talsperren auszuwählen, die so gelegen sein müssen, daß Konflikte mit dem Berieselungssystem stromaufwärts vermieden werden. Man hat errechnet, daß eine auf dieser Wasserkraft aufgebaute Anlage mindestens 50 000 kw erzeugen könnte.

Ein mögliches drittes Glied in dem miteinander verbundenen Stromnetz des Orontes-

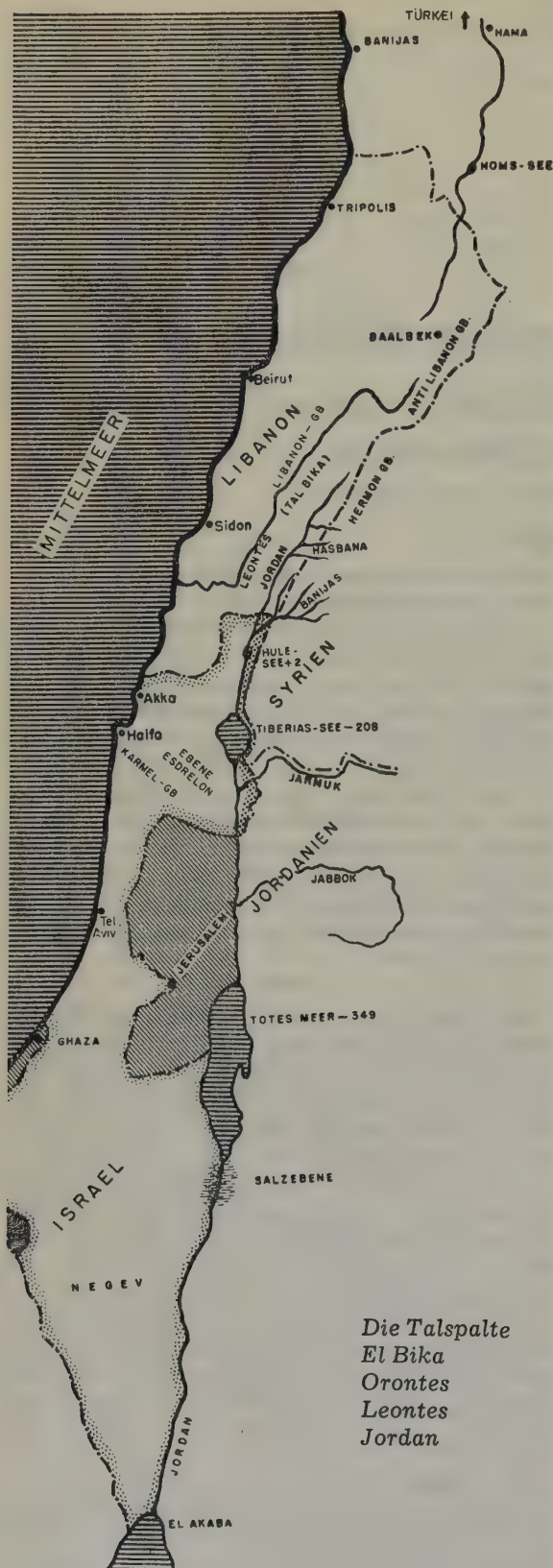
Leontes könnte ein Elektrizitätswerk sein, welches das beträchtliche Gefälle zwischen dem Yammunah-See, einem der Zuflüsse des Leontes, und dem Flusse selbst nutzbar machen würde. Die jährliche Gesamterzeugung der drei Anlagen würde sich dann auf ungefähr 480 Millionen KWH belaufen, was den augenblicklichen Stromverbrauch des Libanon um mehr als das Achtfache übersteigen würde. Diese Pläne sind daher gewöhnlich mit anderen großzügigen Entwicklungen verbunden, die den Stromverbrauch im eigenen Lande wesentlich steigern würden, oder aber mit Ausblick auf eine Stromausfuhr in die Nachbarländer.

Jordan

Die Hauptquellen des Jordan sind die im Frühling anschwellenden Flüsse Leddan, Hasbana, Bania und Barrighit, die an den Abhängen des Hermon im Libanon entspringen und in den Papyrus-Sümpfen des Hule-Sees zusammenfließen, von wo aus sie als der Obere Jordan zum See Tiberias fließen. Innerhalb der neun Meilen zwischen diesen Seen fällt der Jordan um 900 Fuß. Genau unterhalb des Sees Tiberias vereinigt sich der Jarmuk-Fluß, der in Syrien entspringt und für eine Strecke die Grenze zwischen Syrien und Jordanien bildet, mit dem Jordan. In seinem sanft abfallenden, doch meandrischen 65 Meilen langen Lauf zum Toten Meer, das fast 1300 Fuß unter dem Meeresspiegel liegt, durchmißt der Jordan 200 Meilen.

Die Entwicklung der Wasserversorgung aus dem Jordan wird zur Zeit durch die Konzession der Elektrizitäts-Gesellschaft Palästinas beherrscht, die das Recht hat, den Wasserver-

19) Vergl. I. Abd-El-Al, *Le Litani, Etude Hydrologique*. Beirut; 1948.



Die Talspalte
El Bika
Orontes
Leontes
Jordan

brauch für irgendeinen anderen Zweck zu verbieten, welches sie jedoch mit Vorsicht ausübt²⁰. Am Zusammenfluß des Jordan und des Jarmuk werden die Wasser durch einen Damm gestaut und dann ungefähr 80 Fuß tief fallen gelassen, um elektrischen Strom zu erzeugen, der etwa neun Zehntel des Gesamtverbrauchs von Palästina ausmacht. In der Bergschlucht unterhalb dieses Dammes macht die Tiefe des Flußwasserspiegels, der weit unter der Talsohle liegt, eine Berieselung unwirtschaftlich. Südlich, zum Toten Meere hin, beschränkt sich der Gebrauch von Jordanwasser auf ein paar private Pumpen, von denen die meisten wegen der hohen Talsohle sehr kostspielig arbeiten²¹.

Das anspruchsvollste der vielseitigen Projekte zur Nutzung des Jordanwassers ist jenes, das gewöhnlich mit W. C. Lowdermilk in Verbindung gebracht wird, der zwar nicht sein Urheber ist, der aber Einzelheiten zum Plan beigetragen und ihm auch den Namen gegeben hat (Jordan-Tal-Behörde). Der Plan zielt hauptsächlich darauf ab, das Wasser des Jordan nahezu auf dem Niveau des Sammelbeckens der Elektrizitäts-Gesellschaft Palästinas unterhalb des Tiberias-Sees in einen Kanal mit hohem Wasserspiegel, oder zwei Kanäle — einen auf jeder Seite des Tals — umzuleiten, um Wasser zu liefern, das durch seine eigene Schwere auf das zu berieselnde Land im Tale und auf dessen Hängen fließt. Da dieser Plan mehr Wasser liefern würde, als im Jordantal benötigt wird, könnte ein Teil des Flusses schon eher abgeleitet werden, und zwar oberhalb des Hulesees, um die Bewässerung in der Ebene Esdrelon und anderen nahegelegenen Tälern sicherzustellen. Um den Wasserspiegel des Toten Meeres zu halten und die Stromerzeugung auf dem Wege dorthin fortzusetzen und weiterzuentwickeln, würde der jetzige Zufluß des Jordan durch Meerwasser ersetzt werden, das durch Kanäle und Tunnel vom Mittelmeer ins Flußbett geschafft würde, vornehmlich von der Haifa-Bucht her, die nur 25 Meilen entfernt liegt. Mr. Lowdermilk rechnet damit, daß das effektive Gefälle für die Erzeugung von Wasserkraft in einer Anzahl von Kraftwerken im Tale eine Mindestleistung von 76 000 — 110 000 kw ergeben wird. Verbunden mit diesen Plänen für Bewässerung und Stromerzeugung sind Pläne zur Wasserkonservierung, Flutkontrolle, Trok-

20) Diese Konzession erstreckt sich nicht auf die Jordanquellen, die meist von außerhalb Palästinas kommen; Syrien z. B. hat schon ein kleines Kraftwerk am Jarmuk.

21) Siehe Worthington, a. a. O., S. 53 und Walter Clay Lowdermilk, *Palestine, Land of Promise*, New York and London; 1944, Kap. III.

kenlegung, Weidekontrolle und Wiederaufforstung²².

Obwohl viel Mühe auf die verschiedenen Entwürfe der Jordan-Tal-Behörde verwandt worden ist, bleibt doch noch viel zu tun. Der ganze Plan ist bereits Gegenstand eines umfangreichen Schrifttums, von dem vieles wegen der zahlreichen widerstreitenden Interessen der Beteiligten polemisch ist. Abgesehen von den naturbedingten Problemen und kleineren Hindernissen, wie der Notwendigkeit der Einigung mit den augenblicklichen Inhabern der Konzession, stehen diesem in die Augen fallenden Plan zwei Hauptschwierigkeiten entgegen. Die Investierungskosten würden sehr hoch sein, nicht nur weil das Meerwasser durch Tunnel geleitet werden müßte, die in porösen Felsen einzuhausen wären, sondern auch wegen der zahlreichen Wadis, die die seitlichen Bewässerungskanäle an den Hängen des Tales überqueren müßten. Der wirtschaftliche Nutzen des Gesamtplanes muß erst noch bewiesen werden. Wichtiger vielleicht ist die durch den Menschen hervorgerufene Schwierigkeit, die Tatsache nämlich, daß der Jordan vornehmlich ein internationaler Fluß ist. Seine Quellen sind im Libanon und in Syrien. Bis vor kurzem

bildete der Fluß selbst die Grenze zwischen Palästina und Jordanien; er fließt jetzt zum Teil durch Länder, die von Jordanien kontrolliert werden, und teils durch Israel. Eine Investierung so stattlichen Ausmaßes kann nur unter der vollen Mitarbeit der Bewohner und Regierungen des gesamten umliegenden Gebietes unternommen und wirksam durchgeführt werden, und vielleicht auch erst, nachdem wenigstens eine wirtschaftliche Einigung dieser Gebiete durchgeführt worden ist.

Andere Pläne

Abgesehen von den sich auf diese drei Flüsse beziehenden Plänen gibt es eine große Anzahl mehr oder weniger klar umrissener kleinerer Projekte. Die wichtigeren davon sind: Stromerzeugung am Ibrahim, Barid, und anderen kleinen Flüssen am westlichen Abhang des Libanon; eine Ableitung eines Teils des Jarmuk in einen nach Süden gehenden Kanal, der Teile des Königreichs Jordanien bewässern soll (ein Plan, der möglicherweise mit dem Jordanplan kollidiert); die Trockenlegung und anschließende Bewässerung der Hulah-Sümpfe in Nordpalästina; die Berieselung des Negev mit Wasser, das aus Quellen und aus dem Awja-Flusse abgeleitet wird, der bei Tel Aviv ins Meer fließt.

Die Türkei

Die Küstengürtel der Türkei, insbesondere der Küstenstreifen des Schwarzen Meeres, und ihre östlichen Hochlande haben ausreichende Niederschläge. Doch das ausgedehnte Zentralplateau, das von den Meeren durch hohe Gebirgsketten abgeschnitten ist, erhält weniger als 500 mm Regenfälle im Jahr; der größere Teil weniger als 380 mm; ein Teil im salzigen Herzen des Plateaus sogar weniger als 200 mm. Es ist typisch für Zentral-Anatolien, daß bebautes Land aus unzusammenhängenden Kreisen besteht, deren Mittelpunkte Brunnen sind und deren Halbmesser die Entfernungen sind, die ein Ochse in einem Arbeitstage zurücklegen kann. Sogar die Küsten im Westen und Süden haben die lange Trockenzeit, die für das Mittelmeerklima typisch ist. Daher ist es wichtig, — wenn auch der Hauptteil der Türkei keinen kritischen Wassermangel hat — Mittel und Wege zur Aufspeicherung und vollen Nutzung der verfügbaren Wasservorräte zu finden, um eine ausgedehntere Bebauung, häufigere Ernten, bessere Erträge und eine bessere Versorgung für Mensch und Tier zu ermöglichen.

Es gibt in der Türkei ausgezeichnete wasserwirtschaftliche Möglichkeiten. Es besteht Grund

zu der Annahme, daß das Land reiche Grundwasser-Hilfsquellen besitzt, doch müssen diese erst systematisch erforscht werden. Die schon augenfälligen Wasserquellen sind die Flüsse, von denen eigentlich alle entweder im Zentralplateau oder auf den Wetterseiten seiner Gebirgsschranken entspringen und zum Schwarzen, Ägäischen oder Mittelländischen Meer hinabfließen. Viele der türkischen Flüsse führen ständig Wasser, doch selbst diejenigen, die im Sommer zusammenschrumpfen oder austrocknen, führen (in gewissen Jahreszeiten) eine so große Menge mit sich, daß Aufspeicherung und landwirtschaftliche Nutzung möglich ist. So groß ist die von einigen dieser Flüsse mitgeführte Wassermenge, daß die Regulierung eher noch als die bessere Nutzung das Hauptproblem ist, das sie der Türkei stellen; denn in ihrem schnellen Abfall von den Bergen zum Meere überfluten sie regelmäßig und verwüsten häufig Teile des reichsten Ackerbaulandes der Türkei und machen so immer wieder Trockenlegungen notwendig. In vielen Fällen macht das steile Gefälle von den Hochländern herab die Stromerzeugung zu einer ausgesprochenen Entwicklungsmöglichkeit. In einem nach Strom hungernden Lande ist diese Aussicht sehr verheißungsvoll. Obwohl nur wenige Gegenden der

22) Lowdermilk, a. a. O., Kap. XI.

Türkei schnellen Absatz für Starkstrom haben, gibt es neben den Gebieten von Istanbul, Izmit, Ankara, Izmir und Adana eine große Anzahl von kleineren Bevölkerungs- und Industriezentren, die jeden evtl. verfügbaren Starkstrom gebrauchen könnten; und alle könnten die Wasserkraft mit Gewinn gebrauchen anstelle des augenblicklichen kostspieligen und oft unzureichenden thermoelektrischen Stromes.

Die dringende Notwendigkeit von Überschwemmungsschutz, Flutkontrolle, Starkstrom und zusätzlicher Bewässerung führte in den letzten 20 Jahren zu einer Überfülle von technischen Studien und Plänen. Viele dieser Projekte sind im Bau begriffen, ein paar bereits vollendet. Alle Anzeichen sind vorhanden, daß die türkische Regierung ihre Pläne weiterführen will. Wenige dieser Projekte sind jedoch richtig angelegt worden, und ihre wirtschaftlichen und landwirtschaftlichen Folgen sind noch nicht voll eingeschätzt worden. Außerdem fehlt es an Zusammenarbeit. Manchmal werden Projekte in Angriff genommen ohne Berücksichtigung des Gesamt-Potentials oder der Bedürfnisse des Gebietes; in einigen Fällen kann das schon im Bau befindliche Werk sehr wohl mit umfassenden Planungen für ein Gesamt-Stromgebiet unvereinbar sein. Nur in einem Falle ist eine Projektvermessung für ein ganzes Stromgebiet gemacht worden; eine zweite ist jedoch geplant. Wiederaufforstung und andere Arten der Erosionsbekämpfung, die Überschwemmungen ursächlich beschränken oder verhindern würden, scheinen im allgemeinen nicht in den Stromregulierungsplänen enthalten zu sein. In der Türkei sind eigentlich kaum jemals wirksame Maßnahmen getroffen worden, um die Erosion zu bekämpfen. So hat es den Anschein, daß man soeben erst anfängt, den tieferen Sinn der Durchführung von Anlagen für ein ganzes Stromgebiet zu würdigen, obwohl die TVA-Idee in der Türkei populär ist.

Es folgen kurze Angaben über Möglichkeiten einiger Flüsse, die, abgesehen von den erforderlichen Maßnahmen gegen die Überschwemmungen, weitgehenden Nutzen aus einer systematischen und rationellen Verwertung versprechen²³. Man muß beachten, daß alle diese Ströme außer dem östlichsten (dem Euphrat) nur durch türkisches Gebiet fließen und daß dadurch eigentlich eins der Hindernisse bei Wasserkraftanlagen im Mittleren Osten wegfällt.

23) Für eine kurze Erklärung der Pläne der Regierung siehe N. Taner, *Grands Travaux d'Hydraulique en Turquie*, Travaux: Organe de la Technique Française des Travaux Publics et

Çukurova

Der Seyhan-Tal-Plan ist das am weitesten fortgeschrittene aller türkischen Wasserkraft-Projekte. Der Seyhan ist einer von drei Flüssen (zusammen mit dem Berdan und dem Ceyhan), die vom Taurus-Gebirge südwärts durch die reiche, alluviale Çukurova fließen, eins der reichsten Ackerbaugebiete der Türkei, welches ein umgekehrtes Dreieck bildet, das in die nordöstliche Ecke des Mittelmeeres zeigt. Wenn auch alle drei Flüsse oft überfluten, so ruft doch der Seyhan die ernstesten und folgeschwersten Überschwemmungen hervor, indem er jährlich große Flächen landwirtschaftlichen Nutzbodens auf beiden Flußufern verwüstet und viele Menschenleben fordert. Die Verhinderung von Überschwemmungen allein ist schon ein ausreichender Grund für ein Unternehmen zur Regulierung des Seyhan. Doch kann darüber hinaus beträchtlicher Nutzen aus der Bewässerung der Ebenen zu beiden Seiten des Flusses gezogen werden. Es gibt schon am Seyhan ein Wehr, sechs Kilometer oberhalb von Adana, und zwei Hauptbewässerungskanäle; aber das kleine System zweit- und drittrangiger Kanäle, das bisher erbaut ist, bedient nur einen Teil des rechten Ufers und liefert Wasser nur für die Berieselung von 17 000 Hektar. Wenn die Möglichkeit zur Aufspeicherung bestünde, könnte man ein Gesamtgebiet von 156 000 Hektar, d. h. praktisch die ganze Adana-Ebene, bewässern.

Obwohl die Landwirtschaft in der Çukurova von erstrangiger Bedeutung ist, bietet diese Gegend auch Möglichkeiten für die Ausdehnung und Entwicklung kleiner Industrien, insbesondere zur Textil- und Nahrungsmittelproduktion. Es ist vor allem der Strommangel, der das Anwachsen der Industrie hemmt. Das ganze Gebiet leidet jetzt unter einer akuten Knappheit an Strom, der eigentlich nur von kleinen Thermalanlagen erzeugt wird, die alle Arten von Brennstoff verwenden. Die große Wassermenge, die am Seyhan zur Verfügung steht, könnte genutzt werden, nicht nur um den laufenden, sondern auch um den in kommenden Jahren zu erwartenden Bedarf zu decken.

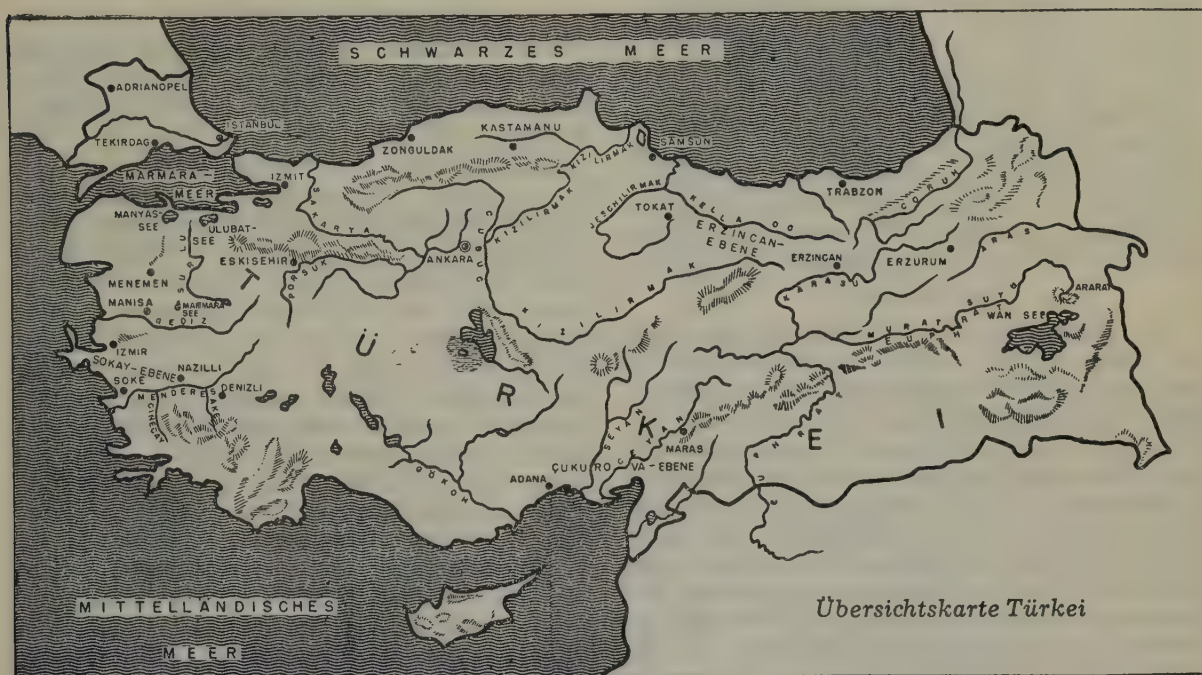
Um den Bedürfnissen der Çukurova gerecht zu werden, wurde der Plan zu einem Mehrzweck-Damm entworfen, der an einer Krümmung des Seyhan etwa 8 km oberhalb Adana erbaut werden soll. Die Pläne fordern einen Damm, der hoch genug ist, um den kollidierenden Erfordernissen von Berieselung und Strom-

du Ciment Armé, Dezember 1948. S. 611—618; und Turkish Information Office, *Projected Hydroelectric Development in Turkey*, Turkey Today, No 2. New York; 1949.

erzeugung zu genügen. Er würde ein Sammelbecken schaffen, das alle Wassermassen über 1 000 cbm/sec kontrollieren könnte. Das volle Bewässerungspotential der Gegend würde erreicht werden, und eine angesetzte Kapazität von 67 500 KVA würde eine ungefähre Menge von 210 Millionen KWStunden erstklassigen Stromes im Jahr ergeben.

Keine vergleichbaren Pläne sind bis jetzt für die Flüsse Berdan und Ceyhan rechts und

links der Çukurova ausgearbeitet worden. Am ersteren besorgen schon ein Damm und ein Kanalsystem die Bewässerung für ungefähr 20 000 Hektar Land in der Ebene von Tarsus. Wasserkraftwerke könnten eines Tages an diesem Damm oder oberhalb desselben errichtet werden. Am Ceyhan ist man jetzt beim Bau eines 45 km langen Deiches, um Überschwemmungen zu verhindern.



Übersichtskarte Türkei

Die Täler des Sakarya und des Porsuk

Der Sakarya-Fluß entspringt im Westteil des anatolischen Plateaus und fließt nach Westen und Norden zum Schwarzen Meer, in das er etwa 75 Meilen östlich vom Bosphorus mündet. Sein größter Nebenfluß, der Porsuk, fließt östlich durch zwei bedeutende Städte, Kütahya und Eskisehir, ehe er sich mit dem Sakarya vereinigt. Einer seiner Nebenflüsse fließt an Ankara vorbei. Das Stromgebiet dieses Flußsystems schließt eines der besten Getreideanbaugebiete der Türkei ein. Vielen Zwecken dienende Wasserwirtschaftsanlagen sind im Sakarya-Porsuk-System geplant. Die fast halbwegs zwischen Ankara und Istanbul verlaufenden Flüsse bieten günstige Lagen für strategisch gelegene Wasserkraftwerke, welche die am meisten industrialisierten Gebiete der Türkei versorgen könnten. Diese Stellen sind in der Tat Schlüsselpunkte in einem geplanten elektrischen Netz geworden, welches das ganze nordwestliche Anatolien verbinden und mit Strom

versorgen würde. Trockenlegung, Berieselung und Hochwasserschutz sind nur von untergeordneter Bedeutung gegenüber dem Strompotential des Gebietes.

Die modernste und kunstvollste Talsperre der Türkei ist bereits an diesem Stromsystem erbaut worden, nämlich am Çubuk bei Ankara, dessen Wasserbedarf zum größten Teil von dieser Talsperre gestellt wird. Eine zweite Talsperre ist jetzt bei Eskisehir am Porsuk-Fluß im Bau. Mit einem Sammelbecken von 155 Millionen Kubikmetern Fassungsvermögen wird die Talsperre sowohl die periodischen Überschwemmungen verhindern als auch die Ebene von Eskisehir bewässern. Am Sakarya-Fluß selbst sind bis jetzt nur bescheidene Anstrengungen zur Berieselung und Trockenlegung in seinem Oberlaufgebiet gemacht worden. Zwei größere Projekte sind für diesen Fluß geplant.

Das erste, bei Sariyer, sieht eine Talsperre und ein Kraftwerk von etwa 75 000 KW vor,

das etwa 400 Millionen KWStd. pro Jahr erzeugen würde. Das zweite, bei Caglazik, besteht aus zwei Talsperren, die ein einziges Werk von 36 000 KW bedienen und 120—150 Millionen KWStd. im Jahr erzeugen. Die Pläne der türkischen Regierung fordern den Zusammenschluß dieser Kraftwerke mit anderen, die auf Kohle und Braunkohle basieren, zu einem Netz, das sich über die nordwestliche Türkei hinzieht, um so Strom für die großen Kohlenflöze bei Zonguldak, den Industriebezirk zwischen Istanbul und Izmit und für die Industriezentren von Ankara und Kirikkale zu liefern. Zwei größere Nebenergebnisse werden mit diesen Projekten erwartet. Der Bau der Talsperren würde das untere Sakarya-Tal vor Überschwemmungen schützen, und man hofft, den Fluß auf etwa 60—100 Meilen von der Mündung an gerechnet für kleine Schiffe von 200—500 Tonnen schiffbar machen zu können.

Das Gediz-Tal

Der Gediz-Fluß fließt westwärts ins Ägäische Meer, genau nördlich von Izmir; sein Tal ist das Hauptanbaugebiet für türkische Baumwolle, Tabak, Obst, Nüsse sowie Olivenöl. Bewässerung, Entwässerung, Hochwasserschutz und Wasserkraft spielen alle eine hervorragende Rolle in den Plänen für das Flußgebiet.

Verschiedene Umleitungs-Dämme und -Kanäle sind bereits an diesem Flusse gebaut worden. Talsperren bei Adala am Gediz und bei Cemleka am Kumçay helfen die Überschwemmungen des unteren Gediz regulieren, die die reichen Ebenen von Menemen und Manisa gefährden. Die durch diese Talsperren zurückgehaltenen Gewässer werden in den Marmarasee geleitet, um den man jetzt eine Staumauer baut, um ein Sammelbecken zu schaffen, das 350 Millionen Kubikmeter fassen kann. Ein weiteres Wehr, das ebenfalls durch einen Kanal mit dem See verbunden sein wird, wird am Gediz unmittelbar südlich des Sees gebaut. Flußabwärts ist ein größerer Umleitungsdeich bei Emiralem gebaut worden, zusammen mit einer Reihe von Uferdämmen und einem Berieselungssystem, das die ganze Ebene von Menemen bewässert. Neben der Fertigstellung dieser Bauten ist die im Gediz-Becken geplante Hauptanlage eine neue, große Talsperre bei Adala. Überschwemmungskontrolle bleibt das Hauptziel, doch wird die neue Talsperre auch ein Kraftwerk von 150 Millionen KWStd. jährlich enthalten. Der Strom wird zur Pumpbewässerung in der Nähe von Manisa und für das Industriegebiet bei Izmir verwandt werden.

Die Projekte, die im Gediz-Flußgebiet bisher vollendet und noch geplant sind, wurden ein-

zeln, ohne einen zusammenhängenden Plan in Angriff genommen. Hierin gleicht der Gediz allen anderen Anlagen in der Türkei. Doch bildet der Gediz eine Ausnahme insofern, als er das erste Stromgebiet ist, bei dem man um eine Gesamtplanung bemüht ist. Die amerikanische Firma, die für das Projekt vorgesehen war, begann im Jahre 1949 mit der Arbeit und hofft, ihre Berichte zu Beginn des Jahres 1950 fertigstellen zu können.

Das Menderes-Tal

Wie der Gediz so fließt auch der Menderes vom westlichen Plateau ins Ägäische Meer durch Gebiete, die viele landwirtschaftliche Produkte der Türkei liefern, doch geht sein Lauf auch durch ein wichtiges Industriezentrum: Nazilli. Das ganze Gebiet muß gegen Überschwemmungen geschützt werden. Trockenlegung und Bewässerung würden seinen Wert sehr erhöhen. Sein Wasserkraftpotential könnte mit dem des Gediz in einem einzigen Netz verbunden werden, um so den ägäischen Bezirk zu versorgen. Die für das Flußgebiet ins Auge gefaßten Pläne umfassen nicht nur den Menderes, sondern auch seine Nebenflüsse Kuşçay, Dandalas, Ake und Çineçay.

Man hat in diesem Flußgebiet mit der Entwässerung der Umgegend von İçikli schon einen Anfang gemacht, und um den İçikli-See herum werden jetzt Ufermauern gebaut. Einige Meilen oberhalb Nazilli leitet eine Talsperre das Wasser in zwei Kanälen zu beiden Seiten des Flusses ab, um die Ebene von Nazilli zu bewässern; weitere kleine Anlagen wurden flußaufwärts gebaut, um die Ebene von Denizli zu bewässern; und schützende Ufermauern sind quer durch die Ebene von Sokay im Bau, wo der Fluß ins Meer mündet.

Die Türkische Regierung plant den Schutz und die Bewässerung des gesamten Flußgebietes, doch stellen die schon vollendeten Teile des Werkes nur isolierte und zerstreut liegende Projekte dar. Die Regierung hat kürzlich ihre Absicht kundgetan, das ganze Gebiet für eine einzige umfassende Anlage zu vermessen; eine vorläufige Vermessung zu diesem Zwecke hat bereits stattgefunden.

Weitere Pläne

Mindestens vier weitere Flußgebiete waren Gegenstand von Erörterungen bei der türkischen Regierung. Obwohl kein einziges davon systematisch und wissenschaftlich durchgearbeitet wurde, sind doch einzelne Projekte in Angriff genommen und in einigen Fällen auch bereits vollendet worden, um später Teile umfassenderer Planungen zu werden.

Das Susurlu-Entwässerungsgebiet, direkt südlich des Marmarameeres, umfaßt die Gewässer des Manyas- und Ulubut-Sees und die Flüsse Susurlu, Nilifur, Kocaçay und Kemalpaşa, sowie deren Nebenflüsse. Entwässerung und Überschwemmungsschutz sind die Hauptbedürfnisse dieses Gebietes, und einiges ist schon geleistet oder doch begonnen worden im Bau von Deichen und Überschwemmungsdämmen längs der Flüsse Susurlu und Kemalpaşa und um den Manyas-See herum. Obgleich dies eines der reichlicher bewässerten Gebiete der Türkei ist, sind schon einige Bewässerungsanlagen im Gange und weitere geplant. Man hofft auch, Strom erzeugen und die Schifffahrt auf dem unteren Susurlu ermöglichen zu können.

Die Flüsse Kizilirmak und Jeschilirmak fließen vom Zentralplateau durch felsige Schluchten quer durch die pontische Schranke ins

Schwarze Meer auf beiden Seiten des wichtigen Hafens Samsun. Große Deltas haben sich an ihrer Mündung gebildet, doch sind sie sumpfig und Überschwemmungen ausgesetzt. Kleinere Trockenlegungen und Bewässerungsanlagen hat man schon begonnen und erheblich mehr sind in Aussicht. Die Möglichkeiten zur Erzeugung von Wasserkraft hält man für bedeutend, doch sind im einzelnen noch keine Pläne entworfen worden.

Der Euphrat und seine Nebenflüsse in Ostanatolien bilden das längste Stromsystem der Türkei. Er entspringt in den höchsten Bergen des Landes und fällt rasch in die Ebenen der südwestlichen Türkei und ins syrische Tiefland ab. Sein Wasserkraftpotential ist ohne Zweifel hoch, doch ist es noch unerforscht. Die einzigen bisher unternommenen Projekte sind Trockenlegungen und Bewässerungsanlagen in der Ebene von Erzincan.

Die Iranische Hochebene

Die Wasserknappheit von Iran ist nicht nur klimatisch, sondern auch tektonisch bedingt. Innerhalb des „V“, welches durch das Elbursgebirge im Norden und durch das Zagros-Gebirge im Westen gebildet wird, liegt die iranische Hochebene, durchschnittlich 4000 Fuß über dem Meeresspiegel. Zunächst zerklüftet, sinkt sie allmählich in große Wüsten ab, die etwa ein Viertel des Landes bedecken. Im Wüstengebiet betragen die jährlichen Niederschläge weniger als 127 mm; im größten Teil der Hochebene übersteigen sie 305 mm nicht und sind auf die Wintermonate beschränkt. Die Küstengebiete des Kaspischen Meeres erhalten jedoch während des ganzen Jahres reichliche Niederschläge, die durchschnittlich etwa 1270 mm betragen, und Westiran hat ziemlich beträchtliche Schnee- und Regenfälle während der Wintermonate. Die letzteren Niederschläge, die durch Wetterfronten aus Süden und Westen verursacht werden, erschöpfen sich gewöhnlich an den großen Gebirgsschranken. So gibt es weiter landeinwärts nicht nur weniger Regen, sondern der größte Teil des Wassers fließt auch von den Bergen in außerhalb gelegene Entwässerungssysteme und kann nur in einem verhältnismäßig kleinen Gebiet genutzt werden, ehe es die Landesgrenzen verläßt oder direkt in das Meer mündet (nicht unähnlich den Verhältnissen an der Ostküste des Mittelmeeres, wo Libanon und Anti-Libanon den größten Teil der Feuchtluftströmung aufhalten, ehe sie Syrien erreicht).

Die Knappheit der Niederschläge im Iran wird auch nicht durch von außerhalb herein-

fließende Gewässer behoben. Nur kleine Mengen Wasser fließen durch Oberflächengewässer aus Afghanistan ein. Auch sind die natürlichen Bedingungen für die Verwertung von Grundwasser nicht sehr günstig. Im größten Teil des Landes, mit Ausnahme seiner südwestlichen Ecke, liegt der Grundwasserspiegel zum Pumpen mit Ochsen aus Brunnen, wie es in Indien oder im Niltal geschieht, zu tief. Infolge der Schwierigkeiten beim Import, beim Einsatz und der Pflege von Maschinen in einem unentwickelten Lande ist die Zahl der Motorpumpen noch sehr klein. Die Findigkeit und Erfahrung der Bauernschaft führte zur Entwicklung des „Kanat“, wodurch im Iran mehr Land bewässert wird als durch irgendeine andere Methode. Ein „Kanat“ besteht aus einem horizontalen Stollen, der in die relativ dicht unter der Oberfläche liegenden wasserführenden Schichten am Fuße der Berge getrieben wird und der das Wasser durch seine Schwerkraft auf den tieferliegenden Boden führt, wo es zum Verbrauch durch Mensch und Tier sowie zur Bewässerung dient. Die Existenz mancher Siedlungs- und Ackerbauzentren im Iran hängt vollständig von solchen „Kanats“ ab. Man hat jedoch ausgerechnet, daß auf diese Weise nur etwa 10 Prozent des Grundwassers herausgeholt werden.

Irans Wasserversorgung könnte durch moderne Wasserwerke wesentlich verbessert werden. Investitionen zu diesem Zwecke sind dringend erforderlich, um den Gesundheitszustand und die Hygiene zu heben und die Landwirtschaft, das wirtschaftliche Rückgrat des Landes,

zu fördern. Zur Aufspeicherung von Oberflächenwasser und für wirksames Anzapfen unterirdischer Quellen sind beträchtliche Kapitalanlagen und ausgedehnte, umfassende Planun-

gen erforderlich. In den vergangenen Jahren hat man, teilweise mit Hilfe ausländischer Techniker, mit solchen Planungen begonnen, die kürzlich zu einem Siebenjahresplan zusammen-

Übersichtskarte Persien (Iran)



gefaßt worden sind²⁴. Der Zweck dieses Siebenjahresplanes ist es, „die Produktion zu steigern und die Ausfuhr zu erhöhen, die lebenswichtigen Güter für das Volk im Lande selbst zu erzeugen, die Landwirtschaft und Industrie

zu verbessern, die mineralischen Hilfsquellen, besonders das Öl, auszubeuten, das Transportwesen zu entwickeln, die Volksgesundheit zu bessern und im allgemeinen alles Notwendige für die Entwicklung des Landes zu tun, den Le-

24) Es ist wahrscheinlich besser, nicht zu viel Nachdruck auf die Zahl der Jahre zu legen, die mit dem Namen des Planes verknüpft sind. Wenn auch der Plan zu Beginn des Jahres 1947 angekündigt und am 15. Februar durch das Iranische

Parlament legalisiert wurde, so wäre es doch nicht verwunderlich, wenn diese großzügige Unternehmung sich über einen längeren Zeitraum ausdehnen würde.

bensstandard des Volkes zu heben, die Volkswohlfahrt zu fördern und die Lebenshaltungskosten zu senken“.²⁵ Von der Gesamtausgabe von 21 Milliarden Rials (650 Millionen Dollar nach dem amtlichen Wechselkurs) sind 25 v. H. für die Landwirtschaft bestimmt. Etwa 8 v. H. der Gesamtsumme (1.850 Milliarden Rials) sollen für Berieselung und Bau von Talsperren verausgabt werden.

Aus den verfügbaren Angaben²⁶ scheint hervorzugehen, daß der durchschnittliche jährliche Gesamtzufluß an Wasser in Iran 450 Milliarden Kubikmeter übersteigt, wovon gegenwärtig etwa drei Viertel durch Verfließen an der Oberfläche und Verdunstung verloren gehen. Um diese Lage zu verbessern, wird es notwendig sein, das ungenützt verfließende Wasser der Flüsse zu verwerten, neue Quellen durch umfassenderes und ausreichenderes Abfangen des Grundwassers zu erschließen, als es jetzt durch die „Kanats“ geschieht, und einen Teil des Wassers „wieder zu verwenden“, besonders in Form von Rücksickerung aus höher gelegenen Berieselungsanlagen in tiefer gelegene Bewässerungsanlagen. Auf diese Weise hofft man, den jährlichen Bedarf zu decken, der auf etwa 500 Milliarden Kubikmeter geschätzt wird. Über 97 Prozent dieser Versorgung würde vom landwirtschaftlichen Bedarf absorbiert werden. Vom Rest würde etwa eine Milliarde Kubikmeter den städtischen und industriellen Bedarf decken, und etwa 8 Milliarden Kubikmeter würden die Schifffahrt auf dem Karun-Fluß aufrechterhalten, der jetzt etwa 24 Milliarden Kubikmeter jährlich „exportiert“. Die hohe Zuteilung von Wasser-Hilfsquellen für die Landwirtschaft wird gerechtfertigt durch deren großes Erzeugungspotential. Nach den besten zur Verfügung stehenden Statistiken sind zusätzlich zu den schon bebauten 11 Millionen Morgen Land und zu den 29 Millionen Morgen Brachland noch weitere 82 Millionen Morgen möglicherweise anbaufähig.

Es folgt eine Zusammenfassung der wichtigsten Möglichkeiten zur Nutzung und Entwicklung der Wasservorräte Irans, wie sie im Siebenjahresplan dargelegt sind.

Karun

Der Karun, Irans wichtigster Fluß, entspringt in den Bergen westlich von Isfahan und schlän-

gelt sich in seinem Unterlaufe südwärts durch die Ebene von Khuzistan. Der Karun fließt seiner ganzen Länge nach in Iran, doch ist er geographisch ein Teil des Euphrat-Tigris-Systems, dessen Mündung (das Shat el-Arab) er teilt. Augenblicklich wird der Karun zur Bewässerung seiner alluvialen, periodisch von Überschwemmungen bedrohten Ebenen nur ungenügend verwertet. Der Bau eines Schutzdammes bei Schushtar, wo der Fluß aus dem Gebirge hervortritt, wurde im Jahre 1944 von einem britischen Ingenieur empfohlen. Mit einem Fassungsvermögen von etwa 4 Milliarden Kubikmetern würde dieses Sammelbecken nicht nur die Überschwemmungsgefahr für die Ebene von Khuzistan herabsetzen, sondern auch durch die Beseitigung der Verstopfung, die im Shat el-Arab durch den unregulierten Ausfluß des Karun hervorgerufen wird, das Überschwemmungsgebiet des Euphrat und Tigris verkleinern. Die Talsperre würde ein Potential von schätzungsweise 30 000 KW haben. Außer diesem Sammelbecken hat man mehrere Bewässerungspläne in Khuzistan in Erwägung gezogen. Es ist auch vorgeschlagen worden, einen Teil des Flusses in das Sumpfgebiet unterhalb Ahwaz abzuleiten, so daß sich der Schlamm ablagern und sein Wasser für neues Reisland verwandt werden könnte²⁷. Die vorgeschlagene Flutverminderung würde die Schiffbarkeit des Flusses nicht beeinträchtigen und würde die Schlamm-Mengen verringern, die im Iraki-Delta abgelagert werden und die zurzeit ständig durch kostspielige Baggararbeiten beseitigt werden müssen.

Sendah Rud

Ein vollständig davon unabhängiges, viel kleineres Projekt, das einige der Quellgewässer des Karun umfaßt, ist schon im Bau. Etwa 45 Meilen westlich Isfahan scheidet ein schmaler Grat zwei Staubecken; westlich des Grats ist eins der Quellgewässer des Karun-Flusses und östlich davon ist der Sendah Rud, der sich schließlich in der Wüste des Innern verliert, jedoch nicht ohne vorher ein reiches landwirtschaftliches Gebiet um Isfahan versorgt zu haben. Durch diese Wasserscheide wird jetzt ein Tunnel getrieben, der einen Teil des Karunwassers ableiten wird, um die ungenügenden Vorräte des Sendah Rud zu vermehren. Diese

25) Bank Melli Iran, Bulletin No 98 (Februar—März 1949), Bd. XVI, S. 280.

26) Die Verfasser sprechen der Iranischen Gesandtschaft in Washington ihren Dank aus für die Erlaubnis, den Report on Seven Year Develop-

ment Plan for the Plan Organization of the Imperial Government of Iran, Overseas Consultants, Inc., New York 1949, zu benutzen, auf den die meisten der folgenden Informationen sich stützen.

Anlage erhöht die Bedeutung der Pläne für die bessere Aufspeicherung und Verwertung des Sendah Rud-Wassers selbst. Diese umfassen mehrere Sammelbecken zur Berieselung und Stromerzeugung. Man hat empfohlen, die Studien und Forschungen, die diese Investitionen vorbereiten sollen, innerhalb des Siebenjahresplan-Budgets vordringlich zu behandeln.

Entwässerungsgebiet des Darja i Nemek

Mehrere kleine Flüsse verlieren sich ungenutzt in diesem Salzumpf und -See südlich von Teheran. Die wichtigsten sind die, welche wie der Karaj und der Jajirud vom Elbursgebirge nördlich Teherans herabfließen und trotz ihrer bescheidenen Wassermenge von Interesse sind für Mehrzweck-Anlagen, einschließlich der Versorgung mit Trinkwasser und Strom für die Hauptstadt, sowie der Bewässerung nahegelegenen landwirtschaftlichen Bodens. Der Karaj, der während des Frühlings und Frühsommers von Schneewasser gespeist wird, hat eine relativ hohe Trockenzeitflut und ist auch relativ schlammfrei im Vergleich zu

den meisten iranischen Flüssen. Ein Gefälle von nahezu 1 000 Fuß auf einer Strecke von 16 Meilen macht die Stromerzeugung aussichtsreich. Er liefert schon den größten Teil von Teherans Wasser, welches jedoch zurzeit in einem offenen, nicht befestigten Graben fließt; abgesehen von der Unerwünschtheit dieser Methode, ist die Versorgung während eines Teils des Jahres ungenügend und wird es auch bleiben, bis für Aufspeicherung gesorgt wird. Der kleinere Jajirud-Fluß ist unter dem Gesichtspunkt der Stromerzeugung sowie erhöhter Wasserversorgung für die Berieselung der Weramin-Ebene, einem Gebiet von etwa einer Viertel Million Morgen wertvollen Anbaulandes nahe bei Teheran, untersucht worden. Diese Möglichkeiten sind verbunden mit ähnlichen Plänen am Lar-Flusse, der seine Quelle nahe beim Jajirud hat, aber zum Kaspischen Meer abfließt.

Viele andere Projekte in verschiedenen Teilen Irans werden lebhaft erwogen. Sie schließen Flußgebiete wie das des Kur und des Mund ein und befassen sich vorwiegend mit Bewässerung.

Das Tal des Euphrat und Tigris

Die östliche Hälfte des historischen „fruchtbaren Halbmondes“ ist in der Tat ein einziges großes Tal, das von zwei Flüssen entwässert wird, dem Tigris und dem Euphrat. In ihrem langen Lauf von der Türkei bis zum Persischen Golf bilden diese Flüsse und die Länder, die sie durchqueren, eine der größten ungenutzten landwirtschaftlichen Möglichkeiten im Mittleren Osten. Beide Flüsse haben ihre Hauptquellen in der Türkei, doch entwässern sie auch einen Teil von Syrien, die Westgrenze von Iran und das ganze besiedelte Land des Irak. Der Euphrat, nachdem er 420 Meilen in Syrien und 750 Meilen im Irak geflossen ist, und der Tigris nach 770 Meilen im Irak fließen endlich bei Al Qurna zusammen, um das Schat el-Arab zu bilden. Ein großer Teil ihres Laufes durchquert eins der heißesten und trockensten Gebiete der Welt.

Es gibt zweifellos günstige Gelegenheiten zur Nutzung der Flüsse (besonders des Euphrat) in der Türkei, sowohl für den Ackerbau als auch für die Stromerzeugung. Bis jetzt haben jedoch die Pläne für die Entwicklung des Tigris und Euphrat in der Türkei das Stadium der Bera-

tungen noch nicht überschritten; in der Tat ist verhältnismäßig wenig von jenem Teil der Flüsse bekannt. Jede zukünftige Regulierung oder Aufspeicherung der Flüsse in der Türkei oder der Quellwasser der vier großen Nebenflüsse des Tigris in Westiran würde die Strömung der Flüsse in ihrem Mittel- und Unterlauf in Syrien und im Irak ernstlich beeinflussen. Ihre volle Nutzbarmachung erfordert daher vorherige internationale Verständigung zwischen den vier betreffenden Ländern²⁸. Inzwischen hat man jedoch viel Mühe auf die Entwicklungsmöglichkeiten des Tigris und Euphrat im Irak und im nordöstlichen Syrien verwendet²⁹. Auf diese Gebiete bezieht sich die folgende Erörterung.

Die alluviale Ebene der beiden Ströme zeigt Ähnlichkeit mit dem Niltal in Ägypten. Auch hier reichen die Regenfälle nicht für den Anbau aus, der seit prähistorischen Zeiten von der Bewässerung aus den Flüssen abhängig gewesen ist. In beiden Tälern schwankt die Wasserversorgung jahreszeitlich sehr stark. Es gibt jedoch wesentliche Unterschiede zwischen den beiden Gebieten, die das Problem der

27) Worthington, a. a. O., S. 53.

28) Mr. Abdul Amir al-Uzri, Direktor für Bewässerung im Irak, deutete 1944 an, daß „jede groß angelegte Landwirtschaft außerhalb Iraks, die während der Niedrigwasserzeit Wasser aus dem Fluß (Euphrat) entnehmen würde, die Interes-

sen des Landes ernstlich berühren würde“. Regional Control of Water Supplies, MESC, a. a. O., S. 180.

29) Provinz Jezira und die östlichen Teile der Provinz Euphrat.

Nutzbarmachung des Flußwassers berühren. Euphrat und Tigris zusammen führen weniger Wasser als der Nil und liefern ihren größten Vorrat zu ungelegener Zeit. Auch ist es schwieriger, den Wasserspiegel durch Staudäm-

Übersichtskarte Irak



me im Flachland Mesopotamiens zu heben als im engen Niltal. So war die Bewässerung im Irak in den letzten Jahrzehnten vornehmlich auf dem Heben des Wassers durch Pumpen aufgebaut, und neue Pläne zur Verhinderung von Überschwemmungen basieren oft auf der Verwertung bestehender Senken in der Nähe der Flüsse. Während die Knappheit an anbaufähigem Land in Ägypten, zusammen mit der großen Bevölkerungsdichte, zu einer immer mehr intensivierten Landwirtschaft geführt hat, hat die große Menge ungenutzten anbaufähigen Landes und die günstigere Bevölkerungsziffer im Irak zur extensiven Wirtschaftsweise, sogar auf bewässertem Land, geführt. Große Landstriche in der Nähe der Flüsse sind durch mangelnde Entwässerung salzig geworden und wurden dann verlassen³⁰.

Trotz dieser Nachteile besitzt Irak eine der größten Reserven landwirtschaftlicher Erzeugungskapazität im Mittleren Osten. Etwa 30

Millionen Morgen Land sind im Irak möglicherweise anbaufähig. Von dieser Gesamtsumme liegen 19,8 Millionen in der Bewässerungszone, in der jetzt nur 7 Millionen kultiviert und nur 4,3 Millionen wirklich angebaut sind³¹. Man schätzt, daß in Syrien durch geeignete Nutzbarmachung des Euphrat und seiner Nebenflüsse 2 Millionen Morgen bebaut werden könnten³². Diese Zahlen zeigen das Höchstpotential der Gebiete um den Euphrat und Tigris, die tatsächliche Zahl wird kleiner sein wegen des Wassermangels. Aber selbst wenn man diese Ziele annähernd erreichen will, werden umfassende Arbeiten zur Aufspeicherung, Entwässerung, zum Überschwemmungsschutz und zur Berieselung notwendig sein.

Der Euphrat fließt in Syrien durch ein breites Tal, das Möglichkeiten zur Berieselung in großem Stile bietet (ebenso wie sein Haupt-Nebenfluß, der Chabur). Wenn nicht für die Aufspeicherung dieser Gewässer gesorgt wird, würde ihre Umleitung in Syrien mit ihrer Verwendung im Irak in Konflikt geraten. Ein Haupt-Projekt am Euphrat in Syrien ist daher der Bau einer Talsperre und eines Sammelbeckens bei Yusuf Pasha, das etwa 1,5 Milliarden Kubikmeter Wasser speichern und die Bewässerung von ungefähr 300 000 Hektar Land ermöglichen würde. Die Talsperre würde auch wenigstens 30 000 KW Kapazität zur Stromerzeugung liefern. Ein anderer Plan sieht die Bewässerung der Dschesire (Mesopotamien) durch die vollständige Nutzbarmachung des Chabur vor.

Im Irak wird jetzt der größte Teil des Euphratwassers für Berieselungszwecke oberhalb der Hindiyah-Talsperre gebraucht, unterhalb deren das Flußbett unbeständig ist und Überschwemmungen regelmäßig vorkommen. In diesem Abschnitt dienen Überschwemmungen der Bewässerung des Flußgebietes; doch sowohl hier als auch in anderen Gegenden verursachen sie ausgedehnte Ernteschäden und bedrohen sogar Bagdad. Das größte Bauobjekt, das für den Euphrat im Irak geplant ist, ist das Habbaniyah-Projekt, das vor dem ersten Weltkriege begonnen wurde, das aber über 20 Jahre lang liegen blieb. Es ist ein Plan zum Schutz vor Überschwemmungen und zur Aufspeicherung, der auf der Ausnutzung des Habbaniyah-Sees beruht, einer Wüsten-Senke nahe dem rechten

30) Siehe Warriner, a. a. O., S. 102; Worthington, a. a. O., S. 48—50 und (teilweise zum Problem der Versalzung) Frank M. Eaton, *Irrigation Agriculture along the Nile and the Euphrates*. Scientific American, LXIX (1949), S. 34—42.

31) Warriner, a. a. O., S. 99—102. Zusätzlich gibt es ungefähr 10 Millionen Morgen in der vom Regen bewässerten Zone Iraks, von denen zur Zeit nur ungefähr 1,5 Millionen angebaut sind.

32) Report of the United States-Syria Agricultural Mission. Washington; 1947 S. 13.

Ufer des Flusses, westlich von Bagdad. Das Projekt wird nach Abschluß eine Umleitungstalsperre am Euphrat einschließen sowie einen Kanal zum See und einen Ausfluß aus dem See. Zwei weitere Senken südlich von Habbaniyah würden weitere Aufspeicherung ermöglichen. Das fertige Sammelbecken würde ein Fassungsvermögen von fast 3 Milliarden Kubikmetern haben und den Hochwasserschutz am Euphrat, Bewässerung von weiteren 1,5 Millionen Morgen Land und Speisung des Euphrat während des Tiefwasserstandes ermöglichen.

Die Quellwässer des Tigris sind höher gelegen, haben daher stärkeres Gefälle und fließen schneller ab als die des Euphrat. Der Tigris hat überdies vier große Nebenflüsse im Irak, die steil zu seinem Tale hin abfallen. Die Hochfluten des Tigris sind daher ernster und unberechenbarer als die des Euphrat und bedrohen ständig Bagdad. Da jedoch seine größten Nebenflüsse hauptsächlich im Irak fließen, gibt es glücklicherweise bessere Möglichkeiten zur vollständigen Kontrolle des Tigris in einem frühen Stadium durch Projekte, die innerhalb eines Landes gelegen sind. Es gibt augenblicklich nur ein größeres Bauobjekt am Tigris, nämlich die Kut-Talsperre am Unterlauf des Flusses, die im Jahre 1939 fertiggestellt wurde und den Wasserspiegel hebt, um dem Bewässerungsbedarf eines großen Gebietes zu dienen. Wie der Euphrat unterhalb von Hindiyah, so ist auch der Tigris unterhalb Kut unbeständig und nicht immer berechenbar.

Der wichtigste Kontrollplan am Tigris, das Wadi Tartar-Projekt, kann mit dem Habbaniyah-Projekt am Euphrat verglichen werden, jedoch in einem viel größeren Maßstabe. Das Wadi, welches im Westen parallel zum Tigris verläuft und nur während eines kurzen Zeitraumes im Jahr Wasser führt, endet in einer langen Senke, die als ein natürliches Sammelbecken verwendet werden kann, um die Flutwasser des Tigris aufzunehmen und sie in Perioden des Tiefwasserstandes an den Fluß zurückzugeben. Der Plan fordert den Bau einer Umleitungstalsperre am Flusse sowie von Kanälen, die in das Wadi hinein- und wieder herausführen. Solch eine Anlage würde auch die Erzeugung von Wasserkraft und eine Ausdehnung der Bewässerung auf die Nachbargebiete gestatten. Durch Schaffung eines Ausflusses zum Euphrat hin könnte das Tartar-Sammelbecken verwandt werden, um entweder den Tigris oder den Euphrat bei Niedrigwasser zu ergänzen.

Um den Tigris wirksamer zu kontrollieren und um die Wasservorräte zu vergrößern, sind

auch Talsperren am oberen Tigris und seinen Nebenflüssen geplant. So würde die Gibraltar-Talsperre am Dijala das Hochwasser des Tigris bei Bagdad ableiten und sein eigenes Tal vor Überschwemmungen bewahren. Sie würde die Ausbreitung des Ackerbaues längs des Dijala und eine Stromerzeugungsanlage von 30 000 KW, nur 65 Meilen von Bagdad entfernt, erlauben. In Erwägung gezogen sind auch die El Fatha Talsperre am Tigris, 65 Meilen oberhalb Samarra, die ein Sammelbecken schaffen würde, das so groß wäre wie die Tartar; die Bekhme-Talsperre an dem Großen Zab-Fluß; die Damir-Talsperre am Adhem-Fluß und die Dokan-Talsperre am Kleinen Zab-Fluß. Die Hauptaufgabe aller dieser Projekte am Tigris-System ist die Überschwemmungskontrolle. Doch die Wasservorräte, die sie schaffen, und die damit verbundenen Berieselungssysteme, die geplant sind, werden mit dazu beitragen, einen großen Teil von Iraks Landpotential nützlichen Zwecken zuzuführen. Die wirksame Verwertung des neu zur Verfügung stehenden Wassers wird natürlich auch von ausreichenden Entwässerungsanlagen abhängen, deren bisheriges Fehlen den Salzgehalt in großen Teilen von Iraks Schwemmland verursacht und mit dazu beigetragen hat, sein eigenartiges System extensiver Bewässerungs-Landwirtschaft zu schaffen.

Ein Blick auf die Karte des Tigris und die geplanten Anlagen an seinen Nebenflüssen und am Flusse selbst zeigt eine auffallende Ähnlichkeit mit den Planungen am Tennessee-Fluß und seinen Regulierungsanlagen. Die völlige Nutzbarmachung des Tigris und des benachbarten Euphrat würden keine geringere Revolution im Leben des Gebietes hervorrufen als die der T. V. A. in ihrem Bereich. Dasselbe gilt von den anderen Mehrzweck-Anlagen und -Plänen, die hier angeschnitten wurden. Nur durch solche umfassenden Pläne zur Konservierung und Nutzbarmachung von Land und Wasser wie diese kann der Mittlere Osten zur Vervollkommenung seines wirtschaftlichen Potentials Fortschritte machen und seinen Völkern einen angemessenen Lebensstandard gewährleisten. Die verschiedenartigen Hindernisse, die die Durchführung dieses Programmes hemmen, werden nicht leicht zu beseitigen sein, und es mag Jahrzehnte dauern, bis viele von ihnen vollendet sein werden. Doch mit dem nötigen Fleiß und verhältnismäßig bescheidenen Mitteln können jetzt schon langsame, doch wirksame erste Schritte zu ihrer Verwirklichung unternommen werden.

Die amtliche Geschichtsschreibung über die britische Kriegswirtschaft

von Dr. jur. Hellmut Bauer

Wohl das wirtschaftlich wie auch politisch interessanteste Phänomen, das für das Funktionieren einer Wirtschaft kennzeichnend ist, ist die Beobachtung des Anlaufens einer der großen modernen Wirtschaften zur höchsten Potenz im Kriege. So unheilvoll und unwirtschaftlich der Sinn einer solchen Erscheinung ist — die Wirtschaft geh auf höchste Touren, um im denkbar größten Umfang zur Zerstörung beizutragen —, so wichtig und der genauen Beobachtung und Kritik würdig ist eine solche Erscheinung, um Einblicke in Wesen und Art einer modernen Wirtschaftsführung zu gewinnen. Nicht zuletzt das umstrittene Verhältnis Staat und Wirtschaft erhält Durchleuchtungen, die aufschlußgebend sind, weil die Ergebnisse einer solchen Kriegswirtschaft weitgehend die Struktur der Wirtschaft in der anschließenden Friedenszeit bestimmen.

Erst geraume Zeit nach dem „Kleinen Weltkrieg“ 1914/18 begann man in Großbritannien zu begreifen, welche enormen Wandlungen dieser Krieg der Wirtschaft Großbritanniens gebracht hatte. Der Generalstreik von 1926 war das Wetterzeichen. Derartige Überraschungen wollte sich Großbritannien nach diesem Weltkrieg ersparen. So entschied das Kriegskabinett, und zwar schon 1942, daß die sozialen, wirtschaftlichen und verwaltungsmäßigen Erfahrungen des Krieges wissenschaftlich zu beobachten und darzustellen seien, nicht so sehr als Geschichtsschreibung — etwa eine Darstellung der Anstrengungen, die den Sieg brachten — sondern mehr als kritische Überlegung, die die Erfahrungen für den Gebrauch der Staatsführung aufzeichnen soll. Unter der Leitung des Oxforder Professors *Hancock* wurde daher die Darstellung der britischen Kriegswirtschaft und damit des britischen sozialen Lebens während des „Großen Weltkrieges“ 1939/45 in Angriff genommen, von deren beabsichtigten etwa 30 Bänden Band 1 und 2 heute vorliegt¹. Man erinnert sich, daß die Erfahrungen des „Kleinen Weltkrieges“ mit Ausnahme einer ausführlichen Darstellung der Geschichte des britischen

Munitionsministeriums auf einige Sonderstudien der Carnegie-Stiftung beschränkt blieben.

Nach dem ersten Weltkrieg verließ sich Großbritannien in seinem später enttäuschten Optimismus zunächst auf eine sogenannte „10-Jahres-Regel“, das heißt die Annahme, daß ein großer Krieg im Verlauf von 10 Jahren nicht ausbrechen würde, daß also in dieser Zeit keine wirtschaftliche Rüstung nötig werde. Diese Zeit lief 1932 ab. Trotzdem begann eine eigentliche Aufrüstung nicht vor 1935. Immerhin wurden seit 1934 den strategischen Beratungen als vermutliche Gegner Japan und Deutschland zu Grunde gelegt, ab 1937 folgte Italien. Die Experten glaubten jedoch 1934 Zeit zu haben. Sie nahmen an, daß Deutschland einen Angriffskrieg nicht vor 1942 würde starten können. Erst im Sommer 1935 beauftragte das Kabinett das nun wieder geschaffene Rüstungsministerium, Vorbereitungen zu treffen, die bis 1939 einen verantwortbaren Rüstungsstand auch für die Wirtschaft schaffen sollten. Die Tatsache aber, daß Deutschland 1938 schon ein Viertel seines Nationaleinkommens in Rüstungen verbrauchte, während Großbritannien nur 7 Prozent verwandte, veranlaßte nun wirklich ernste Überlegungen über schnellere Vorbereitung. Das Kabinett *Chamberlain* zeigte trotzdem auch im Krieg 1939 zunächst eine Auffassung, die der Bericht als „muddled dilatoriness“ charakterisiert, beispielsweise in der oberflächlichen Verbindung, die man auch wirtschaftlich mit Frankreich, dem Hauptbundesgenossen, nimmt. Sie kennzeichnet die ersten 9 Monate Kriegführung und Wirtschaftsrüstung. Wirtschaftliche Kriegführung wird allein als Unterstützung der militärischen angesehen, und beispielsweise die Tatsache einer zunächst weiterlaufenden Arbeitslosigkeit von 1 Million in ihrer weitreichenden Bedeutung für die Kriegführung nicht erfaßt. Erst von 1940, vom Beginn des Kabinetts *Churchill* ab, werden Maßnahmen eingeleitet, nicht zuletzt durch den Arbeitsminister *Bevin*, die bis dahin niemand vorzuschlagen gewagt hatte: schon aus Sorge vor dem Gewerkschaftsführer *Bevin*. Der „Dünkirchen-Geist“ bringt im Sommer 1940 die große Wendung für Großbritannien. Die Regierung wird beweglicher — wobei Sir John *Anderson* ein

1) *History of the Second World War* (United Kingdom Civil Series) Bd. 1. W. H. *Hancock* u. M. M. *Gowing*, *British War Economy*. Bd. 2.; R. M. *Titmuss*, *Problems of Social Policy*. H. M. Stationary Office, London W. C.

besonderes Verdienst zugesprochen wird —, und die bis dahin komplizierten Verbindungen zu den Vereinigten Staaten wurden durch „Lend-Lease“ besser, ja erfolgreich. Die Arbeitskraftkontrolle, die Einberufung von Frauen und all die Maßnahmen werden eingeführt, die die britische Wirtschaft kriegsfest machen und zu gleicher Zeit fast freiwillig Opfer schwerster Art der Bürger erreichen.

Nach Pearl Harbour wird die britische Wehrwirtschaft eine „Combined“ Planung mit den Vereinigten Staaten und daher eigentlich nicht mehr eine alleinige britische Angelegenheit, sondern eine anglo-amerikanische, eine gemeinsame Geschichtsschreibung der zusammengefaßten Anstrengungen zweier Nationen². Zwischen Pearl Harbour 1941 und der Landung in der Normandie 1944 erreichen dann die britischen Anstrengungen ihren Höhepunkt. Nur die Begrenzung in der Zahl der Menschen hindert eine weitere Steigerung der Krafterleistung. Folgende Tabellen zeigen die Wendemarken auf:

Nationaleinkommen und -ausgaben.
(in Mrd. Pfund)

	1938	1942	1944
Nationaleinkommen	4,7	7,6	8,3
Verbrauch	3,7	4,2	4,5
Regierungsausgaben			
a) Krieg	0,3	3,9	4,5
b) andere	0,4	0,5	0,5
Kapitalbildung	0,3	—0,3	—0,5
Auslandsanleihen	—	—0,7	—0,7
	1939		
Lebenshaltungskosten	100	129	130
Wochenlöhne	100	132	146

Bevölkerungsentwicklung
(in Millionen)

	1939	1942	1944
Gesamtbevölkerung	46,47	47,04	47,63
Männer von 14—65 Jahre }	31,92	32,26	32,39
Frauen von 14—59 Jahre }			
Männer über 65 und }	5,3	5,69	6,00
Frauen über 60 Jahre }			
Arbeitende Bevölkerung	19,75	22,06	22,01 ³
Wehrmacht	0,48	4,09	4,97
Zivilverteidigung	—	0,38	0,28

2) — Amerikanische Angaben für das Gesamtpotential der Vereinten Nationen im zweiten Weltkrieg zeigen folgende Kapazitäten:

USA	60 v.H.
Empire	22 v.H.
Großbritannien	17 v.H.
Kanada	4 v.H.
und Sonstige	1 v.H.
Sowjetunion	18 v.H.

denen Deutschland mit einem Gegenpotential von etwa 35 v.H. gegenüberstand.

Die entscheidende Periode für Großbritanniens Kriegsanstrengungen wurde also die Zeit von Dünkirchen bis zu Pearl Harbour. Entscheidend wurde diese Periode dadurch, daß die Leiter der britischen Kriegswirtschaft eine defensive Aufgabe durchzuführen hatten, die sie in offensivem Geist durchführten, einem Geist, der der britischen Wehrwirtschaft nach Pearl Harbour bis zum Ende das Gepräge gegeben hat, der aber zugleich im zweiten Teil des Krieges auch schon Zukunftsüberlegungen in die britische Kriegswirtschaft einführt. Wenn die wehrwirtschaftlichen Pläne vor Pearl Harbour hauptsächlich auf den Ausbau der Wehrmachtsteile zugeschnitten waren, betrafen die Vorkehrungen danach hauptsächlich die wirtschaftliche Leistung als solche, insbesondere die Verbesserung der Transport- und Verkehrsmittel. Mitte 1943 waren alle Reserven mobilisiert, der zivile Verbrauch war auf ein Minimum reduziert, jede verfügbare Arbeitskraft war eingesetzt. Eine weitere Ausdehnung auf irgendeinem Gebiet war von jetzt an ohne Einschränkung auf einem anderen entscheidenden Gebiet unmöglich. Diese Periode wurde somit die Zeit des inneren Ausgleichs der wirtschaftlichen Pläne.

Der Weg der britischen Wehrwirtschaft war alles andere als leicht. Trotzdem entwickelte sie sich sehr schnell und erreichte mehr, als man 1939 für möglich hielt. Nimmt man den Produktionsstand September 1939 mit 100 an, so ist der Stand Mitte 1940: 210, 1941: fast 300 und Mitte 1942 mit nahezu 400 anzunehmen, während im Sommer 1943 mit einer verfünffachten Vorkriegsleistung der nicht zu überbietende Höhepunkt erreicht wurde. Seit diesem Zeitpunkt handelt es sich nur noch darum, rationeller zu arbeiten, und während beispielsweise die Arbeitskräfte nicht mehr vermehrt werden konnten, stieg dadurch doch nach 1943 die Erzeugung noch um etwa 25 Prozent.

Nach Pearl Harbour werden die wehrwirtschaftlichen Anstrengungen Großbritanniens kompliziert durch die Verbindung mit den überwältigenden Anstrengungen der Wehrwirtschaft jenseits des Atlantik. Es ist verständlich, daß

Auswärtige Hilfe. (in Mrd. Pfund)

aus Investitionen im Ausland	4,20
US-Lend-Lease	5,63
gegen 1,6 Mrd. Pfund britische Hilfe an USA.	

3) Für Deutschland wird als Vergleich angegeben: etwa 40,5 Mill. arbeitende Bevölkerung, zu der 5 Mill. Zwangsarbeiter und 2 Mill. Kriegsgefangene, insgesamt etwa 7,13 Mill. fremde Arbeiter hinzukommen.

man in Großbritannien jetzt versucht, die drückende Last ein wenig zu erleichtern. Schließlich hatte man 2 Jahre lang allein und entscheidend standgehalten. In einem Memorandum der Regierung an die Amerikaner werden die Opfer des britischen Bürgers wie folgt geschildert:

„Der Zivilist hat 5 Jahre lang Verdunklung und 4 Jahre jederzeit drohende Luftangriffe durchgehalten. Sein Privatleben in seiner Wohnung ist durch die Einweisung von Soldaten, Evakuierten oder Kriegsarbeitern aufgehoben worden. 5 Jahre härtester Arbeitsmobilisierung haben nahezu jeden Mann und jede kinderlose Frau unter 50 in die Kriegswirtschaft gezogen, oft fern vom Heim. Die durchschnittliche Arbeitszeit erreicht bei den Männern 50—53 Stunden. Nach seiner Arbeitszeit hat jeder einsetzbare Bürger 48 Stunden im Monat in der Heimwehr oder im Luftschutz zu dienen. Schiffsraumverknappung und Rohstoffminderung haben dahin geführt, daß fast alle Kaufmöglichkeiten beschränkt wurden. Die «Schlange» ist ein Teil des normalen Lebens geworden; die Besteuerung ist wohl die schwerste in der Welt. Hinzu kommt der ständige Druck zu sparen. Die so knapp gewordenen Versorgungsgüter in Großbritannien müssen mit hunderttausenden von Truppen aus den Vereinigten Staaten und den Dominien geteilt werden. In der Rolle Großbritanniens zunächst als Basis und dann als Brückenkopf für die Befreiung Europas hat der englische Zivilist schwerste Beeinträchtigungen auf fast jedem Gebiet seines täglichen Lebens zu dulden.“

Die Landung in der Normandie 1944 wurde der Höhepunkt, aber noch nicht das Ende des entscheidenden Kriegswirtschaftsabschnittes. Der überraschende Zusammenbruch Deutschlands an der Atlantikfront wie im Osten wies wohl darauf hin, daß das Problem der Umstellung auf den Frieden akut werden könne; der japanische Krieg war ja für Großbritannien stets mehr eine Angelegenheit sekundärer Ordnung. Daher entschloß man sich, als „Stage II“ die langsame Umstellung auf die Friedenswirtschaft zu überlegen. Stage III sollte dann die Ausrichtung einer neuen Friedenswirtschaft selbst werden. In Stage II stand die Frage der Wiederhinwendung zur Ausfuhr für den so wichtigen Ausgleich der Handelsbilanz und für die Ansammlung neuer Wirtschaftskräfte bei den Überlegungen an der Spitze. Das Ausfuhrvolumen war im Verlauf des Krieges auf ein knappes Drittel des Vorkriegsstandes herabgesunken. Ein solches Exportvolumen brachte höchstens ein Siebentel der erforderlichen Zahlungen für den Ausgleich der Handelsbilanz auf. Man begann also die Rückführung von etwa 1 Million Arbeitern in die Exportindustrien vorzubereiten. Sie sollte bei Kriegsende sofort das Ausfuhrvolumen verdoppeln, um damit 60 Prozent des Vorkriegsniveaus schnell

zu erreichen. Dabei war nicht zu vergessen, daß die Überanstrengung der britischen Wirtschaft während 5 Jahren für Kriegszwecke diese Wirtschaft in einem noch nicht absehbaren Umfang in ihrer Struktur geändert haben mußte.

Auch war Großbritannien in Stage II noch nicht selbständig, sondern weitgehend, besonders in der Rohstoffbeschaffung und im Schiffsraum, an die Vereinigten Staaten gebunden. Erst bei Stage III konnte man rechnen, eigene Wege zu gehen und — zu bezahlen. Die Reserven des Schatzamtes aber, die um diese Zeit zur Verfügung stehen würden, wurden mit höchstens 250 Millionen Pfund angenommen.

So sah sich Großbritannien genötigt, im Herbst 1944 als Hauptprobleme den Stand des Goldes und der Dollarreserven, die Freiheit des Exportes und die Zukunft der Lend-Lease-Unterstützungen in Washington zur Sprache zu bringen. Diese Verhandlungen verliefen für Großbritannien äußerlich befriedigend. Sie waren der Höhepunkt einer einzigartigen Zusammenarbeit, in der zwei große Völker ohne gegenseitige Anrechnung Anstrengungen und Opfer einem gemeinsamen Zweck darbrachten. Aber Stage II — erwartungsvoll begonnen und zunächst planmäßig ausgeführt — wurde überraschend schnell beendet durch den Abwurf von zwei Atombomben in Japan, die Großbritannien über Nacht in die „grausamen Schwierigkeiten“ von Stage III brachten.

1942 ließ sich die Regierung einen Bericht vorlegen, der die Hauptfehler bei der Liquidation des ersten Weltkrieges untersuchte, insbesondere die Gründe, die zu der inflationistischen Bewegung der Nachkriegsjahre geführt hatten. Alle diese Gründe mußten ja nach Beendigung des zweiten Weltkrieges in noch weit stärkerem Maße gültig werden. Lange Dauer, größere wirtschaftliche Opfer (bei geringeren militärischen Opfern), diesmal Vernichtung aller Auslandkapitalreserven, ja erstmalig Verschuldung an das Empire, vor allem Kanada und Indien, endlich die schwierige Lage auf dem Arbeitsmarkt mußten alle Fehler noch weit stärker zum Ausdruck kommen lassen als etwa 1920. Die Regierung war sich vor allem klar, daß der unbeliebte Wirtschaftskontrollapparat, der aufgebaut worden war, nicht sofort beseitigt werden konnte, daß er aber in seiner Arbeitsweise umgestellt werden mußte. Weiter stand die unabweisliche, erhebliche Besteuerung zur Überlegung.

Man ging in Großbritannien vorausschauend vor. Die eigentlichen Demobilisierungspläne, insbesondere die Rückführung der aus der Wehrmacht entlassenen Menschen in die Zivilberufe

und die Freigabe der Wirtschaft für den Privatverbrauch, werden ergänzt durch Wiederaufbaupläne, sozialpolitische Verbesserungen und die Reorganisation der Industrie. An die Spitze wird das Wohnungsprogramm gestellt. Etwa 300 000 neue Wohnungen sollen im zweiten Jahr nach der Beendigung des Krieges fertig sein. Aber zu einem Wohnungsbauprogramm gehören zu gleicher Zeit Überlegungen über den Bau von Straßen, Fabriken und öffentlichen Einrichtungen wie beispielsweise Schulen. Die kommunalen Verwaltungen mußten bevollmächtigt werden, selbständig zu arbeiten. Die Bodenpreise mußten fixiert werden. Das Wohnungsbauministerium wird das Zentrum der Planungsarbeiten für die Nachkriegszeit.

Wichtig schien vor allem die Vorsorge vor einer etwa wieder aufkommenden Arbeitslosigkeit. So wird 1941 ein Projekt ausgearbeitet, das die Aufrechterhaltung der vollen Beschäftigung nach dem Krieg vorsieht, denn die Aufrechterhaltung eines hohen und gleichmäßigen Beschäftigungsniveaus ist Voraussetzung einer stabilen Innenpolitik. Sie hängt andererseits wieder von einer vernünftigen Stabilisierung der Preise und Löhne ab, sowie nicht zuletzt von einer gleichmäßigen Verteilung der Industrie über das Land (development areas). Der Kohlenbergbau, der Wohnungsbau, die Textilindustrie sind Sorgenkinder; die Lage der Landwirtschaft muß beobachtet werden: das System der festen Preise soll hier mindestens bis zur Ernte 1947 aufrechterhalten werden. Endlich steht eine vollständig revolutionierende Sozialpolitik zur Überlegung; sie gipfelte in drei Hauptprojekten: Reform des Erziehungswesens, neu einzuführender Gesundheitsdienst und Aufbau der Sozialversicherung. Anfang 1944 wird der Plan *National Health Service* bekanntgegeben, der medizinische Hilfe und Behandlung jedem Engländer gewährt. Sir William Beveridge hatte schon seit 1941 den Aufbau der Sozialversicherung bearbeitet. Bekannt wurde sein Ende 1942 vorgelegter Bericht, der Begeisterung erweckte und ein Machtfaktor in den Kriegsanstrengungen wurde.

Diese Nachkriegsplanung während des Krieges ist ein wichtiges Kapitel der britischen Kriegswirtschaftsführung. Die Gedankengänge der Regierung führen zu einer Art stillem Vertrag zwischen Volk und Kabinett. Das Volk nimmt die Opfer, die die Staatsführung von ihm verlangen muß, willig hin in der Erwartung, daß diese Staatsführung dafür die Überlegung und den nötigen Ernst aufwenden wird, um die Wohlfahrt der Nation nach Kriegsende neu zu fundieren. Wenn bemängelt wird, daß diese Zukunftsplanung im Krieg wirtschaftliche

Anstrengungen absorbiert habe, so darf niemals vergessen werden, welche besonderen Impulse sie gerade in ihrer Genauigkeit dem kämpfenden britischen Volk gab.

Diese Überlegungen über die Fundierung einer neuen Friedenswirtschaft in Großbritannien während eines auf Tod und Leben gehenden Krieges sind zweifellos ein recht bedeutsames Moment. Sicherlich waren diese Pläne zum Teil gedacht als Anregung für die Aufrechterhaltung und Verstärkung der Kriegsanstrengungen des Volkes. Sie waren aber auch ernsthafte Gedanken durchaus konstruktiver Art über die Neuausrichtung einer englischen Friedenswirtschaft. Zeichen dafür sind beispielsweise die sehr ernsthaften Überlegungen mit leitenden Wirtschaftsmännern der Vereinigten Staaten über eine gesunde Festigung der kommenden Weltwirtschaft.

Nur über ein Problem scheint man sich in Großbritannien dabei wenig Gedanken gemacht zu haben: inwieweit man nämlich durch den Befreiungskrieg in die Gesckicke des zusammenge schlagenen Europas hineingezogen würde. Man sah wohl den großen Bundesgenossen, die Vereinigten Staaten, mit dem man sich in die Weltwirtschaft zu teilen hatte, und man beobachtete, wenn auch ohne sonderlich innere Anteilnahme, die Entwicklung des anderen Bundesgenossen, der Sowjet-Union, deren frühere Isolierung man durch die Unterstützung, die ihr die westlichen Partner zuteil werden lassen mußten, als beseitigt annahm. So vermißt man — zumindest von heute aus gesehen — in Hancock's eindrucksvoller Analyse der Entwicklung der britischen Kriegswirtschaft, insbesondere in dem recht eingehenden Teil über die Vorbereitungen auf den Frieden und den Wiederaufbau, jeden Hinweis auf Europa. Das wirklich sich stellende Problem wird nicht erkannt. Es zeigt sich wiederum, daß es für politische Überlegungen vielleicht weniger wichtig ist, kommende Probleme in die Weite, d. h. auf längere Zeitentwicklung hin zu durchdenken, als daß es entscheidend ist, die Gesamtheit der zur Überlegung stehenden Fragen festzustellen. Die Auffassung, daß Europa nur militärisch und politisch befreit zu werden brauche, um dann in britischen Zukunftsüberlegungen wieder eine sekundäre Rolle zu spielen, erweist sich erstaunlich schnell als falsch. Die durch die Befreiung plötzlich so eng gewordenen Bindungen an Europa ergeben vielmehr neue Tatsachen, von denen besonders die eine (nach dieser Geschichtsschreibung) nicht bedacht worden ist, nämlich die, daß gegen alle Erwartungen dieses befreite Europa erneut schwer bedroht sein würde.

Die Ergebnisse der internationalen sozialistischen Konferenzen in Kopenhagen vom 1. bis 3. Juni 1950 und in London vom 16. bis 18. Juni 1950

Die Kopenhagener Resolution über Sozialismus und Frieden*

1. Die Konferenz bekräftigt ihre tiefe Überzeugung, daß der Weltfriede immer zu den grundlegenden Aufgaben des internationalen Sozialismus gehören muß. Der Friede kann nur gesichert werden, wenn alle Regierungen darauf bewußt hinarbeiten, die weitestmögliche Zusammenarbeit zwischen allen Nationen auf den Grundsätzen der Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit zu errichten.
2. Die Organisation der Vereinten Nationen hat die Pflicht, die Welteinheit auf dieser Grundlage zu schaffen und zu sichern. Die Konferenz besteht darauf, daß keine Bemühung unterlassen werden darf, durch die die Bedingungen herbeigeführt werden können, unter denen die Vereinten Nationen diese Aufgabe erfolgreich lösen können.
3. Die Arbeit der Vereinten Nationen und der Fortschritt in der Richtung zur weltweiten Zusammenarbeit wird gegenwärtig durch die Taktik der Kominform-Parteien sabotiert. Die Kominform geht offenkundig von der Annahme aus, daß sie durch Torpedierung der Zusammenarbeit der Welt mehr zu gewinnen hat als durch ihre Teilnahme an ihr. Die Atmosphäre der Furcht, die durch die Kominformpolitik erzeugt wird, ist heute die größte Gefahr für den Weltfrieden. Die Solidarität der nicht-kommunistischen Welt ist auch durch das Bestehen von völlig der Kominform hörigen Fünften Kolonnen bedroht.
4. Angesichts dieser Tatsachen lehnt die Konferenz mit Verachtung die verlogene kominformistische „Friedens“-Propaganda ab. Die angebliche „Friedens“-Kampagne der Kominform-Parteien ist nichts anderes als eine durchsichtige Tarnung einer totalitären und militaristischen, auf Weltherrschaft hinielenden Politik. Die Vorschläge der Kominform auf Verbot der Atombombe und Herabsetzung der Rüstungen bieten keinen Schutz vor Hinterhältigkeiten.
5. Die Konferenz glaubt, daß das Verlangen nach Frieden die Herabsetzung und internationale Kontrolle aller Rüstungen und die internationale Abschaffung der Atombombe notwendig macht. Es kann allerdings keine Herabsetzung der Rüstungen und keine Abschaffung der Atombombe ohne wirksame internationale Kontrolle geben, die wieder von der Bereitschaft aller Staaten bedingt ist, ihre Gebiete für eine wirksame und permanente Kontrolle offen zu halten.
6. Die Konferenz ist der Meinung, daß die Schaffung einer vereinigten Welt nicht ewig von der Kominform sabotiert werden darf. Solange die Kominform nicht ihre Politik ändert, haben die freien Völker die Pflicht, sich zusammenzuschließen. Zusammenarbeit in der freien Welt und die Stärkung der europäischen Einheit ist eine wichtige und dringende Notwendigkeit.
7. Die Konferenz ist überzeugt, daß ein unkontrollierter Kapitalismus in der freien Welt ernste Konfliktstoffe innerhalb der menschlichen Gesellschaft schafft, die eine direkte Bedrohung des Friedens darstellen, weil sie Streitigkeiten zwischen Gesellschaftsklassen, zwischen Staaten, sowie Gegensätze zwischen imperialistischen Mächten und ausgebeuteten Völkern hervorrufen und da und dort aggressive Tendenzen zu Tage fördern.
8. Die Konferenz glaubt, daß der Sozialismus über die Möglichkeit verfügt, diese Gegensätze zu überwinden. Sozialistische Grundsätze müssen in internationalen Angelegenheiten zur Anwendung gebracht werden, wenn die freie Welt zur Einigung gelangen soll. Der Imperialismus muß einem System der freien Vereinigung und Zusammenarbeit freier und gleichberechtigter Völker weichen. Den minderentwickelten Gebieten muß zur Erreichung eines höheren Lebensniveaus und zu größerer Kaufkraft verholfen werden. Der Reichtum der Welt muß gerechter aufgeteilt werden.
9. Solche Maßnahmen sind ebenso sehr ethisch gerecht, wie sie politisch notwendig sind, wenn Friede und Wohlstand in welchem Teil der Welt auch immer sichergestellt werden sollen. Die Konferenz wendet sich daher an alle Völker mit der Aufforderung, den Bemühungen des internationalen Sozialismus zur Sicherung des Friedens der Welt ihre Unterstützung zu leihen.

Übersetzung J. W. Brügel

*) Die Resolution wurde einstimmig angenommen, jedoch haben sich die Vertreter der niederländischen „Partei der Arbeit“ der Stimme enthalten, weil die

Resolution kein ausdrückliches Bekenntnis zum Atlantikpakt enthielt.

Die Londoner Resolution zur Koordinierung der europäischen Grundstoffindustrien

Vertreter der sozialistischen Parteien Großbritanniens, Frankreichs, Deutschland, Österreichs, Italiens, Belgiens, der Niederlande und der skandinavischen Länder haben auf der Internationalen Konferenz in London vom 16. bis 18. Juni 1950 einstimmig folgende Resolution beschlossen:

1. Die Konferenz begrüßt die Schumanschen Vorschläge als ein kühnes Beispiel europäischer Initiative. Sie stimmt mit der allgemeinen Zielsetzung überein, wie sie im französischen Kommuniqué vom 9. Mai niedergelegt ist. Die sozialistischen Parteien Europas haben immer darauf hingewiesen, daß die Interessen der europäischen Völker es notwendig machen, daß Europas Grundstoffindustrien in ihrer Gesamtheit geplant werden. Vorschläge dieser Natur haben sich zu den von der im März dieses Jahres in Witten abgehaltenen Sozialistischen Konferenz ausgearbeiteten Anträgen verdichtet. Eine solche internationale Planung wäre ein grundlegender Schritt in der Richtung zur europäischen Einheit und zur Sicherung der wirtschaftlichen Stabilität sowie der Vollbeschäftigung.
2. Die Konferenz stellt mit tiefer Befriedigung fest, daß die Schumanschen Vorschläge einer europäischen Kohlen- und Stahlorganisation als erste Aufgabe Ausweitung zwecks Hebung des Lebensniveaus zuweisen. Diese Aufgaben der Expansion wären bedroht, wenn es den Produzenten auf Grund ihrer Befürchtungen, daß sich ein Stahlüberschuß ergibt, gelingen sollte, die europäische Stahl- und Kohlenorganisation auf restriktiven Praktiken aufzubauen. Indem die internationalen Sozialisten die Schumanschen Vorschläge begrüßen, stellen sie daher fest, daß die Hauptaufgabe in der Ausweitung der wirksamen Nachfrage nach europäischem Stahl und europäischer Kohle liegen muß, um die tatsächlichen Bedürfnisse Europas und der Welt zu decken.
3. Die Schumanschen Vorschläge müssen noch in den Einzelheiten ausgearbeitet werden. Hier werden wir die Voraussetzungen anführen, die beobachtet werden müssen, wenn der Plan in seiner endgültigen Form die in Punkt 1 und 2 formulierte allgemeine Zielsetzung erfüllen soll.
4. Die Arbeits- und Lebensbedingungen innerhalb der europäischen Grundstoffindustrien müssen sukzessive verbessert werden, um das Niveau der fortschrittlicheren Länder zu erreichen.
5. Die einzige Sicherung dafür, daß die Arbeits- und Lebensbedingungen denen der mehr fortgeschrittenen Länder entsprechen, ist die vollste Teilnahme der Gewerkschaften sowohl im innerstaatlichen als auch im internationalen Maßstab.
6. Innerhalb des allgemeinen Programms der Expansion und der Vollbeschäftigung muß die europäische Kohlen- und Stahlorganisation wirksam organisiert werden, damit der potentielle Bedarf so ökonomisch wie möglich gedeckt werden kann.
7. Um die Vergrößerung der Nachfrage möglich zu machen, muß die Notwendigkeit neuer Investitionen sowohl in Europa als auch in den minderentwickelten überseeischen Gebieten anerkannt werden. Diese Projekte müssen koordiniert werden, und die Regierungen müssen entsprechende Maßnahmen finanzpolitischer und technischer Natur ergreifen, um diese Investitionen zu ermöglichen.
8. Einzelne Regierungen, die sich in einen wirksamen Plan eingliedern, müssen die Verpflichtung zur Durchführung im internationalen Rahmen getroffener Entscheidungen innerhalb ihrer Länder übernehmen.
9. Dort, wo wichtige internationale Planung Opfer seitens einzelner Staaten verlangt, muß die Last dieses Opfer von allen am Plan teilhabenden Ländern gemeinsam getragen werden.
10. Die Konferenz hat es nicht für zweckentsprechend gehalten, in diesem Stadium die Frage in den Einzelheiten nachzuprüfen, was für Vorkehrungen getroffen werden sollten, um die oben angeführten Grundsätze in die Tat umzusetzen. Die notwendige internationale Organisation wird von den betreffenden Regierungen ausgearbeitet werden müssen. Die Konferenz ist aber eines Sinnes, daß in jeder Form der internationalen Organisation die Grundprinzipien demokratischer Kontrolle und demokratischer Verhandlungsmethoden voll gesichert sein müssen. Diese Kontrolle würde Mitwirkung der Gewerkschaften und Vertretung der Konsumentenschaft in sich schließen.
11. Jede Organisation für die Planung der europäischen Kohlen- und Stahlindustrie, die nicht auf den Grundsätzen der Ausweitung des Bedarfes und der Erhaltung der Vollbeschäftigung aufgebaut ist, würde sehr rasch alle Merkmale eines restriktiven privaten Kartells annehmen. Sie würde in manchen Teilen Europas Massenarbeitslosigkeit und Notstandsgebiete schaffen und dadurch den Widerstand aller europäischen Sozialisten und Gewerkschaftler hervorrufen. Andererseits können die Schumanschen Vorschläge, wenn die in dieser Erklärung enthaltenen allgemeinen Grundsätze beachtet werden, einen entscheidenden Schritt in der Richtung zur europäischen Einheit bedeuten. Sie wären dann der begeisterten Unterstützung der europäischen Sozialisten würdig.

Übersetzung: J. W. Brügel.

Die Ereignisse in Europa

Albanien

7. Juli: Das Kabinett tritt nach einer Verfassungsänderung zurück; General Enver Hodscha bildet eine neue Regierung.

Belgien

5. Juli: Der Senat spricht der Regierung des Ministerpräsidenten Jean Duvieusart mit 90 gegen 83 Stimmen das Vertrauen aus.
8. Juli: Unter Führung von Paul Henri Spaak und dem Vorsitzenden der Liberalen Partei, Roger Morz, huldigen in Brüssel 50 000 Demonstranten Prinzregent Charles und protestieren gegen die Rückkehr von König Leopold.
14. Juli: Nachdem beide Häuser des Parlaments bereits am 6. und 11. Juli die Entscheidung über die Aufhebung des Regentschaftsgesetzes von 1945 verschoben hatten, wird die Abstimmung erneut vertagt.

Deutschland

1. Juli: Der Generalsekretär des Europarates, Camille Paris, der sich zu Besprechungen mit alliierten und deutschen Politikern in Bonn aufhält, erklärt, das Jahr 1950 werde für den Europarat entscheidend sein. Als Mitglied des Europarates könne die Bundesrepublik Vorschläge zur Tagesordnung machen, auch wenn sie nicht Mitglied des Ministerrates sei. Die Frage der Zusammenarbeit zwischen Bundesrepublik und Ministerrat werde zur Zeit überprüft.
- Auf einer Arbeitstagung der Gründungsversammlung des „Bundesverbandes der Flüchtlinge aus der sowjetischen Zone Deutschlands“ in Frankfurt werden Dr. Walter Kunze (Hamburg), Max R. Bauer (Frankfurt) und Otto Bast'an (Stuttgart) zu vorläufigen Vorsitzenden gewählt.
2. Juli: Richard Becker wird zum ersten Vorsitzenden der Demokratischen Partei des Saarlandes gewählt.
3. Juli: Der amerikanische Hohe Kommissar, John J. McCloy, erklärt in einem Interview anlässlich des ersten Jahrestages seiner Amtsübernahme, eine Vereinigung Westdeutschlands mit Ostdeutschland müsse weiterhin auf der Grundlage freier Wahlen versucht werden. In der Tätigkeit rechtsradikaler Gruppen sehe er keine Gefahr, auch halte er ein Verbot der Kommunistischen Partei für unangebracht. Die Vorschläge der Bundesregierung zur Bildung einer Bundespolizei würden von der Hohen Kommission überprüft.
4. Juli: Der amerikanische Hohe Kommissar, John J. McCloy, erklärt in Frankfurt, die Bundesre-

publik benötige keine formelle Sicherheitsgarantie, da die Westmächte einen Angriff auf Westdeutschland als einen Angriff gegen sich selbst betrachten würden.

Bundesfinanzminister Dr. Fritz Schäffer legt dem Kabinett einen Entwurf für ein Lastenausgleichsgesetz vor. Danach sollen jährlich 500 Millionen Mark für Renten und 1 Milliarde Mark für die sogenannte Eingliederungshilfe aufgebracht werden.

Der zweite Deutsche Schriftstellerkongreß wird vom Präsidenten des Kulturbundes in der sowjetischen Zone, Johannes R. Becher, eröffnet.

Auf dem ersten Landesjugendtag der Deutschen Jungdemokraten spricht sich der Vizepräsident des Bundestages, Dr. Hermann Schäfer, für die Einführung eines freiwilligen Arbeitsdienstes aus.

5. Juli: Der Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen, Jakob Kaiser, ruft in einer Rundfunkansprache über RIAS Berlin die westdeutsche Bevölkerung zum „geistigen Widerstand gegen den Kommunismus“ auf. Nur letzte Entschlossenheit könne Westdeutschland vor der „roten Diktatur“ bewahren.

6. Juli: Ministerpräsident Otto Grotewohl als Vertreter der Deutschen Demokratischen Republik und Ministerpräsident Josef Cyrankiewicz als Vertreter Polens unterzeichnen in Görlitz ein Grenzabkommen, durch das die Oder-Neiße-Linie als endgültige Grenze zwischen den beiden Staaten festgelegt wird.

Der Demokratische Block, in dem sämtliche Parteien und politischen Massenorganisationen in der sowjetischen Zone zusammengefaßt sind, beschließt unter dem Vorsitz von Otto Nuschke, die 400 Mandate für die Volkskammer, die sich auf Grund der Parlamentswahlen am 15. Oktober ergeben, folgendermaßen auf die in einer Einheitsliste zusammengeschlossenen Parteien und Organisationen zu verteilen:

SED 25, CDU 15, LDP 15, NDPD 7,5, DBD 7,5, FDGB 10, FDJ 5, DFD 3,7, VVN 3,7, Kulturbund 5, VdGB 1,3 und Genossenschaften 1,3 Prozent. Vertreter der westdeutschen Arbeitnehmer und Arbeitgeber teilen nach einer zweitägigen Konferenz in Maria Laach mit, daß sie eine volle Einigung über das überbetriebliche Mitbestimmungsrecht erzielt haben.

7. Juli: Der amerikanische Hohe Kommissar John J. McCloy erklärt in Frankfurt, nichts rechtfertige die Ansicht, daß irgendwo in Europa ein bewaffneter kommunistischer Angriff wie in Korea bevorstehe.

9. Juli: Die Landtagswahlen von Schleswig-Holstein haben folgendes Ergebnis (Anzahl der Stimmen und Sitze, dahinter in Klammern das Ergebnis der Landtagswahl vom 20. April 1947):

SPD	360 256	19	(469 994	43)
BHE	306 856	15	—	—
CDU	258 781	16	(365 534	21)
DP	125 336	7	—	—
FDP	92 456	8	(53 359	—)
SSW	71 845	4	(59 500	6)
DRP	37 161	—	—	—
KPD	28 249	—	(50 398	—)
SRP	21 041	—	—	—
Parteilos	8 674	—	(489	—)

Anm.: CDU, DP und FDP hatten sich zum „Deutschen Wahlblock“ zusammengeschlossen. — BHE = Bund der Heimatvertriebenen und Entrechteten.

An der Volksabstimmung über Verfassungsänderung hinsichtlich des Wahlgesetzes in Hessen beteiligten sich 33,8 Prozent der 2 980 398 Stimmberechtigten. Für die Verfassungsänderung und damit für das Mehrheitsrecht stimmen 739 947, für die Beibehaltung des Verhältniswahlrechts 203 804 der Wähler.

11. Juli: Die Sozialdemokratische Partei veröffentlicht in Bonn eine Denkschrift, nach der die Sowjetunion seit 1945 aus der Ostzone, zusammen mit ihrem Anteil aus Westdeutschland, Reparationsgüter im Werte von 41,85 Milliarden Mark erhalten hat.
12. Juli: Der sozialdemokratische Bundestagsabgeordnete Dr. Adolf Arndt erhebt in der 73. Sitzung des Bundestages schwere Vorwürfe gegen die Personalpolitik der Regierung und beschuldigt die Bundesregierung, Personen zu beschäftigen, die für die „nazistische Gewaltherrschaft“ an hervorragender Stelle tätig waren.
13. Juli: Die Abgeordneten der Deutschen Reichspartei im Bundestag entheben ihren Fraktionsvorsitzenden, Franz Richter, seines Amtes und beantragen seinen Ausschluß aus der Partei. Während einer Arbeitstagung auf der Wachenburg bei Weinheim wird ein „Deutscher Jugendrat in der Europäischen Bewegung“ gegründet.
14. Juli: Der Bundestag nimmt mit den Stimmen der KPD, des Zentrums, der WAV und Teilen der CDU/CSU einen sozialdemokratischen Antrag an, in dem die Bundesregierung aufgefordert wird, die bisher aufgewandten Subventionen für Lebens- und Düngemittel zur Vermeidung einer Verteuerung des Brotes beizubehalten.

Frankreich

2. Juli: Ministerpräsident Henri Queuille stellt dem Präsidenten der Republik, Vincent Auriol, sein neugebildetes Kabinett vor, das jedoch bei der ersten Abstimmung in der Nationalversammlung am 4. Juli mit 334 gegen 221 Stimmen eine Niederlage erleidet. Nach der Abstimmung erklärt Ministerpräsident Queuille den Rücktritt der Regierung.
3. Juli: In Paris werden die Sechsmächte-Verhandlungen über den Schumanplan wieder aufgenommen. Am 5. Juli werden fünf Ausschüsse

zur Prüfung verschiedener Fragen des Zusammenschlusses der Kohle- und Stahlindustrien eingesetzt. Am 13. Juli wird in einem Kommuniqué bekanntgegeben, daß über die Grundlagen der Montan-Union allgemeine Übereinstimmung erzielt worden sei.

5. Juli: Staatspräsident Vincent Auriol ersucht den Generalsekretär der Sozialistischen Partei, Guy Mollet, eine Regierung zu bilden. Am 7. Juli teilt Mollet dem Staatspräsidenten mit, daß nach seiner Ansicht eine Kompromißlösung zwischen den Parteien möglich sei, lehnt jedoch die Bildung eines Kabinetts ab. Daraufhin beauftragt Staatspräsident Auriol den bisherigen Verteidigungsminister, René Pleven, mit der Regierungsbildung, dessen Investitur am 11. Juli von der Nationalversammlung mit 373 gegen 185 Stimmen bestätigt wird. Das am 12. Juli dem Staatspräsidenten vorgestellte 13. Kabinett seit dem Kriege hat folgende Zusammensetzung: Ministerpräsident: René Pleven (Widerstandsgruppe, UDRS); Staatsminister für die Beziehungen zum Europarat: Guy Mollet (SFIO); Staatsminister für Indochina: Jean Letourneau (Volksrepublikaner, MRP); Innenminister: Henri Queuille (Radikalsozialist); Außenminister: Robert Schuman (MRP); Justizminister: René Mayer (Radikalsozialist); Verteidigungsminister: Jules Moch (SFIO); Wirtschafts- und Finanzminister: Maurice Petsche (unabhängig); Budgetminister: Edgar Faure (Radikalsozialist); Erziehungsminister: Pierre-Olivier Lapie (SFIO); Informationsminister: Albert Gazier (SFIO); Minister für öffentliche Arbeiten und Verkehr: Antoine Pinay (unabh. Rep.); Handels- und Industrieminister: Jean-Marie Louvel (MRP); Landwirtschaftsminister: Pierre Pflimlin (MRP); Wiederaufbauminister Eugène Claudius-Petit (UDSR); Minister für die Überseegebiete: Francois Mitterand (UDSR); Arbeits- und Sozialminister: Paul Bacon (MRP); Gesundheitsminister: Pierre Schneider (MRP); Minister für Kriegsveteranen: Louis Jacquinot (unabh. Rep.); Minister für Post- und Fernmeldewesen: Charles Brune (Radikalsozialist); Minister für die Handelsmarine: Gaston Deferre (SFIO); ohne Portefeuille: Paul Giacobbi (Radikalsozialist).
13. Juli: Die Regierung erreicht bei der ersten Abstimmung in der Nationalversammlung eine unerwartet große Mehrheit von 335 gegen 226 Stimmen. Gegen die Regierung stimmen die Kommunisten und Gaullisten.

Großbritannien

1. Juli: Kriegsminister John Strachey erklärt in einer Rede in Colchester, der Schumanplan sei ein „Komplott“ kapitalistischer Interessengruppen zur Verhinderung der Verstaatlichung der europäischen Schlüsselindustrien. Eine Beteiligung Großbritanniens würde die britische Kohlen- und Stahlindustrie einem allmächtigen Gremium einiger Männer ausliefern, die niemand als sich selbst verantwortlich seien.

3. Juli: Unter Führung des Leiters der Deutschlandabteilung im britischen Außenministerium, Sir Donald Gainer, des amerikanischen Botschafters Lewis W. Douglas und des französischen Botschafters René Massigli tritt in London eine Studiengruppe zu Besprechungen über eine Revision des Besatzungsstatuts für die Deutsche Bundesrepublik zusammen.

In London wird eine Konferenz von Wissenschaftlern und Militärsachverständigen aus acht Ländern des Commonwealth über Rüstungsforschung eröffnet. Der britische Staatssekretär für die Beziehungen mit dem Commonwealth, Patrick Gordon-Walker, weist in seiner Eröffnungsansprache darauf hin, daß der Koreakonflikt die Notwendigkeit der Zusammenarbeit auf diesem Gebiet erneut unterstrichen habe.

5. Juli: Das Unterhaus billigt ohne Abstimmung die von der Regierung getroffenen Hilfsmaßnahmen für Südkorea.

Schatzkanzler Sir Stafford Cripps gibt dem Unterhaus eine weitere Erhöhung der Gold- und Dollarreserven auf nunmehr 2,422 Milliarden Dollar bekannt.

8. Juli: Premierminister Clement R. Attlee bespricht mit Außenminister Ernest Bevin und Innenminister Herbert Morrison den Bericht des Botschafters in Moskau, Sir David Kelly, über dessen Unterredung mit dem sowjetischen stellvertretenden Außenminister Andrej Gromyko.

10. Juli: Die Außenministerstellvertreter vertagen die Verhandlungen über den österreichischen Staatsvertrag auf den 7. September, nachdem der sowjetische Delegierte, Alexander Zarubin, zunächst die Behandlung der Triest-Frage gefordert hatte. Die Vertreter der Westmächte bezeichnen diese Handlungsweise als einen Vorwand zur Hinauszögerung des Vertragsabschlusses. Der amerikanische Vertreter betont, die Westmächte hätten nicht die Absicht, einen Separatfrieden mit Österreich abzuschließen.

13. Juli: Die Regierung erklärt in ihrer Antwort auf die österreichische Bitte um Herabsetzung der Besatzungskosten; sie wolle ihre Besatzungskosten soweit wie möglich verringern. Der österreichische Vorschlag, die Besatzungsmächte möchten ihre Besatzungskosten selbst tragen, werde noch nachgeprüft.

Der australische Ministerpräsident Robert G. Menzies trifft zu einem achttägigen Besuch in London ein, um mit der britischen Regierung Fragen der Verteidigung, Außenpolitik, Finanzpolitik und der Handelsbeziehungen zu besprechen.

15. Juli: Winston Churchill erklärt in Plymouth, die Ereignisse in Korea hätten die Welt dem 3. Weltkrieg näher gebracht. Die Vereinigten Staaten verdienten für ihre entschlossene Haltung Bewunderung. Er müsse den am 11. Juli von General de Gaulle gemachten Äußerungen, die europäische Verteidigung sei ungenügend, zustimmen.

Italien

4. Juli: In Rom wird eine Sozialkonferenz der Europäischen Bewegung eröffnet, die am 7. Juli beendet wird. Es werden Vorschläge zur Bildung eines internationalen Kompensierungsfonds gemacht und die Ausarbeitung eines europäischen Auswanderungsplanes im Einklang mit dem Punkt 4-Programm empfohlen. Die Resolutionen sollen dem Europarat unterbreitet werden.

Jugoslawien

6. Juli: In der in Bukarest erscheinenden Kominformzeitung „Für dauerhaften Frieden, für Volksdemokratie“ fordert der emigrierte Generalsekretär der griechischen Kommunistischen Partei, Nicolas Zachariades, die kominformtreuen Kommunisten Jugoslawiens auf, die im Entstehen begriffene „Achse Belgrad-Athen“ zu sabotieren.

12. Juli: Die amtliche Nachrichtenagentur Tanjug berichtet von neuen Truppenkonzentrationen entlang den jugoslawischen Grenzen in Bulgarien, Rumänien und Ungarn. Die Regierung schränkt den Reiseverkehr in den Grenzgebieten ein.

13. Juli: In einer der Regierung überreichten Note beschuldigt die albanische Regierung Jugoslawien mehrerer Grenzverletzungen durch jugoslawische Truppen. Am 14. Juli überreicht das Außenministerium der bulgarischen Gesandtschaft eine Note, in der gegen Grenzverletzungen durch bulgarische Truppen protestiert wird.

Österreich

2. Juli: Innenminister Oskar Helmer verbietet infolge nationalistischer Ausschreitungen bei einer Versammlung in Graz den Landesverband Steiermark des Verbandes der Unabhängigen.

Rumänien

5. Juli: Der apostolische Nuntius, Monsignore Gerald Patrick O'Hara, und zwei weitere Mitglieder der Nuntiatur werden unter Beschuldigung der Spionage des Landes verwiesen.

Schweiz

3. Juli: Die 33. Jahreskonferenz der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) in Genf wird beendet.

Sowjetunion

4. Juli: Die amtliche Nachrichtenagentur TASS veröffentlicht eine Erklärung des stellvertretenden Außenministers Andrej Gromyko, in der der Standpunkt der Sowjetunion zum Koreakonflikt dargelegt und festgestellt wird, der Konflikt sei durch einen Angriff Südkoreas entstanden. Das bewaffnete Eingreifen der Vereinigten Staaten sei bereits vor dem entsprechenden Beschluß des Sicherheitsrats erfolgt. Der Sicherheitsrat solle die Einstellung der militärischen Intervention und die sofortige Zurückziehung der amerikanischen Truppen aus Korea anordnen.

7. Juli: Die amtliche Nachrichtenagentur TASS veröffentlicht eine Erklärung, der britische Botschafter, Sir David Kelly, habe bei seinem Ge-

sprach mit dem stellvertretenden Außenminister Andrej Gromyko am 6. Juli keinen Vorschlag zu einer friedlichen Regelung der Koreafrage unterbreitet. Am 11. Juli findet eine weitere Unterredung über die Koreafrage statt. Der amerikanische Botschafter, Admiral Alan G. Kirk, überreicht dem Außenministerium eine Note, in der die sowjetische Behauptung über den Abwurf von Kartoffelkäfern durch amerikanische Flugzeuge über der sowjetischen Besatzungszone in Deutschland zurückgewiesen wird.

11. Juli: In einer von Radio Moskau veröffentlichten Note an den Generalsekretär der Vereinten Nationen, Trygve Lie, bezeichnet die sowjetische Regierung auch den Beschluß des Sicherheitsrates über die Schaffung eines einheitlichen amerikanischen Oberbefehls als rechtswidrig.
14. Juli: Die Vereinigten Staaten, Großbritannien und Frankreich überreichen dem Außenministerium Noten gleichen Inhalts, in denen festgestellt wird, daß die Sowjetunion ihre eingegangenen Verpflichtungen hinsichtlich der Entlassung der deutschen Kriegsgefangenen nicht erfüllt habe. Die Sowjetunion wird aufgefordert, Auskünfte über die noch als Kriegsverbrecher zurückgehaltenen Kriegsgefangenen zu erteilen und einer Untersuchung über das Schicksal von vermißten Kriegsgefangenen durch eine internationale Körperschaft zuzustimmen.

15. Juli: Generalissimus Josef W. Stalin läßt dem indischen Botschafter, Sir Sarvopalli Radhakrishnan eine persönliche Botschaft an Ministerpräsident Pandit Nehru überreichen, in der er zu dem indischen Vermittlungsvorschlag im Koreakonflikt Stellung nimmt.

Tschechoslowakei

4. Juli: Der Minister für Kirchenangelegenheiten, Zdenek Fierlinger, erklärt auf einem Pilgertreffen in Velehrad, die Regierung sei entschlossen, in ihrer Auseinandersetzung mit der römisch-katholischen Geistlichkeit ein baldiges Ende zu erzwingen.
12. Juli: Die slowakische Nationalversammlung verabschiedet ein Gesetz, das für Spionage, Sabotage und Hochverrat schwerste Strafen vorsieht. Auch die Verbreitung von beunruhigenden Gerüchten, der Gebrauch der Religion zur Einflußnahme auf die Politik und das unerlaubte Verlassen des Landes werden unter Strafe gestellt.
14. Juli: Der Präsident des Nationalrates, Dr. Karol Smidke, tritt zurück. Zu seinem Nachfolger wird der bisherige Vizepräsident, Frantisek Kubac, ernannt.

Ungarn

14. Juli: Offiziell wird bekanntgegeben, daß für das Betreten eines 15 Kilometer breiten Streifens entlang der jugoslawischen Grenze besondere Pässe notwendig sind.

Wichtige Ereignisse in der übrigen Welt

Afrika

Ägypten

11. Juli: Außenminister Salah Eddin Bey erklärt, der Aggression in Korea müsse Einhalt geboten werden. Ägypten habe jedoch eine Unterstützung des Sanktionsbeschlusses des Sicherheitsrates abgelehnt, weil dieser im Nahen Osten kein so entschlossenes Vorgehen gegen den Angreifer gezeigt habe.
13. Juli: Der Chef des britischen Empire-Generalstabes, Feldmarschall Sir William Slim, bespricht in einer Konferenz mit Außenminister Salah Eddin Bey und Innenminister Ibrahim Farag die Verteidigung des Nahen Ostens.

Amerika

Ekuador

11. Juli: Die Regierung tritt zurück, um dem Präsidenten Galo Plaza die Möglichkeit zur Umbildung des Kabinetts zu geben.

Peru

2. Juli: General Manuel A. Odria wird als einziger Kandidat für sechs Jahre zum Präsidenten der Republik gewählt.

Vereinigte Staaten

3. Juli: Der Vorsitzende des Militärausschusses des Senats, Millard Tydings, erklärt im Rundfunk, die Sowjetunion schaffe in Korea einen

Probefall für weitere Schritte gegen wertvollere Ziele wie Persien, Griechenland oder Jugoslawien.

4. Juli: Der republikanische Berater des Außenministers, John Foster Dulles, erklärt anläßlich des Unabhängigkeitstages, die freien Nationen der Welt müßten jetzt beweisen, daß sich eine unprovokierte Aggression nicht lohne.
5. Juli: Außenminister Dean Acheson weist in einer Pressekonferenz die sowjetischen Behauptungen zurück, daß die südkoreanische Republik der Angreifer im Koreakonflikt sei. Die Stabschefs der französischen Land-, See- und Luftstreitkräfte, General Charles F. Lecheres, Konteradmiral Marcel P. Deramond und Generalleutnant Clement Blanc treffen zu Besprechungen über Probleme des Nordatlantikpaktes und der Waffenhilfe in Washington ein. Außenminister Dean Acheson befürwortet die von 13 Senatoren in einer Resolution vorgeschlagene eingehende Information der Völker im Rahmen eines Programms, das „Marshallplan der Ideen“ genannt wird, und bezeichnet die Verbreitung der Wahrheit als integrierenden Teil der amerikanischen Außenpolitik.
7. Juli: Die Regierung ordnet die Anwendung des Einberufungsgesetzes an, um die Streitkräfte auf den für den Krieg in Korea erforderlichen Stand zu bringen. Freiwilligenmeldungen sollen ebenfalls angenommen werden.

Präsident Harry S. Truman fordert vom Kongreß die Bewilligung von 260 Millionen Dollar zur beschleunigten Herstellung von Atombomben und zur Weiterentwicklung der Wasserstoffbombe.

Eine Militärmission unter Führung von Generalmajor Graves *Erskin* verläßt die Vereinigten Staaten, um in Indochina, Indonesien, Malaya, Burma und auf den Philippinen die Notwendigkeit amerikanischer militärischer Hilfe zu studieren.

9. Juli: Die von Präsident Truman am 9. Mai vorgeschlagene Ernennung des ehemaligen Luftfahrtministers W. Stuart *Symington* zum Präsidenten des „National Security Resources Board“ tritt in Kraft, da der Kongreß keine Einwendungen erhebt. Diese Behörde soll Pläne für die notwendigen Maßnahmen im Falle einer Mobilmachung und für die Umstellung der Friedensproduktion auf die Kriegsproduktion ausarbeiten, um eine angemessene Kriegsbereitschaft im Falle eines zukünftigen Krieges zu gewährleisten.
10. Juli Die Sprecher beider Häuser des Kongresses, Scott *Lucas* (Senat) und Sam *Rayburn* (Repräsentantenhaus) sichern Präsident Truman zu, daß der Kongreß alle notwendigen Mittel zur Finanzierung des Koreakrieges zur Verfügung stellen werde.
11. Juli: Nachdem der Chef des vereinigten Generalstabes, General Omar N. *Bradley*, den Militärausschuß des Senats über die militärischen Ereignisse in Korea unterrichtet hat, warnt der Vorsitzende, Senator Millard E. *Tydings*, davor, den Ernst der Lage in Korea zu unterschätzen. Der Außenpolitische Ausschuß des Repräsentantenhauses billigt einstimmig das Waffenhilfsprogramm für 1951 in Höhe von 1,2 Milliarden Dollar und fordert den Abschluß eines Verteidigungspaktes für den Pazifik nach Muster des Atlantikpaktes.
12. Juli: Außenminister Dean *Acheson* gibt bekannt, daß 52 von den 59 Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen die Resolution des Sicherheitsrates zur Unterstützung Südkoreas gutgeheißen hätten.
13. Juli: Präsident Harry S. Truman versichert in seiner Pressekonferenz, daß die Vereinigten Staaten in Korea nicht geschlagen würden. Die Streitkräfte in Korea seien stark genug, einen Brückenkopf zu halten, aus dem heraus eine Gegenoffensive den 38. Breitengrad wieder erreichen könne.
14. Juli: Das Außenministerium gibt für die Lösung des Koreakonfliktes folgende Mindestbedingungen bekannt: sofortige Einstellung der Angriffe und Zurücknahme der nordkoreanischen Truppen hinter den 38. Breitengrad, Lösung der Krise durch die Vereinten Nationen, keine direkten Verhandlungen mit der Sowjetunion.
15. Juli: Der Vorsitzende der Fortschrittspartei, Henry *Wallace*, erklärt, er stehe im Gegensatz

zu anderen führenden Mitgliedern seiner Partei im Koreakonflikt auf Seiten der Vereinigten Staaten und der Vereinten Nationen.

Asien

Burma

15. Juli: Die Regierung gibt bekannt, daß Kämpfe mit aus Yünnan eingedrungenen nationalchinesischen Truppeneinheiten im Gange sind.

China

1. Juli Die kommunistische Partei kündigt eine neue Säuberungsaktion an, nachdem ihre Mitgliederzahl auf insgesamt 5 Millionen angestiegen ist.
6. Juli Der Premierminister der Nationalregierung, General *Chen Cheng*, weist in einem Interview auf die widerspruchsvolle Politik der Westmächte gegenüber China hin. Die Vereinigten Staaten hätten zwar ihrer Flotte den Auftrag erteilt, Formosa gegen einen kommunistischen Angriff zu schützen, sie verweigerten aber nach wie vor das dringend benötigte Kriegsmaterial.
- Der Außenminister der Chinesischen Volksrepublik, *Tschu Enlai*, teilt den Vereinten Nationen mit, das chinesische Volk sei entschlossen, die Insel Formosa trotz der amerikanischen militärischen Maßnahmen zu befreien. Die Anweisung des Präsidenten Truman an die 7. amerikanische Flotte, die Insel zu verteidigen, sei ein Akt offener Aggression.
7. Juli: Die Nationalregierung erteilt ihren Kriegsschiffen den Auftrag, den Kaperkrieg gegen alle Schiffe, die unter chinesischer Flagge fahren, wieder aufzunehmen. In einer Mitteilung an die Regierung der Vereinigten Staaten heißt es, daß diese Ausnahme von der am 27. Juni eingegangenen Verpflichtung zur Enthaltung jeglicher Angriffsoperationen gegen das Festland aus Gründen der Selbstverteidigung notwendig geworden sei.

Indien

13. Juli: Die indischen Botschafter in Washington und Moskau überreichen Botschaften des Ministerpräsidenten *Pandit Nehru* an Außenminister Dean *Acheson* und Generalissimus Josef W. *Stalin*, in denen die beiden Mächte aufgefordert werden, den Koreakonflikt zu lokalisieren.

Indonesien

15. Juli: Einheiten der Armee landen auf der zur Celebes-Gruppe gehörigen Insel Buru und nehmen den Kampf gegen aufständische Verbände der separatistischen Republik Süd-Molukken auf.

Japan

8. Juli: General Douglas *MacArthur* ermächtigt den Premierminister *Shigeru Yoshida*, die Stärke der japanischen Polizei und der Küstenschutz-einheiten auf mehr als das Doppelte zu erhöhen, um die innere Sicherheit Japans gegen jeden Angriff illegaler Minderheiten zu gewährleisten.
11. Juli: Premierminister *Shigeru Yoshida* erklärt, Japan könne im gegenwärtigen Konflikt nicht

neutral bleiben. Die Neutralität würde den Abschluß des Friedensvertrages verzögern und in der freien Welt den Eindruck hervorrufen, daß Japan sich noch immer nicht für die Demokratie entschieden habe.

Korea

1. Juli: Die ersten amerikanischen Bodentruppen treffen in Korea ein. Nordkoreanische Truppen überschreiten den Han-Fluß an mehreren Stellen. Am 2. Juli teilt das Hauptquartier von General *MacArthur* mit, daß General *William Dean* zum Oberkommandierenden aller amerikanischen Truppen in Korea ernannt worden ist.
3. Juli: Der nordkoreanische Außenminister *Pak Hen-nen* teilt in einem Telegramm an die Vereinten Nationen mit, daß die nordkoreanische Regierung den Sanktionsbeschluß des Sicherheitsrates nicht anerkenne.
4. Juli: Nordkoreanische Streitkräfte nehmen Stadt und Flughafen Suwon. Amerikanische Bodentruppen greifen erstmals in die Kämpfe ein. Am 5. Juli gehen nordkoreanische Truppeneinheiten südlich Suwon zu neuen Angriffen über, nehmen die Hafenstadt Incheon und dringen am 6. Juli in Pyongtaek und Chonan ein. Amerikanische Truppen versuchen, am Kum-Fluß eine neue Verteidigungslinie aufzubauen.
8. Juli: General *Douglas MacArthur* übernimmt gemäß dem Beschluß des Sicherheitsrates vom 7. Juli den Oberbefehl über sämtliche Streitkräfte der Vereinten Nationen, die der südkoreanischen Republik Beistand leisten. Das Präsidium der Obersten Volksversammlung der koreanischen Volksrepublik (Nordkorea) erläßt eine Verordnung über die Durchführung der Bodenreform in den besetzten südkoreanischen Gebieten.
10. Juli: Amerikanische Panzertruppen greifen nördlich des Kum-Flusses erstmals in die Kämpfe ein. Nordkoreanische Truppen besetzen Chongan. Am 12. Juli geht der größte Teil der amerikanischen Streitkräfte auf das Südufer des Kum-Flusses zurück. An der Ostküste gelandete nordkoreanische Einheiten bedrohen das Gebiet des amerikanischen Nachschubhafens Pusan. Generalleutnant *Walton H. Walker* übernimmt den Oberbefehl über die amerikanischen Bodentruppen. Am 14. Juli beginnen die nordkoreanischen Truppen mit einem Frontalangriff auf die Kum-Stellung. Im Raume von Kongju gelingt ihnen die Bildung eines Brückenkopfes. Partisanen im Landesinnern und an der Ostküste bedrohen die amerikanische Nachschublinie.
- Der nordkoreanische Ministerpräsident und Oberbefehlshaber, *Kim Ir Sen*, richtet einen Aufruf an die Truppen und das Volk, der amerikanischen Intervention mit einem entscheidenden Gegenschlag zu begegnen.
13. Juli: Die beiden koreanischen Regierungen erklären auf den Appell der Vereinten Nationen hin, daß sie die Bestimmungen der Genfer Kon-

vention über die Kriegsgefangenen genau einhalten werden.

14. Juli: Die südkoreanische Regierung verläßt Taejon.

Malaja

2. Juli: Der Chef des Empire-Generalstabs, Feldmarschall *William Slim*, trifft in Singapore zu Besprechungen mit britischen Kommandeuren über den Kampf gegen die kommunistischen Guerillas ein.

Persien

5. Juli: Das Parlament spricht dem neuen Ministerpräsidenten, General *Ali Razmara*, mit 94 gegen 7 Stimmen und der Senat am 10. Juli mit 35 gegen 4 Stimmen das Vertrauen aus.
14. Juli: Ministerpräsident General *Ali Razmara* erklärt, Persien sei entschlossen, sich gegen einen sowjetischen Angriff zu verteidigen.

Philippinen

4. Juli: Der amerikanische Botschafter, *Myron M. Cowen*, versichert in einer Botschaft an die Bevölkerung anläßlich des vierten Jahrestages der Unabhängigkeit, daß die Vereinigten Staaten die Philippinen gegen jeden Angriff verteidigen würden.

Australien

Australischer Bund

5. Juli: Der Verteidigungsrat beschließt die Einführung der Militärdienstpflicht für die Jahrgänge von 18 bis 25 Jahren.

Organisation der Vereinten Nationen

2. Juli: Der persönliche Vertreter des Generalsekretärs der Vereinten Nationen, Oberst *Alfred Katzin*, begibt sich mit vier Beobachtern nach Korea.
3. Juli: Die nordkoreanische Regierung richtet eine Protestnote an die Vereinten Nationen, in der die Vereinigten Staaten der „unverhüllten Aggression“ in Korea beschuldigt werden.
7. Juli: Der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen beschließt mit 7 gegen 0 Stimmen, die Vereinigten Staaten mit der Ernennung eines Oberbefehlshabers für die Streitkräfte der Vereinten Nationen in Korea zu beauftragen. Der amerikanische Oberbefehlshaber erhält das Recht, die Flagge der Vereinten Nationen zu führen. Für die Resolution stimmen die Vereinigten Staaten, Großbritannien, Frankreich, Nationalchina, Kuba, Ekuador und Norwegen. Ägypten, Indien und Jugoslawien enthalten sich der Stimme. Der sowjetische Delegierte ist nicht anwesend. Am 8. Juli ernennt Präsident *Truman* den Oberbefehlshaber der Besatzungstruppen in Japan, General *MacArthur*, zum Oberbefehlshaber der Streitkräfte der Vereinten Nationen in Korea.
14. Juli: Der Generalsekretär der Vereinten Nationen, *Trygve Lie*, fordert auf Ersuchen der Vereinigten Staaten 50 Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen auf, die Frage der Entsendung von Streitkräften, insbesondere Bodentruppen, nach Korea zu überprüfen.

NEUEINGÄNGE IN UNSEREM ARCHIV

5. JAHR

WICHTIGE ZUGÄNGE VOM 16. JUNI BIS 15. JULI 1950

15. FOLGE

Bücher und Broschüren

Bericht der Warenrevisionsstelle bei dem Bundesministerium für den Marshallplan in Frankfurt/M. Eschersheimer Landstr. 1, für das 1. Vierteljahr 1950 und über die Vorarbeiten. Erstattet von dem Leiter der Warenrevisionsstelle unter Mitwirkung der mit der Geschäftsführung beauftragten Deutschen Revisions- und Treuhand-Aktien-Gesellschaft. 21 S.

Binder, Rudolf, unter Mitarbeit von Günther Teske: Die Belastung durch die persönliche Einkommensteuer in Deutschland, England und den Vereinigten Staaten. Kieler Studien. Forschungsberichte des Instituts für Weltwirtschaft an der Universität Kiel. Herausgegeben von Prof. Dr. Fritz Baade. Heft 11. Kiel, Institut für Weltwirtschaft; 1950. VII, 196 S. und 26 Schaubilder. Preis: brosch. DM 15,—.

Diese neue Kieler Studie hat der Bundesregierung bei ihren Verhandlungen über die Einkommensteuer-Reform als wissenschaftliches Gutachten zur Verfügung gestanden. Die Arbeit vergleicht die Belastung der Einkommensteuer durch die Einkommensteuer in Deutschland, Großbritannien und den Vereinigten Staaten. Dabei ergibt sich bei der Untersuchung der Breite der nationalen Besteuerungsbasis, daß in der Bundesrepublik ein größerer Teil des Volkseinkommens unter die Einkommensteuer fällt als in den beiden anderen Ländern. Die Arbeit kommt zu dem Ergebnis, daß in Westdeutschland das durchschnittliche Volkseinkommen je Kopf der Bevölkerung rund die Hälfte des britischen und rund den vierten Teil des amerikanischen Volkseinkommens beträgt. Viele Tabellen und Schaubilder sowie eine ganze Reihe von Veranlagungsbeispielen bestätigen die Darlegungen.

Conseil de l'Europe. Assemblée Consultative. Première Session. 10 Août—8 Septembre 1949. Documents de Séance. Strasbourg, CE; 1949. 301 S.

Conseil de l'Europe. Assemblée Consultative. Première Session. 10 Août—8 Septembre 1949. Comptes Rendus. Tome I, Séances 1 à 11. Strasbourg, CE; 1949. 366 S.

Conseil de l'Europe. Assemblée Consultative. Première Session. 10 Août—8 Septembre 1949. Comptes Rendus. Tome II, Séances 12 à 18. Strasbourg, CE; 1949. 696 S.

Council of Europe. Consultative Assembly. First Session. 10th August—8th September 1949. Reports. Part I. Sittings 1 to 11. Strasbourg, CE; 1949. S. 1—350.

Council of Europe. Consultative Assembly. First Session. 10th August—8th September 1949. Reports. Part II. Sittings 12 to 18. Strasbourg, CE; 1949. S. 351—668.

Die revidierte deutsche Gemeindeordnung vom 1. April 1946 nebst Gemeindewahlgesetz in der für das Land Nordrhein-Westfalen durch die Ergänzungsgesetze geänderten Fassung nach dem Stande vom 11. Oktober 1949. Köln und Opladen, Westdeutscher Verlag. 68 S. Preis: brosch. DM 2,—.

Economic Development in Selected Countries. Plans, Programmes and Agencies. Volume II. United Nations Publications Sales Nr. 1950, II B. 1. Lake Success, New York, United Nations Department of Economic Affairs; Februar 1950. XIII, 271 S. Preis: \$ 2.—, 15/—Stg, swf. 8,00.

Als zweiter in einer Reihe von Untersuchungen, die sich mit den Programmen der wirtschaftlichen Entwicklung verschiedener Länder befassen, enthält dieser Bericht die Programme von Australien, Bulgarien, Columbien, Neuseeland, den Philippinen, Puerto Rico, Südrhodesien und der Südafrikanischen Union. Der Bericht beschränkt sich auf Darlegung der besonders bemerkenswerten Punkte der einzelnen Programme für die wirtschaftliche Entwicklung und gibt eine Übersicht über die für die Durchführung der Pläne verantwortlichen Behörden in den einzelnen Ländern. Erwähnt werden auch die Hindernisse, die in den verschiedenen Ländern auftreten, sowie einige der Methoden, die zu der Beseitigung dieser Hindernisse angewandt werden. Die Ausführungen werden durch eine Reihe von aufschlußreichen Statistiken ergänzt.

Erster Bericht der Deutschen Bundesregierung über die Durchführung des Marshallplanes. 1. Oktober 1949 bis 31. Dezember 1949. Erstattet vom Bundesminister für den Marshallplan, Bonn; 1950.

Europäisches Wiederaufbau-Programm. Zweiter Bericht der Organisation für europäische wirtschaftliche Zusammenarbeit (OEEC). Deutsche Fassung. Organisation für europäische Wirtschaftszusammenarbeit. Herausgegeben vom Bundesministerium für den Marshallplan. Bonn; April 1950. 179 S.

Germany's Parliament in Action. The September 1949 Debate on the Government's Statement of Policy. Office of the U.S. High Commissioner for Germany. Prepared by: CFM & Research Branch Foreign Relations Division Office of Political Affairs. Washington, Superintendent of Documents, U.S. Government Printing Office; 1950. 112 S.

Gross, Hermann: Ein Beitrag zur Aufteilung der I.G. Farbenindustrie Aktiengesellschaft. Kiel, Außenstelle des Instituts für Weltwirtschaft; 1949. 12 S., 5 Schaubilder. Preis: brosch. DM 4,20.

Eine in einer Reihe von Schaubildern vorgenommene Untersuchung der zum I. G. Konzern gehörenden Werke vermittelt eine Vorstellung über das Ausmaß, das eine Aufteilung und Verkleinerung der I. G. erreichen würde und welche Rangordnung den zukünftig nachfolgenden Firmen der I. G. im Vergleich mit anderen Chemiefirmen der Welt zukommen würde. Ein besonders eindrucksvolles Bild von der relativen Größenordnung der deutschen Chemie innerhalb der Weltchemie gibt die Darstellung über Umsatz und Belegschaft im Jahre 1948 auf Seite 10 der Untersuchung, aus der hervorgeht, daß die Umsätze und Belegschaften im Jahre 1948 ein vielfaches des Umsatzes und der Belegschaft der jetzigen drei westdeutschen I.G. Werksgruppen betragen haben.

Handbuch für Testamente und Erbverträge bearbeitet von M. Schwartz, Verwaltungsinspektor. Kleine Fachbibliothek für Verwaltung und Recht. Band 1. Frankfurt/M., Wolfgang Metzner Verlag; 1950. 94 S. Preis: DM 3,20.

Hobbing, Reimar: Eine verlorene Generation? 25 Jahre Städtisches Jugendamt Braunschweig. Kommunalpolitische Schriften der Stadt Braunschweig, Heft 9, Braunschweig. Herausgegeben im Auftrage des Oberstadtdirektors vom Statistischen Amt; April 1950. 58 S.

Maurach, Reinhart: Die Kriegsverbrecherprozesse gegen deutsche Gefangene in der Sowjetunion. Hamburg, Arbeitsgemeinschaft vom Roten Kreuz in Deutschland, Britische Zone, Rechtsschutz für Kriegsgefangene und Zivilarbeiter im Ausland; 1950. 96 S.

Diese Schrift enthält keine Darstellung von Einzelschicksalen deutscher Kriegsgefangener, sondern befaßt sich mit einer Darlegung der völkerrechtlichen Grundlagen der Kriegsverbrecher-Prozesse in der Sowjetunion. Dabei beschränkt sich der Verfasser auf eine sachliche Erörterung der politischen Grundlagen in der Sowjetunion, des hierauf bauenden sowjetischen Rechtssystems und seiner Anwendung in den Kriegsverbrecher-Prozessen. Der Verfasser kommt zu dem Schluß, daß der beste Weg zur Regelung des Schicksals der verurteilten deutschen Kriegsgefangenen der Weg der Gnade sei.

National Programs of International Cultural Relations. International Conciliation, No. 462, June, 1950. New York, Carnegie Endowment for International Peace. Preis: Einzelheft 10 cents.

Niedersächsische Landschaftsgliederung. Bearbeitet und herausgegeben von Oberstadtdirektor Erich Walter Lotz und Ratsherrn Schriftleiter Frank Glatzel. Kommunalpolitische Schriften der Stadt Braunschweig, Heft 8. Februar 1950. Braunschweig, Statistisches Amt; 1950. 60 S. und 5 Karten.

Report on Germany. 1st Quarterly. September 21-December 31, 1949. Office of the U.S. High Commissioner for Germany. Washington, Superintendent of Documents. U.S. Government Printing Office; 1949. VII, 79 S.

Ronde, Hans: Von Versailles bis Lausanne. Der Verlauf der Reparationsverhandlungen nach dem ersten Weltkrieg. Verfaßt im Auftrag der Forschungsstelle für Staatswirtschaft in Hamburg. Göttinger Studien zum Völkerrecht und internationalen Privatrecht. Herausgegeben von Prof. Dr. Herbert Kraus, Göttingen und Prof. Dr. Günther Beitzke, Göttingen. Stuttgart und Köln, W. Kohlhammer Verlag; 1950. 211 S. Preis: kart. DM 12.—.

In einer Zeit, in der sich zum zweiten Male die ehemaligen Kriegsgegner Deutschlands mit den Fragen der Demontagen und Reparationen beschäftigen, erscheint dieses Buch und führt die Geschichte der Reparationsverhandlungen vor Augen, die nach Schluß des ersten Weltkrieges begannen und mit der Lausanner Konferenz im Jahre 1932 ihr Ende fanden. Das Buch gibt ein umfassendes Bild von dem Ablauf der damaligen Verhandlungen und erhält seinen besonderen Wert dadurch, daß es ein umfangreiches Urkundenmaterial im vollen Wortlaut der Öffentlichkeit zugänglich macht.

Seventh Report to Congress of the Economic Cooperation Administration. For the Quarter ended December 31, 1949. Washington, Superintendent of Documents, U.S. Government Printing Office; X, 158 S. Preis: brosch. 40 cents.

The United States and Europe 1949. A Bibliographical Examination of Thought Expressed in American Publications During 1949. Washington, European Affairs Division; Dezember 1949. 192 S. Preis \$ 1.30 kart.

Diese Bibliographie enthält eine Auswahl der wichtigsten Artikel aus amerikanischen Publikationen, die im Zusammenhang mit europäischen Fragen veröffentlicht wurden.

Texte und Dokumente

Dokumente zum Krieg in Korea. Erste Resolution des Sicherheitsrates vom 25. Juni 1950; Erklärung Präsident Trumans vom 27. Juni 1950; Zweite Resolution des Sicherheitsrates vom 27. Juni 1950. In: Agence France-Presse. Information et Documentation, Nr. 298 vom 1. Juli 1950.

Europa und seine Kultur. Vortrag, gehalten von Denis de Rougemont, Direktor des Centre Européen de la Culture, am 6. Juli 1950 an der Universität Heidelberg. In: Europäische Korrespondenz Nr. 19 vom 6. Juli 1950.

Union européenne de Paiements et Règles de Politiques commerciales à suivre par les Pays Membres. Document approuvé par le Conseil de l'O.E.C.E. dans sa 182e séance. (6—7 juillet 1950.) In: „La Documentation Française, Notes et Etudes Documentaires“ No. 1351 vom 12. Juli 1950.

Neue Zeitschriften

Der Markenartikel. Monatszeitschrift zur Förderung der Qualitätsware. Herausgegeben von Dr. Hans Lutz; 1. Heft Mai 1950. 12. Jahr. München, C.H. Beck'sche Verlagsbuchhandlung. 80 S. Preis: brosch. DM 7,50 1/4 jährlich.

Die Nation. Blätter für österreichische Erneuerung. Herausgeber: „Österreichische Gemeinschaft“, Bundesleitung, Salzburg. Salzburg, Österreichischer Kulturverlag; 2. Jahr, 1950. Preis: Für ein ganzes Jahr 10,— öS, für ein halbes Jahr 5,50 öS, für das Ausland für ein ganzes Jahr 1,50 USA-Dollar.

Diese zweimonatlich erscheinende Zeitschrift tritt für die politische und kulturelle Selbständigkeit Österreichs ein. Unter dem Motto „Wir haben uns als Nation konstituiert“ (Stadion, 1809) wird versucht, die Eigenständigkeit einer österreichischen Nation und ihre Bedeutung im europäischen Bereich klar zu machen.

Statistical Bulletin of the Foreign Trade of the Participating Countries, Paris, Organisation for European Economic Co-Operation; Mai 1950.

Diese im Auftrage der OEEC erschienene Außenhandelsstatistik berichtet laufend monatlich über die Ein- und Ausfuhr aller am Marshallplan beteiligten Länder, einschließlich der Vereinigten Staaten und Kanada. Die Außenhandelszahlen für die Jahre 1946 bis 1949 sind ebenfalls enthalten. Für jedes Land bringt diese Statistik ausführliche Tabellen, die bei den Einfuhren über die Herkunftsländer und bei den Ausfuhren über die Bestimmungsländer Auskunft geben. Das statistische Material ist auf den offiziellen Quellen der betreffenden Länder aufgebaut.

Die britische Diplomatie im Wandel der Nachkriegszeit

Der Auswärtige Dienst und die Änderung der britischen Gesellschaftsstruktur

Es gibt heute kein Land der Welt, dessen Auswärtiger Dienst auf eine ähnlich lange ununterbrochene Tradition zurückblicken kann wie der Großbritanniens. Es gibt aber auch keine Großmacht, deren Stellung in der Welt sich in den letzten fünfundzwanzig Jahren so radikal gewandelt hat, wie die Großbritanniens. Selbst der Zusammenbruch des Deutschen Reiches mit seinen gewaltigen Folgen wird, auf die Dauer gesehen, kaum so wahrhaft welterschütternde Auswirkungen haben, wie die Loslösung Indiens aus dem britischen Weltreich und der Übergang der Herrschaft der Meere auf die Vereinigten Staaten von Amerika, um nur die zwei wichtigsten Pfeiler der britischen Weltgeltung zu erwähnen, die in den letzten Jahren in aller Stille ihre tragende Position verloren haben.

Diese Spannung zwischen der traditionsgebundenen äußeren Form und der inneren, aus der geistigen, sozialen und wirtschaftlichen Umformung aller Kontinente geborenen Dynamik der britischen Außenpolitik stellt die Nachfahren von *Chatham*, *Canning*, und *Disraeli* in Whitehall und Westminster vor Aufgaben von äußerster Schwierigkeit.

Die Haltung Großbritanniens zur Frage der europäischen Einigung, die auf dem Kontinent mit wachsender Bitterkeit und Schärfe kritisiert wird, ist nur eines und nicht das zentrale Thema der britischen Politik, die auch heute noch, wenn auch mit verminderter Stärke an allen Kontinenten und auf allen Meeren engagiert ist. Dies zeigt der folgende Beitrag besonders deutlich.

Die Unterlagen über die Organisation des Foreign Office wurden dem Autor anlässlich eines Studienaufenthaltes in London von Mr. J. H. Moore (*German Education and Information Department* im Foreign Office) freundlicherweise überlassen. Co.

Aufgaben und Gliederung des Britischen Auswärtigen Dienstes*

Neue Funktionen als Folge der beiden Weltkriege

Die Struktur des britischen Diplomatischen Dienstes hat sich von der Zeit des Wiener Kongresses bis in die ersten Jahre nach dem Tode der Königin *Victoria*, als 1906 Sir Eyre Crowe die ersten Personalreformen durchführte, kaum gewandelt. Die beiden Weltkriege haben dann allerdings — unter Wahrung der traditionellen äußeren Formen — einen gewaltigen Umschwung herbeigeführt.

Schon der Erste Weltkrieg führte zur Schaffung einer Reihe von Sonderabteilungen im *Foreign Office*. So entstand aus den Erfordernissen der Blockade die Kriegshandels-Abtei-

lung, die später zur Schaffung eines entsprechenden Ministeriums (*Ministry of Economic Warfare*) führte. Als zweites großes Aufgabengebiet kam der politische Nachrichtendienst hinzu, aus dem sich zum ersten Mal in der modernen Kriegführung das Sondergebiet der Propaganda herauschälte. Die Sonderaufgaben der wirtschaftlichen Kriegführung und der Propaganda wurden im Gegensatz zum Ersten Weltkrieg in Sonderministerien zusammengefaßt und mit vertrauten Mitarbeitern des Ministerpräsidenten besetzt.

Das im Zweiten Weltkrieg geschaffene Informationsministerium wurde im April 1946 aufgelöst. Die das Ausland betreffenden Aufgaben

*) Siehe zum Vergleich den Beitrag von Richard Sallet, *Außenministerium und Auswärtiger Dienst der Vereinigten Staaten* in *Europa-Archiv* 2/1950, S. 2749—2756. Das neueste uns zur Verfügung

stehende Organisationsschema des amerikanischen Außenministeriums bringen wir zum Vergleich mit der Organisation des Foreign Office auf S. 3271 dieser Folge.

wurden durch das Foreign Office übernommen. Für Großbritannien selbst wurde das *Central Office of Information* geschaffen¹.

Bis September 1949 bestanden im Foreign Office zehn einzelne *Information Departments*. Verschiedene dieser Unterabteilungen wurden in der Folgezeit aufgelöst. Heute bilden die Unterabteilungen für Nachrichtenpolitik, Nachrichtenforschung und Nachrichtendienst mit der Unterabteilung für kulturelle Beziehungen und der Unterabteilung für deutsche Erziehungs- und Informationsangelegenheiten eine Abteilung, an deren Spitze ein assistierender Unterstaatssekretär steht. Beachtenswert ist, daß das *German Education and Information Department* dem ständigen Staatssekretär zur Wahrnehmung der laufenden Geschäfte des Foreign Office und nicht dem Leiter der Deutschlandabteilung unterstellt ist.

Eine verstärkte Beschäftigung mit der Landeskunde politisch besonders bedeutsamer Gebiete führte zur Schaffung einer historischen Abteilung. Sie befaßte sich in der Zeit nach dem Ersten Weltkrieg vor allem mit der Zusammenstellung landeskundlicher Handbücher. Inzwischen hat sie durch die umfangreichen Aktenpublikationen des Foreign Office noch an Bedeutung gewonnen.

Die Notwendigkeit, den Reiseverkehr zu überwachen, führte zu einem sprunghaften Anwachsen der Arbeiten der Paßabteilung. Die gute alte Zeit, da man in Europa, außer wenn man nach Rußland wollte, ohne Paß reisen konnte, kehrte nicht mehr zurück.

Wenn auch das Ende des Ersten Weltkrieges nach einer Übergangszeit, in der beinahe die Hälfte des Personals des Foreign Office bei den Friedensverhandlungen beschäftigt wurde, zu gewissen organisatorischen Vereinfachungen führte, so blieben die neu geschaffenen Arbeitsgebiete doch im wesentlichen erhalten.

Von der Entwicklung zur totalen Kriegführung im Verlaufe des Zweiten Weltkrieges blieb das Foreign Office merkwürdigerweise nahezu unberührt. Schon Neville Chamberlain hatte von der Möglichkeit des direkten Eingreifens des Ministerpräsidenten in die Außenpolitik stark Gebrauch gemacht und bei den entscheidenden Verhandlungen, die zum Münchener Abkommen führten, die diplomatischen Fachleute kaum zu Rate gezogen. Die Zusammenarbeit zwischen Ministerpräsidenten und Foreign Office besserte sich in der Ära Churchills durch die Rückkehr Edens auf den Posten des Außenministers.

1) Für die Koordinierung zwischen dem *British Council*, dem *Central Office of Information* und den *Information Services* ist die Unterabteilung für kul-

Da jedoch Churchill alle Fäden der Innen- und Außenpolitik persönlich zusammenhielt, blieb dem Foreign Office wenig Raum für eigene Initiative.

Lediglich die schon seit langem fällige Zusammenlegung des Diplomatischen Dienstes mit dem Handelsdiplomatischen Dienst und dem Konsulardienst und deren einheitliche Lenkung durch das Foreign Office wurde 1941 unter dem Druck der Ereignisse in Angriff genommen und 1943 gesetzlich verankert. Im Zusammenhang damit wurde auch die seit langem geforderte Demokratisierung des Personalwesens des Auswärtigen Dienstes durch entsprechende Aufnahmebedingungen und Prüfungsordnungen in die Wege geleitet.

Wirtschaftliche Probleme

In allen Planungen für die britische Politik der Nachkriegszeit spielte die veränderte handelspolitische Lage Großbritanniens eine ausschlaggebende Rolle. Schon in den entscheidenden Konferenzen von Teheran und Quebec wirkte sich die wirtschaftliche Schwächung, die Großbritannien durch den Verlust seines Auslandsvermögens erlitten hatte, als Schwächung seiner außenpolitischen Stellung aus. Es war vorauszu sehen, daß Großbritannien nach dem Kriege im stärksten Maße auf die Wirtschaftshilfe der Vereinigten Staaten und eine gleichzeitige außerordentliche Steigerung seiner Ausfuhren angewiesen sein würde. Wurde schon Churchill trotz seiner engen persönlichen Beziehungen zu Roosevelt und seines außergewöhnlichen Prestiges in der angelsächsischen Welt durch diese wirtschaftlichen Faktoren stark in seiner Bewegungsfreiheit beschränkt, so galt dies in noch viel stärkerem Maße für die ihm nachfolgende Labour-Regierung, die dazu noch dem starken amerikanischen Mißtrauen gegen jeden Staatssozialismus zu begegnen hatte. Der Regierungswechsel, der vor allem auf dem Gebiet der internationalen Handelspolitik zugleich auch ein Systemwechsel war, stellte die Organisation des Foreign Office vor eine Fülle neuer technischer Probleme. Nachdem der Staat nun selbst im Ausland als Bankier, Financier, Schiffsagent, Aufkäufer und Verkäufer auftritt, wurde es unvermeidlich, daß die wirtschaftlichen Ressorts eine immer stärkere, eigene internationale Tätigkeit entwickelten, deren Ziele nicht immer mit denen des Foreign Office parallel liegen. Immer stärker schaltete sich das Handelsministerium (*Board of Trade*) und der Finanzminister (*Chancellor of the Exchequer*)

turelle Beziehungen zuständig. Auch die Fragen der UNESCO und internationaler Jugendgruppen gehören zum Aufgabenbereich dieser Abteilung.

in die internationalen Vertragsverhandlungen ein. Ein typisches Beispiel für das selbständige Vorgehen anderer Fachministerien, das den Belangen des Foreign Office beträchtlichen Schaden zufügte, war die Abwertung des britischen Pfunds, die ohne vorherige Fühlungnahme mit den übrigen westeuropäischen Ländern, insbesondere mit Frankreich erfolgte und dadurch die politische Zusammenarbeit mit diesen Ländern empfindlich störte. Ein weiteres bezeichnendes Beispiel kam im Juni 1950 durch eine Anfrage im Unterhaus zutage: Trotz des Kalten Krieges wurden strategisch wichtige Materialien, zum Beispiel Flugzeugmotoren, an die Sowjetunion geliefert. Der Sprecher des Handelsministeriums, der die Anfrage beantwortete, erklärte hierzu, daß die Stärke der Sowjetunion durch die Unterlassung der Lieferungen kaum beeinträchtigt worden wäre.

Sowohl das Handelsministerium wie auch das Ernährungsministerium treten im Ausland selbständig als Käufer auf. Die Vorbereitungen für Verhandlungen über staatliche Außenhandelsgeschäfte werden von einem besonderen Kabinettsausschuß wahrgenommen, in dem das Foreign Office mit vertreten ist. Im Amt selbst wird die Behandlung dieser Fragen von einer eigenen, 1943 geschaffenen Unterabteilung (*Economic Relations Department*) wahrgenommen. Diese untersteht zusammen mit einer Unterabteilung für wirtschaftlichen Nachrichtendienst, einer Unterabteilung für europäischen Wiederaufbau (Marshallplan) und einer allgemeinen Unterabteilung (*General Department*) einem Unterstaatssekretär, der auch die Sonderabteilungen für deutsche und österreichische wirtschaftliche Angelegenheiten beaufsichtigt. Auch die für die Außenpolitik so entscheidend wichtigen Verteidigungsfragen werden bei der heutigen wirtschaftlichen und innenpolitischen Lage Großbritanniens weitgehend von wirtschaftlichen Gesichtspunkten bestimmt. Alle diese Faktoren, zu denen noch der schwache Gesundheitszustand *Bevins* hinzutrat, tragen dazu bei, daß sich der Schwerpunkt der wichtigsten außenpolitischen Entscheidungen nach außerhalb des Foreign Office verlagert hat.

Internationale Konferenzen und Organisationen

Schon zwischen den beiden Weltkriegen wurde die Diplomatie alten Stils mehr und mehr durch die großen internationalen Konferenzen abgelöst (Flottenkonferenz, Abrüstungskonferenz, Weltwirtschaftskonferenz), die ihren ständigen Mittelpunkt im Genfer Völkerbund hatten. Während aber die damalige Völkerbundsabteilung des Foreign Office aus einem leiten-

den Beamten, zwei Verwaltungsassistenten und einigen Sekretärinnen bestand, erfordert das Überhandnehmen der internationalen Konferenzen seit 1945 einen ungleich größeren technischen Apparat. Allein für die Organisation der Vereinten Nationen sind zwei Unterabteilungen, eine Politische Abteilung und eine Wirtschafts- und Sozialabteilung, tätig, die dem Unterstaatssekretär für politische Angelegenheiten unterstehen. Neben dem ständigen Vertreter beim Sicherheitsrat, der zugleich für alle übrigen in Lake Success laufenden Verhandlungen verantwortlich ist, unterhält das Foreign Office einen ständigen Vertreter des Ausenministeriums beim Europäischen Amt der Vereinten Nationen in Genf, der sich vor allem mit den Angelegenheiten der Wirtschaftskommission der Vereinten Nationen für Europa (ECE) befaßt. Daneben erfordert der Marshallplan neben den ständigen Verhandlungen mit den Vereinigten Staaten die Teilnahme an den Ministerkonferenzen des OEEC und deren Ausschüßarbeiten. Die Organisation der Brüsseler Paktmächte macht neben der Teilnahme an den Außenministertreffen eine regelmäßige Fühlungnahme der Verteidigungsminister sowie das Zusammentreffen der Minister für Erziehung, Gesundheit und soziale Sicherheit notwendig. Der Nordatlantikpakt hat einen Ministerrat, einen Ständigen Rat der Stellvertreter, einen Rat der Verteidigungsminister, einen Militärausschuß, einen Ständigen Ausschuß und fünf regionale Planungsgruppen, an deren Tätigkeit Großbritannien durch seine weltweiten Interessen stärkstens interessiert ist. Der Europarat in Straßburg hat neben seinem Ministerausschuß noch einen Ständigen Ausschuß, der aus den Pariser Botschaftern der Mitgliedstaaten zusammengesetzt ist. In allen diesen Gremien kommen neben den rein außenpolitischen Fragen wirtschaftliche, soziale und teilweise auch kulturpolitische Probleme zur Sprache. Die dafür notwendigen Vorarbeiten belasten nicht nur das Foreign Office sondern vor allem auch die Botschaften an den wichtigsten Konferenzorten, insbesondere Washington, Paris und Brüssel. Bemerkenswert ist dabei jedoch, daß immer seltener der zuständige Botschafter oder ein bevollmächtigter Diplomat des Auswärtigen Amtes den britischen Standpunkt in den internationalen Konferenzen vertritt und immer häufiger Minister speziell aus London dafür delegiert werden. Bezeichnend dafür ist, wie stark beispielsweise die Persönlichkeit des Finanzministers Sir Stafford Cripps in den letzten Jahren bei internationalen Verhandlungen in Erscheinung getreten ist. Wie stark gleichzeitig die Belastung der Botschaften mit technischen

Arbeiten ist, geht aus der Tatsache hervor, daß 1949 beispielsweise die Botschaft in Paris mehr als 600 Personen beschäftigt hat.

Commonwealth und Kolonien

Der grundlegende Wandel, der in den letzten vierzig Jahren in den Beziehungen Großbritanniens zu seinen Dominien und Kolonien eingetreten ist, spiegelt sich auch in der Organisation des Foreign Office. Der Verkehr mit den Dominien wurde aus dem Kolonialministerium herausgelöst und einem eigenen Dominienministerium übertragen. Dieses ist inzwischen in ein *Commonwealth Relations Office* umgewandelt worden, das zwar nach wie vor den Rang eines Ministeriums hat, jedoch im wesentlichen nur noch Koordinierungsaufgaben, wie beispielsweise die Vorbereitung der Commonwealth-Konferenzen, erfüllt. Hierüber haben wir an anderer Stelle ausführlich berichtet². Daneben hat die Commonwealth-Abteilung des Foreign Office an Bedeutung gewonnen. Sie pflegt in erster Linie die Verbindung zu den Londoner Vertretungen der Mitgliedstaaten des Commonwealth, den Hohen Kommissaren, die also nicht anders behandelt werden als die in dieser Hinsicht bei der britischen Regierung akkreditierten Botschafter ausländischer Mächte. Der Verkehr mit den Kolonien geht dagegen nach wie vor über das Kolonialministerium, das natürlich mit dem Foreign Office eng zusammenarbeitet.

Deutschland und Österreich

Ein völlig neues Arbeitsgebiet entstand für das Foreign Office durch die Teilnahme Großbritanniens an der Besetzung Deutschlands und Österreichs. Im September 1945 wurde zunächst ein Kontrollamt für Deutschland geschaffen, das einem eigenen Minister unterstand, zunächst John B. Hynd, später Lord Pakenham. Sie trugen dabei beide den traditionsreichen Titel eines Kanzlers für das Herzogtum Lancaster, der normalerweise den Minister ohne Portefeuille bezeichnet. Die Militärgouverneure in Deutschland und Österreich waren diesem Kontrollamt unterstellt. Da das Foreign Office jedoch die Verhandlungen der Außenminister über Deutschland und Österreich vorzubereiten hatte, mußte es auch immer stärker mit den Einzelheiten der Besatzungsfragen in Berüh-

rung kommen. Erst als am 31. Mai 1948 Lord Pakenham zum Minister für Zivilluftfahrt ernannt wurde, ging die Verantwortung für die Besatzungspolitik offiziell auf das Außenministerium über. Heute sind die Hohen Kommissare in Deutschland (Sir Ivone Kirkpatrick), und Österreich (Sir Harold Caccia), unmittelbar dem Außenminister unterstellt.

Die Eingliederung des ursprünglich unabhängigen Kontrollamtes für die besetzten Gebiete belastete das Foreign Office in einem Umfang mit Verwaltungsaufgaben, der den bisherigen organisatorischen Rahmen zu sprengen drohte. Zunächst wurden nicht weniger als 13 Unterabteilungen für die Besatzungsfragen eingerichtet, an deren Spitze ein ständiger Staatssekretär für deutsche Angelegenheiten mit vier assistierenden Unterstaatssekretären stand. Merkwürdigerweise hatte sich der assistierende Unterstaatssekretär, dem die deutsche Politische Abteilung und die Abteilung für deutsche Innenpolitik unterstanden, gleichzeitig auch noch um die Westeuropäische Abteilung zu kümmern. Für diese Abteilung war er aber nicht dem Staatssekretär für deutsche Angelegenheiten, sondern dem ständigen Staatssekretär des Foreign Office, Sir William Strang, verantwortlich. Zu seinem Geschäftsbereich gehörte außerdem die ihm nicht unmittelbar unterstellte Flüchtlingsabteilung.

In letzter Zeit verdichten sich die Meldungen über eine geplante Umorganisation und Vereinfachung der Deutschlandabteilung. Auch die Errichtung eines deutschen Generalkonsulats in London sollte wesentlich zur Vereinfachung des Geschäftsbetriebes beitragen, der heute noch aus zehn Unterabteilungen besteht. Für deutsche Flüchtlingsfragen ist das *Refugee Department* zuständig, das in diesen Fällen der deutschen Politischen Abteilung untersteht. Für die Angelegenheiten des österreichischen Staatsvertrages besteht ein Sonderbüro.

Europäische Probleme

Betrachtet man die Vielzahl der neuen Aufgaben, die in den letzten fünf Jahren vom Foreign Office übernommen wurde, so kann es nicht überraschen, daß ihre innere organisatorische Zusammenfassung langsam vonstatten geht. Es ist sehr aufschlußreich sich zu vergegenwärtigen, welche Stellen sich nach der gegenwärtigen Organisation mit den europäischen

²) Vergl. hierzu die Beiträge von Dr. Heinz Fischer-Wollpert im Europa Archiv: *Die britische Reichskonferenz*, August 1946, S. 64 bis 68; *Die Stellung Indiens in der britischen Völkergemeinschaft*, September 1946, S. 119 bis 126; *Der Gestaltwandel des britischen Weltreiches*, Februar/März

1947, S. 417 bis 435; *Indiens Weg zur Unabhängigkeit*, August 1948, S. 1465 bis 1480; *Besinnung im Commonwealth*, Dezember 1948, S. 1696 bis 1701; *Schwerpunktverlagerung im Commonwealth*, 5/1950, S. 2859 bis 2864.

Problemen zu befassen haben: Von den regionalen Abteilungen sind die Westliche, Nördliche und Südliche Abteilung für die Länder Europas und ihre überseeischen Gebiete zuständig. Zur Westabteilung gehören Belgien und der Belgische Kongo, Frankreich und die Französische Union (mit Ausnahme von Indochina), Italien, Liberia, Luxemburg, Marokko, die Niederlande und die niederländischen Kolonialgebiete (mit Ausnahme von Indonesien), Portugal und der portugiesische Kolonialbesitz (mit Ausnahme von Macao), Spanien, die Schweiz, Tanger, der Vatikan und Europa im allgemeinen.

Zur Nördlichen Abteilung gehören die Tschechoslowakei, Dänemark, Estland, Finnland, Island, Lettland, Litauen, Norwegen, Polen, die Sowjetunion und Schweden, während die Südliche Abteilung für die Türkei, Griechenland, Jugoslawien, Bulgarien, Ungarn, Rumänien, Albanien, Triest und den Donaauraum im allgemeinen zuständig ist³.

Die Fragen des Atlantikpaktes und des Brüsseler Paktes wurden bis vor kurzem in der Westlichen Abteilung bearbeitet; die Fragen

des Europarates in der Politischen Unterabteilung für politische Angelegenheiten der Vereinten Nationen.

Erst Mitte März 1950 wurde beschlossen, eine neue Unterabteilung *Western Organizations Department* im Foreign Office einzurichten. In dieser Unterabteilung sollen nun die Fragen des Brüsseler Paktes, des Nordatlantikpaktes und des Europarates zusammengefaßt werden. Der bisherige Leiter des *Western Department*, C. A. E. Shuckburgh, ist an die Spitze der neuen Abteilung getreten, wo er dem Nachfolger von Sir H. G. Jebb, Pierson Dixon, dem bisherigen britischen Botschafter in Prag, unterstellt ist. An die Spitze des *Western Department* wurde der bisher an der Botschaft in Rio de Janeiro tätige G. P. Young berufen. Diese Abteilung untersteht weiterhin dem assistierenden Staatssekretär Ivo Mallet.

Ein Sprecher des Foreign Office bezeichnete am 14. März 1950 diese Umorganisation als Anzeichen dafür, daß die wachsenden Aufgaben auf dem Gebiet der Organisation des Westens vom Foreign Office mit der erforderlichen Aufmerksamkeit behandelt werden.

Die innere Organisation des Auswärtigen Amtes (Foreign Office)

Die Anfänge des Foreign Office

Als ein eigenes Ministerium und unter dem Namen *Foreign Office* besteht ein selbständiges britisches Auswärtiges Amt seit dem Jahre 1782. Aber schon viel früher, im Jahre 1540, wurden zwei Staatssekretariate geschaffen, die mit der Wahrnehmung Auswärtiger Angelegenheiten beauftragt wurden: das *Northern Department* und das *Southern Department*. An der Spitze dieser Abteilungen stand je ein Staatssekretär, denen je zwei Unterstaatssekretäre und etwa 10—12 Angestellte zur Seite standen. Das *Northern Department* befaßte sich mit Frankreich, Holland, Deutschland und den Baltischen Staaten und das *Southern Department* mit Spanien, Flandern und Italien. Das Gebiet der Auswärtigen Angelegenheiten war damals praktisch auf Europa begrenzt.

Die Aufteilung in ein *Northern Department* und ein *Southern Department* dauerte bis zum Jahre 1782. Die Aufteilung der Auswärtigen Angelegenheiten auf zwei getrennte Staatssekretariate war zu diesem Zeitpunkt unhaltbar geworden, so daß die gesamten Geschäfte in einem Ministerium, dem *Foreign Office*, zusammengefaßt wurden.

3) Interessanterweise werden Estland, Lettland und Litauen noch in der *Foreign Office List* für 1948 neben der Sowjetunion als Arbeitsgebiet der Nördlichen Abteilung aufgeführt. Auch die Zusam-

Zur Erfüllung seiner Aufgaben standen dem Außenminister als „*His Majesty's Principal Secretary*“ zwei Staatssekretäre, nämlich ein parlamentarischer Staatssekretär, der mit jeder Regierung wechselte, und ein ständiger Staatssekretär zur Seite. Diesem wiederum stand ein *Senior Clerk* und drei Privatsekretäre zur Verfügung. Ein weiterer *Senior Clerk*, dessen Stellung mit der eines heutigen Unterstaatssekretärs verglichen werden kann, stand an der Spitze des 1825 von Canning geschaffenen *Slave Trade Department*. Im gleichen Jahre wurde die Konsularabteilung von den politischen Abteilungen getrennt. Ein weiterer *Senior Clerk* befaßte sich mit den Ausgaben der Botschafter und ein vierter verwaltete die Verträge und königlichen Erlasse. Der *Chief Clerk* befaßte sich mit der Buchführung und der Geschäftsführung des Amtes. Aufgabe des übrigen Personals war die Vorbereitung von Dokumenten, die Anfertigung von Abschriften und die Erledigung der Registratur.

Die Organisation im Jahre 1950

Das Außenministerium Lord Aberdeens umfaßte im Jahre 1823 23 Personen. Heute steht der Außenminister als der für Auswärtige An-

menfassung von Ländern wie Island und Schweden mit der Sowjetunion in eine Abteilung ist bemerkenswert.

gelegenheiten beauftragte Kabinettsminister, der auch für den Auswärtigen Dienst verantwortlich ist, an der Spitze einer beinahe 5000 Personen umfassenden Organisation⁴. Im Parlament stehen dem Außenminister (*Secretary of State for Foreign Affairs*) der Staatsminister (*Minister of State*) und zwei parlamentarische Staatssekretäre (*Parliamentary Under-Secretary of State*) zur Seite. Der Staatsminister ist gegenwärtig kein Kabinettsminister. Er ist Vorgesetzter der parlamentarischen Staatssekretäre. Dem Außenminister stehen ein Privatsekretär und vier assistierende Privatsekretäre zur Seite, die zu seinem persönlichen Personal gehören. Sie haben die Aufgabe, die notwendigen Verbindungen zwischen ihm und den Abteilungen des Foreign Office sowie mit anderen Ministern, dem Königlichen Haushalt und dem Kabinettssekretariat aufrechtzuerhalten. Die Privatsekretäre üben auch die Rolle des Vermittlers zu den Vertretungen auswärtiger Regierungen in London aus. Sie unterstützen den Außenminister bei seiner parlamentarischen Arbeit.

Gegenwärtig (Stand vom März 1950) gibt es einen ständigen Staatssekretär (*Permanent Under-Secretary of State*), der mit der Wahrnehmung der laufenden Geschäfte des Auswärtigen Amtes beauftragt ist. Ein zweiter ständiger Staatssekretär (*Permanent Under-Secretary of State for German Section*) ist mit der Wahrnehmung der Geschäfte der Verwaltung der britischen Zone in Deutschland und Österreich beauftragt.

Ferner gibt es drei Unterstaatssekretäre (*Deputy Under-Secretary of State*): E. A. Seal (Deutsche Angelegenheiten), Sir Roger Makins (Wirtschaftsangelegenheiten) und Pierson Dixon (Politische Angelegenheiten) als Nachfolger von Sir H. Gladwyn Jebb.

Die verschiedenen Unterabteilungen (*Departments*) des Foreign Office unterstehen zwölf assistierenden Unterstaatssekretären (*Assistant Under-Secretaries of State*). Einige Spezialabteilungen unterstehen jedoch nicht den assistierenden Unterstaatssekretären, sondern haben ihren eigenen Leiter. So untersteht die Nachrichtenabteilung (*Communications Department*) dem Direktor für das Nachrichtenwesen (*Director of Communications*), die Bibliothek und die Forschungsabteilung (*Library and Research Department*) dem Bibliothekar (*Librarian*) und die vier Abteilungen der Verwaltung der afrikanischen Gebiete (F. O. A. A. T. = *Administration of African Territories*) einem Generaldirektor

(*Director General*). Auf einigen Gebieten untersteht dieser Generaldirektor dem assistierenden Unterstaatssekretär, der für die Afrikaabteilung verantwortlich ist, während er in anderen Angelegenheiten dem ständigen Unterstaatssekretär direkt unterstellt ist.

Insgesamt umfaßt das Foreign Office nach dem Stande von April 1950 fünfundfünfzig Unterabteilungen. (Vergl. hierzu das auf Seite 3269 wiedergegebene Organisationschema.)

Die Stellenbesetzung im Foreign Office

Nach dem Stand vom April 1950 (*His Majesty's Ministers and Heads of Public Departments* No. 19, April 1950) war die Besetzung der hauptsächlichlichen Stellen des Foreign Office wie folgt:

Secretary of State for Foreign Affairs (Außenminister) The Rt. Hon. Ernest Bevin, M. P.

Minister of State (Staatsminister) The Hon. K. G. Younger, M. P.

Permanent Under-Secretary of State (Ständiger Staatssekretär) Sir William Strang, K. C. B., K. C. M. G., M. B. E.

Permanent Under-Secretary of State for German Section (Ständiger Staatssekretär für die Deutschland-Abteilung) Sir Ivone Kirkpatrick, K. C. M. G. Parliamentary Under-Secretaries of State (Parlamentarische Staatssekretäre) Lord Henderson; E. Davies, M. P.

Deputy Under-Secretaries of State (Unterstaatssekretäre) Sir Roger Makins, K. C. M. G.; Sir Gladwyn Jebb, K. C. M. G., C. B.; E. A. Seal, C. B. * Assistant Under-Secretaries of State (Assistierende Untersekretäre) C. H. Bateman, C. M. G., M. C.;

C. F. A. Warner, C. M. G.; M. E. Denning, C. M. G., O. B. E.; M. R. Wright, C. M. G.; E. A. Berthoud, C. M. G.; H. Ashley Clarke, C. M. G.; R. B. Stevens, C. M. G. *; W. I. Mallet, C. M. G.; Sir Andrew Noble, Bart, C. M. G.; D. P. Reilly, C. M. G., O. B. E.; G. D. Kirwan, C. B., M. C. *; Sir Cyril Jones, K. C. I. E., C. S. I. *

Legal Adviser (Rechtsberater) Sir Eric Beckett, K. C. M. G., K. C.

Administration of African Territories (Verwaltung der afrikanischen Gebiete):

Director-General (Generaldirektor) Major General R. G. Lewis, C. B., C. B. E.

Head of Establishments German Section and Deputy to the Principal Establishment Officer (Leiter der Personalabteilung in der Deutschlandabteilung) G. H. G. Anderson, C. B. E., M. C. *

Director of Communications (Direktor für das Nachrichtenwesen) Brigadier R. Cambier-Parry, C. M. G.

Director of Research, Librarian and Keeper of the Papers (Bibliothekar und Direktor der Forschungsabteilung) E. J. Passant.

Head of Conference and Supply Department. (Leiter der Konferenzabteilung) Col. G. R. Codrington, C. B., C. V. O., D. S. O., O. B. E.

⁴ Dem Auswärtigen Dienst der Vereinigten Staaten gehörten Anfang 1950 über 19 000 Personen an.

Corps of Inspectors (Inspektionsabteilung):

Senior Inspector (Chefinispektor) Sir Alexander Hutcheon, K. B. E., C. M. G.

Counsellors (Leiter der Unterabteilungen) R. Dunbar, C. M. G., M. C.; W. H. Montagu-Pollock, C. M. G.; P. Broad; W. Ridsdale, C. M. G.; E. A. Radice, C. B. E.; O. C. Morland, C. M. G.; R. H. Scott, C. B. E.; R. L. Speaight, C. M. G.; R. E. Barclay, C. M. G.; G. W. Harrison, C. M. G.; G. A. Carey-Foster, D. F. C.; C. A. E. Shuckburgh, C. M. G.; W. D. Allen, C. M. G.; G. W. Furlonge, O. B. E.; E. W. Light, C. M. G., M. V. O., O. B. E.; D. V. Staines, C. B. E. (Establishment Officer); F. R. H. Murray, C. M. G.; C. G. Kemball; A. S. Fordham; R. Allen; H. N. Brain, O. B. E.; G. H. Middleton; Sir Anthony Rumbold, Bt.; J. P. G. Finch, O. B. E.; E. B. Boothby; G. W. Aldington, O. B. E.; A. D. Wilson *; J. S. H. Shattock, O. B. E.; H. G. Gee, C. M. G.

Assistant Secretaries (Assistierende Sekretäre) B. F. Marsden-Smedley, O. B. E. *; G. A. Aynsley, C. B. E. *; Brigadier P. R. Antrobus, M. C. *; R. S. Crawford *; R. A. Chaput De Saintonge *

Head of Finance Department (Leiter der Finanzabteilung) E. H. Rance, O. B. E.

Anmerkung: Die mit * bezeichneten Personen gehören der Deutschland-Abteilung an.

Inzwischen sind einige personelle Veränderungen eingetreten. So ist an die Stelle von Sir Ivone Kirkpatrick, der zum Hohen Kommissar für Deutschland ernannt wurde, Sir Donald Gainer, bisher Botschafter in Warschau, getreten. Der bisherige assistierende Unterstaatssekretär Charles Bateman wurde zum neuen Botschafter in Warschau ernannt. Zu seinem Nachfolger im Foreign Office wurde Reginald James Bowker bestimmt, dessen bisheriger Posten als Botschafter in Rangoon mit R. L. Speaight, dem Leiter einer Unterabteilung des Foreign Office besetzt wurde. Sir Gladwyn Jebb wurde zum Vertreter Großbritanniens bei den Vereinten Nationen als Nachfolger von Sir Alexander Cadogan bestimmt.

Während das Auswärtige Amt früher in der Downing Street untergebracht war, sind für den heutigen Apparat eine ganze Anzahl von Gebäuden erforderlich geworden. In London ist das Außenministerium an nicht weniger als elf verschiedenen Stellen untergebracht.

Der Reformplan des Jahres 1943

Schaffung des Auswärtigen Dienstes

Ein selbständiger, das Auswärtige Amt, den Diplomatischen Dienst, den Handelsdiplomatischen Dienst und den Konsulardienst umfassender „Auswärtiger Dienst“ (*H. M. Foreign Service*) besteht in seiner heutigen Form erst seit dem Zweiten Weltkrieg. Nach dem Ersten Weltkrieg wurden lediglich das Auswärtige Amt und der Diplomatische Dienst zusammengelegt, die anderen Dienste blieben weiterhin getrennt bestehen. Das Auswärtige Amt wurde bis 1943 noch als ein Teil des *Home Civil Service* betrachtet.

Die ständig geübte Kritik an dem Auswärtigen Dienst Großbritanniens, daß es sich hierbei um ein exklusives Gebiet der reichen Klassen handle und daß der Diplomatische Dienst eher die Interessen bestimmter Gruppen des Landes als die Nation in ihrer Gesamtheit vertrete, führte erst im Zweiten Weltkrieg zu konkreten Reformvorschlägen. Nachdem die britische Regierung bereits im Juni 1941 eine umfassende Reform angekündigt hatte, unterbreitete im Jahre 1943 der damalige britische Außenminister Antony Eden dem Unterhaus den Vorschlag zur Zusammenfassung aller Dienste. Der Reformplan⁵ sah im einzelnen folgende Maßnahmen vor:

1. Die Zusammenlegung des Diplomatischen Dienstes, des Konsulardienstes, des Handelsdiplomatischen Dienstes (*Diplomatic Consular and Commercial Diplomatic Services abroad*) und des Auswärtigen Amtes zu einem einzigen, der Krone unterstehenden Dienst (*Service of the Crown*).
2. Koordinierte Auswahl und Ausbildung des Personals.
3. Verbesserung der Bedingungen in London und im Ausland.
4. Verwaltungsreform.
5. Ermächtigung, Beamte vor Vollendung ihrer Dienstzeit zu pensionieren.
6. Neuorganisation des untergeordneten Personalwesens und die Versetzung des Personals vom Inneren Dienst (*Home Civil Service*) zum Auswärtigen Dienst (*Foreign Service*).
7. Zulassung von Frauen zu den administrativen Stellungen.

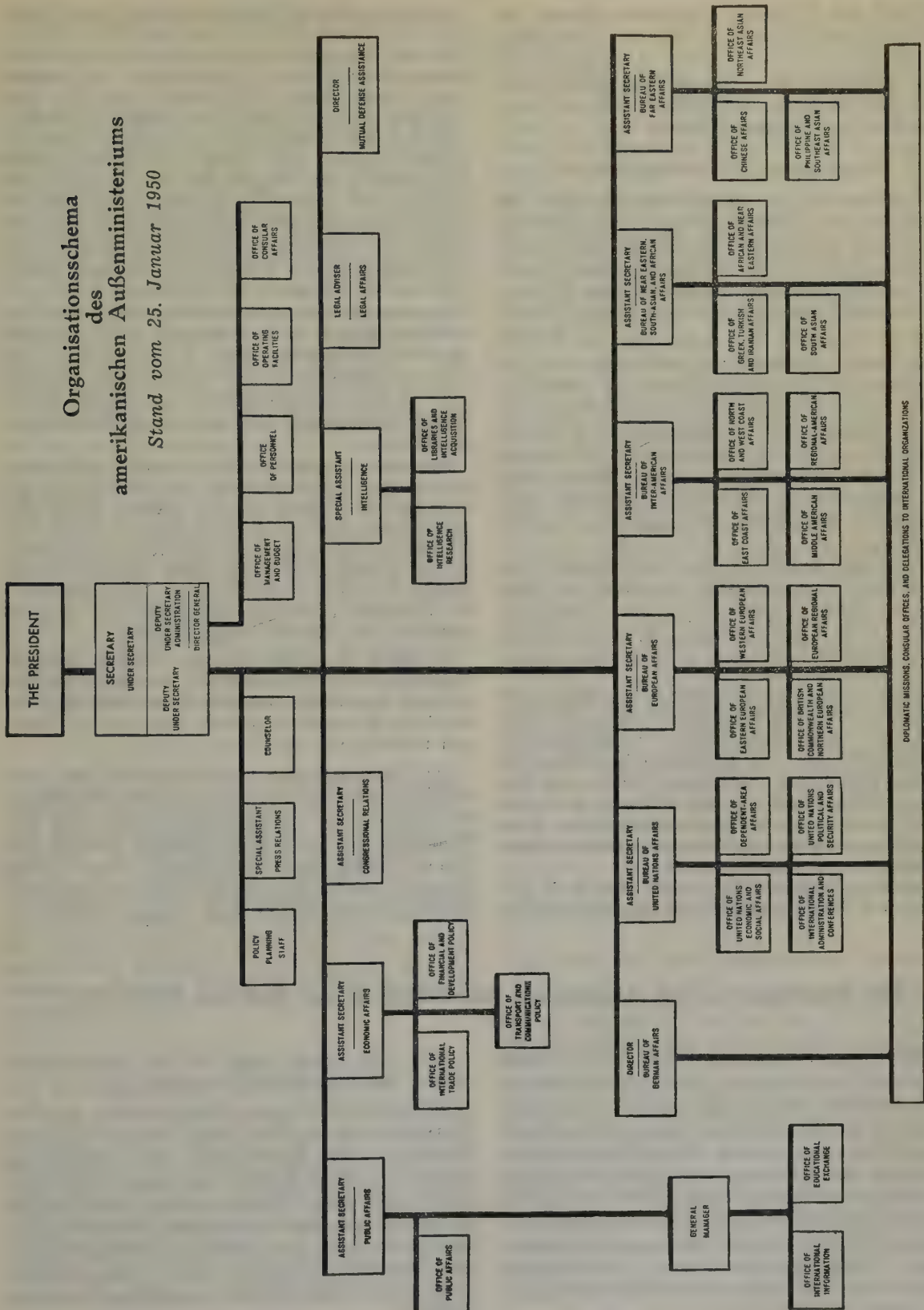
Übergangsbestimmungen

Die Einführung einer so tiefgreifenden Reform mitten in einem Kriege, der Großbritannien zur äußersten Kraftanspannung zwang, ließ erwarten, daß nicht alle geplanten Maßnahmen sofort verwirklicht werden konnten. Der Plan besagt, daß die Reform in verschiedenen Phasen, zum Teil auch nach Beendigung des Krieges, durchgeführt werden soll. Um dem

⁵) Vergl. hierzu das britische Weißbuch Cmd. 6420, Miscellaneous No. 2 (1943).

Organisationschema des amerikanischen Außenministeriums

Stand vom 25. Januar 1950



(Vergl. hierzu den Beitrag „Our Department of State“ von Dean Acheson in Information Bulletin July 1950 S. 25 bis S. 30).

während des Krieges eintretenden Mangel an Nachwuchs zu begegnen, wurde ein Übergangssystem für die Auswahl und Ausbildung von Kandidaten für den Auswärtigen Dienst ausgearbeitet, das bis zum Jahre 1950 fast ausschließlich Anwendung gefunden hat.

Neuordnung des Personalwesens

In Anbetracht der veränderten Situation, die in den letzten Jahrzehnten, vor allem als Folge der beiden Weltkriege, entstanden war, zielte die Reform des Auswärtigen Dienstes darauf hin, eine Organisation zu schaffen, die in ihrer Zusammensetzung und vor allem durch die Methode der Auswahl und Ausbildung der Kandidaten besser geeignet sein soll, nicht nur die Interessen der gesamten Nation zu vertreten, sondern auch die internationalen Fragen politischer, sozialer und wirtschaftlicher Natur zu behandeln, um so ein ausreichendes Instrument für die Aufrechterhaltung guter Beziehungen und gegenseitigen Verstehens zwischen dem Vereinigten Königreich und anderen Ländern zu bilden.

Der personalmäßige Aufbau des nunmehr vom Home Civil Service völlig unabhängigen Auswärtigen Dienstes wurde durch die Reform des Jahres 1943 neu geordnet. Der Auswärtige Dienst gliedert sich heute in vier Kategorien:

Kategorie A. Diese Gruppe umfaßt das höhere Diplomatische Personal (Botschafter, Gesandte, Botschaftsräte, Legationssekretäre, Generalkonsuln, Vizekonsuln usw.), den gehobenen Beamtendienst und das Personal der politischen Abteilungen des Foreign Office. Angehörige der Kategorie B können für die Stellungen von Legationssekretären, Konsuln, Vizekonsuln oder als Leiter von Informationsabteilungen herangezogen werden.

Kategorie B. Diese Gruppe wurde erst durch die Reform von 1943 geschaffen, um dem Auswärtigen

Dienst sein eigenes Personal zu geben, das er bisher über den Home Civil Service zugewiesen erhielt. Bis zum Jahre 1943 konnten sich die Angehörigen des Home Civil Service freiwillig für den Auswärtigen Dienst melden. Sie wurden dann dem Auswärtigen Dienst zeitweilig zur Verfügung gestellt. Während Hilfskräfte früher im Ausland selbst eingestellt wurden, wird heute in steigendem Maße nur britisches Personal, das dem Auswärtigen Dienst fest angehört, verwendet. Die Erfahrungen, die die verschiedenen britischen Botschafter in den Ländern hinter dem „Eisernen Vorhang“ in jüngster Zeit mit ausländischem Hilfspersonal gemacht haben, sprechen für die geschilderte Reform.

Die Verschiedenartigkeit der Stellungen und Arbeitsbedingungen in der Kategorie B ist sehr groß. Ihre Angehörigen bekleiden teils sehr hohe und verantwortliche Stellungen sowohl im Auswärtigen Amt als auch auf Dienststellen im Ausland. Angehörige der Kategorie B können in die Kategorie A aufrücken.

Kategorie C. Diese Gruppe besteht aus Angestellten und Stenotypistinnen. Das Personal ist genau wie die Angehörigen der anderen Kategorien verpflichtet, auch im Ausland Dienst zu tun. Für Angehörige der Kategorie C besteht die Möglichkeit, in die Kategorie B aufzurücken. Auch in dieser Gruppe wurde in früheren Jahren ein großer Teil des Personals im Ausland eingestellt. Dies ist heute nicht mehr im gleichen Maße der Fall.

Kategorie D. Diese Gruppe umfaßt Kuriere, Wachtpersonal und Diensthelfer. Sie werden nur im Ausland beschäftigt. Normalerweise rückt das Personal der Kategorie D in keine der anderen Gruppen auf.

Der Beamten- und Angestelltenstab des Auswärtigen Dienstes umfaßt nach einem Bericht der *Times* vom 17. April 1950 etwa 4 700 Beschäftigte, von denen etwa 2 500 im Foreign Office in London tätig sind. Wie die *Times* hierzu bemerkt, wurde mit dieser Zahl der normale Vorkriegsstand an Personal wieder erreicht.

Die Durchführung und Auswirkung der Reform in der Zeit von 1943–1950

Auffüllung des Beamtenstandes nach dem Kriege

Um den während des Krieges entstandenen Personalbedarf nachzuholen, wurde für die Auswahl und Prüfung das bereits erwähnte Übergangssystem angewendet. Diese Methode bestand aus einer kurzen, aber hohe Ansprüche stellenden schriftlichen Prüfung. Wer diese Prüfung bestand, wurde dann einer dreitägigen Intelligenzprüfung und praktischen und psychologischen Prüfungen unterzogen. Abschließend erfolgte dann die letzte Auswahl durch die *Civil Service Commission*.

Auf diese Weise sind in den vergangenen Jahren 250 Kandidaten in die Kategorie A des Auswärtigen Dienstes aufgenommen worden. Hierunter waren über zehn Frauen. Mit der Erreichung des Personalsolls im Auswärtigen Dienst hat diese Übergangsperiode ihren Abschluß gefunden. Künftig werden nun jährlich 25 Kandidaten für die gehobene Laufbahn (Kategorie A) durch die normalen Prüfungsmethoden ausgewählt werden; eine recht geringe Zahl im Verhältnis zum gesamten Personalbestand.

Die Eignungsprüfungen in der Vergangenheit

Das System der Eignungsprüfungen für den Auswärtigen Dienst wurde erstmals im Jahre 1856 angeordnet. Vorher wurde das Personal ohne Ablegung einer Prüfung ernannt. Für die erste Eignungsprüfung konnten sich Bewerber im Alter von 18 bis 24 Jahren melden. Die Prüfungsthemen waren: Französisches Diktat, englischer Aufsatz, Rechtschreibung und Handschrift. Es war keine sehr anspruchsvolle Prüfung. Als aber der Eintritt in die allgemeine Beamtenlaufbahn (*Civil Service*) im Jahre 1870 weiteren Kreisen geöffnet wurde, wurden die Anforderungen für den Eintritt in das Auswärtige Amt wesentlich höher geschraubt. Deutsch und Französisch wurden Pflichtfächer. Die Schwierigkeit der Prüfung stand jedoch in keinem Verhältnis zu der Art der Beschäftigung der jungen Kandidaten, die sich in erster Linie mit dem Abschreiben und Versenden von Briefen befassen mußten. Erst im Jahre 1906 wurde hier durch die Reform von Sir Eyre Crowe Abhilfe geschaffen. Durch diese Reform wurde eine erste Kategorie (*first division*) mit den Sachverständigen und Ratgebern und eine zweite Kategorie (*second division*) mit Angestellten und Schreibkräften geschaffen. Die von Sir Eyre Crowe durchgeführten Reformen betrafen aber nur das Foreign Office, nicht die Diplomatischen oder Konsularischen Dienste.

Die heutigen Prüfungsmethoden

Die heute angewandten normalen Prüfungsmethoden unterscheiden sich nicht wesentlich von den Übergangsmethoden, die in der Zeit von 1943 bis 1950 angewandt wurden. Als eine weitere Voraussetzung ist hinzugetreten, daß nun jeder Kandidat einen gewissen Universitätsabschluß aufweisen muß. Andernfalls muß sich der Kandidat dem ausführlichen und langen schriftlichen Examen unterziehen, das für die Aufnahme in den Home Civil Service erneut eingeführt wurde.

Auswahl und Herkunft der Bewerber für den Auswärtigen Dienst

Die Auswahl von Kandidaten für den Auswärtigen Dienst soll nach den Bestimmungen der Reform ohne Rücksicht auf die soziale Herkunft der Bewerber erfolgen. Jedem Angehörigen des Auswärtigen Dienstes soll die Möglichkeit zur Beschäftigung im Diplomatischen Dienst, im Handelsdiplomatischen Dienst, im Konsulardienst oder im Foreign Office offenstehen. Jeder soll die Möglichkeit haben, ohne Rücksicht auf seine privaten finanziellen Mittel

sich zu den höchsten Stellungen emporzuarbeiten.

Das Weissbuch über die Reformen des Jahres 1943 hebt die Notwendigkeit hervor, „dem Charakter und der Persönlichkeit zum Unterschied von der reinen Fähigkeit, ein Examen zu bestehen“, besondere Aufmerksamkeit zu schenken. Man darf annehmen, daß die neue Auswahlmethode für den Auswärtigen Dienst zu einer ständigen Einrichtung wird. Die mit dieser Methode gemachten Erfahrungen wurden in einem Aufsatz in der *Londoner Times* vom 17. April 1950 als durchaus zufriedenstellend beurteilt.

Auf Grund der Reform können zwar Kandidaten aus allen Schichten der Bevölkerung in den Auswärtigen Dienst eintreten. Die in den letzten Jahren erfolgten Bewerbungen zeigen jedoch, daß sich das Bild der Zusammensetzung der Kandidaten gegenüber der Vorkriegszeit kaum verändert hat. Von den in den letzten Jahren eingestellten 250 Bewerbern für die Kategorie A kamen 118 von der Universität Oxford, 88 von der Universität in Cambridge und 13 von der Londoner Universität. 18 weitere Kandidaten kamen von verschiedenen englischen und schottischen Universitäten, während 13 Bewerber kein Universitätsstudium vorweisen konnten. Die kleineren Universitäten scheinen dem Auswärtigen Dienst kaum Interesse entgegen zu bringen. Die Bemühungen des Foreign Office, durch besondere Vorlesungen ein verstärktes Interesse für den Auswärtigen Dienst hervorzurufen, haben nur sehr geringe Erfolge gezeigt. Man muß daher zu dem Schluß kommen, daß der britische Auswärtige Dienst auch heute noch — wenn auch nicht ganz gerechtfertigt — als eine Domäne der wohlhabenden Klassen betrachtet wird.

Die Ausbildung des diplomatischen Personals

Die Ausbildung des diplomatischen Personals hat auf Grund der Reform von 1943 eine bedeutsame Änderung erfahren. Man darf vielleicht sogar sagen, daß erst auf Grund der *Eden-Reform* mit einer systematischen Ausbildung der in den Dienst eintretenden erfolgreichen Bewerber begonnen wurde. In früheren Jahren mußte der Kandidat mindestens zwei Fremdsprachen auf eigene Kosten erlernen. Hatte er hierfür die Prüfung abgelegt, erfolgte seine Versetzung ins Foreign Office oder ins Ausland, wo sich der junge Diplomat mehr oder weniger selbst überlassen blieb. Jetzt erfolgt die Sprachausbildung auf Staatskosten. Im ersten Berufsjahr nimmt der Kandidat an einem allgemeinen

Ausbildungslehrgang teil, der ihm ein abgerundetes Wissen über sein eigenes Land vermittelt, das er später im Ausland vertreten soll. Durch diesen Lehrgang kommt der Bewerber in Verbindung mit den Gewerkschaften, den Organen der Selbstverwaltung und der Sozialversicherung, mit der Bank von England und wichtigen Industriezentren. Das Ziel der Ausbildung ist, wie das Weißbuch hervorhebt, nicht die Heranbildung von Sachverständigen in wirtschaftlichen und sozialen Fragen, sondern die Erwerbung eines grundlegenden Wissens, auf das später erforderlichenfalls das Fachwissen aufgebaut werden kann.

Auch für ältere Beamte des Auswärtigen Dienstes werden von Zeit zu Zeit besondere Schulungskurse abgehalten. An ihnen nehmen sowohl Angehörige des Foreign Office als auch auf Urlaub befindliche Angehörige des Diplomatischen und Konsulardienstes teil. Hier sind vor allem die Wochenendkurse zu nennen, die an der Universität Oxford stattfinden. Im Jahre 1949 wurden in diesen Kursen folgende Themen behandelt: Die wirtschaftliche Zukunft Großbritanniens, Kommunismus, Westeuropa.

Vorzeitige Pensionierung

Die Reform des Jahres 1943 sieht die Möglichkeit der vorzeitigen Pensionierung von Angehörigen des Auswärtigen Dienstes vor. Wenn sich ergibt, daß die Weiterbeschäftigung eines Diplomaten nicht im Interesse der Öffentlichkeit liegt, kann dieser bereits vor Erreichung des Pensionsalters in den Ruhestand versetzt werden. Eine solche vorzeitige Pensionierung bedeutet jedoch nicht, daß sich der Betreffende eines Vergehens schuldig gemacht hat oder in Ungnade gefallen ist. Nur dort, wo sich zeigt, daß ein Beamter nach einer bestimmten Beschäftigungsdauer für eine weitere Beförderung und die damit verbundene erhöhte Verantwortung nicht geeignet ist, wird von der Möglichkeit der vorzeitigen Pensionierung Gebrauch gemacht. Anstatt den Beamten weiterhin auf der Gehaltsliste zu behalten, wo er die Beförderung anderer blockieren würde, wird er nunmehr gewissermaßen „ausgekauft“. Seit dem Inkrafttreten der diesbezüglichen Reform im Jahre 1943 sind bis zum Jahre 1950 auf diese Weise 32 Personen vorzeitig pensioniert worden. Der Jüngste dieser vorzeitig pensionierten Beamten war 38 Jahre alt.

Finanzielle Stellung der Diplomaten

Wie bereits geschildert, sieht die Reform vor, daß auch Bewerber ohne private Mittel in den

Auswärtigen Dienst eintreten und Karriere machen können. Im allgemeinen trifft dies heute zu, jedoch mit der Einschränkung, daß der Diplomat im Ausland tätig ist. Ein Sekretär dritter Klasse (unverheiratet) erhält heute beispielsweise, wenn er in London beschäftigt ist, ein Jahresgehalt von £ 400—560. In Paris würde er jedoch einen Zuschuß von £ 800 erhalten, in Rio de Janeiro £ 1 125 und in Belgrad sogar £ 1 850. Ein verheirateter Sekretär erster Klasse erhält ein Jahresgehalt von £ 950—1250. In Paris würde sein Zuschuß (*Allowance*) £ 1825, in Rio £ 2500 und in Belgrad £ 4075 betragen. Neben seinem Gehalt und der oft recht beträchtlichen *Allowance* erhält der Angehörige des Auswärtigen Dienstes im Ausland in jedem Fall freie Wohnung.

Wird ein Diplomat nun aus dem Ausland ins Foreign Office zurückberufen, so entfällt der Auslandszuschuß und die freie Wohnung. Ein Diplomat mit Familie, der nicht über private Mittel verfügte, war unter diesen Umständen kaum in der Lage, einen angemessenen Lebensstandard aufrechtzuerhalten. Die Bestimmungen der Reform von 1943 sehen vor, daß die Angehörigen des Auswärtigen Dienstes, wenn sie aus dem Ausland nach London zurückberufen werden, einen kleinen Zuschuß sowie eine Miets- und Aufwandsentschädigung und einen maximalen Betrag von £ 150 jährlich für jedes Kind, das in England eine Boarding School besucht, erhalten.

In den letzten Jahren ist verschiedentlich die Frage gestellt worden, ob diese nunmehr gewährten Beihilfen ausreichen, um die bisherige Lücke zu überbrücken. Mindestens kann gesagt werden, daß sich die Angehörigen des Auswärtigen Dienstes auch heute noch bei einer Tätigkeit im Ausland finanziell besser stehen.

Schaffung einer Personalkategorie für untergeordnete Stellungen

Eine der wichtigsten Neuerungen der Reform von 1943 war die Schaffung einer regulären, pensionsberechtigten Personalkategorie (C) für untergeordnete Stellungen im Auswärtigen Dienst. Es handelt sich hierbei um die Stellungen von Archivaren, Konsulatsangestellten, Chiffrierbeamten und Verwaltungsbeamten, die bisher vom Home Civil Service gestellt wurden oder im Ausland eingestellt wurden.

Die Reformen des Jahres 1943 sind im großen und ganzen verwirklicht worden. Ehe der reformierte Auswärtige Dienst jedoch seine endgültige Form findet, wird noch geraume Zeit vergehen.

Hermann Volle

Mittel und Wege der Steigerung der Arbeitsproduktivität in der Sowjetunion

Wesen und Charakter des sowjetischen Leistungsbegriffes

In der Sowjetunion wird der Leistungsbegriff verschieden ausgelegt: Einmal versteht man unter Leistung das Resultat der Arbeit (Leistungsbegriff im weiteren Sinne) und ein anderes Mal — in Verbindung mit dem Leistungslohn — geht man von der Aufwandsseite an ihn heran (Leistungsbegriff im engeren Sinne). Die Leistung soll hier die qualitativen Aufwendungen, die eine Arbeit im Vergleich zu einer anderen erfordert, zum Ausdruck bringen.

Der sowjetische Leistungsbegriff dürfte seinen Ursprung in der „gesellschaftlich notwendigen Arbeitszeit“ von Marx haben. Ganz offensichtlich setzt sich danach das Ergebnis der Arbeitsleistung (Leistungsbegriff im weiteren Sinne), oder nach Marx der Wert, aus zwei Faktoren zusammen: Aus der Arbeitszeit („Quantum gesellschaftlich notwendiger Arbeitszeit“) als dem quantitativen und aus den gesellschaftlichen ökonomischen und technischen sowie persönlichen Voraussetzungen als dem qualitativen Faktor. Dieser qualitative Faktor — 1. gesellschaftlich normale Produktionsbedingungen, 2. gesellschaftlicher Durchschnittsgrad an Geschick, 3. gesellschaftlicher Durchschnittsgrad an Intensität — ist maßgebend für die Bewertung der Leistung im engeren Sinne, wobei der Stand der gesellschaftlichen Produktionsbedingungen keinen unmittelbaren Einfluß auf die Höhe des Arbeitslohnes ausüben kann. Demnach kommen für die Bewertung der Leistung im engeren Sinne sowohl das erforderliche Geschick als auch die Schwere der Arbeit, das heißt die unterschiedliche Intensität, die für sie erforderlich ist, in Frage.

„In der Sowjetunion wird die Höhe des Arbeitslohnes nicht nur durch die Qualifikation, sondern auch durch die Schwere der Arbeit bestimmt . . .“ (N. A. Wosnessenskij, *Die Kriegswirtschaft der Sowjetunion während des Vaterländischen Krieges*. S. 75.)

Da man in der Sowjetunion heute jede Nivellierung der Lohnsätze ablehnt, wird die Qualifikation zum Hauptfaktor bei der Bestimmung der Lohnhöhe. Festlegung von Tätigkeitsmerkmalen und Arbeitsbewertung sind darum Voraussetzungen des Leistungslohnes. Was sich sonst durch Alter, Geschlecht, Ausbildung und anderes regelte, wird hier zur Aufgabe sogenannter Lohnkommissionen.

Der Leistungslohn, wie er in der Sowjetunion verwirklicht ist, fragt nicht: wie alt ist der Arbeitende, wie lange hat er gelernt, sondern: was kann er, wie schwierig darf die Arbeit sein, mit der er fertig wird. Hieraus ist ersichtlich, daß Leistungslohn und Akkordlohn bei dieser Auslegung des Leistungslohnbegriffs grundverschiedene Dinge sind. Leistungslohn, der sich auf Lohngruppen — Rasriaden, wie es in der Sowjetunion heißt — aufbaut, kann ebenso als Zeitlohn wie als Akkordlohn gezahlt werden.

Die Verwirklichung des Leistungslohnes, die Abstufung der Lohngruppen nach Tätigkeitsmerkmalen, bedeutet Ausschaltung aller Lohnbestimmungsgründe, die nicht in der jeweiligen Tätigkeit selbst liegen, bedeutet gleiche Bewertung der Leistung nach Sachkenntnis, ohne Rücksicht auf Alter, Geschlecht, Familienstand und sonstige soziale Gesichtspunkte. Ohne weiter auf die Vorzüge oder Härten dieses Leistungslohnes einzugehen, muß jedoch gesagt werden, daß er in der hier beschriebenen reinen Form nicht zur Anwendung gelangt, sondern unter Berücksichtigung politischer und wirtschaftlicher Gesichtspunkte erhebliche Korrekturen erfährt.

„In der sowjetischen Wirtschaft benutzt die staatliche Planung das Wertgesetz, um die erforderlichen Proportionen in der Produktion und der Verteilung des gesellschaftlichen Produktes sicherzustellen, die Proportionen, die durch die Aufgaben

der Festigung und Entwicklung der sozialistischen Ordnung bestimmt werden. Diese Notwendigkeit wird durch den Sowjetstaat verwirklicht, der bestimmte Proportionen in der Verteilung der Arbeit und der materiellen Fonds zur Festigung des Sozialismus und zur Lösung der vom Staat für den jeweiligen Zeitabschnitt gestellten Aufgaben festsetzt und deren Einhaltung sichert."

(N. A. Wosnessenskij, a. a. O., S. 91.)

„In den Plänen der erweiterten sozialistischen Reproduktion, die in der Sowjetunion staatliche Volkswirtschaftspläne darstellen, muß ein bestimmtes Verhältnis zwischen Industrie und Landwirtschaft, zwischen Produktion von Produktionsmitteln und der Produktion von Konsumtionsmitteln, zwischen der Produktionssteigerung und dem Ausbau des Verkehrswesens sowie zwischen der Akkumulation und der Konsumtion eingehalten werden."

(N. A. Wosnessenskij, a. a. O., S. 92.)

„Arbeit und Lohn und die Preise der Waren werden geplant, und damit erhält die sozialistische Planwirtschaft die Bedeutung eines ökonomischen Entwicklungsgesetzes. Wie alle Dinge, so ist auch der Lohn und die Arbeit nicht mehr sich selbst überlassen, sondern wird geplant."

(K. Ostrowitjanow, *Die sozialistische Planung und das Wertgesetz*, in „Sowjetwissenschaft“, 1948/2, Seite 19.)

„Zum Zwecke der Heranziehung von Arbeitskräften in die ausschlaggebenden Zweige der Produktion und zur Schaffung ständiger Arbeitskader sieht der Fünfjahrplan eine höhere Entlohnung der Arbeiter vor, desgleichen der Ingenieure und Techniker in solchen Zweigen der Schwerindustrie, wie der Metallurgie, der Kohlen- und Erdölindustrie, ein Umstand, der der Politik der Sowjetunion entspricht, die eine höhere Entlohnung nicht nur nach den Fachkenntnissen der Arbeiter vorsieht, sondern auch entsprechend den erschwerten Arbeitsbedingungen . . ."

(N. A. Wosnessenskij, *Der Fünfjahrplan . . . für die Jahre 1946—1950*. S. 55/56.)

Der Staat also plant Arbeitslohn und Preise, nicht nur Fachkenntnisse, sondern auch andere Gründe, die außerhalb der Tätigkeit selbst liegen, bestimmen die Höhe des Lohnes. Zwischen Bestimmung der Leistung und ihrer Entlohnung in Geldwert sind Überlegungen eingeschaltet, die mit der Leistung des Einzelnen in keinem ursächlichen Zusammenhang stehen. Wie sehr die Dinge hier im Fluß sind, ist aus folgenden Angaben zu ersehen. Von 17 Wirtschaftszweigen stand ihrer Wichtigkeit nach

die Kohlenindustrie	1928 an 14. Stelle, 1935 an 4. Stelle, 1937 an 2. Stelle,
die Industrie der Erdölgewinnung	1928 an 8. Stelle, 1937 an 1. Stelle,
die Metallurgie	1928 an 9. Stelle, 1935 an 5. Stelle.

(Entnommen aus „Große Sowjetische Enzyklopädie“ S. 1117; in russischer Sprache.)

Demnach wäre es vielleicht richtiger, den in der Sowjetunion praktizierten Leistungslohn einen relativen Leistungslohn zu nennen, weil er an einem Rahmen gebunden ist und nur innerhalb dieses veränderlichen Rahmens die Verteilung entsprechend der Leistung im engeren Sinne vorgenommen werden kann. Das Prinzip „Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seiner Leistung“ ist also weit auszulegen, da nicht objektive, individuelle Leistungsmerkmale allein ausschlaggebend sind, sondern die Bewertung der Leistung von anderen, sich ändernden Faktoren abhängt, wobei es verwunderlich ist, daß soziale Gesichtspunkte dabei keine größere Berücksichtigung finden.

Zur Veranschaulichung mag die Darstellung einiger sowjetischer Tariftabellen dienen, in denen die oben beschriebenen Tendenzen zum Ausdruck kommen.

Erstes Beispiel
Tariftabelle aus der Maschinenindustrie
(Koeffizienten pro Stunde)

	Lohngruppen							
	1	2	3	4	5	6	7	8
Koeffizienten								
1. Betrieb	1,00	1,18	1,39	1,64	1,94	2,29	2,71	3,20
Koeffizienten								
2. Betrieb	1,00	1,20	1,45	1,75	2,10	2,50	3,00	3,60

(Entnommen aus D. Fisch, *Fragen der Arbeit und des Arbeitslohnes in der sozialistischen Industrie*, S. 134, in russ. Spr.)

Zweites Beispiel

Tarifsätze aus einem Maschinenbaubetrieb im Ural
(Sätze in Rbl. und pro Stunde)

3. Betrieb

Entlohnungsart	Lohnkategorien							
	1	2	3	4	5	6	7	8
1. Zeitlohn	0,70	0,85	1,02	1,25	1,50	1,75	2,10	2,52
2. Stücklohn	0,80	1,00	1,15	1,40	1,70	2,00	2,50	2,90
3. Stücklohn für Schwerarbeit u. in Werkhallen m. Feuerstellen	1,00	1,20	1,45	1,75	2,10	2,50	3,00	3,60

(Entnommen aus A. Stepanow, *Lohngestaltung und Gewerkschaften in der Sowjetunion* S. 10.)

Ganz offensichtlich wendet der dritte Betrieb (Beispiel Nr. 2), wenn er nicht sogar der gleiche ist wie der zweite Betrieb im ersten Beispiel, den gleichen Tarif an wie der zweite Betrieb, wobei im zweiten Beispiel die Lohnkategorien in Rubel wiedergegeben sind, während das erste Beispiel, den Normalfall darstellend, nur Koeffizienten für die einzelnen Lohnkategorien wiedergibt.

Wie auch aus den Beispielen ersichtlich, baut sich das sowjetische Tarifsysteem aus zwei wesentlichen Bestandteilen auf:

1. den Lohngruppen (Lohnstufen, Rasriaden, Lohnkategorien, Fachgruppentarifregister)
2. den Tarifsätzen.

Die Aufstellung der Lohngruppen wird rein nach den Merkmalen der betreffenden Arbeit, nach Berufsarten, durchgeführt. Sie sind nicht ein für alle Mal unveränderlich, sondern mit der Veränderung der Technik, der Arbeitsorganisation usw. werden auch die Lohngruppen verändert. Während die Aufstellung der Lohngruppen für alle Betriebe eines bestimmten Industriezweiges vom zuständigen Ministerium gemeinsam mit der entsprechenden Gewerkschaftsorganisation erfolgt, ist die Errechnung der Tarifsätze den Betrieben selbst überlassen.

Der Tarifsatz ist in der Sowjetunion eine leicht veränderliche Größe und wird sich, während die Koeffizienten für gleichartige Betriebe dieselben sind, von Betrieb zu Betrieb ändern.

Aus dem für jeden Betrieb geplanten Lohnfonds, den geplanten Normen und den geplanten Arbeiten errechnet sich der Tarifsatz für den ersten Rasriad, woraus sich durch Multiplikation mit den Koeffizienten die Lohnsätze für die anderen Rasriade (Lohngruppen) leicht ermitteln lassen. Auf das oben wiedergegebene Beispiel bezogen, wäre demnach 0,70 Rubel der Tarifsatz für Zeitlöhner dieses Betriebes. Multipliziert man ihn mit den im 1. Beispiel (2. Betrieb) aufgeführten Koeffizienten (1,00, 1,20, 1,45 usw.), so erhält man mit kleinen Abrundungsdifferenzen die in Rubel ausgedrückten Lohnsätze der Zeitlöhner des 3. Betriebes.

In allen 3 Betrieben ist deutlich die Verwirklichung des Leistungssteigerungsprinzips zu erkennen. Je höher die Qualifikation, desto höher die Lohngruppe und damit der Stundenlohnsatz. Alle Beispiele zeigen dabei eine progressive Zunahme der absoluten Differenzen zwischen den einzelnen Lohnstufen, während die prozentuale Zunahme sich wenig verändert, mitunter sogar abnimmt. Die erste zur letzten Lohngruppe verhält sich in den drei Betrieben wie 1:3,2, 1:3,6 und 1:3,6. Noch größere Spannen zwischen niedrigster und höchster Lohngruppe bestehen in der Kohlenindustrie. Dort hat ein Hilfsarbeiter einen Stundensatz von Rbl. 1,25 ein Häuer einen Stundensatz von Rbl. 5,00 (A. Stepanow, a.a.O., S. 11.)

Ein Blick auf Beispiel Nr. 2 zeigt, daß neben der Differenzierung nach Lohngruppen von den Tarifsätzen ausgehend noch eine weitere Differenzierung nach andern Gesichtspunkten erfolgt. In genanntem Beispiel nach der Form der Entlohnung und den Bedingungen der Arbeit. Arbeit im Akkord wird höher bezahlt als Arbeit im Stundenlohn, schwere gesundheitschädliche Arbeit höher als andere leichte Arbeit. Diese innerbetriebliche Differenzierung wird ergänzt durch außerbetriebliche, „die durch die volkswirtschaftliche Bedeutung des Wirtschaftszweiges, die Seltenheit des Berufes, die Rolle des Standortes (wirtschaftliche Bedeutung des Gebietes, territoriale Ablegenheit, Lebensbedingungen im betreffenden Gebiet) und andere Faktoren bestimmt werden.“ (D. Fisch, a. a. O., S. 126.)

wie es bereits auch oben beschrieben wurde.

So erhalten

„im Ural, in Sibirien, im Fernen Osten Arbeiter und Angestellte für zusätzliche Schwierigkeiten bei schweren Arbeiten (Gewinnung von Kohle, Erz, Erdöl, in der Metallurgie, im Bauwesen, bei Auf- und Abladearbeiten) 20% Lohn- oder Gehaltszuschlag. Zuschlag erhalten jährlich 824 000 Mann, und zwar wendet der Staat jährlich für diese Zwecke 1,4 Mrd. Rbl. auf.“ (J. Dschukowski, *Die Erhöhung des kulturellen und materiellen Lebensniveaus des Volkes im Neuen Fünfjahresplan*, S. 41; in russischer Sprache.)

Zusammenfassend darf gesagt werden, daß das sowjetische Tarifsysteem in jeder Weise dem Sowjetischen Leistungsbegriff Rechnung trägt: dem Leistungsbegriff im engeren Sinne im Aufbau der Lohngruppen, der Relativität dieses

Leistungsbegriffs (Berücksichtigung außerhalb der Arbeit liegender, innerbetrieblicher sowie außerbetrieblicher Faktoren) durch die Höhe der Tarifsätze.

Hat das Tarifsysteem, vor allem die Lohngruppen mit ihren gewaltigen Unterschieden zwischen niedrigster und höchster Stufe, in erster Linie die Aufgabe, den Arbeiter zu veranlassen, die Leistung im engeren Sinne zu steigern, seine Qualifikation, seine Fertigkeit zu verbessern, so wird die Steigerung der Leistung im weiteren Sinne (des Arbeitsergebnisses, der aufgewendeten Intensität, der Arbeitsproduktivität) durch die Form der Entlohnung, durch ideologische Mittel sowie durch Zwangs- und Disziplinarmaßnahmen erstrebt.

Die Förderung der materiellen Impulse durch die verschiedenen Formen der Entlohnung

Akkordlohn und Leistungssteigerung

Anwendung und Verbreitung

Bei der Steigerung der Arbeitsleistung im weiteren Sinne oder der Arbeitsproduktivität, wie man es sowjetischerseits auch nennt, — auf die Problematik und Vielseitigkeit des Begriffs „Arbeitsproduktivität“ sei nur hingewiesen — schenkt man der Berücksichtigung materieller Impulse größte Aufmerksamkeit. Das kommt bei der Gestaltung aller Lohnformen, sei es des Akkordlohnes, des Prämienlohnes oder des Zeitlohnes, deutlich zum Ausdruck.

„Daß der Arbeiter aber auch wirklich mehr Arbeitskraft flüssig macht, dafür sorgt das Kapital durch die Methode der Zahlung, namentlich durch den Stücklohn.“

(K. Marx, *Das Kapital* Bd. 1, S. 354.)

Besonders geeignet für den Zweck der Leistungssteigerung erscheint der Sowjetunion der Akkord- oder Stücklohn. Die sowjetische Begründung für seine Anwendung findet sich in nachstehenden Auszügen einiger sowjetischer Verfasser, womit in einem autoritären System wie der Sowjetunion fraglos auch die offizielle Meinung wiedergegeben wird.

„Es ist allgemein bekannt, daß der Akkordlohn das Wachsen der Arbeitsproduktivität aktiv fördert. Beim Akkordlohn ist jeder Arbeiter an einer möglichst hohen persönlichen Arbeitsleistung interessiert, da von der Höhe der letzteren die Höhe seines Arbeitseinkommens abhängt.“

(*Das Wort der Meister*, Gewerkschaftsverlag, 1949, S. 9; in russischer Sprache.)

„Die Erfahrung zeigt, daß gewöhnlich der Übergang vom Zeitlohn zum Akkordlohn, wenn alle anderen Bedingungen unverändert bleiben, . . . eine bedeutende Erhöhung der Arbeitsleistung des Arbeiters bewirkt und umgekehrt der Übergang vom Akkordlohn zum Zeitlohn sich negativ auf die Arbeitsleistung auswirkt.“

(*Große Sowjetische Enzyklopädie*, S. 1114.)

„Das individuelle Akkordlohnsystem reizt am meisten zur Steigerung der Arbeitsproduktivität an . . . es ist besser als alle anderen Systeme geeignet, die Kontrolle über das Maß der Arbeit auszuüben. Es ist darum notwendig, wo es nur möglich ist, den individuellen Akkord anzuwenden.“

D. Fisch, a. a. O., S. 146.)

Über den Umfang der Anwendung des Akkordlohnes geben nachstehende Angaben Auskunft.

Von der Gesamtzahl der in den einzelnen Wirtschaftszweigen beschäftigten Arbeiter arbeiten im Akkord:

	1923	1935	1939
In der Kohlenindustrie	43.5%	63.7%	75.1%
in der schwarzen Metallurgie	—	67.7%	73.9%
in der Lebensmittelindustrie	26.5%	65.9%	77.1%

(J. Dworkin, *Das sozialistische Prinzip der Verteilung nach der Leistung*, S. 121; in russischer Sprache.)

Heute sollen nach Aussagen des Führers der sowjetischen Gewerkschaften, W. W. Kusnetzow, 92 Prozent der Lohnverträge jedes Industriezweiges auf dem Akkordsystem basieren (Joseph Newman, *Sowjetreportage ohne Zensur*, in „Neue Zeitung“ v. 22. 11. 1949.)

Während die Anwendung des normalen Gruppenakkordes seiner weniger anfeuernden Wirkung wegen nicht beliebt ist, verdient eine besondere Art des Gruppenakkordes, den man in der Sowjetunion als individuellen Brigadeakkord bezeichnet, und der bei der Fließarbeit Anwendung findet, seines besonderen leistungssteigernden Charakters wegen kurz beschrieben zu werden. Die Höhe des Arbeitslohnes hängt hierbei nicht nur von der Produktivität des einzelnen Arbeiters ab, sondern ebenfalls von der hohen Produktivität des ganzen Bandes. Der Sinn und Zweck dieses Systems liegt darin, einen möglichst gleichmäßigen Arbeitsablauf des Bandes zu erreichen. Der Lohn der an einem Band beschäftigten Arbeiter wird hierbei mit einem Faktor multipliziert, der bei gleichmäßigem Arbeitsablauf gleich 1 ist, bei ungleichmäßigem größer oder kleiner als 1 ist, je nachdem ob der Arbeitsablauf sich beschleunigt oder verlangsamt. Der Faktor selbst errechnet sich aus dem Bruch

$$\frac{\text{fertige Stückzahl} \times \text{Akkordsatz}}{\text{Summe der individuellen Löhne der Arbeiter des Bandes}}$$

Bei gleichmäßigem Arbeitsablauf ohne Tempozunahme oder Tempoverlust wird Zähler und Nenner dieses Bruches gleich groß sein. Bei Tempoverlust muß der Zähler kleiner sein als der Nenner, da die fertige Stückzahl kleiner ist als die Stückzahl in den anderen Phasen der Fertigung, weil die Arbeitsleistung zum Teil in noch nicht fertigen Stücken steckt. War der Quotient im ersten Fall gleich 1, wird er jetzt kleiner als 1 sein und durch Multiplikation mit ihm die Höhe des Akkordlohnes jedes einzelnen Arbeiters sinken. Umgekehrt wird der Gruppenakkord bei Tempozunahme steigen, wobei in diesem Falle im Nenner die Löhne für hundertprozentige Arbeitsleistung eingesetzt werden müssen. Auf diese Weise ist also der einzelne Arbeiter interessiert, seine Arbeitsleistung zu steigern, da sie ja nach wie vor die Grundlage seines Akkordverdienstes bildet, gleichzeitig wird er jedoch dafür Sorge tragen, daß die Arbeit des ganzen Bandes zum mindesten gleichmäßig abläuft, um nicht durch einen unter 1 liegenden Korrektionsfaktor an Einkommenshöhe einzubüßen.

„Da jeder Arbeiter daran interessiert ist, seinen individuellen Arbeitslohn zu erhöhen, . . . ruft die Steigerung einer Arbeitsleistung eine Steigerung der anderen Arbeitsleistungen hervor, damit sich der Koeffizient und folglich der Lohn der Arbeiter nicht verringere.“

(D. Fisch, a. a. O., S. 164.)

Eine Mehrleistung wird nach diesem System also quasi prämiert, während Minderleistungen Lohn einbußen nach sich ziehen.

Durch die in dieser Arbeit gemachten Ausführungen über den Akkordlohn soll nicht der Eindruck erweckt werden, daß Akkord- oder Stücklohn dem Arbeiter stets und ständig zum Nachteil gereichen müsse. Aus den bisherigen Darstellungen, besonders jedoch aus der Gestaltung und Handhabung der Normen, der Grundlage des sowjetischen Akkordsystems, muß man aber den Eindruck gewinnen, daß nicht das Wohl des Arbeiters, sondern die Leistungssteigerung die Ursache der Anwendung des Akkordlohnes in der Sowjetunion ist.

Arbeitsnormen, die Grundlage des Akkordlohnes in der Sowjetunion

Die Arbeitsnorm stellt eine bestimmte Menge von Erzeugnissen oder Arbeitsvorgängen dar, die ein Mensch bei normalen Arbeitsbedingungen in einer bestimmten Zeit herstellen oder verrichten soll, woraus erkenntlich ist, daß sie sich mit dem Begriff der Akkordvorgabe deckt.

Neben einer Gliederung der Arbeitsnormen in Unions-, Republik- und Fabriknormen unterscheidet man in der Sowjetunion

1. statistische oder erfahrungsmäßige Normen,
2. Normen, die durch Zeitstudien gewonnen werden,
3. technisch begründete Normen.

Während man die statistischen oder erfahrungsmäßigen Normen völlig ablehnt, weil man sie

„als Bremse bei der Steigerung der Arbeitsproduktivität und des Arbeitslohnes“ (Erklärung des ZK d. K. PdSU (B), Dez. 1935.)

ansieht, hält man die Anwendung der auf Grund von Zeitstudien gewonnenen Normen für brauchbar, jedoch nicht für erstrebenswert. Umso nachhaltiger setzt man sich dagegen für die Verwendung technisch begründeter Normen ein.

„Diese Normen müssen sich ungefähr in der Mitte der z. Zt. bestehenden Normen und den Normen befinden, die die Stachanows und Buszigns errangen.“

J. W. Stalin, *Fragen des Leninismus*, S. 608.)

„Partei und Regierung fordern, daß unsere Pläne sich nicht auf der Grundlage mittlerer arithmetischer, sondern mittlerer progressiver Normen aufbauen.“

(N. Feodotow, *Mittlere progressive Normen—Grundlage der Produktionspläne*, in „Planwirtschaft“ 1949/3, S. 37; in russischer Sprache.)

Die Bildung der technischen Arbeitsnormen baut sich auf den von Taylor und Refa entwickelten Grundlagen der Arbeitswissenschaft auf. Die Aufgliederung der Normzeit entspricht mit ganz geringen Änderungen der Gliederung der Arbeitszeit durch Refa. Sind jedoch die in Deutschland nach Refa aufgestellten Arbeitszeiten Angelegenheit der betreffenden Betriebe, so besteht in der Sowjetunion eine staatliche Normenkommission, die in den Republiken, Gebieten, Städten usw. Untergliederungen besitzt, die gemeinsam mit den Betriebsangehörigen und den Vertretern der Gewerkschaft die Normen festsetzen, die dann für die Dauer eines Jahres feststehen sollen. Eine Bestimmung, die jedoch in der Praxis, wenn die Arbeiter es wünschen, nicht eingehalten zu werden braucht.

„In der Abteilung des Meisters Rossiski wurden im Laufe eines Jahres die Arbeitsnormen dreimal überprüft. Die Initiative zu dieser Überprüfung ging jedesmal vom ältesten Meister aus, der dabei von den Schichtmeistern, Brigadieren und Stachanowarbeitern aktiv unterstützt wurde.“

(Wort der Meister, S. 10.)

Die Einführung neuer, höherer Normen wird oft mit einer Vorführung neuer vorteilhafterer Arbeitsmethoden und eines Unterrichts begleitet, wobei — mit sowjetischen Worten ausgedrückt — Stachanowarbeiter den Arbeitern zeigen, daß man auch bei der höheren Norm in der Bezahlung sich nicht schlechter zu stehen braucht.

„Die systematische Durchführung der Stachanow-Unterrichtstage ist von ebenso vielen systematischen Überprüfungen der Arbeitsnormen begleitet, die durch die Leistungen der Neuerer umgeworfen wurden.“

(Tage des Stachanow-Unterrichts, Gewerkschaftsverlag, 1948, S. 26; in russischer Sprache.)

Allein diese wenigen Ausschnitte lassen erkennen, daß es sich in der Sowjetunion bei der Gestaltung des Akkordsystems nicht um das Optimum der menschlichen Arbeitsleistung, sondern um ihr Maximum handelt. Daß hierbei von einer Normalleistung als Grundlage der Norm, von einer Berücksichtigung von Zuschlägen für Leistungsminderung mit zunehmendem Alter usw. nicht die Rede sein kann, ist natürlich. Wie sehr es um die Steigerung der Arbeitsintensität geht, ist auch aus folgendem zu ersehen:

„Speziell im Maschinenbau wurde die Maßnahme (Steigerung der Normen bei gleichzeitiger Senkung der Akkordsätze) mit Wirkung vom 1. 2. 1939 durch-

geführt, wobei die Leistungsnormen in den Betrieben des Volkskommissariats des Schwermaschinenbaues im Durchschnitt um 31,7 v. H. erhöht wurden, in den Betrieben des VK des Mittelmaschinenbaues um 27,1 v. H. und in den Betrieben des allgemeinen Maschinenbaues um 29,1 v. H.“

(Dr. Bonwetsch, *Die Industrie der UdSSR, 1938/39* in „Ostwirtschaft“ 1939/12, S. 149.)

Durch eine Verordnung des Präsidiums des Obersten Sowjets der Sowjetunion vom 26. Juli 1940 wurde mit Wirkung vom nächsten Tage die Arbeitszeit von 7 auf 8 Stunden verlängert, an die Stelle der Sechstageswoche die Siebentageswoche gesetzt.

„Durch eine Verordnung des Rates der Volkskommissare vom 26. 6. 1940 wurde bestimmt, daß die bisherigen Zeitlohnsätze und Monatsgehälter unverändert bleiben. Die Stück- bzw. Leistungslöhne sind entsprechend der eingetretenen Verlängerung der Arbeitszeit — unter gleichzeitiger Steigerung der Leistungsnormen — herabzusetzen. Es soll dadurch erreicht werden, wie das auch in der Sowjetzeitung mit Nachdruck verlangt wird, daß durch eine Verlängerung der Arbeitszeit voll entsprechende Zunahme der Leistung eintritt.“

(Die Ostwirtschaft, 1940/7, S. 75.)

Nach dem Plan zur Wiederherstellung und Entwicklung der Volkswirtschaft der Sowjetunion für das Jahr 1947 hat im Jahre 1947 „eine Erhöhung der Normen im Durchschnitt um 20—25% in vielen Industriezweigen zu erfolgen“.

Bei dieser Lage gilt nicht mehr die Parole, „mehr leisten, besser leben“, sondern hier müßte es heißen, „mehr leisten oder schlechter leben“. Was in der freien Wirtschaft den Akkord so in Verruf gebracht hat, die sogenannte Akkordschere, wird in der Sowjetunion durch „freiwillige“ Pionierleistungen der Stachanow-Arbeiter und Aktivisten, sowie durch staatliche Verfügungen über Normerhöhungen, Arbeitszeitverlängerung zwar mit anderen Mitteln, jedoch mit dem gleichen Resultat praktiziert, was auch der dichteste Schleier propagandistischer Schönfärberei nicht verbergen kann.

Für Übererfüllung der Norm gibt es Zuschläge; wird sie durch eigenes Verschulden nicht erfüllt, so bekommt der Arbeiter nur einen dem erreichten Prozentsatz entsprechenden Lohn.

„Wenn ein Arbeiter jedoch ohne eigenes Verschulden die Arbeitsnorm nicht erfüllt hat, muß er in jedem Fall mindestens $\frac{2}{3}$ seines Durchschnittslohnes erhalten.“

(Fortsetzung folgt)

Der Abschluß der Westdeutschen Reparationsleistungen

Der vierte Bericht der Interalliierten Reparationsagentur in Brüssel*

Vorbemerkung

Der vierte Jahresbericht der im Januar 1946 auf Grund des Potsdamer Abkommens geschaffenen Interalliierten Reparationsagentur (I.A.R.A. = *Inter Allied Reparations Agency*) macht es zum ersten Mal möglich, annähernd die Gesamtmenge und den Wert der Reparationsleistungen Westdeutschlands zu überblicken. Die Reparationsleistungen unterscheiden sich nach drei Hauptarten: industrielle Anlagen, deutsche Auslandsguthaben und Beutegut. Die Lieferungen der ersten Art sollten bis zum Frühjahr 1950 beendet sein; über einige auf den Demontagelisten der I.A.R.A. stehenden Werke, so insbesondere über Watenstedt-Salzgitter, wird jedoch noch verhandelt. Die endgültige Abrechnung über die deutschen Auslandsguthaben soll im Januar 1951 stattfinden. Im großen und ganzen steht das Ergebnis der Tätigkeit der I.A.R.A. jedoch heute schon fest.

Aus dem Bericht spricht eine tiefe und bittere Enttäuschung darüber, daß das ursprüngliche Reparationsprogramm durch die politische Entwicklung immer mehr abgeschwächt wurde. Die Agentur steht auf dem Standpunkt, daß „selbst heute das anfangs aufgestellte Reparationsprogramm vom wirtschaftlichen Stand-

punkt durchaus vernünftig und vorteilhaft“ sei. Von einer so völlig aus dem Geist des *Morgenthau-Planes* und des Potsdamer Abkommens geborenen Institution läßt sich auch schwerlich eine andere Denkungsart erwarten. Ebenso unvermeidlich ist es aber auch, daß die Demontage deutscher Industrieanlagen — der *Economist* stellte am 10. Juni 1950 fest, daß nur ein Drittel der demontierten Anlagen echte Rüstungsbetriebe waren — angesichts der durch Kriegszerstörungen, den Zustrom der Flüchtlinge, die wirtschaftliche Abschnürung der sowjetischen Besatzungszone und die eingetretenen Gebietsverluste geschaffenen Wirtschaftslage tiefe Spuren der Verbitterung in der deutschen Bevölkerung hinterlassen hat.

Die Tätigkeit der I.A.R.A. ist nur ein Ausschnitt aus dem Gesamtkomplex der deutschen Wiedergutmachung und kann ohne Einsicht in die tieferen Zusammenhänge, die das deutsche Wiedergutmachungsproblem zum Ausgangspunkt der Ost-West-Spannungen gemacht haben, nicht richtig beurteilt werden. Auch die deutschen Reaktionen auf die Demontagen sind nur in diesem weiteren Zusammenhang verständlich.

*) Vergl. hierzu: *Deutsche Industriereparationen* 1948. Auszüge aus dem Bericht der Interalliierten Reparationsagentur (I.A.R.A.) für das Jahr 1948 in

Europa-Archiv 9/1949, S. 2107—2114 und *Deutsche Auslandsguthaben* in Europa-Archiv 10/1949, S. 2159—2162.

Von dem Unvermögen, sich über die Art der deutschen Wiedergutmachung grundsätzlich und rechtzeitig zu einigen, das die Verhandlungen von Teheran und Jalta charakterisierte, war nur ein kleiner Schritt zu dem scheinbar leichten, in Wirklichkeit aber so verhängnisvollen Ausweg, die zunächst nur für militärische Zwecke abgegrenzten Besatzungszonen zu wirtschaftlichen und politischen Einflußzonen zu machen, in denen jede der Großmächte das Wiedergutmachungsproblem nach eigenem Ermessen in Angriff nahm. So entstand der Riß, der nicht nur Deutschland, sondern Europa von Finnland bis Triest aufspaltete. Man kann es trotz allem Unglück, das das nationalsozialistische Regime über die Welt gebracht hat, nicht allein dem deutschen Volke zur Last legen, wenn ihm nach seiner Aufteilung unter vier Besatzungsmächte in der wirtschaftlichen Misere und der politischen Ausweglosigkeit der ersten Nachkriegsjahre das Gefühl für die Notwendigkeit und Berechtigung einer Wiedergutmachungsleistung weitgehend abhanden kam. Dem nach der bedingungslosen Kapitulation unzweifelhaft vorhandenen Wiedergutmachungswillen fehlte das Sprachrohr einer verantwortlich handelnden Regierung. Als im Herbst 1949 die erste Regierung der Deutschen Bundesrepublik gebildet wurde, war die Kluft zwischen dem Europäischen Wiederaufbauprogramm und der Politik der Eingliederung Deutschlands in die europäische Gemeinschaft auf der einen Seite und den Demontagemaßnahmen auf der anderen Seite so groß, daß die deutsche Reaktion nur in verständnislosem Kopfschütteln der Gutwilligsten und wachsendem Ressentiment der politisch abgestumpften Allgemeinheit bestehen konnte. Daß die kommunistische Propaganda aus dieser Tatsache für sich Kapital schlug, konnte nicht ausbleiben.

Wenn es die ursprüngliche Absicht der interalliierten Reparationspolitik war, durch eine Radikallösung rasch den Weg für den Wiederaufbau freizumachen, so ist dies zweifellos mißlungen. Freilich muß man sich auf deutscher Seite dazu beglückwünschen, daß diese Radikallösung nicht durchgeführt wurde, da die bleibenden Schäden für die deutsche Wirtschaft sonst unvergleichlich größer gewesen wären.

Auch sollte man sich auf deutscher Seite daran erinnern, daß nach dem Ersten Weltkrieg erst nach einem zwölfjährigen Ringen, das die Kräfte und das politische Prestige der stärksten deutschen politischen Persönlichkeiten wie *Rathenau*, *Stresemann* und *Brüning* unterhöhlte, das Ende der Reparationen in Sicht kam. Zieht man dazu noch in Betracht, daß die Verheerungen, die der Zweite Weltkrieg in Europa anrichtete, das Ausmaß und die Ausdehnung der Zerstörungen des Ersten Weltkrieges bei weitem übertrafen, und daß er das deutsche Volk mit der Verantwortung für die bewußte Ausrottungspolitik des nationalsozialistischen Regimes insbesondere gegenüber Juden und Polen belastete, so wird man erst die alliierte Reparationspolitik der letzten sechs Jahre in ihren richtigen Proportionen sehen.

Der Bericht der I.A.R.A. gibt annähernde Zahlen über die für Januar 1951 vorgesehene Endabrechnung über den Wert der deutschen Reparationen.

Dollarwert von 1938¹

Deutsche Auslandsguthaben in Gebieten, die den Mitgliedstaaten unterstehen und in neutralen Ländern	\$ 293 300 000
Einbeziehung des Saargebietes in die französische Wirtschaft	17 500 000 ²
Industrieanlagen	146 800 000
Deutsche Handelsflotte	43 200 000
Von der Sowjetunion geleistete Gegenlieferungen	1 500 000
Erbeutete Feindvorräte	14 700 000
Insgesamt	\$ 517 000 000

Wichtig für die Beurteilung der Zahlen, die den Dollarwert von 1938 darstellen, ist, daß sie, um den Dollarwert für 1949 zu erhalten, mit 2 zu multiplizieren sind. Aber selbst dann muß festgestellt werden, daß die nach den Methoden der I.A.R.A. errechneten Werte in manchen Fällen kaum mehr als den Schrottwert der demontierten Anlagen darstellen. Selbst der *Economist* bezeichnet die Ergebnisse der Bewertungsmethode der I.A.R.A. als *strangely low*.

Da es der Agentur nicht möglich war, den Wert der Reparationen an die einzelnen Mitgliedstaaten schon für 1951 festzustellen, veröffentlicht sie den Stand der Verteilung von Ende 1949.

1) Um die annähernden Dollarwerte für 1949 zu erhalten, mit zwei multiplizieren.

2) Entsprechend dem Beschluß der Hauptversammlung vom 13. Januar 1949.

Land	Bis Ende 1949 erhaltene Summe (in Dollarwert von 1938)
Albanien	\$ 975.974
Australien	3.084.078
Belgien	15.161.965
Kanada	2.919.363
Dänemark	17.277.486
Ägypten	2.565.613
Vereinigte Staaten	102.569.186
Frankreich	68.054.728
Großbritannien	84.249.297
Griechenland	10.150.646
Indien	8.269.015
Luxemburg	1.578.497
Norwegen	11.294.660
Neu Seeland	1.053.874
Pakistan	1.108.328
Niederlande	34.500.986
Tschechoslowakei	11.177.432
Südafrikanische Union	6.940.352
Jugoslawien	29.875.350
Insgesamt	\$ 412.806.830

Aus diesen beiden Tabellen ergeben sich zwei bemerkenswerte Tatsachen: die äußerst geringe Bewertung des Saargebietes und der verhältnismäßig große Anteil, den die Vereinigten Staaten und Großbritannien an Reparationen erhalten haben. Die Höhe des amerikanischen Anteils erklärt sich vor allem aus der Summe der in den Vereinigten Staaten beschlagnahmten deutschen Auslandsguthaben, während der Anteil Großbritanniens in erster Linie aus Zuweisungen an Industrieausrüstungen und Handelsschiffstonnage besteht. Mit 27,56 v.H. steht Großbritannien an der Spitze aller I.A.R.A. Zuteilungen auf diesen beiden Sektoren vor Frankreich mit 21,98 v.H. Von den der I.A.R.A. zur Verfügung stehenden 370 000 Tonnen Schiffsraum erhielt Großbritannien etwa die Hälfte. Norwegen steht mit einem Anteil von 11 v.H. an zweiter Stelle. Die Vereinigten Staaten haben seinerzeit auf 65 v. H. der ihnen ursprünglich zugesprochenen Tonnage verzichtet.

Über die westdeutschen Reparationen an die Sowjetunion besagt der Bericht, daß diese Lie-

ferungen im Werte von 12,5 Millionen Dollar erhielt. Die westlichen Besatzungsmächte beziffern die Lieferungen unter Anwendung der Bewertungsmethoden der I.A.R.A. nach einem Bericht des *Economist* vom 10. Juni 1950 jedoch auf 24 Millionen Dollar. Diese Differenz erklärt sich daraus, daß die Entnahmen der Sowjetunion aus Deutschland vor 1946 nicht in den Aufstellungen der I.A.R.A. enthalten sind. Das Potsdamer Abkommen sah aber keinen Vorgriff auf die der Sowjetunion zugebilligten 25 v. H. der „überzähligen Anlagen in den drei Westzonen“ vor.

Zu diesen westdeutschen Reparationsleistungen an die Sowjetunion sind aber noch die von der I.A.R.A. nicht aufgeführten Demontagen und die Entnahmen aus der laufenden Produktion der sowjetischen Besatzungszone zu zählen, über die wir verschiedentlich ausführlich berichtet haben³. Es kann heute kein Zweifel darüber bestehen, daß die Sowjetunion für sich und Polen mehr als die ursprünglich geforderten 10 Milliarden Dollar als Reparationsleistungen genommen hat, während alle neunzehn der I.A.R.A. angeschlossenen Staaten, wie immer man deren Bewertungsmethoden auf heutige Werte umrechnet, zusammen nur einen Bruchteil dieser Summe entnommen haben. Unter den Empfängern befinden sich die Tschechoslowakei, Jugoslawien und Albanien, die zusammen etwa 10 v.H. der durch die I.A.R.A. verteilten Reparationen erhalten haben. Die Tschechoslowakei hat etwa so viel Reparationen erhalten wie Norwegen, wobei die Lieferungen an die Tschechoslowakei in erster Linie aus Anlagen zur Herstellung von Kriegsmaterial bestanden.

Aus dem umfangreichen Bericht der I.A.R.A. veröffentlichen wir den wichtigsten Teil, der die Entwicklung des Reparationsprogramms von 1946—1949 behandelt im Wortlaut.

Wilhelm Cornides und Hermann Volle

Auszüge aus dem Bericht der IARA für 1949

Die Potsdamer Konferenz

Nach der Niederlage Deutschlands kamen die Vertreter der drei alliierten Mächte, der Vereinigten Staaten, Großbritanniens und der Sowjetunion, im Juli 1945 in Potsdam zusammen, um die allge-

meinen Grundsätze hinsichtlich der Regierung und der Verpflichtungen des besiegten Deutschlands, über die sie sich schon Anfang des Jahres auf der Krim-Konferenz⁴ geeinigt hatten, im einzelnen festzulegen.

3) Vergl. hierzu: *Die Reparationsleistungen der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands in Europa-Archiv* 7/1949, S. 2029—2034 und 8/1949, S. 2066—2070.

4) Vergl. hierzu *Bericht über die Krimkonferenz* (3.—11. Februar) in *Europa-Archiv*, Oktober/November 1946, S. 211/212.

Es wurde in Potsdam beschlossen, Deutschland durch Ausschaltung seiner Kriegsindustrien zu entwaffnen und im Interesse der Sicherheit die zukünftige Entwicklung der deutschen Industriewirtschaft durch Verbote für die Herstellung bestimmter Produkte und durch strenge Einschränkung des Produktionsniveaus für andere zu kontrollieren. Ferner kam man überein, daß Deutschland soweit wie möglich Ersatz für den durch seine Aggression verursachten Schaden leisten solle und daß diese Entschädigung nicht wie nach dem Krieg von 1914—1918 in Geld und Devisen zu entrichten sei, sondern in Sachwerten⁵.

Präsident Truman formulierte in Potsdam die Gründe für die Entnahme von Reparationen folgendermaßen: „In erster Linie bezwecken die Reparationen eine Entfernung alles dessen, was Deutschland bei der Vorbereitung eines neuen Krieges dienlich sein könnte. In zweiter Linie ist es der Zweck der Reparationen, den Wiederaufbau in den zerstörten Ländern durch Zuteilung von aus Deutschland entfernten Industrieausrüstungen und Maschinen zu fördern.“

Es blieb den Besatzungsmächten selbst überlassen, die Menge der aus Deutschland zu entnehmenden Industrieausrüstungen, soweit es sich nicht um Kriegsindustrien handelt, zu bestimmen, nachdem sie sich über die Höhe der in Deutschland zu belassenden Produktionsmittel geeinigt hatten, die erforderlich sind, um dem deutschen Volk einen angemessenen wirtschaftlichen Lebensstandard zu ermöglichen, der aber auf keinen Fall über den Durchschnittsstand in Europa als Ganzes genommen liegen sollte (wobei der in Großbritannien und der Sowjetunion herrschende Lebensstandard unberücksichtigt bleiben sollte). Ferner kam man überein, (1) daß die Entnahme überzähliger deutscher Industrieausrüstungen innerhalb von zweieinhalb Jahren nach Unterzeichnung der Potsdamer Erklärung beendet sein sollte; (2) daß bis zur Erreichung des Industrieniveaus, das Deutschland zugestanden war, Vorschußlieferungen an Industrieanlagen für Reparationszwecke verfügbar gemacht werden sollten; (3) daß Deutschland für die Dauer der Besatzung als Wirtschaftseinheit zu behandeln sei, und (4) daß die Besatzungsmächte bezüglich der Reparationen und der Entnahme überzähliger Anlagen gemeinsame Richtlinien festlegen würden.

Insbesondere wurde vereinbart, daß die Sowjetunion ihre Reparationsansprüche aus ihrer eigenen Besatzungszone in Deutschland decken sollte. Außerdem sollte sie 25 v. H. der überzähligen Anlagen in den drei anderen Zonen erhalten. Die Sowjetunion sollte auch für die Reparationsansprüche Polens die Verantwortung übernehmen. Die Forderungen aller übrigen alliierten Staaten sollten aus den restlichen überzähligen Anlagen in den drei Westzonen gedeckt werden. Die Sowjetunion erklärte sich bereit, für 60 Prozent der Industrie-

ausrüstungen, die sie aus den drei Westzonen erhält, „Gegenleistungen“ in Form von Nahrungsmitteln, Kohle, Potasche, Zink, Nutzholz, Tonprodukten Erdölerzeugnissen und sonstigen durch Vereinbarung zu bestimmenden Waren liefern.

In der Potsdamer Erklärung wird keine Kategorie deutscher Vermögenswerte von den Reparationsleistungen ausgenommen, aber besonders erwähnt werden außer Industrieanlagen nur die deutsche Handelsflotte und die deutschen Auslandsguthaben. Ein Drittel der deutschen Handelsflotte sollte an die Sowjetunion fallen und zwei Drittel sollten Großbritannien und den Vereinigten Staaten zur Verfügung gestellt werden. Die Sowjetunion sollte sich alle deutschen Auslandsguthaben in Bulgarien, Finnland, Ungarn, Rumänien und Ost-Österreich aneignen. Deutsche Auslandsguthaben in anderen Ländern sollten den westlichen Alliierten zur Verfügung gestellt werden.

Die Pariser Reparationskonferenz — November 1945

Im November 1945 luden die Regierungen von Frankreich, Großbritannien und den Vereinigten Staaten die Vertreter von fünfzehn Staaten, deren Völker am Kriege gegen Deutschland teilgenommen hatten, zu einer Zusammenkunft in Paris ein, um über die Verteilung der aus Deutschland entnommenen Reparationen zu beschließen. In der Schlußakte der Konferenz wird den dort vertretenen Regierungen empfohlen, den Abkommensentwurf zu unterzeichnen:

„Um eine gerechte Verteilung der Gesamtwerte zu erreichen, die nach den Bestimmungen dieses Abkommens und nach den in Potsdam am 1. August 1945 zwischen den Regierungen der Vereinigten Staaten, des Vereinigten Königreichs von Großbritannien und Nordirland und der Union der Sowjetsozialistischen Republiken getroffenen Vereinbarungen als Reparationen von Deutschland zur Verfügung stehen oder noch zu solchen erklärt werden (im Folgenden als deutsche Reparationen bezeichnet) um eine Interalliierte Reparationsagentur zu errichten . . .“

Der jeder Signatarmacht zufallende Anteil richtet sich nach dem materiellen Schaden, den ihre Wirtschaft erlitten hat, nach den Verlusten an Menschenleben und nach dem Beitrag, den sie zu den Kriegsanstrengungen geleistet hat.

Die für Reparationszwecke verfügbar gemachten Industrieanlagen

1946—1949.

1946

Auf der Grundlage des „Plans für Reparationen und für das Wirtschaftsniveau im Nachkriegsdeutschland“, der im März 1946 von Vertretern der Besatzungsmächte in Berlin aufgestellt worden war, hatte man errechnet, daß der Agentur alles in allem 1800 Werkanlagen zur Verteilung an die Mitgliedstaaten verfügbar gemacht werden würden. In der Einleitung zu diesem Plan war der Grundsatz der deutschen Wirtschaftseinheit, wie er in

⁵ Vergl. hierzu *Mitteilungen über die Dreimächte-Konferenz von Berlin* vom 2. August 1945 in Europa-Archiv, Oktober/November 1946, S. 215.

Potsdam niedergelegt worden war, erneut bestätigt worden, aber in den folgenden Monaten konnten die Besatzungsmächte sich nicht über die praktischen Maßnahmen einigen, die diese Wirtschaftseinheit herbeiführen könnten. Im Mai 1946, als erst zwölf Anlagen als „Vorschußlieferungen“ verfügbar gemacht worden waren, gab der Oberbefehlshaber der Besatzungszone der Vereinigten Staaten bekannt, daß keine weiteren Lieferungen oder Zuteilungen von Industrieanlagen aus seiner Zone vorgenommen werden würden, solange die Wirtschaftseinheit nicht erreicht sei. Die britischen und französischen Behörden gaben zwar ihren Standpunkt nicht durch offizielle Verlautbarung bekannt, folgten aber diesem Beispiel.

Die Agentur war nicht ermächtigt, die Alliierte Politik in Deutschland zu beeinflussen, aber da diese Einstellung der Lieferungen dem Sinn des eben erst unterzeichneten Pariser Abkommens zuwider zu laufen schien, legte sie klar, daß keinerlei Grund bestehe, die praktischen Bestimmungen der Potsdamer Erklärung bezüglich der Reparationen in ihrer Gesamtheit bis zur Herstellung der deutschen Wirtschaftseinheit zurückzustellen und daß in Deutschland industrielle Ausrüstungen in beträchtlichem Umfang vorhanden seien, die den I.A.R.A.-Staaten sofort zur Verfügung gestellt werden könnten. Dieser Standpunkt fand zu jener Zeit sehr wenig Beachtung, und erst im November 1946 stellten die Besatzungsbehörden der Westzonen der I.A.R.A. eine Anzahl Mehrzweck-Werkzeugmaschinen zur Verfügung, die sich in 51 in ihren Zonen gelegenen Werken befanden. Diese Ausrüstungsgegenstände hatten einen Rest-Wert (*residual value*) von 42 Millionen Reichsmark (1938). Gleichzeitig legten die Oberbefehlshaber der britischen und französischen Zonen Pläne für die Freigabe von Mehrzweck-Werkzeugmaschinen und Ausrüstungsgegenständen von einer bestimmten Anzahl anderer Fabriken vor. Das Endergebnis aus diesen beiden Plänen belief sich auf annähernd 35 Millionen Reichsmark (1938). Bis Ende 1946 waren der Agentur nur 110 Werkanlagen und Teilanlagen zugeteilt worden, und der Gesamtwert der ihr zugeteilten Industrieausrüstungen belief sich auf 215 Millionen RM (1938).

Die Tatsache, daß der I.A.R.A. 1946 keine wesentlichen Zuteilungen verfügbar gemacht wurden, führte dazu, daß einer der Hauptzwecke der Potsdamer Erklärung weitgehend verfehlt wurde, da nur sehr wenig Industrieanlagen aufgebracht wurden zu einer Zeit, in der sie am meisten benötigt wurden für den wirtschaftlichen Wiederaufbau der Länder, deren Industrien während des Krieges geplündert, vernichtet, überlastet oder in die unwirtschaftlichen Bahnen der Kriegsproduktion gelenkt worden waren und die notwendigen Erneuerungen und Modernisierungspläne nicht ausführen konn-

ten. Einige dieser Länder hatten die meisten ihrer Auslandsguthaben verkauft und waren nicht in der Lage, industrielle Ausrüstungen für ihre Industrien im Auslande zu kaufen. Außerdem befanden sie sich, was die Erwerbung neuer Devisen anbetrifft, in einer schlechten Lage, weil sie vor der Notwendigkeit standen, zunächst die Versorgung ihres eigenen Volkes sicherzustellen, dessen Lebensstandard während des Krieges gesunken war. Andere Staaten, die noch über Auslandsguthaben verfügten, mußten feststellen, daß die Grundtypen an Maschinen, die sie zur Wiederausrüstung ihrer Industrien aus dem Auslande benötigten, erst innerhalb von drei oder vier Jahren geliefert werden konnten. Für diese Länder konnten nur die Industrieanlagen und Maschinen aus Deutschland als Sofort-Quelle für die zusätzlichen Ausrüstungen in Frage kommen, die sie für ihren Wiederaufbau nach dem Kriege benötigten. Ihre Enttäuschung war sehr groß, als die unmittelbare wirtschaftliche Bedeutung der Reparationen bei der politischen und wirtschaftspolitischen Ausrichtung außer Acht gelassen wurde, die die Besatzungsmächte 1946 entweder absichtlich oder durch die Umstände gezwungen einschlugen.

1947

Auf Grund des langsamen Tempos, das 1946 bei der Auslieferung industrieller Anlagen an die I. A. R. A. geherrscht hatte, sandte die Hauptversammlung bei ihrer ersten Zusammenkunft im Jahre 1947 ein Memorandum an den Rat der Außenminister, in dem sie die Ansichten der Agentur darlegte. Daraufhin wurden der Präsident und der Generalsekretär der Agentur nach Moskau eingeladen, um vor dem Rat der Außenminister ihre Ansichten darzulegen. In seiner Stellungnahme zu dem Versagen der Alliierten Mächte in der Durchführung der Reparationsbestimmungen des Potsdamer Abkommens sagte der Präsident: „Durch die Überindustrialisierung Deutschlands für militärische Zwecke haben sich Verhältnisse ergeben, in denen trotz der Zerstörungen und trotz der übermäßigen Abnutzung durch den Krieg noch immer ein Industriepotential verbleibt, das auf jeden Fall, und was auch immer das Ergebnis der gegenwärtigen Konflikte sein mag, weit über die Bedürfnisse einer Friedenswirtschaft hinausgeht.“

Das Ergebnis dieser Konferenz war enttäuschend für die Mitgliedstaaten der Agentur, da die einzige praktische Folgerung eine Einigung der Minister darüber war, daß die Entfernung und Liquidierung deutscher Rüstungswerke bis zum März 1948 beendet sein sollte⁶.

Inzwischen wurde das Problem des Europäischen Wiederaufbaues in seiner Gesamtheit von höchsten Behörden in Europa und in den Vereinigten Staaten beraten. Zur Zeit der Harvard-Rede⁷ des Außenministers der Vereinigten Staaten, Mr. Mar-

6) Vergl. hierzu *Die Deutsche Frage auf der Moskauer Konferenz der Außenminister* vom 10. März bis 24. April 1947 in Europa-Archiv Juli 1947, S. 699 bis 758, insbesondere Seite 684—693; und *Die Deutsche Frage nach Moskau* in Europa-Archiv Juli 1947,

S. 759—767. (Der Potsdamer Reparationsplan, die bisherigen Reparationsleistungen.)

7) Vergl. den Wortlaut der Rede in Europa-Archiv August 1947, S. 821.

shall, in der die Idee der wirtschaftlichen Zusammenarbeit Europas mit amerikanischer Hilfe zum ersten Mal offiziell dargelegt wurde, war die Agentur zu der von ihrem Präsidenten zum Ausdruck gebrachten Einstellung gelangt, daß selbst die Hilfsquellen der amerikanischen Industrie nicht sofort alle diejenigen Industrieausrüstungen liefern könnten, die in Europa benötigt würden, und daß daher jedes Programm, das auf Grund der Marshall-Vorschläge aufgestellt wird, mit den deutschen Reparationen in engsten Zusammenhang gebracht werden müsse.

Im August 1947 vereinbarten die Besatzungsmächte der Westzonen Deutschlands ein revidiertes Industrieniveau für Deutschland⁸ und stellten eine neue Liste der für Reparationszwecke zur Verfügung stehenden Werkanlagen auf. Die in diesem Plan vorgesehene vorläufige Gesamtzahl der zur Verfügung stehenden Anlagen war 858 gegenüber den mehr als 1800 Fabriken, die nach dem ersten Plan für das Industrieniveau zur Verfügung gestanden hätten. Mit diesem neuen Industrieniveau sollte Deutschland eine industrielle Kapazität behalten, die etwa der von 1936 gleichkommt, während es nach dem ursprünglichen Plan nur eine industrielle Kapazität beibehalten sollte, die 75 Prozent des Produktionsniveaus von 1936 entsprach. Trotz der Veröffentlichung dieser neuen Liste waren der Agentur bis Ende 1947 keine weiteren Zuteilungen gemacht worden, und bis zu dieser Zeit hatte sie nur 244 Werke und Teilanlagen im Wert von 274 Millionen RM (1938) erhalten.

1948

Auf die Versicherung hin, daß die Liste der für Reparationszwecke verfügbaren Anlagen vom August 1947 endgültig sei und keinen größeren Änderungen mehr unterzogen werden würde, hatte die Hauptversammlung Anfang 1948 erwartet, daß die Oberbefehlshaber der Westzonen der Agentur bald eine beträchtliche Anzahl von Werkanlagen zur Verteilung zur Verfügung stellen würde. Aber erst im Juli 1948 wurden der Hauptversammlung überhaupt weitere Zuteilungen angekündigt, und diese bestanden dann nur aus 147 Anlagen und Teilanlagen aus der Gesamtliste von 858, die im vergangenen Jahr veröffentlicht worden war. Mit dieser Zuteilung erhöhte sich die Gesamtzahl auf 390 Anlagen und Teilanlagen.

Trotz der Erklärung der Besatzungsmächte, daß mit dem 1947 veröffentlichten Industrieniveau genügend Industrie in Deutschland bleiben würde, um dem deutschen Volk einen angemessenen Lebensstandard zu ermöglichen, begannen deutsche Industrielle, Politiker, Arbeiter und kirchliche Führer, unterstützt durch sympathisierende Stimmen aus alliierten Ländern, in aller Offenheit für eine Revision des Planes zu agitieren. Die Opposition selbst gegen den revidierten Plan für das Industrieniveau

aus dem Jahre 1947 verstärkte sich dermaßen, daß Mr. Marshall sich genötigt sah, im Januar 1948 vor dem Kongreß der Vereinigten Staaten zu erklären: „der revidierte Plan für das Zweizonengebiet eine ausreichende industrielle Kapazität beläßt, um die Bezahlung der benötigten Einfuhren sicherzustellen“ und daß „eine Untersuchung der wirtschaftlichen Lage Deutschlands keinen Zweifel darüber zuläßt, daß das revidierte Industrieniveau und das auf diesem begründete Demontageprogramm Deutschlands Produktions- und Ausfuhrfähigkeit gegenwärtig nicht berühren. Auch hat sich das revidierte Industrieniveau nicht als hinderlich bei der Planung für einen möglichst hohen Beitrag Deutschlands zum allgemeinen europäischen Wiederaufbauprogramm erwiesen. Es sieht die Beibehaltung einer ausreichenden industriellen Kapazität in dem Zweizonengebiet vor, sodaß die Grundlage für die Entwicklung eines angemessenen Lebensstandards und eines das Niveau von 1936 noch übersteigenden Ausfuhrvolumens für Industriegüter gegeben ist . . . Deutsche Anlagen, die an andere europäische Länder übertragen worden sind, leisten bereits ihren Beitrag zur wirtschaftlichen Gesundung dieser Länder und man kann damit rechnen, daß die Kosten des amerikanischen Beitrags zur Europahilfe sich dadurch vermindern.“

Trotz dieser unzweideutigen Erklärung suchte der Kongreß weitere Bestätigung dafür, daß das Demontageprogramm dem Sinn des europäischen Wiederaufbauprogramms nicht zuwiderliefe und erweiterte das E. C. A. Gesetz⁹ durch eine Bestimmung, in der Mr. Hoffman, der Administrator, ermächtigt wurde, einen aus amerikanischen Industrieführern zusammengesetzten Beratungsausschuß (bekannt unter dem Namen *Humphrey-Ausschuß*) zu ernennen, um das revidierte Niveau der deutschen Wirtschaft im Zusammenhang mit dem europäischen Wiederaufbauprogramm und die Politik der Reparationsentnahme aus Deutschland zu prüfen. Im Laufe dieses Jahres nahmen die organisierten Proteste in Deutschland ein solches Ausmaß an, daß es für die mit der Verwaltung der Westzonen betrauten Beamten immer schwieriger wurde, Anordnungen durchzusetzen, die die Demontage betreffen. Ende 1948 hatte die Agentur 400 Anlagen und Teilanlagen im Wert von 419 Millionen RM (1938) erhalten.

1949

Im Februar 1949 wurde bekannt, daß der *Humphrey-Ausschuß* empfohlen hatte, 167 von den 858 auf der Liste vom August 1947 aufgeführten Fabrikanlagen und Teilanlagen in Deutschland zu belassen. Im April 1949 wurde nach einer von Vertretern Großbritanniens, der Vereinigten Staaten und Frankreichs in Washington abgehaltenen Konferenz bekanntgegeben, daß die Regierungen ihre Zustimmung zu Abkommen gegeben hatten, die sich

8) Vergl. den Wortlaut des Abkommens in Dokumente und Berichte des Europa-Archivs, Band 6, S. 105—108 sowie den Beitrag von Franz Seume und Karl Georg Mahnke: *Über die Durchführbarkeit*

des bizonalen Industrieplanes in Europa-Archiv Februar 1948, S. 1155—1163.

9) Vergl. den Wortlaut des Gesetzes in Europa-Archiv Juni/Juli 1948, S. 1385—1394.

auf die Werkdemontage und die verbotenen und eingeschränkten Industrien beziehen und durch die gewisse Abänderungen der Vorschläge des Humphrey-Ausschusses bewirkt wurden und zu dem Beschluß führten, 161 der Fabrikanlagen und Teilanlagen in Deutschland zu belassen.

Der Agentur war jedoch noch immer nicht die endgültige Liste der Anlagen bekanntgegeben worden, die zu Reparationszwecken verfügbar gemacht werden sollten. Die ständige Opposition gegen die Demontage in den Vereinigten Staaten führte jetzt zu der Annahme einer Entschließung durch den Bewilligungsausschuß des Senats, in der Mr. Hoffman dringend gebeten wurde, seinen Einfluß geltend zu machen, um weitere Demontagen einzuschränken. Bestimmte Kreise der amerikanischen öffentlichen Meinung waren der Demontage gegenüber so feindselig eingestellt, daß im Kongreß sogar davon gesprochen wurde, daß die Bewilligungen für das zweite Jahr in Frage gestellt würden, wenn Mr. Hoffman entscheiden sollte, daß die Reparationspolitik unverändert fortzusetzen sei, ohne daß eine gründliche Überprüfung durchgeführt würde. Die Deutschen setzten ihre Proteste gegen den Umfang der Demontageliste mit zunehmender Heftigkeit fort, und es gelang ihnen, die alliierten Behörden in Westdeutschland zu einem erneuten Wiederaurollen der Reparationsfrage zu zwingen.

Im Oktober nahm das Westdeutsche Bundesparlament eine Resolution¹⁰ an, in der eine erneute Überprüfung der Demontageliste und eine vorläufige Einstellung der Demontagen bis zur Entscheidung über diese erneute Untersuchung gefordert wurde. Die Agitation gegen die Fortsetzung der Demontage war so stark, daß die Außenminister der drei Besatzungsmächte im November 1949 in Paris zusammentrafen¹¹, um ihre Deutschlandpolitik zu überprüfen. Das Ergebnis ihrer Besprechungen war der Entwurf eines Abkommens über die zukünftige Regierung Deutschlands und über Reparationen. Dieses Abkommen wurde angenommen und im November 1949 vom deutschen Kanzler für Westdeutschland unterzeichnet¹². In Bezug auf die Demontage war in diesem Abkommen vorgesehen, daß 10 Werkanlagen für synthetisches Oel und Gummi und neun Stahlwerke von der Reparationsliste gestrichen werden sollten. Die Demontage der I. G. Farben-Werke in Ludwigshafen sollte eingestellt werden und alle Demontagen in Berlin sollten aufhören. Abgesehen von den Werkausrüstungen in Berlin sollten alle in diesen 20 Werken bereits abmontierten Gegenstände der Agentur zur Verfügung gestellt werden.

Den Erfolg der Agitation gegen die Demontage kann man aus einer Erklärung des deutschen Kanz-

lers vor dem Bundesparlament im November 1949 ersehen, die besagt, daß zwar verschiedene wichtige Fabriken auf der Demontageliste geblieben seien, insbesondere die Hermann-Göring-Werke, daß die alliierten Kontrollbehörden aber die deutschen Wünsche zu 90 Prozent erfüllt hätten¹³.

Kurz nach der Unterzeichnung dieses Abkommens erhielt die Agentur von den Besatzungsbehörden die entsprechende Liste von Fabrikanlagen, von der die Agentur hofft, daß sie dieses Mal wirklich endgültig und unantastbar ist. Mit dieser endgültigen Liste beläuft sich die Anzahl der Werkanlagen, die in den vier Jahren von 1946 bis 1949 der I.A.R.A. verfügbar gemacht worden sind, auf 668 mit einem Rest-Wert von etwa 714 Millionen Reichsmark (1938). Man rechnet damit, daß die Zuteilung dieser Anlagen bis Ende April 1950 beendet sein wird.

Der Geschichtsforscher wird mit Interesse und ohne besondere Überraschung feststellen, daß die deutsche Agitation für eine weitere Revision der Demontage und der für die Stahlproduktion geltenden Einschränkungen (nach dem Stande vom Januar 1950) mit der Unterzeichnung dieses Abkommens durch den deutschen Kanzler keineswegs eingestellt wurde.

Wenn man die endgültigen Ergebnisse mit den Zielen des Reparationsprogramms vergleicht, wie sie in Potsdam aufgestellt worden waren, tritt klar zutage, daß die beiden einander kaum entsprechen, und der Grund dafür ist unschwer zu finden. Ehe noch die Bestimmungen von Potsdam verwirklicht werden konnten, wurde durch politische Entwicklungen von übergeordneter Bedeutung eine Revision der Deutschlandpolitik herbeigeführt, die die Grundlage für diese Bestimmungen gebildet hatte. Die neue Politik entwickelte sich nur langsam, und mit den Reparationslieferungen wartete man diese Entwicklung erst ab. Diese Tatsache allein tat den wirtschaftlichen Vorteilen, die den Mitgliedstaaten der Agentur nach dem ursprünglichen Plan zustanden, beträchtlichen Abbruch.

Die Zustellung der für Reparationszwecke bestimmten Anlagen ging nicht nur langsam vor sich, sondern es wurden noch ständige, drastische Kürzungen vorgenommen, wie aus der folgenden Tabelle hervorgeht:

März 1946 — Anzahl der nach dem ersten Plan für das Industrienniveau erwarteten Anlagen	1800	100%
August 1947 — Anzahl der nach dem revidierten Plan für das Industrienniveau verbleibenden Anlagen	858	48%
Februar 1949 — Anzahl der nach dem Bericht des Humphrey-Ausschusses verbleibenden Anlagen	700	39%

10) Vergl. den Wortlaut der Resolution in den Bundestagsdrucksachen Nr. 2, 6, 7 und 11 sowie den Sitzungsbericht des Deutschen Bundestages der 11. Sitzung vom 30. September 1949, S. 210—228.

11) Vergl. den Wortlaut des Communiqués dieser Konferenz in Europa-Archiv 13/1950, S. 3153—3154.

12) Vergl. hierzu den Wortlaut der Niederschrift der Abmachungen zwischen den Alliierten Kommissaren und dem Deutschen Bundeskanzler auf dem Petersberg am 22. November 1949 in Dokumente und Berichte des Europa-Archivs, Band 8, S. 69/70.

13) Vergl. hierzu den Wortlaut der Regierungserklärung in dem Sitzungsbericht des Deutschen Bundestages der 17. Sitzung vom 15. November 1949, S. 397.

November 1949 — Anzahl der nach dem Petersberger Abkommen verbleibenden Anlagen

(schätzungsweise) 680 38%

Kurz gesagt, wenn man allein von der Anzahl der Anlagen ausgeht, verbleiben nur 38 Prozent der ursprünglichen Gesamtmenge. Der Wertverlust wird niemals genau feststellbar sein, aber er ist verhältnismäßig viel größer, da die Kürzungen nicht nur in der Streichung ganzer Anlagen von großem Wert von der Reparationsliste bestanden, sondern auch darin, daß beträchtliche Teile anderer Anlagen, die in der Liste aufgeführt blieben, in Deutschland belassen wurden.

Wie gering verhältnismäßig die Menge der endgültig zur Verteilung gelangenden Industrieausrüstungen ist, geht aus der Tatsache hervor, daß die Wiederbeschaffungskosten für die der Agentur verfügbar gemachten Industrieausrüstungen im Jahre 1938 nur 1700 Millionen Reichsmark (1938) betrugen, was etwa 1,3 Prozent der Wiederbeschaffungskosten für die Gesamtinvestitionen in der deutschen Industrie im Jahre 1938 entspricht. Ferner ist zu bemerken, daß 31 Prozent der Industrieausrüstungen, die der Agentur zugeteilt wurden, aus Anlagen stammen, die ausschließlich der Produktion von Waffen, Sprengstoffen und anderen Kriegsausrüstungen dienten. Ein großer Teil dieser Werke war während des Krieges erbaut worden und kann daher in der deutschen Friedenswirtschaft gar nicht existiert haben. Wenn man sich diese Tatsachen vor Augen hält und bedenkt, mit welcher Geschwindigkeit die deutsche Wirtschaft sich ausdehnt, scheint es nicht nur klar, daß die Reparationsleistungen nur geringe Auswirkungen auf die deutsche Wirtschaft gehabt haben, sondern auch daß für die Kürzungen, die nach und nach an dem Reparationsprogramm vorgenommen wurden, kaum eine wirtschaftliche Rechtfertigung bestand.

Zurückblickend muß man das ursprüngliche Reparationsprogramm immer noch als wirtschaftlich tragbar und wirtschaftlich nutzbringend ansehen und die ursprünglich gesetzten Fristen als vernünftig anerkennen. Je mehr diese Fristen durch politische Faktoren umgestoßen wurden, desto mehr verlor der Plan an wirtschaftlicher Wirksamkeit. Soweit die alliierten Länder Ausrüstungen erhalten haben, sind diese von beträchtlichem Wert für sie gewesen. Der Wert des Reparationsprogramms wäre unvergleichlich größer gewesen, wenn die Industrieausrüstungen zu den ursprünglich gesetzten Fristen verfügbar gemacht worden wären.

Deutsche Auslandsguthaben

Die deutschen Feindguthaben in Gebieten von Mitgliedstaaten waren von diesen nach Maßgabe ihrer nationalen Gesetze beschlagnahmt worden, und diese Beschlagnahmen wurden nicht nur durch das Pariser Abkommen international sanktioniert, sondern es wurde ferner bestimmt, daß diese Guthaben, die auf einem Bruttowert von etwa 300 Millionen Dollar (1938) geschätzt wurden, im Verlauf einer fünfjährigen Abrechnungsperiode auf die

Reparationskonten des jeweiligen Mitgliedstaates angerechnet werden sollten, in deren Gebiet sie sich befanden. In Bezug auf die deutschen Feindguthaben in neutralen Ländern, die auf einen Bruttowert von etwa 125 Millionen Dollar geschätzt werden, war im Pariser Abkommen vorgesehen, daß Frankreich, Großbritannien und die Vereinigten Staaten durch Verhandlung zu einem Abkommen mit den neutralen Staaten kommen sollten, wodurch den Deutschen das Eigentum und die Kontrolle über diese Guthaben entzogen und dieselben liquidiert oder veräußert werden sollten, wobei die Nettoeinkünfte der Agentur zur Verteilung als Reparation zur Verfügung gestellt werden sollten. (Es ist zu bemerken, daß unter „Brutto“ der Gesamtwert dieser Guthaben vor Abzug der Verwaltungsgebühren, Gegenforderungen, Wiedergutmachung und, soweit es sich um Guthaben in neutralen Ländern handelt, vor Abzug der diesen Staaten gewährten Summen zu verstehen ist.)

Bei der Bearbeitung der Guthaben in den Gebieten der Mitgliedstaaten stieß die Agentur auf die drei folgenden Hauptprobleme:

1. Die Beilegung von Rechtskonflikten bezüglich dieser Guthaben.
2. Die Einführung einer einheitlichen Regelung im Abrechnungsverfahren.
3. Die Durchsetzung der Sicherheitsbestimmungen der Pariser Akte, in der gefordert wurde, daß deutsche Guthaben, gleichgültig ob es sich um versteckte oder andere handelt, zu beschlagnahmen sind und daß Vorkehrungen getroffen werden müßten, um eine Rückkehr deutscher Vermögenswerte in deutsches Eigentum oder unter deutsche Kontrolle zu verhindern.

Nachdem in den Jahren 1946 und 1947 innerhalb der Agentur langwierige Besprechungen über die Möglichkeit stattgefunden hatten, zu einem allgemein annehmbaren Abkommen für die Beilegung von Rechtskonflikten zu gelangen, stellte sich heraus, daß ein solches Abkommen nicht zu erreichen war. Die Hauptversammlung forderte daher die Mitgliedstaaten im Jahre 1948 auf, die Lösung aller etwa auftretenden Konflikte untereinander durch zwei- oder mehrseitige Abkommen möglichst bis zum 24. Januar 1950 zu versuchen, da zu diesem Zeitpunkt die vorletzten Jahresbewertungen und Belastungen nach der Pariser Akte vorgenommen werden sollten. In der Tat hatten die meisten Staaten, bei denen die größte Anzahl von Treuhänderkonflikten vorlagen, bis Ende 1949 Abkommen zur Lösung dieser Konflikte abgeschlossen. Das wichtigste ist jedoch, daß diese Abkommen noch nicht in Kraft getreten sind.

Bis Ende 1949 hatten die Mitgliedstaaten auch beträchtliche Fortschritte in der Veräußerung oder Liquidierung der auf ihrem Hoheitsgebiet befindlichen Guthaben gemacht. Man kann schätzungsweise sagen, daß dem Werte nach etwa zwei Drittel der in den Mitgliedstaaten vorhandenen Guthaben bis zu diesem Zeitpunkt liquidiert worden waren.

1948 nahm die Generalversammlung eine einheitliche Regelung des Abrechnungsverfahrens für die jährliche Bewertung der deutschen Guthaben in den Gebieten der Mitgliedstaaten an und stellte damit eine Vergleichsbasis für die Abrechnung dieser Guthaben durch die Agentur her.

Im Hinblick auf die Sicherheitsbestimmungen des Pariser Abkommens organisierte die Agentur einen Austausch von Informationen unter den Mitgliedstaaten und ebenfalls zwischen diesen und den Besatzungsmächten in Deutschland, um verborgene deutsche Guthaben zu identifizieren und ihre Rückkehr in deutsches Eigentum oder unter deutsche Kontrolle zu verhindern. Im März 1949 fand in Brüssel eine Konferenz am runden Tisch statt, an der die Treuhänder deutschen Eigentums teilnahmen, und diese soll im April 1950 wiederholt werden. Auf dieser Konferenz sprachen sich die Treuhänder über die praktischen Probleme aus, die sich bei der Verwaltung deutscher Vermögenswerte ergeben, und besprachen Methoden, mit denen man allen etwaigen Versuchen zur Umgehung der Sicherheitsbestimmungen des Pariser Abkommens begegnen könnte.

Deutsche Guthaben in neutralen Ländern

In der Zeit von 1946 bis 1949 schlossen die Regierungen Frankreichs, Großbritanniens und der Vereinigten Staaten in Übereinstimmung mit den Bestimmungen des Pariser Abkommens und im Namen der Mitgliedstaaten der Agentur mit neutralen Ländern verschiedene Abkommen über die Beschlagnahme und Liquidierung deutscher Guthaben in denjenigen Gebieten ab, die den neutralen Ländern unterstehen.

Im Mai 1946 wurde mit der Schweizer Regierung ein Abkommen erzielt, wonach die Hälfte des Gewinns aus der Liquidierung der deutschen Auslandsguthaben in der Schweiz den Alliierten zur Verfügung gestellt werden sollte. Man rechnet damit, daß die Gesamteinnahmen sich mindestens auf 500 Millionen Schweizer Franken belaufen würden, wovon die Agentur mindestens 250 Millionen erhalten würde. Die früheren deutschen Eigentümer dieser Guthaben sollten in deutscher Währung entschädigt werden. Die Schweiz hat es übernommen, die Hälfte der hierzu erforderlichen Mittel zu stellen.

Als der Agentur in den Jahren 1947—1948 entmutigende Berichte über das langsame Vorgehen der Schweiz bei der Liquidierung dieser Guthaben zuzingen, und insbesondere als man erfuhr, daß die Schweiz Verzögerungstaktiken anwandte, wurden von der Hauptversammlung nachdrücklich abgefaßte Entschlüsse angenommen und insbesondere am 16. März 1948 ein Vorschuß von mindestens 100 Millionen Schweizer Franken gefordert, der sofort zur Verteilung auf Reparationskonto verfügbar gemacht werden sollte.

Die Schweizer Regierung bestand darauf, daß ein Wechselkurs zwischen dem Schweizer Franken und der deutschen Mark festgesetzt werden müsse, bevor deutsche Guthaben liquidiert würden, damit die deutschen Staatsangehörigen, die ihre Gutha-

ben in der Schweiz verlieren, eine angemessene Entschädigung erhalten könnten, und forderte, daß sie an den Verhandlungen über die Festlegung des Wechselkurses beteiligt würde.

Im Mai 1949 trafen die verhandelnden Mächte in Washington mit Vertretern der Schweizer Regierung zusammen, um eine Lösung herbeizuführen. Aber man erreichte nicht viel, da die Schweiz nunmehr behauptete, die Treuhänderkonflikte zwischen Mitgliedstaaten der Agentur und der Schweiz seien durch das Abkommen vom Mai 1946 automatisch zu Gunsten der Schweiz beigelegt, eine Ansicht, die von der Agentur und ihren Mitgliedstaaten abgelehnt wird. Die Besprechungen wurden schließlich vertagt, um der Schweizer Regierung Gelegenheit zu geben, mit den einzelnen Mitgliedstaaten der Agentur zweiseitige Abkommen über ihre treuhänderischen Konflikte abzuschließen.

Bis Ende 1949, über 3½ Jahre nach der Unterzeichnung dieses Abkommens, hatte die Agentur nichts aus den Erlösen der Liquidierung deutscher Guthaben in der Schweiz erhalten.

Im Juni 1946 wurde ein Abkommen mit der Regierung von Schweden verhandelt, wonach 225 Millionen schwedische Kronen zur Verteilung an die Mitgliedstaaten der I. A. R. A. verfügbar gemacht werden sollten. Dieses war eine Nettosumme, da der gesamte Bruttowert der deutschen Guthaben in Schweden auf 400 Millionen schwedische Kronen geschätzt und die Differenz von der schwedischen Regierung zur Bezahlung schwedischer Gläubiger beansprucht wurde, die noch Forderungen gegen Deutschland hatten. In diesem Abkommen war vorgesehen, daß von der Nettosumme 150 Millionen schwedische Kronen den westlichen Besatzungsmächten zugeteilt und zum Einkauf schwedischer Waren für die Ausfuhr nach Deutschland verwendet werden sollten, um dem Ausbruch von Krankheiten und Unruhen vorzubeugen. Diese Summe wurde ordnungsgemäß bezahlt. Der Rest, eine Summe von 75 Millionen schwedischen Kronen, sollte den Mitgliedstaaten der Agentur in Form einer Zuteilung seitens der schwedischen Regierung verfügbar gemacht werden, jedoch erst nachdem diese die Ansichten der verhandelnden Mächte in wohlwollende Erwägung gezogen hätte.

Fast unmittelbar nach der Unterzeichnung dieses Abkommens ergaben sich Differenzen in der Auslegung. Als die Vorschläge der Hauptversammlung bezüglich der Zuteilung der 75 Millionen schwedischen Kronen der schwedischen Regierung von den verhandelnden Mächten zugestellt wurden, lehnte diese sie ab und machte statt dessen ein Zuteilungsangebot, wonach die Hauptmasse dieser Mittel an Norwegen, Dänemark und die Niederlande gefallen wäre (die bereits mehr als ihre vereinbarten Anteile an Reparationen erhalten hatten) und wonach bestimmte andere Mitgliedstaaten nichts erhalten hätten.

Da man bis zum September 1949 mit der Lösung dieser Frage noch nicht weitergekommen war, nahm die Hauptversammlung im Hinblick auf den bereits eingetretenen Zeitverlust eine Entschlie-

an, in der sie die Zuteilungsvorschläge der schwedischen Regierung widerstrebend annahm. Ende 1949 war noch nichts von diesen 75 Millionen Kronen ausgezahlt worden.

Ein Abkommen über deutsche Guthaben in Spanien wurde im Mai 1948 abgeschlossen und man rechnete damit, daß dadurch insgesamt 525 Millionen Peseten der Agentur verfügbar gemacht werden würden. Der Gesamtwert der deutschen Guthaben in Spanien wurde auf etwa 650 Millionen Peseten geschätzt, und die Differenz sollte von der spanischen Regierung zur Bezahlung der Gläubiger verwendet werden. Einen Monat später erfolgte die erste Zuteilung von 80 Millionen Peseten, und im Mai 1949 kamen weitere 50 Millionen Peseten zur Zuteilung. Ende 1949 war die Liquidierung deutscher Guthaben in Spanien in vollem Gange, und man rechnet damit, daß der Rest der Gesamtsumme im Verlauf des Jahres 1950 verfügbar gemacht wird.

Ogleich das Abkommen mit Portugal über die deutschen Auslandsguthaben in diesem Lande Ende 1949 noch nicht unterzeichnet war, wurde durch Erlaß der portugiesischen Regierung im April 1949 eine Kommission eingesetzt, die mit der Liquidierung der deutschen Vermögenswerte auf portugiesischem Gebiet beauftragt wurde. Die verhandelnden Mächte sind in dieser Kommission vertreten, und der Erlaß ist somit ein Schritt vorwärts auf dem Wege zur Unterzeichnung dieses Abkommens.

Nennenswerte Summen werden von sonstigen neutralen Ländern nicht erwartet, außer im Falle der Türkei, wo die Verhandlungen wahrscheinlich bald beginnen werden.

Andere Arten deutscher Vermögenswerte für Reparationszwecke. 1946 bis 1949

Deutsche Handelsschifffahrt.

Auf der Pariser Reparationskonferenz wurde beschlossen, daß die Verteilung der deutschen Handelsflotte nach dem Verhältnis der von jedem Mitgliedstaat durch Kriegshandlung erlittenen Tonnageverluste vorgenommen werden sollte. Die auf der Konferenz vertretenen Regierungen gaben ihre Verluste schätzungsweise mit 23 610 000 Bruttoregistertonnen an, was etwa 54 v. H. der Gesamttonnage entsprach, die sie im Juni 1939 besessen hatten. Dieser Zahl gegenüber hatte die Agentur nur etwa 254 Schiffe mit insgesamt 750 000 t zur Verfügung. Der Schadenersatz, den sie so bieten konnte, betrug also nicht mehr als 3 Prozent der Gesamtverluste. Im Mai 1946 genehmigte die Hauptversammlung die Zuteilung von 686 334 Tonnen Schiffsraum und in den folgenden drei Jahren verfügte sie über den Rest.

Von der Sowjetunion gelieferte Gegenleistungen

Die Sowjetunion verpflichtete sich in Potsdam, Nahrungsmittel und Rohstoffe zu liefern, und zwar in einer Menge, die 60 Prozent vom Wert der Industrieausrüstungen entsprechen würde, die sie aus den Westzonen Deutschlands erhalten würde. Diese Lieferungen sollten so bald wie möglich beginnen und innerhalb fünf Jahren abgeschlossen

sein. Die Agentur gab den Oberbefehlshabern der vier Zonen in Deutschland im März 1947 die Warenarten und -mengen bekannt, die die Mitgliedstaaten zu erhalten wünschten, und im Oktober 1947 legte die Sowjetunion die erste Liste von Waren vor, die sie zur Verfügung zu stellen beabsichtigte. Diese Liste enthielt eine unverhältnismäßig große Menge synthetischen Gummis, das die Mitgliedstaaten nicht haben wollten, aber die übrigen Posten im Werte von 5 967 855 RM (1938) wurden in der ersten Hälfte des Jahres 1948 geliefert. Im Mai 1948 wurde eine zweite von der Sowjetregierung vorgeschlagene Zuteilung von der Hauptversammlung genehmigt. Schwierigkeiten ergaben sich jedoch zwischen dem Oberbefehlshaber der Sowjetzone und den Oberbefehlshabern der drei Westzonen über die Lieferzeitpunkte für diese Waren. Im Dezember 1948 schrieb der Generalsekretär an die Oberbefehlshaber der drei Westzonen und fragte nach dem Lieferdatum für diese zweite Sendung, aber Ende 1949 war die Lieferung immer noch nicht erfolgt. Bis zum heutigen Tage hat die Sowjetunion also nur Waren im Werte von 5 967 885 RM geliefert, während 60 v. H. des Wertes der Industrieausrüstungen, die sie aus den Westzonen Deutschlands erhalten hat, etwa 50 Millionen RM (1938) betragen würde.

Erbeutete feindliche Nachschubvorräte

In der Pariser Akte heißt es: „Der Wert der Vorräte und der anderen für den zivilen Verbrauch geeigneten Materialien, die aus dem Nachschub der deutschen Truppen in Gebieten außerhalb Deutschlands erbeutet worden sind, soll auf den dem betreffenden Land zustehenden Anteil an den Reparationen angerechnet werden, soweit diese Vorräte und Materialien nicht bereits bezahlt worden sind oder noch bezahlt werden oder auf Grund von Abmachungen geliefert werden, die eine Berechnung ausschließen.“

Die einzigen Mitgliedstaaten, von denen erbeutete Nachschubvorräte gemeldet wurden, waren Belgien, Dänemark, Frankreich, die Niederlande, Luxemburg und Norwegen. Die Regierung Frankreichs und Belgiens meldeten unter anderem, daß sie 23 000 000 französische Franken, beziehungsweise 2 540 000 belgische Franken für erbeutete Feindvorräte bezahlt hätten, die ihnen von den britischen und amerikanischen Streitkräften ausgeliefert worden waren. Im Mai 1947 entschied die Hauptversammlung, daß diese Summen Frankreich, beziehungsweise Belgien zugeteilt werden sollten. Im Juni 1948 erklärte sich die Hauptversammlung damit einverstanden, daß Vorräte, die vor ihrer Erwerbung durch den Feind im Besitz des Landes waren, von dem sie gemeldet werden, und die nicht auf feindlichen Befehl hin produziert worden waren, sowie Vorräte, die von dem Meldeland aus dessen eigenem Material und mit dessen Arbeitskräften produziert oder hergestellt worden sind, nicht auf die Reparationskonten der Staaten, die diese Vorräte melden, anzurechnen sind, sondern, daß nur die verbleibenden Nettowerte angerechnet werden sollten.

insbesondere im Rahmen des Europäischen Wiederaufbauprogramms gewährten finanziellen Hilfeleistungen (grants), wobei jedoch die Kreditbeanspruchung noch immer recht beträchtlich war. Während des Jahres 1949, das mit einem Defizit von 4,1 Milliarden Dollar schloß, wurde das Überwiegen der finanziellen Hilfeleistungen besonders deutlich. Die tatsächlich in Anspruch genommenen Hilfeleistungen beliefen sich auf 4,3 Milliarden Dollar, eine Zahl, die das Gesamtdefizit der europäischen Zahlungsbilanz um 200 Millionen Dollar übersteigt. Während der Jahre 1947 bis 1949 hat die Dollarfinanzierung der europäischen Länder das Defizit mit den Vereinigten Staaten stets wesentlich überschritten. Diese Differenz, die als „multilaterale Dollarzahlungen“ bezeichnet wird, setzt sich aus Dollarbeträgen zusammen, die von europäischen Ländern an nichteuropäische Länder, jedoch nicht an die Vereinigten Staaten gezahlt wurden. 1947 beliefen sich diese Zahlungen auf 2,8 Milliarden Dollar, 1948 und 1949 waren es je 2,1 Milliarden Dollar. In den beiden letztgenannten Jahren entfiel rund die Hälfte dieser Transaktionen auf die sogenannten „offshore purchases“, das heißt auf Warenbezüge von außereuropäischen Ländern mit ERP Geldern.

Die Verringerung des Defizits in der europäischen Zahlungsbilanz im Jahre 1948 von 8,8 auf 5,5 Milliarden Dollar ist hauptsächlich auf eine Einschränkung der Transaktionen mit den Vereinigten Staaten zurückzuführen. Dagegen brachte das Jahr 1949 keine wesentliche Verringerung der Dollarlücke. Diese betrug Ende 1949 noch immer 2,9 Milliarden Dollar gegenüber 5,8 Milliarden Dollar im Jahre 1947. Die im Jahre 1949 erzielte Verminderung des europäischen Defizits von 5,5 Milliarden Dollar auf 4,1 Milliarden Dollar wurde vor allem mit anderen Ländern als den Vereinigten Staaten erzielt.

Insgesamt betrachtet ist die Verminderung des Defizits in erster Linie das Spiegelbild der europäischen Handelsbilanz. Die Ausfuhr Europas haben in den vergangenen Jahren zwar ständig zugenommen; es ist aber nicht gelungen, die besonders wichtigen Ausfuhr nach den Dollargebieten zu steigern. Die wertmäßigen Ausfuhr Europas nach den Vereinigten Staaten sind im Jahre 1949 gegenüber denen des Jahres 1948 zurückgeblieben, lagen aber noch etwas über denen des Jahres 1947. Bei den Einfuhr aus den Vereinigten Staaten ist europäischerseits eine zunehmende Einschränkung zugunsten von Einfuhr aus währungsgünstigeren Ländern erfolgt.

Ein echter Fortschritt ist europäischerseits auf dem Gebiete der Dienstleistungen gemacht worden. Im Jahre 1947 waren die Transporte noch ein Passivposten mit 400 Millionen Dollar. 1948 konnte dieses Konto bereits mit 100 Millionen Dollar aktiviert werden. Im Jahre 1949 betrug der Ertrag aus Transporten bereits eine halbe Milliarde Dollar.

Der zwanzigste Jahresbericht der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich führt in diesem Zusammenhang über die künftige Entwicklung der europäischen Zahlungsbilanz folgendes aus:

„Man kann annehmen, daß der Teil des Einkommens aus ausländischen Investitionen, der aus Beteiligungen, Aktien und ähnlichen Vermögensformen herrührt, allmählich steigende Gewinne abwerfen wird, während andererseits erhöhte Zahlungen auf Grund schon bestehender Schulden stattfinden werden; alles in allem wird Westeuropa in seiner Schuldner- und Gläubiger-Stellung gegenüber den überseeischen Ländern möglicherweise mit einer Lage zu rechnen haben, die zu den gegenwärtigen Preisen eine Verschlechterung gegenüber der Vorkriegszeit um rund 2 Milliarden Dollar im Jahr bedeuten würde. Dies ist nicht viel im Verhältnis zum Gesamteinkommen Europas, dessen Summe für alle westeuropäischen Länder bei einem Sterlinkurs von 2,80 Dollar und entsprechenden Kursen für die anderen europäischen Währungen etwa 120 Milliarden Dollar betragen dürfte. Der Verlust ist jedoch ungleichmäßig verteilt, und außerdem wird der Ersatz eines solchen Betrages in der Zahlungsbilanz eine schwer zu bewerkende Umgestaltung der Handelsbeziehungen erfordern, vermutlich unter Erweiterung des direkten Handels mit dem Dollargebiet, denn der notwendige Ausgleich kann schwerlich ganz durch eine Ausdehnung des indirekten Handels über die rohstoffzeugenden Länder erreicht werden.“

Da exakte Zahlenunterlagen für den offiziellen Zahlungsausgleich für das Jahr 1949 noch nicht vorliegen, gibt der Währungsfonds lediglich Auskunft über das Jahr 1948. Die nachstehende Übersicht zeigt, daß der Hauptanteil für die Verbesserung der Zahlungsbilanz Europas Großbritannien zukommt, das sein Defizit von 3,5 Milliarden Dollar im Jahre 1947 auf 1,3 Milliarden Dollar im Jahre 1948 verringerte. Frankreich, Italien, Schweden und die Niederlande haben ebenfalls wesentlich zur Verminderung des Defizits beigetragen, dagegen haben Westdeutschland und Griechenland im Jahre 1948 beträchtliche Fehlbeträge aufzuweisen. Die Entwicklung der ersten Hälfte des Jahres 1950 läßt jedoch erkennen, daß auch Westdeutschland bemüht ist, das Defizit seiner Handels- und Zahlungsbilanz zu verringern und auszugleichen, um so seinen Beitrag zur Verbesserung der europäischen Zahlungsbilanz zu leisten.

H. V.

Offizieller Zahlungsbilanzausgleich Europas mit der übrigen Welt, 1948
(in Millionen amerikanischer Dollar)

	Gold u. Dollar Guthaben		Internationale Institute		Vereinigte Staaten		Kanad. Hilfe und Kredite	Finanzierung durch			Unberichtigte Summe	Intereuropäische Zahlungen in Gold, Dollar u. Sterling ²		Berichtigte Gesamtsumme
	Gold	Dollar	I M F ¹²	IBRD ¹³	Fin. Hilfe	Kredite		Latein Amerika	Sterling Gebiet ¹	Übrige Welt				
OEEC-LÄNDER														
Sterling Gebiet														
Ver. Königreich	396	-174 ³	60	—	447	533	52	— 64 ⁴	641 ⁵	-596 ⁶	1295	-325	970	
Island	—	2	—	—	1	2	—	—	-3	— 1	1	—	1	
Irland	—	2	—	—	—	—	—	—	23	—	25	—	25	
Summe	396	-170 ³	60	—	448	535	52	— 64	661	-597	1321	-325	996	
Kontinentale OEEC-Länder														
Österreich	—	—	—	—	247	15	3	—	—	— 20	245	...	245	
Belgien-Luxemburg	— 28	— 3	32 ⁷	—	45	58	1	— 73	—	59	91	200	291	
Dänemark	—	6	7	32	9	23	—	1	—	— 3	75	24	99	
Frankreich	20	68	—	23	622	274	48	29	15	182	1281	69	1350	
Deutschland	—	— 89	—	—	966	100	—	—	—	—	977	118	1095	
Griechenland	8	4	—	—	339	31	—	—	—	9	391	...	391	
Italien	— 26	-131	—	—	284	92	4	— 16	—	— 4	203	61	264	
Niederlande	58	81	17	123	70	60	8	—	—	— 23	394	— 43	351	
Norwegen	20	16	11	—	18	43	3	—	—	6	117	15	132	
Portugal	73	63	—	—	—	—	—	—	—	— 51	85	...	85	
Schweden	25	— 31	—	—	1	—	—	—	—	6	1	30	31	
Schweiz	— 32	— 93	—	—	—	—	—	—	—	72	— 53	...	— 53	
Türkei	8	20	—	—	13	—	—	—	—	— 33	8	6	14	
Summe	126	— 89	67	178	2614	696	67	— 59	15	200	3815	480	4295	
Nicht zugeteilt	—	—	—	—	—	—	—	—	—	83	83	-155	-72	
OEEC-LänderInsgesamt	522	-259	127	178	3062	1231	118	-123	676	-314	5219	—	5219	
ÜBRIGES EUROPA														
Spanien	—	— 1	—	—	—	—	—	— 1	...	— 1	
Tschechoslowakei	4	...	6	—	—	—	4	30	44	...	44	
Finnland	— 6	11	—	—	—	24	—	18	...	15	62	...	62	
Polen	4	...	—	—	—	20	—	24	...	24	
Andere Länder	47 ⁸	59	—	—	1	6	—	113	...	113	
Summe	49	69	6	—	1	50	4	18	...	45	242	...	242	
EUROPA INSGESAMT	571	-190	133	178	3063	1281	122	-105	676	-269	5461	...	5461	

1) Ausschließlich Vereinigtes Königreich, Irland und Island.

2) Unvollständige Schätzungen.

3) Einschließlich kanadischer Dollar.

4) Ausschließlich der Verminderung der Lateinamerikanischen Sterlingbilanzen. Diese sind unter „übrige Welt“ aufgeführt.

5) Einschließlich der südafrikanischen Goldanleihe (322 Millionen Dollar) und Zuwachs der Sterlingbilanzen (319 Millionen Dollar).

6) Verminderung der Sterlingbilanzen, vor allem Lateinamerikanische Holdings.

7) Einschließlich 10 Millionen Dollar aus dem Internationalen Währungsfonds.

8) Ausschließlich sowjetischer Holdings.

9) Ausschließlich der Gewinne des Vereinigten Königreichs aus Ölinvestitionen. (weitere Anmerkungen s. nächste Seite)

Transaktionen mit den Vereinigten Staaten und anderen nichteuropäischen Ländern 1947, 1948 und 1949
(In Milliarden amerikanischer Dollar)

GÜTER UND DIENSTLEISTUNGEN	1947			1948			1949		
	Vereinigte Staaten	Andere Länder	Insgesamt	Vereinigte Staaten	Andere Länder	Insgesamt	Vereinigte Staaten	Andere Länder	Insgesamt
Ausfuhren (fob)	1,0	5,4	6,4	1,3	7,5	8,8	1,1	8,5	9,6
Einfuhren (fob)	-6,1	-7,6	-13,7	-4,7	-9,6	-14,3	-4,5	-9,1	-13,6
Handelsbilanz (Saldo)	-5,1	-2,2	-7,3	-3,4	-2,1	-5,5	-3,4	-0,6	-4,0
Kapitalerträge ^a	—	0,4	0,4	—	0,5	0,5	—	0,5	0,5
Transportwesen	-0,7	0,3	-0,4	-0,3	0,4	0,1	—	0,5	0,5
Andere Dienstleistungen	0,2	-0,3	-0,1	0,3	-0,6	-0,3	0,3	-0,2	0,1
Saldo der laufenden Posten	-5,6	-1,8	-7,4	-3,4	-1,8	-5,2	-3,1	0,2	-2,9
ANDERE ÜBERWEISUNGEN									
Private Schenkungen	0,4	—	0,4	0,5	—	0,5	0,4	—	0,4
Private Kapitalbewegungen	0,3	-1,1	-0,8	0,1	-0,2	-0,1	—	-0,8	-0,8
Besondere offizielle Überweisungen	-0,6	-0,1	-0,7	-0,3	-0,3	-0,6	-0,3	-0,3	-0,6
FEHLER UND AUSLASSUNGEN	-0,3	—	-0,3	-0,2	0,1	-0,1	0,1	-0,3	-0,2
Defizit (—)	-5,8	-3,0	-8,8	-3,3	-2,2	-5,5	-2,9	-1,2	-4,1
OFFIZIELLER ZAHLUNGSBILANZAUSGLEICH									
Multiaterale Dollarzahlungen:									
Warenbezüge aus außeramerikanischen Ländern mit ERP-Geldern ¹⁰	—	-0,8	0,8	—	-1,0	1,0	—
Andere	—	-1,3	1,3	—	-1,1	1,1	—
Zusammen	-2,8	2,8	—	-2,1	2,1	—	-2,1	2,1	—
Empfangene finanzielle Hilfe	1,0	—	1,0	3,1	—	3,1	4,3	—	4,3
Empfangene Kredite	3,8	0,6	4,4	1,3	0,8	2,1	0,5	-0,3	0,2
Lateinamerikanische Finanzierung	—	0,3	0,3	—	-0,1	-0,1	—
Internationale Institute ¹¹	1,1	0,1	1,2	0,3	—	0,3	—	—	—
Sterlingbilanzen	—	-0,6	-0,6	—	-0,3	-0,3	—	-0,3	-0,3
Dollarbilanzen	0,8	—	0,8	-0,2	—	-0,2	—	—	—
Goldüberweisungen	1,9	-0,2	1,7	0,9	-0,3	0,6	0,2	-0,3	-0,1
Zusammen	8,6	0,2	8,8	5,4	0,1	5,5	5,0	-0,9	4,1
GESAMT	5,8	3,0	8,8	3,3	2,2	5,5	2,9	1,2	4,1

10) Offshore Purchases
11) Vorschüsse des Internationalen Währungsfonds (400 Millionen Dollar im Jahre 1947 und 100 Millionen Dollar im Jahre 1948),
Anleihen der Weltbank (300 Millionen Dollar im Jahre 1947 und 200 Millionen Dollar im Jahre 1948) und UNRRA-Hilfe (500 Millionen Dollar im Jahre 1947).
12) International Monetary Fund (Internationaler Währungsfonds).
13) International Bank for Reconstruction and Development (Weltbank).

Die Ereignisse in Europa

Belgien

20. Juli: Das Parlament billigt in gemeinsamer Sitzung beider Häuser nach dem Auszug von 189 Abgeordneten der Sozialistischen, Liberalen und Kommunistischen Partei mit 189 gegen 0 Stimmen die Aufhebung des Regentschaftsgesetzes.
22. Juli: König *Leopold III.* kehrt nach sechsjährigem Exil auf den Thron zurück und fordert die Nation in einer Rundfunkbotschaft auf, weitere Kämpfe zu vermeiden. Nach einer Geheimsitzung des Kronrats, der die Sozialisten und Liberalen fernbleiben, tritt die Regierung zurück. Ministerpräsident *Jean Duvieusart* wird vom König mit der Fortführung der Regierungsgeschäfte beauftragt.
25. Juli: Der ehemalige Ministerpräsident *Paul Henri Spaak* weist vor dem Parlament das Versöhnungsangebot König Leopolds mit dem Bemerkten zurück, der König habe nichts zu vergeben.
26. Juli: Die Kammer spricht der Regierung in Abwesenheit der Sozialistischen und Liberalen Partei mit 106 gegen 2 Stimmen das Vertrauen aus, der Senat am 27. Juli.
28. Juli: Das Kabinett beschließt Maßnahmen zur Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung. In Brüssel kommt es zu Demonstrationen und Ausschreitungen. Am 30. Juli gehen Einheiten der Armee um Brüssel in Stellung. Ministerpräsident *Jean Duvieusart* beruft eine Konferenz mit den sozialistischen Führern *Paul Henri Spaak* und *Max Buset* ein, nach deren Ende *Buset* erklärt, der Bürgerkrieg werde ausbrechen, wenn die Regierung nicht nachgebe.
31. Juli: Unter Vorsitz von Ministerpräsident *Jean Duvieusart* führen Vertreter der Christlich-Sozialen, der Sozialistischen und der Liberalen Partei Besprechungen mit dem Ziel, den Bürgerkrieg in letzter Minute zu verhindern. Die Gewerkschaften kündigen für den 1. August den Generalstreik an. Über Brüssel wird der Belagerungszustand verhängt.

Deutschland

17. Juli: Der britische Hohe Kommissar, *Sir Ivone Kirkpatrick* erklärt auf einer Pressekonferenz in Berlin, die Sicherheit Deutschlands hänge vom Funktionieren des Atlantikpaktes ab. Der Schutz Westdeutschlands gegen einen kommunistischen Angriff sei Aufgabe der Besatzungstruppen. Der Leiter des Pariser Verhandlungsausschusses für den Schumanplan, *Professor Dr. Walter Halstein*, bezeichnet vor dem Ständigen Beratungsausschuß für den Schumanplan in Bonn die

grundsätzliche Einigung über das Prinzip der Hohen Behörde als wichtigstes Arbeitsergebnis.

Der Deutsche Rat der Europäischen Bewegung faßt auf seiner zweiten Tagung in Frankfurt a. Main eine Resolution, in welcher der Deutsche Rat für die Schaffung eines europäischen Bundespaktes entsprechend der Präambel und dem Artikel 24 des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland eintritt. In einer weiteren Resolution empfiehlt der Deutsche Rat der Bundesregierung die Schaffung eines Ministeriums für europäische Angelegenheiten. Der Hamburger Bürgermeister *Max Brauer* erklärt, er hoffe, daß sich die Auswahl der deutschen Delegierten für den Europarat nicht auf Mitglieder des Bundestages beschränken werde; nach Straßburg gehöre die europäische Elite Deutschlands. Der bisherige Präsident, *Paul Loebe*, wird erneut zum Präsidenten des Deutschen Rates gewählt.

18. Juli: Nach einer Meldung der Deutschen Presse-Agentur ist der Außenminister der Deutschen Demokratischen Republik, *Georg Dertinger*, am 15. Juli zu einem Erholungsaufenthalt nach der Sowjetunion abgereist.
19. Juli: Die Organisationen der Juden bilden in Frankfurt einen „Zentralrat der Juden in Deutschland“.
20. Juli: Die Bundesrepublik und das Saarland werden durch die Hinterlegung von Erklärungen, daß sie die Satzungen des Europarats einhalten werden, assoziierte Mitglieder des Europarates.

Der Parteitag der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED) wird im sowjetischen Sektor Berlins eröffnet. Der Präsident der Deutschen Demokratischen Republik und Vorsitzende der Partei, *Wilhelm Pieck*, gibt in seinem Rechenschaftsbericht bekannt, daß die politische Arbeit der SED auf die Bundesrepublik ausgedehnt werde. Im Vordergrund stehe die Umwandlung der SED zu einer Partei von neuem Typus. Ministerpräsident *Otto Grotewohl* ruft in einer Rede zum nationalen Widerstand gegen die Bundesregierung auf und fordert die Einbeziehung der Bundesrepublik in die Deutsche Demokratische Republik. Am 22. Juni erklärt das Mitglied des Politbüros, *Franz Dählem*, die Kriegsgefahr müsse in Westdeutschland propagiert werden. Die westdeutschen Kommunisten sollten nicht vergessen, daß sie im Falle eines Krieges auf Seiten der Sowjetunion zu kämpfen hätten. Am 23. Juni verkündet der stellvertretende Ministerpräsident *Walter Ulbricht* den neuen

Fünfjahresplan für die Deutsche Demokratische Republik, der am 1. Januar 1951 anlaufen soll. Außerdem gibt er die Aufstellung einer Handelsmarine bis zum Jahre 1955 bekannt, die 23 Schiffe umfassen soll. Am 24. Juli billigen die Delegierten einstimmig das neue Parteistatut und den Fünfjahresplan. Nach dem neuen Parteistatut wird der Vorstand in ein Zentralkomitee umgewandelt. Gemäß einer Entschlieung wird die SED die Verantwortung für die Parteilinie der KPD in der Bundesrepublik übernehmen.

21. Juli: In Bad Cannstadt wird der 21. Internationale Transportarbeiter-Kongreß eröffnet, auf welchem 41 Nationen vertreten sind. Am 22. Juli fordert der Generalsekretär des britischen Transport- und allgemeinen Arbeiterverbandes, Arthur Deakin, eine positive Aktion gegen den Kommunismus. Am 24. Juli macht der erste Vorsitzende der Deutschen Eisenbahngewerkschaft, Hans Jahn, die Mitteilung, daß er im Besitz einer Liste von 26 Agenten sei, die für den Fall einer Auseinandersetzung zwischen Ost und West an den westdeutschen Eisenbahnknotenpunkten Sabotagetrupps organisieren sollten. Am 28. Juli wählt der Kongreß den Generalrat, dem von deutscher Seite Adolf Kummernuß, Hans Jahn, Adam Dienst und Karl Klus angehören. Vizekanzler Franz Blücher gibt im Bundestag in einer Regierungserklärung bekannt, daß die Bundesregierung auf eine Margarineausgleichsabgabe verzichte. Für die Bevölkerung werde zu den bisherigen Preisen ein Konsumbrot zur Verfügung gestellt werden.

22. Juli: Der Führungsausschu der Liberaldemokratischen Partei in der Deutschen Demokratischen Republik spricht Professor Hermann Kastner das Mißtrauen aus. Am 26. Juli versichert der sowjetische Botschafter W. S. Semjonow Professor Kastner sein Vertrauen. In einem Schreiben an den Vorsitzenden der LDP, den Minister für Handel und Versorgung, Karl Hamann, protestiert Professor Kastner gegen seinen Ausschluß aus der Partei.

23. Juli: In Hamburg wird ein Landesverband des Blocks der Heimatvertriebenen und Entrechteten (BHE) gegründet. Dieser Gründung folgt am 30. Juli in Hannover die Bildung eines niedersächsischen Landesverbandes des BHE. Den Vorsitz übernimmt Waldemar Kraft. Der ehemalige niedersächsische Ernährungsminister Günther Gereke tritt dem provisorischen Direktorium bei. In Frankfurt konstituiert sich als überparteiliche und überkonfessionelle Organisation der Bund Deutscher Jugend. Der Geschäftsführer, Heinz Schippler, erklärt, der Bund wolle der Zersplitterung der Jugend in Westdeutschland ein Ende bereiten.

Professor Max Lebsche gründet in München eine „Bayerische Heimat- und Königspartei“, die als Regierungsform die konstitutionelle Monarchie wieder einführen will.

Ehemalige Funktionäre der Kommunistischen Partei beschließen in Düsseldorf-Ratingen die Bildung einer unabhängigen kommunistischen Partei.

Nach zweitägiger Beratung der Kulturreferenten der 11 westdeutschen Landesverbände der Heimatvertriebenen konstituiert sich in Marburg ein „Ostdeutscher Kulturrat“, der die kulturelle und soziale Fürsorge für Flüchtlinge koordinieren will.

25. Juli: Der stellvertretende Ministerpräsident der Deutschen Demokratischen Republik, Walter Ulbricht, wird auf der ersten Sitzung des Zentralkomitees der SED in Berlin zum Generalsekretär der Partei gewählt. Das Zentralkomitee wählt das Politbüro, dem Wilhelm Pieck, Otto Grotewohl, Walter Ulbricht, Franz Dahlem, Heinrich Rau, Friedrich Ebert, Wilhelm Zaisser, Fred Oelssner und Hermann Matern angehören.

26. Juli: Der Bundestag spricht sich in einer Entschlieung mit allen Stimmen gegen die Stimmen der Kommunisten zur Überwindung der europäischen Zersplitterung für den Abschluß eines Bundespaktes aus. Ferner wählt der Bundestag die Delegation für die Konsultativversammlung des Europarates, die sich aus folgenden 18 Delegierten zusammensetzt: Dr. Heinrich von Brentano, Dr. Kurt Kiesinger, Dr. Eugen Gerstenmaier, Dr. Hermann Pünder, Fürst Fugger von Glött, Hans Schütz und Frau Dr. Rehling von der CDU/CSU; Erich Ollenhauer, Professor Carlo Schmid, Dr. Gerhard Lütken, Professor Erik Nölting, Louise Schröder, Heinrich Ritzel und Willi Eichler von der SPD; Dr. Hermann Schäfer, Dr. Max Becker und Dr. Hans-Albrecht von Rechenberg von der FDP; Dr. Hans Mühlendorf von der DP.

In einer von allen Abgeordneten mit Ausnahme der Kommunisten gebilligten Entschlieung beschuldigt der Bundestag die Sowjetunion, bei der Behandlung und Zurückhaltung der deutschen Kriegsgefangenen gegen das Völkerrecht verstoßen zu haben.

Der Bundestag beschließt, den Sitz des Bundesgerichtshofes nach Karlsruhe zu legen.

27. Juli: Der Landtag von Nordrhein-Westfalen wählt mit 120 Stimmen bei 78 Enthaltungen und 4 ungültigen Stimmen den bisherigen Ministerpräsidenten Karl Arnold (CDU) zum Ministerpräsidenten der neuen Landesregierung.

Der Ministerrat der Deutschen Demokratischen Republik verabschiedet eine Verordnung zur Förderung der Aktivisten- und Wettbewerbsbewegung, welche die Bedingungen für die Verleihung der Ehrentitel „Held der Arbeit“, „Verdienter Aktivist“, „Verdienter Erfinder“, „Brigade der besten Qualität“ und die Wanderfahne für „Siegerbetriebe im Wettbewerb“ festlegt.

28. Juli: Der Bundestag lehnt mit 181 gegen 142 Stimmen bei 28 Enthaltungen einen von der sozialdemokratischen Fraktion eingebrachten Mi-

trauensantrag auf Entlassung von Bundeswirtschaftsminister Professor *Erhard* ab.

Die Alliierte Hohe Kommission unterrichtet die Bundesregierung von ihrem Beschluß, einer Verstärkung der Länderpolizei grundsätzlich zuzustimmen.

Der Bundesrat bedauert in einer Entschliebung, daß der Bundestag hinsichtlich der Auswahl der Delegierten für die Konsultativversammlung des Europarates nur der Wahl von Bundestagsmitgliedern zugestimmt habe.

Der Bundestag verabschiedet ein Gesetz über die Zusammenarbeit der Länder in Angelegenheiten des Verfassungsschutzes, das die Errichtung eines Bundesamtes für Verfassungsschutz vorsieht.

30. Juli: Die Sozialistische Reichspartei (SRP) wählt in Hannover einen neuen Parteivorstand für drei Jahre, dem Bundestagsabgeordneter *Fritz Dorls* als 1. Vorsitzender *Otto Remer*, *Wolf Graf Westarp*, *Gerhard Krüger* und *Wilhelm Hillebrecht* angehören.

31. Juli: Der Nationalrat der Nationalen Front in der Deutschen Demokratischen Republik beschließt in Berlin, alle Deutschen zum nationalen Widerstand gegen die amerikanische Kriegsbedrohung, gegen die Spaltung der Nation und für die Rettung der deutschen Heimat aufzurufen. Ferner soll ein „Gesamtdeutscher Nationalkongreß der Nationalen Front“ für den 25. und 26. August einberufen werden.

Die Landesvorsitzenden der Christlich-Demokratischen Union billigen auf einer Tagung in Königswinter das Statut der „CDU Deutschland“. Die amerikanischen Landeskommissare in Hessen, Württemberg-Baden, Bayern und Bremen warnen die leitenden Funktionäre der Kommunistischen Partei vor einer Politik des organisierten Widerstandes.

Frankreich

17. Juli: Als erster deutscher Generalkonsul nach dem Kriege trifft Dr. *Wilhelm Hausenstein* in Paris ein.

Auf der Konferenz über den Schuman-Plan wird eine Charta der vorgesehenen „Hohen Behörde“ fertiggestellt. Die Charta, die als Grundlage der weiteren Verhandlungen dienen soll, regelt die Zuständigkeit, Aufgaben und Mitgliedschaft der Behörde. Am 25. Juli teilt Außenminister *Robert Schuman* der Nationalversammlung mit, daß die internationale Kontrollinstanz der Montanunion sich aus vier Organen zusammensetzen soll: 1. der Hohen Behörde, deren Charta bereits in Ausarbeitung ist; 2. einer internationalen parlamentarischen Versammlung als Kontrollorgan für die Hohe Behörde; 3. einem internationalen Gerichtshof, der über Einsprüche gegen Beschlüsse der Hohen Behörde entscheiden soll; 4. einem Ministerausschuß, der an den Beratungen der Hohen Behörde beteiligt sein soll.

20. Juli: Unter Vorsitz von Ministerpräsident *René Pleven* findet in Fontainebleau eine Konferenz

der Verteidigungsminister der Westunion statt, an der auch der Chef des Vereinigten Oberkommandos, Feldmarschall *Lord Montgomery*, und die Oberbefehlshaber der Land-, See- und Luftstreitkräfte der Westunion teilnehmen. In einem Kommuniqué wird bekannt gegeben, die Verteidigungsminister hätten die Notwendigkeit einer sofortigen Steigerung der Produktion von Kriegsmaterial und einer Verstärkung der Streitkräfte anerkannt.

Der Leiter der Wirtschaftsabteilung des Außenministeriums, *Hervé Alphand*, wird zum Vertreter Frankreichs beim Ständigen Rat der Außenministerstellvertreter der Atlantikpaktmächte ernannt.

25. Juli: Ministerpräsident *René Pleven* schlägt der Finanzkommission der Nationalversammlung die Bildung eines Rüstungsfonds der Atlantikpaktstaaten vor, zu dem jede Nation nach Maßgabe ihrer finanziellen und wirtschaftlichen Möglichkeiten beitragen und der von den Vereinigten Staaten mit der Zuwendung versehen werden soll.

28. Juli: Die Nationalversammlung billigt einen Fünfjahresplan zur Verstärkung der Luftwaffe. In der Debatte entwickelt Verteidigungsminister *Jules Moch* ein Programm zur Reorganisation und Verstärkung der Streitkräfte und erklärt, Frankreich müsse wieder aufrüsten, um sich das Schicksal Koreas zu ersparen.

Großbritannien

18. Juli: Premierminister *Clement R. Attlee* unterstützt vor dem Unterhaus die amerikanische Forderung auf Rückzug der nordkoreanischen Truppen hinter den 38. Breitengrad als Bedingung für die Aufnahme von Friedensverhandlungen. Am 20. Juli informiert er das Unterhaus über die zwischen dem britischen Botschafter *Sir David Kelly* und dem sowjetischen stellvertretenden Außenminister *Andriej Gromyko* in Moskau geführten Besprechungen. Die Regierung habe die sowjetische Regierung gebeten, ihren Einfluß zugunsten einer Zurückziehung der nordkoreanischen Truppen hinter den 38. Breitengrad geltend zu machen. Die Sowjetunion habe dagegen die Behandlung der Korea-Frage vor dem Sicherheitsrat unter Hinzuziehung eines Vertreters der chinesischen Volksrepublik verlangt.

19. Juli: Verteidigungsminister *Emanuel Shinwell* gibt dem Unterhaus das Bestehen eines einheitlichen westeuropäischen Luftverteidigungsnetzes, gebildet aus Jagdverbänden und Radarnetzen der britischen, französischen, belgischen und niederländischen Luftstreitkräfte, bekannt.

21. Juli: Auf einer Kundgebung der „Bewegung für ein Vereinigtes Europa“ begrüßt *Winston Churchill* den Beitritt Deutschlands zum Europarat. Zum Krieg in Korea erklärt er, die Vereinigten Staaten kämpften in Korea auch für Europa. Auf der gleichen Kundgebung schätzt *Reynaud* die Friedensstärke der sowjetischen Streitkräfte auf

4,5 Millionen Mann, zu denen etwa 25 Millionen ausgebildete Reserven hinzukämen. Die sowjetischen Truppen würden Calais erreichen, bevor auch nur eine amerikanische Division landen könne.

25. Juli: In London nimmt der Ständige Rat der Außenministerstellvertreter der Atlantikpaktstaaten seine Arbeit auf. Der Vertreter der Vereinigten Staaten, Charles M. Spofford, wird zum Vorsitzenden gewählt. In seiner Eröffnungsansprache fordert er eine beschleunigte Wiederbewaffnung der atlantischen Völkergemeinschaft zur Verhinderung eines neuen kommunistischen Überraschungsangriffs. Am 28. Juli unterbricht der Rat seine Sitzungen für drei Tage. In einem Kommuniqué wird bekanntgegeben, daß die praktischen Maßnahmen zum schnellen Aufbau einer Verteidigung des Westens besprochen worden seien. Die Außenministerstellvertreter hätten die Aufrechterhaltung der wirtschaftlichen Stabilität des nordatlantischen Gebietes anerkannt; sie seien aber der Meinung, daß die Errichtung eines gemeinsamen Verteidigungssystems dringender denn je sei.
26. Juli: Während der Debatte über Verteidigungsfragen erklärt Verteidigungsminister Emanuel Shinwell im Unterhaus, er halte eine bedeutende Verstärkung der Streitkräfte für notwendig und fordere für Rüstungszwecke zusätzlich 100 Millionen Pfund Sterling. Großbritannien werde eine selbständige Streitmacht nach Korea entsenden. Nachdem das Unterhaus am 27. Juli einen Antrag von Winston Churchill, die Verteidigungsdebatte in geheimer Sitzung fortzusetzen, mit nur einer Stimme Mehrheit abgelehnt hat, äußert Churchill die Befürchtung, die Westmächte hätten den sowjetischen Panzerlawinen keine geeigneten Abwehrwaffen entgegenzusetzen. Es gelte die großen Kräfte Großbritanniens und des Commonwealth zu mobilisieren. Am 28. Juli beschließt das Parlament seine Sitzungsperiode.
30. Juli: In einer Rundfunkbotschaft an die Nation erklärt Ministerpräsident Clement R. Attlee, Großbritannien habe in der gegenwärtigen Situation keine andere Wahl als aufzurüsten. Im Hinblick auf die Aktion der Vereinten Nationen in Korea fordert er die Erhöhung der Produktion und ruft zum Dienst bei den Streitkräften sowie zu erhöhter Wachsamkeit gegenüber dem Feind im Innern auf.
31. Juli: Die Studiengruppe für eine Revision des Besatzungsstatuts in der Bundesrepublik Deutschland vertagt ihre Beratungen auf Mitte August.

Italien

21. Juli: Nach einer Kabinettsitzung, in der Außenminister Carlo Sforza über die außenpolitische Lage berichtet, gibt Verteidigungsminister Rinaldo Pacciardi den Beschluß zur Verstärkung der Streitkräfte um 70 000 Mann auf den im Friedensvertrag vorgesehenen Höchststand von 250 000 Mann bekannt.

28. Juli: Der Führer der Kommunistischen Partei, Palmiro Togliatti, fordert von der Regierung die Versicherung, daß im Kriegsfall amerikanische Truppen italienischen Boden nicht betreten dürfen. Am 30. Juli erklärt er in einer Rede, die Kommunisten seien darauf vorbereitet, die Amerikaner aus dem Lande zu verjagen, wenn sie versuchen sollten, das Land als Basis für einen Krieg gegen die Sowjetunion zu benutzen.

Österreich

23. Juli: Der bisherige britische Hohe Kommissar, Generalmajor Sir John Winterton, stattet Bundespräsident Dr. Karl Renner seinen Abschiedsbesuch ab.
31. Juli: Der britische Gesandte, Sir Harold Caccia, übernimmt die Funktionen des britischen Hohen Kommissars.

Polen

20. Juli: Der Sejm billigt eine Gesetzesvorlage, die die Aufhebung aller Beschränkungen für die in Polen lebenden Personen deutscher Nationalität vorsieht.
31. Juli: Der stellvertretende Ministerpräsident Hilary Minc unterbreitet dem Zentralkomitee der Vereinigten Arbeiterpartei den Entwurf eines neuen Sechsjahresplans, der bis zum Jahre 1955 die Steigerung der Steinkohlenförderung auf 100 Millionen Tonnen und der Stahlproduktion auf 4,5 Millionen Tonnen vorsieht.

Sowjetunion

16. Juli: Der Schriftsteller August Jakobson wird zum Präsidenten der Estnischen Sowjetrepublik gewählt.
18. Juli: Radio Moskau gibt den Wortlaut der zwischen dem indischen Premierminister Pandit Jawaharlal Nehru und Generalissimus Josef Stalin ausgetauschten Botschaften bekannt. Darin heißt es, Pandit Nehru habe die Sowjetunion gebeten, sich wieder an den Arbeiten des Sicherheitsrates zu beteiligen, und vorgeschlagen, die Koreafrage dort unter Zulassung der Chinesischen Volksrepublik zu besprechen. Stalin habe sein Einverständnis erklärt, jedoch die Anhörung koreanischer Vertreter vor dem Rat gefordert.
25. Juli: Die Regierungen Schwedens und Dänemarks überreichen gleichlautende Noten, in denen sie gegen den sowjetischen Anspruch auf eine Zwölfmeilengrenze in der Ostsee protestieren.

Türkei

18. Juli: Auf einer Konferenz des Staatspräsidenten Cedral Bayar mit mehreren Ministern und militärischen Führern in Ualova bei Istanbul wird eine Verstärkung der Streitkräfte erwogen. Am 20. Juli tritt der oberste militärische Rat zum ersten Mal seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges zusammen.

Ungarn

18. Juli: Der Rücktritt des Justizministers István Ries und die Ernennung des früheren Außenministers und Botschafters in Moskau, Professor

Erik Molnár zu seinem Nachfolger wird amtlich bekannt gegeben.

Vatikan

29. Juli: Das Heilige Offizium erläßt ein Dekret, daß die Eltern, deren Kinder kommunistischen

Jugendorganisationen angehören, von den Sakramenten ausschließt. Personen, die sich aktiv am Aufbau und an der Schulungsarbeit solcher Organisationen beteiligen, sollen exkommuniziert werden.

Wichtige Ereignisse in der übrigen Welt

Afrika

Südafrikanische Union

17. Juli: Das Gesetz zur Unterdrückung kommunistischer Umtriebe tritt in Kraft. Es erklärt die Kommunistische Partei für ungesetzlich und stellt die Verbreitung kommunistischer Lehren unter hohe Gefängnisstrafe.

Amerika

Argentinien

20. Juli: Das Abgeordnetenhaus billigt einstimmig eine Erklärung, die den Anspruch Argentiniens auf die Souveränität über die Falkland-Inseln bekräftigt.

Kanada

19. Juli: Das Kabinett beschließt im Hinblick auf den Koreakonflikt die Verstärkung der Streitkräfte und die Erhöhung der Kriegsmaterial- und Flugzeugproduktion.

22. Juli: Der frühere Ministerpräsident William Lyon Mackenzie King stirbt im Alter von 75 Jahren.

Paraguay

16. Juli: Dr. Federico Chaves wird auf drei Jahre zum Staatspräsidenten gewählt.

Vereinigte Staaten

19. Juli: Präsident Harry S. Truman richtet eine Botschaft an den Kongreß, in der er ein Ersuchen um Bewilligung von 10 Milliarden Dollar für den Koreakrieg ankündigt. Der Präsident ruft das amerikanische Volk und die freien Nationen der Welt auf, ihre Verteidigungsbereitschaft zu erhöhen. Im Hinblick auf die Gefahr weiterer kommunistischer Angriffe ersucht er den Kongreß um Aufhebung aller gesetzlichen Beschränkungen für die Stärke der Streitkräfte und um beschleunigte Bewilligung der Mittel für das Waffenhilfsprogramm. Zur Mobilisierung der wirtschaftlichen Kräfte fordert er gesetzliche Maßnahmen zur Ermächtigung der Regierung, den Verbrauch von kriegswichtigen Rohstoffen zu kontrollieren, die Steuern zu erhöhen und eine gerechte Verteilung der Steuerlast herbeizuführen.

Das Repräsentantenhaus billigt mit 359 gegen 1 Stimme die Ermächtigungsvorlage für das zweite Jahr des Waffenhilfsprogramms in Höhe von 1 222 500 000 Dollar. Das Gesetz wird am 26. Juli von Präsident Truman unterzeichnet.

20. Juli: Das Außenministerium veröffentlicht ein Weißbuch über die Koreakrise.

21. Juli: Außenminister Dean Acheson erklärt auf einer Pressekonferenz zur Frage der Aufnahme

der chinesischen Volksrepublik in den Sicherheitsrat, er halte eine Zulassung für unklug; die Vereinigten Staaten würden jedoch kein Veto dagegen einlegen.

24. Juli: Präsident Harry S. Truman ersucht den Kongreß um Bewilligung von 10,5 Milliarden Dollar für die Verstärkung der Streitkräfte um 600 000 Mann und für die Erhöhung der Rüstungsproduktion, am 25. Juli um Erhöhung der Einkommensteuer um 5 Milliarden Dollar und am 28. Juli um Bewilligung von 600 Millionen Dollar zur Anlage von strategischen Rohstoffreserven.

27. Juli: Präsident Harry S. Truman ordnet die Verlängerung der Dienstzeit für alle Angehörigen der Streitkräfte um 1 Jahr an. Auf einer Pressekonferenz erklärt er, er habe nicht die Absicht, die Anweisung zum Abwurf der Atombombe in Korea zu geben.

Der australische Ministerpräsident Robert G. Menzies trifft von London kommend in New York ein und erklärt bei seiner Ankunft, von dem Ergebnis seiner Besprechungen in Washington werde die Stärke der nach Korea zu entsendenden Truppen abhängen. Am 28. Juli trifft er mit Außenminister Dean Acheson und Präsident Harry S. Truman zusammen.

28. Juli: Der Senat billigt einstimmig das Militärbudget in Höhe von 13,5 Milliarden Dollar.

30. Juli: Der republikanische Berater des Außenministers, John Foster Dulles, fordert in einer Rede in San Francisco, Deutschland und Japan als gleichberechtigte Partner im Kampf gegen den Kommunismus zu behandeln.

Asien

China

16. Juli: General Douglas MacArthur teilt der nationalchinesischen Regierung mit, daß die 7. amerikanische Flotte auch jeden nationalchinesischen Angriff gegen das chinesische Festland verhindern werde.

23. Juli: Die nationalchinesische Regierung setzt die Vereinigten Staaten in Kenntnis, daß die Kommunisten mit der Beschießung der dem Hafen Amoy vorgelagerten Quemoy-Inseln begonnen haben. Am 30. Juli greifen nationalchinesische Luftstreitkräfte erstmals seit Präsident Trumans Verbot von Kampfhandlungen gegen das Festland eine Schiffsansammlung der Kommunisten vor Amoy an.

31. Juli: Der Oberkommandierende der Streitkräfte der Vereinten Nationen in Korea, General Douglas MacArthur, trifft zu Besprechungen mit Generalissimus Tschiang Kai-shek auf Formosa ein.

Indien

18. Juli: Premierminister Pandit Jawaharlal Nehru erklärt in einer Rede an der Universität Benares, Indien werde sich keiner der beiden großen Mächtegruppen anschließen. Das bedeute jedoch nicht, daß es nicht für eine von ihnen Sympathien habe.

31. Juli: Staatspräsident Dr. Rajendra Prasad erläutert vor dem Parlament die indische Außenpolitik. Indien stehe im Koreakonflikt hinter den Resolutionen des Sicherheitsrates, sei aber bestrebt, eine unabhängige und seinen eigenen Idealen entsprechende Politik zu betreiben.

Indochina

17. Juli: Mitglieder der amerikanischen Militärmission treffen mit Persönlichkeiten der französischen Armee und Verwaltung zu einer Konferenz über die politische und militärische Lage zusammen.

24. Juli: Der Rundfunksender der kommunistischen Aufstandsbewegung Viet-minh ruft zu verstärkter Sabotagetätigkeit im Gebiet von Saigon auf. Am 28. Juli zersprengen französische Truppen südlich Saigon eine 11 000 Mann starke Gruppe der aufständischen Viet-minh-Bewegung.

Indonesien

18. Juli: Nach einer Mitteilung der Regierung ist die Besetzung der Insel Buru abgeschlossen.

20. Juli: Die Regierungen der Vereinigten Staaten von Indonesien und der Indonesischen Republik kommen überein, einen einheitlichen, zentralistischen Staat mit dem Regierungssitz in Jakarta zu bilden, der sich in 10 Provinzen aufgliedern soll. Am 27. Juli legt Ministerpräsident Mohammed Hatta dem Parlament den Entwurf der Verfassung für den geplanten Einheitsstaat vor.

Korea

16. Juli: Der Westflügel der amerikanischen Stellung am Kum-Fluß wird durchbrochen. Die Amerikaner gehen auf Taejon zurück, das sie am 18. Juli räumen. Am 19. Juli landet die 1. amerikanische Kavallerie-Division an der Ostküste bei Pohang und bildet einen Brückenkopf. Mit der gleichzeitig in Korea eingetroffenen 25. Infanterie-Division stehen nunmehr drei amerikanische Divisionen im Kampf. Am 20. Juli erklärt General Douglas MacArthur in einem Kommuniqué, die amerikanische 8. Armee sei nunmehr in Korea versammelt.

18. Juli: Taegu wird nach Räumung Taejons zur provisorischen Hauptstadt Südkoreas bestimmt.

19. Juli: Die nordkoreanische Regierung ordnet die Durchführung von Wahlen in dem besetzten südkoreanischen Gebiet an.

20. Juli: Nordkoreanische Truppen nehmen Kumje und Chonju. Der Kommandeur der amerikanischen 24. Division, Generalmajor William Dean,

wird in Taejon vermißt. Am 25. Juli wird mit der Einnahme von Sunchon, Haenam und Namwon die Eroberung des ganzen Reisgebietes von Südkorea abgeschlossen. Am 26. Juli treten die Nordkoreaner zu einem Großangriff an und erreichen an der Südküste Hadong, im Mittelabschnitt Yongdong. Am 27. Juli nehmen sie Chinju, 80 Kilometer westlich Pusan, am 28. Kochang und nähern sich am 30. Juli dem Naktong-Fluß.

31. Juli: Vorausabteilungen der aus den Vereinigten Staaten herantransportierten 2. Infanterie-Division und der ersten Marine-Infanterie-Division landen in Korea.

Persien

19. Juli: Der bisherige Botschafter in London, Mohsen Raiss, wird zum Außenminister ernannt. Schah Mohammed Reza Pahlevi stellt in einem Interview fest, daß der iranisch-sowjetische Vertrag von 1921 der Sowjetunion auch im Falle ausländischer Aktivität in Persien kein Recht zu einer militärischen Intervention gebe.

Nepal

31. Juli: In Katmandu wird ein Friedens- und Freundschaftsvertrag zwischen Nepal und Indien abgeschlossen. Nepal erhält das Recht einer ungehinderten Einfuhr von Waffen und Kriegsmaterial durch indisches Territorium.

Australischer Bund

26. Juli: Verteidigungsminister P. A. McBride gibt eine Verstärkung der Streitkräfte bekannt. Der amtierende Premierminister Arthur W. Fadden kündigt die Entsendung von Bodentruppen nach Korea an.

Organisation der Vereinten Nationen

18. Juli: Der Internationale Gerichtshof in den Haag entscheidet mit 11 gegen 2 Stimmen, daß ohne Beteiligung der drei Staaten Ungarn, Bulgarien und Rumänien, keine Kommission zur Untersuchung der den drei Staaten zur Last gelegten Verletzungen des Friedensvertrages gebildet werden kann.

25. Juli: Der amerikanische Delegierte im Sicherheitsrat, Warren Austin legt einen Bericht von General Douglas MacArthur vor, in welchem betont wird, daß der nordkoreanische Angriff erst bei einer wirklichen Überlegenheit an Waffen und Truppen zurückgeschlagen werden könne.

28. Juli: Der sowjetische Delegierte bei den Vereinten Nationen, Jakob Malik, der sich am 10. Januar aus dem Sicherheitsrat zurückgezogen hatte, teilt dem Generalsekretär Trygve Lie mit, er wolle den der Sowjetunion vom 1. August an zustehenden Vorsitz im Sicherheitsrat übernehmen, und beruft den Sicherheitsrat für den 1. August ein.

31. Juli: Die Vereinigten Staaten unterbreiten dem Sicherheitsrat einen drei Punkte umfassenden Vorschlag, der eine Ausweitung des Korea-Konfliktes verhindern soll. Sie ersuchen den Rat, diesen Vorschlag auf die Tagesordnung zu setzen.

NEUEINGÄNGE IN UNSEREM ARCHIV

5. JAHR

WICHTIGE ZUGÄNGE VOM 16. BIS 31. JULI 1950

16. FOLGE

Bücher und Broschüren

Checklist. Sources Relating to the International Trade Organization and the General Agreement on Tariffs and Trade. Fifth Edition. Juni 1950. Published by the Interim Commission for the International Trade Organization: Palais des Nations, Geneva, Switzerland. 13 S.

Christaller, Walter: Das Grundgerüst der räumlichen Ordnung in Europa. Die Systeme der europäischen zentralen Orte. Frankfurter Geographische Hefte. Vierundzwanzigster Jahrgang 1950, Heft 1. Herausgegeben im Auftrag des Vorstandes des Vereins für Geographie und Statistik zu Frankfurt am Main von Prof. Dr. Wolfgang Hartke. Frankfurt a. M., Verlag Dr. Waldemar Kramer; 1950. 100 S. mit 3 Figuren im Text, 3 Karten und 11 Tafeln.

Curtius, Julius: Der Young-Plan. Entstellung und Wahrheit. Stuttgart, Franz Mittelbach Verlag; 1950. 122 S. Preis: Halbleinen DM 7,50.

Das ist Freiheit! Eine Abhandlung über die wirtschaftliche und soziale Lage der Arbeiterschaft in den Vereinigten Staaten. Mit einem Vorwort von Karl Maisel, Bundesminister für soziale Verwaltung. Wien, herausgegeben v. d. Abteilung für Arbeitsinformation der ECA-Mission für Österreich; 1950. 145 S.

Groß, Hermann: Material zur Aufteilung der I. G. Farbenindustrie Aktiengesellschaft. Kiel, Außenstelle des Instituts für Weltwirtschaft; im Juli 1950. 60. S. 13 Tabellen und Schaubilder. Im Anhang die im Dezember 1949 veröffentlichte Arbeit des Verfassers: „Ein Beitrag zur Aufteilung der I. G. Farbenindustrie A. G.“ 12 S. 5 Schaubilder. Preis: brosch. DM 5,—.

Seinem „Beitrag zur Aufteilung der I. G. Farbenindustrie Aktiengesellschaft“ läßt Professor Groß diese Untersuchung folgen und übergibt damit der Öffentlichkeit weiteres und umfangreicheres Material zur Entflechtung der I. G. Dabei ist auf eine Ausgestaltung der Arbeit mit sehr klaren Schaubildern, graphischen Darstellungen und Tabellen größter Wert gelegt worden, die durch das Wort in knapper Form erläutert werden.

Der 1. Abschnitt vermittelt eine Zusammenstellung, die viele der bekannten Warenzeichen enthält und eine Vorstellung von der Vielseitigkeit des Produktionsprogrammes gibt. Aus der Analyse der Verwendung des Ertrages fällt besonders der große Anteil der Beträge auf, die für wissenschaftliche Forschungen und für freiwillige Sozialleistungen aufgewendet wurden. Damit war die I. G. ein besonders soziales Unternehmen. Vergleiche verschiedener Art mit anderen Weltfirmen ergeben, daß die I. G. in der Reihe dieser Unternehmungen nicht an erster Stelle gestanden hat. Der 2. Abschnitt stellt die Entwicklung seit 1945 dar, während der 3. Abschnitt eine Aufstellung über die heutigen I. G. Betriebe in der Bundesrepublik und über die Konzerngesellschaften und Beteiligungen enthält. Aus dem 4. Abschnitt über die Entwicklung und Verteilung des Aktienkapitals ist zu entnehmen, daß sich die Zahl der Aktionäre auf etwa 300 000 beläuft und es keine Großaktionäre gibt. Eine kurze Übersicht über das Ergebnis des Nürnberger I. G. Prozesses 1947/48 beschließt die Untersuchung. Der Verfasser hat damit kein Urteil über die I. G. und ihre Zerschlagung gefällt, sondern durch die Vermittlung von Tatsachenmaterial ein vollständiges Bild des ganzen I. G. Komplexes entwickelt.

Gutachten des Berliner beratenden ERP-Ausschusses. Berlin; 1950. 22 S.

Handbuch des Landtags von Württemberg-Hohenzollern. Druck von Gebhard Straub, Schramberg; 1950. 100 S.

Hearings before the Committee on Foreign Affairs House of Representatives Eighty-First Congress First Session on H. R. 5748 and H. R. 5895. A Bill to Promote the Foreign Policy and Provide for the Defense and General Welfare of the United States by Furnishing Military Assistance to Foreign Nations. July 28, 29, August 1, 2, 5, and 8, 1949. Mutual Defense Assistance Act of 1949. Washington, United States Government Printing Office; 1949. 364 S.

Herrfahrdt, Heinrich: Sun Yatsen. Der Vater des neuen China. Ein Beispiel west-östlicher Begegnung. Hamburg, Trei-Türme-Verlag; 1948. 239 S.

Hornschu, Hans Erich: Die Entwicklung des Finanzausgleichs im Deutschen Reich und in Preußen von 1919 bis 1944. Kieler Studien. Forschungsberichte des Instituts für Weltwirtschaft an der Universität Kiel. Herausgegeben von Professor Dr. Fritz Baade, Heft 3. Kiel; 1950. 198 S. Preis: brosch. DM 12,—.

Die Arbeit behandelt in umfassender und systematischer Darstellung die Entwicklung des Preußischen- und Reichsfinanzausgleichs nach einem Überblick über die Bismarcksche Zeit bis zum Ende des zweiten Weltkrieges. Zahlreiche Tabellen, Aufstellungen und Berechnungsbeispiele tragen dazu bei, dem Leser vor allen Dingen mit den seitherigen Erfahrungen und der bisher auf diesem Gebiet angewandten Technik vertraut zu machen. Der Verfasser ist der Meinung, daß bei den Arbeiten an dem im Bonner Grundgesetz in seinen Grundzügen festgelegten Finanzausgleich zwischen dem Bund und den Ländern in vielen Punkten auf die finanzpolitischen Arbeiten der Vergangenheit zurückgegriffen werden muß. Der vorliegende Bericht dürfte für alle diejenigen, die sich mit der Neuregelung des Finanzausgleichs zu befassen haben, ein kaum zu entbehrendes Handbuch sein.

Jentsch, Gerhart: ERP. Der Marshallplan und Deutschlands Platz darin. Frankfurt/Main, Herausgeber ECA Mission für Westdeutschland; 1950. 95 S.

Joint Hearings before the Committee on Foreign Relations and the Committee on Armed Services. United States Senate Eighty-First Congress. First Session on S. 2388. A Bill to Promote the Foreign Policy and Provide for the Defense and General Welfare of the United States by Furnishing Military Assistance to Foreign Nations. August 8, 9, 10, 11, 17, 18, and 19, 1949. Washington, United States Government Printing Office; 1949. 252 S.

Kardelj, Edvard: Über die Volksdemokratie in Jugoslawien. Belgrad. Jugoslovenska Knjiga; 1950. 109 S.

Lemberg, Eugen und Kreckler, Lothar: Die Entstehung eines neuen Volkes aus Binnendeutschen und Ostvertriebenen. Untersuchungen zum Strukturwandel von Land und Leuten unter dem Einfluß des Vertriebenen-Zustromes. Marburg, N. G. Elwert Verlag; 1950. 168 S. Preis: brosch. DM 6,50.

Das Institut für Kultur- und Sozialforschung in München hat sich mit dieser Schrift einer Untersuchung des Strukturwandels gewidmet, der in der deutschen Gesellschaftsordnung durch den Zustrom der Vertriebenen entstanden ist. Die Arbeit entstand aus Untersuchungen von Junglehrern und Lehrstudenten an pädagogischen Ausbildungslehrgängen. So sind die einzelnen Kapitel von verschiedenen Autoren bearbeitet worden, die sich mit der Eingliederung der Vertriebenen in ihre neue Heimat und den sich daraus ergebenden strukturellen Veränderungen befassen. Diese Untersuchungen werden auf den verschiedensten Gebieten anschaulich durch Tabellen und Schaubilder ergänzt und anhand von Beispielen aus einzelnen Gemeinden erörtert. Die Untersuchung vermittelt ein eindrucksvolles Bild von der Größe des Vertriebenenproblems und seinen unausbleiblichen Einwirkungen auf die Umwandlung der innerdeutschen Gesellschaftsordnung.

Neumann, Franz: Die Wissenschaft der Politik in der Demokratie. Vortrag, gehalten vor den Studenten der Freien Universität und der Deutschen Hochschule für Politik am 2. Februar 1950 in Berlin von Dr. Dr. Franz Neumann, Professor für politische Wissenschaft an der Columbia-Universität, Berlin. Gebrüder Weiß-Verlag; 1950. 23 S.

Österreichisches Jahrbuch 1949. 21. Folge. Nach amtlichen Quellen herausgegeben vom Bundespressdienst. Wien, Druck und Verlag der österreichischen Staatsdruckerei; 1950. 449 S.

Den Nachkriegsbänden 1945/46, 1947 und 1948 ist nun der Band für 1949 gefolgt. Er bietet, gleich den vorhergegangenen Bänden, eine Fülle wertvoller politischer, wirtschaftlicher und kultureller Daten. Neu aufgenommen ist unter anderem: Eine Uebersicht über die Nationalratswahlen von 1919 an, über die Hilfslieferungen in den Jahren 1946 bis 1949 und die Buchproduktion des Jahres.

Presse, Film, Radio. Après enquête dans quatorze Pays et Territoires. Rapport de la Commission des Besoins Techniques. Paris, Organisation des Nations Unies pour l'Education, la Science et la Culture; 1949. 320 S.

Der Bericht der Kommission für technische Bedürfnisse gibt ein aufschlußreiches Bild über die Lage auf dem Gebiet der Presse, des Films und des Rundfunks. Er wurde aufgrund einer Erhebung in 14 verschiedenen Ländern, in Algerien, Argentinien, Aegypten, Bolivien, Brasilien, Chile, Finnland, Libanon, Marokko, Paraguay, der Türkei, Tunis, Schweden und der Schweiz zusammengestellt. Der zweite Teil enthält nach Ländern geordnet, unter anderem aufschlußreiche Angaben über Anzahl der Zeitungen und Zeitschriften, Auflagenhöhe, Papierproduktion, Papiereinführen, über Sendeanlagen, Filmproduktion, Filmtheater, Herkunft ausländischer Filme. Beigefügt sind auch Karten über das Fernschreibenetz und die Lager der Rundfunksender.

Pribilla, Max: Deutsche Schicksalsfragen. Rückblick und Ausblick. Frankfurt a. M. Verlag Josef Knecht, Carolusdruckerei; o. J. XVI, 335 S. Preis: Leinen DM 8,50.

Seraphin, Peter Heinz, Reinhart Maurach, und Gerhard Wolfrum: Ostwärts der Oder und Neiße. Tatsachen aus Geschichte, Wirtschaft, Recht. Hannover, v. Schroedel-Siemau & Co.; 1949. 136 S. und 10 Karten.

Das Buch berichtet über die Geschichte, die Wirtschaft und rechtliche Fragen des Gebietes ostwärts der Oder- und Neiße. Dabei steht die Bedeutung der verlorengegangenen Gebiete für die gesamte deutsche Wirtschaft und die rechtliche Seite der Austreibung der deutschen Bevölkerung im Vordergrund der Darstellung. Der historische Teil widerlegt die Auffassung, daß es sich bei den ostdeutschen Gebieten um einstmals slawische Siedlungsgebiete gehandelt habe, wobei allerdings eine wirkliche Auseinandersetzung mit den polnischen Argumenten, wie sie beispielsweise in dem Buch „Poland's Place in Europe“ niedergelegt sind, nicht erfolgt. Die Verfasser betonen in ihrem Vorwort, daß ihre Ausführungen keine „Revisionspropaganda“ sein sollen, daß sie vielmehr nur objektive, beweisbare, wissenschaftlich überprüfbare Tatsachen wiedergeben.

Sharp, L. Samuel: New Constitutions in the Soviet Sphere. Washington, Foundation for Foreign Affairs; 1950. VI, 114 S. Preis: brosch \$ 1,—.

Dieses Buch beschäftigt sich mit der Theorie der Neuen Demokratien und dem Zustandekommen der Verfassungen in verschiedenen Ländern der sowjetischen Einflußsphäre, in Polen, der Tschechoslowakei, Ungarn, Bulgarien und Jugoslawien. Die polnischen und ungarischen Verfassungen sind im Wortlaut enthalten. Der besondere Wert dieser Darstellung liegt in einer vergleichenden Aufstellung der Verfassungen von Bulgarien, der Tschechoslowakei, Rumänien und Jugoslawien, in welcher die einzelnen Artikel der Verfassungen einander gegenüber gestellt sind. So gibt dieses Buch eine kurze geschichtliche Darstellung der verfassungsrechtlichen Entwicklung in den Volksdemokratien, die alle, mit Ausnahme Polens, eine neue Verfassung erhalten haben.

Stadtverwaltung und Polizei in den süddeutschen Ländern. Bericht über eine Arbeitstagung mit Referaten von Prof. Brandstetter, Michigan/U.S.A., Dr. Weitmann, München und Oberbürgermeister Engelbrecht, Weinheim. Frankfurt/Main. Institut zur Förderung öffentlicher Angelegenheiten E.V.; 1950. 55 S.

Viele Gebiete des Verwaltungsrechtes haben nach 1945 unter dem Einfluß der Besatzungsmacht eine Umwandlung erfahren, insbesondere auch das Polizeiwesen. In den Referaten und dem Bericht über die Diskussion kommt zum Ausdruck, daß sich die Polizei zwar als Teil der örtlichen Selbstverwaltung fühlt, eine Abgrenzung zwischen dem öffentlichen Ordnungswesen und der eigentlichen Polizei aber angestrebt wird, um die Eigenart der polizeilichen Tätigkeit zu sichern.

The Economic Development of Latin America and its principal problems. Economic Commission for Latin America. Original text: Spanish. Sales No. 1950. II. G. 2. Lake Success, New York, United Nations Department of Economic Affairs; 1950. 59 S. Preis: brosch. sfr. 1,50.

Die Wirtschafts-Kommission für Lateinamerika hat mit dieser Arbeit die Hauptprobleme der wirtschaftlichen Weiterentwicklung in den lateinamerikanischen Ländern untersucht. Dabei schenkt der Bericht ganz besonders dem Dollarmangel seine Aufmerksamkeit und geht auf die sich daraus ergebenden Folgen für die lateinamerikanischen Länder ein.

The Economic Report of the President Transmitted to the Congress Januar 6, 1950. Together with a Report to the President: The Annual Economic Review by the Council of Economic Advisers. Washington, United States Government Printing Office; 1950. V, 194 S. Preis: brosch. 50 cents.

Neue Zeitschriften

Bank für internationalen Zahlungsausgleich, Zwanzigster Jahresbericht 1. April 1949—31. März 1950. Basel, 12. Juni 1950. 333 S.

Diagnose der Theaterkrise

von Dr. Siegfried Melchinger
Chefdramaturg am Theater in der Josefstadt, Wien

Der folgende diagnostische Versuch legitimiert sich aus Erfahrungen, die während der vergangenen zwei Jahre in der Direktion eines namhaften Theaters des deutschen Sprachbereiches gesammelt wurden. Es zeigt sich, daß der Fall, um in der medizinischen Terminologie zu bleiben, klinisch weniger interessant ist, als er dem Patienten selbst und seinem Publikum erscheint. Die Symptome sind eindeutig und durchaus normal. Der Organismus ist bereits dabei, seine vitalen Widerstandskräfte zu entwickeln. Das Beste wirkt hier wie stets die Natur, in unserem Falle: die Substanz. Diese ist intakt. Ja, es ist eines der wesentlichsten Symptome, daß sie nicht intakt wäre, wenn nicht von Zeit zu Zeit die organische Krise auftreten würde. Krisen sind das Gegenteil von Euphorien. Nur in Krisen rebelliert der Organismus gegen die latente Gefahr einer Erschlaffung und Verkalkung der Substanz. Krisen sind Wandlungen, Erneuerungen. Die Kasuistik kennt Fälle von Euphorien. Eine von ihnen, besser gesagt: eine euphoristische Gefahr, ist in der Krankengeschichte unseres Falles verzeichnet: aber sie ist vorüber, seit fünf Jahren. Die Substanz hat sie ausgeschieden. Die Krise trat gerade noch zur rechten Zeit ein. Es ist die Krise, die uns hoffen läßt.

Die Ursache

Die Krise des Theaters von heute ist keineswegs originell. In den etwas mehr als andert-halb Jahrhunderten seit sich das Bühnenwesen in den deutschsprachigen Ländern organisiert und zu einer Funktion des öffentlichen Lebens entwickelt hat, folgten sich Krisen und Konjunkturen wie die Gezeiten. Nicht ganz so regelmäßig, vor allem mit lokalen Nuancen. Auch das liegt in der Natur der Sache. Erst das 20. Jahrhundert hat die Organisationsform des Theaters so konformiert, daß die lokalen Symptome gegenüber den komplexen verschwinden. Das ist einer der Gründe, die zur Überschätzung der Krise führten. Es ist auch das einzige relativ originelle Symptom. Das Welttheater von heute unterscheidet sich nur noch in sprachlichen Bereichen. Möglicherweise sind auch diese Grenzen im Schwinden. Daher die komplexe Symptomatik. Daher die Exaltationen des Krisen-Bewußtseins.

Geschichte der Krisen

Die Geschichte des Theaters, jedes einzelnen Instituts wie der Institution insgesamt, ist die Geschichte seiner Krisen. Nur die sehr menschliche Neigung, Vergangenes in der Erinnerung zu verklären, kann darüber hinwegtäuschen, daß in der kurzen Zeitspanne zwischen den beiden Kriegen nicht weniger als zweimal genau dieselben Symptome verzeichnet, genau dieselben Debatten geführt, genau dieselben Anklagen erhoben wurden wie heute: zweimal emp-

fand das Zeitbewußtsein den Zustand des Theaters als höchst krisenhaft.

1932 erschien ein von Herbert Ihering eingeleitetes Schauspielerelektbuch „Wir und das Theater“ mit folgendem Vorspruch:

„In einer Zeit, in der die Notwendigkeit des Theaters so umstritten ist, in der von der Zukunft der Schaubühne mit voreiligem und unproduktivem Pessimismus gesprochen wird, erscheint es uns berechtigt, die Schauspieler selbst als die Träger des Theaters zu persönlicher Stellungnahme zu veranlassen. Ihre Äußerungen sollen die Versäumnisse aufdecken helfen, die eine Bühnenkultur verhindert haben, und Möglichkeiten andeuten für die Erneuerung des Theaters.“

1923 schrieb der Kritiker Max Krell in einem von ihm herausgegebenen Sammelband „Das deutsche Theater der Gegenwart“:

„Man spürt, daß die Schaubühne, wie alles Existente, heute Krisen von Abgrundtiefe durchmißt. Es sind ihr vielleicht gar nicht einmal neue Aufgaben gestellt. Aber die größte: nämlich sich zu erhalten, ihr Daseinsrecht gegen die nackteste Brutalität, gegen Materialismus und Geschäft zu verteidigen.“

Blättern wir die Akten der Theatergeschichte weiter zurück! Bei höchst flüchtiger Durchsicht finden wir folgende Dokumente.

1907. Karl Kraus schreibt über die Wiener Musik- und Theaterausstellung:

„So oder so, es geht zu Ende. Der Mischmasch aus dem Dreck aller Kulturen muß sich einmal räumen Noch eine Musik- und Theater-Ausstel-

lung, und wir müssen zusperrern . . . Einmal, in Zeiten, da das Leben adelig war und die Kunst von guten Eltern, da selbst der Schwachsinn noch Grazie und die Lumperei Stil hatte, sangen sie in Wien: „Scheint die Sonne noch so schön“. Aber jetzt erst geht sie beim Krächzen jener Dohlen unter, die aufs Gold fliegen und eine der andern kein Auge aushacken. Es will Abend werden.“

1900: Ludwig Speidel, der Wiener Kritiker, nagelt in einem viel besprochenen Artikel ein Phänomen fest, das lokal begrenzt scheint, aber von zeitsymptomatischer Bedeutung ist: „Die Krisis des Burgtheaters“.

1849: Bauernfeld veröffentlicht eine Flugschrift: „Flüchtige Gedanken über das deutsche Theater. Mit besonderer Rücksicht auf das Hofburgtheater in Wien.“ Bald darauf werden Wiens führende literarische Köpfe zusammenberufen, um Maßnahmen gegen die vielbesprochene Krise vorzuschlagen. (Das Ende ist die Berufung Heinrich Laubes.) Grillparzer, Mitglied der Kommission, schreibt im Frühjahr 1849 einen Aufsatz nieder. Darin heißt es:

„Ich höre täglich Klagen über das Hofburgtheater. Eines Teils berührt mich das nicht viel, denn ich lese, daß man überall in Deutschland über die Theater klagt, so daß es also scheint, das Übel liege nicht in Lokal- oder Personal-Verhältnissen, sondern in der Sache selbst, in allgemeinen Mängeln, die, wie man weiß, sich nicht so leicht wegschaffen lassen . . . Aber auch das Publikum klagt über das Theater. Und das scheint schlimm. Das Publikum ist nicht der gesetzkundige Richter, aber die Jury, die ihr schuldig oder mitschuldig ohne weitere Appellation ausspricht. . . .“

1813 richtet der große Schauspieler Iffland, damals Theaterintendant in Berlin, folgendes Schreiben an seine vorgesetzte Behörde:

„Wenn ich nun . . . noch die scharfe Anmahnung erhalte, ‚die Ökonomie wohl in Acht zu nehmen, die überflüssigen Personen zu entfernen, Stücke im Geschmack des Publikums zu geben, auf die Kontrolle ein wachsames Auge zu haben‘, so heißt dies nichts anders, als mit dürren Worten gesagt, da ich vorher doch über alles dies Versicherung gegeben und auf sie mich berufen habe:

„Die Ökonomie ist seither schlecht beobachtet. Es sind viele überflüssige Personen noch da . . . Es wird in den Stücken keine gehörige Auswahl getroffen und damit die Einnahme verwahrlost. Die Kontrolle wird zum Nachteil der Kasse geführt und so ebenfalls der Kasse geschadet.“

Was heißt bei einem Theater Ökonomie?

Ich bin bereit, darauf zu antworten.

An den überflüssigen Personen war angefangen zu handeln und wegzutun . . . Überflüssig sind die Personen nicht an Zahl — sie sind an Talent abgänglich. Dafür müssen andere herein: also indem zugleich andere Vorhandene verbessert werden müssen, erleichtert sich der Etat um etwas, aber er vermindert sich nicht.

„Stücke im Geschmack des Publikums geben.“ Wenige wollen Goethe, mehrere Schiller, viele den ‚Rochus Pumpernickel‘. Viele preisen Mozart, wenige besuchen ihn; die ‚Vestalin‘ wird geliebt, wenig besucht. Die in jedem Bierladen liegenden Zeitungen zerreißen auf mutwillige Weise jede Neuheit. ‚Es ist nichts dran, die Zeitung sagt’s; ich gehe nicht hinein.‘ Damit werden von einzelnen, ehe das Publikum hat urteilen können, alle neuen Stücke fast zerrissen. Ich habe der Kasse wegen gebeten, es möchten alle Rezensionen bis nach gegebener dritter Vorstellung verboten werden. Man hat dies ‚als der Freiheit des Urteilens entgegen‘, versagt.

Der Direktor hat also für das Publikum zu sorgen, was Berlin enthält; er muß streben, darin mannigfaltig zu sein, und das Repertoire beweist, daß er es ist. Er darf nicht auf den Salon, nicht auf den einzelnen Mißvergnügten, nicht auf den überreizten schönen Geist, nicht auf den gelangweilten Abonnenten, der jeden Tag ein neues Stück sehen möchte, nicht auf den parteisüchtigen Gelehrten hinsehen: er muß alle im Blicke haben, von allen sich beurteilen, von allen sich mißverstehen lassen. Gerechtigkeit muß er nur von einzelnen erwarten. Er muß bedenken, daß Goethes Werke nicht die Mehrheit für sich haben, daß Schiller nicht ersetzt ist, daß Spontini nicht mehrere der ‚Vestalin‘ gleiche Werke schreibt, daß wir in einer Zeit der Stürme leben, wo Sorgen, Abgaben, Verluste, Einquartierungen und die Dunkelheit der Lage die Menschen von allem degoutiert, und das Theater das einzige bleibt, was man ungehindert verachten, zerzauseln und bespötteln kann, daß das Publikum verarmt, und, um sich diesen Zustand nicht einzugestehen, sich das Air gibt, als sei die Sache nicht des Wertes, daß man sie betrachte, daß jede sorgfältig erfüllte Forderung des Publikums nicht Zufriedenheit dafür, sondern nur neue Forderungen gebiert, daß alles, was fehlt, auf einmal verlangt wird, daß man ganz vergißt, was das Theater zu Berlin gewesen ist, wenig beachtet, was es geworden ist, und das Fehlende wie im Zauber verlangt: daß man nur sagt, ‚soviel kostet das Theater!‘, ohne hinzuzusetzen, ‚diese Summe wird unter fast 300 Menschen verteilt‘; daß man mit Emphase sagt: ‚Der König zahlt jährlich 57.000 Thaler!‘ ohne hinzuzusetzen: ‚ehedem gab der König wohl 52.000 Thaler mehr‘ . . .“

Anarchie im Drama

Diese flüchtige Rückschau erschien uns wichtig. Sie ermöglicht Vergleich und Unterscheidung. Sie gibt uns die Distanz, um die vagen Überschätzungen unseres momentanen Krisenbewußtseins zu korrigieren. Sammeln wir Gesichtspunkte zu dieser Revision.

Der Vergleich mit der ersten Nach-Weltkriegszeit ist oft gezogen worden. Fast durchweg zum Nachteil der zweiten. Doppelt interessant also zu hören, daß diese angeblich großartige, ideenträchtige, talentegebärende Epoche einem Zeitgenossen als „Krise von Abgrundtiefe“ erschien. Er irrte, wie wir irren. In der Tat war der vom reinen Theater her einsetzende Schwung nach 1918 erstaunlich und unvergeßlich. Er erklärt sich aus dem Zusammenbruch einer end-

gültig überholten Bühnenform, des Hoftheaters, aus der plötzlichen Freiheit von Rücksichten und Schranken, als deren wichtigste die Zensur damals fiel. Er erklärt sich aus der Entfesselung eines Rebellentums, das sich am Widerstand entflammt hatte und nun über die Bühnen dahinbrauste. Das Theater erlebte eine Revolution, es wurde vom Enthusiasmus der Verwandlung getragen. Auch 1945 fielen Schranken. Aber die waren nur zwölf oder sieben Jahre alt; sie waren ganz selten in das innere Gefüge eingedrungen; sie waren von außen her gezogen und von der überwiegenden Zahl der Schaffenden niemals akzeptiert worden. Was 1918 fiel, war das soziologische und geschichtliche Theatersystem von mehr als einem Jahrhundert. Was 1918 entstand, war das Theater, wie es 1945 wiederhergestellt wurde: das demokratisierte Theater. Und trotzdem verzeichnete der genannte Zeitgenosse eine „abgrundtiefe Krise“? Was er meinte, ist durchsichtig: Der Kritiker Bernhard Diebold nannte es einige Jahre später „Anarchie im Drama“. In der Tat: während sich aus Enthusiasmus und Entfesselung die schöpferische Kraft des Schauspielers und Szenischen großartig aufschwung, blieb das Neue, das von den Dramatikern ausging, provisorisch, kurzatmig und ohne Fortwirkung.

Es wird heute gerne von der Talent-Potenz der Dramatik jener Tage geredet. In der Tat hat der Expressionismus eine Bewegung geschaffen. Aber es war die Bewegung eines Feuerwerks: sie verpuffte nach erstaunlich kurzer Zeit, und es blieb nichts von ihr übrig. Nicht ein einziges Stück aus jener Zeit hat die Jahre überdauert. (Wohl aber einige Stücke, die sich der Mode entgegenstellten und eher beim Alten blieben, Stücke von Shaw, Gerhart Hauptmann, Hofmannsthal.) Die stärksten der entfesselten Talente trennten sich bald, jeder einzeln mit für die Zeitgenossen überraschenden Entschlüssen, von den Idealen ihrer Jugend. Vergebens hat man heute versucht, Georg Kaiser und Carl Sternheim wiederzuentdecken. Toller, Hasenclever und Unruh sind auf der Strecke geblieben. Nur die sich radikal abwandten, kamen wieder und weiter: Zuckmayer, Brecht, Werfel, Ferdinand Bruckner. Aber auf welch verschiedene Weise! Es gab noch einige gemeinsame Bewegungen im Drama: die „Neue Sachlichkeit“, das „Epische Theater“, das „Lehrstück“. Aber sie wurden nicht einmal Moden. Im Bewußtsein der Zuschauer wirkten sie nur als Irritierungen. Sie bestätigten das Gesamtphänomen: Anarchie im Drama. Was damals begann, ist heute noch nicht beendet: die Krise der dramatischen Produktion. Ihre Unsicherheit, Zufälligkeit, Richtungslosigkeit, ihr Mangel an Kontakt mit dem Publikum. Erfolge sind Ausnahmen geworden. Man wird sagen: sie waren es immer. Das ist nicht ganz wahr. Zur

Zeit von Ibsen, Hauptmann, Strindberg und Wedekind war das noch vorhanden, was heute völlig fehlt: das grundsätzliche Interesse am Neuen, die innere Anteilnahme daran, das Bewußtsein der Zugehörigkeit zum mindesten in der jeweils modernen Generation. Was heute von der 1918 ausgebrochenen Krise her fortwirkt, ist die sich immer weiter öffnende Kluft zwischen den Schaffenden und denen, für die sie schaffen. Es ist dieselbe Kluft wie in der Bildenden Kunst und der Musik.

Die Krise von 1932

1932: Die Diskussionsthemen der Krise hießen „Film“, „Starwesen“, „Geschäftstheater“. Drei miteinander verknüpfte, tatsächlich neue Phänomene. Zum ersten Mal erschien die Funktion des Theaters als einer Kulturinstitution in ihrer Existenz bedroht. Zum ersten Mal ereilte die Krise, was bisher unbetroffen geblieben war: Schauspielkunst, Theaterbetrieb, die wirtschaftliche Existenz. Die Befürchtungen und Probleme von damals sind nicht mehr die heutigen. Der Film hat die Existenz des Theaters als Institution nicht erschüttern können. „Geschäfte“ kann heute niemand mehr mit dem Theater machen, selbst wenn er wollte: Was man damals als die „Gefahr der Rotters“ bezeichnete, ist nahezu lächerlich geworden. „Starwesen“ gibt es noch immer, aber es spielt sich am Rande des Theaters ab: das Publikum akzeptiert heute weniger denn je Stücke, die nichts geben als Virtuosen-Nummern für einen Schauspieler, und Aufführungen, in denen rings um den Star die Unzulänglichkeit einer billigen Besetzung offeriert wird.

Die tatsächlichen, dem Theater vom Film her drohenden Gefahren hat man damals kaum gesehen. Sie sind es jedoch, die, zusammen mit der seit 1918 latenten Krise der dramatischen Produktion, die eigentlichen Komponenten der Theaterkrise von heute ausmachen.

Die Ansprüche des Publikums an die Qualität der „Ware“, die es mit dem Erwerb einer Eintrittskarte zu bekommen erwartet, sind im selben Maße gestiegen wie die Bereitschaft, eine solche Eintrittskarte zu erwerben, beeinträchtigt wurde.

Der Film hat zwar die Existenz des Theaters nicht bedrohen können, aber er hat das Volumen der für solche Zwecke wie Theaterbesuche zur Verfügung stehenden Summe beeinträchtigt. Er hat damit zugleich eine Konkurrenz geschaffen, die sich überwiegend auf die äußere Qualität des Gebotenen auswirkt.

Die Kosten

Die Kosten, die heute für Dekorationen und Kostüme im Theater aufgewendet werden müssen, sind — wie ein Vergleich der Kassenbü-

cher lehrt — enorm gestiegen. Das 1932 so scharf angegriffene Geschäftstheater („Die Rotters“) hatte die Konkurrenz auf diesem Gebiete offen aufgenommen. Aber bereits viele Jahre vorher wurde die Entwicklung vom Theater her selbst eingeleitet: die Präponderanz des Regisseurs — eine für unser Jahrhundert völlig neue und charakteristische Tatsache — hatte sich auf das Publikum mehr und mehr als Präponderanz des Optischen ausgewirkt. Das Theater wurde wieder „Schau“, was es seit dem Barock nicht mehr gewesen war. Reinhardt, dessen bleibende Verdienste auf dem ganz anderen Gebiete der Schauspielerführung beruhen, hat viel dazu getan. Die Wirkung seiner Inszenierungen auf das Publikum ging vom Zauber der Ausstattung und von der Versammlung populärer Schauspieler in einem bis in die kleinsten Rollen prominent besetzten Ensemble aus. Anfangs waren solche Inszenierungen Ausnahme-Erscheinungen, einmalige Sensationen, festliche Paraden. Dann übernahmen die „Geschäftstheater“-Direktoren das System. Und es zeigte sich, daß es auch ohne Reinhardt ging. Die Inszenierungen wurden als Sensationen geplant und wie „Verkaufsschlager“ auf den Markt geworfen. Vom Film wurden die Reklamemethoden und die Auswertung der Besetzungs-Prominenz übernommen. Auf diese Weise schlich sich das „Starwesen“ in das Theater ein. Der große Run der „Show“- und „Star“-Inszenierungen ist heute vorbei. Aber die unbeschränkten Mittel, die den Theatern während der aus den wirtschaftlichen Mangelzeiten resultierenden Konjunktur zur Verfügung standen, verführten auf beiden Gebieten zu Aufwendungen, die das Publikum verwöhnt haben. Gleichzeitig war es nur durch eine solche Steigerung der äußeren Qualität möglich, die Konkurrenz mit dem Film aufzunehmen. Es mußte gleichsam eine „Auslage“ geboten werden, die das Publikum anlockte. Die Kosten für diese „Auslage“ sind es, die heute ein integrierendes Moment der Theaterkrise bilden.

Das Publikum

Was heute nicht mehr gegeben zu sein scheint, ist jene Selbstverständlichkeit und Gewohnheitsmäßigkeit des Theaterbesuchs, wie sie frühere Epochen kannten. Auch das ist eine Auswirkung des Films. Die Auswahl der Ware, die täglich in Hunderten von Kinos „ausgelegt“ wird, ist unvergleichlich größer als vor zwanzig oder dreißig Jahren. Das „Stammpublikum“ des Theaters wurde in den drei großen politischen Umwälzungen für immer zerstört. Man pflegt das gewöhnlich so auszudrücken, daß wir keine „Gesellschaft“ mehr haben. Wenn demnach das Theater eine gesellschaftliche Angelegenheit gewesen sein soll, könnte man die Entwicklung nicht einmal beklagen. Es ist aber niemals nur

eine gesellschaftliche Angelegenheit gewesen. Die Gefahr der gleichzeitigen Zersetzung und Vermassung des Publikums liegt vielmehr in der Mentalität der Indolenz, die nur durch „Sensationen“ durchbrochen werden kann und infolgedessen den normalen Theaterbetrieb auf das Niveau der leeren Häuser herabdrückt. Denn Sensationen können nur Ausnahmen sein. Das Theater aber lebt vom Tag.

Subventionen für leere Häuser?

In Amerika hat dieses System praktisch bereits erschreckende Konsequenzen gezeitigt. Die Preise der Eintrittskarten werden durch den Zwischenhandel und nicht selten auch von den Direktionen direkt nach dem Prinzip von Angebot und Nachfrage bestimmt. Sensationelle Aufführungen werden wie Mangelware teurer bezahlt als normale. Im deutschsprachigen Theater hat dieses System bisher noch keinen Eingang gefunden. Noch immer wird, sozusagen imaginär, an dem Prinzip der Selbstverständlichkeit des Theaterbesuchs festgehalten. Gleichzeitig wird aber von weltanschaulich entgegengesetzter Seite mehr und mehr die Notwendigkeit oder doch die Höhe von Subventionierungen der Theater bestritten. Man glaubt es nicht verantworten zu können, die „leeren Häuser“ zu finanzieren. Es ist kein Zweifel, daß das Theater von heute wirtschaftlich nicht mehr aus eigener Kraft bestehen kann. Auf der einen Seite stehen die erhöhten Kosten, auf der anderen steht die Unmöglichkeit, die Preise zu erhöhen. Dies wird noch verschärft dadurch, daß die materiellen Dinge als solche (also Stoffe, Holz, Nägel, Apparaturen, Maschinen) wie alles Materielle im Gegensatz zum Geistigen im Preis unverhältnismäßig gestiegen sind. Das Wiener Theater in der Josefstadt, eine durch keinerlei Subvention unterstützte und schwer verschuldete Privatbühne, hat der Öffentlichkeit die Rechnung vorgelegt, daß die fast stets ausverkauften Aufführungen von Zuckmayers „Barbara Blomberg“ mit Paula Wessely den für diese Vorstellung notwendig gewordenen Ausgabe-Etat nicht „einspielen“ konnten, daß also künftighin die Aufnahme solcher Stücke in den Spielplan kaufmännisch nicht mehr gerechtfertigt werden könne.

Fassen wir zusammen: die Ursachen der Theaterkrise liegen in der Unsicherheit und Ziellosigkeit der dramatischen Produktion, im System der Erfolge und Sensationen, in der Konkurrenz des Films, in der dadurch bedingten und durch die allgemeine „materielle Krise der Kultur“ (Lernet-Holenia) verschärften Steigerung der Kosten, sowie in der Zersetzung und Vermassung des Publikums. Alle diese Erscheinungen bedingen sich gegenseitig. Ihre tiefste Ursache ist die Problematik der Funktion des Theaters innerhalb unserer Zeit.

Quellen zur Erforschung der Geschichte des Dritten Reiches

Die Dokumentenedition der amtlichen deutschen Ausgabe des Verfahrens gegen die Hauptkriegsverbrecher

von Dr. Hans-Günther Seraphim

Referent für Zeitgeschichte des Instituts für Völkerrecht an der Universität Göttingen.

Die amtliche Ausgabe des Internationalen Militärprozesses gegen die Hauptkriegsverbrecher zerfällt in zwei große Teile. Der erste enthält in 22 Bänden die Sitzungsniederschriften und das Urteil, der zweite Teil von 18 Bänden umfaßt die Veröffentlichung der Beweisdokumente. Das Bindeglied bildet der Index, über den schon an dieser Stelle ausführlich gesprochen worden ist¹ und der außer den sachlichen und personellen Hinweisen auch eine Übersicht über die Dokumente bietet. Im Folgenden soll nun der Dokumententeil einer kritischen Würdigung unterzogen werden.

Der Stab von Wissenschaftlern, der den zweiten Teil des Werkes bearbeitet hat, setzte sich fast ausschließlich aus Deutschen zusammen. Dagegen lag die Leitung und damit die Entscheidung über die Auswahl der Urkunden, die abgedruckt werden sollten, nicht in deutschen Händen. Und so muß man für die Auswahl diese, jene für die Art der Wiedergabe der Dokumente verantwortlich machen.

Wer die Nürnberger Dokumente kennt, weiß, wie schwierig ihre Reproduktion in einer der wissenschaftlichen Forschung genügenden Form ist. Denn neben dem eigentlichen Text spielen die verschiedenfarbigen Randbemerkungen eine entscheidende Rolle. Einer farbenphotographischen Wiedergabe standen finanzielle Gründe entgegen. Da diese Möglichkeit nicht bestand, haben sich die Bearbeiter darauf beschränkt, jedem abgedruckten Dokument eine sehr eingehende Beschreibung voranzustellen. Diese Beschreibungen sind so sorgfältig abgefaßt, daß sie eine farbenphotographische Reproduktion bis zu einem gewissen Grad ersetzen. Auch durch Photokopien (schwarz-weiß) hätte sich kein besserer Erfolg erzielen lassen. So kann man hinsichtlich der Form der Wiedergabe diese Ausgabe nur warm begrüßen. In dieser Hinsicht erfüllt sie die Forderungen, die von der wissenschaftlichen Welt an sie gestellt werden müssen.

Im Gegensatz dazu muß die Auswahl der Dokumente zum Druck Befremden erregen. Angesichts der Wichtigkeit, die diesem Dokumentenwerk ohne Zweifel beizumessen ist, werden

wir uns mit dieser Frage eingehender auseinanderzusetzen müssen. Wir folgen dabei der Einteilung, die seitens der Herausgeber getroffen worden ist.

Die Anklagedokumente

Von den 18 Bänden des zweiten Teils der amtlichen Ausgabe enthalten 15 Bände ausschließlich Anklagedokumente. Mancher mag bei dieser Fülle von Material annehmen, daß er es mit einer vollständigen Sammlung zu tun habe. Dies trifft keineswegs zu. Vielmehr wurden von den 2736 Anklagedokumenten die der Index nachweist, lediglich 1622 reproduziert, also rund sechzig Prozent. Wer die Zusammensetzung der Dienststellen des IMT kennt, weiß, daß in ihnen im Gegensatz zu den späteren Nürnberger Verfahren, die allein von den USA durchgeführt wurden, vier Nationen als Ankläger und Richter vertreten waren, nämlich Amerikaner, Engländer, Franzosen und Russen. Nun war es aber nicht so, daß die Vertreter jeder Nation selbständig für sich die gesamte Klage vortrugen, sondern eine gewisse Einteilung hinsichtlich der Anklagepunkte unter den Anklägern der verschiedenen Völker vereinbart worden war. Dies mußte vorausgeschickt werden, um die folgende Aufschlüsselung der Anklagedokumente verständlich zu machen.

Übersicht über den Abdruck der Anklagedokumente

vorgelegt durch:	ins-gesamt	ab-gedruckt	Hinweise	unberücksichtigt
Großbritannien:	649	579 (89,2%)	6	64 (10%)
USA:	930	857 (92,2%)	—	73 (7,8%)
Frankreich:	735	136 (18,5%)	—	599 (81,5%)
Sowjetunion:	522	50 (9,6%)	—	472 (90,4%)

Rein thematisch ergibt sich für den Nürnbergkenner, daß der Nachdruck der Dokumentenveröffentlichung auf die beiden ersten Anklagepunkte, die gemeinsame Verschwörung und das Verbrechen gegen den Frieden, gelegt worden ist. Dagegen fehlt fast das gesamte Material zu anderen sehr wesentlichen Fragenkomplexen. Wer beispielsweise versuchen wollte, an Hand der veröffentlichten Urkunden die deutsch-französischen Beziehungen nach dem Waffenstillstand zu erforschen, würde alles wich-

1) Vergl. hierzu den Beitrag von Dr. Hans-Günther Seraphim in Europa-Archiv, 10/1950, S. 3028 bis 3031.

tige Material in der Sammlung vermissen, ob-
schon es in Nürnberg vorgelegt worden ist. Wir
wollen an dieser Stelle nur auf die sehr ein-
gehenden halbjährigen Berichte der wirtschaft-
lichen Abteilung der deutschen Waffenstill-
standskommission und auf den Briefwechsel
dieser Dienststelle mit den französischen Be-
hörden verweisen.

Die französischen und sowjetrussischen Anklä-
ger haben vorwiegend die Fragen der Ausbeu-
tung und der Zwangsarbeit behandelt, und zwar
nicht nur für ihre Länder, sondern für alle be-
setzten Gebiete. Zu diesen Anklagepunkten ha-
ben sie ein sehr reichhaltiges Urkundenmaterial
dem Gerichtshof vorgelegt. In der Ausgabe,
die wir behandeln, wird man die meisten
vergeblich suchen. Wir verweisen darauf, daß
etwa die amtlichen dänischen und norwegischen
Regierungsberichte (Dok. RF 115—121) ebenso
wenig abgedruckt sind wie die entsprechenden
amtlichen Berichte deutscher Stellen in den be-
setzten Gebieten.

Vielleicht noch befremdlicher als die Ver-
nachlässigung der von dem französischen Teil
der Anklagebehörde vorgelegten Dokumente,
von denen wenigstens 18 Prozent reproduziert
wurden (mit Einschluß der Urkunden, die auch
von den angelsächsischen Anklagevertretern
benutzt worden sind), ist die der sowjetrussi-
schen Dokumente. Sollte wirklich, wie es im
Vorwort der Dokumentenedition heißt, die Aus-
wahl nach den Empfehlungslisten der Parteien
vorgenommen worden sein? Sollte die russi-
sche Delegation von sich aus auf die Wieder-
gabe von mehr als neunzig Prozent ihres Ma-
terials verzichtet haben?

Nicht zu finden in der Sammlung sind z. B.
der tschechische Regierungsbericht (Dok. USSR-
60) und der polnische Regierungsbericht (Dok.
USSR-93). Wir vermissen ebenso die als Doku-
mente eingereichten Aussagen der Feldmar-
schälle *Löhr* und *Paulus* (Dok. USSR-253, USSR-
182). Als nichtabgedruckt sei erwähnt die Nie-
derschrift über eine Unterredung zwischen *Gö-
ring* und *Antonescu* (Dok. USSR-233), das Tele-
gramm von *Keitel* an *Antonescu* vom 31. Okto-
ber 1942 (Dok. USSR-244). Das gleiche gilt für
die Denkschrift von *Rosenberg* über die Gestal-
tung Kaukasiens, gilt von dem Dokument USSR-
229, in dem über die deutsch-finnischen Bezie-
hungen manches Interessante zu finden ist.

Wir haben uns vergeblich bemüht, einen Maß-
stab wissenschaftlicher Art zu finden, nach dem
die Auswahl der Anklagedokumente zum Ab-
druck erfolgt ist. Es ergab sich immer wieder
das gleiche Resultat: es fehlt von den Doku-
menten, die von angelsächsischer Seite vorge-
legt worden sind, nicht ein einziges, das we-
sentlich ist; dagegen kann man dies von den
Urkunden, die von den Franzosen und Russen
vorgelegt worden sind, leider nicht behaupten.
Es wäre sehr zu bedauern, hätten die Heraus-
geber sich von solchen — wir möchten fast sa-

gen: nationalistischen — Erwägungen leiten
lassen. Angesichts der klaren Tatsachen und
der bedauerlichen Lücken in der Sammlung liegt
die Vermutung nahe. Der wissenschaftlichen
Welt und dem Forscher, der mit dieser Edition
zu arbeiten gezwungen ist, haben sie damit be-
stimmt keinen guten Dienst erwiesen.

Die Verteidigungsdokumente

Die Eigenart des Verfahrens, das sich einmal
gegen eine Reihe von Einzelpersonen, zum an-
deren auch gegen ganze Organisationen und
bestimmte Gruppen richtete, bedingt eine ge-
trennte Behandlung der Verteidigungsdoku-
mente. Wir werden uns zunächst mit den Be-
weisurkunden der Einzelnangeklagten beschäf-
tigen.

Der Dokumentenindex weist 1372 Urkunden
nach, die von den Einzelnangeklagten zu ihrer
Verteidigung vorgelegt worden sind. Von die-
sen wurden in der Dokumentensammlung 376
Stücke — einschließlich der von der Verteidi-
gung für ihre Zwecke mitbenutzten, von der
Anklagebehörde vorgelegten und für diese re-
produzierten Dokumente — abgedruckt, also
etwa 27 Prozent. In weiteren 264 Fällen wur-
den Hinweise gegeben, wo der Text der Doku-
mente zu finden sei. (Diplomatische Buntbücher,
Gesetzsammlungen, Zeitschriften usw.) 732 Ur-
kunden blieben völlig unbeachtet. Dies muß
umso mehr auffallen, als an sich schon die
Menge der Verteidigungsurkunden sehr viel
geringer ist als die der Anklagedokumente,
eine Tatsache, die sich daraus erklären läßt,
daß alle deutschen Archive und Aktenstücke
sich als Beutegut in den Händen der anklagen-
den Partei befanden. Berücksichtigt man fer-
ner, daß im IMT die Verteidigung gehalten
war, ihre Beweisdokumente zunächst der An-
klagebehörde zur Überprüfung ihrer Erheb-
lichkeit vorzulegen, und dann in jedem einzel-
nen Fall über die Einwände der Anklagebe-
hörde, wenn sich die Verteidigung ihr nicht
fügte, ein Gerichtsbeschuß herbeigeführt wurde,
so muß diese mangelnde Berücksichtigung der
Verteidigungsdokumente beim Abdruck beson-
ders bedauert werden². Die vorstehenden Fest-
stellungen und Überlegungen zwangen zu einer
Nachprüfung hinsichtlich der Auswahl. Über
das Ergebnis wird im folgenden berichtet. Da-
bei konnten allerdings nur einige wenige Ein-
zelnangeklagte berücksichtigt werden, da sonst
der zur Verfügung stehende Raum erheblich
überschritten werden würde. Wir haben uns
daher auf die Fälle *Papen*, *Ribbentrop* und *Dö-
nitz* beschränkt.

von *Papen*. Folgende wesentliche Dokumente der
Verteidigung sind in der Sammlung nicht abge-

2) Der Gerichtsbeschuß über die Auflage an die
Verteidigung, ihre Dokumente der Anklagebehörde
vorzulegen, ist abgedruckt in Bd. IX, S. 742 der
amtlichen deutschen Ausgabe.

druckt; dabei wird aus Raumgründen nur ein Teil aufgezählt:

Nr. 14. Eidesstattliche Erklärung der langjährigen Sekretärin Papens, die wesentliche Nachrichten sowohl aus den ersten Jahren des Dritten Reiches wie aus Papens Botschafterzeit in Wien und Ankara enthält.

Nr. 15. Eidesstattliche Erklärung des Grafen Westphalen über die Marburger Rede und die Bedeutung, die ihr beigelegt wurde.

Nr. 52. Eidesstattliche Erklärung des Abtes von Grüssau über Papens Persönlichkeit.

Nr. 68—72 Berichte Papens aus Wien an Hitler.

Nr. 85. Eidesstattliche Erklärung des Dr. Glasebock über Papen und seine Stellung zur kath. Kirche.

Nr. 93. Fragebogen, beantwortet durch Freiherrn Kurt von Lersner.

Nr. 107. Fragebogen, beantwortet durch den holländischen Gesandten Visser über Papens Friedensbemühungen im Jahre 1939.

Eigenartig berührt es und regt wieder die Frage nach dem Auswahlmaßstab an, wenn zwar die erste eidesstattliche Erklärung des Grafen Schaffgotsch für Papen (Dok. Nr. 19) abgedruckt worden ist, nicht aber das zweite Affidavit von Schaffgotsch, das eine wesentliche Ergänzung der zuerst abgegebenen Erklärung enthält. (Dok. Nr. 99.)

Ribbentrop. Die Dokumentenbücher der Verteidigung von Ribbentrop weisen 330 Dokumente aus. Von diesen sind in der Dokumentenausgabe 39 Stücke abgedruckt. Die historische Forschung wird diese Tatsache umsomehr bedauern, als die Verteidigung Ribbentrops den Versuch gemacht hat, mit Hilfe der damals für Deutsche erreichbaren Dokumente einen Abriß der politischen Geschichte Deutschlands in den Jahren zwischen den Weltkriegen und bis zum Ende des Dritten Reiches zu geben. Wenn es nach den Worten des französischen Hauptanklägers eine der Aufgaben des IMT war, die geschichtliche Wahrheit der jüngsten Vergangenheit zu ergründen, so wird man diese Lücke in der Dokumentensammlung nicht verstehen können. Wir vermissen fast alle Urkunden zur Frage der Abrüstung und des Austritts Deutschlands aus dem Völkerbund, vermissen eine Reihe von Berichten amtlicher deutscher Vertreter im Ausland an das Auswärtige Amt. Allein auf die deutsch-polnischen Beziehungen beziehen sich die Dokumente 88—116, 118—148 und 163—182. Darunter sind Besprechungen des deutschen Reichsaußenministers mit dem polnischen Botschafter. Die Tatsache, daß eine Reihe von diesen Dokumenten vom Gericht auf Antrag der Anklage abgelehnt worden ist, weil sie „kumulativ“, unerheblich oder aus deutschen Weißbüchern genommen seien, spricht nicht gegen die Notwendigkeit ihrer Aufnahme in diese Dokumentenedition. Denn diese hat ja ganz andere Aufgaben als es die Akten während der Verhandlungen des IMT hatten. Sie soll vielmehr den späteren Geschlechtern ein Bild von diesen Verhandlungen und der behandelten Materie geben und gleichzeitig die Entscheidungen des Tribunals verständlich machen. Wer sich an Hand der amtlichen Ausgabe ein Bild machen will, was „Nürnberg“ war und bedeutet, welche Prinzipien der Beweisführung und Rechtsfindung zu Grunde gelegen haben, der muß die Möglichkeit besitzen, auch diese vom Gericht abgelehnten Dokumente zu prüfen. In noch höherem Maß gilt dies von dem Historiker, der das Aktenmaterial für seine Arbeiten braucht.

Wir vermissen aus dem Komplex Ribbentrop weiter die Niederschrift über die Unterredung zwischen Hitler und dem britischen Botschafter in Berchtesgaden vom 23. März 1939, Hitlers Erklärung an denselben Botschafter vom 25. August, die Briefe von Chamberlain an Hitler und Hitlers an Chamberlain vom 22. und 23. August 1939. Der Hinweis, diese Dokumente seien dem deutschen Weißbuch Nr. 2 entnommen, kann nicht genügen angesichts der Tatsache, daß andere Dokumente aus diesem und anderen Weißbüchern abgedruckt worden sind.

Dönitz. Aus der Gruppe der angeklagten Wehrmachtsangehörigen haben wir den Fall Dönitz herausgegriffen und wollen den Abdruck der von der Verteidigung für ihn vorgelegten Dokumente untersuchen. In der Urkundensammlung der amtlichen Ausgabe sind 30 von etwa 100 eingereichten Stücken abgedruckt. Dieser Prozentsatz ist im Vergleich zu den anderen Fällen relativ hoch. Und doch vermissen wir auch hier eine Anzahl sehr wesentlicher Dokumente. Auf einige sei hingewiesen.

Als Nr. 11 hat die Verteidigung eine Liste der ständigen Kriegsbefehle, Ausgabe 1942, vorgelegt. Da diese Befehle die Unterlage für das Handeln der U-Bootskommandanten waren, hätte das Dokument abgedruckt werden müssen. Aus dem Komplex „Rettung von Schiffbrüchigen“ fehlen die Dokumente Nr. 15, 18, 19 und 21. Ebenso vermissen wir die von der Verteidigung eingereichten Unterlagen über englische Angriffe auf deutsche Seenotflugzeuge. Mag auch das Tribunal unter Hinweis darauf, daß es nur gegen deutsche Angeklagte zu verhandeln habe, Dokumente dieser Art abgelehnt haben — es hat übrigens gerade im Falle Dönitz diese Regel durchbrochen und durch Berücksichtigung des Affidavits des amerikanischen Admirals Nimitz im Urteil für Dönitz das „Tu-quoque-Argument“ zu Grunde gelegt —, für die Feststellung der historischen Wahrheit läßt sich die Bedeutung dieser Urkunden nicht abstreiten. Das gleiche gilt von der Urkunde über die Versenkung des deutschen Lazarettsschiffes *Steuben*, im Februar 1945, bei der von den eingeschifften 2500 Verwundeten die meisten umkamen. In den Komplex der Verstöße der Gegenseite gehören auch die nichtabgedruckten Dokumente 38, 40, 81 und 82.

Ferner hätten wir gewünscht, daß der als Nr. 55 vorgelegte Auszug aus den „Kampfanweisungen für die Kriegsmarine“ vom September 1939 nicht übergangen worden wäre. Die Dokumente über die Abwehrmaßnahmen der alliierten Handelsschiffe fehlen ebenso wie die Befehle über das Vorgehen gegen bewaffnete Handelsdampfer und Passagierschiffe. Die nicht abgedruckten Urkunden 76—78 betreffen die Kennzeichnung und Respektierung neutraler Schiffe. Nr. 76 bringt einen Auszug aus den „Britischen Admiralitäts-Flottenbefehlen und Weisungen an die Handelsschiffe über Einsatz von Marinepersonal an den Handelsschiffsgeschützen“, deren Kenntnis für jeden notwendig wäre, der sich mit diesen Problemen beschäftigt. Ebenso ist es unverständlich, wie der Abdruck des Auszuges aus dem Kriegstagebuch der Seekriegsleitung mit der Niederschrift über die „Besprechung beim Führer am 28. 9. 42 über U-Bootsfragen“ und das Schreiben an das Auswärtige Amt, in dem die grundsätzliche Stellung der Seekriegsleitung zur Frage der Rettung der Handelsschiffsbesatzungen wiedergegeben ist (Dok. Nr. 42), von der Veröffentlichung ausgeschlossen werden konnten.

Es würde zu weit führen, an dieser Stelle auch die Fälle der anderen Einzelangeklagten hinsichtlich der Veröffentlichung der Dokumente in der amtlichen Ausgabe zu untersuchen. Das Bild ist überall das gleiche. Vielmehr wollen wir uns nun den Dokumenten der Verteidigung der angeklagten Organisationen und Gruppen zuwenden.

Das Problem der Auswahl der Verteidigungsdokumente der angeklagten Organisationen ist besonders prekär. Nicht etwa nur, weil durch das Verfahren gegen die Organisationen eine sehr große Zahl von Menschen betroffen ist. Vielmehr ist hier ein sachlicher Gesichtspunkt zu berücksichtigen. Die Verhandlungen gegen die Einzelangeklagten sind in den Protokollbänden vollständig abgedruckt. Dort finden sich — wenigstens auszugsweise — auch viele Dokumente, bzw. mindestens Hinweise auf ihren Inhalt. Die der Beweisaufnahme gegen die Organisationen dienenden Verhandlungen haben jedoch nicht vor dem eigentlichen Gerichtshof, sondern vor einer Sonderkommission stattgefunden. Und die Protokolle dieser sehr wesentlichen Verhandlungen sind in die amtliche Ausgabe nicht aufgenommen worden, obwohl der damalige Leiter des deutschen Herausgeberstabes, Professor Dr. Herbert Kraus, wiederholt in schärfster Form auf die Notwendigkeit des Abdruckes der Kommissionsprotokolle hingewiesen hat. So ist der große Fragenkomplex des Organisationsverbrechens nur in den letzten, abschließenden Phasen greifbar, die sich wieder vor dem Tribunal selbst abspielten. Damit entfallen auch die Auszüge und Hinweise auf Dokumente, von denen wir oben bei den Fällen der Einzelangeklagten sprachen.

Dies mußte vorangeschickt werden, um zu zeigen, welche Bedeutung gerade die Verteidigungsdokumente der Organisationen für die wissenschaftliche Forschung haben, welcher Wert ihrem vollständigen Abdruck beizumessen ist. Wir bedauern, feststellen zu müssen, daß die amtliche Ausgabe in dieser Hinsicht den berechtigten Erwartungen nicht entspricht. Von den 466 Dokumenten, die der Index nennt, sind nur 94 abgedruckt worden, also rund 20 Prozent. Die entscheidende Beweisführung aber ist — infolge Mangel an Dokumenten, da diese der deutschen Organisationsverteidigung nicht zur Verfügung standen — durch eidesstattliche Erklärungen erfolgt. Gewiß mag deren Wert sehr unterschiedlich sein. Wir zweifeln nicht daran, daß es unter der großen Zahl von Affidavits viele gegeben hat, deren Abdruck überflüssig gewesen wäre. Wenn man sich jedoch vor Augen hält, daß nach den Feststellungen des Urteils 196213 eidesstattliche Erklärungen eingebracht, aber nur 75 (teilweise Zusammenfassungen) abgedruckt worden sind, wird man diesen Teil der Dokumentenedition als völlig ungenügend bezeichnen müssen. Bedeuten doch diese

Affidavits die Spiegelung des Geschehens und der Entwicklung im Dritten Reich in der Auffassung großer Teile des deutschen Volkes: für den Geschichtsforscher eine in ihrer Wichtigkeit kaum zu überbietende Quelle. Wenn die verantwortlichen Herausgeber geglaubt haben, durch den Abdruck des Berichts des Colonel Neave, der die Ergebnisse der Kommissionsverhandlungen zusammenfaßt, einen ausreichenden Ersatz geboten zu haben, so muß dieser Auffassung scharf widersprochen werden, zumal dieser Bericht sich mehr oder minder auf die Zusammenfassungen der Zeugenaussagen beschränkt.

Zusammenfassung

Der Wissenschaftler, der von den achtzehn Dokumentenbänden das gesamte Urkundenmaterial erwartet, durch welche das Nürnberger Geschichtsbild bestimmt worden ist, wird die Sammlung enttäuscht beiseite legen. Sie ist so lückenhaft, daß der Wert des Werkes ernstlich in Frage gestellt wird. Diese Feststellung wird weiter unterbaut dadurch, daß man bei der Prüfung der Auswahl der Urkunden auf Schritt und Tritt auf unwissenschaftliche Gründe stößt, daß sich kein sachlicher Maßstab findet, nach dem sich die Herausgeber gerichtet haben. Dies beweist schon die bei den Anklagedokumenten gezeigte Auswahl und die eindeutige Bevorzugung der von den angelsächsischen Anklagevertretern vorgelegten Urkunden. Für ein Quellenwerk — und ein solches will diese Dokumentenausgabe ohne Zweifel sein — ist eine derartige Auswahl nicht tragbar.

Die Verantwortung für diese Mängel tragen einzig und allein die verantwortlichen Herausgeber. Sie haben nicht der klar ausgesprochenen Meinung des Internationalen Militärtribunals Rechnung getragen, auf dessen Beschluß die Herausgabe der amtlichen Ausgabe zurückzuführen ist. In dem Gerichtsbeschuß vom 30. Mai 1946 heißt es eindeutig: „There shall be printed, in addition to what the Tribunal has already authorized, under further orders of the Tribunal, material from the following: a) entire documents which are submitted, or from which extracts have been submitted“. Die verantwortlichen Herausgeber hätten sich nur an diese Festlegung des Gerichts zu halten brauchen. Alle sachlichen und wissenschaftlichen Gründe sprachen dafür. Sie haben es nicht getan.

Wer heute in Deutschland Geschichte der jüngsten Vergangenheit schreiben will, der muß auf die Dokumente der Nachkriegsprozesse zurückgreifen, denn unsere eigenen Archive sind in das Ausland abtransportiert. Aus dieser Sachlage heraus muß die kategorische Forderung erhoben werden, daß alle wesentlichen Dokumente der Öffentlichkeit und damit der Forschung zugänglich gemacht werden und daß die Entscheidung über die Auswahl in Hände gelegt wird, die sich ihrer Verantwortung bewußt sind.

Mittel und Wege der Steigerung der Arbeitsproduktivität in der Sowjetunion

Die Förderung der materiellen Impulse durch die verschiedenen Formen der Entlohnung

Akkordlohn und Leistungssteigerung

2. Teil

Der progressive Akkordlohn

Im Gegensatz zum einfachen Akkordlohn, der unabhängig von der bearbeiteten Stückzahl für jedes fertige Stück oder für jeden Arbeitsgang den gleichen Akkordsatz vorsieht, gibt es beim progressiven Akkordlohn verschiedene Sätze, die sich mit der Höhe der Leistung steigern und deren Progression bei einem festgesetzten Punkt der Normerfüllung einsetzt. Zur Veranschaulichung zwei Beispiele.

Beispiel aus einer Kohlengrube im Donezbecken
(Fördernorm pro Hauer und Schicht = 10 t Kohle, tariflicher Lohnsatz je t = 4 Rbl., die Norm wird mit 10 v. H. übererfüllt)

Daraus ergibt sich bei dem dort angewendeten progressiven Akkordsystem nachstehende Abrechnung:

	Menge t	Akkordsatz je t in Rbl.	Gesamtlohn Rbl.
1	1. — 8.	4.0	32.—
2	9. u. 10.	8.0	16.—
3	11.	12.0	12.—
			zusammen 60.— Rbl

(Entn. A. Stepanow, a. a. O., S 16.)

Beispiel aus der Metallindustrie

(Monats-Arbeitsnorm eines Drehers sei die Bearbeitung von 2500 Buchsen, Akkordsatz pro Stück = 0.20 Rbl, bei Übererfüllung der Norm bis zu 10% = 100% Zuschlag, bei Übererfüllung der Norm über 10% für die gesamte Mehrleistung = 200% Zuschlag) Wenn dieser Dreher 3000 Stück im Monat liefert, erhält er folgenden Lohn:

2500 Stck zu 0.20 Rbl	=	500.— Rbl
500 „ „ 0.60 „	=	300.— Rbl
		zus. 800.— Rbl

(Entn. A. Stepanow, a. a. O., S 17 F.)

Nicht überall sind die Zuschläge bei Übererfüllung der Norm so hoch, wie hier dargestellt.

So gibt es Progressionsskalen, die folgende prozentuale Zuschläge vorsehen:

Von 1 —10% Übererfüllung	=	30% Zuschlag
von 10 1—25% Übererfüllung	=	50% Zuschlag
von 25 1—40% Übererfüllung	=	75% Zuschlag
von 40 1u.m.% Übererfüllung	=	100% Zuschlag

Die Zahl der Stufen, genau wie die Abstände der Stufen, ist hierbei bestimmt durch den höchsten Zuschlag, bis zu dem man gehen kann, ohne die Selbstkosten zu erhöhen, und dem Bestreben, einen möglichst hohen Anreiz zur Leistungssteigerung zu bieten. Man ist dabei sowjetischerseits der Ansicht, daß Skalen, die nur eine höhere Stufe vorsehen, nicht anregen, die Norm noch weiter zu überbieten. Dasselbe behauptet man bei zu großer Anzahl von Stufen, da dann die Abstände zwischen den Stufen mit steigender Anzahl der Stufen immer kleiner werden und so nicht genügend Anreiz bieten, von einer Stufe der Übererfüllung zur anderen überzugehen. Das Leistungssteigerungsprinzip beim progressiven Leistungslohn kommt außerdem ganz besonders dadurch zum Ausdruck, daß als Ausgangsnorm für die Berechnung des progressiven Akkordes

„nicht die zur Zeit gültige Norm, sondern die Norm, die zur Zeit erfüllt wird, anzuwenden ist. Die Ausgangsnorm ist also in der Regel höher als die zur Zeit gültige.“

(D. Fisch, a. a. O., S. 171.)

Da man bei der Festlegung der Normen schon von progressiven Leistungen ausgeht, diese hier aber noch nicht genügen, sondern noch höhere Normen den Ausgangspunkt bilden, muß eine Überbietung dieser Normen unweigerlich zu Überanstrengungen des Arbeiters führen. Ob die höhere Bezahlung, die man als Plus für

den progressiven Akkordlohn buchen kann, die auftretenden Substanzverluste an der menschlichen Arbeitskraft auszugleichen vermag, dürfte sehr fraglich sein. So bestechend die hohen Arbeitseinkommen sein mögen, mit denen zur höchsten Kraftanstrengung angeregt werden soll, so muß doch an die Nachteile gedacht werden, die daraus nicht nur für die unmittelbar Beteiligten, sondern auch für die übrigen Arbeiter entstehen müssen, da die Arbeitsnorm auf diese Art und Weise in die Höhe getrieben, der Lohn aber entsprechend sinken wird.

Prämienlohn und Leistungssteigerung

Prämienlöhne sollen dort zur Anwendung gelangen, wo es nicht möglich ist, eine Leistung zu messen. So bekommt eine Reparaturkolonne eine Prämie in Verbindung mit ihrem Zeitlohn, wenn es ihr gelingt, den geplanten Arbeitsausfall durch sorgfältige Pflege der Maschinen zu unterbieten, eine Abschmierkolonne für sparsamen und wirkungsvollen Einsatz der Abschmiermittel usw. Auch beim Prämienlohn wird die Notwendigkeit der Leistungssteigerung ganz besonders herausgestellt. Die Verringerung der Anzahl der Zeitlöhner ist dabei vor allem ins Auge gefaßt und dient als Prämierungsfaktor.

„Die Prämien werden also ein wichtiges Mittel im Kampfe für Lieferung vollständiger Produktion, für die Senkung des Aufwandes an Arbeit, für die Einsparung von Werk- und Rohstoffen und Geldmitteln. (A. Ljapin, *Das sozialistische Prinzip der Distribution nach der Leistung*, Moskau 1949, S. 20.)

Prämien kommen nicht nur für Arbeiter in Betracht, sondern auch alle anderen Schaffenden können Prämien erhalten. So bekommen beispielsweise Angestellte der Buchhaltung eine Prämie für die vorzeitige Fertigstellung der Abrechnungsunterlagen. Bekannt sind auch die sogenannten Stalin-Prämien, die an Ärzte, Erfinder, Künstler, Stachanowarbeiter und andere für ganz besondere Leistungen verteilt werden und sich auf 50 000.— bis 200 000.— Rubel belaufen. Laut „Tägliche Rundschau“ vom 7. 3. 1950 kommen diese Prämien für das Jahr 1949 an 1285 Personen zur Auszahlung.

Der leistungsfördernde Charakter der Prämienlöhne kommt jedoch ganz besonders erst in einer anderen Art von Prämien zum Ausdruck. Hier handelt es sich um Prämien, die Meister, Abteilungsleiter und andere leitende Angestellte für hohe Produktionsleistungen ihrer Abteilungen, Betriebe usw. erhalten und um Prämienfonds, die man den Meistern zur selbständigen Verteilung in die Hand gibt. Lassen wir, ohne die dankbare Möglichkeit einer

Darstellung der mit diesen Prämien verbundenen Gefahren (Antreiberei, Vetternwirtschaft usw.) weiter auszuschlachten, sowjetische Stimmen zu Worte kommen, wie es um diese Prämien bestellt ist.

„In der Eisenhüttenindustrie erhält das leitende technische Personal Prämienzuschläge nicht bloß für die Erfüllung und Übererfüllung der Monatspläne, sondern außerdem noch Extraprämien für das Jahresergebnis. Der Leiter der Hochofenabteilung erhält, wenn der Jahresplan für die Produktion und die Senkung der Gestehungskosten erfüllt wurde, eine Prämie im Betrage eines halben Jahresgehaltes.“

(A. Stepanow, a. a. O., S. 25.)

Bei Planerfüllung auf allen Gebieten des Betriebes erhalten in der Rüstungs- und Maschinenbauindustrie

„der Chefsingenieur und die Leiter der führenden Werkabteilungen Prämienzuschläge im Ausmaße von 75—100% ihres Monatsgehaltes und dazu noch 5—8% des Grundgehaltes für jedes Prozent der Planüberbietung.“

(A. Stepanow, a. a. O., S. 26.)

„Der Meister hat einen monatlichen Prämienfonds in Höhe von 1100.— bis 1200.— Rbl. zur Verfügung, die er in Prämien von 75.— bis 250.— Rbl. an die Arbeiter verteilt.“

(Wort der Meister, S. 52.)

Auf Seite 145 desselben Buches schreibt Meister Kruglow: „Zur Förderung der besten, die sich im sozialistischen Wettkampf eine führende Stellung erkämpft haben, wurden Prämien ausgesetzt:

	1. Prämie	2. Prämie	3. Prämie
a) für den Meister	1000.— Rbl	750.— Rbl	500.— Rbl
b) zur Verfügung d. Meisters zur Verteilung	2500.— Rbl	1500.— Rbl	1000.— Rbl

„Die Meister von Stachanowabteilungen haben einen Prämienfonds von 2% des monatlichen Lohnfonds zur Verfügung. Diese Mittel werden für die materielle Anregung der Besten im sozialistischen Wettkampf angewendet.“

(N. Maslowa, *Die Stachanowbewegung in der Industrie in der Nachkriegszeit*, in „Fragen der Wirtschaft“ 1948/7, S. 45; in russischer Sprache.)

Diese Art von Prämien verfolgt demnach ausschließlich den Zweck der Leistungssteigerung. Sie werden nicht nur an Zeitlöhner, sondern auch an Akkordlohnempfänger gezahlt. Ohne stets nur das Schlechte im Leben suchen zu wollen, muß man jedoch bei dieser Art von Prämien, die einen ganz anderen Charakter

haben als die zuerst dargestellten, ständig an die großen Gefahren denken, denen damit Arbeiter und Angestellte immer ausgesetzt sein werden.

Zeitlohn und Leistungssteigerung

Trotz erschwelter Möglichkeit versucht man auch beim Zeitlohn, zu dessen Beziehen man vor allem die Gehaltsempfänger rechnet, soweit eine Leistungssteigerung nicht durch Prämien erwirkt werden kann, diese dadurch zu erreichen, daß man

„für jeden technischen Betriebsfunktionär eine untere und eine obere Gehaltsgrenze festlegt. Im Rahmen dieses gesetzlichen Spielraumes bestimmt der Direktor des Betriebes das Monatsgehalt des technischen Beamten je nach dessen Qualifikation und Arbeitsumfang.“

(A. Stepanow, a. a. O., S. 24.)

Damit rundet sich das Bild und läßt erkennen, daß das gesamte sowjetische Lohnsystem vom Gedanken der Leistungssteigerung beherrscht wird, wobei man diesmal versucht, dieses Ziel durch Berücksichtigung materieller

Impulse zu erreichen. Vor einer ebenfalls nur skizzierten Beschreibung der Auswirkungen dieser Lohnpolitik noch ein Wort über die Entlohnung in der sowjetischen Landwirtschaft. Da es der knappe Raum nicht gestattet, die Lohnverhältnisse in der sowjetischen Landwirtschaft darzustellen, sei nur gesagt, daß auch dort der Gedanke der Leistungssteigerung im Vordergrund steht und die Mittel und Wege dazu, abgesehen von durch den besonderen Charakter der landwirtschaftlichen Arbeit bedingten Abweichungen, im großen und ganzen die gleichen sind wie in der Industrie.

Auswirkungen der Förderung der materiellen Impulse bei der Leistungssteigerung.

Die starke Förderung materieller Impulse bei der Steigerung der Leistung sowohl im engeren als auch im weiteren Sinne hat in der Sowjetunion zu gewaltigen Unterschieden in den Einkommenshöhen geführt. Rechnet man die im ersten Teil dieser Arbeit (Beispiel Nr. 2) angeführten Stundensätze auf Monateinkommen um, so ergibt sich nachstehende Einkommensgliederung.

Differenzierung des monatl. Bruttolohnes, berechnet auf 208 Arbeitsstunden
bei 100%-iger Normerfüllung (in Rbl.)

	Lohngruppen							
	1	2	3	4	5	6	7	8
Zeitlohn	145.6	176.8	212.16	260.0	312.0	364.0	436.8	524.16
Stücklohn	166.4	208.0	239.2	291.2	353.6	416.0	520.0	603.20
Stücklohn für Schwerarbeit	208.0	249.6	301.6	364.0	436.8	520.0	624.0	748.8

Ein gewaltiger Unterschied, ob sich das Einkommen im Monat auf 145.6 oder 748.8 Rubel beläuft oder sogar 1 040.— Rubel beträgt, wenn man, wie ebenfalls bei Stepanow dargestellt, den Stundensatz von 5.— Rubel auf 208 Stunden im Monat umrechnet. Die durch die 1946 erfolgte Verteuerung der kartenpflichtigen Lebensmittel eingeführten monatlichen Zuschläge für Gehälter bis zu 900.— Rubel, die heute nach den verschiedenen Preissenkungen wahrscheinlich garnicht mehr bestehen, mildern diese Diskrepanz nur wenig.

Noch krasser kommt der Unterschied in den Einkommenshöhen zum Ausdruck, wenn man die Auswirkungen der in den vorangegangenen Absätzen dargestellten Lohnformen in Betracht zieht. So verdienen Stachanowarbeiter im Monat

1 050.— Rubel	2 500.— Rubel
1 100.— Rubel	8 000.— bis 10 000.— Rubel
1 700.— Rubel	

(1) *Trud* v. 28. 7. 49; 2) *Wort der Meister*, S. 33; 3) *Tägl. Rundschau* vom 4. 3. 50; 4) *Wort der Meister*, S. 39; 5) *Tägl. Rundschau* 18. 1. 49.)

Setzt man 255.6 Rbl. (niedrigster Satz in der angeführten Tabelle plus Zuschlag) zu 10 000.— Rbl. ins Verhältnis, so verdient der Hauer Postuchow rund das 40-fache eines ungelernten Zeitlöhners. Ist er Held der sozialistischen Arbeit, so braucht er nicht einmal Einkommensteuer zu bezahlen, die progressiv gestaffelt ist und normalerweise einen Teil der hohen Löhne abschöpft.

Trotz des geringen Umfanges des sich auf sowjetischen Angaben aufbauenden Zahlenmaterials ist zu erkennen, daß es in der Sowjetunion Einkommensbezieher mit weit über dem Durchschnitt liegenden Einkommen gibt, während die Masse der Einkommensbezieher, die der ersten bis vierten Lohngruppe angehören dürften, so niedrige Einkommen beziehen, daß die anderen Familienmitglieder mitarbeiten

müssen, um die Existenz zu sichern (eine Verbindung der Geldlöhne mit den Preisen könnte das jederzeit beweisen).

Zur Schicht der besser verdienenden Personen gehören die Staats- und Parteibeamten, Offiziere, Ingenieure, Techniker, leitende Angestellte, Künstler, Gelehrte und andere. So betrug das Durchschnittseinkommen für Ingenieure und Techniker 1944

in der Kohlenindustrie monatlich	1502.— Rbl,
in der Hüttenindustrie monatlich	1725.— Rbl.

(A. Ljapin, a. a. O., S. 19.)

Leitende Angestellte und technisches Personal verdienen folgende Gehälter:

Abteilungsleiter von	
Hüttenwerken	1700.— bis 2100.— Rbl
Schichtleiter	1100.— bis 1450.— Rbl
Werkmeister	1000.— bis 1300.— Rbl

(A. Stepanow, a. a. O., S. 24.)

Nach John Baker-White, „The Atlantic“, April 1949, „Wie geht das Geschäft in Rußland“, werden folgende Monatseinkommen bezogen:

Doktor der Geschichte, Mitglied der	Rbl
Akademie der Wissenschaften	8000
Starclown	6000
Chefingenieur	4000
Durchschnittsbergarbeiter	2000
Lehrer	1200
Stoßtrupptextilarbeiter, gelernter Beizer	1200
Elektromonteur	900
ungelernter Arbeiter Sägewerk	500
Kesselheizer	260

Diese aus verschiedenen Quellen stammenden Angaben, die einander weitgehend entsprechen, zeigen, welche Schranken heute bereits wieder in der Sowjetunion zwischen den Menschen errichtet werden. Ob hierbei das Prinzip der Leistungssteigerung alleiniger Anlaß ist, oder ob andere Motive dabei auch eine Rolle spielen, muß dahingestellt bleiben. Wie in jedem Staat, so gibt es auch in der Sowjetunion Arme und Reiche, Verfügende und solche, über die verfügt wird. Während man auf der einen Seite die Klassen abgeschafft hat, bilden sich auf der anderen Seite neue Klassen, die, wenn sie auch selbst keine Maschinen und Fabriken besitzen dürfen, sich jedoch durch Macht und Besitz ebenso von den anderen Sowjetmenschen unterscheiden wie ein Kapitalist vom Arbeiter. Wie groß der Unterschied zwischen den

Menschen heute schon wieder ist, oder, mit sowjetischen Augen gesehen, wie unterschiedlich man die menschliche Leistung bewertet, zeigt auch die in vielen Fällen gewährte, im Verhältnis zum kleinen Einkommensbezieher unverhältnismäßig hohe Hinterbliebenenversorgung.

Beim Tode des Marschalls Rübalko erhielt die Ehefrau eine einmalige Unterstützung in Höhe von Rbl 100 000.— eine lebenslängliche Pension von monatlich Rbl 2000.— (Trud vom 29. 8. 1948.)

Beim Tode des Stalinpreisträgers, des Schauspielers Tarchanow, erhielt die Ehefrau eine einmalige Unterstützung von Rbl 15 000.— eine lebenslängliche Pension von Rbl 750.— der Sohn eine einmalige Unterstützung von Rbl 5000.— (Trud vom 19. 8. 1948.)

Beim Tode des Konstrukteurs Deptjanow erhielt die Ehefrau eine einmalige Unterstützung in Höhe von Rbl 50 000.— eine lebenslängliche Pension von monatlich Rbl 3000.— (Prawda vom 18. 1. 1949.)

Beim Tode des Architekten Tschuszewa erhielt die Ehefrau eine einmalige Unterstützung von Rbl 15 000.— eine lebenslängliche Pension lt. V.O. vom 28. 12. 1943, der Sohn Peter eine lebenslängliche Unterstützung von monatlich Rbl. 500.— die Tochter Lydia ebenfalls lebenslänglich monatlich Rbl 500.— (Prawda vom 26. 5. 1949.)

Einige Beispiele, die zeigen, wieweit man sich von dem Gedanken der Gleichberechtigung und des gleichen Startes für alle entfernt hat, oder wie soll man 500.— Rubel Monatseinkommen auf Lebenszeit ohne eigenes Verdienst, das dem empfangsberechtigten Kind eines Künstlers, Architekten usw. ganz andere Möglichkeiten in gesellschaftlicher, bildungsmäßiger und allen andern Beziehungen als dem Kinde eines normalen Sowjetbürgers gibt, anders verstehen.

Das Prinzip der materiellen Besserstellung als Leistungsimpuls hat in der Sowjetunion, wenn vielleicht auch nicht allein, so doch aber zum größten Teil mit dazu beigetragen, daß man die alten Ziele der Arbeiterbewegung, Ausgleich der wirtschaftlichen und sozialen Lage, Fortfall aller Bevorrechteungen, gleiches Existenzminimum und andere, anscheinend völlig aus den Augen verloren hat. Besonders bemerk-

kenswert ist es dabei, daß es sich hierbei um eine ständig fortschreitende, genau entgegengesetzte Entwicklung handelt, wie man es eigentlich bei einer Gesellschaftsordnung die sich —

nach sowjetischer Darstellung — im Übergangsstadium vom Sozialismus zur höchsten Stufe des Kommunismus befindet, erwarten dürfte.

Ideologische Mittel und Wege der Leistungssteigerung

Der sozialistische Wettkampf

Die verhältnismäßig ausführliche Darstellung der Berücksichtigung materieller Impulse im Verhältnis zu den anderen Mitteln der Leistungssteigerung ist damit zu begründen, daß diese bei der Leistungssteigerung fraglos im Vordergrund stehen, wie sie ja auch dem gesamten sowjetischen Lohnsystem ihren Stempel aufdrücken. Damit soll jedoch nicht zum Ausdruck gebracht werden, daß man in der Sowjetunion die Arbeitsleistung nicht auch mit anderen Mitteln zu steigern versucht. Wie das bei einem autoritären System garnicht anders sein kann, kommen für diesen Zweck in der Sowjetunion noch die ideologische Beeinflussung und die Gewalt in Frage. In welchem Verhältnis im einzelnen Fall diese drei Faktoren sich auswirken werden, was letzten Endes den Ausschlag geben wird, hängt von der Natur des einzelnen Menschen ab. Soviel dürfte jedoch sicher sein daß erst alle drei Faktoren zusammen eine Charakteristik des sowjetischen Lohn- und Arbeitssystems abgeben und, entsprechend den sowjetischen Verhältnissen, in der Lage sind, die gewünschte Leistungssteigerung in etwa zu verwirklichen. Obwohl sich sowohl über die ideologische Beeinflussung als auch über die Gewaltmittel viel sagen ließe, zwingt der enge Raum dazu, sich kurz zu fassen.

Aus den neuen ökonomischen Verhältnissen, der Beseitigung des Privateigentums an den Produktionsmitteln, dem Bewußtsein des Arbeiters, daß er nicht mehr für den kapitalistischen Ausbeuter, sondern unmittelbar für die Gesellschaft, für sich arbeitet, soll sich eine neue sozialistische Einstellung zur Arbeit sowie allen anderen Problemen des Lebens ergeben. Dabei ist man der Ansicht, daß sich mit der Weiterentwicklung und Stärkung des sozialistischen Gesellschaftssystems und dem Wachstum von Wirtschaft und Technik diese neue sozialistische Einstellung zur Arbeit ebenfalls weiter entwickeln und letzten Endes als alleinige Grundlage der klassenlosen Gesellschaft alle anderen Impulse, wie materielle Antriebe und Zwangsdisziplin ersetzen wird.

Da durch die Beseitigung des Privateigentums an den Produktionsmitteln die Konkurrenz zwischen den Betrieben, die bisher zusammen mit dem Gewinnstreben als Motor der

Vorwärtsentwicklung gedient hatte, fortfiel, galt es, an ihre Stelle etwas anderes zu setzen. Gemeinsam mit den materiellen und disziplinären Impulsen entwickelte sich hierzu der sozialistische Wettkampf. Größte Ausdehnung und Bedeutung gewann er in der Form des Allunionswettkampfes, der in den Kriegsjahren entstand und bis heute seine Bedeutung beibehalten hat.

„Sein Wesen besteht darin, daß Kollektive und einzelne Werktätige den Wettkampf nach Bedingungen durchführen, die von der sowjetischen Regierung zusammen mit den Gewerkschaften festgelegt worden sind. Die Ergebnisse aller Kollektive und der besten Einzelarbeiter werden einander gegenübergestellt. Der Wettkampf wird allgemein, seine Publizität erreicht den höchsten Grad. Die besten Kollektive und Werktätigen werden mit Unionsorden, Wanderfahnen und Unionsprämien ausgezeichnet . . . hervorragende Arbeiter erkämpfen sich den Titel „Held der sozialistischen Arbeit . . .“

(N. Masłowa, a. a. O., S. 39.)

Bedeuteten diese Worte nicht „freiwillige“ Verpflichtung zu hohen und höchsten Arbeitsleistungen, von Stachanowarbeitern — den sowjetischen Hennekes — vorgearbeitet, Kontrolle dieser Leistungen durch Partei- und Gewerkschaftsfunktionäre mit all den üblen Folgen für die, die sie nicht erfüllen können, und noch vieles andere, alles Dinge, die dem Kenner sowjetischer Verhältnisse, ganz besonders aber den vielen Millionen Kriegsgefangener in deutlicher und unangenehmer Erinnerung sein dürften?

Sozialistische Wettkämpfe finden zwischen Berufen, Brigaden, Abteilungen, Betrieben, Ländern usw. statt und erstreben immer ein bestimmtes konkretes Ziel, das sich, mit der Zeit mitgehend, den jeweiligen Erfordernissen der Lage anpaßt. In Bausch und Bogen heißen diese Ziele Steigerung der Produktion durch erhöhte Arbeitsproduktivität, Senkung der Selbstkosten und Hebung der Qualität der Arbeitserzeugnisse. Aus Anlaß nationaler Feiertage und anderer historischer oder festlicher Begebenheiten werden üblicherweise innerhalb der sozialistischen Wettbewerbe besondere, den normalen Rahmen noch übersteigende Verpflichtungen übernommen.

Alle diese Eigenschaften lassen erkennen, warum man in der Sowjetunion der Anwendung

des sozialistischen Wettkampfes so große Bedeutung beimißt und die Beteiligung aller Betriebe an ihm verlangt.

„Wir leben in einer Zeit, in der unsere Arbeiter, Angestellten und Bauern im ganzen Lande am sozialistischen Wettkampf teilnehmen. Es gibt und darf jetzt keine Fabriken und Werke oder Kolcho-sen geben, die nicht am soz. Wettkampf teilnehmen.“ (W. M. Molotow, Rede vom 6. 11. 48 in „Fragen der Wirtschaft“ 1948/7, S. 9; in russischer Sprache.)

Wieweit die Beteiligung am sozialistischen Wettkampf wirklich freiwillig, aus sozialistischer Einstellung heraus erfolgt und in welchem Maße Zwang und materielle Impulse mitwirken, ist schwer zu sagen. Sicher ist jedoch, daß hierbei die große Gefahr der Ausübung eines Gewissenszwanges und moralischen Druckes besteht, der die Arbeiter und Angestellten zwingt, sich am Wettkampf zu beteiligen, wollen sie sich nicht als reaktionär, antisozialistisch oder dergleichen hinstellen lassen und in Gefahr begeben.

Die Stachanowbewegung

Es wäre verkehrt, wollte man die Stachanowbewegung und den sozialistischen Wettkampf als zwei verschiedene Dinge darstellen.

„Die Bedeutung der Stachanowbewegung besteht darin, daß sie einen neuen Aufschwung, eine neue, eine höhere Etappe des sozialistischen Wettbewerbes zum Ausdruck bringt.“

(J. W. Stalin, *Fragen des Leninismus*, S. 597.)

All das, was über den sozialistischen Wettkampf gesagt wurde, gilt daher gleichfalls auch für die Stachanowbewegung.

Rein sachlich betrachtet, werden im Rahmen der Stachanowbewegung Rekorde aufgestellt, die die Arbeitsproduktivität wesentlich steigern. Wie beim sozialistischen Wettbewerb werden auch hier ganz konkrete Ziele gesteckt, bei denen es sich jedoch ganz besonders, natürlich im Rahmen der allgemeinen, schon beim sozialistischen Wettkampf genannten Aufgaben, um die Vervollkommnung der Technik, der Rationalisierung des Arbeitsprozesses usw. handelt. Fast alle Errungenschaften der Arbeitswissenschaft, wie sie besonders auf diesem Gebiet von Taylor her bekannt sind, findet man daher auch als Ziele oder Ergebnisse der Stachanowbewegung wieder.

„Stachanowbewegung bedeutet richtige Arbeitsteilung in der Produktion, Befreiung der qualifizierten Arbeiter von zweitrangigen und Vorbereitungs-

aufgaben, beste Organisation des Arbeitsplatzes.“ (A. P. Ljapin, *Arbeit im Lande des Sozialismus*, S. 49; in russischer Sprache.)

Ein Beispiel solcher Arbeitsteilung gab der Kumpel Alexej Stachanow, der Begründer der seinen Namen tragenden Bewegung. Ergebnis der von ihm durchgeführten Arbeitsteilung war eine Förderleistung von 102 t Kohle pro Schicht, während die Norm bei 7 Tonnen lag.

Den fraglos großen Vorzügen der Stachanowbewegung für die Steigerung der Arbeitsproduktivität sind ernste Bedenken entgegenzusetzen, die man auch damit nicht zerstreuen kann, daß man darauf hinweist, daß der Arbeiter die hohen Arbeitsleistungen, die daraus entstehen, daß eine Steigerung der Arbeitsproduktivität meistens auch irgendwie mit einer Steigerung der Arbeitsintensität verbunden ist, in seinem eigenen Interesse, zum Schutze der sozialen Errungenschaften oder zur Erlangung irgendwelcher großer, wenn auch in der Ferne liegender Ziele vollbringt. Beweise für diese Behauptung ließen sich viele bringen. Man denke nur an die Stachanowbewegung zur Bedienung mehrerer Drehbänke. Hier bedient ein Dreher mehrere Bänke, so daß seine Arbeitszeit hundertprozentig ausgenutzt ist, wobei er ständig von einer Bank zur anderen unterwegs ist. Eine ähnliche Art der Mehrbankbedienung findet man in der Textilindustrie.

„Schon im ersten Jahre des Nachkriegsfünfjahresplanes ging die Brigade der Weberin Maria Wolkowa zur Mehrbankbedienung über. Ihr Beispiel begeisterte andere. So gingen Ende 1947 24 Weberinnen zur Bedienung von je 16 Webstühlen, 75 Weberinnen von je 12 Webstühlen über.“

(G. Jestaffew, *Der sozialistische Wettkampf — die kommunistische Methode des Aufbaues des Sozialismus*, S. 25; in russischer Sprache.)

Diese beliebig vermehrbaren Beispiele, die sich ebenfalls für die meisten anderen Stachanowbewegungen (Bewegung zur Erlernung mehrerer Berufe, zur Übererfüllung der Arbeitsnorm um tausend oder mehrere hundert Prozent, zur Vergrößerung der Produktion bei gleichzeitiger Verringerung der Arbeiteranzahl usw.) erbringen ließen, zeigen, daß bei ihnen mit der Steigerung der Arbeitsproduktivität ebenfalls eine bedeutende Steigerung der Arbeitsintensität vorgenommen wird, die sich auf alle Fälle für die Gesundheit der betreffenden Arbeiter schädigend auswirken muß. Von einer mittleren Anstrengung kann hier keine Rede mehr sein, hier geht es wie beim Sportwett-

kampf um Höchstleistungen, um Höchstbeanspruchungen der Arbeitenden. Besonders bedenklich ist es dabei, daß die so erzielte Intensivierung sich nicht auf die Stachanowrekordler allein beschränkt, sondern daß sie sich, wie es im Abschnitt über die Arbeitsnormen darge-

stellt wurde, gleichzeitig auf die Höhe der sogenannten mittleren progressiven technischen Arbeitsnormen auswirkt. Die hohe Arbeitsleistung und das große Arbeitseinkommen einzelner heben damit das Leistungssoll der Masse und senken ihr Lohnniveau.

Leistungssteigerung durch Zwangs- und Disziplinar-mittel

Für die Einsicht einerseits, daß die Natur des Menschen nicht wandelbar, wie andererseits dafür, daß die Lage des werktätigen Volkes in der Sowjetunion nicht befriedigend sein kann, spricht die Tatsache, daß weder die materielle Förderung im angewandten Maße, noch die ideologische Erziehung und Beeinflussung ausreichend sind, allein die erforderlichen Arbeitsergebnisse zu erzielen, sondern daß hinter den materiellen und ideologischen Impulsen immer, und zwar in ständig steigendem Maße der Zwang, die Gewalt, die Drohung und letzten Endes schwerste und härteste Bestrafung stehen. Die Zwangsmaßnahmen kommen vor allem in einer ständig zunehmenden Bindung des Arbeiters an seinen Arbeitsplatz zum Ausdruck. So erfolgte am

20. 12. 1938: die Einführung des Arbeitsbuches,
26. 6. 1940: ein Gesetz über das Verbot der selbständigen Arbeitsplatzwechsels;

„Dieses Gesetz, durch das für Arbeitsversäumnis und selbständiges Verlassen des Arbeitsplatzes gerichtliche Bestrafung festgesetzt wurde, bewirkte die Einführung einer strengen Ordnung und Disziplin in der Produktion.“

(A. P. Ljapin, a. a. O., S. 17.)

2. 10. 1940: das Gesetz über die staatlichen Arbeitsreserven der Sowjetunion und die Verordnung des Rates der Volkskommissare über die Bildung einer Hauptverwaltung für Arbeitsreserven,

19. 10. 1940: der Erlaß des Präsidiums des Obersten Sowjets der Sowjetunion, nach dem Ingenieure, Techniker, Konstrukteure, Werkmeister sowie qualifizierte Arbeiter von einem Unternehmen zum anderen versetzt werden können.

Diese Maßnahmen zur Bindung des Arbeiters an seinen Arbeitsplatz, die eine Kündigungsmöglichkeit von Seiten des Arbeiters nur in Ausnahmefällen gestatten, wurden durch wirtschaftliche Maßnahmen unterbaut. So wird die Zahlung von Krankengeld, Pensionen usw. in Abhängigkeit von der ununterbrochenen Tätigkeitsdauer im selben Betriebe gegeben.

Hand in Hand mit der zunehmenden Bindung des Arbeiters an seinen Arbeitsplatz geht eine

ständige Verschärfung der Arbeitsdisziplin. Der Grundsatz des Artikels 130 der Stalinschen Verfassung: „Jeder Bürger der Sowjetunion ist verpflichtet, die Arbeitsdisziplin zu wahren“, fand in folgenden gesetzlichen Maßnahmen seine verschärfte Weiterentwicklung:

Dekret vom 28. 12. 1938: „Durch strenge Bestrafung für unentschuldigtes Fernbleiben von der Arbeitsstelle, für Zuspätkommen zur Arbeit usw. sollte die Arbeitsdisziplin . . . gehoben werden.“

(Bonwetsch, *Die Industrie in der UdSSR*, in „Ostwirtschaft“ 1939/12, S. 148.)

Erlaß des Rates der Volkskommissare zur Stärkung des Führerprinzips, insbesondere der Rolle der Meister:

„Der Abteilungsmeister entscheidet über die Einstellung und Entlassung der Arbeiter. Er hat das Recht, die Fortschrittlichen zu fördern und die saumseligen Arbeitskameraden zu strafen.“

(Wort der Meister, S. 7.)

Gesetzesverordnung des Präsidiums des Obersten Sowjets vom 26. 6. 1940:

„Die bisherige Bestimmung, nach der bei Wegbleiben von der Arbeit ohne triftigen Grund die Arbeiter und Angestellten zu entlassen waren, wird aufgehoben. Stattdessen wird bestimmt, daß die Schuldigen vor Gericht gestellt und mit Zwangsarbeit an ihrer bisherigen Arbeitsstätte mit Abzug bis zu 25% des Arbeitsentgeltes für die Dauer bis zu 6 Monaten zu verurteilen sind. Direktoren von Betrieben und Leiter von Ämtern unterliegen der Bestrafung, wenn sie Verstöße gegen das Verbot des Wegbleibens ohne ausreichenden Grund . . . nicht zur Anzeige bringen.“

(Ostwirtschaft 40/7, S. 75.)

„Durch eine Gesetzesvorlage des Präsidiums des Obersten Sowjets vom 10. 7. 1940 wird die Lieferung minderwertiger oder unkompletter Erzeugnisse, sowie von Erzeugnissen, die den für sie verbindlich erklärten Standards nicht entsprechen, mit Gefängnis von fünf bis acht Jahren bestraft.“

(Ostwirtschaft, 1940/7, S. 75.)

Alle diese Gesetze, sowie der Artikel 130 der Verfassung lassen sich beliebig handhaben und auslegen. Mit der Erhöhung der Arbeitsnormen,

der Vergrößerung der Anzahl der im Jahre zu leistenden Tagewerke, mit der Bindung des Arbeiters an seinen Arbeitsplatz kommen sie praktisch einem Arbeitszwang gleich, wobei die von der „Liga für ein freies Rußland“ am 18. 2. 1950 veröffentlichte Zahl von 6—9 Millionen Zwangsarbeitern in der Sowjetunion (laut Adolf Weber, sind es sogar 10—18 Millionen; A. Weber, *Marktwirtschaft und Sowjetwirtschaft*, S. 309.) zeigt, daß es sich bei der Anwendung von

Zwangsmaßnahmen keineswegs um Ausnahmefälle handelt.

Analog zur Beschreibung der materiellen Impulse läßt sich auch hier die Feststellung treffen, daß die Anwendung der Zwangs- und Disziplinarmaßnahmen mit der Entwicklung des sowjetischen Gesellschaftssystems nicht, wie man es eigentlich erwarten sollte, abgenommen, sondern zugenommen hat.

Zusammenfassung

Die Darstellung des Leistungslohnes und der Leistungssteigerung in der Sowjetunion zeigt, mit welchen Mitteln dort versucht wird, eine möglichst hohe Arbeitsleistung aus dem Arbeiter herauszuholen. Die Lebensverhältnisse und Bedingungen der Arbeiterschaft werden jedoch besonders deutlich, wenn man dem Geldeinkommen, dem Nominallohn, das Realeinkommen gegenüberstellt.

Nimmt man die budgetmäßige Zusammenstellung von Lebensmitteln für einen Arbeiter in Moskau, wie sie im Organ des Internationalen Arbeitsbüros „Revue International du Travail“, 1928/18, S. 691 veröffentlicht ist, so erfordert der Lebensunterhalt für einen vierköpfigen Arbeiterhaushalt in Moskau auch nach der im März 1950 erfolgten Preissenkung monatlich Rbl. 712,30. Vergleicht man diese Ausgaben nur für Lebensmittel — in West-Berlin würde dafür nach dem Preisstand vom Februar 1950 ein Betrag von DM 100,75 aufzuwenden

gewesen sein — mit der weiter oben aufgeführten Einkommenstabelle, so erkennt man schon daraus, daß das Einkommen der großen Masse der Arbeiter nicht ausreicht, eine Familie zu ernähren, geschweige denn mit allen anderen lebensnotwendigen Dingen zu versorgen. Die Not, der Hunger treten damit als indirekter Arbeitszwang neben den oben dargestellten praktischen Arbeitszwang, der sich aus den Verordnungen und Maßnahmen der Arbeitspolitik ergibt, und zwingen Mann und Frau zu arbeiten, um die Existenz der Familie zu sichern.

Aus der Darstellung über die Arbeits- und Lohnverhältnisse in der Sowjetunion ist zu erkennen, daß der Arbeiter dort großen Belastungen und Gefahren ausgesetzt ist, denen ein unverhältnismäßig niedriger Lebensstandard sowohl im Vergleich mit dem Lebensstandard des Arbeiters im Vorkriegsrußland als auch im Vergleich mit den westlichen Staaten gegenübersteht.

Der zwanzigste Jahresbericht der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich in Basel

Die Tätigkeit der B. I. Z. in den vergangenen zwanzig Jahren

Der jetzt im Druck vorliegende Bericht der B.I.Z. in Basel für das Geschäftsjahr vom 1. April 1949 bis 31. März 1950 bietet mit seinen zuverlässigen Unterlagen genau wie die vorhergehenden Berichte eine ausgezeichnete Informationsmöglichkeit über die finanz- und wirtschaftspolitische Entwicklung in Europa und der übrigen Welt. Ueber frühere Jahresberichte der B. I. Z. hat das Europa-Archiv laufend berichtet¹.

Die diesjährige Veröffentlichung ist der zwanzigste Bericht der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich, deren Aufgaben nach den Statuten des Instituts hauptsächlich darin bestehen, „die Zusammenarbeit der Zentralbanken zu fördern und neue Möglichkeiten für internationale Finanzgeschäfte zu schaffen“. Es war ihr Bestreben, als Mittelpunkt der Zentralbanken tätig zu sein, deren Vertreter regelmäßig in Basel zusammenkamen, wo ihnen Gelegenheit zu Beratungen und Meinungsaustausch geboten wurde. Zugleich stand die Bank zur praktischen Zusammenarbeit zur Verfügung. In der letzten Zeit ist sie beispielsweise als Agent für den Innereuropäischen Zahlungs- und Verrechnungsplan tätig gewesen, der einen Teil der Marshall-Hilfe bildet. Die Bank hat schon in den ersten Jahren ihres Bestehens bei der Errichtung von Kredit-Syndikaten der wichtigsten Zentralbanken mitgewirkt, denen zum Beispiel die Bank von Frankreich, die Bank von England und das Bundes-Reserve-System der Vereinigten Staaten angehören.

Die Bank war auch bei den Vorbereitungen und an den Beratungen der Weltkonferenz für Wirtschafts- und Währungspolitik beteiligt, die im Juni 1933 in London zusammentrat. Im allgemeinen mußte sich die Bank in den zwanzig Jahren ihres Bestehens mehrfach neuen Verhältnissen anpassen und hatte daher Grund, die Notwendigkeit einer beweglichen Behandlung der Währungsprobleme zu unterstreichen. Hinsichtlich ihrer einzelnen Anlagen wird erwähnt, daß der von ihr in Deutschland in verschiedenen Formen angelegte Betrag seit 1931 niemals höher war als zur Zeit der Einstellung der deutschen Reparationszahlungen auf Grund des Hoover-Moratoriums.

Bei Beendigung des Krieges befand sich die B.I.Z. in bezug auf ihre gesamten aktiven Mittel in einer außerordentlich liquiden Verfassung, gleichwohl aber stand sie natürlich einer Anzahl schwieriger Probleme gegenüber, darunter der Frage, welche Rolle sie in der währungspolitischen Situation nach dem Kriege zu spielen hätte. In dieser Beziehung war ein Abkommen von großer Bedeutung, das mit der Regierung der Vereinigten Staaten, die auch im Namen anderer Regierungen handelte, getroffen wurde. Befriedigende Abmachungen wurden ferner mit anderen internationalen Institutionen getroffen, so mit dem Internationalen Währungsfonds und der Internationalen Wiederaufbaubank in Washington.

Das Problem des europäischen Zahlungsbilanz-Ausgleichs

Marshallplanhilfe und Industrieproduktion

In den Ausführungen des 335 Seiten umfassenden Berichtes über die wirtschaftlichen und finanziellen Verhältnisse hauptsächlich in Europa wird auf die drei kritischen Zeiten hingewiesen, die Europa in der zweiten Hälfte des Jahres 1945, im Jahre 1947 und nochmals 1949 erlebte, und es wird gezeigt, wie wichtig die Marshall-Hilfe für die großen Fortschritte ist, die erzielt wurden. Im Frühjahr 1950 war die Industrieproduktion um 15 v. H.

über den Vorkriegsstand gestiegen, und würde man Deutschland und einige andere Länder, die besonders gelitten haben, wie beispielsweise Griechenland, unberücksichtigt lassen, so wäre die Steigerung noch größer; in der Mehrzahl der westeuropäischen Nationen beträgt sie mehr als 25 v. H. Aber wie erklärt es sich dann, daß Westeuropa noch immer Schwierigkeiten hat, den Erfordernissen seiner Zahlungsbilanz zu begegnen, und daher noch immer Hilfe aus dem Ausland benötigt?

Der Bericht beantwortet diese Frage mit dem Hinweis auf verschiedene Umstände, die nach sei-

¹) Vergl. Europa-Archiv, Dezember 1948, S. 1731 — 1736 und 16/1949, S. 2405 — 2408.

Die E.R.P.-Hilfe in der Zeit vom April 1948 bis Juni 1950

Länder ¹	Juli 1948 bis Juni 1949			Juli 1949 bis Juni 1950		
	April 1948 bis Juni 1948	Direkte und bedingte Hilfe	Nettobetrag der gewährten (-) und erhaltenen (+) indirekten Hilfe ²	Netto betrag der gesamten Hilfe	Direkte und bedingte Hilfe	Nettobetrag der gewährten (-) und erhaltenen (+) indirekten Hilfe ²
	Millionen Dollar					
Belgien-Luxemburg*	20	248	-208	40	312	-312 ³
Dänemark	20	109	+ 7	116	87	+ 15
Deutschland ⁴						
(Westliche Zonen)	129	510	- 9	501	333	-164
Frankreich*	335	981	+323	1304	673	+200 ³
Griechenland	50	145	+ 67	212	156	+108
Großbritannien*	400	1239	-290	949	920	- 97 ³
Irland	10	78	nichts	78	45	nichts
Island	2	5	nichts	5	7	nichts
Italien	158	555	- 20	535	389	- 25
Niederlande*	115	470	+ 71	541	296	+ 97 ³
Norwegen	20	83	+ 32	115	90	+ 72
Österreich	62	215	+ 64	279	166	+ 83
Portugal	nichts	nichts	nichts	nichts	32	+ 26
Schweden	nichts	47	- 25	22	48	- 48
Triest	4	18	nichts	18	13	nichts
Türkei	10	40	- 12	28	59	+ 45
Warenausgleichsfonds	nichts	13	nichts	13	150 ⁵	nichts
Gesamtprogramm	1335	4756	+565	4756	3776	+646

* Einschließlich der Außenbesitzungen.

² Zu Beginn des jeweiligen Zahlungsplanes festgesetzte Beträge, gleichviel ob sie voll in Anspruch genommen wurden. Zur Vereinfachung der Darstellung wurden bei den Beträgen für 1949/50 die bilateralen Ziehungsrechte in jedem bilateralen Verhältnis um ein Drittel erhöht, obwohl die multilateralen Ziehungsrechte natürlich auch gegenüber anderen Partnern ausgenutzt werden können.

³ Einschließlich der multilateralen Ziehungsrechte auf Grund der belgischen Kreditverträge, aber natürlich ohne die belgischen Kredite.

⁴ Die direkte Hilfe an Deutschland bleibt in voller Höhe bis zur endgültigen Regelung eine Forderung gegen Deutschland und hat daher nicht notwendigerweise den Charakter eines Zuschusses.

⁵ Dollar-Reservefonds.

ner Meinung den immer noch bestehenden Mangel an Gleichgewicht erklären.

Die B. I. Z. gibt zu bedenken, daß die landwirtschaftliche Erzeugung und die Tätigkeit vieler Dienstleistungsgewerbe nicht in demselben Verhältnis wie die Industrieproduktion zugenommen haben. Anfang 1950 war kaum der Vorkriegsstand erreicht. Tatsächlich ist die gesamte Produktion Westeuropas nur um 5—7 v. H. gestiegen, während die Bevölkerung um 10 v. H. gewachsen ist. Schätzungsweise hätte sich die Produktion in Europa ohne den Krieg im allgemeinen um etwa 20 v. H. über den Vorkriegsstand erhöht, und dies gibt einen Eindruck davon, welchen Rückschlag Europa durch den Krieg und die Schwierigkeiten der Nachkriegszeit erlitten hat.

Erhöhter Bedarf an Material, Kapital und Arbeitskräften zur Behebung der Kriegsschäden

Die Beseitigung der Kriegsschäden bedarf nach Ansicht des Berichtes noch bedeutender Anstrengungen, und in diesem Zusammenhang sind nicht nur die materiellen Zerstörungen zu berücksichtigen, sondern auch der Verlust von Auslandsanlagen und die neu eingegangenen Schulden Westeuropas; die Folge ist, daß die jährlichen Nettoeinnahmen Europas aus ausländischen Anlagen zu den gegenwärtigen Preisen berechnet um fast 2 Milliarden Dollar geringer als vor dem Kriege sind.

Die bei der Pariser Reparationskonferenz von 1945 angemeldeten Reparationsforderungen nach Ländern

Land	Direkter Schaden auf nationalem Gebiet	Volkseinkommen 1948 (Schätzungen)
	Millionen U.S.A.-Dollar zur Kaufkraft von 1938	
Ägypten	41	
Albanien	296	
Australien	5	2 800
Belgien	2 273	2 650
Dänemark	159	1 570
Frankreich	21 093	10 000
Griechenland	2 545	720
Großbritannien	6 383	19 000
Indien	61	8 000
Jugoslawien	9 145	1 800
Kanada	62	6 000
Luxemburg	179	100
Neuseeland	8	700
Niederlande	3 922	2 500
Norwegen	1 260	950
Südafrikanische Union	4	1 470
Tschechoslowakei	4 202	2 000
Vereinigte Staaten	468	108 000

Anmerkung: Obwohl die Schätzungen der Schäden amtlich „zur Kenntnis genommen“ wurden, ist nicht unbedingt gesagt, daß in allen Ländern genau die gleiche Methode bei der Schätzung angewandt wurde.

Steigerung der Verteidigungsausgaben

Der Bericht betont, daß die gegenwärtigen internationalen Spannungen, die in einem so scharfen

Laufende Verteidigungsausgaben und Volkseinkommen

Schätzungen für 1949 oder 1949/50

Land	Währungs- ein- heit	Volks- ein- kommen	Vertei- digungs- ausgaben im Staats- haushalt	Hun- dert- satz
in Millionen				
Großbritannien . . .	£	10 000	740	7,4
Frankreich	fFr	7 000 000	350 000	5,0
Italien	Lire	6 500 000	250 000	3,8
Deutschland (westliche Zonen) . .	DM	67 000	4500 ¹	6,7
Österreich	Sch	29 000	529 ¹	1,8
Belgien	bFr	250 000	6280	2,5
Dänemark	dKr	16 500	316	1,9
Irland	£	350	4	1,1
Luxemburg	luxFr	8800	130	1,5
Niederlande	hfl	14 000	850	6,1
Norwegen	nKr	10 500	266	2,5
Portugal	Esk	²	1400	.
Schweden	sKr	24 000	855	3,6
Schweiz	sFr	18 000	485	2,7
Türkei	türkPf	7900	460	5,8
Vereinigte Staaten . .	\$	222 000	13 000	5,9
Kanada	kan.\$	13 000	385	3,0

¹) Besatzungskosten. Ein Teil der Besatzungskosten dient dem Unterhalt der Zivilverwaltung, die in der Tabelle genannte Ziffer für Deutschland kann daher in diesem Zusammenhang um ein Viertel gekürzt werden.
²) Schätzungen liegen nicht vor.

Gegensatz zum Geiste der Washingtoner Abrüstungskonferenz von 1922 stehen, zu einer wesentlichen Steigerung der laufenden Rüstungsausgaben geführt haben. Unter Einschuß Nord- und Südamerikas sowie der britischen Staatengemeinschaft dürften sich die direkten Rüstungsausgaben der westlichen Erdhälfte jährlich auf etwa 20 Milliarden Dollar belaufen. Im Haushaltsplan der Sowjetunion werden die gesamten Rüstungsaufwendungen für das Jahr 1949 mit 79 Milliarden Rubel ausgewiesen, was zum amtlichen Wechselkurs 15 Milliarden Dollar entsprechen würde, doch dürften diese Zahlen wohl nicht unmittelbar mit denen für westeuropäische Länder vergleichbar sein.

Laufende Verteidigungsausgaben und Volkseinkommen

Schätzungen für 1949 oder 1950

Land	Nationale Währungs- einheit	Volks- ein- kom- men	Verteidi- gungs- ausgaben im Staats- haushalt	Hun- dert- satz
in Milliarden				
Albanien	Lek	12	1,2	10
Bulgarien	Lew	425	14,2	3 1/2
Jugoslawien	Dinar	245	28,4	11 1/2
Polen	Zloty	2250	129,7	5 3/4
Rumänien	Leu	725	52,3	7 1/4
Tschechoslowakei . .	Krone	225	9,6	4 1/2
Ungarn	Forint	26	1,2	4 1/2

Die Veränderung der normalen Handelsstruktur

Der Ost-West-Handel Europas

Die normalen Ströme des Welthandels werden noch immer durch gewisse aus dem Kriege und den internationalen Spannungen herrührende besondere Umstände gestört. Hierdurch ist die Handelsstruktur stark verändert worden.

Der Handel zwischen Ost- und Westeuropa

Zeit	Westeuropa					Saldo mit Ost- europa
	Einfuhr		Ausfuhr			
	aus Ost- europa	im ganzen *	nach Ost- europa	im ganzen *		
	Millionen jeweils geltende Dollar					
1938 . .	1506	5924	1127	3391	—379	
1948 . .	1346	15 424	939	8239	—407	
1949 . .	1331	14 707	1127	8985	—204	

* Nach Zahlen der O. E. E. C.

Ein höchst augenfälliger Rückgang ist im Ost-West-Handel Europas eingetreten. Wenn man die Spaltung innerhalb Deutschlands berücksichtigt, wird man wahrscheinlich feststellen, daß der tatsächliche Umfang des Handels über die Trennungslinie zwischen Ost und West in Europa kaum die Hälfte des Volumens im Jahr 1938 beträgt; der innerdeutsche Handel wurde jedoch verhältnis-

mäßig schwerer betroffen als der übrige Ost-West-Handel, der ohne den deutschen Interzonenhandel im Jahre 1949 nicht weit hinter zwei Dritteln des Vorkriegsvolumens zurückgeblieben sein dürfte.

Die Warenpreise in Dollars waren 1948 mehr als doppelt so hoch wie vor dem Kriege, und 1949 lagen sie etwa 90 v. H. über dem Vorkriegsstand. Wenn die entsprechenden Berichtigungen für diese Preisänderungen vorgenommen werden, so zeigt sich, daß etwa 40 v. H. des Handels zwischen Ost- und Westeuropa verlorengegangen sind.

Das Defizit Westeuropas in der Handelsbilanz gegenüber Osteuropa, das in der nebenstehenden Tabelle erscheint, hat natürlich seinen Gegenposten in einem entsprechenden Überschuß Osteuropas; dieser Überschuß wurde früher zur Bezahlung unsichtbarer Einfuhren (Reiseverkehr, Schuldendienst usw.) und zum Ankauf außereuropäischer Währungen, hauptsächlich von Dollars, verwendet. Nach dem Kriege wurden ferner von den osteuropäischen Ländern gewisse Vorauszahlungen auf Bestellungen von Kapitalgütern (Maschinen usw.) geleistet; 1948 stand den Ländern Osteuropas anscheinend ein „freier“ Überschuß zur Verfügung, während 1949 der Warenverkehr der beiden Gebiete besser aus-

geglichen gewesen zu sein scheint. Früher bezog der westliche Teil Europas vom östlichen Teil landwirtschaftliche Erzeugnisse (größtenteils Nahrungsmittel) und gewisse Rohstoffe (Kohle aus Polen, Bauxit aus Jugoslawien, Holz und Petroleum hauptsächlich aus Rumänien); der Ausfall eines wesentlichen Teiles dieses Handels macht es für Westeuropa notwendig, sich mehr an weit entfernte Märkte zu wenden. Kommerziell betrachtet ist der Verlust im Ost-West-Handel ohne Zweifel bedauerlich, doch sollte der Umfang der davon betroffenen Geschäfte nicht überschätzt werden.

Während die Ausfuhr nach und die Einfuhr aus Osteuropa früher ungefähr 10 v. H. der gesamten westeuropäischen Aus- und Einfuhr ausmachten, ist das Verhältnis in den Nachkriegsjahren auf etwa 5 v. H. zurückgegangen. Obwohl dabei kaum Waren betroffen sind, die Westeuropa nicht aus anderen Quellen erhalten kann, gerät als Folge dieser Veränderung Westeuropa ohne Zweifel in stärkere wirtschaftliche Abhängigkeit von bedeutenden, in beiden Richtungen fließenden Handelsströmen, zwischen Westeuropa und jenen außereuropäischen Ländern, die zu der vielfach so genannten westlichen Welt mit allen ihren angeschlossenen und von ihr abhängigen Gebieten gehören.

Die Neuausrichtung des westdeutschen Handels.

So wie die Dinge liegen, ist die Notwendigkeit einer Neuausrichtung des Handels zwischen Westeuropa und der übrigen Welt besonders dringlich im Falle Westdeutschlands, das durch die innere Trennung der früheren deutschen Wirtschaft und dadurch, daß es vorher mehr als andere Länder Westeuropas Märkte in Osteuropa hatte, stark in Mitleidenschaft gezogen worden ist. Es ist nicht leicht, ein genaues statistisches Bild davon zu geben, was die erwähnte Spaltung bedeutet, z. T. deshalb, weil auf beiden Seiten der neuen Demarkationslinie in den früheren Statistiken für viele Posten keine genauen Angaben zur Verfügung stehen.

Der Anteil Westdeutschlands war in den einzelnen Gewerben verschieden, und was die Bedeutung des östlichen Gebietes angeht, so ist daran zu erinnern, daß in gewissen Zweigen, wie zum Beispiel in der Elektroindustrie, auf Berlin allein 50 v. H. der Gesamtproduktion Deutschlands entfielen. Im Durchschnitt dürfte Westdeutschland insbesondere mit den Erzeugnissen des Ruhrgebietes und des Rheinlandes nicht viel weniger als zwei Drittel der deutschen Produktionskapazität vor 1939 umfaßt haben.

Es dürfte übrigens von Interesse sein, daß der Güter- und Leistungsaustausch zwischen den Westzonen und der Ostzone in Deutschland in den Monaten nach der Währungsreform vom Juni 1948 beinahe zum Stillstand kam, da sich beide Seiten gegeneinander abschlossen und die Verschiedenheit der Währungssysteme für die Wiederaufnahme einigermaßen normaler Handelsbeziehungen sehr hinderlich war. Erst nachdem im Mai 1949 die Blockade aufgehoben und im Oktober 1949 ein Handelsabkommen geschlossen worden war (mit der Möglichkeit, die Konten in beiden Richtungen

um 15 bis 20 Millionen Deutsche Mark zu überziehen), kam ein offiziell genehmigter Waren- und Leistungsaustausch zwischen den beiden Teilen Deutschlands wieder in Gang. Der tatsächliche Umsatz erreicht jedoch nur einen Bruchteil des früheren Verkehrs. In der Zeit von Mai bis Dezember 1949 belief sich die gesamte „offizielle Einfuhr“ der Westzonen aus dem östlichen Teil auf nur 205 Millionen Deutsche Mark, während die „offizielle Ausfuhr“ 222 Millionen Deutsche Mark erreichte. Infolge der bilateralen Basis — und des verhältnismäßig unbedeutenden „Swings“ — war die Erweiterung des Handels praktisch auf die Exportkapazität der Ostzone begrenzt; denn sobald der „Swing“ erschöpft war, mußte die Ausfuhr aus dem Westen eingeschränkt werden. Erst im Frühjahr 1950 begannen die Lieferungen aus dem Osten den Betrag der westlichen Ausfuhr zu überschreiten, so daß der Passivsaldo der Ostzone allmählich aufgezehrt wurde, und so öffnete sich der Weg zu einer erneuten Ausdehnung des bilateralen Handels. Man muß jedoch bedenken, daß die oben angegebenen Zahlen sich auf die amtlichen Handelsausweise stützen und daß in beiden Richtungen ein recht erheblicher „inoffizieller“ Handel besteht, wozu u. a. der Umstand beiträgt, daß die Preise in Ostdeutschland bei den geltenden Kursen der Ostmark an den nichtamtlichen Märkten für die Käufer von außerhalb verhältnismäßig niedrig sind.

1948, im Jahr der Währungsreform, erreichte die Ausfuhr der amerikanischen und britischen Zone nach dem Ausland noch immer nur knapp ein Viertel ihres Umfangs von 1936, während das Einfuhrvolumen dank der Hilfe aus dem Ausland bessere Fortschritte auf dem Wege zur Erholung zu verzeichnen hatte und zwei Drittel des Standes von 1936 überschritt.

Die kräftige Erholung, die der westdeutsche Außenhandel und besonders das Einfuhrvolumen im Laufe des Jahres 1949 aufzuweisen hatte, hing mit den Liberalisierungsmaßnahmen zusammen, die gemäß den Beschlüssen des Rates der Pariser Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit in Europa getroffen wurden. Von besonderer Bedeutung waren die mit der Schweiz, den Niederlanden und Frankreich abgeschlossenen Handelsabkommen, die eine weitgehende Liberalisierung des Handels vorsahen. Es läßt sich nicht leugnen, daß die plötzliche Zunahme der Einfuhr, die von erheblichen Handelsdefiziten begleitet war, in Westdeutschland selbst zu einer gewissen Beunruhigung Anlaß gab, und vom währungspolitischen Gesichtspunkt mag das Tempo der Ausdehnung wohl auch etwas rasch gewesen sein; aber es kann kein Zweifel darüber bestehen, daß für eine Anzahl europäischer Länder die plötzliche Erhöhung ihrer Ausfuhr nach Deutschland zu einem sehr günstigen Augenblick eintrat, denn sonst wären wohl einige von ihnen im Herbst 1949 und in den ersten Monaten des Jahres 1950 recht nachteilig von den Auswirkungen der Abwertungswelle betroffen worden. Ganz abgesehen von diesem zeitweiligen Vorteil gilt jedoch die wichtigere Überlegung, daß das Wiederauftreten Deutschlands

als aktiver Partner im Außenhandel zu den Vorteilen hinzukommt, die mit den allgemeinen Bemühungen um eine Steigerung der Produktion erzielt werden können. Solange eine Reihe von Ländern einen Teil ihrer laufenden Produktion nicht gegen die Stoffe und Artikel eintauschen konnten, die sie früher aus Deutschland erhielten, hatten sie einen „versteckten Verlust“ insofern, als das Ergebnis ihrer Produktion, selbst wenn es das Vorkriegsvolumen erreicht hatte, für sie nicht mehr den gleichen Nutzen wie früher hatte.

Das Handelsvolumen der amerikanisch-britischen Zone Deutschlands

Zeit	Ausfuhr Indexziffern 1936 = 100	Einfuhr
1936	100	100
1948	22	67
1949, 1. Vierteljahr . . .	34	77
2. „	39	102
3. „	43	100
4. „	53	130
1950, 1. Vierteljahr* . . .	69	115

* Die Indexzahl für das erste Vierteljahr 1950 bezieht sich auf den Außenhandel der Bundesrepublik (der drei westlichen Zonen).

Anmerkung: Es wird angenommen, daß im Jahre 1936 ungefähr 60 v. H. des deutschen Außenhandels auf das Gebiet der heutigen amerikanischen und britischen Zone entfallen. Die Handelsstatistik für 1948 ist noch nicht ganz zuverlässig, aber für 1949 gibt sie wahrscheinlich ein ziemlich zutreffendes Bild der tatsächlichen Ausweitung des Handels.

Das Jahr 1936 wird für Deutschland allgemein als das beste Vergleichsjahr für die Vor- und Nachkriegsentwicklung angesehen, denn damals hatte sich die deutsche Wirtschaft von der schweren Krise zu Anfang der ersten dreißiger Jahre erholt und war andererseits noch nicht sehr von der Politik „Kanonen statt Butter“ aufgebläht und entstellt. Eines besonderen Vorbehalts bedarf es jedoch wegen des Außenhandels, der in jenem Jahr einen sehr niedrigen Stand aufwies: 1936 betrug die deutsche Ausfuhr weniger als 50 v. H., die Einfuhr weniger als 40 v. H. des Volumens von 1913, und der Außenhandelsumsatz von 1936 belief sich — in damaligen Reichsmark — auf nicht viel mehr als ein Drittel des Umsatzes im Hochkonjunkturjahr 1928. Hinzugefügt sei jedoch, daß 1936 ein Aktivsaldo von etwa 550 Millionen RM oder 13 v. H. des Wertes der deutschen Einfuhr bestand.

Ein besonderer Umstand, der für das Jahr 1936 als Vergleichsgrundlage spricht, ist der, daß in diesem Jahr in Deutschland eine Industriezählung stattgefunden hat. Dadurch verringert sich die Schwierigkeit, die Angaben für jenes Jahr mit den Nachkriegsangaben für die einzelnen Zonen in Beziehung zu setzen.

Bis Mitte 1948 war der Rückgang des Handels der westeuropäischen Länder untereinander im Vergleich zu den Vorkriegsverhältnissen hauptsächlich eine Folge der verminderten Bedeutung Deutschlands als Absatzmarkt und Bezugsquelle gewesen. Im Herbst 1949 war dagegen Westdeutschland wieder ein Einfuhrgebiet von Vorkriegsrang; wie Großbritannien, Belgien und die Schweiz mußte auch Westdeutschland ungefähr 40 v. H. seines Nahrungsmittelbedarfs einführen, und es wäre ganz normal, wenn ein erheblicher Teil dieses Bedarfs wieder aus den osteuropäischen Ländern bezogen würde, die wahrscheinlich viele deutsche Erzeugnisse benötigen und daher einen Absatzmarkt für die deutsche Ausfuhr bilden könnten. Man kann sagen, daß Deutschland sich Ende 1949 mit seinem Exportvolumen wie in manchen anderen Beziehungen um ein bis zwei Jahre im Rückstand

hinter den meisten übrigen Ländern Westeuropas befand, deren Gesamtausfuhr Anfang 1950 den vollen Vorkriegsumfang erreicht hatte.

Der dreiseitige Handel über Süd-Ostasien.

Eine weitere Störung der Handelsströme ergab sich aus den Erschütterungen des Krieges in Süd-Ostasien. Im ersten Weltkrieg war dieses Gebiet praktisch unversehrt geblieben, und seine Erzeugung hatte unter dem Einfluß der starken Nachfrage während des Krieges sogar eine steigende Tendenz aufgewiesen. Von 1941 bis 1945 war es aber ein wirklicher Kriegsschauplatz; jahrelang blieb ein großer Teil davon unter japanischer Besetzung, und namentlich zur Zeit der Befreiung scheint es schwere Schäden erlitten zu haben.

Die Bedeutung Südostasiens für den Welthandel beruht darauf, daß es früher einen wesentlichen Beitrag zu einem dreiseitigen Handelsgefüge leistete und dazu auch jetzt wieder in der Lage ist. Die südöstlichen Länder Asiens, die größtenteils Rohstoffherzeuger sind, haben einen Ausfuhrüberschuß gegenüber den Vereinigten Staaten und verwenden ihn zur Bezahlung eines Einfuhrüberschusses an Textilien und anderen Fertigwaren insbesondere aus den Industrieländern Europas und zu Überweisungen für Schuldendienste und Dividendenzahlungen nach fast denselben Ländern, die früher bedeutende Investitionen in Südostasien vorgenommen haben.

Dieser dreiseitige Handel gab den europäischen Ländern die Möglichkeit, Dollars zu verdienen, und entthob sie dadurch der Notwendigkeit, ihre eigenen Handelsrechnungen mit dem Dollargebiet direkt auszugleichen. Ferner ist es sehr wichtig, daß mehr als 60 v. H. der Einfuhr der Vereinigten Staaten aus Rohstoffen und Nahrungsmitteln bestanden und daß diese Güter zum größten Teil zollfrei hereingelassen werden, während für die Einfuhr von Fertigwaren Wertzölle erhoben werden, die manchmal 30 bis 50 v. H. oder noch mehr betragen; mit Hilfe des indirekten Handels war es möglich, die amerikanischen Zollschränken zu umgehen, während sie beim direkten Handel sozusagen überstiegen werden müssen.

Der früher so nützliche dreiseitige Handel über Südostasien hat in den letzten Jahren unter zwei Erschwerungen gelitten:

1. An erster Stelle stand, wie bereits erwähnt, der materielle Schaden infolge des Krieges. In den Malaienstaaten zum Beispiel wies die Erzeugung von Kautschuk, Zinn und Tee bis zum Sommer 1945 nur einen sehr geringen Prozentsatz des normalen Umfangs auf, und in Indonesien war ein ähnlich starker Rückgang zu verzeichnen. Statt zu den Dollareinnahmen Westeuropas beizutragen, benötigten diese Länder neues Kapital, um ihre Produktion in Gang zu bringen, und manche Anlagen führten zu einer Erhöhung der Dollarausgaben.

Glücklicherweise vermochten sich einige Gebiete erheblich schneller zu erholen, als man erwartet hatte, und zwar besonders auf der

Malaisischen Halbinsel. In Birma dagegen dauerten die Schwierigkeiten an, ebenso auch in Indonesien, wo die Produktion für den Export noch im Herbst 1949 bei nur 35 v. H. des Vorkriegsvolumens lag.

2. Zu dem materiellen Schaden kam an zweiter Stelle ein Umstand, der eine Änderung der Beträge bewirkte, die für den indirekten Zahlungsausgleich (zum Unterschied vom Warenhandel als solchem) zur Verfügung standen, und dieser Umstand war die plötzliche Änderung im Gläubiger-Schuldner-Verhältnis infolge der britischen Kriegsschuldung und der neuen Beziehungen beispielsweise zwischen den Niederlanden und Indonesien. Wie schon auf Seite 28—29 erwähnt wurde, bedeutete der Besitz hoher Forderungen gegen europäische Länder, z. B. in Form von Sterlingguthaben, daß die betreffenden außereuropäischen Länder eine Zeitlang Waren und Dienste aus Europa ohne gleichwertige Gegenleistung beziehen konnten.

Eine Wiederbelebung der Produktion in den Ländern Südostasiens zeigt sich indessen bereits in einer allmählichen Rückkehr zum dreiseitigen Handel, und in einigen Fällen ist ein Teil der Guthaben, die diese Länder bei Kriegsende besaßen, ziemlich schnell aufgebraucht worden; Indien und Pakistan z. B. haben nur noch etwa 800 Millionen Pfund, im Vergleich zu 1300 Millionen Pfund Ende 1945². Die in Betracht kommenden überseeischen Länder werden zur Bezahlung ihrer Einfuhr aus Europa in steigendem Umfang Barmittel suchen müssen, d. h. sie werden einen Teil ihrer Dollareinnahmen zu diesem Zweck verwenden müssen. Das werden sie aber nur tun, wenn die Europäer im Wettbewerb mit anderen Lieferländern die günstigsten Bedingungen gewähren können. Infolge der Abwertungen im Herbst 1949 sind die europäischen Preise im allgemeinen konkurrenzfähig, und es ist unbedingt erforderlich, daß sie es auch bleiben, denn dann — und nur dann — werden die in Betracht kommenden Länder ein Interesse haben, weiter in Europa einzukaufen, während sie einen ansehnlichen Teil ihrer Erzeugnisse an die Vereinigten Staaten verkaufen.

Die Aussichten, daß Europa seine wirtschaftliche Stellung mit einem befriedigenden Lebensstandard für seine wachsende Bevölkerung selbst wieder befestigen kann, hängen wesentlich davon ab, inwieweit die verschiedenen europäischen Länder ihren Handel mit den überseeischen Erzeugern aller von Europa benötigten Güter zu entwickeln vermögen.

Das Problem der Liberalisierung und der Konvertierbarkeit der Währungen

Aus einer Reihe von Gründen müssen die europäischen Länder sich ernsthaft um ihre „Integration“ bemühen (um den neuesten Ausdruck für ein seit langem empfundenes Bedürfnis zu gebrauchen);

²) Dieser Abbau der Pfundguthaben beruhte nicht ausschließlich auf Exportüberschüssen Großbritanniens, sondern teilweise auch auf Zahlungen für

um enger zusammenarbeiten zu können, müssen sie das ganze Gestrüpp von Verboten und mengenmäßigen Beschränkungen beseitigen, das während des Krieges herangewachsen ist (und in gewissem Umfang schon in den dreißiger Jahren aufkam); auch müssen sie gestatten, daß Zahlungen für alle laufenden Geschäfte und den normalen Kapitalverkehr frei ausgeführt werden können. Ferner müssen sie in ihrer Zollpolitik mehr darauf achten, daß eine unwirtschaftliche Produktion vermieden wird, und zu diesem Zweck müssen sie den ausländischen Wettbewerb an ihren Märkten stärker zur Geltung kommen lassen.

Die Liberalisierung des Handels innerhalb Europas ist in der Tat erforderlich und sollte mit Mut und Beharrlichkeit vorangetrieben werden. Aber ein Fortschreiten auf diesem Gebiet darf nicht dazu führen, daß Europa sich selbst überlassen bleibt, denn jede Tendenz, ein geschlossenes Gebiet zu schaffen, wäre schlimmer als ein Fehler, und jede Zielsetzung, die nicht auf die Rückkehr zu einer allgemeinen Konvertierbarkeit in Gold und Dollars gerichtet ist, welche selbstverständlich automatisch die vollständige und sofortige Transferierbarkeit der europäischen Währungen untereinander mit sich brächte, würde die Hinnahme eines unzweifelhaften Rückschritts im Vergleich zu der Lage zwischen den beiden Kriegen — ganz zu schweigen von der Zeit vor 1914 — bedeuten. Glücklicherweise besteht allgemeines Einverständnis über das Ziel der Konvertierbarkeit; und wenn in einigen Fällen weniger weitreichende Lösungen in Betracht gezogen wurden — z. B. eine Überweisungsmöglichkeit nur innerhalb Europas —, so wurden sie als behelfsmäßige Lösungen gewertet, die nur als vorübergehende Maßnahmen annehmbar waren, solange das ideale Ziel in der unmittelbaren Zukunft nicht als erreichbar erschien.

Die Probleme der Liberalisierung des Handels und der Wiedereinführung der Konvertierbarkeit der Währungen bilden einen wichtigen Teil — allerdings nur einen Teil — des allgemeinen Problems, die durch den Krieg hervorgerufenen Ordnungsstörungen zu überwinden, deren zersetzende Wirkung — mehr als der materielle Schaden oder der Verlust von unsichtbaren Einkommen — als die verderblichste Folge des Krieges angesehen werden muß. Das befriedigende Funktionieren des modernen Wirtschaftssystems beruhte auf einem verwickelten und sich weitgehend (aber keineswegs vollkommen) selbst regulierenden Mechanismus der Preisbewegungen, des Angebots und der Nachfrage an den Geld- und Kapitalmärkten usw.; sobald aber dieser Mechanismus an einem wesentlichen Teil Schaden genommen hat, ist es nicht leicht, ihn wieder in Ordnung zu bringen. Die Kriegswirtschaft ist eine verschwenderische Wirtschaft — und wenn wirtschaftliches Gedeihen und Wohlergehen wiederhergestellt werden sollen, müs-

überschüssige Kriegsbestände und für die Erfüllung von Pensionsverpflichtungen der Regierung.

sen weniger rohe Verfahren angewendet werden als die, zu denen in der Not des Krieges plötzlich gegriffen wird. Die „Bewirtschaftung“ muß fast mit Notwendigkeit einen früheren Zustand als Ausgangspunkt nehmen (z. B. die Produktion oder die Einfuhr eines gewissen Postens im Vorkriegsjahr 1948) und wird daher leicht zum Feind der Beweglichkeit und des Fortschritts. Deshalb und

aus anderen Gründen können die Länder die Zwangswirtschaft der Kriegszeit nicht weiter anwenden, sondern sie müssen für den Frieden eine Ordnung schaffen, die ihrer Wirtschaft die Möglichkeit gibt, sich unter Bedingungen zu entwickeln, die ein ausreichendes Gleichgewicht im Innern und dem Ausland gegenüber bedeuten.

Die Rückkehr zu einem ausgeglichenen Wirtschaftssystem

Gleichgewicht zwischen Staatseinnahmen und -ausgaben

Das umfangreichste Kapitel des Berichtes behandelt die Rückkehr zu einem ausgeglichenen Wirtschaftssystem; es wird hervorgehoben, daß, wenn das Wirtschaftssystem reibungslos funktionieren soll, ein angemessenes Gleichgewicht zwischen den Einkünften und Aufwendungen des Staates, zwischen der Spartätigkeit und den Investitionen, zwischen den Kosten und Preisen und schließlich in der Zahlungsbilanz hergestellt werden muß. Diese Bedingungen sind nicht nur der Marktwirtschaft eigentümlich, sondern sie gelten ebenso für die Planwirtschaft, denn zwischen den verschiedenen Zweigen des Wirtschaftslebens muß immer ein harmonisches Verhältnis bestehen.

Obwohl in den öffentlichen Finanzen allgemein eine Besserung stattgefunden hat, lassen sich doch mehrere Gruppen von Ländern unterscheiden, wenn man die Hauptzüge ihrer Wirtschafts- und Finanzpolitik betrachtet. Ähnlichkeit besteht zwischen der in Belgien, Frankreich und Italien eingeschlagenen Politik, wo man sich von der direkten Zwangswirtschaft abgewandt hat; aber in den Methoden der Staatsfinanzierung ist Belgien den beiden anderen Ländern voraus, die bei der Herstellung eines vollständigen Ausgleichs ihres Staatshaushaltes auf Schwierigkeiten stießen. Immerhin gelang es ihnen, durch Erhöhung der Zinssätze und durch quantitative Kreditbeschränkungen ein ausreichendes inneres Gleichgewicht herzustellen, um die Inflation aufzuhalten und sogar den Kurs ihrer Währungen im freien Handel bis an die amtlich festgesetzten Kurse heranzubringen.

In zahlreichen anderen Ländern, namentlich in Großbritannien und den skandinavischen Staaten, wurden frühzeitig entschlossene Anstrengungen unternommen, nicht nur den laufenden Haushalt auszugleichen, sondern auch einen Gesamtüberschuß für die Finanzierung von Kapitalaufwendungen zu erzielen. Hiermit war noch eine Fortsetzung der direkten Bewirtschaftung verbunden, die jedoch im Jahre 1950 schrittweise aufgehoben wird. In allen diesen Ländern kommt eine „Politik zur Stabilisierung des Einkommens“ zur Anwendung, die hauptsächlich durch Abkommen mit den Gewerkschaften und den Arbeitgeberorganisationen durchgeführt wird, während man sich weniger auf die Währungs- und Kreditpolitik stützt. Norwegen ist jedoch das einzige Land, wo

weder bei den kurzfristigen noch bei den langfristigen Zinssätzen eine Erhöhung stattgefunden hat, wogegen man am Londoner Markt die langfristigen Sätze ohne künstliche Stützung frei schwanken ließ.

Steuerbelastung — Gleichgewicht zwischen Sparskapitalbildung und Investitionen

Die Steuern sind allgemein hoch geblieben und nehmen in Großbritannien und Norwegen mehr als 40 v. H. und in Belgien, Deutschland, Frankreich, den Niederlanden und Schweden 33 bis 37 v. H. des Volkseinkommens in Anspruch. In Italien und Dänemark liegen diese Zahlen niedriger, aber hier ist zu bedenken, daß es bekanntermaßen schwierig ist, von der Landbevölkerung Steuern zu erheben. Die Hilfe aus dem Ausland gab den Ländern die Möglichkeit, in höherem Grade Investitionen vorzunehmen, als es sonst möglich gewesen wäre. Aber nun, wo die Marshall-Hilfe abnimmt, muß entweder die Spartätigkeit im Inland gesteigert werden (wie es anscheinend in einigen Ländern, beispielsweise in den Niederlanden, der Fall ist), oder die Investitionsaufwendungen müssen herabgesetzt werden. (Diese Politik wurde ebenfalls in einigen Ländern schon eingeschlagen, zum Beispiel in Norwegen, wo die Nettoinvestitionen in den letzten Jahren den hohen Stand von 25 v. H. des Volkseinkommens aufwiesen, und in Schweden, wo im Jahre 1948 die Bautätigkeit um ein Fünftel eingeschränkt wurde.)

Wenn die Ersparnisse knapp sind, besteht natürlich die Versuchung, sie durch eine Kreditausweitung zu ergänzen, und in diesem Zusammenhang weist der Bericht im Hinblick auf die Beschäftigungstheorie des verstorbenen Lord Keynes darauf hin, daß der gegenwärtige Zustand der Arbeitslosigkeit in Italien und Deutschland von der Situation, an die Keynes dachte, grundverschieden ist. Kein Land in Europa — vielleicht mit Ausnahme der Schweiz — hat heute Schwierigkeiten, seine Spargelder innerhalb der eigenen Grenzen zu den geltenden Zinssätzen zu investieren. Die Schwierigkeiten, die infolge der raschen Bevölkerungszunahme in Italien und angesichts der Millionen von Flüchtlingen in Westdeutschland entstehen, müssen durch ein steigendes Investitionsvolumen im Inland (was reale Hilfsmittel entweder aus echten inländischen Ersparnissen oder aus dem Ausland erfordert) und durch Erleichterung der Auswanderung bekämpft werden; denn eine Kreditausweitung, hinter der keine realen Erspar-

nisse stehen, birgt die Gefahr in sich, die Stabilität der Währung zu Falle zu bringen, was zu einem Nachlassen der Spartätigkeit und schließlich zu einem Rückgang der Investitionen führen kann mit dem Ergebnis, daß für die Arbeitslosen dann weniger und nicht mehr Arbeitsplätze vorhanden sind.

Bei der Feststellung ihrer Politik müssen diese und andere Länder stets die Auswirkungen auf die Zahlungsbilanz berücksichtigen. In diesem Zusammenhang wird auf den letzten Jahresbericht der Niederländischen Bank Bezug genommen; darin wird hervorgehoben, daß nicht allein die Ausgaben in der laufenden Rechnung aus den laufenden Einnahmen und mit der Hilfe aus dem Ausland bestritten werden müssen, sondern daß auch gewisse Kapitallasten, wie etwa die Beträge, die zur Rückzahlung ausländischer Kredite oder zu Kapitalüberweisungen nach dem Ausland erforderlich sind, mit jederzeit verfügbaren Mitteln gedeckt werden müssen, wenn das Gleichgewicht bestehen bleiben soll. Dies führt für eine Anzahl europäischer Länder zu dem Begriff eines „Bruttodefizits in der Zahlungsbilanz“. Nur die Vereinigten Staaten und die Schweiz haben einen Überschuss an inländischen Spargeldern, der für wesentliche Investitionen im Ausland zur Verfügung steht, und für sie ist es ebenso wie für die Länder, die einer Unterstützung aus ausländischen Quellen bedürfen, von größter Wichtigkeit, daß das internationale Investitionsgeschäft durch Maßnahmen in den kreditgebenden wie den kreditnehmenden Ländern, insbesondere durch die Rückkehr zur Konvertierbarkeit der Währungen, wiederhergestellt wird.

Die B.I.Z. als Agent für den Innereuropäischen Zahlungs- und Verrechnungsplan

Ein besonderes Kapitel enthält eine Darstellung der Tätigkeit der B.I.Z. als Agent für den Innereuropäischen Zahlungs- und Verrechnungsplan. Von Dezember 1947 bis heute hat die Bank ohne Unterbrechung monatliche Meldungen der an dem Plan teilnehmenden Länder erhalten und an Hand dieser Unterlagen die Ziehungsrechte gemäß den Grundsätzen berechnet, die in den Abkommen über den Innereuropäischen Zahlungs- und Verrechnungsverkehr niedergelegt sind. Der endgültige Gesamtbetrag der für die Zeit von Oktober 1945 bis Juni 1949 festgesetzten Ziehungsrechte belief sich auf 805,5 Millionen Dollar, aber in den neun Monaten wurden nur Ziehungsrechte im Gegenwert von 677 Millionen Dollar in Anspruch genommen; von den nicht ausgenutzten Ziehungsrechten im Gegenwert von 128,5 Millionen Dollar wurden 2,5 Millionen Dollar zu besonderen Zwecken verwendet, 78,4 Millionen Dollar wurden zur Verwendung gemäß dem Abkommen für 1949/50 vorgezogen, und 45,7 Millionen Dollar sind erloschen. Das neue Abkommen für 1949/50 schließt sich eng an das frühere Abkommen an, jedoch mit zwei wichtigen Ausnahmen, und zwar wurden 25 v. H. der Ziehungsrechte zu multilateralen Ziehungs-

rechten erklärt, und bezüglich des veranschlagten europäischen Überschusses Belgiens wurden besondere Regelungen getroffen. Die Ausführung des Abkommens für 1949/50 wurde fast unmittelbar nach seiner Unterzeichnung durch zwei neue Umstände von großer Wichtigkeit beeinflußt: die Liberalisierung des innereuropäischen Handels auf Veranlassung der O.E.E.C. und die Währungsabwertungen im September 1949. Es ist im allgemeinen nicht möglich, die Wirkungen dieser beiden wichtigen Einflüsse auseinanderzuhalten, aber in einigen Fällen erscheint der ursächliche Zusammenhang ziemlich einleuchtend: so im Falle der hohen Defizite vor der Sterlingabwertung und der darauf folgenden Erholung in Großbritannien und ferner im Falle der hohen Einfuhr Westdeutschlands, die zur gleichen Zeit einsetzte, als die Maßnahmen zur Liberalisierung des Handels in Kraft traten. Im allgemeinen machten sich in den meisten Ländern die Folgen der Liberalisierung der Einfuhr nur allmählich bemerkbar (da ein Teil der Einschränkungen noch beibehalten wurde), während die Abwertungen anscheinend schon in den folgenden Monaten eine weniger unausgeglichene Position in den laufenden Zahlungen herbeiführten.

Es wird allgemein zugestanden, daß die gegenwärtigen Zahlungspläne gewisse Nachteile haben, nämlich daß sie zu bilateral sind, daß sie auf Zukunftsschätzungen aufgebaut sind, daß sie keine Möglichkeit zu einer Stärkung der Währungsreserven geben und keinen Anreiz bieten, der ein Land davon abhalten würde, gegenüber anderen Ländern Defizite einzugehen, die ihm die Ausnutzung seiner Ziehungsrechte ermöglichen. In dem augenblicklich zur Erörterung stehenden Zahlungsplan soll diesen Mängeln durch eine Verbindung von Krediten und Goldzahlungen abgeholfen werden, und es wird erwähnt, über welche Punkte in dieser Beziehung bis zum Beginn dieses Monats (Juni 1950) in Paris Einverständnis erzielt worden ist.

Die Währungsabwertungen des Jahres 1949

Starke Beachtung finden in dem Bericht die Abwertungen, die im Jahre 1949 stattgefunden haben. Seit einem Jahrhundert hat es nur zwei Jahre gegeben, in denen so einschneidende und umfangreiche Berichtigungen der Wechselkurse stattfanden, daß man von einer „Abwertungswelle“ sprechen konnte, nämlich die Jahre 1931 und 1949. Diese beiden Jahre stimmen darin überein, daß sie keine Kriegsjahre waren, sondern beide in Zeiten des wirtschaftlichen und finanziellen Wiederaufbaus nach einem Kriege fielen, und daß in beiden Fällen der Anstoß von einer Änderung des Kurswertes für das Pfund Sterling ausging. Etwa 36 v. H. des gesamten internationalen Handels werden noch immer in Sterling finanziert. Ein wichtiger Unterschied der beiden Jahre ist aber, daß 1931 ein Jahr der Krise und des Pessimismus war, während die Abwertungen von 1949 zu einer Zeit stattfanden, als in den Vereinigten Staaten und in an-

deren Ländern ein deutlicher Wirtschaftsaufschwung im Gange war. Diesmal hat die Berichtigung der Währungswerte das Werk des Wiederaufbaus eher gefördert als behindert.

Was die Entwicklung auf dem europäischen Kontinent angeht, so wird großer Nachdruck auf die führende Rolle gelegt, die Belgien damit übernahm, daß es die freie Wiedereinbringung belgischer Banknoten wieder zuließ und die seit fast zehn Jahren geschlossene amtliche Devisenbörse in Brüssel wieder eröffnete, an der jetzt Schweizer Franken und Dollars gehandelt werden. Anfang Juni wurde zwischen Belgien und Frankreich ein Abkommen getroffen, demzufolge der französische Franken in Brüssel und der belgische Franken in Paris an den freien Märkten mit Kursschwankungen innerhalb eines Spielraums von nur 1 v. H. oberhalb und unterhalb der Parität notiert werden dürfen. Auch in Frankreich und Italien wurden wiederholt Maßnahmen getroffen, um den freien Devisenhandel allmählich wiederherzustellen, und die Notierungen des belgischen Frankens, des französischen Frankens und der Lira beweisen den Erfolg der eingeschlagenen Politik, da die Kurse am freien Markt jetzt mit den amtlichen Kursen übereinstimmen. Aber auch andere Währungen konnten ihren Wert verbessern, wie aus den Notierungen am freien Markt hervorgeht, und diese Tatsache deutet auf eine wirkliche Besserung der Devisenposition in den westeuropäischen Ländern hin.

Gold- Devisen- Kreditpolitik

Das Jahr 1949 wird in der Geschichte des Goldes bemerkenswert sein, denn zum ersten Male seit 1945 haben die Vereinigten Staaten nicht die gesamte laufende Goldproduktion, sondern nur Gold im Werte von 164 Millionen Dollar aufgenommen,

während die Bestände anderer Länder um fast 400 Millionen Dollar zugenommen haben dürften. Ebenfalls wichtig war der starke Rückgang der im freien und schwarzen Handel notierten Goldpreise; Anfang 1949 wurde der Napoleon in Paris mit mehr als 6000 französischen Franken notiert, aber im Mai 1950 war er unter 3000 Franken heruntergegangen, während sein Goldgehalt heute einen Wert von etwa 2283 Franken hat.

Auf dem Gebiete der Devisenkurse hat die Erfahrung gezeigt, daß selbst geringfügige Änderungen der Kurse zur Erhaltung des Gleichgewichts sehr viel beitragen können, sobald wieder ein verhältnismäßig freier Handel eingeführt ist. Ähnlich waren die Erfahrungen in der Kreditpolitik, denn an vielen Märkten haben sich leichte Änderungen der Zinssätze für lang- und kurzfristige Anleihen und Kredite als sehr förderlich bei der Erhaltung eines natürlichen Gleichgewichts zwischen den Ersparnissen und den Investitionen sowie der Stabilität des Geldwertes erwiesen. Der Bericht betont, daß in der heutigen Zeit, nachdem die amtlichen Zinssätze in vielen Ländern seit Jahren — manchmal mehr als ein Jahrzehnt lang — unverändert geblieben sind, wahrscheinlich schon eine unbedeutende Erhöhung der Zinssätze um vielleicht $\frac{1}{2}$ v. H. eine sehr erhebliche psychologische Wirkung ausüben würde. Eine solche Erhöhung würde zweifellos in den beteiligten Kreisen Aufsehen erregen und den Eindruck erwecken, daß die ordnungsmäßigen Mittel der Kreditpolitik wieder dazu verwendet werden sollen, die Integrität der Währung zu erhalten, und ein solcher Eindruck würde zweifellos dazu beitragen, in einer Zeit, in der die direkten Bewirtschaftungsmaßnahmen allmählich abgeschafft werden, das Vertrauen in die Währung zu stärken.

Was geschieht nach Beendigung des Marshallplanes?

In den Schlußbemerkungen befaßt sich der Bericht der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich mit der Frage, was nach dem Ende des Marshallplanes geschehen wird. Der Bericht betont, daß es vor allem darauf ankommt, was in der verbleibenden Zeit der Marshallhilfe getan wird. Als wichtigste Aufgaben hebt der Bericht folgende sechs Punkte hervor:

1. Die Inflationen der Kriegs- und Nachkriegszeit waren durch hohe Staatsausgaben hervorgerufen, und wenn auch schon viel getan wurde, um die inflationistischen Methoden der Finanzierung zu verlassen, ist der gegenwärtige Stand der öffentlichen Ausgaben in vielen Ländern doch noch sehr hoch im Verhältnis zum Volkseinkommen, so daß auf dem wirtschaftlichen Unternehmungsgeist ein außerordentlicher Druck lastet und der Strom der persönlichen Ersparnisse zum Versiegen gebracht wird. Es gibt Fehlbeträge bei den Eisenbahnverwaltungen, die gedeckt werden müssen, hohe Lasten in verschiedenen Zweigen der

zentralen und örtlichen Verwaltungen, und Investitionsprogramme, die in wesentlichem Umfang von ausländischer Hilfe abhängig sind. Eine gründliche Überholung des gesamten öffentlichen Ausgaben- und Einnahmenwesens ist eine Aufgabe, die vielleicht in den einzelnen Ländern in verschiedener Weise in Angriff genommen werden muß, aber in keinem von ihnen vernachlässigt werden darf.

2. Erst an wenigen Plätzen sind die Geld- und Kapitalmärkte wieder in regelmäßigem Betrieb. Es besteht ein allgemeines Streben nach Beweglichkeit der Zinssätze, und es ist ermutigend, wie verhältnismäßig geringfügige Änderungen der Zinssätze vielfach ausreichend waren, einen beträchtlichen Einfluß am Markt auszuüben, wodurch sie sich als sehr nützlich bei der Wiederherstellung des Gleichgewichts bewährt haben. Ein Kapitalmarkt muß aber auf eine ständige Zuführung von neuen Sparmitteln rechnen können. Auch auf diesem Gebiete ist es notwendig,

zu untersuchen, worin die wichtigsten zu verfolgenden Ziele bestehen, und sie nach ihrer Dringlichkeit zu ordnen; zu den wichtigsten unmittelbaren Aufgaben gehört es, das Geldwesen selbst in funktionsfähigen Zustand zu bringen, was auch eine Neubildung von Währungsreserven erfordert.

3. Auf dem industriellen Gebiete darf man die Aufmerksamkeit nicht ausschließlich auf den Umfang der Investitionen richten und dabei vergessen, daß die Produktivität sehr weitgehend das Ergebnis der Anwendung geeigneter Verfahren auf den verschiedenen Stufen des Produktionsprozesses ist und daß verhältnismäßig kleine Unternehmen einen nützlichen Platz neben den großen Konzernen ausfüllen können. Mit dem Wegfall der Verkäufermärkte muß jeder Fabrikant mehr als sonst besorgt sein, das zu produzieren, was der Käufer, der jetzt frei wählen kann, wirklich wünscht — und hiermit hängen Probleme zusammen, die kaum gelöst werden können ohne ständige Beachtung der wechselnden Entwicklungsrichtungen der freien Märkte. Außerdem ist es klar, daß der beste Schutz für den Verbraucher gegen zu hohe Kosten in einer größeren Freiheit der Einfuhr besteht und daß daher die Aufhebung der Preiskontrolle gleichzeitig mit der Liberalisierung des Außenhandels stattfinden muß.
4. Bezüglich der Erlangung größerer Freiheit im internationalen Zahlungsverkehr sind viele wertvolle Erfahrungen gesammelt worden: es hat sich als möglich und nützlich erwiesen, schrittweise vorzugehen, beginnend mit Erleichterungen im Verkehr mit Banknoten und fortschreitend bis zur Wiederherstellung des freien Devisenhandels.
5. Auf wirtschaftlichem Gebiete gibt es mehrere Probleme mehr internationaler Art, deren Lösung die Möglichkeiten der einzelnen Länder übersteigt. Einige dieser Probleme werden von der O.E.E.C.-Organisation in Paris und von der Europäischen Wirtschaftskommission der Vereinten Nationen in Genf untersucht; andere sind von noch größerer Tragweite für ein Europa, das entscheidend darauf angewiesen ist, Lebensmittel und Rohstoffe im Handel mit überseeischen Ländern und ein zusätzliches Dollaraufkommen durch den indirekten Handel zu erlangen. Damit die Verkäufer sowohl aus europäischen als auch aus anderen Ländern im gegenseitigen Wettbewerb ihr Bestes geben, bedarf es eines sich ausweitenden Weltmarktes, und es läßt sich schwer einsehen, wie ein solches Ergebnis erreicht werden kann, ohne daß in den Vereinigten Staaten größere Absatzmöglichkeiten für Fertigwaren geschaffen werden.
6. Ein anderes Problem auf internationalem Gebiet betrifft die Regelung von Verbindlichkeiten, durch welche die Zahlungsbilanzen beeinflusst werden. Nach dem ersten Weltkrieg bestanden große Illusionen hinsichtlich der Beträge, die zwischen den einzelnen Ländern und Erdteilen transferiert

werden könnten, und die Nichtbeachtung der wirklichen wirtschaftlichen Verhältnisse war eine der Ursachen, die zu der Schwere der folgenden Krise beitrugen. Es ist amtlich anerkannt, daß gewisse ähnliche Fragen heute weiterer Untersuchung bedürfen, und man kann nur hoffen, daß sie dieses Mal in einer Weise geregelt werden, welche die Weltwirtschaft nicht in Unordnung bringt.

Europa hat erhebliche Fortschritte auf dem Wege zum Gleichgewicht in seiner Zahlungsbilanz gemacht; das Gesamtdefizit in der laufenden Rechnung wurde von 7,4 Milliarden Dollar für 1947 auf 2,9 Milliarden Dollar für 1949 vermindert. Zwar besteht noch ein ansehnliches Defizit in der direkten Zahlungsbilanz mit den Vereinigten Staaten, da die Fortschritte der letzten Zeit mehr die Beziehungen zu Iberoamerika und Südostasien betrafen. Europa hat aber ein lebenswichtiges Interesse an der Rückgewinnung seiner früheren Märkte und an der Wiederkehr der herkömmlichen Struktur des Handels, die im Laufe eines Jahrhunderts aufgebaut wurde und von der man daher annehmen kann, daß sie den tiefwurzelnden Bedürfnissen zahlreicher Volkswirtschaften entspricht. Eine solche Wiederaufnahme der Tradition hat jedoch zur Voraussetzung, daß der Absatz in steigendem Umfang an freien Märkten und gegen international anerkannte Zahlungsmittel stattfindet.

Wenn die Handelsströme sich nach abgeteilten Gebieten richten müssen, die entweder mit besonderen Währungsgebieten zusammenfallen oder durch bilaterale Vereinbarungen geschaffen sind, oder wenn Kredite und Anleihen gewährt werden, deren Erlöse lediglich zu Käufen in bestimmten Ländern benutzt werden dürfen, so kann dies nur zu einer Verzerrung des internationalen Handels- und Zahlungsverkehrs führen; und um derartigen verderblichen Einflüssen zu entgehen, müssen Fortschritte auf dem Wege zur Multilateralität und Konvertibilität gemacht werden. Am Ende des zweiten Weltkrieges wurde allgemein anerkannt, daß die Wiederherstellung der Konvertierbarkeit als eines der unmittelbaren Ziele der Nachkriegspolitik anzusehen sei. Es ist möglich, daß in einflußreichen Kreisen in den ersten Jahren eine zu starke Tendenz zur Beschleunigung des Tempos bestanden hat und daß die erlittenen Rückschläge dann eine ziemlich zögernde Geisteshaltung herbeigeführt haben. Aber in Anbetracht der Wichtigkeit eines ungehemmten und umfassenden Handels für die europäischen Nationen muß die Konvertierbarkeit nicht als ein fernes, in zehn oder zwanzig Jahren zu erreichendes Ziel angesehen werden, sondern als eine vordringliche Aufgabe, die in den wenigen verbleibenden Jahren der Marshallplan-Hilfe erfüllt werden muß, unter Verhältnissen, die zwar von denen vor 20 Jahren verschieden sind, aber zu der Hoffnung einer dauerhaften Ordnung in einer Atmosphäre unzweifelhafter Stabilität der Währungen berechtigen.

Vereinbarungen der Deutschen Demokratischen Republik mit der Republik Polen

Abkommen über technische und wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit

Die Provisorische Regierung der Deutschen Demokratischen Republik und die Regierung der Republik Polen, vom Wunsche erfüllt, auf allen Gebieten der Wirtschaft die freundschaftlichen Beziehungen zwischen beiden Staaten zu erweitern und zu verstärken, haben beschlossen, folgendes Abkommen abzuschließen und als Bevollmächtigte ernannt:

Die Provisorische Regierung der Deutschen Demokratischen Republik Herrn Bruno Leuschner, Staatssekretär im Ministerium für Planung.

Die Regierung der Republik Polen Herrn Eugeniusz Szyr, Minister, Stellvertretenden Vorsitzenden der Staatlichen Kommission für Wirtschaftsplanung, die, nachdem sie ihre Vollmachten mitgeteilt und als gut und richtig befunden haben, folgende Bestimmungen im beiderseitigen Einvernehmen festgesetzt haben:

Artikel 1

Die Hohen vertragschließenden Parteien werden sämtliche Maßnahmen für die Realisierung der technischen und wissenschaftlich-technischen Zusammenarbeit miteinander abstimmen und anwenden.

Artikel 2

Zu diesem Zwecke werden die Hohen vertragschließenden Parteien die Formen der technischen und wissenschaftlich-technischen Zusammenarbeit erweitern durch:

- a) Ausarbeitung und Zurverfügungstellung der technischen Dokumentation im Bereich der Konstruktionslösungen, Technologie, Produktionsverfahren und Exploitationslösungen;
- b) Zurverfügungstellung der vorhandenen technischen Produktionserfahrungen;
- c) Hilfeleistung in Form von Konsultation und Gutachten;
- d) Hilfeleistung bei der Montage und Inbetriebsetzung der Produktion;
- e) Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Fachschulung;
- f) Zusammenarbeit auf dem Gebiet der wissenschaftlich-technischen Forschungen;
- g) Austausch von Erfahrungen auf dem Gebiet der Arbeitsorganisation.

Artikel 3

Zwecks Ausführung der Bestimmungen des vorliegenden Abkommens wird eine Ständige Kommission für technische und wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit gebildet, bestehend aus Vertretern, die in gleicher Zahl von den beiden Regierungen ernannt sind. Die Kommission wird ihr Statut ausarbeiten, das von beiden Regierungen innerhalb eines Monats zu bestätigen ist.

Artikel 4

Das vorliegende Abkommen wird für die Dauer von fünf Jahren abgeschlossen. Wenn eine der

Hohen vertragschließenden Parteien sechs Monate vor Ablauf der angegebenen fünfjährigen Frist das Abkommen nicht kündigt, bleibt dieses für folgende fünf Jahre in Kraft.

Artikel 5

Das vorliegende Abkommen unterliegt der Bestätigung.

Artikel 6

Ausgefertigt in der Stadt Warszawa am 6. Juni 1950, in doppelter Ausführung, jede in deutscher und polnischer Sprache, wobei beide Wortlaute die gleiche Gültigkeit haben.

Für die Provisorische Regierung
der Deutschen Demokratischen Republik
gez. B. Leuschner

Für die Regierung der Republik Polen
gez. Szyr

Quelle: Tägliche Rundschau vom 8. Juni 1950

Protokoll über kulturelle Zusammenarbeit

Zwecks Regelung der mit der kulturellen Zusammenarbeit zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Republik Polen verbundenen Fragen, haben die Hohen Parteien folgendes vereinbart:

Artikel 1

Die Hohen Parteien beschließen, die wissenschaftliche Zusammenarbeit zu fördern, um die beiderseitigen Errungenschaften und Erfahrungen auszutauschen und kennenzulernen.

Um diese Zusammenarbeit zu verwirklichen, werden die Hohen Parteien:

- a) den Austausch von Wissenschaftlern durch Veranstaltung von Vorlesungen und Vorträgen fördern;
- b) die gegenseitige Kenntnis der Organisation und Tätigkeit wissenschaftlicher Gesellschaften und Anstalten in beiden Staaten sowie die Zusammenarbeit zwischen ihnen fördern;
- c) den sich gegenseitig empfohlenen Wissenschaftlern die Durchführung ihrer Studien und praktischen Übungen sowie die Benutzung von Materialien, welche sich in den Museen, Archiven und Bibliotheken aus ihren Gebieten befinden, unter Berücksichtigung der betreffenden rechtsgültigen Vorschriften, ermöglichen.

Artikel 2

Die Hohen Parteien werden sich gegenseitig Materialien und Programme aus dem Gebiet der Oberschulen und Fachschulen sowie der Hochschulen zugänglich machen, um jeder der Parteien die Möglichkeit zu geben, die Erfahrungen der anderen Partei für sich auszuwerten.

Artikel 3

Die Hohen Parteien werden die Zusammenarbeit von Institutionen, Gewerkschaften, Jugendverbänden, Sportorganisationen sowie anderen gesellschaftlichen Organisationen im Bereich ihrer kulturellen und gesellschaftlichen Tätigkeit fördern.

Artikel 4

Die Hohen Parteien werden den gegenseitigen Austausch wissenschaftlicher und literarischer Publikationen sowie der Tagespresse und der Zeitschriften fördern, ferner werden sie Maßnahmen für die Übersetzung wertvoller Werke unterstützen.

Artikel 5

Die Hohen Parteien werden bestrebt sein, die kulturelle Zusammenarbeit und die gegenseitige Kenntnis der Errungenschaften des kulturellen Lebens zu vertiefen und zwar durch Förderung und Aufführung wertvoller musikalischer Werke, Theaterstücke und Filme, weiterhin durch Organisation von Ausstellungen sowie durch Erfahrungsaustausch auf dem Gebiet des Rundfunk- und Filmwesens.

Artikel 6

Jede der Hohen Parteien wird die Tätigkeit der Presseagenturen sowie die Arbeit der Berichterstatter der anderen Partei auf ihrem Gebiet erleichtern.

Artikel 7

Die Hohen Parteien werden die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Körperkultur, unter besonderer Berücksichtigung der Jugendorganisationen, fördern.

Artikel 8

Zur Durchführung der Bestimmungen dieses Protokolls werden die Hohen Parteien ein Programm für den kulturellen Austausch ausarbeiten, welches auf diplomatischem Wege spätestens bis zum 1. August 1950 vereinbart wird.

Artikel 9

Das vorliegende Protokoll ist für die Dauer eines Jahres abgeschlossen, vom Tage seines Inkrafttretens an gerechnet. Falls dieses Protokoll drei Monate vor Ablauf nicht gekündigt wird, ist seine Gültigkeit für das nächstfolgende Jahr verlängert. Innerhalb von drei Monaten vor Ablauf der Gültigkeit dieses Protokolls können die Hohen Parteien sich über Änderungen oder Erweiterungen der Bestimmungen dieses Protokolls bzw. über den Abschluß eines neuen Abkommens verständigen.

Artikel 10

Das vorliegende Protokoll tritt mit seiner Unterzeichnung in Kraft.

Artikel 11

Das vorliegende Protokoll wurde in der Stadt Warszawa in deutscher und polnischer Sprache ausfertigt. Beide Wortlaute haben die gleiche Gültigkeit.

Warszawa, den 6. Juni 1950

Im Auftrage der
Provisorischen Regierung
der Deutschen Demokratischen Republik
Dr. Friedrich Wolf

Im Auftrage der
Regierung der Republik Polen
St. Skrzyszewski

Quelle: Tägliche Rundschau vom 8. Juni 1950

Das deutsch-polnische Grenzabkommen

Der Präsident der Deutschen Demokratischen Republik und der Präsident der Republik Polen geleitet von dem Wunsch, dem Willen zur Festigung des allgemeinen Friedens Ausdruck zu verleihen,

und gewillt, einen Beitrag zum großen Werk der einträchtigen Zusammenarbeit der friedliebenden Völker zu leisten,

in Anbetracht, daß diese Zusammenarbeit zwischen dem deutschen und dem polnischen Volk dank der Zerschlagung des deutschen Faschismus durch die UdSSR und dank der Entwicklung der demokratischen Kräfte in Deutschland möglich wurde—so wie gewillt, nach den tragischen Erfahrungen aus der Zeit des Hitlersystems eine unerschütterliche Grundlage für ein friedliches und gutnachbarliches Zusammenleben beider Völker zu schaffen, geleitet von dem Wunsch, die gegenseitigen Beziehungen in Anlehnung an das die Grenze an der Oder und Lausitzer Neiße festlegende Potsdamer Abkommen zu stabilisieren und zu festigen,

in Durchführung der Bestimmungen der Warschauer Deklaration der Delegation der Provisorischen Regierung der Deutschen Demokratischen Republik und der Regierung der Republik Polen vom 6. Juni 1950,

in Anerkennung, daß die festgelegte und bestehende Grenze die unantastbare Friedens- und Freundschaftsgrenze ist, die die beiden Völker nicht trennt, sondern einigt — haben beschlossen, das vorliegende Abkommen abzuschließen, und zu ihren Bevollmächtigten ernannt:

Der Präsident der Deutschen Demokratischen Republik Herrn Otto Grotewohl, Ministerpräsidenten, Herrn Georg Dertinger, Minister für Auswärtige Angelegenheiten, der Präsident der Republik Polen Herrn Josef Cyrankiewicz, Ministerpräsidenten, Herrn Stefan Wierblowski, Leiter des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten, die nach Austausch ihrer in guter und gehöriger Form befundenen Vollmachten über folgende Bestimmungen übereingekommen sind:

Artikel 1: Die Hohen Vertragschließenden Parteien stellen übereinstimmend fest, daß die festgelegte und bestehende Grenze, die von der Ostsee entlang die Linie westlich von der Ortschaft Swinoujście und von dort entlang den Fluß Oder bis zur Einmündung der Lausitzer Neiße und die Lausitzer Neiße entlang bis zur tschechoslowakischen Grenze verläuft, die Staatsgrenze zwischen Deutschland und Polen bildet.

Artikel 2: Die laut vorliegendem Abkommen markierte deutsch-polnische Staatsgrenze grenzt in vertikaler Linie auch den Luft- und Seeraum sowie das Innere der Erde ab.

Artikel 3: Zwecks Markierung im Terrain der im Artikel 1 genannten deutsch-polnischen Staatsgrenze berufen die Hohen Vertragschließenden Parteien eine gemischte deutsch-polnische Kommission mit dem Sitz in Warschau. Diese Kommission besteht aus acht Mitgliedern, von denen vier von der Provisorischen Regierung der Deutschen Demokratischen Republik und vier von der Regierung der Republik Polen ernannt werden.

Artikel 4: Zwecks Aufnahme der im Artikel 3 bestimmten Tätigkeit wird die gemischte deutsch-polnische Kommission spätestens bis 31. August 1950 zusammentreten.

Artikel 5: Nach Durchführung der Markierung der Staatsgrenze im Terrain werden die Hohen Vertragschließenden Parteien einen Akt über die Ausführung der Markierung der Staatsgrenze zwischen Deutschland und Polen abschließen.

Artikel 6: In Ausführung der Markierung der deutsch-polnischen Staatsgrenze werden die Hohen Vertragschließenden Parteien Vereinbarungen betreffs der Grenzübergänge, des lokalen Grenzverkehrs sowie der Schifffahrt auf den Grenzgewässern abschließen. Diese Vereinbarungen werden innerhalb eines Monats nach Inkrafttreten des im Artikel 3 genannten Aktes über die Ausführung der Markierung der Staatsgrenze zwischen Deutschland und Polen abgeschlossen werden.

Artikel 7: Das vorliegende Abkommen unterliegt einer Ratifikation, die in möglichst kürzester Frist stattfinden soll. Das Abkommen tritt in Kraft mit dem Austausch der Ratifikationsurkunden, der in Berlin stattfinden wird. Zu Urkund dessen haben

die Bevollmächtigten dieses Abkommen unterzeichnet und mit ihrem Siegel versehen.

Artikel 8: Ausgefertigt am 6. Juli 1950 in Zgorzelce in zwei Urschriften, beide in deutscher und polnischer Sprache, wobei beide Wortlaute die gleiche Gültigkeit haben.

In Vollmacht
des Präsidenten der Deutschen Demokratischen Republik
Otto Grotewohl und Georg Dertinger

In Vollmacht
des Präsidenten der Republik Polen
Josef Cyrankiewicz und
Stefan Wierblowski

Quelle: Tägliche Rundschau vom 7. Juli 1950

Erklärung des japanischen Außenministeriums über den Abschluß eines Friedensvertrages

In Anbetracht der im September 1950 in New York stattfindenden Außenministerkonferenz der drei Westmächte über die Revision des Besatzungsstatuts für die Bundesrepublik Deutschland erscheinen uns die Bemühungen der USA und Japans, zum Abschluß eines Friedensvertrages zu gelangen, beachtenswert. In Kreisen des amerikanischen Außenministeriums scheint man der Ansicht zu sein, es sei besser, etwaige Unbequemlichkeiten eines separaten Friedensvertrages in Kauf zu nehmen, als sich der Gefahr auszusetzen, möglicherweise das Vertrauen und die Unterstützung des japanischen Volkes zu verlieren. Das nachstehende japanische Dokument datiert vom Juni. 1950, einem Zeitpunkt kurz vor Ausbruch der Feindseligkeiten in Korea.

Die Folgen der bedingungslosen Kapitulation vom 15. August 1945

Japan ist niemals zuvor im Kriege besiegt worden, aber infolge des leichtsinnig und ohne Rücksicht auf den Volkswillen begonnenen Krieges, sah sich Japan dem Unglück einer Niederlage gegenüber und ergab sich den Alliierten Mächten am 15. August 1945. Zu der Zeit hatten wir einen Tiefstand des Elends erreicht. Das Volk, das sehr wenig zu essen bekam, litt an Unterernährung. Außerdem hatten sehr viele Menschen keine nennenswerten Unterkunft oder Bekleidung. Unter diesen furchtbaren Verhältnissen wußte das Volk nicht was tun.

Da Japan niemals zuvor besetzt gewesen war, kam noch dazu, daß sich viele unbegründete Gerüchte im ganzen Land verbreiteten, als bekannt wurde, daß Besatzungstruppen kommen würden. Diese Gerüchte hatten viel Angst und Verwirrung gestiftet, aber die wahrhaft gerechte und humane Art, mit der die Besatzung hier von den alliierten Streitkräften durchgeführt wurde, machte es dem Volke klar, daß diese Gerüchte unbegründet waren. Seitdem hat die Besatzung wesentlich zum friedlichen Wiederaufbau Japans beigetragen.

Die Annahme der Potsdamer Erklärung durch Japan hatte zur Folge, daß die Regierungsbefugnisse der Kontrolle General (Douglas) MacArthur, dem Oberbefehlshaber der alliierten Streitkräfte, unterstellt wurden. Diese „Einrichtung“ wird allgemein „Alliierte Kontrolle über Japan“ genannt. Am 25. Oktober des Jahres, in dem der Krieg endete, mußten die diplomatischen und konsularischen Beziehungen, die Japan noch weiter mit ausländischen Nationen unterhalten hatte, auf Befehl des Generalhauptquartiers aufgehoben werden. Infolgedessen mußte Japan auf alle Beziehungen diplomatischer Art verzichten. Obgleich Japan an vielen internationalen Konferenzen teil-

genommen hatte und Vertragspartner von zahlreichen internationalen Verträgen war, mußte all dieses eingestellt werden.

Da es Japan an natürlichen Hilfsquellen fehlt, hatte sich seine Wirtschaft auf den Außenhandel gestützt. Aber mit Kriegsende kam dieser lebenswichtige Handel vollkommen zum Erliegen. Es gab keine Möglichkeiten, weder für die Ausfuhr noch für die Einfuhr. Außerdem konnte Japan weder durch gewöhnliche Briefpost noch durch drahtlose Telegraphie oder gar Rundfunk mit ausländischen Staaten in Verbindung treten, und japanischen Staatsangehörigen wurde es vollständig untersagt, wie früher zu Geschäfts- oder Ausbildungszwecken ins Ausland zu reisen.

Mit Beendigung des Krieges erging an unsere Handelsflotte, die wesentlich zur Ernährung unserer dichten Bevölkerung beigetragen hatte, der Befehl ihre Tätigkeit einzustellen. Und da die wenigen Schiffe, die noch fahren durften, einer strengen Aufsicht unterstellt wurden, konnten japanische Fischerboote nicht mehr unbehindert in See gehen und dem Fischfang, einer der Hauptnahrungsquellen des japanischen Volkes, nachgehen. Es mag auch erwähnt werden, daß wir in jenen Tagen unsere Flagge der aufgehenden Sonne, an der wir so sehr hängen, nicht jederzeit, wenn wir es wünschten, hissen durften. Hinsichtlich der heimischen Industrie bestanden große Befürchtungen, daß verschiedene Anlagen als Reparationen entfernt werden würden. Überdies wurden viele Einschränkungen eingeführt, um das Wiedererstehen eines militaristischen Staates in Japan zu verhindern.

Das also war die Lage, die sich unmittelbar nach dem Krieg in unserem Lande ergab. Aber dank der von den alliierten Mächten und insbesondere den Vereinigten Staaten Japan gewährten Unterstützung und dank den ernstlichen Anstrengungen des japanischen Volkes selbst, konnte Japan jetzt

das Stadium des sogenannten „de facto Friedens“ erreichen. Dieser allgemein unter der Bezeichnung „de facto Frieden“ bekannte Begriff, bezeichnet eine Lage, in der es zwar keinen Friedensvertrag gibt, wo sich aber Zustände ergeben, die den Verhältnissen möglichst ähnlich sind, die durch den tatsächlichen Abschluß eines Friedensvertrages herbeigeführt würden.

Normalerweise wird der Frieden bei Beendigung des Krieges durch den Abschluß eines Friedensvertrages hergestellt; aber zur Zeit ist die Lage so, daß die Siegermächte sich nicht einmal über den Entwurf eines Friedensvertrages, wie sie ihn für Japan haben wollen, einigen können. Wenn man die verschiedenen Unannehmlichkeiten vermeiden will, die sich aus dem Fehlen eines Friedensvertrages ergeben, so liegt wohl die beste Alternative darin, Verhältnisse herbeizuführen, die sich den Ergebnissen eines tatsächlichen Friedensabschlusses möglichst annähern. Da Japan die Bedingungen, die ihm von den alliierten Mächten gestellt waren, bereits erfüllt hat, geht die Entwicklung der „de facto“ Friedensbeziehungen stetig voran. Ohne das „de facto Friedensverhältnis“ würde Japan noch bis zum heutigen Tage an die Wand gedrückt sein; aber dank dieses Verhältnisses kommt seine Lage immer mehr einer Rückkehr zum normalen Zustand gleich.

Das muß jedem klar werden, der den heutigen Zustand in Japan mit den Verhältnissen vergleicht, wie sie in der schwierigen Periode unmittelbar nach dem Kriege herrschten. Ob es sich nun um einen formellen oder um einen „de facto Frieden“ handelt, die wichtigsten Vorbedingungen sind, daß Japan entmilitarisiert und demokratisiert wird. Was diese Punkte anbetrifft, so hat General MacArthur in seinen Erklärungen von Zeit zu Zeit bestätigt, daß Japan, da es die durch das Potsdamer Abkommen auferlegten Bedingungen wie Entmilitarisierung und Demokratisierung getreulich erfüllt habe, zum Abschluß eines Friedensvertrages alle Voraussetzungen biete. Für die Tatsache, daß kein Friedensvertrag abgeschlossen wurde, ist, wie General MacArthur erklärt hat, nicht Japan verantwortlich, sondern dies ist auf die internationale Lage zurückzuführen, die Japan nicht ändern kann.

Betrachten wir jetzt die Fortschritte, die auf dem Wege des „de facto Friedens“ gemacht worden sind, an Hand der sich seit Kriegsende von Jahr zu Jahr ergebenden Wandlungen.

Von der Beendigung des Krieges bis zum Mai 1946

In dieser Periode wurden verschiedene durch die Militaristen von Gestern begründete Einrichtungen zerschlagen und Politik und Wirtschaft wurden auf demokratischer Grundlage durchgreifend umgebildet. Nach Ansicht der alliierten Mächte erntete Japan mit den Verwüstungen, die das Land heimgesucht hatten, nur das, was es selbst gesät hatte, da es einen Angriffskrieg geführt hatte, und es mußte sich daher mit einem Industrieniveau abfinden, das dem Volk nur die Versorgung mit den lebensnotwendigsten Dingen sichern konnte.

Von Mai bis Dezember 1946

Mit dem stetigen Fortschritt der Demokratisierung in Japan erwachte bei den alliierten Mächten und insbesondere bei den Vereinigten Staaten das Verständnis dafür, daß Japan aus der damals herrschenden äußersten Armut niemals wieder heraus

und auf eigene Füße kommen würde, wenn nicht irgendetwas für seine kriegszerstörten Industrien getan würde.

Zu der Zeit herrschte ein entsetzlicher Mangel an Nahrungsmitteln und Medikamenten in Japan, und die Vereinigten Staaten begannen, zur Linderung der Not in Japan Mittel zur Verfügung zu stellen. Aber hierbei handelte es sich um Notstandshilfe, die nicht mit der Absicht geleistet wurde. Japan dazu zu verhelfen, sich wirtschaftlich wieder auf eigene Füße zu stellen.

Januar bis Dezember 1947

Am stärksten fällt in dieser Periode ins Auge, daß die Kontrollpolitik der Besatzungsbehörden in Bezug auf Maßnahmen zur Wiedererrichtung der japanischen Wirtschaft und Wiederherstellung der politischen Autonomie immer konstruktiver und positiver wurde. Gleichzeitig wurden Unternehmungen eingeleitet, um die extremen Elemente im japanischen Volk, die die Freiheit mißverstanden hatten und ihre unvernünftigen Forderungen mit Gewalt durchzusetzen versuchten, zu belehren, daß die Aufrechterhaltung von Gesetz und Ordnung in einer Demokratie von äußerster Wichtigkeit ist.

Seit Kriegsende war noch kein Wort über einen Friedensvertrag gefallen; aber im März 1947 gab General MacArthur zum ersten Mal eine Erklärung des Inhalts ab, daß ein Friedensvertrag mit Japan so bald wie möglich abgeschlossen werden sollte. Dann, am 7. Juli desselben Jahres, schlug die Regierung der Vereinigten Staaten den anderen alliierten Mächten vor, eine vorbereitende Konferenz für einen japanischen Friedensvertrag abzuhalten. Uns allen ist die Tatsache wohlbekannt, daß die Sowjetunion in ihrer Antwort darauf bestand, daß nur die vier Großmächte, die Vereinigten Staaten, Großbritannien, China und die Sowjetunion, den japanischen Friedensvertrag bearbeiten sollten, und daß sie dadurch den Abschluß eines formellen Vertrages hinauszögerte.

Während dieser Periode wurde empfohlen, die Reparationspolitik noch weiter aufzulockern, um die wirtschaftliche Erholung Japans zu fördern, gleichzeitig war dies eine Abkehr von der bisher befolgten Politik, Japans Industrieniveau so niedrig wie möglich zu halten. Außerdem wurde im Jahre 1947 zum ersten Mal, wenn auch mit verschiedenen Einschränkungen, Genehmigung für privaten Export erteilt.

Von Januar bis Herbst 1948

Am 6. Januar dieses Jahres erklärte der Heeresminister der Vereinigten Staaten, Royall, die Gesundung der japanischen Wirtschaft sei notwendig, um die steuerliche Belastung des amerikanischen Volkes zu verringern und andererseits zu verhindern, daß Japan kommunistisch würde. Am 15. August wurden die Einschränkungen, die den privaten Handel sehr erschwert hatten, in Übereinstimmung mit dieser Erklärung gelockert, und Auslandsreisen für japanische Geschäftsleute wurden erlaubt.

Außerdem wurde ein Plan für die Reparationspolitik in Vorschlag gebracht, der über die früher schon beschlossene Auflockerung noch hinausging. Im Frühjahr desselben Jahres wurde von den Vereinigten Staaten überdies ein Vierjahresplan für den Wiederaufbau der japanischen Wirtschaft entworfen und zusätzlich zu den schon früher zur Linderung der Not gemachten Lieferungen wurden nun

auch in positivem Geiste große Summen zur Unterstützung des wirtschaftlichen Wiederaufbaus in Japan zur Verfügung gestellt.

Dazu kommt noch, daß die Vereinigten Staaten Japan eine Anleihe in Form eines rotierenden Ausfuhr-Einfuhrfonds gewährten. Wenn Japan Material von den Vereinigten Staaten einführt, wird das von Japan zur Bezahlung dieser Einfuhren benötigte Geld aus diesem Fonds vorgeschossen. Japan verarbeitet das so eingeführte Material im Veredelungsverfahren und exportiert es dann wieder. Aus den Einnahmen bezahlt Japan die vorgeschossene Summe zurück, und der sich ergebende Überschuß ist sein Gewinn. Das ist das System, nach dem dieser Ausfuhr-Einfuhrfonds arbeitet.

Weiter war es Japan bis zu dieser Zeit nicht möglich gewesen, mit verschiedenen anderen Ländern ins Geschäft zu kommen, obgleich es den Wunsch dazu hatte, da keinerlei den Handel betreffende Abkommen bestanden. Aber im Lauf des Jahres 1948 wurden vom Generalhauptquartier Handelsverträge mit verschiedenen anderen Ländern abgeschlossen. So wurden Vorkehrungen zur Förderung des japanischen Handels getroffen.

Herbst 1948 bis Sommer 1950

Das auffallendste Kennzeichen dieser Periode sind die großen Fortschritte, die in der Einführung des „de facto Friedens“ gemacht wurden, der solange noch kein Friedensvertrag vorliegt, eine Annäherung an den nach Abschluß des Friedensvertrages herrschenden Status herbeiführen soll. Obwohl der Wert des japanischen Yen im Verhältnis zu ausländischen Währungen im April 1949 noch nicht eindeutig entschieden war, wurde der Yen-Dollar-Kurs amtlich auf 360:1 festgesetzt.

Der Wert des Yen im Verhältnis zu den Währungen anderer Länder, abgesehen von den Vereinigten Staaten, war damit ebenfalls durch deren Verhältnis zum Dollar der Vereinigten Staaten festgesetzt. Auf dem Gebiet der Innenpolitik gab das Generalhauptquartier im Januar 1948 ein Neun-Punkte-Programm für die wirtschaftliche Gesundung heraus, um der Inflation Einhalt zu gebieten. So wurden Bemühungen eingeleitet, um die Regierungsfinanzen auszugleichen und es zeigten sich die ersten Erfolge in der Bekämpfung der Inflation. Was uns aus den fünf oben erwähnten Zeitabschnitten am meisten zu Dank verpflichtet, ist die ungeheure Hilfe, die die Vereinigten Staaten unserem Lande geleistet haben und die große Rolle, die diese Hilfe bei der Wiederherstellung unseres staatlichen Lebens und unserer Wirtschaft gespielt hat.

Die direkte wie indirekte Unterstützung, die wir seit Kriegsende von den Vereinigten Staaten empfangen haben, beläuft sich insgesamt auf etwa 2,5 Milliarden Dollar. Obgleich man gleich nach Kriegsende gefürchtet hatte, daß Millionen Hungers sterben würden, konnten die Nahrungsmittelzulieferungen dank dieser Hilfe und dank der guten Ernten aufrechterhalten werden, und die Ernährungslage bessert sich ständig. Aus den letzten Statistiken können wir feststellen, daß die im vergangenen Finanzjahr eingeführten Nahrungsmittel 19 v. H. der Gesamtversorgung der Nation ausmachten, und daß 96 v. H. dieser Einfuhr aus Hilfsfonds bezahlt wurden, die direkt von den Vereinigten Staaten bereitgestellt wurden.

Da noch kein Friedensvertrag vorliegt, besteht gesetzlich immer noch der Kriegszustand zwischen

Japan und den alliierten Mächten. Nach den bisher geltenden Begriffen hätte Japan nicht einmal darauf hoffen können, Hilfe von den alliierten Mächten zu erhalten oder Handel mit ihnen treiben zu können, ebensowenig hätte eine Hoffnung bestanden, daß man Personen in diese Länder schicken könnte, oder daß Leute von dort hierher kommen würden.

Mit anderen Worten: Dinge, die gewöhnlich erst nach Abschluß eines formellen Friedensvertrages gestattet sind, werden schon jetzt auch ohne einen solchen tatsächlich erlaubt. Natürlich kann es, solange es sich noch um einen „de facto Frieden“ handelt, keine formelle Wiederaufnahme in die internationale Gesellschaft geben; nichtsdestoweniger zeichnet sich auf verschiedenen Gebieten ein Zustand ab, der einer formellen Wiederaufnahme sehr ähnlich ist.

Was Japans auswärtige Beziehungen anbetrifft, so ist es erfreulich festzustellen, daß Vertretungen der japanischen Regierung in fünf Großstädten der Vereinigten Staaten eingerichtet worden sind und daß auch viele andere Länder jetzt die Genehmigung zur Einrichtung solcher Vertretungen geben oder in Erwägung ziehen. Da Japan die Vollmacht zur Unterhaltung diplomatischer Beziehungen noch nicht wiedererlangt hat, kann es keine Botschaften oder Gesandtschaften errichten; aber die gegenwärtige Regelung ist weit besser als wenn man gar keine Vertretungen in überseeischen Ländern hätte.

Was den Reiseverkehr nach Übersee anbetrifft, so sind die Beschränkungen wesentlich aufgelockert worden. Wenn ein japanischer Geschäftsmann zum Beispiel Waren nach dem Auslande exportiert, erhält er seine Bezahlung in Form von Devisen und kann einen Teil dieser Einnahmen dazu benutzen, Vertretungen im Ausland zu gründen oder selber ins Ausland zu reisen. Japan kann jetzt, obgleich es noch keinen Friedensvertrag abgeschlossen hat, Vertreter zu internationalen Konferenzen entsenden, nicht nur als Beobachter sondern auch als offizielle Teilnehmer.

Für die wirtschaftliche Gesundung Japans ist ein blühender Außenhandel von größter Bedeutung. Seit der unmittelbar auf den Krieg folgenden Periode, als es überhaupt kaum irgendwelchen Handel gab, hat die Handelsfreiheit ständig zugenommen. Bis zum Januar dieses Jahres sind für den privaten Handel, außer einem Teil der bisher bestehenden Vorschriften, praktisch alle Beschränkungen weggefallen.

Die Anzahl der von Japan abgeschlossenen Handelsabkommen, einschließlich der Abkommen mit dem Sterlinggebiet, beläuft sich bereits auf einundzwanzig. Wenn man sie nach den im vergangenen Jahr erzielten Ergebnissen beurteilt, tragen diese Abkommen viel zur Förderung unseres Ausfuhrhandels bei. Sie machten annähernd 70 v. H., d. h. über 300 Millionen Dollar des Gesamterwerbes unserer Ausfuhren aus.

Von der Einfuhr kamen 20 v. H. d. h. wertmäßig über 200 Millionen Dollar aus Ländern, mit denen wir Handelsabkommen haben. Der Gesamtwert unseres Außenhandels stieg von Jahr zu Jahr an, von 400 Millionen Dollar im Jahr 1946 auf 700 Millionen im Jahr 1947, dann auf 900 Millionen im Jahr 1948 und schließlich auf 1,4 Milliarden im Jahr 1949, und man schätzt, daß für 1950 die Summe von 1,7 Milliarden Dollar erreicht werden wird.

Außerdem besteht jetzt so gut wie vollständige Freiheit für internationale Briefpost, Paketpost, Telegramme, Telefon und Radiosendungen.

Zu Beginn der Besatzung durften gewöhnliche Ausländer nicht ohne weiteres in Japan einreisen, aber jetzt ist die Zahl der Touristen, Geschäftsleute und anderer Ausländer, die hier einreisen, stark angestiegen. 1947 kamen nur 500 Ausländer ins Land, aber 1948 waren es 6000, und 1949 sogar 15 000. Seit Januar vergangenen Jahres können sich Ausländer, die am Wiederaufbau Japans beteiligt sind, unbegrenzt hier aufhalten.

Die japanische Schifffahrt war vielen Einschränkungen unterworfen, aber seit August 1948 ist eine Zunahme der Fahrten zu verzeichnen, die von japanischen Schiffen ins Ausland gemacht werden. Manche gehen nach dem fernen persischen Golf, um Öl zu laden, andere nach Thailand, um Reis zu holen.

Unmittelbar nach dem Kriege wurden der Fischerei ebenso wie der gewöhnlichen Schifffahrt Beschränkungen auferlegt. Daraus ergaben sich viele Schwierigkeiten. Fischerboote konnten oft nicht ausfahren, um die Fischesaison auszunutzen. Im November 1945 wurde jedoch den Fischerbooten die Erlaubnis erteilt, in bestimmten Gebieten ihrer Tätigkeit nachzugehen, ohne jedesmal vorher Genehmigung einzuholen. Im Juni 1946 wurde dann dieses Gebiet auf das Doppelte seiner bisherigen Ausdehnung erweitert, und im September 1949 weit nach Osten ausgedehnt. Diese Erweiterungen trugen viel zur Verbesserung der beunruhigenden Ernährungslage bei.

Am 11. Mai dieses Jahres wurde dann das Fischereigebiet nach Süden bis zum Äquator ausgedehnt und für die Thunfischerei wurden in den betreffenden Gebieten ähnliche Genehmigungen erteilt wie für die Walfangflottillen, die in der Antarktis operieren.

Man erwartet, daß sich die Gesamtausbeute der Thunfischerei auf Grund der letzten Erweiterung des Fischereigebietes erheblich gegenüber der früheren Menge erhöhen wird.

Dank der obenerwähnten schrittweisen Erweiterungen können japanische Fischerboote jetzt fast ebenso weit ausfahren wie vor dem Kriege. Seit der Fischesaison von 1949 wurde außerdem in vier verschiedenen Fällen Genehmigung für Walfangexpeditionen mit zwei Flottillen in die Antarktis erteilt. Die ungeheuren Mengen von Walfleisch und Walöl, die von diesen Expeditionen eingebracht wurden, haben eine große Rolle in der Nahrungsmittelversorgung des japanischen Volkes gespielt.

Auf politischem Gebiet wurde es der japanischen Regierung ermöglicht, ihre Autonomie zu beweisen. Im Dezember 1949 wurden die in den verschiedenen Präfekturen eingesetzten Stäbe der Militärregierung aufgehoben und dafür an acht Orten Dienststellen für zivile Angelegenheiten eingerichtet, wodurch das System straffer zusammengefaßt wurde.

Wenn wir uns nun dem Gebiet der Produktion zuwenden, so können wir feststellen, daß die Schiffsbauindustrie, die verschiedenen Einschränkungen unterworfen gewesen war, jetzt größere Überseeschiffe bauen darf; infolgedessen hat diese Industrie einen merklichen Auftrieb erfahren.

Die Grundindustrien wie Eisen, Maschinenbau, Soda, Elektrizität (Kohlekraftwerke), Schwefelsäure und Wälzlagerindustrien waren überdies in ihrer Tätigkeit durch das Reparationsprogramm stark eingeschränkt; aber nach der vorläufigen Ent-

scheidung der Regierung der Vereinigten Staaten im Mai 1949, die Entfernung dieser Anlagen als Reparationen einzustellen, haben diese Industrien den Betrieb wieder aufgenommen.

Außerdem hat sich unsere Textilindustrie wieder bis zu einem Stand von 4 Millionen Spindeln emporgearbeitet. Bevor wir zum Schluß kommen, möchten wir noch hinzufügen, daß eine Nation Kapital braucht, um ihre Industrien wiederzubeleben, ebenso wie ein Geschäftsmann Kapital braucht, um ein Geschäftsunternehmen in Gang zu bringen. Da alle Industrien unseres Landes durch den Krieg vernichtet waren, mußte es sich an andere Länder wenden, um Kapital zu bekommen.

In dieser Hinsicht ist seit dem Januar letzten Jahres, als es Ausländern erlaubt wurde, Investitionen in Japan vorzunehmen, eine Belebung des privaten ausländischen Investitionsverkehrs und der Handelstätigkeit in Japan erfolgt. Obgleich Japan große Summen aus den Geldern der amerikanischen Steuerzahler zu seiner Unterstützung gebraucht hat, kann es nicht erwarten, daß diese Unterstützung unbegrenzt fortgesetzt wird. Darum ist der Zufluß ausländischen Privatkapitals so besonders willkommen. Außerdem müssen wir im Hinblick auf die Tatsache, daß unsere Industrie technisch noch sehr rückständig ist, ausländische Maschinen und technische Methoden einführen. Sonst können wir nicht hoffen, der Konkurrenz auf ausländischen Märkten standzuhalten.

Schlußfolgerungen

Es ist ein ungünstiger Umstand, daß die unter den Alliierten herrschenden Verhältnisse den Abschluß eines formellen Friedensvertrages verhindern haben, obgleich Japan alle erforderlichen Bedingungen vollkommen erfüllt; aber da es bei einem Friedensvertrag immer zwei Parteien gibt, kann man nicht erwarten, daß sich in Bezug auf den Friedensvertrag alles den Wünschen Japans entsprechend entwickelt. Da für einen sofortigen Friedensschluß keine Aussicht besteht, ist es wünschenswert, daß mit verschiedenen Ländern Übereinkommen getroffen werden, die so weit wie möglich den durch einen Friedensvertrag geschaffenen Verhältnissen entsprechen, und daß dadurch möglichst große Erleichterungen für unsere verarmte Wirtschaft erreicht werden.

Das heutige Japan kann sich auf keinen Fall Einwände leisten, die etwa besagen, daß keine Geschäfte mit dem Ausland getätigt, keine Personen ins Ausland entsendet und keine Einführung ausländischen Kapitals unternommen werden sollten, solange noch kein formeller Friedensvertrag unterzeichnet ist. Jedermann hofft, daß ein sogenannter Gesamtfriede abgeschlossen wird; aber wir können nicht einfach unbekümmert behaupten, daß es ratsam wäre, auf den Gesamtfrieden zu hoffen und das gegenwärtige Kontrollsystem auf unbestimmte Zeit weiterbestehen zu lassen. Unsere Nation sollte sich ein Programm setzen, nach dem sie allmählich wieder normalen internationalen Status erwirbt durch den Abschluß von Friedensverträgen mit den Nationen, die ihr Unabhängigkeit und Gleichberechtigung zugestehen wollen.

Quelle: *New York Times* vom 2. Juni 1950
Übersetzung des Europa-Archivs.
Die Zwischentitel wurden vom Europa-Archiv eingesetzt und entsprechen nicht dem ursprünglichen Dokument.

Die Ereignisse in Europa

Belgien

1. August: Nach Beratung mit Vertretern der drei großen Parteien verzichtet König *Leopold III.* in einer Proklamation auf den Thron. Er beauftragt das Parlament, ein Gesetz zur Übertragung der königlichen Vollmachten auf Kronprinz *Baudouin* zu erlassen und verpflichtet sich, am Tage der Großjährigkeit des Kronprinzen formell abzudanken. Am 9. August billigt die Kammer mit 165 gegen 27 Stimmen das Gesetz zur Übertragung der Befugnisse König *Leopolds* auf Kronprinz *Baudouin*, am 10. August der Senat mit 121 gegen 22 Stimmen.

11. August: Kronprinz *Baudouin* leistet vor dem Parlament den Eid auf die Verfassung und übernimmt die Regentschaft. Die Regierung tritt zurück.

13. August: Prinz *Baudouin* beauftragt Paul van Zeeland mit der Bildung einer christlich-sozialen Regierung. Die am 15. August gebildete Regierung setzt sich folgendermaßen zusammen: Ministerpräsident: Joseph *Pholien*; Außenminister: Paul van Zeeland; Innenminister: Maurice *Brasseur*; Verteidigungsminister: Edouard de Greef; Minister für europäische Angelegenheiten und Außenhandel: Joseph *Meurice*; Justizminister: Ludovic *Moyersoen*; Finanzminister: Jean van Houtte; Post- und Verkehrsminister: Paul W. *Segers*; Wirtschaftsminister: Albert *Coppé*; Arbeits- und Sozialminister: Gérard van den Daele; Erziehungsminister: Pierre *Harmel*; Minister für öffentliche Arbeiten: Oscar *Behogne*; Landwirtschaftsminister: Charles *Heger*; Gesundheitsminister: Albert de *Taeye*; Wiederaufbauminister: A. F. de *Boodt*; Kolonialminister: Adrien *Dequae*.

Dänemark

5. August: Außenminister Gustav *Rasmussen* überreicht dem amerikanischen Geschäftsträger eine Note, in der die Regierung ein Rüstungsprogramm, für das 400 Millionen Kronen vorgesehen sind, ankündigt. In der Note wird erklärt, die amerikanische Waffenhilfe sei eine unumgängliche Notwendigkeit.

8. August: Die Regierung ersucht das Parlament um Bewilligung von 400 Millionen Kronen zur Deckung der erhöhten Verteidigungsausgaben und eines Teiles des Außenhandelsdefizits.

9. August: Die Regierung tritt zurück, nachdem das Folketing ihrem Finanzprogramm die Zustimmung versagt hat. König *Frederik* löst das Volketing auf und ordnet für den 5. September Neuwahlen an.

Für das Wiederaufrüstungsprogramm bewilligen beide Häuser des Parlaments 350 Millionen Kronen.

10. August: König *Frederik* beauftragt Ministerpräsident Hans *Hedtoft* mit der Fortführung der Regierungsgeschäfte.

Deutschland

1. August: Die Regierungschefs der Länder der amerikanischen Besatzungszone betonen in einer Besprechung mit dem amerikanischen Hohen Kommissar John J. *McCloy*, daß sie die Tätigkeit der Kommunistischen Partei stärker überwachen wollen.

Die Alliierte Hohe Kommission veröffentlicht ein Statut, das die Grenzen eines Sondergebietes um Bonn festlegt.

Der Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen, Karl *Arnold*, bildet ein Übergangskabinett, welchem nur Mitglieder der Christlich-Demokratischen Union angehören. Das Kabinett hat folgende Zusammensetzung: Ministerpräsident und Innenminister: Karl *Arnold*; Finanz- und Wirtschaftsminister: Dr. Heinrich *Weitz*; Ernährungs- Arbeits- und Wiederaufbauminister: Heinrich *Lübke*; Kultus- und Sozialministerium: Christine *Teusch*; Justiz- und Verkehrsminister: Arthur *Straeten*; Vertreter im Bundesrat: Karl S. *Spiecker*.

Oberst a. D. Kurt *Graebe* wird zum Vorsitzenden des Direktoriums der Deutschen Gemeinschaft in Bayern gewählt.

2. August: Ein Sprecher des amerikanischen Hauptquartiers gibt bekannt, daß die Industriepolizei und die Arbeitskompanien zu einem neuen Verband zusammengeschlossen werden sollen.

Beim Bundeskanzleramt wird ein Staatssekretariat für Inneres eingerichtet, dessen Leitung von Ministerialdirektor Hans *Globke* übernommen wird.

3. August: Der Landtag von Württemberg-Baden beschließt das Wahlgesetz für die Landtagswahlen am 19. November, das einen Kompromiß zwischen Verhältniswahl und Personenwahl darstellt.

Der Generalsekretär des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei und stellvertretende Ministerpräsident der Deutschen Demokratischen Republik, Walter *Ulbricht*, erklärt vor dem Parteikongress der SED in Berlin, es sei das demokratische Recht des deutschen Volkes, die Gesetze der Bonner Verwaltung zu mißachten. Niemand würde später gehenkt werden, doch würden die *Adenauer*, *Pferdmenges* und *Reuter* vor ein Volksgericht gestellt werden.

4. August: Dr. Hermann *Pünder* erklärt auf einer Pressekonferenz, die deutsche Delegation werde in Straßburg für einen Europäischen Bundespakt eintreten und als vordringliches deutsches Anliegen die Flüchtlingsfrage vorbringen.

Die Stadtverordnetenversammlung von Westberlin billigt einstimmig die neue Verfassung. Die Alliierte Hohe Kommission begrüßt einen von der Bundesregierung veröffentlichten Gesetzentwurf, welcher die Gewährung voller Rechte für die verschleppten Personen vorsieht.

5. August: In Bad Cannstadt wird von einem unbekannten Flüchtling die „Charta der Heimatvertriebenen“ verkündet, in welcher die Heimatvertriebenen auf Rache und Vergeltung verzichten und gleiches Recht als Staatsbürger, gerechte Verteilung der Lasten des Krieges auf das ganze deutsche Volk, Einordnung aller Berufsgruppen der Heimatvertriebenen und die Mitarbeit am Wiederaufbau Europas fordern.

Vertreter mehrerer Rechtsparteien und Gruppen gründen in Alsfeld die „Nationaldemokratische Reichspartei (Block der Vaterländischen Einigung). Zu Vorsitzenden werden Karl-Heinz Priester und Joachim von Ostau gewählt.

6. August: In Hessen wird ein Landesverband des Blocks der Heimatvertriebenen und Entrechteten (BHE) gegründet und zum ersten Vorsitzenden Waldemar Kraft gewählt.

7. August: Bei der Wahl des Ministerpräsidenten in Schleswig-Holstein erhält der Kandidat des Deutschen Wahlblocks (CDU-FDP-DP), Paul Nagel, nur 31 Stimmen gegen 19 Stimmen der SDP und 15 Stimmen des BHE. Die Regierung des Ministerpräsidenten Bruno Diekmann (SDP) bleibt daher zunächst weiter im Amt.

8. August: Der Zentralvorstand der Liberaldemokratischen Partei in der sowjetischen Besatzungszone schließt den stellvertretenden Ministerpräsidenten, Professor Hermann Kastner, aus der Partei aus.

9. August: Der Generalsekretär der Liberaldemokratischen Partei in der sowjetischen Besatzungszone, Günther Stempel, wird verhaftet.

Die Provisorische Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik billigt das Abkommen über die Grenzmarkierungen an der Oder/Neiße-Linie und verabschiedet das Wahlgesetz.

10. August: Der amerikanische Hohe Kommissar John J. McCloy weist Anschuldigungen zurück, wonach amerikanische Flugzeuge Brandbomben über der sowjetischen Besatzungszone abgeworfen haben sollen.

Die Alliierte Hohe Kommission teilt der Bundesregierung die Aufhebung des Verbotes von Stahllieferungen an die sowjetische Besatzungszone mit.

Die Innenminister der Bundesländer kommen auf einer Konferenz in Bonn überein, bei der Bekämpfung illegaler kommunistischer Organisationen zusammenzuarbeiten.

Der stellvertretende Oberkommandierende der amerikanischen Streitkräfte in Europa, General Clarence R. Huebner, verläßt Heidelberg, um in

die Vereinigten Staaten zurückzukehren. Sein Nachfolger ist General Manton Sprague Eddy.

11. August: Das zweite europäische Jugendforum wird in München eröffnet. Der Präsident des Bundes europäischer Jugend, Erwin von Bresensdorf, fordert eine Mobilmachung der Jugend für Europa. die Teilnehmer lehnen einen Arbeitsdienst ab, fordern ein europäisches Jugendwerk und beenden ihre Tagung am 13. August.

12. August: Die niedersächsischen Minister der Christlich-Demokratischen Union, Dr. Georg Strickrodt (Finanzen), Dr. Otto Fricke (Wirtschaft und Verkehr) und Dr. Werner Hofmeister (Justiz) überreichen der niedersächsischen Staatskanzlei ihre Rücktrittsgesuche.

In Köln wird der Landesverband Nordrhein-Westfalen des Blocks der Heimatvertriebenen und Entrechteten (BHE) gegründet.

14. August: Der französische Delegierte in der Beratenden Versammlung des Europarates, André Philip, bezeichnet auf einer Kundgebung der Europa-Union in Baden-Baden das Arbeiterelend als die größte Gefahr für Europa. Die Sowjetunion warte auf den inneren Zerfall Europas und hoffe, die einzelnen Staaten ohne Krieg in ihre Hand zu bekommen. In einer Resolution sprechen die Versammlungsteilnehmer die Erwartung aus, daß der Europarat nicht auseinandergehen werde, ohne alle Maßnahmen für die Rettung Europas getroffen zu haben.

15. August: Von 14 in der Bundesrepublik erscheinenden parteiamtlichen kommunistischen Zeitungen haben auf Anordnung der Alliierten Hohen Kommission 11 Zeitungen zeitweilig ihr Erscheinen einstellen müssen.

Frankreich

1. August: Unter Leitung des Oberbefehlshabers der Landstreitkräfte der Westunion, General Latre de Tassigny, beginnen in Fontainebleau viertägige Generalstabsübungen, bei denen die Möglichkeiten der Verteidigung Westeuropas besprochen werden.

3. August: Verteidigungsminister Jules Moch erklärt vor dem Rat der Republik, Frankreich erwarte, daß die Vereinigten Staaten und Großbritannien die gleichen Anstrengungen zur Verteidigung Europas machten wie Frankreich selbst. Frankreich könne nicht allein die Infanterie stellen, sondern jede Macht müsse Truppen aller Waffengattungen zur Verteidigung Westeuropas beisteuern.

5. August: Ministerpräsident René Pleven überreicht dem amerikanischen Botschafter David Bruce ein Memorandum über die geplanten Rüstungsanstrengungen Frankreichs, die während der nächsten drei Jahre die Erhöhung der Streitkräfte um 15 Divisionen zum Ziele haben. In dem Memorandum wird die Erwartung ausgesprochen, daß die Vereinigten Staaten und Großbritannien ihre Truppen auf dem Kon-

tinient verstärken, und die Ernennung eines gemeinsamen Oberbefehlshabers der Atlantikpakt-Streitkräfte vorgeschlagen.

8. August: Der Regionalausschuß der südlichen Planungsgruppe des Atlantikpaktes tritt in Paris zu einer Konferenz zusammen, an der Vertreter der Generalstäbe der Vereinigten Staaten, Großbritanniens, Frankreichs und Italiens teilnehmen.
10. August: Die Konferenz über den Schumanplan wird auf den 31. August vertagt, um den Teilnehmern Gelegenheit zur Rücksprache mit ihren Regierungen zu geben. Das französische Außenministerium stellt dazu fest, daß die fünf Ausschüsse ihre Arbeiten abgeschlossen hätten und daß der Entwurf des Vertragstextes in seinen Grundzügen festliege. Am 11. August gibt Außenminister Robert Schuman auf einer Kabinettsitzung der Hoffnung Ausdruck, daß Großbritannien sich schließlich doch noch an den Verhandlungen über seinen Plan beteiligen werde. Er rechne damit, daß die britische Regierung neue Vorschläge machen werde, wenn der Entwurf für die Montanunion fertiggestellt sei.

Europarat

3. August: Der Ministerausschuß tritt unter dem Vorsitz des irischen Außenministers Sean McBride zusammen. Die Minister kommen überein, daß der französische Außenminister Robert Schuman vor der Beratenden Versammlung seinen Plan zur Zusammenfassung der europäischen Grundindustrien erläutern soll. Am 5. August nimmt der Ausschuß die Bundesrepublik Deutschland und das Saarland als assoziierte Mitglieder auf und beschließt, daß Beobachter der beiden Länder jederzeit zu den Sitzungen des Ausschusses eingeladen werden können. Am 7. August beschließt der Ministerausschuß seine Vorbereitungsarbeiten mit der Annahme des Entwurfs einer Konvention über die Menschenrechte.

7. August: Die zweite Sitzungsperiode der Beratenden Versammlung wird von dem Alterspräsidenten Antonio Boggiano Pico (Italien) eröffnet. Der belgische Delegierte Paul Henri Spaak wird mit 90 gegen 23 Stimmen zum Präsidenten wiedergewählt. In seiner Begrüßungsansprache erklärt Spaak, Europa müsse jetzt alle seine Kräfte sammeln.

8. August: Der französische Delegierte André Philip (Sozialist) fordert „wirkliche Autorität“ für die Beratende Versammlung. Die Empfehlungen des Ministerausschusses hätten der Gefahr eines sowjetischen Angriffs auf das zersplitterte Europa keine Rechnung getragen. Eine europäische Armee müsse beschleunigt beschaffen werden.

Der britische Delegierte Harold McMillan gibt auf einer Pressekonferenz einen Vorschlag der britischen Konservativen zum Schumanplan bekannt, der es einer größeren An-

zahl von Ländern ermöglichen soll, sich an der Montanunion zu beteiligen. Der Plan sieht vor, einen Unterausschuß des Ministerausschusses, dem die Außenminister der an der Union beteiligten Länder angehören sollen, mit der Kontrolle der Obersten Behörde zu beauftragen. In dem Ausschuß soll jedes Land in Fragen, die es ausschließlich selbst betreffen, das Vetorecht besitzen. Die Union soll zunächst auf eine Probezeit von fünf Jahren abgeschlossen werden.

9. August: Der deutsche Delegierte Dr. Eugen Gerstenmeier (CDU) legt der Beratenden Versammlung die Entschließung des deutschen Bundestages vor, in der der Abschluß eines europäischen Bundespaktes vorgeschlagen wird. Im Verlaufe seiner Rede weist er auf die tiefgreifende Wandlung des nationalen Bewußtseins der Deutschen hin und erklärt, das deutsche Bekenntnis zu einem geeinten Europa gehe weit über alle Nützlichkeitsbetrachtungen hinaus. Das deutsche Volk lehne in seiner Mehrheit eine Remilitarisierung ab. Die Bundesrepublik sei aber bereit, in einer Vereinigung der freien Völker Europas ihren vollen Beitrag zur Erhaltung des Friedens zu leisten. Der britische Delegierte Robert Boothby erklärt, Europa sei ohne Deutschland nicht zu verteidigen. Er fordere den vollen Beitrag Deutschlands zur Verteidigung Europas unter den gleichen Bedingungen wie jeder andere. Ferner halte er die Bildung eines Oberkommandos für die westlichen Demokratien und die Ernennung eines einzigen Oberbefehlshabers für Westeuropa für notwendig. Der französische Delegierte Georges Bidault erhebt eine ähnliche Forderung, indem er die Ernennung eines Hohen Kommissars für die Verteidigung im Rahmen des Europarates als Verbindungsperson zum Atlantikrat verlangt. Der französische Delegierte Paul Reynaud schlägt die Ernennung eines Kriegsministers für Europa vor.

Der Ministerausschuß beschließt, einen Antrag der Beratenden Versammlung auf Erweiterung ihrer Befugnisse bis zu seiner nächsten Zusammenkunft im Oktober zurückzustellen.

10. August: Der deutsche Delegierte Carlo Schmid (SPD) lehnt für die deutschen Sozialisten eine aktive Beteiligung an der Verteidigung Westeuropas ab, solange nicht eine internationale europäische Regierung geschaffen sei. Eine Wiederbewaffnung Deutschlands würde 1. der Sowjetunion den besten Vorwand zum Kriege geben; 2. keinen praktischen Nutzen haben, da die Alliierten die deutschen Divisionen nicht ausrüsten könnten; 3. würde den Nachbarn Deutschlands der Gedanke, daß Deutschland fünf Jahre nach ihrer Befreiung wieder bewaffnet ist, unerträglich sein.

Der französische Außenminister Robert Schuman erläutert vor der Beratenden Versammlung seinen Plan zur Zusammenlegung der europäischen Schwerindustrie. Er fordert aus-

drücklich, daß die geplante Hohe Behörde nicht durch ein Vetorecht gehemmt werde.

11. August: Winston Churchill legt der Beratenden Versammlung eine Resolution vor, in der die Schaffung einer einheitlichen europäischen Armee unter demokratischer Kontrolle gefordert wird. In seiner Rede führt Churchill aus, Europa müsse durch seine Stärke jeden Angriff von vornherein verhindern. Die Versammlung solle Deutschland versichern, daß Deutschlands Sicherheit ihr ebenso heilig sei, wie die der anderen europäischen Länder. Die Resolution wird mit 89 gegen 5 Stimmen bei 27 Enthaltungen angenommen und dem Ministerausschuß zugeleitet. Churchill stellt in einem Interview klar, daß er bei der Aufstellung einer europäischen Armee auch die Beteiligung Deutschlands wünsche.

14. August: Die Beratende Versammlung erörtert den Schumanplan und die Erklärung über die Menschenrechte. Am 15. August setzen sich Vertreter Dänemarks, Deutschlands, Frankreichs, Italiens und Luxemburgs im Verlaufe der Aussprache für den Schumanplan ein, während von britischer Seite Bedenken geäußert werden. Es wird ein Unterausschuß für Verteidigungsfragen unter Vorsitz von Leon Macas (Griechenland) gebildet.

Großbritannien

1. August: In London wird die Sitzung des Ständigen Rates der Außenministerstellvertreter der Atlantikpaktstaaten durch Besprechungen mit Vertretern des Militärausschusses über die militärische Planung fortgesetzt. Am 4. August beendet der Rat seine Tagung und gibt in einem Kommuniqué bekannt, die Ausschüsse des Atlantikpaktes seien beauftragt worden, ein Programm zur beschleunigten Produktion wichtiger Waffen auszuarbeiten. Die Delegierten seien beauftragt worden, ihren Regierungen sofortige Maßnahmen zur Verstärkung der Verteidigung nahezu legen.
3. August: Die Regierung überreicht dem Botschafter der Vereinigten Staaten, Lewis W. Douglas, ein Memorandum, in dem sie ihren Entschluß bekanntgibt, in den nächsten drei Jahren ein Aufrüstungsprogramm in Höhe von 3,4 Milliarden Pfund Sterling durchzuführen.
11. August: Nach einer Kabinettsitzung, auf der Fragen der Verteidigung besprochen wurden, beruft Ministerpräsident Clement R. Attlee das Parlament für den 12. September zu einer Sondersitzung ein.
15. August: Die Admiralität gibt in einem Kommuniqué bekannt, daß amerikanische, britische und kanadische Marineoffiziere in Washington über eine Angleichung der Seekriegstaktik beraten haben.

Niederlande

10. August: Die niederländischen Vertreter in einer niederländisch-indonesischen Kommission zum Studium der Neu-Guinea-Frage stellen in einem Bericht fest, daß die Eingliederung Neu-Guineas in den indonesischen Staatenbund den Interessen der Bevölkerung zuwiderlaufe.

Der Konsultativrat der Westunion tritt in Den Haag unter Vorsitz des niederländischen Außenministers Dr. Dirk U. Stikker zusammen. In einem Kommuniqué über die Besprechungen heißt es, die Außenminister hätten eine wesentliche Beschleunigung der militärischen Vorbereitungen und der Rüstungsproduktion ihrer Länder beschlossen.

Portugal

1. August: Ministerpräsident Oliveira Salazar bildet die Regierung um. Die neuen Minister sind: Minister für die Präsidentschaft: Costa Leite; Verteidigungsminister: Oberstleutnant Santos Costa; Kriegsminister: Brigadier Abranches Pinto; Außenminister: Paulo Cunha; Wirtschaftsminister: Ulysses Cortez; Innenminister: Trigo de Negreiros; Korporationenminister: Soares de Fonseca; Kolonialminister: Sarmento Rodrigues. Am 4. August wird die Kabinettsumbildung mit der Ernennung von Professor Pinto Barbosa zum Finanzminister, Professor Victoria Pires zum Landwirtschaftsminister und Fernando Searra zum Budgetminister abgeschlossen.
10. August: Ministerpräsident Oliveira Salazar fordert in einem Interview die Vereinten Nationen auf, ihre Haltung gegenüber Spanien zu ändern. Portugals Beitrag zur Verteidigung Europas sei von einer befriedigenden Lösung dieser Frage abhängig.

Schweden

5. August: Admiral Haagen Ericson erklärt anläßlich eines Flottenbesuches in Kopenhagen, Schweden baue eine moderne Kriegsmarine auf, die in der Lage sei, der sowjetischen Flotte in der Ostsee entgegenzutreten. Er befürworte eine enge Zusammenarbeit der Seestreitkräfte der skandinavischen Staaten.

Türkei

5. August: Die Regierung richtet Noten an die zwölf Staaten des Atlantikpaktes, in denen sie um Aufnahme in den Pakt ersucht.

Ungarn

5. August: Der Rücktritt des Ministers für die Leichtindustrie, Georg Marosan, und die Ernennung von Arpad Kiss zu seinem Nachfolger werden amtlich bekanntgegeben.

Wichtige Ereignisse in der übrigen Welt

Amerika

Bolivien

6. August: In einer Sondersitzung des Kongresses anlässlich des 125. Jahrestages der Unabhängigkeit erhebt Präsident Mamerto *Urriola-goitia* erneut die Forderung nach einem freien Zugang zum Pazifischen Ozean.

Kanada

7. August: Premierminister Louis St. *Laurent* gibt in einer Rundfunkansprache den Beschluß der Regierung bekannt, spezielle Truppeneinheiten zur Erfüllung der Verpflichtungen gegenüber den Vereinten Nationen aufzustellen. Als Nachfolger des verstorbenen Arbeitsministers *Humphrey Mitchell* wird der bisherige Veteranenminister *Milton Gregg* ernannt, dessen Portefeuille von *Hughes Lapointe* übernommen wird.

Kolumbien

8. August: Präsident *Laureano Gomez* ernennt den ehemaligen Botschafter in Washington, *Senzalo Restrepo Jaramillo*, zum Außenminister und *Roberto Urdaneta Arbelaz* zum Kriegsminister.

Vereinigte Staaten

1. August: Der Senat beschließt mit 65 gegen 15 Stimmen die Gewährung einer Anleihe in Höhe von 100 Millionen Dollar an Spanien. Am 3. August mißbilligt Präsident *Harry S. Truman* diesen Beschluß in einer Pressekonferenz. Präsident *Harry S. Truman* ersucht den Kongreß um Bewilligung von zusätzlichen 4 Milliarden Dollar für Waffenhilfe an die Staaten des Nordatlantikpaktes, Griechenland, Türkei, Iran und Südostasien, sowie am 4. August von weiteren 1,156 Milliarden Dollar für den Korea-Krieg.
3. August: Präsident *Truman* unterzeichnet das Gesetz zur Aufhebung aller Stärkebegrenzungen der Streitkräfte.
4. August: Der Senat billigt das Budget in Höhe von 34 236 932 228 Dollar, das höchste in der Geschichte der Vereinigten Staaten.
6. August: Der Vorsitzende des Militärausschusses des Senats, Senator *Millard E. Tydings*, stellt in einem Überblick über die militärischen Stärken fest, daß die Sowjetunion den Westmächten zu Lande weit überlegen sei, während der Westen auf Grund seiner stärkeren Bomberkräfte und des großen amerikanischen Atombombenvorrats in der Luft ein Übergewicht habe. Am 14. August erklärt er, Westeuropa müsse im Falle eines Krieges mit der Sowjetunion den größten Teil der Landarmee stellen.
8. August: *Henry A. Wallace* erklärt seinen Austritt aus der Fortschrittspartei und begründet seinen Schritt mit der Haltung der Partei im Koreakonflikt. Am 10. August erklärt er, der kommunistische Angriff in Korea habe ihn da-

von überzeugt, daß seine Opposition gegen die Atombombe unangebracht gewesen sei.

13. August: Vier republikanische Mitglieder des außenpolitischen Ausschusses des Senats beanstanden in einer Erklärung die Außenpolitik, die eine Folge der Abmachungen von Jalta und Potsdam sei und laufend vor den russischen Forderungen kapituliert habe.

Asien

China

1. August: General *Douglas MacArthur* erklärt nach Abschluß der Besprechungen mit Generalissimo *Tschiang Kai-schek*, es sei die Koordination der nationalchinesischen Streitkräfte mit denen der Vereinigten Staaten in Ostasien beschlossen worden. Eine Entsendung nationalchinesischer Truppen nach Formosa komme jedoch nicht in Frage.

Indien

3. August: Premierminister *Pandit Jawaharlal Nehru* legt dem Parlament den Standpunkt Indiens in der Koreafrage dar: Abwehr des nordkoreanischen Angriffs, Verhinderung einer Ausdehnung des Konflikts, Entscheidung der Zukunft Koreas durch das koreanische Volk selbst. Der Premierminister tritt erneut für die Zulassung der Chinesischen Volksrepublik zu den Vereinten Nationen ein und beschuldigt die Westmächte, daß sie kein Verständnis für die wahren Belange der asiatischen Völker zeigten. Am 4. August billigt das Parlament einstimmig die Außenpolitik *Pandit Nehrus*.
11. August: Innenminister *Sardar Patel* erklärt vor dem Parlament, die Regierung werde alle Machtmittel einsetzen, um die Kommunisten an einer bewaffneten Revolte zu hindern. Die kürzlich angekündigten Änderungen der Taktik der Kommunistischen Partei könnten die Regierung nicht darüber täuschen, daß der bewaffnete Aufstand das Ziel der Partei sei.

Indonesien

15. August: Präsident *Dr. Achmet Soekarno* proklamiert vor dem Parlament den neuen Einheitsstaat. Nach der neuen, vorläufigen Verfassung, die am 14. August mit 90 gegen 18 Stimmen vom Parlament gebilligt worden war, werden die bisherigen 16 Bundesstaaten zu 10 Provinzen zusammengefaßt.

Japan

6. August: Der Sonderberater Präsident *Trumans*, *W. Averell Harriman*, führt in Tokio Besprechungen mit General *Douglas MacArthur* über die amerikanische Ostasienpolitik.
9. August: Die Regierung ordnet in Ausführung einer Direktive von General *MacArthur* vom

9. Juli die Aufstellung einer Polizeireserve von 75 000 Mann an.

13. August: Der australische Ministerpräsident Robert Menzies trifft in Tokio zu Besprechungen mit General MacArthur ein.

Korea

1. August: Die nordkoreanischen Truppen nehmen Sangju, Yechon und Andong. Am 2. August beziehen die Streitkräfte der Vereinten Nationen eine neue Verteidigungslinie hinter dem Naktong-Fluß. An der Ostküste erobern südkoreanische Truppen die Stadt Yongdok zurück. Am 4. August versuchen nordkoreanische Verbände bei Chinju den Durchbruch auf Pusan zu erzwingen.
7. August: Amerikanische Truppen eröffnen einen Gegenangriff auf Chinju, der bis zum 10. August langsam an Boden gewinnt. Die nordkoreanischen Truppen erweitern ihre Brückenköpfe über den Naktong, gegen die am 8. August amerikanische Gegenangriffe eingeleitet werden. Am 9. August nehmen westlich Yongdok durchgebrochene nordkoreanische Kräfte Kigye und am 10. August den Hafen Pohang.
10. August: Im Süden nehmen amerikanische Truppen Kosong, während nordkoreanische Streitkräfte am 9. August neue Brückenköpfe über den Naktong bilden.
12. August: Der neue chinesische Botschafter in Nordkorea, General Ni Tschiliang, trifft in Piongyang ein.
15. August: Die nordkoreanischen Streitkräfte beginnen mit einer neuen Offensive und überschreiten an mehreren Stellen den Naktong-Fluß. Dabei konzentrieren sie ihre Angriffe auf Taegu.

Organisation der Vereinten Nationen

1. August: Der sowjetische Delegierte bei den Vereinten Nationen, Jakob A. Malik, eröffnet die Sitzung des Sicherheitsrates mit der Feststellung, daß der Delegierte Nationalchinas, T. S. Tsiang, an den Besprechungen nicht teilnehmen dürfe. In einer Abstimmung bestreitet der Rat mit 8 gegen 3 Stimmen dem Vorsitzenden grundsätzlich das Recht, ein Mitglied von den Beratungen auszuschließen. Malik beschuldigt die Vereinigten Staaten der Aggression in Korea. Die Frage der Vertretung der Chinesischen Volksrepublik im Sicherheitsrat sei eng mit der Koreafrage verknüpft. Am 3. August wird die von den Vereinigten Staaten beantragte Tagesordnung — Verurteilung des Angriffes auf die Republik Korea — mit 8 Stimmen gegen die Stimme der Sowjetunion und bei Stimmenthaltung Jugoslawiens und Ägyptens angenommen. Der sowjetische Antrag, die Frage der Vertretung der chinesischen Volksrepublik in die Tagesordnung aufnehmen, wird mit 5 gegen 5 Stimmen abgelehnt. Der sowjetische Antrag: „friedliche Regelung der Koreafrage“

wird mit 7 Stimmen gegen 3 Stimmen bei Stimmenthaltung Jugoslawiens abgelehnt. Am 4. August schlägt der sowjetische Delegierte Jakob Malik einen Feuereinstellungsbefehl für Korea und den Rückzug aller ausländischen Truppen vor. Er fordert, daß der Rat einen Vertreter der chinesischen Volksrepublik und des koreanischen Volkes anhören solle.

2. August: Der Wirtschafts- und Sozialrat erklärt sich einstimmig bereit, Hilfsmaßnahmen für die Zivilbevölkerung Koreas einzuleiten.
6. August: Generalsekretär Trygve Lie stellt in seinem Jahresbericht fest, daß die Krise in Korea den Bestand der Vereinten Nationen ernstlich gefährdet habe. Staatskunst und der Wille zur Verständigung zwischen Ost und West seien notwendig, um einen dritten Weltkrieg zu verhindern. In der Frage der Vertretung Chinas stehe er auf dem Standpunkt, daß diejenige Regierung das chinesische Volk vertreten solle, die den größten Teil Chinas kontrolliere.
10. August: Im Sicherheitsrat beschuldigt der amerikanische Vertreter Warren R. Austin die Sowjetunion, die nordkoreanische Armee ausgerüstet und ausgebildet und schließlich das Zeichen zum Angriff auf Südkorea gegeben zu haben. Der sowjetische Vertreter Jakob A. Malik gibt zu, daß die Sowjetunion den Nordkoreanern Waffen geliefert habe, doch seien diese in der Zeit der sowjetischen Besetzung verkauft worden.
12. August: Aus einem Bericht des Hauptquartiers der Vereinten Nationen geht hervor, daß bisher 12 Nationen: Australien, Frankreich, Großbritannien, Kanada, Republik Korea, Neu-Seeland, die Niederlande, die Philippinen, Südafrikanische Union, Thailand, die Türkei und die Vereinigten Staaten verschiedene Arten von Kampfunterstützung in Korea zur Verfügung gestellt oder angekündigt haben. Insgesamt haben 53 von 59 Nationen die Aktion der Vereinten Nationen unterstützt, während sie von der Sowjetunion, Weißrußland, der Tschechoslowakei, Polen und der Ukraine bei Enthaltung Jugoslawiens nicht gebilligt worden ist.
14. August: Der indische Delegierte im Sicherheitsrat, Sir Benegal Rau, schlägt die Bildung eines Ausschusses durch die sechs nicht ständigen Mitglieder des Rates, Ekuador, Indien, Jugoslawien, Kuba, Ägypten und Norwegen vor, der einen Weg zur Lösung des Korea-Konfliktes suchen solle.
15. August: Der britische Delegierte im Wirtschafts- und Sozialrat, G. T. Corley-Smith, fordert die Ernennung einer Kommission zur Prüfung der Zwangsarbeitslager in Osteuropa. Nach Schätzungen der britischen Regierung gäbe es in der Sowjetunion mehr als 10 Millionen Zwangsarbeiter. Der Rat nimmt ferner einen Plan zur Erreichung der Vollbeschäftigung in der Welt an.

NEUEINGÄNGE IN UNSEREM ARCHIV

5. JAHR

WICHTIGE ZUGÄNGE VOM 1. BIS 15. AUGUST 1950

17. FOLGE

Bücher und Broschüren

Anliegerbeiträge und Wohnungsbau. Bericht über eine Arbeitstagung. Mit einleitendem Referat von Generalliegenschaftsdirektor Paul Reith, Köln. Frankfurt/Main, Institut zur Förderung öffentlicher Angelegenheiten E. V.; 1950. 52 S. Preis: brosch. DM —,80.

Direktor Reith weist in seinem Referat auf den hohen Anteil der Straßenbaukosten an den Gesamtkosten und auf die fñnfmal so hohe Belastung der Kleinsiedlerhäuser gegenüber den fünfgeschössigen Mietshäusern hin. Anhand einiger Beispiele werden verschiedene Vorschläge und neue Regelungen in einzelnen Städten aufgezeichnet. Aus der Diskussion ist zu entnehmen, daß die Regelung der Anliegerbeiträge, besonders diejenige nach dem preußischen Fluchtliniengesetz von 1875, für den sozialen Wohnungsbau und die Kleinsiedlerhäuser ein Hemmnis darstellt und diese ganze Frage einer Reform dringend bedürftig ist.

Bachmann, Hans: Westeuropäische Wirtschaftsunion oder wirtschaftliche Zusammenarbeit? Veröffentlichungen des schweizerischen Instituts für Außenwirtschafts- und Marktforschung an der Handels-Hochschule St. Gallen 11. Zürich und St. Gallen, Polygraphischer Verlag AG.; 1950. 48 S. Die Frage, die der Titel dieser Schrift stellt, wird vom Standpunkt des schweizerischen Förderalisten dahingehend beantwortet, daß eine westeuropäische Wirtschaftsunion zurzeit nicht verwirklicht werden kann und daß dafür ein Ausbau der wirtschaftlichen Zusammenarbeit in Westeuropa treten müßte. Ohne eine politische Union ist neben einer Reihe anderer Gründe nach Ansicht des Verfassers eine wirtschaftliche Union nicht möglich. Dagegen schlägt Prof. Bachmann im Rahmen einer wirtschaftlichen Zusammenarbeit die Schaffung eines einheitlichen Europamarktes vor, der vor allen Dingen den Abbau der Zölle und die Herstellung totaler Zollfreiheit im innereuropäischen Verkehr erforderlich mache.

Baird, A. Craig: Representative American Speeches: 1948—1949. The Reference Shelf, Vol. 21. No. 2. Published September 1949. New York, The H. W. Wilson Company; 1949. 252 S.

Braunschweig in der Statistik. 2. Folge 1950. Braunschweig, herausgegeben im Auftrage des Oberstadtdirektors vom Statistischen Amt; 1950. 168 S.

Catalogue of Economic and Social Projects 1950. U. N. Publ. Sales No. 1950. II. D. 1. 515 S. Preis: brosch. S 3,75; 27/6 Stg; sfr. 15,00.

Dieses Nachschlagewerk schildert in katalogisierender Weise die Arbeit der Sekretariate der Vereinten Nationen und ihrer Sonderorganisationen auf wirtschaftlichem und sozialem Gebiet. Der Katalog berichtet im 1. Teil über die Arbeit und die Pläne — auch über solche Projekte, über die bisher noch keine Veröffentlichung erschienen ist — und vermittelt darüber hinaus einen Überblick über die Untersuchungen, Berichte und Statistiken mit kurzen Inhaltsangaben. So erhält man eine umfassende Übersicht über die Veröffentlichungen der Organisationen der Vereinten Nationen. Der 2. Teil des Kataloges enthält einen analytischen Index, der ein schnelles Auffinden der von den einzelnen Organisationen auf den verschiedensten Gebieten angeschnittenen Untersuchungen und herausgegebenen Berichte ermöglicht.

Catalog of United States Census Publications 1790—1945. Prepared by Henry J. Dubester, Chief, Census Library Project. Library of Congress. Washington, Superintendent of Documents, U.S. Government Printing Office; 1950. X, 320 S. Preis: \$ 1,50.

Das Recht in Deutschland. Sammlung des Reichs- und Zonenrechts. Überstaatliches Recht. Band III.

4. und 5. Lieferung. Deutsche Demokratische Republik. Herausgegeben durch Dr. Helmut Ruge, Rechtsanwalt und Notar. Berlin, Carl Heymanns Verlag; 1950. 320 S. je Lieferung. Preis: DM 20,— je Lieferung.

Die Befreiung des Welthandels. Zweiter Bericht über die Durchführung des allgemeinen Abkommens über die Zolltarife und den Handel. Juni 1950. Veröffentlicht vom Geschäftsführenden Ausschuß der Internationalen Handelsorganisation. Bestell-Nr.: GATT/1950—2. 31 S.

Die Lage der westdeutschen Wirtschaft und der Weltwirtschaft um die Jahresmitte 1950. Beurteilung des Arbeitskreises „Konjunkturbeobachtung“ der Arbeitsgemeinschaft deutscher wirtschaftswissenschaftlicher Forschungsinstitute e. V., Bonn. Juli 1950. 4 S.

Die Mittelstufe der Verwaltung. Bericht über eine Arbeitstagung. Mit Referaten von Regierungspräsident Kurt Baurichter, Düsseldorf — Oberbürgermeister Dr. Hugo Swart, Staatssekretär a. D., Heidelberg — Staatsrat Dr. Ottmar Kollmann, Bayerisches Staatsministerium des Innern, München. Frankfurt am Main, Institut zur Förderung öffentlicher Angelegenheiten E. V.; 1950. 116 S. Preis: brosch. DM 2,50.

Die Frage der Mittelstufe in der Verwaltung erscheint als eines der wesentlichen Probleme der organisatorischen Verwaltungsreform. In der Diskussion, über welche die vorliegende Schrift berichtet, wird die Notwendigkeit einer staatlichen Mittelinstanz vorbehaltlich ihrer Ausgestaltung im einzelnen bejaht. Fast völlige Übereinstimmung ergibt sich für die Notwendigkeit, kommunale Aufgaben auch oberhalb der Kreisebene, unter Umständen sogar auf der Landesebene, in kommunaler Hand zusammenzufassen.

Die Politik der Vereinigten Staaten in der Korea-Krise. Einführung zum amerikanischen Weißbuch und Präsident Trumans Rundfunkansprache. Herausgegeben vom Office of the U.S. High Commissioner for Germany. Information Services Division, August 1950. 24 S.

Dilas, Milovan: Lenin über die Beziehungen zwischen sozialistischen Staaten. Belgrad, Jugoslovenska Knjiga; 1950. 88 S.

Die Schrift erörtert das Problem der Beziehungen zwischen den sozialistischen Staaten und legt die Gründe dar, die nach Ansicht des Verfassers für den Streit zwischen der kommunistischen Partei Jugoslawiens und der kommunistischen Partei der Sowjetunion ausschlaggebend sind.

Einführung in das schwedische Rechtsleben. Vorlesungen gehalten an der Juristischen Fakultät der Universität Lund im Frühjahr 1949. Hamburg, Cram, de Gruyter & Co.; 1950. 194 S. Preis: brosch. DM 6,—.

Die Vorlesungen, die vor Studenten der Universität Münster gehalten wurden und in diesem Buch wiedergegeben sind, behandeln grundlegende Abschnitte aus dem öffentlichen und privaten Recht, sowie aus dem wirtschaftlichen und politischen Leben Schwedens. Sie behandeln in kurzgefaßter, prägnanter Form unter anderem konstitutionelle Fragen, die Pressefreiheit, Familienrecht, Prozeßrecht, die nordische Rechtsüberlieferung und die Quellen des schwedischen Rechts.

Marx, Jr., Herbert L.: American Labor Unions. Organization, Aims and Power. The Reference Shelf. Vol. 21. No. 5. New York, The H. W. Wilson Company; 1950. 240 S.

Politische Erziehung und Bildung in Deutschland. Ein Bericht über die Konferenz von Waldleiningen 1949. Frankfurt am Main, Institut zur Förderung öffentlicher Angelegenheiten E. V.; o. J. 132 S. Preis brosch. DM 2,—.

Die Schrift berichtet über eine von der hessischen Landesregierung einberufene Konferenz über die Einführung der politischen Wissenschaften an den deutschen Universitäten. Die Hauptreferate geben einen guten Überblick über die geistige und sachliche Problematik der politischen Erziehung, mit deren grundsätzlichen Fragen sich Professor Karl Geller und der französische General Raymond Schmittlein auseinandersetzen. Andere Referate geben eine Übersicht über den Stand der politischen Wissenschaften an den Universitäten in Frankreich und den Vereinigten Staaten, die dort „Political Science“ genannt werden. Außerdem enthält die Veröffentlichung Berichte über die Tätigkeit der verschiedenen neugegründeten Institute zur politischen Erziehung, wie sie etwa in der Deutschen Hochschule für Politik in Berlin, der Verwaltungsakademie in Speyer und der Staatlichen Dolmetscherhochschule in Gernersheim geschaffen wurden.

Report of a Special Subcommittee of the Committee on the Judiciary House of Representatives. Pursuant to H. Res. 238. A Resolution to Authorize the Committee on the Judiciary to Undertake a Study of Immigration and Nationality Problems. Washington, United States Government Printing Office; March 1950. IV, 87 S.

Hierbei handelt es sich um den sogenannten „Walter Report“, der seines außerordentlich aufschlußreichen Inhalts wegen von der Bundesregierung in einer deutschen Übersetzung veröffentlicht worden ist. Der Bericht sieht den Ursprung des Flüchtlingsproblems in dem Verlust der deutschen Ostgebiete und den Veränderungen der osteuropäischen Ländergrenzen. Er enthält alle mit dem Flüchtlingsproblem in Westdeutschland zusammenhängenden Fragen, gibt Untersuchungsergebnisse struktureller Natur über Altersaufbau, Geschlecht, Religion, soziale- und berufliche Gliederungen der Flüchtlinge bekannt, belegt dieses durch Statistiken und Ausschnitte aus Abkommen, Verträgen und Berichten, schildert die Maßnahmen der alliierten und deutschen Behörden und behandelt auch das Wohnungsproblem sowie die finanziellen Schwierigkeiten. Der Bericht kommt zu dem Ergebnis, daß die Lösung des Problems in der Hauptsache in der Eingliederung der deutschen Wirtschaft bestehen muß, da eine Rückkehr der Flüchtlinge und Vertriebenen in ihren früheren Wohnsitz ohne Anwendung von Gewalt nicht möglich ist. Er empfiehlt einer Million deutscher Flüchtlinge Gelegenheit zur Auswanderung zu geben und zum Zweck der Umsiedlung eine vorübergehende internationale Organisation zu bilden.

Scupin, Hans Ulrich: Die Rechtslage der Wirtschaft unter dem Bonner Grundgesetz. Schriftenreihe der Wirtschaftlichen Gesellschaft für Westfalen und Lippe e. V. Heft IX. Münster in Westfalen, Aschendorffsche Verlagsbuchhandlung; 1950. 21 S.

Sozialistisches Vademecum für die Teilnehmer an der Internationalen Konferenz für Soziale Arbeit im Juli 1950. Frankfurt/Main, Institut zur Förderung öffentlicher Angelegenheiten; Juni 1950. 46 S.

Theens, Karl: Afrika + Europa = Atlantropa. Bielefeld, Verlag J. D. Küster Nachf.; 1949. 61 S.

Tito, Josip Broz: Die Rede auf der ersten Plenarsitzung der zweiten Session des Bundestages. Herausgeber: Korrespondent der Telegraphenagentur „Das neue Jugoslawien“. o. J. 31 S.

Waage, Thomas O.: Inflation: Causes and Cures. The Reference Shelf Vol. 21, No. 1. New York, The H. W. Wilson Company; 1949. 207 S.

Texte und Dokumente

Accords et Conventions concernant l'exploitation et le transport du pétrole de l'Arabie. In: „La Documentation Française. Notes et Études Documentaires“, Nr. 1299, 21 Mars 1950.

Agreement Between India and Pakistan on Minorities. New Delhi. April 8, 1950. In: „The Middle East Journal“ No. 3, July 1950.

Communiqués relatifs aux activités sociale et culturelle l'Union Occidentale (Bruxelles, 16—17 Avril 1950). In: „La Documentations Française, Notes et Etudes Documentaires“, Nr. 1342, 16 Juin 1950.

Discours de M. Schuman à la Conférence du Charbon et de l'Acier. Paris, 20 Juin 1950. In: Agence France-Presse, Information et Documentation Nr. 297, 24 Juin 1950.

L'Économie Soviétique pendant le Second Trimestre 1950. (Communiqué de la Direction Centrale des Statistiques de l'U.R.S.S.-Extraits et analyse, 28 Juillet 1950). In: Agence France-Presse, Information et Documentation 5 Aout 1950, Numéro 303.

Resolution des Kongresses für kulturelle Freiheit in Berlin vom 26.—30. Juni 1950. In: „Ost-Problem“, Nr. 29, vom 20. Juli 1950.

Statut der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. In: „Neues Deutschland“ vom 27. Juli 1950.

Support for an Expanded Information and Education Program. Statement by Secretary Acheson made before a subcommittee of the Senate Committee on Foreign Relations on S. R. 243 on July 5, 1950. In: „The Department of State bulletin“, Nr. 576, July 17, 1950.

Support of Mutual Defense Assistance Program for 1951. Statement by Secretary Acheson made before the Senate Appropriations Committee on June 26, 1950. In: „The Department of State bulletin“, Nr. 575, July 10, 1950.

The French Government's defense note submitted to the United States Government. Paris, August 7, 1950. In: The New York Times, August 8, 1950.

United States Policy in the Korean Crisis. Foreword. Documents No. 1—101. Text of State Department White Paper on Background of American Policy on Korea Situation. Washington July 20, 1950. In: The New York Times, July 22, 1950.

Winston Churchill's address on Rearming to the Council of Europe. Straßbourg, August 11, 1950. In: The New York Times, August 12, 1950.

Wo sind die Kriegsgefangenen? Noten der USA, Englands und Frankreichs an die Sowjetunion. Sonderdruck.

Neue Zeitschriften

Der Eigenwohner. Fachblatt für Bau-, Rechts- und Bewirtschaftungsfragen von „Eigenwohnungen“. 1. Jahrgang. Erscheinungsweise: 1 mal monatlich. Preis: DM 1,— pro 1/4 Jahr.

Klärung in Straßburg

„Straßburg Europa“ als Konzeption und Wirklichkeit

Ist erst das Reich der Vorstellungen revolutioniert, so hält die Wirklichkeit nicht aus. Hegel

Ausgangspunkt: der Haager Kongreß

Als im Mai 1948 Delegierte aus allen Teilen des Kontinents zu dem Europakongreß im Haag zusammenkamen, fand das europäische Einheitsstreben, das in der Not der ersten Nachkriegsjahre mit verstärkter Kraft wieder erwacht war, einen festen Mittelpunkt. Die Organisation der Vereinten Nationen hatte sich im Konflikt der Vereinigten Staaten und der Sowjetunion festgefahren. Nun sollte ein europäischer Bundesstaat als „dritte Macht“ vermittelnd in die weltpolitische Auseinandersetzung eintreten, die machtpolitischen, sozialen und weltanschaulichen Gegensätze ausgleichen und so zugleich den Frieden und die Weltgeltung Europas neu verankern. Hatte vor mehr als hundert Jahren *Canning* der britischen Politik das Ziel gesetzt, die Neue Welt zu erschließen, um das Gleichgewicht der Alten Welt wiederherzustellen, so galt die Haager Konzeption von 1948 der Erneuerung der Alten Welt mit dem Ziel, dadurch das Gleichgewicht der in den letzten Jahrzehnten riesenhaft angewachsenen Machtblöcke im Westen und Osten in einer neuen Ordnung des Weltstaatensystems zu festigen.

„Straßburg-Europa“

Die Haager Konzeption gab trotz der nüchternen Sprache der Resolutionen mehr ein intuitiv geschautes, neues, politisches Weltbild als ein konkretes, politisches Programm. Als dann die Vertreter der Regierungen zusammentraten, um das im Haag geborene Projekt einer europäischen Versammlung zu verwirklichen, konnte die Enttäuschung nicht ausbleiben. Das Londoner Zehnkräfte-Abkommen vom 10. Mai 1949, das die Statuten des zu bildenden „Europarates“ festlegte, war ein Staatsvertrag, etwa in der Art der *Articles of Confederation* der nordamerikanischen Kolonien von 1778 (1781) und nicht die Grundlage einer bundesstaatlichen Verfassung, wie etwa der „*Virginia Plan*“ von 1787, der erst den

eigentlichen Anstoß zur Schaffung des nordamerikanischen Bundesstaates gab. Da sich aber der Haager Kongreß, wohl in richtiger Einschätzung der tatsächlichen Machtverhältnisse, nicht selbst zum europäischen, verfassungsgebenden Konvent erhoben hatte, sondern den Regierungen die Verwirklichung seiner Konzeption zuschob — die Vorentscheidung dazu war mit der Ablehnung des Vorschlags von Paul *Reynaud* gefallen, der die sofortige Abhaltung allgemeiner europäischer Wahlen gefordert hatte —, war es unvermeidlich, daß die Regierungen die Haager Konzeption in die traditionelle Form der zwischenstaatlichen Zusammenarbeit zwängten. So entstand „Straßburg-Europa“: Der Europarat mit seinen beiden Hauptorganen, dem Ministerausschuß als Vertreter der Regierungen und der Konsultativversammlung, die in der Praxis, wenn auch nicht den Statuten nach, als Vertretung der nationalen Parlamente zu werten ist.

Der Zusammenstoß mit der politischen Wirklichkeit

Der Sturz von dem Haager Höhepunkt mit seinen weltumspannenden Ausblicken auf den nüchternen Boden der Straßburger Tatsachen kam hart und unerwartet. Die Konsultativversammlung trat im August 1949 in einer Stimmung trotzigen Aufbegehrens gegen den als lästigen Hemmschuh empfundenen Ministerausschuß zusammen, fand sich dann aber rasch in der neuen Situation zurecht. Ein neues, begrenzteres Ziel wurde aufgestellt: Die Schaffung einer europäischen Autorität mit echten Funktionen, aber begrenzten Vollmachten. Der Politische (Allgemeine) Ausschuß, unter dem Vorsitz *Bidaults* und des französischen Sozialisten *Guy Mollet* als Berichterstatter, wurde beauftragt, ein entsprechendes Aktionsprogramm auszuarbeiten. Der Ministerausschuß blieb aber, unter dem maßgeblichen Einfluß des britischen Außenministers *Bevin*, kühl ablehnend gegenüber jedem Versuch, die einengenden Bestimmungen des Statuts überhaupt zu lockern:

Die teils rundweg ablehnende, teils vorsichtig hinzögernde Stellungnahme des Ministerausschusses zu den im Sommer 1949 ausgearbeiteten Empfehlungen der Konsultativversammlung stellte schließlich auch die — gegenüber dem Haager Ausgangspunkt schon so weitgehend abgeschwächte — Straßburger Europakonzeption in Frage. Gab es denn überhaupt eine Möglichkeit, den toten Punkt zu überwinden? Sowohl in den Straßburger Ausschüssen wie in den Verbänden der Europäischen Bewegung kam es im Herbst 1949 zu einer ernsten Krise, die sich bis in den Sommer 1950 hinzog. Der harte Zusammenstoß mit dem schon für völlig morsch und abbaureif gehaltenen traditionellen Staatensystems zwang zur Ueberprüfung aller bisher bezogenen Positionen. Dabei kristallisierten sich im wesentlichen folgende Grundprobleme heraus:

1. Kann man, selbst auf lange Sicht, noch an eine Konzeption Europas als dritte Weltmacht glauben, nachdem einerseits die Hoffnung auf einen Gesamteuropäischen Bundesstaat in weite Ferne gerückt ist und andererseits zu der wirtschaftlichen Abhängigkeit von den Vereinigten Staaten auch noch die militärische Abhängigkeit von dem amerikanischen Waffenhilfsprogramm getreten ist?
2. Ist die Schaffung einer europäischen, politischen Autorität überhaupt noch sinnvoll und zweckmäßig, nachdem der Schwerpunkt der politischen Lenkung der westlichen Welt sich so eindeutig in die Organisation des Atlantikpaktes verlagert hat?
3. Sollen sich die kontinentaleuropäischen Staaten, ohne noch weiter auf Großbritannien und die skandinavischen Länder Rücksicht zu nehmen, zu einer Art „Kleiner Union“ zusammenschließen und wenigstens den Kern eines föderierten Europas mit einer europäischen Regierung und einem europäischen Parlament bilden?
4. Ist es daher nicht zweckmäßiger, übernationale Organe der europäischen, wirtschaftlichen Zusammenarbeit, wie etwa die im Schuman-Plan vorgesehene Oberste Europäische Behörde für die Schwerindu-

strie, außerhalb des Europarates zu schaffen, wo sie nicht der hemmenden Kontrolle des Ministerausschusses unterworfen sind?

5. Führt der Weg zur Bildung einer europäischen politischen Autorität über die Annahme eines Europäischen Grundgesetzes oder Bundespaktes, und ist der Europarat dafür der geeignete Ausgangspunkt?
6. Gibt es einen sofort gangbaren Weg, um den Europarat in seiner Gesamtheit, das heißt ohne Lockerung der bestehenden Verbindungen zu Großbritannien, in eine europäische Autorität mit begrenzten Funktionen, aber echten Vollmachten umzuwandeln?

Das Aktionsprogramm des Politischen Ausschusses, über das wir vor Beginn der zweiten Sitzungsperiode der Konsultativversammlung eingehend berichtet haben, enthielt bereits in großen Zügen eine Antwort auf diese Fragen. Sie war, ohne großen Gedankenflug, in manchen Vorschlägen geradezu banal und zog in dünnen Worten die Bilanz der politischen Erfahrungen der letzten zwei Jahre, die in vieler Hinsicht einem Begräbnis erster Klasse der Haager Konzeption gleichkam. Gleichzeitig ließ sie aber einen Weg erkennen, der, wenn man ihn mit Entschiedenheit beschritt, auf völlig undoktrinäre Weise, gleichsam auf Schleichwegen und Hintertreppen, zur Schaffung einer echten, politischen Autorität führen konnte. Die entscheidende Frage war nun, ob sich die Konsultativversammlung, die am 7. August 1950 in dem neu erbauten Palais de l'Europe in Straßburg zusammentrat, zu diesem Aktionsprogramm bekennen würde. Auf jeden Fall mußte die Debatte Klarheit über die in der schwebenden Krise der letzten Monate akut gewordenen politischen Grundprobleme schaffen, wenn sich die Versammlung nicht, nach der düsteren Prophezeiung *Bevins*, bei ihrem ersten Zusammenstoß mit den politischen Realisten zur „Schwatzbude“ erniedrigen wollte.

Die Stellungnahme der Konsultativversammlung zu den politischen Realitäten von 1950

Die Konsultativversammlung ging nach flüchtiger Kritik an dem Tätigkeitsbericht des Ministerausschusses entschlossen auf das Kernproblem, die Verteidigungsfrage, über und nahm anschließend zu den übrigen, im Bericht des Politischen Ausschusses aufgeworfenen Grundfragen Stellung. (Wir berichten darüber im einzelnen in dem folgenden Beitrag, der durch den Bericht des Ministerausschusses und die politischen Resolutionen der Konsultativversammlungen ergänzt wird.) Gewarnt durch die Erfahrungen des Vorjahres, vertagte sich die Versammlung am 28. August, also vor Ablauf der ihr nach den Statuten zustehenden Beratungsdauer von einem

Monat, um nach der nächsten Sitzung des Ministerausschusses, die für Oktober vorgesehen ist, Gelegenheit zu einer abschließenden Stellungnahme zu haben. Dadurch wird es für den Ministerausschuß wesentlich schwieriger, in seiner, nach den Worten *Reynauds*, „Heiligen Immobilität“ zu verharren. Die Hauptergebnisse der bisherigen Erörterungen und Abstimmungen lassen sich etwa in folgende Punkte zusammenfassen:

1. Europa ist Bestandteil der atlantischen Gemeinschaft, die sich im Rahmen der Organisation der Vereinten Nationen gebildet hat. Die Konsultativversammlung billigt und unterstützt ausdrücklich

das Vorgehen des Weltsicherheitsrates in Korea und erkennt ihn damit als oberste politische Instanz an. Im Rahmen der Organisation der Vereinten Nationen besteht die Organisation des Atlantikpaktes als militärisches Sicherheitssystem der Atlantischen Gemeinschaft. Die europäischen Staaten müssen sich ihre eigene politische Autorität schaffen, um sowohl in der Organisation des Atlantikpaktes wie in der Organisation der Vereinten Nationen und in deren Sonderorganen (Internationales Arbeitsamt, UNESCO etc.) ihre gemeinsamen Interessen wirksam vertreten zu können. Eine europäische politische Autorität ist die unumgängliche Voraussetzung für die Einhaltung einer selbständigen europäischen Linie auf politischem, militärischem, wirtschaftlichem, sozialem und kulturellem Gebiet. Eine solche selbständige europäische Haltung kann und darf nicht auf eine Schaukelpolitik im Sinne des Gleichgewichtsprinzips der alten europäischen Kabinette hinauslaufen. Der Begriff einer Politik der „dritten Macht“ — der dieses Jahr in Straßburg, im Gegensatz zur ersten Sitzung der Konsultativversammlung, gar nicht mehr erwähnt wurde — gehört in das veraltete Begriffsarsenal vergangener Jahrhunderte.

2. Voraussetzung für die Bildung einer europäischen, politischen Autorität ist, daß sie von Anfang an Großbritannien und die skandinavischen Staaten — und so bald als möglich alle freien europäischen Staaten — umfaßt. Im Kompetenzbereich dieser Autorität, der sowohl die bereits bestehenden europäischen Sonderbehörden, wie beispielsweise den Europäischen Wirtschaftsrat (OEEC) in Paris, wie auch die noch geplanten Sonderorgane (Oberste Behörde für die Schwerindustrie, Verteidigungsamt, Flüchtlingsamt, Landwirtschaftliche Marktorganisation, Verkehrsbehörde etc.) umfassen muß, soll durch Spezialabkommen die Möglichkeit geschaffen werden, die Zusammenarbeit je nach den Bedürfnissen der einzelnen Mitgliedstaaten enger oder weiter zu gestalten. Diese Spezialabkommen sollen nach Möglichkeit auf funktioneller und nicht auf regionaler Basis geschlossen werden, das heißt, sie sollen nicht dazu führen, daß ein Staat, etwa Großbritannien, oder eine Gruppe von Staaten grundsätzlich nur in lockerer Verbindung zu allen europäischen Behörden steht oder ihnen überhaupt fernbleibt. Vielmehr soll die Integration an so vielen Stellen zugleich und so rasch vorangetrieben

werden, wie dies möglich ist, ohne die widerstrebenden und auf ihrer Souveränität beharrenden Staaten aus dem Gesamtverband hinauszudrängen. Dies bedeutet, daß in dem Vorgehen der Versammlungen Kampfabbestimmungen, die etwa zu einem offenen Bruch oder zur Bildung einer „Kleinen Union“ führen könnten, unter allen Umständen vermieden werden sollen. Der Gedanke eines europäischen Bundespaktes oder Grundgesetzes wird aus den gleichen Gründen vorläufig zurückgestellt.

3. Um den Europarat in kürzester Frist, im günstigsten Fall sogar noch im Jahr 1950, in eine europäische, politische Autorität mit begrenzten Funktionen, aber echten Vollmachten umzuwandeln, sind folgende Maßnahmen erforderlich:

- a) Der Ständige Ausschuß der Konsultativversammlung wird aus den politischen Resolutionen diejenigen auswählen, zu denen eine sofortige Stellungnahme der nationalen Parlamente notwendig ist. Dabei wird es sich vor allem um die Annahme eines Zusatzprotokolls zum Statut handeln, in welchem der Abschluß von Sonderabkommen im Rahmen des Europarats gebilligt wird. Dadurch soll die Einbeziehung von europäischen Organisationen — wie beispielsweise der im Schuman-Plan vorgesehenen Obersten Behörde für die Schwerindustrie — in den Kompetenzbereich des Europarates erfolgen, und gleichzeitig für Großbritannien oder andere Staaten, die sich den Entscheidungen dieser Organisationen nicht unterwerfen wollen, die Mitarbeit in den übrigen Organen des Europarates ermöglicht werden.
- b) Die nationalen Parlamente müssen zu den vom Ständigen Ausschuß als besonders vordringlich bezeichneten Punkten Stellung nehmen und die Regierungen dazu bringen, daß sie von ihrem Vetorecht gegenüber den Empfehlungen der Konsultativversammlung, in der nächsten Sitzung des Ministerausschusses keinen Gebrauch machen.

Die Entscheidung über die Bildung einer europäischen, politischen Autorität liegt also nun bei den nationalen Parlamenten und damit zum ersten Male bei den Völkern selbst.

Straßburg, Ende August 1950.

Co.

Beiträge und Dokumente des Europa-Archivs zur Frage der Europäischen Einigung

Eine Auswahl

- Einheit und Grenzen Europas bei Constantin Frantz und Henri Martin.
(E. A. 23/24/1949, S. 2649)
- Der Europaplan Briands vom 1. Mai 1930 (Text).
(E. A. 17/1949, S. 2435)
- Die Resolutionen des Haager Europakongresses (Text).**
(E. A. Juni/Juli/1948, S. 1442)
- Die Vorgeschichte des Brüsseler Fünf-Mächte-Paktes.
(E. A. 1/1949, S. 1755)
- Der Brüsseler Fünf-Mächte-Pakt vom 17. März 1948 (Text).**
(E. A. April/1948, S. 1263)
- Die Entstehung des Westblocks.
(E. A. 2/1949, S. 1810)
- Föderation oder Kooperation. Die Zukunft der nationalen Eigenstaatlichkeit.
(E. A. 3/1949, S. 1849)
- Definition des Angreifers und Beistandsverpflichtungen in den europäischen Verträgen der Nachkriegszeit. Der Wandel der Vertragsformulierungen im Zeichen der Ost-West-Spannungen.
(E. A. 6/1949, S. 1977)
- Der Atlantikpakt vom 4. April 1949 (Text).**
(E. A. 8/1949, S. 2071)
- Die sowjetische Außenpolitik und der Abschluß des Atlantikpaktes.
(E. A. 9/1949, S. 2093)
- Ein neues Stadium der europäischen Einigungsbewegung.
(E. A. 7/1949, S. 2009)
- Das Projekt einer europäischen Versammlung.
(E. A. 7/1949, S. 2011)
- Politische Grundprobleme einer europäischen Föderation.
(E. A. 10/1949, S. 2137)
- Um die politische Struktur der westeuropäischen Zusammenarbeit.
(E. A. 10/1949, S. 2139)
- Die Satzung des Europarates (Text des Londoner Zehnmächtevertrages vom 5. Mai 1949).**
(E. A. 12/1949, S. 2241)
- Politische Formen des europäischen Aktivismus.
(E. A. 13/1949, S. 2257)
- Resolution der internationalen sozialistischen Konferenz in Baarn (Niederlande) zur Frage der Einheit Europas (Text).
(E. A. 13/1949, S. 2288)
- Der Europarat in der Perspektive der Vorschläge Briands von 1930.
(E. A. 17/1949, S. 2417)
- Die Schaffung einer europäischen übernationalen politischen Autorität.
(E. A. 18/1949, S. 2449)
- Die Resolutionen der ersten Sitzungsperiode des Europarates (Texte).**
(E. A. 20/1949, S. 2557 und 21/1949, S. 2580 und E. A. 3/1950, S. 2801)
- Die politischen Ergebnisse der ersten Sitzungsperiode des Europarates in Straßburg vom 8. August bis 9. September 1949.
(E. A. 21/1949, S. 2569)
- Beginn der Kommissionsarbeit des Europarates.
(E. A. 2/1950, S. 2745)
- Entschlüsse der Kulturkonferenz der Europäischen Bewegung in Lausanne (Texte).
(E. A. 2/1950, S. 2771)
- Die Straßburger Vorschläge zur Sicherung der Menschenrechte.
(E. A. 3/1950, S. 2794)
- Die britische Europapolitik.
(E. A. 3/1950, S. 2787 und E. A. 4/1950, S. 2829)
- Resolution der UEF zum europäischen Bundespakt (Text).**
(E. A. 3/1950, S. 2803)
- Der europäische Bundespakt. Zur Problematik des Pacte Fédéral.
(E. A. 3/1950, S. 2785)
- Der dritte Kongreß der Sozialistischen Bewegung für die Vereinigten Staaten von Europa in Paris (Texte).
(E. A. 4/1950, S. 2837)
- Organisation oder Integration Europas. Alternativen für die europäische Einigungsbewegung.
(E. A. 5/1950, S. 2857)
- Die militärische Organisation der „Atlantischen Gemeinschaft“.
(E. A. 6/1950, S. 2905)
- Der Schuman-Plan (Texte).**
(E. A. 11/1950, S. 3091 und 13/1950, S. 3167)
- Dokumente zum Beitritt der Bundesrepublik Deutschland zum Europarat (Texte).**
(E. A. 12/1950, S. 3127)
- Schuman-Plan und Atlantikpakt.
(E. A. 13/1950, S. 3147)
- Das politische Programm des Europarates.
(E. A. 15/1950, S. 3227)

Die Straßburger Konsultativversammlung vor den Grundfragen der Europäischen Einigung

Politische Ergebnisse des ersten Abschnitts der zweiten Sitzungsperiode
vom 7. bis 28. August 1950

Der Europarat und die Verteidigung des Westens

Die Kompetenz zur Erörterung von Verteidigungsfragen

Artikel 1 des Statuts des Europarates schließt ausdrücklich die Erörterung von Verteidigungsfragen aus¹. Es war daher eine Sensation für Presse und Öffentlichkeit, daß sich die Debatte sofort nach Eröffnung der zweiten Sitzungsperiode am 7. August 1950 der Situation Koreas und ihren Rückwirkungen auf Europa zuwandte. Vielfach, besonders auch in Deutschland, wo man sich für das erste Auftreten der deutschen Abgeordneten eine weniger spannungsreiche Situation gewünscht hätte, entstand der Eindruck, die Versammlung habe sich unvorbereitet und ziemlich planlos auf ein Gebiet begeben, auf dem sie nichts zu suchen hätte. Der äußere Gesamteindruck der Straßburger Verteidigungsdebatte war daher wenig günstig.

Es stand bereits vor dem Koreakonflikt fest, daß die politischen Aspekte der europäischen Sicherheit in der Konsultativversammlung zur Sprache kommen würden. Am 25. Juli 1950 begann überraschend der Einfall der Nordkoreaner. Am 26. Juli veröffentlichte der Politische Ausschuß in Straßburg sein natürlich schon am Tage vorher abgeschlossenes Aktionsprogramm, über das wir im einzelnen berichtet haben². Darin wurde ausdrücklich die Ausdehnung des Arbeitsbereichs des Europarates auf Verteidigungsfragen vorgeschlagen. Der Politische Ausschuß hat diesen Vorschlag eingehend diskutiert, ehe er ihn in sein Programm aufnahm. Den formalen Anlaß für die Erörterung der Sicherheitsfrage bot dann der letzte Absatz in der Botschaft des Ministerausschusses vom 5. August 1950³, in dem die Versammlung aufgefordert wurde, sich mit dem Vorgehen des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen im Koreakonflikt solidarisch zu erklären. Dem Vernehmen nach ging dieser Absatz auf einen Vorschlag des

italienischen Außenministers Graf Carlo Sforza zurück. Er hätte jedoch ohne Billigung der übrigen Außenminister nie in die Botschaft aufgenommen werden können.

Der Politische Ausschuß⁴ ging von dem Gedanken aus, daß die Versammlung das Recht habe, die europäische Außenpolitik zu diskutieren, da dies im Statut⁵ nirgends verboten ist. Eine solche Diskussion kann aber die Sicherheitsfragen nicht außer acht lassen, die immer und überall als Bestandteil der Außenpolitik gelten. Der Ausschuß interpretierte daher den Absatz des Artikels 1 des Statuts als eine einfache Feststellung, daß der Europarat sich im Gegensatz zur Organisation des Atlantikpaktes nicht mit Fragen der technischen Organisation der Verteidigung zu befassen brauche. Die Ausarbeitung strategischer und taktischer Pläne liege offensichtlich außerhalb der Kompetenz der Konsultativversammlung. Die Versammlung habe jedoch das Recht, die politischen Aspekte der europäischen Sicherheit zu diskutieren.

Die Trennungslinie zwischen dem politischen und dem technischen Bereich des Verteidigungs- und Sicherheitsproblems soll nach dem Vorschlag des Politischen Ausschusses etwa dort liegen, wo in den nationalen Parlamenten die Grenzlinie zwischen dem Aufgabenbereich des Außenministers und dem des Kriegsministers gezogen wird. Durch diese Auslegung hat der Ausschuß den einschränkenden Absatz des Artikels 1 in einem positiven Sinn umgedeutet, der zweifellos nicht der bei der Abfassung maßgeblichen Einstellung entspricht. Da diese Auslegung aber von der Versammlung übernommen und mit stillschweigender Billigung des Ministerausschusses praktisch durchgeführt wurde, hat sich der Arbeitsbereich der Versammlung de facto auch auf die Sicherheitsfrage ausgedehnt.

Die Sicherheitsdebatte

Die britischen Labourabgeordneten *James Callaghan* und *Maurice Edelman* sprachen als erste zu dem Bericht und der Botschaft des Ministerausschusses⁶. Sie gingen sofort auf das Sicherheitsproblem ein. *Edelman* forderte die Wiederherstellung der gemeinsamen interalliierten Ausschüsse (*Combined Boards*) des letzten Krieges auf europäischer Ebene, also beispielsweise einen gemeinsamen Einkaufsausschuß, einen Ausschuß für den europäischen Arbeitseinsatz und einen europäischen Ernährungsausschuß. Im Zusammenhang damit wies *Edelman* auf das europäische Dilemma hin, das er mit dem vor dem letzten Krieg von *Göring* viel gebrauchten Schlagwort „Kanonen oder Butter“ beschrieb. Er forderte „sowohl Kanonen als auch Butter“. Europa müsse nicht nur in der Lage sein, sich zu verteidigen, sondern müsse auch etwas haben, was der Verteidigung wert ist.

André Philip führte die Sicherheitsfrage weiter und verflocht sie mit seiner vernichtenden Kritik an der bisherigen Arbeit des Ministerausschusses. Bis jetzt habe man es sich vielleicht noch erlauben können, die Einigung Europas als Aufgabe der nächsten dreißig Jahre zu betrachten. Heute sei es aber keineswegs mehr sicher, daß man dafür noch dreißig Monate zur Verfügung habe. „Wir sind es leid, befreit zu werden“, rief *Philip* aus. „Wir müssen uns jetzt eine Streitmacht schaffen, die stark genug ist, um uns an unseren Grenzen zu verteidigen, und nicht nur, um ein Gebiet zu befreien, das vorher dezimiert und versklavt wurde.“ Daher forderte *Philip* die Schaffung einer europäischen Armee, die aus europäischen Steuern finanziert werden müsse. Zu dem neben ihm sitzenden deutschen Abgeordneten *Dr. Hermann Pünder* gewandt, sagte *Philip*: „Wir sind gegen die Aufstellung einer deutschen Armee. Wenn wir eine europäische Armee haben, würde es allerdings in dieser Frage keine nationalen Probleme geben.“ Damit sprach sich *Philip* für eine gemeinsame europäische Armee unter Einschuß Deutschlands aus. Er unterstrich die soziale und wirtschaftliche Seite der europäischen Sicherheit und forderte die Schaffung gemeinsamer europäischer Institutionen, wie sie der Schuman-Plan für die Grundstoffindustrie vorbereitet. Darüber hinaus forderte er europäische Organisationen für die Koordinierung des Verkehrs, des Außenhandels, des Arbeitsmarktes, der Rohstoffwirtschaft und des landwirtschaftlichen Marktes. Diese Körperschaften müßten aber unter demokratischer Kontrolle stehen, wenn Europa der Demokratie treu bleiben wolle.

Georges Bidault unterstrich die Notwendigkeit der amerikanischen Hilfeleistung und die „fundamentale Solidarität“ zwischen Atlantikpakt und Europarat. Europa habe ohne Zweifel seine eigene Aufgabe in der Welt. Um sie aber erfüllen zu können, müsse es

erst einmal überhaupt existieren können. Um in der Sicherheitsfrage zu raschen Entscheidungen zu kommen, schlug *Bidault* vor, einen „Treuhänder“ oder Hohen Kommissar einzusetzen, der für die Durchführung der gemeinsamen Verteidigungsmaßnahmen verantwortlich sein solle. Dieser Hohe Kommissar hätte die Aufgabe, die Tätigkeit der verschiedenen Ausschüsse auf dem Gebiet der Verteidigung zu koordinieren. Er wäre Beauftragter des Ministerausschusses und könnte dadurch die Regierungen dazu bringen, verantwortlich zu handeln. Ueber die Ergebnisse seiner Arbeit solle er dann dem Europarat berichten.

Paul Reynaud führte den Gedanken *Bidaults* weiter. Man müsse die gesamte europäische Stahlindustrie einschließlich der Ruhr sofort für die Rüstung Europas einsetzen. *Philip* habe gesagt, man müsse deutsche Kontingente in eine europäische Armee aufnehmen. Dazu solle man doch vor allem die deutschen Vertreter hören. *Reynaud* forderte die Beauftragung eines verantwortlichen Staatsmannes mit dem Amt eines europäischen Kriegsministers. Er wandte sich dann an *Winston Churchill* und meinte, man brauche nicht weit zu suchen, um den Mann zu finden, der seine Fähigkeiten als furchtloser und unermüdlicher Führer einer gemeinsamen Aktion im vergangenen Krieg bewiesen habe.

Ferruccio Parri unterstrich die Notwendigkeit einer unabhängigen, übernationalen europäischen Autorität. Europa müsse seine eigene politische und wirtschaftliche Organisation haben. Sonst laufe die atlantische Gemeinschaft Gefahr, ein amerikanisches Imperium zu werden.

Eugen Gerstenmaier (CDU), der als erster deutscher Sprecher in die Debatte eingriff, erklärte, daß die überwiegende Mehrheit der Deutschen zur Zeit gegen eine Remilitarisierung sei. Nicht die Wiederbewaffnung Deutschlands, sondern die friedliche Vereinigung der freien Völker werde die Zukunft sichern. Trotzdem seien die Deutschen bereit, sich an einer gemeinsamen Verteidigung zu beteiligen, Voraussetzung dafür sei allerdings die Gleichheit der Rechte und Pflichten aller Teilnehmer. Als nächster deutscher Sprecher ging *Willi Eichler* (SPD) auf die Sicherheitsfrage ein. Bevor man endgültige Entscheidungen treffen könne, müsse erst einmal die Einigung Europas vollzogen werden. Dafür brauche man ein Parlament und eine Regierung. Die Versammlung solle in dieser Richtung Druck auf die Regierungen ausüben und die öffentliche Meinung wachrütteln. Gerade weil der Europarat in seiner gegenwärtigen Form nicht genügend europäisch sei, hätte die Deutsche Sozialdemokratische Partei die Arbeit der Versammlung kritisiert. Ein Teil der Unvollkommenheiten könne aber beseitigt werden. Man solle eine europäische Exekutive schaffen, deren Entscheidungen auf mehrheitlicher Basis getroffen wer-

den. Nur eine solche Exekutive könne Entscheidungen auf lange Sicht treffen. Die Schaffung der europäischen Einheit sei daher das vordringlichste Problem. „Hic Rhodus, hic salta.“

Professor Carlo Schmid (SPD) ging von allen deutschen Sprechern am ausführlichsten auf die Sicherheitsfrage ein. Europa müsse sich davor hüten, Beiträge zu seiner Verteidigung zu verlangen, die die Kriegsgefahr erhöhen würden. Es sei ein Irrtum, anzunehmen, man brauche nur Kanonen für die Verteidigung. Eine Fünfte Kolonne könne so gefährlich sein wie Tanks. Zur Teilnahme Deutschlands an der europäischen Verteidigung führte Professor Schmid aus, er könne im Namen der Deutschen Sozialdemokratischen Partei leider nicht mit den Sprechern übereinstimmen, die eine Wiederbewaffnung Deutschlands vor der Schaffung einer übernationalen Autorität ins Auge fassen. Diese Haltung der deutschen Sozialisten sei weder auf nationalen Egoismus noch auf Angst vor den Gefahren der Schlachten zurückzuführen noch auf die Zumutung, daß die Nationen, die unter Hitlers Angriffskrieg gelitten haben, nun Deutschland verteidigen sollten. Ganz abgesehen davon, daß die Bonner Regierung im Augenblick noch gar nicht bevollmächtigt sei, internationale Verpflichtungen zu übernehmen, sei eine deutsche Wiederaufrüstung aus den folgenden Gründen für den Frieden und die europäische Einheit wichtig: Wie wolle man deutsche Divisionen ausrüsten, wenn es den Alliierten selbst an Waffen fehle? Die Schaffung deutscher Divisionen würde außerdem den Russen einen Vorwand geben, und könne sie leicht aus Angst vor einem Kriege dazu bringen, einen Krieg zu provozieren. Man solle doch nicht vergessen, auf welchen Weg Deutschland durch das Schreckgespenst der Einkreisung geraten sei. Außerdem würden die Nachbarn Deutschlands dem Wiederaufstehen einer deutschen Armee fünf Jahre nach ihrer eigenen Befreiung keinesfalls zustimmen. Schließlich sei in einem schwachen Staat das Heer der eigentliche Herr der Regierung. Die deutsche Bundesrepublik sei zur Zeit kein starker Staat, und man solle nicht die Rolle deutscher Generale in der Weimarer Zeit vergessen. Ohne eine oberste europäische Autorität wäre eine europäische Armee nur ein Koalitionsheer. Man müsse daher erst eine solche Autorität schaffen und erst dann die europäische Armee. Man wisse in Deutschland, daß die anderen Nationen auf militärischem Gebiet äußerste Anstrengungen unternehmen und daß man von den Deutschen eine gleich große Leistung erwarten könne. Die Deutschen hätten auch schon einiges geleistet. In Berlin sei eine Schlacht für Europa gewonnen worden, und an der Ruhr gäbe es weniger Kommunisten als je zuvor. Man solle daher einen Beitrag der deutschen Arbeitskraft fordern, Lieferungen der Industrie, wirtschaftliche und politische Leistungen, aber keine deutschen

Soldaten, solange es noch keine übernationale europäische Autorität gäbe.

Winston Churchill verschob seine Rede mehrmals. In erster Linie wohl, um darin auch auf die Stellungnahme der deutschen Abgeordneten eingehen zu können. Seine Rede und die von ihm eingebrachte Resolution, deren vollen Wortlaut wir an anderer Stelle veröffentlichen⁷, bildete den Höhepunkt der Sicherheitsdebatte. Den Abschluß bildete die Rede Hugh Daltons, die Antwort der Labour-Party auf Churchills Vorstoß.

Dalton betonte, daß „Straßburg-Europa“ nicht isoliert von den Vereinigten Staaten existieren könne, deren großzügige wirtschaftliche Hilfe die Grundlage für die wirtschaftliche Erholung Europas nach dem Kriege und deren militärische Macht die Grundlage des Atlantikpaktes sei. Mit Stolz stellte er fest, daß britische und australische Kriegsschiffe und Flugzeuge innerhalb von 48 Stunden nach dem Beginn der Aggression in Korea in Aktion getreten seien. Der Einleitung von Churchills Resolutionsentwurf könne man nur zustimmen. Auch er sei unbedingt der Meinung, daß man den Sicherheitsrat unterstützen und in enger Zusammenarbeit mit den Vereinigten Staaten und Kanada handeln müsse. Was aber sei der Sinn des mittleren Teils der Resolution? Was die Rolle der vorgeschlagenen Armee im Rahmen des Atlantikpaktes? Dalton unterstrich abschließend, daß man unter allen Umständen sicher gehen müsse, daß die von der Versammlung entwickelten Gedanken über die Verteidigung Europas im Einklang mit der Haltung der Vereinigten Staaten und des Commonwealth stehe. Daher dürfe man nichts überstürzen.

Der Resolutionsentwurf

Die Sicherheitsdebatte der Konsultativversammlung war, wie bereits gezeigt wurde, Bestandteil der Generaldebatte über die Botschaft und den Arbeitsbericht des Ministerausschusses. Sie bezog sich nur auf den letzten Absatz in der Botschaft des Ministerausschusses, nahm aber den weitaus größten Raum der Generaldebatte ein. Dies war darauf zurückzuführen, daß die Verlautbarungen des Ministerausschusses, um ein Wort von Robert Boothby (Kons.) zu gebrauchen, im übrigen nur den einen Vorteil hatte, daß sie kurz war und die bisherige Tätigkeit des Ausschusses offen erkennen ließ.

Die Versammlung verzichtete zunächst darauf, in einer eigenen Resolution zu dem Bericht des Ministerausschusses Stellung zu nehmen. Dafür mußte der irische Außenminister, Sean MacBride, der als derzeitiger Vorsitzender des Ministerausschusses an der Debatte teilnahm und die undankbare Aufgabe hatte, den Bericht zu verteidigen, sich manches harte Wort gefallen lassen. Es wäre nun möglich gewesen, die verschiedenen Anträge, die im Verlauf der Debatte eingereicht waren, darunter Churchills Resolu-

tionsentwurf und den Vorschlag für die Schaffung eines Hohen Kommissariats des Europarats für Verteidigungsfragen⁸ zur weiteren Behandlung an die Ausschüsse zu verweisen. Paul Henri Spaak, der wiedergewählte Präsident der Versammlung⁹, verstand es jedoch, eine Abstimmung über diese Vorschläge herbeizuführen. Er schlug vor, ad hoc einen Ausschuß zu bilden, der die beiden Vorschläge in einem Resolutionsentwurf zusammenfassen sollte. Der Ausschuß entledigte sich seines Auftrages in einer knappen Stunde und legte folgenden neuen Resolutionsentwurf vor:

„Die Versammlung fordert, als Ausdruck ihrer Bemühungen um die Erhaltung des Friedens und ihrer Entschlossenheit das Vorgehen des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen bei der Verteidigung friedlicher Völker gegen Aggression zu unterstützen, die sofortige Schaffung einer vereinigten europäischen Armee. Diese soll der Autorität eines europäischen Verteidigungsministers unterstehen, entsprechender demokratischer Kontrolle unterworfen sein und in voller Zusammenarbeit mit den Vereinigten Staaten und Kanada handeln¹⁰.“

Neben der Forderung nach einem europäischen Verteidigungsminister unterschied sich die neue Resolution in einem wesentlichen Punkt von Churchills Entwurf. Churchill hatte *„a unified European army“* vorgeschlagen, der neue Entwurf forderte *„a united European army“*. Churchill stimmte der neuen Fassung zu, erklärte jedoch ausdrücklich, er werde nicht für das neue, vorgeschlagene Amt des europäischen Verteidigungsministers kandidieren. Zweifel hinsichtlich der Zulässigkeit einer Abstimmung über diese Resolution, die im letzten Augenblick von verschiedenen Abgeordneten geäußert wurden, wurden von Spaak rasch erledigt. Er erklärte, die Versammlung würde sich selbst lächerlich machen, wenn sie jetzt nach der ausführlichen Debatte die Zulässigkeit der Erörterung von Sicherheitsfragen nachträglich in Zweifel ziehen würde. Nurmehr die Zulässigkeit einer Abstimmung könne in diesem Augenblick fraglich sein, und darüber müsse die Versammlung selbst entscheiden. Die überwiegende Mehrheit sprach sich daraufhin für die Abstimmung aus. Unter den verschiedenen Erklärungen, die vor der Abstimmung abgegeben wurden, war vor allem die Äußerung des deutschen Abgeordneten Heinrich von Brentano (CDU) vom Bedeutung.

„Um den demokratischen Völkern Europas und der Welt den Frieden, aber auch die Freiheit zu erhalten, sind meine Freunde bereit und entschlossen, den Gedanken einer vereinigten europäischen Armee freier und gleichberechtigter demokratischer Völker unter gemeinsamer europäischer Führung und demokratischer Kontrolle zu unterstützen. Wenn wir der Resolution von Mr. Churchill unsere Zustimmung geben, obwohl Deutschland als Volk die Frei-

heit seines Handelns noch nicht wieder erreicht hat, so wollen wir damit zum Ausdruck bringen, daß wir uns der Freiheit und dem Recht gleichermaßen verpflichtet fühlen wie die anderen Vertreter der freien Völker Europas.“

Professor Carlo Schmid erklärte, er begrüße die Haltung, die in der Resolution zum Ausdruck komme, müsse sich aber in Anbetracht der besonderen Lage der Bundesrepublik mit seinen sozialdemokratischen Kollegen der Stimme enthalten. Die Abstimmung ergab 89 Stimmen für die Resolution und 5 Stimmen dagegen bei 27 Stimmenthaltungen.

Die Bedeutung der Abstimmung

Die Bedeutung der Sicherheitsdebatte und der Abstimmung liegt vor allem darin, daß die Frage der europäischen Verteidigung damit zum erstenmal auf übernationaler Ebene in parlamentarischer Form diskutiert wurde. Bisher hatten zwar in den Parlamenten der Mitgliedstaaten des Brüsseler Fünf-Mächte-Paktes und des Atlantikpaktes Sicherheitsdebatten stattgefunden, die indirekt das gesamte Verteidigungssystem des Westens mit einbezogen. Allein die eigentliche Arbeit der Organisationen des Brüsseler Paktes und des Atlantikpaktes vollzogen sich außerhalb jeder parlamentarischen Kontrolle. Durch die Straßburger Debatte wurde nun zum erstenmal ein Weg gezeigt, wie eine solche Kontrolle praktisch durchgeführt werden könnte: durch die Schaffung eines dem Ministerausschuß angegliederten Verteidigungsamtes, dessen Leiter sowohl dem Ministerausschuß wie der Konsultativversammlung Rechenschaft geben müsse. Der Verlauf der Debatte wie auch der Text der Resolution lassen keinen Zweifel darüber, daß die Tätigkeit eines solchen Verteidigungsamtes sich dem weiteren Rahmen des Atlantikpaktes einfügen müßte. Seine Aufgabe wäre die Koordinierung der Verteidigungsmaßnahmen der Mitgliedstaaten auf regionaler Ebene und die Vorbereitung einer gemeinsamen europäischen Verteidigungspolitik. Dadurch würde verhindert, daß bei der technischen Zusammenarbeit der Stäbe in der Organisation des Atlantikpaktes politische Entscheidungen ohne entsprechende parlamentarische Kontrolle gefällt werden. Die Debatte brachte weiterhin sehr klar zum Ausdruck, daß ein solches europäisches Verteidigungsamt nur als Bestandteil einer echten europäischen Exekutive denkbar ist, der auch auf wirtschaftlichem und sozialem Gebiet entsprechende Verwaltungsämter zur Verfügung stehen müssen.

Das Ergebnis der Abstimmung ist als ein eindeutiges Votum für die Zusammenarbeit mit den Vereinigten Staaten und Kanada, also für den Gedanken der Atlantischen Gemeinschaft zu werten¹¹. Die Stimmenthaltung, die Dalton in seiner Eigenschaft als britischer Minister übte, ist ein deutlicher Wink, daß jedes Abgehen von diesem Kurs auf schärfste

Gegnerschaft Großbritanniens stoßen würde. Innerhalb dieses weiteren Rahmens legt aber die Resolution ein ebenso deutliches Bekenntnis zur europäischen Selbständigkeit ab. Durch die Teilnahme der deutschen Abgeordneten trat noch ein drittes bedeutsames Element hinzu. Die Sprecher der Regierungsparteien bekannten sich zu der Politik des Bundeskanzlers Dr. *Adenauer*, die den Eintritt in den Europarat und die aktive Mitarbeit an der europäischen Einigung über alle zum Teil sehr schwerwiegende Bedenken stellt, die sich aus der besonderen inneren und internationalen Lage Deutschlands ergeben. Die Sprecher der Opposition brachten Gedanken und Gefühle zum Ausdruck, die zweifellos einen großen Teil des deutschen Volkes, darunter auch überzeugte Anhänger der Regierungspolitik, bewegen. So wurde zum erstenmal ein gewisses Zusammenspiel der Regierungsparteien und der Opposition sichtbar, wie es in Bonn, vielleicht infolge des

Ueberwiegens persönlicher und lokaler Faktoren, bisher nicht zustande kam.

Die Sicherheitsdebatte zeigte, daß der Gedanke, Europa könne als „Dritte Kraft“ vermittelnd zwischen die Vereinigten Staaten und die Sowjetunion treten, der im vorigen Jahr in der Konsultativversammlung noch durchaus lebendig war, völlig in den Hintergrund getreten ist. „Straßburg-Europa“ ist Bestandteil der Atlantischen Gemeinschaft geworden. Nach wie vor besteht jedoch ein starker Wille zur Erhaltung der europäischen Unabhängigkeit und zur Schaffung von rein europäischen Organisationen, die in einer europäischen politischen Autorität zusammengefaßt werden sollen. Eine solche Einigung Europas würde die Atlantische Gemeinschaft nicht schwächen, sondern stärken, indem sie das sehr wirksame Argument der kommunistischen Propaganda, die europäischen Staaten seien nur Satelliten des amerikanischen Imperialismus, widerlegt.

Weg und Tempo der Europäischen Einigung

Insulare und kontinentale Europapolitik

Die Meinungsverschiedenheiten über das Tempo und die Art der Durchführung der europäischen Einigung, die in der Generaldebatte der Konsultativversammlung wie auch in der späteren Debatte über den Bericht des Politischen Ausschusses zum Ausdruck kamen, gehen letzten Endes auf die verschiedenartige Stellung der Mitgliedstaaten im Rahmen der „Atlantischen Gemeinschaft“ zurück. Für Großbritannien ist die Rücksicht auf das Commonwealth bestimmend¹², für die skandinavischen Länder ist eine enge Anlehnung an die britische Haltung aus vielerlei Gründen zur zweiten Natur geworden. Die jahrhundertealte Rolle Großbritanniens als Schützer der kleineren europäischen Staaten gegen das Uebergewicht der großen Kontinentalmächte spielt darin ebenso mit wie handelspolitische Interessen, Ähnlichkeiten der charakterlichen Grundhaltung und die strategischen Besonderheiten des skandinavischen Raums.

Zum prominentesten Vertreter der skandinavischen Haltung ist der schwedische Abgeordnete Professor Bertil *Ohlin* (Lib.) geworden, der als Nationalökonom gewohnt ist, auch seine politischen Gedankengänge vorwiegend vom Wirtschaftlichen her zu begründen. Besonders temperamentvoll kam die skandinavische Haltung in einer Rede des Norwegers Finn *Moe* (Sozialist) zum Ausdruck, der den Ministerausschuß energisch gegen die Angriffe der Abgeordneten in Schutz nahm. Die Mitglieder des Ministerausschusses seien ja schließlich nur Vertreter von Regierungen, die wiederum von ihren Parlamenten abhängig seien. Wenn man also den Ministerausschuß kritisiere, so beschuldige man letzten Endes die Regierungen, daß sie den Weg zur europäischen Einigung blockierten.

Man höre aber selten, daß diese Beschuldigungen in den nationalen Parlamenten vorgebracht werden. Trotzdem hätten sich überraschenderweise auch Vertreter von Parteien, die in ihrer Heimat die Mehrheit haben und daher die Regierung kontrollieren, dem Chor der Kritiker angeschlossen. Wenn man aber nicht den Ministerausschuß im ganzen, sondern bestimmte Minister beschuldigen wolle, dann solle man dies doch offen sagen. Finn *Moe* meinte, er könnte nicht für den britischen Außenminister *Bevin* sprechen, aber er wolle keinen Zweifel darüber lassen, daß der norwegische Außenminister Halvard *Lange* die überwältigende Mehrheit der Norweger hinter sich habe, wenn er sich der britischen Haltung anschließe. Ein blindes Festhalten an dem Gedanken der absoluten Einheit, ohne Rücksicht auf die britische Haltung, würde nur zu einer katastrophalen Aufspaltung Europas führen. Norwegen werde der Bildung von engeren regionalen Zusammenschlüssen in Europa keinen Widerstand entgegensetzen. Man solle aber Korea als eine Lehre nehmen. Die einzige europäische Macht, die bis jetzt aktiv in Korea eingegriffen habe, sei Großbritannien. Die Anwesenheit britischer Seeleute und britischer Soldaten in Korea beweise, daß man die Einheit Europas als Teil der Einheit der gesamten demokratischen Welt sehen müsse.

Im ganzen gesehen legten auch die britischen Abgeordneten ohne Unterschied der Partei eine weitgehende Toleranz gegenüber dem Gedanken engerer regionaler Zusammenschlüsse innerhalb des Europarates zutage. Lord *Layton* (Lib.) meinte, man sollte eine engere Verbindung kleinerer Gruppen der Mitgliedstaaten nicht ausschließen. Hugh Dalton bezog sich ausdrücklich auf die Haltung Bertil Ohlins

und meinte, wenn ein Teil der Abgeordneten den Weg der Föderation gehen wollten, so solle man sie doch lassen. Alle britischen Abgeordneten seien sich aber einig in ihrer Abneigung gegen schriftlich festgelegte Verfassungen und in ihrer Bindung an das Commonwealth, die ebenso wie das Verhältnis zu den Vereinigten Staaten den Gedanken der Föderation ausschließe. Auch Ronald Mackay (Labour), der radikalste Verfechter des Föderalismus unter den britischen Abgeordneten, gebrauchte praktisch die gleichen Worte wie Dalton.

Man hat die britische und skandinavische Haltung oft als „Funktionalismus“ bezeichnet und damit auf die Vorliebe der Angelsachsen für den sogenannten *functional approach*, das schrittweise, sich immer auf bestehende Institutionen stützende Vorgehen angespielt. Diesem „Funktionalismus“ wird gewöhnlich der „Föderalismus“ der kontinental europäischen Länder gegenübergestellt, obwohl die Antithese völlig schief ist und zu immer größerer Begriffsverwirrung führt. Die Angelsachsen neigen wohl mehr zum empirischen Vorgehen in der Politik. Angelsächsische Politiker haben es daher oft weniger nötig als ihre kontinentalen Kollegen, zur Begründung ihrer Haltung auf umfassende Theorien oder politische Doktrinen zurückzugreifen. Andererseits gibt es aber auf dem Kontinent viele Politiker, die zwar überzeugte Föderalisten sind, jedoch aus rein praktischen Erwägungen der Zeit- und Kostenersparnis die Einigung Europas nach Möglichkeit auf Grund der bereits vorhandenen und funktionierenden internationalen Organisationen vollziehen möchten. Zwischen ihnen und den britischen und skandinavischen Politikern ist die Kluft keineswegs so groß, wie sie oft in der überspitzten Gegenüberstellung von „Funktionalismus“ und „Föderalismus“ dargestellt wird.

Neben Großbritannien und den skandinavischen Ländern sind auch die nicht im Europarat vertretenen westeuropäischen Länder, die Schweiz, Oesterreich und Portugal, aus sehr verschiedenen Gründen Anhänger der „insularen“ Politik. Diese Länder nehmen an den Arbeiten des Europäischen Wirtschaftsrates (OEEC) teil. Es ist jedoch in absehbarer Zeit nicht damit zu rechnen, daß sie dem Europarat beitreten werden. Trotzdem sind sie dem größeren Bereich der Atlantischen Gemeinschaft zuzurechnen. Es müssen also Lösungen gefunden werden, um sie auch weiterhin an der westeuropäischen Zusammenarbeit teilnehmen zu lassen. Auch Spanien wird nicht für immer in Quarantäne bleiben. Alle diese Länder sind daher, ebenso wie Skandinavien und Großbritannien, daran interessiert, daß der Europarat nicht zu einem exklusiven Klub wird, dem nur Frankreich, Italien, Deutschland und die Benelux-Länder angehören.

Die Meinungsverschiedenheiten über Weg und Tempo der europäischen Einigung ergeben sich nicht aus verschiedenen politischen Theorien, sondern aus

der mit der Bildung der „Atlantischen Gemeinschaft“ neu erwachten Auseinandersetzung zwischen der traditionellen britischen Festlandspolitik und der nicht weniger traditionsgebundenen Vorstellung von der engeren Zusammengehörigkeit der kontinentaleuropäischen Völkerfamilie. Auf britischer Seite besteht noch immer die Neigung, aus Gründen der Gleichgewichtspolitik die Selbständigkeit der kleineren Staaten des Kontinents zu erhalten und zu fördern. Die in Jahrhunderten gewachsenen antibritischen Affekte, die als Ergebnis dieser Gleichgewichtspolitik auf dem Kontinent, ganz besonders in Frankreich, Deutschland und Italien, Wurzel geschlagen haben, sind auch heute noch wirksam. In England schrieb eine Zeitung noch 1938 während der Sudetenkrise: „*Continent isolated*“, der Kontinent ist isoliert, als Schlagzeile, als ein dichter Nebel vorübergehend die Kanalschiffahrt blockiert hatte. Auf dem Kontinent aber, wo man den unwiderruflichen Ablauf der kurzen Zeit, die zur Einigung Europas noch zur Verfügung steht, viel drängender und bedrückender verspürt, hat sich in den letzten Jahren ein steigender Unwille über die insulare Haltung der britischen Politik entwickelt, hinter dem selbst die überragende Führerrolle Großbritanniens im zweiten Weltkrieg mehr und mehr zurücktritt.

Dazu kommt als neues Element die „Demokratisierung“ des föderalistischen Gedankens durch das Kriegserlebnis der Résistance: Aus dem Erlebnis des Widerstandes gegen die vom Nationalsozialismus und seinen Kollaborateuren proklamierte „Neue Ordnung“ kristallisierte sich in vielen Gruppen der Résistance der Wille, nach dem Ende des Krieges eine echte Neuordnung in Europa zu schaffen, die nicht mehr von den Staaten und Kabinetten, sondern von den Völkern selbst getragen werden sollte. Diese radikal-föderalistische Richtung rief auf britischer Seite merkwürdigerweise gerade unter den Labourabgeordneten eine geradezu neurotische Abwehrstellung hervor, die nicht zuletzt durch das außerordentlich geschickte innenpolitische Spiel gestachelt wurde, mit dem sich die britischen Konservativen der Idee der europäischen Föderation bemächtigt haben, ohne sich aber selbst wirklich darauf festzulegen. So entstand, am stärksten verkörpert durch Dalton, ein britisches Mißtrauen gegenüber „revolutionären Strömungen auf dem Kontinent“, das, eine wirkliche Ironie der Geschichte, an die Zeiten erinnert, in denen ein Edmund Burke in flammenden konservativen Reden gegen die Ideen der französischen Revolution wettete.

In Straßburg ist der französische Sozialist André Philip immer mehr zum Sprecher der radikal-föderalistischen Richtung geworden, die außerhalb des Europarates von der *Union Européenne Fédéraliste* (U.E.F.) vertreten wird. Er wird von der katholischen Gruppe der *Nouvelles Equipes Internationales* und ihrem Führer, R. Bichet, und teilweise von den An-

hängern der alten Pan-Europa-Bewegung *Coudenhove-Kalergi*, neu zusammengefaßt in der *Europäischen Parlamentarischen Union*, unterstützt. Als eigenwilliger Einzelgänger schließt sich dieser Gruppe gelegentlich Paul *Reynaud* an, obwohl er auf wirtschaftlichem und sozialem Gebiet durch Generationen von den Anschauungen Philips getrennt ist.

Der Vorstoß für einen (kontinental-) europäischen Bundespakt

Am 31. Oktober 1949 nahm die außerordentliche Generalversammlung der UEF eine Entschliebung zur Vorlage an den Europarat an, in der die Grundgedanken eines Europäischen Bundespaktes (*Pacte Fédéral*) niedergelegt sind (vgl. den Text in Europa-Archiv, 3/1950, S. 2803—2806), der den Kern eines föderierten Europas bilden soll, selbst wenn sich Großbritannien und die skandinavischen Länder einer föderativen Einigung widersetzen. Diese Entschliebung wurde dem Politischen Ausschuß des Europarates zugeleitet. Gleichzeitig begann die U.E.F. einen groß angelegten Aufklärungsfeldzug, um die europäische Öffentlichkeit auf die Bedeutung dieser Aktion hinzuweisen. Insbesondere in Italien und in Deutschland fand diese Initiative ein starkes Echo. An verschiedenen Orten, so in Deutschland in Breisach und in Castrop Rauxel, wurden Probeabstimmungen abgehalten, bei denen sich die überwältigende Mehrheit der stimmberechtigten Bevölkerung für einen Europäischen Bundespakt aussprach. Am 26. Juli 1950 nahm der Deutsche Bundestag einstimmig gegen die vier Stimmen der Kommunisten eine Entschliebung über den Europäischen Bundespakt in einer Formulierung an, die vom Deutschen Rat der Europäischen Bewegung im Sinne der U.E.F. ausgearbeitet worden war¹³.

Der Bericht des Politischen Ausschusses, der der Konsultativversammlung vorgelegt wurde, erwähnte den Gedanken des Europäischen Bundespaktes jedoch nur in einem Absatz, der die rechtlichen und politischen Schwierigkeiten des Projektes andeutet und die Notwendigkeit einer weiteren eingehenden Prüfung unterstreicht. Diese Zurückhaltung ist umso auffälliger, als der Ausschuß, wie die Resolution der U.E.F. auch ausdrücklich hervorhebt, in den politischen Resolutionen der ersten Sitzungsperiode den Auftrag bekommen hatte, „vor dem 30. April 1950 ein europäisches Abkommen zu entwerfen, welches die Leitsätze des Europarates für seine politischen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Pläne definiert und welches für alle Mitglieder oder assoziierte Mitglieder bindend sein soll“.

Der Bericht des Politischen Ausschusses war daher naturgemäß für diejenigen Abgeordneten, die der U.E.F. nahestanden, eine große Enttäuschung. Zu ihnen stießen als weitere Gruppe namhafte Vertreter der Europäischen Parlamentarischen Union des Grafen

Coudenhove-Kalergi, unter ihnen deren Präsident *Bohy*, die bereits im September 1948 den sogenannten Aktionsplan von Interlaaken für die Bildung einer Europäischen Föderation ausgearbeitet hatten.

Diese beiden Gruppen brachten gemeinsam einen Resolutionsentwurf zur Frage des Bundespaktes ein, der ohne Debatte dem Politischen Ausschuß überwiesen wurde¹³.

Die „Politik des mittleren Weges“

Der Politische Ausschuß der Konsultativversammlung stand nun vor der Entscheidung, ob er es zu einer Kampfabstimmung zwischen den Verfechtern der radikal-föderalistischen kontinental-europäischen Richtung und den Parteigängern der britischen Politik kommen lassen, oder den Ausgleich der Gegensätze auf einer mittleren Linie versuchen sollte, mit der sich beide Teile zufrieden geben konnten. Als Verfechter einer solchen „Politik der mittleren Linie“ war Guy *Mollet*¹⁴, ein französischer Sozialist von betont föderalistischer Grundhaltung, im vorigen Herbst zum Berichterstatter des Politischen Ausschusses gewählt worden. (Vgl. hierzu die Fußnote 18 auf S. . .) Er genießt in der britischen Labour Party großen Respekt und ist im Gegensatz zu seinem Parteifreund André *Philip* in seiner Haltung zu Deutschland heute noch stark von seinen Erlebnissen aus der Zeit der Résistance bestimmt.

Der erste Bericht des Politischen Ausschusses ist in seinem Geist und in seinen Formulierungen wesentlich durch die Persönlichkeit *Mollets* bestimmt, der durch die Androhung seines Rücktritts den Vertretern der Labour Party die Zusage abzwang, sie würden sich bei ihren Parteifreunden und im britischen Unterhaus für die Annahme dieser Empfehlungen einsetzen. Auch der zweite Bericht des Politischen Ausschusses, der in den wenigen Tagen zwischen dem Ende der allgemeinen Debatte am 18. und dem Abschluß der Debatten über die Empfehlungen der Kommissionen am 28. August fertiggestellt werden mußte, ist stark durch Mollet mitgestaltet worden.

Mollet hielt sich in der Diskussion im allgemeinen sehr zurück und suchte als Rapporteur eine überparteiliche Stellungnahme zu wahren. Erst gegen Ende der Debatte trat er den scharfen Angriffen der „Ultras“, wie er sie bezeichnete, mit seinen persönlichen Ansichten entgegen.

Das Hauptproblem, so führte er aus, liegt darin, den Unterschied zwischen Teilabkommen und Regionalabkommen klar herauszuarbeiten: Teilabkommen sind Spezialabkommen auf bestimmten Sachgebieten, an denen bestimmte Mitgliedsstaaten aus irgendwelchen Gründen nicht teilnehmen können. Regionalabkommen dagegen sind generelle Abkommen, von denen sich bestimmte Mitglieder fernhalten. Wer soll aber an solchen Regional-

abkommen teilnehmen? Großbritannien, die skandinavischen Länder und wahrscheinlich auch die Beneluxländer würden sich fernhalten. Es bleiben also Italien, Deutschland und Frankreich und vielleicht noch Griechenland und die Türkei. Italien, Deutschland und Frankreich sind eine unmögliche politische Kombination. Selbst wenn sie möglich wäre, würde er persönlich dagegen sein, einmal als Europäer und zum anderen auch als Föderalist, der es vorzieht, lieber noch Europa ohne Föderation zu schaffen, als es mit einer Föderation nicht zu schaffen. Schließlich müsse er sich auch als Sozialist und als Franzose dagegen wenden. Kein französisches Parlament und kein französischer Sozialist könne ein solches Abkommen annehmen, das die Nationen ausschließt, die noch vor kurzem Frankreichs Alliierte waren. Entweder man schaffe ein Europa, an dem alle eilnehmen, oder man werde überhaupt kein Europa schaffen¹⁵.

In der anschließenden Debatte spaltete sich die Gruppe, die den Antrag zum Bundespakt eingebracht hatte. Die Mehrheit, darunter der größte Teil der deutschen Abgeordneten (u. a. Heinrich von Brenzano, CDU; Kurt Kiesinger, CDU; Gerhard Lütken, SPD; Johannes Semler, CDU; Erich Ollenhauer, SPD; Hermann Pünder, CDU; Frau Rehling, CDU; Ernst Paul, SPD; Karl-Georg Pfeleiderer, FDP; Carlo Schmid, SPD; Luise Schroeder, SPD; Erik Nölting, SPD), schloß sich, ohne ihre grundsätzliche föderalistische Haltung preiszugeben, der Politik des mittleren Weges an.

Der Italiener Antonio Azara erklärte, er sehe ein, daß man nur schrittweise Fortschritte erzielen könne und werde daher für den Bericht des Politischen Ausschusses stimmen, der den ernsthaften Wunsch der Versammlung, die Einigung Europas zu vollziehen, erkennen lasse. Der Belgier Georges Bohy sagte, der Bericht des Politischen Ausschusses zeige klar den Konflikt zwischen den tief empfundenen Gefühlen der Versammlung und den politischen Realitäten. Man müsse nun entscheiden, ob die Hauptaufgabe der Versammlung auf propagandistischem Gebiet liege oder ob sie schöpferische Politik betreiben wolle. Er sei persönlich der Ansicht, daß die Begeisterung der Öffentlichkeit zwar sehr wichtig sei, die Hauptaufgabe aber auf politischem Gebiet liege. Er habe daher, um die Einstimmigkeit im Politischen Ausschuß nicht zu gefährden, trotz seiner früheren Haltung für den Bericht gestimmt, denn der einzige Weg, um wirkliche Resultate zu erzielen, sei der der einstimmigen Beschlüsse.

Die Minderheit, die man als den eigentlichen Kern der extrem-föderalistischen Richtung bezeichnen kann, wählte gegen die Vorschläge des Politischen Ausschusses oder enthielt sich der Stimme. (Gegensimmen: Ludovico Benvenuti, Italien, Christlicher Demokrat; Antonio Boggiano Pico, Italien, Christ-

licher Demokrat; Gérard Jaquet, Frankreich, Sozialist; M. Enzo Giaccherio, Italien, Christlicher Demokrat; Giuseppe Chiostergi, Italien, Republikanischer Demokrat; Henri Longchambon, Frankreich, Republikaner; Erwin Müller, Saar, Christliche Volkspartei; Hikmet Pamukoglu, Türkei, Demokrat; M. Ferruccio Parri, Italien, Republikaner; André Philip, Frankreich, Sozialist; Paul Reynaud, Frankreich, Unabhängiger Republikaner; Franz Singer, Saar, Christliche Volkspartei. Stimmenthaltungen: Celesto Bastianetto, Italien, Christlicher Demokrat; Paul Bastid, Frankreich, Radikal-Sozialist; Max Becker, Deutschland, FDP; Gabriel Bolifrand, Frankreich, Action Démocratique et Républicaine; Heinz Braun, Saar, Sozialdemokrat; Ziyad Ebuzziya, Türkei, Demokrat; Pierre de Felice, Frankreich, linker Republikaner; Carl von Campe, Deutschland, CDU; Maurice Schumann, Frankreich, MRP; Robert Bichet, Frankreich, MRP; Stélis Allamanis, Griechenland, Progressif.) Ihre Hauptsprecher waren die Abgeordneten Gérard Jaquet und André Philip (Frankreich, Sozialisten), Paul Reynaud (Frankreich, Unabhängiger Republikaner), Ludovico Benvenuti und Enzo Giaccherio (Italien, Christliche Demokraten), Ferruccio Parri (Italien, Republikaner) und Carl von Campe (Deutschland, CDU). Ein Abänderungsvorschlag André Philips, der wenigstens den ersten Teil des Resolutionsentwurfs zum Bundespakt in die Resolution zur allgemeinen Politik des Europarates bringen sollte, wurde mit 68 gegen 19 Stimmen bei 7 Stimmenthaltungen abgelehnt, ein ähnlicher, aber noch vorsichtiger gehaltener Vorstoß von Benvenuti, Cippi und einigen anderen mit 74 gegen 14 Stimmen bei 3 Stimmenthaltungen. Die Resolution zur allgemeinen Politik des Europarates, die mit 80 gegen 12 Stimmen bei 11 Stimmenthaltungen angenommen wurde, läuft darauf hinaus, daß ohne vorherigen Abschluß eines Bundespaktes Sonderbehörden im Rahmen des Europarates geschaffen werden, von denen einzelne Mitglieder fernbleiben können. Damit wurde der Gedanke der Regionalabkommen zu einer Kompromißformel abgelenkt, die auch für die britischen und skandinavischen Abgeordneten annehmbar war.

Kurz ehe sich die Versammlung vertagte, kam es am 28. August nochmals zu einer bezeichnenden Abstimmung. Es handelte sich um die neue Wahl der Mitglieder für den Ständigen Ausschuß, der zwischen den Tagungsperioden das eigentliche Lenkungsorgan der Versammlung ist. Von seiten der französischen Sozialisten, die, wie gezeigt wurde, in der Frage der Europapolitik gespalten sind, wurden sowohl Philip als auch Mollet als Kandidaten vorgeschlagen. Die Abstimmung endete mit 57 Stimmen für Mollet gegen 29 Stimmen für Philip. Die Ablehnung Philips galt bestimmt nicht seiner Persönlichkeit, die wie

wenig andere durch absolute Gradlinigkeit und Aufrichtigkeit die Achtung der Versammlung gewonnen hat. Sie war nur ein weiterer Ausdruck dafür, daß die Versammlung sich für die Politik des mittleren Weges entschieden hat, die, ausgehend von den be-

stehenden europäischen Organisationen, zur Schaffung einer europäischen politischen Autorität mit echten Funktionen, aber begrenzten Vollmachten führen soll, ohne Großbritannien und die skandinavischen Länder aus dem Europarat hinauszudrängen.

Die Stellung des Europarates zu anderen zwischenstaatlichen Organisationen

Das Verhältnis zur Organisation des Brüsseler Paktes

Einer der störendsten Faktoren für ein rasches Fortschreiten der europäischen Einigung liegt in der Tatsache, daß zur Zeit drei große europäische Organisationen vollständig unabhängig nebeneinander bestehen: Die Organisation des Brüsseler Fünf-Mächte-Paktes, der Europäische Wirtschaftsrat in Paris (OEEC) und der Europarat.

Der politische Ausschuß des Europarates hat bereits Verhandlungen mit dem Generalsekretär der ständigen Kommission des Brüsseler Fünf-Mächte-Paktes, *Star Busmann*, aufgenommen, um die Möglichkeit einer engeren Zusammenarbeit zu überprüfen. Dabei zeigt sich, daß die Brüsseler Organisation sehr klein ist und sich im wesentlichen auf die Vorbereitung der Sitzungen von Fachkommissionen beschränkt. Mit diesem kleinen Apparat wurden jedoch vor allem auf sozialem und kulturellem Gebiet wirkliche Fortschritte erzielt. Die Arbeiten liegen auf der gleichen Linie wie die des Europarates. Der Politische Ausschuß hat daher vorgeschlagen¹⁶, die soziale und die kulturelle Organisation des Brüsseler Fünf-Mächte-Paktes mit dem Europarat zusammenzulegen. Dies würde rein organisatorisch keine großen Schwierigkeiten bereiten. Im großen und ganzen ist die Bedeutung der Brüsseler Organisation, aus der sich am 16. April 1948 der Europäische Wirtschaftsrat in Paris und am 4. April 1949 der Atlantik-Pakt entwickelt haben, abgeklungen. Eine Zusammenlegung mit dem Europarat wird daher nur mehr den logischen Abschluß ihrer sozialen und kulturellen Arbeiten bringen. Der militärische Teil der Brüsseler Organisation wird in ähnlicher Weise von der Organisation des Atlantik-Paktes aufgesogen werden.

Das Verhältnis zur OEEC

Wesentlich komplexer und schwieriger ist das Verhältnis des Europarates zur OEEC. In der Begeisterung der ersten Straßburger Sitzungsperiode fiel manches harte Wort über die Arbeiten der Pariser Organisation. Vieles, was letzten Endes Verantwortung der Regierungen war, wurde den Experten zur Last gelegt, die diese unerwarteten und in ihrer Heftigkeit ungerechtfertigten Angriffe nicht ohne Grund persönlich übelnahmen. Von dieser Belastung hat sich das Verhältnis zwischen den beiden Organisationen bis heute noch nicht ganz erholt. Da der Ministerausschuß dem Wirtschaftsausschuß der Konsultativversammlung nur die Mittel bewilligt hat, die

zur Abhaltung der Sitzungen notwendig sind, und das Sekretariat des Europarates auf wirtschaftlichem Gebiet keinerlei eigene technische Dienste hat, ist die Konsultativversammlung hier völlig auf den guten Willen der Pariser Organisation und der Europäischen Wirtschaftskommission der Vereinten Nationen (ECE) in Genf angewiesen. Der Europäische Wirtschaftsrat (OEEC) hat sich die Gelegenheit nicht entgehen lassen, die Straßburger Kritiker seine augenblickliche Monopolstellung stark fühlen zu lassen. Auf Grund dieses gespannten Verhältnisses wurden die Verhandlungen zwischen den beiden Organisationen bisher von geradezu grotesken Vorsichtsmaßnahmen begleitet. Beim OEEC wurde ein eigener Ausschuß bestimmt, der mit einem Unterausschuß des Ministerausschusses über das Verfahren der Zusammenarbeit verhandeln sollte. Dabei wurde festgelegt, daß der Verkehr der beiden Organisationen ausschließlich über die Generalsekretäre laufen soll. Wünscht der Europarat Experten des OEEC zu befragen, so muß die Genehmigung dafür in jedem Falle beim Council oder beim Exekutivausschuß des OEEC eingeholt werden. Bei den Besprechungen muß jeweils der Generalsekretär des Europarates mit zugegen sein. Der Generalsekretär des OEEC kann sich vertreten lassen. Unter diesen Umständen ist es nicht verwunderlich, daß der Wirtschaftsausschuß der Konsultativversammlung dies Verfahren als unwürdig bezeichnet, auf die Befragung der Pariser Experten verzichtete und sich lieber an die Genfer Organisation der Vereinten Nationen wandte.

Dies unerfreuliche Verhältnis dürfte sich jedoch in dem Maße ändern, in dem sich der Marshall-Plan seinem Ende nähert. Es ist undenkbar, daß die beiden Organisationen, deren Spitzen noch dazu im wesentlichen von den gleichen Persönlichkeiten besetzt sind, auf die Dauer getrennt nebeneinander bestehen können. Einer Verschmelzung des Council des Europäischen Wirtschaftsrates mit dem Ministerausschuß des Europarates steht nur die Tatsache entgegen, daß in Paris Oesterreich, Portugal, die Schweiz und die britisch-amerikanische Zone von Triest vertreten sind, die keinerlei Verbindung zum Europarat haben. Es müßte jedoch möglich sein, hier eine tragbare Lösung zu finden.

Nach dieser Vereinheitlichung an der Spitze, die bereits vom Politischen Ausschuß des Europarates vorgeschlagen und von der Konsultativversammlung gebilligt wurde, würde die Abgrenzung der Kompe-

tenzen der beiden Organisationen keine unüberwindlichen Schwierigkeiten mehr bereiten.

Das Verhältnis des Europarates zur OEEC wird jedoch noch weiter kompliziert durch das Hinzutreten des Schuman-Planes, aus dem sich eine eigene europäische Organisation entwickeln wird. Es ist auch möglich, daß noch andere Spezialverwaltungen, so etwa eine Europäische Bank und eine Europäische Verkehrsorganisation geschaffen werden. (Eine Gruppe griechischer und türkischer Abgeordneter hat in Straßburg sogar vorgeschlagen, ein Europäisches Tabakmonopol zu schaffen, das einen Teil der Mittel für die Verwaltungskosten des Europarates aufbringen soll.) Die Zusammenfassung dieser verschiedenen Ämter würde organisatorisch etwa die gleichen Probleme schaffen wie die Zusammenlegung der bizonalen Verwaltungsämter für Wirtschaft, Ernährung und Landwirtschaft, Post und Verkehr, die in Minden, Bielefeld, Frankfurt und Stuttgart als erste organisatorische Grundlage des „Vereinigten Wirtschaftsgebietes“ geschaffen worden waren, in dem Frankfurter Wirtschaftsrat.

Zusammenarbeit mit anderen internationalen Organisationen

Der Politische Ausschuß des Europarates hat vorgeschlagen, vor jeder Sitzung oder Vollversammlung der internationalen Organisationen, in denen die Mitgliedstaaten vertreten sind — hier kommt vor allem das Internationale Arbeitsamt (ILO), die UNESCO und die Europäische Wirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen (ECE) in Frage —, vorbereitende Sitzungen im Rahmen des Europarates abzuhalten, in denen eine gemeinsame europäische Linie festgelegt werden soll.

Der Ministerausschuß soll dann auf Grund der Vorschläge, die sich aus diesen vorbereitenden Sitzungen ergeben, die Fachausschüsse der Konsultativversammlung in die Verhandlungen einschalten. Durch dieses Verfahren, das freilich noch sehr umständlich ist, hofft man, neue Wege für eine engere Zusammenarbeit des Europarates mit den internationalen Organisationen zu eröffnen.

Die Zusammenarbeit mit den nationalen Parlamenten

Solange die Konsultativversammlung nur beratenden Charakter hat, und die gegenwärtige organisatorische Struktur des Europarates beibehalten wird, wirkt die Stellung des Ministerausschusses wie ein Filter, der jeden direkten Verkehr mit den nationalen Parlamenten absorbiert. Der Bericht des Politischen Ausschusses hält unter den gegebenen Umständen die Uebertragung legislativer Befugnisse an die Konsultativversammlung im Augenblick noch für verfrüht und zweifelt an ihrer Durchführbarkeit.

Trotzdem wird versucht, die Zusammenarbeit mit den nationalen Parlamenten zu verstärken. Der

Hauptzweck dieser Zusammenarbeit soll sein, in den nationalen Parlamenten politische Aktionen im Sinne der europäischen Einigung auszulösen. Dies soll dadurch geschehen, daß der Ministerausschuß Resolutionen der Konsultativversammlung, die von besonderer Bedeutung sind, mit seiner eigenen Stellungnahme an die nationalen Parlamente übersendet und sie auffordert, innerhalb einer festgelegten Frist dazu Stellung zu nehmen.

Dieses Verfahren soll zum Beispiel in folgenden Fällen angewandt werden:

1. Bei der Annahme eines Konventionsentwurfes, wie beispielsweise der Konvention über die Menschenrechte durch die Konsultativversammlung. In solchen Fällen würde eine befristete Stellungnahme der Parlamente die Ratifizierung der Konventionen wesentlich beschleunigen.
2. In Fällen, in denen die Versammlung Entscheidungen von prinzipieller Bedeutung trifft, wie etwa die Annahme einer Entschließung für den Europäischen Bundespakt oder die Abänderung des Statuts.

Ohne auf die Entscheidung des Ministerausschusses zu warten, hat sich die Konsultativversammlung bereits eine direkte Verbindung zu den nationalen Parlamenten geschaffen: der Ständige Ausschuß wurde beauftragt, die wichtigsten Entschließungen der Konsultativversammlung direkt an die Regierungen der Mitgliedstaaten und an alle Parlamentsmitglieder der Mitgliedstaaten zu schicken. Die Abgeordneten der Konsultativversammlung sollen sich dann dafür einsetzen, daß diese Entschließungen so rasch als möglich in den Parlamenten diskutiert und angenommen werden.

Neben dieser Herstellung direkter Verbindungen zwischen der Konsultativversammlung und den nationalen Parlamenten, die sich natürlich durch die Berichte über die Parlamentsdebatten auch stark auf die öffentliche Meinung auswirken würden, werden in Straßburg die Möglichkeiten einer direkten Beeinflussung und Aufklärung der Öffentlichkeit geprüft. Die Informationsabteilung des Generalsekretariats muß sich vorläufig auf die Unterrichtung der Presse beschränken, die allerdings in besonders eingehender und umfassender Weise vorgenommen wird. Darüber hinaus hat das vom Ministerausschuß geschaffene Komitee von Erziehungsfachleuten eine Reihe von Maßnahmen auf den Gebieten des Schulwesens und der Erwachsenenbildung vorgeschlagen, die der Verbreitung des europäischen Gedankens dienen sollen. Sie sollen in enger Zusammenarbeit mit der UNESCO durchgeführt werden.

Wie läßt sich aber nun unter den gegebenen politischen Verhältnissen aus den sowohl auf der Regierungsebene wie auf der parlamentarischen Ebene vorhandenen Ansatzpunkten eine echte europäische Autorität entwickeln?

Möglichkeiten der Umwandlung des Europarates in eine europäische, politische Autorität

Der gegenwärtige Geschäftsgang

In der ersten Sitzungsperiode der Konsultativversammlung konnte von einem flüssigen parlamentarischen Geschäftsgang noch keine Rede sein. In Kleinigkeiten, wie etwa im Fehlen geeigneter Kästen zur Aufnahme der Stimmzettel bei der Abstimmung oder der für angelsächsische Abgeordnete völlig ungewohnten Aufstellung eines Rednerpultes, wie in den eigentlichen Verfahrensfragen — Festlegung der Tagesordnung, Funktion des Vorsitzenden in den Kommissionen, Verkehr mit dem Ministerausschuß — tauchten immer wieder technische Probleme auf, die unverhältnismäßig viel Zeit, Gedanken und Nerven beanspruchten. Inzwischen ist der Europarat nicht nur aus den improvisierten Räumen in der Straßburger Universität in das in wenigen Monaten in einfachem modernem Stil erbaute Palais de l'Europe am Place Lenôtre umgezogen, sondern er hat auch für seine innere Organisation zweckmäßige parlamentarische Formen gefunden, die seiner einzigartigen „Zwitterform“ — halb Parlament, halb beratende Körperschaft — entsprechen.

Dies ist nicht zuletzt dem kleinen Stab von Beamten des britischen und französischen Parlaments zu verdanken, die im vorigen Jahr unter der erfahrenen Leitung des langjährigen „Clerk“ des britischen Unterhauses, Sir Gilbert (jetzt Lord) *Campion*, die Geschäfte der Konsultativversammlung in Gang brachten. Inzwischen hat der Ministerausschuß im November 1949 dem Wunsch der Konsultativversammlung nach einem eigenen Sekretariat stattgegeben, dessen Leiter die Stellung eines stellvertretenden Generalsekretärs hat. Die vor dem ersten Zusammentritt der Konsultativversammlung von einem aus Regierungsbeamten bestehenden Ausschuß vorbereitete vorläufige Verfahrensordnung ist inzwischen durch den Verfahrensausschuß der Konsultativversammlung nach den Erfahrungen der ersten Sitzungsperiode ergänzt und erweitert worden. Sie wurde bis auf einen Paragraphen von der Versammlung angenommen. Verfahrensfragen spielten daher in der zweiten Sitzungsperiode praktisch keine Rolle mehr.

Es ist vielleicht nicht unwesentlich, den Geschäftsgang, so wie er sich nun eingespielt hat, kurz zu erläutern. Dadurch entsteht am raschesten ein klares Bild von der gegenwärtigen Arbeitsweise der Konsultativversammlung, ihren Möglichkeiten und ihren Grenzen.

Die Festlegung der Tagesordnung

Die Tagesordnung für die Beratungen der Konsultativversammlung setzt sich entsprechend ihrem Charakter als Beratungsorgan aus zwei Elementen zusammen:

- a) Angelegenheiten, die der Versammlung durch den Ministerausschuß mit der Bitte um Stellungnahme überwiesen werden.
- b) Angelegenheiten, deren Erörterung der Ministerausschuß auf Vorschlag der Versammlung zugestimmt hat.

Nach der Wahl des Präsidenten und der sechs Vizepräsidenten¹⁷ besteht die erste Handlung der Versammlung in der Kenntnisnahme der Vorschläge des Ministerausschusses, gegen die ein Einspruch nicht möglich ist. Dann wird eine vorläufige Liste der Anträge der Abgeordneten zusammengestellt, die jeweils von mindestens zehn Stimmen unterstützt werden müssen. Zur Aufnahme eines Vorschlages in die Tagesordnung sind zwei Drittel Mehrheit notwendig. Die endgültige Tagesordnung muß innerhalb der ersten drei Tage nach dem Zusammentritt der Versammlung fertiggestellt sein.

Der Ministerausschuß hat im November 1949 beschlossen, von dem Recht, die Zusammenstellung der Tagesordnung zu kontrollieren, das ihm nach Artikel 23 des Statuts zusteht, keinen Gebrauch zu machen, solange sich die Versammlung im Rahmen der in Artikel 1 des Statuts festgelegten Ziele des Europarates hält. Nachdem die Versammlung nun einmal begonnen hat, sich auch mit den Fragen der europäischen Verteidigung zu beschäftigen, ist sie in der Auswahl der Themen für ihre Tagesordnung praktisch unbeschränkt. Eine entsprechende Änderung des Statuts kann diese Tatsache nur noch nachträglich formalisieren.

Die Ausarbeitung der Empfehlungen für den Ministerausschuß

Das Verfahren der Versammlung bei der Ausarbeitung ihrer Empfehlungen für den Ministerausschuß entspricht im wesentlichen den parlamentarischen Spielregeln für die Ausarbeitung und Verabschiedung von Gesetzentwürfen. Jede Empfehlung hat vier Stufen zu durchlaufen:

- a) Allgemeine Debatte (erste Lesung),
- b) Ausschußberatung,
- c) Debatte über den Ausschußbericht (zweite Lesung),
- d) Endabstimmung.

Während der allgemeinen Debatte findet keine Abstimmung statt; nach Schluß der Debatte wird das Thema mit allen vorgelegten Anträgen dem zuständigen Ausschuß überwiesen.

Die Festlegung des Verfahrens für die Ausschüsse der Konsultativversammlung machte besondere Schwierigkeiten, da in dieser Hinsicht das Verfahren in den Parlamenten der Mitgliedstaaten verschieden ist¹⁸.

Die Debatte über den Ausschlußbericht findet auf Grund der schriftlichen Vorlage des Rapporteurs statt, über den dann je nach den Wünschen der Versammlung im ganzen oder nach Paragraphen abgestimmt wird. Die technischen Voraussetzungen für eine gesetzgeberische Tätigkeit des Europarates sind also durchaus gegeben. Die Frage ist nun, wie er ohne den Abschluß eines Bundespaktes, mit dem zur Zeit noch nicht zu rechnen ist, in den Besitz von Gesetzgebungsbefugnissen gelangen soll.

Die Vorschläge Mollets

Die konkretesten Vorschläge für die Umbildung des Europarates in eine echte politische Autorität hat bisher Guy Mollet vorgelegt. In einem Memorandum, das er zusammen mit Maurice Schumann, Pierre Teitgen, dem britischen Föderalisten Ronald Mackay und einigen anderen Abgeordneten am 8. August der Versammlung vorlegte, finden sich sehr eingehende Vorschläge für die Uebertragung echter legislativer und exekutiver Vollmachten an den Europarat¹⁹.

Ein Vergleich mit der Entstehung der Deutschen Bundesrepublik

Man hat sich in der Diskussion über die Fragen der europäischen Einigung angewöhnt, in erster Linie die Schweiz und die Vereinigten Staaten von Amerika als Beispiele erfolgreicher bundesstaatlicher Zusammenschlüsse heranzuziehen. Diese Beispiele haben den Vorteil, daß sie aus einem Abstand von über hundert Jahren in allen Einzelheiten überschaubar geworden sind. Es fragt sich aber, ob sich für die heutigen Probleme der europäischen Einigung viel daraus lernen läßt. Die europäischen Nationalstaaten von 1950 lassen sich nur in sehr beschränktem Umfang mit den nordamerikanischen Kolonien oder Schweizer Kantonen vergleichen. Viel naheliegender scheint es, die Entstehung der Bundesrepublik Deutschland, die sich in den letzten Jahren vor unser aller Augen vollzogen hat, zum Vergleich heranzuziehen. Trotz aller Unterschiede zwischen Westdeutschland und Westeuropa läßt sich diese Entwicklung am ehesten als Modellfall benutzen. (Die westdeutsche Entwicklung soll damit freilich keineswegs als vorbildlich hingestellt werden.) Westdeutschland war in seiner Entwicklung durch die Besatzungszonen gehemmt, die in gewissem Sinne den regionalen Unterteilungen Westeuropas in die skandinavische Gruppe, Großbritannien, die Gruppe der Benelux-Länder und die nur am europäischen Wirtschaftsrat teilnehmenden Länder: Schweiz, Oesterreich und Portugal vergleichbar ist. Das Kernproblem ist in beiden Fällen die Errichtung einer echten politischen Autorität über den Ländersouveränitäten und den regionalen Einflußzonen.

Die ersten rechtlichen Grundlagen für das „System

Sie gehen von der Voraussetzung aus, daß jede Weiterentwicklung des Europarates davon abhängt, daß zunächst den Regierungen der Mitgliedstaaten die letzte Entscheidung über alle von der Versammlung behandelten Fragen vorbehalten bleiben muß.

Da die europäischen Regierungen heute noch nicht bereit sind, der Versammlung im voraus ihre Gesetzgebungsvollmachten zu übertragen, schlägt das Memorandum Mollets vor, man solle die Konsultativversammlung in die Lage versetzen, sich in Angelegenheiten von gesamteuropäischer Bedeutung als Gesetzgeber zu betätigen und Gesetze dann dem Ministerausschuß zur Billigung vorzulegen.

Damit würde dann auch die Voraussetzung für die Schaffung einer echten europäischen Exekutive gegeben. Die Versammlung könnte aus ihren Reihen Direktoren (*Councillors*) wählen, aus denen sich nach und nach eine europäische Regierung entwickeln könnte. Jeder dieser Direktoren würde die Leitung einer Verwaltungsabteilung übernehmen, die freilich zunächst, da ja die echten exekutiven Vollmachten noch fehlen, noch kein echtes Ministerium wäre²⁰.

der Provisorien“ in Deutschland, über das wir damals ausführlich berichtet haben²¹, waren zwischenstaatliche Abkommen, die festlegten, daß für bestimmte Sachgebiete (Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, Wirtschaft, Finanzen, Post und Verkehr) in der britischen und amerikanischen Zone nunmehr gleiches Recht verkündet werden solle. Dafür wurden „Verwaltungsräte“ geschaffen, die sich aus den Fachministern der Länder zusammensetzten.

Dann wurde im Juni 1947 der bizonale Wirtschaftsrat gebildet, eine beratende Körperschaft, deren Abgeordnete von den Landtagen der Länder beider Zonen gewählt wurden. Der Wirtschaftsrat schuf sich Fraktionen und Fachausschüsse und eine parlamentarische Verfahrensordnung. Er wählte die Direktoren der aus den Verwaltungsräten geschaffenen „Verwaltungsämter“. Aus Vertretern der Länderregierungen, die von den Kabinetten ernannt wurden, bildete sich dann der „Exekutivrat“ des Wirtschaftsrates, der in gewissem Sinne mit dem Straßburger Ministerausschuß vergleichbar ist. Im nächsten Entwicklungsstadium wurde daraus eine zweite Kammer, der „Länderrat“. Die Zahl der Abgeordneten wurde nun verdoppelt, die Direktoren der Verwaltungsämter bildeten zusammen einen „Verwaltungsrat“, dessen Vorsitzender („Oberdirektor“) durch das Plenum des Wirtschaftsrates gewählt wurde.

Nun begannen die Vorverhandlungen über das eigentliche „Grundgesetz“, in dem von den Ministerpräsidenten der Länder eingesetzten Verfassungsausschuß von Herrenchiemsee. Die Beratungen des Bon-

ner parlamentarischen Rates schlossen sich an, der am 23. Mai 1949 das Grundgesetz verabschiedete. Nun erst kam es zu allgemeinen direkten Wahlen für den Bundestag, zur Wahl des Bundespräsidenten, und der Bundesregierung.

Heute könnte man rückblickend sagen, daß diese Entwicklung wesentlich rascher und reibungsloser verlaufen wäre, wenn man schon 1945 eine Nationalversammlung einberufen und ihr die Ausarbeitung einer deutschen Verfassung übertragen hätte. Solche Ueberlegungen, die post festum leicht zu treffen sind, werden aber der Tatsache der Aufteilung Deutschlands nicht gerecht, die zunächst jede Gesamtlösung unmöglich machte. Auch Europa ist heute geteilt. Westeuropa befindet sich in einer Situation, die der Westdeutschlands im Anfangsstadium des bizonalen Wirtschaftsrates nicht ganz unähnlich ist. Freilich gibt es bisher nur ein europäisches „Verwaltungsamt“, den Europäischen Wirtschaftsrat (OEEC) in Paris. Die Zahl solcher Institutionen kann sich aber in Kürze sowohl durch den Schuman-Plan wie durch das Projekt eines europäischen Verteidigungsamtes und der verschiedenen anderen Projekte für europäische Organisationen vermehren.

Der nächste Schritt

Der Vorschlag Mollets für das nächste Entwicklungsstadium des Europarates läuft nun darauf hinaus, daß aus den Abgeordneten der Konsultativversammlung „Direktoren“ gewählt werden, welche die bereits erwähnten zehn Verwaltungsämter entweder neu schaffen oder aus bereits bestehenden Organisationen entwickeln können. Diese Verwaltungsämter sollen zunächst noch keine echte Exekutivgewalt haben. Die Voraussetzung dafür müßten sie sich erst schaffen, indem sie die Vorarbeiten für den Beginn der gesetzgeberischen Tätigkeit der in ein „Unterhaus“ umzuwandelnden Konsultativversammlung ausführen. Für diese Umwandlung wäre ein Beschluß der Regierung notwendig, der sich in etwa mit den Proklamationen der Militärregierungen vergleichen ließe, durch die dem Wirtschaftsrat in Frankfurt die ersten Gesetzgebungsvollmachten übertragen wurden.

Es wird nicht leicht sein, einen solchen Beschluß, für den Mollet bereits den Entwurf eines Protokolls ausgearbeitet hat, herbeizuführen. Es wäre jedoch jedenfalls einfacher und rascher zu bewerkstelligen als die Schaffung eines europäischen „Grundgesetzes“. Es wäre beispielsweise möglich, daß die Konsultativversammlung nach dem vorher beschriebenen Verfahren eine prinzipielle EntschlieÙung über die Uebertragung von bestimmten Gesetzgebungsvollmachten an den Europarat faßt, der dann vom Ministerratsausschuß oder vom Ständigen Ausschuß den Parlamenten der Mitgliedstaaten zugeleitet wird.

Der Vergleich mit dem bizonalen Wirtschaftsrat zeigt hier deutlich, wie sich in verhältnismäßig kurzer Zeit ein neuer Gesetzgebungsbereich über der Länderebene entwickeln kann, innerhalb dessen echte, wenn auch noch sehr eingeschränkte Exekutivbefugnisse der Verwaltungsämter bestehen. Dabei bleibt die Möglichkeit offen, daß weitere Zonen — im Falle Deutschlands die französische Zone und Berlin — nicht in diesen Gesetzgebungsbereich einbezogen sind und trotzdem durch ein gemeinsames Organ — am Beispiel Deutschlands der Kontrollrat — mit den bereits enger zusammengeschlossenen Zonen in einer organischen Verbindung stehen.

In diesem Stadium, das heißt, wenn durch eine, wenn auch bescheidene Gesetzgebungstätigkeit die Plattform für eine echte Legislative und Exekutive geschaffen wurde, wird man an die Ausarbeitung eines europäischen Grundgesetzes gehen können, ohne befürchten zu müssen, in theoretischen Erwägungen steckenzubleiben. Die Annahme dieses Grundgesetzes könnte dann die Voraussetzung für direkte und allgemeine Wahlen zu einem echten europäischen Parlament schaffen.

Die Entscheidung darüber, wie rasch eine solche Entwicklung vorstatten geht, liegt nun ausschließlich bei den nationalen Parlamenten. Sie haben es in der Hand, sowohl die Konsultativversammlung — durch ihre dorthin entsandten Abgeordneten — wie den Ministerratsausschuß — durch Beeinflussung der von ihnen gewählten Regierungen — auf diesen Weg zu führen, zu drängen und — wenn es sein muß — zu stoßen.

Scheidet damit die Möglichkeit einer sofortigen Einigung auf revolutionärem Wege praktisch aus, so muß man sich fragen, ob für den von Mollet skizzierten längeren Weg noch genügend Zeit zur Verfügung steht.

Die Ereignisse in Korea haben in Europa vielfach eine an Panik grenzende Ungeduld geschaffen. Mollet zitierte als Antwort darauf in einer seiner Reden eine Geschichte über Ludwig von Gonzaga, die Charles Péguy zu erzählen liebte: Drei junge Studenten spielten miteinander Ball. Der eine fragte die beiden anderen, was sie tun würden, wenn in einer Viertelstunde die Welt unterginge. „Ich würde niederknien und zu Gott beten“, sagte der erste. „Ich würde an meine Mutter denken“, sagte der zweite. Der dritte, Ludwig von Gonzaga, der ohne Zweifel von den dreien das beste Gewissen hatte, meinte: „Ich würde weiterspielen.“

„Für uns handelt es sich nicht um ein Spiel“, meinte Mollet, „und das Ende der Welt ist noch nicht für die nächste Viertelstunde angekündigt, aber auch wir müssen einen kühlen Kopf bewahren und ein ruhiges Gewissen und unserer Arbeit nachgehen.“

Wilhelm Cornides

Anmerkungen

- ¹⁾ Art. 1, Abs. d) des Statuts lautet: Angelegenheiten der nationalen Verteidigung gehören nicht zur Zuständigkeit des Europarates.
- ²⁾ Vgl. Europa-Archiv 15/1950, S. 3233.
- ³⁾ Vgl. den Text auf Seite 3373.
- ⁴⁾ Vgl. den Text der Resolution auf Seite 3362 (III A 1)
- ⁵⁾ Vgl. hierzu den Wortlaut der Satzung des Europarates in Europa-Archiv 12/1949, S. 2241—2244.
- ⁶⁾ Vgl. den Text auf Seite 3362 (III C).
- ⁷⁾ Vgl. Seite 3374.
- ⁸⁾ Proposition de Résolution tendant à la nomination d'un Haut Commissaire du Conseil de l'Europe pour la défense. Présentée par: MM. de Menthon, Bidault, van der Goes van Naters, Bohy, Teitgen, Bonnefous, Philip, Senghor, Reynaud, Loesch.
- ⁹⁾ Gegen die Wiederwahl Spaaks wurden von einigen belgischen, holländischen und irischen Abgeordneten zunächst Einwände erhoben. Man warf ihm vor, er sei in der belgischen Königskrise gewaltsam und undemokratisch vorgegangen. Churchill setzte sich nachdrücklich für seine Wiederwahl ein, die dann mit 90 Ja- gegen 23 Nein-Stimmen einschließlich Enthaltungen erfolgte.
- ¹⁰⁾ Der englische Text lautet: "The Assembly, in order to express its devotion to the maintenance of peace, and its resolve to sustain the action of the Security Council of the United Nations in Defense of peaceful peoples against aggression, calls for the immediate creation of a united European army, under the authority of a European Minister for Defence, subject to proper democratic European control, and acting in full co-operation with the United States and Canada."
- ¹¹⁾ Dieser Gedanke ist nochmals ausdrücklich in Teil III der politischen Entschlüsse der Konsultativversammlung niedergelegt, die gleichfalls mit großer Mehrheit angenommen wurde.
- ¹²⁾ Vgl. hierzu den Beitrag „Die Britische Europa-politik“ Europa-Archiv 3/1950, S. 2787—2793 und 4/1950, S. 2829—2836.
- ¹³⁾ „In der Ueberzeugung, daß die gegenwärtige Zersplitterung Europas in souveräne Einzelstaaten, die europäischen Völker von Tag zu Tag mehr in Elend und Unfreiheit führen muß, tritt der in freien Wahlen berufene Bundestag der Bundesrepublik Deutschland für einen Europäischen Bundespakt ein, wie ihn die Präambel und der Artikel 24 des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland vorsehen.
Dieser Europäische Bundespakt soll
1. eine übernationale Bundesgewalt schaffen, die sich auf allgemeine, unmittelbare und freie Wahlen gründet und über gesetzgebende, ausübende und richterliche Kompetenzen verfügt.
2. diese Gewalt mit allen Befugnissen ausstatten, die erforderlich sind, um
a) die wirtschaftliche Einheit Europas auf der Grundlage sozialer Gerechtigkeit herbeizuführen,
b) eine gemeinsame europäische Außenpolitik zu ermöglichen, die dem Frieden in der Welt dient,
c) die Gleichheit der Rechte aller europäischen Völker herzustellen und weiterhin zu sichern,
d) die Grundrechte und menschlichen Freiheiten der europäischen Bürger zu garantieren und unter Rechtsschutz zu stellen.“
Proposition de Résolution
tendant à la signature d'un Pacte Fédéral Européen et à l'institution d'une autorité politique européenne
présentée par
MM. Azara, Bastienetto, Becker, Bellavista, Benvenuti, Bergmann, Bichet, Boggiano-Pico, Bohy, Bollifraud, Bonnefous, Braun, von Brentano, Mme Brossolette, MM. Bruins Slot, von Campe, Cappi, Casati, Charpentier, Cingolani, Diop, Dominedo, Erler, de Felice, Galliard, Giacchero, van der Goes van Naters, Jacini, Jaquet, Junglas, Kirm, Krahnstover, La Malfa, Lütken, Marconcini, Montini, Moutet, Mühlenfeld, Müller, Mutter, Nölting, Ollenhauer, Parri, Paul, Persico, Philip, Pünder, Reif, Schäfer, Schumann, Senghor, Semler, Serrarens, Silvanore, Singer, Strauß, Treves, de la Vallée-Poussin.
1. L'Assemblée Consultative tient à rappeler sa décision de l'an dernier, affirmant qu'un des buts essentiels du Conseil de l'Europe est l'institution d'une autorité politique européenne dotée de fonctions limitées mais de pouvoirs réels.
2. Pour atteindre un tel but l'Assemblée Consultative demande à tous les Etats Membres du Conseil de l'Europe de conclure sans délai un accord solennel instituant une autorité politique, au moyen de laquelle les Etats Membres décideraient ensemble et à la majorité d'une politique commune en matière de protection des droits de l'homme, de relations extérieures, d'affaires économiques et de sécurité européenne.
3. En outre et dès maintenant, l'Assemblée Consultative encourage les Etats, qui désirent établir entre eux des liens organiques plus étroits, à signer un Pacte Fédéral, instituant un Parlement démocratiquement élu et un Gouvernement responsable devant ce dernier.
L'organisation fédérale ainsi créée, inscrite dans le cadre du Conseil de l'Europe, resterait ouverte à tous les Etats Membres qui souhaiteraient plus tard y adhérer.
¹⁴⁾ Bei der letzten Regierungsbildung in Frankreich war Guy Mollet das Staatsministerium für den Europarat übertragen worden.
¹⁵⁾ Mollet sagte in seinem Schlußwort zum politischen Bericht sehr nachdrücklich: „Ich bin der Ansicht, daß nur eine Minderheit Europa im Ernst will und daß der wahre Mut darin besteht, dieser Minderheit die Wahrheit zu sagen.“
¹⁶⁾ Vgl. die Resolution.
¹⁷⁾ Bisher waren es nur vier Vizepräsidenten, zu denen am 19. August 1950 zwei weitere Vizepräsidenten zugewählt wurden, und zwar der Türke Suad Hayri Urguplu und der Deutsche Heinrich von Brentano, der mit großer Stimmenmehrheit gewählt wurde. Die anderen vier Vizepräsidenten sind: Lord Layton (Großbritannien), Stefano Jacini (Italien), François de Menthon (Frankreich) und Axel Gjöres (Schweden).
¹⁸⁾ In den kontinentalen Parlamenten wird den Ausschüssen gewöhnlich ein „Text“ in der Form des Initiativantrages überwiesen. Die Hauptarbeit des Ausschusses besteht in der Erörterung dieses Textes, der mit entsprechenden Aenderungen und Erläuterungen wieder der Versammlung vorgelegt wird. Die Vorbereitung des Ausschlußberichtes wird einem Berichterstatter (Rapporteur) übertragen. Der Ausschlußvorsitzende kann im allgemeinen die Arbeiten des Ausschusses nicht wesentlich beeinflussen. Seine Tätigkeit beschränkt sich auf die Leitung der Debatte. Im britischen Parlament hat dagegen der Ausschlußvorsitzende wesentlich größere Vollmachten. Es gibt keinen „Rapporteur“. Der Vorsitzende entwirft einen Bericht, in dem die Auffassung des Ausschusses niedergelegt ist. Dieser wird dann Satz für Satz durchgearbeitet und in entsprechend abgeänderter Form der Versammlung vorgelegt. Die Ausschüsse des Europarates haben sich im wesentlichen dem kontinentalen Verfahren angeschlossen. Die Erörterung des Ausschlußberichtes erfolgt, entsprechend dem kontinentalen Brauch, auf Grund des Berichtes des „Rapporteurs“ über den dann nach einer ins einzelne gehenden Diskussion im ganzen abgestimmt wird.
¹⁹⁾ Motion recommending the investment of the Council of Europe with legislative and executive powers, proposed by: Messrs Mackay, Schumann, Mollet, Giacchero, Bastianetto, van der Kiept, Bardoux, Drossos, Senghor, Smitt-Ingelbreten, Teitgen, Boggiano, Pico, Bastid, Wolter, Bolifraud, Parri. (Document AS (2) 19 der Zweiten Sitzungsperiode.)
²⁰⁾ Mollet schlägt die Bildung von zunächst zehn Verwaltungsabteilungen vor: Finanzen, Außenhandel, Industrie, Ernährung und Landwirtschaft, Arbeits- und Sozialversicherung, Verkehr, Ueberseische Angelegenheiten, Kultur, Justiz.
²¹⁾ Vgl. Europa-Archiv Mai 1947, S. 569—577; August 1947, S. 785—792; Dezember 1947, S. 1017—1022; Mai 1948, S. 1317 bis 1328.

Die politischen Entschlüsse der Konsultativversammlung

I. Präambel

Die Versammlung

1. erklärt feierlich, daß es der Zweck einer engeren europäischen Einigung ist, einem demokratischen Europa die Erfüllung seiner Mission zu ermöglichen, als dauernder Faktor für Frieden und Einigkeit in der Welt zu wirken — ein Zweck, der durch die Verwirklichung der wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Ziele des Europarates und durch die sich daraus ergebende Stärkung seiner politischen und wirtschaftlichen Unabhängigkeit erreicht werden soll;

2. erklärt, daß die Verwirklichung der Einigung Europas nicht zu einer Schwächung der bereits bestehenden Bindungen zwischen bestimmten Mitgliedstaaten des Europarates und den überseeischen Gebieten oder Ländern führen sollte. Im Gegenteil, die aktive Beteiligung dieser Länder und Gebiete ist besonders notwendig, wenn in der Einigung Europas Fortschritte erzielt werden sollen;

3. wiederholt ihre Erklärung vom September 1949 und weist nochmals mit allem Nachdruck darauf hin, daß sie es als das Ziel des Europarates ansieht, eine europäische Autorität mit begrenzten Funktionen, aber echten Vollmachten zu schaffen;

4. ist der Ansicht, daß die Verfolgung dieses letztgenannten Ziels, wenn man über die bloße theoretische Erörterung hinausgeht, von folgenden Grundsätzen ausgehen sollte:

a) Eine engere Koordinierung muß zwischen den bestehenden europäischen Organisationen herbeigeführt werden. Gleichzeitig müssen die ihre Arbeit bestimmenden Regeln elastischer gestaltet werden.

b) Ueber die Tätigkeit der zwischenstaatlichen Organisationen muß eine wirksame europäische parlamentarische Aufsicht ausgeübt werden.

c) Da der Europarat die Organisation zu sein scheint, die am besten geeignet ist, den allgemeinen Rahmen zu bilden, in dem sich eine solche Politik verwirklichen läßt, muß seine Autorität gestärkt und seine Organe in die Lage versetzt werden, ihren erhöhten Verantwortungen nachzukommen.

Die Versammlung

empfiehlt dem Ministerausschuß, im Namen des Europarates die oben dargelegten Grundsätze anzunehmen.

II. Entschlüsse zur allgemeinen Politik des Europarates

A. Einrichtung von Sonderbehörden

Die Versammlung,

nachdem sie ihren Wunsch für die Einsetzung einer europäischen politischen Autorität mit begrenzten Funktionen, aber echten Vollmachten, die alle Nationen umfaßt, die treu zu den Gedanken der Demokratie stehen, erneut zum Ausdruck gebracht hat, empfiehlt dem Ministerausschuß dringend, die folgende Politik anzunehmen:

1. Einrichtung von Sonderbehörden im Rahmen des Europarates, deren Zuständigkeit jeweils auf politischem, wirtschaftlichem, sozialem und kulturellem Gebiet liegen soll.

2. Obwohl das Bestehen des Europarates wesentlich davon abhängig ist, daß alle demokratischen Nationen Europas innerhalb seiner Organisation vertreten sind, soll es dennoch jeder Nation freistehen, den Sonderbehörden oder einer oder mehrerer von ihnen beizutreten.

3. Diese Sonderbehörden, deren Schaffung und Beibehaltung in dieser Form beabsichtigt ist, sollen allen

Mitgliedstaaten für einen späteren Beitritt offenstehen. Ihre Verwaltungs- und Kontrollorgane sollen mit denen des Europarates zusammengelegt werden.

4. Den Staaten, die von Anfang an engere organische Verbindungen untereinander herzustellen wünschen, soll dies freigestellt sein. Die Form, die diese Verbindungen annehmen, soll von ihnen nach Erörterungen, an denen alle Mitgliedstaaten des Europarates teilnehmen, geregelt werden. Die Verwaltungs- und Kontrollorgane sollen auf Grund der am Schluß von Punkt 3 aufgezeichneten Methoden eingesetzt werden. Für den späteren Beitritt anderer Mitgliedstaaten sollen die gleichen Möglichkeiten wie oben erwähnt aufrechterhalten werden.

B. Behandlung der Entschlüsse der Konsultativversammlung

1. Der Ständige Ausschuß soll von den Resolutionen, die von der Versammlung angenommen wurden, diejenigen auswählen, die den weitesten Anwendungsbereich haben und deren Annahme er als äußerst wichtig oder dringend erachtet.

2. Solche Resolutionen sollen den Regierungen aller Mitgliedstaaten des Europarates und allen Mitgliedern der Parlamente dieser Staaten zugeleitet werden.

3. Die Mitglieder der Konsultativversammlung sollen ihr äußerstes tun, um zu gewährleisten, daß die vom Ständigen Ausschuß ausgewählten Resolutionen so schnell

wie möglich ihren Parlamenten zur Erörterung vorgelegt werden.

4. Die Mitglieder der Konsultativversammlung, die in der Versammlung für diese Resolutionen gestimmt haben, sollen sich nach besten Kräften für deren Annahme durch ihre Parlamente einsetzen.

III. Vorschläge zur Stärkung der Politischen Autorität des Europarates

A. Arbeitsbereich des Europarates

1. Probleme der europäischen Sicherheit

Die Versammlung,

unter Berücksichtigung der Tatsache, daß ihr durch Artikel 1 (d) des Statuts die Zuständigkeit zur Prüfung von Verteidigungsproblemen abgesprochen wird,

hält es doch für möglich, daß sie im Rahmen des gegenwärtigen Statuts allgemeine Beratungen über politische Probleme nicht-militärischer Natur durchführt, die verknüpft sind mit der Notwendigkeit, für die Sicherheit Europas zu sorgen,

erklärt, daß es höchst wünschenswert wäre, wenn bei solchen Beratungen Gelegenheit zu klarer Darlegung der europäischen parlamentarischen Meinung zu diesem Thema geboten würde.

B. Der Ministerausschuß

1. Schaffung von Europa-Ministerien

Die Versammlung

legt dem Ministerausschuß folgende Empfehlung vor: daß der Ministerausschuß vorschlagen möge, daß jeder Mitgliedstaat einen Minister, Staatssekretär oder Unterstaatssekretär ernannt, der, ohne den Verantwortungsbereich des Außenministers zu präjudizieren, mit der Ueberwachung europäischer Angelegenheiten beauftragt wird.

Die besondere Aufgabe des mit diesem Posten Betrauten sollte es sein:

1. die Maßnahmen seiner Regierung auf dem Gebiet der europäischen Zusammenarbeit zu koordinieren;

2. für die Verbreitung der von den verschiedenen Organen des Europarates getroffenen Entscheidungen oder Vorschlägen unter den Parlamentsmitgliedern und in der Öffentlichkeit der beteiligten Länder zu sorgen;

3. im Ministerausschuß des Europarates, falls notwendig, als Stellvertreter für den Außenminister mit denselben Befugnissen aufzutreten.

2. Teilweise Anwendung von Abkommen in einzelnen Mitgliedstaaten

Die Versammlung

empfiehlt dem Ministerausschuß die folgenden zusätzlichen Bestimmungen in seine Verfahrensregeln aufzunehmen:

Artikel 7 (a): Ein oder mehrere Mitglieder können grundsätzlich für die Annahme eines Abkommens durch den Ministerausschuß stimmen und sich gleichzeitig das Recht vorbehalten, dieses unter dem Hinweis auf praktische Schwierigkeiten nicht gleich in seiner Gesamtheit oder teilweise zur Anwendung kommen zu lassen.

In diesem Falle werden die Mitgliedstaaten das Abkommen unter Berücksichtigung der von jedem von ihnen gemachten Vorbehalte zur Anwendung bringen.

3. Gültigkeit von Beschlüssen

Die Versammlung,

in der Erwägung, daß es notwendig ist, Artikel 15 des Statuts so abzuändern, daß die Ergebnisse, zu denen der Ministerausschuß gelangt, die Gültigkeit von Beschlüssen erlangen, die nach gegenseitigem Uebereinkommen zwischen den Mitgliedstaaten gefaßt worden sind, und von den Mitgliedstaaten ausgeführt werden müssen,

empfiehlt, daß der Ministerausschuß alle zu diesem Zweck erforderlichen Maßnahmen trifft.

4. Rückverweisung nicht vollständig annehmbarer Empfehlungen an die zuständigen Ausschüsse

Die Versammlung

empfiehlt, daß der Ministerausschuß in allen den Fällen, wo die Empfehlungen der Konsultativversammlung nicht vollständig annehmbar sind, diese Punkte an den zuständigen Ausschuß der Versammlung zur weiteren Beratung zurückverweist.

C. Konsultativversammlung

Die Versammlung

empfiehlt dem Ministerausschuß erneut, über die folgenden Abänderungsvorschläge zu dem Statut des Europarates, die ursprünglich von dem politischen (allgemeinen) Ausschuß während seiner ersten Sitzung angenommen worden waren, zu beraten:

1. Abänderungsvorschlag zu Artikel 23

Einsetzung eines neuen Artikels mit folgendem Wortlaut:

Die Konsultativversammlung kann über jede Angelegenheit beraten und Empfehlungen machen, die im Rahmen der Zielsetzung und des Arbeitsbereichs des Europarates liegt, wie sie in Kapitel I definiert sind; sie soll über alle Angelegenheiten, die ihr vom Ministerausschuß mit dem Ersuchen um Stellungnahme zugeleitet werden, beraten und kann Empfehlungen dazu machen.

2. Abänderungsvorschlag zu Artikel 4

Einschiebung nach dem Wort *may* in der dritten Zeile¹⁾ mit Billigung der Konsultativversammlung, und zwar durch eine einfache Mehrheit.

¹⁾ Artikel 4 lautet: Any European State, which is deemed to be able and willing to fulfil the provisions of Article 3, may be invited to become a Member of the Council of Europe by the Committee of Ministers. Any State so invited shall become a Member on the deposit on its behalf with the Secretary-General of an instrument of accession to the present Statute.

3. Abänderungsvorschlag zu Artikel 5

Einschiebung nach dem Wort *may* in der zweiten Zeile²: mit Billigung der Konsultativversammlung, und zwar durch eine einfache Mehrheit.

4. Wahl der Abgeordneten für die Konsultativversammlung

Die Versammlung unterbreitet dem Ministerausschuß folgende Empfehlung:

Der Ministerausschuß wolle empfehlen, daß jeder Mitgliedstaat durch geeignete Maßnahmen dafür Sorge tragen sollte, daß seine in die Konsultativversammlung entsandten Vertreter von seinem Parlament oder nach einem von dem letzteren festgelegten Verfahren gewählt werden.

5. Abänderungsvorschlag zu Artikel 34

Die Versammlung

empfiehlt dem Ministerausschuß die folgende Abänderung zu der Satzung des Europarates:

Einsetzung eines neuen Artikels mit folgendem Wortlaut:

Die Konsultativversammlung kann auf Anregung des Ministerausschusses oder des Präsidenten der Versammlung zu einer außerordentlichen Tagung einberufen werden, wobei Zeit und Ort nach gegenseitiger Uebereinkunft vereinbart werden.

6. Heranziehung von Experten aus anderen internationalen Organisationen

Die Versammlung,

in der Erwägung, daß sie und ihre Ausschüsse in der Lage sein müssen, die Dienste von Fachleuten der europäischen zwischenstaatlichen Organisationen in Anspruch zu nehmen, die ihnen bei der Untersuchung der ihnen vorliegenden Probleme helfen können,

empfiehlt, daß der Ministerausschuß jeden Mitgliedstaat auffordert, seinen Vertretern in den europäischen zwischenstaatlichen Organisationen Anweisungen zu geben, so daß diese Organisationen entsprechende Resolutionen fassen, wonach die Fachleute ihrer Generalsekretariate den verschiedenen Organen des Europarates ihre Dienste zur Verfügung stellen.

7. Abänderungsvorschlag zu Artikel 45

Die Versammlung,

in der Erwägung, daß keinerlei Zweifel darüber herrschen sollten, daß die in der Versammlung vertretenen Delegierten berechtigt sind, dem Ministerausschuß auch in der Zeit zwischen den Sitzungsperioden schriftlich Fragen vorzulegen,

und in der Erwägung, daß diese Frage dem zuständigen Ausschuß zur Prüfung zugeleitet werden sollte,

ersucht die Versammlung darum, daß der Ausschuß für Regel-, Verfahrens- und Privilegienfragen prüfen

möge, ob Artikel 45 der vorläufigen Verfahrensregeln abgeändert werden sollte, um alle Zweifel über diesen Punkt zu beheben.

D. Allgemeine Organisation des Europarates

1. Ernennung von leitenden ministeriellen Beamten für die Vorbereitungsarbeiten des Europarates

Die Versammlung

empfiehlt, daß der Ministerausschuß alle erforderlichen Schritte unternimmt, um sicherzustellen, daß

a) jeder Mitgliedstaat in jedem der betreffenden Ministerien einen leitenden Beamten ernennt, der mit der Verantwortung für die Vorbereitungsarbeiten des Europarates bezüglich der in die Zuständigkeit des betreffenden Ministeriums fallenden Angelegenheiten betraut wird;

b) regelmäßige Zusammenkünfte dieser leitenden Beamten in bestimmten Zeitabständen im Rahmen des Europarates zum Studium von gemeinsam interessierenden Fragen abgehalten werden.

E. Annahme eines Zusatzprotokolls zum Statut des Europarates

Die Versammlung,

in der Erwägung, daß es wünschenswert ist, die Durchführung von Abkommen, die nicht sofort alle Mitgliedstaaten des Europarates betreffen, im Rahmen des Europarates vorzunehmen,

empfiehlt dem Ministerausschuß, den Regierungen der Mitgliedstaaten des Europarates die Annahme des folgenden Zusatzprotokolls zum Statut des Rates vorzuschlagen:

1. Durch Sonderkonventionen, die zwischen den Mitgliedstaaten oder zwischen einigen von ihnen geschlossen werden, können Rechte, für die im Statut des Rates keine Vorkehrung getroffen ist, sowohl an Sonderausschüsse des Ministerausschusses als auch an Ausschüsse der Konsultativversammlung übertragen werden, die sich aus Vertretern der Signatarstaaten dieser Sonderkonventionen zusammensetzen, ohne dadurch die Staaten, die nicht Signatarstaaten dieser Konventionen sind, oder deren Vertreter in der Konsultativversammlung zu binden.

2. Die obengenannten Sonderausschüsse des Ministerausschusses und der Konsultativversammlung sollen über ihre Tätigkeit regelmäßig Berichte zusammen mit der notwendigen Dokumentation vorlegen, und zwar die zuerst genannten Ausschüsse dem Ministerausschuß und die zuletzt genannten der Konsultativversammlung.

3. Das Generalsekretariat des Europarates kann auf Grund der oben erwähnten Sonderkonventionen gebeten werden, den zwischen den Mitgliedstaaten oder einigen von ihnen geschaffenen neuen Organen behilflich zu sein. Alle zusätzlichen Ausgaben des Generalsekretariats, die aus diesen neuen Pflichten entstehen, sollen vom Europa-

² Artikel 5 lautet: (a) In special circumstances, a European country, which is deemed to be able and willing to fulfil the provisions of Article 3, may be invited by the Committee of Ministers to become an Associate Member of the Council of Europe. Any country so invited shall become an Associate Member on the deposit on its behalf with the Secretary-

General of an instrument accepting the present Statute. (b) The expression "Member" in this Statute includes an Associate Member except when used in connexion with representation on the Committee of Ministers.

Vgl. den deutschen Wortlaut des gesamten Statuts in Europa-Archiv 12/1949, S. 2241—2244.

rat getragen werden, unter der Bedingung, daß zumindest zwei Drittel der Mitgliedstaaten an den betreffenden Konventionen teilnehmen. Wenn weniger als zwei Drittel der Mitgliedstaaten des Rates an den be-

treffenden Konventionen teilhaben, sollen die zusätzlichen Ausgaben des Sekretariats von den Signatarstaaten unter Bedingungen getragen werden, die durch die Konvention festgelegt sind.

IV. Allgemeine Vorschläge zur Verwirklichung eines engeren politischen Zusammenschlusses

A. Engere zwischenstaatliche Zusammenarbeit

1. Einbeziehung der sozialen und kulturellen Organisationen des Brüsseler Paktes in den Europarat

Die Versammlung

empfiehlt dem Ministerausschuß, gemeinsam mit dem Konsultativrat der Brüsseler Vertragsmächte zu prüfen, wie sich die Einbeziehung der sozialen und kulturellen Organisationen des Vertrages in den Europarat und die Fortsetzung der Tätigkeit dieser Organisationen in dem durch den Europarat gebotenen Rahmen gestalten lassen,

bringt die Hoffnung zum Ausdruck, daß diese Ueberführung innerhalb einer angemessenen Zeitspanne stattfinden wird.

2. Verbindung zwischen O. E. E. C. und Europarat

Die Versammlung

empfiehlt dem Ministerausschuß, gemeinsam mit dem Rat der O. E. E. C. zu prüfen, wie sich so bald wie möglich und auf jeden Fall vor der Beendigung des europäischen Wiederaufbauprogramms auf jeder Ebene eine enge Verbindung zwischen der O. E. E. C. und dem Europarat herstellen ließe,

bringt die Ansicht zum Ausdruck, daß eine solche enge Verbindung in Form eines einzigen Rates geschaffen werden könnte, der an die Stelle des gegenwärtigen Rates der O. E. E. C. und des Ministerausschusses des Europarates treten könnte und die Befugnisse und Vollmachten beider übernehmen würde, während die beiden Mutterorganisationen ihre eigene Struktur und ihren eigenen Charakter beibehalten würden,

bittet um laufende Unterrichtung über die Entwicklung der Verhandlungen.

3. Zusammenarbeit mit den Staaten Nordamerikas

Die Versammlung

in der Erwägung, daß die ständige Aufrechterhaltung einer engen Zusammenarbeit zwischen den demokratischen Nationen Europas und den Ländern Nordamerikas wünschenswert wäre,

in der Erwägung, daß die Konsolidierung dieser Zusammenarbeit nur auf dem Wege einer engeren Vereinigung der europäischen Nationen untereinander herbeigeführt werden kann,

erklärt, daß zu diesem Zweck die bestehenden europäischen Organisationen erhalten und gestärkt werden müssen,

hält auch die Herstellung einer engen Verbindung zwischen diesen Organisationen und den Staaten Nordamerikas für erforderlich,

empfiehlt dem Ministerausschuß die Annahme dieser Erklärung im Namen der Mitgliedstaaten,

bittet um regelmäßige Unterrichtung über die Fortschritte dieser Bestrebungen um eine Zusammenarbeit

mit den Staaten Nordamerikas und über die Methoden, die dabei verfolgt werden.

4. Vorbereitende Konferenzen des Europarates für die Tagungen der U. N. E. S. C. O., I. L. O. und E. C. E.

Die Versammlung

empfiehlt dem Ministerausschuß, daß vor jeder Sitzung oder Plenarkonferenz gewisser internationaler Organisationen, deren Tätigkeit in besonderem Zusammenhang mit den Zielen des Europarates steht, vorbereitende Konferenzen im Rahmen des Europarates angesetzt werden, um Vorbesprechungen über die auf der Tagesordnung dieser Versammlungen stehenden Fragen zu halten,

und ist der Ansicht, daß diese Art des Verfahrens von jetzt an auf die Plenarkonferenzen der U. N. E. S. C. O., auf die Internationalen Arbeitskonferenzen und auf die Jahressitzungen der Wirtschaftskommission für Europa angewendet werden sollte.

5. Abschluß von Teilabkommen

Die Versammlung

in der Erwägung, daß der Abschluß von Teilabkommen zwischen bestimmten demokratischen europäischen Staaten sich als ein praktisches Verfahren erweisen könnte, das gefördert werden sollte, soweit diese Abkommen nicht geeignet sind, die Vereinigung aller europäischen Staaten zu verhindern oder zu verzögern,

empfiehlt dem Ministerausschuß, sich mit der Erwägung und, soweit das angebracht ist, mit der Formulierung von Vorschlägen darüber zu befassen, unter welchen Umständen und nach welchen Methoden diejenigen Abkommen, die von übergeordneter Bedeutung sind und die europäische Einigung betreffen, der zuständigen europäischen zwischenstaatlichen Organisation und insbesondere dem Europarat gemeldet werden sollten, damit allen Mitgliedstaaten die Möglichkeit gegeben ist, zu erwägen, ob es für sie praktisch wäre, sich dem betreffenden Abkommen anzuschließen und dadurch den Bereich der europäischen Zusammenarbeit auszuweiten,

bittet darum, über die Maßnahmen unterrichtet zu werden, welche auf diese Empfehlung hin veranlaßt werden.

B. Zusammenarbeit mit den Parlamenten der Mitgliedstaaten

Die Versammlung,

besorgt, den Fortschritt zur Schaffung einer engeren Union zwischen den Mitgliedern des Europarates insbesondere durch Stärkung der Beziehungen zwischen der Versammlung und den Parlamenten der Mitgliedstaaten zu beschleunigen,

überzeugt von der Notwendigkeit, die nationalen Parlamente durch eine laufende Unterrichtung über diejenigen Resolutionen, die auf seiten der Parlamente Maßnahmen hervorrufen könnten, die eine solche Union und den sozialen und wirtschaftlichen Fortschritt der Völker Europas begünstigen, mit der Arbeit des Rates vertraut zu machen,

empfiehlt dem Ministerausschuß, durch einen Mehrheitsbeschluß seiner Mitglieder die Regierungen aufzufordern, ihren Parlamenten solche Empfehlungen oder Konventionsentwürfe zu unterbreiten, die die Versammlung zur öffentlichen Diskussion und, zu gegebener Zeit, zur Annahme empfiehlt.

C. Verbindung zwischen dem Europarat und überseeischen Gebieten oder Ländern

Die Versammlung,

unter Berücksichtigung der vom Politischen (Allgemeinen) Ausschuß am 21. Dezember 1949 angenommenen Resolution, derzufolge:

der Politische Ausschuß einstimmig den Wunsch zum Ausdruck bringt, daß der Präsident der Versammlung mit der britischen Regierung in Verbindung treten soll, um sie zu bitten, inoffizielle Gespräche zwischen Vertretern der Länder des britischen Commonwealth und Vertretern des Europarates in die Wege zu leiten, um auf diese Weise die Art der Zusammenarbeit des Commonwealth mit dem Europarat auf politischem und wirtschaftlichem Gebiet zu bestimmen,

Unter gleicher Berücksichtigung der auf diese Bitte hin erfolgten Antwort des britischen Außenministers im Anschluß an die Commonwealth-Konferenz in Colombo, die insbesondere den folgenden Absatz enthielt:

„Die Delegierten der anderen Regierungen des Commonwealth haben erklärt, daß ihrer Ansicht nach die von der Regierung des Vereinigten Königreichs verfolgte Politik hinsichtlich Westeuropas und die Aufrechterhaltung der traditionellen Verbindungen zwischen dem

Vereinigten Königreich und dem Commonwealth in keiner Weise unvereinbar sind.“

Nachdem sie bereits erklärt hat, daß „die Verwirklichung der Einigung Europas nicht zu einer Schwächung der bereits bestehenden Bindungen zwischen bestimmten Mitgliedstaaten des Europarates und den überseeischen Gebieten oder Ländern führen sollte“ und daß „die aktive Beteiligung dieser Länder und Gebiete besonders notwendig ist, wenn in der Einigung Europas Fortschritte erzielt werden sollen“:

1. beauftragt den Ständigen Ausschuß, die Parlamente der in Frage kommenden überseeischen Länder, die noch nicht direkt oder indirekt im Europarat vertreten sind, einzuladen, Beobachter zur nächsten Sitzungsperiode der Konsultativversammlung zu entsenden, um diese Beratungen zu erleichtern,

2. verläßt sich darauf, daß die Regierungen der Mitgliedstaaten die Vertretung der Interessen solcher anderer Gebiete oder Länder im Europarat gewährleisten, die auf die eine oder andere Weise mit Mitgliedstaaten dieses Rates verbunden sind.

D. Bildung eines Sonderausschusses für die im Europarat nicht vertretenen Länder

Die Versammlung,

in der Erkenntnis, daß gewisse Nationen, die von der Teilnahme an der Arbeit des Europarates ausgeschlossen sind, nichtsdestoweniger einen integrierenden Bestandteil Europas bilden,

beschließt, den Ständigen Ausschuß zu beauftragen, einen Sonderausschuß zu konstituieren, dessen Aufgabe es sein soll, dafür zu sorgen, daß die Interessen dieser Nationen in jedem Vorschlag, der von der Versammlung oder ihren Ausschüssen formuliert wird, berücksichtigt werden. Dieser Ausschuß kann um den Rat von Sachverständigen, die diesen Nationen angehören, ersuchen; der Ausschuß soll über die Arbeit der anderen Ausschüsse der Versammlung unterrichtet und ermächtigt werden, diesen seine Bemerkungen zur Erreichung seines oben umrissenen Zieles zu unterbreiten.

Bericht des Ministerausschusses an die Konsultativversammlung

Schreiben des Vorsitzenden des Ministerausschusses an den Präsidenten der Konsultativversammlung des Europarates in Straßburg vom 14. Juli 1950

Ich habe die Ehre, hiermit den vom Ministerausschuß in Uebereinstimmung mit Artikel 19 des Statuts abgefaßten Bericht zur Weiterleitung an die Abgeordneten der Konsultativversammlung zu übermitteln.

Schlußformel.

Athen, 14. Juli 1950

gez. N. Plastiras

Vorsitzender des Ministerausschusses

Einleitung

1. In Uebereinstimmung mit den Bestimmungen des Artikels 19 des Statuts des Europarates hat der Ministerausschuß die Ehre, der Konsultativversammlung diesen Bericht zu unterbreiten.

2. Der erste Abschnitt des Berichts befaßt sich mit den Maßnahmen, die der Ministerausschuß hinsichtlich Aufbau und Organisation zu dem oben erwähnten Zeitpunkt¹ gefaßt hat; der zweite bezieht sich auf die Aufnahme neuer Mitglieder; der dritte ist den Schritten gewidmet, die der Ausschuß zur Erreichung der in Artikel 1 des Statuts umrissenen Ziele ergriffen hat.

¹) Artikel 19 des Statuts lautet: Auf jeder Tagung der Konsultativversammlung hat der Ministerausschuß einen Tätigkeitsbericht mit den dazugehörigen Unterlagen vorzulegen.

ABSCHNITT I

Probleme des Aufbaus und der Organisation

Kapitel 1. - Abänderung des Statuts

3. Anlässlich ihrer ersten Tagung übermittelte die Versammlung dem Ministerausschuß gewisse Vorschläge zur Abänderung des Statuts des Europarates. Diese sind in Abschnitt B des Dokumentes 87 der gesammelten Dokumente der Konsultativversammlung, 1. Tagung², enthalten.

4. Diese Vorschläge wurden vom Ministerausschuß bei seiner zweiten Tagung, die vom 3. bis 5. November 1949 in Paris abgehalten wurde, erwogen.

Wie in dem von M. Gustav Rasmussen als Vorsitzendem des Ministerausschusses an den Präsidenten der Konsultativversammlung gerichteten Brief vom 5. November 1949 festgestellt, hielt es der Ministerausschuß für wünschenswerter, daß vermieden wird, sich auf den langwierigen Prozeß der Abänderung des Statuts einzulassen, nachdem dieses gerade erst von den beteiligten Regierungen ratifiziert worden ist, und bevor die Erfahrung gezeigt hat, welche und wieviele Abänderungen des Statuts schließlich erforderlich sein würden.

Es scheint sogar, daß nach den Bestimmungen des Artikels 41 des Statuts bestimmte Artikel vor Beendigung der Zweiten Ordentlichen Tagung der Versammlung nicht abgeändert werden können. Der Ausschuß war jedoch bestrebt, den Wünschen der Versammlung soweit entgegenzukommen, als es durchführbar war. Dementsprechend wurden folgende Entschlüsse gefaßt.

Abänderung der Artikel 4 und 5

5. Dem Ministerausschuß lagen Empfehlungen der Konsultativversammlung für die Abänderung dieser Artikel vor, dahingehend, daß die Aufnahme neuer Mitglieder des Europarates von der Zustimmung der Konsultativversammlung abhängig gemacht werden soll, wobei diese Zustimmung durch einfache Stimmenmehrheit herzustellen wäre.

Der Ministerausschuß beschloß, sich seine Entscheidung zu dieser Empfehlung vorzubehalten, aber inzwischen die Ansichten der Ständigen Kommission über Vorschläge zur Aufnahme neuer Mitglieder und neuer assoziierter Mitglieder zu hören und keine endgültige Entscheidung hierüber zu treffen, bevor die Ansichten der Ständigen Kommission gehört worden sind, welche dem Vorsitzenden des Ministerausschusses durch den Präsidenten der Versammlung zugeleitet werden sollen.

Abänderung des Artikels 23

6. Die Versammlung hatte empfohlen, Artikel 23 dahingehend abzuändern, daß die Bestimmung, derzufolge die Aufnahme von Punkten in die Tagesordnung der Versammlung von der Zustimmung des Ministerausschusses abhängig zu machen ist, aufgehoben wird.

Der Ministerausschuß behielt sich seine Entscheidung über diese Empfehlung vor, beschloß aber, das Recht der Kontrolle über die Tagesordnung der Versammlung,

² Die in diesem Bericht erwähnten bezifferten Dokumente sind enthalten in: Council of Europe, Consultative Assembly, First Session, 10th August—8th September 1949, Documents (Working Papers) Strasbourg, 1949.

welches sich aus der strengen Anwendung des Artikels 23 des Statuts herleitet, in der Praxis nicht auszuüben, solange die Erörterungen der Versammlung auf solche Themen begrenzt bleiben, die, wie in Artikel 1 des Statuts bestimmt, in den Aufgabenbereich des Europarates fallen.

Abänderung der Artikel 25 (c) und 26.

7. Die Versammlung empfahl, daß diese Artikel abgeändert werden sollten, um das System der Stellvertreter in der Konsultativversammlung zu beseitigen und die Anzahl der Vertreter zu verdoppeln.

Der Ministerausschuß stimmte mit der Versammlung in der Erwägung überein, daß das System der Stellvertreter sich als nicht zufriedenstellend erwiesen hat. Da die Abschaffung der Stellvertreter jedoch gewisse Schwierigkeiten hinsichtlich der Vertretung der kleineren Staaten nach sich ziehen würde, wies der Ausschuß den Generalsekretär an, eine neuerliche Untersuchung dieser Frage vorzunehmen und das Ergebnis der Ständigen Kommission zur Stellungnahme zuzuleiten. Der Ministerausschuß hat bis jetzt noch keine Rückäußerung von der Ständigen Kommission erhalten und hat daher die Prüfung dieses Problems auf eine spätere Tagung verschoben.

Abänderung der Artikel 36 und 37.

8. Die Versammlung empfahl die Abänderung dieser Artikel, dahingehend, daß die Ernennung zweier Stellvertretender Generalsekretäre vorgesehen wird, einen für den Ministerausschuß und einen für die Konsultativversammlung.

Vorbehaltlich der Abänderung der Artikel 36 und 37 des Statuts beschloß der Ministerausschuß, die Konsultativversammlung zu ermächtigen, auf Empfehlung des Ministerausschusses einen Chef des Verwaltungsdienstes der Versammlung (*Chief of Administrative Services of the Assembly*) zu ernennen. Dieser Beamte soll den Rang eines Stellvertretenden Generalsekretärs innehaben und im Namen des (*under the authority*) des Generalsekretärs handeln.

Anlässlich seiner dritten Tagung in Straßburg am 30. März 1950 empfahl der Ministerausschuß, Signore Filippo Caracciolo di Castagneto auf diesen Posten zu ernennen.

9. Die übrigen Vorschläge, die die Konsultativversammlung für die Abänderung des Statuts unterbreitet hatte, ergaben sich größtenteils aus den oben dargelegten.

Kapitel 2. - Tätigkeit der Ausschüsse zwischen den Tagungen und technische Vorbereitung der Arbeit der Konsultativversammlung

10. In seinem Brief vom 9. November 1949 an den Vorsitzenden des Ministerausschusses gab der Präsident der Konsultativversammlung den Beschluß der Versammlung bekannt, den von ihr eingesetzten sechs Ausschüssen zu gestatten, in der Zeit zwischen den Tagungen zusammenzutreten, um die an sie verwiesenen Fragen zu prüfen.

11. Bei der Prüfung dieses Beschlusses berücksichtigte der Ministerausschuß zwei Hauptpunkte:

- (1) den Artikel 38 (d) des Statuts, der erfordert, daß der Generalsekretär Anforderungen der Versammlung, die Ausgaben mit sich bringen, welche den im Haushaltsplan für die Versammlung und ihre Tätigkeit bereits vorgesehenen Betrag übersteigen, dem Ausschuß vorlegen muß;
- (2) die Vermeidung von Doppelarbeit bei technischen Studien und Forschungen, die bereits von den verschiedenen zwischenstaatlichen Organisationen, wie der OEEC., der ILO und der UNESCO, unternommen werden.

12. Der Ministerausschuß vertrat die Ansicht, daß die Ausschüsse der Versammlung nur in Straßburg zusammentreten sollten, und daß sie, mit Ausnahme der Ständigen Kommission, des Politischen (Allgemeinen Ausschusses) und des Ausschusses für Verfahrensregeln und Sonderrechte, nicht mehr als einmal zwischen den Tagungen zu einem passenden Termin vor Eröffnung der Tagung der Versammlung zusammentreten sollten. Dies würde die Ausschüsse in die Lage versetzen, eine vorläufige Prüfung der der Versammlung vom Ministerausschuß zugewiesenen Vorschläge und Unterlagen vorzunehmen. Die Ausschüsse sollten jedoch keine technischen Untersuchungen anstellen.

Der Ausschuß wies den Generalsekretär an, den Präsidenten der Versammlung von dem Vorhergesagten in Kenntnis zu setzen und ihn zu bitten, das Einverständnis der Ständigen Kommission und der Versammlung zu dieser Regelung einzuholen. Der Generalsekretär wurde ferner angewiesen, den Präsidenten der Versammlung davon in Kenntnis zu setzen, daß er ermächtigt worden sei, offizielle Sachverständige beizuziehen, um ihm bei den Untersuchungen, die er vorzunehmen gebeten wurde, zu helfen.

In seiner Erwiderung wies der Vorsitzende der Ständigen Kommission darauf hin, daß der Ministerausschuß offenbar eine Auffassung von der Rolle der Ausschüsse der Versammlung habe, die sich beträchtlich von derjenigen der Versammlung selbst unterscheidet. Die Versammlung habe niemals die Absicht gehabt, technische Organe einzusetzen, die die gleiche Arbeit leisten würden wie die oben erwähnten zwischenstaatlichen Organisationen. Die Funktion der Ausschüsse der Versammlung bestand nach Ansicht der Ständigen Kommission darin, Fragen technischer Natur, die vom Gesichtspunkt des Sachverständigen aus bereits geprüft worden seien, auf politischer Ebene zu untersuchen. Unter diesen Umständen müsse die Ständige Kommission darauf bestehen, daß alle Ausschüsse der Versammlung beibehalten würden und das Recht hätten, so oft zusammenzutreten, als sie es für notwendig erachteten.

Als Ergebnis dieses Meinungsaustausches zog der Ministerausschuß in dem Bestreben, den Wünschen der Versammlung entgegenzukommen und ihre Arbeit zu erleichtern, seinen Einwand gegen das Zusammentreten irgendeines der Ausschüsse der Versammlung zwischen den Tagungen der Versammlung zurück.

13. Gewisse Empfehlungen der Versammlung warfen Fragen auf, die ihrer technischen Natur wegen für eine ins einzelne gehende Erörterung durch die Ausschüsse der Versammlung nicht geeignet waren. Dementsprechend griff der Ministerausschuß in diesen Fällen zu einem

ähnlichen Verfahren, wie es sich bei der Organisation des Brüsseler Paktes als erfolgreich erwiesen hatte, nämlich zur Berufung von Arbeitsgruppen aus Regierungssachverständigen, um diese Fragen zu untersuchen und dem Ausschuß darüber zu berichten. Zu den Fragen, die in dieser Weise behandelt wurden, gehören die Vorschläge der Versammlung über eine Konvention der Menschenrechte, die Ausdehnung der Multilateralen Konvention über Soziale Sicherheit, die am 7. November 1949 von den Vertragsmächten des Brüsseler Paktes unterzeichnet worden war, auf die Mitgliedstaaten des Europarates, sowie die kulturelle Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten. Die Fragen eines Europäischen Passes sowie der Errichtung eines Europäischen Patentamtes sind durch einzelne Mitgliedregierungen auf technischer Ebene geprüft worden, bis jetzt aber noch nicht an Arbeitsgruppen dieser Art überwiesen. Hinsichtlich dieser zweiten Frage wird vorgeschlagen, eine Zusammenkunft von Sachverständigen nach der zweiten Tagung der Versammlung einzuberufen.

14. In der Erwägung, daß es wünschenswert sei, daß der Europarat so weit als möglich aus der durch die OEEC unternommenen technischen Arbeit Nutzen ziehe, und unter Berücksichtigung der Wünsche, die von der Versammlung in dieser Angelegenheit geäußert worden waren, beschloß der Ministerausschuß schließlich im Verlauf seiner dritten Tagung, welche am 30. März in Straßburg abgehalten wurde:

- (1) mit dem Rat der OEEC Abmachungen zu erörtern, denen zufolge wirtschaftliche und finanzielle Vorschläge, die von der Konsultativversammlung oder ihren Ausschüssen dem Rat der OEEC zugeleitet werden, von dieser Organisation geprüft werden und Gegenstand eines Berichtes an den Ministerausschuß bilden sollen;
- (2) unter dem Vorsitz des türkischen Botschafters in Paris einen Unterausschuß des Ministerausschusses einzusetzen, um in Beratung mit der OEEC das Problem des Informationsaustausches zwischen den beiden Körperschaften zu erwägen.

Ein ähnlicher Unterausschuß ist vom Rat der OEEC eingesetzt worden.

15. Der vom Unterausschuß der OEEC entworfene und vom Rat der OEEC am 2. Juni genehmigte Bericht, von welchem der Ministerausschuß am nächsten Tage Kenntnis nahm, wird die Grundlage zukünftiger Beziehungen zwischen den beiden Organisationen bilden (vergleiche Anhang 1)³.

Kapitel 3. - Ständige Kommission der Versammlung

16. Während der Zeit zwischen den Tagungen ist der Ministerausschuß in Fühlung mit der Ständigen Kommission geblieben.

17. Der Ständigen Kommission wurden vom Ministerausschuß verschiedene Fragen zur Stellungnahme zugeleitet, zum Beispiel die Aufnahme der Deutschen Bundesrepublik und der Saar als assoziierte Mitglieder, sowie die Frage der Stellvertreter für die Vertreter in der

³ Anhang 1: Report of the Committee appointed on 4th April 1950 to consult with the Sub-Committee of the Committee of Ministers of the Council of Europa. (Hier nicht wiedergegeben.)

Konsultativversammlung (vergleiche Kapitel 1, Ziff. 5 und 7).

18. In Zusammenarbeit mit der Ständigen Kommission unternahm der Ministerausschuß die notwendigen Schritte für die Schaffung des Gemeinsamen Ausschusses, welcher das Thema des folgenden Kapitels bildet.

Kapitel 4. - Schaffung eines Gemeinsamen Ausschusses aus Vertretern des Ministerausschusses und der Ständigen Kommission der Versammlung

19. Die in den ersten Monaten des Bestehens des Rates gewonnene Erfahrung zeigte, daß für die Verbindung zwischen dem Ministerausschuß und der Konsultativversammlung nur unzulängliche Vorsorge getroffen war. Die Praxis, sich ausschließlich auf den Schriftwechsel zwischen dem Vorsitzenden des Ministerausschusses und dem Vorsitzenden der Ständigen Kommission zu verlassen, führte zu Mißverständnissen und schuf keinen genügend engen Kontakt zwischen den beiden Organen des Rates. Unter diesen Umständen waren beide Seiten der Auffassung, daß ein befriedigenderes System ausgearbeitet werden müsse.

20. Es wurden verschiedene Vorschläge unterbreitet. Insbesondere nahm der Politische (Allgemeine) Ausschuß auf seiner Sitzung am 20. März eine Entschliebung an (vergleiche den vollen Wortlaut Anhang 2)⁴, die die Schaffung eines „Exekutivausschusses“ empfahl, um die Verbindung zwischen den beiden Organen des Rates zu gewährleisten.

21. Der Ministerausschuß seinerseits war gleichermaßen besorgt, diesem Zustand abzuweichen. Anlässlich seiner dritten Tagung, die vom 30. März bis zum 1. April 1950 in Straßburg abgehalten wurde, nahm er die folgende Entschliebung an:

„In Anbetracht dessen, daß jede Stärkung der Verbindung zwischen dem Ministerausschuß und der Konsultativversammlung von größtem Vorteil sein würde, erklärt der Ministerausschuß, daß er bereit ist, im Zusammenwirken mit Vertretern der Konsultativversammlung das Problem der Beziehungen zwischen diesen beiden Organen zu untersuchen, und zwar mit dem Ziel, zu bestimmen, wie sie am besten im Interesse des Europarates zusammenarbeiten können.

Indem er die Anwesenheit der Ständigen Kommission in Straßburg ausnutzt, beschließt der Ministerausschuß, sogleich die Herren Schuman, Sforza, Lange und Bevin

namhaft zu machen und sie zu bitten, die Verbindung mit der Ständigen Kommission herzustellen, um den obigen Vorschlag sobald wie möglich in Uebereinstimmung mit der Ständigen Kommission wirksam werden zu lassen und zusammen mit Vertretern dieser Kommission einen Ausschuß zu bilden, der zu gegebener Zeit berichten wird.

Dieser Ausschuß wird alle Vorschläge für die Verbesserung der Beziehungen zwischen dem Ministerausschuß und der Versammlung in Erwägung ziehen, einschließlich eines Vorschlags, der bereits vom Außenminister des Vereinigten Königreiches unterbreitet und vom Ausschuß erwogen wurde.“ (Vergleiche den Text des Schreibens in Anhang 3)⁵.

22. Die Ständige Kommission, die zur gleichen Zeit tagte, nahm den in der Entschliebung dargelegten Vorschlag des Ministerausschusses an und beauftragte die Herren Spaak, Drossos, Jacini und Mollet sowie Sir David Maxwell Fyfe, sich mit den vier Vertretern des Ministerausschusses zu treffen.

23. Die Mitglieder dieses ad hoc-Ausschusses traten zum erstenmal am 1. April 1950 in Straßburg zu vorläufigen Besprechungen zusammen. Das nächste Mal tagten sie am 18. Mai 1950 in London. Auf dieser Tagung prüfte der ad hoc-Ausschuß Mr. Bevin's Plan sowie die verschiedenen Vorschläge des Allgemeinen Ausschusses, die von der Ständigen Kommission gebilligt worden waren. Auf der Grundlage der Vorschläge, die der Versammlung von den Vertretern vorgelegt worden waren, wurde volle Uebereinstimmung erzielt. Das Wesentliche dieser Vereinbarungen ist aus der Zusammenstellung der „Schlußfolgerungen“ zu ersehen, die dem vorliegenden Bericht als Anhang beigelegt sind: Sie befassen sich mit dem Namen des gemeinsamen Organs, seiner Zusammensetzung, seinen Vollmachten und Funktionen und seiner inneren Struktur (vergleiche Anhang 4)⁶.

24. Auf seiner vierten Tagung, die am 3. Juni in Paris abgehalten wurde, stimmte der Ministerausschuß den Vorschlägen zu, die am 18. Mai vom ad hoc-Gemeinsamen Ausschuß gemacht worden waren; er war damit einverstanden, daß der ad hoc-Organisation provisorisch die Vollmachten und Funktionen übertragen werden, die diejenigen des Gemeinsamen Ausschusses sein werden, wenn dieser endgültig gebildet ist, und wies den Generalsekretär an, die Konsultativversammlung entsprechend zu unterrichten.

ABSCHNITT II

Aufnahme neuer Mitglieder

25. Während seiner Tagung am 4. November 1949 stellte der Ministerausschuß fest, daß er die Aufnahme der Deutschen Bundesrepublik und der Saar in den Europarat als Assoziierte Mitglieder befürworte. Auf dieser gleichen Tagung nahm er die Entschliebungen an, die in dem Brief des Vorsitzenden des Ministerausschusses an den Präsidenten der Versammlung vom 5. November 1949 zitiert sind (Dokument 116). Insbesondere ersuchte

der Ausschuß die Ständige Kommission um Stellungnahme zur Frage dieser Neuaufnahmen.

26. Die Auffassung der Ständigen Kommission wurde dem Ministerausschuß in einem Schreiben des Präsidenten der Versammlung vom 10. November 1949 an den Vorsitzenden des Ministerausschusses übermittelt (Dokument 117).

⁴) Anhang 2: Resolution adopted by the Committee on General Affairs for transmission to the Standing Committee and the Consultative Assembly. (Hier nicht wiedergegeben.)

⁵) Anhang 3: Draft Resolution submitted by Mr. E. Bevin, Secretary of State for Foreign Affairs of the United Kingdom. (Hier nicht wiedergegeben.)

⁶) Siehe Europa-Archiv, 18/1950, S. 3372.

27. Während seiner dritten Tagung (30. März bis 1. April 1950) kam der Ministerausschuß einstimmig überein, die Regierungen der Deutschen Bundesrepublik und der Saar einzuladen, in Uebereinstimmung mit Artikel 5 des Statuts assoziierte Mitglieder des Europarates zu werden. Die Einladungsschreiben wurden im Falle der Deutschen Bundesrepublik durch die Alliierte Hochkommission und im Falle der Saar durch die französische Regierung mit Datum vom 31. März 1950 übersandt. Der Wortlaut dieser Schreiben ist diesem Bericht beigelegt (vergleiche die Anhänge 5 und 6)⁷.

28. Die Regierung der Saar hinterlegte ihre Urkunde über die Annahme des Statuts am 13. Mai 1950 beim Generalsekretär.

29. Die Urkunde der Deutschen Bundesrepublik über die Annahme wurde am 13. Juli 1950 beim Generalsekretär hinterlegt.

30. Die Frage der österreichischen Mitgliedschaft wurde ebenfalls erörtert. Dem Ministerausschuß erschien es auf Grund allgemeiner politischer Erwägungen als verfrüht, im Augenblick in dieser Angelegenheit eine Entscheidung zu treffen.

ABSCHNITT III

Schritte, die zur Erreichung der Ziele des Rates unternommen wurden

Kapitel 1. - Wirtschaftliche Fragen

31. In der provisorischen Tagesordnung für die erste Tagung der Versammlung, die der Ministerausschuß dem Präsidenten der Versammlung als Anlage zu seinem Schreiben vom 10. August 1949 übermittelte, hatte er der Versammlung die folgende Frage zur Stellungnahme vorgelegt „Rolle des Europarates auf wirtschaftlichem Gebiet, entsprechend den Artikeln 1 (c) und 23 (b) des Statuts unter Berücksichtigung der bestehenden internationalen Organisationen.“

32. Bei Abschluß ihrer Debatten über diese Frage legte die Versammlung dem Ministerausschuß verschiedene Empfehlungen vor, deren Wortlaut in Dokument 71 enthalten ist.

33. Während seiner Tagung im November 1949 nahm der Ministerausschuß diesen Empfehlungen gegenüber die Haltung ein, die im Schreiben seines Vorsitzenden vom 5. November 1949 an den Präsidenten der Versammlung (Dokument 116) bezeichnet ist.

34. In Verfolg dieser Entschliebung übermittelte das Sekretariat des Europarates die Präambel und die Vorschläge, die in Teil 1 dieser Empfehlungen enthalten sind, dem Rat der OEEC und forderte den letzteren auf, diese zu prüfen und seine Stellungnahme dem Ministerausschuß zugehen zu lassen.

35. Die Antwort des Rates der OEEC erreichte den Generalsekretär des Europarates am 21. Februar 1950 (vergleiche Anhang 7)⁸.

36. Diese Antwort wurde vom Ministerausschuß geprüft, welcher daraufhin auf seiner dritten Tagung die folgende Entschliebung annahm:

„Der Ministerausschuß leitet der Konsultativversammlung die von der OEEC empfangene Antwort mit den folgenden Bemerkungen zu:

Das von der OEEC empfangene Schreiben zeigt, daß die durch die Empfehlungen der Versammlung Nr. 2, 3 und 5 aufgeworfenen Fragen bereits der Prüfung unterliegen und von der OEEC der Lösung zugeführt werden.

Was die Empfehlung Nr. 1 anbelangt, die die Intensivierung der Verbreitung wirtschaftlicher Nachrichten an die Völker Europas betrifft, so weist der Ministerausschuß den Generalsekretär an, die Verbindung mit der OEEC herzustellen mit dem Ziel, die notwendige Unterrichtung der Öffentlichkeit einzuleiten.

Was die Empfehlung Nr. 6 anbelangt, die die Kontrolle internationaler Kartelle betrifft, so beabsichtigt der Ministerausschuß, Verbindung mit der Vorbereitenden Kommission der Internationalen Handelsorganisation zu dem Ziele der Untersuchung dieses Problems in seinem europäischen Zusammenhang aufzunehmen.

Was die Empfehlung Nr. 4 anbelangt, die die Einberufung einer Europäischen Wirtschafts-Konferenz betrifft, so ist der Ministerausschuß der Ansicht, daß die Zeit zur Einberufung einer solchen Konferenz noch nicht gekommen sei.“

37. Die Empfehlung Nr. 1 der Konsultativversammlung besteht aus einer Aufforderung an die Regierungen, die Verbreitung wirtschaftlicher Informationen über die bestehenden Kanäle zu intensivieren und gleichzeitig dem Europarat selbst die Möglichkeit zu geben, unmittelbare Schritte mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln zu unternehmen, um den Völkern Europas die Schwere der Gefahr, in der sie leben, sowie die Vorteile für sie selbst, wenn sie ihre Hilfsquellen in einer gemeinsamen Anstrengung zur Wiedergewinnung der Zahlungsfähigkeit und zur Erreichung einer neuen Höhe des Wohlstandes vereinigen, zu Bewußtsein zu führen.

38. In Verfolg der Entscheidung der Minister vom 1. April 1950 nahm das Generalsekretariat des Rates die Verbindung mit dem Nachrichtendienst der OEEC auf. Die betreffenden Dienste der beiden Organisationen, die beide schon auf der in der Empfehlung der Versammlung angedeuteten Linie arbeiten, kamen im Prinzip überein, alle Informationen auszutauschen, die der Öffentlichkeit helfen können, sich über die Notwendigkeit einer engeren wirtschaftlichen Zusammenarbeit zwischen den Völkern Europas klar zu werden.

39. Sie kamen ferner überein, derartige Informationen der Presse gemeinsam zuzuleiten, wo immer dies ratsam erschiene, sowie sich gegenseitig ihre betreffenden Verteilerlisten für die Verbreitung solcher Informationen zur Verfügung zu stellen.

40. Das Problem wird im einzelnen noch näher geprüft werden, sobald einige Erfahrung über diese Zusammenarbeit gewonnen wurde. Der Generalsekretär des Europarates wird dann eher in der Lage sein, dem Ministerausschuß ein wohlerwogenes Programm zur Verwirklichung der Empfehlung der Versammlung zu unterbreiten.

⁷) Hier nicht wiedergegeben.

⁸) Hier nicht wiedergegeben.

41. Was die Entschließung des Ausschusses hinsichtlich der Empfehlung Nr. 6, die die Kontrolle internationaler Kartelle betrifft, anbelangt, so hat das Generalsekretariat in Verbindung mit der Vorbereitenden Kommission der Internationalen Handelsorganisation eine vorläufige Untersuchung unternommen und deren Unterstützung bei der Abfassung eines vorläufigen Konventions-Entwurfes innerhalb des europäischen Zusammenhanges erbeten.

42. Endlich wurde hinsichtlich der Empfehlung über die Schaffung eines europäischen Patentamtes (Dokument 110) der von der Versammlung vorbereitete Entwurf von den Regierungen der Mitgliedstaaten sorgfältig geprüft.

Es war ursprünglich beabsichtigt, im Juli eine Tagung von Sachverständigen abzuhalten, um die von den Regierungen überreichten Noten zu prüfen und den Entwurf der Konsultativversammlung zu studieren. Auf Anregung bestimmter Regierungen ist jedoch beschlossen worden, die Tagung erst nach der Tagung der Versammlung abzuhalten.

Kapitel 2. - Kulturelle Fragen

43. Als der Ministerausschuß, wie bereits erwähnt, der Versammlung die vorläufige Tagesordnung für ihre erste Tagung zustellte, hatte er folgende Frage zur Stellungnahme miteingeschlossen: „Methoden, durch welche der Europarat eine kulturelle Zusammenarbeit zwischen seinen Mitgliedern entwickeln kann.“

44. Während seiner Tagung am 13. August 1949 hatte der Ministerausschuß ferner die Aufnahme folgender Frage in die Tagesordnung für die Erste Tagung der Versammlung gebilligt: „Zusammenarbeit der konstituierenden Länder des Europarates in wissenschaftlicher Forschung und technischer Entwicklung sowie weitestgehender Zusammenschluß der materiellen Hilfsquellen und der technischen Arbeitskräfte zu diesem Zwecke.“

45. Nach Abschluß ihrer Debatten über diese Frage legte die Versammlung dem Ministerausschuß die in Dokument 101 enthaltenen Empfehlungen vor.

46. Auf der Grundlage dieser Empfehlungen faßte der Ministerausschuß während seiner Tagungen im November 1949 die in Absatz 4 des Schreibens seines Vorsitzenden an den Präsidenten der Konsultativversammlung vom 5. November 1949 niedergelegten Beschlüsse.

47. Während seiner dritten Tagung beschäftigte sich der Ministerausschuß damit, den vom Generalsekretär in Uebereinstimmung mit den obigen Beschlüssen vorbereiteten Bericht zu prüfen und nahm schließlich die folgenden Entschließungen an:

„1. Daß die Mitgliedstaaten ersucht werden sollen, soweit wie möglich die weitreichenden Maßnahmen, die zur Zeit von der Organisation der Vereinten Nationen für Erziehung, Wissenschaft und Kultur (UNESCO) unternommen werden, um eine internationale Vereinbarung vorzubereiten, die den Bedingungen dieser Empfehlung entspricht, zu unterstützen, und daß sie insbesondere den Regierungsdelegationen, die an der fünften Allgemeinen Konferenz der UNESCO, die im Mai 1950 in Florenz abgehalten werden soll, teilnehmen, die Bedeutung vor Augen führen, die die Konsultativversammlung des Europarates einer entsprechenden, auf dieser Konferenz getroffenen Vereinbarung beimißt.

2. Daß der Ministerausschuß die Maßnahmen, die von der OEEC in Angriff genommen wurden, und die nach seiner Ansicht den praktischen Gesichtspunkten der Empfehlung der Versammlung gerecht werden, begrüßt, und daß er bittet, über die sich ergebenden Entwicklungen auf dem laufenden gehalten zu werden, damit er die Zweite Tagung der Konsultativversammlung von den auf diesem Gebiete erreichten Ergebnissen unterrichten kann.

3. Daß, da ja die UNESCO bereits die durch die einzelnen Punkte dieser Empfehlung geforderte Hilfe gewährt, eine Klärung der Worte „praktische Hilfe“ von der Zweiten Tagung der Konsultativversammlung über ihren Ausschuß für Kulturelle und Wissenschaftliche Fragen erbeten werden soll.

Hinsichtlich der Empfehlungen der Konsultativversammlung, betreffend:

- (1) die Konferenz der Erziehungsminister,
 - (2) die Tagung verantwortlicher Bevollmächtigter der Universitäten,
 - (3) die Schaffung eines Kulturzentrums,
- beschloß der Ausschuß, den Generalsekretär anzuweisen, eine Konferenz von Regierungsvertretern einzuberufen, die das Problem der kulturellen Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten in Uebereinstimmung mit Absatz 6 sowie den folgenden Absätzen des Schreibens des Generalsekretärs vom 17. Februar 1950 zu studieren hätten.“

48. Eine erste Tagung von Vertretern der Regierungen von Mitgliedstaaten wurde am 28. Juni 1950 in Straßburg abgehalten.

Diese Vertreter haben einen Bericht zusammengestellt, der vom Ministerausschuß während seiner nächsten Tagung geprüft werden wird. Die Entschließungen, die der Ausschuß zur Frage der Beschlüsse dieses Berichts angenommen hat, werden der Versammlung sobald wie möglich mitgeteilt werden.

Kapitel 3. - Soziale Fragen

49. In seine vorläufige Tagesordnung für die Konsultativversammlung hatte der Ministerausschuß im vergangenen August die folgende Frage zur Stellungnahme aufgenommen: „Rolle des Europarates auf dem Gebiete der sozialen Sicherheit.“

50. Während seiner Tagung am 13. August 1949 billigte der Ministerausschuß den Vorschlag der Versammlung, welcher den Umfang der Untersuchung, die zu unternehmen sie gebeten worden war, umriß. Als Ergebnis wurde dem Vorschlag folgender Satz angefügt: „einschließlich solcher Vorschläge wie dem einer europäischen Wohnungspolitik sowie dem der Möglichkeit, Personen, die in anderen Ländern als ihren eigenen beschäftigt sind, dieselben Rechte auf soziale Vorteile zu gewähren wie den Staatsangehörigen dieser Länder.“

51. Nach Beendigung der Debatte über diese Fragen nahm die Versammlung drei Empfehlungen an den Ministerausschuß an, welche in Dokument 79 enthalten sind.

52. Während seiner Tagungen im November 1949 nahm der Ministerausschuß eine Entschließung zu diesen Empfehlungen an, welche in Absatz 5 des Schreibens seines Vorsitzenden vom 5. November 1949 an den Prä-

sidenten der Konsultativversammlung (Dokument 116) niedergelegt ist.

53. Während seiner dritten Tagung untersuchte der Ministerausschuß auf Ersuchen der belgischen Regierung die Möglichkeiten einer Ausdehnung der Multilateralen Konvention über soziale Sicherheit, die am 7. November 1949 von den Außenministern der Brüsseler Pakt-Mächte in Paris unterzeichnet worden war, auf die Mitgliedstaaten des Europarates. Er entschied, daß im Hinblick auf die in diesem Vorschlag enthaltenen verwickelten Probleme ein Sachverständigenausschuß, bestehend aus Vertretern der dreizehn Mitgliedstaaten des Europarates, einberufen werden soll, um diese Frage zu prüfen. Eine erste Sitzung dieser Vertreter fand vom 15. bis 17. Juni 1950 in Straßburg statt.

Sie verfaßten einen Bericht, der vom Ministerausschuß auf seiner nächsten Tagung geprüft werden wird. Die Entschlieûungen, die der Ausschuß zur Frage der Schlußfolgerungen dieses Berichts angenommen hat, werden der Versammlung sobald wie möglich zugestellt werden.

Kapitel 4. - Menschenrechte

54. Auf seiner Tagung am 13. August 1949 billigte der Ministerausschuß den Vorschlag der Konsultativversammlung, die folgende Frage auf die Tagesordnung für ihre Erste Tagung zu setzen: „Maßnahmen zur Erfüllung des erklärten Zieles des Europarates, gemäß Artikel 1 des Statuts, in bezug auf die Erhaltung und weitere Verwirklichung der Menschenrechte und Grundfreiheiten.“

55. Bei Abschluß ihrer Debatten über diese Frage legte die Versammlung dem Ministerausschuß die in Dokument 108 enthaltene Empfehlung vor.

56. Auf seinen Tagungen im November 1949 beschloß der Ministerausschuß, eine Sitzung von Rechtssachverständigen zur Abfassung eines Konventionsentwurfes einzuberufen, welcher als Grundlage zukünftiger Diskussionen des Ausschusses dienen könne, wobei der in dieser Angelegenheit von den zuständigen Organen der Vereinten Nationen bereits erreichte Fortschritt gebührende Berücksichtigung finden soll.

57. Diese Sachverständigen traten im Februar und März in Straßburg zusammen und legten nach Prüfung des Entwurfs der Versammlung dem Ministerausschuß einen Bericht und einen Konventionsentwurf vor, welche der letztere auf seiner dritten Tagung prüfte.

58. Der Entwurf enthielt verschiedene Alternativen, bei denen die Rechtssachverständigen sich einig waren, daß sie für eine Entscheidung nicht zuständig seien, da eine derartige Entscheidung von Erwägungen politischen Charakters abhinge.

59. Unter diesen Umständen entschied der Ministerausschuß auf seiner dritten Tagung, eine Versammlung von leitenden Beamten einzuberufen, die nach Anweisungen ihrer Regierungen die Aufgabe haben würden, den Boden für die Entscheidung der Minister vom politischen Standpunkt aus vorzubereiten.

60. Der Ministerausschuß beschloß weiterhin in Uebereinstimmung mit einer von der Ständigen Kommission geäußerten Bitte, mit dem Vorsitzenden des Rechts- und Verfahrensausschusses Verbindung aufzunehmen, bevor er eine endgültige Entscheidung treffen werde.

61. Der Vorsitzende des Rechts- und Verfahrensausschusses setzte daraufhin den Ministerausschuß davon in Kenntnis, daß er den Wunsch habe, es möge dem Ausschuß als Ganzes gestattet sein, die von den leitenden Beamten auf ihrer Tagung erzielten Ergebnisse zu prüfen.

62. Der Ministerausschuß kam überein, der Bitte des Vorsitzenden dieses Ausschusses nachzukommen unter der Voraussetzung, daß die von den Mitgliedern des Rechts- und Verfahrensausschusses auf der Grundlage des Berichtes der leitenden Beamten geführten Diskussionen in keiner Weise bindend für die Regierungen sein sollen.

63. Die Konferenz der leitenden Beamten fand vom 8. bis 17. Juni 1950 in Straßburg statt. Sie legte dem Ministerausschuß den einzigen Text eines Konventionsentwurfes sowie einen Bericht vor, die zusammen mit dem Sachverständigenbericht dem Rechts- und Verfahrensausschuß gemäß den von seinem Vorsitzenden zum Ausdruck gebrachten Wünschen übermittelt wurden. Der Ausschuß hat den Ministerausschuß über seine Stellungnahme zu dem von der Konferenz der leitenden Beamten verfaßten Entwurf unterrichtet.

Der Ministerausschuß wird auf seiner nächsten Tagung in dieser Angelegenheit eine Entscheidung treffen und wird nicht versäumen, diese der Konsultativversammlung sobald wie möglich zuzustellen.

Kapitel 5. - Europäischer Paß

64. Während seiner Tagung am 13. August 1949 billigte der Ministerausschuß den Vorschlag der Versammlung, die Frage eines Europäischen Passes in die Tagesordnung ihrer Ersten Tagung aufzunehmen.

65. Bei Abschluß ihrer Debatten über diese Frage nahm die Versammlung die in Dokument 112 enthaltene Empfehlung an.

66. Während seiner Tagungen im November 1949 beschloß der Ministerausschuß, die Frage eines Europäischen Passes an die Regierungen zur Prüfung zu überweisen.

Der Ministerausschuß wird nicht versäumen, die Versammlung von den Ergebnissen dieser Untersuchung zu unterrichten, sobald alle diesbezüglichen Unterlagen eingegangen sind.

Kapitel 6. - Beziehungen zu anderen internationalen Organisationen

67. Der Ministerausschuß ist, außer mit der OEEC, auch in Beziehungen zu anderen internationalen Organisationen getreten. Insbesondere ermächtigte der Ausschuß das Generalsekretariat, zu der UNESCO-Konferenz, die vom 22. Mai bis 16. Juni 1950 in Florenz abgehalten wurde, zu der ILO-Konferenz über Auswanderung, die im April 1950 in Genf tagte, sowie zum Kongreß des Internationalen Instituts für die Vereinheitlichung des Privatrechtes, der im Juli 1950 in Rom zusammentrat, Beobachter zu entsenden.

Kapitel 7. - Andere Fragen

68. Der Ministerausschuß traf im Haushaltsplan für 1950 Vorsorge für die Errichtung eines Gebäudes für den Europarat in Straßburg. Auf seiner dritten Tagung kam

der Ministerausschuß überein, die finanziellen Mittel für diesen Zweck zu erhöhen, um den Einbau gewisser zusätzlicher Räumlichkeiten, die vom Büro der Versammlung erbeten worden waren, zu ermöglichen.

Dank dem Geist, in welchem die Erbauer ihre Aufgabe durchgeführt haben, und der Unterstützung durch die örtlichen Behörden ist die Errichtung dieses Gebäudes erfolgreich vollendet worden.

ANHANG 4

Angenommene Schlußfolgerungen der Gemeinsamen Tagung,

die am 18. Mai 1950 von Vertretern des Ministerausschusses und Vertretern der Ständigen Kommission im Foreign Office abgehalten wurde.

Anwesend:

1. Für den Ministerausschuß: Die Herren E. Bevin¹
H. Lange
R. Schuman
C. Sforza
2. Für die Ständige Kommission: Die Herren P.-H. Spaak,
Vorsitzender
G. Drossos
S. Jacini
Sir David Maxwell-Fyfe
Herr Guy Mollet

I. - Vorschläge zur Verbesserung der Beziehungen zwischen dem Ministerausschuß und der Konsultativversammlung

In Uebereinstimmung mit den Bestimmungen über ihre Zuständigkeit untersuchte die Tagung die verschiedenen Vorschläge, die ihr vorgelegt worden waren, und die sich auf die Schaffung eines gemeinsamen Organs, zusammengesetzt aus Vertretern des Ministerausschusses und der Konsultativversammlung, bezogen.

Die folgenden Schlußfolgerungen wurden auf der Sitzung zwecks Vorlage beim Ministerausschuß und bei der Konsultativversammlung angenommen.

A. — Zusammensetzung des vorgeschlagenen Gemeinsamen Organs

- a) Name. Es wurde beschlossen, den Namen „Gemeinsamer Ausschuß“ anzunehmen.
- b) Zusammensetzung. Der Gemeinsame Ausschuß soll im Prinzip aus zwölf Mitgliedern zusammengesetzt sein, von denen fünf Vertreter des Ministerausschusses und sieben Vertreter der Konsultativversammlung sein sollen, wobei die letztere Zahl den Präsidenten der Versammlung einschließt, der Mitglied ex officio wird.

Der Ministerausschuß soll nach seinem Gutdünken berechtigt sein, die Anzahl seiner Vertreter im Gemeinsamen Ausschuß um einen oder zwei zu erhöhen.

Der Generalsekretär soll berechtigt sein, den Tagungen des Gemeinsamen Ausschusses in beratender Eigenschaft beizuwohnen.

- c) Methode der Wahl der Mitglieder des Gemeinsamen Ausschusses. Den beiden Organen des Europa-

rates soll es freistehen, ihre eigene Methode zur Auswahl ihrer Vertreter im Gemeinsamen Ausschuß zu wählen.

B. — Bestimmungen über Zuständigkeit

Das Ziel des Gemeinsamen Ausschusses soll sein:

- gute Beziehungen zwischen dem Ministerausschuß und der Konsultativversammlung aufrechtzuerhalten und ihre Arbeiten durch regelmäßige Besprechung gemeinsamer Probleme zu koordinieren;
- die Aufmerksamkeit des Ministerausschusses und der Konsultativversammlung auf jene Fragen zu lenken, die von besonderem Interesse für den Europarat zu sein scheinen; und nach Prüfung eingegangener Berichte Vorschläge für den Entwurf der Tagesordnungen der Sitzungen des Ministerausschusses und der Konsultativversammlung zu machen, ohne jedoch deren jeweilige Rechte zu beeinträchtigen;
- und endlich die Mittel zu prüfen und einzuführen, die den vom Ministerausschuß oder der Konsultativversammlung angenommenen Empfehlungen praktische Wirkung verleihen können.

Es versteht sich, daß Vorschläge zur Aufnahme in den Entwurf der Tagesordnung, die von den Vertretern des Ministerausschusses in Uebereinstimmung mit den Bestimmungen des Absatzes 2 der obigen Bestimmungen über Zuständigkeit des Gemeinsamen Ausschusses gemacht werden, unter keinen Umständen so ausgelegt werden sollen, daß sie die Regierungen, deren Mitglieder diese Vertreter sind, binden.

C. — Verfahrensordnung des Gemeinsamen Ausschusses

- a) Vorsitzender. Der Präsident der Konsultativversammlung soll Vorsitzender des Gemeinsamen Ausschusses sein.
- b) Beschlußfähigkeit. Drei Vertreter des Ministerausschusses und fünf Vertreter der Konsultativversammlung sollen bei den Sitzungen des Gemeinsamen Ausschusses die beschlußfähige Anzahl von Mitgliedern bilden. Kein Verfahren des Ausschusses soll als gültig und bindend betrachtet werden, solange nicht eine solche beschlußfähige Anzahl von Mitgliedern anwesend ist.

Der Gemeinsame Ausschuß soll Entscheidungen nicht durch Abstimmung fällen.

- c) Häufigkeit der Sitzungen. Die Sitzungen des Gemeinsamen Ausschusses sollen vom Vorsitzenden einberufen werden und sollen so oft stattfinden, wie es notwendig ist.

¹⁾ Im Verlaufe der Tagung nahm Mr. Ernest Davies, Parlamentarischer Unterstaatssekretär für Auswärtiges, die Stelle von Mr. Bevin ein.

Botschaft des Ministerausschusses an die Konsultativversammlung des Europarates

vom 7. August 1950

Ergänzende Bemerkungen zu dem Bericht des Ministerausschusses

Der Europarat besteht seit kaum einem Jahr. In dieser Zeitspanne von wenigen Monaten mußte er sich organisieren und hatte umfassende Studien über die zahlreichen Probleme durchzuführen, denen er sich unvermeidlich gegenübergestellt sah, — Probleme, deren Lösung um so schwieriger sein wird, als sie bereits seit Generationen bestehen und durch den Krieg noch weiter verwickelt wurden. Dazu kommt, daß zum ersten Male Regierungen den Versuch unternommen haben, die traditionellen Denkpflogenheiten zu durchbrechen, sich von den Fesseln der Nationalität zu befreien und ihre Schwierigkeiten gemeinsam, in wahrhaft europäischem Geiste zu meistern. Ihre Bemühungen sind nicht umsonst gewesen, und die harte Arbeit, die geleistet wurde, und die Verbindungen, die im Laufe des vergangenen Jahres angeknüpft wurden, werden nicht verfehlen, Ergebnisse zu zeitigen.

Schon hat sich eine Atmosphäre der Zusammenarbeit gebildet. Die im Jahre 1949 von Ihrer Versammlung angenommenen Empfehlungen haben zweifellos einen wohlthuenden — vielleicht sogar entscheidenden — Einfluß auf die Haltung der Regierungen der Mitgliedstaaten des Europarates im Verlauf der letzten Monate gehabt. Ein Beweis dafür sind die kürzlich von der O.E.E.C. unternommenen Schritte, die die in der Versammlung zum Ausdruck gebrachte Stimmung und ihren Wunsch nach Versöhnung und Einigung widerspiegeln. Dank der Tatsache, daß laufend Maßnahmen zur Liberalisierung des Handels und zur Schaffung der europäischen Währungseinheit getroffen wurden, ist ein bedeutender Fortschritt auf dem Wege zur Wiedererlangung der Handels- und Währungsfreiheit bereits erzielt worden. Damit wird sich jedoch die Tätigkeit der O.E.E.C. noch nicht erschöpfen. Sie ist bereits mit der Prüfung neuer Vorschläge beschäftigt, die alle den Zweck verfolgen, die Schaffung eines europäischen Wirtschaftssystems im Sinne des Statuts zu beschleunigen.

In ähnlicher Weise haben die Regierungen der Mitgliedstaaten des Europarates ihren Einfluß in der Wirtschaftskommission für Europa geltend gemacht, um die harmonische Entwicklung der Wirtschaftsbeziehungen der europäischen Länder untereinander zu fördern.

Die französische Regierung hat ihrerseits, in dem Bestreben, einen beträchtlichen Beitrag zu dem engeren Zusammenschluß der Mitglieder des Europarates zu leisten, am 9. Mai einer bestimmten Anzahl von Mitgliedstaaten einen Plan vorgelegt, durch den eine Koordinierung der Kohle- und Stahlproduktion herbeigeführt und die Entwicklung einer europäischen Gemeinschaft gefördert werden soll. Nach Auffassung der Urheber dieses Plans handelt es sich nicht so sehr darum, einen bestimmten Grad des Zusammenwirkens zwischen den betreffenden verschiedenen nationalen Interessen zu erreichen, als vielmehr darum, auf einem Gebiet, das zwar begrenzt, aber doch von grundlegender Bedeutung für das Wirtschafts-

leben unserer Völker ist, eine teilweise Zusammenlegung von Hoheitsrechten herbeizuführen. Es wird an den Teilnehmerländern liegen, im Zusammenwirken mit Ihrer Versammlung für das Gemeinwohl zu arbeiten.

Weiterhin beabsichtigt Ihr Wirtschaftsausschuß, der Konsultativversammlung einen Plan für die Schaffung „Europäischer Gesellschaften“ zu unterbreiten. Der Ministerausschuß kann es nur begrüßen, wenn ein solches Projekt erwogen wird. Er würde es auch begrüßen, wenn in der Versammlung eine Debatte über die französischen Vorschläge stattfände.

Gleichzeitig werden der Versammlung Vorschläge vorgelegt, die einen Beweis dafür darstellen, welche hohe Bedeutung die Regierungen der Mitgliedstaaten des Rates der Wahrung der Menschenrechte und der Verbesserung der Lebensbedingungen beimessen. Bei dem einen dieser Vorschläge handelt es sich um den Entwurf zu einer Konvention für die Wahrung der Grundfreiheiten des Individuums, zu der die von Ihnen selbst zum Ausdruck gebrachten Wünsche die Anregung gaben; bei dem anderen Vorschlag handelt es sich um den Entwurf zu einer Konvention über die Frage der gegenseitigen Behandlung von Staatsangehörigen, zu dem Sie um Ihre Stellungnahme gebeten werden.

Wir haben allen Grund zur Hoffnung. Wir sind zuversichtlich, daß sich in den diesjährigen Debatten der Versammlung wiederum neue Gesichtspunkte zur weiteren Erörterung durch uns eröffnen werden. Auch sollten sich die Versammlung und der Ausschuß in der gegenseitigen Abstimmung ihrer Arbeiten viel näher kommen als bisher, da der gemeinsame Ausschuß, sofern er von Ihnen gebilligt wird, es den zwei Hauptorganen des Rates ermöglichen wird, in vollkommener Harmonie miteinander zu arbeiten.

So ernst auch die internationale Lage heute sein mag, so ist es doch ein gutes Zeichen, daß Europa, dank der Einbeziehung neuer Mitglieder in Ihre Arbeit, bereits in der Lage ist, mehr als bisher für die Sache zu tun, um deren Verteidigung es bemüht ist.

Wie in der Präambel des Statuts erklärt wird, ist es unser Hauptanliegen, einen auf Gerechtigkeit und internationaler Zusammenarbeit aufgebauten Frieden zu erlangen. Der Ministerausschuß, der wenige Wochen nach dem Bruch des Völkerrechts durch Nordkorea zusammentrat, legt Wert darauf, diesen wesentlichen Grundsatz erneut herauszustellen.

Der Ausschuß schlägt der Versammlung vor, auch ihrerseits ihre Ergebenheit für die Sache des Friedens zu bekunden, indem sie — in Übereinstimmung mit einer grundlegenden Bestimmung des Statuts — noch nachdrücklicher ihre völlige Solidarität mit den vom Sicherheitsrat der Vereinten Nationen unternommenen Maßnahmen für die Verteidigung der friedliebenden Völker gegen die Aggression erklärt.

Die Rede Winston Churchills

Zur Frage der Schaffung einer europäischen Armee
vor dem Europarat in Straßburg vom 11. August 1950

Wir stimmen mit dem Ministerausschuß überein, daß im vergangenen Jahr bestimmte Fortschritte in der Entwicklung des europäischen Begriffs, der durch diese Versammlung vertreten wird, gemacht worden sind.

Es gibt jedoch einige wichtige Punkte, die zwischen uns offenstehen. Wir bedauern, daß sie vom Ministerausschuß etwas unüberlegt bis zum Oktober zurückgestellt wurden. Die Versammlung sollte in den Fragen, um die es geht, ihre Meinung durchsetzen. Es besteht wirklich kein Grund, warum beispielsweise eine hier mit Zweidrittelmehrheit angenommene Resolution nicht formell unseren Parlamenten bekanntgemacht und vorgelegt werden sollte, wobei es natürlich klar ist, daß nichts die Regierung oder das Parlament daran hindern kann, nach einer Debatte, je nachdem wie es Regierung und Parlament für wünschenswert erachten, ihre eigenen Entscheidungen über die aufgeworfenen Fragen zu treffen.

Es ist für die Zukunft dieser Versammlung von Bedeutung, daß sie in ständig engeren Kontakt nicht nur mit den ausübenden Regierungen gebracht wird, sondern auch mit den repräsentativen Institutionen, auf denen in allen echten Demokratien die ausübenden Regierungen allein gegründet sein können.

Was Großbritannien anbetrifft, so kann ich jedoch garantieren, daß alle Resolutionen dieser Versammlung dem Unterhaus zur Erörterung der Hauptpunkte vorgelegt werden, gleichgültig, ob wir mit diesen übereinstimmen oder nicht. Zu diesem Zweck werden wir die Möglichkeiten anwenden, die der offiziellen Opposition zur Verfügung stehen. Ich zweifle nicht daran, daß das Oberhaus ähnliche Maßnahmen ergreifen wird.

Ich schlage meinen hier anwesenden Kollegen anderer Länder vor, daß sie die Freiheiten der Verfahrensordnung, die ihre eigenen Parlamente im Ueberfluß besitzen, für den gleichen Zweck benutzen und daß dies unsere allgemeine Praxis wird, sofern nicht oder bis nicht die hinderlichen Einflüsse des Ministerausschusses überwunden oder verschwunden sind.

Es gibt auch noch andere Meinungsverschiedenheiten, die sich als Ergebnis unserer Erörterungen wieder in Ordnung bringen lassen. Ich habe stets die Ueberzeugung vertreten, daß der Aufbau eines europäischen Parlaments allmählich fortschreiten und auf einer Welle von Tatsachen, Ereignissen und Impulsen vorangetragen werden muß und nicht so sehr durch die Schaffung einer ins einzelne gehenden Verfassung. Entweder beweisen wir Europa unser Würdigsein, unser Gewicht und unseren Wert, oder wir werden versagen. Wir sind nicht dabei, eine Maschine zu konstruieren, vielmehr züchten wir eine lebende Pflanze heran. Zweifellos bedeutet es einen Schritt vorwärts, daß Mr. MacBride, der Vertreter des Ministerausschusses unter uns weilt, um dessen kollektive Meinung — wenn er eine hat — der Versammlung unmittelbar darzulegen und mündlich Fragen zu behandeln, die wir vielleicht aufwerfen.

Wenn wir freilich nicht nur auf die vergangenen zwölf Monate zurückschauen, sondern uns an Den Haag vor

zwei Jahren erinnern, dann ist es erstaunlich, den Fortschritt zu sehen, der in dieser kurzen Zeit seit jenem inoffiziellen Zusammentreffen von Enthusiasten gemacht worden ist, die sich für die Sache der Versöhnung und der Wiedergeburt dieses zerstörten Kontinents einsetzten, sowie sich das heutige Bild zu vergegenwärtigen, da wir alle zusammen in unserem eigenen Haus — dem Europahaus — unter den Flaggen von fünfzehn geschichtlichen Staaten und Nationen versammelt sind und unser Einfluß und die Achtung vor uns ständig wächst.

In allem, was wir tun und sagen, dürfen wir die Hoffnung und den Glauben von Millionen und aber Millionen von Männern und Frauen nicht nur in den freien Ländern Europas, sondern auch in den Ländern, die sich noch in der Knechtschaft befinden, nicht enttäuschen.

Die Botschaft des gemeinsamen Thrones — wenn ich den Ministerausschuß einmal so bezeichnen darf — hat unsere Aufmerksamkeit auf den Schuman-Plan zur wirklichen Zusammenschließung der Grundindustrien der westlichen Nationen gelenkt und uns aufgefordert, unsere Meinung hierzu zu äußern.

Wir sind durchaus bereit, das zu tun und es mag sogar in unserer Macht liegen, einige Mißverständnisse und Vorurteile, die durch die Behandlung dieses hoffnungsvollen Planes in einigen unserer nationalen Parlamente entstanden sind, auszugleichen. Einige meiner britischen Kollegen haben einen konstruktiven Beitrag, der noch der Erörterung der Versammlung bedarf, hierzu geleistet, und ich hoffe, daß ihren Ansichten sorgfältige und freundschaftliche Aufmerksamkeit nicht nur von anderen Regierungen und Parlamenten, sondern auch von ihrer eigenen Regierung und ihrem Parlament geschenkt wird.

Es wird eine denkwürdige Tat sein, wenn diese Versammlung sich fähig zeigt, unentschlossenen Regierungen und rivalisierenden Parteien eines Planes praktisch die Richtung zu weisen, eines Planes, der versucht, auf den Ruinen der französisch-deutschen Kriege und Streitigkeiten das Gebäude eines produktiveren und stabileren industriellen Lebens für die vielen Angehörigen unserer Völker aufzurichten, die davon betroffen sind.

Wir sprechen M. Schuman für seine kühne Initiative und für seine Gefälligkeit, uns hier darüber zu berichten, unseren Dank aus.

Die Botschaft aber, die uns vom Ausschuß zugegangen ist, lenkt mit ihren Schlußabschnitten unsere Aufmerksamkeit auf die ernstesten Fragen, die heute über der Weltpolitik schweben. Man fordert uns auf, das Vorgehen der Vereinten Nationen in Korea zu billigen und unsere „völlige Solidarität“ mit dem Widerstand gegen die Aggression zu erklären, dessen Last gegenwärtig von den Vereinigten Staaten getragen wird, der uns aber alle betrifft.

Niemand kann über unsere Antwort im Zweifel sein oder darüber, daß die Europäische Versammlung ihr Äußerstes tun wird, um die Sache der Freiheit und die Herrschaft des Rechts zu stützen, welche heute auf das

schwerwiegendste gefährdet sind. Wie aber stellt sich unsere Lage hier dar, hier in dieser lachenden Landschaft und ihren vom Kriege gezeichneten Städten und ihrer Bevölkerung, die so reich an Tradition, Tugend und Ruhm ist und die danach strebt, sich von den Folgen einer tragischen Vergangenheit wieder zu erheben?

Der Ministerausschuß hat uns durch seine Botschaft praktisch aufgefordert, die militärische Seite unserer Lage in ihrer weiteren Bedeutung zu prüfen. Sicherlich wäre es nutzlos und absurd, wollte man versuchen, die Zukunft Europas und ihre Beziehung zur Weltpolitik und den Vereinten Nationen zu erörtern, wenn man diese beherrschende Seite der Frage willkürlich ausschließen würde. Nahezu alle Redner, die zu uns gesprochen haben, einschließlich der beiden britischen Sozialisten, haben dieses bislang verbotene Gebiet betreten. Und die wirksame Besitzergreifung dieses Gebietes ist nunmehr ein „fait accompli“.

Ich freue mich, daß die Deutschen trotz ihrer eigenen Probleme hierhergekommen sind, um die Gefahren mit uns zu teilen und unsere Stärke zu erhöhen. Bereits vor einem Jahr hätten sie hier sein sollen. Ein Jahr wurde vergeudet, doch ist es noch nicht zu spät. Es gibt keine Wiedergeburt Europas, keine Sicherheit und keine Freiheit für irgendeinen von uns, es sei denn, wir stehen zusammen, einig und unverzagt.

Ich bitte die Versammlung, unseren deutschen Freunden zu versichern, daß wir ihre Sicherheit und Freiheit ebenso heilig wie unsere eigene halten werden.

Ich habe sagen hören, daß es ein Vorwand für einen Präventivkrieg von seiten Rußlands sein könnte, wenn alle Deutschen mit Ausnahme der Kommunisten bewaffnet würden. Glauben Sie mir, die auf lange Sicht berechneten Absichten der Sowjetregierung werden durch Ereignisse dieser Art weder zeitlich beeinflusst noch abgelenkt werden. Es steht außer Zweifel, daß wir uns alle in großer Gefahr befinden. Die Freiheit der Zivilisation Westeuropas liegt im Schatten einer russisch-kommunistischen Aggression, hinter der enorme Rüstungen stehen.

Die sowjetischen Streitkräfte in Europa sind denen der Westlichen Union, gemessen an stehenden Divisionen, Flugzeugen und Panzerfahrzeugen mindestens sechs- oder siebenfach überlegen. Dies sind furchtbare Tatsachen. Und es ist ein Wunder, daß wir hier in unserem neuen Europahaus sitzen und in aller Ruhe unsere Pläne für das künftige Wohlergehen und die künftige Einigkeit unserer Völker sowie ihre moralischen und kulturellen Ideale erörtern. Es ist ein Wunder. Aber zumindest ist dies besser, als in eine Panik zu geraten.

Die Gefahr ist selbstverständlich nicht neu. Sie lag in der Tatsache begründet, daß die freien Demokratien des Westens nach dem Kriege ihre Streitkräfte entwaffneten und auflösten, während die Diktatur im Kreml riesige Armeen aufrechterhielt und sich auf jede Weise anstrengte, diese neu auszurüsten.

Vor zwei Jahren wurde der Westunion-Pakt unterzeichnet und eine Reihe von Ausschüssen errichtet, die, wie M. Reynaud und andere sich ausdrücken, seither ununterbrochen geredet haben. Eindrucksvolle Konferenzen sind von hohen Militärs und Fachleuten abgehalten worden. Und eine prätentöse Fassade ist von den Regie-

rungen, die für unsere Sicherheit verantwortlich sind, aufgebaut worden.

In Wirklichkeit jedoch ist, abgesehen von der Errichtung eines amerikanischen Bomberstützpunktes in England, nichts getan worden, um unsere Völker wirksam davor zu schützen, von den russischen kommunistischen Armeen mit ihren Massen von Panzern und Flugzeugen unterjocht oder zerstört zu werden. Ich selbst und andere haben jede nur mögliche Warnung ausgesprochen. Aber, wie in der Vergangenheit, sind sie auf taube Ohren gefallen oder wurden dazu benutzt, die falsche Anschuldigung der Kriegshetzerei zu stützen.

Nunmehr haben jedoch plötzlich der Blitzschlag in Korea und der auf ihn folgende um sich greifende Brand die gesamte freie Welt zu einer durchdringenden und aufrüttelnden Erkenntnis der Gefahr gebracht, in welcher sie schwebt. Viele Maßnahmen werden jetzt vorgeschlagen, die, wenn sie vor zwei Jahren getroffen worden wären, bis heute mindestens einige Früchte getragen haben würden. Was heute vorgeschlagen wird und vor zwei Jahren hätte getan werden sollen, könnte gut halbwegs unseren Bedürfnissen entsprechen. Ich zweifle nicht daran, daß die tiefere Erkenntnis der tödlichen Gefahr, in der wir uns befinden, in uns jenen Trieb der Selbsterhaltung wachrufen wird, der die Grundlage menschlichen Daseins ist.

Dies geschieht jetzt. Mr. Edelman hat uns an die ungeheure Ueberlegenheit auf dem Gebiet des Stahls, des Oels, des Aluminiums und anderer Materialien, worauf das Verteidigungspotential der freien Nationen beruht, erinnert. Vieles davon aber könnte zur Beute des Angreifers werden, wenn wir zuerst niedergeworfen würden.

M. André Philip erklärte am Dienstag, daß „Frankreich nicht den Wunsch hätte, noch einmal befreit zu werden“. Nach einer Zeit russisch-kommunistischer Besetzung würde es, wie M. Reynaud betont hat, nicht viel zu befreien geben. Die systematische Liquidierung aller kommunistenfeindlichen Elemente würde wenig übriglassen, was von den Rettern oder Ueberlebenden wiedererkannt werden könnte.

Wir in dieser Versammlung besitzen keine Verantwortung und keine Exekutivgewalt. Aber wir sind verpflichtet, zu warnen und zu raten. In der kürzestmöglichen Zeit muß eine echte Verteidigungsfront in Europa geschaffen werden. Großbritannien und die Vereinigten Staaten müssen starke Verbände nach dem Kontinent entsenden.

Frankreich muß seine berühmte Armee wiedererstehen lassen, unsere italienischen Kameraden willkommen heißen. Alle — Griechenland, die Türkei, Holland, Belgien und Skandinavien — müssen ihren Anteil tragen.)* Mut und Einigkeit müssen uns beschwingen und die mächtigen Energien, die unseren Regierungen zur Verfügung stehen, auf solide und angemessene Verteidigungsmaßnahmen richten.

Wer höchsten Zielen dient, bedenkt nicht, was sein Lohn sein wird, sondern was er geben kann. Laßt Geben unser Vorrecht sein! Laßt uns darin wetteifern in den Jahren, die vor uns liegen!

Die uns herausfordernde Frage ist: „Werden wir die Zeit dazu haben?“ Niemand kann diese Frage mit Sicherheit beantworten. Anzunehmen, daß wir zu spät kämen, wäre reinster Wahnsinn der Verzweiflung. Wir stehen

noch unter dem Schutzschild der Atombombe, die allein die Vereinigten Staaten in achtungsgebietender Menge besitzen.

Der Einsatz dieser Waffe würde die Grundlagen des Sowjetregimes im gesamten riesigen Raum Rußlands erschüttern. Und der Zusammenbruch der Verkehrsverbindungen und der zentralen Kontrolle könnte sehr wohl die tapferen russischen Völker in die Lage versetzen, sich von einer Tyrannei zu befreien, die weit schlimmer ist als die der Zaren. Es ist sehr wahrscheinlich, daß eine derartige Möglichkeit ein wirksames Abschreckungsmittel gegen eine sowjetische Aggression darstellt, wenigstens so lange, bis die Sowjets durch einen langwierigen Prozeß einen ausreichenden Vorrat von eigenen Atombomben geschaffen haben.

Es gibt einen weiteren Grund, weshalb der allgemeine bewaffnete Ansturm des Kommunismus auf die westlichen Demokratien sich verzögern mag. Der sowjetische Diktator hat keinen Anlaß, mit der Art und Weise unzufrieden zu sein, wie sich die Dinge entwickelt haben. Seit Ende des Weltkrieges im Jahre 1945 haben sie die Kontrolle über halb Europa und ganz China gewonnen, ohne einen einzigen russischen Soldaten zu verlieren. Sie haben auf diese Weise ihrer eigenen ungeheuren Bevölkerung nahezu 500 Millionen Menschen hinzugefügt.

Sie haben überreichlich Gelegenheit, Unruhe zu stiften und uns zu veranlassen, durch das Vorgehen ihrer Satelliten unsere Kräfte unnötig zu verzetteln. Es hat den Anschein, als ob Tibet das nächste Opfer sein soll. Im Zuge dieser Ablenkungsmanöver sind sie fähig, Frieden zu predigen, während sie einen aggressiven Krieg planen und ihren Atombombenvorrat vergrößern.

Aber meiner Ueberzeugung nach ist uns eine Atempause vergönnt. Wenn wir diese klug und geschickt benutzen, und sie nicht nutzlos vergeuden — wie wir bereits so vieles vergeudet haben —, dann dürften wir die Abschreckungsmittel gegen eine größere kommunistische Aggression noch stark vermehren können. Durch ein Schließen der Lücke in der Verteidigung der Westmächte in Europa werden wir die sichersten Mittel dafür finden, nicht nur unser Leben und unsere Freiheiten zu retten, sondern auch einen dritten Weltkrieg zu verhindern.

Wenn wir in der Lage sind, im Verlauf von ungefähr zwei Jahren ein verlässliches Verteidigungssystem gegen eine kommunistische Invasion zu schaffen, so werden wir zumindest die greifbarste Versuchung für jene beseitigt

haben, die danach trachten, den freien Demokratien ihren Willen mit Gewalt aufzuzwingen.

Ein derartiges Verteidigungssystem im Westen wird allein die beste Möglichkeit für eine endgültige Regelung auf dem Wege der Verhandlung mit den Sowjets bieten, und zwar auf der Grundlage unserer Stärke und nicht unserer Schwäche. Aber kein Tag darf verloren werden, kein Bruchteil verfügbarer Stärke außer acht gelassen werden.

Wie ich bereits erwähnt habe, besitzt diese Versammlung keine Macht zu handeln. Auch suchen wir nicht, die verantwortlichen machtausübenden Regierungen ihrer Pflichten zu entbinden.

Wir sollten jedoch unsere gemeinsamen Ueberzeugungen bekanntgeben. Wir sollten heute eine Botschaft des Vertrauens und des Mutes vom Europahaus an die gesamte Welt senden.

Wir sollten nicht lediglich, so wie wir ersucht worden sind, unsere Treue den Vereinten Nationen gegenüber erneut versichern, sondern eine richtungsweisende Geste praktischer und konstruktiver Natur machen, indem wir uns für die sofortige Schaffung einer europäischen Armee unter einem einheitlichen Kommando aussprechen, an der wir alle einen würdigen und ehrenhaften Anteil haben. Aus diesem Grunde schlage ich Ihnen folgende Resolution vor:

„Die Beratende Versammlung wünscht die Erhaltung des Friedens, und ist entschlossen, das Vorgehen des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen zur Verteidigung friedlicher Völker gegen Aggression zu unterstützen. Sie fordert die sofortige Schaffung einer vereinten europäischen Armee, die einer geeigneten europäischen demokratischen Kontrolle unterworfen ist und aufs engste mit den Vereinigten Staaten und Kanada zusammenarbeitet.“

Ich glaube, daß diese Resolution ein offenes und formales Votum sein wird, das die überwältigende, wenn nicht in der Tat sogar die einstimmige Unterstützung der Versammlung erhalten wird. Dies wäre der größte in unserer Kraft stehende Beitrag, den wir für die Sicherheit und den Frieden der Welt leisten können.

Lassen Sie uns daher zusammen vorwärtsschreiten in der Ueberzeugung, daß wir zumindest unsere Pflicht getan haben.

Quelle: „The New York Times“ v. 12. August 1950, Uebersetzung des Europa-Archivs.

* Anmerkung der Redaktion: Es erregte starkes Aufsehen, daß Churchill an dieser Stelle Deutschland nicht erwähnte. In einer nachträglich an die Presse abgegebenen Erklärung stellte Churchill jedoch ausdrücklich fest, daß es sich hierbei nur um ein Versehen handelte und daß er selbstverständlich hierbei auch an Deutschland gedacht habe.

Die Ereignisse in Europa

Belgien

16. August: Das Kabinett wird von Prinz *Baudouin* vereidigt. Nach Verlesung der Regierungserklärung durch Ministerpräsident *Joseph Pholien* spricht die Kammer der Regierung am 17. August mit 107 gegen 78 Stimmen das Vertrauen aus, der Senat am 18. August mit 82 gegen 61 Stimmen.

31. August: Ministerpräsident *Joseph Pholien* kündigt in einer Rundfunkansprache die Verlängerung der Militärdienstzeit, den Ausbau der Zivilluftverteidigung und die Aufstellung einer Panzerdivision an.

Deutschland

16. August: Das Amt für öffentliche Angelegenheiten bei der amerikanischen Hohen Kommission veröffentlicht einen Bericht über die kommunistische Presse in Westdeutschland, in welchem die Organisation und die Werbemethoden der 16 Zeitungen der Kommunistischen Partei in der Bundesrepublik untersucht werden.

Acht in den Nürnberger Prozessen Verurteilte: *Friedrich Flick*, *Walter Darré*, *Dr. Otto Dietrich*, *Fritz ter Meer*, *Heinrich Lehmann*, *Kurt Rothenberger*, *Rudolf Lehmann* und *Karl Rasche* werden wegen guter Führung begnadigt.

In München, London und Washington wird ein zwischen der „Arbeitsgemeinschaft zur Wahrung sudetendeutscher Interessen“ und dem unter Führung von General *Lev Prchala* stehenden „Tschechischen Nationalausschuß“ getroffenes Uebereinkommen veröffentlicht, in welchem die Rückkehr der Sudetendeutschen in ihre Heimat nach Befreiung des tschechischen Volkes als gerechte Forderung anerkannt wird.

17. August: Die Polizeibehörden von Dortmund lehnen Anträge des „Komitees Deutscher Friedenskämpfer“ auf Durchführung einer Reihe von Veranstaltungen, darunter auch eine am 1. Oktober beabsichtigte Kundgebung von 100 000 jungen Friedenskämpfern, ab.

Der niedersächsische Ministerpräsident *Hinrich Kopf* (SPD) beauftragt den Arbeitsminister *Alfred Kubel* (SPD) mit der vorläufigen Wahrnehmung der Geschäfte des Ministers für Wirtschaft und Verkehr und den Minister für Sonderaufgaben, *Otto Krapp* (Zentrum), mit der Uebernahme des Amtes des Justizministers. Zum stellvertretenden Ministerpräsidenten wird Innenminister *Richard Borowski* (SPD) ernannt.

18. August: Bundeskanzler *Dr. Konrad Adenauer* befürwortet in einem Interview mit dem Deutschland-Korrespondenten der *New York Times*, *Jack Raymond*,

die Schaffung einer westdeutschen Verteidigungskraft in der gleichen Stärke wie die der ostzonalen Volkspolizei sowie eine Verstärkung der amerikanischen Streitkräfte in Europa. Am 19. August erklärt ein Sprecher der amerikanischen Hohen Kommission zu diesem Vorschlag, Deutschland werde bei der Verteidigung Europas eine Rolle spielen, die jedoch erst festgelegt werden müsse. Ein amtlicher britischer Sprecher gibt in Düsseldorf bekannt, daß der Vorschlag nach London zur Diskussion auf Regierungsbasis weitergeleitet werde.

Der neue Oberkommandierende der amerikanischen Streitkräfte in Europa, General *Manton S. Eddy*, erklärt auf einer Pressekonferenz in Heidelberg, er halte die gegenwärtig in der Bundesrepublik stationierten amerikanischen Streitkräfte nicht für ausreichend, um einen Angriff aus dem Osten abzuwehren. Er glaube, daß ein wiederbewaffnetes Deutschland einen Beitrag zur europäischen Verteidigung leisten könne.

Bundespostminister *Hans Schubert* fordert auf dem 51. deutschen Philatelistentag in Mainz eine europäische Postunion als Vorläufer für ein vereinigtes Europa und eine gemeinsame europäische Briefmarke.

20. August: In Frankfurt findet die „Erste Internationale Sozialistenkundgebung“ der sozialistischen Parteien Frankreichs, der Niederlande, der Vereinigten Staaten und Deutschlands statt, auf der sich führende Politiker wie *Salomon Grumbach* (Frankreich), *Alfred Mozer* (Niederlande), *Fritz Sternberg* (Vereinigte Staaten) und *Erich Ollenauer* (Deutschland) für eine gemeinsame Politik in Europa und gegen eine deutsche Wiederaufrüstung aussprechen.

Das Sekretariat der Deutschen Gemeinschaft in Stuttgart teilt mit, daß sich die DG in Württemberg-Baden entschlossen habe, künftig ihren Namen in „Deutsche Gemeinschaft — Block der Heimatvertriebenen und Entrechteten“ zu erweitern, da sich die politischen Ziele des BHE mit denen der DG deckten.

Der Organisationsleiter der „Bruderschaft“, *Helmuth Beck-Broichsitter*, erklärt, der Plan zur Aufstellung einer westdeutschen Polizeimacht sei eine Gegenmaßnahme ohne Idee, mit der man dem Osten nicht entgegentreten könne. Die Bruderschaft fordere als Voraussetzung für eine deutsche Beteiligung an einer europäischen Armee die Wiederherstellung der Ehre des deutschen Soldaten.

21. August: Nach einer Bekanntgabe der ECA in Washington belaufen sich die Marshall-Plan-Zuteilungen an die Bundesrepublik bis zum 16. August auf insgesamt 1 073 622 000 Dollar ERP- und GARIOA-Hilfe.

22. August: Bundeskanzler Dr. Konrad *Adenauer* bespricht mit den Fraktionsvorsitzenden der drei Regierungsparteien, Heinrich von *Brentano* (CDU/CSU), Hermann *Schäfer* (FDP) und Hans *Mühlenfeld* (DP), die Sicherheitsfrage der Bundesrepublik. Die gleiche Frage bespricht der Bundeskanzler mit dem Vorsitzenden der SPD, Dr. Kurt *Schumacher*. Am 23. August legt Bundeskanzler Dr. Adenauer in einer Presseerklärung das Problem der inneren und äußeren Sicherheit der Bundesrepublik dar. Er tritt für die Errichtung einer starken Schutzpolizei unter der Verfügungsgewalt des Bundes ein und spricht sich für eine europäische Armee aus, wenn nötig unter Einschluß deutscher Verbände. Dr. Schumacher erklärt auf einer Pressekonferenz, eine deutsche militärische Leistung habe nur Sinn, wenn der Westen bereit sei, Deutschland offensiv nach Osten zu verteidigen. Das Problem der Verteidigung könne nur im internationalen Rahmen gelöst werden; jede partielle deutsche Wiederaufrüstung werde von der SPD abgelehnt werden.

23. August: Der frühere thüringische Minister für Handel und Versorgung, Heinrich *Gillessen* (Ost-CDU), trifft in West-Berlin ein.

Das württemberg-badische Staatsministerium gibt den endgültigen Abstimmungsmodus für die Volksbefragung über den Südweststaat am 24. September bekannt, der zwei Abstimm-Möglichkeiten vorsieht: 1. Vereinigung der drei Länder Baden, Württemberg-Hohenzollern und Württemberg-Baden zum Südweststaat; 2. Wiederherstellung des alten Landes Baden und des alten Landes Württemberg einschließlich Hohenzollern.

In Essen wird der Deutsche Evangelische Kirchentag in Anwesenheit von Bundespräsident Theodor *Heuß* und Bundeskanzler Dr. Konrad *Adenauer* eröffnet. Bischof D. Otto *Dibelius* weist in seiner Ansprache darauf hin, daß die Evangelische Kirche keine Eisernen Vorhänge und auch keine staatlichen oder halbstaatlichen Grenzen kenne. Der Präsident des Kirchentages, Dr. Reinhold von *Thadden-Trieglaff*, erklärt, die christlichen Laien wollten der Kirche helfen, das Tor zur Welt weit aufzumachen. Am 27. August wird der Kirchentag beendet. Die Teilnehmer fordern in mehreren Resolutionen bessere soziale Verhältnisse und befürworten einen verstärkten Polizeischutz, lehnen aber eine Wiederaufrüstung ab.

24. August: Nachdem der Rat der Liberalen Internationale in Bad Cannstadt am 23. August Professor Don Salvador de *Madariaga* erneut zum Ehrenpräsidenten und Senator Roger *Motz* (Belgien), Professor Bertil *Ohlin* (Schweden), P. *Devinat* (Frankreich) und Dr. H. A. *Kluthe* (Deutschland) zu Vizepräsidenten gewählt hat, wird der Liberale Weltkongreß 1950 eröffnet. Professor de *Madariaga* erklärt, Deutschland sei zur Abhaltung dieses Kongresses in der Erkenntnis ausersehen worden, daß Europa nur auf dem deutschen Liberalismus gegründet werden könne. Am 25. August fordert der Kongreß in Resolutionen die Abschaffung der Reisepässe, einen freien Bücherhandel in Europa, die Errichtung einer europäischen Hochschule in Brügge und eines europäischen Kulturzentrums in Genf. Am 27. August betont Vizekanzler Franz *Blücher* in einer öffentlichen Kundgebung in Stuttgart, dem Liberalismus komme bei der

Verwirklichung der europäischen Freiheit eine bedeutende Rolle zu. Deutschland suche die Zusammenarbeit mit Frankreich in der Erkenntnis, daß die deutsch-französische Union der Ausgangspunkt für Gesamteuropa sei. Senator Roger *Motz* erklärt, Belgien begrüße die Annäherung zwischen Deutschland und Frankreich als Garantie für den Frieden in Europa. Am 28. August wird der Kongreß beendet. Eine mit 15 gegen 12 Stimmen gefaßte Resolution fordert die Aufnahme Deutschlands als gleichberechtigtes Mitglied in die freie Völkergemeinschaft.

25. August: Das Bundespresse- und Informationsamt gibt die Ernennung von Professor Walter *Hallstein* zum Staatssekretär bekannt.

Der ehemalige Vorsitzende und Bundestagsabgeordnete der Deutschen Reichspartei, Franz *Richter*, wird wegen parteischädigenden Verhaltens aus der Partei ausgeschlossen.

In Berlin wird der erste Deutsche Nationalkongreß vom Vorsitzenden des Präsidiums des Nationalrats, Dr. Erich *Correns*, eröffnet. Am 26. August verkündet der Präsident der Deutschen Demokratischen Republik, Wilhelm *Pieck*, ein 12 Punkte umfassendes Programm des Nationalen Widerstandes. Von der Arbeiterschaft sollten Streiks gegen die amerikanische Kriegs- und Kolonialpolitik, die Remilitarisierung und das Ruhr- und Besatzungsstatut sowie gegen alle Maßnahmen der Bundesregierung und der alliierten Behörden entfacht werden. Der Kongreß billigt das Wahlprogramm der Nationalen Front und bestätigt den Nationalrat der Nationalen Front, dem 90 Delegierte, darunter 30 Vertreter aus Westdeutschland, angehören. Das neugewählte Präsidium des Nationalrats der Nationalen Front hat folgende Zusammensetzung: Nationalpreisträger Dr. Erich *Correns*, Vorsitzender; Minister Dr. Lothar *Bolz*, Minister Ernst *Goldenbaum*, Minister Dr. Karl *Hamann*, Erich *Honecker*, Professor Karl *Linser*, Professor *Niedkisch*, stellvertretender Ministerpräsident Otto *Nuschke*, Elli *Schmidt*, Professor Dr. Johannes *Stroux*, stellvertretender Ministerpräsident Walter *Ulbricht*, Kurt *Vieweg*, Herbert *Warnke*, Wilhelm *Koenen*.

26. August: Der britische Hohe Kommissar, Sir Ivone *Kirkpatrick*, erklärt in Hamburg, er wolle dazu beitragen, die Hemmnisse einer britisch-deutschen Verständigung zu beseitigen. Das Ziel der britischen Regierung und der Alliierten sei die Eingliederung Deutschlands in ein westeuropäisches System. Entsprechend dem Vorschreiten dieser Eingliederung würden die Sicherheitsbeschränkungen auf politischem, finanziellem und wirtschaftlichem Gebiet aufgehoben werden.

In Konstanz findet ein Europakongreß des Bundes deutscher Föderalisten statt, auf welchem Delegierte aus Frankreich, Oesterreich, der Schweiz, den Benelux-Ländern und der Bundesrepublik vertreten sind. In einer Entschließung wehren sich die Teilnehmer gegen den Versuch, die Eingliederung Deutschlands in eine europäische Gemeinschaft zu erschweren. Zum ersten Vorsitzenden des Bundes wird der Justizminister von Rheinland-Pfalz, Adolf *Süsterhenn*, gewählt.

29. August: Oberbürgermeister Ernst *Reuter* gibt auf einer Pressekonferenz in Berlin bekannt, daß die drei West-Berliner Stadtkommandanten die Berliner Verfassung bestätigt und nur gegen den Artikel, der

Berlin als ein Land der Bundesrepublik bezeichnet, Einspruch erhoben hätten.

Die Bundesregierung überreicht der alliierten Hohen Kommission eine Denkschrift über das Problem der inneren und äußeren Sicherheit der Bundesrepublik.

30. August: Die Ministerpräsidenten der elf westdeutschen Länder und der Oberbürgermeister von Berlin behandeln auf einer Konferenz in Königstein Fragen der westdeutschen Sicherheit und erreichen über die Aufstellung, Organisation und Verteilung einer rund 10 000 Mann umfassenden Bereitschaftspolizei Übereinstimmung.

31. August: Amerikanische Beamte in Berlin erklären, es lägen Beweise dafür vor, daß in der sowjetischen Besatzungszone Pläne zum Aufbau einer Luftpolizei bestünden.

Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik ernannt Karl Maron zum Generalinspekteur der Deutschen Volkspolizei.

Frankreich

17. August: General Charles de Gaulle fordert in einer Presseerklärung das französische Volk auf, seine Verteidigung in die eigenen Hände zu nehmen und nicht auf die Organisation einer gemeinsamen europäischen Verteidigung zu warten.

Die Regierung schlägt den Vereinigten Staaten die Bildung einer gemeinsamen Finanzbehörde der Atlantikpaktmächte zur Koordinierung der Verteidigungsausgaben vor.

18. August: Der Rat der Organisation für europäische wirtschaftliche Zusammenarbeit (OEEC) billigt die endgültigen Vertragstexte über die europäische Zahlungsunion (EPU).

22. August: Das Kabinett beschließt, ein Infanteriebataillon zur Unterstützung der Streitkräfte der Vereinten Nationen nach Korea zu entsenden.

24. August: Französische und britische Verteidigungs- und Finanzachverständige besprechen auf einer Konferenz in Paris Fragen der Koordinierung ihrer Wirtschaft zur Durchführung ihres Verteidigungsprogrammes. Von britischer Seite nehmen Verteidigungsminister Emanuel Shinwell und Wirtschaftsminister Hugh Gaitskell, von französischer Seite Verteidigungsminister Jules Moch und Finanzminister Maurice Petsche teil.

31. August: In Paris werden die Sechs-Mächte-Verhandlungen über den Schuman-Plan wieder aufgenommen.

Europarat

16. August: Die Beratende Versammlung behandelt den vom Ministerausschuß gekürzten Entwurf für eine Konvention der Menschenrechte. Der französische Abgeordnete Henri Teitgen erklärt, die Minister hätten die Garantien der politischen Freiheiten nicht streichen dürfen. Am 25. August wird die Konvention der Menschenrechte mit 110 gegen 0 Stimmen angenommen. Die deutsche Delegierte Dr. Helene Weber (CDU) ersucht den Europarat, sich für die Freilassung der deutschen Kriegsgefangenen einzusetzen.

In der Debatte über die Vollbeschäftigung versichert der britische Abgeordnete Hugh Dalton, Großbritannien wolle Deutschland bei der Lösung des Arbeitslosenproblems unterstützen. Am 26. August nimmt die Versammlung den Bericht über die Vollbeschäftigung mit 87 gegen 1 Stimme bei 3 Enthaltungen an.

17. August: Die Beratende Versammlung diskutiert den Bericht des Politischen (Allgemeinen) Ausschusses. Der von 58 Abgeordneten unterzeichnete Antrag zur Schaffung eines europäischen Bundespaktes wird ohne Diskussion dem Politischen Ausschuß überwiesen; desgleichen der Antrag des britischen Labour-Abgeordneten Ronald Mackay auf Umwandlung des Ministerausschusses in eine Körperschaft mit exekutiven Vollmachten und der Beratenden Versammlung in ein gesetzgebendes Parlament.

Der französische Abgeordnete Guy Mollet, der als Berichterstatter des Politischen (Allgemeinen) Ausschusses wesentlich am Zustandekommen der von diesem Ausschuß vorgeschlagenen Resolutionen beteiligt war, droht mit seinem Rücktritt, falls die der Labour Party angehörenden britischen Abgeordneten sich nun gegen diese Resolutionen stellen sollten.

Der Allgemeine Ausschuß beschließt, nur die politischen Aspekte der Forderung Churchills auf Bildung einer europäischen Armee zu erörtern.

18. August: Die Beratende Versammlung billigt mit 94 gegen 0 Stimmen bei 12 Enthaltungen den Bericht des Ausschusses für Allgemeine Fragen, der unter anderem die Ernennung von Ministern für europäische Angelegenheiten durch die einzelnen Länder, die Wahl der Mitglieder der Beratenden Versammlung durch die Volksvertretungen, sowie die Erörterung der Resolutionen durch die Länderparlamente vorsieht. Ferner soll der Europarat enger mit anderen zwischenstaatlichen Organisationen, wie der Westunion und der OEEC, zusammenarbeiten.

19. August: Die Beratende Versammlung wählt den deutschen Delegierten Dr. Heinrich von Brentano mit 95 gegen 5 Stimmen zum fünften und den türkischen Delegierten Suad Hayiri Urguplu zum sechsten Vizepräsidenten.

Die Beratende Versammlung erörtert den Vorschlag zur Bildung eines europäischen Flüchtlingsamtes. Neben dem deutschen Abgeordneten Eugen Gerstenmaier (CDU) setzt sich vor allem die britische Abgeordnete Lady Tweedsmuir (Konservative), die als Vertreterin Winston Churchills spricht, dafür ein, daß das deutsche Flüchtlingsproblem als ein europäisches Problem betrachtet und in Angriff genommen wird. Sie weist insbesondere auch auf die Möglichkeiten hin, die die britischen Dominien für europäische Auswanderer zu bieten haben. Am 26. August wird eine Entschließung angenommen, nach der ein Organ zum Studium des Flüchtlingsproblems als erster Schritt für die Errichtung eines europäischen Flüchtlingsamtes geschaffen werden soll.

Die durch die Rücktrittsdrohung Guy Mollets entstandene Krise wird nach Besprechung mit dem Präsidenten der Beratenden Versammlung Paul Henri Spaak, dem Vorsitzenden des Politischen Ausschusses Georges Bidault und den britischen Labour-Abgeordneten, insbesondere Hugh Dalton, beigelegt. Dalton verspricht, sich bei seiner Partei und bei seinen Fraktionskollegen im Unterhaus für die Billigung der Resolutionen der Konsultativversammlung einzusetzen.

21. August: Der Wirtschaftsausschuß billigt die Grundsätze des Schuman-Planes. In einer Empfehlung wird vorgeschlagen, daß das parlamentarische Kontrollorgan für den Schuman-Plan der Beratenden Versamm-

lung periodisch Berichte vorlegen soll. Am 24. August reicht der britische Delegierte Harold MacMillan einen neuen Antrag über die Bildung der europäischen Montanunion ein, der die Kontrolle des Europarates über die Montanunion vorsieht. Am 26. August begrüßt die Beratende Versammlung mit 73 Stimmen bei 32 Enthaltungen den Schuman-Plan.

24. August: Die Beratende Versammlung stimmt mit großer Mehrheit für die Schaffung eines europäischen Sozialversicherungskodex, unter dem die sozialen Leistungen in allen Mitgliedstaaten auf einen gleich hohen Stand gebracht werden sollen. Ferner nimmt die Versammlung den Bericht des Ausschusses für kulturelle und wissenschaftliche Angelegenheiten an, der Verhandlungen über den Abschluß kultureller Konventionen ähnlich denen der Brüsseler Paktstaaten empfiehlt.

26. August: Weitere von der Beratenden Versammlung angenommene Resolutionen des Wirtschaftsausschusses sehen die Bildung von Institutionen zur Organisation der landwirtschaftlichen Produktion und zur Schaffung eines Marktausgleichs, Verbesserung der Lage der europäischen Landwirtschaft sowie Koordinierung des europäischen Transportwesens vor.

28. August: Die Beratende Versammlung beendet den ersten Teil ihrer diesjährigen Sitzungsperiode. Sie billigt drei wichtige Entschlüsse: Frieden ohne Nachgiebigkeit, Ueberweisung der angenommenen Resolutionen an die Länderparlamente sowie die Bildung europäischer Behörden auf kulturellem, wirtschaftlichem, sozialem und juristischem Gebiet. Die Versammlung befürwortet bei Einspruch der britischen Sozialisten den Vorschlag von Winston Churchill zur Bildung eines europäischen Verteidigungsministeriums und fordert die Abhaltung freier Wahlen in Spanien sowie die spätere Aufnahme Spaniens in den Europarat.

29. August: Der am Vortage neu gewählte Ständige Ausschuß der Beratenden Versammlung ernennt seine Vertreter für den am 18. Mai 1950 gebildeten Gemeinsamen Ausschuß, der sich aus Vertretern der Beratenden Versammlung und des Ministerrates zusammensetzt: Paul Henri Spaak (Belgien), Vorsitzender; Heinrich von Brentano (Bundesrepublik Deutschland); Georges Bidault (Frankreich); Sir David Maxwell-Fyfe (Großbritannien); Stefano Jacini (Italien); Finn Moe (Norwegen); Stamatis Mercouris (Griechenland).

Griechenland

18. August: König Paul I. nimmt den Rücktritt des Ministerpräsidenten Nikolaus Plastiras und seines Kabinetts entgegen und beauftragt den Führer der Liberalen Partei, Sophokles Venizelos, mit der Neubildung der Regierung. Am 21. August wird die neugebildete liberale Interimsregierung vereidigt, die sich folgendermaßen zusammensetzt: Ministerpräsident, zugleich Außen-, Innen- und Verteidigungsminister: Sophokles Venizelos; Post-, Erziehungs- und Transportminister: Nicolas Bakopulos; Minister für wirtschaftliche Koordinierung und Wiederaufbau, Versorgungs- und Gesundheitsminister: Phokion Zaimes; Wirtschafts-, Ernährungs- und Landwirtschaftsminister: Evangelos Averoff; Minister für öffentliche Arbeiten und öffentliche Ordnung, Arbeitsminister: Gregoire Cassinatis; Unterstaatssekretär beim Ratspräsidium, für Presse und Information: Stravos Costopulos; Gouver-

neur für Nordgriechenland: Jasson Sassonides. Am 28. August wird die Regierung durch die Vereidigung von sechs sozialdemokratischen Ministern verbreitert. Stellvertretender Ministerpräsident: George Papandreou; Innenminister: Nicholas Modis; Landwirtschaftsminister: Andrew Lambropoulos; Minister für öffentliche Sicherheit: A. Theologitis; Transportminister: Nicholas Exarchos; Gesundheitsminister: Alexander Costopoulus.

Großbritannien

16. August: Premierminister Clement R. Attlee führt zusammen mit Außenminister Ernest Bevin eine Unterredung mit Winston Churchill, Clement Davies und Anthony Eden, in deren Verlauf er es ablehnt, das Unterhaus vor dem 12. September zur Erörterung von Verteidigungsfragen einzuberufen.

Die Studiengruppe zur Ausarbeitung von Empfehlungen für eine Revision des westdeutschen Besatzungsstatuts setzt nach zweiwöchiger Unterbrechung in London ihre Beratungen fort.

20. August: Die Labour Party veröffentlicht in einer Erklärung über die Politik der Partei einen „Weltplan für gegenseitige Unterstützung“, der dem im Jahre 1952 auslaufenden Marshall-Plan nachfolgen soll. Danach sollen unter Teilnahme aller freien Nationen folgende Projekte koordiniert werden: 1. Amerikanische Wirtschaftshilfe; 2. Entwicklung des britischen Kolonialreichs; 3. Unterstützung der Commonwealth-Staaten für Südostasien; 4. ein Punkt-Vier-Programm zur Unterstützung rückständiger Gebiete.

21. August: Der britische Hohe Kommissar in Deutschland, Sir Ivone Kirkpatrick, trifft zu Beratungen mit Außenminister Ernest Bevin und dem Leiter der Deutschlandabteilung im Außenministerium, Sir Donald Gainer, in London ein. Am 22. August erklärt ein Sprecher des Außenministeriums, daß der Vorschlag von Bundeskanzler Dr. Adenauer auf Verstärkung der Polizei besprochen worden sei. Dieser Vorschlag habe sich jedoch nicht mit der Frage einer Einbeziehung der Bundesrepublik in die westdeutsche Verteidigung befaßt.

22. August: Der Rat der Außenminister-Stellvertreter der zwölf Atlantikpaktstaaten tritt unter dem Vorsitz des amerikanischen Delegierten Charles M. Spofford zu seiner zweiten Sitzungsperiode zusammen, um Schritte zur Beschleunigung der westlichen Verteidigungsmaßnahmen zu besprechen. Am 24. August erklärt Spofford, die vorgeschlagenen finanziellen Beiträge für das verstärkte Verteidigungsprogramm würden nicht ausreichen.

26. August: Winston Churchill erklärt in einer Rundfunkansprache, mit dem kommunistischen Rußland könne man nur fertig werden, wenn man stärker sei und dann mit Vernunft handle. Er begrüße die Bereitschaft der Bundesrepublik, an der europäischen Verteidigung mitzuwirken. Mit der Volkspolizei in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands wende die Sowjetunion die gleiche Taktik wie in Korea an.

30. August: Premierminister Clement R. Attlee gibt den Beschluß der Regierung bekannt, die allgemeine Dienstzeit der Streitkräfte von 18 auf 24 Monate zu erhöhen. In einem gleichzeitig veröffentlichten Weißbuch wird festgestellt, daß rund 55 000 Soldaten des Heeres, 18 000 Soldaten der Luftwaffe und 4000 Angehörige der Marine von dieser Maßnahme betroffen würden.

Schweden

20. August: Außenminister Oesten *Undén* erklärt in einer Rede in Linköping, die Unterstützung der Vereinten Nationen in Korea bedeute kein Abweichen von der traditionellen Neutralitätspolitik. Sollte sich der Koreakrieg zu einem Krieg zwischen den großen Mächten entwickeln, so wäre die schwedische Politik die einer bewaffneten Neutralität.

24. August: Ministerpräsident Tage *Erlander* spricht sich gegen den Beitritt Schwedens zum Atlantikpakt aus.

Schweiz

23. August: Die Vollversammlung der Weltkonferenz für moralische Aufrüstung wird in Caux eröffnet.

Ungarn

30. August: Zwischen dem Staat und der Katholischen Kirche wird ein Abkommen geschlossen, nach dem die ungarischen Bischöfe in Uebereinstimmung mit ihren Pflichten als ungarische Staatsbürger die Verfassung und die Staatsform der ungarischen Volksrepublik anerkennen.

Wichtige Ereignisse in der übrigen Welt

Afrika

Ägypten

16. August: Der politische Ausschuß der Arabischen Liga tritt in Alexandria zu seiner ersten Tagung zusammen. Durch die Teilnahme des jordanischen Verteidigungsministers, *Fauzi el Mulki* Pascha, wird der jordanische Boykott beendet. Am 17. August wird beschlossen, die Vereinten Nationen um Behandlung des palästinensischen Flüchtlingsproblems auf der nächsten Vollversammlung zu ersuchen. Am 20. August erklärt der Generalsekretär *Abdul Rahman Azzam* Pascha vor der Presse, der Ausschuß habe das Festhalten an der Politik unbedingter Neutralität in der Auseinandersetzung zwischen Ost und West sowie die Errichtung eines Generalstabskomitees der arabischen Armeen beschlossen; es seien Fragen der arabischen Politik auf der nächsten Vollversammlung der Vereinten Nationen besprochen worden.

Amerika

Argentinien

21. August: Als 17. Republik Lateinamerikas hinterlegt die Regierung die Ratifizierungsurkunde über ihren Beitritt zum Verteidigungspakt von Rio de Janeiro vom 2. September 1947.

Paraguay

16. August: Nachdem Präsident Dr. *Federicio Chavez* am 15. August formell die Regierungsgewalt übernommen hat, ernennt er folgendes Kabinett: Innenminister: *Rigoberto Caballero*; Außenminister: *Bernardo Ocampos*; Finanzminister: *Mendez Paiva*; Landesverteidigungsminister: Dr. *José Zacarías Arze*.

Vereinigte Staaten

17. August: Nach Abschluß der zweitägigen dritten Konferenz des Stabsausschusses der Atlantikpakt-Planungsgruppe für den Nordatlantik gibt der amerikanische Vorsitzende, Admiral *William M. Fechteler*, bekannt, daß völlige Einigung über Pläne zur Sicherung der Nachschubwege auf See erzielt worden sei.

19. August: Präsident *Harry S. Truman* ernennt den ehemaligen Botschafter in Moskau, General *Walter Beddel-Smith*, zum Direktor des amerikanischen Nachrichtenendienstes als Nachfolger des Konteradmirals *R. H. Hillenkötter*.

21. August: Die ECA-Verwaltung gibt bekannt, daß sich die Gesamtzuweisungen an ERP- und GARIOA-

Hilfe an alle europäischen Marshall-Plan-Länder bis zum 16. August auf 9 593 455 000 Dollar belaufen.

22. August: Der Leiter der Deutschlandabteilung im Außenministerium, *Henry A. Byroade*, erklärt einem Vertreter der *United Press*, die Vereinigten Staaten würden die Sowjetunion für jeden Angriff der kommunistisch beherrschten Ostzone Deutschlands auf die Bundesrepublik direkt zur Verantwortung ziehen.

24. August: Präsident *Truman* ernennt den Diplomaten *Walter J. Donnelly* zum amerikanischen Hohen Kommissar in Oesterreich.

25. August: Der Staatssekretär für die Marine, *Francis P. Matthews*, erklärt in einer Rede in Boston, die Vereinigten Staaten sollten zum Ausdruck bringen, daß sie notfalls einen Krieg beginnen würden, um die friedliche Zusammenarbeit der Völker zu erzwingen. Am 26. August stellt das Außenministerium hierzu fest, daß die Vereinigten Staaten keinen Krieg beginnen würden. Die Ansichten *Matthews* stellten nicht die Politik der Vereinigten Staaten dar. Am 27. August erklärt Sonderbotschafter *Philip C. Jessup*, das Abwerfen von Atombomben auf die Sowjetunion sei nicht der Weg, den Amerika einzuschlagen gedenke. Eine solche Aktion würde viele neue und schwierige Probleme schaffen.

26. August: Das Repräsentantenhaus billigt zusätzlich zum Gesamtbudget die Sonderrüstungsvorlage in Höhe von 16 771 344 779 Dollar. Am 28. August billigt der Kongreß das Budget für das Finanzjahr 1950/51, das Gesamtausgaben in Höhe von 36 153 490 425 Dollar vorsieht und übersendet die Gesetzesvorlage an Präsident *Truman*.

27. August: Der Außenminister der Chinesischen Volksrepublik, *Tschu En-lai*, richtet an Außenminister *Dean Acheson* eine Note, in welcher er gegen fünf Grenzverletzungen der mandschurisch-koreanischen Grenze durch amerikanische Luftstreitkräfte protestiert.

29. August: Präsident *Truman* spricht in einem an General *Douglas MacArthur* gerichteten Schreiben seine Anerkennung für dessen Tätigkeit als Oberbefehlshaber der Streitkräfte der Vereinten Nationen in Korea aus. Ferner legt der Präsident die Gründe dar, die ihn zur Zurückziehung der Formosa-Botschaft General *MacArthurs* veranlaßt haben und teilt General *MacArthur* den Wortlaut eines Briefes an den amerikanischen Delegierten bei den Vereinten Nationen, *Warren R. Austin*, mit, in welchem die Formosa-Politik umrissen wird.

31. August: Präsident *Truman* erklärt auf einer Pressekonferenz in Washington, die Formosa-Frage müsse in einem Friedensvertrag mit Japan geregelt werden, der von den Alliierten, die gegen Japan gekämpft hätten, auszuarbeiten sei.

Asien

Indien

17. August: Das Außenministerium gibt bekannt, daß Indien mit dem kommunistischen China über die Festsetzung des Status von Tibet zu verhandeln wünsche.

Indochina

23. August: Die französische Hochkommission veröffentlicht den Wortlaut eines militärischen Beistandspaktes zwischen der Chinesischen Volksrepublik und dem Vietnam-Regime *Ho Chi Minhs*, der am 5. Juni in Mengtse in der Provinz Yünnan unterzeichnet worden und am 1. Juli in Kraft getreten ist. Darin ist die Entsendung von fünf chinesischen Divisionen nach Indochina vorgesehen.

Indonesien

17. August: Staatspräsident Dr. Achmet *Soekarno* erklärt in Jakarta zur Proklamation des neugeschaffenen Einheitsstaates, auch Holländisch-Neu-Guinea müsse den Indonesiern zurückgegeben werden.

Korea

16. August: Nordkoreanische Truppen errichten in Pyongpung einen Brückenkopf am Naktang. Am 17. August werden zwischen Pohang und Yongdok eingeschlossene südkoreanische Verbände über See evakuiert. Vier nordkoreanische Divisionen durchbrechen im Mittelabschnitt die Stellungen der ersten und sechsten südkoreanischen Armee und nähern sich Taegu. Am 18. August kommt der Angriff nördlich und nordwestlich Taegu zum Stehen. Die südkoreanische Regierung verlegt ihren Sitz von Taegu nach Pusan. Der Hafen Pohang wird von südkoreanischen Truppen zurückerobert.

16. August: Radio Pyongyang verbreitet ein Telegramm des nordkoreanischen Außenministeriums an den sowjetischen Außenminister, Andrej *Wyschinski*, in welchem von einer freundschaftlichen Unterstützung der sowjetischen Armee im Kampf um ein einheitliches Korea gesprochen wird.

25. August: Nordkoreanische Streitkräfte unternehmen nördlich Taegu, bei Yongchon und zwischen Masan und Haman im Süden erfolglose Angriffe und beginnen am 27. August mit einem Angriff auf Pohang. Kigye wird erobert. An der Nordfront beginnen die Nordkoreaner mit einer Offensive und erreichen die Stadt Uihong. Am 30. August versuchen nordkoreanische Streitkräfte im Gebiet von Pohang einen Durchbruch nach Süden zu erzwingen.

Persien

26. August: Ministerpräsident Ali *Razmara* nimmt eine Umbildung der Regierung vor. An Stelle des bisherigen Verwalters der Wirtschaftsplanung übernimmt Arbeitsminister Mohammed *Nakhei* die Leitung der Planungskommission und der bisherige Industrieminister *Forouhar* die Leitung des Arbeitsministeriums.

Australien

Neuseeland

18. August: Das Oberhaus beschließt seine eigene Aufhebung für den 1. Januar 1951.

Organisation der Vereinten Nationen

16. August: Der Wirtschafts- und Sozialrat beendet in Genf seine 11. Tagung.

17. August: In der Sitzung des Sicherheitsrates richtet der amerikanische Vertreter, Warren R. *Austin*, an den Präsidenten, den sowjetischen Vertreter Jakob A. *Malik*, die Frage, ob die Sowjetunion den Frieden und die Beendigung der Kämpfe in Korea wünsche. Er fordert die Sowjetunion auf, die koreanischen Kommunisten zur Einstellung ihres Angriffes zu veranlassen.

21. August: Der Außenminister der Chinesischen Volksrepublik, *Tschu En-lai*, fordert in einem Telegramm an Generalsekretär Trygve *Lie* die Zulassung eines Vertreters Chinas zu den Sitzungen des Sicherheitsrates, um im Namen eines 450-Millionen-Volkes sprechen zu können.

Der türkische Vertreter bei den Vereinten Nationen, Selem *Caroer*, erklärt auf einer Pressekonferenz in Lake Success, die Türkei sei in der Lage, die Streitkräfte der Atlantikpakt-Staaten um 2 Millionen Mann zu verstärken.

Der amerikanische Delegierte, Warren R. *Austin*, erklärt in Lake Success zum Kampf der Streitkräfte der Vereinten Nationen in Korea, bisher hätten außer den Vereinigten Staaten sieben Länder (Großbritannien, Australien, Kanada, Philippinen, Siam, die Türkei und Frankreich) Bodentruppen in Stärke von 30 000 Mann angeboten.

22. August: Der Vermittler der Vereinten Nationen für den Kaschmir-Konflikt, Sir Owen *Dixon*, gibt in Karatschi bekannt, daß nach seiner Ansicht keine Aussicht auf eine baldige Beilegung der Meinungsverschiedenheiten zwischen Indien und Pakistan über den Kaschmirstaat bestehe.

24. August: Der Außenminister der Chinesischen Volksrepublik, *Tschu En-lai*, fordert in einem Telegramm an den Sicherheitsrat die Zurücknahme der amerikanischen Streitkräfte von Formosa. Die Anwesenheit der 7. amerikanischen Flotte und die Ankunft amerikanischer Luftstreitkräfte auf Formosa bedrohe chinesisches Gebiet. Das chinesische Volk sei entschlossen, Formosa den Aggressoren zu entreißen. Am 25. August veröffentlicht der amerikanische Delegierte, Warren R. *Austin*, den Inhalt eines Schreibens an den Generalsekretär Trygve *Lie*, in welchem die erhobenen Vorwürfe zurückgewiesen werden und eine eingehende Untersuchung des Falles Formosa durch die Vereinten Nationen begrüßt wird. Die amerikanische Aktion sei unparteiisch und richte sich sowohl gegen die Streitkräfte auf Formosa als auch gegen diejenigen auf dem Festland.

27. August: Der Außenminister der Chinesischen Volksrepublik, *Tschu En-lai*, richtet an den Generalsekretär Trygve *Lie* und an den Vorsitzenden des Sicherheitsrates, Jakob A. *Malik*, eine Note, in welcher gegen die Verletzung des Luftraumes über chinesischem Hoheitsgebiet durch amerikanische Flugzeuge protestiert und der Rückzug amerikanischer Streitkräfte aus Korea gefordert wird.

29. August: Der Sicherheitsrat beschließt mit 8 gegen 2 Stimmen, die Formosa-Frage in seine Tagesordnung aufzunehmen.

Grundlinien der sowjetischen Geschichtsforschung im Zeichen des Stalinismus

Von Dr. Georg von Rauch

In einer Reihe vorzüglicher Zusammenstellungen sind Tendenzen und Ergebnisse der russischen Geschichtsforschung seit dem säkularen Umbruch der Oktoberrevolution bereits in den 1930er Jahren dargelegt worden. Es sei vor allem an die Berichte von F. Epstein in den *Jahrbüchern für Kultur und Geschichte der Slawen* und von R. Salomon in der *Zeitschrift für osteuropäische Geschichte*¹ erinnert, die eine eingehende Orientierung über Wesen und Ziele der marxistischen Geschichtsforschung in Sowjetrußland ermöglichen.

Sie stehen vollständig im Banne der überragenden Persönlichkeit von M. N. Pokrowskij (1868 bis 1932), dem repräsentativen bolschewistischen Historiker jener Jahre, der als Verfasser der „Russischen Geschichte von den ältesten Zeiten bis zum Jahre 1917“ und der „Russischen Geschichte in kürzester Fassung“² die konsequente Umstellung der russischen Geschichtsforschung auf marxistische Grundlagen durchführte und zum Haupt der neuen historischen Schule der Sowjetunion wurde. Als stellvertretender Volksbildungskommissar und Vorsitzender des Staatlichen Gelehrtenrates griff er aber außerdem maßgeblich in die Umgestaltung des gesamten Lehrbetriebes und der wissenschaftlichen Arbeit ein. Die Begründung der sogenannten Arbeiterfakultäten, des Instituts der „roten Professur“, die Umwandlung der Akademie der Wissenschaften in Leningrad und die Durchführung der Hochschulreform war sein ur-eigenstes Werk³.

Und so kann denn auch Salomon in seinem Ueberblick, der im Todesjahre Pokrowskijs erschien, das Fazit dieses erfolgreichen Kampfes gegen die bürgerliche Geschichtswissenschaft in Rußland ziehen, der zugleich das Lebenswerk von Pokrowskij bedeutet. Es war damals noch nicht so offensichtlich, daß Pokrowskij bei seinem Tode bereits den Kulminationspunkt seines wissenschaftlichen und politischen Ruhmes überschritten hatte. Die Angriffe gegen ihn hatten schon einige Jahre

vor 1932 begonnen. Nun begann die Generalkampagne, die in den Jahren 1934 bis 1937 ihren Höhepunkt erreichte und mit der vollständigen Verdammung Pokrowskijs und seiner Schule endete.

Es ist dem allgemeinen politischen Bewußtsein der westlichen Welt erst sehr spät klar geworden, daß die sowjetische Geschichtsauffassung sich von da ab in einen scharfen Gegensatz zu den in den ersten rund sieben Jahren seit der Oktoberrevolution vertretenen Ansichten gesetzt hat. Was damals dogmatische Geltung hatte, wird seitdem als pseudomarxistische Verirrung erbittert bekämpft. Was damals als bürgerliches Relikt verächtlich gemacht wurde, etwa das patriotische Moment, wurde anschließend zur *conditio sine qua non* einer Geschichtsbetrachtung, die sich um Einhaltung der Generallinie und damit um ihre Existenzberechtigung bemühen will. In einem eigenartigen dialektischen Prozeß ist es zu einer Art Synthese von materialistischer und nationalistischer Geschichtsbetrachtung gekommen, durch die sowohl die Untertanen der Sowjetunion als auch die Außenwelt vor ganz neue Perspektiven gestellt werden.

Dieser zweite und nicht minder bedeutungsvolle Umbruch hat bisher in der deutschen wissenschaftlichen Welt nur wenig Beachtung gefunden. Auch der Artikel von H. Halm über Geschichtsschreibung im neuen Rußland⁴ hat seinen Schwerpunkt auf der älteren Pokrowskij-Periode und schildert nur kurz den Durchbruch der neuen Geschichtsauffassung, die man in Parallele zur neuen Verfassung von 1936 die Stalinsche nennen könnte. Im Ausland hat schon 1937 der englische Historiker B. H. Sumner mit gutem Spürsinn für die neuen Tendenzen in einem Artikel über die marxistische Geschichtswissenschaft in der Sowjetunion seit 1927⁵ die noch im Gange befindliche Auseinandersetzung zu charakterisieren gewußt. Nach dem Zweiten Weltkrieg hat der Schweizer Theologe F. Lieb in seinem Buche „Rußland unterwegs. Der russische

Mensch zwischen Christentum und Kommunismus“ (Bern 1945) den Versuch gemacht, dem Kampf gegen die Schule Pokrowskijs im Rahmen einer Schilderung des neuen sowjetischen Nationalismus einen Platz anzuweisen⁶. Im Mai 1949 gibt S. Jakobson in den *Annalen der Amerikanischen Akademie für politische und soziale Wissenschaften*⁷ einen sehr instruktiven Ueberblick über die letzte Phase der Entwicklung der russischen Geschichtsforschung nach dem Zweiten Weltkriege, in dem auch schon einiges Licht auf die neueste Wendung der sowjetischen Historiographie in den Jahren 1945 bis 1949 fällt, das durch einen Artikel über die Aufgaben der sowjetischen Historiker in der zur Zeit führenden sowjetischen Fachzeitschrift *Woprosy istorii* (W. I. = Probleme der Geschichte)⁸ vollends erhellt wird.

Der Kampf gegen Pokrowskij

Bereits in einem 1931 in der Zeitschrift *Proletarskaja Rewoluzija* (Proletarische Revolution) veröffentlichten Artikel von J. Stalin über „Einige Fragen zur Geschichte des Bolschewismus“ glaubt die heutige sowjetische Historiographie den Beginn des Kampfes gegen die Schule Pokrowskijs zu sehen.

In den Jahren 1932 und 1933 ist die Reform des Geschichtsunterrichts bereits Gegenstand von Beratungen des Zentralexekutivkomitees der Partei (ZIK). Anschließend kam sie auf dem VII. Parteikongreß in Moskau im Jahre 1934 zur Sprache. In einer Resolution des Rates der Volkskommissare und des ZIK vom 16. Mai 1934 wurde eine neue Fassung der Geschichtslehrbücher für höhere Schulen gefordert.

„Statt eines lebendigen und fesselnden Geschichtsunterrichts, der vor allem in einer Erklärung der wichtigsten Ereignisse und Tatsachen in ihrem chronologischen Ablauf und in einer Charakterisierung der führenden Persönlichkeiten bestehen müsse, biete der Lehrer — hieß es hier — den Schülern bloß abstrakte Begriffsbestimmungen der gesellschaftlich-wirtschaftlichen Formen. Eine zusammenhängende Darlegung der Geschichte wird durch ein abstraktes soziologisches Schema ersetzt.“

Schon im April 1934 war der Unterricht in marxistischer Gesellschaftskunde an höheren Schulen abgeschafft worden; im Mai wird der in der Aera Pokrowskij (1923) liquidierte Geschichtsunterricht wieder eingeführt⁹. Auch an den Universitäten hatte seinerzeit die Geschichte vor der Soziologie weichen müssen. Nun werden vorerst in Leningrad und Moskau historische Fakultäten neu errichtet. Viele wegen angeblich „kleinbürgerlicher“ Einstellung entlassene und verschickte Historiker werden amnestiert und wieder eingestellt.

Im August 1934 erfolgte die entscheidende Stellungnahme von Stalin, S. Kirow¹⁰ und A. Sdanow¹¹ zur Frage der Geschichtslehrbücher in Gestalt einer

scharfen Kritik an den eingereichten Entwürfen, die zugleich auch methodische Hinweise zu allen Kernfragen des Geschichtsunterrichts und der Geschichtsauffassung in der Sowjetunion enthielt¹².

Trotz dieser Warnungen waren die schließlich fertiggestellten Lehrbücher doch noch so vom Geiste Pokrowskijs erfüllt, daß sie vom Rat der Volkskommissare 1935 abgelehnt wurden. In einer Verfügung des ZIK und des Rates der Volkskommissare vom 26. Januar 1936 wurde dazu Stellung genommen. Die Lehrbücher trügen, hieß es hier, „der Größe und Würde der nationalen Vergangenheit der Völker der Sowjetunion zu wenig Rechnung“. Die Einführung des Christentums beispielsweise sei nicht als Fortschritt in der Entwicklung, die Bedeutung der Klöster für die Kolonisation nicht erkannt worden. Die entscheidende nationale Bedeutung des Sieges Alexander Newskijs über den Deutschen Orden im Jahre 1242 käme nicht zu ihrem Recht. Der Anschluß der Ukraine und Georgiens an Rußland werde nur negativ bewertet, der Bürgerkrieg nur als Klassenkampf, nicht aber als ein Verteidigungskrieg gegen die ausländische Intervention gesehen. Die Partei dürfe keinesfalls über das Volk und seine politischen Organe, die Sowjets, gestellt werden.

Nun wurde ein Preisausschreiben für ein Lehrbuch für die III. und IV. Klasse der Höheren Schule angesetzt, im März 1936 das Preisrichterkollegium bestimmt. Stalin persönlich nahm stärksten Anteil an dem Erscheinen der neuen Lehrbücher. Im April 1936 nimmt er gemeinsam mit Molotow Stellung zur Frage des Geschichtsunterrichts; es wird hier vom Versuch der Schule Pokrowskijs, „die Geschichte als Wissenschaft zu liquidieren“, gesprochen; diesem Versuch müsse energisch entgegengetreten werden¹³. Das Manuskript des ersten Bandes der Geschichte des Bürgerkrieges lag Stalin vor der Drucklegung persönlich vor und ist von ihm mit unzähligen Korrekturen versehen worden. 1937 wurden die endgültigen Ergebnisse des Preisausschreibens bekanntgegeben¹⁴. Der erste Preis kam nicht zur Verteilung, den zweiten erhielt Professor A. W. Schestakow¹⁵.

In den Debatten um die neuen Lehrbücher in der Tages- und Fachpresse spiegelten sich die einzelnen Argumente des Kampfes gegen die Schule Pokrowskijs wider. Im Laufe weniger Jahre ist das Verdammungsurteil über den einstigen Altmeister der marxistischen Geschichtsforschung gesprochen. Zugleich zeichnen sich in den Debatten deutlich die Grundlinien der neuen, stalinistischen Geschichtsbetrachtung ab, auf denen die sowjetische Geschichtsforschung von 1937 an ruht.

Die wichtigsten Vorwürfe gegen die Schule Pokrowskijs lassen sich wie folgt zusammenfassen:

Unter Pokrowskij wäre der Geschichtsunterricht vollkommen von der sogenannten Sozialwissenschaft an die Wand gedrückt worden. Im Rahmen dieser

befafte man sich allenfalls noch mit den Epochen des Urkommunismus und der unmittelbaren Gegenwart. Alles andere trat demgegenüber zurück. Die „Gesellschaftskunde“, hieß es jetzt in der Zeitschrift *Istoričeskij Marxist* (I. M. = Der marxistische Historiker)¹⁶, sei aber die allerschlechteste Form der Verallgemeinerung; schon *Lenin* hätte gegen ihre einseitige Bevorzugung bei Pokrowskij protestiert. Daher müsse jetzt diesem „leeren, soziologischen Schematismus“ der Kampf angesagt werden. Auch wenn das Zeitalter des Imperialismus und der proletarischen Revolution die größte Wichtigkeit für den modernen Geschichtsforscher besitzt: nebenher müsse auch das Altertum, Mittelalter und die Entwicklung des Bürgertums berücksichtigt werden¹⁷. Man könne sich nicht mit ein paar „illustrativen Episoden in einem Meer von Abstraktionen“ begnügen, sondern müsse Tatsachen, Daten und Personen verlangen¹⁸. Pokrowskij habe in einseitiger Anwendung der ökonomisch-materialistischen Betrachtungsweise die Bedeutung der geistigen Faktoren in der geschichtlichen Entwicklung Rußlands schwer unterschätzt¹⁹. Pokrowskij und seine Schule, rief *Bubnow* auf dem X. Kongreß des Komsomol am 28. April 1936 aus, tragen die Schuld am Tiefstand des allgemeinen Kulturniveaus in der Schule, zumal sie den gesamten Unterricht auf die politischen Tagesparolen abgestimmt hätten. Für Pokrowskij sei Geschichte überhaupt nur „in die Vergangenheit projizierte Politik“ gewesen. Die politischen Interessen des Proletariats im 20. Jahrhundert wären für ihn maßgebend gewesen für die Beurteilung aller vergangenen Epochen. Auf diese Weise sei die Geschichte zu einer bloßen Reihe für die heutige Entwicklung positiver oder negativer Faktoren geworden²⁰. Wenn die Geschichtswissenschaft nach dem Grundsatz der Einheit von Idee und Praxis nur den Forderungen des Tages zu gehorchen hätte, so ergebe sich daraus eine Brandmarkung jeden Studiums vergangener Epochen als einer rein „akademischen“ Beschäftigung²¹. Aber auch Mathematik und russische Sprache und Literatur seien wegen konsequenter Befolgung dieses Standpunkts in der Ära Pokrowskij in sämtlichen Schulen vernachlässigt worden. Pokrowskij wäre zur Feststellung gelangt, daß es keine ewigen Gesetze in der Geschichte gebe. Damit hätte er der Geschichte den Charakter einer Wissenschaft, die der objektiven Wahrheit diene, abgesprochen.

Dieser Geschichtsnihilismus von Pokrowskij beruhe letzten Endes auf einem totalen Mißverstehen der Ansichten von *Marx*. Pokrowskij hätte, sagte *Bucharin*, der später von Stalin gemaßregelte Dogmatiker der Partei²², die marxistische Theorie im Grunde genommen in einem Zerrspiegel gesehen²³. Es hätte sich bei ihm nicht mehr um eine marxistische, sondern nur noch um eine anarchistische Geschichtsbetrachtung gehandelt. Nun müsse dieser mechanistische

Materialismus Pokrowskij durch den wahren dialektischen Materialismus überwunden werden!

Die einseitige Anwendung von ökonomischen Gesichtspunkten hätte, sagte man jetzt, zu einer absoluten Verkennerung der Bedeutung der Persönlichkeit in der Geschichte geführt. Ohne eine Charakteristik der wichtigsten handelnden Persönlichkeiten in der Geschichte könne man den chronologischen Ablauf der Entwicklung nicht begreifen. Man könne dabei auch nicht umhin, sich mit der Person der Zaren zu beschäftigen²⁴. Es wäre irrsinnig, die zaristische Außenpolitik und das sozialpolitische Leben Rußlands im 19. Jahrhundert nur durch den russischen Getreideexport und die Getreidepreise auf dem Londoner Markt erklären zu wollen. Alle äußeren und inneren Auseinandersetzungen der russischen Geschichte nur als „Kämpfe des Handelskapitals“ zu sehen, sei nichts anderes als „eine antileninsche Verdrehung der Geschichte zugunsten eines künstlich konstruierten soziologischen Schemas“. Die Pokrowskij-Schule hätte lebende Menschen zu bloßen Mannequins der Wirtschaft degradiert. Ihr ökonomischer Materialismus unterschätze die Bedeutung von politischen Kämpfen, von organisatorischen Vorgängen und Führungsproblemen innerhalb der Partei. Viel zu viel spreche sie von der „elementaren, automatischen Natur der historischen Geschehnisse“. Demgegenüber sei gerade die geschichtliche Initiative sowohl der Massen als auch der Einzelpersonlichkeit wichtig.

In einem Artikel von M. Kammari über die Bedeutung der Persönlichkeit in der Geschichte²⁵ wird unter Bezugnahme auf Erklärungen von Stalin festgestellt, daß der Marxismus keineswegs die Bedeutung von begabten Persönlichkeiten in der Geschichte leugne. Allerdings erreichen große Männer nur dann das Erstrebte, wenn sie genau die Bedingungen, unter denen sie arbeiten, erkennen und engen Kontakt mit den Massen aufrechterhalten. Der historische Materialismus hätte die Pflicht, die Leistungen sowohl von Persönlichkeiten als auch von Klassen richtig zu deuten. Die führenden Persönlichkeiten wären nicht, wie *Plechanow* das wollte, bloß bewußte Interpreten des unbewußten, elementaren Laufs der geschichtlichen Entwicklung. Ohne eine fähige Führung sei auch der größte Heroismus der Massen vergeblich. Darum sei der „subjektive Faktor“ in neuester Zeit von entscheidender Bedeutung, aber auch für die Vergangenheit nicht zu unterschätzen. Gerade in bezug auf die Würdigung der historischen Persönlichkeit hätte Pokrowskij in seinem blinden Eifer nie begriffen, was *Lenin* schon längst erkannt hatte: daß die bürgerliche Geschichtsschreibung in einer fortschrittlichen Zeit etwas anderes sei als in einer reaktionären und man daher die Ergebnisse der früheren Geschichtsschreibung nicht samt und sonders unverwertet lassen dürfe²⁶.

Der Kampf gegen Pokrowskij's Geschichtsauffassung erreichte seinen Höhepunkt mit den Angriffen der *Prawda* im März 1937, die vom I. M. (Heft 60) aufgegriffen wurden. Die Angriffe konzentrierten sich jetzt auf die bedeutendsten Schüler Pokrowskij's, *Wanag* und *Friedland*. N. Wanag war schon 1933 „abstrakter Schematismus“ bei der Beurteilung der Bauernkriege im Zeitalter des Feudalismus vorgeworfen worden, weil er Teilerfolge der bäuerlichen Bestrebungen bei der seiner Meinung nach „einförmigen Monotonie der fortschreitenden Verschlimmerung der Agrarverhältnisse“ nicht beachtet hätte²⁷. *Friedland*, der bisher anerkannte Kenner der Französischen Revolution von 1789 und der internationalen Beziehungen ab 1870, wurde wegen seiner Arbeit über *Boulangier* und die russische Diplomatie heftig im I. M. angegriffen²⁸. Er hätte die Beurteilung von *Bismarck's* Einstellung zu den französisch-russischen Beziehungen durch einen Vergleich mit den „Naziangriffen gegen das französisch-russische Bündnis von 1935“ grob verfälscht! Von da ab geriet *Friedland* in Verruf.

Die Schule Pokrowskij's lag am Boden. Den Todesstoß versetzte ihr eine 1939/40 herausgegebene Materialsammlung in zwei Bänden, in der in einer Reihe von Einzelbeiträgen von sowjetischen Historikern der neuen Richtung Pokrowskij's Auffassung bis ins einzelne zerpfückt und damit das Fazit der Abrechnung mit ihm gezogen wird²⁹.

Deutlich tritt uns hierbei die neue (wenn auch noch nicht neueste) Garnitur der sowjetischen Historiographie in ihrer Spezialisierung entgegen. Während *J. Jaroslawskij*, zugleich Leiter der bald darauf aus der Öffentlichkeit in den Hintergrund gedrängten Gottlosenbewegung, einer der führenden Theoretiker der Partei, Pokrowskij's Geschichtsbetrachtung einer allgemeinen Kritik unterzieht, gehen die übrigen jeweils ihren Fachgebieten entsprechend gegen die zu bekämpfenden Irrlehren vor: *S. Juschkow* (Russischer Feudalismus), *A. Nasonow* (Tatarenzeit), *W. Pitscheta* (Zeit der Wirren), *B. Kafengaus* (Peter der Große), *M. Dsherwiz* (Außenpolitik des 18. Jahrhunderts), *S. Buschujew* (Innenpolitik des 19. Jahrhunderts), *A. Popow* (Außenpolitik des 19. Jahrhunderts), *A. Pjaskowskij* (Lenin), *E. Lutzkij* (Bürgerkrieg), *A. Vogt* (Geschichtsunterricht).

Hier wird das allgemeine Sündenregister Pokrowskij's durch die Analyse einzelner Irrlehren zu dem Gesamtablauf der russischen Geschichte ergänzt. Pokrowskij hätte die Existenz eines russischen Staates in der Kiewer Epoche geleugnet; den bäuerlichen Charakter der großen Aufstände des 17. und 18. Jahrhunderts verdunkelt; Napoleons Invasionsabsichten 1812 verkannt und die Schuld am Kriege nur beim russischen Adel gesehen; in den Dekabristen nur beleidigte Edelleute, nicht aber adelige Revolutionäre gesehen und sie daher unterschätzt; die bürger-

lich-demokratische Etappe der russischen Revolution für überflüssig gehalten; den zaristischen Imperialismus als den Hauptschuldigen am Ersten Weltkrieg hingestellt und nicht genügend die Rolle des deutschen und englischen Imperialismus bei der Entstehung des Krieges erkannt und dergleichen mehr.

Als besonders gravierend tritt uns hierbei der Vorwurf entgegen, Pokrowskij hätte seine Geschichte Rußlands im Auslande geschrieben und dabei in erster Linie die bürgerliche ausländische Geschichtsliteratur benutzt. Unzweifelhaft machten sich bei ihm Einflüsse der deutschen idealistischen Philosophie von *E. Mach* bemerkbar. Ungeachtet kritischer Stimmen, unter andern auch von seiten Lenins, hätte Pokrowskij stets neue Auflagen seiner Werke herausgegeben, ohne sich um Verbesserungen zu bemühen. Man müsse ihm auch mangelhafte quellenmäßige Grundlagen vorwerfen. Seine Bücher hätten den Feinden des Bolschewismus Angriffswaffen in die Hand gegeben, mußte doch seine Leugnung einer objektiven Geschichtswissenschaft die sowjetische Geschichtsschreibung als solche diskreditieren.

Bemerkenswert ist schließlich der Vorwurf, der ein bezeichnendes Licht auf seine Ahnungslosigkeit gegenüber dem einschneidenden Kurswechsel seit dem Tode Lenins wirft: Pokrowskij hätte nicht an die Möglichkeit des Sieges einer sozialistischen Revolution in einem Lande geglaubt! Mit dieser Inkriminierung konnte er allerdings ohne weiteres noch posthum zum Trotzisten und unversöhnlichen Feind des Stalinismus gestempelt werden.

Der neue Sowjetpatriotismus

Es ist für die richtige Einordnung und Beurteilung dieses Kampfes gegen den ökonomischen Marxismus im Namen des historischen — oder den mechanistischen Materialismus im Namen des dialektischen — von Bedeutung, daß er parallel läuft zu den großen Erschütterungen der Partei durch die Säuberungsaktionen gegen Trotzisten, linke und rechte Abirrungen von der Generallinie sowie die Spitzen der Roten Armee und der GPU in den Jahren 1935 bis 1938³⁰. Er läuft aber zugleich auch parallel zu der Entstehung eines besonderen „Sowjetpatriotismus“ ab 1934, einer Erscheinung, die teils durch die Weltlage (Verzögerung der Weltrevolution und Entstehung totalitärer Regierungen in mehreren europäischen Staaten), teils durch innerpolitische Erwägungen gegenüber ideologischen und nationalen Widerständen (Ukraine) bedingt war.

Für den Hellhörigen konnte der Tenor, auf den die in den offiziellen Erklärungen des Jahres 1934 geforderten Lehrbücher abgestimmt sein sollten, schon allein aus dem berühmten Telegramm Stalins erkennbar sein, das an die Retter der Polarexpedition *Tscheljuskin* vom selben Jahre gerichtet war: sie wurden hier als „Söhne unseres großen Vaterlandes“

angesprochen. Immer häufiger konnte man von diesem Jahre an in der Tagespresse und in offiziellen Verlautbarungen die Worte *rodina* (Heimat), *otetschestwo* (Vaterland) und das bisher auch verpönte *Rossija* (Rußland) finden. Die neue Stalin-Verfassung des Jahres 1936 ist die wichtigste Markscheide für den sowjetischen Patriotismus. Am 22. Mai stellt die *Iswestija* fest: seine Heimat zu lieben und ihre Geschichte zu kennen, sei Pflicht jedes Sowjetbürgers. Die *Prawda* bricht anlässlich einer Schilderung der Grenzkämpfe im Fernen Osten am 12. Dezember 1936 in den begeisterten Ruf aus: „Sowjeterde, groß und ohne Grenzen ist sie, wohlhabend und mächtig, fröhlich und glücklich. Wir sind Patrioten ... selbst die Luft der Sowjets ist uns heilig ...“.

Film und Theater werden den neuen patriotischen Tendenzen dienstbar. Der bisher gefeierte sowjetische Dichter Demjan *Bednyj*, dessen Persiflage des Evangeliums in Knüttelversen großen Anklang gefunden hatte, wird nun (November 1936) wegen des Textes zu einer komischen Oper „Bogatyri“, in der die alten Recken des russischen Mittelalters lächerlich gemacht wurden, in einer offiziellen Erklärung des Volksbildungsministeriums als „infamer Lästler der patriotischen Gefühle des russischen Volkes“ und als „elender Geschichtsfälscher“ hingestellt. Die „Bogatyri“, heißt es hier, waren in Wirklichkeit Verkörperungen des Edelmuts, Heroismus und der Vaterlandsliebe des russischen Volkes. In zahllosen historischen Filmen werden nun Persönlichkeiten der russischen Vergangenheit, Großfürsten und zaristische Heerführer, von neuem zum Gegenstand der Heldenverehrung gemacht. *Iwan der Schreckliche* (Grosny) wird in einem Film von S. Eisenstein neu gewertet; bezeichnenderweise setzte sich Stalin selbst für eine gerechtere Wertung seiner Persönlichkeit ein. Der Alexander Newskij-Film von 1938³¹ wird zu einer Epopöe von Patriotismus und Deutschenhaß in einer trotz gewisser künstlerischer Schönheiten und der Musik von Prokofjew doch primitiven Schwarzweißmalerei³². Suworow und Kutusow erleben in Film und Theater ihre Auferstehung im Sinne einer Neubelebung der vaterländischen Gefühle.

In der Dichtung errichtet der sowjetische Schriftsteller Alexej Tolstoj Peter dem Großen in seinem farbenprächtigen historischen Roman „Peter I.“ ein grandioses literarisches Denkmal³³. Glinkas Oper „Ein Leben für den Zaren“ erscheint ab 1937 wieder im Spielplan des Großen Theaters in Moskau mit wirklichkeitsgetreuer Wiedergabe kirchlicher und monarchistischer Elemente einschließlich des Absingens der Zarenhymne³⁴. Rimskij-Korsakow und Rjepin, beide bisher als Gegenrevolutionäre verschrien, werden nun wieder gespielt bzw. ausgestellt. In der Literaturgeschichte ist man um Verständnis für Dostojewskij und L. Tolstoj bemüht und begründet schon

1935 ein Festkomitee für die Feier des 100. Todestages von Puschkin unter dem Vorsitz von M. Gorkij, das am 6. Juni 1937 grandiose Festlichkeiten zu gestalten weiß, in denen Puschkin als der große nationale Dichter des russischen Volkes gefeiert wird. Der emigrierte Literaturhistoriker D. Swjatopolk-Mirskij, der sich, zurückgekehrt in die Sowjetunion, sogleich der radikalsten *Pokrowschtschina* verschrieben hatte, erhält in den Fachzeitschriften eine Abfuhr. Auch in der Literaturgeschichte — stellt die *Prawda* am 8. August 1936 in ihrem Leitartikel fest — hätte Pokrowskij's Vulgarsoziologie ihren schädlichen Einfluß ausgeübt und trage die Schuld am Versagen des Literaturunterrichts. Der 125jährigen Wiederkehr der Schlacht von Borodino im September 1937 wird, mochte auch die zu Ehren der Befreiungskriege errichtete Erlöserkirche in Moskau 1930 bis 1932 abgerissen worden sein, nunmehr in allen Ehren gedacht³⁵. Es werden Wallfahrten auf das Schlachtfeld veranstaltet, Kutusow wird in Theaterstücken verherrlicht.

Parallel zu diesem Brückenschlag zur russischen Vergangenheit macht sich auch sonst überall eine Rückkehr zur Tradition bemerkbar. Die *Prawda* vom 23. März 1937 plädiert für eine Wiedereinführung des Lateinunterrichts. Ein neues Schulgesetz stellte schon am 3. September 1935 die Autorität des Lehrers und die Disziplin der Schüler wieder her und kehrte zur Bewertung der Leistungen und zu Zeugnissen zurück. Die bisher als reaktionär verschriene Volkskunst³⁶ wird wieder gepflegt. Im September 1935 findet vor Stalin eine Vorführung von Bauerntänzen und -gesängen statt. Ein Familienschutzgesetz vom 27. Juni 1936 stellt die Abtreibung unter Strafe und verstärkt den Schutz der Frau und des Kindes. In der Kirchenfrage erfolgt eine sensationelle Abkehr von der Gottlosenpropaganda und der Verfolgung der Geistlichkeit. Die *Prawda* vom 3. April 1937 nimmt schroff Stellung gegen die Intoleranz gegenüber dem Christentum und beanstandet die Maßregelung einer Lehrerin, in deren Wohnung man eine Ikone gefunden. Eine Ende 1938 abgehaltene gemeinsame Tagung der russischen Akademie der Wissenschaften und des Gottlosenverbandes kommt im Zuge einer Debatte über das Verhältnis zwischen Christentum und Kommunismus zu der überraschenden Feststellung, daß das Christentum für den allgemeinen Fortschritt der Menschheit eine größere Rolle gespielt hätte als jede andere Religion und durch seine Ideen die Grundlage zu einer neuen Gesellschaftsordnung geschaffen habe³⁷.

Es sind das alles Ansätze, deren konsequente Weiterverfolgung sich nach Ausbruch des Krieges mit Deutschland als außerordentlich zweckmäßig erweisen sollte. Hier genügt es zur Abrundung des Hintergrundes, auf dem sich die neue, stalinistische

Geschichtsbetrachtung abhebt, nur noch auf die Wiederanknüpfung an die militärischen Traditionen der Zarenzeit zu erinnern. Die große Säuberung der Armee von angeblichen Hochverrätern im Jahre 1937 gab die Gelegenheit, das neue Offizierskorps nicht mehr auf dem Boden der bisherigen Klassenkampfideologie auszubilden. Die — zeitweilige — Abschaffung der politischen Kommissare ging Hand in Hand

mit der Wiederherstellung der Dienstgrade und -abzeichen, der Stiftung neuer Auszeichnungen und der Wiedereinführung des militärischen Grußzwanges³⁸. Die im Januar 1939 eingeführte Eidesformel hat eine ganz andere patriotische Klangfarbe als ihre Vorgängerin und wird in feierlichen Formen mit Niederknien und Fahneküssen vollzogen.

(Fortsetzung folgt)

Abkürzungen

A.S.E.R.	= The American Slavic and East Review
E.A.	= Europa-Archiv
J.K.G.S.	= Jahrbücher für Kultur und Geschichte der Slawen
I.M.	= Istorik Marxist (Der marxistische Historiker)
I.S.	= Istoritscheskije sapiski (Historische Notizen)
I.Sh.	= Istoritscheskij Shurnal (Historische Zeitschrift)
K.A.	= Krasnyj archiv (Rotes Archiv)
K.S.	= Katorga i Sylka (Zwangsarbeit und Verschickung)
L.	= Leningrad
M.	= Moskau
M.A.W.	= Mitteilungen der Akademie der Wissenschaften
M.S.	= Le Monde Slave
P.S.M.	= Pod snamenem marxisma (Unterm Banner des Marxismus)
rus.	= in russischer Sprache
W.I.	= Woprosy istorii (Probleme der Geschichte)
ZIK	= Zentralnyj ispolnitelnyj komitet (Zentraler Exekutivausschuß)
Z.O.G.	= Zeitschrift für osteuropäische Geschichte

Anmerkungen

¹ J.K.G.S. 1930, Heft 1 und L.Z.O.G. 1932, Heft 6. Außerdem: „Aus der historischen Wissenschaft der Sowjetunion“. Vorträge ihrer Vertreter während der russischen Historikerwoche in Berlin 1928. *Osteurop. Forschungen*, Heft 6, Berlin 1929; „Die Geschichtswissenschaft in Sowjetrußland 1917 bis 1927“ (Bibliographie), Berlin 1928; vgl. auch: F. Andraee, „Das bolschewistische Rußland und die deutsche publizistische Literatur“. J.K.G.S. 1924, 1 und R. Salomon, „Neuere russische Memoirliteratur seit 1918“ (ibid.); „Histoire et historiens depuis quinze ans (1876—1926)“, Paris 1927 (über die russ. Historiographie berichtet Prof. Karejew-Leningrad); P. Wostokow, „Les sciences historiques en Russie“, M.S. 1930, 9, 1933, 2—4, 1934, 6; K. Mehnert, „Die Sowjetunion 1917 bis 1932“ (Bibliographie), Königsberg-Berlin 1933.

² In deutscher Uebersetzung: Leipzig 1929 und Berlin 1930.

³ Pokrowskij's Werk wird anlässlich seines Todes gewürdigt von O. Höttsch in Z.O.G. 1932, 6, und in seinen „Porträts russischer Historiker“, Europa-Archiv, November 1948.

⁴ *Universitas* 1948, 12. Vgl. Europa-Archiv, November 1948.

⁵ Bd. 16, 1937/38. Die Aufsätze von Sumner („Soviet History“), von S. R. Tompkins („Communist Historical Thought“) und A. Florovsky („Historical Studies in Soviet Russia“) in der Zeitschrift A.S.E.R. 1934/35, Heft 12, 16 u. 17, waren mir leider nicht zugänglich.

⁶ Zu Lieb siehe auch unter Anm. 136. Hierüber auch R. v. Ungern-Sternberg, „Nationalismus und Völkerfriede“, Offenbach o. J. (1948), und H. Kohn, „Der Nationalismus in der Sowjetunion“, Frankfurt 1932.

⁷ *The Annals of The American Academy of Political and Social Science*, Vol. 263, May 1949.

⁸ Nach: *Ostprobleme*, Bad-Nauheim, 19. Oktober 1949, Nr. 6.

⁹ Vgl. K.A. 1936, Heft 2 und I.M. 1934, Heft 36.

¹⁰ Der kurz darauf (Dezember 1934) ermordete Parteisekretär von Leningrad.

¹¹ Kiröws Nachfolger ab 1. Dezember 1934. Gest. 31. August 1948. Die Nachricht der *Neuen Zeitung* vom 2. September 1948, er hätte 1933 ein Buch über die Wiedererweckung der

Geschichte verfaßt, in dem er auf die vaterländische Tradition zurückgriff und Peter den Großen verherrlichte, findet keine Bestätigung.

¹² Abgedruckt in: „Bemerkungen zum Entwurf eines Lehrbuches für neuere Geschichte“. Sammelbd.: „Zum Studium der Geschichte“ (russ.), M. 1938.

¹³ Vgl. I. M. 1936, Nr. 53.

¹⁴ Vgl. *Iswestija*, 22. August 1937. K.A. 1937, Heft 63.

¹⁵ Besprechungen in der *Prawda*, 25. August 1937. Vgl. *Schestakows* Stellungnahme im I.M. 1937, 61. Dazu: P. Wostokow in seinem Art. „L'USSR en 1937“, in: M.S. 1938, Bd. 1.

¹⁶ 1937, Heft 3.

¹⁷ I.M. 1934, Heft 36.

¹⁸ Sumner a. a. O.

¹⁹ *Prawda* vom 19. Oktober 1935.

²⁰ F. Gorochow, „Lenin und der historische Materialismus“ (russ.). M. 1937.

²¹ I.M. 1936, Heft 53.

²² Bucharin wird 1936, damals Chefredakteur der *Iswestija*, des Trotzismus beschuldigt und 1937 zu Zwangsarbeit verurteilt. Vergl. I. E. Davies, „Als USA-Botschafter in Moskau“, Zürich 1943, S. 117 ff.

²³ Lieb a. a. O.

²⁴ Sumner a. a. O. Typisch hierfür ist die Anekdote, die Sumner nach den *Foreign Affairs*, New York 1937, Oktober, zitiert: Ein etwa dreißigjähriger sowjetischer Ingenieur beklagt den Schaden, den die Trotzisten in geistiger Hinsicht dem Volke angetan hätten; die Erlernung der russischen Geschichte wäre unterdrückt worden, ein großer Teil von ihr wäre den Kindern fremd geblieben. Peter der Große wäre nach der bisherigen Geschichtsauffassung nichts als ein Trinker, Katharina d. Große nichts als eine Hure gewesen; Puschkin wurde verschwiegen, alles wahrhaft Russische verdächtigt!

²⁵ P. S. M. 1935, 1, und 1937, 3.

²⁶ Sumner a. a. O.

²⁷ I. M. 1933, Heft 32.

²⁸ 1937, Heft 60.

²⁹ Gegen Pokrowskij's Geschichtsauffassung. Sammlg. von Aufsätzen (russ.) Bd. 1 M. 1939. Bd. 2 unter dem Titel: „Gegen die antimarxistische Konzeption von Pokrowskij“ (russ.) M. L. 1940. Vgl. die ausführliche Besprechung des 2. Bds. von W. Pitscheta in I. Sh. 1941, 6.

³⁰ Vgl. „Geschichte der KPdSU“, Berlin 1947, S. 468 ff. J. E. Davies a. a. O.

³¹ Noch wenige Jahre früher wäre eine Glorifizierung des Großfürsten Alexander Newskij, eines der repräsentativsten Heiligen der russ. Kirche, vollkommen unmöglich gewesen. Vergl. als Beispiel der Neuwertung seiner Persönlichkeit den Artikel von L. Bytschkow über die Schlacht an der Nawa im I.Sh. 1940, 7.

³² Die Aktualisierung des geschichtlichen Stoffes wird durch die Tatsache deutlich, daß der Film bei Abschluß des Nichtangriffspaktes mit Deutschland vom Spielplan abgesetzt wurde, um erst im Juni 1941 neu zugelassen zu werden.

³³ Alexej Tolstoj war zuerst emigriert, kehrte aber bereits 1923 nach Rußland zurück. Peter d. Große erscheint, obwohl nicht schlecht getroffen, im genannten Roman als eine Art früher Vorläufer des Bolschewismus.

³⁴ Vgl. M. S. 1938 Bd. 1.

³⁵ Vgl. N. Basseches, „Die unbekannte Armee“, Zürich 1942.

³⁶ Analog zu der entsprechenden Einstellung während der großen Französischen Revolution. K. Vossler, „Aus der romanischen Welt“, Karlsruhe 1948 S. 129.

³⁷ Lieb, a. a. O.

³⁸ Vgl. G. Gafencu, „Vorspiel zum Krieg im Osten“, Zürich 1944.

Mussolinis Überfall auf Griechenland im Oktober 1940

von Dr. Georg Vogel

„Ob sie mehr die schauerlichen Schurken sind, die sie zweifellos sind, oder mehr die unvorstellbaren, also ewig unsagbaren Dummköpfe, die sie ebenso zweifellos sind — das war und ist das peinigende Dilemma, über das man so schwer ins klare kommt. Nun scheint aber doch die Tatsache, daß sie sich erfahrungsgemäß über die Behauptung, sie seien unvorstellbare, also ewig unsagbare Dummköpfe, die sie zweifellos er- und beweisbar sind, ungleich viel mehr aufregen und ärgern als über den Vorwurf, sie seien schauerliche Schurken, die sie doch zweifellos anschaulich und nachweisbar sind — diese Tatsache scheint zu dem Schluß zu führen, daß sie eben doch noch in höherem oder tieferem Grade die unvorstellbaren und also ewig unsagbaren Dummköpfe sind, die sie sind, als die schauerlichen Schurken, die sie doch auch sind. Entspräche dieser Schluß nicht auch dem letzten Fazit des Erlösers am Kreuz: ‚Vergib ihnen, denn sie wissen nicht, was sie tun‘? Warum sie den am liebsten zerrissen, der sie unaussprechliche Dummköpfe nennt, daran ist nicht etwa die Einsicht schuld, daß sie wirklich Dummköpfe sind, denn wäre das der Grund, dann müßten wir ja im Gegenteil schließen, daß sie doch primär in höherem Grade die schauerlichen Schurken sind. Nein, sie sind deshalb in erster Linie die unsagbaren Dummköpfe, weil sie das nicht einsehen und sich für unheimlich gescheit halten, daß ihnen in jedem Fall eine Schurkerei wertvoller im Sein vorkommt als eine Dummheit. Die allgemeine Sprachregelung, die kaum mehr geheimgehalten wird, ja werden kann, lautet: Klugheit ist, das Böse ungestraft zu tun, und zwar auch metaphysisch, auch vor Gott. Und daß sie das glauben, das ist die Quelle ihrer letzten unsagbaren Dummheit. Sie haben keine Seele, die für sie betet, und wissen nicht, daß ihre Sache damit rettungslos verloren ist. Sie können selber nicht beten, das verstehe ich, und das versteht sich, denn sie wollen vor allem nicht. Aber nun auch nicht eine einzige Seele zu haben, die vor Gott etwas gilt und für sie, ich meine aber: ihre Sache betet, beten kann und beten darf, das ist ihr Todesurteil.“

Theodor Haeker, Tag- und Nachtbücher, Februar 1944

Die griechische Neutralitätspolitik

Italienische Zusicherungen bei der Besetzung Albaniens

Der Ueberfall *Mussolinis* auf Griechenland im Oktober 1940 war nicht der erste Vorstoß, den Italien auf dem Balkan unternahm. Wenige Wochen, nachdem *Hitler* im Frühjahr 1939 das Protektorat über Böhmen und Mähren errichtet hatte, waren italienische Truppen überraschend in Albanien gelandet, um das kleine Land, das schon bis dahin unter beherrschendem italienischem Einfluß gestanden hatte, auch formell mit der italienischen Krone zu verbinden. Für einen Augenblick waren damals auf britischer Seite Befürchtungen laut geworden, daß *Mussolini* seinen Sprung auf die Insel Korfu, die er 1923 auf kurze Zeit besetzt, auf das Eingreifen des Völkerbundes aber alsbald geräumt hatte, wiederholen und sich damit an dem strategisch bedeutsamen Ausgang der Adria in das Ionische Meer festsetzen würde. Die Gefahr eines allgemeinen Konflikts im östlichen Mittelmeer war dann indessen rasch

vorübergegangen. *Mussolini*, der das Beispiel *Hitlers* getreulich kopierte, gab an Griechenland im April 1939 mit der gleichen Weitherzigkeit Zusicherungen, wie dies *Hitler* beim österreichischen Anschluß getan hatte, als er durch *Göring* und *Neurath* sein nächstes Opfer, die Tschechoslowakei, mit wiederholten Versicherungen seiner friedlichen Absichten hatte beruhigen lassen.

Die italienische Landung in Albanien geschah am Karfreitag, dem 7. April 1939. Am Ostersonntag, dem 9. April, gab die italienische Regierung allgemein gehaltene Erklärungen über die freundschaftlichen Gefühle, von denen ihre Beziehungen zu Griechenland bestimmt seien, sowohl in Rom gegenüber dem griechischen Geschäftsträger wie auch unmittelbar in Athen durch ihren eigenen Geschäftsträger ab¹. Auf die Warnung der britischen Regierung, daß sie eine Veränderung des status quo im Mittelmeer nicht zulassen werde — hieraus ging wenige Tage später die ausdrückliche Garantie Großbritanniens an Griechen-

land und zugleich an Rumänien hervor —, entschloß sich *Mussolini* am 10. April zur Abgabe einer weitergehenden Erklärung. In ihr bestätigte Italien seine Absicht, die territoriale Integrität Griechenlands und seiner Inseln unbedingt zu achten und die freundschaftlichen Beziehungen zwischen den beiden Ländern aufrechtzuerhalten und immer weiter zu entwickeln². Trotz dieser Zusicherungen zeigte das italienisch-griechische Verhältnis während der nächsten Monate deutliche Zeichen der Spannung, die sich mit der allgemeinen Verschlechterung der Lage in Europa weiter verschärfte. Bei dem Besuch des jugoslawischen Prinzregenten *Paul* in Rom im Mai 1939 unterließ es *Mussolini* nicht, den griechischen Gesandten auf die Garantieerklärung anzusprechen, die auch Frankreich im April, dem englischen Beispiel folgend, abgegeben hatte. Der griechische Gesandte berichtete dabei über eine abschließende Bemerkung *Mussolinis*, daß die gute Politik eines Landes darin bestünde, seine Freundschaften nach der Nähe der betreffenden Länder abzustufen³. Mit der wachsenden Kriegsgefahr nahmen auch die italienischen Truppenkonzentrationen an der griechisch-albanischen Grenze zu. Da von der Weigerung Italiens, an dem kriegerischen Konflikt um Danzig teilzunehmen, nach außen nichts bekannt wurde, und *Ciano* erst am Abend des 31. August mit einer gewollten Indiskretion gegenüber dem britischen Botschafter die italienische Neutralität im voraus zu erkennen gab⁴, war man bei Kriegsausbruch in Griechenland — übrigens auch in deutschen Kreisen — ganz allgemein auf ein Wettrennen beider Kriegsparteien um Saloniki gefaßt. Den Italienern wurden dabei vor einem Landungsunternehmen der Westmächte, das erst längerer Vorbereitung bedurft hätte, die besseren Erfolgsaussichten gegeben. Für die weitere Kriegsentwicklung ist es von der größten Bedeutung geworden, daß infolge der italienischen Neutralität der Balkan zunächst aus dem Krieg herausgehalten und erst dann in ihn hineingezogen wurde, als die Westmächte nach der Niederlage im Frankreich-Feldzug entscheidend geschwächt und zu einer Balkan-Intervention großen Stils außerstande waren.

Die Politik Metaxas'

Von den kleineren Ländern Europas, die in den Strudel des Krieges hineingerissen wurden, hat Griechenland das hervorragendste Beispiel eines entschlossenen Widerstandswillens gegeben. Man wird dies neben manchen anderen Faktoren, wie dem traditionellen Freiheitssinn des griechischen Volkes, doch vor allem der klugen staatsmännischen Führung zuschreiben müssen, der sich das Land im Jahre 1939 unter *Metaxas* erfreute. Dieser frühere General, der im deutschen Generalstab seine militärische Ausbildung durchgemacht und sich dabei durch ausgezeichnete Begabung hervorgetan hatte, genoß als Politiker beim eigenen Volk durchaus nicht allgemeine Anerkennung, ehe er durch die Kriegereignisse berufen wurde, eine nationale Rolle erster Ordnung zu spielen. Sein autoritäres Regierungssystem, das dem italienischen Beispiel weitgehend nachgebildet war, wenn

es auch die typischen Akzente des Balkans trug, hatte sich nach der Wiederherstellung der Monarchie nur durchsetzen können, weil nach der Niederschlagung des Venizelisten-Aufstandes und dem rasch nacheinander erfolgten Tod mehrerer führender Politiker kaum noch eine andere Persönlichkeit von Rang zur Verfügung gestanden hatte. Aber in der kritischen Situation, in die der Zweite Weltkrieg Griechenland sehr rasch rückte, sollte sich *Metaxas* aufs höchste bewähren. Seine Haltung gegenüber der Drohung, die von Italien herkam, war zugleich klar und bestimmt. Welchen Weitblick er dabei zeigte, beweist die lange Unterredung, die er auf dem Höhepunkt der Polenkrise am 21. August 1939 mit dem italienischen Gesandten in Athen hatte und die er bewußt herbeiführte. *Metaxas* brachte dabei alle Angelegenheiten zur Sprache, die als vermutliche Differenzpunkte das italienisch-griechische Verhältnis zu trüben geeignet waren. Zweimal gab er dabei die betonte Erklärung ab, daß Griechenland sich, wenn seine territoriale Integrität oder seine Lebensinteressen in Frage gezogen würden, bis zum Ende schlagen und seine Ehre verteidigen würde⁵. Im gleichen Sinn führte der griechische Generalstabschef *Papagos* acht Tage später ein Gespräch mit dem italienischen Militärattaché⁶.

Der griechisch-italienische Notenwechsel

Nach der überraschenden Erklärung der Nichtkriegführung, die *Mussolini* bei Kriegsbeginn abgab, kam es im November 1939 zu einem besonderen Notenaustausch zwischen Italien und Griechenland. In den Noten, die auf den 30. September 1939 zurückdatiert waren, wurde auf die bereits vorher im gegenseitigen Einvernehmen durchgeführte Zurückziehung der Truppen zu beiden Seiten der griechisch-albanischen Grenze Bezug genommen, wobei die italienische Regierung erneut ihre Absicht beteuerte, zwischen beiden Ländern eine Politik der Freundschaft und des Vertrauens fortzuführen⁷. Wichtiger noch war die schon am 12. September vorangegangene Erklärung, die *Mussolini* durch den italienischen Gesandten in Athen hatte übermitteln lassen und in der er für den Fall, daß Italien in dem Konflikt der anderen Mächte intervenieren sollte, die förmliche Versicherung abgab, daß er im Verhältnis zu Griechenland keinesfalls die Initiative zu militärischen Operationen ergreifen würde⁸. Die gleiche Erklärung wiederholte der italienische Gesandte noch kurz vor Beginn des deutschen Angriffs im Westen. Allerdings hieß es diesmal nur, daß Italien selbst für den Fall eines Kriegseintritts Griechenland nicht angreifen würde, solange dieses nicht eine englische Basis würde⁹. Der griechische Gesandte in Rom erfaßte den Unterschied sehr wohl, den die italienische Erklärung infolge des abschwächenden Nachsatzes im Gegensatz zu den früheren Versicherungen aufwies, und gab im übrigen seiner Ueberzeugung Ausdruck, daß Italien, falls es in den allgemeinen Krieg eintreten sollte, trotz gegenteiliger Erklärungen die Methode des Ueberraschungsangriffs gegen Griechenland anwenden würde¹⁰. Selbstverständlich folgte *Mussolini*, als er tatsächlich am 10. Juni 1940 den West-

mächten den Krieg erklärte, dem durch das frühere Vorgehen in gleichen Fällen von Deutschland gegebenen Beispiel und ließ durch *Ciano* nochmals gegenüber dem griechischen Gesandten die Versicherung seiner friedlichen Absichten auf dem Balkan wiederholen. Die besonderen Zusicherungen, die an Griechenland erteilt waren, wurden dabei ausdrücklich aufrechterhalten¹¹.

Es dauerte gerade acht Tage, bis *Mussolini* die erste Beschwerde gegen Griechenland wegen seines angeblich nichtneutralen Verhaltens vorbrachte. In kretischen Häfen sollten sich mehrere britische Flotteneinheiten, darunter ein Flugzeugträger und mehrere Kreuzer, über die 24-Stunden-Frist hinaus aufgehalten haben. Die griechische Regierung dementierte diese Behauptung sofort und auf das entschiedenste. In den Häfen von Kreta sei überhaupt kein britisches Kriegsschiff vor Anker gegangen, geschweige über die 24-Stunden-Frist hinaus dort verblieben. Das italienische Außenministerium mußte auf die energischen Proteste des griechischen Gesandten die Haltlosigkeit seiner Anschuldigung einräumen¹². Dieser Vorfall ist typisch. Auch in der Folgezeit hat Italien ähnliche Verdächtigungen des griechischen Neutralitätswillens vorgebracht, während es auf die wiederholten griechischen Vorstellungen wegen des anhaltenden Ueberfliegens griechischen Hoheitsgebietes durch italienische Militärflugzeuge und des Bombardements griechischer Schiffe die Antwort entweder schuldig blieb oder einfach die Tatsachen abstritt.

Kein Beobachter der griechischen Politik, der die Verhältnisse objektiv beurteilte, konnte zu dieser Zeit einen Zweifel darüber haben, daß die griechische Regierung ängstlich bestrebt war, die Neutralität des Landes aufrechtzuerhalten. Auch waren die anfangs den Westmächten bewiesenen Sympathien im griechischen Volk unter dem Eindruck der großen deutschen Siege stark zurückgegangen. Ganz besonders das Prestige Frankreichs, das lange Zeit in Griechenland eine führende Stellung im Kulturleben eingenommen hatte, erfuhr durch den raschen militärischen Zusammenbruch von 1940 einen Stoß, von dem es sich nicht so leicht wieder erholten sollte.

Die Fühlungnahme der griechischen und französischen Generalstäbe

Nun sind später bei dem deutschen Angriff vom Frühjahr 1941, der in Wirklichkeit durch die militärische Zwangslage der Achsenmächte bedingt war, die Behauptungen über das neutralitätswidrige Verhalten der griechischen Regierung von deutscher Seite aufgegriffen und dabei zum Beweis die Aktenfunde von La Charité herangezogen worden, die unter anderem einige Hinweise auf Beziehungen zwischen dem griechischen und dem französischen Generalstab, beziehungsweise der französischen Levante-Armee brachten¹³. Die Existenz solcher Beziehungen, die übrigens sehr locker waren, konnte an sich kaum wundernehmen. Nach der ganzen Sachlage mußte Griechenland sich seit dem Festsetzen

Italiens auf dem Balkan von seiner albanischen Grenze her unmittelbar bedroht fühlen. Diese Furcht war auch begründet; denn schon unter dem 12. Mai 1939, kaum einen Monat nach der Besetzung Albaniens, notierte *Ciano* in seinem Tagebuch, daß die gesamte Straßenbauplanung in dem neu gewonnenen Lande auf die griechischen Grenzen ausgerichtet würde. Wörtlich setzte *Ciano* hinzu: „Dies wurde vom Duce so angeordnet, der immer mehr daran denkt, bei der ersten Gelegenheit über Griechenland herzufallen“¹⁴. In seiner Grundeinstellung zu den kleineren Balkanmächten traf *Mussolini* sich mit der Auffassung *Hitlers*, der bei einer Besprechung mit *Ciano* am 12. August 1939 äußerte, es sei ganz allgemein gesprochen überhaupt das Beste, wenn die falschen Neutralen einer nach dem anderen liquidiert würden¹⁵. Dabei spielte Hitler allerdings auf Jugoslawien und nicht auf Griechenland an, das damals für ihn noch außerhalb seiner politischen Ueberlegungen lag.

Unter den Dokumenten, die in La Charité gefunden wurden und die die griechische Regierung belasten, sind aber außer den Zeugnissen über Fühlungnahmen der griechischen und französischen Generalstäbe noch zwei Erklärungen vorhanden, denen politischer Charakter zukommt. Es sind dies die Äußerung des griechischen Unterstaatssekretärs des Aeußeren gegenüber dem französischen Gesandten vom Oktober 1939 und eine Mitteilung des griechischen Generalstabschefs vom Januar 1940. Beide Erklärungen beziehen sich auf den Fall einer alliierten Landung in Saloniki. *Mavroudis*, der griechische Unterstaatssekretär, der das Außenministerium unter *Metaxas* praktisch leitete, ging soweit, dem französischen Gesandten in Athen zu erklären, daß Griechenland eine Landung der Alliierten in Saloniki nicht verhindern, ja sogar begrüßen würde, vorausgesetzt allerdings, daß auch der Erfolg eines derartigen Unternehmens sichergestellt sei. Der griechische Generalstabschef *Papagos* aber sah die Aussichten eines alliierten Landungsunternehmens in Saloniki für den Fall als positiv an, daß genügend Luftstreitkräfte und eine ausreichende Luftabwehr von alliierter Seite bereitgestellt werden könnten¹⁶. Die angeführten Erklärungen von *Mavroudis* und *Papagos* bezeugen danach, daß man sich im Winter 1939/40 auf griechischer Seite für alle Fälle auf die Möglichkeit einer alliierten Intervention einrichtete.

Ein Eingreifen der in Syrien unter General *Weygand* versammelten Levante-Armee lag auch keineswegs außerhalb des Bereichs der realen Möglichkeiten. *Weygand* hat gegenüber dem französischen Generalstabschef *Camelin* wiederholt auf eine Aktion im Nahen Osten gedrängt. Aber die Äußerungen sowohl des griechischen Unterstaatssekretärs wie die des griechischen Generalstabschefs gingen doch über die Bekundung politischer Sympathie mit der Sache der Alliierten kaum hinaus. Bindende Verpflichtungen wurden von beiden maßgebenden griechischen Persönlichkeiten geflissentlich vermieden. Kann man es aber den Führern einer kleinen Nation wie der griechischen verdenken, wenn sie die ihnen als stärker erscheinende Partei unter den Kriegführenden, die

noch dazu die förmliche Garantie der Unabhängigkeit des Landes übernommen hatte, nicht vor den Kopf stoßen wollten und auf Fühler wegen des Verhaltens Griechenlands im Falle einer alliierten Intervention nicht gerade brüsk abweisend reagierten? Freilich wurde griechisches Territorium unmittelbar berührt, wenn die Westmächte in Saloniki landeten. Aber die Griechen konnten sicher sein, daß Engländer und Franzosen ihr Land nach Kriegsende wieder räumen würden, während sie von italienischer Seite bei einem Vorstoß auf griechisches Gebiet mit einer Behandlung nicht unähnlich derjenigen rechnen mußten, die andere von einer Achsenmacht besetzte europäische Länder, wie die Tschechoslowakei und Albanien, bereits zu ihrem Schaden hatten erproben müssen. Gegen die Begehrlichkeit des faschistischen Italiens hätte die rechtzeitige Besetzung Salonikis den Griechen weitgehenden Schutz geboten. Ob sie ihnen angesichts der späteren Entwicklung der Kriegseignisse eine Einbeziehung des Landes in die militärischen Operationen erspart hätte, bleibt allerdings mehr als fraglich.

Für den griechischen Unterstaatssekretär *Mavroudis* sind die Sympathien, die er der Sache der Alliierten entgegenbrachte, nicht ohne Folgen geblieben. Als die deutschen Truppen im April 1941 Athen besetzten, stand sein Name auf der Verhaftungsliste eines Spezialkommandos der Geheimen Staatspolizei. *Mavroudis* wurde auch alsbald festgenommen, aber dank dem energischen Eingreifen der deutschen Gesandtschaft schon nach kurzer Zeit wieder freigelassen. Damals vermochte sich der sachverständige Rat der Berufsbeamten im deutschen Auswärtigen Dienst noch gelegentlich im Sinne der Bewahrung von Rechtlichkeit und politischer Mäßigung durchzusetzen. Das Ende der Besatzung hat *Mavroudis*, der bald darauf starb, nicht mehr erlebt. *Papagos*, der Generalstabschef, wurde später mit anderen prominenten Militärs nach Deutschland überführt, wo er bei Kriegsende zusammen mit namhaften Persönlichkeiten des Auslandes durch den alliierten Vorstoß von Süden glücklich befreit wurde.

Was immer man indessen von jenen losen Beziehungen halten mag, die Griechenland im ersten Jahr des Krieges zu den Westmächten unterhielt, so steht doch fest, daß seine verantwortlichen Staatsmänner, voran der griechische Ministerpräsident *Metaxas*, nach dem überwältigenden Sieg Deutschlands auf dem Festland eine Politik der strikten Neutralität verfolgten. Seit dem Sommer 1940, der mit dem französischen Waffenstillstand auch die Levante-Armee als militärischen Faktor und damit zugleich die Möglichkeit ihres Eingreifens auf dem Balkan ausgeschaltet hatte, besaß die griechische Politik kein anderes Ziel, als mit allen Mitteln ein Uebergreifen des Konfliktes auf das eigene Land zu verhüten. Hierin begegnete sie sich mit den Absichten *Hitlers*, der seit dem Augenblick, in welchem ihm das Uebergewicht in Europa durch den Sieg im Westen zugefallen war, keine weitere Ausdehnung der Kampfhandlungen auf die bisher vom Kriege unberührt gebliebenen Länder des Kontinents wünschte. Das sollte sich sehr bald auch gegenüber den fortgesetzten Versuchen *Musso-*

linis zeigen, die Reibungsflächen mit Griechenland künstlich zu vermehren und dadurch einen offenen Konflikt zu provozieren.

Die diplomatische Offensive Italiens

Von Ende Juni bis zur Mitte August 1940 setzte Italien seine diplomatische Offensive gegen Griechenland fort. Bald waren es Behauptungen über angebliche Intrigen des griechischen Gesandten in Ankara, bald solche über beleidigende Äußerungen des griechischen Konsuls in Triest mit Bezug auf die italienische Waffenehre, die als Beschwerdepunkt vorgebracht wurden¹⁷. Die griechische Regierung bestritt in beiden Fällen die Beschuldigungen gegen die Mitglieder ihres diplomatischen Dienstes, berief aber zum Zeichen ihres guten Willens den Konsul in Triest auf das ausdrückliche italienische Ersuchen sofort ab. Auch die Anschuldigungen über Neutralitätsverletzungen Griechenlands, das englischen Kriegsschiffen in den griechischen Territorialgewässern und Häfen Unterschlupf gewähre und dadurch die Angriffe auf italienische Schiffe erleichtere, kehrten in einer heftigen Auseinandersetzung, die *Ciano* mit dem griechischen Gesandten am 3. Juli in Rom hatte, in verstärkter Form wieder¹⁸. Auch diesmal waren es lauter grundlose Verdächtigungen, wobei die angeblich im Hafen von Milos gesichteten britischen Zerstörer sich als griechische Zerstörer herausstellten, die dort seit Wochen vor Anker lagen. Der griechische Gesandte war sich über den Ernst der Lage keinen Augenblick im Zweifel, wenn er auch in den Berichten an seine Regierung der Ueberzeugung Ausdruck verlieh, daß es sich eher um ein politisches Manöver als um die Vorbereitung eines militärischen Angriffs handele. Griechenland solle offenbar vor die Alternative gestellt werden: „Mit oder gegen Italien“ und dadurch auf die Seite der Achsenmächte gedrängt werden¹⁹. Die haltlosen Behauptungen über die Neutralitätsverletzungen durch Unterstützung britischer Marineoperationen beruhten auf den leichtfertigen Falschinformationen *de Vecchis*, des italienischen Statthalters auf Rhodos. Immerhin hatten sie einen Wutausbruch Mussolinis zur Folge, der zwei Tage darauf *Ciano* für eine Reise nach Deutschland den Auftrag mitgab, Hitler mitzuteilen, daß er, Mussolini, auf den Ionischen Inseln zu landen gedenke²⁰. Aus den Eintragungen vom 10., 11. und 12. August 1940, die *Ciano* in seinem Tagebuch vorgenommen hat²¹, geht dann im einzelnen hervor, wie sich zu diesem Zeitpunkt bei *Mussolini* der Entschluß befestigte, eine Aktion gegen Griechenland durchzuführen. Er erwähnte *Ciano* gegenüber die noch aus dem Jahre 1923, dem Jahr der Korfu-Besetzung, offenstehende Rechnung mit Griechenland, er forderte Unterlagen über die sogenannte Tschamuria, das epirotische Grenzgebiet gegen Albanien, und er legte schließlich Korfu und die Tschamuria als die Gebiete fest, deren Abtretung er von Griechenland fordern wolle. Käme es dabei zum Widerstand, so werde er bis zum Ende gehen.

Der erste Höhepunkt der Krise

Damit war die italienisch-griechische Krise auf ihren ersten Höhepunkt gelangt. Am 15. August 1940 wurde

der griechische Kreuzer „Helli“, der aus Anlaß eines religiösen Festes auf der Reede von Tinos friedlich vor Anker lag, durch einen Torpedoschuß versenkt. Zwei weitere Torpedos verfehlten das Ziel und explodierten im Hafen. Die von der griechischen Regierung sofort durchgeführte Untersuchung, deren Ergebnis absichtlich geheimgehalten und erst bei Ausbruch der Feindseligkeiten veröffentlicht wurde, ergab einwandfreie Beweise dafür, daß die drei Torpedos von einem italienischen Unterseeboot abgefeuert worden waren²². Ciano hat in seiner Tagebucheintragung vom 15. August dem Gouverneur auf Rhodos, de Vecchi, die Urheberschaft für den Zwischenfall zugeschoben, den er selber als peinlich empfand²³. Die griechische Regierung verbot den Zeitungen jede Andeutung über die mutmaßliche Nationalität des Unterseebootes, das den Angriff auf die „Helli“ ausgeführt haben könnte. Am gleichen 15. August war ein griechisches Schiff in den Küstengewässern von Kreta von zwei Flugzeugen angegriffen worden, die nach ihren Erkennungszeichen klar als italienische Flugzeuge ermittelt worden waren²⁴. Wenige Tage zuvor aber hatte die italienische Nachrichtenagentur Stefani ihre Presseangriffe wegen der angeblichen Unterdrückung der albanischen „Minderheit“ im Gebiet von Tschamuria begonnen und damit einen Pressefeldzug eröffnet, der sich in den nächsten Monaten, allerdings mit einer bezeichnenden Pause, bis zum Kriegsbeginn fortsetzen und dem italienischen Unternehmen zu allem anderen den Fluch der Lächerlichkeit aufdrücken sollte.

Politisches Eingreifen Deutschlands

In dieser Phase der Auseinandersetzung griff Deutschland ein. Der griechische Gesandte in Rom war in der Lage, unter dem 20. August an seine Regierung zu berichten, Deutschland hätte mit Rücksicht auf die unangenehmen Auswirkungen, die ein offener Konflikt zwischen Italien und Griechenland auf die allgemeinen Kriegspläne der Achse haben würde, gefordert, daß alles vermieden werden müsse, was die Kriegsfackel in den Balkan tragen könnte. Allerdings bezöge sich der deutsche Einspruch nur auf eine bewaffnete Aktion gegen Griechenland, während dagegen alle Anstrengungen Italiens, die von ihm als lebenswichtig erachteten Fragen auf dem diplomatischen Weg zu lösen, Deutschlands Unterstützung finden würden. Als lebenswichtig bezeichne Italien seinem Verbündeten gegenüber den Besitz von Korfu und der dieser Insel gegenüberliegenden Küste des Epirus²⁵. Diese Informationen des griechischen Vertreters in Rom, die diesem vielleicht absichtlich zugespielt wurden, finden ihre nachträgliche Bestätigung in den Tagebuchaufzeichnungen Cianos. Danach hatte Ribbentrop dem italienischen Botschafter Alfieri, vermutlich unmittelbar nach dem Helli-Zwischenfall, erklärt, daß eine Aktion gegen Griechenland von Deutschland keineswegs gern gesehen würde. Mussolini beugte sich sofort und widerspruchlos dem deutschen Wunsch. Wie Ciano treffend in seinem Tagebuch verzeichnete, wurde die Note, die in bezug auf Griechenland schon vorbereitet war, wieder in die

Schublade gelegt²⁶. Auch auf dem militärischen Sektor wurde die Aktion gegen Griechenland abgeblasen, und zwar, nach einer brieflichen Mitteilung Mussolinis an Hitler, auf unbestimmte Zeit.

Das deutsche Eingreifen schien sonach den Frieden auf dem Balkan weiter gesichert zu haben. Vielleicht hat man auf deutscher Seite die rasche Bereitwilligkeit Mussolinis, seine griechischen Pläne fallen zu lassen, falsch beurteilt und sich für die Zukunft vor weiteren italienischen Extratouren allzu sicher gefühlt. Warnungen, die später im Oktober von den deutschen Vertretungen in Rom und Tirana einliefen, wurden in den Wind geschlagen, obwohl sie sich unter anderem auf die in Albanien gemachten Beobachtungen über italienische militärische Vorbereitungen stützten²⁷. Die griechische Regierung täuschte sich dagegen nicht über das Weiterbestehen der ihr von Italien drohenden Gefahr. Ihr lag ein klug abgefaßter Bericht ihres Gesandten aus Rom vom 23. August 1940 vor²⁸, in welchem dieser die deutsche Intervention zu analysieren versuchte. Der griechische Beobachter der Achsenpolitik kam zu dem richtigen Schluß, das Eingreifen Deutschlands bewiese vor allem, daß sich die beiden Verbündeten nicht im voraus verständigt hätten. Der deutsche Einspruch, der durch eine bestimmte militärische Situation bedingt sei, könne keineswegs eine dauernde Sicherheit gewähren. Zwar nehme Italien innerhalb der Achse eine nachgeordnete Stellung ein; gleichwohl sei Italien unentbehrlich, und das eröffne der italienischen Politik Möglichkeiten zur Ausnutzung. Wenn der Krieg von längerer Dauer sein werde, als Italien vorausgesehen habe, bestünde für die italienische Politik ein dringendes Bedürfnis nach einem Erfolg von Gewicht. Dazu komme die Antipathie der verantwortlichen italienischen Staatsmänner gegen Griechenland und nicht zuletzt ihre Furcht, eine nicht wiederkehrende Gelegenheit ungenutzt vorübergehen zu lassen, falls sie nicht in der günstigen momentanen Konstellation, die durch die Neutralisierung der Türkei gekennzeichnet sei, gegen das allseits isolierte Griechenland vorgehen. In der Tat sollte sich für Mussolini die Versuchung, die ganze Welt und auch Hitler in Griechenland vor eine vollendete Tatsache zu stellen, als zu groß erweisen.

Kurze Entspannung

Für eine kurze Zeitspanne trat indessen nach der Intervention Deutschlands eine scheinbare Entspannung in den Beziehungen zwischen Italien und Griechenland ein. Sogar die Pressekampagne, die wie auf ein Signal am 11. August einsetzte und die hauptsächlich die angebliche Unterdrückung der albanischen Minderheit in der Tschamuria zum Gegenstand hatte, verstummte abrupt mit dem 24. August. Die faschistische Presse hatte sich dabei in einem Artikel von Farinacci zu der grotesk-lächerlichen Behauptung verstiegen, daß selbst die Armeniengreuel vor den Massakern verblaßten, die von den Griechen an den Albanern verübt würden. Dabei liegen die ethnographisch verwickelten Verhältnisse im Grenzgebiet des Epirus, wenn man davon absieht, daß Griechenland nach dem blutig unterdrückten Aufstand im 18. Jahr-

hundert von den türkischen Oberherrn allgemein mit Einwanderern aus Albanien neu bevölkert worden ist, doch in tatsächlicher Hinsicht so, daß man eher von einer starken griechischen Sprachminderheit in Süd-albanien, besonders um die Städte Koritza und Argyrokastro, als umgekehrt von einer nennenswerten albanischen Minderheit in Griechenland sprechen kann. Die politischen Wochen- und Monatszeitschriften in Italien fuhren auch nach dem 24. August fort, das Thema Griechenland in größter Offenheit zu behandeln. Wie sehr man sich dabei dem Sprachgebrauch der nationalsozialistischen Machthaber annäherte, zeigt am besten eine Bemerkung in der Wochenzeitschrift *Relazioni Internazionale* vom 19. Oktober, in der es heißt, England habe den totalen Krieg gewollt; das italienische Volk, dessen Existenz auf dem Spiele stehe, müsse ihm auf dem Wege, den der Gegner gewählt habe, zuvorkommen. In diesem Augenblick sei es die Gewalt, die Europa regieren müsse²⁹.

Vorzeichen des Ueberfalls

Vom Oktober an verdichteten sich erneut die Anzeichen für eine bevorstehende italienische Aktion gegen Griechenland. Die Fälle von Neutralitätsverletzungen durch italienische Flugzeuge, die griechisches Hoheitsgebiet überflogen, nahmen immer mehr zu. Der griechische Gesandte in Rom stellte fest, daß überall in der römischen Gesellschaft, aber auch in anderen Klassen des italienischen Volkes das Gerücht umliefe, das Losbrechen der italienischen Aktion sei nur noch eine Angelegenheit von Stunden³⁰. Von

allen Seiten gingen der griechischen Regierung durch ihre diplomatischen und konsularischen Vertreter Warnungen zu. Mitte September hatte der von *Mussolini* so dringend geforderte Vormarsch *Grazianis* gegen Aegypten begonnen. Zunächst hob sich dadurch sichtlich die Stimmung *Mussolinis*, der sich nichts so sehnlich wünschte wie den Gewinn militärischer Lorbeeren, hatte er doch Hitler darin seit dessen gewaltigen Erfolgen nur allzusehr nachstehen müssen. Aber der entscheidende Angriff auf Marsa Matruk wurde von *Graziani* trotz allem Drängen *Mussolinis* immer wieder zurückgestellt. So sah dieser seine Hoffnung auf rasche militärische Erfolge in Aegypten entschwinden. Dazu kam, daß ihn *Hitler* unvermutet auf dem Balkan vor die Tatsache der Entsendung deutscher Truppen nach Rumänien stellte, die dort den Schutz der Petroleumfelder übernehmen sollten. Unter der Wirkung dieser beiden Ereignisse, die *Mussolinis* militärischen Ehrgeiz enttäuschten und sein Selbstgefühl verletzten, ging sein leicht erregbares Temperament mit ihm durch. Er beschloß ganz plötzlich, die auf deutschen Wunsch verschobene Aktion gegen Griechenland hinter dem Rücken *Hitlers* doch noch vor dem Beginn des Winters durchzuführen. *Ciano* hat die Sätze wörtlich in seinem Tagebuch aufgeschrieben, mit denen ihm *Mussolini* am 12. Oktober seinen Entschluß mitteilte. Sie lauten: „*Hitler* stellt mich immer vor vollendete Tatsachen. Diesmal werde ich ihm in der gleichen Münze heimzahlen: er wird aus den Zeitungen erfahren, daß ich in Griechenland einmarschiert bin. So wird das Gleichgewicht wieder hergestellt sein³¹.“

Mussolinis Überfall

Täuschungsmanöver gegenüber Hitler

Was sich *Hitler* mit der größten Bedenkenlosigkeit seinen italienischen Verbündeten gegenüber immer wieder an eigenmächtigem Vorgehen hatte zuschulden kommen lassen, das sollte jetzt mit doppelter Wucht und im ungeeignetsten Augenblick auf ihn zurückfallen. Nicht der geringste Zweifel kann darüber aufkommen, daß *Mussolini* seinen Vorsatz wahrgemacht und seinen deutschen Verbündeten über seine neu aufgenommenen Pläne gegen Griechenland bewußt getäuscht hat. In Athen ist der deutsche Gesandte, obwohl das italienische Ultimatum bereits zwei Tage vorher in einem verschlüsselten Telegramm auf der italienischen Gesandtschaft eingetroffen war, von seinem italienischen Kollegen bis zur letzten Minute über das bevorstehende Unternehmen im Dunkeln gelassen worden. An *Hitler* selbst teilte *Mussolini* seinen Entschluß so spät und in so allgemeiner Weise, ohne Angabe eines Datums und ohne nähere Erläuterung über die Art der beabsichtigten Aktion, mit, daß es für ein deutsches Eingreifen diesmal zu spät war³². Zwar wurde *Hitler*, der bei Absendung des *Mussolinischen* Briefes schon auf seiner großen Reise zu den Aussprachen mit *Pétain* und *Franco* begriffen war, noch während dieser Fahrt auf schnellstem Wege von dem Ein-

treffen der wichtigen Mitteilung unterrichtet. Vergeblich versuchte *Göring*, der von *Hitler* dazu telephonisch beauftragt war, mit *Mussolini* persönlich in Verbindung zu treten. *Mussolini* war nicht erreichbar, und die darauf von *Ribbentrop* dringend verlangte Konferenz der beiden Diktatoren konnte nicht früher als auf den 28. Oktober anberaumt werden. An diesem gleichen Tage, an welchem dann *Hitler* in Florenz mit *Mussolini* zusammentraf, hatte in den frühen Morgenstunden der italienische Angriff gegen Griechenland begonnen.

Bedenken der italienischen Generalstabschefs

Das Unternehmen gegen Griechenland hatte ursprünglich noch zwei Tage früher seinen Anfang nehmen sollen. Dann waren aber Schwierigkeiten mit *Badoglio* aufgetreten, der *Ciano* gegenüber die größten Bedenken wegen des von *Mussolini* überraschend befohlenen Losschlagens geäußert hatte. Die in Albanien verfügbaren Streitkräfte waren nach seiner Meinung unzulänglich, und eine Landung in dem westgriechischen Hafen *Preveza* schied wegen des für Kriegsschiffe zu seichten Gewässers aus³³. So hatten sich die drei Chefs des italienischen Generalstabs sämtlich gegen das Griechenland-Unternehmen ausgesprochen. Auch die italienische Luftwaffe erwies

sich später trotz aller großartigen Pläne, von denen Ciano in seinem Tagebuch zu berichten weiß und die er wohl nur wegen seiner eigenen Zugehörigkeit zur Fliegerei so stark herausstreicht, in erschreckendem Maße als unzulänglich. In der gleichen Art, in der zuletzt die deutsche Generalität keinen sachlich begründeten Einspruch mehr gegen Hitlers militärische Vorhaben aufrechtzuerhalten gewagt hatte, war auch Badoglio schließlich dem Zwang unterlegen, der immer noch von Mussolinis Persönlichkeit ausging. Er hatte nicht demissioniert, wie er es Ciano gegenüber angekündigt hatte, sondern nur um einige Tage Aufschub gebeten, mindestens um zwei Tage. Genau diese zwei Tage waren ihm von Mussolini zugestanden worden. So kam es, daß der italienische Angriff gegen Griechenland nicht als eine der bei den Achsenmächten so beliebten Wochenend-Ueberraschungen, sondern an einem gewöhnlichen Montag über die Bühne des Krieges ging.

Der Gewaltakt Mussolinis

Auf die politische Vorbereitung des Unternehmens, das auf militärischem Gebiet rasch und in der kläglichsten Weise scheitern sollte, sind *Mussolini* und *Ciano*, der sich keineswegs etwa von den Plänen seines Schwiegervaters distanziert hatte, auch nachträglich sehr stolz gewesen. Indessen auch in politischer Beziehung traten mindestens bei der örtlichen Vorbereitung des Vorhabens bedenkliche Züge hervor, die man zum Teil nur als operettenhaft bezeichnen kann. So gab die italienische Gesandtschaft am Abend des gleichen Samstag, an welchem ihr der Text des Ultimatums von Rom zugeing, einen großen Empfang zu Ehren des Sohnes von Puccini, der an diesem Tage in Athen eine Oper seines Vaters dirigierte. Auf der festlich geschmückten Tafel im Hause des Gesandten, der berufen war, wenig mehr als 24 Stunden später den griechischen Ministerpräsidenten mit den ultimativen Forderungen Mussolinis bekanntzumachen, waren gekreuzte italienische und griechische Fähnchen angebracht. Wenn die italienischen Machthaber sich in einem bei ihren Berechnungen gründlich getäuscht hatten, so in ihrer Einschätzung des griechischen Volkes, seiner politischen Urteilsfähigkeit und seines nationalen Selbstbehauptungswillens. Die Geringschätzung, die *Mussolini* und *Ciano* einem klugen und erfahrenen Politiker wie *Metaxas* entgegenbrachten, kam übrigens auch in Form und Inhalt der Demarche zum Ausdruck, die sie dem italienischen Gesandten für den Tag des Einmarsches aufgaben. Der unglückliche Diplomat mußte den griechischen Ministerpräsidenten zur Nachtzeit um drei Uhr aufsuchen, weshalb später das Gerücht von ihm umging, er habe sich an dem Abend des vorausgehenden Sonntag gar nicht erst schlafen gelegt, sondern die Stunden bis zu der für die Uebergabe des Ultimatums festgesetzten Uhrzeit mit geselliger Unterhaltung ausgerechnet in griechischen Kreisen zugebracht. Infolge der ungewöhnlich frühen Stunde, zu welcher der diplomatische Vertreter Italiens bei ihm vorsprach, mußte der griechische Ministerpräsident aus dem besten Schlaf auf-

geweckt werden. Immerhin hatte er deshalb nichts von seiner Geistesgegenwart und seinem klaren Urteil eingebüßt, sondern richtete auf die ihm vorgetragene völlig allgemein gehaltene Forderung nach strategischen Stützpunkten die naheliegende Frage an den Gesandten, welche bestimmten Punkte in Griechenland denn überhaupt die italienische Regierung zu besetzen wünsche. Da sein Auftrag sich hierüber ausschwie, mußte der italienische Gesandte die Antwort auf die Frage von *Metaxas* schuldig bleiben.

Es lohnt nicht, die italienische Note an Griechenland³⁴ in den Teilen zu analysieren, die sich auf die angeblichen Neutralitätsverletzungen der griechischen Regierung bezogen. Die in der Note erhobenen Vorwürfe waren ganz allgemeiner Natur. Die Neutralität Griechenlands bestünde, so lautete die Schlußfolgerung, nur noch dem Schein nach; denn die griechische Regierung ließe es zu, daß ihr Territorium von England, dem in der Note alle Schuld gegeben wurde, in eine Basis zur Kriegführung gegen Italien umgewandelt würde. Dies müsse notwendig zu einem bewaffneten Konflikt zwischen Italien und Griechenland führen, den zu vermeiden gerade der Zweck der italienischen Aktion sei. *Ciano*, der Verfasser des Ultimatums, war in seinem Tagebuch offenherzig genug zuzugeben, daß das Dokument den Griechen zwischen Okkupation und Angriff gar keine dritte Möglichkeit als Ausweg lassen sollte³⁵. Ein Staatsmann wie *Metaxas*, der selbst autoritär regierte, konnte die Bedingungen des italienischen Ultimatums nicht annehmen, ohne seine eigene Stellung im Lande zu gefährden. Er bedurfte nicht erst, wie der italienische Gesandte nach seiner Rückkehr nach Rom fälschlich an *Ciano* berichtete³⁶, des Zuredens des Königs oder gar eines Anstoßes von seiten des britischen Gesandten, um zu einer kategorischen Abweisung der ihm zu nächtlicher Stunde unterbreiteten Forderungen Italiens zu gelangen. In würdiger Weise antwortete er dem Vertreter Mussolinis auf dessen Ultimatum, daß er dieses als eine Kriegserklärung ansehe und daß sich Griechenland mit allen seinen Kräften gegen den italienischen Angriff verteidigen werde.

Das Tagebuch Cianos gibt auch Aufschluß darüber, daß Mussolini in einem persönlichen Schreiben, das er durch seinen vertrauten Mitarbeiter *Anfuso* in Sofia übergeben ließ, den mit dem italienischen Königshaus durch verwandtschaftliche Beziehungen verbundenen König *Boris* frühzeitig über das geplante Unternehmen gegen Griechenland unterrichtet hatte³⁷. Wenn er sich hiervon jedoch ein gleichzeitiges Vorgehen Bulgariens zur Unterstützung des Angriffs auf Griechenland erhofft hatte, so sollte er sich auch in dieser Erwartung enttäuscht sehen. Griechenland war zwar zu Beginn der Aktion diplomatisch isoliert, denn weder die Türkei noch Jugoslawien, mit denen es durch den Balkanpakt und — im Falle der Türkei — noch durch einen zweiseitigen Freundschafts- und Beistandspakt verbündet war, hielten es im Augenblick des größten Uebergewichts Deutschlands auf dem Kontinent für geraten, mit dem anderen Achsenpartner in eine bewaffnete Auseinandersetzung ein-

zutreten. Soweit behielt Ciano mit seiner politischen Prognose, die er Badoglio gegenüber gestellt hatte, recht. Aber auch Italien erfuhr keine Unterstützung, weder durch Bulgarien noch, was zunächst von seiten Mussolinis auch gar nicht gewünscht wurde, durch seinen unmittelbaren Kriegspartner Deutschland.

Vorläufige Neutralität Deutschlands

Die Neutralität, die Deutschland fast ein halbes Jahr lang, wenn auch zum Schluß nur noch äußerlich, in dem italienisch-griechischen Krieg bewahrte, hat zeitweilig der griechischen Sache moralisch nicht unbedeutend genützt. Als sich dann aber im Laufe des Winters die militärische Unterstützung Englands, das dem angegriffenen Land auf Grund des im April 1939 gegebenen Garantieverprechens alsbald zu Hilfe geeilt war, als immer wirksamer und zugleich unentbehrlicher erwies, konnte das Verhältnis Deutschlands zu Griechenland schon aus diesem Grunde nicht auf

die Dauer von den Ereignissen unberührt bleiben. So sollten sich schließlich auch auf dem Boden Griechenlands die beiden Hauptgegner, England und Deutschland, offen zum Kampf gegenüberreten. Daran, daß eine solche Entwicklung unvermeidlich wurde, trug vor allem das völlige Versagen schuld, das Italien nach der militärischen Seite bei seinem Unternehmen gegen Griechenland erkennen ließ. Das mutige „Nein“, das von dem griechischen Volk den ultimativen Forderungen des ihm so überlegenen italienischen Gegners entgegengesetzt worden war, und die militärischen Erfolge, die das kleine Land bald nach Beginn der Feindseligkeiten über den Angreifer davontrug, haben dem Ansehen der Achsenmächte in Europa den ersten Stoß gegeben. Das sollte im Frühjahr 1941, als auch Jugoslawien sich gegen einen politischen Druck, diesmal von seiten Deutschlands, auflehnte, von den weitesttragenden Folgen für die gesamte Kriegsstrategie der Achse werden.

Vorbereitungen zum militärischen Eingreifen Deutschlands

Deutsche Kritik an Mussolini

In dem Vortrag, den Jodl im November 1943 vor den obersten Parteistellen hielt und in welchem er einen Ueberblick über die militärische Entwicklung in den ersten Kriegsjahren gab, gebrauchte er für das italienische Unternehmen gegen Griechenland die aus der Zeit des Dreibundes und des Tripoliskrieges geläufige Bezeichnung „Extratour der Italiener“. Damals, im Jahre 1911, hatte das Deutschland *Wilhelms II.* die Belastung seiner freundschaftlichen Beziehungen zur Türkei in Kauf genommen, um das ohnehin gebrechliche Bündnis mit dem südlichen Dreibundpartner nicht zu gefährden. Auch bei dem Angriff Mussolinis auf Griechenland im Oktober 1940 machte Deutschland gute Miene zum bösen Spiel. Wenige Wochen nach dem italienischen Ueberfall schrieb Hitler an Mussolini einen Brief, der von der Anklagevertretung in Nürnberg vorgelegt und von ihr als Beweis des Einverständnisses, wenn nicht mit den Einzelheiten, so doch mit der allgemeinen Tendenz der gegen Griechenland unternommenen Aktion gewertet worden ist³⁸. Liest man den Brief indessen so, wie er als Gedankenaustausch zwischen zwei gleich selbstherrlichen Diktatoren verstanden werden muß, so ergibt sich aus ihm eher eine verhaltene, aber deutliche Kritik Hitlers an der Eigenmächtigkeit seines italienischen Verbündeten. Hitler spricht in dem Schreiben davon, daß er infolge der Plötzlichkeit des italienischen Vorgehens nicht dazu gelangt sei, noch rechtzeitig bei dem Treffen in Florenz am 28. Oktober seine „Gedanken“ über die ganze Angelegenheit darzulegen. Sonst hätte er zu einem zeitlichen Aufschub bis nach der amerikanischen Präsidentenwahl, am besten bis zu einer günstigen Jahreszeit, geraten. Der Hinweis, daß er, Hitler, auch eine vorherige blitzartige Besetzung Kretas für richtig gehalten hätte und bereit gewesen wäre, dazu deutsche Spezialtruppen zur Verfügung zu stellen, kann nur als versteckter Angriff auf die verfehlte militärische Anlage

des Unternehmens aufgefaßt werden. Wie die Dinge nun einmal lagen, mußte nach Hitlers Ansicht zunächst daran gearbeitet werden, Jugoslawien an dem Kriegsgeschehen zu desinteressieren, wenn möglich aber im Sinne der Achse positiv zu interessieren. Dies könne, wie es in dem Schreiben weiter hieß, nur mit friedlichen Mitteln angestrebt werden, denn vor März sei eine Kriegführung auf dem Balkan unmöglich, und das wisse man auch in Belgrad sehr gut. Den gleichen Plan, als erstes ein Bündnis mit Jugoslawien herbeizuführen, hatte Hitler schon in einem vorausgegangen Gespräch mit Ciano erörtert, der zur Unterzeichnung des ungarischen Beitritts zum Dreimächtepakt in der zweiten Novemberhälfte nach Deutschland gekommen war. Ciano hatte die Atmosphäre bei seinem Besuch als lastend empfunden; denn Hitler zeigte sich ausgesprochen pessimistisch und erklärte die Lage durch die Ereignisse auf dem Balkan als sehr gefährdet. Seine Kritik war nach Cianos Worten „offen, knapp, entscheidend“.³⁹

Unwillkürlich drängt sich hier die Frage auf, ob es nicht Taktik Hitlers war, wenn er seinem italienischen Besucher gegenüber die Dinge so schwarz malte. Ciano erkannte auch ganz richtig, daß Hitler aus der Zwangslage, in die Italien sich selbst durch seine schlecht vorbereitete Aktion gegen Griechenland gebracht hatte, einen politischen Vorteil für sich zu ziehen suchte. Jugoslawien sollte durch deutsche Vermittlung für die Sache der Dreierpaktmächte gewonnen und dadurch dem italienischen Einfluß entrissen werden. Mussolini, dem Hitler die Vorschläge durch Ciano, und zwar in einem geschlossenen Brief — vermutlich dem gleichen, den die Anklage in Nürnberg als undatiert vorlegte — zugehen ließ, bemerkte die hintergründigen Absichten seines Achsenpartners nicht sogleich. Die von Ciano erwartete heftige Reaktion blieb bei der Lektüre des Briefes, „diesem sehr wichtigen Dokument“, wie Ciano in seinem Tagebuch sagt⁴⁰, nicht allein aus, sondern Mussolini maß dem

Brief keine weitere Bedeutung bei. Bei der Vorbereitung seiner Antwort und erneutem Durchlesen des Hitlerschen Schreibens wurde sich jedoch auch Mussolini über dessen wahren Sinn klar. „Er hat mir mit dem Lineal auf die Finger geschlagen“, äußerte der italienische Diktator abschließend zu seinem Schwiegerson und vertrauten Mitarbeiter. Trotzdem nahm er die Vorschläge Hitlers an.

Rivalität der Diktatoren

So trachtete in der durch Mussolinis Fehler heraufgeführten Krise, die das militärische und politische Ansehen der Achsenmächte bedrohte, ein Diktator den anderen in dem von keinem echten Vertrauen getragenen deutsch-italienischen Bündnis zu überspielen. Und die Unzulänglichkeiten in der militärischen Vorbereitung für das Griechenlandunternehmen, für die *Mussolini* vor allem *Badoglio* verantwortlich machte, brachten Italien in der Tat im Winter 1940/41 an den Rand einer Katastrophe. Von allen Seiten kamen die Hiobsbotschaften. Die italienische Schlachtschiff-Flotte wurde im Hafen von Tarent durch einen geglückten Mondscheinangriff britischer Torpedoflugzeuge weitgehend außer Gefecht gesetzt. Das geschah zur gleichen Zeit, als der italienische Angriff in Griechenland endgültig ins Stocken geraten war und die inzwischen voll mobilisierte Armee der Griechen zum Gegenangriff überging. Von den italienischen militärischen Operationen war überhaupt nur der kühn angelegte Vorstoß von Gebirgstruppen über den nördlichen Pindus auf die Paßstraße von Metsovo, die Thessalien mit dem Epirus verbindet, aussichtsreich und auch nahe daran gewesen zu gelingen. Aber die schwachen griechischen Kräfte, die an dieser Stelle zur Deckung der Grenze noch vor der Generalmobilmachung aufgestellt worden waren, leisteten heldenhaften Widerstand. Frauen und Kinder halfen in dem unwegsamen Gebirgsgelände, Munition für die kämpfende Truppe heranzuschaffen. Als der Angriff der Bersaglieri, die nur ungenügenden Nachschub erhielten und denen keine ausreichenden Reserven nachfolgten, bei Metsovo liegenblieb, war das militärische Ueberraschungsmoment gegen Griechenland endgültig verloren. Der Frontalangriff im Epirus konnte nach dem Fehlschlag dieses Versuches, die griechische Front im Rücken aufzurollen, keinen Erfolg mehr haben; denn nun wirkte sich auch die ungünstige Jahreszeit, die mit den im Herbst auftretenden Regengüssen das Terrain für Panzerkräfte unbenutzbar machte, zum Nachteil der Italiener aus.

Militärische Mißerfolge Italiens

Aber es sollte noch viel schlimmer kommen. Die griechische Armee, die nach Beendigung der Mobilmachung den aus Albanien angreifenden italienischen Verbänden zahlenmäßig überlegen, wenn auch in der Ausrüstung mit modernen Waffen im Nachteil war, führte ihren Gegenangriff mit großem Schwung und, dank einer guten strategischen Führung, so erfolgreich durch, daß es eine Zeitlang schien, als würde sie die teilweise fluchtartig weichenden italienischen Truppen

bis an die Adria zurückwerfen. Bei der Luftüberlegenheit der Engländer, die fortlaufend die albanischen Häfen bombardierten, drohte jeder Versuch, die geschlagene Armee auf Schiffen nach Italien zu retten, zu furchtbaren Verlusten und zu einem Zusammenbruch zu führen. Dieses Bild einer wahren Katastrophe muß *Mussolini* vor Augen gestanden haben, als er Anfang Dezember bei der Nachricht von einem Durchbruch der Griechen für einen Augenblick die Nerven verlor und *Ciano* gegenüber davon sprach, man müsse durch Vermittlung *Hitlers* um Waffenstillstand nachsuchen⁴¹. Aber *Ciano* weigerte sich, den Schimpf der endgültigen Niederlage anzuerkennen. Ehe er sich bereitfand, mit *Ribbentrop* in dem von *Mussolini* angedeuteten Sinne zu telefonieren, wollte er sich lieber eine Kugel durch den Kopf schießen. Es muß auch als ganz unwahrscheinlich angesehen werden, daß Hitler auf das Verlangen, unter solchen Voraussetzungen zwischen Italien und Griechenland zu vermitteln, überhaupt eingegangen wäre. Er tat, was er bei den jahreszeitlichen Schwierigkeiten konnte, um den Italienern zu helfen, und hatte schon um diese Zeit 50 Transportflugzeuge in Albanien eingesetzt. Die Krise ging vorüber, aber kaum hatte sich *Mussolini* wieder gefaßt und die Entmutigung abgeschüttelt, die ihn für einen Augenblick angesichts des beschämenden Schauspiels in Albanien befallen hatte, wo die stolze italienische Armee vor den Bajonettangriffen der Griechen flüchtete, da ereilten ihn in sich ständig steigendem Tempo die Nachrichten von den italienischen Niederlagen und Kapitulationen in Nordafrika. Mit einer zahlenmäßig keineswegs besonders starken Panzerwaffe war es *Wavell* gelungen, die bei Sidi el Barani stehen gebliebene Hauptmacht *Grazianis* zu überfallen und aufzureiben. Der Panzerschreck ergriff die italienischen Garnisonen in den Hafenstädten der Cyrenaika, die eine nach der anderen ihre Uebergabe anboten. *Wavell* konnte bis Bengasi durchstoßen und brachte damit die ganze Cyrenaika in seinen Besitz.

Deutschlands militärischer Führungsanspruch

So hatte sich bis zum Anfang des Jahres 1941 die militärische Lage der Achsenmächte im östlichen Mittelmeer erheblich verschlechtert, und eine umfassende Hilfe von seiten Deutschlands wurde notwendig. Diese Hilfe ist in den Einzelheiten bei der Zusammenkunft am Brenner zwischen *Hitler* und *Mussolini* am 19. und 20. Januar 1941 festgelegt worden. An ihr nahmen nicht nur die politischen, sondern auch die militärischen Spitzen der beiden Achsenpartner teil. Hitler hatte nun das Heft vollkommen in seiner Hand. War es das, was er mit seinem Verhalten gegenüber *Mussolini*, den er vor seinen eigenen militärischen Unternehmungen nie zu Beratungen auf der Grundlage wirklicher Gleichberechtigung herangezogen und dem er umgekehrt bei dessen eigener Kriegführung weitgehend freie Hand gelassen hatte, letzten Endes hatte erreichen wollen? Ob bewußt oder unbewußt, er hatte es jedenfalls dahin gebracht, daß *Mussolini* nunmehr als Bittender zu ihm kommen mußte. Die Beziehungen der Achsenmächte unter-

einander, die sich niemals durch offenes Vertrauen und ehrliche Zusammenarbeit ausgezeichnet hatten, begannen langsam und stetig in ein deutliches Abhängigkeitsverhältnis Italiens von Deutschland abzugleiten. Auch im Mittelmeerraum, der ursprünglich Italien als politisches und militärisches Wirkungsfeld zugedacht war, trat künftig Deutschland mit einem

klaren Führungsanspruch auf. Nichts hat Italien schließlich der gemeinsamen Sache stärker entfremdet, als diese Entwicklung. Fortan hatten die Italiener das Gefühl, nicht mehr für ihre eigenen Interessen zu kämpfen, sondern nur den Deutschen für deren ehrgeizige Ziele als Vorspann zu dienen.

Anmerkungen

¹⁾ Griechisches Weißbuch (L'agression de l'Italie contre la Grèce), Athen 1940, Nr. 21 und 22, S. 16/17.

²⁾ Griechisches Weißbuch Nr. 27. S. 19.

³⁾ Griechisches Weißbuch Nr. 41. S. 25.

⁴⁾ Graf Galeazzo Ciano „Tagebuch“ (Tagebücher 1939 bis 1943. Deutsche Ausgabe Bern 1946. 1. Auflage.) S. 137.

⁵⁾ Griechisches Weißbuch Nr. 45. S. 27/30.

⁶⁾ Griechisches Weißbuch Nr. 46. S. 31/32.

⁷⁾ Griechisches Weißbuch Nr. 55. S. 38/40.

⁸⁾ Griechisches Weißbuch Nr. 49. S. 34.

⁹⁾ Griechisches Weißbuch Nr. 64. S. 44.

¹⁰⁾ Griechisches Weißbuch Nr. 65. S. 45.

¹¹⁾ Griechisches Weißbuch Nr. 76. S. 51.

¹²⁾ Griechisches Weißbuch Nr. 79/81. S. 55/57.

¹³⁾ Vergleiche die Note der Reichsregierung vom 6. April 1941 (Feldzug auf dem Balkan, S. 23ff).

¹⁴⁾ Ciano, aaO. S. 89.

¹⁵⁾ Nürnberger Sitzungsprotokolle (Der Prozeß gegen die Hauptkriegsverbrecher vor dem internationalen Militärgerichtshof, Nürnberg 1947), Bd. III, S. 158.

¹⁶⁾ Die Dokumente von La Charité lagen im Nürnberger Prozeß gegen die Südost-Generale vor. In der Note der Reichsregierung vom 6. April 1941 ist ihr Inhalt leicht tendenziös verfärbt wiedergegeben.

¹⁷⁾ Griechisches Weißbuch Nr. 84 und 104. S. 59 und 73; Ciano, aaO. S. 261.

¹⁸⁾ Griechisches Weißbuch Nr. 87. S. 61; Ciano, aaO. S. 255.

¹⁹⁾ Griechisches Weißbuch Nr. 88. S. 62/63.

²⁰⁾ Ciano, aaO. S. 255/256.

²¹⁾ Ciano, aaO. S. 264.

²²⁾ Griechisches Weißbuch Nr. 120 und 129. S. 88 und 92ff.

²³⁾ Ciano, aaO. S. 265.

²⁴⁾ Griechisches Weißbuch Nr. 124. S. 90.

²⁵⁾ Griechisches Weißbuch Nr. 127. S. 91.

²⁶⁾ Ciano, aaO. S. 265/266.

²⁷⁾ Erich Kordt, „Wahn und Wirklichkeit“, Stuttgart 1947. S. 259/260.

²⁸⁾ Griechisches Weißbuch Nr. 135. S. 100.

²⁹⁾ Griechisches Weißbuch Nr. 166. S. 126/127.

³⁰⁾ Griechisches Weißbuch Nr. 165. S. 126.

³¹⁾ Ciano, aaO. S. 278.

³²⁾ Ciano, aaO. S. 280.

³³⁾ Ciano, aaO. S. 279.

³⁴⁾ Griechisches Weißbuch Nr. 178. S. 133/134.

³⁵⁾ Ciano, aaO. S. 281.

³⁶⁾ Ciano, aaO. S. 284.

³⁷⁾ Ciano, aaO. S. 280.

³⁸⁾ Nürnberger Sitzungsprotokolle, Bd. III, S. 158/159. und 350.

³⁹⁾ Ciano, aaO. S. 288.

⁴⁰⁾ Ciano aaO. S. 289.

⁴¹⁾ Ciano, aaO. S. 293.

Einkommensschichtung und Lebensstandard in Großbritannien

Eine Studie über die Entwicklung von Löhnen, Gehältern und Gewinnen in der Nachkriegszeit

*Vorbemerkung: Die europäische Bedeutung
der britischen Einkommens-Umschichtung*

Man hat sich in den letzten Jahren auf dem europäischen Festland in weiten Kreisen angewöhnt, hinter der merklichen Zurückhaltung der britischen Europapolitik in erster Linie politische Motive zu sehen. Werden von britischer Seite soziale oder wirtschaftliche Argumente gegen die sofortige Bildung eines europäischen Bundesstaates vorgebracht, so ist man, vielleicht etwas vorschnell, geneigt, darin nur eine Tarnung der traditionellen insularen Gleichgewichtspolitik, verbunden mit ideologischen Führungsansprüchen der britischen Sozialisten zu sehen.

Es ist aber fraglich, ob die geschickte Ausnutzung der taktischen Fehler der Labour Party, die von den britischen Konservativen aus innerpolitischen Gründen zu hoher Meisterschaft entwickelt wurde, den Zielen der europäischen Einigung wirklich förderlich ist. Auch wer mit dem Programm und der Politik der Labour Party nicht einverstanden ist, sollte sich hüten, sie nur mit den Augen ihrer innerpolitischen Gegner zu betrachten. Die Ueberbetonung des innerpolitischen Tagesstreites verdeckt allzuleicht den Blick auf die großen wirtschaftlichen und sozialen Grundtatsachen und Interessen, von denen Großbritanniens Stellung zu Europa und in Europa letzten Endes abhängt.

Der nachfolgende Beitrag zeigt, daß Großbritannien

Die Neuverteilung des Einkommens

Der relative Wechsel, dem die Kaufkraft von Löhnen, Gehältern und Gewinnen in Großbritannien während der letzten zehn Jahre unterlag, hat auf den Lebensstandard (Verbrauch) der verschiedenen Bevölkerungsgruppen in diesem Lande mannigfaltige Auswirkungen gehabt. In einer Serie von drei Ar-

heute seinen „Lastenausgleich“ bereits hinter sich hat. Es sei hier nur auf die eine Tatsache hingewiesen, daß 1938/39 noch 19 000 Personen nach allen Steuerabzügen ein Einkommen von über 4000 Pfund bezogen., 1945/46 aber nur mehr 885! Mag nun auch in absehbarer Zeit das politische Pendel wieder nach der Seite der Konservativen ausschlagen und damit eine liberalere Wirtschafts- und Sozialpolitik auslösen, so hat sich das Land doch durch diesen radikalen Schritt ein weitaus gesünderes soziales Gefüge geschaffen als etwa Frankreich, Deutschland und Italien, die präsumtiven „Kernmächte“ eines kontinental-europäischen Bundes.

Hierin liegt der entscheidende Grund für das Vertrauen, das Großbritannien heute in den kleineren europäischen Staaten, vor allem in Skandinavien und der Schweiz, bei der deutschen Sozialdemokratie und in weiten Kreisen der französischen und italienischen Sozialisten genießt. Dieses Vertrauenskapital, das im Grund vielleicht noch mehr dem nüchternen politischen Wirklichkeitssinn des britischen Volkes als den Führern der Labour Party gilt, ist heute einer der wesentlichen Faktoren der sozialen Stabilität in Europa.

Vor allem auch unter diesem Gesichtspunkt erscheinen uns die im folgenden veröffentlichten Zahlen, die sich auf Untersuchungen des Londoner „Economist“ und der „Monthly Labor Review“ des amerikanischen Arbeitsministeriums stützen, bedeutungsvoll.

co.

tikeln, die Anfang dieses Jahres in der Zeitschrift *The Economist* veröffentlicht wurden¹, wird die Auswirkung dieser Veränderungen auf die Schichtung der persönlichen Einkommen in der Nachkriegszeit untersucht. Entsprechend der britischen Praxis wird in der Reihe der Aufsätze zwischen Löhnen und Gehältern unterschieden².

¹) „Redistribution of Income“, *The Economist*, 21. Januar 1950 (S. 120); „Changes in Wages“, *The Economist*, 28. Januar 1950 (S. 185); und „Salaries and Profits“, *The Economist*, 4. Februar 1950 (S. 246). Vgl. hierzu auch die folgenden Beiträge in *Monthly Labor Review*, US-Department of Labor, Bureau of Labor Statistics, die Angaben über Einkommensverhältnisse enthalten: „British Labor Under the Labor Government“, August 1948 (S. 117), Oktober 1948 (S. 366), und „Great Britain, Wage Trends and Wage Policies“, 1938 bis 1947, September 1947 (S. 285).

²) Unter Personen mit Gehaltseinkommen sind alle Personen zu verstehen, die in der Privatindustrie und in der öffentlichen Verwaltung in anderer als Handarbeit beschäftigt sind (ausgenommen Arbeitgeber, „auf eigene Rechnung arbeitende Personen“, die Angehörigen der bewaffneten Streitkräfte sowie Personen, die ganz oder überwiegend aus Provisionen bezahlt werden). In den *Studies in the National Income* erklärt Prof. Arthur L. Bowley, daß diese Begriffsbestimmung der Einteilung entspreche, die vom britischen Handelsministerium, vom Amt für Inlands-Einkünfte und vom Arbeitsministerium gebraucht wird.

Im allgemeinen, sagt der *Economist*, haben die Lohnempfänger besser verstanden, mit den steigenden Kosten für Verbrauchsgüter Schritt zu halten als die Gehaltsempfänger und jene Personen, deren Einkommen aus Gewinnen und anderen Quellen stammt. Eine allgemeine Angleichung der Lohnunterschiede zwischen gelernten und ungelernten Arbeitern sowie zwischen männlichen und weiblichen Arbeitern ist erkennbar. Die sehr großen und die sehr kleinen Einkommen der Vorkriegsjahre sind praktisch verschwunden. Das reale Lohneinkommen — das heißt: das aus Löhnen stammende Geldeinkommen nach Deflation durch die Einzelhandelspreise (vom *London and Cambridge Economic Survey* angewandte Berechnungsart) — scheint während der vergangenen 35 Jahre verhältnismäßig stetig zugenommen zu haben.

Der *Economist* weist einschränkend darauf hin, daß die statistischen Angaben über das Volkseinkommen keine Zahlen aus der Zeit nach 1948 enthalten. Er fügt jedoch hinzu, daß dieses zeitliche Zurückbleiben die gewonnenen Ergebnisse nicht wesentlich beeinträchtigt, da die Einkommensschichtung der Nachkriegszeit im Jahre 1948 bereits klar bestimmt

war und etwaige spätere Veränderungen gegenüber den früher erfolgten wahrscheinlich nur klein waren.

Der Gesamtbetrag der persönlichen Einkommen im Jahre 1948 belief sich auf 9592 Milliarden Pfund und lag damit um 96 Prozent über dem Stand von 1938. Auf Grund der sehr viel höheren Sätze der direkten Besteuerung, die im Jahre 1948 zur Anwendung kamen, kann jedoch die entsprechende Zunahme des ausgabefähigen Einkommens mit nur 82 Prozent angesetzt werden.

Im Verhältnis war die Zunahme des ausgabefähigen Einkommens ungefähr genau so groß wie der Anstieg der durchschnittlichen Marktpreise für Verbrauchsgüter (einschließlich der in den Preisen enthaltenen indirekten Steuern). Die Zahlen über das Gesamteinkommen sowie das *National Income White Paper* vom April 1949 vermitteln den Eindruck, daß das britische Volk im Jahre 1948 durchschnittlich sich genau so gut stand wie vor dem Kriege. Der *Economist* macht jedoch zwei Einschränkungen geltend: 1. Obgleich sie für ihr Geld genau so viel kaufen können, glauben die Verbraucher doch

Tabelle 1

Das durchschnittliche persönliche Einkommen vor und nach Abzug der Steuern in den Jahren 1938 und 1947, aufgeschlüsselt nach Einkommenstufen¹

		1938				1947			
Einkommen vor Steuerabzug	Anzahl der Bruttoeinkommen ² (in Tausenden)	Durchschnittseinkommen		Anzahl der Bruttoeinkommen ² (in Tausenden)		Durchschnittseinkommen			
		vor Steuerabzug	nach Steuerabzug			vor Steuerabzug	nach Steuerabzug		
£ 250— 499	2,000	£ 340	£ 331	7,900		£ 341	£ 313		
£ 500— 999	670	679	619	1,850		662	536		
£ 1,000—1,999	224	1,357	1,156	485		1,348	957		
£ 2,000—9,999	98	3,673	2,602	165		3,618	1,939		
£ 10,000 u. mehr	8	21,875	9,500	10		18,400	4,300		

¹) Tabelle zu „Redistribution of Income“, *The Economist*, 21. Januar 1950 (S. 120).

²) Diese Spalte ist nur mit dem Durchschnittseinkommen vor Steuerabzug zu vergleichen.

schlechter abzuschneiden, solange ihre Wahl beschränkt oder die Qualität der zur Verfügung stehenden Waren minderwertig ist. 2. Der gleiche Kaufkraftbetrag verteilt sich auf eine Bevölkerung, die im Jahre 1948 gegenüber 1938 um 5 Prozent zugenommen hat. Der wichtigste Faktor ist aber, wie der *Economist* schreibt, daß ein sehr großer Teil der Kaufkraft in andere Hände übergegangen ist.

1947 hatte die direkte Besteuerung eine solche Erhöhung erfahren, daß sie die sehr hohen Einkommen der Vorkriegszeit praktisch beseitigte. (Siehe Tabelle 1.) Das letzte Jahr, für das Zahlen über die Einkommensbezieher der verschiedenen Netto-Ein-

kommenstufen zur Verfügung stehen, ist 1945/46. Zu jener Zeit gab es nur 885 Personen, denen nach den Steuerabzügen ein Einkommen von 4000 Pfund oder mehr im Jahr verblieb. Im Jahre 1938/39 waren es 19 000 Personen, was den *Economist* zu der Annahme kommen läßt, daß der Einkommensausgleich in Großbritannien weiter vorgeschritten sei als in irgendeinem anderen Lande. Die Zahlen auf den unteren Stufen der Einkommensskala sind beträchtlich gestiegen, aber das durchschnittliche, verfügbare Einkommen dieser Gruppe ist in beiden Zeiträumen ungefähr das gleiche geblieben. Eine offizielle Schätzung der Anzahl von Personen mit einem Jahres-

einkommen von weniger als 250 Pfund liegt zwar nicht vor, aber es ist wahrscheinlich, daß sie nicht mehr so zahlreich sind wie in den Vorkriegsjahren, in denen ein Wochenlohn von 5 Pfund über dem Durchschnitt lag.

Der Anteil der Löhne am Gesamtbruttoeinkommen stieg von 37 Prozent im Jahre 1938 auf 44 Prozent im Jahre 1948. Legt man das Einkommen nach Abzug der direkten Steuern zugrunde, so erhöht sich der Anteil von 39 auf 48 Prozent des Gesamtnettoeinkommens. Das Gesamteinkommen aus Gehältern, nach Bezahlung der direkten Steuern, fiel von 25 auf 21 Prozent des Gesamtnettoeinkommens. Gewinne, Zinsen und Renten fielen von 34 auf 28 Prozent.

Man schätzt, daß die Kaufkraft des Gesamtlohneinkommens von 1938 bis 1947 um 20 Prozent gestiegen ist, wogegen das Gesamteinkommen aus Gehältern um 17 Prozent und aus Gewinnen um 27 Prozent an Kaufkraft verlor. Diese Zahlen beziehen sich auf Löhne, Gehälter und Gewinne als Gesamtkategorien. Die Schwankungen, denen die durchschnittlichen Löhne und Gehälter unterlagen, waren nicht so stark wie die Veränderungen in der Anzahl der Lohn- und Gehaltsempfänger.

Die Halbjahresberichte des Arbeitsministeriums über den Verdienst der Handarbeiter in der Industrie geben Aufschluß über die Höhe des durchschnittlichen (ausgezählten) Wochenverdienstes. Obgleich verschiedene wichtige Industrien (vor allem der Kohlenbergbau), ferner die Landwirtschaft und alle nicht mit der Hand arbeitenden Beschäftigungen in dieser Uebersicht nicht berücksichtigt werden, zeigt diese doch, daß für einen großen Teil der Arbeiterschaft die Kaufkraft des durchschnittlichen Wochenverdienstes (nach Steuerabzug) in der Zeit vom Oktober 1938 bis zum April 1949 um 16 Prozent gestiegen ist.

Die Lage des durchschnittlichen Gehaltsempfängers ist nicht so genau bekannt, aber es besteht kein Zweifel darüber, wie sich seine Lage im Vergleich mit der des Lohnempfängers darstellt. Obgleich das Gehaltseinkommen zwischen 1938 und 1948 von insgesamt 1,110 Milliarden Pfund jährlich auf 1,850 Milliarden Pfund gestiegen ist, hat sich die Kaufkraft dieses Gesamteinkommens um 17 Prozent verringert. Man hat berechnet, daß die Anzahl der Gehaltsempfänger von 5 auf 10 Prozent gestiegen ist. Der durchschnittliche Gehaltsempfänger schneidet demnach sogar noch schlechter ab, als die Zahlen über das Gesamt-Gehaltseinkommen in Tabelle 2 vermuten lassen.

Der Mangel an umfassenden Informationen über die unterschiedlichen Gepflogenheiten des Geldausgebens bei Lohnempfängern und Gehaltsempfängern macht es schwierig, die Veränderungen in ihren Lebenshaltungskosten zu vergleichen. Um die Auswirkung der Preisveränderungen auf die Haushalts-

kosten der arbeitenden Klassen zu messen, kann man sowohl den vom Arbeitsministerium aufgestellten vorläufigen Index der Kleinhandelspreise³ als auch

Tabelle 2

Kaufkraft des Einkommens, aufgeschlüsselt nach Einkommensstypen, in verschiedenen Stichjahren zwischen 1938-48¹

Jahr	Brutto- Einkommen (in Millionen)	Direkte Besteuerung in Prozent	Einkommen-Indices (1938 = 100) für		
			Brutto- Ein- kommen	Einkommen nach Steuerabzug	Kaufkraft des Ein- kommens ²
Löhne					
1938	£ 1,735	3,1	100	100	100
1946	3,095	9,2	178	167	106
1947	3,530	8,1	203	193	114
1948	3,975	8,6	229	216	120
Gehälter					
1938	£ 1,110	5,0	100	100	100
1946	1,630	17,7	147	127	80
1947	1,750	14,9	158	141	83
1948	1,850	14,8	167	150	83
Gewinne, Zinsen und Renten ³					
1938	£ 1,693	15,0	100	100	100
1946	2,585	26,0	153	133	84
1947	2,695	22,0	159	145	86
1948	2,858	23,0	169	153	85
Verteilte Geschäftsgewinne ⁴					
1938	£ 506	15,0	100	100	100
1946	711	26,0	141	122	77
1947	744	22,0	147	134	78
1948	730	23,0	144	131	73

¹ Tabelle zu „Redistribution of Income“, *The Economist*, 21. Januar 1950 (S. 120).

² Dieser Index wurde sowohl den Steuererhöhungen wie den Erhöhungen der Lebenshaltungskosten angeglichen. Die Preise für Verbrauchsgüter stiegen zwischen 1938 und 1948 um 80 Prozent. Quelle: *National Income White Paper*, April 1949 (Cmd. 7649).

³ Einschließlich Einkommen aus freien Berufen und Einkommen aus bäuerlichem Besitz.

⁴ In Gewinnen, Zinsen und Renten mitenthalten.

den Index der „Arbeiterklasse“ im *London and Cambridge Economic Survey* heranziehen. Aber der *Economist* weist darauf hin, daß über die Zusammensetzung des Verbrauchs bei Gehaltsempfängern nur wenige Informationen vorliegen. Für einige wenige Gehaltsempfänger der Vorkriegszeit stehen jedoch

³ Dieser Index wurde im Jahre 1947 begonnen und stützt sich auf die errechneten Ausgaben einzelner Arbeiter.

Statistiken über ihre damaligen Gepflogenheiten hinsichtlich des Geldausgebens zur Verfügung. Werden diese den Preisveränderungen angeglichen, so können sie als Grundlage für das, was der *Economist* eine sehr grobe Berechnung der Lebenshaltungskosten der Mittelklassen nennt, dienen. Diese Berechnungen zeigen, daß die Lebenshaltungskosten für Gehaltsempfänger der Einkommensstufe von 250 bis 350 Pfund in der Zeit von 1938 bis Juli 1949 um 85 Prozent gestiegen sind; in der Einkommensstufe von 350 bis 500 Pfund um 92 Prozent; in der Einkommensstufe von 500 bis 700 Pfund um 99 Prozent, und in der Einkommensstufe von 700 Pfund und darüber um 103 Prozent. Im Gegensatz hierzu stiegen die Lebenshaltungskosten für die Arbeiterklasse (nach den Berechnungen des *London and Cambridge Economic Survey-Index*) während derselben Zeit um nur 79 Prozent. Im allgemeinen bestätigen sie also die vom *Economist* geäußerte Ansicht, daß die Steigerung der durchschnittlichen Preise für das, was gekauft wird, um so größer wird, je höher das Einkommen ist.

Nimmt man diese Unterschiede in den Lebenshaltungskosten der verschiedenen Gruppen der Bevölkerung als gegeben an, so ist die bestehende Spanne zwischen der Vergütung des Lohnempfängers und der des Gehaltsempfängers relativ sogar noch größer, als die Zahlen über das Einkommen erkennen lassen. Die einfachste Methode, um aufzuzeigen, bis zu welchem Grad die Haushalte des Mittelstandes ihren Verbrauch den Verhältnissen anpassen mußten, besteht darin, daß man das Einkommen errechnet, das heute erforderlich wäre, um die gleiche Kaufkraft zu erhalten wie vor dem Kriege. Dieser Versuch ist in den folgenden Aufstellungen unternommen.

Lohnveränderungen

Ein Vergleich der britischen Lohnsätze⁴ aus den Jahren 1914 bis einschließlich 1949 zeigt, daß die Lohnsätze in 10 Jahren, vom Ausbruch beider Weltkriege an gerechnet, um jeweils etwa 75 Prozent gestiegen sind. Die Schwankungen innerhalb jeder dieser Dekaden unterschieden sich jedoch in sehr bezeichnender Weise. Bis 1920 stiegen sowohl Lohnsätze wie Preise scharf an, um dann aber wieder zu fallen; im Jahre 1949 hingegen waren sie höher als zu irgendeiner anderen Zeit innerhalb der letzten zehn Jahre. Das reale Lohneinkommen⁵ (Einkommen nach Deflation durch Einzelhandelspreise, entsprechend der Berechnungsart des *London and Cambridge Economic Survey*) scheint während der

vergangenen 35 Jahre zugenommen zu haben. Die Kaufkraft erhöhte sich von 1914 bis 1924 um etwa 10 Prozent, von 1924 bis 1938 um etwa 20 Prozent

Tabelle 3

Einkommen 1938		Im Jahre 1949 erforderliches Brutto Einkommen zum Erhalt:	
Brutto-Einkommen	Netto-Einkommen nach Steuerabzug	des Netto-Einkommens nach Steuerabzug von 1938	der Kaufkraft des Jahres 1938
£ 500	£ 492	£ 519	£ 1,160
1,000	888	1,107	2,700
1,500	1,278	1,716	5,000
2,000	1,640	2,401	8,000

Quelle: Tabelle zu „Redistribution of Income“, *The Economist*, 21. Januar 1950 (S. 122).

und von 1938 bis 1947 um weitere 27 Prozent. Diese Zahlen beziehen sich auf den durchschnittlichen, in Arbeit stehenden Lohnempfänger. Steuerabzüge wurden nicht berücksichtigt.

Die Löhne für Männer und Frauen weisen erhebliche Unterschiede auf. Der *Economist* stellt fest, daß gleiche Zeitlöhne für beide Geschlechter nur äußerst selten gezahlt werden, und Stücklöhne haben fast immer eine niedrigere Bezahlung der Frau zur Folge. Das Verhältnis zwischen dem Verdienst des Mannes und dem der Frau ist jedoch wechselnd. Zwischen 1914 und 1924 stieg der durchschnittliche Wochenverdienst eines Mannes um 91 Prozent und der der Frau um 112 Prozent. Während und unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg stieg der Verdienst der Frau wiederum verhältnismäßig stärker als der des Mannes. Zwischen 1938 und 1949 stieg der durchschnittliche Wochenverdienst einer Frau im Verhältnis zu dem eines Mannes von 47 auf 55 Prozent. Der Verdienst männlicher Jugendlicher stieg im Verhältnis zu dem des Mannes von 38 auf 42 Prozent, während die Löhne für Mädchen von 27 auf 36 Prozent stiegen.

Bei Zugrundelegung der Stundenlöhne belief sich der Durchschnittsverdienst einer Frau im April 1949 auf 62 Prozent des männlichen Verdienstes, gegenüber 52 Prozent im Jahre 1938. Im April 1949 leistete die Frau durchschnittlich 41,8 Arbeitsstunden in der Woche, gegenüber 43,5 Arbeitsstunden im Oktober 1938. Die entsprechenden Arbeitsstunden des Mannes beliefen sich auf 46,6 beziehungsweise 47,7 Stunden in der Woche.

⁴) Unter „Lohnsätzen“ ist in England gewöhnlich der Zahlungssatz für eine Woche normaler Arbeitsstunden zu verstehen — das heißt für die Anzahl von Stunden, über die hinaus Überstunden gezahlt werden müssen. Die Indexzahlen für die Lohnsätze sind dahingehend berichtigt, daß sie die Schwankungen im Stücklohn bei denjenigen Industrien, bei denen Stückarbeit die Regel ist, ausgleichen. Der Index gibt

jedoch die Unterschiedlichkeiten der tatsächlich ausgezahlten Löhne nicht wieder, da er die Umschichtungen innerhalb der Arbeiterschaft nach dem Stichtag für den Index nicht in Rechnung stellt.

⁵) „Lohneinkommen“ umfaßt den tatsächlichen Inhalt der Lohntüte, stellt also den „ausgezählten“ Betrag dar.

Schwieriger zu bestimmen ist die Entwicklung der Löhne in den verschiedenen Industriezweigen. Bei einigen Industrien können die Verdienste nach April 1948 nicht mehr zum Vergleich herangezogen werden, weil die industrielle Klassifizierung gewechselt hat. Unter den Industrien, deren Verdienste durch besondere Untersuchungen erfaßt wurden, sind die beiden Gruppen, in denen der Verdienst des Mannes die größte Erhöhung seit vor dem Kriege aufweist, die Textilindustrie (121 Prozent) und der Eisenerzabbau sowie die Steinbruchindustrie (118 Prozent). Am tiefsten liegen die staatlichen Industriebetriebe (66 Prozent) und die Papier- und Druckereiindustrie (71 Prozent). Bei Frauen ist die größte Steigerung im Transport- und Lagerwesen — jedoch ausschließlich der Eisenbahnen — (178 Prozent) sowie in der Ziegelei-, Tonwaren- und Glaswarenindustrie (151 Prozent) zu verzeichnen; die beiden niedrigsten Gruppen sind die staatlichen Industriebetriebe (77 Prozent) und die Leder- und Rauchwarenindustrie (104 Prozent). Diese Zahlen lassen erkennen, daß im allgemeinen die Arbeiter der in der Vorkriegszeit am schlechtesten zahlenden Industrien (Arbeiter der wollverarbeitenden und der baumwollverarbeitenden Industrie, Eisenbahnarbeiter, Bauarbeiter) die größten Erhöhungen zu verzeichnen haben.

Es bestehen jedoch noch große Unterschiede zwischen den tatsächlich gezahlten Löhnen: Männer und Frauen zusammengerechnet, hatten die Arbeiter in der Kraftwagen- und Motorradindustrie im April 1949 die höchsten Verdienste. Männliche Arbeiter in dieser Industrie erhielten durchschnittlich 170 Schilling in der Woche, Frauen 97 Schilling. Das *National Coal Board* und das *National Dock Labor Board* meldeten, daß im April 1949 der wöchentliche Barlohn für Männer im Kohlenbergbau durchschnittlich 167 Schilling, und für alle Gruppen von Dockarbeitern 173 Schilling und 9 Pence betrug.

Tabelle 4

Berufsgruppe	Mindestlohn des ungelernten Arbeiters in Prozenten des Facharbeiterlohnes			
	1914	1924	1939	1949
Monteure und Dreher	59	71	75	86
Schiffsbauer	55	69	72	83
Maurer	71	75	75	80
Lokomotivführer	67	75	72	88

Quelle: Tabelle zu „Changes in wages“, *The Economist*, 28. Januar 1950 (S. 184).

Die Ungleichheiten der Lohnsätze in den einzelnen Industrien scheinen im Zweiten Weltkrieg noch schärfer ausgeprägt gewesen zu sein als im Ersten Weltkrieg, wenn auch der größere Erfassungsbereich der heutigen Statistiken für einige dieser Unterschiede verantwortlich sein mag. Während beider Kriegs-

perioden erreichten ungelernte Arbeiter verhältnismäßig größere Zahlungserhöhungen als gelernte. Die vorstehende Tabelle, die von Sir Arthur Bowley zusammengestellt wurde, zeigt am Beispiel einiger Berufsgruppen, wie sich das Lohneinkommen des ungelernten Arbeiters zu dem des gelernten Arbeiters verhält:

Gehälter und Gewinne

Fast die Hälfte des gesamten ausgabefähigen Einkommens, das aus Arbeit und Besitz erworben wird, besteht aus Löhnen. Die andere Hälfte stammt aus einer Anzahl verschiedenster Quellen, zum Beispiel Gehältern, Einkommen aus freien Berufen, Besoldung des Personals der bewaffneten Streitkräfte, Einkommen aus bauerlichem Besitz, Renten, Gewinnen und Zinsen. Das „*National Income White Paper*“, auf das bereits oben hingewiesen wurde, hat berechnet, daß die Gehälter zwischen 1938 und 1948 um 67 Prozent stiegen. Zur Gruppe der Gehaltsempfänger gehören die verschiedensten Berufe, zum Beispiel Geschäftsführer, Vorarbeiter, wissenschaftliche Arbeiter, Zeichner, Verkäufer, Krankenschwestern, Polizisten und alle Büroangestellten vom jüngsten Laufburschen bis hinauf zum höchstbezahlten Verwaltungsangestellten. Die durchschnittlichen Gehälter in allen Dienstgraden des Verwaltungsdienstes stiegen während der letzten 10 Jahre um etwa 14 bis 34 Prozent, wobei Frauen im allgemeinen besser abschnitten als Männer. Allerdings lagen sie auch zu Beginn auf einem beträchtlich niedrigeren Stand.

Im Lehrberuf ist das Höchstgehalt für Akademiker mit vierjähriger Ausbildung seit 1938 um 30 Prozent gestiegen, das des Lehrers mit zweijähriger Ausbildung um etwa 50 Prozent. Die Gehälter der Bankangestellten, mit Ausnahme des Büropersonals, liegen ungefähr 50 bis 60 Prozent über ihrem Vorkriegsstand. Das Büropersonal der Banken erfuhr durchschnittliche Gehaltserhöhungen in Höhe von etwa 60 Prozent für Männer und 80 Prozent für Frauen. Die Gehälter der Büroangestellten, vor allem in der Fertigungsindustrie, sind während und seit dem Zweiten Weltkrieg weitgehend erfaßt worden. Ein männlicher Büroangestellter, der im Jahre 1942 wöchentlich 4 Pfund und 10 Schilling verdiente, erhielt im Jahre 1948 etwa 6 Pfund und 10 Schilling; eine Stenotypistin, die im Jahre 1942 mit 2 Pfund und 18 Schilling bezahlt wurde, erhielt im Jahre 1948 wöchentlich 4 Pfund und 8 Schilling.

Im allgemeinen hat das Einkommen des Gehaltsempfängers mit der steigenden Tendenz der Preise für Verbrauchsgüter, welche eine Höhe erreicht haben, die etwa das Doppelte des Jahres 1938 beträgt, nicht Schritt gehalten, stellt der *Economist* fest. Werden die erhöhten Einkommensteuern in Rechnung gestellt, so ist die Spanne zwischen Gehältern und Preisen sogar noch größer. Der Gehaltsempfänger hat weniger,

der Lohnempfänger mehr Kaufkraft als vor dem Kriege, schließt *The Economist*. In einer Hinsicht zeigen jedoch Gehälter und Löhne die gleichen Tendenzen: Die Spanne zwischen gelernten und ungelernten Arbeitern sowie zwischen Frauen und Männern hat sich verengt.

Ein weiteres Beispiel für diese Angleichung der Gehälter ist in der Besoldung der Armee zu finden. Die jährliche Besoldung einschließlich Familienunterstützung für einen verheirateten Leutnant im allgemeinen Heeresdienst, der 25 Jahre alt und außerhalb von London wohnhaft ist, beträgt zur Zeit insgesamt 772 Pfund, gegenüber 371 Pfund im Jahre 1939; ein Major im Alter von 38 Jahren in den gleichen Verhältnissen erhält 1174 Pfund gegenüber 768 Pfund im Jahre 1939. Aber ein Feldmarschall, der im Jahre 1939 mit 3925 Pfund besoldet wurde, bekam im Jahre 1949 genau 13 Pfund weniger ausgezahlt.

Das Gesamteinkommen aus freien Berufen stieg zwischen 1938 und 1948 um 92 Prozent, aber es ist möglich, daß die Anzahl der Einkommen, die für diese Gesamtzahl zeichnen, sich geändert hat. Die Gebühren für Aerzte und Zahnärzte sind im allgemeinen langsam gestiegen. Die Gebühren für „*solicitors*“, die im Jahre 1881 gesetzlich festgelegt wurden, sind in annähernd 70 Jahren um nur 50 Prozent heraufgesetzt worden.

Das in England entstehende durchschnittliche Einkommen aus bäuerlichem Besitz betrug im Jahre 1938

etwa 150 Pfund je Hof und im Jahre 1948 660 Pfund. Diese Zahlen stehen zwar für das Bruttoeinkommen, aber selbst nach den sehr erheblichen Steuerabzügen haben die Bauern noch beträchtlich gewonnen. Im Gegensatz hierzu haben die Grundbesitzer nicht so gut abgeschnitten. Miet- und Pachtzinsen aus Ländereien und Baulichkeiten, nach Abzug der Reparatur- und Instandhaltungskosten, jedoch ohne Abzug der Einkommensteuern, beliefen sich im Jahre 1948 auf 430 Millionen Pfund, gegenüber 395 Millionen Pfund im Jahre 1938.

Das *National Income White Paper* schätzt, daß das aus Gewinnen anfallende Nettoeinkommen (Zahlung von Dividenden und Zinsen durch Gesellschaften) zwischen 1938 und 1948 um 44 Prozent gestiegen ist. Das wäre also entschieden geringer als die nach Annahme dieser Quelle eingetretene 80prozentige Erhöhung der Preise für Verbrauchsgüter.

Der Vierteljahresdurchschnitt der Bruttodividenden, schätzt der *Economist*, schwankte im Jahre 1949 zwischen 13 und 17 Prozent des im Umlauf befindlichen Kapitals, aber nur zwischen 5,3 Prozent und 8,4 Prozent des tatsächlich arbeitenden Kapitals. Der *Economist* glaubt, daß die letzteren Zahlen ein klareres Bild von den Gewinnen des Aktienbesitzers aus seinem Kapital vermitteln. Sie zeigen, daß das persönliche Einkommen des gewöhnlichen Besitzers von Aktien öffentlicher Gesellschaften nicht durch abnorme Gewinne erhöht wird.

⁶⁾ Die *solicitors* = nicht plädierende Rechtsanwälte bilden einen Zweig des britischen Rechtsvertreters, dessen Beschäftigung in der Vorbereitung von Fällen, Schriftsätzen und Be-

gründungen zur Vorlage bei Gericht durch die *barristers* = plädierende Rechtsanwälte besteht. Die letzteren sind weniger zahlreich und höher bezahlt.

Die Ergebnisse der New Yorker Außenministerkonferenz vom 12. bis 14. und 18. September 1950

Treffen der drei Außenminister der Westmächte,
Dean Acheson, Ernest Bevin und Robert Schuman

Zwischenkommuniqué vom 14. September 1950

„Die Beratungen der Außenminister vom 12. bis zum 14. September umfaßten zahlreiche bedeutsame Probleme, in denen die ernste Situation zum Ausdruck kommt, der sich die Welt heute gegenübersteht. Die Außenminister stimmten völlig darin überein, daß das dringendste dieser Probleme die Stärkung der Verteidigung der freien Welt in Europa und Asien ist, und waren sich ebenso darüber einig, daß zur Erreichung dieses Zieles sofortige und wirksame Maßnahmen getroffen werden müssen.

Die Außenminister werden ihre Beratungen am 18. September nach der Konferenz des Nordatlantiktates wieder aufnehmen. In der Zwischenzeit werden sie Gelegenheit gehabt haben, ihre Ansichten mit den Vertretern anderer an diesen Fragen interessierter Regierungen auszutauschen sowie die Berichte einer Anzahl von ad-hoc-Unterausschüssen in Empfang zu nehmen und zu überprüfen, die während der gegenwärtigen Verhandlungen gebildet wurden.

In bezug auf Europa hatten die Außenminister einen vorläufigen Meinungsaustausch über folgende Fragen:

1. Die Bildung einheitlicher Streitkräfte zur Verteidigung Westeuropas.
2. Die sofortige Verstärkung der in Westeuropa stationierten Streitkräfte.
3. Abmachungen zur Beschleunigung und Erweiterung der für diese Verteidigungsmaßnahmen notwendigen Produktion von Ausrüstung und Versorgungsgütern

sowie zur Finanzierung dieser Bemühungen.

4. Die mögliche Relation Westdeutschlands zu diesen Bemühungen.
5. Schritte zur Gewährleistung der internationalen Sicherheit in Westdeutschland und Berlin, und
6. geeignete Maßnahmen, wie zum Beispiel die Beendigung des Kriegszustandes und eine weitere Lockerung der Besatzungskontrollen, um die Wiederherstellung der Position Deutschlands als Mitglied in der Familie freier Nationen zu beschleunigen.

In bezug auf Asien begrüßen die Außenminister die große Solidaritätskundgebung von 53 Nationen zur Unterstützung der Bemühungen der Vereinten Nationen, der Aggression in Korea entgegenzutreten. Weiterhin fand ein Meinungsaustausch über folgende Fragen statt:

1. Die Sicherheit Südasiens vor direkter oder indirekter Aggression.
2. Die politische, militärische und wirtschaftliche Entwicklung der assoziierten Staaten von Indochina.
3. Die Fortdauer des Interesses der Vereinten Nationen an Korea nach Beendigung der Feindseligkeiten, und
4. Fragen, die im Zusammenhang mit der friedlichen Regelung des Formosa-Problems stehen.

Ein weiteres Kommuniqué wird herausgegeben, sobald die Außenminister ihre Sitzung beendet haben.“

Quelle: *The New York Times* vom 15. September 1950.
Übersetzung des Europa-Archivs.

Allgemeines Kommuniqué vom 19. September 1950

Die Außenminister Frankreichs, des Vereinigten Königreichs und der Vereinigten Staaten beendeten ihre geplanten Besprechungen am 18. September, nachdem sie an den Beratungen des Nordatlantiktates teilgenommen und Beratungen mit den Vertretern anderer Regierungen, die an den Problemen interessiert sind, geführt haben.

Wie im Zwischenkommuniqué vom 14. September bereits mitgeteilt wurde, haben sie ihre Ansichten über eine große Anzahl von Problemen von gemeinsamem Interesse offen und erschöpfend ausgetauscht. Die Mini-

ster beabsichtigen, ihren Meinungsaustausch in den Tagen der Eröffnung der Vollversammlung der Vereinten Nationen bei passender Gelegenheit fortzusetzen. Einige der von ihnen erörterten Fragen werden in den nächsten Wochen von den Vereinten Nationen behandelt werden.

Die Minister sind sich darüber einig, daß die Bestrebungen der Vereinten Nationen, jeder Bedrohung des Friedens entgegenzutreten und friedliche Lösungen anzustreben, von ihnen mit aller Kraft unterstützt werden.

Die Hauptsorge der Minister galt während der gegen-

wärtigen Tagung den dringenden Maßnahmen für die Sicherheit der freien Welt in Europa und Asien, damit der Frieden erhalten bleibt. Die Minister sind sich darin einig, daß dies auch weiterhin ihre Hauptsorge sein wird und daß sie zusammen mit den Mitgliedern des Nordatlantikpaktes und anderen befreundeten Regierungen darauf achten werden, daß die erforderlichen Maßnahmen zur Erreichung dieses Ziels ausgearbeitet und mit größter Beschleunigung durchgeführt werden.

Bei der Beratung der deutschen Angelegenheiten wurden die Minister in hohem Maße durch den Bericht von der Dreimächte-Studiengruppe unterstützt, die in den

drei letzten Monaten in London ihre Sitzungen abgehalten hatte. Die Minister beschlossen, daß diese Studiengruppe, die auf ihrer Mai-Konferenz in London ins Leben gerufen wurde, weiterarbeiten soll.

Die Minister hatten auch den Vorteil der Anwesenheit ihrer drei Hochkommissare in Deutschland, die sich in New York befanden. Die Beschlüsse der Minister über eine große Zahl von Fragen, die Deutschland betrafen, sind in einer Anlage zu diesem Kommuniqué angeführt.

Quelle: *The New York Times* vom 20. September 1950. Übersetzung des Europa-Archivs.

Kommuniqué über Deutschland vom 19. September 1950

Die Außenminister haben die Lage in Deutschland und die Beziehungen der Alliierten zu der Bundesrepublik im Licht der seit der letzten Zusammenkunft im Mai 1950 eingetretenen Entwicklung überprüft. Sie haben bei ihren Beratungen die Ansichten berücksichtigt, die gelegentlich in letzter Zeit von der Regierung der Bundesrepublik geäußert worden sind.

Die Außenminister und ihre Regierungen teilen den Wunsch des deutschen Volkes nach einer Vereinigung Deutschlands auf einer Basis, die die Grundrechte respektiert. Trotz ihrer Bemühungen, dieses Ziel zu erreichen, wird es offensichtlich nicht zu verwirklichen sein, solange die Sowjetunion fortfährt, Vorschläge für demokratische gesamtdeutsche Wahlen zu ignorieren und kontrollierte Wahlen abhalten zu lassen, wie etwa in der sowjetischen Zone am 15. Oktober. Bis zur Vereinigung Deutschlands betrachten die drei Regierungen die Regierung der Bundesrepublik als die einzige frei und gesetzlich konstituierte deutsche Regierung, die infolgedessen befugt ist, in internationalen Angelegenheiten als Vertreter des deutschen Volkes für Deutschland zu sprechen.

Die Außenminister bekräftigen erneut ihren schon vielfach bewiesenen Wunsch, die Bundesrepublik in die Gemeinschaft der freien Völker einzugliedern. Sie sind überzeugt, daß die überwältigende Mehrheit des deutschen Volkes am Aufbau einer europäischen Gemeinschaft und Stärkung ihrer gemeinsamen Zivilisation teilzunehmen wünscht. Die Zeit erscheint ihnen nunmehr gekommen, einen weiteren Schritt auf dem Weg zu diesen Zielen zu tun.

Im Geist der neuen Beziehungen, die sie mit der Bundesrepublik aufzunehmen wünschen, haben die drei Regierungen beschlossen, so bald wie dies nach den Verfassungen ihrer Länder veranlaßt werden kann, die nötigen legislativen Schritte zur Beendigung des Kriegszustandes mit Deutschland zu unternehmen.

Diese Maßnahme berührt nicht die Rechte und den Status der drei Mächte in Deutschland, die auf anderen Grundlagen beruhen. Sie wird jedoch eine stärkere Basis für die weitere Entwicklung friedlicher und freundschaftlicher Beziehungen bieten und wird Härten beseitigen, denen Deutsche unterworfen sind. Die drei Regierungen hoffen, daß andere Länder Möglichkeiten finden werden, nach Maßgabe ihrer eigenen Verfassungen ähnliche Schritte zu unternehmen.

Die drei Minister haben dem Problem der Sicherheit der Bundesrepublik und seinen äußeren wie inneren

Aspekten ernste Beachtung gewidmet. Sie stellen fest, daß in der sowjetischen Besatzungszone echte Militäreinheiten aufgestellt wurden und daß diese Tatsache im Zusammenhang mit kürzlichen Ereignissen eine sehr bedenkliche Situation geschaffen hat.

Die alliierten Regierungen sind der Ansicht, daß ihre Streitkräfte in Deutschland außer ihren Besatzungsaufgaben noch die wichtige Aufgabe haben, als Sicherheitstruppen zum Schutz und zur Verteidigung der freien Welt, einschließlich der Deutschen Bundesrepublik und der Westsektoren Berlins, zu dienen. Um diesen Schutz wirksamer zu machen, werden die alliierten Regierungen ihre Truppen in Deutschland vermehren und verstärken. Sie werden jeglichen Angriff auf die Bundesrepublik oder Berlin von jeder Seite als einen Angriff auf sich selbst betrachten.

Die Minister stimmen vollkommen darin überein, daß die Wiederaufstellung einer deutschen nationalen Armee den Interessen Deutschlands und Europas nicht zum besten dienen würde. Sie glauben auch, daß dies die Ansicht der großen Mehrheit des deutschen Volkes ist.

Die Minister haben jedoch in letzter Zeit die in Deutschland und außerhalb geäußerten Ansichten zur Kenntnis genommen, die für eine deutsche Beteiligung an einer gemeinsamen (integrated) Streitmacht zur Verteidigung der Freiheit Europas plädierten. Die Frage, die durch das Problem der Teilnahme der Deutschen Bundesrepublik an der gemeinsamen Verteidigung Europas aufgeworfen wird, ist zur Zeit Gegenstand von Untersuchungen und Gedankenaustausch.

Was die interne Sicherheit anbetrifft, sind die Außenminister von der Notwendigkeit überzeugt, die deutschen Stellen in die Lage zu setzen, eventuellen Untergrundbewegungen wirkungsvoll entgegenzutreten. Zu diesem Zweck sind die Außenminister übereingekommen, die Aufstellung beweglicher (mobile) Polizeikräfte auf Landesbasis zu genehmigen. Die Bundesregierung soll jedoch die Berechtigung erhalten, diese Polizeikräfte als Ganzes oder Teile derselben so einzusetzen, wie es die zeitweilige Lage erfordert. Die Hochkommission und die alliierten Streitkräfte in Deutschland werden ihre Unterstützung gewähren, soweit sie zur schnellen Aufstellung dieser Polizeitruppe benötigt werden sollte.

Diese neue Phase in den Beziehungen zwischen den Alliierten und der Bundesrepublik soll durch eine weitere Ausdehnung der Autorität der Bundesregierung gekennzeichnet werden. Um dies zu ermöglichen, sind die Besatzungsmächte bereit, das Besatzungsstatut abzu-

ändern unter Beibehaltung der legalen Basis der Besetzung. Von der Bundesrepublik wird erwartet, daß sie im Einklang mit ihren neuen Verantwortlichkeiten gewisse Verpflichtungen eingeht und noch weitere Maßnahmen trifft.

Auf dem Gebiet der Außenpolitik wird die Bundesregierung ermächtigt werden, ein Außenministerium zu errichten und diplomatische Beziehungen mit ausländischen Staaten aufzunehmen, wo immer dies angebracht erscheint. Auf anderen Gebieten, und besonders in bezug auf interne wirtschaftliche Angelegenheiten, werden umfangreiche Verminderungen der bestehenden Kontrollen eintreten. Das gegenwärtige System der Ueberprüfung deutscher Gesetzgebung wird abgeändert werden. In gewissen Fällen werden die alliierten Befugnisse aufhören, sobald die Bundesregierung Zusicherung gegeben oder entsprechende Maßnahmen getroffen hat. Die Hochkommission wird sofort Beratungen mit der Bundesregierung einleiten, um die notwendigen Uebereinkommen für diese Zusicherungen auszuarbeiten.

Die Außenminister sind ebenfalls übereingekommen, in Anbetracht der sich entwickelnden Beziehungen zur Bundesrepublik das Abkommen über verbotene und eingeschränkte Industrien zu überprüfen. Bis zum Abschluß dieser Ueberprüfung ist die Hochkommission ermächtigt worden, mit sofortiger Wirkung alle Bestimmungen über Größe, Geschwindigkeit und Zahl der für den Export hergestellten Handelsschiffe aufzuheben und die Erzeugung von Stahl über die gegenwärtigen Einschränkungen hinaus zu bewilligen, wo dies die Verteidigungsanstrengungen des Westens erleichtern wird.

Die drei Regierungen sprechen der Bevölkerung Berlins für ihre fortdauernde Standhaftigkeit und für den tapferen Kampf der Stadt um Erhaltung ihrer Freiheit ihre volle Anerkennung aus. Sie werden auch weiterhin jedem Angriff gegen die Einwohner der Stadt entgegenzutreten und unternehmen zur Zeit Schritte, die dortigen alliierten Streitkräfte zu verstärken. Im Hinblick auf den hohen Preis, den Berlin für die Verteidigung seiner Freiheit zu zahlen hatte, werden sich die Regierungen auch weiterhin bemühen, seine wirtschaftliche Lage zu erleichtern. Sie haben die Hochkommission beauftragt, die grundlegenden Bestimmungen über die Beziehungen zwischen der Alliierten Kommandantur und Berlin zu überprüfen und die alliierten Kontrollen innerhalb der Stadt soweit wie möglich zu lockern.

Diese Beschlüsse kennzeichnen einen wichtigen Schritt in der Normalisierung der Beziehungen und sollten zur Schaffung einer Atmosphäre gegenseitigen Vertrauens und Verstehens beitragen. Sie stellen einen wesentlichen Schritt vorwärts dar zur fortschreitenden Wiederaufnahme Deutschlands in die Gemeinschaft Westeuropas und zur Konsolidierung der westlichen Nationen in ihren Bemühungen, eine feste Grundlage für den zukünftigen Frieden Europas und der Welt zu schaffen.

Quelle: *The New York Times* vom 20. September 1950. Übersetzung des Europa-Archivs.

Pläne zur wirtschaftlichen Integration Europas

Schuman-Plan, Stikker-Plan, Pella-Plan

Vorbemerkung

Je mehr das Ende des Marshall-Planes in Sicht kommt, desto vordringlicher wird für die Teilnehmerstaaten und die Pariser Organisation für Europäische Wirtschaftliche Zusammenarbeit (OEEC) die Frage der künftigen zwischenstaatlichen Wirtschaftsbeziehungen. Der Grundgedanke des Marshall-Planes war, die Gesundung der europäischen Wirtschaft durch den Wiederaufbau der einzelnen Nationalwirtschaften herbeizuführen. Aus diesen Bestrebungen ist schließlich das Abkommen über die Europäische Zahlungsunion (EPU) hervorgegangen, das am 19. September 1950 von den Vertretern der achtzehn am OEEC beteiligten Länder unterzeichnet wurde. Es tritt sofort in Kraft. Damit ist ein wichtiger Schritt auf dem Wege zur Wiederherstellung der Konvertierbarkeit der europäischen Währungen getan. Nun ist vorgesehen, daß innerhalb kürzester Frist 60 Prozent der Einfuhr im Verkehr zwischen den beteiligten Ländern von der Kontingentierung befreit werden. Außerdem haben sich die Teilnehmerländer verpflichtet, vor Jahresende im gegenseitigen Verkehr eine Politik der Nicht-Diskriminierung anzuwenden. Jetzt gilt es, dem

Mechanismus der Zahlungsunion eine reale Grundlage zu geben und eine echte europäische Marktgemeinschaft zu schaffen und nicht mehr nur handelspolitische Regionalabkommen wie etwa das Benelux-Abkommen und die viel umstrittenen Projekte der „Fritalux“ und „Uniscan“.

Wir bringen nun im folgenden eine Reihe von Dokumenten, welche die verschiedenen Ansatzpunkte für ein neues gesamteuropäisches Wirtschaftsdenken bezeichnen. Zunächst das von dem französischen Planungskommissar Jean Monnet ausgearbeitete „Arbeitsdokument“ für die Schaffung einer europäischen Montan-Union vom 24. Juni, ferner den Plan des niederländischen Außenministers Dirk. U. Stikker und die Vorschläge des italienischen Schatzministers Giuseppe Pella.

Das Arbeitsdokument Monnets, das zu Beginn der Schuman-Plan-Verhandlungen den Führern der fünf ausländischen Delegationen (Deutschland, Italien, Belgien, Niederlande und Luxemburg) überreicht wurde, geht von der Voraussetzung aus, daß die

Montanindustrien aller europäischen Länder mehr oder weniger von auswärtigen Rohstoffeinfuhren abhängig sind. Der Stahlbedarf ist außerordentlichen Schwankungen unterworfen, die durch die besondere Abhängigkeit der europäischen Industrien von ihren Exportmärkten noch verstärkt werden. Auch die Preisgestaltung bei Rohstoffen und Enderzeugnissen ist dementsprechend unstabil. Im Mittelpunkt des Schuman-Planes steht daher die Schaffung eines einheitlichen Marktes für Kohle, Eisen und Stahl. Wenn sich auch die Initiative des französischen Außenministers von der wirtschaftlichen Seite her ohne weiteres aus dem Mangel Frankreichs an guter Kokereikohle, aus dem drückenden Kapitalmangel der französischen Wirtschaft und die infolge teurer Importkohle und kostspieliger Eigenförderung verminderte Wettbewerbsfähigkeit der französischen Stahlindustrie erklären läßt, so stand sie doch von allem Anfang an unter einem übergeordneten politischen Gesichtspunkt, auf den wir an anderer Stelle ausführlich eingegangen sind (vgl. „Schuman-Plan und Atlantik-Pakt“, Europa-Archiv 13/1950, S. 3147—3158).

Die Europäische Montan-Union soll die jahrhundertalten deutsch-französischen Konflikte aus der Welt schaffen. Sie soll darüber hinaus durch die Bildung einer übernationalen Hohen Behörde und die damit verbundene Verschmelzung der Hoheitsrechte der Mitgliedstaaten den festen wirtschaftlichen Kern für eine europäische Föderation schaffen. Die Konsultativversammlung des Europarates hat sich im August 1950 eingehend mit der Frage beschäftigt, wie die von den Parlamenten der Teilnehmerstaaten des Schuman-Plans zu wählende Versammlung, der die Hohe Behörde verantwortlich sein soll, in den Europarat eingegliedert werden kann.

Dieses Problem wird dadurch kompliziert, daß Großbritannien nicht bereit ist, das Schicksal seiner Kohle- und Stahlindustrie einer übernationalen Behörde anzuvertrauen. So entschloß man sich in Straßburg, folgenden Ausweg vorzuschlagen: Die Mitglieder der im Schuman-Plan vorgesehenen parlamentarischen Autorität sollen aus den Abgeordneten der Straßburger Konsultativversammlung gewählt werden, deren Länder am Schuman-Plan teilnehmen. Die Abgeordneten des „Montanparlamentes“ bilden damit also praktisch einen Spezialausschuß der Konsultativversammlung. Sie sollen dem Straßburger Plenum, in dem auch die am Schuman-Plan nicht beteiligten Länder vertreten sind, regelmäßig Berichte vorlegen, um dadurch auch die Länder, die sich an der Montan-Union nicht beteiligen, ständig auf dem laufenden zu halten und ihnen auch die Möglichkeit zur Stellungnahme zu geben (vgl. dazu auch: „Die Konsultativversammlung des Europarates vor den Grundproblemen der europäischen Einigung“, Europa-Archiv 18/1950, S. 3347—3360).

Der Aktionsplan für eine europäische wirtschaftliche

Integration, den der niederländische Außenminister *Stikker*, der zugleich Präsident des Europäischen Wirtschaftsrats ist, dem OEEC vorlegte, geht von einem anderen Gesichtspunkt aus. Er zielt vor allem auf die energische Weiterführung aller Maßnahmen zur Liberalisierung des europäischen Handels und versucht, den Schwierigkeiten, die sich dabei für einzelne Teilnehmerländer ergeben werden, durch konstruktive Vorschläge zu begegnen. Die für eine echte Liberalisierung notwendige Spezialisierung und ins einzelne gehende Arbeitsteilung kann zunächst nicht allen Partnern den gleichen Nutzen bringen. Daher schlägt *Stikker* vor, die Integration zunächst für einzelne Wirtschaftszweige anzustreben und dadurch den Abbau der noch bestehenden Handelshemmnisse (wie beispielsweise Mengenbeschränkungen und Zölle) zu ermöglichen. Gleichzeitig soll ein „Europäischer Integrierungsfonds“ geschaffen werden, der durch die Gewährung von Krediten und Anleihen die unvermeidlichen Uebergangsschwierigkeiten der einzelnen Industriezweige mildern soll. Dieser Integrierungsfonds ist „die Verkörperung des Grundsatzes, daß die Lasten, die auf dem Weg zur Integrierung anfallen könnten, gemeinsam getragen werden müssen“.

Von ähnlichen Gedankengängen gehen die Vorschläge des italienischen Schatzministers *Giuseppe Pella* aus, der gleichzeitig die Grundgedanken des *Stikker*-Planes einer eingehenden Kritik unterzieht. Die von *Stikker* vorgeschlagene Integrierung einzelner Wirtschaftszweige setzt eine nationale Wirtschaftsplanung voraus, die es jedoch vielfach nicht gibt. Außerdem bestehen unter den Mitgliedstaaten große Unterschiede im Wirtschaftspotential. Die Naturschätze sind ungleichmäßig verteilt. Durch die historische Entwicklung sind diese Ungleichheiten noch weiter verstärkt worden. (Dabei denkt *Pella* natürlich auch besonders an den Ueberschuß Italiens an Arbeitskräften und an die wirtschaftliche Rückständigkeit Südtaliens.) Nach der Auffassung der italienischen Regierung kann das wirtschaftliche und finanzielle Gleichgewicht der europäischen Staaten nur durch eine Steigerung des Wirtschaftspotentials im Rahmen einer Expansion der Weltwirtschaft erreicht und gewahrt werden. Im Wege multilateraler Tarifverhandlungen sollen daher im Verkehr der beteiligten Länder untereinander gemäß Artikel 15 der Havana-Charta Präferenzzölle eingeführt und gleichzeitig die Einfuhrkontingentierung und sonstige Handelshemmnisse beseitigt werden. Die auf diese Weise vertraglich festgelegten Vorzugszölle müßten für längere Zeit, beispielsweise für zehn Jahre, festgelegt werden, wobei jedoch gleichzeitig der automatische Abbau der vereinbarten Sätze innerhalb bestimmter Zeitabschnitte vorgesehen ist. Auch *Pella* hält die Bildung eines europäischen Integrierungsfonds zur Ueberwindung der Uebergangsschwierigkeiten für nützlich.

In diesem Zusammenhang sind auch noch die von uns hier nicht im Wortlaut wiedergegebenen Vorschläge des französischen Finanzministers Maurice Petsche zu erwähnen. Er schlägt vor, eine „Europäische Investitionsbank“ zu schaffen. Die unter Mitwirkung des internationalen Privatkapitals zu gründende Bank soll unter der direkten Kontrolle der beteiligten Regierungen stehen, wobei die Kapitalbeteiligung der Länder durch festgesetzte Quoten über die Stimmenzahl entscheidet. Diese europäische Bank hätte nach ausschließlich wirtschaftlichen Gesichtspunkten zu prüfen, welche Investitionspläne auch in einem sich allmählich liberalisierenden europäischen Markt Aussicht auf dauerhafte Rentabilität haben. Sie könnte zu diesem Zweck aufgenommene in- und ausländische Anleihen auf die richtigen Objekte hinleiten. Im Gegensatz zu dem von Stikker vorgeschlagenen Integrationsfonds, der nur mit den Re-

gierungen der Mitgliedstaaten in Verbindung steht, ist die Europäische Investitionsbank als ein unabhängiges internationales Finanzinstitut gedacht, das gewissermaßen als europäisches Schwesterinstitut der Weltbank (die als Aktionär beteiligt sein soll) sowohl an die Regierungen wie auch an die Privatwirtschaft oder ganze Industriezweige Kredit gewähren und gegebenenfalls die Initiative für die Finanzierung besonderer Projekte ergreifen könnte. In deutschen Bankkreisen wird dem Plan einer europäischen Investitionsbank neben dem Schuman-Plan die größte Beachtung geschenkt, da man annimmt, daß ein derartiges Institut allein durch das Gewicht seiner Autorität die einzelnen Regierungen und Industriezweige zu einer gewissen Koordinierung ihrer Investitionspolitik bringen könnte und damit entscheidend zur Herbeiführung der angestrebten Marktgemeinschaft beitragen würde⁶.

Das Arbeitsdokument Jean Monnets

Am 24. Juni überreichte die französische Regierung den Führern der fünf ausländischen Delegationen (Deutschland, Italien, Belgien, Niederlande und Luxemburg), die an der Pariser Konferenz über Kohle und Stahl teilnehmen, ein „Arbeitsdokument“, von dem Jean Monnet der Presse am 27. Juni eine Zusammenfassung übergab.

Im folgenden bringen wir den vollständigen Text dieses Dokumentes in deutscher Uebersetzung.

Das Dokument schlägt eine teilweise Verschmelzung der Hoheitsrechte durch Einsetzung einer gemeinsamen Hohen Behörde vor, die ausführendes und verwaltendes Organ sein soll. Diese Hohe Behörde würde einer unmittelbar von den Parlamenten der teilnehmenden Länder gewählten gemeinsamen Versammlung verantwortlich sein. Einspruchsmöglichkeiten vor einer schiedsrichterlichen Instanz sollen geschaffen werden.

Die geplante Beschaffenheit der Hohen Behörde läßt ihren übernationalen Charakter erkennen. Es ist vorgesehen, daß die Ernennung einer beschränkten Anzahl von Mitgliedern¹ von den Regierungen gemeinsam vorgenommen wird, ohne daß ein Mitglied sein Mandat unmittelbar von einer einzelnen Regierung erhält. Gleichweise würde der Präsident von der Gesamtheit der Regierungen ernannt werden, ebenso ein Kommissar für das Rechnungswesen mit dem Auftrag, über die Rechnungsführung und die Finanzverwaltung der Hohen Behörde Bericht zu erstatten.

Um die Kontrolle über die Ausübung der dieser Hohen Behörde zur Erfüllung ihrer Aufgaben übertragenen Vollmachten zu sichern, wird vorgeschlagen, die Hohe Behörde durch Einrichtung einer allgemeinen Versammlung vor der Gesamtheit der Bürger der teilnehmenden Länder verantwortlich zu machen. Jedes Jahr sollen die Parlamente der Teilnehmerstaaten aus ihrer Mitte Ab-

geordnete für eine allgemeine Versammlung wählen; diese würde einmal jährlich zusammentreten, um den von der Hohen Behörde vorgelegten Bericht öffentlich zu debattieren, und könnte durch einen mit wesentlicher Mehrheit² angenommenen Mißtrauensantrag den Gesamtrücktritt der Mitglieder der Hohen Behörde herbeiführen. So würde zum erstenmal eine internationale Versammlung mehr sein als ein beratendes Organ; die Parlamente selbst, die einen Bruchteil ihrer Hoheitsrechte aufgegeben hätten, würden sich verschmolzen wiederfinden, um diese Hoheitsrechte gemeinsam auszuüben.

Einspruchsrechte der Staaten

Es wird vorgeschlagen, die allgemeine Verantwortlichkeit der Behörde durch eine Einspruchsregelung zu ergänzen, die normalerweise von den Staaten, gegebenenfalls auch von den Unternehmen in solchen Ausnahmefällen in Anspruch genommen werden kann, in denen Beschlüsse sie individuell betreffen; zu dem Recht, eine zweite Prüfung zu verlangen³, käme noch die Möglichkeit, an ein Schiedsgericht zu appellieren, dessen Zuständigkeit nicht allein eine juristische wäre, sondern das, sofern ein Beschluß die wirtschaftliche Expansion und das Gleichgewicht eines Staates nach außen zu gefährden schiene, von der Hohen Behörde verlangen könnte, diesen Beschluß abzuändern.

„Beratende Ausschüsse“ der Arbeitgeber, Arbeitnehmer und Verbraucher

Im Sinne der Verfasser des Arbeitsdokuments müßte die Hohe Behörde mit den Regierungen, den Unternehmen und den interessierten Organisationen ein organisches System gegenseitiger Unterrichtung und ständiger Zusammenarbeit einrichten, das ihr erlauben würde, ihre Aufgabe mit einem begrenzten Apparat für Verwaltung

¹) Vgl. u. a. die Wirtschaftsberichte der Rhein-Main-Bank (früher Dresdner Bank) vom August 1950.

²) Es würde sich um sechs bis neun Mitglieder handeln, die für sechs Jahre ernannt werden.

³) Es ist an eine Zweidrittelmehrheit gedacht.

⁴) Normalerweise würde die Beschlußfassung mit einfacher Mehrheit erfolgen. In zweiter Lesung mit Zweidrittelmehrheit.

und Interventionen durchzuführen. Auf diese Weise haben gewisse Vollmachten, die ihr notwendigerweise übertragen werden müssen, den Charakter einer Sicherung; die Ausrichtung (Orientiertheit) ihrer Tätigkeit wird es der Hohen Behörde ersparen, auf diese zurückzugreifen, außer in Sonderfällen.

Diese Tätigkeit wird sich auf eine laufende Information und einen umfassenden Ueberblick stützen müssen. „Beratende Ausschüsse“ sind vorgesehen als Vertretung der Arbeitgeber, Arbeitnehmer und Verbraucher. Die Behörde kann Hilfsorgane zu Rate ziehen, die von „regionalen Verbänden“⁴ der Produzenten gebildet werden, die sich, ohne Rücksicht auf die Grenzen, auf Grund der ähnlichen Produktionsbedingungen, unter denen sie sich befinden, zusammengeschlossen haben.

Aufhebung der Zölle und der Diskriminierung

Die Handlungsmöglichkeiten der übernationalen Institution werden sich in erster Linie aus dem Gemeinschaftsgedanken ergeben, den auszulösen sie imstande ist; in zweiter Linie aus den unabhängigen Hilfsquellen, die ihr gestattet werden, die Finanzierung der Unternehmen oder ihre Anpassung an den gemeinsamen Markt leichter durchzuführen; endlich aus den Verpflichtungen, welche die Regierungen im Vertrag selbst unterzeichnet haben.

Ueber die Mitwirkung hinaus, die die Staaten zur Durchführung der Aufgaben der Hohen Behörde beisteuern würden, wäre es ihre Sache, gewisse notwendige Maßnahmen zu ergreifen, um einen gemeinsamen Markt für Kohle und Stahl zu schaffen. Es würde sich vor allem darum handeln, die gegenseitigen Zölle sowie die quantitativen Einschränkungen im Austausch dieser Produkte aufzuheben, ferner die Diskriminierung in den Transporttarifen und die Kartellpraktiken.

Vollbeschäftigung und Hebung des Lebensstandards der Arbeiter

Das Ziel, das der Hohen Behörde gesetzt ist, wäre, mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln an einer Politik der wirtschaftlichen Expansion, der Vollbeschäftigung und der Hebung des Lebensstandards der Arbeiter mitzuwirken.

Sie müßte insbesondere darüber wachen, daß die Deckung des Bedarfs der teilnehmenden Länder und die Entwicklung der Ausfuhr nach den anderen Ländern ohne Diskriminierung unter den besten wirtschaftlichen Bedingungen durch Schaffung eines ausgedehnten gemeinsamen Marktes und Modernisierung der Produktion sichergestellt sind. Zur Erfüllung dieser Aufgaben würde die Hohe Behörde gewisse begrenzte und spezifische Vollmachten erhalten.

Die Vollmachten der Hohen Behörde hinsichtlich der Preisgestaltung

Ebenso wären hinsichtlich der Preisgestaltung die Vollmachten der Hohen Behörde auf den Schutz der Verbraucher ohne Diskriminierung, auf die Ausschaltung unrentlicher Praktiken und auf die stetige und geregelte Erweiterung der Produktion und der Absatzwege ausgerichtet. Ihre Aufgabe wäre es im wesentlichen, Richtlinien

festzulegen, deren Beachtung durch die Unternehmer dem Preissystem erlauben würde, diesen grundlegenden Zielen zu entsprechen.

Zum Beispiel würde die Festlegung von gültigen Tarifen ab Erzeugungsort durch jedes Unternehmen, gleichgültig, wer der Verbraucher ist, das freie Spiel der Marktkräfte sicherstellen und die Diskriminierung ausschalten.

Revidierbare Mindest- und Höchstpreise würden dazu beitragen, unrentliche Praktiken auszuschalten, die Verbraucher zu schützen und die für die Entwicklung der Märkte notwendige Stabilität zu schaffen.

Vollmachten für die Ausfuhr

Bei der Ausfuhr müssen — zum gemeinsamen Vorteil sowohl der europäischen Länder als auch ihrer Kunden — die Preise die gleichen sein wie innerhalb des gemeinsamen Marktes. Lediglich in den Fällen, wo die Ausfuhr auf ein Dumping ausländischer Unternehmen stößt, das sich gegen Teilnehmerstaaten richtet, könnte diese Regelung ausgesetzt und die notwendige Maßnahme ergriffen werden.

Vollmachten für die Löhne

Hinsichtlich der Löhne wäre es Aufgabe der Hohen Behörde zu verhindern, daß die Konkurrenz oder die Angleichung der Unternehmen sich zum Schaden der Lohnempfänger auswirken; ferner den Arbeitern der Kohle- und Stahlindustrien den höchsten Lebensstandard zu sichern, der für das wirtschaftliche Gleichgewicht der beteiligten Länder tragbar ist. Falls sich zum Beispiel die Entlohnung der Handarbeit in bestimmten Unternehmen als außergewöhnlich niedrig herausstellte, würde die Hohe Behörde den betreffenden Unternehmen oder Regierungen die entsprechenden Empfehlungen zukommen lassen. Das ist so zu verstehen, daß diese Unternehmen oder diese Staaten gehalten wären, die ihnen gewiesenen Ziele zu verwirklichen, wobei es ihnen überlassen bleibt, die, entsprechend den besonderen Umständen, geeignetsten Mittel zu wählen.

Produktionsprogramm und Modernisierung

Im Sinne der Urheber des Dokumentes sind die Produktions- und Modernisierungsprogramme, die von der Hohen Behörde in Zusammenarbeit mit den Unternehmen und den regionalen Verbänden aufgestellt würden, dazu bestimmt, den Unternehmen bei der Aufstellung ihrer eigenen Programme die Richtung zu weisen. Die Unternehmen würden die Verantwortung für ihre Investitionen und Finanzierung behalten, während die Hohe Behörde sich vorbehielte, Richtlinien herauszubringen und zu veröffentlichen, den Umfang, in welchem sich die Regierungen an der Finanzierung beteiligen könnten, festzulegen und aus ihren eigenen Geldmitteln einen Beitrag für die Durchführung von Operationen zu leisten, die eine solche Unterstützung rechtfertigen würden.

Die Hohe Behörde würde die Vollmacht erhalten, den Unternehmen zur Erleichterung ihrer Investitionen Darlehen zu gewähren und sogar nicht nur Darlehen, sondern auch Zuwendungen, um bei notwendigen Umstellungen (reconversions)⁵ zu helfen oder um die Ent-

⁴) Eine Verbindung zwischen Belgien und Nordfrankreich könnte ein solches Hilfsorgan darstellen.

⁵) Hierunter fallen auch Schließungen von Fabriken.

wicklung neuer Unternehmungen anzuregen, welche die Sicherung eines produktiven Einsatzes der Arbeit erlaubt. Die nötigen Geldmittel würden insbesondere durch Auflage von Anleihen beschafft werden, deren Deckung durch einen Anspruch auf Lieferung von Kohle und Stahl garantiert werden könnte.

Ausgleichsfonds für die Uebergangszeit

Außer den Dauervollmachten müßte die Hohe Behörde, um in der Uebergangszeit den eventuellen Produktionsverlagerungen einen schrittweisen Charakter zu verleihen, einen Ausgleichsfonds einrichten, der es erlaubt, denjenigen Unternehmen, deren Angleichung an den gemeinsamen Markt eine Verzögerung erfahren würde, eine vorübergehende und zwangsläufig abnehmende Unterstützung zu gewähren.

Auf dem Verhandlungswege würde die Hohe Behörde mit den Regierungen nach Mitteln suchen, um die Hindernisse zu beseitigen, die sich in Form von gesetzlichen Bestimmungen oder Anordnungen oder gewissen Umständen der wirtschaftlichen Lage den natürlichen Bedingungen des Wettbewerbs entgegenstellen.

Die Eigentumsrechte der Unternehmen

Die genaue Definition der Begriffe Kohle und Stahl wäre zur Anwendung des Vertrages von Experten auszuarbeiten. Es liegt bereits fest, daß der Ausdruck „Stahl“ Eisenerz, Schrott und Roheisen umfaßt.

Die Einrichtung der Hohen Behörde würde keinen Ein-

fluß auf die Eigentumsrechte der Unternehmen mit sich bringen. Bei ihrer Tätigkeit würde sie auf die internationalen Verpflichtungen und Verbindlichkeiten der Staaten Rücksicht nehmen.

Mit dem Europarat soll eine Verbindung hergestellt werden, und ein Vertreter der Vereinten Nationen soll beauftragt werden, halbjährlich über die Amtsführung der Hohen Behörde zu berichten. Der Vertrag soll für eine unbegrenzte Zeitdauer abgeschlossen werden. Der Beitritt wird allen europäischen Staaten unter Bedingungen offenstehen, die noch im einzelnen festzulegen sind.

Der erste Grundstein einer europäischen Gemeinschaft

Der Austritt eines Staates soll nur möglich sein, wenn alle anderen Staaten diesem Austritt und seinen Bedingungen zustimmen. Diese Regelung weist für sich schon auf die grundlegende Umwandlung hin, die der französische Vorschlag herbeiführen will. Ueber Kohle und Stahl hinaus legt er den Grundstein für eine europäische Gemeinschaft. In einer Föderation gibt es kein Ausschcheiden durch einseitigen Entschluß. Ebenso gibt es eine Gemeinschaft nur zwischen Völkern, die sich ihr gegenüber zu einem zeitlich unbefristeten und unwiderruflichen Schritt verpflichten.

Quelle: Haut Commissariat de la République Française en Allemagne, Direction Generale des Affaires Politiques, Information: Réalités Allemandes No. 18, Juni 1950. Uebersetzung des Europa-Archivs.

Der Stikker-Plan

Nachstehend bringen wir den vollständigen Text des Planes des niederländischen Außenministers und Präsidenten der OEEC, D. U. Stikker. Der Plan wurde am 14. Juni 1950 veröffentlicht.

Aktionsplan

für eine europäische wirtschaftliche Integrierung

1. Das Ziel der Integrierung der europäischen Wirtschaften ist, den Lebensstandard der Bevölkerung zu heben und die Zahlungsbilanz gegenüber der übrigen Welt ins Gleichgewicht zu bringen, wobei ein hohes und stabiles Beschäftigungsniveau angestrebt und aufrechterhalten werden soll.

2. Dieses Ziel, das eine Steigerung der Produktion voraussetzt, kann durch eine Spezialisierung der Produktion und durch eine Verbesserung in der Arbeitsteilung erreicht werden. Die Spezialisierung der Produktion und eine bessere Arbeitsteilung sind nur möglich, wenn durch einen allmählichen Abbau aller Beschränkungen auf dem Gebiet des Imports und Exports, die den maximalen Austausch der Güter und Dienstleistungen hemmen, ein einziger Markt gebildet wird.

3. Der Grund für das Zaudern der europäischen Länder, alle diese Maßnahmen zur Erreichung dieses Zieles zu ergreifen, besteht darin, daß die offenkundigen Vorteile der Integrierung nicht ohne Risiken für die Wirtschaft der Länder erreicht werden können.

4. Ein maximaler Austausch von Gütern und Dienstleistungen könnte die Stilllegung gewisser Teile des Produktionsapparates eines Landes zur Folge haben.

Dies würde in den betreffenden Sektoren schwerwiegende Folgen für die Aufrechterhaltung eines hohen und stabilen Beschäftigungsniveaus haben.

5. Es ist klar, daß jede verantwortliche Regierung sich in erster Linie volkswirtschaftlicher Maßnahmen zu bedienen wünscht, um ihre eigene Wirtschaft vor den oben erwähnten Risiken zu bewahren.

6. Die Regierung kann es sich nur dann gestatten, auf diese volkswirtschaftlichen Maßnahmen zu verzichten, wenn die auf dem Wege zum gemeinsamen Ziel angetroffenen Schwierigkeiten durch gemeinsame Beratungen und in gemeinsamer Verantwortlichkeit überwunden werden.

7. Das bedeutet, daß die gemeinsamen Vorteile der Integrierung nur dann erzielt werden können, wenn die Lasten auch gemeinsam getragen werden.

Der folgende Aktionsplan zeigt den Weg, auf dem die Integrierung erreicht werden könnte:

Aktionsplan

8. Gemäß dem Beschluß des Rates vom 31. Januar sollen 60 Prozent des Handels der Teilnehmerländer liberalisiert werden, sobald die Europäische Zahlungsunion in Kraft tritt.

9. Dieser Prozentsatz muß spätestens bis zum 31. Dezember 1950 auf 75 Prozent erhöht werden. Jeder Mitgliedstaat soll diesen Prozentsatz erreichen, indem er eine einheitliche Liste der Waren aufstellt, die gegenüber allen Teilnehmerländern angewandt werden soll. Die Teilnehmerländer haben bisher in vielen Fällen ver-

schiedene Listen gegenüber anderen Teilnehmern angewandt.

Der vorliegende Vorschlag empfiehlt, daß jedes Land nur eine einzige Liste gegenüber allen anderen Teilnehmern anwenden soll.

Die Teilnehmerländer werden für einen noch festzusetzenden Zeitabschnitt an dieser Liste festhalten müssen, es sei denn, daß im Rahmen der E. P. U. (European Payment Union = Europäische Zahlungsunion) ein Teilnehmerland durch Bestimmungen der E. P. U. dazu ermächtigt wird, multilaterale mengenmäßige Beschränkungen anzuwenden.

10. Da die Schaffung einer befriedigenden Europäischen Zahlungsunion mit Sicherheit angenommen werden kann, muß dieser Prozentsatz als erreichbar angesehen werden, vorausgesetzt, daß für das Zollproblem eine befriedigende Lösung gefunden wird.

Schließlich wird vorgeschlagen, die 75 Prozent für alle Güter insgesamt anzuwenden, anstatt getrennt für die gegenwärtigen drei Gruppen: Rohstoffe, Nahrungsmittel und Fertigwaren.

11. Es wird vorgeschlagen, zu dem derzeitigen Verfahren, bei dem die Transaktionen der Regierungen in der Berechnung des Liberalisierungsprozentsatzes nicht in Anrechnung gebracht werden, zuzustimmen unter der Bedingung, daß das betreffende Land seinen niedrigsten Prozentsatz an Liberalisierung durch den Abschluß langfristiger Kaufverträge zu angemessenen Preisen ausgleicht. Auf diese Weise würde eine ausgeglichene Verteilung der aus der Liberalisierung zu erwartenden Vorteile gewährleistet werden.

12. Es muß ferner vereinbart werden, daß das Handelsvolumen des nicht liberalisierten Sektors zumindest auf gleicher Höhe gehalten wird.

13. Es ist klar, daß die Vorteile der Liberalisierung, wie oben beschrieben, sich ungleich auf die Teilnehmerländer verteilen. Diese Ungleichheit sollte durch die Garantie wettgemacht werden, daß auf die erwähnten Maßnahmen die nachfolgend erläuterte Erweiterung der Integrierung folgen wird.

14. Es wird vorgeschlagen, die Integrierung nach Industrien durchzuführen, weil es unmöglich erscheint, die Ziele durch eine einheitliche Erhöhung des Liberalisierungsprozentsatzes zu erreichen. Dies setzt den Abbau der noch bestehenden mengenmäßigen Beschränkungen auf dem Einfuhr- und Ausfuhrgebiet zusammen mit den Zöllen und anderen Hindernissen für den innereuropäischen Handel voraus.

So bezieht sich die Durchführung der Integrierung auf den liberalisierten Sektor — in welchem nur die mengenmäßigen Beschränkungen aufgehoben worden sind — wie auch auf die 25 Prozent bezüglich derer bisher keine Liberalisierungsmaßnahmen getroffen wurden.

15. Zunächst müssen die Grundindustrien, die Landwirtschaft und diejenigen verarbeitenden Industrien behandelt werden, welche durch ihre Spezialisierung einen besonderen Beitrag zur Lebensfähigkeit (Viability) Europas leisten können und deren Produkte für den internationalen Handel sowohl innerhalb Europas als auch im Interkontinentalverkehr von Wichtigkeit sind.

Auf Vorschlag des Generalsekretariats soll der Rat diejenigen Industriezweige bezeichnen, in denen eine weitere Integrierung vorgenommen werden soll.

16. Was die Grundindustrien anbelangt, hat die französische Regierung mit ihrer Initiative bezüglich der Kohlen- und Stahlindustrie schon einen ersten Schritt getan.

17. Ein technischer Ausschuß soll über jeden der unter 15 genannten Industriezweige berichten. Dieser Ausschuß soll aus Sachverständigen der betreffenden Länder bestehen. In dem Bericht sollen Vorschläge entwickelt werden, die sowohl die Probleme, die für gewisse Länder entstehen können, als auch die Maßnahmen zur Lösung dieser Probleme aufzeigen. Zuwendungen aus dem europäischen Integrierungsfonds, der nachstehend erläutert wird, könnten möglicherweise als Maßnahmen dieser Art angesehen werden.

18. Der europäische Integrierungsfonds ist die Verkörperung des Grundsatzes, daß die Lasten, die auf dem Wege zur Integrierung anfallen könnten, gemeinsam getragen werden müssen. Es müssen Mittel und Wege erwogen werden, um diesen Fonds zu schaffen. Der Rat wird über die Beiträge der Teilnehmerländer zu dem Fonds entscheiden müssen. Die Zuwendungen aus dem Fonds sollen im allgemeinen in Form von Anleihen zur Verfügung gestellt werden.

19. Es könnte vorkommen, daß es einem Land unmöglich ist, an der Integrierung eines Industriezweiges teilzunehmen, falls keine größere Produktionsleistung erzielt werden kann. In diesem Falle könnte der Fonds Mittel für die Modernisierung dieses Industriezweiges des betreffenden Teilnehmerlandes zur Verfügung stellen. Dies ist der erste Zweck, für den der Fonds auf seine Mittel zurückgreifen kann.

20. Ferner könnte der Fonds Mittel bereitstellen, falls die Integrierungsmaßnahmen einen Industriezweig eines Teilnehmerlandes so schädigen würden, daß sogar die Modernisierung dieses Zweiges keine Lösung herbeiführen würde. In diesem Falle könnte der Fonds auf seine Mittel zurückgreifen, um Beträge für neue Investitionen, vornehmlich in den Gebieten, in denen dieses Land mit größter Leistungsfähigkeit zu erzeugen vermag, bereitzustellen. Zuwendungen für solche Investitionen könnten mit einer Hilfe in der Form der Finanzierung der Umschulung und der Verlagerung von Arbeitskräften verknüpft sein.

21. Die in Absatz 19 erwähnten Zuwendungen des Fonds sollen nur geleistet werden, sofern diese von eigenen, auf dasselbe Ziel ausgerichteten Anstrengungen des betreffenden Landes begleitet werden.

22. Der europäische Integrierungsfonds wird den Rat auf Wunsch in bezug auf den Bericht des technischen Ausschusses und insbesondere hinsichtlich eventueller Zuwendungen aus dem Fonds beraten.

23. Unter Berücksichtigung des Berichts des technischen Ausschusses und der Empfehlungen des Fonds wird der Rat über weitere zu unternehmende Schritte beschließen. Dieser Beschluß soll eine Dreiviertelmehrheit erfordern. Sollte ein Land oder mehrere Länder im Sinne einer so getroffenen Entscheidung nicht mitwirken wollen, so sollen die anderen Länder berechtigt sein, die vereinbarten Integrierungsmaßnahmen auf diese Länder nicht anzuwenden.

24. Um eine fortschreitende und ausgeglichene Ausweitung der Produktion zu gewährleisten, und um auf diese Weise einen allgemeinen Rückgang des Beschäfti-

gungsniveaus zu vermeiden, ist es erwünscht, daß die volkswirtschaftlichen Maßnahmen der Länder, insbesondere die Haushaltspolitik auf dieses Ziel ausgerichtet bleiben. In diesem Zusammenhang sollten die Regierungen sich jeden nur möglichen Mittels bedienen, um die erwünschte Entwicklung des Gesamtverbrauchs und der Investitionen herbeizuführen.

25. Diese ausgleichende Regierungspolitik kann durch eine entsprechende Behandlung der Steuereinnahmen und der Regierungsausgaben bewerkstelligt werden.

26. Sollte diese Politik jedoch nur von wenigen Ländern befolgt werden, so bestünde die Gefahr, daß sie die Zahlungsbilanz dieser Länder stören würde.

27. Es ist daher notwendig, daß die Teilnehmerländer sich untereinander periodisch über Fragen der Haushalts-

politik beraten, um Störungen im währungsmäßigen Gleichgewicht Europas durch deflationistische oder inflationistische Entwicklungen in gewissen Einzelländern zu vermeiden.

28. Die im Rahmen des Integrierungssystems erforderlichen und teilweise aus dem europäischen Integrierungsfonds finanzierten Investitionen sind besonders wichtige Gebiete für die Ausgabenpolitik der Teilnehmerländer. Bei Rückgang des allgemeinen Wirtschaftslebens kann ein wichtiger Beitrag zur Aufrechterhaltung eines stabilen Beschäftigungsniveaus durch die Beschleunigung dieser Investitionen geleistet werden. Auf diese Weise kann eine Beschleunigung der Integrierung in einer Periode des Rückgangs des Wirtschaftslebens herbeigeführt werden, anstatt daß ein solcher Rückgang zur Wiedereinführung von Handelsbeschränkungen führt.

Der Pella-Plan

Vorschläge und Bemerkungen über die bei der Gestaltung des europäischen Marktes anzuwendenden Methoden im Namen der italienischen Regierung, vorgelegt von Signore Pella.

1. Nach Ansicht der italienischen Regierung können das innere und äußere wirtschaftliche und finanzielle Gleichgewicht der Mitgliedstaaten nur mittels einer Expansion der europäischen Wirtschaft im Rahmen einer Expansion der Weltwirtschaft erreicht und gewahrt werden. Jeder Lösungsversuch des Dollarproblems, der mit einer Entwicklungsunterbrechung oder einer Herabsetzung des gegenwärtigen Niveaus der Wirtschaftstätigkeit, der Beschäftigungslage und des Konsums in Europa verbunden wäre, erscheint ihr politisch gesehen untunlich und wirtschaftlich fruchtlos oder noch schlimmer.

2. Die Beseitigung des Dollar-Fehlbetrages und die Expansion der europäischen Wirtschaft verlangen eine erhöhte Sach- und Leistungsausfuhr Europas nach Uebersee.

Dazu bedarf es einmal einer Expansion der Weltwirtschaft und zum anderen einer Verringerung der Gestehungskosten und einer Qualitätsverbesserung der europäischen Erzeugnisse zum Zweck der Konkurrenzfähigkeit mit den Erzeugnissen Amerikas und Kanadas.

3. Eine höhere Produktivität, also geringere Gestehungskosten, kann innerhalb jedes Mitgliedstaates selbst erreicht werden und wird gegenwärtig in der Tat gerade erreicht. Jedoch stößt das auf innerstaatlicher Ebene auf wachsende Schwierigkeiten. Die Möglichkeit zu Operationen auf einem weit umfangreicheren und freieren, sämtliche Mitgliedstaaten umfassenden gemeinsamen Markt mit wirtschaftlichster Verwertung der Quellen und erhöhter Spezialisierung in der Erzeugung erscheint unentbehrlich.

Die Schaffung eines solchen Marktes kann einen teilweisen Verzicht auf die Wirtschaftssouveränität der Mitgliedstaaten notwendig werden lassen. Die italienische Regierung hat seit langem erklärt, daß Italien für seinen Teil in dem Maße zu einem solchen Verzicht bereit sei, wie die übrigen Mitgliedstaaten darauf verzichteten, und das im allgemeinen Interesse Europas.

4. Die italienische Regierung hat die bislang zur

Schaffung eines europäischen Marktes angewandten Methoden sorgfältig geprüft.

5. An erster Stelle steht die Abschaffung der Kontingentierungen, die nach einem Beschluß des Rates der OEEC mit dem Inkrafttreten eines befriedigenden Zahlungsübereinkommens auf 60 Prozent und zum Ende des laufenden Jahres auf 75 Prozent gebracht werden soll.

6. Die italienische Regierung hat ebenso wie andere Regierungen mehrfach im Rat der OEEC und in den technischen Ausschüssen der OEEC eindringlich auf die Schwierigkeit, ja auf die Unmöglichkeit hingewiesen, zum Ende des laufenden Jahres auf die zum Ziel gesetzten 75 Prozent zu kommen, wenn nicht die doppelten Preise und sonstige sichtbare und versteckte diskriminierende Maßnahmen abgeschafft würden. Gleichzeitig wären auch eine umfassendere Liberalisierung auf dem Gebiete des unsichtbaren Handelsverkehrs und ein tatsächlicher Fortschritt bei der Lösung des Problems der überschüssigen Arbeitskräfte in gewissen Mitgliedstaaten notwendig.

7. Erst kürzlich haben die Erörterungen in der Organisation deutlich das Ausmaß der ungleichmäßigen Verteilung der Vorteile und Lasten aus der Liberalisierung auf die Mitgliedstaaten gezeigt. Verhandlungen zum Zwecke der Aufstellung einer „gemeinsamen Liste“ haben sich als notwendig erwiesen.

8. Folglich wird selbst die tatsächliche Abschaffung von 75 Prozent der Kontingentierung auf sehr ernsthafte Hindernisse stoßen, wenn man nicht der Lage und den besonderen Schwierigkeiten jedes Mitgliedstaates Rechnung trägt, und wenn nicht ein wirtschaftlicher Ausgleich über jede enge bilaterale Begrifflichkeit hinaus landweise oder auf der Ebene von Erzeugungssektoren gefunden wird.

9. Die Schwierigkeiten werden noch deutlicher in Erscheinung treten, sobald wir versuchen werden, von 75 Prozent auf 100 Prozent zu kommen; denn die gänzliche oder fast gänzliche Abschaffung der Kontingentierung ist ja das logische Ziel dieser ersten Phase unserer Bemühungen um die Integration und Gestaltung des europäischen Marktes.

10. Wir stoßen also bereits in dieser ersten Phase auf das Problem der Vergleichbarkeit der Opfer und das der notwendigen Kompensationen in einem sehr weiten

Sinne, welches entweder auf außerhalb des Handelsverkehrs (z. B. Arbeitskräfte) liegende Gebiete oder auf das Gebiet der Zolltarife übergreift.

11. Der OEEC-Rat hat in der Tat die Zulassung von Einsprüchen gegen „übermäßige“ Rechte und ihre Prüfung zum Zwecke der Verminderung beschlossen. Bislang ist über diesen letzteren Punkt ein Verfahren noch nicht festgestellt worden. Wie so oft, ist das Verfahrensproblem wahrscheinlich nur die Ausdrucksform eines Grundproblems. Es fehlt uns an einem echten Kriterium, mit Hilfe dessen wir die „Uebermäßigkeit“ eines Rechtes für sich allein genommen außerhalb des Tarifsystems, ja selbst des Wirtschaftssystems, zu dem es als Bestandteil gehört, bestimmen können.

12. Außerdem muß die Frage der übermäßigen Rechte die Mitgliedstaaten auf jeden Fall wegen der möglichen Rückwirkung auf die Verhandlungen über die Allgemeinen Handels- und Tarifabkommen und später der Internationalen Handelsorganisation beschäftigen, d. h. im Hinblick auf den früher oder später eintretenden Tag, an dem die Herabsetzung oder Abschaffung der Kontingentierungen auch gegenüber außereuropäischen Ländern möglich werden wird.

13. Die Durchführung nach Erzeugungsgebieten, d. h. der Gedanke einer Verwirklichung der allgemeinen Integration unserer Wirtschaften mittels einer solchen der Grunderzeugung auf landwirtschaftlicher und industrieller Ebene einschließlich der an der Ausfuhr interessierten Fabrikindustrie, steht unter dem Zeichen der notwendigen Ueberwindung dieser verschiedenen Schwierigkeiten.

Dabei soll dann eine Phase überstaatlicher Leitung der einzelnen Erzeugungsgebiete geschaffen werden, die schnell zu einer Phase völliger Handelsfreiheit führt.

14. In der ersten Phase hätte der Rat der OEEC die Lage auf jedem Erzeugungsgebiet durch Vermittlung der technischen Ausschüsse zu prüfen und über die Neugestaltung im Hinblick auf die größte Wirtschaftlichkeit der Erzeugung zu entscheiden. Ein europäischer Integrationsfonds hätte für die Kompensationen und die Teilfinanzierung neuer Investitionen, die sich als unentbehrlich erweisen, zu sorgen.

15. Auf der Grundlage dieser Neugestaltung ergäbe sich die Möglichkeit einer Phase vollständiger Freiheit, in der es keine Kontingentierung, keine sonstigen diskriminierenden Maßnahmen und keine Zolltarife mehr geben würde.

16. Die italienische Regierung erkennt an, daß eine vollständige Beurteilung dieses Herangehens an die Durchführung erst möglich sein wird, nachdem wir in der soeben eröffneten Verhandlung über den Kohle-Stahlsektor weiter vorangekommen sein werden. Sie weist jedoch schon darauf hin, daß die Durchführung nach Erzeugungsgebieten ganz verschieden aussieht, je nachdem, ob das in bezug auf ein oder zwei oder drei Massen- oder Grundgebiete geschieht oder in bezug auf sämtliche Grundgebiete der Wirtschaft, d. h. also auf die gesamte europäische Wirtschaft.

17. Der erste in diesem Fall auftauchende Zweifel betrifft die Organisationsphase. Ist es praktisch möglich, die gesamte europäische Wirtschaft einer grundlegenden Neugestaltung auf der Grundlage von überstaatlichen Programmen oder Plänen zu unterwerfen, die das Ergebnis

von Aussprachen unter Sachverständigen darstellen, selbst wenn diese Aussprachen unter den bestqualifizierten Vertretern der Regierungen und der interessierten Erzeugungsgebiete stattfinden? Und würde das, selbst wenn es möglich wäre, angesichts der von uns verfolgten Ziele wünschenswert sein?

Die Aussprachen in der OEEC während der vergangenen zwei Jahre haben es deutlich werden lassen, daß eine große Mehrheit der beteiligten Regierungen nicht über die gesetzlichen Vollmachten zur Lenkung der Investitionen verfügt. Selbst wenn sie solche Vollmachten besitzen, handelt es sich dabei im allgemeinen um negative Befugnisse, die zwar die Verhinderung einer Investierung zulassen, nicht jedoch die Vornahme einer solchen, falls die Initiative nicht von privater Hand aus ergriffen würde. Eine solche Ermächtigung durch die Parlamente würde zweifellos allgemein-politische Probleme aufwerfen, die weit über die auf jedem Erzeugungsgebiet bestehenden technischen Probleme hinausgehen. Man könnte sich in der Tat fragen, ob das beste Mittel, um Europa auf den Weg zu einem vollständig freien gemeinsamen Markt zu bringen, so wie es mit der Durchführung nach Erzeugungsgebieten vorgesehen wird, nicht darin bestünde, daß man die gesamte europäische Wirtschaft, und zwar die Innen- wie die Außenwirtschaft jedes Landes, weit umfassender und schwerer zu handhabenden Leitungsmethoden als den heute bestehenden unterstellte. Ein freier und dynamischer europäischer Markt verlangt die Schaffung der Voraussetzungen, unter denen vor allem einem größeren Geist der Initiative und Verantwortlichkeit seitens sehr vieler Industrieller und Arbeitergewerkschaften vertraut werden kann.

Die politischen Hindernisse sind übrigens nur der Widerschein nicht geringerer verwaltungsmäßiger und technischer Hindernisse. Sobald man aus den paar Massenerzeugungsgebieten herausgeht, in denen die Erzeugung bereits in einer begrenzten Anzahl von Händen liegt, würden die Vielfalt der Unternehmen, die unzähligen Unterschiede in der inneren Organisation, in den Erzeugungsskalen, in den Inlands- und Auslandsabsatzmärkten usw. die Aufgabe der mit der Koordinierung befaßten Ausschüsse so komplizieren, daß man sich fragen muß, ob sie jemals wirklich gültige Beschlüsse fassen könnten und ob die Verwaltungsmaschinen der verschiedenen Länder in der Lage wären, sie durchzuführen.

18. Zu diesen Fragen tritt eine noch wichtigere und in ihren Folgen schwerere. Es scheint, daß bei der Durchführung nach Erzeugungsgebieten die obenerwähnten Kompensationen an erster Stelle innerhalb jedes Sektors selbst gesucht werden müßten. Das scheint nun den wirklichen Gegebenheiten des Problems nicht zu entsprechen. Es könnte sich als schwierig erweisen, innerhalb desselben Sektors Kompensationen zu finden, während die diesbezüglichen Anstrengungen unwandelbar zu einem gefährlichen Mangel an Elastizität führen würden.

Die Suche nach Kompensationen bei der Neugestaltung anderer Erzeugungsgebiete würde andererseits eine Unterbrechung des Vorganges bis zur Prüfung aller Erzeugungsgebiete und bis zur Aufstellung eines gemeinsamen Programmes bedeuten. Und das ungeachtet dessen, daß gewisse Kompensationen (vorzugsweise solche im Hinblick auf die Verwendung der über-

schüssigen Arbeitskräfte) in weitem Maße sogar außerhalb Europas gesucht werden müssen.

19. Wenn wir jetzt zur Phase der vollkommenen Freiheit übergehen, fragt es sich, ob sie überhaupt jemals erreicht werden kann, selbst für den Fall, daß die erste Phase zufriedenstellend geregelt werden könnte.

Unter den Mitgliedstaaten bestehen schwerwiegende Unterschiede im Wirtschaftspotential, die Naturschätze (Nutzfläche, Bergwerke, Wasserläufe usw.) sind sehr ungleichmäßig verteilt. Durch historische Gegebenheiten sind diese Unterschiede um ebenso große Ungleichheiten bezüglich des Umfangs der wirtschaftlichen Ausstattung (Verbindungswege, Landwirtschaft, Industriematerial usw.) erweitert worden. Noch größer ist die Ungleichheit des gegenwärtigen und zukünftigen Bevölkerungsdruckes auf die Naturschätze und auf die verfügbare Ausstattung. Kein Mitgliedstaat ist lebens- und entwicklungsfähig ohne umfassende Beteiligung am Welthandel. Jedoch bestehen beträchtliche Abweichungen hinsichtlich Art und Umfang dieser Notwendigkeit. Und dann bestehen auch noch tiefgehende Unterschiede in der politischen Gestalt, im Verwaltungsaufbau und im inneren Gesellschaftsbild der verschiedenen Wirtschaften.

20. Selbst wenn wir versuchen, bei einer Durchführung nach Erzeugungsgebieten Ausgleich zu schaffen, können derartige Ungleichheiten in wenigen Jahren nicht ausgeschaltet werden.

Sie scheinen während eines längeren Zeitraumes die Beibehaltung von Zolltarifen erforderlich zu machen, die sicherstellen, daß keine zu schnellen und zu tiefgehenden Umwälzungen stattfinden und daß ein Teil der Naturschätze Europas auch weiterhin wirtschaftlich ertragsfähig bleibt, und zwar gerade dort vielleicht, wo ein größerer Bevölkerungsdruck besteht.

Anders wäre die Lage in einer Welt, in der sich die Menschen wieder frei bewegen könnten und in der es eine freie Kapitalbewegung gäbe, bei der dieses Kapital frei in Europa investiert würde. Aber das sind Bedingungen, die gegenwärtig nicht in Erwägung stehen, noch auch in eigentlicher politischer Hinsicht durchzuführen sind.

21. Wenn im Gefolge einer Phase der Leitung und der Neugestaltung die Herstellung vollkommener Handelsfreiheit das Ziel der Durchführung nach Erzeugungsgebieten ist, so steht zu befürchten, daß es bei dem Versuch einer Anwendung auf die Gesamtwirtschaft Europas nicht bei der Phase der Leitung bleibt. In diesem Fall würden wir an Stelle der Schaffung eines freien Marktes Gefahr laufen, für ganz Europa einige der starren Formen einzuführen, die aus den Sonderinteressen herühren, welche wir im Innern jeder Wirtschaft auflockern müssen. An Stelle einer freieren und wirksameren Erzeugung würden wir Gefahr laufen, den Konkurrenzfaktor zu verringern oder auszuschalten, der heute noch in Europa mit der Existenz zahlreicher Märkte und staatlicher Erzeugungsorganisationen besteht.

22. Die italienische Regierung legt diese Bemerkungen dem OEEC-Rat nicht als endgültig vor. Sie erkennt den Weitblick und die Energie Herrn Stickers an, dessen Initiative uns daran erinnert, daß die Lösung des Problems nicht mehr lange auf sich warten lassen kann.

Sie will mit offenem Blick und Sinn in die Debatte eintreten und hat nur die Schaffung einer Methode im

Auge, die uns zu dieser, Italien politisch wie wirtschaftlich unentbehrlich erscheinenden Integration Europas führen kann.

23. Die italienische Regierung regt ihrerseits an, daß die OEEC neben der Durchführung nach Erzeugungsgebieten eine weitere Methode prüfe, die ihrer Ansicht nach den weiter oben auseinandergesetzten Notwendigkeiten und Schwierigkeiten besser Rechnung tragen würde.

24. Diese Methode würde von der Bildung eines Präferenzzollgebietes (zone préférentielle) im Sinne des Artikels 15 der Havanna Charta in Europa auszugehen haben.

25. Nachdem die Mitgliedstaaten erst einmal, soweit notwendig, die Zustimmung der Vereinigten Staaten und der übrigen Mitglieder im Allgemeinen Abkommen über Handel und Tarife (G. A. T. T.) erreicht haben würden, müßten sie in multilaterale Zollverhandlungen mit dem Ziel einer möglichst starken Tarifiermäßigung untereinander eintreten.

In dieser Verhandlung würde der Grundsatz der wechselseitigen Vorteile und Kompensationen im Gesamtgebiet des Handelsverkehrs voll zum Tragen kommen. Es ist übrigens, wie wir bereits erinnert haben, nicht der einzige Punkt.

26. Die Zollverhandlung würde inhaltlich die Fortsetzung der Verhandlung über die „gemeinsame Liste“ zur Liberalisierung (Paragraph 7) bilden, wobei die letztere bereits in das Gebiet der Tarife (Paragraphen 10 bis 12) übergreift.

27. So würde der Weg zur 75prozentigen Liberalisierung geebnet und der zur völligen Abschaffung der Kontingentierungen geöffnet werden.

28. Die Einschränkung oder Abschaffung der Kontingentierung verlangt ihrerseits die Abschaffung der doppelten Preise und der sonstigen sichtbaren oder versteckten diskriminierenden Maßnahmen.

29. Im übrigen wäre, und zwar auch das im Rahmen der von den Mitgliedstaaten gebildeten Präferenzgruppe, die vollständige Liberalisierung der unsichtbaren Handelsgeschäfte vorzunehmen.

30. Die unter den Mitgliedstaaten abgemachten Vorzugszölle müßten für längere Zeit, beispielsweise für 10 Jahre, wie es der Artikel 15 der Havanna Charta im Hinblick auf Präferenzübereinkommen vorsieht, konsolidiert werden.

Die Konsolidierung müßte von zwei Zusatzbestimmungen begleitet werden:

a) Am Ende des dritten und dann des sechsten Jahres wären die Posten der Vorzugszölle automatisch zu reduzieren, beispielsweise um jeweils 15 Prozent in Abrechnung von den bei der Konsolidierung abgemachten Zollsätzen. Wenn also auf Grund der Ausgangsverhandlungen und Konsolidierung der Satz bei einem bestimmten Posten 10 Prozent betrug, müßte er sich am Ende des 3. Jahres auf 8,5 Prozent, am Ende des 6. Jahres auf 7 Prozent verringern.

b) Mit dem Wirksamwerden dieser automatischen Tarifsenkungen würden die Mitgliedstaaten gleichzeitig in neue Verhandlungen miteinander einzutreten haben, um zu versuchen, größere Herabsetzungen zu erzielen.

31. Es ist klar, daß all dies nicht möglich und auch nicht von Bestand sein könnte, wenn nicht die Freiheit

zu den laufenden Zahlungen zwischen den Ländern der betreffenden Gruppe für lange Zeit auf multilateraler Grundlage gesichert wäre. Es ergäbe sich somit die Notwendigkeit, mit den Vereinigten Staaten von Nordamerika zu prüfen, welche grundsätzlichen und nicht bloß organisatorischen Maßnahmen für den gesicherten Fortbestand der europäischen Zahlungsunion ergriffen werden müßten. Diese kann nicht auf einer Gewährung von neuen Krediten ad infinitum noch auf einer Verfügbarkeit neuer Dollars ad infinitum beruhen. Sie verlangt jedoch trotzdem, daß die einen wie die anderen in genügendem Maße vorhanden seien.

32. Tiefgehende Änderungen in der Wirtschaftsstruktur der Mitgliedstaaten und Gesamteuropas, sie mögen durch gleich welche Methode zustande gekommen sein, verlangen zusätzliche Investitionen. Die italienische Regierung teilt die Ansicht, daß zu diesem Zwecke ein Europäischer Integrierungsfonds notwendig ist. Dieser Fonds müßte ebenfalls mit genügend Mitteln zur Finanzierung eines nennenswerten Teiles der zusätzlichen Investitionen und zur Erleichterung der Mobilisierung ausgestattet sein.

Unter der hohen Aufsicht des OEEC-Rates könnte der Fonds sowohl auf Verlangen der Regierungen wie auf das der besonderen Gruppen tätig werden. Er könnte einen machtvollen Einfluß auf die Entwicklung der wichtigsten Erzeugungsgebiete ausüben, auf welche sich die Aufmerksamkeit unserer Organisation insonderheit richten würde. Er würde unmittelbar an der Neugestaltung einiger dieser Erzeugungsgebiete teilnehmen, wenn es zum Uebereinkommen unter Erzeugungsgebieten käme.

33. In diesen Anregungen der italienischen Regierung ist in der Tat nichts enthalten, durch das ein Zustandekommen von Sonderabkommen für einige Grunderzeugungsgebiete oder engere Verbindungen von Mitgliedstaaten, wie Benelux oder die französisch-italienische Zollunion, verhindert oder auch nur verlangsamt würde.

Es würde das im Gegenteil in einem Europa, in welchem die wirtschaftlichen Abstufungen und Gegensätze schrittweise einer Lösung entgegengehen, einen schnelleren und umfassenderen Fortschritt bei den besonders nahe zusammenliegenden Ländern und auch auf gewissen Erzeugungsgebieten bedeuten.

34. Parallel mit der Gestaltung eines freieren europäischen Marktes müßte ein tatsächlicher Fortschritt bei der Lösung der großen eigenen Probleme jedes Mitgliedstaates erzielt werden, wenn sie von solcher Art und von solchem Format sind, daß dadurch der Gang der gesamten europäischen Wirtschaft beeinflusst wird.

Die italienische Regierung beschränkt sich auf die nachfolgende Angabe der hauptsächlichsten dieser Probleme, soweit sie Italien betreffen.

35. An erster Stelle muß das Problem der überschüssigen Arbeitskräfte in Italien gelöst werden. Daß es sich dabei um ein schwerwiegendes Problem von internationaler politischer und wirtschaftlicher Bedeutung handelt, ist von unserer Organisation, von der kürzlichen Auswanderungskonferenz im Rahmen des Genfer Internationalen Arbeitsamtes und von der Londoner Dreimächteerklärung anerkannt worden.

Eine größere Beweglichkeit der Arbeitskräfte inner-

halb Europas ist zweifellos notwendig. Aber eine wirkliche weltweite Lösung des Problems muß unter Zusammenarbeit der Mitgliedstaaten und der Vereinigten Staaten gesucht und gefunden werden.

36. Süditalien und die italienischen Inseln befinden sich in einem unzureichenden Entwicklungsstadium, welches die italienische Regierung vor besonders heikle Probleme langfristiger Investierung stellt.

37. Die Entwicklung der überseeischen Gebiete der Mitgliedstaaten ist für Italien besonders interessant, und zwar in zweifacher Hinsicht: Einmal wegen der Möglichkeit einer wenn auch beschränkten Aufnahme seiner Arbeitskräfte und Arbeitsenergien und zum anderen wegen der erhöhten Möglichkeit zur Versorgung und zum Handel auf Nicht-Dollar-Basis.

38. Die allgemeine Entwicklung der überseeischen Länder und der wirtschaftlich rückständigen Gebiete ist für Europa außerordentlich interessant. Selbst wenn Nordamerika dabei, umstandsbedingt, überwiegend in Erscheinung tritt, muß doch Europa in starkem Maße beteiligt werden. Wie bereits gesagt, liegt gerade auch darin einer der hauptsächlichsten Gründe für eine notwendige Integration unserer Wirtschaften. Für Italien stellt eine aktive Teilnahme an dieser Entwicklung eine unentbehrliche Lebensbedingung und eine Vorbedingung für seine erfolgreiche Aufwärtsentwicklung dar.

39. Die Verwirklichung eines Präferenz Zollgebietes, ja, auch die Durchführung auf Erzeugungsgebieten, bedeutet, zusammen mit der stufenweisen Lösung der übrigen von uns überblicksweise weiter oben aufgezählten Probleme, eine ungeheure Aufgabe, deren Durchführung beträchtliche Zeit in Anspruch nehmen wird. Die zu ergreifenden Maßnahmen sind übrigens so beschaffen, daß sie nicht sofort in Erscheinung treten. In ihrer Gesamtheit bilden sie jedoch den einzigen Weg, auf welchem Europa ein festes inneres und äußeres Gleichgewicht erreichen und die Lebensbedingungen seiner Völker verbessern kann. Es ist jedoch nicht sehr wahrscheinlich, daß sie die Probleme der Zahlungsbilanz, der Investitionen und der Stabilität der Finanzen im Inneren sofort beeinflussen werden, die in den unmittelbar auf die Beendigung der Europahilfe 1952 folgenden Jahren auftauchen werden. Diese Probleme werden vielleicht Behelfslösungen notwendig machen. Es erscheint unumgänglich, daß diese im Rahmen einer Gesamtpolitik vorgesehen werden, die auf endgültige Lösungen in dem von uns skizzierten Sinne und auf den sonstigen, sich aus der Diskussion ergeben mögenden Grundlagen zielen.

40. Bemerkt sei noch, daß die hier von der italienischen Regierung angeregte Methode mit ihren möglichst lebendigen und vielfältigen Initiativen uns ebenfalls nach und nach zur Abschaffung der Kontingentierungen für Einfuhren aus dem Dollargebiet unter Wahrung eines unentbehrlich erscheinenden Schutzzolles um Europa herumführen würde. Wenn erst einmal zwischen den Mitgliedstaaten ein wirkliches Präferenz Zollgebiet zustande gekommen ist, dann würde dieser Tarif wahrscheinlich zumindest zu einem großen Teil ein gemeinsamer werden, und das könnte zur späteren Schaffung eines Gebietes mit freiem Handelsverkehr oder selbst zu einer allgemeinen Zollunion in Europa führen.

Die Ereignisse in Europa

Dänemark

5. September: Die Wahlen zum Folketing (Unterhaus) haben folgendes Ergebnis (in Klammern die Zahl der Sitze seit den Wahlen vom 28. Oktober 1947):

Partei	Stimmenzahl	Sitze
Sozialdemokraten	813 590	59 (57)
Bauernpartei	437 952	32 (49)
Konservative	365 298	27 (17)
Radikale	167 719	12 (10)
Georgspartei	168 418	12 (6)
Kommunisten	94 495	7 (9)
Deutsche Minderheitspartei	6 407	— (—)

Am 13. September beauftragt König *Frederik* nach Scheitern der Koalitionsverhandlungen den Ministerpräsidenten *Hans Hedtoft*, mit seiner bisherigen Regierung im Amt zu bleiben.

Deutschland

1. September: Der Bischof von Passau, *Simon Konrad Landesdorfer*, erklärt bei der Eröffnung des 74. Katholikentages in Passau, im Osten sei eine Christenverfolgung im Gange, wie sie die Welt noch nicht gesehen habe. Erbprinz *Karl zu Löwenstein*, der Präsident des Zentralkomitees deutscher Katholiken, richtet an die Besatzungsmächte die Bitte, den westdeutschen Katholiken eine Vertretung beim Heiligen Stuhl einzuräumen. Am 3. September wird auf der Schlußkundgebung eine Botschaft des Papstes *Pius XII.* verlesen, in welcher die deutschen Katholiken aufgerufen werden, den Kampf gegen den Materialismus gemeinsam mit den Katholiken der ganzen Welt zu führen. Bundeskanzler Dr. *Konrad Adenauer* betont in seiner Ansprache, die Bundesregierung kenne kein größeres Ziel als den Frieden.

Das Zentralkomitee der Sozialistischen Einheitspartei (SED) veröffentlicht auf seiner zweiten Tagung einen Beschluß vom 24. August, wonach der Staatssekretär im Ministerium für Land- und Forstwirtschaft, *Paul Merker*, der Chefredakteur des Deutschlandsenders, *Leo Bauer*, der Chefredakteur des Berliner Senders, *Bruno Goldhammer*, der Generaldirektor der Eisenbahn, *Willi Krekemeyer*, der Chefredakteur der Friedenspost, *Lex Ende*, und *Maria Weiterer* wegen Verbindung mit einem Agenten der amerikanischen Spionage, *Noel H. Field*, aus der Partei ausgeschlossen und *Bruno Fuhrmann*, *Hans Teubner*, *Walter Beling* und *Wolfgang Langhoff* ihrer Funktionen enthoben werden.

3. September: Nach fünftägiger Dauer wird der dritte Kongreß des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes (FDGB) im sowjetischen Sektor Berlins mit der Wahl des neuen Bundesvorstandes, der von 78 auf 103 Vorstandsmitglieder erweitert wird, beendet. Der Bundesvorstand wählt *Herbert Warnke* (SED) erneut zum Vorsitzenden.

4. September: Das Amt für Informationen der Deutschen Demokratischen Republik teilt mit, daß Innenminister Dr. *Karl Steinhoff* die religiöse Sekte *Zeugen Jehovas* verboten habe, da die Sekte systematische Hetze gegen die bestehende demokratische Ordnung betreibe.

Bundesinnenminister Dr. *Gustav Heinemann* führt mit Bundeskanzler Dr. *Konrad Adenauer* eine Besprechung bezüglich des den Alliierten überreichten Memorandums zur Sicherheitsfrage. Am 5. September erörtert das Bundeskabinett die Meinungsverschiedenheiten zwischen dem Bundeskanzler und dem Innenminister. Bundesinnenminister Dr. *Heinemann* erklärt nach der Sitzung gegenüber Pressevertretern, Hauptursache für seine Kritik sei gewesen, daß er als der für das Problem der inneren Sicherheit zuständige Ressortminister erst 24 Stunden nach der Absendung vom Inhalt des deutschen Sicherheitsmemorandums Kenntnis erhalten habe. Am 11. September teilt der Bundesinnenminister nach einer weiteren Besprechung mit dem Bundeskanzler mit, daß bisher keine Entscheidung über die Lösung der Meinungsverschiedenheiten gefallen sei.

Der ehemalige stellvertretende Landesvorsitzende der Bayernpartei, Bundestagsabgeordneter *Anton Donhauser*, gibt seinen Austritt aus der Bayernpartei und seinen Eintritt in die von Professor *Max Lepsche* gegründete bayerische Heimat- und Königspartei bekannt. Auch der Bundestagsabgeordnete der Bayernpartei *Hermann Aumer* erklärt seinen Austritt und tritt in die Heimat- und Königspartei ein. Am 6. September gibt der Bundestagsabgeordnete *Wilhelm Rahn* seinen Austritt aus der Bayernpartei und seinen Eintritt in die bayerische Heimat- und Königspartei bekannt.

5. September: Der Landtag von Schleswig-Holstein wählt den Kreisvorsitzenden der Christlich-Demokratischen Union (CDU) von Neumünster, Dr. *Walter Bartram*, zum neuen Ministerpräsidenten. Für ihn stimmen 44 Abgeordnete des Deutschen Wahlblocks (CDU, FDP, DP) und des Blocks der Heimatvertrie-

benen und Entrechteten (BHE), während 19 Abgeordnete der SPD dagegen stimmen und sich 4 Abgeordnete des Südschleswigschen Wählerverbandes der Stimme enthalten. Das neue Kabinett hat folgende Zusammensetzung: Ministerpräsident: Dr. Walter Bartram (CDU); stellvertretender Ministerpräsident und Finanzminister: Waldemar Kraft (BHE); Innen- und Kultusminister: Dr. Paul Pagel (CDU); Minister für Wirtschaft, Verkehr und Aufbau: Dr. Hermann Andersen (FDP); Minister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten sowie Justizminister: Otto Wittenburg (DP); Minister für Soziales, Arbeit und Vertriebene: Hans Adolf Asbach (BHE).

Das Bundesjustizministerium und das Bundesministerium für Gesamtdeutsche Fragen wenden sich in einer gemeinsamen Erklärung gegen das Verfahren und die Urteile, durch die in Waldheim in Sachsen gegen 3400 Insassen von Konzentrationslagern in der sowjetischen Besatzungszone Todes- und langjährige Freiheitsstrafen verhängt wurden.

Ministerpräsident Karl Arnold verbietet Demonstrationen der Freien Deutschen Jugend (FDJ) in Nordrhein-Westfalen.

7. September: In einer Feierstunde anlässlich des ersten nationalen Gedenktages des deutschen Volkes erklärt Bundespräsident Professor Theodor Heuß im Bundeshaus in Bonn, es sei die größte Sorge des deutschen Volkes, ein Vakuum zu bilden. Die deutsche Gleichberechtigung sei nötig, um Europa mitgestalten zu können. Eine Remilitarisierung als rein deutsches Unternehmen müsse zum geschichtszerstörenden Element werden. Bundeskanzler Dr. Konrad Adenauer erklärt nach einem Rückblick auf das vergangene Jahr, das zweite Jahr der Bundesrepublik werde vielleicht noch schwerere Aufgaben stellen als das erste. Es sei das Ziel der Bundesregierung, wieder mit dem deutschen Osten vereint zu sein.

Der Fraktionsvorsitzende der FDP im Landtag von Nordrhein-Westfalen, Dr. Friedrich Middelhaue, fordert Ministerpräsident Karl Arnold zum Rücktritt auf. Im Sinne der Wahlentscheidung vom 18. Juni sei eine Regierungsumbildung erforderlich.

8. September: Das Bundesministerium für Gesamtdeutsche Fragen veröffentlicht ein Weißbuch, in dem es heißt, die Einheitslisten für die Wahlen am 15. Oktober in der sowjetischen Besatzungszone seien der letzte Versuch, die endgültige Machtergreifung der SED durchzuführen. Die Zeugnisse über Wahlfälschungen reichten bereits jetzt schon aus, um vor jedem Gericht diese Wahlen für ungesetzlich und ungültig zu erklären.

Der Bundesrat wählt den bayerischen Ministerpräsidenten Dr. Hans Ehard einstimmig zum Präsidenten für das zweite Geschäftsjahr und den Berliner Oberbürgermeister Professor Ernst Reuter, Senatspräsident Wilhelm Kaisen (Bremen), Staatspräsident Leo Wohleb (Baden) und Ministerpräsident Karl Arnold (Nordrhein-Westfalen) zu Vizepräsidenten.

Der Bundestag tritt zu seiner ersten Arbeitssitzung nach den Ferien zusammen.

9. September: Auf einer Konferenz mit den Ministerpräsidenten der westdeutschen Länder bespricht Bundeskanzler Dr. Konrad Adenauer die inner- und

außenpolitische Lage sowie die Frage der Länderpolizei. Nach der Konferenz erklärt der Bundeskanzler, die Bundesrepublik erwarte sehr viel von der Außenministerkonferenz in New York; er hoffe, daß die Bundesrepublik ihre volle Souveränität zurück-erhalten werde.

Auf der fünften Jahrestagung des Sozialistischen deutschen Studentenbundes erklärt Professor Carlo Schmid (SPD) in Mainz, die deutsche Arbeiterschaft könne sich dem Sog aus dem Osten nur durch ein stärkeres Selbstgefühl und durch eine unbeirrbar Selbstachtung entziehen. Am 10. September fordert der französische Sozialistenführer André Philip die Aufstellung einer einheitlichen deutschen Armee, die Bildung eines einheitlichen europäischen Generalstabes und ein Ministerium für europäische Verteidigung. Die Arbeiterschaft in Europa müsse zum Angriff übergehen, um die Führung im Kampf um ein geeintes Europa zu übernehmen.

10. September: General Mark W. Clark gibt vor der Presse in Frankfurt bekannt, daß noch vor dem nächsten Frühjahr mehr amerikanische Truppen nach Westeuropa und besonders nach Deutschland kämen.
11. September: Der stellvertretende britische Hohe Kommissar, C. E. Steel, teilt der Bundesregierung die endgültige Beendigung der Demilitarisierung in der britischen Zone mit. Demontagen für Reparationszwecke würden von dieser Entscheidung nicht berührt. Am 12. September erklärt ein Sprecher der amerikanischen Hohen Kommission, daß die Demilitarisierung in der amerikanischen Zone schon vor drei Wochen beendet worden sei. —

Professor Carlo Schmid erklärt zu den Auseinandersetzungen zwischen Bundeskanzler Dr. Adenauer und Bundesinnenminister Dr. Heinemann, der Kanzler wolle die zum Schutz der Bundesrepublik geplante Polizeireserve unter seinen persönlichen Befehl stellen. Die SPD glaube aber, daß dies eine Sache des Innenministers sei. Außerdem habe der Bundesinnenminister die Einsetzung alter Nationalsozialisten in führende Ministerialstellungen abgelehnt.

12. September: Die Nachrichtenagentur ADN teilt mit, daß der Vizepräsident der Volkskammer und erste Vorsitzende der CDU in Sachsen, Dr. Josef Rambo, der nach Westberlin geflohen ist, aus der Partei ausgeschlossen worden sei. Der Exilvorstand der Ost-CDU erkennt Rambo nicht als politischen Flüchtling an.

Die Bundesregierung gibt bekannt, daß der ehemalige General Gerhard von Schwerin dem Bundeskanzler zur Beratung technischer Fragen der Sicherheit zur Verfügung steht.

13. September: Der Hessische Landtag verabschiedet in dritter Lesung gegen die Stimmen der Kommunisten das neue Landtagswahlgesetz, nach dem 48 Abgeordnete in direkter Wahl und 32 Abgeordnete über die Landesliste gewählt werden.

Der ehemalige brandenburgische Justizminister Ernst Stargardt, der im August nach Westberlin geflohen war, wird vom Landesverband Brandenburg der CDU aus der Partei ausgeschlossen.

Der Hauptvorstand der CDU in der sowjetischen Besatzungszone tritt in einer Erklärung für Freund-

schaft mit der Sowjetunion, für Anerkennung der Oder-Neiße-Linie als Friedensgrenze für Gesamtdeutschland sowie für Einheitslisten für die Wahlen am 15. Oktober ein.

14. September: Bundeskanzler Dr. Konrad *Adenauer* gibt im Bundestag eine Regierungserklärung ab. Darin heißt es, der Kommunismus wolle seine Macht in der sowjetischen Besatzungszone durch einen Wahlbetrug legalisieren lassen. Die Wahlen des 15. Oktober seien ungesetzlich und nach demokratischem Recht null und nichtig. Die Bundesregierung fordere erneut freie Wahlen für ein gesamtdeutsches Parlament. Die Bundesregierung rufe die demokratische Welt auf, das deutsche Volk für die erstrebte Wiedervereinigung aller Teile Deutschlands zu unterstützen. Im Anschluß an die Erklärung betont Bundesminister Jakob *Kaiser*, das in der sowjetischen Besatzungszone inszenierte Manöver könne auf die Bezeichnung Wahl keinen Anspruch erheben. Der Vorsitzende des Ausschusses für gesamtdeutsche Fragen, Bundestagsabgeordneter Herbert *Wehner* (SPD), erklärt in seiner Rede, das kommunistische System bedeute Vernichtung der Menschenrechte, die Versklavung der arbeitenden Menschen, Verewigung von Hunger, Elend und Ausbeutung. Das deutsche Volk sehe in der Anerkennung der Oder-Neiße-Linie, in der Verteidigung der unmenschlichen Behandlung deutscher Kriegsgefangener, in der Mißachtung des Schicksals und des Heimatrechts der Vertriebenen Verbrechen gegen die Menschlichkeit.

Der Ministerpräsident von Rheinland-Pfalz, Peter *Altmeier* (CDU), teilt dem Landtag den Rücktritt des Sozialministers Jakob *Steffan* (SPD) mit. Der Landtag wählt Willi *Odenthal* (SPD) zu seinem Nachfolger.

Der Vorsitzende des Nauheimer Kreises, Professor Ulrich *Noack*, dementiert eine Meldung, wonach der Nauheimer Kreis und er selbst mit führenden Männern der Ostzone zusammenarbeiteten.

15. September: Bei der Eröffnung des unter dem Motto „ex oriente pax“ stehenden Parteitages der CDU in der sowjetischen Besatzungszone in Berlin erklärt der stellvertretende Ministerpräsident und Vorsitzende der CDU, Otto *Nuschke*, die Partei werde zur Verfügung sein, wenn gesamtdeutsche Interessen gegen die Zumutungen des westlichen Auslandes verteidigt werden müßten. Ministerpräsident Otto *Grotewohl* erklärt, der Staat werde rücksichtslos auftreten, wenn die Arbeit der Nationalen Front von kirchlicher Seite eingeschränkt werde.

Der Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen, Karl *Arnold* (CDU), erweitert sein Kabinett. Der Regierung gehören jetzt an: Innenminister: Dr. Adolf *Flecken* (CDU); Finanzminister: Dr. Heinrich *Weitz* (CDU); Justizminister: Dr. Rudolf *Amelunxen* (Zentrum); Kultusminister: Christine *Teusch* (CDU); Minister für Wirtschaft und Verkehr: Dr. Arthur *Sträter* (CDU); Minister für Ernährung und Landwirtschaft: Heinrich *Lübke* (CDU); Arbeitsminister: Johannes *Ernst* (CDU); Sozialminister: Dr. Josef *Weber*; Wiederaufbauminister: Dr. Otto *Schmidt* (CDU); Landesvertreter bei der Bundesregierung: Dr. Karl *Spiecker* (CDU).

Frankreich

5. September: Der Vorsitzende des Außenpolitischen Ausschusses der Nationalversammlung, Edouard *Bonafous*, erklärt in Paris nach Rückkehr von einer Deutschlandreise, eine wirkungsvolle Rolle Deutschlands bei der Verteidigung des Westens könne nur erreicht werden, wenn die von Winston *Churchill* geforderte europäische Armee aufgestellt werde.
6. September: Das Kabinett beschließt auf Vorschlag des Landwirtschaftsministers Pierre *Pflimlin*, das Projekt einer europäischen landwirtschaftlichen Union, ähnlich der geplanten Montanunion, in Erwägung zu ziehen.

Außenminister Robert *Schuman* erklärt sich auf einer Pressekonferenz mit der Errichtung eines deutschen Außenministeriums, einer vorübergehenden Erhöhung der deutschen Stahlquote und der Aufstellung einer ausreichenden Polizeimacht in der Bundesrepublik einverstanden.

Griechenland

9. September: Das Parlament spricht der Regierung mit 124 gegen 106 Stimmen das Mißtrauen aus. Die Regierung tritt am 10. September zurück. Nachdem der Führer der Volkspartei, Konstantin *Tsaldaris*, vergeblich versucht hat, eine Regierung zu bilden, nimmt der bisherige Ministerpräsident, Sophokles *Venizelos*, am 11. September erneut den Auftrag zur Regierungsbildung an.
13. September: Die neugebildete Regierung setzt sich folgendermaßen zusammen: Ministerpräsident und Außenminister: Sophokles *Venizelos* (Liberaler), stellvertretende Ministerpräsidenten: Konstantin *Tsaldaris* (Volkspartei) und Georges *Papandreou* (Sozialist), Innenminister: Demetrios *Janopoulos* (Volkspartei), Kriegsminister: G. *Lazanas* (Volkspartei), Verteidigungsminister: Kosta *Haramanlis* (Volkspartei), Justizminister: Ilias *Lagakos* (Sozialist), Minister für öffentliche Ordnung: Augustos *Theologhitis* (Sozialist), Finanzminister: Stavros *Kostopoulos* (Liberaler), Wirtschaftsminister: Evangelos *Averof* (Liberaler), Arbeitsminister: Miltiades *Mantas* (Volkspartei), Minister für öffentliche Arbeiten: General Napoleon *Zervas* (Nationalpartei), Landwirtschaftsminister: Andrea *Lambropoulos* (Sozialist), Wiederaufbauminister: Phokion *Zaimis* (Liberaler), Minister für wirtschaftliche Koordinierung: Stephanos *Stephanopoulos* (Volkspartei), Transportminister: Nicholas *Exarchos* (Sozialist), Handelsmarineminister: P. *Kandjias* (Volkspartei), Erziehungsminister: Nicholas *Bakopoulos* (Liberaler), Informationsminister: Panayotis *Radopoulos* (Volkspartei), Gesundheitsminister: Alexandros *Kostopoulos* (Sozialist). Am 15. September spricht das Parlament der Regierung mit 153 gegen 43 Stimmen das Vertrauen aus.

Großbritannien

2. September: Der Ständige Rat der Außenministerstellvertreter der Atlantikpaktstaaten beschließt die Bildung eines Informationsstabes, der den Völkern die Ziele der atlantischen Verteidigungsorganisation nahebringen soll. Am 4. September wird ein Communiqué veröffentlicht, in dem es heißt, der Rat habe Pläne für ein dringendes Produktionsprogramm entworfen

und die Regierungen aufgefordert, ihre Rüstungsfabriken bis zur vollen Kapazität auszunutzen. Die Fragen der angemessenen Verteilung der finanziellen Lasten und der wirksamsten Ausnutzung aller Rohstoffquellen seien geprüft worden.

4. September: Der australische Außenminister, Percy C. Spender, erklärt auf einer Pressekonferenz in London, Australien befürworte eine engere Bindung zwischen Großbritannien und dem europäischen Kontinent und die Bildung einer europäischen Armee unter britischer Beteiligung. Er sehe darin keine Beeinträchtigung der Interessen des Commonwealth.
5. September: Der Rat der Verteidigungsminister der Westunion (Großbritannien, Frankreich und Benelux-Staaten) tritt in London zu einer Geheimsitzung zusammen, bei der Fragen eines engeren Zusammenschlusses der militärischen Organisation der Westunion mit der des Atlantikpaktes besprochen werden.
7. September: Die 257. Sitzung der Außenministerstellvertreter für den österreichischen Staatsvertrag wird nach ergebnislosen Verhandlungen abgebrochen und die Besprechungen auf Mitte Dezember vertagt.
14. September: Versorgungsminister George R. Strauss gibt vor dem Unterhaus einen Kabinettsbeschluss bekannt, wonach die Verstaatlichung der Stahlindustrie am 1. Januar 1951 in Kraft treten soll. Winston Churchill fordert das Unterhaus in einem Antrag auf, sein Bedauern über die Haltung der Regierung auszudrücken, die in einem Augenblick der Gefahr die Nation in zwei Lager spalte und ein wirkungsvolles Arbeiten der lebenswichtigen Stahlindustrie gefährde. Das Unterhaus billigt am 14. September einstimmig das Wiederaufrüstungsprogramm der Regierung und am 15. September die Verlängerung der Militärdienstzeit auf zwei Jahre.

Jugoslawien

5. September: Außenminister Dr. Edvard Kardelj erklärt in einem Interview mit der Zeitung *Borba*, der Krieg in Korea sei eine Bedrohung des Weltfriedens. Die bewaffnete Aktion der nordkoreanischen Regierung führe zu keiner wirklichen Befreiung des koreanischen Volkes. Jugoslawien wolle bei den Vereinten Nationen für eine faire Lösung des Konflikts eintreten.
12. September: Der stellvertretende Ministerpräsident der Kroatischen Volksrepublik, Duschan Brkitch, sowie

die Kabinettsmitglieder Rada Schigitch und Stanko Opatchitch werden wegen Agententätigkeit für das Kominform ihrer Ämter enthoben und aus der Kommunistischen Partei ausgestoßen. Es werden neu ernannt: Zum Stellvertretenden Ministerpräsidenten Nikola Sekulitch, zum Minister für Volksgesundheit Marijan Zwetkowitz und zum Arbeitsminister Melutin Balitch.

Malta

10. September: Die Wahlen für die Gesetzgebende Versammlung haben folgendes Ergebnis: Nationalisten 12 Sitze, Labour Party 11, gemäßigte Labour Party 11, Konstitutionalisten 4, Demokratische Aktion 1, Unabhängige 1.

Oesterreich

3. September: Die unter Führung von Nationalrat Erwin Scharf stehende „Vereinigung der fortschrittlichen Sozialisten“ kündigt die Gründung einer selbständigen linkssozialistischen Partei an.
11. September: Bundeskanzler Dr. Leopold Figl empfängt den Generaldirektor der Weltgesundheitsorganisation, Dr. Brock-Chisholm, und dankt ihm für die Hilfe, die diese Organisation Oesterreich zuteil werden ließ.

Rumänien

7. September: Das Parlament verabschiedet ein neues Wahlgesetz, das früheren Großbürgern das Wahlrecht entzieht. Das Recht auf Nominierung von Kandidaten bleibt der kommunistischen Arbeiterpartei, den Kollektivwirtschaften, Massenorganisationen und Militäreinheiten vorbehalten.

Sowjetunion

1. September: Das Außenministerium weist in gleichlautenden Noten an Schweden und Dänemark die Proteste dieser Staaten gegen Einführung einer Zwölfmeilengrenze in der Ostsee mit der Erklärung zurück, die Abgrenzung der Territorialgewässer sei ausschließlich Angelegenheit des betreffenden Staates.

Ungarn

7. September: Die Regierung erläßt ein Betätigungsverbot für 59 religiöse Orden. Die Auflösung der Klöster innerhalb von drei Monaten wird angeordnet.

Wichtige Ereignisse in der übrigen Welt

Afrika

Südafrikanische Union

11. September: Der ehemalige Ministerpräsident, Feldmarschall Jan Christian Smuts, stirbt im Alter von 80 Jahren.

Amerika

Kanada

1. September: Außenminister Lester B. Pearson erklärt vor dem Parlament, die in Aufstellung begriffene kanadische Spezialeinheit solle den Vereinten Natio-

nen nicht nur für Korea, sondern auch für künftige Aufgaben ständig zur Verfügung stehen. Er schlägt die Aufrüstung Westdeutschlands und die Abgabe einer Sicherheitsgarantie durch die Westmächte vor.

5. September: In der Debatte über das Verteidigungsprogramm in Höhe von 800 Millionen can. Dollar erklärt Finanzminister Douglas Abbott, Kanada sei bereit, den europäischen Partnern des Atlantikpaktes unentgeltlich Waffen zur Verfügung zu stellen. Am 13. September erklärt Premierminister Louis St. Laurent vor dem Parlament, die Regierung habe nicht

die Absicht, Truppen nach Europa zu entsenden; sie sei hierzu auch von keiner der Atlantikpaktmächte aufgefordert worden. Der kanadische Beitrag zur Verteidigung Westeuropas werde in der Lieferung von Waffen und Ausrüstung bestehen.

Vereinigte Staaten

1. September: Präsident Harry S. *Truman* legt in einer Rundfunkansprache ein Friedensprogramm der Vereinigten Staaten vor. Es enthält die folgenden acht Punkte: Unterstützung der Vereinten Nationen; Anerkennung der Freiheit und Einheit Koreas; Verhinderung einer Ausweitung des Koreakonflikts; Warnung an das chinesische Volk, sich in den Krieg gegen die Vereinigten Staaten treiben zu lassen; Lösung der Formosafrage durch internationale Verhandlungen; Freiheit und bessere Lebensverhältnisse für die Völker Ostasiens; Stärkung der Verteidigungskraft der freien Völker und Ablehnung eines Präventivkrieges; Ausschöpfung aller Hilfsquellen für die Sicherung des Friedens. Der Präsident gibt die geplante Verstärkung der amerikanischen Streitkräfte auf 3 Millionen Mann bekannt und fordert alle Völker auf, sich an dem Werk der Friedenssicherung zu beteiligen.

Beide Häuser des Kongresses verabschieden einstimmig die endgültige Fassung eines Gesetzes, das Präsident *Truman* weitgehende Vollmachten zur Beschleunigung des Rüstungsprogramms und zu Maßnahmen gegen inflationistische Tendenzen überträgt.

6. September: Präsident Harry S. *Truman* unterzeichnet den Haushaltsplan in Höhe von über 36 Milliarden Dollar, betont aber, daß er damit keine Vollmacht für die in dem Plan enthaltene Anleihe an Spanien in Höhe von 62,5 Millionen Dollar erteile. Am 8. September beauftragt der Präsident Außenminister Dean *Acheson* mit der Durchführung des Punkt-4-Programms, für dessen erstes Jahr 34,5 Millionen Dollar zur Verfügung stehen.
9. September: Präsident Harry S. *Truman* legt in einer Rundfunkansprache die notwendigen Maßnahmen zur Erhöhung der Verteidigungsbereitschaft dar. Er erklärt, die Vereinigten Staaten müßten ihre Verteidigungsanstrengungen in den kommenden Jahren mehr als verdoppeln.

Präsident Harry S. *Truman* ordnet eine wesentliche Verstärkung der amerikanischen Truppen in Europa an und spricht in einer Erklärung die Erwartung aus, daß die westeuropäischen Vertragspartner durch Verstärkung ihrer eigenen Streitkräfte mit den amerikanischen Maßnahmen Schritt halten werden.

Der Unterstaatssekretär für Fernost-Angelegenheiten, Dean *Rusk*, nennt in einer Rede vor Veteranen in Cleveland folgende Grundsätze der amerikanischen Fernostpolitik: Beschleunigten Friedensschluß mit Japan, Niederschlagung des Angriffs auf Korea, Herstellung der Einheit Koreas, Verhinderung von Feindseligkeiten zwischen China und Formosa, internationale Lösung der Formosafrage, militärische Hilfe für Indochina und die Philippinen.

11. September: Außenminister Dean *Acheson* erklärt vor den außenpolitischen Ausschüssen des Kongresses, er werde auf den bevorstehenden Konferenzen der drei

Außenminister und der Atlantikpaktstaaten für eine beschleunigte Aufrüstung Westeuropas und für die Bildung einer europäischen Armee unter Einschluß deutscher Divisionen eintreten. Die beiden Kongreßausschüsse sprechen ihm einstimmig ihre Zustimmung aus.

12. September: Verteidigungsminister Louis *Johnson* und sein Stellvertreter, Stephan T. *Early*, treten zurück. Präsident *Truman* ernennt den ehemaligen Außenminister, General George C. *Marshall*, zum Verteidigungsminister und ersucht den Kongreß um beschleunigte Verabschiedung der zu seiner Ernennung notwendigen Gesetzesänderungen. Diese werden von beiden Häusern am 15. September angenommen.

In New York wird die Konferenz der Außenminister der Vereinigten Staaten, Großbritanniens und Frankreichs von Außenminister Dean *Acheson* eröffnet. Zu den Beratungen werden die Hohen Kommissare der Westmächte in Deutschland hinzugezogen. Am 14. September vertragen die Außenminister ihre Beratungen auf den 18. September und geben ein Zwischenkommuniqué heraus. (Vgl. den Wortlaut S. 3405)

15. September: Der Atlantikrat, bestehend aus den Außenministern der zwölf Atlantikpaktstaaten, tritt unter dem Vorsitz des amerikanischen Außenministers Dean *Acheson* in New York zusammen. In seiner ersten Sitzung billigt der Rat die vom Ständigen Rat der Außenministerstellvertreter ausgearbeiteten Empfehlungen zur Steigerung der Verteidigungsbereitschaft und diskutiert die Frage der Bewaffnung der Bundesrepublik Deutschland.

Asien

China

3. September: Radio Peiping meldet die zweite Verletzung chinesischen Hoheitsgebietes durch einen Angriff amerikanischer Flugzeuge auf chinesische Dschunken am Nordufer des Yalu-Flusses.

Indien

2. September: Purshottamdas *Tandon* wird zum Präsidenten der Kongreßpartei gewählt.

Indonesien

6. September: Die neugebildete Regierung hat folgende Zusammensetzung: Ministerpräsident: Mohammed *Nasir*; stellvertretender Ministerpräsident: Sultan von Djogjakarta; Außenminister: Mohammed *Roem*; Innenminister: Dr. *Assat*; Finanzminister: Shafruddin *Prawanegara*; Handels- und Industrieminister: Dr. *Sumitro Adhinato*; Verkehrsminister: Dr. *Djuana*; Gesundheitsminister: Dr. *Leimina*; Informationsminister: *Pellaupessy*; Landwirtschaftsminister: Dr. *Manu*; Minister für öffentliche Arbeiten: Dr. *Johannes*; Arbeitsminister: *Suroso*; Sozialminister: *Hardjadi*; Erziehungsminister: Dr. *Bahder Djohan*; Justizminister: Dr. *Wongsonegoro*; Kirchenminister: Wachid *Hasjim*; Verteidigungsminister: Dr. *Abdul Halim*; ohne Portefeuille: Harsono *Tjokroaminoto*.

Japan

1. September: Der Oberbefehlshaber der alliierten Besatzungstruppen, General Douglas *MacArthur*, stellt

in seiner Gedenkrede zum fünften Jahrestag der japanischen Kapitulation fest, das japanische Volk habe Militarismus und Imperialismus aus eigener Anstrengung überwunden und die Grundsätze der politischen Moral und der wirtschaftlichen und sozialen Freiheit verwirklicht.

Korea

1. September: Nordkoreanische Streitkräfte beginnen mit einer neuen Großoffensive, die bis zum 11. September mit wechselnden Angriffsschwerpunkten anhält. Im Verlauf der Kampfhandlungen wird der Naktong in breiter Front überschritten, am 5. September die Hafenstadt Pohang an der Ostküste und am 7. September die Stadt Waegwan genommen.
8. September: Der Stabschef der nordkoreanischen Armee, Generalleutnant *Kang Kun*, fällt während der Kampfhandlungen.
10. September: Truppen der Vereinten Nationen beginnen nördlich Kyongju mit einem Gegenangriff, der am 12. September auch auf den Raum nördlich Taegu ausgedehnt wird. Bis zum 14. September wird ein Teil des bei der letzten nordkoreanischen Offensive verlorenen Geländes zurückgewonnen.
12. September: Die nordkoreanische Regierung richtet eine Beschwerde an den Sicherheitsrat der Vereinten Nationen, in der sie feststellt, daß fast die gesamte Industrie Koreas durch amerikanische Luftangriffe zerstört ist. Der Sicherheitsrat wird aufgefordert, die Fortsetzung der Luftangriffe zu unterbinden.
15. September: Streitkräfte der Vereinten Nationen landen im Rücken der nordkoreanischen Truppen bei Inchon, Pohang und Yongdok. Stadt und Hafen Inchon werden besetzt und der Angriff auf die südkoreanische Hauptstadt Seoul begonnen. Gleichzeitig treten die Truppen der Vereinten Nationen an der gesamten Front des Brückenkopfs zum Angriff an und drängen die Nordkoreaner zurück.

Philippinen

13. September: Präsident *Elpidio Quirino* gibt eine Umbildung seines Kabinetts bekannt. Die neuen Minister sind: Landwirtschaftsminister: *Fernando Lopez* (zugleich Vizepräsident), Minister für wirtschaftliche Koordinierung: *Salvador Araneta*, Erziehungsminister: *Pablo Lorenzo*, Justizminister: *José Bengson*, Verteidigungsminister: *Ramón Magsaysay*.

Syrien

5. September: Die Verfassungsgebende Versammlung billigt mit 105 gegen 6 Stimmen eine neue Verfassung und proklamiert die „Dritte Republik“. Nach ihrer Umwandlung in eine Abgeordnetenkammer wählt die Versammlung *Haschem al-Atassi* zum Staatspräsidenten.
8. September: Der frühere Ministerpräsident *Nazim el-Kudsi* bildet die neue Regierung, die sich überwiegend aus Mitgliedern der Volkspartei zusammensetzt. Die Ministerliste: Ministerpräsident und Außenminister: *Nazim el-Kudsi*, Innenminister: *Raschad Barmada*, Justizminister: *Zaki Khatib*, Verteidigungsminister: *Fawzi Silo*, Landwirtschaftsminister: *Ali Bouzo*, Minister für öffentliche Arbeiten: *Ahmed Kanbar*, Gesundheitsminister: *George Shaltoub*, Wirt-

schaftsminister: *Hani Sabei*, Finanzminister: *Shaker Ass*, Erziehungsminister: *Farhan Jaudalim*. Am 11. September spricht das Parlament der neuen Regierung mit 63 gegen 5 Stimmen das Vertrauen aus.

Organisation der Vereinten Nationen

1. September: Im Sicherheitsrat übernimmt der britische Vertreter, *Sir Gladwyn Jebb*, den Vorsitz und lädt den Vertreter der Republik Korea, *Dr. John M. Chang*, ein, seinen Platz am Ratstisch wieder einzunehmen. Ein sowjetischer Einspruch gegen diese Einladung wird mit 9 gegen 1 Stimme abgewiesen. Der sowjetische Antrag, einen Vertreter Nordkoreas vor dem Rat zu hören, wird mit 8 gegen 2 Stimmen abgelehnt.
5. September: Der amerikanische Vertreter, *Warren R. Austin*, fordert im Sicherheitsrat unter Hinweis auf den am 4. September erfolgten Abschluß eines sowjetischen Flugzeugs über koreanischen Gewässern erneut die strenge Lokalisierung des Koreakonfliktes. Am 6. September legt der sowjetische Vertreter, *Jakob A. Malik*, gegen die von den Vereinigten Staaten vorgeschlagene Resolution, die alle Staaten auffordert, sich jeglicher Unterstützung Nordkoreas zu enthalten, sein Veto ein. Die von der Sowjetunion vorgeschlagene Resolution „Abzug aller ausländischen Truppen aus Korea“ wird mit 8 gegen 1 Stimme abgelehnt. Am 7. September wird der sowjetische Antrag auf Einstellung der Luftangriffe auf Nordkorea mit 9 gegen 1 Stimme abgelehnt.
6. September: In Paris eröffnet der französische Staatspräsident, *Vincent Auriol*, eine Tagung des Internationalen Währungsfonds und der Weltbank. Der Präsident der Weltbank, *Eugene R. Black*, erklärt auf der Tagung, die Unterschiede im Lebensstandard der Völker seien für die sozialen Unruhen und die Feindseligkeiten der Welt verantwortlich. Der Kommunismus könne nur durch wirtschaftlichen Fortschritt bekämpft werden. Deshalb komme dem Punkt-4-Programm Präsident *Trumans* große Bedeutung zu. Die Tagung wird am 14. September beendet.
8. September: Generalsekretär *Trygve Lie* erklärt bei einer Rede in Chicago, der Rückzug der Nordkoreaner zum 38. Breitengrad genüge nicht für die Wiederherstellung des Friedens. Ein vereinigtes Korea unter einer selbstgewählten Regierung müsse das Ziel der Vereinten Nationen sein.
Generalsekretär *Trygve Lie* teilt der Regierung der Chinesischen Volksrepublik mit, daß ihre Zulassung zur Vollversammlung von einem Entscheid dieser selbst abhängig sei.
12. September: Der sowjetische Vertreter, *Jakob A. Malik*, legt im Sicherheitsrat gegen den amerikanischen Antrag auf Einsetzung einer neutralen Kommission zur Untersuchung der angeblichen Verletzung chinesischen Territoriums durch amerikanische Luftstreitkräfte, für den 7 Stimmen abgegeben werden, sein Veto ein. Danach lehnt der Rat mit 8 gegen 1 Stimme den sowjetischen Antrag ab, die Vereinigten Staaten des Angriffs auf chinesisches Gebiet schuldig zu sprechen.

Grundlinien der sowjetischen Geschichtsforschung im Zeichen des Stalinismus

Von Dr. Georg von Rauch

Fortsetzung

Stoffe und Probleme der sowjetischen Geschichtsschreibung 1934 bis 1945

Die sowjetische Geschichtsforschung der Jahre 1934 bis 1945 erhielt durch die Liquidierung der Schule Pokrowskij's eine Fülle von Anregungen zu neuen Problemstellungen.

Eine Reihe von Aufgaben ergab sich aus der neuen Hinwendung zur mittelalterlichen Geschichte Rußlands, die in den Jahren 1919 bis 1932 mit Ausnahme weniger Arbeiten bürgerlicher Historiker unmittelbar nach dem Umbruch³⁹ vernachlässigt worden war. Neu belebt wurde beispielsweise die vorgeschichtliche Archäologie, die historische Anthropologie, die Geschichte der Gesellschaft im „klassenlosen Zeitalter“. Neben Problemen der Sklavereiwirtschaft begann man der Frage des Feudalismus im Kiewer Rußland erneute Aufmerksamkeit zu schenken⁴⁰. Hierbei ist vor allem B. D. Grekow zu nennen, der mittlerweile zum namhaftesten Erforscher des mittelalterlichen Rußlands geworden ist⁴¹. Grekow leugnet, entgegen der älteren marxistischen Auffassung, das Dominieren des Sklavenbetriebes in der russischen Produktion vom 9. bis 12. Jahrhundert und weist auf das Fehlen von Sklavenaufständen, die hierfür zeugen müßten, hin⁴². Von Interesse ist die Bagatellisierung von warägischen Einflüssen in der älteren russischen Geschichte sowohl bei Grekow als auch bei anderen mittelalterlichen Forschern: auch für die Entwicklung des Feudalismus wären ursprüngliche slawische Ansätze von größerer Bedeutung als warägische Einflüsse.

Demgegenüber wird tatarischen Einwirkungen stärkere Beachtung geschenkt. Das grundlegende Werk für die Tatarenzeit stammt von Grekow und A. J. Jakubowski⁴³. Im Vergleich zu Pokrowskij ist ihre Beurteilung wesentlich skeptischer. Schestakow polemisiert mit der eurasischen Schule der russischen Emigranten (G. Vernadsky u. a.), wenn er die Seg-

nungen der von jenen gerühmten „pax mongolica“ des 13. bis 14. Jahrhunderts nicht anerkennen will und das Tatarenjoch entsprechend der älteren historischen Schule des 19. Jahrhunderts als ein „grausames, erdrückendes Zeitalter“, seine Beendigung durch Iwan III. als eine große Tat hinstellt⁴⁴. Besonderes Interesse wird den nichtslawischen Völkern und Staaten des alten Rußlands, den Skythen und Chasaren, entgegengebracht⁴⁵. Die Christianisierung Rußlands wird ganz im Sinne der Richtlinien von 1934 als ein progressiver Faktor gegenüber der heidnischen Periode gewertet, durch den der Anschluß an die höhere Kultur von Byzanz ermöglicht wurde, so etwa bei S. Bachruschin, dem zweiten repräsentativen mittelalterlichen Historiker der Sowjetunion⁴⁶. Bachruschin hat unter anderem Untersuchungen über die Bevölkerung Moskaus im 15. Jahrhundert angestellt⁴⁷.

Daß die Moskauer Großfürsten im 16. Jahrhundert einen zentralisierten Staat geschaffen haben, wird ausgesprochen positiv gewertet⁴⁸, wie ja auch die Person Iwan Grosnys, für den ein besonderes Wohlwollen Stalins bezeichnend ist, stark in den Dienst des vaterländischen Gedankens im großrussisch-moskowitzischen Sinne gestellt wird. Auf einer Fülle neuen Materials⁴⁹ beruht die außerordentlich anregende, allerdings auch zu Widersprüchen reizende Darstellung Iwan Grosnys von R. J. Wipper, eine vollständige Neubearbeitung des 1922 in erster Auflage erschienenen Werkes, das nunmehr auch in deutscher Uebersetzung vorliegt⁵⁰: der Versuch einer großartigen Rehabilitierung und Würdigung der staatsmännischen Verdienste des auch früher nicht uneingeschränkt abgelehnten Zaren, der allerdings, besonders bei der Schilderung der Verschwörung von 1570, nicht ganz unbeeinflusst ist von aktuellen Parallelen der jüngsten Vergangenheit der Sowjetunion⁵¹.

Bei Beurteilung der *Smuta* fällt auf, daß beide Pseudodemetrii mehr als Abenteurer, denn als Führer der Bauernschaft und der Revolution beurteilt werden. Besonderer Nachdruck wird auf das Moment der Befreiung Rußlands von der polnischen Intervention gelegt und dementsprechend *Minin* und *Posharskij* nicht nur als Repräsentanten der Bourgeoisie, sondern des ganzen Volkes gesehen⁵².

Eine regelrechte Renaissance hat in der neuen sowjetischen Geschichtsbetrachtung *Peter der Große* erlebt — auch wenn er jetzt nur Peter I. genannt wird. Er ist der große Reformator, der für Rußland den Weg zu der bis zur Gegenwart reichenden Entwicklung freigelegt hat, zugleich der Begründer des russischen Imperiums. In einem Sammelwerk „Die Reformen Peters I.“ (Moskau 1937) legt W. I. *Lebedew* eine Auswahl von Dokumenten zum Gebrauch für Lehrer an höheren Schulen und für historische Seminare an den Universitäten vor, nachdem er bereits zwei Jahre früher ausgewählte Dokumente zur Geschichte des Astrachaner Aufstandes 1705/06 und des Bulawinschen Aufstandes⁵³ herausgegeben hatte. Von M. M. *Bogoslawskij*, dem schon früher mit Arbeiten über Peters Auslandsreisen hervorgetretenen und 1929 verstorbenen Historikers⁵⁴ werden laufend Materialien zur Geschichte Peters des Großen⁵⁵ sowie das große Quellenwerk „Schriften und Papiere Peters des Großen“ herausgegeben (1948 der 8. Band). Das 1917 aufgefundene Manuskript *Puschkins*, Vorarbeiten zu der von ihm geplanten Geschichte Peters des Großen, ist von J. *Feinberg* einer neuen Analyse unterzogen worden und erweist sich, wie die sowjetische Presse 1949 zu berichten weiß, als ein weit über den Rahmen eines bloßen Konzepts hinausgehendes Werk von sowohl künstlerischer als auch historiographischer Bedeutung.

Für die gesamte ältere russische Geschichte war die Rehabilitierung von A. E. *Presnjakow*, dem Erforscher der Grundlagen des Moskauer Staates⁵⁶, von großem Gewinn. Nichts konnte bezeichnender sein für die Uebernahme der nationalen Traditionen des großrussischen Moskauer Staatswesens durch die Sowjetunion als die Herausgabe des 1. Bandes von Presnjakows „Vorlesungen zur russischen Geschichte“ (Moskau 1938/39).

Für die Erforschung der neueren Geschichte sollte die Rehabilitierung und Rückkehr von E. W. *Tarle* von größter Bedeutung sein. Tarle, bis 1918 Professor der Geschichte in Dorpat⁵⁷, war im Zuge der Ausmerzung bürgerlicher Restbestände seitens der Schule Pokrowskijs in Verruf geraten. Ihm war hauptsächlich sein 1927 in Moskau erschienenen Werk „Europa im Zeitalter des Imperialismus 1871—1919“ zum Verhängnis geworden. Pokrowskij sah sich angesichts des großen Erfolges dieses Werkes — es erlebte schon 1928 eine 2. Auflage — veranlaßt, mit allen Mitteln

gegen den verhaßten Kollegen vorzugehen. Der schwerwiegendste Vorwurf, der Tarle in den Angriffen des I. M. 1928, Nr. 7 traf, war der, daß er die Abhängigkeit Rußlands von der Entente und von ihren Kriegszielen nicht erkannt hätte. Die Polemik gegen Tarle zog sich bis zum Jahre 1931 hin⁵⁸. Die von da an als Organ der 1926 in Moskau begründeten „Gesellschaft marxistischer Historiker“ erscheinende historische Zeitschrift „*borjba klassow*“ („Der Klassenkampf“)⁵⁹ stellte ihn in ihrem zweiten Heft als „bürgerlichen Historiker, Imperialisten und Feind des Bolschewismus“ hin. Inzwischen war Tarle, bald nach der Rückkehr von einer Vortragsreise nach Schweden im Jahre 1929, verhaftet worden; er mußte anschließend mehrere Jahre in der Verbannung in Mittelasien verbringen.

Während der Altmeister der russischen Geschichtsschreibung, S. F. *Platonow* (1860—1933), den Anbruch des neuen Kurses nicht mehr erlebte⁶⁰, stieg Tarle alsbald zu neuem Glanz und Ruhm empor. Er wurde Mitglied der Akademie der Wissenschaften; 1938 erschien sein Buch über den Einfall Napoleons in Rußland, das wenige Jahre später eine überraschende Aktualität erhalten sollte⁶¹. 1939 gab er zusammen mit *Jefimow*, *Notowitsch*, *Chwostow* und *Cheifiz*⁶² ein Handbuch für neue Geschichte in zwei Bänden heraus, das zu den repräsentativen Werken der neueren Geschichtsliteratur gerechnet werden konnte⁶³. Während des Zweiten Weltkrieges steht Tarle bereits in der vordersten Front der sowjetischen Historiker, ja des sowjetischen Geisteslebens überhaupt. 1940 verfaßt er eine Studie über Admiral *Nachimow*, 1942 darf er bereits in einem Sammelwerk zu Ehren der „Fünfundzwanzigjahrfeier der sowjetischen Geschichtswissenschaft“, herausgegeben von W. P. *Wolgin*, mitarbeiten und den Abschnitt über neuere Geschichte bearbeiten. 1944 erscheint sein Buch über den Krimkrieg, 1948 eine Biographie Talleyrands, die beide den genügenden Beweis dafür liefern können, daß der Verfasser aus den Vorwürfen von 1928 gelernt und sich die neue, dem Kreml genehme Sprache angeeignet hat.

Auch bei den anderen Bearbeitern von Einzelfragen und -abschnitten der neueren russischen Geschichte fällt dieselbe Anknüpfung an traditionelle Fragestellungen und die Beschäftigung mit Problemen auf, die bisher jenseits der marxistischen Interessengrenze lagen. So etwa bei S. B. *Okunj*, der eine Geschichte „der UdSSR“ von 1796—1825, also des Zeitalters Pauls I. und Alexanders I. vorlegt⁶⁴, oder bei Aufsätzen über den Diplomaten des 17. Jahrhunderts *Ordin-Naschtschokin*⁶⁵, über die Eroberung der Krim⁶⁶, über die Dekabristen und die Bauernfrage⁶⁷, über die Militärsiedlungen im 19. Jahrhundert⁶⁸ und dergleichen. Noch stärker tritt das Bemühen um ein besseres Verständnis der Vergangen-

heit aus ihrer eigenen Gesetzmäßigkeit zutage in historiographischen Arbeiten über *Lomonossow* oder *Kostomarow* und *Kliutschewskij*⁶⁹, in Ueberblicken über die russische historische Bibliographie⁷⁰ und in einer Quellenkunde von M. N. *Tichomirow*, einem groß angelegten Werk unter der Redaktion von Professor I. W. *Gotje* (Gautier), dessen 1. Band die Zeit bis zum Ende des 18. Jahrhunderts umfaßt⁷¹, schließlich auch in so korrekten Quelleneditionen wie dem hochinteressanten Archiv D. A. *Miljutins*⁷², des Kriegsministers und Militärreformers Alexander II., dessen Memoiren bereits 1919 in Tomsk herausgegeben worden waren.

Ein wesentliches Charakteristikum der neueren sowjetischen Geschichtsschreibung ist die starke Erweiterung ihres Arbeitsfeldes, weit über die Grenzen der bisherigen einseitig von der Ideologie des Klassenkampfes bestimmten Forschung. Diese Erweiterung tritt beispielsweise in der Verteilung der Lehrstühle an der Fakultät für Geschichte des Moskauer Tschernyschewskij-Institutes für Geschichte, Philologie und Literatur zutage. Hier gibt es neben dem Katheder für Marxismus und Leninismus (die Professoren *Gurewitsch*, *Popow*, *Wolin*) und für Geschichte der Völker der Sowjetunion (*Gotje*, *Rubinstein*, *Tichomirow*, *Basilewitsch*, *Kafengaus*), je eins für alte und mittelalterliche (*Abdijew*, *Maschkin*, *Berger*), für neuere (*F. W. Potemkin*, *Notowitsch*, *Weber*) und für Geschichte der „kolonialen und abhängigen Länder“ (*Smirnow*, *Steinberg*, *Ehrenburg*). Auf der einen Seite liegt also ein gesteigertes Interesse für die Geschichte nichtslawischer Völker vor. Trotz eines Zurückgreifens auf die nationale Beurteilung der Tatarenzeit vom russischen Standpunkt aus, geht man doch auf die Entwicklung der Turkvölker in den Ostgebieten des europäischen Rußlands und in Mittelasien in vertiefter Weise ein. Die Rolle der Baschkiren im Pugatschew-Aufstand⁷³, die Geschichte der Tscherkessen⁷⁴, die Annexion Bucharas und Chiwas durch den zaristischen Imperialismus⁷⁵ beschäftigt die sowjetischen Forscher ebenso wie die antike Geschichte Armeniens⁷⁶. Das Interesse für die Geschichte der nichtrussischen und nichtslawischen Völker geht so weit, daß selbst die Geschichte geschichtsloser Stämme erforscht und bearbeitet wird; die nationalen Traditionen der Ukrainer, Weißrussen, Georgier, Armenier, Tataren u. a. werden respektiert und gewürdigt. Erstmalig kann man in russischen Geschichtswerken jetzt beispielsweise Näheres über die einstige Glanzzeit des georgischen Staates im Mittelalter lesen. Es erscheinen Leitfäden sowohl in den betreffenden Sprachen der Völker als auch im Russischen. Eine Reihe von Quellenwerken sammelt historisches Material zur Geschichte der Völker der Sowjetunion⁷⁷. Die Gesamtdarstellungen der Ge-

schichte der Sowjetunion tragen ihrem multinationalen Charakter vollauf Rechnung, indem sie die Entwicklung nicht mit der Frühgeschichte der Slawen oder der Vorgeschichte Südrußlands der Antike beginnen, sondern mit Urartu und Zentralasien.

Daneben wird der Kolonialgeschichte eine größere Beachtung geschenkt. Abhandlungen über die Geschichte Indiens, Chinas, Afrikas und Amerikas finden sich häufig in den historischen Zeitschriften; hier bricht bezeichnenderweise die alte Tendenz, glühende Kohlen auf das Haupt der westlichen Imperialisten zu sammeln, immer wieder durch⁷⁸.

Dieser räumlichen Ausweitung entspricht auf der anderen Seite eine zeitliche. Die Antike, bisher fast ausschließlich emigrierten Forschern, wie etwa einem Manne vom Rang M. *Rostowzew*⁷⁹, überlassen, wird nun auch wieder beachtet und vom Standpunkt des historischen Materialismus aus neu geschrieben. An der Spitze steht hier die „Geschichte der Alten Welt“ von Professor W. S. *Sergejew* (1883–1941), dessen Tod von zahlreichen Nachrufen in der Fachpresse begleitet wird. Ab 1937 erscheinen als Fachorgan die *Mitteilungen für alte Geschichte*⁸⁰.

Das Interesse für Kriegsgeschichte erwachte schon vor Ausbruch des Zweiten Weltkrieges im Zuge der Rekonstruktion militärischer Traditionen in den Jahren 1937 bis 1939. Ab 1939 erscheint die *Kriegsgeschichtliche Zeitschrift*⁸¹. Die erste Nummer bringt Aufsätze über den russischen Bürgerkrieg, über die Schlacht von Poltawa (230-Jahrfeier), die Französische Revolution (150-Jahrfeier), die deutsche Kolonialpolitik, General *Brussilow*, die Transportfrage im Ersten Weltkriege. Auch sonst wirkt sich das Bedürfnis einer Neubelebung des patriotischen Empfindens im Zusammenhang mit auswärtigen Einfällen stark in der Themenwahl aus (schwedische Invasion zu Beginn des 17. und 18. Jahrhunderts, englische Pläne in Nordrußland im 17. Jahrhundert, Krimkrieg)⁸². Seit 1941 erhält die *Kriegsgeschichtliche Zeitschrift* einen besonders aktuellen Stempel durch die Mitarbeit der Spitzen der sowjetischen Generalität.

Ganz offenkundig ist schließlich das starke Anwachsen des Interesses für die Geschichte der außersowjetischen „kapitalistischen“ Welt: eine Erscheinung, die in Parallele zu setzen ist mit dem neuen außenpolitischen Kurse *Litwinows*, der eine taktische Zusammenarbeit mit den Westmächten und dem Völkerbund anstrebte und der 1939 mit dem Uebergang zu *Molotow* an sich keine Unterbrechung, sondern nur eine zeitweilige Schwerpunktverlagerung erfuhr. Sogar die mittelalterliche Geschichte Europas wird jetzt einer näheren Erhellung für wert erachtet. Die *Historische Zeitschrift* (*Istoritscheskij Shurnal*) bringt beispielsweise laufend populärwissenschaftliche, aber von anerkannten Autoritäten verfaßte Artikel über französische, englische, deutsche und allgemein euro-

päische geschichtliche Themen aus Mittelalter und Neuzeit⁸³.

Auch für die diplomatischen und wirtschaftlichen Wechselwirkungen zwischen Rußland und Europa erwacht neues Interesse, wie ja überhaupt dem etatistischen Moment größere Beachtung geschenkt wird. Mitunter ist die Themenwahl nicht unbeeinflusst von Fragestellungen nicht der russischen, sondern der allgemeinen Geschichte, wie beispielsweise im Werk von O. L. Wainstein über Rußland und den Dreißigjährigen Krieg (Leningrad 1947), ein bisher noch kaum untersuchtes Gebiet; der Verfasser sucht hier die viel engere, als man gewöhnlich annahm, Verquickung der russischen Westpolitik mit den europäischen Staatengruppierungen herauszustellen, wobei er hauptsächlich auf die Bedeutung der Polenkriege Alexej Michailowitschs für die Sache des Protestantismus hinweist, ohne allerdings näher auf die interessante Fühlungnahme zwischen Gustav Adolf und dem Patriarchen von Konstantinopel einzugehen^{83a}. Die russische Intervention im Ungarnaufstand 1848/49 wird von R. A. Awerbuch⁸⁴, der polnische Aufstand von 1863 von S. M. Dranizyn behandelt⁸⁵.

Im Wachsen begriffen ist die Beachtung, die den amerikanisch-russischen Beziehungen geschenkt wird. Hier seien Arbeiten von M. M. Malkin über Rußland und den amerikanischen Sezessionskrieg⁸⁶, von S. B. Okunj über die russisch-amerikanische Kompagnie⁸⁷, B. Awarin über den Imperialismus in der Mandschurei⁸⁸, Jefimow über Rußland und die Kolonisation Amerikas am Anfang des 18. Jahrhunderts⁸⁹ und von L. Baranow über die Geschichte der nördlichen Durchfahrt genannt⁹⁰. Eine Dokumentensammlung zur Geschichte der russischen Entdeckungen im Stillen Ozean und in Nordamerika ist 1944 erschienen. Der Antarktis-Expedition des Kapitäns F. von Bellingshausen (1779 bis 1852) in den Jahren 1819 bis 1821 sollen mehrere Publikationen gewidmet sein, die sich in Bearbeitung befinden⁹¹. Sie sollen der Bekräftigung sowjetischer Aspirationen auf den Sechsten Kontinent dienen.

Die eigentlichen Fachleute für europäische Geschichte des 19. Jahrhunderts sind W. M. Chwostow und A. S. Jerusalimskij. Chwostow zeichnet sich in seinen Arbeiten über das Zeitalter Bismarcks und den Imperialismus⁹² durch starke antideutsche Ressentiments aus, die seine oft recht tiefeschürfenden Untersuchungen beeinträchtigen. Jerusalimskij hat zur Geschichte der Krieg-in-Sicht-Krise von 1875 und der italienisch-deutschen Beziehungen am Ende des 19. Jahrhunderts einiges beigetragen⁹³. Die Geschichte des Ersten Weltkrieges und seine Vorgeschichte ist das Arbeitsgebiet von F. I. Notowitsch, von dessen groß angelegtem Werk „Der diplomatische Kampf in den ersten Jahren des Weltkrieges“ 1947 der 1. Band

erschien⁹⁴, und von A. A. Mogilewitsch und M. E. Airapetjan, die ein Gemeinschaftswerk über die Vorgeschichte des Krieges (Leningrad 1940) herausgegeben haben⁹⁵. Die große Dokumentensammlung „Internationale Beziehungen im Zeitalter des Imperialismus 1878—1917“ ist noch nicht abgeschlossen. Sie umfaßt bisher Quellen aus den Jahren 1911/12 und 1914 bis 1916⁹⁶.

Die Außenpolitik des Zarismus im Zeitalter des Imperialismus wird nunmehr in ihrer Aggressivität und Expansionslust wesentlich milder beurteilt als zuvor. War unter Pokrowskij die russische Regierung noch nahezu die ärgste unter den imperialistischen Mächten gewesen, der fast der größte Anteil am Ausbruch des Weltkrieges zukam, so wird jetzt etwa für die Meerengen-Tendenzen oder die Balkanpläne zu Beginn des 20. Jahrhunderts das größtmögliche Verständnis aufgebracht. Nicht ohne Einfluß hierauf war die persönliche Auslegung eines Artikels von F. Engels über die auswärtige Politik des Zarismus durch Stalin in einer Parteizeitschrift des Jahres 1941⁹⁷.

Die scheinbar völlige Umwertung der bisherigen Betrachtungsweise tritt besonders deutlich in der Stellungnahme zum russisch-japanischen Kriege von 1904/05 hervor. Schon bei den Zeitgenossen als Krieg der Regierung, nicht des Volkes, unpopulär und verhaßt, wurde er bisher ausschließlich im Zusammenhang mit der gleichzeitigen Revolution gesehen, deren Ausbruch und Verlauf er entscheidend begünstigt und gefördert hatte. Nun erscheint der Krieg jedoch plötzlich erneut im Lichte eines russischen staatlichen und nationalen Prestiges, wenn Stalin selbst in seiner Siegesbotschaft anläßlich der Kapitulation Japans am 2. September 1945 von der Ungeduld spricht, mit der die Angehörigen der älteren Generation 40 Jahre lang auf diesen Tag gewartet hätten⁹⁸! Und schließlich erscheint auch die Oktoberrevolution von 1917 in dieser Sicht nicht nur als der große Durchbruch des marxistischen Gedankens und als Sieg der Partei, sondern als eine patriotische Ruhmestat, die Rußland vor der endgültigen Niederlage im Weltkriege rettete und den Boden für den Gegenschlag vorbereiten half⁹⁹.

Die Geschichte der sowjetischen Außenpolitik der zwanziger Jahre wird nur selten und mit Vorsicht behandelt. Hier ist stärker denn auf irgendeinem anderen Gebiet das tagespolitische Interesse sowohl des Staates als auch der Partei zu berücksichtigen. Es ist nicht ohne Reiz, noch im Maiheft des I. Sh., Jahrgang 1941, das Thema „Der Vertrag von Rapallo“ von N. Rubinstein in einer Weise behandelt zu sehen, die noch keinerlei Schatten kommender Ereignisse erkennen läßt.

Seit Ausbruch des Zweiten Weltkrieges stehen auch die historischen Fachzeitschriften stark im Dienste der aktuellen Geschehnisse. So werden beispielsweise

die großen außenpolitischen Reden *Molotows* in den Jahren 1939 bis 1941 abgedruckt¹⁰⁰; eine Maßnahme, die im Interesse der Dokumentation natürlich nicht ohne Nutzen ist. Dasselbe gilt auch von den durch Kartenmaterial illustrierten Verträgen mit Finnland nach dem Winterkriege, die vom I. Sh. gebracht werden¹⁰¹. Die Angliederung der Westukraine und des westlichen Weißrußlands nach der Teilung Polens im Jahre 1939 wird zum Anlaß genommen, recht gründliche bibliographische Uebersichten über die Geschichte dieser Gebiete zu bringen, die auch die ältere bürgerliche Literatur berücksichtigen¹⁰². Der I. M. spricht im Anschluß an einen Artikel von I. *Sutis* über die baltische Frage in der Politik der Großmächte am Anfang des 18. Jahrhunderts¹⁰³ den Wunsch aus, daß sich die Historiker nunmehr stärker mit der Geschichte der 1939/40 „wieder befreiten“ Gebiete befassen möchten. Die neuesten Gesamtdarstellungen der Geschichte der Sowjetunion tragen diesen Wünschen bereits Rechnung.

Die deutsche Invasion gibt, mehr denn je zuvor erahnt oder geplant, Veranlassung, an die patriotischen Instinkte des Volkes zu appellieren. Als die deutschen Truppen unmittelbar vor den Toren Moskaus stehen, geht im Zuge der Kriegshandlungen das Landhaus Leo Tolstoj's Jasnaja Poljana in Flammen auf. Von da ab wird „Krieg und Frieden“ zum meistgelesenen Buch in Moskau. Eine Wiederanknüpfung an die Traditionen des napoleonischen Einmarsches erhält den Charakter einer beängstigenden Selbstverständlichkeit. Nun scheint der nationalrussische Kurs ab 1934 erst seine richtige Rechtfertigung zu erfahren, nun muß er sich erst richtig bewähren. Er wird während der verzweifelten Kämpfe der Jahre 1941–1943 systematisch weiter ausgebaut. Und so steht auch die Geschichtsschreibung dieser Jahre voll und ganz unter dem Eindruck des wiederbelebten Panslawismus (Gründung des Komitees der slawischen Völker in Moskau 1941), der Auflösung der kommunistischen Internationale (Mai 1943), dem neuen Kirchenkurs des Kreml¹⁰⁴ und dem Ersatz der „Internationale“ als Kampflied der Revolution durch eine neue sowjetpatriotische Hymne (Dezember 1943).

Zusammenfassende Darstellungen

Anschließend an die Forderung von neuen Lehrbüchern für die höheren Schulen mußte sehr bald auch das Bedürfnis nach zusammenfassenden wissenschaftlichen Darstellungen der Gesamtgeschichte der Sowjetunion und der Weltgeschichte aufkommen.

1939/40 erschien in Moskau das große Standardwerk der Geschichte der Sowjetunion, herausgegeben vom Historischen Institut der Akademie der Wissenschaften. Das in drei Bänden angelegte Werk basiert auf dem dialektischen Materialismus und weiß ihn den neuen Richtlinien entsprechend mit größter Wahr-

nehmung der nationalen Traditionen der russischen Vergangenheit zu verbinden. Es stellt keine Geschichte Rußlands und des russischen Volkes dar, wie die großen Werke der bürgerlichen Epoche aus der Feder von *Solowjew*, *Kljutschewskij* und *Platonow*, sondern eine Geschichte aller auf dem jetzigen Territorium der Sowjetunion lebenden Völker. Daher nimmt die Darstellung ihren Ausgang von den frühgeschichtlichen Staaten des südlichen Kaukasus und des armenischen Hochlandes in der vorchristlichen Zeit und berücksichtigt mit bisher unbekannter Breite die Schicksale der mittelasiatischen und sibirischen Turkvölker; aber auch die der Ukrainer, Weißrussen, Karelrier usw. Einzig der Geschichte des deutschen Elements in Rußland wird keine Beachtung geschenkt. Ein weiteres Kennzeichen des Werkes ist die Auseinandersetzung mit den „Irrlehren“ von Pokrowskij am Ende fast jeden Kapitels. Die ausführlichen Literaturhinweise am Ende jedes Kapitels sind in der bei den sowjetischen Historiographen üblichen Art in „Klassiker des Marxismus“, Quellen und Darstellungen gegliedert. Der erste Band¹⁰⁵ ist von *Lebedew*, *Grekow* und *Bachruschin* verfaßt. Besonders der zweite¹⁰⁶, das 19. Jahrhundert umfassende Band unter der Redaktion von Frau Professor M. W. *Netschkina*¹⁰⁷ stellt ein verhältnismäßig brauchbares Hilfsmittel zur Erforschung dieses Zeitabschnitts dar. Unter den Mitarbeitern ragen hervor: W. J. *Pitscheta* und L. N. *Bytschkow* (Geschichte der Ukraine und Weißrußlands), K. W. *Siwkow* (Geschichte des Kaukasus), N. M. *Drushilin* (Anfang des 19. Jahrhunderts), A. L. *Popow* (Außenpolitik Alexanders II.) und S. M. *Lewin* und E. A. *Morochowez* (Innenpolitik 2. Hälfte 19. Jahrhundert)¹⁰⁸.

Gegen das große Werk des Historischen Instituts der Akademie der Wissenschaften fallen alle übrigen Gesamtdarstellungen weit ab. Das Projekt einer zwölfbändigen Geschichte der Sowjetunion konnte bisher noch nicht der Verwirklichung nähergebracht werden; es ist davon bis jetzt noch kein Band erschienen. Das 1947 in Moskau herausgegebene Lehrbuch für höhere Schulen liegt, obwohl vom selben Institut vorbereitet, doch auf einem wesentlich niedrigeren Niveau, als es der Zweck an sich verlangt hätte. Neben so ausgezeichneten Sachkennern wie K. W. *Basilewitsch* und *Bachruschin* hat an ihm auch Frau Professor A. M. *Pankratowa* mitgearbeitet; sie ist auch für die Redaktion federführend und zeichnet sich durch eine stark propagandistische und polemische Sprache aus. Das Lehrbuch, von dessen erstem Teil (bis Peter den Großen) bereits eine deutsche Uebersetzung vorliegt (Moskau 1947)¹⁰⁹, ist durch eine scharf nationalistische Note in der Beurteilung der Nachbarvölker und der Berührung mit ihnen gekennzeichnet. Im übrigen zeigen sich dieselben charakteristischen Züge der neueren sowjetischen Historiographie, wie sie auch sonst vorherrschen.

Parallel zu diesen Arbeiten an neuen Gesamtdarstellungen der sowjetischen Geschichte liefen Bemühungen um einen Ueberblick über die allgemeine Geschichte in stalinistischer Sicht, um damit einem dringenden Bedürfnis entgegenzukommen. Gab es doch bisher kaum eine Zusammenfassung dieser Art aus bolschewistischer Feder. Schon 1934 war ein entsprechender Auftrag des Politbüros an die Akademie der Wissenschaften ergangen¹¹⁰. Zum Herausgeber wurde A. P. *Potemkin* (1878-1946) ausersehen, der zur Zeit noch in diplomatischen Diensten stand¹¹¹ und 1937 stellvertretender Außenkommissar wurde. 1940 wurde er zum Bildungskommissar der RSFSR ernannt. Ab 1943 war er Mitglied der Akademie der Wissenschaften.

Das dreibändige Werk ist in den Jahren 1941-1945 in Moskau unter dem leicht mißverständlichen Titel „Geschichte der Diplomatie“ erschienen. Es handelt sich hierbei im Grunde genommen um eine Darstellung der internationalen Beziehungen der Mächte. Der erste Band umfaßt den ganzen Zeitraum von der Vorgeschichte bis 1872; hier arbeiten Sachkenner wie *Bachruschin*, *Skaskin*, *Tarle* und *Chwostow* mit. Im zweiten Bande wird das Zeitalter des Imperialismus ausschließlich von *Chwostow* und I. I. *Minz* bestritten. Der dritte Band, der die Jahre 1919 bis 1939 in großer Breite behandelt, trägt stark polemischen Charakter¹¹⁴; an ihm wirken neben *Tarle* und *Minz* auch die *Pankratowa* und *Potemkin* mit¹¹⁵.

Die „Geschichte der Diplomatie“ war von vornherein auf eine propagandistische Wirkung auf das Ausland abgestimmt. Die Sowjetunion erscheint hier als die Sachwalterin der kleinen und der Kolonialvölker gegen eine imperialistische Ausbeutung von seiten der kapitalistischen Großmächte. Das Werk verfolgt somit in erster Linie politische Ziele, wenn es auch in seinem ersten und zweiten Bande ein wissenschaftliches Gesicht zu wahren weiß. Eine französische Uebersetzung ist 1946/47 erschienen, eine deutsche liegt bisher nur für den zweiten und dritten Band vor (1947), eine englische befindet sich in Vorbereitung.

Nationalismus und Kommunismus in dialektischer Verknüpfung

Wie ersichtlich überkreuzen sich in der sowjetischen Geschichtsschreibung der Jahre 1934 bis 1945 mehrere Leitlinien. Sie gibt vor, einmal die Interessen eines Nationalitätenstaates, einer föderativen Union, zu vertreten. Nach dem Zusammenbruch des Zarenstaates, „des Gefängnisses der Völker“, sind, heißt es, die einzelnen Nationen frei und könnten selbst ihre Geschichte schreiben. Die russische Geschichte geht über in eine Geschichte der Völker der Sowjetunion.

Auf der anderen Seite leben zum Ende der dreißiger Jahre neben multinationalen Unionstendenzen die russisch-patriotischen Zielsetzungen auf. Wir ha-

ben ihren Durchbruch verfolgen können. In eigenartiger Verschlingung ziehen sich seitdem beide Linien durch die sowjetische Geschichtsbetrachtung. Ohne weitere Schwierigkeiten lassen sich vaterländische Klänge bei der Schilderung von Kämpfen mit Polen oder Deutschen oder auch Japanern anschlagen, die in Tonart und Tremolo oft an patriotisch-nationalistische Motive der Zarenzeit erinnern. An sich läßt sich die einem *Alexander Newskij* oder *Minin* und *Posharskij* entgegengebrachte Heldenverehrung ebenso gut auch bei einem *Rustaweli* oder *Chmelnizkij* entwickeln.

Schwierig wird es jedoch, wenn nationale Bestrebungen der Völker gegen Moskau gerichtet sind. Da gilt es — anders als in der Ära *Pokrowskij* — der Würde des Großrussentums als Träger des russischen Staatsgedankens nichts zu vergeben. Ähnlich wie bei der Unterwerfung von Kasakstan und Georgien wird auch bei der Ukraine die Unterwerfung unter Rußland als das entschieden kleinste aller möglichen Uebel (Unterwerfung entweder unter China oder Chiwa für Kasakstan, Persien oder Türkei für Georgien, Polen oder Türkei für die Ukraine), somit als das beste für das betreffende Volk hingestellt. Alles steht unter dem Gesichtspunkt des Fortschrittsgedankens. Einführung des Christentums, Europäisierung Rußlands, Unterwerfung benachbarter Völker: sofern es „progressiven“ Charakter hat, erhält es eine positive Bewertung. In keinem Fall aber darf ein „falscher Nationalismus“ der Ukrainer, Kaukasier oder Turkvölker dem sowjetischen Patriotismus und der gemeinsamen *rodina* Abbruch tun. Wenn es den Tataren einfiel, der russischen Heldenverehrung *Iwan Grosnys* und *Alexander Newskijs* eine Verherrlichung des Chans *Jedigej* als ihres nationalen Heros entgegenzustellen, so mußten sie angesichts der Tatsache, daß *Jedigej* seinerzeit Moskau in Schutt und Asche legen wollte, doch bald erkennen, daß sie zu weit gegangen waren und eine Zurechtweisung einstecken! All die einzelnen Nationalkulturen dürfen in ihrem Werdegang ausschließlich auf das Zentrum, auf die Union, auf den Zusammenhang mit dem russischen Volk betrachtet werden. Warum soll nicht eine georgische oder usbekische Kultur gepriesen und verherrlicht werden, solange kein Bestreben vorliegt, ihren Zusammenhängen mit der türkischen oder persischen Kultur nachzugehen? Derartige Versuche müssen natürlich erbittert bekämpft werden, zumal unangenehme Erinnerungen an panturanische Pläne von *Enver Pascha* in den zwanziger Jahren noch nachwirken¹¹⁶.

Gewiß: Die Union über alles, aber das russische Volk ist das größte Volk der Sowjetunion und der eigentliche Träger ihrer Geschichte! Das russische Volk ist der Träger der Revolution und des Kommunismus und zugleich der maßgebendste Kulturfaktor im historischen Geschehen ganz Osteuropas¹¹⁷. Die

Neubelebung des russischen Nationalgedankens strebte während des Zweiten Weltkrieges ihrem Höhepunkt zu. Die sowjetische Führung machte nach dem deutschen Einfall in Rußland die Erfahrung, daß die Soldaten der Roten Armee, sofern sie Russen waren, ihre stärksten Kampfpulse nicht aus einem eigentlich sowjetischen Unionspatriotismus zogen, sondern aus ihrem Opfermut für „Mütterchen Rußland“.¹¹⁸ Auf Grund dieser Entdeckung wurden alsbald nach Kriegsbeginn die Parolen eindeutig auf das russische Nationalempfinden umgestellt und im Zusammenhang mit der Verherrlichung der alten zaristischen Heerführer der Vergangenheit, denen zu Ehren neue Orden und Ehrenzeichen gestiftet wurden, auch der „russische Staat“ als solcher in den Mittelpunkt des patriotischen Empfindens gerückt. Noch unmittelbar nach Beendigung des Krieges findet diese Einstellung ihren beredten Ausdruck in dem Trinkspruch, den Stalin selbst am 24. Mai 1945 bei einem Empfang von Kriegsteilnehmern im Kreml auf das russische Volk, „das widerstandsfähigste unter den Völkern der Sowjetunion, das in erster Linie die Bürde des Sieges getragen hat“, und die „führende Kraft innerhalb der Völker der Sowjetunion“ sei, ausbrachte.

Neben der Ueberkreuzung von großrussischem und nicht-großrussischem Nationalismus in der Periode bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges ergab sich eine zweite Schwierigkeit aus dem Problem der Koordinierung dieses sowjetischen Patriotismus mit einer unentwegt orthodoxen Auslegung der marxistisch-leninistischen Lehre. Diese Schwierigkeit erweist sich jedoch bei näherem Zusehen nur als eine scheinbare. Wenn in den vorhergegangenen Ausführungen bei Betrachtung der Geschichtsschreibung der neuesten Zeit mehr Nachdruck auf die nationalrussische und außenpolitische Komponente gelegt wurde, so darf das nicht darüber hinwegtäuschen, daß in derselben Zeit die Erforschung der revolutionären Bewegung in Rußland und Europa, die Geschichte der Partei und der „Sozialisierung“ des Landes keinen Augenblick nachließ. Noch strenger wachte man auf diesem Sektor, veranlaßt durch das Totlaufen von Pokrowskij's ökonomischem Materialismus und durch ständige Abweichungen von der Generallinie in der innerpolitischen Entwicklung der Jahre 1935 bis 1938, über der Reinheit der Lehre und der Herausarbeitung der parteigeschichtlichen Entwicklung in der vom Kreml gewünschten Richtung.

Noch immer läßt sich beispielsweise aus dem noch nicht erschöpften Reservoir des Nachlasses von Karl Marx weiteres Material schöpfen, ohne daß man dabei allerdings sagen könnte, ob es im Sinne des Lehrmeisters war, leicht hingeworfene Notizen wie die „Chronologischen Auszüge zur Geschichte“¹¹⁹ an die Öffentlichkeit zu bringen. Auch die Geschichtsforschung hat in der Sowjetunion ihren Beitrag zum

Kampf gegen die verhaßte Sozialdemokratie und die Zweite Internationale zu liefern; die Auseinandersetzung Lenins mit dem Austromarxismus beispielsweise wird durch eine Untersuchung von Wassezkij aktualisiert¹²⁰. Arbeiten über die Geschichte der Pariser Kommune¹²¹ oder zu Ehren des fünfundsiebenzigjährigen Jubiläums der Ersten Internationale¹²², eine Engels-Sondernummer des I. Sh. mit interessanten Beiträgen hauptsächlich von Jaroslawskij über die Beziehungen von Marx und Engels zu Rußland¹²³ gehören zu dieser parteipolitisch betonten Gruppe der sowjetischen Geschichtsliteratur, die letzten Endes doch noch mehr Papier verbraucht als die aus dem Kampf gegen Pokrowskij erwachsene patriotische. Die großen Parteizeitschriften *Der marxistische Historiker*, *Unterm Banner des Marxismus*, *Zwangsarbeit und Verschickung*^{123a} haben dieser Seite der Geschichtsforschung besonders Rechnung getragen; sie sind zugleich eine Fundgrube für die Geschichte der revolutionären Bewegung in Rußland und der bolschewistischen Partei.

Die Geschichte der revolutionären Bewegung Rußlands wird nach wie vor emsig und vom Standpunkt der Parteidoktrin aus vielleicht noch wachsamer als unter Pokrowskij erforscht. Das bezieht sich sowohl auf die Agrargeschichte¹²⁴ als auch auf die eigentliche Geschichte des Proletariats und der Arbeiterbewegung, sowohl auf die wirtschafts- als auch auf die geistesgeschichtliche Seite der Frage¹²⁵. Die Erforschung und Darstellung der Revolution von 1905, zu der M. Pankratowa 1940 ihr Buch beisteuert¹²⁶, ist nach wie vor bedeutsam, noch wichtiger der Machtkampf des Jahres 1917 und der Bürgerkrieg von 1918 bis 1921¹²⁷, zu dem aber überraschend wenig Publikationen vorliegen. Von der neuen Dokumentensammlung zur Geschichte des Bürgerkrieges erschien erst 1940 der erste Band.

Stalins Anteil an dieser Seite der sowjetischen Geschichtsforschung tritt nirgends deutlicher in Erscheinung als in der „Geschichte der kommunistischen Partei“, deren Redaktion in seiner eigenen Hand lag. 1938 erschien sie noch anonym; jetzt wird Stalin überall offen als Verfasser genannt¹²⁸. Nicht nur die Tagespresse, sondern auch die Fachpresse hat es sich zum Grundsatz gemacht, die historiographischen Leistungen Stalins unentwegt herauszustreichen, wobei zugleich auch die von ihm ausgehenden Antriebe für die Entwicklung einer neuen Geschichtskonzeption hervorgehoben werden¹²⁹. „Die Schöpfer der sowjetischen Geschichtswissenschaft“, heißt es zum Beispiel in einer Zeitschrift des Jahres 1949¹³⁰, „die Lehrer und Erzieher der sowjetischen Berufshistoriker sind Lenin und Stalin. In ihren Werken sind die Grundlagen der sowjetischen Geschichtswissenschaft in klassischen Urteilen über alle Hauptprobleme der Weltgeschichte dargelegt; alle wichtigen Fragen der neueren und

neuesten Geschichte, besonders der Geschichte der sowjetischen Völker, sind hier ausgearbeitet. Lenin und Stalin gaben die Grundlagen für die Erforschung der sowjetischen Geschichtsperiode unseres Landes.“ Daß darüber hinaus seiner beherrschenden politischen Stellung in der Sowjetunion auch von der Fachpresse gebührend Rechnung getragen wird, ist Selbstverständlichkeit. I. Sh. brachte 1939 eine Stalin-Sondernummer heraus³¹; immer wieder wird in Artikeln über die revolutionäre Entwicklung vor 1917 und über den Bürgerkrieg Stalins Rolle und Bedeutung über alles Maß herausgestrichen, um ihn schon damals als rechte Hand und kommenden Nachfolger Lenins zu kennzeichnen³². In gewissem Abstand dazu werden den anderen führenden Persönlichkeiten, *Molotow*, *Woroschilow* usw. in diesem Rahmen ebenfalls Huldigungen dargebracht³³.

Beim näheren Zusehen scheint der Klassenstandpunkt die sowjetpatriotische Geschichtsschreibung auch in den Jahren 1934 bis 1945 doch noch zu überschatten. Letzten Endes ergibt sich das eigentliche Kriterium für die Beurteilung der Vergangenheit, für die richtige Antwort auf die Frage nach der „Fortschrittlichkeit“ historischer Ereignisse, doch nur aus der Bezugnahme auf das Wohl und Wehe des Proletariats.

Man könnte nun die Frage aufwerfen, ob nicht auch für die sowjetische Perspektive eine Geschichtsschreibung vom Standpunkt des Proletariats, ob nicht der historische Materialismus als solcher ein relativistisches Element aufweist. Ob sich bei einer derartigen Verengung doch nicht eine nur relative Wahrheit ergünden läßt? Die Antwort darauf lautet: Nein. Eine objektive Erkenntnis der sozialen Entwicklung, sagt die bolschewistische Geschichtsauffassung, ist ausschließlich vom Parteigesichtspunkt aus möglich, denn die objektive Entwicklung tendiert auf die Interessen der arbeitenden Klasse, und nur das Proletariat könne die Entwicklung der objektiven Realität voll und korrekt widerspiegeln. So steht es in einer Parteizeitschrift, nicht etwa in der *Aera Pokrowskij*s, sondern nach Liquidierung seiner Schule im Jahre 1936 zu lesen³⁴.

Tatsache ist, daß bereits während des Krieges, etwa 1943, als man des Sieges sicher zu werden begann, neben der nationalen Propaganda auch die Schulung in Marxismus und Leninismus wieder intensiviert wurde. Der Nationalismus war als notwendiges Requisite mit in die Propaganda eingeschaltet worden. Nun erschrak man in den Kreisen der Parteileitung über die Geister, die man gerufen und deren man über kurz oder lang vielleicht nicht mehr Herr werden würde. Dem Nationalismus mußten die Flügel beschnitten werden, um wieder das richtige Gleichgewicht zur Parteidoktrin herzustellen.

Es kam hinzu, daß der großrussische Nationalismus bei den nichtrussischen Völkern der Sowjetunion Ressentiments erzeugt hatte, die leicht den sorgsam gehegten Begriff des Sowjetpatriotismus verdunkeln konnten. Nach Beendigung des Krieges konnte ein allzu unbeschwert zur Schau getragener großrussischer Nationalismus zudem noch bei den neugeschaffenen oder herangezogenen Satellitenstaaten Befremden erwecken. Und so war denn das Verschwinden des Wortes „Rußland“ aus der Sowjetpresse ein bezeichnendes Symptom für diese Ueberlegungen. Entsprechende Verfügungen in der sowjetischen Zone Deutschlands, die es der Presse und dem Rundfunk verboten, von „Russen“ und „Rußland“ zu sprechen³⁵, liegen auf derselben Linie.

Auf diese Weise glaubte man die faktische Ueberlegenheit des russischen Anteils am Bolschewismus und am Sowjetstaat vertuschen zu können, um nach außen hin den Eindruck einer vollständigen „Gleichheit der Völker“ entstehen zu lassen.

Im Innern bahnte sich jedoch schon eine neue Variante des sowjetischen Nationalismus an, die von einem aggressiven Selbstbewußtsein nach außen hin bestimmt wurde. Die Etappen dieser Entwicklung werden durch Stalins Formulierungen vom Mai und September 1945 — im Zusammenhang mit der Beendigung des Krieges gegen Deutschland auf der einen und Japan auf der anderen Seite (siehe oben S. 3426 und 3429) — abgesteckt.

(Schluß folgt)

Anmerkungen

³⁰) z. B. das bedeutende Werk von M. K. *Ljubawskij*, „Die Entstehung des staatlichen Territoriums des großrussischen Volkstums“ (russ.), L. 1929, das ab 1930 in Verruf geriet und erst 1934 wieder Anerkennung gefunden hat.

⁴⁰) Die Grundlagen hierfür hatte N. *Pawlow-Silwanskij* durch sein Buch, „Über den Feudalismus im teilsfürstlichen Rußland“ (russ.), Petersburg 1910, gelegt. Vergl. neuerdings G. *Vernadsky*, „On Feudalism in Kievan Russia“, A. S. E. R. Febr. 1948 und Ders., „Ancient Russia“, New York 1944, und „Kievan Russia“, New York 1948.

⁴¹) „Sklaverei und Feudalismus im Kiewer Rußland“, Nachr. d. staatl. Akad. üb. d. Gesch. d. materiellen Kultur, Bd. 86 M./L. 1934. „Die Lehnbeziehungen im Kiewer Staat“ M./L. 1937. „Skizzen zur Geschichte des Feudalismus in Rußland“, M.A.W. L. 1934. „Das feudale Dorf des Moskauer Staates im 14./16. Jahrh.“ M./L. 1935. „Die wichtigsten

Entwicklungsstufen der Leibeigenschaft in Rußland“, M. 1940. „Strittige Fragen der Periodisierung der älteren Geschichte der Völker der UdSSR“, I. Sh. 1940 Nr. 6. Außerdem S. G. *Tom-sinskij*, „Skizzen zur Gesch. des feudal-leibeigenen Rußlands“, M./L. 1934. (russ. wie auch alle weiteren in M. und L. erschienenen Arbeiten.)

⁴²) Hierzu in gewissem Gegensatz: M. *Woronin*, „Aufstände der Smerdy (Sklaven) im 11. Jahrh.“ I. Sh. 1940 Nr. 2.

⁴³) z. B. P. S. *Rykov*, „Skizzen zur Geschichte der unteren Wolga“, Saratow 1936.

⁴⁴) Vgl. hierzu den historischen Roman von S. *Borodin*, „Dmitrij Donskoj“, in dem ein farbiges Bild des altrussischen Lebens in der Tatarenzeit entworfen wird. *Grekov* und *Jakubowskij*, „Das Tatarenjoch“. Geschichte des Ulus Djudshi im 13./14. Jahrh. L. 1937. Vgl. dazu die Aufsätze

von Jakubowskij über das mongolische Imperium in I. Sh. 1940 Nr. 3, B. Sachoder über das Imperium Timurs ibid 1941 Nr. 6, E. Lutzkij über die Schlacht bei Kulikowo ibid. 1940 Nr. 9, M. Adamowitsch, „Carpini und Rubruk“ ibid. 1940 Nr. 12.

⁴⁵⁾ M. I. Artamanow, „Skizzen zur älteren Gesch. der Chasaren“, M./L. 1936. Kudraschow, „Die Lokalisierung der Chasarenstadt Sarkel“, M. A. W. hist.-phil. Kl. IV, 1—6, M. 1947. P. N. Schulz, „Die tauroschythische Expedition“ ibid.

⁴⁶⁾ Über die Bekehrung Kiwys I. M. 1937 Heft 6. Ähnlich bei Schestakow a. a. O. Der führende Byzantinist der Sowjetunion ist N. W. Lewitschenko. Seine „Geschichte von Byzanz“ erschien M. 1940. W. Prokownjew hat sich mit der Religion der Ostslawen befaßt (I. Sh. 1940 Nr. 8). Ueber die frühen Beziehungen zwischen Ostslawen und Byzanz schreibt B. Gornjanow in der I. Sh. 1939 Nr. 10.

⁴⁷⁾ M. A. W. IV M. 1947.

⁴⁸⁾ Etwa B. W. Mawrodin, „Die Entstehung des russischen Nationalstaates“ (sic!) M. 1939; Ders., „Grundlagen der Entwicklung des russ. Staates bis zum 18. Jahrh.“, Mitt. d. Univ. Leningrad 1947, Heft 3. Vergl. hierzu die interessante Studie von D. Lichatschew, „Der ideologische Kampf zwischen Moskau und Nowgorod im 14./15. Jahrhundert“, I. Sh. 1941 Nr. 6.

⁴⁹⁾ Hier sind vor allem die Forschungen von S. B. Wesselowskij zu nennen: „Kirchdorf und Dorf im nordöstlichen Rußland im 14. bis 16. Jahrh.“ M./L. 1936; „Das Seelenmessregister Iwans IV.“, M./L. 1940; „Klösterlicher Grundbesitz im Moskauer Rußland im 18. Jahrh.“ I. S., M. 1941 Bd. 10; „Die letzten Teilfürstentümer im nordöstlichen Rußland“, ibid. 1947 Bd. 22; „Das Testament Iwan Grosnys als geschichtliche Quelle“, M. A. W. 1947. Ferner: Die von A. J. Malein herausgegebenen Aufzeichnungen von A. Schlichting, M. 1934 und die Arbeiten von P. A. Sadikow über die Opritschnina, Istor. archiv M./L. 1940, Bd. 3.

⁵⁰⁾ R. J. Wipper, „Iwan Grosny“ (russ.) M. 1942. Deutsche Uebers. M. 1947. Wipper befaßt sich im übrigen auch viel mit allgemeiner Geschichte. 1940 verfaßte er in I. Sh. Nr. 12 einen Aufsatz über den Calvinismus.

⁵¹⁾ Eine Geschichte des Iwan Grosny-Bildes in der russ. Geschichtsliteratur bringt I. Budowniz in den I. S. 1947, Bd. 21.

⁵²⁾ z. B. P. Drosow in I. M. 1936, Heft 53. Aus derselben Zeit: Nowoselskij, „Der Kampf des Moskauer Staates mit den Tataren in der I. Hälfte des 17. Jahrh.“ M. A. W. 1947; P. G. Ljubomirow, „Umriss einer Gesch. des Volksaufgebots von Nishnij-Nowgorod, 1611—18“, M. 1939; M. Dairij, „Minin und Poscharskij“, I. Sh. 1940, 8.

⁵³⁾ I. M. 1935 Nr. 4 und Arbeiten des histor.-archäograph. Instit. d. Akad. d. Wissensch. M. 1935, Bd. 12.

⁵⁴⁾ „Peter der Große in England“. Arb. d. Instit. f. Gesch. M. 1926, Bd. 1.

⁵⁵⁾ „Peter I.“ Materialien zu einer Biographie, Bd. 1—4. Bd. 4 (1699—1701). M. 1948. Vergl. G. Annilogow, „Der Senat unter Peter d. Großen“, I. Sh., 1941, Nr. 4; G. Georgijewskij, „Mazeppa“, ibid. 1940 Nr. 12; G. Boguslawskij, „Die Schlacht bei Granham, Juli 1720“, ibid. 1940, Nr. 8.

⁵⁶⁾ „Die Entstehung des Moskauer Staates“, Petrograd 1918.

⁵⁷⁾ Aus dieser Zeit stammte sein Werk über die Kontinentalsperre (1913).

⁵⁸⁾ Vgl. M. S. 1930, S. 437. 1931 erschien in M./L. eine Schlußabrechnung mit Tarle und Platonow samt ihren Schülern unter dem Titel: „Der Klassenfeind in der historischen Front“. Protokolle einiger Diskussionsabende.

⁵⁹⁾ 1937 umbenannt in I. Sh.

⁶⁰⁾ Vgl. Z. O. G. 1933, 7 und M. S. 1933, 10.

⁶¹⁾ Während des Krieges erschien in Zürich eine deutsche Uebersetzung. Auch eine englische Uebers. ist vorhanden.

⁶²⁾ Cheifiz gilt als Fachmann für die Geschichte der franz. Revolution. Vgl. I. Sh. 1939, 7.

⁶³⁾ Herausgeg. v. d. Akad. d. Wiss., Bd. 1, M. 1939, 571 S.; Bd. 2 M. 1939 602 S.

⁶⁴⁾ Der Emigrantenhistoriker A. Lobanow-Rostowski gibt im selben Jahre in Durham/USA ein Buch über „Russia and

Europe 1789—1825“ heraus, das genau denselben Zeitraum, aber vom Standpunkt der Außenbeziehungen behandelt.

⁶⁵⁾ S. Feigin, I. Sh. 1941, 5.

⁶⁶⁾ B. Wolfson, I. Sh. 1941, 3.

⁶⁷⁾ W. Sokolow, I. Sh. 1940, 3.

⁶⁸⁾ N. Lewintow, I. Sh. 1940, 6.

⁶⁹⁾ L. Bytschkow, I. Sh. 1940, 4/5 und N. Rubinstein ibid. 1941, 6 und 1940, 10.

⁷⁰⁾ A. Borowskij in der I. Sh. 1939, 8.

⁷¹⁾ „Quellenkunde der Geschichte der UdSSR von den ältesten Zeiten bis zum Ende des 18. Jahrh.“ (russ.) M. 1940.

⁷²⁾ M. 1940. Vgl. Besprechung im I. Sh. 1940, 7.

⁷³⁾ A. Nikolajenko, I. Sh. 1940, 11. Vgl. den Art. von E. Jaroschewskij über Stefan Rasin ibid. 1941, 6.

⁷⁴⁾ A. Pobjebonoszew, I. Sh. 1939, 8.

⁷⁵⁾ N. Fioletow, I. Sh. 1941, 3.

⁷⁶⁾ z. B. I. Sh. 1940, 7.

⁷⁷⁾ z. B. „Materialien zur Gesch. d. Völker der UdSSR“, herausgeg. v. d. Akad. d. Wiss.; Mitt. d. Inst. f. Orientalistik in Leningrad (ab 1932) u. a.

⁷⁸⁾ z. B. F. Rotstein, „Der frühe Imperialismus Englands und Frankreichs, I. Sh. 1939, 10. W. Golland, „Über den Zulukrieg der Engländer“, ibid. 1940, 6; E. Steinberg, „Afghanistan und England in den Jahren 1878—80“, ibid. 1941, 2.

⁷⁹⁾ Verfasser von: „Iranians and Greeks in South Russia“ Oxford 1922 und „Skythien und der Bosphorus“, Berlin 1931.

⁸⁰⁾ Westnik drevnej istorii.

⁸¹⁾ Wojenno-istoritscheskij Shurnal.

⁸²⁾ V. Lilejew, I. Sh. 1940, 1. „Dokumente zur Schlacht von Poltawa“, herausgeg. v. W. Plotzyn ibid. 1939, 7; W. Wirginskij, I. Sh. 1940, 11; N. Drusin, „Der orientalische Krieg 1853—56“, I. M. 1939, 2.

⁸³⁾ Etwa A. Buntstein, „Der Pariser Aufstand 1838“, (1939, 8); I. Iwanin, „Die Kreuzzüge“ (1940, 2); K. Juschtschak, „Die amerikanisch-japanischen Beziehungen“ (1939, 8); M. Sacharowa, „Jefferson“ (1939, 8); Dies. auch in M. A. W. M. 1947, Bd. 4; 1940 erschien das eingehende Werk von S. I. Archangelskij über die „Agrargesetzgebung der englischen Revolution 1649—60“. Vergl. J. Jerusalmitskij, „Die deutsch-italienischen Beziehungen am Ende des 19. Jahrh.“ M. A. W. 1947, Bd. 4 und L. Subok, „Die USA 1919—20“, I. Sh. 1941, 4.

^{83a)} Vgl. N. Ahnlund, „Kring Gustav Adolf“, Stockholm 1950.

⁸⁴⁾ M. 1935. Vgl. vom selben Verf.: „Der Kampf der Wiener Demokratie gegen die aristokratische Konstitution des Jahres 1948“, M. A. W., M. 1947. Ueber „das Jahr 1848 in Rußland“ erschien schon 1931 in M. L. das sehr interessante, neues Material verwertende Buch von A. S. Nifontow. Der Verf. tritt anscheinend seit der neuen Reinigung nicht mehr in Erscheinung.

⁸⁵⁾ Immerhin charakteristisch, daß bei diesem Thema vor allem der Klassencharakter des Aufstandes ins Auge gefaßt wird. L. 1937.

⁸⁶⁾ M./L. 1939.

⁸⁷⁾ M./L. 1939.

⁸⁸⁾ M. 1935.

⁸⁹⁾ M. A. W. M. 1947.

⁹⁰⁾ I. Sh. 1939, 9.

⁹¹⁾ Prof. A. Andrejew gibt das Reisetagebuch des Expeditionsteilnehmers I. M. Simonow, Prof. der Astronomie in Kasan, heraus; Konteradmiral E. Schwede — „Die Beschreibung der Fahrt von Bellingshausen“, die erstmalig 1831 veröffentlicht, jetzt mit 1948 neu aufgefundenen Zeichnungen von P. N. Michailow illustriert werden soll. Ueber Bellingshausen orientiert u. a. der Aufsatz von A. v. Skerst, „Baltisch-deutsche Seefahrer in der Südsee“, Balt. Monatsschr., Riga 1937.

⁹²⁾ Schon 1929: „Die Nahost-Krise 1895—97“, I. M., Bd. 13. „Die Krise der Außenpolitik Bismarcks“ ibid. 1934 Bd. 5. „Die Entstehung des 1. Weltkrieges“, I. Sh. 1939, 7. „Die Krise des Jahres 1887“, I. S., L. 1946.

⁹³⁾ Erstere schon 1928 in *Mitt. d. Inst. RANION*, Bd. 6, letztere in M. A. W. 1947.

⁹⁴⁾ Außerdem: „Die deutschen Kriegsziele im ersten Weltkrieg“, I. Sh., 1939, 6. „Das Ende der Bosnischen Krise 1908/09“, M. A. W., 1947. Vgl. zur Gesch. des Weltkrieges daselbst: *Korotkowa*, „Die iranische Frage zu Beginn des 1. Weltkrieges“.

⁹⁵⁾ Von denselben Verfassern erschien in I. Sh. ein Art. über den Doggerbank-Zwischenfall (1940, 6) und aus der Vergangenheit der englischen Diplomatie 1890–1914 (1940, 1) mit deutlich zeitbedingter Verschärfung der antienglischen Ressentiments.

⁹⁶⁾ Erschienen sind Ser. II, Bd. 18–20 (M. 1938/40) und Ser. III, Bd. 4–7 (M. 1931–38). Vgl. hierzu die einbändige Dokumentensammlung „Internationale Beziehungen 1870 bis 1918“ von *Korolew* und *Freifeld*, herausgeg. v. *Chwostow*, M. 1940 (405 S.). An Monographien aus der Zeit vor dem Weltkriege sei auf den Art. von S. *Magaziner* über die Balkankriege 1912/13 in I. Sh. 1941, 6 verwiesen.

⁹⁷⁾ *Der Bolschewik*, 1941, 9.

⁹⁸⁾ „Die Niederlage der russischen Truppen im Jahre 1904 fiel als ein dunkler Schandfleck auf unser Land. Unser Volk hoffte und wartete auf den Tag, an dem Japan geschlagen und der Schandfleck ausgetilgt sein würde. 40 Jahre lang haben wir, die Männer der alten Generation, auf diesen Tag gewartet. Nun ist er endlich gekommen.“ Vgl. „*Der Monat*“, Berlin 1948/49, Heft 5, S. 79. G. A. *Borgese*, „Rußland“, Versuch einer Umwertung, Frankf. Hefte, 1947, 8 und H. *Kohn*, „Gegner der Welteinheit“, *Der Monat* 1948/49, Heft 7.

⁹⁹⁾ *Kohn*, a. a. O.

¹⁰⁰⁾ Vgl. I. Sh., 1939, 10.

¹⁰¹⁾ 1939, 11 und 1940, 3.

¹⁰²⁾ I. Sh., 1940, 3.

¹⁰³⁾ Hauptsächlich die Jahre 1709–1756. I. M. 1940, 2.

¹⁰⁴⁾ Im September 1941 stellt die Zeitschrift der Gottlosenbewegung *Beshoshnik* ihr Erscheinen ein. Im Winter 1942/43 beteiligte sich die Kirche an der Geldsammlung für die Rote Armee. Am 5. Sept. 1943 empfängt Stalin kirchliche Würdenträger der griech.-orthodoxen Kirche. Am 8. Sept. wird der Metropolit *Sergius* zum Patriarchen gewählt. 12. Okt. 1943 Begründung eines Amtes für kirchliche Angelegenheiten beim Rat der Volkskommissare. 30. April 1944 Begründung eines Büros für die anderen Konfessionen und Religionen. Im Januar 1945 Wahl des Metropoliten *Alexios* von Leningrad nach dem im Mai 1944 erfolgten Tode des Patriarchen *Sergius* zu seinem Nachfolger durch eine große Kirchenversammlung. Juni 1945 Besuch des Metropoliten *Nikolai* von Kiew in London in Erwidierung eines Besuchs des Bischofs von York im Sept. 1943 in Moskau.

¹⁰⁵⁾ M. 1939. Vgl. die Besprechung von I. *Smirnow* in I. Sh. 1940, 5.

¹⁰⁶⁾ M. 1940. Besprochen von M. *Pankratowa*, I. Sh. 1940, 8.

¹⁰⁷⁾ 2. Aufl. Moskau 1949. Vgl. W. J. 1950, 7. A. W. *Netschkina* hat 1927 eine im Rahmen des von Pokrowskij herausgegebenen Werks „Die russische Geschichtsliteratur vom Standpunkt der Klassentheorie“, Bd. I eine sehr positive Würdigung des Dorpater Geschichtsp Professors Gustav *Ewers* (1781–1830) verfaßt.

¹⁰⁸⁾ In Basel erscheint ab 1945 im Mundus-Verlag eine deutsche Uebersetzung.

¹⁰⁹⁾ Eine englische Uebersetzung von Teil 1–2 wurde 1948 in Moskau hergestellt.

¹¹⁰⁾ Vgl. Stalins und Molotows Erklärung in der *Iswestija* vom 16. 5. 1934.

¹¹¹⁾ Gesandter in Griechenland 1929–32, Botschafter in Italien 1932–34, in Frankreich 1934–37, stellv. Außenkommissar 1937–40. Ueber seine Tätigkeit vor 1914 siehe F. *Stepun*, „Vergangenes und Unvergängliches“, Bd. I, München 1947, S. 261.

¹¹²⁾ entfällt.

¹¹³⁾ entfällt.

¹¹⁴⁾ Vgl. Besprechung a. a. O. von H. *Laakmann*.

¹¹⁵⁾ Vgl. die Gesamtbeurteilung in A. S. E. R., Jahrg. 1948.

¹¹⁶⁾ Vgl. *Ostprobleme* a. a. O., S. 223.

¹¹⁷⁾ Vgl. H. *Halm* a. a. O.

¹¹⁸⁾ Laut Mitteilung Stalins an Harry *Hopkins* kurz nach Ausbruch des Krieges. Vgl. *Ostprobleme*, Nov. 1949, Nr. 8, S. 225.

¹¹⁹⁾ „Chronologische Auszüge aus der deutschen Geschichte bis 1432 (Hussitenkämpfe), I. Sh. 1939, 4 und noch 1947: „Chronolog. Auszüge zur Geschichte Indiens.“

¹²⁰⁾ *Wasezkij*, „Die reaktionären Theorien des heutigen Austromarxismus“, M. A. W. 1947.

¹²¹⁾ Von P. M. *Kershenzew*, M. 1940.

¹²²⁾ K. *Selesnew*, „Der Triumph der revolutionären Theorie“ und weit. Art. I. Sh. 1939, 9.

¹²³⁾ I. Sh. 1940, 10. An älteren Publikationen zu diesem Thema siehe z. B. das Sonderheft von K. S. 1933, 9.

^{123a)} Die Zeitschrift *Katorga i sylka* (Zwangsarbeit und Verschickung) bringt Material aus der Revolutiongeschichte der Zarenzeit, Berichte von politischen Sträflingen aus Sibirien u. dgl. Leider fehlt das entsprechende Material aus den Jahren nach 1917!

¹²⁴⁾ Etwa I. *Linkow*, „Die Leibeigenschaft vor 1861“, I. Sh. 1941, 2.

¹²⁵⁾ Etwa die Arbeiten über *Belinskij*, *Tschernyschewskij*, I. Sh. 1939, 10: schon immer ein unerschöpfliches Thema der sowjetischen Historiographie.

¹²⁶⁾ Vgl. dazu auch den Art. von I. *Gochberg*, „Der revolutionäre Aufstieg in Rußland vor 1914“, I. Sh. 1939, 8 und B. *Wolin*, „Der rote Sonntag 9. Januar 1905“, *ibid.* 1939, 7.

¹²⁷⁾ in I. Sh. die Aufsätze von P. *Relizowa*, „Die erste Krise der provisorischen Regierung im April 1917“ (1940, 10), über den sowjetischen Kriegskommissar und Oberkommandierenden Frunze (*ibid.*), von P. *Sofinow* über den Tschenauaufstand in Sibirien (1940, 12).

¹²⁸⁾ Wird demnächst als Bd. XV der 16bändigen Ausgabe von Stalins gesammelten Werken herausgegeben werden. Deutsche Uebers. Berlin 1947. Vgl. hierzu B. *Wolfe*, „Trotzki über Stalin“, *Der Monat*, 1948, Heft 3, S. 107 ff.

¹²⁹⁾ A. *Pankratowa*, „Stalin und die Geschichtswissenschaft“, I. Sh. 1940, 2. N. *Rubinstein*, „Die Bedeutung der Arbeiten Lenins und Stalins für die Entwicklung der russ. Geschichtswissenschaft“, *ibid.* 1941, 2.

¹³⁰⁾ W. I. 1949, Heft 2.

¹³¹⁾ Vgl. auch 1940, 1.

¹³²⁾ Nur als ein Beispiel: W. *Pentkowskaja*, „Stalin und die nationale Frage auf dem Kongreß von 1921“, I. Sh. 1941, 2.

¹³³⁾ Molotow-Sondernummer von I. Sh. 1940, 3.

¹³⁴⁾ *Schtscheglow* in P. S. M. 1936 Heft 5.

¹³⁵⁾ Analog zu der Verordnung *Peters des Großen* nach dem Nordischen Kriege, im Auslande auf den Gebrauch der Worte „Russen“ und „Russisches Reich“ an Stelle von „Moskowiter“ und „Großfürstentum Moskau“ zu dringen.

Die britische Außenpolitik seit 1945

Von Christopher Mayhew, London

Seit Beginn unserer Arbeit haben wir der Politik Großbritanniens und des Commonwealth besondere Aufmerksamkeit zugewandt und mit besonderer Ausführlichkeit über die Wandlungen berichtet, die sich dort während der letzten Jahre vollzogen haben. Dies erschien uns vor allem deshalb notwendig, weil sich auf dem Kontinent, nicht nur in Deutschland, noch immer mit erstaunlicher Hartnäckigkeit ein politisches Weltbild hält, das eigentlich seit der Zeit der napoleonischen Kriege nicht mehr den Tatsachen entspricht. Noch immer ist man geneigt, Vorstellungen, die aus der europäischen Kabinettpolitik des 18. Jahrhunderts herühren, auf das Weltstaatensystem der Gegenwart zu übertragen. So spricht und denkt man immer noch in Kategorien einer mechanistischen Gleichgewichtspolitik, als ob wir noch im Zeitalter eines *Kaunitz* lebten, in dem die Staatengesellschaft durch ein sorgfältig ausgeklügeltes System von „Konvenienzen“ im Gleichgewicht gehalten wurde. Das politische Denken unserer Tage, das sich in ganz anderen Räumen abspielt und mit sozialen und wirtschaftlichen Kräften von völlig anderer Dynamik zu rechnen hat, erhält dadurch eine beklemmende und gefährliche Enge, die zum nicht geringen Teil für die Entstehung der beiden Weltkriege verantwortlich ist.

Für ein nüchternes, undoktrinäres Verständnis der britischen Politik scheinen uns die nachfolgend wiedergegebenen Ausführungen von Christopher Mayhew, der von 1946 bis Februar 1950 als parlamentarischer Staatssekretär des Foreign Office einer der engsten Mitarbeiter *Bevins* war, besonderer Beachtung wert. Es handelt sich um einen Vortrag, den Mayhew am 27. Juni 1950 im *Royal Institute of International Affairs (Chatham House)* hielt und der in der Oktobernummer der Zeitschrift *International Affairs* erscheint. Für die Genehmigung der Veröffentlichung einer deutschen Uebersetzung sind wir dem Autor und dem Royal Institute zu besonderem Dank verpflichtet. Es handelt sich dabei selbstverständlich um persönliche Ansichten des Autors, die völlig unabhängig von den Ansichten seines früheren Chefs stehen.

Co.

Ich möchte meine Ausführungen in drei Abschnitte gliedern: Die Politik des Vereinigten Königreichs gegenüber der Sowjetunion seit 1945, dann die Politik des Vereinigten Königreichs gegenüber der freien Welt während dieses Zeitraums und schließlich einige Bemerkungen über die Zukunft. Ich werde mich auf ein oder zwei hauptsächliche Gesichtspunkte des Themas beschränken, obwohl dies bedeutet, daß ich nicht in der Lage sein werde, so wichtige Fragen wie Atomenergie, Palästina, Deutschland, Spanien und Indien in gebührendem Maße zu behandeln.

Lassen Sie mich zuerst über den Grad der Handlungsfreiheit berichten, den das Vereinigte Königreich auf außenpolitischem Gebiet seit dem Kriege besessen hat. Ich erinnere mich, daß, als ich zu meinem Erstaunen und zu meiner Beunruhigung zum Staatssekretär (*Junior Minister*) im *Foreign Office* ernannt wurde, eine meiner ersten Handlungen war, einen gewissen, sehr klugen und erfahrenen Beamten, ganz unschuldig nach einem Dokument zu fragen, das mir über die derzeitige britische Außenpolitik

Auskunft geben sollte. Ich erhielt die enttäuschende Antwort, daß ein solches Dokument nicht nur nicht vorhanden sei — ein Mangel, der seither mehr als zur Genüge behoben worden ist —, sondern, daß es auch wirklich sehr zweifelhaft sei, ob wir im echten Sinne überhaupt eine Außenpolitik hätten. Persönlich glaube ich, daß dies eine ziemlich düstere und defatistische Ansicht war, aber der Stoß war gesund.

Eine Außenpolitik verfolgen, heißt Macht und Unabhängigkeit besitzen — genug von beiden, um nach eigenem freiem Willen einen folgerichtigen Einfluß auf die Weltereignisse zu haben. Je enger ein Land mit seinen Nachbarn verbunden ist (entweder weil es durch Schwäche sich auf sie stützen muß, oder weil es sich freiwillig mit ihnen verbündet hat) und je stärker die äußeren Geschehnisse sind, die es beeinflussen soll, desto weniger kann eine Nation eine eigene Außenpolitik haben.

Die Handlungsfreiheit auf dem Gebiete der Außenpolitik ist für Großbritannien seit dem Kriege zweifellos durch alle diese Faktoren beschränkt worden. Soweit unsere Hände durch freiwillige Verbindung

mit unseren Freunden gebunden worden sind, begrüßen wir dies. Soweit sie durch unsere Schwäche gebunden worden sind — oder durch die Unlenkbarkeit äußerer Geschehnisse —, bedauern wir dies. Zu Anfang erschien unsere durch den Krieg bedingte wirtschaftliche Schwäche, die auf das Gebiet der Verteidigung übergriff, als ein besonders zwingender Faktor. Die enge Verbindung mit den Vereinigten Staaten war ein Vergnügen, aber auch eine Notwendigkeit. Ähnlich war die zuversichtlich unternommene Gewährung der Freiheit an Indien und Pakistan eine moralische Pflicht, aber jede andere Politik würde sich zweifellos in nicht allzu langer Zeit als über unsere Kräfte hinausgehend erwiesen haben. In jüngster Zeit sind unsere Hände in steigendem Maße durch freiwillige Verbindungen mit Freunden und Alliierten gebunden worden. Die ständigen Beratungen mit den Ländern des Commonwealth, mit den Brüsseler Paktmächten, im Rahmen des Atlantikpaktes, in der Organisation für europäische wirtschaftliche Zusammenarbeit und anderswo, all dies bedeutet, daß wichtige politische Handlungen, die wir früher allein vorgenommen hätten, nun mit vielen Ländern auf vielen Ebenen abgestimmt werden müssen. Mr. *Bevin* hat am 28. März dieses Jahres im Unterhaus gesagt: „Der Tag, an dem Großbritannien eine Politik für unabhängig von seinen Alliierten erklären kann, ist vorbei.“ Und dann kommt zu alledem noch hinzu, daß wir einer aktiven, aggressiven und erschreckend unzugänglichen sowjetischen Außenpolitik begegnen mußten, die uns, wie den meisten nichtkommunistischen Ländern, unvermeidlich die allgemeine Richtung unserer Außenpolitik diktiert hat.

Wenn ich diese Dinge in Betracht ziehe, dann, glaube ich, ist es bemerkenswert, wieviel Einfluß Großbritannien seit dem Kriege auf das Weltgeschehen ausgeübt hat. Der Krieg hat die Karten neu gemischt, und wir haben unsere magere Karte mit großer Klugheit gespielt, wobei wir der starken Persönlichkeit unseres Außenministers und auch der weitgehenden Unterstützung, die er vom Parlament und von der Öffentlichkeit erhalten hat, zu danken haben.

Unsere Beziehungen zu der Sowjetunion seit dem Kriege haben unsere Beziehungen zu der freien Welt weitgehend bestimmt und nicht umgekehrt. Ich möchte hiermit nicht sagen, daß wir unsere engeren Beziehungen zum Westen nicht ohnehin entwickelt haben würden, ohne den Antrieb durch die sowjetische Politik, aber es ist sicherlich klar, daß wir nicht so weit gekommen wären, nicht so schnell, nicht mit so allgemeiner Herzlichkeit ohne diesen scharfen Ansporn. Mr. *Marshall*, Mr. *Acheson*, Mr. *Bevin*, M. *Bidault* und M. *Schuman* haben viel für die westliche Einigkeit getan, aber M. *Molotow* hat mehr getan.

Die britische Politik gegenüber Sowjetrußland ist ziemlich die gleiche gewesen wie die der anderen westlichen Länder. In der ersten Nachkriegszeit bestand eine weitverbreitete Ansicht, daß eine britische Labourregierung bessere Aussichten habe, eine Verständigung mit der sowjetischen Regierung zu erzielen als eine britische konservative Regierung — und noch mehr als die Regierung der Vereinigten Staaten. Ich gebe zu, daß dieses Gefühl in meiner eigenen, sonst klugen Wahlrede aus dem Jahr 1945 auftaucht! Ich sollte es besser gewußt haben. Diese Meinung erwies sich als falsch. Tatsächlich hat die Erfahrung, die Marschall *Tito* später machte, gezeigt, daß man *Stalin* mißfällt, wenn man kein Stalinist ist, daß man die Dinge aber noch verschlimmert, wenn man noch dazu auch kein Kapitalist ist.

Gleich von Anfang an hat der Kreml blind und dogmatisch alle Nichtkommunisten in Bausch und Bogen miteinander in das feindliche imperialistische Lager geworfen — die Vereinigten Staaten, die Schweiz, Großbritannien, den Yemen —, alles miteinander Kriegstreiber und Kapitalisten.

Diejenigen, die die sowjetische Politik zu entschuldigen versuchen, bringen oft vor, daß die sowjetische Regierung durch die geschlossene Feindseligkeit der nichtkommunistischen Länder und ihre Unterwürfigkeit unter die Vereinigten Staaten zu dieser Haltung getrieben wurde. Ich sehe hierfür überhaupt keinerlei Beweis.

Nicht nur war die Haltung der Vereinigten Staaten damals noch halb isolationistisch, auch unsere Politik hätte, wenn überhaupt, weniger wegen ihrer Feindseligkeit, als wegen ihrer Naivität und ihren Wunschträumen über die sowjetischen Ziele getadelt werden können — wegen einer Bereitwilligkeit, Zugeständnisse zu machen, wo in Wirklichkeit Zugeständnisse nicht möglich waren. Die sowjetische Idee, daß die nichtkommunistische Welt einen einzigen geschlossenen feindlichen Block bilde, entsprang nicht der Politik der Westmächte. Die Idee entstand viel früher als der Atlantikpakt oder der Marshall-Plan. Sie entstand bereits vor dem Krieg; man könnte sogar behaupten vor der russischen Revolution. Sie ist Bestand und Teil des dialektischen Materialismus selbst, der unter seinen vielen anderen Irrtümern den Glauben nährt, daß es in allen Lagen des Kampfes stets zwei und nur zwei Träger der Handlung gibt. Dies ruft bei den Marxisten eine gefährliche Tendenz zur fehlerhaften Kategorisierung hervor; eine verzehrende Leidenschaft, Dinge durch zwei zu teilen. Es war nicht anders zu erwarten, als daß die sowjetischen Führer, die nicht nur den dialektischen Materialismus predigen, sondern offensichtlich auch selbst an ihn glauben, die Unterschiede zwischen den verschiedenen Arten nichtkommunistischer Länder verwischen würden. Die Idee eines vereinten feindlichen kapitalistischen Blocks entsprang zu-

nächst ihrem eigenen mißtrauischen und ungesunden Denken, und besessen von dieser Idee brachten sie es durch ihre Handlungen fast so weit; sie tatsächlich zu verwirklichen. Dies alles nur nebenbei; die Tatsache aber bleibt, daß alle etwa bestehenden früheren Bestrebungen des Vereinigten Königreichs, auf Grund seiner linksgerichteten Regierung eine besondere Beziehung mit Sowjetrußland anzuknüpfen, durch die glatte Weigerung der Sowjetunion, diese Auszeichnung anzuerkennen, zunichte gemacht wurden.

So hatten wir also in unseren Beziehungen zur Sowjetunion fast die gleichen unglücklichen Erfahrungen wie andere Länder. Unsere Bemühungen, den britisch-sowjetischen Vertrag zu erweitern, unser Versuch, den britisch-sowjetischen Handel auszudehnen, unsere wohlmeinenden kulturellen Initiativen, wie beispielsweise unser Vorschlag eines Massenaustausches von Lehrern und Schülern mit der Sowjetunion, unsere geduldige Haltung bei den Vereinten Nationen und in der Alliierten Kontrollkommission — all diese Bemühungen, die Mitarbeit der Sowjetunion zu gewinnen, schlugen fehl.

Die Monate vergingen. Mehr und mehr wurde das Abkommen von Jalta verletzt. Weitere Satellitenstaaten wurden geschaffen. In Deutschland geriet die Viermächterregierung in einen Sumpf. Das Kominform wurde gegründet. Das sowjetische Veto machte die Arbeit des Sicherheitsrates wirkungslos. Die Vereinten Nationen wurden von den sowjetischen Delegierten nicht für zwischenstaatliche Zusammenarbeit, sondern für politische Kriegführung benutzt. Vielleicht darf ich ein Beispiel für dieses letzte Phänomen als eine kleine Illustration der Schwierigkeiten geben, denen wir uns gegenübersehen. Ich kann mich nicht an das Datum dieser Episode erinnern — es war bei einer der Generalversammlungen. Der dritte Ausschuß, dem ich als Delegierter des Vereinigten Königreiches angehörte, bemühte sich, einen Entwurf der Erklärung über die Menschenrechte zu formulieren. Zu einem bestimmten Artikel lagen sieben Zusatzanträge vor, einer davon von der Sowjetunion. Der Präsident schlug vor, daß wir diese Anträge in einer bestimmten Reihenfolge behandeln sollten, mit dem sowjetischen Antrag an zweiter Stelle. Wir gaben alle unsere Zustimmung kund, mit Ausnahme des sowjetischen Delegierten, der um das Wort bat. Pflichtgemäß, wenn auch ohne Hoffnung, machte ihn der Präsident darauf aufmerksam, daß es sich bei der Reihenfolge nur um eine Verfahrensangelegenheit handle. Der sowjetische Delegierte sprach jedoch länger als eine halbe Stunde. Im ersten Teil seiner Rede versuchte er zu beweisen, daß sein Zusatzantrag als erster behandelt werden müsse, weil er die gesamte Frage der Lynchjustiz in den Südstaaten der Vereinigten Staaten anschneide. Er hielt uns dann einen Propagandavortrag über Lynchjustiz. Im zwei-

ten Teil seiner Rede drängte er darauf, daß der sowjetische Antrag zunächst behandelt werden solle, weil er die gesamte Frage der absichtlichen Aushungerung von Millionen von Indern unter britischer Herrschaft vor dem Kriege behandle. Dann hielt er einen Propagandavortrag über die Grausamkeiten der britischen Herrschaft. Schließlich beendete er seine Rede, und der Delegierte der Vereinigten Staaten war an der Reihe zu sprechen. Mrs. Roosevelt sprach etwa eine Minute lang. Mit charakteristischer Geradheit, Unbefangenheit und Scharm erklärte sie, sie sei glücklich, daß der sowjetische Delegierte seine Rede gehalten habe. Sie sei sicher, er müsse sich jetzt besser fühlen, nachdem er es von der Leber herunter habe. Könnte man jetzt nicht mit der Arbeit fortfahren? Als ich an die Reihe kam, sagte ich einige wenige Sätze und beließ es dabei. Dann ergriff der sowjetische Delegierte erneut das Wort. Diesmal richtete sich seine Rede, die über dreißig Minuten dauerte, vor allem dagegen, daß Mrs. Roosevelt die Frage der Lynchjustiz mit schändlicher Leichtfertigkeit behandelt habe, und er forderte die Presse und die öffentliche Meinung der Welt auf, Zeuge zu sein, daß es Mr. Mayhew nicht gelungen sei, auch nur eine einzige Tatsache vorzubringen, um die detaillierten Anschuldigungen zurückzuweisen, die zum Thema der britischen Herrschaft in Indien gemacht wurden. Als er fertig war, erhielt ich einen Zettel von Mrs. Roosevelt — „Es lohnt sich wirklich nicht, höflich zu sein, nicht wahr?“ — eine Meinung, mit der ich voll und ganz übereinstimme und der zu folgen ich mich bei ähnlichen Gelegenheiten seither stets bemüht habe.

Erfahrungen dieser Art zusätzlich zu der Tatsache der sowjetischen Politik in Osteuropa, Deutschland, den Vereinten Nationen und anderswo machten es in zunehmendem Maße klar, daß die Grundlagen unserer Politik einer drastischen Aenderung bedurften. Unser Argwohn bestätigte sich, da die Sowjetregierung, geblendet durch falsche Dogmen — insbesondere, so glaube ich, die Ueberzeugung vom unvermeidlichen wirtschaftlichen Zusammenbruch des Westens und seiner von Natur aus unversöhnlichen feindlichen Haltung der Sowjetunion gegenüber — die unheilvolle Schlußfolgerung erreicht hatte, daß sie mehr zu gewinnen habe durch eine Schwächung und Unterminierung der Regierungen des Westens — durch Beschleunigung ihres unvermeidlichen Zusammenbruchs — als durch den Versuch, mit ihnen zusammenzuarbeiten. Dies ist, glaube ich, die einzige Auslegung, die man der sowjetischen Politik seit Kriegsende geben kann. Es ist in der Tat meiner Ansicht nach die einzige Haltung, die mit den grundlegenden Doktrinen von Marx, Lenin und Stalin, so wie sie derzeit in der Sowjetunion gelehrt werden, in Einklang steht.

Es wurde daher klar, daß eine Politik, die auf der

Annahme einer Zusammenarbeit der Großmächte beruht, auch künftighin fruchtlos bleiben werde, und daß es notwendig wäre, ein begrenzteres und eher erreichbares Nahziel ins Auge zu fassen — die Sicherheit und den wirtschaftlichen Wiederaufbau eher auf westlicher als auf weltweiter Basis zu organisieren. Es war erforderlich, die sowjetische Regierung davon zu überzeugen, daß der Westen nicht dem unvermeidlichen Zusammenbruch preisgegeben, sondern stark und zuversichtlich und in zunehmendem Maße einig sei. Dies muß das erste Stadium sein: danach könnte es möglich werden, aus der Stärke heraus eine Art Burgfrieden mit der Sowjetunion zu erreichen.

Ich kann nicht genau sagen, wann sich diese Gedanken im *Foreign Office* kristallisiert haben. Ich kann mich in der Tat nicht erinnern, wie klar sie zu der Zeit überhaupt empfunden und ausgedrückt wurden. Es ist immer so leicht, hinterher klug zu sein. Insbesondere Politiker sind, wie ich festgestellt habe, allzu leicht geneigt, ihre Erinnerungen die Geschichte zu ihren eigenen Ehren neu schreiben zu lassen, wobei sie nicht so sehr sich selbst zu überzeugen suchen, daß sie das Rechte taten, wenn sie das Falsche taten — dafür sind sie zu aufrichtig —, sondern um sich selbst davon zu überzeugen, daß sie für die rechte Sache richtig handelten, wenn sie es für die falsche taten. Wie dem auch sei, seit Mitte 1947 wurden Schritte zur Vereinigung der freien Welt unternommen, auf Kosten einer Verbreiterung der Kluft zu der kommunistischen Welt. Ich möchte sagen, daß Mr. *Marshall's* Harvardrede im Juli 1947 und das sehr verschiedenartige Echo darauf aus dem westlichen und östlichen Europa der Wendepunkt waren. Von diesem Zeitpunkt an verwandelte sich unser unmittelbares Ziel „einer Welt“ in „eine freie Welt“. Die Bizone wurde gebildet, und unser Besatzungsstatut in Deutschland wurde sehr schnell umgeformt. Der Brüsseler Vertrag wurde unterzeichnet. Der Westen beschloß — ich kann nicht sagen, mit welchem Maß bewußter Ueberlegung —, daß es notwendig sei, seine augenblicklichen Ziele zu revidieren.

Niemand kann sagen, daß dieser wichtige Richtungswechsel übereilt stattfand oder gar freiwillig. Er wurde uns aufgezwungen, und wir machten ihn im allerletzten Augenblick. Die Viermächterregierung in Deutschland war eine Farce geworden — außerdem eine gefährliche Farce, da wir Gefahr liefen, Westdeutschland überhaupt zu verlieren. Es gab Querschläge bei den Vereinten Nationen. Die sowjetische Macht dehnte sich in Europa schnell nach dem Westen aus, wo der Mangel an Einigkeit und das Fehlen des Gefühls für Zweck und Richtung den Kommunisten Vorschub leistete. Trotzdem war es von äußerster Wichtigkeit, nicht übereilt zu handeln. Es war nicht nur erforderlich, zweifelsfrei festzustellen, daß die Sowjetunion entschlossen sei, nicht

mitzuarbeiten — es war auch erforderlich, daß diese Tatsache den Völkern der freien Welt unmißverständlich klar wurde. Die Staatsmänner des Westens haben, so glaube ich, diese wichtige Frage des richtigen Zeitpunkts geschickt behandelt.

Die britische Politik gegenüber Sowjetrußland in jüngerer Zeit ist kaum mehr von der Politik unserer Alliierten zu unterscheiden. Von Zeit zu Zeit sind Vorschläge für Besprechungen auf höchster Ebene mit Sowjetrußland gemacht worden. Solche Vorschläge machen in der Öffentlichkeit stets einen starken Eindruck. Ich habe immer gefunden, daß es eine äußerst undankbare Aufgabe war, diesen Vorschlägen zu widerstehen. Es ist, so glaube ich, die natürliche Reaktion aller anständigen Menschen, inmitten von Mißverständnissen und wachsender Feindschaft, daß diejenigen, die miteinander streiten, an einen runden Tisch gesetzt werden sollten, um die Dinge gründlich miteinander zu erörtern. Aber die Regierung tat sicherlich recht daran, diesen Sirenenstimmen zu widerstehen. Die Bedingungen für eine Regelung bestanden und bestehen meiner Ansicht nach nicht. Ich glaube, daß die Einberufung eines Treffens jetzt oder zu irgendeiner Zeit in den vergangenen beiden Jahren der Sache des Friedens keine Dienste geleistet hätte. Auf der Seite der Sowjetunion gibt es keine Anzeichen des Zögerns. Die Politik der Unterwerfungen und des Kalten Krieges, die ihnen zweifellos eine große Machtsteigerung seit dem Krieg gewonnen hat, ist in vollem Gange. Es gibt keine Anzeichen, daß *Stalin* bei Verhandlungen weniger unzugänglich sein würde als seine Untergebenen, mit denen wir immer noch oft in Kontakt kommen. Außerdem könnte die Initiative für Besprechungen auf höchster Ebene so leicht als Schwäche ausgelegt werden: sie würden auf jeden Fall im westlichen Lager Zwietracht und Bitterkeit hervorrufen, nicht nur zwischen denen, die den Schritt für klug halten und denjenigen, die dies nicht tun, sondern zwischen den großen Mächten, die voraussichtlich an den Besprechungen teilnehmen würden und den mittleren und kleinen Mächten, die voraussichtlich nicht teilnehmen würden. Dies sind einige der Gründe, warum ich selbst geglaubt habe und auch noch glaube, daß es unklug wäre, Besprechungen auf höchster Ebene mit der Sowjetunion einzuleiten.

Seit ich die vorhergehenden Abschnitte geschrieben habe, hat die Invasion Südkoreas, so glaube ich, die Kraft dieser Argumente verdoppelt.

Es gibt noch einen anderen Aspekt unserer Beziehungen zu der Sowjetunion — unsere positive und treffsichere Antwort auf ihre Weltpropagandakampagne gegen uns. Lange Zeit haben wir diese Kampagne über uns ergehen lassen, aber im letzten Jahr sind wir zur Gegenoffensive übergegangen, mit, wie ich glaube, ausgesprochen guten Ergebnissen. In unserem Nachrichtendienst und in den Vereinten Na-

tionen und anderswo sagen wir nicht nur die Wahrheit über Großbritannien und das Commonwealth, um der sowjetischen und Kominformpropaganda entgegenzutreten, sondern wir nehmen auch jede Gelegenheit wahr, um die Legende, die das Kominform über die Sowjetunion und die Sowjetpolitik propagiert, bloßzustellen und zu zerstören. Meiner Ansicht nach tun wir immer noch nicht genug. Wir geben heute für die Verbreitung von Nachrichten über den Kalten Krieg weniger als ein Siebzigstel unserer gesamten Verteidigungsausgaben aus: und dieses Mißverhältnis erscheint mir grotesk. Das Machtverhältnis in der Welt hängt gegenwärtig genau soviel von den Ideen in den menschlichen Gehirnen ab — im Gehirn des italienischen Beamten, des vietnamesischen Bauern oder des Londoner Dockarbeiters — wie von den Waffen in der Hand oder gar von dem Geld in der Tasche. Es ist erstaunlich, daß allein in Westeuropa über fünf Millionen Menschen, die leichten Zugang zu einer freien Presse haben, von der kommunistischen Propaganda überzeugt worden sind, daß das Land mit beinahe dem schlechtesten Lebensstandard des Arbeiters in Europa den besten habe, daß die größte Tyrannei der Weltgeschichte die wahre Heimat der Demokratie sei und daß die Nation, die 180 000 Quadratmeilen von Europa annektiert, ein halbes Dutzend freier Länder unterwirft, die größte Armee und Luftwaffe unterhält und die Arbeit der Vereinten Nationen sabotiert, der wahre Verteidiger des Friedens und der unterdrückten Nationen gegen den Imperialismus sei. Es ist eine widersinnige Situation: aber nichtsdestoweniger sehr bedeutsam für das Gleichgewicht der Kräfte in der Welt. Wir müssen diese Situation sehr ernst nehmen, und wenn auch meiner Ansicht nach Großbritannien auf diesem Gebiet der übrigen freien Welt weit voraus ist — den Vereinigten Staaten in der Qualität ihrer Unterrichtung der Öffentlichkeit und den übrigen Ländern in Qualität und Quantität —, bleibt für uns noch vieles zu tun übrig.

Das Hauptmerkmal unserer Außenpolitik gegenüber der freien Welt war natürlich unser Streben nach Einigkeit unter den nichtkommunistischen Ländern als eine Verteidigungsmaßnahme gegen den kommunistischen Imperialismus und als eine Quelle wirtschaftlicher Vorteile. Aber, im Gegensatz zu unserer Politik gegenüber Sowjetrußland, unterschied sich unsere Politik gegenüber der freien Welt von der Politik jeden anderen Landes. Diese Einzigartigkeit bestand in der Festigkeit, mit der wir die Ansicht vertraten, daß die Einheit des Westens auf breiter Grundlage beruhen muß. Die Betonung lag auf den Bindungen zwischen Europa, Afrika, Amerika und Asien, und nicht sosehr auf den Bindungen zwischen einzelnen Ländern, aus denen sich diese Regionen zusammensetzen. Diese Haltung, obwohl sie auf einer sorgfältigen Beurteilung aller in Betracht kom-

menden Faktoren beruht, entspringt unvermeidlich aus der Universalität der britischen Bindungen und Verpflichtungen in der westlichen Welt. Kein anderes Land steht in so vielen Lagern und ist demzufolge der Gefahr ausgesetzt, sich zwischen so viele Stühle zu setzen. Denken wir nur daran, daß, mit einer berühmten Ausnahme, Großbritannien und nur Großbritannien an allen großen internationalen Konferenzen teilgenommen hat — Colombo, Washington, Moskau, Berlin, Sydney, der Donaukonferenz und Straßburg. Großbritannien ist ein Teil von Europa, Asien, Afrika und Amerika.

Das Wissen um diese Wahrheit war zweifellos zum Teil mit ein Grund für die kühle Haltung der britischen Regierung gegenüber der Idee der „dritten Kraft“, die nach dem Kriege in gewissen Kreisen populär wurde. Ich sehe, daß in verschiedenen Zeitungen darauf angespielt wird, daß zu einer Zeit die britische Regierung dieser Idee zugeneigt war, der Idee, daß eine dritte Kraft westeuropäischer und Commonwealth-Länder zwischen der Sowjetunion und den Vereinigten Staaten das Gleichgewicht halten oder neutral bleiben sollte. Ich bin nicht sicher, wo dieser Eindruck der britischen Politik entstanden ist. Er ist ganz trügerisch. Die britische Regierung hat, so glaube ich, stets erkannt, daß eine solche Kombination, selbst wenn sie hätte zustande gebracht werden können — was sehr zweifelhaft ist —, nicht stark genug sein würde, weder vom Gesichtspunkt der Wirtschaft noch der Verteidigung, um mit Gewißheit eine sowjetische Aggression abzuschrecken oder um im Falle einer solchen Aggression neutral bleiben zu können. Von vielen Gesichtspunkten aus schien es immer von allergrößter Bedeutung, daß Europa und die Vereinigten Staaten zusammen vorgehen sollten und daß die isolationistischen Kräfte in den Vereinigten Staaten nicht im geringsten dadurch ermutigt wurden, daß man auf europäischer Seite die kalte Schulter zeigte.

Damals, wie heute, schien die Planung der europäischen Verteidigung, des Handels und der wirtschaftlichen Entwicklung ohne eine Beteiligung der Vereinigten Staaten wenig sinnvoll. Außerdem war das ideologische Argument für die „dritte Kraft“ — daß die betreffenden Länder gemeinsame ideologische Ansichten besäßen, die von den Vereinigten Staaten nicht geteilt würden — immer sehr schwach. Zu einem Zeitpunkt vor etwa zwei oder drei Jahren wäre es vielleicht möglich gewesen, darüber zu streiten, aber die jüngsten Entwicklungen in der westeuropäischen Politik — die Rückkehr zur Politik des laissez-faire, gekoppelt mit der fortschrittlicheren Innenpolitik der Vereinigten Staaten, machen dieses Argument völlig unhaltbar. Die britische Labourbewegung hat wahrscheinlich mehr mit der empirischen Art der Sozialreform der Regierung Präsident Trumans

gemeinsam als mit dem doktrinären Marxismus, beispielsweise der Französischen Sozialistischen Partei.

Aber die Wahrheit ist, daß ideologische Erwägungen in der Haltung der britischen Regierung gegenüber den westeuropäischen Demokratien niemals eine große Rolle gespielt haben. Als ihre Regierungen „links“ waren, wurden wir auf Grund dieser Tatsache gedrängt, uns mit ihnen zu verschmelzen, um einen Block der „dritten Kraft“ zu bilden. Wir lehnten dies ab. Jetzt, da ihre Regierungen „rechts“ gerichtet sind, drängt man uns zu etwas, was nur als unwiderruflicher Schritt zur Föderation mit ihnen betrachtet werden kann. Wiederum lehnen wir ab. Es ist nicht Ideologie, sondern Logik und gesunder Menschenverstand, die den Weg zu einer eher lockeren als engen Annäherung an die Einheit des Westens weisen — Logik und gesunder Menschenverstand und dazu die harten Tatsachen der weltweiten britischen Bindungen.

Ich habe weder vor, diese besonderen Bindungen Großbritanniens außerhalb Europas näher zu beschreiben noch mich mit den Problemen, die sie uns in unserer europäischen Politik stellen, auseinanderzusetzen. Dieses Thema wird gegenwärtig so sachverständig erörtert, so oft und von so vielen Leuten, daß ich zögere, meine nichtssagenden Bemerkungen hinzuzufügen. Die Schwierigkeiten lassen sich vielleicht am besten auf dem Gebiete der Verteidigung erkennen: Wer soll für die Entscheidung verantwortlich sein, wie viele britische Bataillone in Europa bleiben, und wie viele nach Malaya gehen? Wenn es eine Entscheidung für Westeuropa sein wird, was werden dann die Rückwirkungen auf unsere Beziehungen zu Malaya, Australien und Neuseeland sein?

Die gleiche Art von Problemen entsteht auf den Gebieten der Wirtschaft und Politik. Sir Stafford Cripps hat einige der Schwierigkeiten aufgezeigt, die sich durch eine Unterstellung unserer Kohle- und Stahlindustrien unter westeuropäische Aufsicht ergeben. Es bestanden große Komplikationen für das Sterlinggebiet in den ursprünglichen Vorschlägen für eine europäische Zahlungsunion; es würde auf Grund der Empire-Vorzugszölle große Schwierigkeiten bei einer europäischen Zollunion geben. In all diesen Dingen könnten wir feststellen, daß wir eine größere Einigkeit in einem Gebiet nur auf Kosten der Schwächung von Bindungen anderswo erreicht hätten — Bindungen möglicherweise von noch größerer Bedeutung für die Sache des Westens im ganzen.

Ich sage das nicht, um kaltes Wasser auf die Idee der europäischen Einheit zu gießen, aber um anzuzeigen, daß sie nicht in Isolation errichtet werden kann, und um zu erklären, warum Großbritannien sich bei dem Schuman-Plan oder bei früheren und ehrgeizigeren Vorschlägen für einen Europarat einige Reserven auferlegen mußte; daß unsere Annäherung

an die europäische Einheit notwendigerweise funktionell und empirisch sein muß — eher durch zwischenstaatliche Abkommen als durch Föderation oder durch Methoden, die eine mögliche Föderation in sich bergen. Wir haben jedoch tatsächlich seit dem Kriege einen bemerkenswerten Beitrag zur europäischen Einheit geleistet. Mr. Bevin machte einen glänzenden Anfang in seiner denkwürdigen Antwort auf das berühmte Angebot Mr. Marshalls in Harvard im Jahre 1947. Ich erinnere mich beschämt an den Gegensatz zwischen meinem oberflächlichen Lesen der Marshall-Rede in der „Times“ an jenem Morgen und der elektrischen Atmosphäre, die Mr. Bevin im *Foreign Office* bis zu dem Zeitpunkt geschaffen hatte, als ich dort ankam.

Wir haben die Führung ergriffen beim Entwurf der Konvention, unter der die Organisation für europäische wirtschaftliche Zusammenarbeit geschaffen wurde. Wir haben die verschiedenen intereuropäischen Zahlungsabkommen durchgeführt, und bei der Kreditgewährung an andere Teilnehmerländer unsere Unterstützung gegeben. Wir waren unter den ersten, die eine Politik der Liberalisierung unseres Handels mit Europa befürworteten und durchführten. Unsere Einfuhren aus und Ausfuhren nach Europa haben in bemerkenswerter Weise zugenommen. Es war Mr. Bevin's Rede vom 22. Januar 1948, die für den Brüsseler Vertrag und die Integration der Verteidigungspläne der fünf Signatarstaaten den Weg bereitete. Aber wir haben gefühlt — und mit Recht —, daß die Sicherheit der westlichen Welt noch mehr von den Bindungen zwischen den großen Gebieten, aus denen sie sich zusammensetzt, abhängt als von den Bindungen zwischen den einzelnen Nationen in jeder Region und daß die erstgenannten unter keinen Umständen durch eine Ueberbeachtung der letzteren gefährdet werden dürfen. Einheit muß zunächst extensiv gesucht werden und erst danach intensiv und nicht umgekehrt.

Betrachten wir nun die Kehrseite der Medaille — die Vorteile, die unsere besondere Stellung der westlichen Welt gebracht hat. Vor allen Dingen haben wir viel engere Bindungen mit den Vereinigten Staaten als andere europäische Länder. Es waren diese Bindungen, die Mr. Bevin's Antwort auf das Angebot Mr. Marshalls ermöglichten. Sie ermöglichten sogar — mit Kanadas Hilfe — den Atlantikpakt. Hätten der Atlantikpakt und alle die Tätigkeiten, die jetzt in seinem Rahmen ausgeübt werden, überhaupt geschaffen werden können, wenn unsere Beziehungen zu den Vereinigten Staaten und Kanada die gleichen gewesen wären wie die anderer europäischer Länder? Ich bezweifle dies sehr. Ich bezweifle außerdem, ob wir irgendeine Chance hätten, Asien vom Kommunismus zu retten, es sei denn durch die Verbindungen, die das britische Commonwealth dort besitzt und unsere einsichtsvolle Politik, die verhindert hat,

daß sich die Kräfte des Kommunismus mit echten nationalistischen Bewegungen vereinigen konnten.

Auch im Mittleren Osten haben sich unsere Verpflichtungen von großem Wert für die westliche Sache erwiesen. Wir hätten ohne weiteres beschließen können, den Mittleren Osten nach dem Kriege zu verlassen. Eine ganze Reihe verantwortlicher Leute riet dazu. Kurzfristig gesehen hätten wir britische Menschenleben, Geld und Arbeitskräfte gerettet. Aber sicherlich, trotz all dem, was geschehen ist — trotz den fürchterlichen Schwierigkeiten des Palästina-problems — haben wir im Endergebnis wohl daran getan, zu bleiben, oder zumindest ist es der westlichen Sache gut ergangen, weil wir geblieben sind. Ich sage dies absichtlich, denn im Mittleren Osten genau wie in Südostasien scheint mir, daß Großbritannien immer noch zu viele einseitige Verpflichtungen übernimmt, die in Wirklichkeit Angelegenheit der westlichen Sache in ihrer Gesamtheit sind. Es ist Zeit, daß die Verantwortlichkeiten geklärt und in diesen beiden Gebieten gemeinsam getragen werden.

Je mehr ich den britischen Beitrag zur Einheit des Westens erwäge, desto stärker fühle ich die Ungerechtigkeit, nur auf die Schwierigkeiten hinzuweisen, die für die Sache der europäischen Einheit durch unsere äußeren Bindungen entstanden, ohne den Beitrag, den diese Bindungen für die weitere Einheit des Westens bedeuten, genügend zu betonen.

Darf ich nun versuchen zusammenzufassen. Die Zeitspanne seit dem Kriege ist für Großbritannien ganz besonders schwierig gewesen. Wir gingen aus dem Krieg stark geschwächt hervor. Wir sahen uns ungeheuren Problemen gegenüber. In der Tat, im Verhältnis zu der vor uns liegenden Aufgabe waren unsere Hilfsquellen kleiner als die fast eines jeden anderen Landes. Unter all diesen Umständen glaube ich, daß die Führung unserer auswärtigen Angelegenheiten lobenswert gewesen ist. Es mag sein, daß wir uns in den ersten Jahren mit unserem Optimismus — in unserer Einschätzung der Möglichkeiten einer Regelung mit Sowjetrußland und in der Beurteilung unserer eigenen wirtschaftlichen Stärke — geirrt haben, aber unsere allgemeine Strategie war wohl-

überlegt. Unsere Politik war keine ideologische, ganz im Gegenteil. Wir versuchten die Zusammenarbeit mit dem kommunistischen Rußland — sie schlug fehl. Gleichzeitig versuchten wir die Zusammenarbeit mit dem kapitalistischen Amerika — sie war erfolgreich. Wir haben uns nicht mit Westeuropa verschmolzen, als sein politisches Gesicht „links“ war: wir führen die Zusammenarbeit mit ihm heute fort, da sein politisches Gesicht „rechts“ ist. Unsere Haltung ist im wesentlichen empirisch. Ich möchte sogar sagen, daß unsere Politik weniger ideologisch ist und gewesen ist als die der anderen Großmächte. Es ist bedauerlich, daß ein anderer und falscher Eindruck durch die vor kurzer Zeit erfolgte Veröffentlichung der Labour Party zur europäischen Einheit, die ich in anderer Hinsicht als ein vorzügliches und vernünftiges Dokument betrachte, entstanden ist.

Für die Zukunft können wir durchaus mit Sicherheit sagen, daß die gleichen Faktoren auch weiterhin unsere Politik beeinflussen werden. Es scheint gewiß, daß der Kalte Krieg weitergehen wird, wenn er auch plötzlich in Korea wesentlich heißer geworden ist. Die Möglichkeiten, zu erträglichen Beziehungen mit Sowjetrußland zu gelangen, scheinen mir entfernter denn je zuvor: In Europa haben die angestrengten Bemühungen unserer Alliierten und unsere eigenen Bemühungen den sowjetischen Vormarsch aufgehalten. Die Strömung hat sich gegen den Kommunismus gewandt. Aber in anderen Gebieten der freien Welt — besonders in Asien — ist die Lage gespannter denn je zuvor. Es sind meiner Ansicht nach die weniger entwickelten Gebiete, in denen der Friede und die Freiheit der gesamten Welt gewonnen oder verloren wird. Der Schlüssel zum Frieden liegt nicht sosehr in den Beziehungen zwischen den Ländern Westeuropas als in den Beziehungen Westeuropas in seiner Gesamtheit und der Vereinigten Staaten zu der übrigen freien Welt. Und von allen freien Nationen hat Großbritannien den größten Beitrag zur Festigkeit dieser Beziehungen geleistet und kann ihn auch weiterhin leisten.

(Copyright reserved by Royal Institute of International Affairs)

Beiträge und Dokumente des Europa-Archivs zum Gestaltwandel des britischen Weltreichs

Eine Auswahl

Die Commonwealth-Konferenzen

- Die britische Reichskonferenz.
(E. A. August 1946, S. 64)
Besinnung im Commonwealth.
(E. A. Dezember 1948, S. 1697)
Schwerpunktverlagerung im Commonwealth.
(E. A. 5/1950, S. 2859)

Die Entwicklung der Dominien

- Die Stellung Indiens in der britischen Völkergemeinschaft.
(E. A. September 1946, S. 119)
Indiens Weg zur Unabhängigkeit.
(E. A. August 1948, S. 1465)
Australien und Neuseeland als Ordnungsmächte im Pazifik.
(E. A. Februar/März 1947, S. 429)
Kanada, das Dominion im Hohen Norden.
(E. A. Januar 1948, S. 1101)

Die Entwicklung des Empire

- Aegyptens Stellung im Empire
(E. A. Februar/März 1947, S. 417)
Die Palästina-Frage vor den Vereinten Nationen.
(E. A. März 1948, S. 1191)
Die Gründung des jüdischen Staates Israel.
(E. A. 18/1949, S. 2457)
Iran zwischen den Großmächten.
(E. A. Oktober 1948, S. 1585)
Afrika im politischen Weltbild der Gegenwart.
(E. A. 8/1949, S. 2051)
Der Hohe Norden im politischen Weltbild der Gegenwart.
(E. A. Januar 1948, S. 1087)

Zur Geschichte der britischen Außenpolitik

- Hitlers Krieg gegen England. Das deutsch-englische Verhältnis vor Ausbruch des zweiten Weltkrieges.
(E. A. 17/1949, S. 2421)
Von München bis Moskau.
(E. A. 1/1950, S. 2713 und E. A. 2/1950, S. 2757)
Der Vertrag von Dünkirchen. Wortlaut des Vertrages.
(E. A. Juni 1947, S. 635)
Die britische Europapolitik.
(E. A. 3/1950, S. 2787 und E. A. 4/1950, S. 2829)
Die britische Diplomatie im Wandel der Nachkriegszeit.
(E. A. 16/1950, S. 3263)
Ueber die Haltung Großbritanniens auf den großen internationalen Konferenzen (Vereinte Nationen, Außenministerkonferenzen, Atlantikpaktkonferenzen, Konferenzen des Europäischen Wirtschaftsrates, der Brüsseler Paktmächte und des Europarates, Welthandelskonferenz, Donaukonferenz, Weltweizenkonferenz etc.) haben wir in unseren jeweiligen Konferenzbeiträgen ausführlich berichtet. Dort ist auch die britische Stellung zur deutschen Frage eingehend behandelt.

Wirtschaftliche und soziale Probleme

- Der amerikanisch-britische Anleihevertrag.
(E. A. August 1946, S. 77)
Großbritanniens Kampf um seine Stellung in der Weltwirtschaft.
(E. A. Februar/März 1947, S. 441)
Vergleich der Besteuerung des Arbeitseinkommens in Deutschland, Frankreich und Großbritannien im Jahre 1946.
(E. A. Juni 1947, S. 644)
Die Lage der Währungen nach Beendigung des Zweiten Weltkrieges.
(E. A. April 1948, S. 1273)
Soziale Versicherung in Großbritannien und Frankreich.
(E. A. November 1948, S. 1661)
Verluste der britischen Handelsflotte im Zweiten Weltkrieg.
(E. A. 4/1949, S. 1923)
Wirtschaftsplanung in Großbritannien.
(E. A. 8/1949, S. 2077)
Statistische Grundzahlen über Großbritannien 1949.
(E. A. 8/1949, S. 2079)
Das britische Sozialisierungsprogramm. Ziele und Grundgedanken des Sozialisierungsprogramms der Labour-Party.
(E. A. 18/1949, S. 2467)
Der Lebensstandard der Industriearbeiter in Großbritannien und Westdeutschland.
(E. A. 22/1949, S. 2627)
Die Verstaatlichungspolitik der britischen Arbeiterregierung.
(E. A. 22/1949, S. 2633)
Die Auswirkungen der Abwertung des britischen Pfundes.
(E. A. 1/1950, S. 2723)
Der britisch-französische Gedankenaustausch über die französischen Vorschläge für die westeuropäischen Kohlen-, Eisen- und Stahlindustrien, Mai—Juni 1950.
(E. A. 13/1950, S. 3167)
Die amtliche Geschichtsschreibung über die britische Kriegswirtschaft.
(E. A. 15/1950, S. 3249)
Einkommensschichtung und Lebensstandard in Großbritannien.
(E. A. 19/1950, S. 3399)

Kulturelle Probleme.
Die Geschichte des britischen Rundfunks.
(E. A. Oktober 1947, S. 939)
Die Entwicklung und gegenwärtige Struktur der britischen Presse.
(E. A. Oktober 1947, S. 949)
Hansard, das amtliche Organ der britischen Parlamentsberichterstattung.
(E. A. Oktober 1947, S. 956)

Europäische Auswanderung und Binnenwanderung in der Nachkriegszeit

Eine Zwischenbilanz

*von Prof. Dr. Hugo Grothe, Leiter des Instituts für Auslandskunde und Kulturwissenschaft,
München-Starnberg*

Bericht über die vorbereitende Auswanderungskonferenz des Internationalen Arbeitsamtes in Genf
vom 25. April bis 9. Mai 1950

Unter den mannigfachen Problemen, denen sich die westeuropäischen Länder heute gegenübersehen, stellt die Forderung nach Vollbeschäftigung eins der vordringlichsten sozialen Ziele dar. In diesem Zusammenhang kommt dem Problem der Ueberbevölkerung, das sich in einigen Ländern wie zum Beispiel Italien und der Bundesrepublik Deutschland zu einer brennenden Frage entwickelt hat, eine besondere Bedeutung zu, die auch von den Außenministern der drei Westmächte anlässlich ihrer Zusammenkunft im Mai 1950 besonders hervorgehoben wurde. Sie erklärten damals, daß der Bevölkerungsüberschuß eine der wichtigsten Ursachen für die Schwierigkeiten und die Unausgeglichenheit der Welt sei.¹ Den Bemühungen des Internationalen Arbeitsamtes (ILO) um eine Lösung dieser Fragen durch organisierte Aus- und Einwanderung innerhalb Europas und auch nach Uebersee wurde von den Außenministern besondere Anerkennung gezollt.

Seit Kriegsende ist der Ständige Ausschuß des Internationalen Arbeitsamtes (ILO) für Auswanderungsfragen auf seinen Tagungen bemüht gewesen, die Auswanderung überschüssiger Arbeitskräfte aus bestimmten westeuropäischen Ländern nach solchen Ländern zu lenken, in denen ein Mangel an Arbeitskräften herrscht. Hauptgegenstand der Arbeiten dieses Ausschusses war der Entwurf einer Konvention, eines Modellabkommens und verschiedener zusätzlicher Dokumente, die das Recht des Auswanderers auf Beschäftigung betreffen.

Die Konvention, die auf der 32. ILO-Konferenz im Juni 1949 angenommen wurde, liegt nunmehr den einzelnen Regierungen zur Ratifizierung vor. Die

Konsultativversammlung des Europarates in Straßburg hat in ihrer ersten Sitzungsperiode im Sommer 1949 den europäischen Ländern die möglichst baldige Ratifizierung der Konvention empfohlen. Der Ministerausschuß des Europarates hat diese Empfehlung gebilligt und beschlossen, sie an die Regierungen derjenigen Mitgliedstaaten, die Signatarmächte dieser Konvention sind, weiterzuleiten. Auch die Vollversammlung der Vereinten Nationen hat die Annahme der Konvention empfohlen. Die Organisation für europäische wirtschaftliche Zusammenarbeit (OECE) hat sich ebenfalls mit dem Auswanderungsproblem eingehend befaßt und wertvolle Untersuchungen durchgeführt.

In der Zwischenzeit hat sich die ILO des Problems angenommen, einen Ausgleich im Einsatz der Arbeitskräfte zu schaffen, der zum wirtschaftlichen Wiederaufbau und zur wirtschaftlichen Entwicklung beitragen sollte. Auf der dritten Tagung des ständigen Auswanderungsausschusses im Januar 1949 wurde dem Lenkungsausschuß empfohlen, die ILO möge sich aktiv damit befassen, die Regierungen bei der vollen Nutzbarmachung der zur Verfügung stehenden Arbeitskräfte zu unterstützen. Auf Grund dieser Empfehlung wurde von der ILO ein Programm angenommen, das unter anderem eine internationale Begriffsbestimmung von Berufsgruppen festlegt und eine Verbesserung der Methoden der Berufsausbildung vorsieht. Dieses Programm ist bereits aus dem Stadium der Planung herausgetreten und wird von der ILO und den in ihr vertretenen Regierungen durchgeführt.

In der 32. Sitzungsperiode der ILO wurde den Mitgliedstaaten empfohlen, eine volle Ausnutzung aller Beschäftigungsmöglichkeiten anzustreben und

¹) Vgl. den Wortlaut der Erklärung der Außenminister über das Auswanderungsproblem in Europa-Archiv 10/1950 S. 3053.

in diesem Sinne die internationale Verteilung von Arbeitskräften und insbesondere deren Auswanderung zu fördern.

Die vorbereitende Auswanderungskonferenz, die vom 25. April bis 9. Mai auf Grund eines Beschlusses² des Lenkungsausschusses der ILO zusammentrat, stellte den ersten Schritt dar, der zur Durchführung dieser Empfehlungen unternommen wurde.

Die vom Lenkungsausschuß für die Konferenz festgelegte Tagesordnung sah die Behandlung folgender Punkte vor:

1. Meinungsaustausch über den gegenwärtigen Stand der Wanderungsbewegungen und der Faktoren, die ihre Entwicklung hemmen:
 - a) Gegenwärtiger Stand der Auswanderung;
 - b) europäische Arbeitskräfte, die für Auswanderung verfügbar sind und Bedarf der Einwanderungsländer;
 - c) die Tätigkeit der ILO zur Unterstützung der Wanderung. Die Tätigkeit anderer internationaler Organisationen auf diesem Gebiet.
2. Maßnahmen zur Organisation der Wanderung auf internationaler und nationaler Ebene, insbesondere:
 - a) Methoden zur Bestimmung der Anzahl und Eignung der für Auswanderung zur Verfügung stehenden Arbeitskräfte; und der Anzahl und Eignung der von den Einwanderungsländern benötigten Arbeitskräfte;
 - b) geeignete Methoden für die Organisation der Anwerbung, Auswahl, Verschiffung, Unterbringung und Ansiedlung der Wanderer.
3. Wanderung und wirtschaftliche Entwicklung:
 - a) Schaffung eines Apparates zur Förderung der wirtschaftlichen Entwicklung sowohl industrieller als auch landwirtschaftlicher Projekte unter Berücksichtigung des Bedarfs an ausländischen Arbeitskräften;
 - b) technische Unterstützung durch internationale Organisationen.
4. Finanzielle Voraussetzungen für die Pläne zur wirtschaftlichen Entwicklung; Vorschüsse und technische Hilfe durch internationale Organisationen; private Kapitalinvestierung.

Die Regierungen, die an der Konferenz teilnahmen, vertraten nahezu alle an dem Problem der Ein- und Auswanderung interessierten europäischen Länder: Belgien, Dänemark, Finnland, Frankreich, Griechenland, Italien, Luxemburg, die Niederlande, Oesterreich, Portugal, Schweden, die Schweiz und das Vereinigte Königreich. Die deutsche Bundesrepublik war durch Beobachter vertreten, die von Beamten der alliierten Hohen Kommission für Deutschland begleitet wurden. Folgende überseeische Länder nahmen teil: Argentinien, Australien, Bolivien, Brasilien, Chile, El Salvador, Ekuador, Guatemala, Kanada, Kolumbien, Mexiko, Panama, Peru, Uruguay, Venezuela und die Vereinigten Staaten von Nordamerika.

² Dieser Beschluß wurde anläßlich der 110. Zusammenkunft des Lenkungsausschusses der ILO (Dezember 1949 bis Januar 1950) in Mysore (Indien) gefaßt.

An internationalen Organisationen waren vertreten: Die Vereinten Nationen (UNO), die Organisation für Ernährung und Landwirtschaft (FAO), die Organisation der Vereinten Nationen für Erziehung, Wissenschaft und Kultur (UNESCO), die Weltgesundheitsorganisation (WHO), die Internationale Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (IBRD), die Internationale Flüchtlingsorganisation (IRO), der Interimausschuß der Internationalen Handelsorganisation (ICITO). Der Europäische Wirtschaftsrat (OEEC) in Paris war durch einen Beobachter vertreten.

Die Plenarversammlung, die den ersten Punkt der Tagesordnung bearbeitete, bot den Delegierten Gelegenheit zu einem freien Meinungsaustausch über den derzeitigen Stand der Ein- und Auswanderung.

Das Ergebnis der Beratungen wurde in der „Allgemeinen Resolution“ zusammengefaßt, die hier im Wortlaut wiedergegeben wird:

„Die Vorläufige Auswanderungskonferenz der unmittelbar an der Wanderung innerhalb Europas oder von Europa nach anderen Kontinenten interessierten Länder wurde vom Lenkungsausschuß der ILO einberufen und tagte vom 25. April bis 9. Mai 1950 in Genf;

sie stand im Zeichen des in großzügigster Weise aufgefaßten Grundsatzes der Solidarität der Menschheit;

handelte in dem Bewußtsein, daß ein dauernder Friede nur bestehen kann, wenn das Gemeinwohl erreicht ist und erhalten bleibt;

brachte die Ansicht verschiedener Delegationen zum Ausdruck, daß es unerlässlich sei, ein höheres Maß an Zusammenarbeit zwischen den Nationen herbeizuführen, um das schwerwiegende Problem der überschüssigen Arbeitskräfte in bestimmten europäischen Ländern zu lösen;

und ging von der Erwägung aus:

1. daß das Vorhandensein dieser überschüssigen Arbeitskräfte die Ausübung gewisser wesentlicher menschlicher Grundrechte, wie zum Beispiel des Rechts auf Arbeit und des Rechts auf ein Minimum an sozialer und wirtschaftlicher Sicherheit gefährdet;
2. daß eine solche Lage einen Zustand der Unzufriedenheit herbeiführt, der nicht nur das soziale und wirtschaftliche Gleichgewicht der betreffenden Länder zu stören droht, sondern durch seine natürlichen Rückwirkungen auch anderen Teilen der Welt ernsthaft Schaden zufügen kann;
3. daß andererseits gewisse andere Länder auf internationale Unterstützung und Mitarbeit warten, um die für eine weitere Ausdehnung und wachsenden Wohlstand notwendige wirtschaftliche Erschließung und Erhöhung der technischen Kapazität zu erreichen;
4. daß diese Erschließung und Erhöhung der technischen Kapazität im Zusammenhang mit den wirtschaftlichen Kräften und natürlichen Hilfsquellen dieser Länder in bedeutendem Ausmaß dazu beitragen können, überschüssige Arbeitskräfte durch gesteigerte Einwanderung unterzubringen;
5. daß in der Vergangenheit zwar von den Ein- und Auswanderungsländern und von internationalen Organisationen in dieser Hinsicht große Anstrengungen gemacht worden sind, daß aber immer noch viel zu tun übrig bleibt.

Dementsprechend ruft die Konferenz die betreffenden Länder und die internationalen Organisationen auf, im Geiste der Verständigung und der vollkommenen Solidarität der Menschheit zu einer befriedigenden Lösung der Probleme beizutragen, die sich aus dem Bevölkerungsüberschuß in bestimmten Teilen Europas ergeben; und empfiehlt

daß die Vereinten Nationen und ihre Sonderorganisationen unter Berücksichtigung der von der Konferenz erarbeiteten Schlußfolgerungen alles tun, was in ihrer Macht steht, um die europäische Ein- und Auswanderung durch technische Hilfe oder andere Mittel zu fördern; daß die Internationale Arbeitsorganisation

- a) ihre gegenwärtige Tätigkeit auf dem Gebiet der Ein- und Auswanderung noch steigern möge;
- b) Vorschläge für die beste Form der Zusammenarbeit auf internationaler Ebene im Hinblick auf die oben dargelegten Ziele machen möge; und
- c) nach Beratung mit den betreffenden Regierungen geeignete Vorschläge entwerfen möge, die diesen in einer zukünftigen Versammlung vorzulegen wären.“

Punkt zwei, drei und vier der Tagesordnung wurden von zwei Ausschüssen bearbeitet. Der erste Ausschuß, der sich vorwiegend mit Verwaltungsfragen und technischen Maßnahmen befaßte, gab den Ein- und Auswanderungsländern sowie den zuständigen internationalen Organisationen verschiedene Anleitungen, die eine reibungslosere Abwicklung der Wanderungsbewegung ermöglichen sollten. Die Zusammenstellung ausführlicher Daten und Informationen über die Verhältnisse im Einwanderungsland sowie über die in den Ueberschußgebieten zur Verfügung stehenden Arbeitskräfte sollten eine weitgehende Ausnutzung der Auswanderungsmöglichkeiten erleichtern. Die Werbung und Auswahl von Auswanderern sollte in Händen von verantwortlichen Behörden liegen. Weiter werden verschiedene Maßnahmen vorgeschlagen, durch die den Einwanderern Anknüpfung und Einleben im Bestimmungsland erleichtert werden könnten. Hierbei werden zum Beispiel insbesondere die ILO und die UNESCO eingeschaltet, die durch technische, beziehungsweise kulturelle Hilfe die Ansiedlung und Anpassung der Einwanderer an die örtlichen Verhältnisse fördern sollen. Eine Vereinfachung der Formalitäten, Herabsetzung der Unkosten, Zollermäßigungen, Erleichterung der Devisenbestimmungen, Organisation der Transportmöglichkeiten und andere verwaltungstechnische Erleichterungen werden empfohlen. Ferner machte der Ausschuß Vorschläge für die Aufnahme und Verteilung der Einwanderer im Bestimmungsland und für die Sicherung ihrer sozialen Rechte.

Diese Schlußfolgerungen sollten gleichzeitig als Grundlage für ein von der UNO und ihren Sonderorganisationen durchzuführendes technisches Hilfsprogramm dienen, da diese ja über den für ein solches Unternehmen erforderlichen Apparat verfügen. Vorgesehen war von dem Ausschuß, daß sie zum Beispiel den Regierun-

gen auf Wunsch ein Beratungs- und Auswahlprogramm aufstellen und durchführen, Aufnahmelager organisieren, eine für die Ansiedlung verantwortliche Organisation aufziehen, den Austausch von Informationen zwischen den Aus- und Einwanderungsländern leiten, für Vereinheitlichung der technischen Ausdrücke Sorge tragen und die Durchführung zweiseitiger Abkommen erleichtern.

Der zweite Ausschuß befaßte sich mit der Wechselwirkung zwischen wirtschaftlicher Entwicklung und den Einwanderungsmöglichkeiten. Er ging in seinen Empfehlungen davon aus, daß verschiedene Länder bereits Projekte für die wirtschaftliche Erschließung ihrer Hilfsquellen unternommen haben und daß auch von einzelnen Ländern und internationalen Organisationen Anstrengungen gemacht werden, die Finanzierung dieser wirtschaftlichen Erschließung durch Mobilisierung der Spareinlagen im Lande oder durch Investitionen und Anleihen aus öffentlichen und privaten Mitteln sicherzustellen. Der Ausschuß empfiehlt, daß in diesem Sinne beschleunigt weitergearbeitet werden sollte und weist insbesondere auf die durch die Organisation der Vereinten Nationen zur Verfügung stehenden Möglichkeiten technischer Unterstützung hin.

Um die Auswanderung in Verbindung mit der wirtschaftlichen Erschließung und damit die Nutzbarmachung der Bevölkerungsüberschüsse in Europa weiter zu fördern, schlägt der Ausschuß im einzelnen vor, von den Vereinten Nationen und der ILO eine gemeinsame Untersuchung der Wechselbeziehungen zwischen europäischer Auswanderung und wirtschaftlicher Erschließung in Uebersee durchführen zu lassen. Ferner sollten Einwanderungsländer die Möglichkeit erwägen, sich an die Internationale Bank um finanzielle Hilfe für wirtschaftliche Erschließungsprojekte zu wenden, die zu einer Steigerung der Einwanderung führen könnten. Es wurde darauf hingewiesen, daß die Vereinten Nationen durch ihren Wirtschafts- und Sozialrat auf Wunsch technische Missionen in bestimmte Länder entsenden könnten, um die wirtschaftlichen Möglichkeiten, insbesondere im Hinblick auf eine Förderung der Einwanderung zu untersuchen. Auch sollte durch die Vereinten Nationen die Möglichkeit geprüft werden, die Einwanderungsländer durch gesteigerte Abnahme ihrer Produkte in die Lage zu versetzen, sich die für die wirtschaftliche und soziale Entwicklung erforderlichen Maschinen und Ausrüstungen zu erwerben. Die ILO wurde aufgefordert, sich möglichst regelmäßig von den Regierungen über die bedeutenderen wirtschaftlichen Erschließungsprojekte unterrichten zu lassen, soweit diese vom Standpunkt der Einwanderung aus von Interesse sein könnten. Der Generalsekretär der Vereinten Nationen wurde ersucht, den Bericht der Konferenz über die Zusammenhänge der wirtschaftlichen Entwicklung und Finanzlage mit den Einwanderungsfragen der Wirtschaftskommission für Lateinamerika auf ihrer dritten Sitzung zur Beratung vorzulegen.

Die Struktur der europäischen Auswanderung nach Uebersee

Neben diesen bedeutungsvollen Ergebnissen brachte die Diskussion der Plenarsitzungen eine Fülle von Auskünften über die Struktur der europäischen Aus-

wanderung nach Uebersee in der Nachkriegszeit. Bislang gab es hierüber so gut wie keine zuverlässigen Informationen.

Was an statistischen Unterlagen auf dieser Tagung zusammenkam, besitzt gewiß noch nicht absolute Vollständigkeit. Nicht alle erschienenen Staaten haben eine Zählung der Ausgewanderten beziehungsweise Eingewanderten vorgenommen, so daß in Genf nicht von jedem Staat das Material zur lückenlosen Gesamtgruppierung vorgelegt werden konnte. Aber durch das, was in Genf niedergelegt wurde, läßt sich doch ein der Wirklichkeit nahekommendes und immerhin kennzeichnendes, wichtiges Bild über die Bevölkerungsbewegung der europäischen Länder sowohl innerhalb Europas als auch nach Uebersee gewinnen.

Die nachfolgend angeführten statistischen Daten beziehen sich vornehmlich auf die Jahre 1948 und 1949.

Das größte Menschenkontingent aus Europa haben die Vereinigten Staaten von Nordamerika, von jeher das meist ersehnte Einwanderungsland, neuerdings aufgenommen. 1948 waren es 170 570 gegenüber 180 380 Personen im Jahre 1949.³ An zweiter Stelle folgt Australien mit 65 739 Einwanderern im Jahre 1948 und 167 933 im Jahre 1949. Der jährliche Zugang für Argentinien darf nach Angabe des Referenten auf 150 000 Personen geschätzt werden.

Für Brasilien wurde der Konferenz eine Statistik vorgelegt, wonach im Jahre 1948 die Einwanderung 69 725 Personen umfaßte. Für die Zeit von 1945 bis 1949 bezifferte der brasilianische Delegierte die Einwanderung mit 230 523.

Auch Kanada erfuhr einen starken Zustrom, und zwar 1948 mit 125 414 und 1949 mit 94 973 Einwanderern. Als begehrtes Einwanderungsland ist weiterhin die Südafrikanische Union zu nennen, die 1948 eine Einwanderung von 35 633 und 1949 eine solche von 13 720 Personen aufwies. Die übrigen überseeischen Länder können nur mit einer geringen Zahl von Einwanderern aufwarten. Neuseeland erhielt in den letzten beiden Jahren einen Zuzug von 10 420 beziehungsweise 14 342 Personen. Uruguay nahm im gleichen Zeitraum 3 298 beziehungsweise 5 549 Einwanderer auf. Für Venezuela waren es 20 533 im Jahre 1948, aber nur 2 619 im Jahre 1949. Chile buchete 1948 lediglich 1 957 Einwanderer, für Ekuador waren es im Jahre 1949 sogar nur 626. Die übrigen südamerikanischen Länder waren nicht in der Lage, Zahlenangaben in Genf vorzulegen oder enthielten sich näherer Aufschlüsse, so Mexiko, Peru, Kolumbien und andere.

Besonders aufschlußreich sind die Mitteilungen über die Verteilung europäischer Auswanderer auf die überseeischen Einwanderungsländer, die der Genfer Auswanderungskonferenz vorgelegt wurden. Die jeweilige Beteiligung an der Einwanderung ist ohne Zweifel charakteristisch für die Stimmung der einzelnen Bevölkerungen und für die wirtschaftliche Lage des Landes. Die Zahlen, die zur Verfügung stehen, betreffen allerdings nur das Jahr 1949.

Australien war von den Ländern des Commonwealth das Hauptziel der Auswanderer aus dem englischen Mutterland. Von der Gesamteinwanderung im Jahre 1949 stellte England mit 89 402 Personen rund 54 Prozent. Die Vereinigten Staaten verzeichneten eine Einwanderung von 21 475 Personen aus Großbritannien, während es in der Südafrikanischen Union nur 8 928 Einwanderer britischen Ursprungs waren.

Besonders rege hat sich, wie auch schon in der Zeit zwischen den beiden Weltkriegen, die Auswanderungsbewegung aus Italien gestaltet. Italien stellt sich wieder als der Staat dar, der planmäßig eine Auswanderungspolitik betreibt. Unter eigenen finanziellen Opfern fördert Italien den Auswanderungsdrang seiner Bewohner nach Uebersee und nach anderen europäischen Ländern. Es geschah dies in Gestalt eines besonderen Vertrages mit dem immer rege von Italienern aufgesuchten Einwanderungsland Argentinien und in Europa mit Frankreich⁴, Belgien, den Niederlanden und Luxemburg.

Die Vereinbarung Italiens mit Argentinien vom 27. Januar 1948 wird durch die Schaffung einer eigenen argentinischen Einwanderungskommission in Rom unterstützt. Der Vertrag bezieht sich unter anderem auf Fragen der Berufsauslese sowie auf Hilfe und Schutz, den das Einwanderungsland Argentinien den italienischen Einwanderern gewährt. Der italienische Zuzug darf sich auf alle Gattungen von Handarbeitern und intellektuellen Arbeitern erstrecken, ohne daß dem italienischen Staat die Pflicht der Nachprüfung der Qualitäten des einzelnen Auswanderers zur Bedingung gemacht wird. Argentinien fordert regelmäßig die Zahl der gewünschten Arbeiter unter Angabe der erforderlichen beruflichen Qualifikationen an. Es stellt ferner laufend Berichte über die Arbeits- und Sozialgesetzgebung zur Verfügung, in denen der italienische Arbeiter dem einheimischen gleichgestellt wird, sowie über Lebensstandard und Lebensverhältnisse. Italien übernimmt seinerseits die Kosten der Ausreise, während Argentinien die Unkosten der Beförderung des italienischen Einwande-

³) Die Einwanderung nach den Vereinigten Staaten erreichte nach dem Ersten Weltkrieg mit 805 228 Einwanderern im Jahre 1921 ihren Höhepunkt. Von 1925 bis 1929 bewegte sich die jährliche Einwanderung nach den Vereinigten Staaten um etwa 300 000 Personen. 1930 waren es noch 241 700 Einwanderer, 1931 jedoch nur noch 97 139. Für die folgenden Jahre nennt der „Information Please Almanac 1950“ nachstehende Zahlen:

1932	35 576	1936	36 329	1940	70 756	1944	28 551
1933	23 068	1937	50 244	1941	51 776	1945	38 119
1934	29 470	1938	67 895	1942	28 781	1946	108 721
1935	34 956	1939	82 998	1943	23 725	1947	147 292

⁴) Vgl. hierzu den Text des Vertrages zwischen Frankreich und Italien in Europa-Archiv Juni 1947, S. 653/654.

ers und seiner Familie vom Landungshafen bis zur Arbeitsstätte trägt. Verläßt der Arbeitnehmer vor Ablauf von zwei Jahren seinen Arbeitsplatz, so muß er und sein Arbeitgeber für die staatlicherseits von Argentinien gemachten Auslagen aufkommen.

Die italienischen Angaben über die Auswanderung nach Uebersee decken sich im einzelnen nicht genau mit den Angaben der Einwanderungsländer. Italien beziffert die Auswanderung nach Argentinien für das Jahr 1949 mit 75 000 Personen, einer Zahl, die den tatsächlichen Verhältnissen entsprechen dürfte, da Italien mit etwa 50 Prozent einen etwa gleich großen Anteil wie Spanien an der Gesamteinwanderung von annähernd 150 000 Personen nach Argentinien stellte. Auch die italienische Ziffer für Australien mit 10 000 deckt sich ungefähr mit der von jenem Lande angegebenen Zahl von 9 570. Kanada bucht bei 7 742 Personen mehr als die Italiener ihrerseits mit 5 000. Mit letzterer Zahl rechnet Italien auch bei der Einwanderung nach Brasilien. Uruguay beziffert die italienische Einwanderung auf 2 874 Personen. Nach der Südafrikanischen Union wanderten 679 Italiener, während die Vereinigten Staaten 11 157 Italiener aufnahmen.

Die Auswanderung polnischer, holländischer und baltischer Staatsangehöriger (Letten und Esten) hat in den letzten Jahren beträchtlich zugenommen. Allein 26 570 Polen wanderten nach Australien ein, 23 744 in die Vereinigten Staaten und 12 323 nach Kanada.

Die holländische Auswanderung richtete sich im Jahre 1948 hauptsächlich nach Kanada, wo 7 742 holländische Auswanderer Aufnahme fanden. Die holländische Einwanderung nach Australien betrug 1 397 Personen und nach der Südafrikanischen Union 1 211 Personen.

Auch im Jahre 1949 haben die Niederlande ein beträchtliches Kontingent an Auswanderern gestellt. Nach Kanada gingen 6 665 Personen, 2 603 nach den Vereinigten Staaten, 2 123 nach der Südafrikanischen Union und 1 717 nach Australien.

Auffallend sind die verhältnismäßig hohen Ziffern für Letten und Esten, so beispielsweise für Australien 20 843, 12 384 für die Südafrikanische Union und 7 300 für Kanada. Viele dieser Auswanderer dürften als verschleppte Personen aus Lagern in Deutschland und Oesterreich ihren Weg nach Uebersee genommen haben.

Beachtenswert ist auch die Zahl der nach der Südafrikanischen Union ausgewanderten 8 588 Iren, zahlenmäßig gering vertreten sind in den Statistiken der Ueberseeländer Portugiesen, Ungarn und Belgier. Portugal wird gewiß eine ansehnliche Zahl der Auswanderer nach Brasilien gestellt haben, doch liegen für Brasilien keine Einzelheiten über die volkliche Gruppierung der Einwanderung vor. Auffallend ist

auch, daß die Konferenz in Genf nur recht unvollkommene Auskünfte über die spanische Auswanderung vermitteln konnte, die von jeher nicht nur nach Argentinien, sondern nach ganz Südamerika äußerst rege gewesen ist. Für Argentinien wird die spanische Einwanderung für die letzten Jahre auf 60 000 bis 70 000 Personen geschätzt. Genaue Angaben für die spanische Auswanderung liegen nur von zwei südamerikanischen Staaten vor, nämlich für Uruguay (1949 = 1898) und Venezuela (1949 = 1034).

Ueber einen deutschen Zuzug nach Uebersee ist begreiflicherweise in statistischer Form auf der Genfer Konferenz so gut wie nichts zutage getreten. Das Bremer „Ständige Sekretariat für das Auswanderungswesen“ vertrat vor einiger Zeit die Ansicht, daß auf legalen und illegalen Wegen wohl etwa 150 000 Deutsche in den letzten Jahren auswanderten. Diese Zahl dürfte in etwa den Tatsachen entsprechen. Nach Brasilien und Argentinien wird die deutsche Auswanderung mit aller Wahrscheinlichkeit einige Tausende betragen haben. Australien beziffert die eingewanderten Deutschen mit 1 737. Die Vereinigten Staaten nannten auf der Genfer Konferenz für das Jahr 1949 23 844 Personen als aus dem Ursprungsland Deutschland eingewandert.

Versucht man, die Gesamtmenge der europäischen Auswanderung nach Uebersee zu erfassen, so muß betont werden, daß bei dem künstlichen Abschluß der östlichen und südöstlichen Länder von Europa aus diesen Regionen sich keine merkbare Auswanderung entwickelte. Die Sowjetunion, Rumänien und Bulgarien kommen praktisch in Fortfall; lediglich Polen und Ungarn sind, wenn auch verhältnismäßig schwach, in der Einwanderungsstatistik vertreten.

Die Summe der bisher gemachten Einzelangaben ergibt für das Jahr 1948 eine europäische Wanderungsbewegung von 540 097 und für 1949 von nur 315 016. Es zeigt sich ein auffallender Rückgang, der etwa die Hälfte der Ausgewanderten des vorangegangenen Jahres ausmacht. Einzelne Länder jedoch, wie beispielsweise Australien, können eine stark zunehmende Einwanderungszahl aufweisen. Es ist schwer, die Ursachen für diese Schrumpfung festzustellen. Politische und wirtschaftliche Erschwernisse mögen der Hauptgrund sein. Vielleicht kommt auch in einzelnen Ländern eine gewisse Abneigung gegen die Aufnahme von Einwanderern hinzu, die auf die Mißerfolge mit der Aufnahme der Displaced Persons zurückzuführen sein mag. Um zu einer Gesamtzahl der Personen zu kommen, die Europa mit dem Ziel Uebersee verließen, müssen die von der Internationalen Flüchtlingsorganisation (IRO) aus Europa, vor allem aus Westdeutschland, in eine neue Heimat verbrachten DP's mit berücksichtigt werden. Für 1949 belief sich ihre Zahl auf 209 155 gegenüber 481 001 für 1948, zusammen demnach 690 156. Nach

Abrechnung derjenigen DP's, die von der IRO in westeuropäischen Ländern untergebracht wurden, haben also etwa eine halbe Million in überseeischen Ländern eine neue Heimat gefunden. Man wird nicht fehlgehen, die Menge der europäischen Auswanderung nach Uebersee im Jahre 1948 und 1949 mit gut anderthalb Millionen Menschen zu veranschlagen. In einer solchen Zahl ist jedoch die illegale Auswanderung mit berücksichtigt. Rein numerisch gesehen, ist dies gewiß eine recht ansehnliche Menschenmasse, sie bedeutet aber für einen reich bevölkerten Erdteil wie Europa keineswegs die Lösung der Probleme der

Ueberbevölkerung und der Arbeitslosigkeit oder gar das Entstehen einer Lücke.

Europäische Auswanderung nach Uebersee 1948/49.

Auswanderungsland	1948	1949
Italien	215 862	160 000
Großbritannien	157 290	76 771
Irland	40 075	23 205
Belgien	20 212	—
Niederlande	13 986	13 776
Schweiz	6 746	5 595
Portugal	4 665	—
Oesterreich	1 393	669

Die Erschließung neuer Siedlungsgebiete in Südamerika

Neben diesen aufschlußreichen Angaben über die europäische Auswanderung nach Uebersee brachte die Genfer Auswanderungskonferenz noch einen anderen wichtigen Gesichtspunkt, der für den künftigen Aufbauwillen und die erwünschte Aufbaukraft der Völker Europas von Bedeutung werden soll: Die Erschließung bisher wirtschaftlich nicht oder nur unzureichend entwickelter Gebiete. Nicht weniger als 18 der an der Genfer Konferenz beteiligten Staaten zeigten sich an dem Projekt gesteigerter wirtschaftlicher Entwicklung in hohem Maße interessiert. Die Länder, in denen die landwirtschaftliche Kolonisationstätigkeit bisher außerordentlich viel zu ihrer Entwicklung beitrug, haben sich in Genf jedoch nicht über die Einzelheiten der von ihnen gefaßten Pläne ausgesprochen, so die Vereinigten Staaten, Brasilien, Argentinien, Kanada und Australien. Diese Staaten lenkten das Hauptaugenmerk der Konferenz lediglich auf Gedanken und Wege einer internationalen Organisation und auf weitgesteckte finanzielle Hilfe für die Erschließung der gewiß noch reichlich innerhalb ihrer Grenzen vorhandenen urbar zu machenden Ländereien oder für noch zu füllende Lücken in der landwirtschaftlichen Technik.

Der Gesichtspunkt der örtlichen Siedlungsplanung wurde in Genf im wesentlichen von den südamerikanischen Staaten Venezuela, Kolumbien, Ekuador, Peru und Bolivien vertreten. Diese Länder bemühten sich, die breite Öffentlichkeit darauf aufmerksam zu machen, daß sie für den geplanten landwirtschaftlichen Aufbau mit einem europäischen Menschenzufluß und europäischem Kapital rechnen.

Die Gebiete, die von den genannten fünf Ländern für eine europäische Kolonisation vorgesehen sind, liegen ausschließlich in der tropischen Zone und stehen im Bereich des das ganze westliche Südamerika beherrschenden, mächtigen Gebirgszugs der Kordilleren. Jedes dieser Länder, das die für eine Besiedlung durch europäische landwirtschaftliche Zuwanderung ausersehenen Gebiete auf der Genfer Konferenz näher bezeichnete, glaubte betonen zu können, daß es sein kolonisatorisches Werk durch

eigene, in den letzten Jahren gegründete Institute vorbereitet hat. Venezuela schuf ein am 28. Juni 1949 errichtetes „Nationales Agrarinstitut“, Peru eine „Dirección de Asuntos Orientales y Colonización“, Kolumbien eine ähnliche Einrichtung. Uruguay baute ein „Nationales wirtschaftliches Institut“ auf.

Ekuador empfahl auf der Genfer Konferenz als geeignetes Landvorkommen zunächst Striche in der Nähe der Bahnlinien, die von seiner Landeshauptstadt Quito südwärts nach Riobamba und desgleichen neben der von Quito nach Esmeralda ostwärts laufenden Bahnroute liegen.

Peru stellt im Norden des Landes gelegene Ländereien an den Osträndern der Kordilleren in 600—900 Meter Höhe bei Tingo Maria und bei Oxabamba zur Verfügung, wo jedem Siedler 15 Hektar überlassen werden sollen.

Bolivien will sich bemühen, seine Kolonisation ebenfalls durch zwei das Herz des Landes durchziehende Bahnlinien auf der innerbolivianischen andinischen Hochfläche zu stützen. Es sind die Eisenbahnrouen, die von Chochabama, einem landwirtschaftlichen Zentrum mit aufblühender Industrie, nordwärts nach Tunari und ostwärts ins „Valle“-Gebiet von Santa Cruz sich wenden.

Den weitesten Fortschritt auf dem Gebiet ländlicher Kolonisation konnte Venezuela verzeichnen. Das unter Aufsicht des Landwirtschaftsministeriums stehende „Nationale Agrarinstitut“ verfügt über ein Kapital von 100 Millionen Bolivars. Seine besondere Aufgabe liegt in dem Aufbau neuer landwirtschaftlicher Siedlungen. Venezuela war bisher genötigt, 75 Prozent seines Nahrungsmittelbedarfs im Werte von jährlich 100 Millionen US-Dollar aus dem Ausland einzuführen. Auch die Stärkung der weißen Rasse spielt bei der Einwanderungspolitik Venezuelas eine Rolle. Venezuela sieht von der Forderung der Stellung eines Bürgen oder Vorlage eines Arbeitsvertrages durch den Einwanderungslustigen ab, beabsichtigt jedoch nicht, für die Ueberfahrtskosten einzutreten. Hier müßten bei noch zu schließenden Abkommen die Auswanderungsländer einspringen. Die

Ueberfahrt einer vierköpfigen Familie aus Europa nach der Hauptstadt Venezuelas würde jedoch nicht weniger als 1400 Dollar betragen. Für die planmäßige landwirtschaftliche Einwanderung hat Venezuela zunächst das im Bereich der nordöstlichen Ausläufer der Kordillerenkette gelegene Hochlandgebiet Turen im Staate Pordugesa aussersehen, wo sich in jüngster Zeit bereits Spanier und Italiener niedergelassen haben.

Als Geograph von Fach möchte ich die vorstehend genannten Gebiete in ihrer Lage und Natur kurz skizzieren. Sämtliche erwähnten Siedlungsbezirke liegen innerhalb einer einheitlichen Klimazone, und zwar derjenigen der tropischen Anden, die von der Grenze Perus und Boliviens zu Chile über alle mittleren und nördlichen südamerikanischen Länder bis ins westliche Venezuela reichen. Das zeigt sich mit Hochgipfeln von 5000—7000 Meter Höhe, vor allem in den südlichen und mittleren Gebirgszügen. Tropische Regenwälder ziehen sich über die meisten Hänge. In je 1000 Meter Höhenabstand wechselt die „Tierra caliente“, „Templada“ und „Fria“, nämlich das heiße, gemäßigte und kalte Land. Vor allem den Ostabhängen dieser tropischen Anden wird eine starke Benetzung zumeist im Sommer von regelmäßigen Ostwinden herangeführt. Dadurch sind in Verbindung mit der Bewässerung durch zahlreiche, von den Bergen strömende Flüsse und Bäche der landwirtschaftlichen Bestellung die günstigsten Bedingungen in den vielen Beckenlandschaften gegeben. Vielfältig zieht sich die Erzeugung von Früchten über die bebauten Ländereien. Außer den einheimischen Körner- und Knollenfrüchten wie Oka, Quinoa, Pituca und Yuka, auch Cocastrauch mit seinen als Genuß- und Reizmittel dienenden Blättern. Es reifen hier alle Früchte der tropischen und subtropischen Zonen, so Kaffee, Kakao, Reis, Mais, Tabak, spanischer Pfeffer, Zuckerrohr, Orangen, Bananen, so daß dem im Bereich der fünf Länder des südamerikanischen Westgürtels der tropischen Anden einziehenden europäischen Siedler ein Paradiesland entgegenzulachen scheint, das freilich nicht ohne Tücken ist.

Der in Peru uns entgegengetretene Name Oxabamba ruft zwei charakteristische frühere deutsche Einwanderungsereignisse in Erinnerung, die an 100 Jahre bereits zurückliegen; sie vollzogen sich in Peru und Venezuela. In meinem, mit einem Atlas ausgestatteten Buche „Die Deutschen in Uebersee“ (Berlin

1932) habe ich die bewegte Geschichte der drei deutschen Kolonien, Pozuzo und Oxabamba in Peru und Tovar in Venezuela im Küstengebirgshochland 20 Kilometer südlich Carracas gelegen, in ihrem Auf und Nieder des Gedeihens und des Mißerfolgs eingehend geschildert.

Es haben also auch im Bereiche der Tropen in zwei südamerikanischen Ländern unter wenig günstigem Klima, in schwieriger Umgebung und selbst ohne Unterstützung von der Heimat her bereits Deutsche gesiedelt. Es waren Badenser und Tiroler, die mit Unternehmungslust und Zähigkeit auf mühsam zu bewältigendem Boden und oft unter wenig verständnisvoller und hilfsbereiter Verwaltung einen Kampf durch lange Jahrzehnte und schließlich nicht ohne Erfolg durchführten. Sind einer heutigen deutschen Bauergeneration solche Fähigkeiten noch gegeben, obwohl Technik und Gesundheitspflege gegenwärtig in ganz anderen Formen als Helfer einem Siedlerwerk zur Seite zu treten vermögen, als dies damals der Fall war?

Jedenfalls wird in den fünf südamerikanischen Ländern, deren Kolonisationsflächen und noch ungenügend geklärte Siedlungsabsichten wir schilderten, dem Spanier und Portugiesen aus klimatischen Gründen und wegen der ihm leichter werdenden Anpassung an die völkische Umwelt, die kolonisatorische Hauptaufgabe auch in der Zukunft zufallen.

Da gegenwärtig von mehreren deutschen Stellen Anregungen vorliegen, wieder in Peru und in Venezuela deutsche Kolonisten anzusiedeln, bedarf die Lösung dieser Frage unstreitig einer peinlichen und eingehenden Prüfung und Erwägung.

Alle hier geschilderten Projekte gehen zweifellos noch nicht weit über Anfänge hinaus. Prüfung, Rat und Förderung wird von den einzelnen Ländern, von der Organisation der Vereinten Nationen und den ihr angeschlossenen Fachorganisationen benötigt. Vor allem soll die Internationale Bank in Washington bedeutsame Hilfe leisten. Bei den eröffneten Siedlungsgebieten heißt es, daß jede einwandernde Familie mindestens über 1500 Dollar als finanzielle Grundlage für dauernde landwirtschaftliche Seßhaftmachung verfügen muß.

Die Haltung der Welt gegenüber der deutschen Einwanderung

Bei den Genfer Besprechungen kam auch die Haltung einzelner Staaten zum Ausdruck, die sie speziell der deutschen Einwanderung gegenüber einnahmen. Der Vertreter Brasiliens zeigte lebhaftes Interesse an einer deutschen Einwanderung und Siedlung für sein Land. Ohne bestimmte Vorschläge zu machen, rechnet Brasilien mit einer Belebung der deutschen Einwanderung unter Hinzuziehung internationaler finanzieller Hilfsquellen. Der Leiter der argentinischen Einwanderungsdelegation in Rom, Dr. Astraldi, will

Deutschland noch im Jahre 1950 besuchen, um sich mit den maßgebenden Stellen über eine „unterstützte deutsche Auswanderung“ zu unterhalten. Argentinien setzt also eine deutsche finanzielle Hilfe für die deutschen Auswanderer voraus. Der Leiter der Einwanderungsabteilung des kolumbianischen Außenministeriums beabsichtigt ebenfalls, Deutschland zu besuchen, um über die Heranziehung von Deutschen zu den geplanten Siedlungsprojekten des Kolonialinstituts zu verhandeln. Bolivien ist ebenfalls bereit,

deutsche Siedler aufzunehmen, vorausgesetzt, daß 1500 Dollar für jede Siedlerfamilie als Fremdkapital zur Verfügung stehen. Ekuador denkt bei seinen Plänen gleichfalls an die Einwanderung deutscher landwirtschaftlicher Kräfte, insbesondere von Fachkräften zur Einrichtung von Molkereifarmen.

Auf deutscher Seite erhebt sich nun die Frage, ob es genügend auswanderungslustige Personen gibt, die den gestellten Anforderungen zu entsprechen vermögen. Soweit bisher ersichtlich ist, werden aus den einheimischen Schichten der Bundesrepublik nur wenige Einzelgänger für eine Auswanderung als Siedler nach Uebersee in Frage kommen.

Die bäuerlichen Kreise in West- und Süddeutschland leben gegenwärtig kaum in einer Notlage, wenn auch unter den jüngeren Söhnen Auswanderungswillige heranwachsen mögen. Eine bemerkenswerte Lichtung der landwirtschaftlichen Schichten wird sich auch kaum mit den deutschen volklichen und staatlichen Interessen vereinigen lassen. Länder, die in der Geschichte der deutschen Auswanderung vor allem in den letzten Jahrzehnten eine bedeutende Rolle spielten, wie beispielsweise Südbrasilien, Paraguay und die argentinische Nordprovinz Nisiones, werden kaum in der Lage sein, eine namhafte Anzahl von Pionieren aus dem deutschen Bauerntum anzuziehen. Ob es der deutschen Bundesrepublik möglich sein wird, Geldopfer für einen deutschen Siedlungsaufbau in Uebersee zu bringen, muß bezweifelt werden. So wird das Ingangkommen von Siedlungsmaßnahmen in größerem Stil von der Bereitstellung internationaler Kapitalien abhängen.

Wie die Dinge heute liegen, werden es im wesentlichen Vertriebene und Flüchtlinge sein, bei denen ein angemessenes Angebot Gehör finden wird. Vertriebene deutsche Bauern des Banat, der Batschka und aller der Landschaften um Donau und Theiß, die ehemals zum ungarischen Staate gehörten, werden mit aller Wahrscheinlichkeit die ersten Kräfte für eine organisierte und finanziell gesicherte Siedlungstätigkeit stellen. Diese Annahme wird unterbaut durch die Tatsache, daß gerade die an die bäuerliche Arbeit gebundenen Volksdeutschen vorwiegend als Auskunftsuchende für die Möglichkeiten landwirtschaftlichen Schaffens bei den öffentlichen Auswanderungsstellen auftreten.

Insgesamt gesehen, wird die Auswanderungsmöglichkeit aus Deutschland einen nicht unbedeutenden Beitrag zur Lösung der durch den Einstrom von Millionen Vertriebenen und Flüchtlingen geschaffenen Probleme leisten können.

In diesem Zusammenhang sei auf die Schlußfolgerungen und Empfehlungen des sogenannten *Walter-Berichtes* („Expellees and Refugees of German Ethnic Origin“, Report of a Special Subcommittee of the Committee on the Judiciary, House of Representatives, Report No. 1841, March 34, 1950) hingewiesen. Der Bericht erklärt: „Wenn das Maximum der Bemühungen zur Assimilierung des größten Teils der Flüchtlinge in die deutsche Wirtschaft garantiert ist, soll etwas mehr als einer Million deutscher Vertriebenen und Flüchtlinge Gelegenheit zur Auswanderung geboten werden...“

Während das Internationale Arbeitsamt die Lösung des europäischen Wanderungsproblems im Rahmen der Organisation der Vereinten Nationen anstrebt, empfiehlt der *Walter-Bericht* die Schaffung einer nichtständigen internationalen Organisation außerhalb des Rahmens der UN, die sich eigens mit der Umsiedlung der überschüssigen deutschen Bevölkerung befassen soll. Der Schlußabsatz der diesbezüglichen Empfehlungen des *Walter-Berichtes* lautet:

„Dieser Unterausschuß empfiehlt, daß die Regierung der Vereinigten Staaten unverzüglich die Initiative zur Gründung eines verfassungsmäßigen Ueberkommens bezüglich einer solchen Organisation ergreift. Mittel sowohl für die Bestreitung der Kosten für die Umsiedlung und des Transportes von annähernd einer Million Siedlern volksdeutscher Abstammung als auch für Verwaltungsausgaben der neuen internationalen Organisation sollten von vornherein im Rahmen des zukünftigen Planes für die Fortsetzung des Europa-Hilfsprogramms abgezweigt werden. Die neue Organisation sollte veranlaßt werden, mit denjenigen internationalen Gremien zusammenzuarbeiten, die zur Durchführung des „Punkt-4-Programms“ zur wirtschaftlichen Unterstützung bei der Entwicklung unterbevölkerter und wirtschaftlich zurückgebliebener Länder der Welt eingesetzt werden.“

Anfang Oktober 1950 hat Kanada die bisherigen Beschränkungen für die deutsche Einwanderung aufgehoben, so daß auch hier neue Möglichkeiten für den deutschen Auswanderer entstehen. Die allmähliche Normalisierung und Organisation der europäischen Auswanderung nach Uebersee bedeutet insbesondere für die dichtbevölkerten Länder Westeuropas, Italien und die deutsche Bundesrepublik, einen wertvollen Beitrag zur Regelung der Bevölkerungs- und Beschäftigungsprobleme. Es wird jedoch einer echten und ständigen europäischen und internationalen Zusammenarbeit bedürfen, um eine langfristige Lösung dieser Fragen zu erreichen.

Die strukturellen und ständigen Ursachen der Arbeitslosigkeit in Belgien

Von Marcel Laloire, Brüssel

Directeur de l'Institut d'étude économique et sociale des classes moyennes

Seit Ende der Feindseligkeiten wurde Belgien um seine wirtschaftliche und materielle Lage in Westeuropa besonders beneidet. In der Tat ist dieses Land eines der ersten gewesen, das sich wieder erholte, und zwar mit einer Schnelligkeit, die alle ausländischen Beobachter in Staunen versetzte. Wenn die belgischen Industrien im allgemeinen nicht so sehr unter den Luftangriffen gelitten haben wie die Industriegebiete der Nachbarländer, so war der Krieg für die belgische Wirtschaft doch eine harte Prüfung; der größte Teil seiner Arbeitskräfte war ins Ausland gebracht worden. Im Juli 1945 beliefen sich die Indices der durchschnittlichen Beschäftigung in den drei Schlüsselindustrien Kohlenbergbau, Eisen- und Textilindustrie nur auf 25 v.H. der normalen Beschäftigung im Jahre 1940.

Die Belgier begaben sich unverzüglich wieder an die Arbeit. Man hat in der ausländischen Presse von einem belgischen „Wunder“ gesprochen. Es ist aber kein Wunder geschehen, vielmehr sprechen besonders günstige Faktoren mit, die die belgische Industrie auszunutzen verstand: einerseits die Tatsache, daß der Hafen Antwerpen und ferner die Häfen Zeebrügge und Ostende der Zerstörung entgangen waren, während die französischen und niederländischen Häfen lahmgelegt und noch besetzt waren, sowie andererseits die Bedeutung der industriellen, wirtschaftlichen und finanziellen Hilfe, die der belgische Kongo während des ganzen Krieges den Alliierten leistete; Belgien befand sich daher in einer unvergleichlich günstigeren Lage als die Niederlande, Frankreich, Italien und selbst Großbritannien, die den Vereinigten Staaten gegenüber stark verschuldet waren.

Durch umfangreiche Einfuhr von Verbrauchsgütern hat Belgien ziemlich schnell den Lebensstandard seiner Bevölkerung wiederherstellen und die sozialen Erschütterungen vermeiden können, zu denen es in anderen Ländern kam.

Die öffentlichen Stellen unternahmen beträchtliche Anstrengungen, um die dreifache Schlacht um Kohle, Produktion und Preise zu gewinnen. Kohle ist der einzige Rohstoff, den Belgien produziert und ausführen kann; um die Industrien wieder in Gang zu

setzen, mußte man die Steinkohlenproduktion so schnell wie möglich steigern.

Im Januar 1945 betrug die Kohlenproduktion nur 39,1 Prozent des Durchschnittes der Jahre 1936 bis 1938. Ende desselben Jahres 1945 hatte sich die Produktion auf 71,7 Prozent des Vorkriegsstandes erhöht. Die Tagesproduktion, die sich im Februar 1945 auf 23 000 Tonnen belief, erreichte am 28. Dezember des gleichen Jahres 80 000 Tonnen. Für die Industrie in ihrer Gesamtheit war der Index der Industrieproduktion von 22 Prozent (bezogen auf die Jahre 1936 bis 1938) im Mai 1945 auf 77 Prozent im Mai 1946 gestiegen. In der Textilindustrie überstieg die Leistung im Mai 1946 sogar die der Vorkriegsproduktion. Gleichzeitig wußte die Regierung die Arbeiterklasse zu wirklichen Opfern zu bewegen, um die Gestehungskosten in den Grenzen zu halten, die Belgien in den Stand versetzten, die ausländische Konkurrenz zu schlagen: die durch einen Gesetzesbeschluß vom 14. Mai 1946 gestoppten Löhne blieben etwas unter dem Niveau der Einzelhandelspreise, aber durch Familienzuschüsse, Sonderzuwendungen für Wohnungsausstattung und Leistungen der Sozialversicherung wurden den Arbeitern wesentliche Vorteile gewährt.

Wir erinnern nur an all diese Tatsachen, um eine annähernd genaue Vorstellung von der allgemeinen Entwicklung der belgischen Wirtschaft seit dem Jahre 1945 zu vermitteln. Im Juni 1946 hatte Belgien den Stand der Vollbeschäftigung so gut wie erreicht. In der Tat belief sich der Beschäftigungsgrad in der Gesamtheit der Unternehmungen auf 95,1 Prozent im Vergleich zu den Jahren 1936 bis 1938. Lord Beveridge und die meisten Wirtschaftswissenschaftler geben zu, daß Vollbeschäftigung das Verbleiben einer gewissen Arbeitslosigkeit nicht ausschließt, die saisonbedingt ist oder auf anderen vorübergehenden Ursachen beruht. Diese Art von Arbeitslosigkeit kann etwa 3 Prozent der Beschäftigtenzahl erreichen. Im Verlauf des Jahres 1947 war die Zahl der Arbeitslosen sogar niedriger als dieser Prozentsatz. Die durchschnittliche Arbeitslosenziffer betrug in der Tat nicht mehr als 2,6 Prozent der Gesamtzahl der Versicherten.

Dann trat ganz plötzlich eine völlige Umkehr der

Lage ein. Im Jahre 1948 belief sich die durchschnittliche Arbeitslosenziffer auf 4,7 Prozent der Versicherten. Die Zunahme war besonders stark während des Winters 1948/49.

Der Durchschnitt der erfaßten völlig Beschäftigungslosen sieht pro Tag folgendermaßen aus:

1946	—	48 035	1949	
1947	—	35 639	Juli	— 158 954
			August	— 154 011
1948	—	80 959	September	— 164 032
			Oktober	— 196 463
			November	— 210 403
			Dezember	— 202 116
1949			1950	
Januar	—	173 393	Januar	— 216 096
Februar	—	173 092	Februar	— 209 156
März	—	172 212	März	— 190 845
April	—	167 488		
Mai	—	158 445		
Juni	—	158 873		

Eine kürzlich vom Internationalen Arbeitsamt veröffentlichte Arbeit, „Der Kampf gegen die Arbeitslosigkeit“¹⁾, untersucht auf sehr gründliche und objektive Weise die Ursachen der Arbeitslosigkeit in Belgien. In dieser Arbeit wird darauf hingewiesen, daß in einem so industrialisierten Lande wie Belgien der Beschäftigungsstand eng mit dem internationalen Handel verknüpft ist.

„Nach dem zweiten Quartal des Jahres 1948 begannen die belgischen Ausfuhren durch eine Verengung der Märkte und eine wachsende Konkurrenz eine Einschränkung zu erfahren. Das Anwachsen der Industrieproduktion in anderen europäischen Ländern ermöglichte es diesen, in hohem Maße den Bedarf ihres Binnenmarktes selbst zu decken und Belgien auf den ausländischen Märkten Konkurrenz zu machen.“

Im übrigen veranlaßte die allgemeine Dollarknappheit in den meisten europäischen Ländern diese, den Import von belgischen Produkten zu vermeiden.

Mit Recht bemerkt das Internationale Arbeitsamt: „Auf Grund der internationalen Rolle ersten Ranges, die der Handel in der belgischen Wirtschaft spielt, führt jede wesentliche Verminderung der Ausfuhren zu einem radikalen Rückgang des Nationaleinkommens und der Beschäftigung.“

Folgende Aufstellung gibt eine annähernde Darstellung der relativen Bedeutung des Exportes für die Wirtschaft einiger Länder im Jahre 1948.

Aus dieser Aufstellung geht klar hervor, daß jeder wesentliche Rückgang der Ausfuhr für Belgien ernsthafte Folgen haben muß als für die anderen Länder. Die belgische Regierung war sich dessen durchaus bewußt und erklärte in einem Memorandum an den Generalsekretär der Vereinten Nationen im Jahre 1949, daß „die Aufrechterhaltung eines hohen Beschäftigungsstandes in einem im wesentlichen verarbeitenden und exportierenden Lande wie Belgien unter allen Umständen unmöglich sei ohne das Vorhandensein und den Ausbau ausgedehnter Handelsbeziehungen“.

tigungsstandes in einem im wesentlichen verarbeitenden und exportierenden Lande wie Belgien unter allen Umständen unmöglich sei ohne das Vorhandensein und den Ausbau ausgedehnter Handelsbeziehungen“.

Länder	Nationaleinkommen	Export in 1948	Prozentsatz der Exporte im Nationaleinkommen
Belgien (in Milliarden Franken)	243,9	74,0	30,3
Kanada (in Milliarden Dollar)	12,7	3,1	24,4
Norwegen (in Milliarden Kronen)	8,8	2,0	22,7
Niederlande (in Milliarden Gulden)	12,7	2,7	21,3
Großbritannien (in Milliarden Pfund)	9,8	1,6	16,3
Frankreich (1947) (in Milliarden Franken)	3178,0	213,0	6,7
Ver. Staaten (in Milliarden Dollar)	226,2	12,6	5,5

Leider hat man seit dem Zweiten Weltkrieg wenig Fortschritte auf dem Wege zur Freiheit des Handelsverkehrs gemacht, und Belgien ist zum großen Teil der Leidtragende. Man wird zum Beispiel feststellen, daß während des ersten Quartals des Jahres 1949, dem schlimmsten, was den Grad der Arbeitslosigkeit anbelangt, 37 Prozent des Durchschnitts der Arbeitslosen sechs Industriezweigen angehörten — Diamanten, Textilien, Bekleidungsindustrie, metallverarbeitende Industrie, Transportwesen und Dockarbeiter —, alles Industrien, deren Beschäftigungsgrad mit dem Umfang der Ausfuhren eng verknüpft ist. Das erneute Anwachsen der Arbeitslosigkeit ist auf zweierlei Weise vor sich gegangen: direkt auf Grund der absinkenden Produktion infolge einer verminderten Nachfrage im Ausland und indirekt durch eine drakonische Herabsetzung der Personalausgaben in Verbindung mit einer schärferen Rationalisierung der Unternehmen und stärkerer Verwendung von Maschinen.

So beruht also die bedeutende Arbeitslosigkeit, welche die belgische Öffentlichkeit so sehr beunruhigt, im wesentlichen auf zwei eng voneinander abhängigen Faktoren: auf der Schließung der ausländischen Märkte und der Herabsetzung der Produktionskosten. Wir stellen fest, daß diese beiden Faktoren eng miteinander verflochten sind, weil die belgischen Unternehmen, um ihre Gestehungskosten zu reduzieren und dadurch unter besseren Bedingungen mit dem Ausland konkurrieren zu können, besonders in der Textilindustrie vollkommenere Maschinen zu Hilfe genommen haben, die es ihnen ermöglichen, einen Teil der beschäftigten Arbeitskräfte einzusparen.

Es ist tatsächlich verblüffend festzustellen, daß die Produktion in Belgien weiterhin ansteigt, während die

¹⁾ Internationales Arbeitsamt: „La lutte contre le chômage“. Genf 1950, S. 24—30.

Arbeitslosigkeit zunimmt und bereits 13 Prozent der versicherten Arbeiter ausmacht. Es handelt sich nicht um eine „Wirtschaftskrise“ im klassischen Sinne des Wortes, begleitet von einer Verlangsamung der Geschäfte und einem Stillstand im Wirtschaftsleben. Folgende Tatsachen ermöglichen es uns, unsere Bemerkung zu verdeutlichen.

1. Die Produktions-Indices der wesentlichen Sektoren übersteigen diejenigen der Nachkriegszeit.

Indices der Produktion (1938 = 100)

Industrien	1948		1949	
	Juni	Dez.	Juni	Dez.
Steinkohle	93,0	99,0	95,4	104,4
Koks	96,8	115,5	96,2	93,7
Elektrizität	134,1	170,0	143,6	174,9
Rohstahl	119,0	188,0	167,1	162,3
Fertigstahl	137,7	203,9	182,0	160,2
Nicht-Eisenmetalle	78,4	86,0	80,2	88,9
Textilien	107,6	103,9	110,9	122,2
Papier	136,4	132,6	141,7	155,6

2. Der Eisenbahngüterverkehr (*Société Nationale des Chemins de Fer Belge*) ist unverändert geblieben. Das gleiche trifft für den Güterverkehr auf der Binnenschifffahrt zu.

3. Der Straßengüterverkehr ist im Wachsen begriffen: die Zahl der Kraftfahrzeuge im Dienst des Güterverkehrs ist von 110 732 im Jahre 1947 auf 130 811 im Jahre 1949 gestiegen, und im gleichen Zeitraum wurden die alten Fahrzeuge durch neue größere Fahrzeuge ersetzt.

4. Die Indices des Verkaufs an den Verbraucher in den großen Warenhäusern, den Filialgeschäften und den Konsumgenossenschaften zeigen, daß sich der laufende Verbrauch seit 1947 fühlbar erhöht hat: der Jahresdurchschnitt von 1949 war 432 (bezogen auf den Index 1936 bis 1938 = 100), während er für das Jahr 1947 356 betrug und 410 für das Jahr 1948.

Alle diese Indices beweisen, daß die Arbeitslosigkeit nicht gelegentlichen und vorübergehenden Faktoren zuzuschreiben ist, sondern tiefere Ursachen hat.

Ehe wir diese untersuchen, möchten wir die Lage in Belgien mit der anderer Länder vergleichen, indem wir immer wieder die Tatsachen zu Hilfe ziehen, die in dem Bericht des Internationalen Arbeitsamtes enthalten sind².

Deutschland hat ebenfalls eine hohe Arbeitslosenziffer zu verzeichnen. Diese ist eng verknüpft mit der Bevölkerungsbewegung, besonders mit der Einwanderung von acht Millionen Flüchtlingen nach der Bizone. Dieser Flüchtlingszustrom hat eine Desorganisation

der deutschen Wirtschaft zur Folge gehabt, die sich besonders in einer ungünstigen Arbeitsverteilung ausgewirkt hat. Es erübrigt sich meiner Meinung nach, näher auf ein Phänomen einzugehen, dessen Erscheinungen so offen zutage liegen.

In Italien ist die Arbeitslosigkeit vor allem eine Folge des Zusammenspiels zweier Faktoren: des Bevölkerungsüberschusses und des Kapitalmangels, besonders im Süden der Halbinsel. Nach der Untersuchung des Internationalen Arbeitsamtes gibt es in Italien mehr als 1 600 000 Arbeitslose, die landwirtschaftlichen Arbeiter nicht einbegriffen, die in äußerst unsicheren Verhältnissen leben.

Die Lage in Belgien kann in keiner Weise mit der Deutschlands und Italiens verglichen werden, um nur von den westlichen Nationen zu sprechen.

Bekanntlich unterscheiden die Wirtschaftswissenschaftler im allgemeinen vier Arten von Arbeitslosigkeit: 1) die ständige oder „normale“, 2) die kurzweilige oder „saisonbedingte“, 3) die mittelweilige oder „konjunkturbedingte“ und 4) die langweilige oder „strukturbedingte“ Arbeitslosigkeit³.

Belgien steht gegenwärtig vor dem Problem festzustellen, ob es sich ausschließlich um eine konjunkturbedingte, auf vorübergehenden Faktoren beruhende oder um eine strukturbedingte Arbeitslosigkeit handelt. Indessen läßt eine Untersuchung der gesamten Wirtschaftslage und der zunehmenden Steigerung der Industrieproduktion im besonderen erkennen, daß es sich um eine im wesentlichen strukturbedingte Arbeitslosigkeit handelt. Gewiß würden sehr viele Schwierigkeiten aufhören und eine große Zahl von Arbeitslosen würde wieder Arbeit finden, wenn das Ausland seine Türen für belgische Produkte weiter öffnete und wenn ein normaler Handelsverkehr aufgenommen oder wiederaufgenommen würde, beispielsweise zwischen den Ländern Westeuropas oder zwischen Westeuropa und dem amerikanischen Kontinent. Aber selbst wenn diese Hypothese, nach der alle wirklichen Europäer streben müssen, morgen Wirklichkeit würde, bliebe immer noch eine große Zahl von Arbeitslosen, die ihren alten Arbeitsplatz nicht wieder einnehmen können, sei es auf Grund der technischen Vervollkommenung, die ihre alten Betriebe inzwischen erfahren haben, oder sei es auf Grund der Tatsache, daß die Betriebe, denen sie angehörten, endgültig von den Weltmärkten ausgeschlossen bleiben.

Von Juni 1948 bis Juni 1949 hat sich das in der Gesamtheit der Unternehmen beschäftigte Personal, wie bereits festgestellt, um 5 Prozent verringert. Während des gleichen Zeitraumes hat sich der Produktionsindex nach den Berechnungen des Nationalinstituts für Statistik (*Institut National de Statistique*)

²) „La lutte contre le chômage“, S. 19 ff.

³) Manuel Saitzew, „Eine lange Welle der Arbeitslosigkeit“. München-Leipzig, Duncker und Humblot, 1932.

von 106 auf 115 und nach Angaben des Instituts für Wirtschaftsforschung der Universität Louvain (*L'Institut de Recherches économiques de l'Université de Louvain*), dessen Berechnungen sich auf den Zeitraum 1936 bis 1938 beziehen, von 96 auf 106 erhöht. Das bedeutet, daß sich die durchschnittliche Arbeitsleistung des beschäftigten Personals im Verlauf eines Jahres um mindestens 15 Prozent erhöht hat.

„Es würde niemandem einfallen zu behaupten, daß dieses Resultat ausschließlich auf gesteigerte Anstrengungen der Lohnempfänger zurückzuführen ist. Es muß anscheinend zwei wesentlichen Elementen zugeschrieben werden: einerseits der Tatsache, daß sich die Durchschnittsleistung der Beschäftigten verbessert hat, weil die Arbeitgeber bei geringerer Spannung auf dem Arbeitsmarkt zuerst die weniger geeigneten Arbeitskräfte entlassen haben, diejenigen, die die Wirtschaftswissenschaftler Grenzarbeiter nennen, andererseits, daß sich die neuen Einrichtungen, die, soweit verfügbar, angeschafft wurden, weiterhin günstig auf die Steigerung der durchschnittlichen Produktion auswirken.“⁴

Zweifellos dürfen wir uns nicht auf die amtlichen Arbeitslosenstatistiken versteifen, denn unter den amtlich erfaßten Arbeitslosen gibt es solche, die ungeeignet oder schwierig unterzubringen sind, sei es auf Grund ihres Alters oder einer physischen Unfähigkeit, sei es aus Mangel an einer beruflichen Qualifikation. Eine bessere Verteilung der verfügbaren Arbeitsplätze, eine besser entwickelte berufliche Lenkung und eine klügere Berufswahl beim Eintritt in das Berufsleben würden eine beträchtliche Zahl derjenigen Arbeitslosen ausschalten, die man zur Zeit als „ungeeignet“ betrachtet. Die Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände können mit den öffentlichen Aemtern zusammenarbeiten, um einen Teil dieser Arbeitslosen wieder an einen geeigneten Platz des Arbeitsprozesses zu stellen.

Bleiben also noch die 100 000 bis 150 000 „geeigneten“ Arbeitslosen, für die neue Arbeitsmöglichkeiten geschaffen werden müssen. Man denkt sogleich an die Organisation großer öffentlicher und privater Arbeiten, wie den Bau von Straßen, Brücken und Dämmen, den Wiederaufbau zerstörter Gebiete usw. Aber die Durchführung solcher Projekte scheitert oft an fast unüberwindlichen Hindernissen finanzieller Art. Gewöhnlich wartet man mit der Aufstellung solcher Pläne viel zu lange. Nicht wenn die Wirtschaft eine absteigende Tendenz zeigt, sondern in Zeiten des Wohlstandes und einer steigenden Konjunktur, wenn die Mittel zur Finanzierung durch Anleihen oder

Steuern verhältnismäßig leicht zu beschaffen sind, müßten die Behörden Pläne für öffentliche Arbeiten vorbereiten, die dann auszuführen sind, wenn die Beschäftigung abzunehmen scheint.

Der Bericht des Internationalen Arbeitsamtes gibt in dieser Richtung einen vernünftigen Rat:

„Da die Unstabilität der privaten Investitionen der Hauptgrund für die allgemeine Arbeitslosigkeit in den auf freiem Wettbewerb begründeten Wirtschaftssystemen ist, besteht das vornehmlichste Kampfmittel einer Vollbeschäftigungspolitik in solchen Wirtschaftssystemen in der Schaffung eines für Investitionen günstigen Zustandes, damit eine große Aktivität im privaten Sektor der Wirtschaft aufrechterhalten wird.“

Belgien hat einen Nationalfonds in Höhe von einer Milliarde Franken geschaffen, um die Darlehen sicherzustellen, die dazu bestimmt sind, die Schaffung neuer Industrien zu finanzieren. Es hat zugunsten kleiner und mittlerer Unternehmen die Schaffung von Instituten für Industrieforschung, Marktforschung und Statistik begünstigt. Auf dem öffentlichen Sektor wurden für den Bau von Wohnungen beträchtliche Summen ausgegeben, und im Verlauf der letzten Monate wurden auf Grund von Prämien, die vom Ministerium für Gesundheits- und Familienwesen genehmigt worden waren, mehrere Zehntausende kleiner Wohnungen gebaut. Trotz all dieser Maßnahmen, deren Umfang man nicht bestreiten kann, ist der Stand der Arbeitslosigkeit hoch geblieben.

Es wäre auch angebracht, einerseits die jungen Menschen bei ihrer Schulentlassung besser aufzuklären, um sie in einträgliche und keinen Krisen unterworfenen Berufszweige zu lenken, und andererseits an die Schaffung neuer Industrien zu denken, besonders kleinerer und mittlerer Unternehmen, die hochqualifizierte Arbeitskräfte beschäftigen und wenig Rohstoffe benötigen.

In ihren Auswirkungen sozialer Natur hat die Arbeitslosigkeit doch wirtschaftliche Ursachen. Sie ist das Ergebnis auch des geringsten Versagens im Wirtschaftssystem. Damit soll gesagt sein, wie vielfältig ihre Ursachen sind und wie komplex die Inangriffnahme einer systematischen Bekämpfung der Arbeitslosigkeit ist⁵.

Das Beispiel Belgiens, das nach dem Krieg eine Periode glänzenden, wenn auch nur kurzen Wohlstandes erlebt hat, ist in dieser Beziehung außerordentlich lehrreich für alle anderen Länder, die mit den gleichen Problemen fertigwerden müssen.

⁴) *Revue du travail*, April 1950, S. 359.

⁵) Charles Roger, „Pour une politique cohérente de l'emploi“, in der *Revue Nouvelle*, Brüssel, 15. Mai 1950, S. 481.

Coudenhoves Projekt einer Kontinentalföderation (Karls-Bund)

Bericht des Generalsekretärs R. Coudenhove-Kalergi an den IV. Europäischen Parlamentarier-Kongreß vom 18. bis 21. September 1950 in Konstanz

Unter den verschiedenen Gruppen der europäischen Einigungsbewegung geht nur die Pan-Europa-Bewegung des Grafen *Coudenhove-Kalergi* auf die Zeit vor dem Zweiten Weltkrieg zurück. Coudenhove begann seinen Propagandafeldzug für den Pan-Europa-Gedanken 1921. Sein Buch „Pan-Europa“ erschien 1923. 1925 fanden sich in den nationalen Sektionen der Pan-Europäischen Bewegung bereits die repräsentativen Namen der Zeit zwischen den beiden Weltkriegen: in Wien *Seipel* und *Renner*, in Prag *Benesch*, in Paris *Léon Blum*, *Herriot*, *Paul Boncour* und *Painlevé*, in Berlin *Paul Löbe*, *Josef Wirth* und *Konrad Adenauer*, in Brüssel *van Cauwelaert*, in Bukarest *Titulescu*, in Rom *Nitti*, in Athen *Politis*. Die Pan-Europäischen Kongresse von 1926 (Wien) und 1930 (Berlin) sind eng mit den Plänen *Briands* zur deutsch-französischen Verständigung und zur Schaffung der Vereinigten Staaten von Europa verflochten.

Der dritte Kongreß, der 1932 in Basel stattfand, wurde bereits von den nationalsozialistischen Wahlsiegen überschattet. 1933 wurde die deutsche Sektion der Pan-Europa-Bewegung verboten. Der vierte Kongreß fand im Mai 1935 in Wien unter dem Präsidium *Schuschnigg*s statt. Der Pan-Europa-Gedanke wurde nun Bestandteil des Ringens um die Erhaltung der Selbständigkeit Oesterreichs und stützte sich stark auf das Konzept einer Donau-Föderation. Nach dem Anschluß wurde das Büro der Pan-Europa-Bewegung nach Bern verlegt, 1940 ging Coudenhove nach New York, wo im März 1943 der fünfte Pan-Europa-Kongreß stattfand. Unter den Teilnehmern waren: *Hodza*, *Holsti*, *Schueler*, *Sophokles Venizelos*, *Paul van Zeeland*.

1946 nahm Coudenhove seinen Kampf in Europa von der Schweiz aus wieder auf. Er konzentrierte sich nun auf die Mobilisierung der Parlamentarier. Im November ging an alle Abgeordneten der freien europäischen Parlamente ein Fragebogen über ihre Haltung zu einer europäischen Föderation. 1720 Ja-Stimmen gegen 20 Nein waren das Ergebnis.

1947 wurde in Gstaad die Europäische Parlamentarier-Union (UPE — Union Parlementaire Européenne) gegründet. Auf ihren Kongressen von 1947 (Gstaad), 1948 (Interlaken) und 1949 (Venedig) kristallisierte sich der Pan-Europa-Gedanke Coudenhoves in eine dritte, den Zeitumständen angepaßte Form, die er selbst als das Projekt des „Karls-Bundes“ bezeichnet und über die der hier im Wortlaut wiedergegebene Bericht an die vierte Europäische Parlamentarier-Konferenz im einzelnen Aufschluß gibt.

Co.

Ein Jahr ist vergangen seit unserm Kongreß von Venedig. Dieser Kongreß war ein Siegesfest: der Gedanke einer von den nationalen Parlamenten gewählten Europa-Versammlung, von unserm Gstaader Kongreß 1947 vorgeschlagen, hatte sich in zwei Jahren durchgesetzt. Die erste Tagung dieser Europa-Versammlung hatte durch ihre Entschlossenheit die Welt beeindruckt und uns mit hoffnungsvollem Stolz erfüllt.

Zwölf Monate sind seither vergangen. Der Europarat hat die großen Hoffnungen enttäuscht, die er geweckt hatte. Was uns heute besorgt, ist nicht die Zukunft des Europarates, sondern das Schicksal Europas.

Seit unserm Kongreß in Venedig haben vier entscheidende Ereignisse den Charakter der Europafrage gewandelt:

- die Niederlage der föderalistischen Idee in Straßburg;
- die Unterzeichnung des Atlantikpaktes;
- der Koreakrieg;
- der Schuman-Plan.

Wie Sie wissen, verdankt der Europarat seine Entstehung einem englisch-französischen Kompromiß, der eine ohnmächtige Versammlung unter die Vormundschaft eines Ministerkomitees stellt, dessen Beschlüsse Einstimmigkeit erfordern. Der Europarat befindet sich nun in einer Sackgasse: ein Konflikt ist ausgebrochen zwischen dem Ministerkomitee und der Versammlung, die gelähmt ist durch den Gegensatz zwischen Föderalisten und Anti-Föderalisten.

Zwei Hindernisse sperren den Weg zu jeder Reform des Europarates: erstens der Grundsatz der Zweidrittelmehrheit der Versammlung, der es einer antiföderalistischen Minderheit ermöglicht, jede föderalistische Resolution zu blockieren; zweitens das Prinzip der Einstimmigkeit im Ministerkomitee, das es jedem einzelnen der anwesenden Minister gestattet, jeden Reformvorschlag zum Scheitern zu bringen.

Die tiefere Ursache dieser tragischen Situation ist die grundsätzliche Meinungsverschiedenheit zwischen Frank-

reich und Großbritannien über die Frage des europäischen Zusammenschlusses.

Seit sechs Jahrhunderten ist Frankreich das Piemont Europas: von den Tagen von Pierre Dubois, Sullys und des Abbé de Saint-Pierre, bis zu den Initiativen Aristide Briands, Georges Bidaults und Robert Schumans. Durch die Schaffung eines Europarates hat Frankreich versucht, endlich seinen alten Traum eines einigen Europas zu verwirklichen, einen Traum, der den Lebensinteressen der französischen Nation entspricht. Denn die Sicherheit Frankreichs hängt ab von seinen Beziehungen zu Deutschland. Nur ein europäischer Bundesstaat ist in der Lage, die Gefahr eines neuen deutsch-französischen Krieges zu beschwören. Ein Staatenbund kann dies nicht. Nach den Erfahrungen von 1914 und 1940 wird Frankreichs öffentliche Meinung eine Wiedergeburt der deutschen Armee nicht zulassen, selbst wenn diese Armee unter Kontrolle des Europarates mit Frankreich verbündet wäre. Andererseits ist eine ehrliche und dauernde Versöhnung zwischen Frankreich und Deutschland nur möglich auf Grund der Gleichberechtigung. Ohne Gleichberechtigung wäre jede Versöhnung nichts als Heuchelei und jede Zusammenarbeit nur vorübergehend: sie würde den Tag nicht überleben, an dem die Russen den Deutschen eine neue Teilung Polens anbieten, begleitet von der Deportation der polnischen Bevölkerung nach Sibirien, als Ausgangspunkt eines neuen Dreibundes Berlin—Moskau—Peking.

Aus diesem Grunde ist jede Formel einer deutsch-französischen Union, Gemeinschaft, Allianz oder Zusammenarbeit unzulänglich. Der Friede zwischen diesen beiden Völkern kann nur gesichert werden durch einen Bundesstaat unter einer gemeinsamen Verfassung und einer Bundesregierung, gestützt auf eine einheitliche Armee, Wirtschaft und Währung.

Dies ist die einzige Formel, die imstande ist, Deutsche und Italiener vor dem tragischen Schicksal zu bewahren, Satelliten und Sklaven Moskaus zu werden. Darum sind Rom und Bonn bereit, die französische Politik eines europäischen Bundesstaates mit all ihren Kräften zu unterstützen.

Von London aus hat die europäische Frage ein anderes Gesicht. England ist ein Teil von drei Staatengruppen: dem Commonwealth, der angelsächsischen Gemeinschaft und Europas; durch seine Geschichte gebunden an das Commonwealth, durch seine Sprache an die Vereinigten Staaten von Amerika und durch die Geographie an Europa. Die britische Politik beruht auf dem Gleichgewicht zwischen diesen drei Beziehungen: sie will keine zugunsten der andern opfern; sie ist entschlossen, britisch zu bleiben, angelsächsisch und europäisch, ohne wählen zu müssen.

Diese dreifache Bindung erklärt die britische Politik, die nur die logische Konsequenz ihrer Sonderstellung ist. Sie will ihre Gemeinschaft mit Europa ausbauen, soweit diese nicht intimer wird als ihre Gemeinschaft mit Indien und den Vereinigten Staaten. Darum lehnt sie die Idee eines europäischen Parlamentes ab, ebenso wie sie den Gedanken eines Parlamentes des Commonwealth oder der englischsprechenden Staaten zurückweist. Denn England will weder von Europäern majorisiert werden noch von Indern noch von Amerikanern. Aus dem gleichen

Grund lehnt es konstitutionelle Bindungen ab mit dem Commonwealth, mit Amerika und mit Europa.

England will seine volle Souveränität aufrechterhalten und zugleich enge Beziehungen pflegen mit seinen Dominions, mit Amerika und mit Europa. Darum wünscht es aufrichtig eine Europäische Union, während es gleichzeitig den Gedanken ablehnt, an den Kontinent durch eine Verfassung gebunden zu sein und durch eine Bundesregierung. Diese Haltung erklärt sich auch dadurch, daß dem Durchschnittsengländer der Aermelkanal breiter erscheint als der Atlantik, weil er über den Ozean hinweg englisch sprechen kann und über den Aermelkanal nicht. Ein Volk, das durch Generationen Herr der Meere war, betrachtet den Ozean nicht als Abgrund, der die Kontinente trennt, sondern als große Brücke, die sie verbindet.

Aus diesen politischen und psychologischen Gründen ist es für Großbritannien unmöglich, sich an einem europäischen Bundesstaat zu beteiligen. Diese nationale Politik entspricht der Einstellung der großen Mehrheit des englischen Volkes. Die britische Außenpolitik steht über den Parteikämpfen; eines Tages wird *Eden* die Politik *Bevins* fortsetzen, ebenso wie *Bevin* die seine fortgesetzt hat! Wer eine Änderung der britischen Außenpolitik im Gefolge eines Regierungswechsels erwartet, lebt in Illusionen. Die Europäer sollten sich lieber bemühen, diese englische Haltung zu verstehen, statt sie zu kritisieren, denn sie entspricht genau der internationalen Lage Großbritanniens: sie ist logisch und unanfechtbar. Denn es ist unmöglich, an eine Lösung der europäischen Frage zu denken, ohne den britischen Standpunkt zu verstehen.

Die letzte Tagung der Europaversammlung hat viel dazu beigetragen, die Atmosphäre zu klären. Es hat sich dort erwiesen, daß gewisse europäische Staaten jetzt schon bereit wären, einen Bundesstaat zu bilden, während andere auf ihrer uneingeschränkten Souveränität bestehen. Es gibt vor allem eine bedeutsame Gruppe föderalistisch eingestellter Staaten im Herzen Europas: Frankreich, Deutschland, Italien, die drei Länder des Benelux und die Saar, mit 156 Millionen Europäern und 60 Millionen Afrikanern auf einem Gebiet von 15 Millionen Quadratkilometer. Ein Bundesstaat, der diese sieben Staaten umfaßt, hätte eine größere Bevölkerungszahl und ein größeres Bundesgebiet als die Vereinigten Staaten von Amerika. Ein solcher Bund wäre in der Lage, der Welt den Frieden zu sichern und seinen Bürgern die persönliche Freiheit sowie einen unvergleichlichen Wohlstand zu schaffen.

Noch ist diese Gruppe anonym, denn wir verwerfen die lächerlichen und künstlichen Namen wie „Finebela“ oder „Afritalux“. Um ihr einen würdigen Namen zu geben, wollen wir lieber die Erinnerung an *Karl den Großen* wachrufen, der Franzosen, Deutsche und Italiener zu einem einzigen Reich vereinigt hat und dadurch, nach der Völkerwanderung, den Grundstein gelegt hat zu unserm heutigen Europa: Französischer König, römischer Kaiser und germanischer Held. Wenn aus irgendwelchen Gründen die Erinnerung an diesen großen Europäer der öffentlichen Meinung nicht zusagt, könnte diese Gruppe ebensogut „Vereinigte Staaten von Europa“ heißen; denn auch die 13 amerikanischen Kolonien haben den Namen

„Vereinigte Staaten von Amerika“ angenommen, als ihr Gebiet nur einen kleinen Teil des amerikanischen Kontinentes umfaßte.

Dieser Bundesstaat wäre gedacht als Kern eines großen Bundes. Der Beitritt wäre allen freien Staaten Europas offen: So wäre er für Europa, was die drei Urkantone für die Schweiz waren. Durch die Schaffung dieses regionalen Karls-Bundes würde die Bedeutung des Europarates nicht verringert, sondern verstärkt. Denn er würde zum Bindeglied werden zwischen den föderierten und den nichtföderierten Staaten Europas, das heißt, zwischen dem Kontinent, den Britischen Inseln und Skandinavien.

Die neue Welt hat dem Kontinent und Großbritannien ein großes Beispiel gegeben in der Freundschaft zwischen den Vereinigten Staaten und Kanada. Ihre Beziehungen reichen zurück in die Tage der Unabhängigkeitserklärung, als die 13 Kolonien einen Sitz offen ließen für die vierzehnte Kolonie, die sich ihrer Revolution nicht anschließen wollte: für Kanada. Seither sind mehr als anderthalb Jahrhunderte vorübergegangen, ohne daß Kanada jemals versucht hätte, diesen leeren Sitz einzunehmen. Andererseits sind die politischen, wirtschaftlichen und militärischen Beziehungen zwischen diesen beiden Nachbarn so eng geworden, daß ein Krieg zwischen ihnen undenkbar ist. Die moralische Einheit Nordamerikas ist in der Weltpolitik ein Faktor erster Ordnung geworden, ohne daß Kanada sich den Vereinigten Staaten formell angeschlossen hätte. Hätten die Vereinigten Staaten von Amerika beschlossen, die Gründung ihres Bundes hinauszuschieben bis zum Anschluß Kanadas, so wären sie niemals entstanden. Aber die Amerikaner zogen einen verstümmelten Bundesstaat der Desorganisation ihres Kontinentes vor, und die Geschichte hat ihnen recht gegeben.

Das eindrucksvollste Argument gegen eine kontinentale Föderation ist, daß sie früher oder später von Deutschland beherrscht werden würde. Denn nach seiner notwendigen Vereinigung wird Deutschland mit 70 Millionen den 48 Millionen Italienern und 42 Millionen Franzosen gegenüberstehen. Dieses Argument wäre entscheidend, wenn es sich hier um einen Staatenbund handelte. Denn in einem Staatenbund würde wahrscheinlich die stärkste Macht die führende Rolle spielen.

Dieses neue Argument spricht für eine bundesstaatliche Lösung, denn nur diese könnte, wie das Schweizer Beispiel zeigt, allen nationalen Rivalitäten ein Ende setzen. In der Schweiz gibt es eine starke deutschsprachige Mehrheit von 72 Prozent gegenüber den Minderheiten der romanischen Schweiz. Aber diese alemannische Mehrheit ist praktisch bedeutungslos, da sie sich nie auf politischem, wirtschaftlichem und sozialem Gebiet auswirkt. Im Berner Parlament gibt es wohl ideologische Gegensätze, aber keinen Gegensatz zwischen der alemannischen und der romanischen Schweiz.

In der Schweiz handelt es sich um eine germanische Mehrheit. Im Karls-Bund hingegen wäre das germanische Element stets eine Minderheit. Diese deutsche Minderheit wird eine wichtige Rolle auf kulturellem Gebiet spielen, aber weder im sozialen noch im wirtschaftlichen oder politischen Leben. Denn im europäischen Parlament werden die Parteikämpfe keinen nationalen Charakter

tragen. Es wird keine „deutsche Partei“ geben, keine „französische“ und keine „italienische“, wohl aber eine einzige Partei christlicher Prägung, eine sozialistische, eine kommunistische und eine liberale Partei. Die Deutschen werden niemals geschlossen stimmen, sondern je nach den Grundsätzen der ideologischen Gruppe, der sie angehören. Diesem Parlament würde eine übernationale Regierung vorstehen, gestützt auf eine europäische Armee und Wirtschaft. Ein solches System würde vollständig und endgültig jede Gefahr einer nationalen Hegemonie bannen.

Der Abschluß des Atlantikpaktes erleichtert die Bildung eines kontinentalen Bundesstaates wesentlich, denn für die Britischen Inseln hat dieser Pakt dem jahrhundertalten Albtraum eines gegen sie geeinten Kontinentes, von den Tagen *Philipps II.* bis zu denen *Adolf Hitlers*, ein Ende gesetzt. Endlich sind durch den Atlantikpakt die kontinentalen Staaten Verbündete Englands geworden, unter der Garantie der Vereinigten Staaten von Amerika.

Eine der ersten Folgen dieser großen Wandlung hat sich auf der letzten Europaversammlung gezeigt, als einzelne britische Delegierte erklärten, daß Großbritannien nichts gegen den Abschluß einer kontinentalen Föderation einzuwenden hätte. Diese Männer haben begriffen, daß ein neues Kapitel der Weltgeschichte begonnen hat, daß es im nationalen Interesse Großbritanniens liegt, zwischen sich und der Sowjetwelt eine befreundete und verbündete Großmacht eingeschoben zu sehen, die aus eigener Kraft und mit Amerikas Unterstützung die Küsten des Aermelkanals schützen würde gegen Invasionen und Angriffe.

Eine andere Folge des Atlantikpaktes ist, daß die Idee Europas als dritte Kraft zwischen Amerika und Rußland endgültig begraben ist. In Zukunft gibt es nur zwei Weltmächte: die Atlantische und die Russisch-Chinesische Union.

Die Völker des Abendlandes sind sich bewußt geworden, daß sie einer gemeinsamen Gefahr gegenüberstehen, sie entsinnen sich endlich der gemeinsamen Wurzeln ihrer Kultur: der griechischen Idee der freien Persönlichkeit und der christlichen Idee der menschlichen Brüderlichkeit. So ist der Atlantische Ozean das Mittelmeer unserer Tage. Diese Atlantische Union wird bald vervollständigt werden durch den Beitritt der Nationen Latein-Amerikas und Afrikas.

Die Zusammenarbeit zwischen Europa und Amerika sollte auf den Grundlagen der Gleichberechtigung und des Gleichgewichts ruhen. Ein geeintes Amerika, zusammengeschlossen mit uneinigen europäischen Staaten, würde diese zu Satelliten stempeln. Und es ist undenkbar, daß diese Völker gleichzeitig Freunde Amerikas wären und dessen Satelliten. Nur ein starkes und einiges Europa, verbunden mit Amerika in voller Gleichberechtigung, wäre in Krieg und Frieden dessen Freund und Verbündeter.

Es ist heute unmöglich vorauszusagen, ob die Atlantische Union sich zu einem Zweibund Eurafrika — Panamerika entwickeln wird oder zu einem Dreibund Europa — Amerika — Commonwealth. Tritt dies letztere ein, so wäre das Commonwealth die Brücke zwischen den beiden Kontinenten, mit Großbritannien und Kanada

als Brückenköpfen. Auf jeden Fall ist heute die Union Kontinentaleuropas mit Großbritannien durch den Atlantikpakt und den Europarat gesichert. Hier ist der Ausgangspunkt der gegenseitigen Beziehungen.

Ist erst der Karls-Bund gegründet, so würde England eine Kompromißformel finden, die es ihm gestattet, dem Bunde angeschlossen zu sein, ohne ihm anzugehören. Der Genius Britanniens ist ein Genie des Kompromisses: er hat einen Kompromiß gefunden zwischen Protestantismus und Katholizismus, zwischen Monarchie und Republik. Er wird zweifelsohne eine paradoxe Formel finden, die es Großbritannien ermöglicht, zugleich eine europäische Macht zu sein und eine nichteuropäische.

Während Europa über die Form seiner Einigung debattiert, ist der Krieg zwischen den beiden Welten in Korea ausgebrochen. Die großzügige und heroische Hilfe, die Amerika dem überfallenen Südkorea gebracht hat, hat das Weltbild verwandelt und vielleicht die unmittelbare Gefahr eines Weltkrieges abgewendet. Denn von nun ab ist es sicher, daß Amerika jedem europäischen Staat zu Hilfe käme, der Opfer eines Angriffs würde; daß jeder Angreifer automatisch in einen Krieg mit den Vereinigten Staaten von Amerika verwickelt wäre.

Aus der Vergangenheit und aus dem Charakter *Stalins* läßt sich schließen, daß er dieses Risiko kaum auf sich nimmt. Denn Stalin ist weder ein Hasardeur noch ein Besessener. Er ist ein weiser Staatsmann, umsichtig und vorsichtig. Er hat alle Aussicht, seine große Regierungszeit in einer Atmosphäre unantastbarer Macht zu beschließen und unvergleichlichen Ruhmes — unter der Bedingung, daß er den Krieg mit Amerika vermeidet. Denn dieser Krieg würde zweifellos, nach vorübergehenden russischen Erfolgen, mit der Verwüstung Rußlands enden, dem Sturz des Bolschewismus und dem tragischen Tode *Stalins*.

Ein Mann von *Stalins* Klugheit wird einen solchen Wahnsinn nicht begehen. Er hat China erobert, ohne einen Krieg zu riskieren. Er wird versuchen, dieses Meisterstück in Indien und in Europa zu wiederholen. Aber seine Haltung nach der amerikanischen Intervention in Korea muß uns über die Kriegsgefahr beruhigen. Denn Stalin scheint sich durchaus klar zu sein über die verhängnisvollen Konsequenzen eines Krieges mit Amerika, den er nicht riskieren will. Andererseits steht er jenseits von allen Prestigefragen, die so viele Staatsmänner in Kriege gestürzt haben. Geschützt durch den Eisernen Vorhang gegen ausländische Propaganda, ist er in der Lage, in den Augen seiner Untertanen jede diplomatische Niederlage in ein Opfer auf dem Altar des Friedens zu verwandeln und in einen Sieg des Sowjetpazifismus.

Ein Präventivkrieg oder ein Angriff von seiten Amerikas ist unvorstellbar.

So sind die Chancen groß, daß der dritte Weltkrieg vermieden werden kann — solange Stalin lebt. Darum ist *Stalins* Tod die große Gefahr, die über der Zukunft Europas schwebt. Wenn sein Nachfolger ehrgeiziger ist als er und weniger weise; wenn er sich gedrängt fühlt, sein Regime durch Eroberungen zu befestigen; wenn er versucht sein sollte, den Ruhm *Lenins* und *Stalins* zu überschatten; wenn er von Natur impulsiv ist oder überspannt — dann ist die Weltkriegsgefahr akut.

Darum muß Europa auf alles gefaßt sein und rechtzeitig als sicherste Garantie eines Dauerfriedens eine unbesiegbare Militärmacht ausbauen, und es muß sich sofort zusammenschließen, um bereit zu sein für die kommende Schicksalsstunde.

In diesem dunkeln Bild leuchtet eine Hoffnung: der Schuman-Plan. Diese neue französische Initiative verspricht, der Ausgangspunkt zu werden für den Europäischen Bundesstaat.

Der Weg zu den Vereinigten Staaten von Europa, der durch das Statut des Europarates blockiert war, wurde durch den Schuman-Plan wieder freigelegt. Denn dieser Plan fordert, wenn auch auf beschränktem Gebiet, ein wirkliches Bundessystem: mit einer internationalen Exekutive, unter parlamentarischer Kontrolle und mit einem Obersten Gerichtshof. Wesentlich ist, daß die sechs Teilnehmerstaaten das Prinzip der Uebertragung nationaler Souveränitätsrechte an eine internationale Hohe Behörde anerkannt haben.

Wird der Schuman-Plan verwirklicht, so ist die Bahn frei für eine Föderation der Teilnehmerstaaten. Denn das Bundesprinzip kann unmöglich beschränkt bleiben auf Kohle und Erz. Diese Probleme werden Lohn- und Preisfragen aufrollen, landwirtschaftliche und Währungsprobleme, und schließlich politische, soziale und militärische Fragen. So ist der Schuman-Plan bestimmt, sich zum Karls-Bund zu entwickeln und zum Kern der Vereinigten Staaten von Europa.

Wenn wir mit all unsern Kräften mitarbeiten an der Verwirklichung des Schuman-Plans, mit all seinen Konsequenzen, dann werden wir in naher Zukunft unser großes Ziel erreichen: den Europäischen Bundesstaat.

Dieses Programm stellt uns vor eine doppelte Aufgabe:

1. den Europarat zu verstärken durch Mehrheitsbeschlüsse der nationalen Parlamente zur Durchsetzung der Resolution der Europäischen Konsultativ-Versammlung;
2. eine kontinentale Föderation vorzubereiten auf Grund des Schuman-Planes, mit Großbritannien eng verbunden im Rahmen des Europarates und des Atlantikpaktes.

Um dieses Programm durchzuführen, brauchen wir die Unterstützung parlamentarischer Majoritäten. Dies fordert eine Reorganisation der Europäischen Parlamentarier-Union. Denn unsere gegenwärtige Organisation stammt aus den Jahren vor dem Europarat. Seitdem sie entscheidend an dessen Verwirklichung mitgewirkt hat, ist sie über ihre alte Organisationsform hinausgewachsen. Heute handelt es sich darum, unser radikales Föderationsprogramm durchzusetzen, das seinen Niederschlag gefunden hat im Interlakener-Plan.

Seit unsere britischen Freunde keinen Zweifel darüber lassen, daß sie weder den Wunsch noch die Möglichkeit haben, an einer europäischen Föderation teilzunehmen, sind wir gezwungen, die Vereinigten Staaten von Europa auf neuer Grundlage zu errichten. Der Schuman-Plan gibt uns die Gewißheit, daß dieses Ziel nicht utopisch ist.

Schreiten wir also voran, mit Mut und Entschlossenheit, auf daß Konstanz eine entscheidende Etappe werde auf dem Weg zu den Vereinigten Staaten von Europa!

Die Ereignisse in Europa

Bulgarien

23. September: Eine Regierungsdelegation der Deutschen Demokratischen Republik unter Führung des stellvertretenden Ministerpräsidenten *Walter Ulbricht* trifft nach Abschluß ihres Staatsbesuches in Rumänien in Sofia ein. Am 25. September wird die Unterzeichnung einer gemeinsamen Deklaration bekanntgegeben, in der die beiden Regierungen für die Unterstützung der Politik der Sowjetunion eintreten und die Verhinderung der Remilitarisierung Westdeutschlands als ihre gemeinsame Aufgabe bezeichnen.

Dänemark

17. September: Ministerpräsident *Hans Hedtoft* gibt eine Umbildung der Regierung bekannt. Die neuen Minister sind: Handelsminister *H. C. Hansen* (bisher Finanzminister), Finanzminister: *Viggo Kampmann*, Landwirtschaftsminister: *Carl Petersen* (bisher Verkehrsminister), Verkehrsminister: *Frede Nielsen* (bisher Kultusminister), Kultusminister: *Frau Bodil Koch*.

Deutschland

16. September: Der Vorsitzende der Sozialdemokratischen Partei (SPD), *Dr. Kurt Schumacher*, erklärt vor Funktionären der SPD Württemberg-Badens, seine Partei werde gegen jede Aufrüstung eintreten, die vom deutschen Volke abgelehnt werde. Grundsätzlich könne man jedoch den Gedanken an eine Remilitarisierung Westdeutschlands nicht zurückweisen. Die Alliierten müßten bei der Abwehr eines sowjetischen Angriffs das gleiche Risiko übernehmen. Zur Frage des Schuman-Planes erklärt *Dr. Schumacher*, er werde den Plan ablehnen, wenn er den Ansprüchen der arbeitenden Massen nicht gerecht werde.

Der Beirat des Deutschen Bundes, der Dachorganisation der Flüchtlinge aus der sowjetischen Besatzungszone, wählte Ministerialrat *Helmut Radmann* zum neuen Vorsitzenden.

Am zweiten Tage des 5. Parteitages der Christlich-Demokratischen Union (CDU) in der sowjetischen Besatzungszone erklärt der Generalsekretär, *Götting*, jeder wahre Christ müsse heute im Lager des Friedens stehen, das unter Führung der Sowjetunion ein festes Bollwerk sei. Am 17. September wird *Otto Nuschke* erneut zum ersten Vorsitzenden gewählt und zu Mitgliedern des Politischen Ausschusses unter anderen die Minister *Georg Dertinger* und *Luitpold Steidle* sowie Staatssekretär *Bachem*.

18. September: Auf Einladung des Bundesministers für gesamtdeutsche Fragen, *Jakob Kaiser*, werden auf einer Konferenz mit Vertretern der Parteien und Verbände Maßnahmen im Kampf gegen den Kommunismus besprochen. Der Minister weist auf die Notwendigkeit eines gemeinsamen Kampfes aller demokratischen Kräfte gegen den Kommunismus hin.

In Bonn wird eine Denkschrift der SPD zu den Wahlen in der sowjetischen Besatzungszone am 15. Oktober veröffentlicht. Darin heißt es, den Einheitswahlen fehle jede verfassungsrechtliche Grundlage, und jedes für die Sozialistische Einheitspartei (SED) ungünstige Ergebnis werde durch Wahlfälschungen von vorneherein unmöglich gemacht.

In Konstanz eröffnet der belgische Abgeordnete *Georges Bohy* (Sozialist) den 4. Europäischen Parlamentarier-Kongreß und fordert größere Unabhängigkeit der Abgeordneten des Straßburger Parlaments von ihren Regierungen. Der Generalsekretär, *Graf Richard Coudenhove-Kalergi*, erklärt, vier Ereignisse hätten den Charakter des Europarates gewandelt. (Vgl. den Wortlaut auf S. 3453) Der Labour-Abgeordnete *Emery Hughes* teilt in einem Schreiben seinen Rücktritt als Vizepräsident mit. Er sei der Meinung, die Mitglieder der Labour Party im britischen Parlament wünschten nicht mehr der Europäischen Parlamentarier-Union anzugehören. Am 20. September fordert der Kongreß in einer Resolution die Errichtung der Vereinigten Staaten von Europa bis spätestens 1952. Ferner spricht sich der Kongreß für die Schaffung eines den Vereinten Nationen angegliederten europäischen Flüchtlingsamtes aus. Der Kongreß endete am 21. September.

Der Parteivorstand der Kommunistischen Partei (KPD) gibt in Düsseldorf bekannt, daß in Homberg bei Duisburg von 1200 Abgeordneten des vorbereitenden Komitees für die deutsch-sowjetische Freundschaft eine Gesellschaft für deutsch-sowjetische Freundschaft gegründet worden sei.

Das Informationsamt der Deutschen Demokratischen Republik beschuldigt die Bundesregierung und die Westmächte, Pläne zur Sabotage des Fünfjahresplanes und der Versorgung der Bevölkerung ausgearbeitet zu haben. Der Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen, *Jakob Kaiser*, erklärt hierzu, diese Veröffentlichung zeige die innere Schwäche des kommunistischen Systems in der sowjetischen Besatzungszone.

19. September: Die Bundesregierung beschließt in einer außerordentlichen Kabinettsitzung, Maßnahmen zur Entfernung von Anhängern rechtsradikaler und kommunistischer Organisationen aus dem Bundesdienst zu ergreifen. Bundesinnenminister Dr. Gustav Heine-mann teilt den Beschluß der Bundesregierung mit, in welchem die Unterstützung folgender Organisationen als mit den Dienstpflichten unvereinbar bezeichnet wird: 1. Kommunistische Partei mit allen Organisationen; 2. Sozialdemokratische Aktion; 3. Freie Deutsche Jugend; 4. Vereinigung der Sowjetfreunde; 5. Gesellschaft zum Studium der Sowjetkultur; 6. Kulturbund zur demokratischen Erneuerung Deutschlands; 7. Gesamtdeutscher Arbeitskreis für Land- und Forstwirtschaft; 8. Komitee der Kämpfer für den Frieden; 9. Komitee der jungen Friedenskämpfer; 10. Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes; 11. Sozialistische Reichspartei (SRP); 12. Schwarze Front (Otto-Strasser-Bewegung); 13. Nationale Front (Dachorganisation).

20. September: Vizekanzler Franz Blücher gibt der Presse eine Erklärung der Bundesregierung zu den Beschlüssen der New Yorker Außenministerkonferenz bekannt. Darin heißt es, die Bundesregierung begrüße das Deutschland-Kommuniqué und besonders den Geist dieser Verlautbarung. Mit Genugtuung habe die Bundesregierung davon Kenntnis genommen, daß die Alliierten die Beendigung des Kriegszustandes mit Deutschland herbeizuführen wünschten.

Bundeskanzler Dr. Konrad Adenauer erklärt in Bonn, die Sicherheitsgarantie der Westmächte für die Bundesrepublik gelte auch gegenüber einem Angriff der Volkspolizei. Am 21. September erklärt der amerikanische Hohe Kommissar, John J. McCloy, nach seiner Rückkehr aus den Vereinigten Staaten, daß ein Angriff der Volkspolizei auf die Bundesrepublik unter die Sicherheitsgarantie der Westmächte falle.

21. September: Im Bundestag übt der Abgeordnete Dr. Gerhard Lütken (SPD) Kritik an öffentlichen Äußerungen von Bundesministern zu außenpolitischen Problemen. Bundeskanzler Dr. Adenauer erklärt dazu, daß er nicht Vorgesetzter der Minister sei, sich jedoch darum bemühen wolle, daß außenpolitische Entgleisungen nicht mehr vorkämen. Auf Antrag von Bundeskanzler Dr. Adenauer wird die Abstimmung über den Mißtrauensantrag der Bayernpartei gegen Bundesfinanzminister Fritz Schäffer von der Tagesordnung abgesetzt.

Ministerpräsident Karl Arnold stellt dem Landtag von Nordrhein-Westfalen sein neues Kabinett vor. In seiner Regierungserklärung betont er, daß die Landesregierung an der Gesetzgebung und Verwaltung des Bundes mitarbeiten und die Bundesregierung in ihrem Bestreben, europäische Lösungen zu finden, unterstützen werde. Am 22. September lehnt der Landtag einen Mißtrauensantrag der Freien Demokratischen Partei (FDP) gegen die Regierung mit den Stimmen der CDU und des Zentrums gegen die Stimmen der FDP bei Stimmenthaltung der SPD und KPD ab.

22. September: Der Leiter der Deutschlandabteilung im britischen Außenministerium, Lord Henderson, trifft

mit Bundeskanzler Dr. Adenauer zu einer Unterredung zusammen, an der auch der stellvertretende britische Hohe Kommissar, Christopher Steel, Bundesfinanzminister Fritz Schäffer, der Fraktionsvorsitzende der CDU/CSU, Dr. Heinrich von Brentano, und der Leiter der Dienststelle für auswärtige Angelegenheiten, Dr. Herbert Blankenhorn, teilnehmen. Ferner trifft Lord Henderson mit dem Vorsitzenden der SPD, Dr. Kurt Schumacher, zu einer Besprechung zusammen, in deren Mittelpunkt das Deutschland-Kommuniqué der Außenminister steht.

23. September: Die drei Hohen Kommissare geben Bundeskanzler Dr. Adenauer in Begleitung von Bundeswirtschaftsminister Ludwig Erhard und Ministerialdirigent Herbert Blankenhorn Erläuterungen zu den Beschlüssen der New Yorker Außenministerkonferenz. Im Anschluß an die Konferenz gibt der französische Hohe Kommissar, François Poncet, auf einer Pressekonferenz bekannt, daß fünf deutsch-alliierte Kommissionen ein neues Petersberger Abkommen ausarbeiten sollen.

Der Wahlausschuß der Deutschen Demokratischen Republik billigt unter Vorsitz des Wahlleiters, Innenminister Karl Steinhoff (SED), einstimmig den Wahlvorschlag der Nationalen Front für die Wahlen am 15. Oktober 1950.

Angehörige der Freien Deutschen Jugend (FDJ) stören die Ansprache des Bundespräsidenten Theodor Heuß auf der Schlußkundgebung des Jugendtages der Bergbaugewerkschaft in Bochum.

Unter Vorsitz von Graf Richard Coudenhove-Kalergi wird in Konstanz ein Pan-Europa-Komitee gegründet, zu dessen Präsidenten der Oberbürgermeister von Konstanz, Franz Knapp, gewählt wird.

24. September: Der Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen, Jakob Kaiser, eröffnet in Berlin den ersten Exilparteitag der CDU in der sowjetischen Besatzungszone und erklärt, der Parteitag solle zur engsten Zusammenfassung aller Widerstandskräfte für die CDU in der Ostzone führen.

Die informatorische Volksbefragung über die Grenzregelung in Südwestdeutschland hat folgendes Ergebnis:

Nordbaden:	
Für den Südweststaat	333 133 Stimmen
Für die alten Länder	247 962 Stimmen
Südbaden:	
Für den Südweststaat	214 931 Stimmen
Für die alten Länder	316 696 Stimmen
Nord-Württemberg:	
Für den Südweststaat	623 520 Stimmen
Für die alten Länder	45 157 Stimmen
Süd-Württemberg:	
Für den Südweststaat	324 379 Stimmen
Für die alten Länder	26 446 Stimmen

25. September: Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen veröffentlicht einen Bericht zur Sowjetisierung der Ostzone. Darin heißt es, daß im Juni 1950 die militärisch einsatzfähigen Einheiten der Volkspolizei eine Stärke von 140 000 Mann gehabt hätten.

26. September: In Bonn akkreditierte Journalisten protestieren in einem Schreiben an das Bundestagsprä-

sidium gegen die in der Debatte des Bundestages am 22. September ausgesprochene Diffamierung der Presse. Am 27. September beschließt der Ältestenrat des Bundestages, die Presse nach jeder Sitzung über den Sitzungsverlauf zu unterrichten. Am 29. September teilt der Vizepräsident des Bundestages, Carlo Schmid, den Journalisten mit, daß Vertreter aller Fraktionen erklärt hätten, der größte Teil der Journalisten erfülle seine Aufgaben gewissenhaft.

Auf Befehl des britischen Landeskommisars von Nordrhein-Westfalen, General W. H. Bishop, wird das Haus der KPD in Düsseldorf beschlagnahmt. Am 27. September spricht der Landtag von Nordrhein-Westfalen der KPD die Eigenschaft einer Fraktion ab.

27. September: Der britische Hohe Kommissar, Sir Ivone Kirkpatrick, erklärt zu den Beschlüssen der New Yorker Außenministerkonferenz, nach Abschluß des zweiten Petersberger Abkommens werde die Bundesregierung praktisch ihr eigener Herr sein. Der Beschluß, die Besatzungstreitkräfte in Deutschland zu verstärken, bedeute eine größere finanzielle Belastung Großbritanniens, der Vereinigten Staaten und Frankreichs, aber auch der deutschen Bevölkerung.

Außenminister Georg Dertinger betont vor der Provisorischen Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik in einer Regierungserklärung, daß aus der versteckten und teilweisen Remilitarisierung Westdeutschlands die offene und umfassende wirtschaftliche und militärische Aufrüstung der drei westlichen Besatzungszonen Deutschlands entstehen werde. Die New Yorker Beschlüsse bedrohten unmittelbar den europäischen Frieden. Im weiteren Verlauf der Sitzung beschließt die Volkskammer ein Gesetz zum Schutze von Mutter und Kind, das bei der Geburt von Kindern finanzielle Beihilfen sowie die Gleichstellung von Mann und Frau im gesellschaftlichen Leben vorsieht.

29. September: Zum Abschluß der britischen Manöver erklärt der Oberbefehlshaber der Landstreitkräfte der Westunion, General Jean de Lattre de Tassigny, in der Abschlußbesprechung bei Hameln, der gleiche Geist und die gleiche Idee müsse die interalliierte Armee zusammenhalten. Er fordere mehr Divisionen für Europa.

Das Amt für Informationen der Deutschen Demokratischen Republik teilt mit, daß der Rat für gegenseitige wirtschaftliche Hilfe, dem die Sowjetunion, Polen, die Tschechoslowakei, Ungarn, Rumänien, Bulgarien und Albanien angehören, offiziell die Aufnahme der Deutschen Demokratischen Republik in die Organisation mitgeteilt habe.

30. September: Die Ministerpräsidenten und Innenminister der Länder besprechen mit Bundeskanzler Dr. Adenauer und Bundesinnenminister Dr. Gustav Heinemann die Organisation der 30 000 Mann starken Schutzpolizei.

Finnland

30. September: Innenminister Lauri Riihonen und Handels- und Industrieminister Sakari Tuomioja treten zurück. Zu ihren Nachfolgern werden Johannes Viro-lainen und Teuvo Aura ernannt.

Frankreich

17. September: Der Präsident der Konsultativversammlung, Paul Henri Spaak, und die Vizepräsidenten Lord Layton (Großbritannien), Dr. Heinrich von Brentano (Bundesrepublik Deutschland), Axel Gjöres (Schweden) und Hayri Said Uruguplu (Türkei) beschließen in Paris, daß der zweite Teil der diesjährigen Sitzungsperiode der Konsultativversammlung am 17. November beginnen soll. Außerdem legen sie fest, welche der 30 während des ersten Teils der Sitzungen angenommenen Entschlüssen unmittelbar den Länderparlamenten vorgelegt werden sollen.
19. September: In Paris wird das Abkommen über die europäische Zahlungsunion (EPU) von Vertretern der 18 Mitgliedstaaten der OEEC unterzeichnet. Das Abkommen sieht die sofortige Liberalisierung von 60 Prozent des Imports aller Mitgliedstaaten vor.
28. September: Der Ministerrat beschließt die Bildung eines Wirtschaftsausschusses, der für die Ueberwachung der Ein- und Ausfuhr kriegswichtiger Materialien und für Maßnahmen gegen Hortung und Preistreiberei zuständig sein wird.

Großbritannien

19. September: In der Unterhausdebatte über den konservativen Mißtrauensantrag zur Verstaatlichung der Stahlindustrie weist Lordpräsident Herbert Morrison einen Kompromißvorschlag Winston Churchills zurück, der die Bildung eines gemischten Ueberwachungsorgans für die Stahlindustrie, entsprechend einem Plan der Gewerkschaften, vorsieht. Die Abstimmung ergibt eine Mehrheit für die Regierung von 306 gegen 300 Stimmen.
25. September: In London eröffnet Wirtschaftsminister Hugh Gaitskell eine Commonwealth-Konferenz über die wirtschaftliche Entwicklung Süd- und Südostasiens, an der Minister aus sieben Ländern des Commonwealth teilnehmen. In ihren Ansprachen bezeichnen die Minister die Hebung des Lebensstandards der Völker Asiens als die wichtigste Waffe im Kampf gegen den Kommunismus. Der neuseeländische Außenminister, F. W. Doidge, erklärt, den Asiaten müsse durch tatkräftige Hilfe bewiesen werden, daß die freie Welt ihnen Fortschritt und Wohlstand bringen könne, andernfalls würden sie dem Kommunismus anheimfallen.
27. September: Die Verteidigungsminister der nord-europäischen Gruppe des Atlantikpakts, Rasmus Hansen (Dänemark), Emanuel Shinwell (Großbritannien) und Jens Hauge (Norwegen) besprechen in London Fragen der Organisation der westeuropäischen Verteidigung.
28. September: In Torquay beginnt die dritte Internationale Zollkonferenz, an der über 600 Delegierte aus 41 Staaten teilnehmen.

Malta

17. September: Die Regierung tritt zurück. Gouverneur Sir Gerald Creasy beauftragt den Führer der Nationalpartei, Enrico Mizzi, mit der Regierungsbildung. Die am 26. September gebildete Regierung setzt sich folgendermaßen zusammen: Premierminister: Enrico Mizzi, Finanzminister: J. Frenzo Azzopardi, Minister

für öffentliche Arbeiten, Wiederaufbau und Erziehung: G. Borg *Olivier*, Minister für Industrie und Handel: C. *Caruana*, Arbeitsminister: G. M. *Camilleri*, Gesundheits- und Sozialminister: G. Agius *Muscat*.

Niederlande

19. September: Königin *Juliane* eröffnet mit einer Thronrede die neue Sitzungsperiode der Generalstaaten (Parlament). Sie bezeichnet darin die Gewährleistung kollektiver Sicherheit, die Unterstützung des Schuman-Plans und die Einbeziehung Deutschlands in den europäischen Zusammenschluß als die Ziele der niederländischen Politik. Auf wirtschaftlichem Gebiet müsse die Regierung dafür sorgen, daß die erhöhten Anforderungen der Verteidigung mit dem wirtschaftlichen und sozialen Wohlstand des Volkes in Einklang gebracht werden.

Oesterreich

26. September: Die Regierung beschließt eine Reihe von Preiserhöhungen als Folge des Abbaus der staatlichen Subventionen. Gleichzeitig wird der Abschluß eines Lohn- und Preisabkommens bekanntgegeben, das eine Lohnerhöhung von 10 Prozent vorsieht. In Wien und Linz kommt es zu ausgedehnten Streiks und kommunistischen Demonstrationen. Der Eisenbahnverkehr aus der sowjetischen Besatzungszone in die westlichen Zonen wird durch kommunistische Demonstranten unterbrochen.
27. September: Bundeskanzler Dr. Leopold *Figl* richtet einen Appell an die Bevölkerung, sich nicht von unverantwortlichen Elementen gegen die Maßnahmen der Regierung aufwiegen zu lassen. Die Preiserhöhungen seien zur Stabilisierung der Wirtschaft notwendig gewesen und würden durch Lohnerhöhungen ausgeglichen. Am 29. September werfen der amerikanische und der britische Hohe Kommissar in der Sitzung des Alliierten Rates den sowjetischen Behörden vor, die Unruhestifter unterstützt zu haben. Der sowjetische Vertreter weist die Anschuldigungen

zurück und erklärt, die Unruhen seien die Folge der Verschlechterung der Lebensbedingungen, die der Marshall-Plan mit sich bringe.

29. September: Der bisherige französische Hohe Kommissar, General Emile *Béthouart*, verläßt Wien. Sein Nachfolger ist Botschafter *Payard*.

Rumänien

18. September: Die Regierung ordnet für alle Spezialeinheiten die Verlängerung der Dienstzeit von zwei auf drei Jahre an.
22. September: Nach zweitägigen Verhandlungen mit einer Regierungsdelegation der Deutschen Demokratischen Republik unter Führung des stellvertretenden Ministerpräsidenten Walter *Ulbricht* wird die Unterzeichnung einer gemeinsamen Deklaration und zweier Abkommen über kulturelle und technisch-wissenschaftliche Zusammenarbeit bekanntgegeben. In der gemeinsamen Deklaration erklären beide Regierungen ihren Willen zur Zusammenarbeit, zur Verteidigung des Friedens, zur Freundschaft mit der Sowjetunion und zum Kampf für die Einheit Deutschlands.

Spanien

25. September: Generalissimus Francisco *Franco* trifft bei La Coruña mit dem portugiesischen Ministerpräsidenten, Antonio de *Oliveira Salazar*, zusammen. Die Besprechungen werden am 27. September in Oporto (Portugal) beendet. Am 28. September werden in beiden Hauptstädten Kommuniqués veröffentlicht, in denen vollständige Uebereinstimmung über alle politischen Probleme festgestellt wird.

Vatikan

25. September: Eine Enzyklika „*Menti nostrae*“ wird veröffentlicht, in der Papst *Pius XII.* die Geistlichen ermahnt, vor dem Kommunismus nicht schwach zu werden. Auch die schädlichen Folgen des Kapitalismus stellen eine Gefahr dar, gegen die die Kirche sich wenden müsse.

Wichtige Ereignisse in der übrigen Welt

Amerika

El Salvador

16. September: Präsident Oscar *Osorio* gibt die Bildung einer neuen Regierung bekannt. Ihr gehören an: Außenminister: Roberto *Canessa*, Innenminister: José Maria *Lemus*, Handelsminister: Jorge Sol *Castellanos*, Erziehungsminister: Reinaldo Callego *Pohl*, Verteidigungsminister: Oscar Adan *Bolanos*, Arbeitsminister: Mario Hector *Salazar*, Landwirtschaftsminister: Roberto *Quinonez*, Gesundheitsminister: Eduardo *Barrientos*, Minister für öffentliche Arbeiten: Atilio *Garcia Prieto*.

Kanada

30. September: Premierminister Louis St. *Laurent* erklärt bei einer Ansprache in Kingston, Kanada sei bereit, seine Spezialtruppe, die es zur Verfügung der Ver-

einten Nationen aufstelle, sofort nach Europa zu entsenden, falls sie dort gebraucht werde.

Vereinigte Staaten

16. September: Bei den Beratungen des Atlantikrats erklärt der französische Außenminister, Robert *Schuman*, Frankreich halte die Zeit für eine deutsche Wiederbewaffnung noch nicht für gekommen. Er bedaure es, daß der amerikanische Außenminister, Dean *Acheson*, diesen Vorschlag ohne vorherige Ankündigung gemacht habe. Am 18. September vertagt sich der Atlantikrat und gibt ein Zwischenkommuniqué heraus.
18. September: Die Außenminister der Vereinigten Staaten, Großbritanniens und Frankreichs setzen ihre am 14. September unterbrochenen Besprechungen fort. (Vgl. den Wortlaut der am 19. September veröffent-

lichten Kommuniqués in Europa-Archiv 19/1950, S. 3405/3406.)

22. September: Der Berater des Außenministeriums, John Foster Dulles, führt Besprechungen mit dem australischen Außenminister, Percy C. Spender, über den japanischen Friedensvertrag.

Die Außen- und Verteidigungsminister der Westmächte, Dean Acheson und George C. Marshall (Vereinigte Staaten), Ernest Bevin und Emanuel Shinwell (Großbritannien) sowie Robert Schuman und Jules Moch (Frankreich) eröffnen in New York gemeinsame Besprechungen über die Schaffung einer nordatlantischen Streitmacht und die Heranziehung deutscher Einheiten.

23. September: Der Chef der Marshall-Plan-Verwaltung, Paul G. Hoffman, erklärt seinen Rücktritt. Zu seinem Nachfolger wird sein bisheriger Stellvertreter, William C. Foster, ernannt.

26. September: Der Atlantikrat tritt zu einer neuen Sitzung zusammen.

27. September: Der Chef des Vereinigten Generalstabs, General Omar N. Bradley, erklärt vor dem Nationalen Presseclub, die Vereinigten Staaten dürften nach Beendigung des Korea-Krieges auf keinen Fall in ihren Verteidigungsanstrengungen nachlassen. Am 28. September erklärt Präsident Harry S. Truman auf seiner Pressekonferenz, er hoffe, daß alle Versuche, das Wiederaufrüstungsprogramm nach Beendigung des Korea-Krieges abzustopfen, erfolglos blieben.

29. September: Henry A. Wallace fordert in einem Offenen Brief den Präsidenten der Chinesischen Volksrepublik, Mao Tse-tung, auf, freundschaftliche Beziehungen mit den Vereinigten Staaten herzustellen.

Der britische Außenminister, Ernest Bevin, erklärt in New York vor Pressevertretern, die einzig mögliche Lösung der koreanischen Frage sei die Auslöschung der Grenze am 38. Breitengrad. Korea müsse eine einige und freie Nation werden.

Asien

China

17. September: Der Ministerpräsident und Außenminister der Chinesischen Volksrepublik, Tschu En-lai, fordert in einem an Generalsekretär Trygve Lie gerichteten Telegramm die Zulassung einer Delegation der Volksrepublik zur Vollversammlung der Vereinten Nationen und den sofortigen Ausschluß der nationalchinesischen Delegation.

30. September: In seiner Rede zum ersten Jahrestag des Bestehens der Chinesischen Volksrepublik bezeichnet Ministerpräsident Tschu En-lai die Vereinigten Staaten als den gefährlichsten Feind des chinesischen Volkes. Er erklärt, die chinesischen Kommunisten seien entschlossen, Formosa und Tibet zu befreien. Er glaube an den Endsieg Nordkoreas.

Indien

20. September: Der Präsident der Kongreßpartei, Purshotamdas Tandon, unterstützt auf dem Jahreskonvent der Partei die Politik des Ministerpräsidenten, Pandit Jawaharlal Nehru, gegenüber Pakistan und der mohammedanischen Minderheit in Indien. Am 21. September kritisiert Pandit Nehru die Vereinten Nationen, weil sie sich weigerten, die Chinesische Volksrepublik aufzunehmen. Der Konvent billigt die Außenpolitik Pandit Nehrus und nimmt eine Entschließung an, in der der Anschluß der noch von europäischen Mächten besetzten Teile Indiens gefordert wird.

nen, weil sie sich weigerten, die Chinesische Volksrepublik aufzunehmen. Der Konvent billigt die Außenpolitik Pandit Nehrus und nimmt eine Entschließung an, in der der Anschluß der noch von europäischen Mächten besetzten Teile Indiens gefordert wird.

30. September: Premierminister Pandit Jawaharlal Nehru erklärt in Neu Delhi vor Pressevertretern, Indien sei der Ansicht, daß der 38. Breitengrad in Korea nicht überschritten werden dürfe, solange nicht alle anderen Möglichkeiten zur Lösung der Frage erschöpft seien.

Verhandlungen zwischen einer tibetanischen Delegation unter Führung von Tsepon Shakabpa und dem chinesischen Botschafter, General Yuan Tschung-hsien, über den künftigen Status Tibets werden nach zweiwöchiger Dauer abgebrochen, da der chinesische Botschafter sich außerstande erklärt, bindende Zusagen zu geben. Die Verhandlungen sollen in Peiping fortgeführt werden.

Indochina

16. September: Streitkräfte der kommunistischen Vietminh-Bewegung eröffnen Angriffe auf die französischen Stützpunkte Dongkhe und Laokay an der vietnamesisch-chinesischen Grenze. Dongkhe wird am 18. September von den Vietminh-Streitkräften genommen.

25. September: Der Befehlshaber der französischen Truppen, General Marcel Charpentier, erklärt in Saigon nach Rückkehr aus dem Kampfgebiet, die Vietminh-Streitkräfte seien infolge der beachtlichen chinesischen Unterstützung in der Lage, an verschiedenen Abschnitten die Initiative an sich zu reißen. Die Hilfe der Vereinigten Staaten für Indochina sei bis jetzt unzureichend gewesen.

Irak

16. September: Der Führer der Konstitutionellen Union, Nuri es-Said, bildet eine neue Regierung, die sich folgendermaßen zusammensetzt: Ministerpräsident und amtierender Innenminister: Nuri es-Said, Verteidigungsminister und amtierender Außenminister: Shakir Alwadi, Verkehrsminister und amtierender Finanzminister: Abdul Wahab Mirajan, Wirtschaftsminister: Dhia Jafar, Justizminister: Hassan Sami Tatar, Erziehungsminister: Khalil Kanna, Sozialminister: Hamid Mustapha.

Korea

19. September: Truppen der Vereinten Nationen überschreiten nordwestlich von Seoul den Han-Fluß.

22. September: Nordwestlich Taegu wird die nordkoreanische Front durchstoßen. Am 24. September nehmen südkoreanische Truppen Yongdok und verfolgen den Feind nach Norden.

26. September: Truppen der Vereinten Nationen schließen die Rückeroberung der südkoreanischen Hauptstadt Seoul ab. Südostwärts von Suwon vereinigen sich die im Süden durchgebrochenen Panzerverbände mit den aus dem Inchon-Landekopf vorstoßenden Truppen und schneiden damit den in Südwestkorea stehenden kommunistischen Truppen den Rückzug ab. Am 28. September wird an der südwestlichen Einschließungsfront in harten Kämpfen Taejon zurückerobert.

29. September: Südkoreanische Truppen erreichen an der Ostküste den 38. Breitengrad.

Der Oberbefehlshaber der Truppen der Vereinten Nationen, General Douglas MacArthur, übergibt nach einer Siegesparade dem Präsidenten Syngman Rhee die Hauptstadt Seoul.

30. September: Das südkoreanische Parlament richtet eine Botschaft an die Vereinten Nationen, in der es um Ueberschreitung des 38. Breitengrades und Besetzung Nordkoreas sowie um Wiederherstellung der Einheit und Unabhängigkeit des Landes ersucht.

Australien

Australischer Bund

22. September: Premierminister Robert G. Menzies gibt in einer Rundfunkansprache die Verdoppelung der Landstreitkräfte und die Verdreifachung der Bürgerwehren bekannt. Außerdem sollen in Zukunft alle Einberufungen die Verpflichtung zum Dienst auch in Ueberssee enthalten. In einer weiteren Rundfunkansprache am 25. September schlägt der Premierminister die Errichtung eines Nationalen Sicherheitsamtes vor.

Organisation der Vereinten Nationen

19. September: In Flushing Meadows wird die fünfte Sitzungsperiode der Vollversammlung von ihrem vorjährigen Präsidenten, dem philippinischen Außenminister, General Carlos P. Romulo, eröffnet. Ein sofort eingebrachter indischer Antrag, die Chinesische Volksrepublik aufzunehmen, wird mit 33 gegen 16 Stimmen abgelehnt. Der persische Delegierte, Nasrollah Entezam, wird für die diesjährige Sitzungsperiode zum Präsidenten gewählt.

20. September: Die Vollversammlung wählt die Vizepräsidenten und die Vorsitzenden der folgenden sechs Hauptausschüsse: Politischer und Sicherheitsausschuß: Dr. Roberto Urdaneta Arbelaez (Kolumbien), Wirtschaft- und Finanzausschuß: Dr. Gustavo Gutierrez (Kuba), Sozialausschuß: Dr. G. J. van Heuven-Goedhart (Niederlande), Treuhandschaftsausschuß: Prinz Wan Waihayakon (Thailand), Budgetausschuß: Jam Sahab, Maharadscha von Nawanager (Indien), Rechtsausschuß: Dr. Frantisek Outrata (Tschechoslowakei).

In der Generaldebatte der Vollversammlung übt der amerikanische Außenminister, Dean Acheson, Kritik an der imperialistischen Politik der Sowjetunion, die das Haupthindernis für den Frieden sei. Zur Verhinderung zukünftiger Friedensbrüche schlägt Außenminister Acheson ein Vierpunkteprogramm vor: Einberufung der Vollversammlung, falls der Sicherheitsrat an der Beschlußfassung gehindert wird; Aufstellung einer Sicherheitspatrouille; Aufstellung ständiger Einheiten der Vereinten Nationen innerhalb der Streitkräfte jedes Mitgliedstaates; Bildung eines Ausschusses zur Ausarbeitung von Vorschlägen für Kollektivmaßnahmen zur Verwirklichung der Ziele der UN-Charta. Der sowjetische Außenminister, Andrej J. Wyschinski, erklärt zu den amerikanischen Vorschlägen, daß sie nicht zum Frieden führen könnten. Als Gegenvorschläge unterbreitet er: Verurteilung der Kriegspropaganda; bedingungsloses Verbot der Atom-

waffen; Abschluß eines Friedenspaktes zwischen den Großmächten.

23. September: Der chilenische Delegierte, Dr. Hernan Santa Cruz, schlägt den Abschluß eines Beistandspaktes vor, der die Mitgliedstaaten zu gemeinsamen politischen, wirtschaftlichen und militärischen Aktionen gegen Friedensbrecher sowie zur Besserung der Lebensverhältnisse und zur Respektierung der Menschenrechte verpflichten soll. Am 25. September warnt der jugoslawische Außenminister, Dr. Edvard Kardelj, davor, die Vereinten Nationen als Propagandapodium zu benutzen oder sie zu einem „Superstaat“ zu machen, der sich in die inneren Angelegenheiten der Länder einmischen dürfe. Für Korea schlägt seine Regierung die vorübergehende Herstellung des status quo, freie Wahlen und die Einsetzung einer internationalen Kommission vor.

27. September: Der französische Außenminister, Robert Schuman, erklärt, in Europa könne der Friede nur erhalten werden, wenn die alten deutsch-französischen Gegensätze für immer beseitigt seien. Frankreich wolle hierbei die Initiative ergreifen. Der indische Delegierte, Sir Benegal Rau, schlägt eine Zusammenkunft der Außenminister Frankreichs, Großbritanniens, der Sowjetunion und der Vereinigten Staaten vor. Der israelische Außenminister, Moshe Sharett, begrüßt sowohl den amerikanischen als auch den sowjetischen Vorschlag und wendet sich in scharfen Worten gegen die Wiederaufnahme Deutschlands in die Gemeinschaft der Völker.

28. September: Generalsekretär Trygve Lie schließt die Generaldebatte mit dem Hinweis, daß eine entscheidende Aktion in der Frage „Krieg oder Frieden“ jetzt von der Versammlung unternommen werden müsse.

Die Vollversammlung billigt einstimmig die Aufnahme der Indonesischen Republik. Der indonesische Vertreter, Lambertus N. Palar, nimmt daraufhin seinen Sitz in der Versammlung ein.

29. September: Die Vollversammlung wählt Brasilien und die Niederlande zu nichtständigen Mitgliedern des Sicherheitsrats, die am 1. Januar 1951 Kuba und Norwegen ablösen werden. Die Wahl für den dritten freiwerdenden Ratssitz wird vertagt, nachdem in zwölf Wahlgängen keiner der beiden Kandidaten (Türkei und Libanon) die erforderliche Zweidrittelmehrheit erhielt.

Der Sicherheitsrat beschließt mit 7 gegen 3 Stimmen, die Chinesische Volksrepublik zur Debatte über die Formosa-Frage einzuladen, deren Beginn auf den 15. November festgelegt wird.

30. September: Acht Nationen unterbreiten dem Politischen und Sicherheitsausschuß der Vollversammlung eine von Großbritannien vorgeschlagene Resolution, in der die Abhaltung freier Wahlen in ganz Korea und die Wiederherstellung der Einheit und Unabhängigkeit des Landes unter Kontrolle der Vereinten Nationen gefordert werden. Der amerikanische Delegierte, Warren R. Austin, setzt sich für die britische Resolution ein und erklärt, man dürfe dem Angreifer nicht erlauben, hinter dem 38. Breitengrad einen neuen Angriff vorzubereiten.

Die deutsche Europapolitik vor der Entscheidung

Als die Abgeordneten des Deutschen Bundestages am 28. Juli 1950 gegen die Stimmen der Kommunisten einstimmig die Resolution über den europäischen Bundespakt billigten und beschlossen, „eine gemeinsame europäische Außenpolitik zu ermöglichen, die dem Frieden der Welt dient“, haben wohl nur wenige erwartet, ihre Haltung schon nach wenigen Wochen in einer Entscheidung auf Tod und Leben bewähren zu müssen.

Bereits die nächste außenpolitische Debatte, die in den ersten Novembertagen stattfinden soll, wird von der Frage der deutschen Wiederaufrüstung beherrscht werden. Durch die Beratungen der Konsultativversammlung des Europarates, der Organisation des Atlantikrates und der Dreierkonferenzen, der Besatzungsmächte, über die wir auf diesen Seiten eingehend berichtet haben, sind die Voraussetzungen, unter denen ein militärischer Beitrag Deutschlands zur Verteidigung der westlichen Welt ins Auge gefaßt wird, hinlänglich bekanntgemacht worden. Das Ergebnis aller dieser oft durch taktische Dementis und Rückzieher verwirrten Beratungen läßt sich im wesentlichen in zwei Punkten zusammenfassen:

1. Die Mitgliedstaaten des Atlantikpaktes sind sich darüber klar, daß ihr Verteidigungssystem ohne die Einbeziehung deutscher Kräfte sowohl in seiner organisatorischen Struktur als auch rein kräftemäßig unvollständig bleibt.

2. So vordringlich das Problem der Eingliederung Deutschlands in die Atlantische Gemeinschaft geworden ist, so wenig beseitigt es die tief in der Geschichte verwurzelten Gegensätze zwischen Deutschland und Frankreich und das Mißtrauen, das auch heute noch in weiten Kreisen der westlichen Welt Deutschland gegenüber herrscht. Voraussetzung für die Eingliederung Deutschlands in das atlantische Verteidigungssystem und damit für den militärischen Schutz, den die Westmächte zu gewähren bereit sind, ist daher, daß Deutschland nicht nur seine friedlichen Absichten beteuert, sondern seinerseits gewisse Faustpfänder gibt, die es ihm praktisch unmöglich machen, jemals wieder die Waffen gegen seine westlichen Nachbarn zu erheben. Der Schumanplan zur Integration der europäischen Eisen- und Stahlindustrie ist aus diesem Grunde aufs engste mit der Einbeziehung Deutschlands in das atlantische Verteidigungssystem gekoppelt.

Durch die innerpolitischen Debatten, die das Problem der Wiederaufrüstung in Deutschland ausgelöst hat, sind die eigentlichen Alternativen bisher eher verwirrt als geklärt worden. Sie konzentrierten sich im wesentlichen auf die Frage, ob Bundeskanzler *Adenauer* in seinen Verhandlungen mit den Alliierten eine Verpflichtung zur Wiederaufrüstung übernommen oder den deutschen Standpunkt durch eine Bereitwilligkeitserklärung bereits festgelegt habe. So

wichtig die durch diese Debatte angerührten Punkte im einzelnen sind, so bleiben sie doch von zweitrangiger Bedeutung gegenüber der Frage, ob Deutschland bereit ist, die für den Eintritt in die Atlantische Gemeinschaft jetzt geforderten Sicherheitsgarantien zu leisten, oder durch Bedenken gegen seine Wiederaufrüstung eine gewisse Manövrierfähigkeit zwischen West und Ost bewahren will.

Die Verantwortung, die der letztere Kurs dem deutschen Volk auferlegen würde, ist allerdings ungeheuer. Er vermeidet das im großen und ganzen überschaubare Risiko der deutschen Teilnahme an einer westeuropäischen Armee, um sich in das unabsehbare Abenteuer einer Politik der waffenlosen Neutralität zu stürzen.

Der bisherige Bundesinnenminister, Dr. *Heinemann*, der als Verfechter dieser Haltung aus dem Bundeskabinett ausgeschieden ist, hat in seiner Verteidigungsschrift die Frage aufgeworfen, ob die Tatsache, daß Deutschland heute über keine Waffen verfüge, nicht darauf schließen lasse, daß es durch Gottes Gericht waffenlos gemacht worden sei um deswillen, was es mit der Waffe angerichtet habe, und ob darin nicht ein göttlicher Auftrag liegen könne, „auch in gefährlichster Situation seinem von uns nicht vorher zu berechnenden Weltregiment zu vertrauen“.

Minister *Heinemann* hat die selbstgestellte Frage auch nach seinem Ausscheiden aus der Regierung nicht beantwortet, sondern nur den Wunsch geäußert, die Deutschen möchten durch seinen Rücktritt veranlaßt werden, selbst über das Problem der Wiederaufrüstung nachzudenken und ihren Willen deutlich zum Ausdruck zu bringen. Für eine wie immer geartete Alternativpolitik hat er weder den Weg gezeigt noch selbst die Verantwortung übernommen.

Die Bundestagsabgeordneten können nicht wie *Heinemann* zurücktreten und die Verantwortung für die konkreten Entscheidungen, die nun zu treffen sind, denen aufbürden, von denen sie als politische Sachwalter gewählt wurden. Dies käme der Haltung eines Steuermandates gleich, der in einem Orkan auf hoher See das Steuerrad freigibt, um das Schiff und seine Passagiere allein der Gnade Gottes und dem Spiel der Wellen anzuvertrauen.

Kein weltanschaulicher Exkurs kann darüber hinwegtäuschen, daß Westdeutschland in diesen Tagen vor die freie Entscheidung gestellt ist, ob und unter welchen Bedingungen es Bestandteil der westlichen Welt sein will und daß ein Vorbeigehen an dieser Entscheidung der freiwilligen politischen Selbstaufgabe gleichkommt.

Co.

Schumanplan und Atlantikpakt

1. Fortsetzung

Die Auswirkungen des Schumanplanes auf die Doktrin der „totalen Diplomatie“

Die „großen Drei“ und der Atlantikrat

Mit der Schlußsitzung des Rates der Außenminister der zwölf Atlantikpaktstaaten am 18. Mai 1950 ging eine mehrwöchige Periode von Konferenzen zu Ende, in deren Mittelpunkt das Problem der Verteidigung des Westens stand. Den Auftakt zu der Konferenz des Atlantikrates bildeten die Vorarbeiten der Unterausschüsse und der Sachverständigen sowie die Beratungen der Außenminister der Vereinigten Staaten, Großbritanniens und Frankreichs, über die wir im einzelnen im ersten Teil unseres Beitrages berichtet haben¹. Die Entscheidungen der drei Großmächte bildeten im wesentlichen die Grundlage für die Arbeiten des Rates der Atlantikpaktstaaten. Vor allem war in den Beschlüssen der Dreierkonferenz der den Atlantikpaktstaaten verbindliche Grundsatz betont worden, daß die Rüstung nicht den materiellen und sozialen Standard einer Nation beeinträchtigen dürfe. Auch sonst standen die Beschlüsse der Drei-Mächte-Konferenz² in enger Beziehung zu der Arbeit des Atlantikpaktrates.

Außenminister Acheson war zu dieser Konferenz gekommen, um die Anerkennung seiner Doktrin von der totalen Diplomatie zu erwirken, die er kurz vor seiner Abreise nach Europa am 22. April 1950 nochmals klar umrissen hatte³. Blickt man heute auf die Konferenz der Atlantikpaktstaaten zurück, so kommt man zu dem Ergebnis, daß es Acheson nicht ganz gelang, mit seiner Doktrin der totalen Diplomatie, das heißt in diesem spezifischen Falle der absoluten Priorität der militärischen Belange, durchzudringen. Die europäischen Nationen waren noch nicht bereit, die im Rahmen dieser Konzeption erforderlichen Opfer zu bringen. Acheson konnte dafür aber eine neue europäische Konzeption, den aus der Initiative des

französischen Außenministers Schuman hervorgegangenen Schumanplan als ein wertvolles Ergebnis mit nach den Vereinigten Staaten zurücknehmen. Mit zunehmendem Abstand zu der Konferenz der Atlantikpaktstaaten in London wird immer deutlicher, wie stark sich auf dieser Konferenz der Einfluß des Schumanplans geltend machte, der für die gemeinsame Auswertung der materiellen Hilfsmaßnahmen des Westens eine neue Richtung wies. Durch diesen kühnen Vorschlag trat das Thema der politischen Einigung Europas und seines wirtschaftlichen Zusammenschlusses in den Vordergrund der Verhandlungen des Atlantikpaktrates.

Die Ueberraschung der Engländer über den Schumanplan war zunächst mit so viel Aerger und Bitterkeit gemischt, daß man fürchtete, weder die drei Großmächte noch die zwölf Atlantikpaktstaaten würden nun überhaupt zu einer Einigung kommen können. Der Vorschlag des französischen Außenministers bildete aber auch für Acheson eine Ueberraschung. Die Wendung, welche die Konferenz unter dem Einfluß des französischen Vorschlages nahm, weckte in den amerikanischen Kreisen zumindest zwiespältige Gefühle. Gewiß ist allerdings das eine, daß die deutsche und französische Zusammenarbeit auf dem Gebiete der Stahlproduktion — besonders bei ihrer Ausdehnung auf andere europäische Staaten — dem Gedanken der Koordination und rationellen Auswertung der Hilfsmittel der Atlantischen Gemeinschaft dienlich sein würde und daß sich deshalb der Schumanplan auch organisch in das Rüstungs- und Verteidigungsprogramm des Westens einfügt. Von diesem Gesichtspunkt aus konnte Acheson dem Schumanplan ohne Zögern und Bedenken zustimmen.

1) Vgl. Europa-Archiv 13/1950, S. 3147—3158.

2) Vgl. den Wortlaut der Beschlüsse der Drei-Mächte-Konferenz in Europa-Archiv 10/1950, S. 3051—3054.

3) Vgl. Europa-Archiv 13/1950, S. 3150.

Das Hauptergebnis der Maikonferenz des Atlantikrates: Priorität der wirtschaftlichen und sozialen Sicherheit

Die einzelnen Ergebnisse der Londoner Konferenz der Atlantikpaktstaaten, die in den verschiedenen Kommuniqués⁴ enthalten sind, lassen sich wie folgt zusammenfassen:

1. Es wurde ein Mechanismus geschaffen, der es dem Atlantikrat ermöglichen soll, seinen Aufgaben als wichtigste und leitende Körperschaft des Nordatlantikpaktes gerecht zu werden. Durch die Ernennung von Stellvertretern, die dem Rat für die Durchführung seiner Richtlinien und die Formulierung der Fragen verantwortlich sind, die Entscheidungen der Mitgliedregierungen erforderlich machen, wird die Organisation künftig über ein ständiges Exekutivorgan verfügen.

2. Der Rat erzielte Übereinstimmung über die Prinzipien, die die Arbeit dieser Körperschaft ebenso wie die der anderen Organisationen des Nordatlantikpaktes leiten sollen.

3. Der Rat erteilte Direktiven an den Verteidigungsausschuß und den Finanz- und Wirtschaftsausschuß, die diesen bei ihrer künftigen Arbeit als Anleitung dienen sollen.

4. Der Rat erkannte, daß Selbsthilfe und gegenseitige Unterstützung unter den Paktstaaten unerläßlich sind, und empfahl, daß jeder Vertragspartner durch gegenseitige Hilfe in jeder durchführbaren Form seinen Beitrag für die gemeinsame Verteidigung des Nordatlantik-Gebietes leisten solle.

5. Der Rat war einstimmig der Ansicht, daß der Einsatz von Truppen und Material, die den nordatlantischen Ländern zur Verfügung stehen, aufs sparsamste und wirksamste erfolgen muß, wenn eine wirksame militärische Verteidigung der Mitgliedstaaten gewährleistet werden soll.

6. Der Rat traf Vorkehrungen zur Schaffung eines nordatlantischen Planungsausschusses für die Hochseeschifffahrt, der aus Vertretern aller interessierten Mitgliedländer zusammengesetzt sein soll. Dieser Ausschuß soll dem Rat Bericht erstatten und mit anderen Körperschaften der Paktorganisation in allen Angelegenheiten eng zusammenarbeiten, die mit der lebenswichtigen Rolle der Handelsschifffahrt im Zusammenhang stehen.

Achesons Rechenschaftsbericht an den amerikanischen Kongreß

Als Außenminister Acheson am 31. Mai 1950 den Mitgliedern des amerikanischen Senats und des Repräsentantenhauses über die Londoner Besprechungen berichtete, erklärte er unter anderem folgendes:

„Erwarten Sie bitte keinen Bericht über Ereignisse, die man als sensationell bezeichnen könnte. Das Wesentliche dieser Besprechungen mit Mr. Bevin und M. Schuman und der Sitzungen des Nordatlantikrates liegt in der Tatsache, daß es sich um Arbeitstagungen handelte, die allmählich zu einer regelmäßigen Einrichtung werden. Dieser Aspekt der Tagungen ist das äußere Zeichen einer

Erkenntnis, die sich in jeder Diskussion und jeder Resolution zeigte: daß nämlich die Nordatlantische Gemeinschaft sich als politische Realität von allergrößter Bedeutung herauszukristallisieren beginnt.

Diesen und noch einen anderen Eindruck möchte ich zu Beginn dieses Berichtes unterstreichen. Dieser zweite Eindruck ist eine neue Kraft im Leben Europas und in seinen führenden Kreisen. M. Schumans Vorschläge auf dem Gebiete der Kohle und des Eisens und die ihnen besonders in Deutschland zuteil gewordene Aufnahme bezeugen dies in erster Linie. Die unmittelbar bevorstehende Lösung der Probleme um die Europäische Zahlungsunion sind ein weiteres Anzeichen dafür.

Diese zwei Entwicklungen — die zunehmende Anerkennung der Nordatlantischen Gemeinschaft als eine Gemeinschaft mit gleichen Interessen, die sich gleichen Gefahren gegenübersteht, und andererseits die wiedererwachte Vitalität und das Vertrauen in Europa — verbürgen die Wahrheit der Feststellung, daß diese Sitzungen den Anfang von etwas Neuem bezeichnen, etwas, das voller Hoffnungen ist und große Kraftentfaltung verspricht.

Die Verwirklichung dieser Hoffnungen und dieses Versprechens hängt in jedem Lande von denjenigen ab, die die Exekutivgewalt innehaben, von den gesetzgebenden Körperschaften und von den Völkern, denen sie dienen.“

Die amerikanische Auslegung der militärischen Beschlüsse des Atlantikrates

Der Inhalt der militärischen Beschlüsse, die auf der Konferenz gefaßt wurden, ist nicht durch die Kommuniqués, sondern erst durch die später erfolgte Auslegung dieser Kommuniqués bekannt geworden. Hier ist insbesondere wichtig, was unter einer „kollektiven, in sich ausgeglichenen Streitmacht“ zu verstehen ist. (Vergl. hierzu den Wortlaut des Kommuniqués in Europa-Archiv 11/1950, S. 3093, Ziffer 5.) Außenminister Acheson hat dies am 13. Juni 1950 in einer Rede vor der Bürgervereinigung von Dallas (Texas) erläutert:

„Unsere europäischen Freunde sind verständlicherweise nicht an einem Verteidigungsplan interessiert, bei dem ihre Länder zunächst überrollt werden würden, um später befreit zu werden. Deshalb muß die Nordatlantik-Gemeinschaft eine Verteidigungskapazität entwickeln, die zur erfolgreichen Abwehr jedes ersten Angriffs und zur erfolgreichen Beendigung jedes uns aufgezwungenen Krieges ausreicht. Nur wenn dies erreicht werden kann, wird unsere Stärke groß genug sein, um ein Abschreckungsmittel gegen einen Angriff zu bilden.

Diese Streitmacht braucht einem möglichen Angreifer an zahlenmäßiger Stärke nicht gleich zu sein, da sie mit den modernsten Verteidigungswaffen ausgerüstet werden wird, die eine Massenproduktion herstellen kann. Nichtsdestoweniger wird sie sehr große Anstrengungen erforderlich machen.

Es ist vor allem von Bedeutung, daß Verschwendung und Doppelungen vermieden werden, damit diese große Aufgabe nicht die Schaffung eines angemessenen Lebensstandards für die Bevölkerung der nordatlantischen Völkergemeinschaft beeinträchtigt.

4) Vgl. Europa-Archiv 11/1950, S. 3091—3094.

Um dieses Ziel zu erreichen, bekannten sich die Minister zu dem Prinzip ausgeglichener Kollektivstreitkräfte. Dies bedeutet einfach, daß jeder Mitgliedstaat mit der Art von Streitkräften zur gemeinsamen Verteidigung beiträgt, die er in Übereinstimmung mit dem Gesamtplan am zweckmäßigsten zur Verfügung stellen kann.

Auf diese Weise braucht nicht jede einzelne Nation die

schwer erschwinglichen Komponenten moderner bewaffneter Streitkräfte parallel zu anderen zu unterhalten. Die vereinbarte Kraft dieser Gemeinschaft wird stärker sein als die Kraft, die ein einzelnes Land unter uns aufzubieten instande ist, und die durch die Vermeidung von Doppelungen erzielten Einsparungen werden mithelfen, die Belastung unserer Wirtschaft zu verringern.“

Die Rückwirkungen des Korea-Konfliktes auf die Arbeiten des Atlantikrates

Die Schaffung der Exekutive des Atlantikpaktes

Mit der Ernennung der Vertreter in den Ständigen Atlantikrat der Stellvertreter, dessen Bildung in London im Mai beschlossen wurde, ließen sich die einzelnen Staaten zunächst Zeit. Man wartete vor allem auf das Beispiel der Amerikaner, die auch den Präsidenten des Rates stellen sollten. *Acheson* hatte sich ausdrücklich für die Ernennung eines führenden Mannes eingesetzt. In diesem Zusammenhang waren die Namen des ehemaligen Unterstaatssekretärs *Robert Lovett*, des amerikanischen Sonderbotschafters *Averell Harriman* und auch General *Eisenhower* genannt worden. Als am 22. Juni 1950 der ehemalige Brigadegeneral *Charles M. Spofford* zum amerikanischen Vertreter ernannt wurde, wurde dies zunächst als überraschend und sogar enttäuschend empfunden. Die Aufnahme der Arbeiten durch den Ständigen Rat erfolgte erst am 25. Juli 1950. Genau einen Monat vorher hatte der Krieg im geteilten Korea begonnen.

An der ersten Sitzung nahmen als ständige Vertreter der zwölf Nationen teil: *Charles M. Spofford* (USA), *Sir Frederick Robert Hoyer Millar* (Großbritannien), *Hervé Alphand* (Frankreich), *Alberto Rossi-Longhi* (Italien), *L. Dana Wilgress* (Kanada), *Dr. Ruy Ennes Ulrich* (Portugal), *Fernand van Langenhove* (Belgien), *Jonkheer Tjarda van Starkenborgh-Stachouwer* (Niederlande), *André Clasen* (Luxemburg), *Eduard Graf Reventlow* (Dänemark), *Dag Bryn* (Norwegen), *Gunnerugur Petursson* (Island).

Der amerikanische Delegierte wurde zum Vorsitzenden dieses neuen Exekutivorgans des Atlantikpaktes gewählt.

Revision der Richtlinien des Atlantikrates

Die im Mai 1950 für den Ständigen Rat ausgearbeiteten Richtlinien waren durch die Ereignisse in Korea weitgehend überholt. Damals hatte man zur Verteidigung Westeuropas die Aufstellung von 35 Divisionen bis zum Jahre 1954 geplant. Inzwischen hatte man jedoch eingesehen, daß das Programm beschleunigt und ausgedehnt werden müsse. Auf der Konferenz am 20. Juli 1950 in Fontainebleau hatten die Verteidigungsminister und Stabschefs der Brüsseler Paktmächte zusammen mit den gemeinsamen Oberbefehlshabern die Notwendigkeit erkannt, ohne weitere Verzögerung die Produktion von Kriegsmaterial zu beschleunigen und die Verteidigungskräfte zu

Land, zur See und in der Luft als Garantie gegen eine Aggression zu verstärken.

Die militärische Schwäche Westeuropas konnte kaum klarer zum Ausdruck gebracht werden, als dies in der Verteidigungsdebatte im britischen Unterhaus am 26. und 27. Juli 1950 der Fall war. *Churchill* sprach von 12 Divisionen, über die Westeuropa heute verfüge, während die Sowjetunion in der Lage sei, ohne besondere Mobilmachung 80 Divisionen, darunter 30 Panzerdivisionen von insgesamt 150 Divisionen nach Westeuropa zu entsenden. „Und was vermöchte Westeuropa heute dieser Lawine von Stahl in den Weg zu stellen?“

Das Stärkeverhältnis zwischen West und Ost

Auf Grund von Beratungen der Wirtschaftskommission der Vereinten Nationen für Europa ergeben sich folgende vergleichbare Zahlen für die Wehrhaushalte der drei Großmächte:

Großbritannien	
(10% des Volkseinkommens) = 1 Milliarde Pfund Sterling	
Vereinigte Staaten	
(10% des Volkseinkommens) = 8 Milliarden Pfund Sterling	
(Durchschnitt 1950/51)	
	9 Milliarden Pfund Sterling
Sowjetunion	
(13% des Volkseinkommens) = 2,5 Milliarden Pfund Sterling	

Für das Jahr 1943, den Höhepunkt der Kriegsanstrengungen der Alliierten, beziffert das von Professor *Hancock* herausgegebene Werk „History of British War Economy“⁵⁾ die Wehrhaushalte in Prozenten des Volkseinkommens für Großbritannien mit 52 v. H., für die Sowjetunion mit 48 v. H. und für die Vereinigten Staaten mit 45 v. H. Unter Zugrundelegung dieser Zahlen kommt *Don Kimche* in einem Aufsatz „Can Germany be defended“ in der Oktobernummer der Zeitschrift *The Nineteenth Century* für den Fall einer vollständigen Mobilisierung zu folgendem Vergleich:

5) Vgl. hierzu den Beitrag von *Hellmut Bauer*: „Die amtliche Geschichtsschreibung über die britische Kriegswirtschaft“ in *Europa-Archiv* 15/1950, S. 3249–3252.

Großbritannien	
potentielle jährliche Verteidigungsausgaben	5 Milliarden Pfund Sterling
Vereinigte Staaten	
potentielle jährliche Verteidigungsausgaben	36 Milliarden Pfund Sterling
	41 Milliarden Pfund Sterling
Sowjetunion	
potentielle jährliche Verteidigungsausgaben	10 Milliarden Pfund Sterling

Neben diesem Vergleich der finanziellen Möglichkeiten vermittelt der bereits zitierte Beitrag auch eine Zusammenstellung der militärischen Stärke der Sowjetunion nach dem Stand vom Sommer 1950:

2 800 000 Mann unter Waffen
175 aktive Divisionen
40 000 Panzer, davon 4000—5000 in organisierten Formationen
19 000 Flugzeuge
300 U-Boote
60 Zerstörer
175 Torpedoboote
und eine große Anzahl verschiedener kleinerer Einheiten.

Der Verfasser des zitierten Beitrages weist jedoch darauf hin, daß 175 sowjetische Divisionen an Mannschaftsstärke nur etwa 70—80 britischen oder amerikanischen Divisionen entsprechen, und daß 58 sowjetische Panzerdivisionen etwa 25 britischen oder amerikanischen Panzerdivisionen entsprechen.

Für die Westmächte werden nach dem Stand von Ende August 1950 folgende Zahlen genannt:

9 $\frac{1}{2}$ alliierte Divisionen in Westdeutschland einschließlich einer amerikanischen Division Militärpolizei
1 $\frac{1}{2}$ französische Divisionen im französischen Mutterland
1 Division belgischer, holländischer und luxemburgischer Truppen
7 $\frac{1}{2}$ britische Divisionen, davon 4 in Uebersee, 2 $\frac{1}{2}$ in Deutschland und eine in Großbritannien

Bis 1951 sollen 20 Divisionen auf dem Kontinent und 5 Divisionen als strategische Reserven für Europa in Großbritannien und den Vereinigten Staaten zur Verfügung stehen.

Gleichstellung von militärischer, wirtschaftlicher und sozialer Sicherheit

Der Ständige Rat des Atlantikpaktrates hatte den Auftrag, bis Ende September Entwürfe vorzubereiten, welche den für Mitte September nach New York einberufenen Außenministern der Atlantikpakt-

staaten als Grundlage für endgültige Entschlüsse dienen sollten.

Das wichtigste Ergebnis der ersten Beratungen war die Erkenntnis, daß die militärische Wiedererstarkung der westlichen Welt nicht länger der wirtschaftlichen Erholung nachgestellt werden könne⁶. Von seiten des amerikanischen Delegierten wurde nachdrücklich darauf hingewiesen, daß die Vereinigten Staaten von den europäischen Ländern zunächst größere eigene Anstrengungen erwarten, ehe der amerikanische Kongreß für die Bereitstellung weiterer finanzieller Mittel zur Unterstützung der europäischen Länder gewonnen werden könne.

Diese amerikanische Haltung fand auch Ausdruck in einer Note der amerikanischen Regierung an die europäischen Mitglieder des Atlantikpaktes. In dieser Note wurde um Auskunft darüber ersucht, welche zusätzlichen Beiträge die einzelnen Staaten zur Verstärkung der kollektiven Wehrbereitschaft, die angesichts erhöhter Kriegsgefahr notwendig erscheine, leisten zu können glaubten. Dabei sollten sich die europäischen Länder nicht nur auf Schritte beschränken, die sie selbst zu finanzieren in der Lage wären, sondern auch weitere Möglichkeiten eines beschleunigten Rüstungsaufbaues mit vermehrter amerikanischer Hilfe einbeziehen. Die Antworten wurden dringend bis zum 5. August 1950 verlangt.

Vorschläge zur Beschleunigung der Verteidigungsmaßnahmen

Das Ergebnis der Konferenz des Konsultativrates der Brüsseler Paktmächte in Den Haag vom 1. August 1950 kann als erste Reaktion auf die dringende amerikanische Erkundigung angesehen werden. Unter Zugrundelegung der Empfehlungen von Fontainebleau beschlossen die Außenminister, eine erhebliche Steigerung der Verteidigungsbemühungen der fünf Länder im Rahmen des Nordatlantikpaktes durchzuführen.

Am 1. August trat der Ständige Rat des Atlantikpaktes in London zu Besprechungen mit Vertretern der Ständigen Gruppe des Militärausschusses, die überraschend eigens zu diesem Zweck aus Washington gekommen waren, zusammen. Diese Militärexperten legten eindeutig klar, daß alle bisher aufgestellten Pläne zur Erhöhung der Rüstungsproduktion und Vermehrung der Truppenbestände nicht ausreichten und daß unverzüglich zu konkreten Maßnahmen geschritten werden müsse. Das vom Ständigen Rat am 4. August 1950 veröffentlichte Communiqué besagte, daß diese Forderung, die im wesentlichen die Grundlage der viertägigen Erörter-

6) Das am 28. Juli 1950 veröffentlichte Communiqué besagt im einzelnen: „Die Stellvertreter anerkennen die Notwendigkeit der Aufrechterhaltung und Sicherung des wirtschaftlichen Wiederaufbaus und der wirtschaftlichen Stabilität im Nordatlantikgebiet. Sie stimmen aber darin überein,

daß, wenn der wirtschaftliche Wiederaufbau und die soziale Wohlfahrt gesichert werden sollen, eine angemessene Sicherheit, die sich auf die Schaffung eines wirksamen gemeinsamen Verteidigungssystems gründet, mehr denn je von wesentlicher Bedeutung ist.“

rungen bildete, einstimmig angenommen wurde. Die verschiedenen Organe des Atlantikpaktes wurden durch den Rat der Stellvertreter angewiesen, ein Programm für die beschleunigte und verstärkte Produk-

tion bestimmter Waffen auszuarbeiten. Die Stellvertreter übernahmen es, ihren Regierungen persönlich über die dringende Notwendigkeit der Durchführung der gefaßten Beschlüsse zu berichten.

Die langfristigen Verteidigungspläne der westeuropäischen Länder

Das britische Rüstungsprogramm

Bis zum erneuten Zusammentritt der Stellvertreter am 22. August 1950 hatten die europäischen Nationen auf die amerikanische Anfrage geantwortet. Naturgemäß kommt den Antworten Großbritanniens und Frankreichs hierbei besondere Bedeutung zu.

Großbritannien antwortete als erste Nation am 3. August 1950. Das britische Memorandum hatte folgenden Wortlaut:

1. „Die Regierung des Vereinigten Königreiches ist von der Regierung der Vereinigten Staaten gebeten worden, sie über Art und Ausmaß der gesteigerten Bemühungen zu unterrichten, sowohl hinsichtlich einer Verstärkung der Streitkräfte und der Rüstungsproduktion, die die britische Regierung zu übernehmen willens und fähig ist, als auch hinsichtlich zusätzlicher Rüstungsprogramme, die mit Hilfe der Vereinigten Staaten in Angriff genommen werden könnten. Die britische Regierung begrüßt diese neue Initiative der Regierung der Vereinigten Staaten.

2. Vor der Aggression in Korea betrugen die britischen Ausgaben für Verteidigungszwecke jährlich 780 Millionen Pfund Sterling (2,184 Milliarden Dollar); ein zusätzliches Sofortprogramm über 100 Millionen Pfund Sterling für Waffen und Ausrüstung ist nun in Angriff genommen worden. Truppen für Korea werden bereitgestellt; Einberufungsbefehle an Reservisten des Heeres und der Flotte sind erlassen worden.

3. Seit Beendigung des Krieges hat Großbritannien die allgemeine Wehrpflicht beibehalten. Etwa eine Million junger Leute haben seit Juni 1945 ihrer Wehrpflicht genügt und eine militärische Ausbildung erhalten. Seit Anfang 1949 besteht neben der allgemeinen Wehrpflicht die anschließende Pflicht für Reserveübungen in der Territorialarmee und anderen Hilfsformationen für einen Zeitraum von vier Jahren.

Es besteht also dadurch eine wesentliche und ständig zunehmende Reserve von jungen ausgebildeten Mannschaften neben der Reserve des stehenden Heeres und über 4 Millionen älteren Leuten, die während des letzten Krieges ihre militärische Ausbildung erhalten haben.

Unter den gegebenen Umständen und selbst unter Berücksichtigung der Lieferung von Ausrüstung im Rahmen des Gesetzes zur gemeinsamen Verteidigung, hält die britische Regierung die Steigerung der Produktion von Waffen und Ausrüstung für die dringlichste Notwendigkeit.

4. Das neue Programm, das die britische Regierung nunmehr vorlegt, würde die Verteidigungsausgaben des Vereinigten Königreiches für die nächsten drei Jahre auf insgesamt 3,4 Milliarden Pfund Sterling oder durchschnittlich von jährlich mehr als 1,1 Milliarden Pfund Sterling erhöhen.

Dies bedeutet, daß die britische Regierung grundsätzlich bereit ist, die Summe der Verteidigungsausgaben von etwa 8 v. H. des Volkseinkommens auf etwa 10 v. H. zu erhöhen. Inwieweit es jedoch möglich sein wird, diese neue und obere Grenze zu erreichen, wird von dem Ausmaß der von den Vereinigten Staaten in Zukunft geleisteten Hilfe abhängen.

5. Die britische Regierung ist sich bei dieser Entscheidung darüber klar, daß eine so beträchtliche Erhöhung ihrer bereits hohen Verteidigungsausgaben die Nachkriegserholung der britischen Wirtschaft, die sich bereits sehr strecken muß, unvermeidlich verlangsamen wird. Die britische Regierung ist jedoch bemüht, diese Anstrengung als ihren Beitrag zur Verteidigung der freien Welt in der gegenwärtigen bedrohlichen Situation zu leisten.

Es ist das größte Programm, das in dem vorgesehenen Zeitraum verwirklicht werden kann, ohne eine Dienstverpflichtung zur Arbeit und die Beschlagnahme von Fabriken wieder einzuführen, oder den langwierigen Bau und die Ausrüstung neuer Industriekapazitäten zu unternehmen, was keine schnellen Ergebnisse zeitigen würde.

Ein größeres Verteidigungsprogramm würde nicht mit der von der Regierung der Vereinigten Staaten geäußerten Ansicht zu vereinbaren sein, daß die Fortführung des wirtschaftlichen Wiederaufbaus in der nahen Zukunft — wenn auch möglicherweise in einem langsameren Tempo als bisher — notwendig sein wird; nicht nur zur Erreichung des allgemeinen Zieles, sondern auch zur Erreichung des unmittelbaren Zieles größerer militärischer Stärke.

6. Die Durchführung des gesamten Dreijahresprogrammes in Höhe von 3,4 Milliarden Pfund Sterling würde sehr schwere Kosten bei der Bezahlung der erforderlichen Dollar- und anderen Einfuhren verursachen und den Verlust von Ausfuhren und eine Beschränkung der notwendigen Investitionen in Großbritannien selbst bedeuten.

Diese Bürde würde so schwer sein, daß es unmöglich sein würde, das gesamte Programm ohne wesentliche amerikanische Hilfe zusätzlich zu der Vollendung des europäischen Wiederaufbauprogrammes durchzuführen. Selbst dann wird es echte und erhebliche Opfer des britischen Volkes verlangen. Es wird den Wiederaufbau und die Verbesserung seiner eigenen Lebensverhältnisse verzögern, die es als ein Ergebnis seiner Bemühungen seit dem Ende des Krieges erhofft hatte.

7. Die britische Regierung sieht sich daher nicht in der Lage, eine so vollständige Umschaltung ihrer produktiven Hilfsquellen auf Verteidigungszwecke, die mit den von der amerikanischen Regierung angedeuteten Zielen übereinstimmen würde, durchzuführen, es sei denn, daß die amerikanische Regierung ihre finanzielle Unterstützung anbieten kann.

Während ein großer Teil dieser Hilfe natürlich für die Bezahlung von Materialien, Werkzeugmaschinen, Einzel- und Ersatzteilen an die Vereinigten Staaten selbst benötigt würde, ist es unter den gegebenen Umständen erforderlich, daß der übrige Teil aus in Form von in der Welt frei verfügbaren Dollarmitteln bestehen sollte. Eine frühzeitige Lieferung von Werkzeugmaschinen, Rohmaterialien und anderen Gegenständen aus amerikanischen Quellen ist für die Durchführung dieser Pläne erforderlich.

8. Würde die amerikanische Hilfe gewährt, so könnte die Steigerung der britischen Rüstungsproduktion es ermöglichen, einige Mängel sowohl in der Ausrüstung der Streitkräfte anderer Länder der Nordatlantikpakt-Organisation als auch der britischen Streitkräfte zu beheben.

Angesichts der Notwendigkeit, die Verteidigung der Atlantikmächte und die Ausnutzung der Hilfsquellen aller Mächte der Nordatlantikpakt-Organisation auf einer koordinierten Grundlage aufzubauen, schlägt die britische Regierung vor, Ausrüstungsstücke britischer Herkunft, die den Atlantikpaktstaaten zur Ausrüstung ihrer Streitkräfte geliefert wurden, auf Grund vereinbarter Pläne kostenlos für eine ausgeglichene gemeinsame Verteidigung zu liefern.

9. Schätzungen, die sich auf diese Vorschläge stützen, werden dem Parlament so bald wie möglich vorgelegt werden, dies kann jedoch nicht eher geschehen, als bis Abmachungen mit der Regierung der Vereinigten Staaten getroffen worden sind.

10. Eine Abschrift dieses Memorandums wird dem Vorsitzenden des stellvertretenden Atlantikrates durch den britischen Delegierten überreicht werden.“

Während die britische Regierung in ihrem Memorandum behauptete, unter keinen Umständen noch mehr tun zu können, vertrat die Londoner *Times* vom 4. August 1950 die Ansicht, daß die Regierung die Fähigkeiten der Wirtschaft doch wohl zu vorsichtig beurteilt hätte. Auf Grund der steigenden Produktivität könne ein größerer Teil des neuen Programms durchgeführt werden, ohne daß der Lebensstandard beeinträchtigt würde. Für das Jahr 1950 erwartete die britische Regierung eine Steigerung des Sozialproduktes um mehr als 300 Millionen Pfund Sterling; auf Grund der gegenwärtigen Leistungen müsse jedoch, wie die *Times* schreibt, mit einer Steigerung um 450—500 Millionen Pfund Sterling gerechnet werden. Eine solche Entwicklung würde die Möglichkeiten für eine erhöhte Rüstungsproduktion nicht gerade beeinträchtigen.

Der *Economist* stellt die Frage, ob eine Erhöhung des Wehrhaushaltes um 40 v. H. überhaupt ausreichen werde, um ein Minimum wirksamer Verteidigung zu erreichen und fügt hinzu, daß die in dem Memorandum zum Ausdruck kommende Selbstzufriedenheit und das Bestehen auf einem ordnungsgemäßen Vorgehen unheilvoll an die Jahre 1939 und 1940 erinnere. Die geplanten Maßnahmen würden den Steuerzahler und Verbraucher keinesfalls unmittelbar betreffen.

Die französische Konzeption der atlantischen Verteidigung

Am 7. August wurde die Denkschrift der französischen Regierung der Öffentlichkeit zugänglich gemacht⁷. Das Memorandum schildert zunächst die von Frankreich auf dem Gebiet der Rüstung bereits gemachten Anstrengungen, wobei die Höhe des Wehrhaushaltes als Ausgangspunkt dient. Für das Jahr 1950 wird die Summe von 500 Milliarden ffr. genannt, die 8,2 v. H. des Volkseinkommens entspricht. Mit Wirkung vom 1. Januar 1951 wird dieses Budget um 80 Milliarden ffr., das sind 18 v. H. mehr als es ursprünglich für 1950 vorgesehen war, erhöht werden. Diese Ausgaben ermöglichen Frankreich, verhältnismäßig hohe Truppenbestände im eigenen Lande, in der Besatzungszone in Deutschland und in den Ländern der französischen Union zu unterhalten, insbesondere, da die französischen Soldaten nur einen äußerst geringen Sold (weniger als 2 amerikanische Cents pro Tag) erhalten.

Die in den drei Waffengattungen unterhaltenen Truppenbestände erreichen unter Einschluß der Gendarmerie gegenwärtig 659 000 Mann, davon sind etwa 150 000 Mann seit Jahren in den Kämpfen in Indochina eingesetzt.

Das von der französischen Regierung geplante neue Rüstungsprogramm wird die bereits begonnene Neuausrüstung der stehenden Divisionen vervollständigen, die insbesondere mit Hilfe der amerikanischen militärischen Hilfe vorgenommen wird. Das neue Programm wird im Laufe der nächsten drei Jahre für die Ausrüstung und den Unterhalt der zusätzlichen Truppen eine Ausgabe von ungefähr 2000 Milliarden ffr. erfordern. Dieser Betrag berücksichtigt sowohl die Waffenlieferungen, die bereits in Ausführung des zweiten Abschnittes der amerikanischen militärischen Hilfe vorgesehen sind als auch die Ausgaben, die zur Finanzierung der zusätzlichen Rüstungsproduktion in Frankreich selbst sowie in den anderen am Atlantikpakt beteiligten Ländern benötigt werden. Er schließt ferner die ersten drei Jahresraten des vom Parlament verabschiedeten Fünfjahresplanes für die französische Luftwaffe ein. Die Denkschrift gibt keine Auskunft darüber, wie die 2000 Milliarden ffr. aufgebracht werden sollen, beziehungsweise welchen Beitrag Frankreich selbst davon zu leisten in der Lage ist. Die französische Note weist im übrigen an vielen anderen Stellen eine auffallende Übereinstimmung mit dem Text des britischen Memorandums auf.

In dem Memorandum wird weiter ausgeführt, daß Frankreich mit Hilfe der zusätzlichen Rüstungsausgaben in der Lage sein wird, innerhalb von drei Jahren 15 neue Divisionen aufzustellen. Es wird nach-

⁷ Vgl. den vollen Wortlaut des Memorandums in *Le Monde* No. 1721 vom 8. August 1950.

drücklich darauf hingewiesen, daß die Durchführbarkeit des zusätzlichen, ausgedehnten Rüstungsprogramms vor allem von der Hilfe abhängig ist, die Frankreich von den übrigen Atlantikpaktmächten, insbesondere von den Vereinigten Staaten, erhalten wird. Anschließend wird hervorgehoben, daß die Aufrüstung nicht eine Gefährdung der im Zuge des wirtschaftlichen Wiederaufbaus des Landes erzielten Ergebnisse sowie eine ins Gewicht fallende Verminderung der Neuinvestitionen zur Folge haben dürfe, zumal Frankreich die Schäden des letzten Krieges noch lange nicht beseitigt habe.

Die Stabilität der Währung, die Beibehaltung eines ausgeglichenen Budgets und die Aufrechterhaltung eines befriedigenden Lebensstandards haben, so erklärt die französische Denkschrift, als wesentliche Bestandteile des Verteidigungspotentials zu gelten. Die französische Regierung kommt zu der Schlußfolgerung, daß, wie groß auch die der französischen Bevölkerung auferlegten Opfer sein mögen, das neue zusätzliche Rüstungsprogramm nur dann verwirklicht werden könne, wenn Frankreich einen auswärtigen Beitrag in Form sowohl von Waffen, Rohstoffen und Maschinenlieferungen als auch einer wesentlichen Finanzhilfe erhalten würde.

Die französische Denkschrift hebt noch zwei Punkte besonders hervor:

1. Die Verteidigung des Friedens erfordert, daß auf dem europäischen Kontinent ausreichende Land- und Luftstreitkräfte aufrechterhalten werden. Die Kräfte der kontinentalen Staaten reichen dazu nicht aus, und infolgedessen müssen auch die Vereinigten Staaten und Großbritannien an der Verteidigung Europas mit einer ausreichenden Anzahl von auf dem Festlande stationierten Divisionen teilnehmen.

2. Die Durchführung des gemeinsamen Verteidigungsprogrammes wird sämtlichen beteiligten Ländern schwere Opfer auferlegen. Diese Opfer müssen im Verhältnis zu den Hilfsquellen der einzelnen Länder stehen. Es muß sich dabei wirklich um ein gemeinsames Werk der Atlantikpaktmächte handeln. Dieser gemeinschaftliche Charakter des Unternehmens muß durch die Schaffung gemeinsamer politischer und wirtschaftlicher Planungs- und Ausführungsorgane vergegenständlicht werden, wobei insbesondere die Notwendigkeit eines einheitlichen militärischen Oberbefehls und eines gemeinsamen Finanzierungssystems unterstrichen wird.

Der Grundgedanke dieses Vorschlages war bereits am 1. August 1950 von dem französischen Finanzminister *Petsche* vor der Nationalversammlung entwickelt worden:

„Die atlantische Verteidigung stellt einen Block dar, jedoch nicht nur militärisch, sondern gleichzeitig auch wirtschaftlich, sozial und finanziell.“

Nach dieser These könnten die Wehrhaushalte für jedes einzelne Land erst dann festgesetzt werden,

wenn die Bilanz seiner Menschenkräfte, seiner finanziellen und industriellen Mittel gezogen ist. Die von jedem einzelnen Land verlangten Opfer werden von dieser Bilanz bestimmt werden. Außenhandel, Währung, alle Elemente des Wirtschaftslebens würden von dem Gesichtspunkt dieser Gemeinsamkeit behandelt werden.

Diese Konzeption der Unteilbarkeit von militärischer, wirtschaftlicher und sozialer Sicherheit ist ein Gegenstück zu Achesons Forderung nach „totaler Diplomatie“, das freilich auf völlig anderen Voraussetzungen beruht. Sie entstand zu dem Zeitpunkt, da die Frage der Einbeziehung Westdeutschlands in die Atlantische Gemeinschaft aus dem Nebel der Gerüchte und Dementis immer klarer als eine unumgängliche Notwendigkeit hervortrat.

Diese Entwicklung führte Frankreich zwangsläufig vor die Frage, wie es sich gegen ein wiedererstarkendes Deutschland und gegen eine eventuelle deutsche Hegemonie auf dem Kontinent sichern könne. Auch der Schumanplan entsprang diesem Bedürfnis nach Sicherheit. Wir haben auf diese Zusammenhänge ausführlich im ersten Teil dieses Beitrags hingewiesen, für den nicht zufällig der Titel „Schumanplan und Atlantikpakt“ gewählt wurde. (Vergl. Europa-Archiv 13/1950, S. 3151, letzter Absatz.)

Die französische Regierung hat auch gegenüber den Vorschlägen *Churchills* für die sofortige Schaffung einer europäischen Armee und bei den Beratungen der Außenminister der drei Westmächte und der Atlantikpaktstaaten im September 1950 an dieser Konzeption festgehalten. Ihr Widerstreben gegen die sofortige Einbeziehung Deutschlands in die Atlantische Gemeinschaft ist zum nicht geringen Teil darauf zurückzuführen, daß eben die gewünschte Sicherung noch nicht erreicht, der Schumanplan noch nicht unter Dach und Fach gebracht war. Am Quai d'Orsay betonte man daher nachdrücklich, die kontinentale Politik Frankreichs bestehe zunächst in dem Streben, den Schumanplan zu verwirklichen.

Die Vorschläge des französischen Finanzministers *Petsche* stellen daher eine folgerichtige Weiterentwicklung der großen Konzeption der französischen Diplomatie dar.

Sowohl in Großbritannien als auch in den Vereinigten Staaten schenkte man diesem französischen Vorschlag große Beachtung. Der in dem französischen Memorandum zum Ausdruck kommende Wunsch nach Verstärkung der britischen und amerikanischen Streitkräfte in Europa, vor allem wohl in Deutschland, fand dagegen kein günstiges Echo. In den Vereinigten Staaten war man zu diesem Zeitpunkt nicht bereit, eine Verstärkung der Streitkräfte in Europa vorzunehmen, eine Haltung, die stark durch das Geschehen in Korea beeinflußt wurde, wo immer mehr amerikanische Truppen erforderlich wurden.

Die organisatorischen Vorschläge Frankreichs

Am 17. August 1950 wurde dem amerikanischen Botschafter in Paris, David Bruce, von der französischen Regierung das bereits angekündigte erläuternde Memorandum überreicht. Dieses Memorandum wurde jedoch nicht veröffentlicht.

Soweit sich aus den spärlichen Äußerungen über den Inhalt des Memorandums entnehmen ließ, scheint die französische Regierung das Schwergewicht auf die Kollektivorganisation der Verteidigung des Westens zu legen und aus diesem Grunde für die umgehende Schaffung eines gemeinsamen Oberkommandos einzutreten. Ein weiterer wichtiger Gesichtspunkt dürfte die Anregung für eine Vereinfachung und teilweise Zusammenlegung der durch den Brüsseler Pakt und den Atlantikpakt geschlossenen gemeinsamen Organisation gewesen sein. Die Standardisierung der Rüstung und die Verstärkung der internationalen Arbeitsteilung in der Rüstungsproduktion, die gerechte Verteilung der Rüstungskosten und die Schaffung eines einheitlichen Finanzierungssystems dürften gleichfalls in dem Memorandum behandelt worden sein. Französischerseits wird besonders großer Wert darauf gelegt, daß die zwar als notwendig anerkannten zusätzlichen Rüstungsausgaben nicht zur Beeinträchtigung des wirtschaftlichen Gleichgewichts der beteiligten Länder oder zu einer inflationistischen Entwicklung führen. Die von Frankreich geforderte Zentralisierung und Vereinfachung zielte letzten Endes auf ein wirksames und mit größeren Vollmachten ausgestattetes Organ, als es die Organisation des Atlantikpaktes je sein kann.

Die französische Regierung knüpft hier an Gedanken an, die der damalige französische Ministerpräsident, Georges Bidault, bereits am 16. April 1950 in seiner aufsehenerregenden Rede in Lyon entwickelte, als er die Schaffung einer obersten alliierten Behörde, den sogenannten Hohen Atlantikrat vorschlug⁸. Auch zu dem „großen Schumanplan“, den der französische Außenminister am 26. April 1950 in Paris darlegte, ergeben sich gewisse Parallelen zu der jetzt von Frankreich geforderten Vereinfachung und Zentralisierung: Das damals von Schuman geforderte Ständige Exekutivorgan⁹ dürfte etwa das gewesen sein, was das neue französische Memorandum als Verwaltungsvereinfachung und Zentralisierung vorschlug.

Britische und französische Sofortmaßnahmen

Ohne das Ergebnis des Notenwechsels abzuwarten, unternahmen die französische und die britische Regierung bereits im Verlaufe der Monate Juli und August die ersten Schritte zum Ausbau ihrer militärischen Stärke. Das Aufrüstungsprogramm der britischen Regierung, das als Dreijahresplan in dem Memorandum vom 3. August umrissen worden war,

wurde am 14. August 1950 vom Unterhaus gebilligt. Gleichzeitig wurde die Dienstzeit von 18 auf 24 Monate erhöht und die Aufstellung von drei neuen Divisionen, die Entsendung einer weiteren Division nach Deutschland und die Aufstellung von zehn Reservedivisionen der Territorialarmee beschlossen. Am 22. August ordnete die britische Admiralität die Wiederindienststellung von 89 Kriegsschiffen (vornehmlich kleineren Fahrzeugen) an. Am 18. September führte die britische Regierung eine Exportkontrolle für kriegswichtige Güter ein.

Die französische Nationalversammlung hatte am 28. Juli ein Luftrüstungsprogramm für 5 Jahre gebilligt. Am 2. September 1950 schlug Ministerpräsident Plevin die Verlängerung der Dienstzeit von 12 auf 18 Monate vor. Am 8. September wurde die Absicht bekanntgegeben, 100 000 Soldaten, deren Dienstzeit am 1. November 1950 abläuft, bis Januar 1951 unter den Waffen zu behalten. Am 28. September setzte der französische Ministerrat einen Ausschuß zur Ausfuhrkontrolle kriegswichtiger Materialien ein. Am gleichen Tage beschloß der Ministerrat die Bildung von Heimwehrverbänden.

Konkrete Maßnahmen zur Erhöhung der Rüstungsausgaben und zur Verlängerung der Dienstpflicht konnten jedoch vor Oktober 1950 nicht getroffen werden, da das französische Parlament in Ferien war.

Die Verteidigungsbereitschaft der übrigen westeuropäischen Länder

Die Bemühungen der übrigen westeuropäischen Atlantikpaktländer sollen hier nur kurz zusammengefaßt werden:

Belgien: Die Regierung schlägt die Erhöhung des Wehrhaushaltes um 5 Milliarden bfrs. bis Ende 1951 vor; die Dienstzeit soll von 12 auf 24 Monate verlängert werden; die Bildung einer Heimwehr wird geplant. Konkrete Maßnahmen konnten zunächst nicht getroffen werden, da das belgische Parlament erst im Oktober wieder zusammentrat.

Dänemark: Der Wehrhaushalt wird um 350 Millionen Kronen erhöht.

Italien: Verstärkung der Streitkräfte von 175 000 auf 250 000 Mann (dies ist die im Friedensvertrag festgesetzte Höchstgrenze); Bereitstellung von 50 Milliarden Lire zu Verteidigungszwecken.

Luxemburg: Verlängerung der Dienstzeit von 6 auf 12 Monate. Stärke der Armee 2000 Mann.

Niederlande: Neuaufstellung von 3 Divisionen; Einberufung von Reservisten. Das dem Parlament am 19. September vorgelegte Budget sieht eine Milliarde Gulden für Wehrausgaben vor.

Norwegen: Erhöhung des laufenden Wehrhaushaltes um 100 Millionen Kronen; Bereitstellung von 250 Millionen Kronen für ein dreijähriges Rüstungsprogramm.

Portugal: Keine Maßnahmen bekannt

Island: Keine Maßnahmen bekannt.

8) Vgl. Europa-Archiv 13/1950, S. 3149.

9) Vgl. Europa-Archiv 13/1950, S. 3151–52.

Griechenland und die Türkei wurden Anfang Oktober in die Planung des Atlantikpaktes im Mittelmeerraum einbezogen. Ein Aufnahmegesuch der Türkei, ordentliches Mitglied des Atlantikpaktes zu werden, war Anfang August abgelehnt worden.

Schweden, das dem Atlantikpakt ferngeblieben ist, ergriff ebenfalls Maßnahmen zur Erhöhung der Verteidi-

gungsbereitschaft, insbesondere zur Verstärkung der Flotte.

Die Schweiz, die gleichfalls nicht zum Atlantikpakt gehört, stellte einen Fünfjahresplan zur Verstärkung und Modernisierung der Armee auf. Hierfür sind jährlich 460 Millionen sfrs. und ein zusätzlicher Kredit von 1,4 Milliarden sfrs. vorgesehen.

Die Hilfsmaßnahmen der Vereinigten Staaten und Kanadas im Rahmen des Atlantikpaktes

Waffenhilfe für Europa

Die Gesamtheit der europäischen Bemühungen tritt jedoch in den Hintergrund gegenüber der Schnelligkeit und Großzügigkeit, mit der die Vereinigten Staaten sich der durch den Ausbruch der Feindseligkeiten in Korea entstandenen neuen Lage anpaßten.

Am 1. Juni 1950 forderte Präsident *Truman* den amerikanischen Kongreß zur Fortsetzung der amerikanischen Waffenhilfe¹⁰ an die vom Kommunismus bedrohten Staaten in Europa und Asien auf. Präsident *Truman* beantragte für das Finanzjahr 1950/51 einen Betrag von 1 222 500 000 Dollar für militärische Auslandshilfe, von dem genau wie im Vorjahr 1 Milliarde für die Partnerstaaten des Nordatlantikpaktes vorgesehen wurden. Bei der Begründung seines Antrages erklärte Präsident *Truman*:

„Die vielschichtigen Vorbereitungsarbeiten für die Aufstellung detaillierter und nach dem Prinzip ausgewogener Kollektivstreitkräfte ausgerichteter Verteidigungspläne sind in vollem Gange. Wir haben vorläufig noch keine endgültige Entscheidung über Ausmaß und Art der zu unserer Sicherung vor einer gegen den Nordatlantikraum gerichteten zukünftigen Aggression benötigten Streitkräfte und Ausrüstung getroffen. Eines steht jedoch bereits fest: der militärische Schutz Westeuropas erreicht nicht das für die Sicherheit erforderliche Minimum. Diese Länder müssen ihre Streitkräfte so schnell ausbauen, wie es ihnen ihre Hilfsmittel nur erlauben, und wir müssen ihnen dabei im größtmöglichen Umfang helfen. Zu diesem Zweck empfehle ich dem Kongreß die Bereitstellung weiterer Geldmittel in Höhe von einer Milliarde Dollar für das kommende Finanzjahr. In Verbindung mit unserem eigenen Verteidigungsbudget und den Verteidigungsbudgets der anderen Paktstaaten werden diese Geldmittel die Fortführung des so zufriedenstellend angelaufenen Ausbaues der Verteidigung des Nordatlantikraumes ermöglichen.“

Unter dem Eindruck der Ereignisse in Korea ging die Bewilligung der Gesetzesvorlage für militärische Auslandshilfe in diesem Jahr noch schneller und reibungsloser vonstatten als im Vorjahre. Bereits am 26. Juli 1950 konnte Präsident *Truman* das neue Gesetz unterschreiben. (1 Milliarde Dollar für die Atlantikpaktstaaten, 131,5 Millionen Dollar für China und 16 Millionen Dollar für Korea und die Philippinen.)

Vier Tage später, am 1. August 1950, beantragte der Präsident der Vereinigten Staaten die Bewilligung von zusätzlichen 4 Milliarden Dollar für Zwecke der militärischen Auslandshilfe. Rund 3½ Milliarden Dollar wurden von diesem Betrag für die Partner des Atlantikpaktes vorgesehen. Zusammen mit den vom amerikanischen Verteidigungsministerium beantragten Mitteln betrug die am 26. August 1950 vom Repräsentantenhaus bewilligte Gesamtsumme für militärische Zwecke 16,771 Milliarden Dollar, von denen knapp ein Viertel für die militärische Unterstützung westeuropäischer Länder vorgesehen wurde. Der amerikanische Senat erhöhte diese Summe am 14. September 1950 auf 17,192 Milliarden Dollar.

Von Kanada wurde eine finanzielle Unterstützung der europäischen Atlantikpaktstaaten nicht in Erwägung gezogen, dagegen erklärte es sich zu kostenlosen Waffenlieferungen an die europäischen Partner des Atlantikpaktes bereit.

Mobilisierung der Heimatfront

Neben diesen finanziellen Bemühungen verdienen auch die sofort eingeleiteten Maßnahmen zur Verstärkung der Verteidigung durch die Mobilisierung von Reserven und Wiederindienststellung von Einheiten der Luftwaffe und Flotte besondere Beachtung. Am 1. September 1950 wurde das Gesetz zur Mobilisierung der Heimatfront verabschiedet. Dieses Gesetz ermächtigt den Präsidenten zu Lohn- und Preiskontrollen, Rationierungen und Maßnahmen zur Bekämpfung einer Inflation. In einer Rundfunkbotschaft vom gleichen Tage erklärte Präsident *Truman*, er halte die Erhöhung der Streitkräfte der Vereinigten Staaten auf 3 Millionen Mann für erforderlich. Bei Ausbruch des Krieges in Korea betrug die Stärke 1 460 000 Mann.

Erhöhung der Streitkräfte in Europa

Am 9. September ordnete der Präsident eine Verstärkung der amerikanischen Landstreitkräfte in Europa an, nachdem bereits am 3. Juli 1950 eine Verstärkung der amerikanischen Luftstreitkräfte in Großbritannien und der amerikanischen Seestreitkräfte im Mittelmeer beschlossen worden war.

10) Vgl. hierzu unseren Beitrag über die militärische Organisation der Atlantischen Gemeinschaft in Europa-Archiv 6/1950, S. 2905—2909 und den Wortlaut des Gesetzes

zum Waffenhilfsprogramm von 1949 in der gleichen Folge, S. 2910—2914.

Die Erklärung des amerikanischen Präsidenten hatte folgenden Wortlaut:

„Auf Grund von Empfehlungen der gemeinsamen Stabschefs, denen auch der Außenminister und der Verteidigungsminister zustimmen, habe ich heute die wesentliche Erhöhung der Stärke der amerikanischen Streitkräfte in Westeuropa im Interesse der Verteidigung dieses Gebietes gebilligt. Das Ausmaß dieser Erhöhung und der Zeitpunkt werden in einer Zusammenarbeit mit unseren Partnern des Nordatlantikpaktes abgestimmt werden. Eine Grundvoraussetzung für die Durchführung dieser Entscheidung ist das Ausmaß, in dem unsere Freunde in dieser Hinsicht unseren Handlungen entsprechen. Wir erwarten, daß feste Programme für die Entwicklung ihrer Streitkräfte mit der Entsendung zusätzlicher Streitkräfte der Vereinigten Staaten nach Europa Schritt halten. Unsere Pläne beruhen auf der aufrichtigen Erwartung, daß unsere Bemühungen ähnliche Aktionen auf ihrer Seite hervorrufen. Der Zweck dieser Maßnahmen ist die Erhöhung der Wirksamkeit unserer kollektiven Verteidigungsbemühungen und dadurch die Erhaltung des Friedens zu sichern.“

Am 30. September 1950 sagte auch der kanadische Premierminister, *St. Laurent*, die Entsendung von Truppenkontingenten nach Europa im Bedarfsfalle zu.

Mit diesen bedeutsamen Entschlüssen kamen die Vereinigten Staaten und Kanada den Wünschen der

europäischen Partner des Atlantikpaktes sehr entgegen. Insbesondere Frankreich hatte immer wieder eine Verstärkung der amerikanischen Streitkräfte in Europa als eine unerläßliche Voraussetzung der weiteren Verteidigungsbemühungen gefordert.

Amerikanische Kritik an den westeuropäischen Bemühungen

Angesichts der großen Bemühungen der Vereinigten Staaten, die außerdem die Hauptlast der durch den Krieg in Korea entstandenen Lage trugen, durfte es nicht überraschen, daß die von den westeuropäischen Regierungen in ihren Memoranden bekanntgegebenen Pläne und die bisher verwirklichten Maßnahmen als unzureichend kritisiert wurden. Der republikanische Ratgeber Präsident Trumans in außenpolitischen Angelegenheiten, *John Cooper*, erklärte:

„Ich bin gezwungen festzustellen, daß diese Vorschläge, verglichen mit dem tatsächlichen Bedarf an Truppen, Rüstungs- und Verteidigungsmaterial, unzureichend sind.“

In Kreisen der westeuropäischen Nationen vertrat man jedoch die Ansicht, daß, wenn das europäische Wiederaufbauprogramm nicht wesentlich leiden solle, größere Bemühungen unmöglich seien. Vor allem betonte man, daß ein wesentlicher amerikanischer Beitrag zur Finanzierung dieser Pläne erforderlich sei.

Vorbereitung der New Yorker Entscheidung

Aufstellung eines Sofortprogramms

Am 22. August 1950 trat der Ständige Rat des Atlantikpaktes erneut in London zusammen. Dem Ständigen Rat lagen die in den Memoranden der einzelnen westeuropäischen Nationen enthaltenen langfristigen Pläne vor. Man wurde sich jedoch klar darüber, daß zwischen kurzfristigen und langfristigen Problemen zu unterscheiden sei. Als dringendstes Problem stellte sich die Forderung, Westeuropa innerhalb der nächsten zwölf Monate militärisch so weit zu sichern, daß es allen militärischen Eventualitäten gegenüberzutreten kann.

Die Bereitschaft, den im Mai 1950 von der Atlantikpaktkonferenz in London angenommenen Grundsatz der ausgeglichenen kollektiven Streitkräfte zu verwirklichen, war bei den einzelnen Partnern nach den Ereignissen in Korea zwar wesentlich größer geworden, aber dennoch klammerten sie sich immer noch an die traditionellen Vorstellungen eigener nationaler Streitkräfte. Es ging also darum, eine gemeinsame Basis für maximale Anstrengungen in den nächsten zwölf Monaten zu finden, die aber in ihrer Gesamtheit doch nur ein Minimum darstellen würden.

Vorrang der militärischen gegenüber der sozialen Sicherheit

Am 4. September beendete der Ständige Rat seine Londoner Besprechungen, um sich bis zum 13. Sep-

tember, dem Vorabend des Treffens des Nordatlantikrates in New York, zu vertagen. In dem Schlußkommuniqué wurde mitgeteilt, daß die Stellvertreter Pläne entwarfen, um ein Programm der vordringlichen Rüstungsproduktion durchzuführen und zu finanzieren. Sie empfahlen ihren Regierungen, sofort Rüstungsaufträge zu erteilen, um die bestehende Produktionskapazität der einzelnen Länder voll auszunützen. Dieses Sofortprogramm soll in einen künftigen langfristigen Plan für die Produktion und Finanzierung des Kriegsmaterials eingebaut werden. Weiterhin wurde den zuständigen Körperschaften des Atlantikpaktes der Auftrag erteilt, die notwendigen Mittel und Wege zur militärischen Stärkung der Signatarmächte und zur angemessenen Verteilung der finanziellen Lasten zu prüfen. Dazu erklärte das Kommuniqué, daß noch viel zu tun übrig bleibe und weitere Anstrengungen und Opfer nötig seien.

Der Vorsitzende des Ständigen Rates des Atlantikpaktes, *Spofford*, erklärte auf einer abschließenden Pressekonferenz, er sei der Ueberzeugung, daß jetzt die militärische Sicherheit gegenüber der sozialen den Vorrang erhalten müsse. Die Vereinigten Staaten hofften, der soziale und wirtschaftliche Aufschwung in Europa werde nicht zum Stillstand kommen, sondern nur verlangsamt werden. *Spofford* bestätigte auf Anfrage von Pressevertretern, daß der Ständige Rat sich nicht mit der Wiederaufrüstung Deutschlands

befäßt habe. Es sei auch nicht Sache des Ausschusses, darüber zu befinden, wie viele alliierte Divisionen in Westeuropa nötig seien. Die in der Presse verbreitete Meinung, der Europäische Wirtschaftsrat in Paris (OEEC) solle zu einem europäischen Kriegswirtschaftsministerium ausgebaut werden, bezeichnete Spofford als jeder Grundlage entbehrend.

Die Verteidigung des Westens befinde sich noch immer in einem Anfangsstadium. Aus diesem Grund habe man sich entschlossen, zunächst ein Sofortprogramm auszuarbeiten. Die langfristigen Pläne seien gegenwärtig Gegenstand der Beratungen der einzelnen Unterausschüsse. Die unmittelbar drohenden Probleme bedürften jedoch einer unmittelbar wirkenden Lösung. Der stellvertretende Atlantikpakt habe daher zwei Vorschläge ausarbeiten lassen. Der Militärausschuß habe festgestellt, welches Kriegsmaterial sofort auf jeden Fall erforderlich ist, und der Produktionsausschuß habe geprüft, welche Fabriken in den beteiligten Ländern sofort für die Herstellung dieses Kriegsmaterials zur Verfügung stehen. Die Frage, ob Waffen in der Schweiz, in Schweden oder in Deutschland eingekauft werden sollen, habe nicht zur Diskussion gestanden. Die Finanzierung des Sofortprogramms werde durch die amerikanische Bereitwilligkeit ermöglicht, den europäischen Partnern finanzielle Hilfe zu gewähren, falls diese nicht aus eigener Kraft imstande seien, die Kosten zu bestreiten. Die Finanzierung solle im Rahmen der bestehenden Budgets durch reguläre Kaufverträge zwischen den beteiligten Regierungen sowie im Rahmen der europäischen Zahlungsunion erfolgen.

Rückblick und Ausblick

In den Erklärungen Spoffords kündigt sich nach einem Jahr der vorbereitenden Planung und Organisation der Uebergang in die Phase der konkreten Verwirklichung der atlantischen Verteidigungspläne an. An dieser Stelle scheint es zweckmäßig, die im Verlaufe des vergangenen Jahres — die Ratifizierung des Atlantikpaktes fand im August, die erste Sitzung des Atlantikrates am 13. September 1949 statt — im Rahmen des Paktes erzielten Ergebnisse nochmals kurz zu überblicken. Oft ist die Bildung von immer neuen Ausschüssen und das langsame Fortschreiten der Verhandlungen kritisiert worden¹¹. Dabei wurden meist die enormen technischen Schwierigkeiten übersehen, die sich einer strategischen Gesamtplanung in dem politisch noch nicht geeinigten „atlantischen

Raum“ entgegenstellen. Eine solche Gesamtkonzeption war aber die Voraussetzung für die Billigung des Waffenhilfsprogramms durch den Präsidenten der Vereinigten Staaten, die am 6. Januar 1950 erfolgte¹².

Dann mußten die Verteidigungsminister der Paktstaaten im Rahmen der strategischen Konzeption Pläne für die Aufstellung der erforderlichen Streitkräfte und ihre Organisation ausarbeiten. Im Mai 1950 wurden diese Pläne vom Atlantikrat gebilligt. Der als Exekutivorgan eingesetzte Ständige Rat unter dem Vorsitz Spoffords erhielt die Aufgabe, die Verwirklichung dieser Pläne vorzubereiten, vor allem das Problem der Finanzierung zu lösen und die Termine der Durchführung festzulegen.

Nach der Zusage der Vereinigten Staaten, sich an der Finanzierung des westeuropäischen Rüstungsprogramms zu beteiligen, konnte der Ständige Rat der New Yorker Konferenz des Atlantikrates Mitte September einen Bericht vorlegen, der als Grundlage für die definitiven Entscheidungen dienen soll.

Zu Beginn der Septemberkonferenz waren also die Probleme der Planung und der Organisation geklärt. Die Entscheidung drängte nun immer stärker auf die Einschaltung Westdeutschlands in das Atlantische Verteidigungssystem. Auf den Septemberkonferenzen wurde eine endgültige Entscheidung nicht getroffen, weil Frankreich sich noch nicht in der Lage sah, seine Zustimmung zu geben.

Inzwischen hat der Vorschlag des französischen Ministerpräsidenten Plevin über die Schaffung einer Europa-Armee unter Einbeziehung deutscher Kontingente die Zustimmung der französischen Nationalversammlung gefunden. Es sei dahingestellt, ob dieses verklausulierte Ja zu der Wiederbewaffnung Westdeutschlands für die militärischen Experten des Atlantikrates annehmbar sein wird, die mehr zur Schaffung einer atlantischen Streitmacht neigen als zu einer europäischen Armee, der Großbritannien aller Voraussicht nach fernbleiben würde. Auf jeden Fall reist der französische Verteidigungsminister, Jules Moch, mit fester Marschroute zu den am 28. Oktober 1950 in Washington beginnenden Besprechungen der Verteidigungsminister des Atlantikrates.

Die entscheidende Frage ist nun, wie sich die Bevölkerung Westdeutschlands und seine Regierung zu der Frage der Eingliederung in die „Atlantische Gemeinschaft“ stellen. (Fortsetzung folgt.)

Hermann Volle

11) Der Rahmen der Organisation des Atlantikpaktes wurde am 17. September 1949 geschaffen: Ein Verteidigungsausschuß, ein Finanz- und Wirtschaftsausschuß, ein Amt für Rüstung und Nachschub, ein Militärausschuß der Stabschefs der zwölf beteiligten Länder, eine Ständige Arbeitsgruppe militärischer Vertreter der drei Westmächte und fünf regio-

nale Planungsgruppen: Nordeuropa, Westeuropa, Mittelmeer, Kanada und die Vereinigten Staaten, Nordatlantik. Vgl. hierzu das Organisationsschema in Europa-Archiv 1/1950, S. 2734.

12) Vgl. hierzu unseren Beitrag über das Waffenhilfsprogramm der Vereinigten Staaten in Europa-Archiv 6/1950, S. 2907.

Die fünfte Tagung des Atlantikrates in New York im September 1950

Zwischenkommuniqué vom 18. September 1950

Der Nordatlantikkpakt rat widmete seine dreitägige Konferenz einer ausführlichen Diskussion aller wesentlichen Fragen, die durch die dringende Notwendigkeit einer Verstärkung der kollektiven Verteidigung gegeben sind. Der Rat ist entschlossen, die dafür notwendigen Maßnahmen in Angriff zu nehmen.

Die Besprechungen beschäftigten sich mit Angelegenheiten von weitreichender Bedeutung und bezogen sich vorwiegend auf die Schaffung einer einheitlichen (integrated) Streitmacht in möglichst kurzer Zeit, einer Streitmacht, die für die Verteidigung der Freiheit in Europa stark genug ist, und auf die damit verbundenen Fragen über die Art und Weise der Beteiligung an dieser Streitmacht, über ihre militärische Organisation und mit Fragen der Versorgung, der Finanzierung und der Rohstoffe.

Der Vorschlag einer solchen Streitmacht — unter-

stützt durch ausreichende finanzielle und versorgungstechnische Vorkehrungen auf der Basis gemeinsamer Anstrengungen — wurde von den Delegierten warm begrüßt, und es wurde beschlossen, daß die Außenminister ihre Regierungen unverzüglich über die Art und Weise einer Realisierung dieses Planes konsultieren sollen.

Viele der Probleme setzten Erwägungen voraus, die eine Konsultation erforderlich machen, um definitive Entschlüsse schnell zu ermöglichen. Um solche Konsultationen zu gestatten, vertagte sich der Rat, um jedoch jederzeit innerhalb der kommenden zwei Wochen auf Ersuchen seines Vorsitzenden wieder zusammenzutreten.

Quelle: *The New York Times* vom 19. September 1950. Uebersetzung des Europa-Archivs.

Kommuniqué der Außen- und Verteidigungsminister vom 23. September 1950

Die Außenminister Frankreichs, Großbritanniens und der Vereinigten Staaten — Robert Schuman, Ernest Bevin und Dean Acheson — trafen sich gestern und heute mit den Verteidigungsministern der gleichen Staaten — Jules Moch, Emanuel Shinwell und General George C. Marshall. Jeder Minister war von Beratern begleitet.

Während ihrer Tagung besprachen die Minister die in der vergangenen Woche vom Atlantikrat beratenen Vorschläge über die wirksamsten Methoden zur Erreichung ihres gemeinsamen Zieles, eine geeignete ein-

heitliche (integrated) Verteidigungsmacht für Europa aufzustellen.

Dieser Meinungs austausch wird den drei Außenministern bei den weiteren Besprechungen der kommenden Woche im Nordatlantikkpakt von Nutzen sein. Die sechs Minister kamen überein, in der Zwischenzeit keine weiteren Erklärungen über ihre Beratungen herauszugeben.

Quelle: *The New York Times* vom 24. September 1950. Uebersetzung des Europa-Archivs.

Schlußkommuniqué vom 27. September 1950

Der Nordatlantikkpakt trat heute erneut zusammen, um die Unterredungen wieder aufzunehmen. Der Rat hatte sich am Montag, dem 18. September, vertagt. In der Zwischenzeit haben die Außenminister Besprechungen mit ihren Regierungen geführt.

Der Rat einigte sich über die frühestmögliche Aufstellung einer einheitlichen (integrated) Streitmacht unter zentralem Kommando, die zur Abwehr einer Aggression und zur Sicherung der Verteidigung Westeuropas ausreicht.

Der vom Rat gebilligte Plan der einheitlichen Streitmacht beruht auf folgenden Grundsätzen:

1. Die Streitmacht wird im Rahmen der Organisation des Nordatlantikkpakt es aufgestellt und wird politisch sowie strategisch der Führung der entsprechenden Behörden der Organisation unterstellt.

2. Die Streitmacht wird einem Oberkommandierenden unterstehen, der ausreichende Vollmachten hat, um sicherzustellen, daß die unter seinem Kommando vereinigten nationalen Einheiten sowohl in Friedens- wie in Kriegszeiten zu einer wirksamen, einheitlichen Streitmacht zusammengestellt und entsprechend ausgebildet werden.

3. Der Oberkommandierende wird durch einen internationalen Stab unterstützt, in dem alle zur Aufstellung der Streitmacht beitragenden Nationen vertreten sind.

4. Bis zur Ernennung eines Oberkommandierenden soll ein Stabschef ernannt werden, der für Ausbildung und Organisation verantwortlich ist.

5. Die Ständige Arbeitsgruppe des Militärausschusses des Nordatlantikpaktes wird für die höhere strategische Führung der einheitlichen Streitmacht verantwortlich sein. Vor der endgültigen Ausarbeitung der Vereinbarungen über die einheitliche Streitmacht seitens des Rates werden noch die Empfehlungen des Verteidigungsausschusses zu folgenden Punkten erwartet:

Der Rat hat den Verteidigungsausschuß des Nordatlantikpaktes ersucht, die Organisation der einheitlichen Streitmacht auszuarbeiten und die zur frühestmöglichen Aufstellung dieser Streitkräfte erforderlichen Schritte zu empfehlen.

Der Rat hat den Verteidigungsausschuß weiterhin ersucht, die geforderten Änderungen und Vereinfachungen in der militärischen Struktur des Nordatlantikpaktes und der mit ihm in Verbindung stehenden militärischen Organisationen zu erörtern und zu erwägen, wie die erforderliche enge Zusammenarbeit zwischen den ständigen Vertretern und den Mitgliedstaaten, die bei ihnen nicht vertreten sind, am besten sichergestellt wird.

Der Rat ist übereingekommen, daß zur wirksamen Aufstellung der einheitlichen Streitmacht alle verfügbaren Menschenreserven und Produktionseinrichtungen zur Verteidigung Westeuropas voll ausgenutzt werden sollten.

Zu diesem Zweck wird der Nordatlantikrat die genaue Art und Zusammensetzung der Streitkräfte erörtern, die von den Mitgliedstaaten für die einheitliche Streitmacht gestellt werden. Die Mitgliedstaaten werden danach trachten, sobald wie möglich zu einer Entscheidung über die Abstellung solcher Streitkräfte zu kommen.

Die Verwendung von deutschem Menschenpotential und deutschen Hilfsquellen wurde im Lichte der Gesichtspunkte erörtert, die kürzlich von Führern der Verteidigung (defense leaders) in Deutschland und andersorts geäußert wurden. Der Rat war sich einig darüber, daß Deutschland in die Lage versetzt werden soll, zum Aufbau der Verteidigung Westeuropas beizutragen. Nachdem der Rat festgestellt hat, daß die Besatzungsmächte diese Frage erörtern, hat er den Verteidigungsausschuß ersucht, sobald wie möglich Empfehlungen über die Methoden zu unterbreiten, durch welche Deutschland seinen Beitrag am wirkungsvollsten leisten kann.

In Übereinstimmung mit dem Grundsatz des jährlichen Wechsels des Vorsitzenden hat der Außenminister von Belgien, Paul van Zeeland, den Vorsitz des Rates für das kommende Jahr übernommen.

Zu Beendigung ihrer Sitzung haben die Außenminister abermals die Einigkeit der von ihnen vertretenen freien Völker in ihrer gemeinsamen Entschlossenheit betont, den Frieden, die Sicherheit und die Freiheit der Atlantikgemeinschaft zu erhalten.

Quelle: *The New York Times* vom 27. Sept. 1950.
Übersetzung des Europa-Archivs.

Rundfunkansprache des amerikanischen Hochkommissars, John J. McCloy, über die New Yorker Konferenzen vom September 1950

Gehalten am 8. Oktober 1950

Ich freue mich, daß ich heute abend diese Gelegenheit habe, zu Ihnen zu sprechen. Die Entscheidungen, die kürzlich in New York von den Konferenzen der Außenminister und der Nordatlantikpaktmächte getroffen wurden, sind von weitreichender Bedeutung. Sie alle werden entscheidend berührt von ihrer Wirkung auf Deutschlands Stellung als eine freie Nation, auf Deutschlands Sicherheit und auf Ihr eigenes tägliches Leben. Unter diesem Gesichtspunkt möchte ich drei Fragen behandeln:

Was ist in New York beschlossen worden?

Was bedeutet es für Deutschland?

Was kann von der Zukunft erwartet werden?

Zunächst also: Was ist beschlossen worden? Ich kann die Hauptresultate in zwei grundlegenden Sätzen zusammenfassen:

1. Die Autorität der Bundesrepublik wird wesentlich erweitert.

2. Die Sicherheit der Bundesrepublik wird wesentlich gestärkt.

Lassen Sie mich ein paar Worte über die veränderte Stellung der Bundesrepublik sagen. Die westlichen Alliierten haben die Bundesregierung als die einzige legitime Regierung anerkannt, die heute in Deutschland existiert. Um die Beziehungen, die sie mit der Bundesrepublik unterhalten, auf eine formelle Basis zu stellen, werden sie den juristisch noch bestehenden Kriegszustand beenden.

Zur Pflege seiner auswärtigen Beziehungen wird Deutschland sein eigenes Außenministerium haben und volle diplomatische Vertretungen in den meisten freien Ländern, wobei allerdings bis auf weiteres die Beziehungen zu den drei westlichen Alliierten im Interesse einheitlicher und wirksamer Handhabung über die Hochkommissare gehen werden.

Im Innern werden die Westmächte die Autorität, die sie über innere Angelegenheiten ausgeübt haben, drastisch einschränken. Die deutsche Zuständigkeit für reguläre innere Angelegenheiten wird sehr erweitert werden, und die Hohe Kommission wird nur dann eingreifen, wenn die grundlegenden demokratischen Prinzipien bedroht oder verletzt werden, auf denen die Bundesrepublik beruht. Auf ein paar Sondergebieten, wie dem der Sicherheit, der Wiedergutmachung und der Entflechtung wirtschaftlicher Monopole wird die Hohe Kommission ihre Befugnisse behalten; aber auch in diesen Angelegenheiten werden wir uns mit den deutschen Stellen beraten.

Ich komme jetzt zu dem zweiten grundlegenden Fortschritt, den die New Yorker Entschlüsse gebracht haben: Die Stärkung der Sicherheit der Bundesrepublik und Europas. Sie alle wissen um die direkten Drohungen der Kommunisten gegen das Volk und gegen die demokratische Selbstregierung der Bundesrepublik und Berlins. Um diese Drohungen wirkungslos zu machen, haben die Außenminister der Organisation einer neuen motorisierten deutschen Polizeitruppe zugestimmt, die stark genug sein wird, um jedem inneren Umsturzversuch gegen die demokratischen Regierungen in den westlichen Besatzungszonen und in Berlin zu begegnen. Es müssen natürlich Sicherungen dafür geschaffen werden, daß diese Truppe ein zuverlässiger Verteidiger der Rechte und der Freiheiten der Bürger wird. Mit einem Wort, diese Polizei muß ein wirklicher Diener des Volkes sein. Keinesfalls darf sie zum Träger irgendeines wiedergeborenen Nazismus oder Militarismus werden. Ich glaube, daß die Deutschen an verantwortlicher Stelle mit der Hohen Kommission durchaus darin übereinstimmen, daß diese Truppe eine wirkliche Polizeitruppe sein soll und nicht eine falsche Front für eine Armee.

Für die Sicherheit der Bundesrepublik gegen Angriffe von außen waren die Beschlüsse von New York so bedeutsam, daß ich heute einige Sätze wörtlich wiederholen möchte.

„Die alliierten Regierungen sind der Ansicht, daß ihre Streitkräfte in Deutschland außer ihren Besatzungsaufgaben noch die wichtige Rolle zu übernehmen haben, als Sicherheitsstruppen zum Schutz und zur Verteidigung der freien Welt einschließlich der deutschen Bundesrepublik und der Westsektoren Berlins zu dienen. Um diesem Schutz mehr Wirkung zu verleihen, werden die alliierten Regierungen ihre Truppen in Deutschland verstärken und erhöhen. Sie werden jeglichen Angriff auf die Bundesrepublik oder auf Berlin, von welcher Seite er auch kommen mag, als einen Angriff auf sich selbst betrachten.“

Diese Worte sind klar, eindeutig und bedeutungsvoll. Kein Land, keine Regierung und keine Gruppe sollte diese Bedeutung unterschätzen. Ein Angriff auf irgendeinen Teil West-Berlins oder Westdeutschlands, gleichgültig von welcher Seite, wird als ein Angriff auf Großbritannien, Frankreich und die Vereinigten Staaten betrachtet werden. Außerdem senden die drei Alliierten mehr Truppen hierher, um dieser Garantie Leben und Kraft zu verleihen.

Zum weiteren Aufbau der Verteidigungskräfte haben die westlichen Alliierten zusammen mit den anderen

Mitgliedern des Atlantikpaktes beschlossen, eine einheitliche Armee für die Verteidigung Westeuropas zu schaffen, eine Armee unter einem Oberkommando mit einem gemeinsamen Stab. Die notwendigen Schritte werden jetzt unternommen, um diese Armee in kurzer Zeitspanne zu einer entscheidenden Kraft zu machen.

Bei der Bildung einer Armee zur Verteidigung Europas einschließlich Deutschlands erhob sich natürlich die Frage eines möglichen deutschen Beitrages zu dieser Verteidigung. Obwohl noch keine endgültigen Entscheidungen darüber gefallen sind, stehen zwei Dinge bereits fest: Jedweder deutsche Beitrag müßte auf der Grundlage der Fairneß und im Rahmen einer einheitlichen europäischen Verteidigung geleistet werden. Das heißt, daß keine nationale deutsche Armee gestattet wird. Zweitens sind sich die westlichen Alliierten der Tatsache durchaus bewußt, daß ein deutscher Beitrag nur dann möglich und nur dann wünschenswert ist, wenn das Volk, die Volksvertretung und die Regierung der Bundesrepublik ihn wünschen und aktiv unterstützen.

Offensichtlich kann kein vernünftiger Mensch die Wiedererweckung des Militarismus in Deutschland wollen. Jedwede deutsche Teilnahme an der europäischen Verteidigung muß durch Männer mit festen demokratischen Überzeugungen erfolgen. Es gibt keinen Platz für militärische Cliques oder Gesellschaften oder für reaktionäre Doktrinen. Ich bin im übrigen überzeugt, daß die demokratischen politischen Führer Deutschlands sich durchaus der Notwendigkeit, solche Tendenzen zu vermeiden, bewußt sind.

Diese kurze Zusammenfassung zeigt, daß in New York viele positive Entscheidungen von großer Bedeutung getroffen wurden. Sie sollten jeden ermutigen, der Deutschland als einen friedlichen demokratischen Teil eines sicheren Europas sehen möchte.

Diese Beschlüsse bedeuten den neuesten Schritt in der Richtung auf ein Ziel, für das wir seit 1945 ständig gearbeitet haben.

Vor fünf Jahren lag Deutschland in Trümmern. Diese Trümmer, diese Ruinen waren — das muß man stets im Auge behalten — nicht die Folge von Jalta und Potsdam, sondern die direkte Folge der Brutalität der Nazi-aggression. Aber unmittelbar nach der deutschen Niederlage begann die Militärregierung in Westdeutschland und in Berlin, die Grundbedingungen des Lebens wiederherzustellen. Sie brachte ungeheure Mengen von Lebensmitteln nach Deutschland, die Millionen deutscher Männer, Frauen und Kinder vor dem Verhungern bewahrt haben. Sie begann und förderte ein riesiges und beispielloses Wiederaufbauprogramm.

Natürlich bleiben noch viele Dinge zu tun. Das Flüchtlingsproblem ist noch immer riesengroß. Millionen von Menschen leben noch in überfüllten und ungesunden Wohnungen. Zu viele sind unbeschäftigt oder haben zu geringe Einkommen und einen zu niedrigen Lebensstandard.

Aber im Vergleich mit der Lage vor fünf Jahren hat Deutschland geradezu phänomenale Fortschritte gemacht. Das weiß jeder von Ihnen. Diese Erholung hätte ohne die Hilfe der Westmächte nicht einsetzen können. Sie wurde fortgeführt durch das Können und den Willen

der westdeutschen Bevölkerung und die Standhaftigkeit der Bevölkerung von Berlin.

In den Beschlüssen von New York gipfeln fünf Jahre fortdauernder Mühe für ein gemeinsames Ziel. Dieses Ziel ist: Deutschland dabei zu helfen, ein aktiver Partner in der demokratischen Gemeinschaft zu werden und in freundschaftlicher Zusammenarbeit mit allen Völkern zu leben, die die Freiheit wollen und bereit sind, sie zu verteidigen.

Von gewissen Seiten ist die Parole lanciert worden, unsere jüngsten Schritte basierten auf dem Wunsch, in einem Zeitpunkt der Gefahr die deutsche militärische Hilfe zu „erkaufen“. Mit größtem Ernst möchte ich das deutsche Volk davor warnen, auf solche Unterstellungen hereinzufallen. Tatsache ist, daß die Vereinigten Staaten und die westlichen Nationen nicht um die deutsche Unterstützung schachern und es auch niemals zu tun gedenken. Weder „kaufen“ wir uns Alliierte, noch zwingen wir jemand, unser Verbündeter zu sein.

Soweit die Bedeutung der New Yorker Beschlüsse. Wie sieht nun die Zukunft aus? Heute, wie auch in Zukunft, wünscht der Westen zutiefst zwei Dinge: Das erste ist die Wahrung der individuellen Freiheit und menschlichen Würde gegenüber allen Formen der Tyrannei. Das zweite ist die Aufrechterhaltung des Friedens. Wenn ich mich nicht furchtbar irre, teilen die Deutschen diese Sehnsucht nach Freiheit und Frieden.

Dies sind große Ideale; aber sie können nur durch Opfer und Anstrengungen erreicht werden. Diejenigen, die sie wirklich wollen, müssen auch bereit sein, einen solchen Preis für sie zu zahlen.

Die Vereinigten Staaten haben, glaube ich, gezeigt, daß sie dazu gewillt sind. Der Angriff auf Korea hat uns alle eindringlich gelehrt, daß wir zu allen Zeiten bereit sein müssen, uns wirksam gegen die Aggression zu verteidigen. Kein Amerikaner hat Lust, sein Heim zu verlassen und seine Karriere für den Militärdienst aufzugeben, aber er tut es, um zur Stärkung der westlichen Welt beizutragen.

Unsere gewaltigen Anstrengungen, Menschenkräfte und Material zu mobilisieren, haben nur den einen Zweck: den Frieden zu wahren. Wir trachten lediglich danach, jene abzuschrecken, die in die Versuchung geraten könnten, Wehrlose anzugreifen. Wir glauben nicht, daß der Krieg unvermeidlich ist. Im Gegenteil: Wir sind fest davon überzeugt, daß ein starker Westen den Krieg verhindern kann.

Auch für Deutschland können Freiheit und Frieden nur durch große Anstrengungen und Opfer erreicht werden. Alle, die der Glaube an eine freie Gesellschaftsform vereinigt, müssen eine gemeinsame Basis für ihren Schutz schaffen und ungewollte und fühlbare Opfer auf sich nehmen.

Wie ich eben schon sagte, ist es stets unser Ziel gewesen, das deutsche Volk in die Lage zu versetzen, eine lebenskräftige demokratische Gesellschaft zu schaffen und einen geachteten Platz in einem vereinigten Europa wiederzugewinnen. Eine solche europäische Gemeinschaft mit Deutschland als Partner wird der beste Garant des Friedens und der Sicherheit sein.

Die Notwendigkeit eines vereinigten Europa ist durch die Drohung aus dem Osten besonders eindringlich vor Augen geführt worden, aber auch ohne diese Drohung besteht diese Notwendigkeit. Nur ein vereinigtes Europa kann den Spielraum für die gesunde und friedliche Entfaltung der wirtschaftlichen, politischen und geistigen Kräfte Deutschlands geben.

In der Ausführung dieser Aufgaben sollte Deutschland die Einstellung seiner Jugend wesentlich helfen. Ich habe oft die Behauptungen über die angebliche Stimmung der Verzweiflung und des Nihilismus der deutschen Jugend gehört. Aber auf Grund meiner eigenen Beobachtungen dieser Jugend glaube ich im Gegenteil, daß die Jugend Deutschlands realistisch und energisch ist und durchaus vertrauensvoll in die Zukunft schaut.

Ich habe weiter den Eindruck, daß viele, wenn nicht die meisten jungen Deutschen, ein vereinigtes Europa und eine vereinigte westliche Welt als das Ideal der unmittelbaren Zukunft ansehen.

Meiner Meinung nach ist die deutsche Jugend nicht an alten nationalen Rivalitäten, am Gleichgewicht der Mächte interessiert. Vielmehr ist sie an einer Ausweitung des Horizonts und an einer gesunden Zusammenarbeit mit allen interessiert, die mit gutem Willen an die Lösung der größten Probleme der Welt herangehen.

Der Westen kann der Zukunft mit Vertrauen entgegensehen. Seine Stärke liegt nicht nur in seinen größeren Rohstoffquellen und seiner größeren industriellen Kapazität, sondern in dem Glaubensbekenntnis freier Menschen, deren Energien nicht durch dauernde Furcht gelähmt sind. Mit diesem Glauben kann ein starkes Westeuropa zur Wiederherstellung eines demokratischen und freien Osteuropa beitragen. Und derselbe Glauben kann das Herannahen des Tages beschleunigen, an dem Deutschland in demokratischer Freiheit geeint wird.

Europa muß noch viel Erinnerungen überwinden; viele Wunden müssen noch heilen. Aber wir nähern uns einer Gemeinschaft der Interessen, die auf Stärke und demokratischen Idealen aufgebaut ist. In dieser Richtung liegt die größte Hoffnung für die Zukunft — für die Zukunft Deutschlands, Europas und der ganzen Welt.

Quelle: *Amerika-Dienst* III/109 vom 11. Okt. 1950.

Soziale Arbeit in der freien Welt

Nach Referaten und Berichten der 5. Internationalen Konferenz
für Soziale Arbeit im Juli 1950

Von Dr. Erika Becker, Institut zur Förderung öffentlicher Angelegenheiten, Frankfurt a. M.

Aufgaben und Struktur der sozialen Arbeit in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts

Methoden der Bestandsaufnahme

Als vor rund fünfzig Jahren die ersten Schulen für soziale Arbeit ihre Tätigkeit begannen — die *New York School of Social Work* beging 1948 ihr fünfzig-jähriges Jubiläum, die *Opleidingsinrichting voor sociale Arbeid* in Amsterdam wurde 1899 gegründet — waren sie erste Symptome eines neuen sozialen Verantwortungsbewußtseins, das sich nicht mehr mit der nur karitativen Betreuung der Armen zufriedengab. Aus diesen ersten Anfängen hat sich mit den Fortschritten der Industrialisierung und mit dem gewaltigen Anwachsen der Auswanderer- und Flüchtlingsströme¹ eine unübersehbare Vielfalt von organisatorischen Bestrebungen entwickelt, die alle unter den Sammelbegriff der sozialen Arbeit fallen, die sich aber im einzelnen sehr schwer definieren und in ein Gesamtbild einordnen lassen.

Aus dem Bedürfnis, einen Ueberblick über die verschiedenen Formen der sozialen Arbeit in der Welt zu gewinnen und einen regelmäßigen internationalen Erfahrungsaustausch einzuleiten, entstand auf Anregung des Belgiers Dr. René Sand und mit Unterstützung der großen amerikanischen Stiftungen (Russel Sage, Millbank, Laura Spelman, Rockefeller, Carnegie) die *Internationale Konferenz für Soziale Arbeit* (Conférence Internationale de Service Social). Sie trat zum erstenmal 1928 in Paris zusammen, dann in vierjährigen Abständen 1932 in Frankfurt und 1936 in London. Der Krieg unterbrach ihre Arbeiten. Die erste Nachkriegskonferenz fand 1948 in Atlantic City und New York statt und die fünfte Internationale Konferenz für Soziale Arbeit vom 23. bis 28. Juli 1950 in Paris. Sie stand unter dem Thema „Soziale

Arbeit 1950 — ihre Grenzen und ihre Aufgaben“. Das Hauptthema der Konferenz war somit eine Bestandsaufnahme der sozialen Arbeit in der Mitte des 20. Jahrhunderts. Zur Vorbereitung waren an die nationalen Ausschüsse der Konferenz umfangreiche Fragebogen versandt worden, deren Ergebnisse in den Berichten und Diskussionen der Kommissionen und der Vollversammlung zusammengefaßt und ausgewertet wurden. Daneben fanden Aussprachen kleinerer Arbeitsgruppen, der sogenannten „Carrefours“, statt, um besondere aktuelle Fragen der Sozialarbeit zu diskutieren, wie beispielsweise die Frage der „Verschleppten Personen“ (displaced persons), die Frage des ländlichen Sozialdienstes (service social rural), die Sozialarbeit in den Betrieben, die Aufgaben des Sozialdienstes bei der Umerziehung schwer erziehbarer Kinder und ähnliche Probleme. Diese Arbeitsweise, die sicherlich ein Maximum an persönlichen Kontakten und Aussprachen ermöglichte, erschwerte die Zusammenfassung der Ergebnisse der Konferenz.

Die Grundfrage nach den Aufgaben, den Methoden und der Struktur der sozialen Arbeit wurde in allen sechs Kommissionen der Konferenz, allerdings jeweils von einem anderen Gesichtspunkt her, behandelt. So ergeben sich als Resultat der Pariser Tagung sechs Perspektiven der sozialen Arbeit:

Ihre Probleme und ihre Arbeitsweise während der letzten 50 Jahre;

die internationalen Entwicklungslinien der Sozialarbeit;

die Rolle der Sozialarbeit in den „großen Kollektiven“, vor allem der staatlichen Verwaltung und der Industrie;

¹) Vgl. auch: Hugo Grothe: „Europäische Auswanderung und Binnenwanderung in der Nachkriegszeit“. Europa-Archiv 20/1950, S. 3441—3448, und Bruno Kiesewetter: „Europäische

Wanderungsbilanz der Weltkriege“. Europa-Archiv 10/1950, S. 3044—3050; 11/1950, S. 3083—3090; 12/1950, S. 3123—3128.

das Verhältnis der öffentlichen Körperschaften zu den Organisationen der freiwilligen Hilfe und der sozialen Selbsthilfe;

die Stellung der Sozialarbeit in den internationalen Organisationen;

der „geistige Ort“ der Sozialarbeit in der wissenschaftlichen Forschung und Lehre.

Die Konferenz hat nicht versucht, diese verschiedenen Perspektiven zu einem Gesamtbild zusammenzufassen, wohl weil die Unterschiede zwischen den einzelnen Ländern und Kontinenten zu groß sind. Im Rahmen dieser knappen Darstellung können daher auch nur einige der wichtigsten Ergebnisse der Pariser Tagung hervorgehoben werden.

Entwicklungsstufen der Sozialarbeit

Das zusammenfassende Referat über die aktuellen Probleme der sozialen Arbeit, das auf der Pariser Konferenz von dem Direktor der Schule für Erwachsenenbildung und industrielle Fragen in Brüssel, Jean Nihon, vorgelegt wurde, läßt zwei große Entwicklungsabschnitte der Sozialarbeit erkennen:

Die Zeit von etwa 1900 bis 1925, in der sich in den Industrieländern aus philanthropischen und karitativen Einzelinitiativen eine organisierte Sozialarbeit entwickelte.

Die Zeit seit etwa 1925, in der sich auch in den wirtschaftlich noch unentwickelten Ländern Südamerikas und Südasiens unter dem Einfluß der zunehmenden Industrialisierung und des Zweiten Weltkrieges eine Sozialarbeit nach westlichem Vorbild zu entwickeln beginnt.

Dabei ist die Stufenfolge der Entwicklung in großen Zügen in allen Ländern die gleiche: Am Anfang steht die spontane Hilfeleistung für Menschen, die irgendwie in Not geraten sind. Fortschritte der Psychologie, der Psychiatrie und der Sozialforschung bringen nach und nach eine gewisse Ordnung und Systematik in diese Hilfeleistung. Sie wird zunächst als Einzelhilfe (Casework²⁾) und Familienhilfe gegeben. In der nächsten Entwicklungsstufe kristallisiert sich der Begriff der Gruppenhilfe (Groupwork): Im Ausbau der Erziehungseinrichtungen, in Jugendorganisationen und Volksbildungswerken, in der organisierten „Hilfe zur Selbsthilfe“ entwickelt sich eine neue konstruktive Form der sozialen Hilfe, die sich nicht mehr mit der Linderung der Not zufrieden gibt, sondern heilend und vorbeugend zu den Wurzeln der sozialen Uebel vorzustößen sucht. In dem Maße, in dem die soziale Arbeit in die Breite und in die Tiefe der Gesellschaftsstruktur eindringt und durch die Kompliziertheit der modernen Welt zur Spezialisierung gezwungen wird, gewinnt die Frage der Ausbildung der Sozialarbeiter an Bedeu-

tung, bis sie schließlich zum entscheidenden Problem der Sozialarbeit wird. In unserem technisierten Zeitalter muß der helfende Mensch zugleich ausgebildeter Techniker des Soziallebens sein, um sachgemäß und wirksam helfen zu können.

Eine weitere Entwicklungstendenz, die gegenwärtig in vielen Ländern im Vordergrund der Diskussion steht, führt von der privaten und karitativen, d. h. der freien Fürsorge zum Uebergewicht der öffentlichen Fürsorge bis hin zur Verstaatlichung des gesamten Fürsorgewesens, die dem Staatsbürger einen Anspruch auf Versorgung garantiert.

Die Situation von 1950

Der folgende Querschnitt zeigt in einigen typischen Ausschnitten die gegenwärtige Situation der Sozialarbeit in den einzelnen Ländern und Kontinenten:

In den Vereinigten Staaten geht die ständige Ausdehnung des Wirkungsbereiches der Sozialarbeit Hand in Hand mit der Intensivierung der Ausbildung der Sozialarbeiter. In immer neuen Formen von Gemeinschaftsunternehmungen (community services) lebt noch der Typus der nachbarlichen Selbstverwaltung und die Atmosphäre gegenseitiger Hilfe und Anerkennung, die Beweglichkeit und die selbstgestaltende Kraft der Pionierzeit.

Auf dem europäischen Kontinent ist in Holland, Belgien, der Schweiz und bis zu einem gewissen Grade in Frankreich eine Stabilisierung und Verfeinerung der Methoden der Sozialarbeit eingetreten, ohne daß während der letzten 25 Jahre wesentliche strukturelle Veränderungen eingetreten wären.

Völlig anders ist die Situation in Deutschland, dessen Lebensgrundlagen durch den Zweiten Weltkrieg und seine Folgeerscheinungen einschneidend verändert wurden. Drei Millionen Gefallene, ein durch die Verluste in den mittleren Jahrgängen um das Eineinhalbfache vergrößerter Anteil der wegen ihres Alters erwerbsunfähigen Bevölkerung, 1,6 Millionen Kriegsverletzte allein in Westdeutschland, die Schäden des Luftkrieges und der Zugang von über 10 Millionen Menschen, darunter 8 Millionen Flüchtlinge, haben soziale Probleme von ungeheuren Ausmaßen entstehen lassen. Die Zahl der Personen, die aus der Sozialversicherung oder aus der öffentlichen Hand ihren Lebensunterhalt erwarten, hat die Zahl der Arbeitnehmer erreicht. Dabei tritt die Leistung der öffentlichen Fürsorge und der freien Wohlfahrtspflege der Gemeinden und Gemeindeverbände, die mit ihrer Bürgerschaft seit Jahrhunderten die Hauptlast der sozialen Sicherung getragen hatten, völlig zurück. Die Organisationen der freiwilligen Hilfe haben durch Kriegsschäden und Währungsreform

2) Vgl. dazu die sehr wertvolle Materialsammlung „Casework in USA“ von Dr. Hertha Kraus; Wissenschaftliche

Schriftenreihe des Instituts zur Förderung öffentlicher Angelegenheiten, Band 2.

den größten Teil ihres Vermögens verloren und sind dadurch in ihren Wirkungsmöglichkeiten außerordentlich eingeengt. Das Fürsorgeprinzip ist weitgehend dem Rentenprinzip und dem Entschädigungsgedanken gewichen.

Während sich Deutschland noch in den Anfangsstadien eines sozialen Umschichtungsprozesses befindet, hat sich in Großbritannien durch den Krieg und die Politik der Labourregierung in den fünf Nachkriegsjahren bereits ein weitgehender Ausgleich der sozialen Unterschiede vollzogen. Die Sozialarbeit ist zu einem bewußt gehandhabten Instrument der Sozialpolitik geworden und hat Ansprüchen gerecht zu werden, die von den breiten Massen als Teil ihres Bürgerrechtes geltend gemacht werden.

Die größten Probleme, aber auch die größten Entwicklungsmöglichkeiten bieten sich der sozialen Arbeit in Ostasien.

„Asien im Anmarsch“

Der Bericht, den Dr. *Bulsara* aus Bangkok in Paris über die Sozialarbeit im Fernen Osten erstattete, umspannte mehr als die Hälfte aller Erdbewohner: 1,175 Milliarden Menschen in vierzehn Ländern. Sein Bericht war einer der stärksten Eindrücke, den die Teilnehmer der Konferenz nach Hause mitnahmen. (So hatte zum Beispiel Hans *Achinger* in seinem Bericht in der *Deutschen Zeitung* eine Schlagzeile „Asien im Anmarsch“.) *Bulsara* nannte vier große, alles beherrschende Kennzeichen der sozialen Situation im Fernen Osten:

Die *Armut* in Form eines, an europäischen Verhältnissen gemessen, undenkbar niedrigen Lebensstandards;

die *Unwissenheit*, die darin zum Ausdruck kommt, daß rund 85 Prozent der Bevölkerung (mit Ausnahme von Japan) Analphabeten sind;

Krankheit und Seuchen, die sich in einer unwahrscheinlich hohen Sterblichkeit ausdrücken und dazu führen, daß die durchschnittliche Lebensdauer der Bevölkerung teilweise nur 30 Jahre gegenüber 55 Jahren in Westeuropa beträgt;

die *hemmungslose Bevölkerungszunahme*, die mit rund 45 Geburten pro 1000 der Bevölkerung das Dreifache der westlichen Geburtenziffern erreicht.

Dies sind die Tatsachen, die das Leben der fernöstlichen Welt beherrschen. Sie bewirken, daß das Leben des Menschen billig wird und der Wert der Person gering.

Bisher halfen die Familienverbände und die Dorfgemeinschaften im Rahmen ihrer Möglichkeiten. Aber dann kam der Krieg und veränderte das Leben auch in den bis dahin von der Zivilisation noch völlig unberührten Gebieten. Viele wurden Industriearbeiter, Soldaten oder Guerillakämpfer. Industrialisierung und Verstädterung schritten in raschem Tempo fort.

Vielfach wurden aus strategischen Gründen neue Städte angelegt. Viele der bestehenden Städte haben in den letzten zehn Jahren ihre Einwohnerzahl verdoppelt und verdreifacht. So wuchsen Bombay, Kalkutta und Delhi von 1,6; 1,8 und 0,5 Millionen Einwohner nach dem Kriege auf 2,7; 4,5 und 1,2 Millionen Menschen an. In ähnlichem Maße vergrößerten sich Karachi in Pakistan, Djakarta in Indonesien und Seoul in Korea.

Durch diesen Zug vom Land in die Stadt entstanden neue soziale Probleme. Allen voran ein erschreckendes Wohnungsproblem. Die Folgen der Ueberbevölkerung und der schlechten Wohnverhältnisse sind überhandnehmende soziale Laster aller Art: steigende Kriminalität von Erwachsenen und Jugendlichen, eine riesige Anzahl von „Straßenkindern“, Zunahme von Krankheiten aller Art, insbesondere Tuberkulose und Unterernährung. Besonders schwierig ist auch das Flüchtlingsproblem: In Ländern wie in Pakistan und Japan mit je 6 bis 8 Millionen Flüchtlingen, aber auch in Burma, China und Korea mit Millionen von Flüchtlingen, die durch lang andauernde Kriege und Bürgerkriege hin und her getrieben werden, in Malaia und den Philippinen, wo die durch die Kämpfe gegen Japan entwurzelten Elemente noch immer nicht zur Ruhe gekommen sind, und in Indonesien, wo eine Armee von Guerillakämpfern demobilisiert werden muß, sind dadurch soziale Probleme von größtem Ausmaß entstanden.

Die Regierungen bemühen sich vorläufig mit völlig unzulänglichen Mitteln, der Probleme Herr zu werden. Während bis zum Kriege die Sozialarbeit in den verschiedenen Ministerien und den Verwaltungsabteilungen der Kolonialverwaltungen meist nur am Rande mitbehandelt wurden, sind nun mehr und mehr Wohlfahrtsministerien oder Abteilungen eingerichtet worden. Zur Zeit haben Indonesien, Korea und Japan je ein Ministerium für soziale Angelegenheiten oder öffentliche Wohlfahrt, und auch in Hongkong, Malaia, Singapur, Ceylon und Thailand sind in verschiedener Form neue Wohlfahrtsdienststellen eingerichtet worden. Es fehlt jedoch noch völlig an der Koordinierung der Arbeit und an bewußter systematischer, auf weite Sicht durchdachter Planung, wie sie sich in den westlichen Ländern im Verlaufe der letzten 60 bis 80 Jahre langsam entwickelt hat.

Die besonderen Sozialprobleme des Fernen Ostens

Im Fernen Osten, insbesondere in den Städten, ist die Entwicklung in einem solchen Tempo vor sich gegangen, daß die Menschen die Bindungen an das alte Familien- und Nachbarschaftssystem weitgehend verloren haben und völlig entwurzelt sind. Sie sind den unvermeidbaren Folgen moderner Zivilisation, Krankheit und Arbeitslosigkeit ausgesetzt, ohne andererseits das Mindestmaß an sozialer Sicherung zu haben, das in den westeuropäischen Ländern selbstverständlich geworden ist. Erst allmählich erhebt

sich mit zunehmender gewerkschaftlicher Organisation der Arbeiter nicht nur in den Städten, sondern auch auf dem Land die Forderung nach sozialer Sicherheit. Eine soziale Gesetzgebung, die als Voraussetzung eine Ueberwindung der fatalistischen Grundhaltung und den Glauben an den zivilisatorischen Fortschritt hat, kann sich nur sehr langsam und vorläufig nur in einzelnen Gebieten entwickeln. In Indien, Ceylon und den Philippinen hat man mit Gesetzen zum Schutze der Kinder begonnen. Die Kolonie Singapur hat auf Grund von Studien einen Fünf-Jahres-Plan für die Ausbreitung der Sozialarbeit in Angriff genommen. Gesundheitszentren und ländliche Wohlfahrtsbestrebungen werden auch von Ceylon berichtet, Alters- und Waisenheime aus Korea und Indonesien. Wohlfahrtsorganisationen beginnen ihre Arbeit in Indien.

Die Beispiele von der Einrichtung von Heimen aller Art und Organisationen sozialer Hilfe mehren sich. In großem Maße beginnen neben den Regierungen freiwillige Organisationen soziale Arbeit aufzunehmen, insbesondere Frauenverbände. Sie bilden hier und dort in den Städten Zentren, sehr häufig nach ausländischem Vorbild. Besonders wichtig erscheint das „National Council of Women“ in Indien und die „All India Women Conference“ mit Zweigstellen im ganzen Land. Frauenorganisationen leisten soziale Hilfe in Burma, Ceylon, Indonesien, Japan, Korea, Singapur und Thailand. Bulsara bezeichnet jedoch den größten Teil dieser Arbeit nur als Nothelf. Es gibt kaum vorbeugende Arbeit. Wie sollte man wohl verhindern, daß sich die Tuberkulose ausbreitet, wenn die ganze Familie in einem einzigen Raum zusammenwohnt? Was nützt es da, wenn jedes Familienglied zur Sanitätsstelle gehen könnte? Was nützt es, wenn noch so viele Bettler Almosen bekommen — das Bettlerunwesen wird damit nicht ausgerottet.

Die westlichen Länder haben dieses Stadium im

wesentlichen überwunden: sie setzen mit vorbeugender Hilfe ein. Sie kämpfen darum, die Uebel im Keim zu ersticken. Noch nehmen die orientalischen Länder meist Armut als Schicksal hin. Sie fangen erst an zu lernen, daß es gegen soziale Uebel Heilmittel gibt, die vorsorglich einzusetzen sind. Soziale Schulen sind in diesem Zusammenhang das Notwendigste, was geschaffen werden muß, um Sozialarbeiter zu erhalten, die sich der Nöte annehmen. Auch Literatur fehlt — zumindest in Landessprache übertragene — um die Erfahrungen der westlichen Länder auswerten zu können. Die eigene Forschungsarbeit müßte ausgebaut, Zeitschriften zur Information und Anregung geschaffen werden. Die Sozialarbeiter des Fernen Ostens können nicht an westlichen Schulen und Universitäten ausgebildet werden; zumindest müssen sie so ausgebildet sein, daß sie mit den besonderen Bedingungen ihrer eigenen Länder fertig werden und sich der Entwicklungsstufe anpassen, auf der ihr Land steht. Die Nachahmung fremder Vorbilder mag Anregung geben, sie bringt jedoch keine endgültige Hilfe.

Grundtendenzen der Entwicklung

Dieser Querschnitt durch den gegenwärtigen Stand der Sozialarbeit läßt bei allen regionalen Verschiedenheiten einige Grundtendenzen erkennen, die in allen Ländern, wenn auch in verschiedenen Entwicklungsphasen, sichtbar werden:

1. die wachsende Einflußnahme des Staates auf die Behandlung der sozialen Probleme;
2. das Schrumpfen der privaten Mittel, die durch freiwillige Hilfswerke zur Verfügung stehen;
3. die zunehmende Beteiligung der durch die Sozialarbeit betreuten Gruppen an dem Ausbau der sozialen Hilfswerke.

Das Kernproblem für die weitere Entwicklung der Sozialarbeit ist nun die Anpassung und die konstruktive Ausnutzung dieser im großen und ganzen als unvermeidlich erkannten Entwicklungstendenzen.

Ein Blick in die Zukunft der Sozialarbeit

Internationale Entwicklungslinien

Zu den interessantesten Materialien, die durch die Pariser Konferenz zugänglich gemacht wurden, gehört das Referat von Dr. Alva Myrdal, der Leiterin der Sozialabteilung der Vereinten Nationen über die internationalen Entwicklungslinien der Sozialarbeit³.

Ihr Bericht stützt sich auf ein zwar noch unvollständiges, aber doch durchaus repräsentatives Material, das aus Belgien, Brasilien, Kanada, Frankreich, Indien, den Philippinen, der Schweiz, Großbritan-

nien und den Vereinigten Staaten zur Verfügung gestellt wurde. Darin zeichnet sich als wichtigste Tatsache die Tendenz ab, daß der Staat selbst die Verantwortung für die Gewährleistung eines ständigen Mindesteinkommens durch eine Sozialversicherung oder zumindest durch die Einrichtung öffentlicher Unterstützung für die Bedürftigsten und die Sicherung der Vollbeschäftigung übernommen hat. Es geht nun nicht mehr darum, Wert oder Unwert dieser Tendenz zu diskutieren oder sich bei den zweifellos vielfach auftretenden Fehlschlägen aufzu-

³) Abgedruckt in einer Uebersetzung von Dr. Cecile Hensel im *Nachrichtendienst des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge*, September 1950, Soziale Sonderbeilage „Sozialarbeit und soziale Ausbildung international

gesehen“, Materialien von der Pariser internationalen Konferenz für Sozialarbeit und Sozialausbildung, ausgewählt und herausgegeben von Prof. Dr. Hertha Kraus.

halten, sondern alle Aufmerksamkeit auf die zusätzlichen Dienstleistungen zu legen, die weiterhin nur aus privater Initiative geleistet werden können.

Künftige Hauptaufgaben der Sozialarbeit

Nimmt man die immer größer werdende Ausbreitung eines öffentlichen Wohlfahrtswesens als gegeben an, dann lassen sich die Probleme und Ausichten der Sozialarbeit nach den Ausführungen von Frau Myrdal unter vier Hauptgruppen zusammenfassen. Sie stehen in direktem Zusammenhang mit dem Rahmen des Aufgabengebietes, in welchem sich die meisten Sozialarbeiter der Zukunft bewegen werden.

1. als öffentliche Beamte in der Planung, Gestaltung und Durchführung von auf demokratischen Prinzipien aufgebauten allgemeinen Wohlfahrtssystemen;
2. als „Sozialarbeiter“ im engeren Sinne, die in direktem Kontakt mit dem einzelnen Hilfsbedürftigen stehen und sich mit den Problemen der Anpassung, persönlichen Leitung und Beratung beschäftigen;
3. als Leiter und Mitarbeiter in Anstalten für Behinderte. Als Angestellte von Altersheimen, Kinderheimen, als Sozialarbeiter in Kliniken (hier Umschulung, Berufstherapie und allgemeine Beratung), in Schulen, Gefängnissen usw.;
4. als Mitarbeiter und Fachkräfte in unzähligen Unternehmungen der Gemeinschaftshilfe: genossenschaftlichen Betrieben, Siedlungen, Organisationen für Freizeitgestaltung, staatsbürgerliche Erziehung usw.

Bisher haben sich die meisten Ueberlegungen über soziale Arbeit fast ausschließlich auf die zweite der hier angeführten Gruppen beschränkt: auf die persönliche Hilfe — ob sie nun Methoden der Einzel- oder Gruppenhilfe anwendet — mit dem Ziel der Einzelanpassung an bestehende Situationen. Da die Tendenzen heute auf der einen Seite so eindeutig nach größerer „Amtlichkeit“ und auf der anderen Seite nach demokratischer Selbstorganisation hinielen (zum Beispiel durch genossenschaftliche Unternehmungen, Selbsthilfeverbände von Rentenempfängern usw.), wird es zunehmend klarer, daß der Begriff der Sozialarbeit selbst erweitert werden muß.

Frau Myrdal zitierte in diesem Zusammenhang eine besonders prägnante Zusammenfassung dieser neuen erweiterten Auffassung der sozialen Dienstleistungen aus einem Schweizer Bericht:

„Wir können die sozialen Dienstleistungen folgendermaßen definieren: Die Aufgabe der Sozialarbeit ist es, Einzelnen, Familien und Gruppen zur Befriedigung ihrer lebenswichtigen Bedürfnisse organisierte Hilfe zur Verfügung zu stellen. Sie soll die gegenseitige Hilfe der Menschen untereinander oder zwischen Mitgliedern der gleichen Gruppe ermutigen und fördern. Wenn notwendig, muß sie an ihre Stelle treten.“

Betrachtet man nun die Welt als Ganzes und berücksichtigt dabei sowohl die Zukunft der wirtschaftlich noch zurückgebliebenen oder weniger entwickelten Länder als auch die der hochindustrialisierten, dann erscheinen zwei Aufgaben von besonderer Bedeutung für die künftige Entwicklung der Sozialarbeit:

Die Entwicklung einer wahrhaft sozialen Verwaltung des ungeheuer vielseitigen Netzes von öffentlichen sozialen Maßnahmen, das sich ständig weiter ausdehnt, und die Aufgabe, selbständig handelnde Gruppen der gegenseitigen Hilfe und der gemeinschaftlichen Selbsthilfe zu fördern. Um den Umfang dieser Arbeitsgebiete anzudeuten, wies Frau Myrdal auf der einen Seite auf die Sozialversicherungen und die staatlichen oder kommunalen Gesundheitsdienste hin, auf der anderen Seite auf die Genossenschaften und die „Bewegung der Nachbarschaftsheimen“. Auf deutscher Seite kann hier auf die Selbsthilfebewegung verwiesen werden, die im vergangenen Jahr durch die Bildung des „Ständigen Ausschusses für Selbsthilfe“ einen neuen starken Auftrieb erfahren hat⁴.

Im Vergleich mit diesen sowohl wertmäßig als auch quantitativ überragenden Aufgaben werden wohl in Zukunft die mehr „klassischen“ Arbeitsgebiete der Sozialarbeit, nämlich die Einzelhilfe und die Anstaltshilfe, zahlenmäßig etwas mehr zurücktreten. Untersucht man diese Gebiete aber auf ihren fachlichen Wert, so gelangt man auch für sie zu einer neuen Aufgabenstellung. Die Beratungsarbeit wird zunehmend vielseitiger, wenn neue Hilfsquellen für Erkenntnisse und Heilung erschlossen werden. Zu allen Zeiten wird es auch Menschen geben — und nicht nur mittellose Menschen —, die verwirrt dem Leben gegenüberstehen und kundige Hilfe brauchen, um sich im Labyrinth der Gesellschaft zurechtzufinden. In ähnlicher Weise werden sich auch die Anforderungen an die Qualität der Anstaltshilfe wesentlich verändern. Im Zusammenhang mit der Steigerung des Lebensstandards und unserem wachsenden Wissen vom Verhalten des Menschen wird es nicht mehr genügen, Menschen dieser oder jener Kategorie als „anstaatsreif“ unter irgendwelche Wärter, die ihnen ein Dach über dem Kopf, Essen und Aufsicht beschaffen, in ein Heim einzuweisen. Statt dessen werden Kinderheime, Krankenhäuser, Altersheime, Gefängnisse und Nervenheilanstalten in einem weit größeren Maße als bisher nicht nur zur Sicherung und Heilung, sondern auch zur vorbeugenden Verhütung sozialer Mißstände Verwendung finden müssen.

Der künftige „geistige Ort“ der Sozialarbeit

Aus den hier angedeuteten Entwicklungstendenzen

⁴) Vgl. die vom Ständigen Ausschuss für Selbsthilfe anlässlich des Deutschen Selbsthilfetages 1950 herausgegebene Schrift „Die gemeinschaftliche Selbsthilfe“, Göttingen; 1950,

die einen ersten zusammenfassenden Ueberblick über die deutsche Selbsthilfebewegung der Nachkriegszeit gibt.

ergibt sich die Frage, wo nun in dem Gesamtgebäude der Wissenschaften die Sozialarbeit ihre geistige Heimat finden wird, eine Frage, die nicht nur von theoretischer Bedeutung ist, sondern in unmittelbarem Zusammenhang mit dem entscheidenden Problem der Ausbildung der Sozialarbeiter steht.

Auf der Pariser Konferenz kristallisierten sich zu dieser Frage zwei Auffassungen heraus: Die eine, die vor allem in dem Referat von Dr. Jane Hoey, Direktorin der Abteilung für Unterstützungswesen im Bundesamt für soziale Sicherheit in Washington, zum Ausdruck kam⁵, sieht in der Sozialarbeit das Kerngebiet einer neuen Wissenschaft von den menschlichen Beziehungen (human relations), die sich aus einer Verbindung ausgewählter Wissensgebiete der Sozialwissenschaften, der Geisteswissenschaften und Naturwissenschaften ergeben soll. Gegenüber dieser Forderung nach der Schaffung einer neuen Wissenschaft, die wohl in Europa weniger Anklang finden wird als in den Vereinigten Staaten, wo man wesentlich schneller zu geistigen Experimenten bereit ist, vertrat Frau Myrdal eine konservativere Haltung. Sie forderte vor allem eine echte soziale Fachkunde und Methodenlehre, die verlässliche Grundsätze und Regeln für eine angewandte Sozialwissenschaft erarbeiten soll. Die geplanten Arbeitsprogramme der Sozialabteilung der Vereinten Nationen sollen den Erfahrungsschatz der ganzen Welt für eine solche angewandte Sozialwissenschaft sammeln und erschließen.

Durch die Textvergleichen von Gesetzesreihen, die Einrichtung einer internationalen Auskunftstelle und die Veröffentlichung einer internationalen Zeitschrift für jedes Hauptgebiet der angewandten Sozialwissenschaft will die Sozialabteilung der Vereinten Nationen, deren Leiterin Frau Myrdal ist, zu einer Art von internationalem Clearing House der Sozialarbeit werden.

Der Exekutivausschuß der Internationalen Konferenz für soziale Arbeit, dessen Sekretariat sich in den Vereinigten Staaten befindet⁶, soll den Erfahrungsaustausch zwischen den privaten Organisationen der Sozialarbeit, die ihrerseits nationale Koordinierungsausschüsse bilden sollen, auf der einen und den zuständigen Organen der Vereinten Staaten auf der anderen Seite vermitteln.

Für Europa und das Mittelmeergebiet wurde ein eigenes Koordinierungssekretariat geschaffen, das seinen Sitz in Paris hat und von Mlle. I. de Hurtado geleitet wird⁷. Die nächste Konferenz soll 1954 in Bangkok stattfinden. Damit kommt die Einbeziehung des Fernen Ostens in den Tätigkeitsbereich der sozialen Arbeit sichtbar zum Ausdruck.

Es wird freilich noch einer gewaltigen geistigen Leistung bedürfen, ehe die internationale organisatorische Zusammenfassung der sozialen Arbeit auch durch eine entsprechende geistige Gesamtkonzeption gefestigt sein wird.

⁵) Abgedruckt in einer Übersetzung von Dr. Hertha Kraus im *Nachrichtendienst des Vereins für öffentliche und private Fürsorge*, September 1950.

⁶) Exekutivausschuß der Internationalen Konferenz für soziale Arbeit, Präsidium: René Sand, Brüssel (Belgien), Ehrenpräsident; George E. Haynes, London (England), Präsident; H. C. Chang, Lake Success, N. Y. (USA), Vizepräsident; Fred K. Hoehler, Chicago, Illinois (USA), Vizepräsident; J. M. Kumarappa, Bombay (Indien), Vizepräsident; F. H.

Rowe, Melbourne (Australien), Vizepräsident; H. M. L. H. Sark, Den Haag (Niederlande), Vizepräsident; William H. Dewar, Toronto, Ontario (Canada), Schatzmeister; Joe R. Hoffer, Columbus, Ohio (USA), Generalsekretär; Mlle I. de Hurtado, Paris (Frankreich), stellvertr. Generalsekretär; Ständiges Generalsekretariat: Mr. J. R. Hoffer, 82, North High Street, Columbus 15, Ohio (USA).

⁷) Adresse: 5, rue Las-Cases, Paris (7e), Frankreich.

Lage und Aussichten der Wirtschaft West-Berlins*

Die wirtschaftliche Entwicklung seit 1948 und die Voraussetzungen für eine günstige Entwicklung

Gegenüber dem Sommer 1949 hat sich die wirtschaftliche Lage West-Berlins gefestigt. Die Anpassung an die Verhältnisse in Westdeutschland hat auf wichtigen Gebieten Fortschritte gemacht. Der Absatz nach dem Westen und die Produktion sind gestiegen. Die Wettbewerbsfähigkeit auf den westlichen Märkten hat sich als Folge von Rationalisierungsmaßnahmen und vermehrter Anpassung der Produktion an die Bedürfnisse der Verbraucher erhöht. Das durchschnittliche Realeinkommen hat infolge von Preissenkungen zugenommen, mit Ausnahme allerdings der niedrigsten Einkommen.

Den positiven Momenten steht gegenüber, daß die Arbeitslosigkeit trotz aller Bemühungen höher ist als vor einem Jahr, ferner daß das Mißverhältnis zwischen dem Bezug von Waren aus Westdeutschland einerseits und den Lieferungen dorthin andererseits unverändert groß geblieben ist und daß der Zuschußbedarf des öffentlichen Haushalts mit etwa 55 Millionen DM monatlich noch fast ebenso groß ist wie vor Jahresfrist.

Da die politische Freiheit der Stadt nicht ausreichend gesichert ist, wenn nicht auch ein solides wirtschaftliches Fundament geschaffen wird, dürfen die obengenannten Nachteile nicht hingenommen werden. Es gilt, die Voraussetzung für ihre Ueberwindung zu schaffen.

Die künftige Entwicklung der Wirtschaft West-Berlins ist wesentlich von der allgemeinen politischen und wirtschaftlichen Entwicklung in Westdeutschland und in der Welt abhängig. Die Erfahrungen haben allerdings gezeigt, daß eine Erhöhung von Produktion und Absatz in den westlichen Ländern allein noch nicht zu einer entsprechenden Zunahme in West-Berlin führt. In hohem Umfang ist die Entwicklung der Stadt offensichtlich auch von der Wirksamkeit der Maßnahmen zur Förderung der West-Berliner Produktion und ihres Absatzes abhängig.

Wenn in dieser Hinsicht nicht noch mehr als bereits eingeleitet unternommen wird, ist sehr zweifelhaft, ob es zu einer baldigen wesentlichen Verringerung der Arbeitslosigkeit kommt.

Der Zuwachs an Arbeitsuchenden, hervorgerufen durch Rationalisierungen, Schulentlassungen, Flüchtlinge und Entlassungen von West-Berlinern im Ostsektor ist dann womöglich noch größer als die Zahl der neu eingestellten Arbeitskräfte. Auch eine kontinuierliche Gewährung ausreichender Zuschüsse des Bundes an die Stadt Berlin, so nützlich sie auch ist, bietet allein noch keine Gewähr für eine günstige Entwicklung.

Zur stetigen Verringerung der West-Berliner Arbeitslosen ist notwendig, daß die noch vorhandene Benachteiligung in der Wettbewerbsfähigkeit durch großzügige Maßnahmen beseitigt und sogar eine gewisse Vorzugstellung West-Berlins geschaffen wird.

So bedeutsam auch das ist, was bereits zur Erhöhung der Wettbewerbsfähigkeit unternommen ist, es fehlt besonders den fördernden Maßnahmen Westdeutschlands noch an dem erforderlichen Gewicht. Unzureichend ist z. B. die Umsatzsteuerrückvergütung für westdeutsche Bezieher West-Berliner Waren. Es bedarf weiterer finanzieller Anstrengungen.

Eine der Möglichkeiten besteht darin, daß die Bundesregierung Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen in Berlin finanziert. Als dann würden, so ist zu hoffen, GARIOA-Mittel, die einstweilen hierfür eingesetzt werden, teilweise zur Förderung des Absatzes Verwendung finden können.

Die Maßnahmen zur Förderung der Wettbewerbsfähigkeit müssen, wie die Erfahrung eindringlich gelehrt hat, vielfältig sein, d. h. sie haben sich auf vielerlei in Frage kommende Bereiche zu beziehen. Hervorgehoben seien:

- a) günstigere Steuersätze, soweit hierdurch Produktion und Absatz gefördert werden,
- b) relativ niedrige Zinsen für Betriebsmittel- und Investitionskredite,
- c) Betriebsmittelkredite unter Zuhilfenahme öffentlicher Bürgschaften,
- d) Kredite zur Finanzierung westdeutscher und ausländischer Aufträge mit verhältnismäßig langen Zahlungsfristen,
- e) Vorzugstarife im Verkehr,

*) Die nachstehenden Ausführungen und Schaubilder entnehmen wir mit freundlicher Genehmigung des Autors, Professor Dr. Rudolf Meimberg, Direktor der Berliner Zentralbank, und des Verlages Duncker und Humblot, Berlin-München, dem so-

eben erschienenen Heft 2 der Schriftenreihe der Berliner Zentralbank: „Die Wirtschaft West-Berlins“, Entwicklung—Probleme — Aufgaben.

- f) finanzielle Hilfe beim Ausbau der Absatzorganisation in Westdeutschland und im Ausland sowie zur sonstigen Förderung des Absatzes,
- g) Erleichterung des Luftverkehrs durch Ausbau und Verbilligung.

Hinsichtlich der Belastung mit Transportkosten sollte die West-Berliner Wirtschaft so gestellt werden, als ob die Stadt innerhalb der Grenzen Westdeutschlands läge.



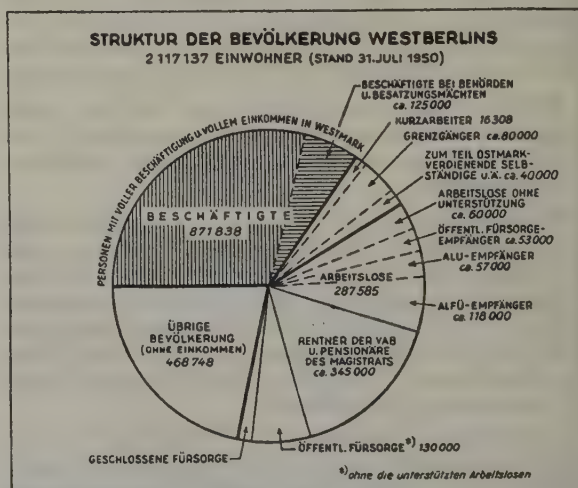
Vorzugstarife bei der Eisenbahn dürfen allerdings nicht dazu führen, daß der Straßenverkehr zwischen West-Berlin und Westdeutschland beeinträchtigt wird. Straßenverkehrsbetriebe werden daher gegebenenfalls finanziell begünstigt werden müssen (z. B. auf steuerlichem Gebiet und durch Nachlaß des Benzinolles).

Maßnahmen zur Förderung des Absatzes im Westen werden zum Ziel haben müssen, eine möglichst große Anzahl West-Berliner Produzenten auf den westlichen Märkten so zu stellen, als ob die Verkaufsstellen im Westen lägen, d. h. dort, wo sich die Nachfrage konzentriert. Lediglich mit einer Gleichstellung der Produktions- und Absatzkosten ist es oftmals nicht getan. Es gilt, einen sehr viel engeren Kontakt zwischen Verkäufer und Käufer herbeizuführen, als es vielen West-Berliner Betrieben ohne die Gewährung von Zuschüssen für den Vertrieb im Westen finanziell möglich ist. Dazu gehört auch, daß der Käufer im Westen vermehrte Gelegenheit zur Beschichtigung der Waren erhält. Dieser Aufgabe gegenüber darf nicht eingewendet werden, sie sei wirtschaftlich unvernünftig. Wenn erreicht werden soll, daß West-Berlins Wirtschaft wieder den größten Teil der arbeitsfähigen Bevölkerung West-Berlins beschäftigen kann, darf nicht nur unterstützt werden, was bei Betrachtung auf kurze Sicht rentabel erscheint.

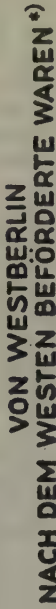
Von einer leistungsfähigen Absatzorganisation im Westen ist besonders auch zu erwarten, daß sich die Erholung der Masse der mittleren und kleineren Betriebe von den Demontagen, der Blockade und dem Verlust östlicher Märkte rascher vollzieht, als es bisher möglich gewesen ist. Im allgemeinen sind diese Betriebe in der Entwicklung noch weiter zurück als die größeren, und zwar

nicht zuletzt deshalb, weil es ihnen aus eigener Kraft schwerer fällt, die erforderlichen Verbindungen mit den Kunden herzustellen. Von einem Ausbau der Absatzorganisation ist auch eine Belebung des West-Berliner Exports zu erhoffen, der, wie dargestellt ist, sich bisher weit unbefriedigender entwickelt hat als der westdeutsche Export.

Auch wenn die Förderung der Wettbewerbsfähigkeit in dem wünschenswerten Ausmaß und mit der gebotenen Schnelligkeit gelingen sollte — nach dem derzeitigen Stand der Dinge ist das infolge unzureichender finanzieller Hilfen noch nicht zu erwarten —, kommt der verstärkten Vergebung öffentlicher Aufträge nach Berlin hohe Bedeutung zu; denn in vollem Umfang wird es auch im günstigsten Falle nicht gelingen, der West-Berliner Wirtschaft jene Stellung im Wettbewerb auf den westlichen Märkten zu geben, deren sie bedarf. Bisher ist man bei der Vergebung öffentlicher Aufträge trotz guten Willens mancher Stellen im Westen über Anfangserfolge noch nicht hinausgekommen. Die unvermeidlich mit einer solchen Aktion verbundenen administrativen Schwierigkeiten werden nur sehr langsam überwunden. Wünschenswert wäre u. a., daß sich auch die Behörden der westdeutschen Länder — also nicht nur diejenigen des Bundes — stärker an der Vergebung von Aufträgen nach West-Berlin beteiligen. Anzustreben ist auch die Vergebung öffentlicher Aufträge nach West-Berlin durch Regierungsstellen der Westmächte zur Lieferung von Gütern des zivilen Bedarfs. Wenn sich solche Aufträge, insbesondere auch von Seiten der USA, in Höhe von einigen Millionen Dollar monatlich ermöglichen ließen, bedeutete dies eine beträchtliche Hilfe für die West-Berliner Wirtschaft. Wünschenswert ist weiterhin die Bevorzugung West-Berlins auf zollpolitischem Gebiet sowie bei der Vergebung von Importlizenzen.

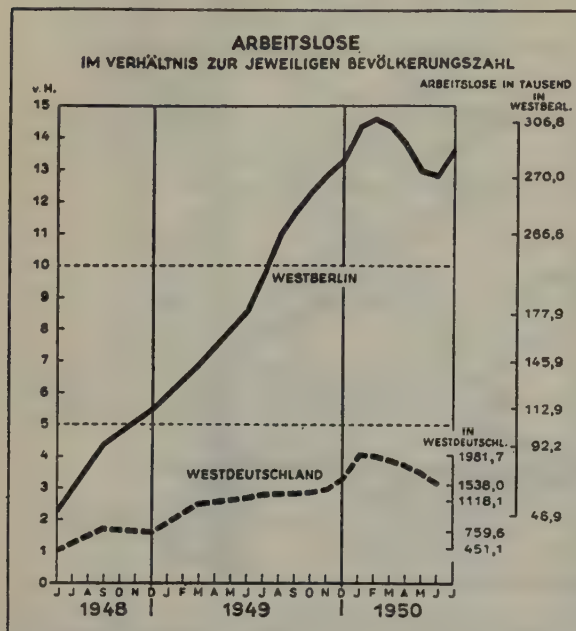


Der Umfang der Lieferungen, die West-Berlin auch im günstigsten Falle erbringen kann, ist, gemessen an der Höhe der Produktion Westdeutschlands und der Höhe der industriellen Einfuhr der westlichen Länder, gering. Die spezielle Förderung der West-Berliner Lieferungen einschließlich des Exports wird daher nicht zu einer



ernsten Beeinträchtigung der Belange der Produzenten des Westens führen können.

Wenn alle Maßnahmen, die zur Steigerung der Lieferungen nach dem Westen beitragen könnten, in dem wünschenswerten Umfang ausgeführt werden würden, dürfte das, sofern auch die Wettbewerbsfähigkeit der



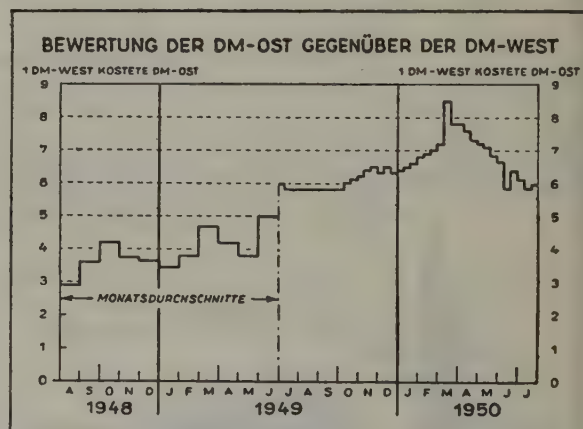
Vielzahl mittlerer und kleiner Betriebe, die für den Absatz nach dem Westen in Betracht kommen, hinreichend gehoben werden soll, den Einsatz von monatlich vorerst 10 bis 15 Mill. DM erfordern. Mit diesem Gelde ließe sich unter der Voraussetzung, daß sich die allgemeinen Verhältnisse befriedigend entwickeln und daß die Rationalisierung fortschreitet, eine ansehnliche Steigerung des Arbeitsmarktes erwarten.

Trotz der hohen Bedeutung, die den öffentlichen Maßnahmen im Interesse einer günstigen Entwicklung der West-Berliner Wirtschaft zukommt, liegt doch eine unerläßliche Bedingung für Erfolge bei den West-Berlinern selbst. Noch immer ist es in den Betrieben möglich, selbst vielerlei zur Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit zu tun. So ist auch die Kalkulation vielfach noch verbesserungsbedürftig. Der Nachteil der langjährigen Entwöhnung an genaues Rechnen wirkt sich noch aus — nur zum Teil liegt das daran, daß es Unternehmern aus finanziellen Gründen an der genauen Kenntnis der Verhältnisse auf den in Frage kommenden Absatzmärkten fehlt.

Sollte es zu zusätzlichen öffentlichen Maßnahmen im Interesse der Förderung des Absatzes kommen, dann wird sorgsam darauf zu achten sein, daß die Entwicklung zur echten Wettbewerbsfähigkeit und Anpassung der Produktion an den Bedarf hierdurch nicht beeinträchtigt wird. Auch sollte darauf geachtet werden, daß der unterstützte Betrieb das seinige tut, um die Produktion zu erhöhen und die Arbeitsplätze zu vermehren.

Neben der Selbsthilfe der West-Berliner Wirtschaft verdient auch der Nutzen einer „Nachbarschaftshilfe“ der westdeutschen Unternehmer und Wirtschaftsverbände erwähnt zu werden. Namentlich bei dem Ausbau der westdeutschen Produktionskapazitäten und bei der Beschickung des West-Berliner Marktes vom Westen her mit Gütern, die auch in West-Berlin zu vergleichbaren Preisen hergestellt werden, könnte eine verständnisvolle Haltung der westdeutschen Wirtschaft für West-Berlin von hohem Nutzen sein. In manchen Branchen sollte sogar geprüft werden, ob nicht die westdeutschen Produzenten auch finanziell den Absatz West-Berliner Produkte fördern könnten.

Wenn, so darf abschließend gesagt werden, von allen Beteiligten das Mögliche und Zumutbare zur Entwicklung der West-Berliner Wirtschaft getan wird, ist es keine Utopie, in den nächstfolgenden Jahren zusätzlich 150 000 dauerhafte Arbeitsplätze zu schaffen. Gelänge die



Erreichung dieses Zieles, dann wären die wirtschaftlichen Schwierigkeiten West-Berlins auch bei Fortdauer der Insellage bis auf ein erträgliches Maß verringert. Die elementare politische Voraussetzung für den Erfolg ist natürlich, daß den West-Berlinern, aber auch den Westdeutschen, die Zugehörigkeit West-Berlins zur westlichen Welt und die Teilnahme an deren Schicksal als selbstverständlich gilt.

Grundlinien der sowjetischen Geschichtsforschung im Zeichen des Stalinismus

Von Dr. Georg von Rauch

Schluß

Der Kampf gegen den Kosmopolitismus seit 1945

Schon die für die Jahre 1934 bis 1945 konstatierte Ueberkreuzung von marxistischen und nationalen Tendenzen in der sowjetischen Historiographie hätte einen auswärtigen Betrachter davor bewahren müssen, im sowjetischen Patriotismus Stalinscher Prägung eine grundlegende Kursänderung des Systems zu sehen, Anzeichen einer nunmehr friedlichen und allmählichen Evolution Sowjetrußlands zu entdecken. Statt dessen ist von westlichen und besonders von neutralen Beobachtern immer wieder diese übereilte Schlußfolgerung gezogen worden¹³⁶. Eine Verfolgung der nach dem Zweiten Weltkriege zutage tretenden Tendenzen der sowjetischen Geschichtsschreibung belehrt eines Besseren.

Die Beendigung des Krieges stellte die sowjetische Führung vor eine Erscheinung, mit der eigentlich schon durch einen Vergleich mit der historischen Situation von 1813 zu rechnen war und die sich bereits in der letzten Phase des Kampfes bemerkbar machte: die Wirkungen des Auslandes auf den Sowjetbürger¹³⁷! Durch die enge Berührung von Angehörigen der Roten Armee mit der „kapitalistischen Welt“ wurde die bisher propagierte parteiamtliche Vorstellung vom Ausland schwer erschüttert. Die angebliche Ueberlegenheit der Sowjetunion und ihrer Kultur über den Westen erwies sich für jeden kritisch denkenden Bolschewisten als eine Schimäre. Aber auch schon jedem schlichten Beobachter mußte sich in der Berührung mit Angehörigen fremder Heere und fremder Länder eine neue, ungeahnte Welt erschließen. Der sorgsam gepflegte Sowjetpatriotismus wurde plötzlich ebenso Erschütterungen ausgesetzt wie das Ueberlegenheitsgefühl des parteigläubigen Bolschewisten.

Hier galt es einzugreifen, um größere Schäden zu verhüten. Das Sowjetvolk mußte erneut von der

westlichen Welt isoliert werden. In jedem Russen insbesondere mußte ein neues Melioritätsbewußtsein auf dem Gebiet von Wirtschaft, Kultur und Wissenschaft gezüchtet werden.

Eine der ersten in diesem Sinne erfolgten Maßnahmen war die Entziehung des Wahlrechts bei allen während des Krieges in die Partei aufgenommenen Mitgliedern unter 23 Jahren im Oktober 1945. Die Partei war mittlerweile auf das Anderthalbfache ihres Vorkriegsstandes angewachsen¹³⁸; nun wurde eine Säuberung der am Leben Gebliebenen, nicht zuletzt wegen drohender Infizierung durch westliche Eindrücke, für nötig gehalten. Darüber hinaus galt es, das sowjetische Geistesleben schärfer denn je zu überwachen!

Es war niemand anderes als *Shdanow*, der mit dieser neuen „volkserzieherischen“ Aufgabe betraut wurde. Die neue Abweichung von der Generallinie, die bekämpft werden mußte — ein neuer Trotzismus gewissermaßen —, hieß „Kosmopolitismus“. Die sowjetische Musik, Philosophie und Kunst, das ganze geistige Leben mußte nun von diesem neuen Gesichtspunkt aus überwacht werden. *Shdanows* exemplarische Eingriffe und Maßregelungen brachten ihm bald den Ruf eines „Hüters des sowjetischen Geisteslebens“ ein, den er bis zu seinem Tode am 31. August 1948 bewahrte¹³⁹. Die Kampagne wurde durch eine Rede von ihm Ende 1946 eröffnet. Der Komponist *Schostakowitsch* wird wegen bürgerlicher Abirrungen in seiner Musik zur Ordnung gerufen, die Dichterin *Anna Achmatowa* fällt wegen westlicher Neigungen in Ungnade. 1947 wird der Professor der Philosophie, *Alexandrow*, dessen Geschichte der westeuropäischen Philosophie noch 1945 den Stalinpreis erhalten hatte, des Objektivismus bezichtigt, sein Buch verdammt. Charakteristisch für diese neuen kulturpolitischen Tendenzen ist auch das

oft reichlich naiv anmutende Bestreben, fast jeder im Westen gemachten Erfindung ein noch früheres russisches Gegenstück — entsprechend dem angeblichen Leninwort: „Europa ist ärmer an begabten Menschen als wir!“ — entgegenzustellen¹⁴⁰.

Damit wird deutlich, daß man auf die motorische Kraft des im Kriege bewährten Nationalismus an sich noch immer nicht verzichtet hat. Er wurde nach Kriegsende erneut im Kampf mit dem Kosmopolitismus entfacht, allerdings sorgfältig überwacht und gedrosselt aus den zum Ende des vorigen Abschnitts dargelegten Gründen. Für die sowjetische Geschichtsschreibung ergaben sich daraus nicht unerhebliche Konsequenzen.

Sehr bezeichnend für die neue Linie war beispielsweise die im Juni 1945 vollzogene abermalige Umbenennung der führenden historischen Zeitschrift des I. Sh. (1931 als *Boriba klassow* begründet und 1937 in *Istoritscheskij shurnal* umbenannt): sie heißt seitdem *Woprosy istorii* (Probleme der Geschichte). Mit der Absage an die Popularisierungstendenzen der Jahre 1917 bis 1945 wurde nunmehr die Notwendigkeit betont, der Zeitschrift einen stärkeren wissenschaftlichen und theoretischen Charakter zu verleihen. Sie sollte erneut zu einem Kampforgan der marxistisch-leninistischen historischen Schule werden, erneut Begeisterung für Klassenkampfadeale wecken. Sowohl dem „großrussischen Chauvinismus“ bei der Interpretation der russischen Expansionsentwicklung als auch den „bürgerlich-nationalistischen“ Tendenzen der nichtrussischen Völker wurde der Kampf angesagt. Es waren Töne, die unter anderem auch in der Wahlrede Stalins am 9. Februar 1946 anklangen¹⁴¹.

Am 30. November 1946 wurde in der Zeitschrift *Kultura i Shisnj* (Kultur und Leben), dem Organ der Propagandaabteilung des Zentralkomitees der Partei, der „Fünfjahresplan der Geschichtsforschung“ als einseitig und blutlos gebrandmarkt. Revolutionärer Schwung wäre zu vermissen, die Geschichte der revolutionären Parteien und der revolutionären Bewegung würde ebenso vernachlässigt wie die Kolonialgeschichte im Zeitalter des Imperialismus; der Bedeutung der russischen Geschichte im Rahmen der allgemeinen Weltgeschichte würde nicht genügend Beachtung geschenkt.

Von da ab setzt ein regelrechter Feldzug zur Revision der erst kürzlich geschaffenen neuen Lehrbücher und Leitfaden der Geschichte ein. Besonders bei Neuauflagen sind die Verfasser gehalten, Verbesserungen anzubringen, die einen Beweis ihres Schritthaltes mit der Parteilinie liefern. So unterscheidet sich zum Beispiel die Neuausgabe der Geschichte der Sowjetunion von A. *Pankratowa* aus dem Jahre 1946 dadurch von der ersten Auflage des Jahres 1945, daß dort Stalins lobende Anerkennung der

alliierten Invasion in der Normandie als eines glänzenden militärischen und politischen Erfolges fortgelassen wird. Das Lehrbuch für Studierende der Geschichte von *Lebedew*, *Grekow* und *Bachruschin* vom Jahre 1939 wurde 1947 einer grundlegenden Revision unterzogen. Sie fiel allerdings nicht zur Zufriedenheit der Parteinstanzen aus. Der *Bolschewik*, Organ des Zentralkomitees der Partei, rügte in seiner Novembernummer 1947, das Lehrbuch bringe zu viel Tatsachen und zu wenig Theorie und Schlußfolgerungen; es stelle daher ein schlechtes Beispiel auf sowohl für die eigenen marxistischen Studierenden als auch für die der Satellitenstaaten.

Der Pendel von 1934 schlägt zurück. Man war von „gefährlichen soziologischen Vereinfachungen“ zu „primären geschichtlichen Tatsachen“ geschritten und griff jetzt wieder auf den Ausgangspunkt zurück.

Es war ein gewagtes Unterfangen, wenn unter diesen Umständen K. *Basilewitsch*, einer der Herausgeber der Geschichte der Sowjetunion, sich unter Berufung auf die Verlautbarung *Stalins*, *Shdanows* und *Kirows* vom Jahre 1934 erkühnte, vor einer isolierten Betrachtung der russischen Geschichte zu warnen. Er setzte sich damit in Gegensatz zu den neueren Theorien *Shdanows* von dem autochthonen Charakter der russischen Geschichte und Kultur, die soeben durch die Maßregelung Professor *Alexandrows* einen autoritativen Ausdruck gefunden hatten. Es war ein gefährliches Spiel, den *Shdanow* von 1934 dem *Shdanow* von 1946 gegenüber auszuspielen! Wenn auch *Basilewitschs* Warnungen von *Grekow* als dem Herausgeber der dritten, verbesserten Auflage des Lehrbuchs nicht berücksichtigt wurden, hatte sein Fachurteil immerhin noch so viel Gewicht, daß man den übrigen Einwänden Rechnung trug.

Außerordentlich bezeichnend ist der Fall N. *Rubinssteins*, der seine in den dreißiger Jahren zusammengestellte „Russische Historiographie“ 1941 herausgegeben und ausnahmslos anerkennende Urteile geerntet hatte. 1947 wurde ihm plötzlich ein „schädlicher Professorenobjektivismus vom Standpunkt des gleichgültigen Beobachters“ vorgeworfen, unter anderem weil er die Verdienste *Lomonossows* um die russische Geschichtsschreibung außer acht gelassen und dem Deutschen *Schlözer* den ersten Platz unter den russischen Geschichtsschreibern eingeräumt, überdies noch an der überalterten Auffassung der Wärägerberufung festgehalten hatte. *Rubinstein* revozierte im Februar 1948, nachdem seine Einstellung von einer Historikerkonferenz im Ministerium für höhere Bildung verurteilt worden war, sein eigenes Buch. Jawohl, er wäre das Opfer formaler, objektiver, akademischer Gesichtspunkte geworden, statt einen kämpferischen Parteistandpunkt einzunehmen. Er gab auch zu, darin gesündigt zu haben, daß er die Theorien Lenins und Stalins nicht als Grundlage

einer neuen revolutionären Geschichtswissenschaft, sondern bloß als Ergebnis einer Entwicklung des geschichtlichen Denkens aufgefaßt hätte! An der im März 1948 einsetzenden öffentlichen Diskussion über Rubinstains Buch beteiligten sich 26 Redner; auch der Leningrader Historiker O. Wainstein, der das Werk noch 1942 positiv im I. Sh. besprochen hatte, griff ihn scharf an.

Rubinstein gab zu, gefehlt zu haben und verlangte selbst die Neuausgabe seiner Werke in kollektiver Zusammenarbeit mit allen sowjetischen Historikern. Aber noch nicht genug. Anfang 1949 griff die Zeitschrift W. I. (Heft 2) erneut den Fall Rubinstein auf, ohne daß ihm sein Reuebekenntnis genützt hätte. Seine Historiographie, hieß es hier, sei „vollständig durchtränkt von der kosmopolitischen Vorstellung eines gemeinsamen universalen Entwicklungsstromes der allgemeinen Geschichtswissenschaft“, wobei die russische Geschichtsschreibung nur als Wiederholung und Spielart der westlichen historischen Schulen und Richtungen erscheine. Rubinstein schildere die Geschichte der russischen Geschichtswissenschaft vollständig losgelöst vom historischen Prozeß und den Klassenkämpfen in Rußland. Während er die russische Geschichtswissenschaft unterschätze, hebe er die ausländische, insbesondere die deutsche, hoch hervor und feiere die deutschen Historiker als eigentliche Träger der historischen Theorien und Väter der russischen Geschichtsschreibung, die den russischen Historikern erst wissenschaftliche Methode beigebracht hätten¹⁴².

In ihrem Septemberheft des Jahres 1948 unterziehen die W. I. die Entwicklung der sowjetischen Geschichtsforschung nach dem Kriege einer umfassenden kritischen Analyse. Das Organ ist noch keineswegs mit den bisherigen Ergebnissen zufrieden. Noch wäre man der Forderung, dem bürgerlichen Objektivismus abzuschwören, nicht in genügendem Maße nachgekommen; eine ganze Reihe historischer Werke ließen eine geradezu marxistenfeindliche Einstellung verspüren. „Noch haben die sowjetischen Historiker nicht den richtigen kämpferischen Geist, der von Stalin verlangt wird, erworben.“

Wie soll, fragen die W. I. weiter, der sowjetische Historiker sein? Fest fundiert in allen Fragen des dialektischen Materialismus; inspiriert von den klassischen historischen Werken der Partei, was er durch Zitate von Marx, Engels, Lenin und Stalin nachzuweisen hätte. Der „richtige Historiker“ muß frei sein von „einer übertriebenen Liebe zu den Tatsachen, bewandert in den theoretischen Verallgemeinerungen mit der Parteilinie“. Shdanows Ansicht über den durch den Lauf der Zeiten „veränderten Russen“ müsse voll und ganz akzeptiert werden: „Heute sind wir nicht, was wir gestern waren, und morgen werden wir nicht das sein, was wir heute sind. Wir sind nicht

mehr die Russen, die wir vor 1917 waren; unser Rußland ist nicht mehr dasselbe und auch nicht unser Charakter. Wir haben uns verändert und sind gewachsen, gemeinsam mit den großen Veränderungen, die unser Land von Grund auf umgeformt haben.“

In diesem Sinne sei auch die neueste Geschichte zu interpretieren: Nicht als das Ergebnis einer langen historischen Entwicklung, sondern als der Beginn einer neuen Ära der Menschheit. Lenins These, daß es in der Sowjetunion, wie in allen Ländern, „zwei russische Nationen“ gebe — das Proletariat und die Bourgeoisie —, dürfte den sowjetischen Historiker davor bewahren, ein unkritischer laudator temporis acti zu werden. Der „richtige Historiker“ muß sich vor nationalistischen Abirrungen in der Interpretation der ukrainischen, tatarischen usw. Geschichte hüten; er muß — und damit kommt die grundlegende Tendenz der Shdanowschen These zum Ausdruck — frei sein von serviler Bewunderung fremder Kulturen und Einrichtungen. Es wäre daher unangebracht, von europäischen Ursprüngen der Militärreformen Peters des Großen zu sprechen oder einen *Ranke* oder *Michelet* auf eine Stufe mit *Katschenowskij* und *S. Solowjew* zu stellen! Der richtige sowjetische Historiker muß kämpferisch und aggressiv sein, seine Bewertung historischer Tatsachen ist eine politische Entscheidung, die von politischen Motiven diktiert wird.

Bei dieser Unfreiheit des historischen Urteils ist es daher sehr bezeichnend, wenn die Hypothese von der warägischen Staatsgründung nunmehr erneut zurückgewiesen wird, nicht aus eigentlich wissenschaftlichen Motiven, sondern weil sie „nicht ungefährlich und verletzend“ sei für die russische Nationalehre; wenn der Bombenkrieg der Alliierten im Zweiten Weltkrieg bagatellisiert wird, um die Verdienste der Roten Armee besser ins Licht zu setzen. War es doch Shdanow selbst gewesen, der eine politisch unbeeinflusste historische Forschung als eine *l'art-pour-l'art*-Einstellung abgelehnt hatte, die der Sowjetunion und dem sowjetischen Volk fremd sei und sein müsse¹⁴³.

Am 2. Oktober 1948 unterzog die *Literaturnaja gaseta* (Literaturzeitung) den Jubiläumsband der Akademie der Wissenschaften anläßlich des Jahrestages der Oktoberrevolution einer scharfen Kritik und stellte bedauernd fest, daß sich in ihm kein einziger geschichtlicher Artikel über die Sowjetzeit finden lasse, wohl aber die sozialen Verhältnisse in Mesopotamien während der dritten Ur-Dynastie (2132—2024 v. Chr.) eingehendst untersucht würden!

Es ließ sich nicht leugnen, daß die sowjetischen Historiker sich tatsächlich gegenüber der jüngsten Geschichte ihres eigenen Landes eine auffallende Zurückhaltung auferlegt hatten. Ueber die Revolution von 1917 und den Bürgerkrieg hinaus reicht, wie wir das schon für die Geschichte der auswärtigen Be-

ziehungen nach 1917 feststellen konnten, kaum eine Gesamtdarstellung oder Spezialuntersuchung; in das riskante Gelände jenseits des Todes Lenins wagte sich aber schon erst recht kein sowjetischer Historiker!

Mit der kritischen Analyse der W. I. vom September 1948 stehen wir bereits mitten drin in dem neuen Feldzug der bolschewistischen Führung gegen eine ganze Reihe von angesehenen sowjetischen Historikern. Es ist ein Feldzug, der hier und dort schon beinahe die Intensität des Kampfes gegen die Pokrowskij-Schule erreicht hat. Sein Feldgeschrei lautet: Nieder mit dem Kosmopolitismus!

Es ist bezeichnend, daß hierin nicht etwa — wie noch in den Jahren des Kampfes gegen die Trotzkisten — eine „linke Abweichung“ der Parteiideologie gesehen wird, sondern eine Erscheinung der bürgerlichen Ideologie, die, sofern sie in russischen Emigrantenkreisen zutage tritt, als „Kadettenliberalismus“ oder „Sozialreformismus“ gebrandmarkt wird¹⁴⁴. Dieser Kosmopolitismus in der Geschichtswissenschaft sei die „Verneinung einer selbständigen Entwicklung des historischen Gedankens in Rußland und eine Verbeugung und Selbsterniedrigung vor dem Auslande“. Der Kosmopolitismus predige eine nihilistische Nichtachtung gegenüber jeder nationalen Kultur und nationalen Tradition; er verneine die nationale Form des historischen Prozesses. In bezug auf die Entwicklung der Sowjetunion streite er insbesondere die nationalen Traditionen und kulturellen Leistungen des russischen Volkes ab, die die Grundlage der sowjetischen sozialistischen Kultur bildeten. Die vaterlandslosen Kosmopoliten würdigten nicht die führende Rolle des russischen Proletariats in der Geschichte des revolutionären Kampfes um Rußland selbst, wie auch um die ganze Welt; sie verfälschten und entstellten die welthistorische Bedeutung des russischen Volkes beim Aufbau der sozialistischen Gesellschaft und im Siege über den deutschen Faschismus im großen vaterländischen Krieg. Ihre Theorien und Tendenzen seien eine Verleumdung und Verhöhnung des großen russischen Volkes. Aus diesem Grunde sei es an der Zeit, ein konzentriertes Feuer gegen den Kosmopolitismus zu eröffnen und nicht zu erlahmen in der Bekämpfung aller Erscheinungsformen dieser gefährlichen Ideologie¹⁴⁵.

Diese im Februarheft 1949 der W. I. geäußerten Ansichten¹⁴⁶ zeigen, daß Shdanows Vermächtnis auch nach seinem Tode weiter gewahrt und gepflegt wird. Kurz und wegwerfend werden im genannten Heft zuerst die russischen Emigrantenhistoriker in den Vereinigten Staaten und in England (*Struwe, Vernadsky und Karpovich*) abgetan und ihre Werke als „Verfälschungen der Geschichte unseres Vaterlandes“ bezeichnet, durch die „das russische Volk in irgendwelche Hinterhöfe der Geschichte verbannt und zu jeder selbständigen Entwicklung unfähig“

hingestellt würde. Nach einem kurzen Rückblick auf den Kampf gegen die *Pokrowschtschina*, die „dem russischen Volke seine nationale Tradition entreißen wollte“, wird auf das Weiterwirken kosmopolitischer Ideen in der unmittelbaren Gegenwart eingegangen.

Sie werden in erster Linie bei einer Gruppe von sowjetischen Historikern konstatiert, die von dem Akademiker *Minz* und Professor I. M. *Rasgon* geführt wird. Diese Gruppe hätte in achtzehnjähriger Arbeit im Sekretariat für die Geschichte des Bürgerkrieges bloß zwei Bände der Geschichte des Bürgerkrieges verfaßt: eine lebendige Illustration für die schon erwähnten Vorwürfe der Literaturzeitung vom Oktober 1948! (S. 3429 und 3491.) Seiner Aufgabe, ein Lehrbuch der sowjetischen Geschichtsperiode Rußlands herauszugeben, wäre Professor *Minz* bis jetzt nicht nachgekommen. In seiner Geschichte der Sowjetunion von 1917 bis 1925 (also bis zum Tode Lenins) verkleinere er die führende Rolle des russischen Volkes und der Arbeiterklasse im Kampf um die Errichtung der sozialistischen Herrschaft; er würdige nicht genügend die Bedeutung der Partei und überschätze äußere Faktoren. In seinem Artikel „Lenin und die Entwicklung der sowjetischen Geschichtswissenschaft“, den die Redaktion der W. I. bedauerlicherweise in der ersten Nummer des Jahrgangs 1949 abgedruckt hätte, hätte er den Kampf gegen den Kosmopolitismus gänzlich übersehen und die Bedeutung Lenins und Stalins als Begründer der sowjetischen Geschichtsforschung verschwiegen. Diese, und nicht etwa Werke von *Rasgon, Gorodezko* und anderen hätten den Grund zur Erforschung der sowjetischen Geschichtsperiode gelegt.

Besonders peinlich mußte für die sowjetische Öffentlichkeit die Feststellung wirken, daß eine ganze Reihe von historischen Abschnitten aus dem 1948 erschienenen Sonderband „Sowjetunion“ der großen bolschewistischen Enzyklopädie nunmehr unter das Verdikt des Kosmopolitismus fiel! Hierzu gehörten die Beiträge von *Rasgon, Rubinstein* und *Gotje*. *Rasgon* hätte einerseits die welthistorische Bedeutung der Oktoberrevolution und der Diktatur des Proletariats für den Sieg des Sozialismus verwischt und andererseits die entscheidende Bedeutung des Sowjetpatriotismus für den großen vaterländischen Krieg geschmälert. Der schon gemäßregelte *Rubinstein* wird nun auch für seine „Geschichte der Sowjetunion bis zum 19. Jahrhundert“ im genannten Sammelband verurteilt. Wenn auch in verdeckter Form, so wiederhole er hier doch hartnäckig fast alle falschen Behauptungen und Gedanken seiner Historiographie. Am gravierendsten hierbei wäre seine „antimarxistische und unwissenschaftliche Theorie“ der geistigen Entlehnungen als einer Grundlage für die Entstehung und Entwicklung der russischen Kultur. Wenn er in der Kultur des Kiewer Reiches antike und byzantinische Elemente, in der

des 18. Jahrhunderts westeuropäische Einflüsse als maßgebend erachte, so untergrabe er die eigenen nationalen und klassenbewußten Wurzeln der russischen Kultur. Dasselbe wird auch Professor Gotje vorgeworfen. Bei der Beurteilung russischer Staatsmänner betone er ständig die Uebernahme westeuropäischer Theorien und Ideen und berücksichtige nicht ihre Originalität¹⁴⁷.

Auch O. L. Wainsteins „Historiographie des Mittelalters“ vom Jahre 1940 wird bei dieser Gelegenheit unter die Lupe genommen und als kosmopolitisch entlarvt. Wainstein hätte die russischen Gelehrten-schulen als bloße Ableger der westeuropäischen hingestellt; das Slawophilentum sei für ihn auf der Grundlage der Romantik erwachsen und das Bild des Historikers T. N. Granowskij sei vollständig verstümmelt. Granowskij's historische Ansichten seien für ihn bloß „Gedankenfetzen aller europäischen Schulen und Richtungen von der deutschen Romantik bis zum französischen Liberalismus“. Schon allein die Feststellung, daß er unter dem Einfluß von Guizot, Schlosser und Ranke stand, wird vom Kritiker der W. I. getadelt. Wainstein spreche auf diese Weise den Russen die Selbständigkeit ihrer eigenen Entwicklung ab und vergesse ganz, vom Einfluß russischer Gelehrter auf die westliche Wissenschaft zu berichten.

Die Arbeiten der Historiker W. Dan und L. J. Subok zur amerikanischen Geschichte¹⁴⁸, heißt es weiter, seien erniedrigende Verbeugungen vor dem Westen. Die Klassengegensätze innerhalb der Vereinigten Staaten würden vertuscht und die innere Politik der amerikanischen Regierung objektiv (sic!) geschildert; die imperialistische Politik Wilsons würde bemäntelt und der Versuch gemacht, auch den sowjetischen Leser von dessen Pazifismus zu überzeugen. Im Werke von Subok hätte es der Verfasser nicht verstanden, die heuchlerische und getarnte Politik der Vereinigten Staaten in Lateinamerika zu entlarven, und man suche darin vergeblich Hinweise auf die „gewaltigen Einflüsse der Oktoberrevolution und des siegreichen Sozialismus in der Sowjetunion“ auf den Kampf der lateinamerikanischen Völker für ihre Unabhängigkeit.

Wenn die Kritik an der vierten Auflage von G. A. Deborins „Internationale Beziehungen und Außenpolitik Rußlands“ (1947) von den „heuchlerischen Deklarationen“ der amerikanischen und englischen Regierungen über die Kriegsziele des Zweiten Weltkrieges und an Professor I. S. Swawitschs Vorlesungen am Institut für internationale Beziehungen vom „aggressiven Charakter“ des englischen Imperialismus und der „Verräterrolle“ der Labour Party spricht — alles Dinge, die den Verfassern entgangen wären! —, so liegt ihre ganz primitive Abhängigkeit von den Tagesparolen der antiwestlichen

Propaganda des Kremls nur zu deutlich auf der Hand¹⁴⁹.

Zusammenfassend wird in dem zitierten Artikel der W. I. festgestellt, daß die Zeitschrift in letzter Zeit, wie man sehe, nicht mehr das Kampfblatt für die marxistisch-leninistische Wissenschaft gewesen sei. Sie hätte den sowjetischen Historikern keine aktuellen Aufgaben gestellt, hätte auf fruchtbare Diskussionen historischer Probleme verzichtet und den Kampf gegen Auswüchse bürgerlicher Ideologien in der sowjetischen Geschichtswissenschaft vernachlässigt. Ihr Einfluß auf die Ausrichtung und das ideelle Niveau der Geschichtsforschung war gering, die theoretische Erörterung geschichtswissenschaftlicher Probleme unterblieb. Die vorrevolutionäre und nachrevolutionäre Geschichte sei vernachlässigt worden; so fundamentale Fragen wie die Industrialisierung, Kollektivisierung der Landwirtschaft, Geschichte der Fünfjahrespläne, Außenpolitik der Sowjetunion, Geschichte des Krieges und Geschichte der Partei blieben unberücksichtigt.

Hinfort wird inhaltlich aufs neue schärfster Kampf gegen die bürgerliche Ideologie, formal mehr Leitartikel, Problemstellungen, Berichte und Kritiken neben dem Abdruck von Quellenmaterial verlangt.

Die Sowjethistoriker aber, heißt es zum Schluß in der typischen, der militärischen Sphäre entlehnten Sprache der Sowjets, müßten leidenschaftliche, bolschewistische Propagandisten sein. „Ausgerüstet mit der Lehre Lenins und Stalins, geführt durch die bolschewistische Partei und ihr Zentralkomitee, ziehen die sowjetischen Historiker wie eine Armee von Propagandisten für die marxistische Geschichtswissenschaft heran, mitten hinein in die breiten Schichten der arbeitenden Massen.“ Ihre Berechtigung erhalten sie allein daraus, daß sie die aktuellen Aufgaben lösen, die ihnen von Partei, Sowjetregierung und Genossen Stalin persönlich gestellt werden. Erzogen und geführt von der Partei, dürfte daher die sowjetische Historikerfront nicht in der Etappe verharren, sondern müsse in vorderster Linie im Kampf für die Errichtung der kommunistischen Gesellschaft stehen¹⁵⁰!

Damit ist der Standort, den die Sowjetunion dem Historiker zuweist, genau umrissen. Die Geschichtswissenschaft ist bedingungslos in den Dienst von Partei und Staat gestellt. Der Historiker ist in erster Linie Propagandist, sowohl im Hinblick auf die eigenen Volksmassen als auch im Rahmen der ideologischen Auseinandersetzungen mit der westlichen Welt. Das Streben nach Wahrheit der Erkenntnis ist gebunden an die Doktrin der Partei; Objektivität und Freiheit im üblichen Sinn sind bürgerliche Vorurteile. Ist doch Objektivität — richtig verstanden — nur ein Abirren von der feststehenden Wahrheit der Generallinie, und Freiheit — das große Endziel, dem die vom sowjetischen Proletariat geführte Menschheit

zustrebt, und darum nur im Rahmen des Stalinismus zu suchen.

Der sowjetische Historiker tut gut, scharf auf die jeweiligen Wendungen und Kurven der Generallinie zu achten, wenn er anerkannt und unbehelligt bleiben will. Er muß wissen, wann soziologische und klassenkämpferische Gesichtspunkte im Vordergrund stehen, und er muß spüren, wann es an der Zeit ist, nationalpatriotische Töne anzuschlagen. Hierzu gehört Hellhörigkeit und Wendigkeit. Aber auch der erfahrenste Parteihistoriograph muß trotzdem damit rechnen, sein heute von der offiziellen Presse hoch gefeiertes Werk morgen auf dem Index zu sehen. Nur ein reumütiges Revozieren kann ihn dann vor Acht und Bann retten. Geläutert, findet er dann viel-

leicht wieder Anschluß an den Strom der Zeit. Im Besitze allen Rüstzeugs der modernen Historiographie darf er sich seiner nicht frei bedienen, sondern muß, wie einst vor dem Erwachen einer historischen Wissenschaft, sich scholastisch um Interpretationen des Dogmas und panegyrisch um die Gunst der Machthaber bemühen.

An dieser Entwicklung hat er aber selbst tätigen Anteil gehabt. Denn die dialektische Amalgamierung nationaler Geschichtsanschauungen mit dem marxistischen Grundstock der Parteiideologie, die der sowjetischen Politik der Gegenwart alle Kräfte der russischen Vergangenheit dienstbar macht, war unter anderem auch sein Werk.

Abgeschlossen Dezember 1949

Anmerkungen

¹³⁶⁾ Vgl. z. B. *Davies* a. a. O. und die Werke der Schweizer Theologen *F. Lieb*, „Rußland unterwegs“, Bern 1945, und *W. Schubart*, „Europa und die Seele des Ostens“, Luzern 1938, Neuaufl. 1947.

¹³⁷⁾ Die ersten Zeugnisse hierfür waren Feldpostbriefe von Rotarmisten an ihre Angehörigen nach dem Einfall in Ostpreußen im Herbst 1944.

¹³⁸⁾ 1939: 2,4 Mill.; 1945: 5,7 Mill.

¹³⁹⁾ Vgl. die Wiener Zeitschrift *Blick nach Osten*, 1948 Heft 3/4, S. 103 ff.

¹⁴⁰⁾ Vgl. die Moskauer Zeitung *Trud* vom 22. 10. 1949 laut *Ostprobleme* 1949 Nr. 9, S. 250.

¹⁴¹⁾ *S. Jakobson*, „Postwar Historical Research in the Soviet Union“, *Ann. of Am. Acad. Pol. a. Soc. Sci.* Vol. 263, May 1949.

¹⁴²⁾ Eine These, die in bezug auf *Bayer, Müller und Schlözer* vor 1917 anstandslos von der russischen Geschichtsschreibung anerkannt wurde.

¹⁴³⁾ So weit nach *S. Jakobson* a. a. O.

¹⁴⁴⁾ *Ostprobleme* 1949 Nr. 9.

¹⁴⁵⁾ Es ist kein Zufall, daß viele der neuerdings gemäßregelten sowjetischen Historiker Juden sind (*Rubinstein*,

Wainstein, Minz u. a.). Sie gelten der Sowjetführung als besonders gefährliche Vertreter des Kosmopolitismus. Ihre Maßregelung steht im Zusammenhang mit der antisemitischen Welle, die sich neuerdings in der Sowjetunion bemerkbar macht. Vgl. *Ostprobleme* 1949 Nr. 9, S. 251 ff.

¹⁴⁶⁾ Vgl. *Ostprobleme* 1949 Nr. 6, S. 149 ff.

¹⁴⁷⁾ Näher illustriert an *Radischtschew*, dessen Beeinflussung durch Sterne, die französische Aufklärung und sein Studium in Leipzig angefochten wird.

¹⁴⁸⁾ *W. Dan*, „Die USA vom 1. bis zum 2. Weltkriege.“ *L. J. Subok*, „Die imperialistische Politik in den karibischen Ländern.“

¹⁴⁹⁾ Typisch ist die Selbstbeichtigung der *W. I.* für in früheren Nummern des Organs „unkritisiert und nicht entlarvt“ veröffentlichte Artikel der Prof. *Subok* und *Swawitsch* über die Geschichte der amerikanisch-mexikanischen Beziehungen 1920—1936 und die Historiographie der großbritanischen Außenpolitik in ihren neuesten Vertretern, in denen es die Autoren vermieden hätten, den „imperialistischen Charakter“ der amerikanischen Politik und die „antirussischen Tendenzen“ der englischen bürgerlichen Historiker aufzuzeigen.

¹⁵⁰⁾ Laut *W. I.* 1949, Heft 2.

Die Ereignisse in Europa

Belgien

13. Oktober: Das Kabinett billigt den Gesetzentwurf zur Verlängerung der Militärdienstzeit von 18 Monaten auf zwei Jahre.

Deutschland

1. Oktober: Auf dem dritten Jahreskongreß der Jungen Union der christlich-demokratischen Parteien Europas (Nouvelles Equipes Internationales) in Konstanz erklärt der Generalsekretär der Arbeitsgemeinschaft CDU/CSU, Bruno Dörpinghaus, die christlich-demokratischen Parteien Europas hätten jetzt die einmalige Gelegenheit zur Uebernahme der Führung Europas. Am 2. Oktober beschließt der Kongreß die Gründung eines europäischen Informations-Zentrums, dessen Büro unter der Leitung von Francesco Nobile stehen und in Rom seinen Sitz haben soll. In weiteren Resolutionen spricht sich der Kongreß für ein europäisches Parlament mit wirklichen Kompetenzen, für die Schaffung eines europäischen Verteidigungs- und Finanzministeriums und die Einführung einer europäischen Staatsbürgerschaft aus.

Angehörige der Christlich-Demokratischen Union (CDU), der Freien Demokratischen Partei (FDP), der Deutschen Partei (DP) und der Sozialistischen Reichspartei (SRP) gründen in einem Vorort Hamburgs die Deutsche Sammlungsbewegung, zu deren ersten Vorsitzenden der bisherige Kreisvorsitzende der Lauenburger CDU, Drews, gewählt wird.

In Anwesenheit von Bundespräsident Theodor Heuss wird in einer Festsitzung der West-Berliner Stadtverordnetenversammlung die neue Berliner Verfassung verkündet. Bundespräsident Heuss erklärt in seiner Ansprache, Berlin sei zwar nicht im Rechtssinne, jedoch in Wirklichkeit zwölftes Land der Bundesrepublik.

2. Oktober: Auf einer Pressekonferenz der drei West-Berliner demokratischen Parteien wird ein Aufruf an die Wähler des sowjetischen Sektors von Berlin bekanntgegeben, sich an einer Volksbefragung über freie und geheime Wahlen für ganz Berlin bis zum 10. Oktober zu beteiligen. Am 12. Oktober wird im Foyer des West-Berliner Stadtparlamentes als Ergebnis der Volksbefragung bekanntgegeben, daß sich 375 712 Einwohner des sowjetischen Sektors gegen den Ostmagistrat und für die Wiederherstellung der Einheit Berlins ausgesprochen haben.

Der Vizepräsident des Bundestages, Professor Carlo Schmid (SPD), wendet sich über Radio Frankfurt gegen Äußerungen des französischen Verteidigungsministers,

Jules Moch, daß Frankreich in Deutschland verteidigt werden müsse.

3. Oktober: Der amerikanische Hohe Kommissar, John McCloy, erklärt vor amerikanischen Journalisten in Frankfurt, er sei überzeugt, daß das deutsche Volk seinen Beitrag zur Verteidigung Westeuropas leisten werde, wenn ihm ein ehrenvoller Platz in der westlichen Welt gewährt würde. Die Form dieses Beitrages stehe noch offen. Der Oberkommandierende der amerikanischen Streitkräfte in Europa, General Thomas T. Handy, gibt bekannt, daß gegenwärtig 100 000 amerikanische Soldaten in Europa stationiert seien.

Der britische Hohe Kommissar, Sir Ivone Kirkpatrick, erklärt in Hannover zur Frage der deutsch-britischen Beziehungen, es bestehe die Möglichkeit zur Schaffung eines Verhältnisses gegenseitigen Vertrauens und der Achtung. Deutschland und die Westmächte hätten ein gemeinsames Interesse an der Verteidigung einer gemeinsamen Sache.

Der zweite Vorsitzende der Sozialdemokratischen Partei (SPD), Erich Ollenhauer, erklärt in Bonn, der jetzige Bundestag sei nicht berechtigt, in der Remilitarisierungsfrage eine Entscheidung zu treffen. Das Volk müsse daher zu einer neuen Wahl aufgerufen werden. Am 4. Oktober fordern die Bruderschaften der Bekennenden Kirche in einem Offenen Brief an Bundeskanzler Dr. Adenauer die Neuwahl des Bundestages, da das deutsche Volk selbst über die Wiederaufrüstung entscheiden müsse.

4. Oktober: Die Alliierte Hohe Kommission gibt bekannt, daß sie eine ihr von der Bundesregierung übermittelte Protestnote gegen die Anerkennung der Oder-Neiße-Linie als der endgültigen deutschen Ostgrenze dem sowjetischen Oberbefehlshaber in Deutschland, General Tschuikow, den Chefs der polnischen und tschechoslowakischen Militärmissionen sowie allen in Bonn akkreditierten ausländischen Missionschefs zugestellt habe. In der Note protestiert die Bundesregierung gegen das zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Republik Polen am 6. Juli 1950 geschlossene Grenzabkommen und betont, daß diese Abmachungen zwischen Deutschland und Polen rechtswidrig seien.

Das Oberste Gericht der Deutschen Demokratischen Republik verurteilt unter Vorsitz von Vizepräsident Dr. Hilde Benjamin in einem Prozeß gegen Mitglieder der Zeugen Jehovas zwei Angeklagte zu lebenslänglichem Zuchthaus, drei zu 15 Jahren, einen zu 12 Jahren, zwei

zu 10 Jahren und einen zu 8 Jahren Zuchthaus, mit der Begründung, daß die Zeugen Jehovas Spionage im Dienst des amerikanischen Imperialismus betrieben und gegen die Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik verstoßen hätten.

5. Oktober: Der Bundestag beschließt die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses zur Prüfung der in der Wochenzeitschrift *Spiegel* erhobenen Bestechungsvorwürfe, nach denen seinerzeit bei der Entscheidung über die Hauptstadt 2 Millionen DM an rund 100 Abgeordnete gegeben worden sein sollen. Der Ausschuß beginnt am 6. Oktober mit den Vernehmungen.

7. Oktober: Ministerpräsident Otto Grotewohl lehnt im Rahmen eines Staatsaktes anlässlich des ersten Jahrestages der Deutschen Demokratischen Republik in Berlin den Aufruf des Bundestages zu gesamtdeutschen Wahlen und für einen Zusammenschluß Deutschlands ab und erklärt, die Deutsche Demokratische Republik wolle ihre Freiheit der Souveränität nicht gegen das Besatzungsstatut eintauschen.

8. Oktober: Bundespräsident Theodor Heuss erklärt anlässlich der Eröffnung des Bundesgerichtshofes in Karlsruhe, das deutsche Rechtsdenken müsse von parteipolitischer Abhängigkeit getrennt und wieder zu nüchterner Redlichkeit zurückgeführt werden. Der neu ernannte Bundesgerichtspräsident, Hermann Weinkauff, erklärt in seiner Antrittsrede, nie sei es dringlicher gewesen, das bürgerliche und das Strafrecht neu zu fassen.

Der amerikanische Hohe Kommissar, John J. McCloy, erklärt über alle westdeutschen Sender und RIAS Berlin in einer Ansprache, die auf der New Yorker Konferenz gefaßten Beschlüsse sähen eine wesentliche Erweiterung der deutschen Autorität vor. (Vgl. den Wortlaut S. 3476.)

Der Vizepräsident des Bundestages, Professor Carlo Schmid, betont auf einer Grenzlandkundgebung der SPD in Braunschweig die ablehnende Haltung seiner Partei in der Frage der Wiederaufrüstung und fordert die Sicherung Europas durch starke amerikanische Streitkräfte.

Der französische Hohe Kommissar, André François-Poncet, erklärt in Bremen, nach französischer Ansicht komme eine Beteiligung Westdeutschlands an der europäischen Verteidigung erst in Betracht, wenn die anderen europäischen Staaten verteidigungsbereit seien. Zum Schumanplan erklärt er, daß dem Zusammenschluß der Kohle- und Stahlindustrie eine Reihe anderer Verbindungen, wie die Verteilung elektrischer Energie, die Vereinheitlichung des europäischen Eisenbahnnetzes, die Schaffung einer europäischen Währung sowie die Bildung einer Anzahl von Wirtschaftsräten, folgen werde.

9. Oktober: Bundesinnenminister Dr. Gustav Heinemann tritt zurück und betont in einer Erklärung, daß er im Gegensatz zum Bundeskanzler auf dem Standpunkt stehe, daß die Bundesrepublik weder eine Beteiligung an der westeuropäischen Verteidigung anbieten noch darum nachsuchen solle. Am 11. Oktober heißt es in einem Kommuniqué, der Bundespräsident habe auf Vorschlag des Bundeskanzlers den Bundesinnenminister Dr. Gustav Heinemann aus seinem Amt entlassen und zu seinem Nachfolger Dr. Robert Lehr ernannt. Am 12. Oktober erklärt Bundesinnenminister Lehr im Anschluß an eine Unterredung mit dem Bundeskanzler, seine erste Aufgabe sei, für den Frieden im Lande zu sorgen.

Seine besondere Sorge werde dem Aufbau der Polizei gelten. Hinsichtlich der Verfassung werde er alles tun, um das Grundgesetz zu schützen.

Der amerikanische Hohe Kommissar, John J. McCloy, der französische Hohe Kommissar, André François-Poncet, und der stellvertretende amerikanische Hohe Kommissar, General Hays, geben vor Kreisverbindungsoffizieren der amerikanischen Besatzungszone Richtlinien der neuen Besatzungspolitik bekannt. Die alliierten Truppen in Westdeutschland würden ohne Rücksicht auf die Zonen Grenzen verteilt werden. Der französische Hohe Kommissar erklärt, die Alliierten hätten die Pflicht, Deutschland früher als ursprünglich beabsichtigt ein größeres Maß von Freiheit und Unabhängigkeit zu geben. Beim Abschluß der Tagung erklärt der britische Hohe Kommissar, Sir Ivone Kirkpatrick, am 11. Oktober, Neutralität sei heute für Deutschland unmöglich.

Das Ministerium für Planung der Deutschen Demokratischen Republik teilt mit, daß der vom Zentralsekretariat der Sozialistischen Einheitspartei (SED) ausgearbeitete Zweijahresplan für die Jahre 1949/50 in allen Zweigen der Volkswirtschaft in eineinhalb Jahren erfüllt worden ist.

10. Oktober: Die drei alliierten Hohen Kommissare teilen dem Vorsitzenden der sowjetischen Kontrollkommission in Deutschland, General Tschuikow, in drei Schreiben mit, daß weder ihre Regierungen noch die Bundesrepublik und das deutsche Volk die für den 15. Oktober angesetzten Wahlen in der sowjetischen Besatzungszone als rechtsgültige demokratische Wahl anerkennen.

11. Oktober: In einer Ansprache vor Studenten der Universität Bonn erklärt der französische Hohe Kommissar André François-Poncet, er trete für die Aufstellung einer europäischen Armee ein; Form, Zeitpunkt und Bedingungen einer deutschen Beteiligung müßten jedoch sorgfältig erwogen werden.

Bundeskanzler Dr. Konrad Adenauer betont in einer Rundfunkansprache, daß alle Gerüchte, wonach unter seiner Autorität die Wiederaufrüstung mit Hochdruck anlaufe, frei erfunden seien. Es bestünden keinerlei Verpflichtungen der Bundesrepublik hinsichtlich der Aufstellung deutscher Divisionen. Nach der New Yorker Erklärung hätten die westlichen Besatzungstruppen die Aufgabe, den Schutz der Bundesrepublik sicherzustellen. Die Deutschen hätten Frankreich gegenüber ihren Willen zum Ausdruck gebracht, mit Frankreich zusammenzugehen. Mißtrauen aber erzeuge niemals Vertrauen. Zu den Äußerungen hinsichtlich einer Volksbefragung wolle er noch hinzufügen, daß das Grundgesetz keine Volksbefragung kenne.

Der ehemalige Bundesinnenminister, Dr. Gustav Heinemann, erklärt in Bonn in einem Interview, er halte seine Behauptung, der Bundeskanzler habe von sich aus das Angebot der deutschen Teilnahme an der europäischen Verteidigung gemacht, aufrecht.

12. Oktober: Der Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen betont in einem Aufruf an die Bevölkerung der sowjetischen Besatzungszone, die Bundesrepublik und die ganze freie Welt würden niemals nachlassen, für die Wiedervereinigung Deutschlands zu arbeiten. Der Ausschuß des Bundestages für gesamtdeutsche

Fragen betont in seinem Aufruf, alle politischen und rechtlichen Schlußfolgerungen aus dem Ergebnis der Wahlen seien null und nichtig.

13. Oktober: Bundeskanzler Dr. Konrad *Adenauer* und der erste Vorsitzende der SPD, Dr. Kurt *Schumacher*, wenden sich in Rundfunkansprachen gegen die Wahlen in der sowjetischen Besatzungszone. Der Bundeskanzler erklärt, die Machthaber könnten aus dieser Wahl keinerlei Rechte herleiten, im Namen ihrer Bevölkerung oder des deutschen Volkes zu sprechen. Dr. Schumacher weist darauf hin, daß die Parole sei, eine deutsche Einheit zu schaffen und nicht die Einheit einer russischen Provinz.

In Wildbad wird eine Konferenz der drei südwestdeutschen Länderchefs beendet, ohne daß eine Einigung über die Südweststaatsfrage erzielt wird. Vorschläge der Vertreter Württemberg-Badens und Württemberg-Hohenzollerns zur Bildung eines gemeinsamen Staatsgebildes werden von Staatspräsident Leo *Wohleb* abgelehnt.

15. Oktober: Auf einer Kundgebung in Frankfurt erklärt Kirchenpräsident Martin *Niemöller*, daß nach seiner Ansicht jeder deutschen Division in der Bundesrepublik eine andere in der sowjetischen Besatzungszone folgen werde und das Ende der Bruderkrieg sei. Weder Dr. *Adenauer* noch Otto *Grotewohl* könnten sich anmaßen, für das gesamte deutsche Volk zu sprechen. Dr. Gustav *Heinemann* erklärt, er habe in Freiheit den Entschluß zum Rücktritt gefaßt, da die von ihm zu verantwortende Grenze bezüglich der Wiederbewaffnung Westdeutschlands überschritten worden sei.

In einer der Deutschen Presse-Agentur übergebenen Denkschrift legt Dr. *Heinemann* die Gründe für seinen Rücktritt dar. Das dem amerikanischen Hohen Kommissar übergebene Sicherheitsmemorandum der Bundesregierung habe in dem Kommuniqué der Außenminister zu dem Satz Anlaß gegeben, daß in Deutschland Stimmen eine deutsche Beteiligung an einer gemeinsamen Streitmacht zum Schutze der europäischen Freiheit befürworteten. Es stehe nicht eine vom Bundeskanzler in seiner Rundfunkansprache vom 11. Oktober verneinte Verpflichtung zur Debatte, sondern eine Bereitwilligkeitserklärung, über die auf deutscher Seite geschwiegen worden sei.

In der Deutschen Demokratischen Republik finden allgemeine Wahlen statt.

Frankreich

6. Oktober: In Paris tritt der Ministerrat der Organisation für die wirtschaftliche Zusammenarbeit Europas zu einer Sitzung zusammen. In einem von Generalsekretär Robert *Marjolin* vorgelegten Memorandum werden die Mitgliedstaaten aufgefordert, gemeinsame Maßnahmen gegen die durch die Rüstungsanstrengungen verursachten wirtschaftlichen Schwierigkeiten zu ergreifen. Der ehemalige Chef der amerikanischen Marshallplan-Verwaltung, Paul G. *Hoffman*, der sich mit einer Ansprache von dem Rat verabschiedet, erklärt, die europäischen Länder könnten ihre Produktion in den nächsten zehn Jahren um eine Milliarde Dollar jährlich vergrößern, wenn sie ihre wirtschaftlichen Hilfsquellen vereinigen. Am 7. Oktober faßt der Rat eine Entschlie-

ßung, in der der Exekutivausschuß beauftragt wird, Maßnahmen zur Bekämpfung der Inflationsgefahr zu prüfen. Im einzelnen werden empfohlen: Erhöhung der Produktion; Aufstellung einer Uebersicht über den Rohstoffbedarf; ein Kontrollsystem zur Ueberwachung der Rohstoffversorgung und der Rohstoffpreise; Austausch von Arbeitskräften.

Die Stabschefs der südlichen Planungsgruppe des Atlantikpakts (Frankreich, Großbritannien, Italien, Vereinigte Staaten) treffen in Paris zu Besprechungen über die Verteidigung des Mittelmeers zusammen.

10. Oktober: Der Ministerrat billigt den Gesetzentwurf über die Verlängerung der Militärdienstzeit von 12 auf 18 Monate.

Der Ministerrat beordert den Staatsminister für Indochina, Jean *Letourneau*, und den Generalresidenten für Marokko, General Alphonse *Juin*, nach Indochina, um die durch die Niederlage der französischen Truppen in Nord-Tonking entstandene Lage zu prüfen.

12. Oktober: Ein Sprecher der Regierung gibt bekannt, daß der Vertragstext des Schumanplan-Abkommens in seinen wesentlichen Punkten fertiggestellt sei. Es sei nichts darüber bekannt, daß die deutsche Regierung dem Plan jetzt zurückhaltender gegenüberstehe.

15. Oktober: Der Minister für die Beziehungen zum Europarat, Guy *Mollet*, erklärt auf einer Kundgebung der Sozialistischen Partei in Marseille, die Existenz einer deutschen Armee und das Wiederaufleben des deutschen Militarismus würden leichter zu einem Kriege führen als die Gegensätze zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion. Deutschland dürfe jedoch aus den Rüstungsanstrengungen der anderen Nationen keine Vorteile ziehen; es müsse daher zur Lieferung von Rohstoffen, zu Arbeitsleistungen und zur Kreditgewährung herangezogen werden.

Großbritannien

2. Oktober: In Margate wird der Jahreskongreß der Labour Party eröffnet. Der Vorsitzende der Partei, Sam *Watson*, stellt in seiner Eröffnungsrede fest, der Wohlstand des britischen Volkes sei heute größer denn je und gerechter verteilt als bisher. Am 4. Oktober billigt der Kongreß einstimmig die Denkschrift der Parteiregierung „Labour und die neue Gesellschaft“, in der Richtlinien der Parteipolitik festgelegt sind, die eine gemäßigte und zurückhaltende Sozialisierungspolitik einschließen.

2. Oktober: Die am 25. September begonnene Commonwealth-Konferenz über die wirtschaftliche Entwicklung Süd- und Südostasiens wird durch die Hinzuziehung von Vertretern Indonesiens, Indochinas, Thailands und Burmas erweitert. Den Besprechungen liegt ein Sechsjahresplan für die Erschließung der asiatischen Länder zugrunde. In einem am 5. Oktober veröffentlichten Kommuniqué wird den beteiligten Regierungen die Bildung eines Rates für technische Entwicklung empfohlen. Ferner wird den Regierungen ein Bericht über die wirtschaftliche Situation in Süd- und Südostasien und ein Entwurf des Sechsjahresplans zugeleitet.

6. Oktober: Der Labour-Kongreß wird beendet, nachdem er mit großer Mehrheit die am 12. Juni veröffentlichte Denkschrift zum Schumanplan „European Unity“

und die Zurückhaltung der Regierung gegenüber dem Plan gebilligt hat. In der angenommenen Resolution heißt es, ohne Verstaatlichung und Vollbeschäftigung werde die Zusammenfassung der europäischen Schwerindustrien zur Bildung von Monopolen und damit zur Senkung des Lebensstandards der Arbeiter führen.

12. Oktober: In Blackpool wird die 71. Jahreskonferenz der Konservativen Partei eröffnet. In einer einstimmig angenommenen Resolution wird die Haltung der Regierung in der Frage der Verstaatlichung der Stahlindustrie kritisiert. Am 14. Oktober wird die Konferenz nach der einstimmigen Annahme einer Resolution, die davor warnt, daß die sozialistische Politik zur Allmacht des Staates und dem Verlust der persönlichen Freiheit führen werde, von dem Parteivorsitzenden Lord Woolton abgeschlossen. Bei einer anschließenden Kundgebung erklärt Winston Churchill, eine konservative Regierung werde sofort die Verstaatlichung der Stahlindustrie aufheben. Churchill appelliert an die Gewerkschaften, die konservative Politik zu unterstützen, denn in einer staatlichen Wirtschaft sei für eine freie Gewerkschaftsbewegung kein Platz.

Niederlande

12. Oktober: Verteidigungsminister Dr. Willem F. Schokking erklärt seinen Rücktritt.

Oesterreich

3. Oktober: Die Regierung richtet einen Aufruf an das Volk, sich gegen den von den Kommunisten ausgerufenen Generalstreik zur Wehr zu setzen.

5. Oktober: In Wien und der sowjetischen Besatzungszone versuchen kommunistische Demonstranten, die Stilllegung des Verkehrs und die Niederlegung der Arbeit durch Anwendung von Gewalt zu erzwingen. In Wiener Neustadt wird die österreichische Polizei durch Eingreifen der sowjetischen Besatzungsmacht daran gehindert, die Ordnung wiederherzustellen. Die Regierung richtet daraufhin Protestnoten an den Alliierten Rat sowie an die Außenminister der vier Besatzungsmächte. Am 6. Oktober ordnet die kommunistische Streikleitung die Beendigung des Generalstreiks an. In der Begründung heißt es, wegen des Polizeiterrors in den westlichen Besatzungszonen sei es unmöglich gewesen, den Streik auf das ganze Land auszudehnen.

7. Oktober: Die britische Regierung überreicht dem in London weilenden Außenminister, Dr. Karl Gruber, ihre Antwort auf die Protestnote über die sowjetische Einmischung, in der sie der österreichischen Regierung ihre Anerkennung für ihre entschlossene Haltung ausspricht und ihr volle Unterstützung bei der Erfüllung ihrer verfassungsmäßigen Pflichten zusagt. Der amtierende amerikanische Außenminister, James E. Webb, richtet eine Botschaft ähnlichen Inhalts an Bundeskanzler Dr. Leopold Figl. Am 10. Oktober überreicht die französische Regierung ihre Antwortnote, in der sie feststellt, daß die sowjetischen Behörden durch ihr Eingreifen das Kontrollabkommen vom 28. Juni 1946 verletzt haben.

15. Oktober: Der bisherige amerikanische Hohe Kommissar, Generalleutnant Geoffrey Keyes, beendet seine Amtstätigkeit. Sein Nachfolger ist Botschafter Walter J. Donnelly.

Schweiz

3. Oktober: In der Verteidigungsdebatte des Nationalrats erklärt der Chef des Militärdepartements, Bundesrat Karl Kobelt, die Verstärkung der Streitkräfte werde im Laufe der nächsten fünf Jahre jährliche Aufwendungen von je 460 Millionen sfrs und einen außerordentlichen Etat von 1,4 Milliarden sfrs erfordern.

7. Oktober: In Genf wird das „Europäische Zentrum für Kultur“ gegründet, das unter der Leitung von Denis de Rougemont (Schweiz) steht. Ziel dieses Instituts ist die Zusammenfassung der kulturellen Kräfte Europas zur Mitwirkung an der Bildung der europäischen Einheit. Die Eröffnungsrede hält der Präsident des Instituts, Salvador de Madariaga.

Sowjetunion

2. Oktober: Die Regierung überreicht den Botschaftern Frankreichs, Großbritanniens und der Vereinigten Staaten Noten gleichen Inhalts, in denen die von den Westmächten am 14. Juli verlangten Auskünfte über den Verbleib der deutschen Kriegsgefangenen verweigert werden. Die Noten verweisen auf die TASS-Erklärung über die Rückführung der Kriegsgefangenen vom 5. Mai und werfen den Westmächten vor, die Frage der Kriegsgefangenen zu Propagandazwecken zu benutzen.

Wichtige Ereignisse in der übrigen Welt

Amerika

Brasilien

11. Oktober: Nach einer Zwischenzählung der Ergebnisse der am 3. Oktober durchgeführten Präsidentschaftswahlen liegt der Kandidat der Arbeiterpartei, der frühere Präsident Getulio Vargas, mit mehr als einer Million Stimmen Abstand in Führung, so daß seine Wahl als gesichert gilt.

Haiti

10. Oktober: Das Innenministerium gibt bekannt, daß nach bisherigen Schätzungen Oberst Paul Magliore bei den Präsidentschaftswahlen am 8. Oktober 99 Prozent der Stimmen erhalten habe.

Kuba

5. Oktober: Ministerpräsident Dr. Manuel A. de Varona tritt zurück. Am 6. Oktober treten Innenminister Dr. Tebelio Rodriguez und Verkehrsminister Sergio Clark zurück. Präsident Carlos Prío Socarras ernennt Dr. Felix Lancia zum Ministerpräsidenten, Dr. Lomberto Diaz zum Innenminister, Dr. Sergio Megias zum Verkehrsminister und Dr. Manuel A. de Varona zum Senatspräsidenten.

Vereinigte Staaten

4. Oktober: Das Außenministerium gibt einen Notenwechsel zwischen Außenminister Dean Acheson als Vorsitzendem des Atlantikrats und der türkischen Regierung

bekannt. Danach wurde die Türkei am 19. September eingeladen, an der Verteidigungsplanung der Atlantikpaktstaaten für den Mittelmeerraum teilzunehmen. Die Türkei habe diese Einladung am 2. Oktober angenommen. Am 5. Oktober überreicht der griechische Botschafter Athanasios Politis eine Note, in der die griechische Regierung die gleiche Einladung ebenfalls annimmt.

8. Oktober: Das Verteidigungsministerium gibt bekannt, daß die Ausgaben der Armee für schwere Waffen im laufenden Finanzjahr sich von ursprünglich geplanten 312 Millionen Dollar auf 2 Milliarden Dollar erhöht hätten. Im gleichen Zeitraum hätten sich die Aufwendungen für die Waffenhilfe an die Atlantikpaktstaaten von 500 Millionen auf ebenfalls 2 Milliarden Dollar erhöht.

10. Oktober: Der österreichische Außenminister, Dr. Karl Gruber, erklärt vor dem Nationalen Presseclub in Washington, das Fehlschlagen der Verhandlungen um den österreichischen Staatsvertrag könne Österreich zwingen, an die Vereinten Nationen zu appellieren. Am 11. Oktober wird Dr. Gruber von Präsident Harry S. Truman und am 12. Oktober von Außenminister Dean Acheson empfangen.

11. Oktober: In Washington werden zweitägige Verhandlungen des britischen Wirtschaftsministers, Hugh Gaitskill, mit Vertretern der Außen-, Finanz- und Verteidigungsministerien sowie der Marshall-Plan-Verwaltung über die Finanzierung des Aufrüstungsprogramms abgeschlossen. Dabei wird von amerikanischer Seite die Bildung einer gemeinsamen Zuteilungsbehörde vorgeschlagen, die die Verteilung von kriegswichtigen Rohstoffen regeln soll. Die Ueberlassung von nicht zweckgebundenen Dollarbeträgen an Großbritannien wird abgelehnt.

13. Oktober: In Washington beginnen Besprechungen des französischen Verteidigungsministers, Jules Moch, und des Finanzministers, Maurice Petsche, mit Außenminister Dean Acheson, Verteidigungsminister George C. Marshall und Finanzminister John W. Snyder über die Finanzierung der französischen Aufrüstung und die Waffenhilfe für Indochina. Dabei sagt Verteidigungsminister George C. Marshall beschleunigte Lieferung von Waffen und Ausrüstung nach Indochina zu.

15. Oktober: Präsident Harry S. Truman trifft auf der Pazifikinsel Wake mit General Douglas MacArthur zu einer Konferenz über die Wiederherstellung des Friedens in Korea, die Zukunft Japans und die Sicherung des pazifischen Raumes zusammen. In einer Erklärung bekräftigt Präsident Truman den amerikanischen Entschluß, die Truppen so bald wie möglich nach Erfüllung ihrer Aufgaben aus Korea zurückzuziehen. Ein beträchtlicher Teil der Aussprachen sei dem Wiederaufbau Koreas gewidmet gewesen und dem Beitrag, den die Vereinigten Staaten dazu leisten könnten.

Asien

Chinesische Volksrepublik

1. Oktober: Ministerpräsident Tschu En-lai erklärt anläßlich des ersten Jahrestages des Bestehens der Chinesischen Volksrepublik, das chinesische Volk werde nicht abseits stehen, wenn imperialistische Mächte seinen Nachbarn angreifen würden.

Indochina

4. Oktober: Die Festung Caobang, nahe der chinesischen Grenze, wird von ihrer französischen Besatzung geräumt. Auf ihrem Rückzug nach Thatkhe wird diese Kampfgruppe zusammen mit anderen Einheiten, die ihr von dort entgegengekommen waren, von überlegenen Viet-minh-Truppen eingeschlossen und fast völlig aufgerieben. Nach einer Meldung von Radio Peking haben die Viet-minh-Truppen dabei 2000 französische Soldaten gefangengenommen. Am 13. Oktober wird der Stützpunkt Thatkhe geräumt.

Indonesien

3. Oktober: Indonesische Truppen beginnen mit militärischen Aktionen gegen die Insel Amboina, das Zentrum der Republik Süd-Molukken. Am 5. Oktober bittet ein Minister der süd-molukkischen Regierung, J. A. Manusama, über den Rundfunk die australische Regierung um Hilfe gegen den Angriff.

6. Oktober: Der Präsident der Indonesien-Kommission der Vereinten Nationen, Paul Bihin, forderte die indonesische Regierung auf, die Feindseligkeiten einzustellen. Diese Aufforderung lehnt die Regierung am 10. Oktober ab.

Israel

15. Oktober: Die Regierung tritt zurück, nachdem die dem orthodoxen Block angehörenden Minister ihren Austritt aus dem Kabinett beschlossen haben. Staatspräsident Dr. Chaim Weizmann beauftragt den bisherigen Ministerpräsidenten, David Ben-Gurion, mit der Bildung einer neuen Regierung.

Jordanien

7. Oktober: In Amman wird ein Freundschaftsvertrag mit Spanien unterzeichnet.

12. Oktober: König Abdullah nimmt den Rücktritt des Kabinetts an und beauftragt den bisherigen Ministerpräsidenten Said Pascha el Mufti wieder mit der Regierungsbildung. Die am 14. Oktober neu gebildete Regierung setzt sich folgendermaßen zusammen: Ministerpräsident: Said Pascha el Mufti, Innenminister: Abdul Rahim Pascha Khalifa, Außenminister: Rouhi Pascha Abdul Hadi, Handels- und Landwirtschaftsminister: Ahmed Bey Tarawneh, Transportminister: Haschem Bey Jayjousi, Justizminister: Mohammed Pascha Schureiki, Erziehungsminister: Ahmed Bey Toukan, Verteidigungsminister: Fawzi Pascha el Mulki, Aufbauminister: Instas Bey Hananiah, Finanzminister: Suliman Pascha Sukkar.

Korea

1. Oktober: Südkoreanische Truppen überschreiten an der Ostküste den 38. Breitengrad.

Der Oberbefehlshaber der Truppen der Vereinten Nationen, General Douglas MacArthur, fordert die nordkoreanische Regierung über den Rundfunk zur Kapitulation auf.

2. Oktober: Die südkoreanischen Truppen nehmen die Hafenstadt Kansong und stoßen gegen schwachen Widerstand rasch nach Norden vor. Nördlich Seoul stoßen die Truppen der Vereinten Nationen auf stärkeren Widerstand und überschreiten erst am 9. Oktober nach Besetzung der Stadt Kaesong den 38. Breitengrad.

9. Oktober: General Douglas MacArthur fordert die nordkoreanische Regierung unter Bekanntgabe des Beschlusses der Vollversammlung zur Wiederherstellung der Einheit Koreas zum letzten Male auf, die Waffen zu strecken. Am 10. Oktober lehnt der nordkoreanische Ministerpräsident, *Kim Il Sung*, die Kapitulationsaufforderung ab.

10. Oktober: Südkoreanische Truppen nehmen die Hafenstadt Wonsan an der Ostküste und stoßen nach Westen gegen die nordkoreanische Hauptstadt Pyongyang vor. Im West- und Mittelabschnitt der Front nehmen die Truppen der Vereinten Nationen am 13. Oktober die Stadt Kumchon und verfolgen den Feind in Richtung auf Pyongyang.

15. Oktober: Die südkoreanische Regierung richtet Telegramme an die Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen, in denen sie den Beschluß des Interimsausschusses, ihre Autorität auf Südkorea zu beschränken, als unannehmbar bezeichnet. Sie sei von den Vereinten Nationen als einzige legale Regierung in Korea anerkannt.

Pakistan

5. Oktober: Premierminister Liaquat Ali Khan kritisiert vor dem Parlament die Haltung Indiens in der Kaschmirfrage. Die indische Regierung habe alle Vorschläge des Vermittlers der Vereinten Nationen, Sir Owen Dixon, zur Durchführung von Volksabstimmungen in den umstrittenen Gebieten abgelehnt.

8. Oktober: Arbeitsminister Jogendra Nath Mandal, der einzige Hindu im Kabinett, erklärt seinen Rücktritt. In einem in Neu Delhi veröffentlichten Brief an Premierminister Liaquat Ali Khan erklärt er, sein Rücktritt sei als Protest gegen die Behandlung der Hindus, die in Pakistan nicht frei leben könnten, erfolgt. Am 14. Oktober bezeichnet der Premierminister vor dem Parlament die Äußerungen Mandals als nicht den Tatsachen entsprechend.

Persien

3. Oktober: Der Rücktritt des Finanzministers Dr. Taghi Nasr wird bekanntgegeben.

7. Oktober: Schah Mohammed Reza Pahlevi eröffnet den ersten Senat in der Geschichte des Landes. In seiner Thronrede fordert er, Gesetze zu erlassen, die die Einführung lokaler Selbstverwaltung in den verschiedenen Gebieten des Landes erlauben. Ferner müsse ein neues Wahlgesetz geschaffen werden, das den Wahlgesetzen der demokratischen Länder gleichkomme.

Organisation der Vereinten Nationen

2. Oktober: Der sowjetische Außenminister, Andrej J. Wyschinski, schlägt im Politischen und Sicherheitsausschuß der Vollversammlung ein Sieben-Punkte-Programm für Korea vor, in dem sofortiger Waffenstillstand, Abzug der ausländischen Truppen sowie der Einschuß der unmittelbaren Nachbarstaaten Koreas in die UN-Korea-Kommission gefordert werden. Am 4. Oktober billigt der Ausschuß mit 47 gegen 5 Stimmen den Acht-Mächte-Beschluß über die Wiederherstellung Koreas, der die Vereinigung des Landes durch freie Wahlen unter Aufsicht der Vereinten Nationen vorsieht. Der Korea-Vorschlag des sowjetischen Außenministers wird abgelehnt.

Am 7. Oktober billigt die Vollversammlung den Acht-Mächte-Beschluß mit gleicher Stimmenzahl und lehnt drei sowjetische Anträge ab: das Sieben-Punkte-Programm und die Anträge, das Bombardement Nordkoreas zu verurteilen und die jetzige UN-Korea-Kommission für ungesetzlich zu erklären.

7. Oktober: Die Vollversammlung wählt die Türkei als nichtständiges Mitglied des Sicherheitsrats, nachdem der Libanon seine Kandidatur zurückgezogen hat. Die Türkei wird am 1. Januar 1951 den Sitz Ägyptens übernehmen.

9. Oktober: In der Debatte des Politischen und Sicherheitsausschusses über den amerikanischen Plan zur Stärkung der Vereinten Nationen erklärt der amerikanische Delegierte, John Foster Dulles, der Plan sei die letzte Chance für die Vereinten Nationen. In Korea sei das Einschreiten gegen den Angreifer nur durch zufällige Abwesenheit der Sowjetunion aus dem Sicherheitsrat möglich gewesen. In Zukunft dürfe man sich jedoch nicht auf solche Zufälle verlassen. Am 10. Oktober bezeichnet der sowjetische Außenminister, Andrej J. Wyschinski, den amerikanischen Plan als einen Versuch, den Sicherheitsrat zu einem Schattendasein zu verurteilen und die UN-Charta auszutilgen. Das Prinzip der Einstimmigkeit im Sicherheitsrat sei eine der Grundlagen der Vereinten Nationen.

10. Oktober: Der Interimsausschuß für Korea tritt zu seiner ersten Sitzung zusammen und wählt den philippinischen Außenminister, Carlos P. Romulo, zu seinem Vorsitzenden. Dem Ausschuß gehören ferner an: Australien, Chile, Niederlande, Pakistan, Thailand, Türkei. Der australische Außenminister, Percy C. Spender, schlägt vor, auch nach der Besetzung Nordkoreas die Autorität der Regierung Syngman Rhee auf Südkorea zu beschränken, bis eine neue Regierung auf breiterer Grundlage gebildet ist. Am 12. Oktober billigt der Ausschuß den australischen Antrag. General Douglas MacArthur wird beauftragt, für die befreiten nordkoreanischen Gebiete eine Zivilverwaltung des Oberkommandos einzurichten.

11. Oktober: Die sowjetische Delegation unterbreitet dem Politischen und Sicherheitsausschuß zwei Resolutionen, in denen die Einberufung einer Fünfmächtekonferenz im Falle einer Friedensbedrohung vorgeschlagen wird, um über Maßnahmen gegen den Angreifer zu beraten, solange dem Sicherheitsrat noch keine internationale Polizeitruppe zur Verfügung steht. Ferner wird die beschleunigte Schaffung dieser Polizeitruppe gefordert.

12. Oktober: Im Sicherheitsrat legt der sowjetische Vertreter, Jakob A. Malik, gegen die von Jugoslawien vorgeschlagene Verlängerung der Amtszeit des Generalsekretärs Trygve Lie, für die 9 Stimmen abgegeben werden, sein Veto ein. Sein Vorschlag, die Ernennung des polnischen Außenministers, Zygmunt Modzelewski, zu empfehlen, wird mit 4 gegen 1 Stimme bei 6 Enthaltungen abgelehnt.

13. Oktober: Die Vereinigten Staaten übermitteln dem Interimsausschuß für Korea einen Plan für die Besatzungspolitik der Vereinten Nationen, der die schnellstmögliche Uebergabe der Verwaltung in zivile Hände und die vorläufige Beibehaltung der von den Kommunisten durchgeführten Bodenreformen und Sozialisierungen vorsieht.

NEUEINGÄNGE IN UNSEREM ARCHIV

5. JAHR

WICHTIGE ZUGÄNGE VOM 16. AUGUST BIS 30. SEPTEMBER 1950

21. FOLGE

Bücher und Broschüren

- A Decade of American Foreign Policy. Basis Documents, 1941—1949. Prepared at the Request of the Senate Committee on Foreign Relations by the Staff of the Committee and the Department of State. Washington, United States Government Printing Office; 1950. XIV, 1381 S.
- Annual Report of the Secretary-General on the Work of the Organization 1 July 1949 — 30 June 1950. General Assembly, Official Records: Fifth Session, Supplement No. 1 (A/1287). Lake Success, New York, United Nations; 1950. 143 S.
- Arnim, Wolf von: Strukturwandlungen und Nachkriegsprobleme der Wirtschaft Dänemarks. Kieler Studien. Forschungsberichte des Instituts für Weltwirtschaft an der Universität Kiel. Herausgegeben von Prof. Dr. Fritz Baade. Heft 9. Kiel, Institut für Weltwirtschaft; 1950. V, 65 S. und 5 Schaubilder. Preis: brosch. DM 3.50.
- Ausbildung für die ehrenamtliche Mitarbeit in der Selbstverwaltung. Niederschrift über die Aussprache in Frankfurt a. M. am 8. Juli 1950 mit Leitsätzen für die Arbeit der verschiedenen Ausbildungseinrichtungen. Frankfurt a. M., Institut zur Förderung öffentlicher Angelegenheiten e. V.; 1950. 75 S.
- Butschkau, F.: Aufbauwille und Leistung der deutschen Sparkassen. Referat auf der öffentlichen Kundgebung der Sparkassenorganisation in Hamburg am 12. Mai 1950 (vollständiger Text). Stuttgart, Sparkassenverlag G. m. b. H.; 1950. 31 S.
- Die Verbrauchsbesteuerung in den Rechnungsjahren 1947—1949 in Rheinland-Pfalz. Kleine Schriftenreihe des Statistischen Landesamtes Rheinland-Pfalz, Heft 10. Herausgegeben vom Statistischen Landesamt Rheinland-Pfalz. Bad Ems; 1950. 63 S.
- Djilas, Milovan: Auf neuen Wegen des Sozialismus. Rede vor Belgrader Studenten am 18. März 1950. Belgrad. Jugoslovenska Knjiga („Das jugoslawische Buch“); 1950. 30 S.
- Ergebnisse der landwirtschaftlichen Statistik in den Jahren 1946—1949. 5. Heft. Beiträge zur österreichischen Statistik. Herausgegeben vom Österreichischen Statistischen Zentralamt. Wien, Druck der Österreichischen Staatsdruckerei; 1950. 119 S.
- Fleck, Rosemarie: Ein Beitrag zur Frage der amerikanischen Stahlkapazität; Sonderdruck aus: Zeitschrift des Instituts für Weltwirtschaft an der Universität Kiel. Herausgegeben von Dr. rer. pol. Fritz Baade, Ordentlicher Professor an der Universität Kiel. Weltwirtschaftliches Archiv, begründet von Bernhard Harms. Band 65, Heft 1. Hamburg, Hoffmann und Campe Verlag; 1950.
- Hagen, Walter: Die geheime Front. Organisation, Personen und Aktionen des deutschen Geheimdienstes. Linz und Wien, Nibelungen-Verlag; 1950. 515 S. Auslieferung für Deutschland: Deutscher Buchvertrieb Schmidt & Co., Bad Godesberg.
- Der Verfasser, der eine Zeitlang dem deutschen Auslandsnachrichtendienst gedient hat, bemüht sich in diesem Buch in ein Gebiet, das bisher fast völlig im dunkeln lag, mehr Licht hineinzubringen. Dabei stützt er seine Darstellung im allgemeinen nicht auf Dokumente, die meistens vernichtet wurden, sondern auf sein persönliches Erleben und die persönlichen Zeugenaussagen Ueberlebender.
- Er schildert die Organisation des deutschen Geheimdienstes und entwirft von den führenden Persönlichkeiten wie Heydrich, Himmler und Canaris ein nüchternes Bild ihres Charakters und ihres politischen Werdegangs.
- Der Verfasser beschreibt die Tätigkeit des deutschen Geheimdienstes in der Tschechoslowakei, Jugoslawien, Rumänien, Bulgarien, Ungarn, Italien und schildert damit im Zusammenhang die Hintergründe politischer und militärischer Vorgänge. Dabei sind auch die „Pontinischen und Sardinischen Gedanken“ Mussolinis, die dieser während seiner Gefangenschaft im August 1943 niedergeschrieben hatte, wiedergegeben.
- Hintergründe der amerikanischen Politik. Berlin, Kongress-Verlag G. m. b. H.; 1950. 40 S.
- Index der industriellen Produktion in Rheinland-Pfalz. Statistik von Rheinland-Pfalz, Band 6. Herausgegeben vom Statistischen Landesamt Rheinland-Pfalz. Bad Ems; 1950. 121 S.
- Jaenicke, Wolfgang: Arbeit schafft Heimat. Ein Bildbericht über die Industrien der Heimatvertriebenen in Bayern. München; 1950.
- Jahn, Johannes: Wörterbuch der Kunst. 3. Auflage. Stuttgart, Alfred Kröner Verlag; 1950. VIII, 712 S. 212 Abbildungen. Preis: Ganzleinen DM 13.50.
- Diese Neuauflage eines bewährten Handbuches, das von dem Verfasser in Verbindung mit Robert Heidenreich und Wilhelm von Jenny wesentlich ergänzt herausgegeben wurde, bietet auf kürzestem Raum nicht nur einen erklärenden Ueberblick über alle Gebiete und Grenzgebiete künstlerischen Schaffens, Malerei, Graphik, Bildhauerei, Architektur, Kunstgewerbe, Töpferei, Porzellan usw., sondern gibt bei jedem Abschnitt auch historische und technische Abrisse sowie kurze Literaturangaben zu dem betreffenden Kapitel, die die Möglichkeit genauerer Unter-richtung bieten. Einzelne Abschnitte sind überdies durch Abbildungen, Grundrisse und Strichzeichnungen illustriert, die auch schwierigere Begriffe sinnfällig machen. Ein Handbuch nicht nur für den Fachwissenschaftler, sondern auch für den Laien und Techniker.
- Röpke, Wilhelm: Ist die deutsche Wirtschaftspolitik richtig? Analyse und Kritik. Stuttgart und Köln, W. Kohlhammer Verlag; 1950. 95 S. Preis: kartoniert DM 3.80.
- Hierbei handelt es sich um ein Gutachten, das der Schweizer Nationalökonom unter dem Titel „Orientierungspunkte der deutschen Wirtschaftspolitik für die Bundesregierung“ erstattet hat. Darin wird die Entscheidung für eine Wirtschaftspolitik zugunsten der Marktwirtschaft und gegen den Kollektivismus als richtig hervorgehoben.
- Statistisches Handbuch für die Republik Oesterreich. I. Jahrgang, Neue Folge. Herausgegeben vom Oesterreichischen Statistischen Zentralamt. Wien, Druck und Verlag der Oesterreichischen Staatsdruckerei; 1950. 260 S. Preis: S 30.—.
- Den 17 Jahrgängen — 1920 bis 1937 — folgt nunmehr dieser 1. Band neuer Zählung. Das Fehlen mancher sonst zum eisernen Bestand statistischer Handbücher zählender Aufschlüsse wird durch die Zeitverhältnisse begründet. Immerhin wird auf 247 Seiten eine Fülle wertvollen Materials geboten.

Stolper, Gustav: Deutsche Wirtschaft 1870—1940. Kaiserreich — Republik — Drittes Reich. Stuttgart, Franz Mittelbach Verlag; 1950. XVI, 180 S. Preis: Halbleinen DM 9.80.

Dieses Buch ist eine von Frau Dr. Toni Stolper vorgenommene Uebersetzung der in den Vereinigten Staaten erschienenen Ausgabe „German Economy 1870—1940“.

The Genocide Convention, Hearings before a Subcommittee of the Committee on Foreign Relations United States Senate. Eighty-First Congress, Second Session on Executive O. The International Convention on the Prevention and Punishment of the Crime of Genocide. January 23, 24, 25 and February 9, 1950. Washington, United States Government Printing Office; 1950. V, 555 S.

Veiter, Theodor: Gesetz als Unrecht. Die österreichische Nationalistengesetzgebung. Eine kritische Untersuchung mit einem internationalen Rechtsvergleich. Wien, Wilhelm Braumüller, Universitäts-Verlagsbuchhandlung, G. m. b. H.; 1949. 143 S. mit 2 Uebersichtstabellen. Preis: Halbleinen DM 19.60.

Texte und Dokumente

La législation française des Anciens Combattants et Victimes de la Guerre. In: „La Documentation Française, Notes et Etudes Documentaires“, Nr. 1371 vom 28. August 1950.

La Presse Japonaise d'après des documents japonais. In: „La Documentation Française, Notes et Etudes Documentaires“, Nr. 1386 vom 2. Oktober 1950.

La République d'Indonésie et la Conférence de la Table Ronde. In: „La Documentation Française, Notes et Etudes Documentaires“, Nr. 1380 vom 16. September 1950.

La Situation Economique en Espagne. In: „La Documentation Française, Notes et Etudes Documentaires“, Nr. 1369 vom 18. August 1950.

Le plan sexennal d'essor économique et de construction des bases du socialisme en Pologne. Discours de M. Hilary Minc, Vice-Président du Conseil. In: „La Documentation Française, Notes et Etudes Documentaires“, Nr. 1377 vom 11. September 1950.

L'Encyclopédie „Humani Generis“. Publiée le 21 Août 1950 à la Cité du Vatican. In: „Information et Documentation“, Nr. 307 vom 2. September 1950.

L'Etat Espagnol. Le Régime National-Syndicaliste. In: „La Documentation Française, Notes et Etudes Documentaires“, Nr. 1368 vom 17. August 1950.

L'orientation professionnelle en France. In: „La Documentation Française, Notes et Etudes Documentaires“, Nr. 1378 vom 12. September 1950.

Rapport sur l'application en France du programme de reconstruction européen au cours du 1er trimestre 1950. E. R. P. In: „La Documentation Française, Notes et Etudes Documentaires“, Nr. 1372 vom 29. August 1950.

Neue Zeitschriften

Außenpolitik. Zeitschrift für Internationale Fragen. Herausgegeben von Wilhelm Grewe, Erich Kordt, Hans Rothfels, Herbert v. Borch, Artur W. Just, Hans Georg v. Studnitz. Deutsche Verlagsanstalt G. m. b. H., Stuttgart. Preis des Einzelheftes DM 2.50.

Die seit Mai 1940 zunächst zweimonatlich erscheinende

Zeitschrift will die am weltpolitischen Geschehen interessierte deutsche Oeffentlichkeit durch Berichterstattung der Tagespresse ergänzende und abrundende Beiträge und Informationen auf anregende Weise sachlich in die internationalen Probleme einführen. Die Zeitschrift will hiermit eine Aufgabe erfüllen, wie sie im Ausland beispielsweise von den Vierteljahresheften Foreign Affairs (USA) oder International Affairs (Großbritannien) oder der französischen Monatsschrift Politique Etrangère durchgeführt wird.

Cuadernos de Política Internacional. No. 1. Director: Francisco Javier Conde. Madrid, Instituto de Estudios Políticos; 1950. 223 S.

Mit den „Vierteljahresheften für Politik“ legt das spanische Institut für politische Studien in Madrid die erste einer Reihe neuer Zeitschriften vor. Als weitere Veröffentlichungen sind geplant die Vierteljahreshefte für Sozialpolitik, für Wirtschaft und für öffentliche Verwaltung. Die erste Folge der „Politica Internacional“ enthält unter anderem Abhandlungen über den Atlantikpakt, die Europäische Union und die amerikanische Politik in Jugoslawien. Neben Zeitregister, Besprechungsteil und einer gut gegliederten Uebersicht über ausländische Periodica umfaßt die Zeitschrift einen Dokumententeil, in dem in der vorliegenden Folge der spanisch-portugiesische Freundschafts- und Nichtangriffspakt nebst Zusatzprotokollen veröffentlicht werden.

Herausgeber der Zeitschrift ist Professor Francisco Javier Conde, der Direktor des Instituts, der auch für die „Revista de Economía Política“, die bisherige Hauptveröffentlichung des Instituts verantwortlich zeichnet.

Direction of International Trade, January—March 1950. Statistical Papers Series T, Vol. 1, No. 1. Joint Publication Statistical Office of the United Nations, International Monetary Fund, International Bank for Reconstruction and Development. Lake Success, New York, Statistical Office of the United Nations; 1950. 126 S.

Revue d'Etudes Economiques Franco-Allemandes Nr. 1, Septembre 1950. Haut Commissariat de la République Française en Allemagne. Direction Générale des Affaires Economiques et Financières Services du Plan et des Etudes Economiques.

Diese, zum Teil in französischer, zum Teil in deutscher Sprache von der französischen Hohen Kommission herausgegebene Zeitschrift will im Sinne der Zusammenlegung der französisch-deutschen Kohlen- und Stahlunion an den deutschen Leser über die französische Wirtschaft und an den französischen Leser über die deutsche Wirtschaft Informationen geben.

Wirtschaftsrechtliche Informationsblätter (Fachschrift für Rechts- und Wirtschaftspraxis). Herausgeber Werner Wunderlich, Berlin-Charlottenburg, Reichsstraße 4. Sonderausgabe vom 1. Oktober 1950, 96 S. Preis der Sonderausgabe DM 1.50. Abonnementspreis monatlich DM 4.50.

Die anlässlich der Deutschen Industrieausstellung, Berlin 1950, herausgegebene Sonderausgabe ist vornehmlich dazu bestimmt, die wirtschaftliche und rechtliche Verbundenheit Berlins mit der Bundesrepublik als gesamtdeutschen Wirtschaftsfaktor in Erscheinung treten zu lassen. Die Folge enthält unter anderem Beiträge von Magistratsratsdirektor Scholz über Berlin als Industriestaat und Professor Dr. Meimberg, Direktor der Berliner Zentralbank, über die Währungsordnung West-Berlins.

Der neu eingerichtete Archiv-Dienst des Verlages erteilt Auskunft über Gesetze, Verordnungen, Entscheidungen und Schrifttum.

Schumanplan und Atlantikpakt

2. Fortsetzung

Schumanplan, Atlantikrat und Europarat

In den bereits veröffentlichten Abschnitten dieses Berichtes¹ wurde gezeigt, daß sich in der Konzeption des Atlantikpaktes und im Schumanplan zwei politische Leitideen gegenüberstehen, die von sehr verschiedenen historischen und soziologischen Vorstellungen her das gleiche Ziel, die politische Integration des Westens, anstreben. Der amerikanischen Politik des *containment*, der Eindämmung der sowjetisch-kommunistischen Expansion, lag, bereits ehe Acheson dafür das Schlagwort der „totalen Diplomatie“ geprägt hatte, eine sehr einfache, vorwiegend militärisch bestimmte Vorstellung zugrunde: Die Organisation des Atlantikpaktes sollte wie eine Art überdimensionierte militärische *Tennessee Valley Authority* das Rüstungspotential des Westens zusammenfassen und dadurch ein dem sowjetischen Machtdruck gewachsenes diplomatisches Instrument schaffen.

Diese vorwiegend von den technischen Erfordernissen moderner Machtentfaltung ausgehende Zielsetzung entsprach einem ebenso unkomplizierten politischen Weltbild: Nach der amerikanischen historischen Erfahrung lag es nahe, sich die europäischen Staaten als eine Gruppe gleichwertiger und gleichberechtigter Staatsgebilde nach Art der in der nordamerikanischen Föderation vereinigten Staaten vorzustellen. Warum sollte es nicht möglich sein, Europa mit den vereinten Kräften der Atlantischen Gemeinschaft zu einer Zitadelle des Westens auszubauen, so wie man in dem armen Staate Tennessee mit Hilfe des Wirtschaftspotentials der Vereinigten Staaten riesige neue Energiequellen erschließen konnte, die dann auch allen anderen Staaten zugute kamen?

Der Schumanplan ging von einer völlig anderen Vorstellungswelt aus, die noch tief in dem traditionellen Gleichgewichtsdenken und der Vorstellungswelt der kollektiven Sicherheit verwurzelt ist. Hier

geht es darum, Staaten in ihrer ganzen historischen, wirtschaftlichen und sozialen Differenziertheit in ein sorgfältig ausgewogenes Gleichgewichtssystem zu bringen. In den jahrhundertlangen innereuropäischen Machtkämpfen — eine Erfahrung, die den nordamerikanischen Staaten fremd ist — konnte der Gedanke einer echten, von den Machtverhältnissen unabhängigen Gleichberechtigung der Staaten sich nie wirklich durchsetzen. Auch wo er formell statuiert wurde, wie im Genfer Völkerbund, der nicht zufällig aus einer amerikanischen Anregung entstanden ist, setzte sich das alte Spiel der Gleichgewichtspolitik nur mit veränderten Mitteln fort. Das hartnäckige Bestehen auf den formalen Attributen der „Souveränität“ ist nur der verkrampfte Ausdruck dieser unausgeglichenen machtpolitischen Spannungen.

Betrachtet man nun die Organisation des Atlantikpaktes, wie sie sich im ersten Jahre ihres Bestehens entwickelt hat, so ist unschwer zu erkennen, warum der unkomplizierte amerikanische Grundgedanke durch die Rücksichtnahme und das Eingehen auf die Mentalität der europäischen Bündnispartner zu einem immer komplizierteren organisatorischen Apparat führen mußte. Die Bildung von immer neuen Koordinationsausschüssen war notwendig, um dem Prinzip der „Souveränität“ der Mitgliedstaaten in allen Phasen der Planung und Durchführung der Verteidigungsorganisation Rechnung zu tragen. Der soeben veröffentlichte hervorragende Bericht des *Royal Institute of International Affairs* „Defence in the Cold War“², weist nachdrücklich auf die teilweise groteske Ueberbürokratisierung und den außerordentlichen Zeitverlust hin, die unvermeidlich sind, wenn ein luxemburgischer Major gleichberechtigt neben einem französischen General sitzt und die Stimmen von Portugal und Island so viel zählen wie die von Großbritannien und den Vereinigten Staaten.

¹) Vgl. dazu Europa-Archiv 13/1950 S. 3147—3158 und 21/1950 S. 3464—3474.

²) „Defence in the Cold War.“ The Task for the Free World. A report by a Chatham House Study Group. Royal Institute of International Affairs, London & New York, 1950.

Auf die Ueberwindung dieser offensichtlichen Schwäche des westlichen Verteidigungssystems zielte sowohl der französische Vorschlag eines europäischen Verteidigungsministeriums wie der Vorschlag *Churchills* zur Bildung einer europäischen Armee hin, die in der Straßburger Debatte vom August dieses Jahres zu einer gemeinsamen Resolution des Europarates vereinigt wurden³. Diese Vorschläge sahen vor, daß innerhalb der ausgeglichenen Kollektivstreitkräfte (*balanced collective forces*) der Atlantikpaktorganisation eine ausgeglichene operative Landstreitkraft Europas (*balanced operational land army*) gebildet werden sollte, die einem vereinigten europäischen Generalstab und Oberkommando (*fully integrated European staff and command*) unterstehen sollte. Ein europäischer Verteidigungsminister sollte für den operativen Einsatz der Verbände dieser europäischen Armee verantwortlich und seinerseits einer entsprechenden demokratischen Kontrolle des Europarates oder einer daraus hervorgehenden europäischen politischen Autorität unterworfen sein. Dies würde dazu führen, daß neben dem amerikanischen, kanadischen und, falls Großbritannien sich der europäischen Armee nicht anschließt, dem britischen Verteidigungsminister ein europäischer Verteidigungsminister in dem Verteidigungsausschuß des Atlantikrates sitzen würde. Analog dazu würde bei entsprechender Weiterbildung einer europäischen politischen Autorität ein europäischer Außenminister im Atlantikrat sitzen, ein stellvertretender europäischer Außenminister im Ständigen Ausschuß der Stellvertreter, ein europäischer Stabschef im Militärausschuß und ein europäischer Finanzminister im Finanzausschuß. Noch einen Schritt weiter geht der Bericht der

Studiengruppe des *Royal Institute of International Affairs*, der vorschlägt, daß im Atlantikrat die Ministerpräsidenten der Mitgliedstaaten mit dem amerikanischen Präsidenten zusammen tagen sollten. Dadurch würden die Ressortschwierigkeiten auf höchster Ebene beseitigt, die sonst bei der weitgehenden Selbständigkeit der Außen-, Verteidigungs- und Finanzminister unvermeidlich sind. Dieser letztere Vorschlag kommt im wesentlichen dem sogenannten großen Schumanplan und den Vorschlägen *Bidaults* vom April 1950 sehr nahe⁴.

Zwischen dieser Einheitlichkeit der letzten Zielsetzung und der praktischen Durchführung einer gemeinsamen politisch-militärischen Planung liegt aber nun das ganze Gewirre der Ausschüsse mit ihren unbegrenzten Möglichkeiten für Mißverständnisse und Interessengegensätze, die den ganzen Komplex der atlantischen Zusammenarbeit zu einem für die breite Öffentlichkeit unentwirrbaren Knäuel verschiedenartiger Organisationen machen. Ehe Zeit und Möglichkeit bestand, diese Schwierigkeiten auf dem Verhandlungswege zu klären und zu lösen, ergab sich für den Atlantikrat die Notwendigkeit, ein neues heißes Eisen anzufassen: Die Einbeziehung der Deutschen Bundesrepublik in das atlantische Sicherheitssystem. Alle bisherigen Verhandlungen hatten zu der nüchternen Erkenntnis geführt, daß das deutsche Verteidigungspotential, die Kapazität der deutschen Wirtschaft und die strategische Sicherheit Mitteleuropas unentbehrliche Bausteine des atlantischen Sicherheitssystems waren, die nicht ohne aktive Mitwirkung der deutschen Bevölkerung eingefügt werden können.

Die Einbeziehung der deutschen Landesverteidigung in die Beratungen des Atlantikrates

Die Wiederbewaffnung Deutschlands Gegenstand der New Yorker Konferenzen

Mitte August 1950 berichtete der Frankfurter Korrespondent der *New York Times*, *Jack Raymond*, daß die Frage einer deutschen Wiederbewaffnung zweifellos auf der bevorstehenden Konferenz der drei Außenminister behandelt werden würde. *Raymond* fügte hinzu, daß die Außenminister dieses Problem mehr im Rahmen der bestehenden Verteidigungsorganisationen — Westunion und Atlantikpakt — behandeln würden als unter dem Gesichtspunkt einer etwaigen europäischen Armee. Es sei auf keinen Fall geplant, eine nationale deutsche Armee zu schaffen. Die einzige Frage, mit der sich die alliierten Sachverständigen befaßten, sei die Frage, auf welcher Ebene — Armeekorps, Division oder Regiment — die Wiederbewaffnung Deutschlands vorgenommen werden solle.

Dazu verlautete amtlich aus Washington, daß man zur Zeit eine Wiederbewaffnung Deutschlands in keiner Weise ins Auge fasse und dieses Problem auch nicht Gegenstand der Tagesordnung der Außenministerkonferenz sei. Auch in London wies man alle Spekulationen über eine deutsche Wiederaufrüstung als unbegründet zurück. In französischen diplomatischen Kreisen wurde betont, daß sich die französische Regierung nach wie vor einer Remilitarisierung Westdeutschlands widersetze; zunächst gehe es darum, den Schumanplan zu verwirklichen.

Das New York Times-Interview Dr. Adenauers zur Sicherheitsfrage

Trotz aller dieser Erklärungen und Dementis war es jedoch praktisch ein offenes Geheimnis geworden, daß die Konferenzen der drei Westmächte und der zwölf Atlantikpaktstaaten im September 1950 die

³) Vgl. Europa-Archiv 18/1950, S. 3347—3351.

⁴) Vgl. Europa-Archiv 18/1950, S. 3149—3151.

Frage der deutschen Wiederaufrüstung behandeln würden. Es war daher verständlich, daß der deutsche Bundeskanzler am 17. August 1950 in einem Gespräch mit den drei Hohen Kommissaren auf dem Petersberg seinen Standpunkt zu formulieren suchte.

Vor Beginn der Besprechungen gewährte Dr. Adenauer dem Korrespondenten der *New York Times*, Jack Raymond, ein Interview, in dem er seine Ansichten zu der Frage der inneren und äußeren Sicherheit zum Ausdruck brachte⁵. Nach dem Bericht Raymonds in der *New York Times* vom 18. August 1950 erklärte Dr. Adenauer, er habe Informationen, wonach die Russen ihre Truppen in Ostdeutschland als Angriffsformationen aufbauten. Nur eine schnelle Demonstration westlicher Macht und Bereitschaft könne eine sowjetische Aggression verhindern. Der Bundeskanzler betonte ferner, die Vereinigten Staaten müßten alle diplomatischen Bedenken beiseite schieben und in den politischen Angelegenheiten Westeuropas vermitteln, um die politische und soziale Eingung herbeizuführen, welche die nicht-kommunistischen Länder bisher nicht erreicht hätten. Dr. Adenauer hob die kritischen Entscheidungen hervor, die von den Außenministern der drei Westmächte auf ihrer New Yorker Konferenz getroffen werden müßten. Eine westdeutsche Beteiligung an einer westeuropäischen Streitmacht müsse diese Entscheidungen abwarten. „Hoffen wir, daß sie schnell handeln und ein schneller Anfang gemacht werden kann.“

Das erste Echo der westdeutschen Presse

Die westdeutsche Presse äußerte sich in den ersten Tagen nach dem Interview mit großer Zurückhaltung. Neben der rein informatorischen Berichterstattung fanden sich nur wenige Kommentare, die sich eingehend mit dem Inhalt des Interviews auseinandersetzten. Die *Neue Zürcher Zeitung* vom 6. September 1950 schrieb über die Aufnahme des Adenauer-Interviews:

„Die Bevölkerung Westdeutschlands verhält sich gegenüber der Wiederaufrüstung zurückhaltend, wenn nicht gar ablehnend. Im Ausland, in den angelsächsischen Ländern vor allem, herrscht darüber ziemliches Erstaunen...“

Das Auslandsecho

Großbritannien

Ein Sprecher des *Foreign Office* erklärte am 24. August 1950, Großbritannien habe volles Verständnis für die Besorgnisse Dr. Adenauers um die Sicherheit Westdeutschlands.

Die *Londoner Times* vom 21. August berichtete sehr neutral unter der Ueberschrift „Verteidigung Westdeutschlands“ über den Plan Dr. Adenauers. Das Blatt kritisiert jedoch die „Zeitungsdiplomatie“ des Kanzlers und bemerkte:

⁵ Vgl. den vollen Wortlaut des Interviews in dieser Folge auf Seite 3515.

„In britischen Kreisen scheint die Ansicht zu herrschen, daß sehr wohl andere Mittel hätten ergriffen werden können, um die Aufmerksamkeit der Alliierten und des deutschen Volkes auf eine so wichtige Angelegenheit zu lenken.“

Die *Daily Mail* kommentierte das Interview des Bundeskanzlers nicht ohne Zynismus:

„Vor fünf Monaten hat Churchill die Bildung eines deutschen Kontingents in einer westeuropäischen Streitmacht vorgeschlagen. Das war nicht viel anders als das, was Adenauer jetzt fordert... Niemand wünscht eine deutsche Wiederaufrüstung zu sehen. Der Himmel möge es verhüten. Der Gedanke, daß das Herrenvolk in Schaftstiefeln wieder über ganz Europa trampelt, reicht schon aus, um uns eine Gänsehaut über den Rücken laufen zu lassen. Aber die Einbeziehung einer deutschen Streitmacht in den Rahmen der Westunion oder des Atlantikpaktes würde keine deutsche Wiederaufrüstung bedeuten. Sie würde lediglich Deutschland unter der Aufsicht der Alliierten Waffen und Ausrüstungen zur Verfügung stellen, so daß die Bundesrepublik ihre Rolle bei der Verteidigung der Demokratie spielen könnte, zu der sie mittlerweile geworden sein soll.“

Frankreich

Das französische Außenministerium ließ am 23. August 1950 durch einen Sprecher erklären, daß sich die französische Regierung weiterhin einer Wiederbewaffnung Deutschlands widersetze. Frankreich sei jedoch bereit, einer Erhöhung der westdeutschen Polizei um 10 000 Mann zuzustimmen.

Die *Le Monde* vom 22. August schrieb unter der Ueberschrift „Adenauer will Deutschland wieder bewaffnen“:

„Das Interview des Herrn Adenauer mit der *New York Times* hat eine Sensation hervorgerufen, die um so größer ist, als sie nicht mit den früheren Erklärungen des Kanzlers über die Wiederbewaffnung Deutschlands in Einklang zu stehen scheint.“

Die rechtsgerichtete Zeitung *L'Epoque* sprach von der Tragikomödie der deutschen Wiederbewaffnung und wies darauf hin, daß die Ansichten über die Frage selbst in Deutschland sehr verschieden seien:

„Der Bundeskanzler verlangt eine Polizeimacht, der Fraktionsvorsitzende der Christlichen Demokraten, Dr. von Brentano, eine Armee, und der Oppositionsführer Dr. Schumacher fordert Verteidigungskräfte in ausreichender Stärke, um die Ostgebiete zu befreien. Bei den Alliierten herrscht ein ähnliches Durcheinander von amerikanischer Bereitschaft, britischem Zögern und französischer Opposition. Das Ideal wäre eine pazifistische Armee, die nicht für einen Heller militaristisch gesinnt ist und aus der mit Sorgfalt alle ehemaligen Berufsoffiziere verbannt werden.“

Die radikalsozialistische *Aurore* griff die Haltung der SPD zur Frage der deutschen Wiederaufrüstung an und schrieb:

„Die deutschen Sozialisten scheinen ebensowenig bereit zu sein, ihr Land gegen eine sowjetische Aggression zu verteidigen, wie sie früher bereit waren, es gegen Hitler zu verteidigen.“

In einem ausführlichen Beitrag nahm Jean-Jacques Servan-Schreiber in der *Le Monde* vom 25. August

1950 zu den Zielen der französischen Politik Stellung. In der Frage der deutschen Beteiligung an der Verteidigung des Westens formulierte Servan-Schreiber das Ziel der französischen Politik wie folgt:

„Die Wiederbewaffnung Deutschlands darf nur als Teil einer internationalen Armee erfolgen. Wenn der deutsche Beitrag für die Sicherung Europas unentbehrlich ist — was man wahrscheinlich zugestehen wird —, muß er ein integrierender Bestandteil einer militärischen atlantischen Einrichtung sein und keine selbständigen unabhängigen Streitkräfte umfassen, gleichgültig, wie schwach diese auch sein mögen.“

Der französische Verteidigungsminister, Jules Moch, hielt am 27. August 1950 eine Rede in Sète, in der er mit großem Nachdruck Maßnahmen forderte, um das „besetzte Gebiet in Westdeutschland“ vor Ueber-raschungsangriffen zu schützen:

„Man soll nicht zurückweichen, man soll nicht erst in England oder Nordafrika Widerstand leisten und nicht erst aus der Ferne eine gewaltige Befreiungsoperation entwerfen, die nur noch Friedhöfe und die Ruinen unserer Kultur zu befreien vermöchte. Nein, man soll sich so weit wie möglich im Osten schlagen, so nahe wie irgend möglich am Eisernen Vorhang, von dem die Aggression ausgehen könnte. Das bezieht sich auf das Bollwerk, das unser gemeinsamer Sieg uns zwischen Rhein und Elbe zu besetzen erlaubt hat.“

Amerikanische Kommentare

Ein Sprecher der amerikanischen Hohen Kommission gab den ersten amtlichen Kommentar:

„Die westliche Welt prüft die Wege zur Stärkung der Verteidigung der Demokratie. Als ein Teil Europas wird Deutschland offensichtlich eine Rolle spielen. Welches genau diese Rolle sein wird, muß von den Regierungen und Völkern Europas einschließlich Deutschlands und der Vereinigten Staaten entschieden werden.“

John Sherman Cooper, außenpolitischer Ratgeber des amerikanischen Präsidenten, erklärte, es sei unvermeidlich und moralisch gerechtfertigt, daß die Bundesrepublik Gelegenheit erhalte, sich selbst zu verteidigen. . . . Amerika müsse vor allem klarstellen, daß es schon in der Anfangsphase eines Angriffs gegen Westeuropa eingreifen werde.

Richtigstellungen des Bundeskanzlers

Am 23. August 1950 gab der Bundeskanzler in Bonn eine Erklärung vor der in- und ausländischen Presse ab, in der er das Problem der inneren und äußeren Sicherheit erläuterte. Dr. Adenauer interpretierte sein Interview in der *New York Times* dahingehend, daß er darin nicht die Forderung nach einer deutschen Armee erhob, sondern lediglich auf die Notwendigkeit einer ausreichenden Polizeimacht hingewiesen habe. Er forderte die Presse auf, den mißverständlichen Ausdruck „Verteidigungs-kräfte“ nicht mehr zu gebrauchen.

„... Die Frage der Sicherheit liegt in Deutschland anders als in irgendeinem anderen europäischen Land. Wir Deutsche haben eine doppelte Sicherheitsfrage, einmal die internationale Frage, wie die Deutschen ange-

sichts der internationalen Spannungen Sicherheit erhalten, und zum anderen die Frage der inneren Sicherheit gegen subversive, insbesondere kommunistische Tendenzen und Bestrebungen . . . Nach meiner Auffassung ist die Frage der inneren Sicherheit streng von der Frage der äußeren zu trennen.

Die Frage der äußeren Sicherheit der Bundesrepublik habe ich im Gegensatz zum Problem der inneren Sicherheit bei den Hohen Kommissaren schon im vorigen Herbst angeschnitten. Ich habe immer wieder bei jeder sich ergebenden Gelegenheit diese Frage von neuem aufgeworfen. Nun haben wir Deutsche aber das Schicksal, daß wir keine diplomatischen Vertreter im Ausland haben, so daß wir nicht in der Lage sind, unmittelbar durch diplomatische Vertreter bei den Regierungen, insbesondere der Westmächte, die in dieser Frage die wirkliche Entscheidung haben, vorstellig werden zu können.

Wir müssen uns darauf beschränken, unsere Sorgen und Beschwerden der Weltöffentlichkeit durch die Presse mitzuteilen sowie durch Reden vor dem Bundestag oder in Versammlungen oder durch die Vorstellung des Bundeskanzlers bei den Hohen Kommissaren. Was das letztere angeht, so ist es ganz natürlich, daß die Hohen Kommissare, die in diesen Fragen kein Entscheidungsrecht haben, natürlich nur rezeptiv die Dinge aufnehmen und weitergeben können, und Sie alle wissen: wenn Vorstellungen durch ein Zwischenorgan weitergeleitet werden, dann ist das ganz anders, als wenn direkt gesprochen wird . . .

. . . Nun hat sich seit einigen Monaten etwas Neues angebahnt — aber erst angebahnt —, und das ist der Europa-Gedanke. Und wie das bei uns Europäern üblich ist, fällt man sofort in zwei Parteien auseinander. Wir gehören zu denen — und es liegt mir daran, das sehr nachdrücklich zu erklären —, die nach wie vor mit ganzer Kraft für ein föderatives Europa arbeiten. Es ist ja sicher nicht richtig, wenn man zu ungeeigneter Zeit und zu häufig über drohende Dinge in der Öffentlichkeit spricht, aber ebenso unklug ist es, wenn man den Kopf in den Sand steckt, schweigt und so tut, als wenn alles in Butter ist . . .

Welche Rolle die Bundesrepublik in dem Verteidigungssystem einmal haben wird, das zu entscheiden liegt gar nicht in unserer Hand. Aber man kann wohl annehmen, daß die Konferenz der Außenminister in Washington sich gerade mit diesem Thema auch beschäftigen wird.

Ich möchte nachdrücklich folgendes sagen: der Bundesregierung, dem Bundestag und ich glaube auch der weit überwiegenden Mehrheit des deutschen Volkes liegt der Gedanke an die Wiedererrichtung einer deutschen Wehrmacht völlig fern. Wir sind aus diesem Zeitalter heraus, in dem eines der verhältnismäßig kleinen westeuropäischen Völker glauben darf, daß es für sich allein bestehen kann. Wenn uns in diesem Verteidigungssystem eine Rolle zugeteilt wird, werden wir das prüfen und unter gewissen Voraussetzungen bereit sein, unsere Aufgaben zu erfüllen . . .“

Gegenerklärung Dr. Schumachers

Im Anschluß an die Presseerklärung Dr. Adenauers gab der Vorsitzende der SPD, Dr. Kurt Schumacher, der Presse seine Stellungnahme bekannt:

„Diese Erklärung ist ein durch die Stellung des Bundeskanzlers qualifizierter Diskussionsbeitrag. Aber selbst vorausgesetzt, daß die Regierungsparteien ihn überwiegend oder ganz decken, kann er in diesem Stadium noch nicht als ein deutscher Standpunkt angesehen werden, in keinem Fall aber als Standpunkt des ganzen Volkes oder des von der Sozialdemokratie vertretenen Teils...

...Die deutsche militärische Leistung hat dann einen Sinn, wenn die Weltdemokratie Deutschland offensiv nach dem Osten verteidigt, das heißt, Deutschland vor den schwersten Zerstörungen bewahren und östlich von Deutschland die Kriegsentscheidung suchen will. Das ist die erste und materiell die einzige Voraussetzung...

...Man bekommt die Verstärkung der Westmächte nicht mit dem Angebot eines deutschen Rüstungssurrogats, und deshalb ist es falsch, daß jetzt von uns ein Rüstungsangebot gemacht worden ist. Wir dürfen keine untaugliche Ersatzlösung anbieten, wir müssen auf die Konzentration größter Leistungen hinsteuern. Wird die gewährt, dann sagen wir ‚ja‘, wird sie es nicht, ‚nein‘.“

Richtigstellungen der Amerikaner

Außenminister Acheson gab am 23. August eine Erklärung ab, in der er verschiedene Pressemeldungen in Verbindung mit dem Interview des Bundeskanzlers richtigstellte:

„Ich habe einen Bericht von Mr. McCloy über die Konferenz der alliierten Hohen Kommissare mit Bundeskanzler Adenauer erhalten, und mir sind einige Pressemeldungen über diese Konferenz bekanntgeworden. Die Pressemeldungen, die ich gesehen habe, betonen die angebliche Tatsache, daß Bundeskanzler Adenauer nach diesem Bericht eine Remilitarisierung Deutschlands gefordert und im besonderen um eine deutsche Armee von mehreren tausend Mann gebeten habe.

Dies lag dem mir vorliegenden Bericht zufolge nicht im Charakter dieser Konferenz. Bundeskanzler Adenauer schilderte die Sicherheitslage so, wie er sie sah, und besonders die in Ostdeutschland vor sich gehende Remilitarisierung, die er als völlig außerhalb des politischen Problems und auf der Linie einer reinen Remilitarisierung liegend bezeichnete. Dies war augenscheinlich die Grund-

lage der Konferenz und seiner Ausführungen. Er bat um eine größere Stärkung Westeuropas einschließlich Deutschlands. Auf Grund des Berichtes glaube ich, daß dies seine größte Sorge ist und daß er keinen Versuch unternommen hat, dem Ausmaß oder der Art einer deutschen Teilnahme zur Erhöhung dieser Stärke vorzugreifen.

Die allgemeine Stärkung Westeuropas ist eine Frage, der wir alle gegenwärtig unsere größte Aufmerksamkeit widmen. Die Art, in der diese Stärkung erreicht werden soll und der Beitrag Deutschlands für die Verteidigung des Westens, ist Sache von Erörterungen zwischen den Regierungen. Ich bin der Ansicht, daß es in diesem Stadium nicht von Nutzen für mich sein würde, diese Angelegenheit weiter zu kommentieren.“

Der amerikanische Hohe Kommissar John Jay McCloy gab in Frankfurt eine Erklärung ab, in der er zum Ausdruck brachte, daß die Verteidigung Europas den Einschluß Deutschlands verlange. Diese Formulierung ließ keinen Zweifel mehr darüber, daß das Problem einer Einbeziehung der deutschen Landesverteidigung in eine Verteidigung des Westens nunmehr in eine entscheidende Phase getreten war:

„Während der vergangenen Monate haben die Regierungen der demokratischen Mächte ernsthafte Studien unternommen und Pläne entworfen, um die Sicherheit und Verteidigung Westeuropas einschließlich Deutschlands zu stärken. Diese Sicherheitsbedürfnisse einschließlich derjenigen Deutschlands sind von den Hohen Kommissaren im Einvernehmen mit den höchsten Regierungen in Washington, Paris und London erwogen und behandelt worden.

Die deutsche Sicherheit wird durch die gegenwärtige Beziehung zwischen Deutschland und den Westmächten eher gefördert als verringert. Westeuropa muß und wird gestärkt werden. Die Verteidigung Europas muß eine gemeinsame Anstrengung sein, und Stärke wird dazu notwendig sein. Dies bedeutet den Einschluß Deutschlands und verlangt von dem deutschen Volk und seinen Vertretern einen klaren Kurs und die Bereitwilligkeit zur Zusammenarbeit. Für alle demokratischen Völker und ihre Regierungen ist die Zeit zur Entschlossenheit und zu klarem Denken gekommen...“

Das Memorandum der Bundesregierung zur Sicherheitsfrage

Das Verlangen der Hohen Kommissare nach Präzisierung des deutschen Standpunktes

Am 24. August hatte der Bundeskanzler eine Besprechung mit dem amerikanischen Hohen Kommissar, John Jay McCloy, und am 25. August mit dem britischen Hohen Kommissar, Sir Ivone Kirkpatrick. Anlaß zu diesen Besprechungen war die Aufforderung der Hohen Kommissare, zusätzliche Informationen über die deutschen Absichten in der Sicherheitsfrage zu erhalten. Es wurde vereinbart, daß die alliierten Hohen Kommissare innerhalb kurzer Zeit eine klare Zusammenfassung der Ansichten des Bundeskanzlers erhalten sollten. McCloy versicherte dem Bundeskanzler, die Hohen Kommissare seien durchaus bereit, seine Vorschläge zu erwägen.

Eine neue Definition des Sicherheitsproblems

Zu der Besprechung, die der Bundeskanzler am 24. August mit dem amerikanischen Hohen Kommissar McCloy hatte, schreibt die *New York Times* vom 26. August, der Bundeskanzler habe einen Dreipunkte-Vorschlag für die Verteidigung Westdeutschlands vorgelegt. Bemerkenswert bei diesem Vorschlag sei, daß die Polizeiorganisation dem Innenministerium unterstehen solle. Die vom Bundeskanzler vorgeschlagene Polizei dürfe jedoch nicht mit dem Projekt für eine Verstärkung der Staatspolizeieinheiten verwechselt werden. Diese Polizei unterscheide sich von der Verteidigungstruppe, von der Dr. Adenauer vor wenigen Tagen gesprochen habe. Die *New York Times* fährt dann fort:

„Es ist jetzt offensichtlich, daß der ursprüngliche Vorschlag fallengelassen werden muß, da er als ein Versuch angesehen wurde, eine westdeutsche Armee zu schaffen. Außerdem haben die Hohen Kommissare Dr. Adenauer klargemacht, daß die Verteidigung gegen die Sowjetzonenpolizei als ein Problem der äußeren Sicherheit betrachtet werden muß. Soweit es sich um dieses Problem handelt, sind sich Dr. Adenauer und die alliierten Hohen Kommissare darüber einig, daß für den Augenblick die Verantwortung bei den westalliierten Truppen verbleibe. Später würde die Verantwortung von der europäischen Armee übernommen werden, an der Deutschland beteiligt sein würde.“

Die Uebermittlung des Memorandums

Am 25. August trat die Bundesregierung zu einer geschlossenen Sitzung zusammen, auf der das Problem der Sicherheit ausführlich behandelt wurde.

Am 30. August übermittelte Bundeskanzler Dr. Adenauer der alliierten Hohen Kommission eine

Denkschrift über das Problem der inneren und äußeren Sicherheit der Bundesrepublik. Dieses Memorandum war dem amerikanischen Hohen Kommissar, McCloy, der zu Vorbesprechungen für die Außenministerkonferenz nach Washington reiste, bereits einen Tag früher übergeben worden.

McCloy empfiehlt Präsident Truman eine Beteiligung Deutschlands an seiner eigenen Verteidigung

Während seines Aufenthaltes in den Vereinigten Staaten hatte McCloy am 5. September 1950 eine Unterredung mit Präsident Truman, in deren Verlauf er sich für eine Beteiligung Deutschlands an seiner eigenen Verteidigung und für die Entsendung weiterer amerikanischer Truppen nach Deutschland aussprach.

Präsident Truman lehnte es auf seiner Pressekonferenz ab, zu diesem Problem Stellung zu nehmen.

Beginn einer deutschen Meinungsbildung

War es schon für ausländische Beobachter nicht leicht, die Erklärungen des deutschen Bundeskanzlers in den Zusammenhang der derzeit laufenden internationalen Verhandlungen zu stellen, so war der Boden in Deutschland dafür noch viel weniger vorbereitet. Wohl die beste Charakteristik und Analyse der ersten deutschen Reaktion gab der bekannte Publizist Dr. Eugen Kogon unter dem 21. August 1950 in der Septemhernummer der *Frankfurter Hefte*:

„Deutschland ist, ob es will oder nicht, mit im Verhängnis. Es soll wieder aufgerüstet werden. In der Sowjetzone wird es längst aufgerüstet — mit Infanterie, Artillerie, Tanks, Luftwaffe und sogar Marine, alles als ‚Volks-Polizei für Krieg und Bürgerkrieg ‚getarnt‘. Nun ist die Bundesrepublik an der Reihe.“

Kogon betont, daß sich die freie Welt selbstverständlich gegen „diese Strategie und Taktik des stalinistischen Terrors“ verteidigen müsse; dies sei aber nicht in erster Linie eine Sache der militärischen Waffen. Das Hauptaugenmerk müsse einer gesicherten wirtschaftlichen Produktivität, der Ordnung der gesellschaftlichen Verhältnisse und der politischen Einigung und Stabilität und der kulturellen Freiheit gelten. „S i e haben die Priorität Nummer Eins, nicht die militärische Rüstung.“ Kogon lehnt damit die militärische Rüstung nicht ab, er bezeichnet sie als „eine tragische Notwendigkeit“, die jedoch nur geleistet werden könne, „ohne uns selbst angesichts der Methoden des Gegners noch zusätzlich zu gefährden“.

Unter dem Titel „Der Wahnsinn einer deutschen Remilitarisierung“ weist Kogon darauf hin, daß die Argumente, die seit langem schon gegen eine Wiederbewaffnung Deutschlands angeführt wurden, angesichts der gefährdeten Situation eher an Ueberzeugungskraft gewonnen, nicht aber verloren hätten.

„Man könnte ein Buch über den Widersinn der uns jetzt nahegelegten Politik schreiben; er verrät die panikartige Kopflosigkeit, welche Teile der westlichen Welt erfaßt hat.“ Kogon führt dann eine Reihe von Beispielen an, mit denen er die Bemühungen um eine Wiederbewaffnung Deutschlands mit der bisherigen Politik der Alliierten kontrastiert: Gesetz zur Befreiung von Nationalsozialismus und Militarismus, Demontagen, der Nürnberger Prozeß usw. und fährt fort:

„Nein, es lohnt sich nicht weiter, diesen ganzen Widerstand, der uns und der Welt da zugemutet wird, noch länger auszuspinnen. Wer ihn vorschlägt, ob Generäle Politiker oder Zeitungsleute, im Ausland oder hierzulande, weil ihm nichts Vernünftiges einfällt, der möge eine deutsche Armee nach seinem Wunschbild über Nacht zu seinem und unserem Schutz herzaubern. Alles andere ist törichtes Gerede — allerdings lebensgefährlich töricht; denn als Hilfe gegen den Mord aus Stalinistenwaffen gemeint, könnte es Mord und Selbstmord zugleich herbeiführen.“

Diese erste Reaktion, die zwar die ungeheuren Gefahren und Risiken einer Wiederbewaffnung deutscher Einheiten sofort erkannte, ohne sich aber für eine Alternative entscheiden zu können oder einen Ausweg zu sehen, dürfte wohl für weite Kreise der politisch interessierten Öffentlichkeit charakteristisch gewesen sein. Selbst der Bundesinnenminister Dr. Gustav Heinemann erklärte auf einer Männertagung des *Evangelischen Kirchentages*, die Ende August 1950 in Essen stattfand, er sei sich zwar darüber klar, daß als Aufgabe der Gegenwart die Polizei vergrößert werden müsse, über die zukünftige Aufgabe, die Wiederbewaffnung Deutschlands, sei er sich jedoch nicht im klaren.

Der hessische Kirchenpräsident, Pastor Niemöller, lehnte in einer Ansprache vor 8000 Angehörigen der

evangelischen Jugendverbände und später in einem Vortrag im *Rhein-Ruhr-Klub* in Essen eine Remilitarisierung Deutschlands scharf ab. Die ältere Generation habe versagt. Sie habe zwei große Kriege nicht verhindern können und wisse heute nichts Besseres zu sagen, als daß ein dritter Krieg vor der Tür stehe.

Eine entschiedene Erklärung für die Politik des Bundeskanzlers gab am 26. August 1950 die Wochenzeitung *Rheinischer Merkur* ab. Sie stellte fest, daß Dr. Adenauer nichts anderes getan habe, als daß er eine klare Antwort auf die immer lauter werdende Frage der Welt nach der deutschen Partnerschaft gegeben habe:

„Er hat ganz einfach die Voraussetzungen formuliert, unter denen die Deutschen bereit sein können, ihren Beitrag zur Sicherung der freien Welt zu leisten. Der Kanzler hat klar ausgesprochen, daß es nicht damit getan ist, einem deutschen Freikorps im Augenblick der Gefahr Karabiner in die widerstrebenden Fäuste zu drücken. Er hat die Aufstellung einer der Volkspolizei ebenbürtigen Abwehr gefordert. Damit hat er zugleich das schwerste Bedenken gegen die deutsche Mitwirkung an der europäischen Verteidigung beseitigt: die nicht ganz unbegründete Furcht der Deutschen, als Kugelfang mißbraucht zu werden.“

Es sind noch viele Probleme zu lösen; der militärische Grenzschutz muß durch eine politische Sicherheitsgarantie unterbaut werden; eine grundsätzliche, nicht nur symptomatische Revision des Besatzungsstatuts ist unausweichlich. Echte Partnerschaft kann die Welt nur erwarten, wenn sie bereit ist, sie zu gewähren.“

Die *Bruderschaft ehemaliger deutscher Offiziere* formulierte ihren Standpunkt am 20. August 1950 in einer Erklärung, die der ehemalige Oberstleutnant Beck-Broichsitter in Hamburg abgab:

„Europa muß sofort zu einer unabhängigen und freien Nation mit einer gerechten Sozialordnung werden. Dann sind die Deutschen bereit, ihre Kräfte einer europäischen Wehrmacht zur Verfügung zu stellen, in der alle Völker gleichberechtigt vertreten sind. Eine eidliche Verpflichtung wäre nur auf Europa und in unserem Falle auch auf Gesamtdeutschland denkbar, nicht aber auf den Atlantikpakt. Wir lehnen jede Improvisation einer deutschen Truppe oder die Aufteilung deutscher Einheiten auf fremde Heere ab. Unsere Forderung läuft daher auf ein sofortiges Gesetz gegen den Dienst Deutscher unter fremden Fahnen hinaus.“

Die *Organisation ehemaliger deutscher Berufssoldaten und Heeresbeamter* veröffentlichte am 25. August eine Presseerklärung, in der eine Volksabstimmung über die Wiederbewaffnung Deutschlands verlangt und in der folgende Bedingungen genannt wurden, unter denen die Vereinigung ihre Zustimmung zur Aufstellung militärischer Verbände geben könne:

1. Die Ehre und die Rechte der deutschen Soldaten müssen vor der Nation und der Weltöffentlichkeit wiederhergestellt werden;
2. Alle in Haft befindlichen Berufssoldaten, soweit sie nicht krimineller Handlungen überführt werden konnten, müssen freigelassen werden;
3. Es ist ein Friedensvertrag abzuschließen, der im Einklang mit dem Völkerrecht zu einer Beendigung der bedingungslosen Kapitulation führen würde;
4. Jede weitere Demontage ist sofort einzustellen;
5. Im Friedensvertrag muß die Deutsche Bundesrepublik als unabhängiger Staat anerkannt werden.

Abschließend heißt es in der Erklärung, daß nur chronische Militaristen, nicht aber die ehemaligen deutschen Soldaten, die an der Front gekämpft hätten, Begeisterung für eine deutsche Wiederaufrüstung zeigen würden.

Forderungen nach einer starken deutschen Wehrmacht wurden von ehemaligen Generälen wie Hasso von Manteuffel und Heinz Guderian erhoben, Stimmen, die im Ausland mehr Beachtung fanden als in Deutschland.

Besonders scharf war die Reaktion des Führers der Opposition, Dr. Kurt Schumacher. Er hatte bereits sofort nach dem Interview Dr. Adenauers am 20. August erklärt, diese Ausführungen stellten lediglich die persönliche Ansicht des Bundeskanzlers oder seiner Partei dar, die Sozialdemokraten lehnten sie jedoch ab. Dr. Schumacher bezeichnete einer Bonner AFP-Meldung zufolge das Interview in der *New York Times* als psychologisch gefährlich und geeignet, die Stellung der Bundesrepublik auf internationalem Boden zu kompromittieren. Am Vorabend der New Yorker Besprechungen faßte er am 14. September seine Haltung vor einer Versammlung sozialdemokratischer Funktionäre in Stuttgart nochmals zusammen.

Er erklärte, wenn Risiken und Chancen für alle westlichen Demokratien, einschließlich Deutschlands, gleich verteilt seien, könne Deutschland sich auch an einer Verteidigung beteiligen. Die Verteidigungstruppe Westeuropas müsse eine solche europäische Machtkonzentration darstellen, daß den Russen schon aus militärischen Gründen die Eroberungslust vergehe und von vornherein ein neues kontinentales Dünkirchen technisch unmöglich gemacht werde.

Außerdem müsse diese Verstärkung bewirken, daß im Falle eines Krieges bereits die ersten Kämpfe in das Gebiet östlich des Reiches, etwa zwischen Weichsel und Njemen, verlagert würden. Die Besatzungsmächte hätten möglichst ihren guten Willen zu dieser Solidarität zu zeigen, indem sie ihre Truppen anstatt in Arizona oder Arkansas, in Berlin und Grafenwöhr ausbilden ließen. Die Verstärkung der Truppen genüge der Sozialdemokratie aber für ihre Bereitschaft zu einer Verteidigung allein nicht, wenn nicht auch

den Deutschen ihre volle Souveränität wiedergegeben werde. „Wir wollen kein System der Bedingungen, und es ist ein schwerer psychologischer Fehler der Alliierten, wenn sie sich jetzt an das Aushandeln machen. Die Zeit des Operierens mit der ‚Politik der Kleinen Mittel‘ ist endgültig vorbei.“

Diese kurze Auswahl repräsentativer Stimmen zeigt, wie sich die deutsche öffentliche Meinung in den drei Wochen, die zwischen dem Interview Dr. Adenauers und dem Beginn der New Yorker Besprechungen lagen, langsam mit der Realität des Remilitarisierungsproblems vertraut macht, ohne sich schon zu einer klaren Linie durchringen zu können. Außer den Äußerungen der Kommunisten und den Erklärungen Pastor Niemöllers sind uns keine maßgeblichen Stimmen bekannt geworden, die in diesem Zeitabschnitt, das heißt vor Beginn der New Yorker Besprechungen, ein kategorisches bedingungsloses Nein zur Frage einer Wiederbewaffnung deutscher Verbände ausgesprochen hätten.

Von vielen Seiten ist die Frage erörtert worden, ob die Erklärungen, die Dr. Adenauer in seinen Interviews zur Sicherheitsfrage abgab, diplomatisch geschickt waren und ob er überhaupt zur Abgabe solcher Erklärungen an die Presse berechtigt war. Man wird heute im Rückblick auf die Entwicklung

sagen müssen, daß die deutsche Öffentlichkeit ohne diese Erklärungen völlig unvorbereitet mit den Ergebnissen der New Yorker Besprechungen konfrontiert worden wäre, daß also nicht einmal die ersten Ansätze einer deutschen Meinungsbildung möglich gewesen wären und daß eine Orientierung der Westmächte über die Auffassung der deutschen Regierung nur auf dem Wege über die drei Hohen Kommissare stattgefunden hätte. Dadurch daß der Bundeskanzler seine Erklärungen an die Presse *v o r* der Besprechung mit den Hohen Kommissaren abgab, wurde die Tatsache besonders unterstrichen, daß die deutsche Regierung nach wie vor keine Möglichkeit der direkten Fühlungnahme mit den Westmächten hatte. Wäre zu diesem Zeitpunkt eine Regierungserklärung vor dem Bundestag erfolgt, so wären wohl bei dem ungeklärten Zustand der öffentlichen Meinung die außenpolitischen Rückwirkungen einer sich daran anschließenden Debatte nicht zu übersehen gewesen. Unverständlich bleibt allerdings, daß der so naheliegende Weg einer direkten Aufklärung der Bevölkerung über den Rundfunk in dieser kritischen Situation nicht beschritten wurde. Es bedurfte der Rundfunkansprache des amerikanischen Hohen Kommissars vom 8. Oktober 1950, um den Anstoß zu der kurz darauf folgenden Rundfunkansprache des Bundeskanzlers zu geben.

Der amerikanische Vorstoß auf den New Yorker September-Konferenzen

Die Dreierkonferenz und die veränderte Lage nach dem Kriegsausbruch in Korea

Am 12. September 1950 traten die Außenminister der drei Westmächte, denen die Hohen Kommissare zur Seite standen, in New York zusammen. Es waren dies die ersten Besprechungen der Außenminister nach dem Beginn der Feindseligkeiten in Korea.

Die Konferenz in New York sah sich ganz anderen Umständen gegenüber als die vorhergehende Konferenz in London⁶. Vor vier Monaten nahmen die Außenminister mit gewisser Befriedigung von den Fortschritten auf dem Wege zu einem koordinierten Verteidigungssystem Kenntnis. Diesmal mußten sie feststellen, daß dieses Verteidigungssystem völlig unzureichend sei und daß weitere große Anstrengungen erforderlich seien. Auch das deutsche Problem stellte sich den Außenministern auf eine neue Art. In London faßte man bei dem letzten Zusammentreffen eine begrenzte Revision des Besatzungsstatuts ins Auge. Diesmal war diese Frage mit dem Problem der Wiederbewaffnung Deutschlands verbunden, das auf eine baldige Entscheidung drängte.

Acheson war mit den britischen und französischen Rüstungsplänen nicht zufrieden. Er wünschte eine noch weitere Steigerung der militärischen Bemühun-

gen und eine Einbeziehung Deutschlands in das westliche Verteidigungssystem.

Schon vor Beginn der Konferenz hatte Präsident Truman die Entscheidung über die Erhöhung der amerikanischen Streitkräfte in Europa in einem Interview mit der *Washington Post* bekanntgegeben, und ein Beamter des Außenministeriums hatte zu verstehen gegeben, daß die Vereinigten Staaten bereit sein würden, die Verantwortung für den Oberbefehl der nordatlantischen Armee zu übernehmen.

Durch diese vorzeitige Preisgabe der wichtigsten Trümpfe war Acheson in seiner Verhandlungsposition stark geschwächt. Er konnte Bevin und Schuman lediglich ersuchen, den amerikanischen Vorschlägen zuzustimmen.

Ursprünglich war für die Konferenz nur ein Zeitraum von zwei Tagen angesetzt worden. Es zeigte sich jedoch, daß der gesamte Fragenkomplex, der zur Debatte stand, zu umfangreich war und daß vor allem der französisch-britische Widerstand gegen die Wiederbewaffnung Deutschlands wesentlich schwieriger zu überwinden war, als Acheson wohl angenommen hatte. In der zweitägigen Beratung gelang es jedenfalls nicht, in dieser Frage zu einer Entscheidung zu kommen. Die Außenminister beschlossen daher, das Problem eines deutschen Beitrages zur Verteidigung des Westens dem Nordatlantikrat zu unter-

⁶) Vgl. Europa-Archiv 10/1950, S. 3051—3054.

breiten und nach Beendigung der sich an die Dreierkonferenz anschließenden Atlantikpaktkonferenz erneut zusammenzutreten. Bis dahin wollten Bevin und Schuman neue Anweisungen ihrer Regierungen einholen.

Ehe Bevin und Schuman sich jedoch bereit erklärten, neue Instruktionen einzuholen, hatten sie sich folgende Voraussetzungen ausbedungen:

1. Die Wiederbewaffnung der westlichen Alliierten muß Priorität haben.
2. Westdeutsche Einheiten müssen der Befehlsgewalt eines nordatlantischen Oberbefehlshabers unterstehen, und die Organisation der deutschen Einheiten muß derart gestaltet sein, daß ein deutscher General keine größere Einheit als eine Division (wenn überhaupt eine so große Einheit) befehligen darf.
3. Die Bonner Republik muß zeigen, daß trotz der von seiten der Opposition an der Wiederbewaffnung geäußerten Kritik Westdeutschland tatsächlich an der Verteidigung Westeuropas teilzunehmen wünscht und bereit ist, seinen Beitrag auch auf anderen Gebieten als der Bereitstellung von Soldaten zu leisten.

Ein von den Außenministern am 14. September veröffentlichtes Kommuniqué⁷ führte eine Liste der besprochenen und noch zu besprechenden Fragen auf, die im Interesse der Steigerung der Verteidigungsbereitschaft der freien Welt in Europa und Asien gelöst werden müssen. Der europäische Fragenkomplex — die Schaffung integrierter Streitkräfte zur Verteidigung Westeuropas, die Vermehrung der Truppenbestände, die Erhöhung der Rüstungsproduktion, die Finanzierungsfragen, die eventuelle Heranziehung Westdeutschlands zu diesen Bemühungen und Schritte zur Erhaltung der inneren Sicherheit Westdeutschlands und Berlins — wurde dem Atlantikrat in Form eines Planes unterbreitet, dem die amerikanische Auffassung von einer integrierten nordatlantischen Armee unter einheitlichem Oberbefehl zur Verteidigung Westeuropas zugrunde lag.

Die Beratungen des Atlantikrates

Die Beratungen des Atlantikrates, der vom 15. bis 18. September das Gesamtproblem der Verteidigung der nordatlantischen Gemeinschaft behandelte, wurden durch die von den Amerikanern zur Diskussion gestellte Frage der Heranziehung deutscher Kontingente überschattet. *Schuman* und auch *Bevin* vertraten die Auffassung, daß die Erfordernisse der äußeren Sicherheit der Bundesrepublik auf jeden Fall so lange durch die Besatzungsmächte erfüllt werden könnten, bis der Ausbau des nordatlantischen Verteidigungssystems weiter fortgeschritten sei. Sie wollten also die Behandlung der Frage einer Einbeziehung Deutschlands in die atlantische Gemein-

schaft zunächst einmal aufschieben, während die Vereinigten Staaten auf eine sofortige Entscheidung drängten.

Von amerikanischer Seite wurde Frankreich und Großbritannien zu verstehen gegeben, wenn sie und die anderen Partner des Atlantikpaktes in der Lage seien, das Loch in der westlichen Verteidigung zwischen Rhein und Elbe ohne deutsche Kontingente zu stopfen, dann brauche man sich über die deutsche Aufrüstung keine großen Sorgen mehr zu machen. Frankreich und Großbritannien hatten aber schon in ihren Memoranden vom August 1950⁸ klargestellt, daß sie diese Aufgabe nicht allein bewältigen könnten. Daher mußte dieser amerikanische Hinweis als Druckmittel aufgefaßt werden, das den Partnern, vor allem aber Frankreich und Großbritannien, klar machen sollte, daß die Einbeziehung Deutschlands nicht mehr zu umgehen war.

Die kleineren europäischen Paktstaaten stellten sich mit mehr oder weniger Betonung auf die Seite der Vereinigten Staaten, wobei die Niederlande und Italien die ersten Länder waren, die sich offen für eine Heranziehung deutscher Kräfte aussprachen.

Abschluß der Dreier-Konferenz Veröffentlichung der Deutschland-Beschlüsse

Die drei Außenminister traten am 19. September erneut zusammen, um die am 14. September unterbrochenen Beratungen abzuschließen. Das Hauptergebnis war die Veröffentlichung eines Kommuniqués über Deutschland⁹, in dem eine Lockerung der Bestimmungen des Besatzungsstatuts, jedoch unter Beibehaltung der legalen Basis der Besetzung¹⁰, sowie die Beendigung des Kriegszustandes mit Deutschland angekündigt wurden. Als wichtigster Beschluß muß die von den drei alliierten Regierungen ausgesprochene Sicherheitsgarantie für die deutsche Bundesrepublik und für West-Berlin gewertet werden.

Hinsichtlich eines deutschen Beitrages zur Verteidigung des Westens besagt das Kommuniqué, daß die Minister, „die in letzter Zeit in Deutschland und außerhalb geäußerten Ansichten zur Kenntnis genommen haben, die für eine deutsche Beteiligung an einer gemeinsamen Streitmacht zur Verteidigung der Freiheit Europas plädierten.“ Diese Fragen, so besagt das Kommuniqué, würden gegenwärtig noch geprüft.

Das Kommuniqué besagt weiter, daß die Schaffung einer deutschen nationalen Armee nicht den Interessen Deutschlands oder Europas dienen würde. Diese Frage einer nationalen Armee hat aber praktisch nie zur Debatte gestanden, das Problem war immer — und das Kommuniqué bestätigt dies — die Suche nach einem Weg, um die „deutsche Teilnahme

⁷) Vgl. den vollen Wortlaut in Europa-Archiv 19/1950, S. 3405.

⁸) Vgl. Europa-Archiv 21/1950, S. 3468—3471.

⁹) Vgl. Europa-Archiv 19/1950, S. 3406—3407.

¹⁰) Dieser Vorbehalt bezieht sich auf die „bedingungslose Kapitulation Deutschlands“.

an einer integrierten Streitmacht für die Verteidigung der europäischen Freiheit“ zu ermöglichen.

Erklärungen der Bundesregierung, der Opposition und der Hohen Kommissare zu den Ergebnissen der Dreier-Konferenz

Die Deutsche Bundesregierung gab zu den Ergebnissen der Konferenz folgende Erklärung ab:

„Die Regierung betrachtet das Communiqué der Außenminister der Vereinigten Staaten, Großbritanniens und Frankreichs als einen weiteren Schritt zur Wiederherstellung normaler Beziehungen zwischen Deutschland und der westlichen Welt. Der Geist dieser Erklärung zeugt für die Bereitschaft der Alliierten, Deutschland in erhöhtem Maß in die Gemeinschaft der freien Nationen einzubeziehen. Die Regierung begrüßt insbesondere den Beschluß der Alliierten, jeden Angriff auf West-Berlin oder Westdeutschland — von welcher Seite er auch erfolgen möge — als einen Angriff gegen sich selber zu betrachten.

Die Regierung nahm mit Befriedigung davon Kenntnis, daß die Alliierten ihre Besatzungstreitkräfte verstärken werden. Sie hofft, daß die vorgeschlagene internationale Streitmacht zur Verteidigung des freien Europas verwirklicht werden könne. Die Regierung nahm ferner mit Befriedigung zur Kenntnis, daß die Alliierten gesetzliche Maßnahmen zur Beendigung des rechtlichen Kriegszustandes mit Deutschland erwägen werden.

Die Ankündigung über den allmählichen Abbau der wirtschaftlichen und anderer Kontrollbestimmungen wird als ein Zeichen dafür betrachtet, daß das deutsche Volk nun eine erhöhte Verantwortung in administrativen und legislativen Fragen übernehmen soll. Das bezieht sich auch auf das außenpolitische Gebiet, wo Deutschland einen wichtigen Teil seiner Souveränität zurückgewinnt...“

Ein Sprecher der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands äußerte, man habe in New York eigentlich nur Fortschritte zweiter Ordnung erzielt. Die wirklich entscheidenden Fragen seien aber nicht geregelt worden. Die Sozialdemokraten hätten im Gegensatz zu der Regierung auch kaum etwas anderes erwartet.

Der Inhalt des Communiqués wurde durch den Vorsitzenden der Hohen Kommission, *François-Poncet*, auf einer Pressekonferenz erläutert¹¹.

Auch der britische Hohe Kommissar, Sir Ivone *Kirkpatrick*, befaßte sich am 27. September 1950 auf einer Pressekonferenz in Bonn unter anderem mit den New Yorker Konferenzen. Er erklärte:

„Vor allem werden Sie festgestellt haben, daß die Außenminister eine sehr klare Unterscheidung äußerer und innerer Sicherheit gezogen haben, das heißt, daß kein Grund für die Befürchtung besteht, die in verschiedenen Kreisen Deutschlands Ausdruck findet, daß die

Absicht bestehe, die neue mobile Polizei solle einen versteckten Kern einer neuen deutschen Armee bilden...“¹²

Kritik an der Konferenz

Der diplomatische Korrespondent der *New York Times*, *James Reston*, äußerte am 17. September scharfe Kritik an der Dreier-Konferenz. Diese Konferenzen seien zum Zweck des Meinungsaustausches geschaffen worden. Diesmal habe es sich aber um Verhandlungen gehandelt, um den Versuch, in kurzer Zeit Entscheidungen von großer Tragweite zu treffen. Solchen Aufgaben sei die Einrichtung der Außenministerkonferenz aber nicht gewachsen gewesen. Vor allem habe man in viel zu kurzer Zeit zu viele Probleme in Angriff genommen. Die Außenminister hätten sich über die Wiederbewaffnung Deutschlands unterhalten können, über die Verstärkung der westeuropäischen Streitkräfte, über die Schaffung eines einheitlichen nordatlantischen Oberbefehls, über die Revision des Besatzungsstatuts, ihrer künftigen Politik bezüglich Korea, Formosa, China, Indochina, Indonesien usw., aber über so viele Fragen in drei Tagen zu verhandeln, sei einfach unmöglich gewesen.

Reston kritisierte ferner die ungenügende Vorbereitung der Konferenz und die Wahl des Zeitpunktes. *Acheson* selbst habe inzwischen eingesehen, daß es wahrscheinlich besser gewesen wäre, zunächst mit der Atlantikpaktkonferenz der zwölf Staaten zu beginnen, anstatt mit der Dreierkonferenz. Außerdem seien die Minister äußerst stark mit innerpolitischen Problemen beschäftigt gewesen. Amerika stehe kurz vor einer Wahl, in Frankreich und in Großbritannien stützt sich die Regierung nur auf eine sehr knappe parlamentarische Mehrheit und Außenminister *Bevin*, der gerade erst von einer schweren Krankheit genas, sei oft nicht in der Lage gewesen, genügend Kräfte zu sammeln, um bei den Verhandlungen wach zu bleiben.

Ein neuer Schumanplan?

Anläßlich einer Rede vor dem *United Europe Committee* in New York erklärte Außenminister *Schuman* am 20. September, Korea habe die Neutralität und den Isolationismus unmöglich gemacht. Hieraus ergebe sich die Möglichkeit zur Schaffung einer integrierten europäischen Armee.

„Warum sollten Länder, die durch dieselbe Invasion bedroht werden, sich nicht zusammentun, um einer solchen Drohung zu begegnen oder sie zu verhindern?“

Frankreich, so erklärte *Schuman*, werde alles tun, um zu der kontinentalen Verteidigung Europas beizutragen und seine Rolle zu spielen, die es auf Grund

¹¹) Vgl. den vollen Wortlaut der Erklärungen des französischen Hohen Kommissars in „Monthly Report of the Control Commission for Germany“ (British Element), Office of the UK High Commissioner. Vol. 5, No. 9, September 1950, S. 10—14.

¹²) Vgl. hierzu den vollen Wortlaut der Rede des britischen Hohen Kommissars in „Monthly Report of the Control Commission for Germany“ (British Element), Office of the UK High Commissioner. Vol. 5, No. 9, September 1950.

der gemeinsamen geographischen Lage mit Deutschland teile.

Der New Yorker Korrespondent der Zeitung *Le Monde* machte am 21. September 1950 einige Andeutungen über vielleicht schon bald zu erwartende neue Vorschläge des französischen Außenministers, die, wie es in dem Bericht heißt, „auf ein kühnes System hinzahlen, das im Stande wäre, in Amerika eine Schockwirkung zu erzielen, ähnlich dem gewaltigen Eindruck, den der Schumanplan über die Kohlen- und Stahlgemeinschaft hervorgerufen hatte“. Projekte von revolutionärer Bedeutung seien erforderlich, wenn verhindert werden solle, daß die New Yorker Botschaften einfach zu einer Aufrüstung Deutschlands nach amerikanischer Auffassung führten. Notwendig sei eine deutsch-französische Lösung, um den Zusammenhang des Westens zu sichern. Sofern sich Schuman überhaupt mit einem solchen Projekt getragen hat, war er offensichtlich jedoch nicht in der Lage, die Zustimmung der französischen Regierung für einen solchen revolutionären Vorschlag zu erhalten.

Die Konzeption des doppelten Gleichgewichts

In der bis zum 27. September 1950 eingetretenen Verhandlungspause der Atlantikpaktstaaten traten die Außenminister der drei Westmächte, Robert Schuman, Ernest Bevin und Dean Acheson und die Verteidigungsminister Jules Moch, Emanuel Shinwell, Georges Marshall am 22. und 23. September in New York zusammen, um über den amerikanischen Plan einer einheitlichen Verteidigungsmacht für Europa zu beraten.

Das über die Konferenz veröffentlichte Communiqué¹³ besagte nicht sehr viel. Wie jedoch nachträglich bekannt wurde, ist der von den Außenministern und Verteidigungsministern erzielte Kompromiß nicht weit von einer Absage an die amerikanischen Vorschläge entfernt. Während Großbritannien den Standpunkt vertrat, daß man sich im Prinzip zu einer Heranziehung Deutschlands bereithalten müsse, verblieb Frankreich unnachgiebig bei seiner ablehnen-

den Haltung. Eine Entscheidung kam daher nicht zustande.

Die Verhandlungen zeigten mit aller Klarheit, daß das militärische und politische Gleichgewicht nicht nur gegenüber der Sowjetunion, sondern auch unter den Westmächten selbst erreicht werden muß. Diese doppelte Gleichgewichtspolitik setzt nach britischer und französischer Ansicht voraus, daß die Aufrüstung der Partner des Atlantikpaktes mit entschiedener Priorität gegenüber einer Wiederbewaffnung Deutschlands erfolgen muß. Dabei scheinen alle drei Westmächte bei einer Einbeziehung deutscher Kontingente nur an Landtruppen zu denken, wobei das Ausmaß dieses Kontingentes unterhalb der Truppenstärke liegen soll, die Frankreich, Großbritannien und die Vereinigten Staaten in Europa bereitstellen können.

Die Schlüsselstellung dieser doppelten Gleichgewichtspolitik ist der Plan Schumans zur Integration der europäischen Montanindustrie. Die französische Regierung argumentiert dabei nach den Ausführungen von *Le Monde* etwa folgendermaßen:

„Gäbe man Deutschland den Eindruck, daß man wesentlich und unverzüglich auf seinen Einsatz vertraut, um dem Kommunismus Widerstand zu leisten, so würde man eine Erschütterung des europäischen Gleichgewichts riskieren. Man würde die Gefahr einer Wiederkehr des deutschen Militarismus in einer noch nicht fest fundierten Demokratie wachrufen. Wären die Folgen nicht eine Verschlechterung der Atmosphäre zwischen Frankreich und Deutschland, ein erneuertes Mißtrauen, das sich für die Durchführung des Schumanplans schädlich auswirken müßte? Dieser Plan hängt von der vertrauensvollen Zusammenarbeit beider Länder auf dem Gebiete der Schwerindustrie ab. Die Amerikaner selber haben den Schumanplan schon wiederholt als glückliche Initiative unseres Landes im Hinblick auf eine deutsch-französische Versöhnung begrüßt, welche die wichtigste Bedingung für den Frieden im Westen darstellt. Deshalb ist es notwendig, die Amerikaner vor jedem Schritt zu warnen, der für Deutschland einen Anreiz bedeuten könnte, sich von der Verwirklichung dieses Planes abzuwenden.“

Die Ergebnisse der Konferenz des Atlantikrates

Verschiebung der Entscheidung über Deutschland

Am 26. September 1950 schloß der Nordatlantikpakt nach einem erneuten Zusammentritt seine New Yorker Tagung mit einem Communiqué ab¹⁴, aus dem vor allem hervorging, daß die Entscheidung über die eventuelle Heranziehung deutscher Kontingente zu der nordatlantischen Koalitionsarmee verschoben wurde. Das Communiqué stellte fest, der Atlantikrat sei sich darüber einig, daß Deutschland in die Lage versetzt werden müsse, zur Verteidigung des Westens

beizutragen. Hinter dieser Formulierung verbarg sich jedoch eine grundlegende Meinungsverschiedenheit zwischen Frankreich und den elf anderen Mitgliedern des Atlantikrates. Frankreich bezog diese Beteiligung Deutschlands vor allem auf die Heranziehung der deutschen Industrie für Rüstungszwecke — ohne eigentliche Rüstungsproduktion — sowie unbewaffneter deutscher Arbeitseinheiten.

Die französische Regierung, die ursprünglich gehofft hatte, die Entscheidung über die Frage einer

¹³) Vgl. den vollen Wortlaut in Europa-Archiv 21/1950, S. 3475.

¹⁴) Vgl. Europa-Archiv 21/1950, S. 3475—3476.

Bewaffnung deutscher Kontingente um ein Jahr, zumindest aber bis zum Frühjahr 1951 hinausschieben zu können, stand nun vor der Notwendigkeit, bis zum Beginn der Konferenz der Verteidigungsminister im Oktober 1950 eine Entscheidung zu treffen.

Die Schaffung einer integrierten nordatlantischen Armee

Wenn auch in der deutschen Frage noch keine Einigung zustande kam, so konnte die Konferenz doch mit dem Beschluß zur Schaffung einer integrierten nordatlantischen Armee einen wesentlichen Fortschritt erzielen.

Die neue atlantische Streitmacht wird eine noch stärker vereinheitlichte Organisation werden, als die auf der Maikonferenz der Atlantikpaktstaaten erwogenen „ausgeglichenen Streitkräfte“ (*balanced collective forces*), die auf einer regionalen Verteilung der Funktionen beruhen. Die Funktionen des Oberkommandos — man spricht von SHAPE (*Supreme Headquarters Allied Powers in Europe*) — dürften denen des alliierten Oberkommandos während des Zweiten Weltkrieges (SHAEF) ähnlich sein.

Den Verteidigungsministern wurde die Aufgabe der Vereinfachung der jetzigen komplizierten Regionalstruktur und verwandter militärischer Organisationen (Fontainebleau) übertragen.

Bei der zu schaffenden Streitmacht wird es sich um die erste größere internationale Armee handeln, die in Friedenszeiten geschaffen wurde. Zweifellos bedeutet die Schaffung einer solchen Streitmacht ein Aufgeben von Souveränitätsrechten, das bisher nur in Kriegszeiten — und auch dann nur sehr schwer — möglich war.

Die *New York Times* vom 28. September 1950 schrieb, die integrierte atlantische Verteidigungsmacht könne vielleicht die militärische Grundlage für eine weitere europäische Einigung bieten, die der Europarat und der Schumanplan auf politischer und wirtschaftlicher Ebene zu fördern versuchten. Ihre erfolgreiche Schaffung könne auch Plänen für ähnliche Regionalorganisationen neuen Auftrieb geben.

Um eine wirkungsvolle Verteidigung gegen eine Aggression der Sowjetunion durchführen zu können, hält man in den Vereinigten Staaten zunächst 60 Divisionen an Bodentruppen für erforderlich. Die *New York Times* glaubt, die Vereinigten Staaten würden in der Lage sein, etwa 10 und Frankreich etwa 20 Divisionen beizusteuern. Somit würde eine beträchtliche Lücke offen bleiben, die weder Großbritannien noch die übrigen Nordatlantikpaktländer ausfüllen könnten, es sei denn, man habe die Möglichkeit, zusätzliche Kräfte zu mustern, die aber nur von Deutschland kommen könnten.

Ausblick

Die New Yorker Besprechungen haben in der Frage der Einbeziehung Deutschlands noch keine Entscheidung gebracht. Der Beschluß, nicht nur eine Koalitionsarmee, sondern eine integrierte internationale Armee der Nordatlantikstaaten zu schaffen, wird jedoch die künftige Form der Eingliederung deutscher Kontingente wesentlich mitbestimmen. *Der Gedanke einer selbständigen europäischen Armee mit einem eigenen Oberkommando ist durch diesen Beschluß praktisch überholt und ad acta gelegt.* In diesem Punkte hat die strategische Entwicklung die politische weit überflügelt. Um so wichtiger ist dadurch die Forderung nach einem europäischen Verteidigungsminister geworden, der einer europäischen politischen Autorität verantwortlich ist und eine Kontrolle über den Aufbau und den operativen Einsatz der nordatlantischen Verbände in Europa ausübt.

Die für Ende Oktober geplante Konferenz der Verteidigungsminister sollte nun die Entscheidung in der deutschen Frage bringen. Es wurde klar, daß diese Entscheidung vor allem von der künftigen Haltung der französischen Regierung abhängen werde. War es bisher dem französischen Ministerpräsidenten, René Plevén, gelungen, die Einigkeit seiner Regierung in dieser Frage nach außen hin zu wahren, so konnte doch ein gewisser Gegensatz der Auffassungen zwischen Außenminister Schuman und Verteidigungsminister Moch nicht länger verborgen bleiben. Er trat bereits bei den New Yorker Verhandlungen in Erscheinung. Während Schuman einen weiteren Widerstand gegen die amerikanische These für schädlich zu halten schien, war Moch gegen jedes Nachgeben. Um einen Ausgleich zwischen den widerstrebenden Tendenzen herbeizuführen, mußte Ministerpräsident Plevén nach einem neuen Weg suchen, einem Weg, der zu dem Plevénplan führte¹⁵.

Dieser Plan ist auf der Konferenz der Verteidigungsminister¹⁶ im Oktober in New York auf wenig Gegenliebe gestoßen. Zu einer Einigung über die deutsche Frage kam es auch diesmal nicht.

Die Tatsache, daß der Atlantikrat und auch der Verteidigungsausschuß nicht in der Lage waren, das Problem der Einbeziehung Deutschlands in die westliche Verteidigung zu lösen, hat die ganze Frage sehr erschwert. Ähnlich wie die Gegensätze zwischen Frankreich und den anderen Partnern des Atlantikpaktes, stehen sich heute in Deutschland die verschiedensten Auffassungen gegenüber. Das haben die jüngste außenpolitische Debatte des Bundestages und die Vielzahl von Reden und Erklärungen, Kommentaren und Entschlüssen deutlich gezeigt.

Fortsetzung folgt

Wilhelm Cornides und Hermann Volle

¹⁵ Vgl. hierzu den Wortlaut des Plevénplanes auf S. 3518 bis 3520 dieser Folge.

¹⁶ Vgl. den Wortlaut des Kommuniqués auf S. 3520 dieser Folge.

Die Ansichten des Bundeskanzlers Dr. Konrad Adenauer zur deutschen Sicherheitsfrage

Interview mit der *New York Times* am 17. August 1950

... Am Nachmittag des 17. August 1950 traf der Bundeskanzler mit den drei Hohen Kommissaren auf dem Petersberg zusammen, wo sie das Thema der Verteidigung während einer geschlossenen, dreistündigen Sitzung erörterten. Die Einzelheiten der Beratungen wurden nicht bekanntgegeben, aber man darf annehmen, daß Dr. Adenauer seine Ansichten mehr oder weniger auf die gleiche Art darlegte wie während des Interviews.

Wie es hieß, erörterten der Kanzler und die Hohen Kommissare auch die jüngsten Pläne für die Vergrößerung der westdeutschen Staatspolizeikräfte.

Dr. Adenauer sagte in seinem Interview, die westdeutschen Polizeikräfte müßten verstärkt und besser ausgebildet werden.

Kommunistische Sabotagezentren sind bereits geschaffen worden, erklärte der Kanzler.

Der Grund für „diese traurigen Zeiten“ ist, daß das Volk nicht nur in Deutschland die Dinge kompliziert macht, wenn die Lage in Wirklichkeit „ganz einfach“ ist, sagte Dr. Adenauer.

„Baut man eine Verteidigung auf oder nicht? Bis jetzt hat das deutsche Volk seine Haltung gegen die Drohung des Kommunismus durch sein Vertrauen auf die bewaffneten Streitkräfte der Vereinigten Staaten bewahrt. Die Ereignisse in Korea haben aber eine merkbliche Auswirkung gehabt, und es besteht ein Gefühl der Hilflosigkeit, daß die Russen eines Tages die Macht ergreifen werden.“

Die Volkspolizeiarmee in der Sowjetzone bildet offensichtlich die Grundlage für eine echte Angriffsmacht. Ihre Aufgaben sind nicht auf reine Polizeiarbeit begrenzt. Sie besteht getrennt neben der allgemeinen Polizei, ist in Kasernen untergebracht und erhält militärische Ausbildung.

Der einzige Gesichtspunkt, für den wir dankbar sein können, ist, daß sie zweifellos große Schwierigkeiten haben, alte Soldaten und Offiziere zu finden und insbesondere bei Offizieren auf junge Leute angewiesen sind.

Außerdem haben die Russen eigene starke militärische Kräfte in der sowjetischen Zone. Ich bin kein militärischer Sachverständiger, aber Militärexperten berichten mir, daß ihre Formationen so organisiert sind, wie das nur für Angriffszwecke der Fall ist. Sie umfassen viele Panzer-einheiten.

Unter diesen Umständen muß die gegenwärtige psychische Haltung der westdeutschen Bevölkerung sofort

durch die Vergrößerung der amerikanischen Streitkräfte gestützt werden. Die Vereinigten Staaten müssen in den nächsten drei Monaten zwei oder drei weitere Divisionen nach Europa schicken und ihre Streitkräfte ständig bis zum Einschluß von etwa zehn Panzerdivisionen verstärken, um so einen Schutzvorhang für Vorbereitungen von seiten Deutschlands und anderer westlicher Nationen zu bilden.

Wir müssen die Notwendigkeit der Schaffung einer starken deutschen Verteidigungskraft erkennen. Ich will nicht von einer Armee oder Waffen sprechen, aber diese Streitmacht muß stark genug sein, um jede mögliche, den Vorgängen in Korea ähnelnde Aggression der Sowjetzonenvolkspolizei abzuwehren. So stark wie diese Volkspolizei ist, müssen auch wir sein. Das Ausmaß der Bewaffnung und Ausbildung muß dem Ausmaß der Bewaffnung und Ausbildung der Volkspolizei entsprechen.

Offensichtlich müßte diese Verteidigungsstreitkraft von den Vereinigten Staaten bewaffnet werden. Die Schnelligkeit ihrer Aufstellung würde von der Lieferung der benötigten Waffen abhängen. Außerdem müßten Maßnahmen für die Verteidigung gegen Luftangriffe und für allgemeine zivile Verteidigungsprojekte getroffen werden.

Unsere Beteiligung an westeuropäischen Armeen sollte schnell entschieden werden, ebenso wie konkrete Maßnahmen für die allgemeine westeuropäische Verteidigung getroffen werden sollten. Ebenso ist jedoch eine starke amerikanische Einwirkung (intervention) auf die europäische Politik notwendig, um auf eine politische und soziale Einigung Westeuropas zu drängen, so wie die Vereinigten Staaten bereits erfolgreich auf die wirtschaftliche Integration Westeuropas hingewirkt haben.

Es ist gesagt worden, daß der gegenwärtige westliche Vorteil in Europa auf dem Besitz der Atombombe durch die Vereinigten Staaten beruht. Man muß jedoch den Zeitpunkt voraussehen, an dem die Russen sich selbst in der Lage erachten werden, mit Atombomben zu vergelten.

Wenn dieser Zeitpunkt kommt, wird der Besitz von Atombomben auf beiden Seiten, genau so wie es mit Giftgas der Fall gewesen ist, neutralisiert sein, und die militärische Macht würde wiederum von der Größe und Ausrüstung der gewöhnlichen Luft- und Bodestreitkräfte abhängen.

In einer solchen Situation wird die Stärke einer deutschen Verteidigungsmacht von besonderer Bedeutung sein. Sie muß nicht nur in Anbetracht der Sowjetzonenpolizeiarmee erweitert werden, sondern westdeutsche Polizeieinheiten im Bundesgebiet müssen besser ausgebildet und verstärkt werden.

Natürlich werden wir alles, was in unserer Macht steht, tun, um kommunistische Propaganda und Drohungen zu bekämpfen, doch muß erkannt werden, daß alles, was wir in dieser Hinsicht tun, von der sichtbaren Stärke der westlichen Alliierten als auch der von mir beschriebenen

deutschen Verteidigungskräfte abhängt. Die Bevölkerung Westdeutschlands fürchtet, daß ihr Land weitere zweimal zur verbrannten Erde werden kann, einmal bei einer Invasion durch russische Truppen und erneut bei der Befreiung durch den Westen. Diese Furcht kann nur zerstreut werden, wenn mehr amerikanische Truppen einschließlich von Panzern und Luftstreitkräften hier stationiert werden. Dies vor allem würde die Russen von einem Angriff abhalten.“

Quelle: *The New York Times* vom 18. August 1950.
Übersetzung des Europa-Archivs.

Rundfunkansprache von Bundeskanzler Dr. Konrad Adenauer über

„Die internationale Lage und Deutschland“

gehalten am 11. Oktober 1950

Weite Kreise des deutschen Volkes sind durch Reden, durch Artikel und durch Nachrichten in in- und ausländischen Zeitungen, durch öffentliche Briefe, die übrigens nicht von besonders großem Verantwortungsgefühl zeugen, in Unruhe versetzt worden. Ich will versuchen, einige klärende Worte zu sprechen. Lassen Sie mich aber zunächst etwas sagen zu den öffentlichen Briefen einiger deutscher Stellen, nicht weil das etwa das Wichtigste für das deutsche Volk wäre, sondern weil ich die viel wichtigeren Ausführungen, die ich zu machen habe, nicht mit Äußerungen über diese Briefe vermengen möchte.

Wenn in diesen Briefen die Behauptung aufgestellt wird, daß unter meiner Autorität die Wiederaufrüstung Deutschlands allenthalben mit Hochdruck anlaufe, so kann ich nur darauf erklären, daß diese Behauptung frei erfunden ist. Ich kann im Interesse derjenigen, die eine solche Behauptung aufstellen, nur annehmen, daß sie Mystifikationen zum Opfer gefallen sind, und sie herzlich bitten, doch in Zukunft nicht mit solcher Leichtgläubigkeit denen, die Uebles sagen, Glauben zu schenken. Wenn in einem dieser Briefe sogar gesagt wird, es halte sich hartnäckig die Behauptung, daß zwischen dem Bundeskanzler und Herrn McCloy und vielleicht auch dem britischen Hochkommissar Abmachungen beständen, nach denen alsbald eine ganze Anzahl deutscher Divisionen aufzustellen sei, so kann ich dem Verfasser eines solchen Satzes nur antworten, daß er von politischen und staatsrechtlichen Verhältnissen, sei es in der Bundesrepublik, sei es in den USA oder in Großbritannien, aber auch wirklich keine Ahnung hat.

Eine solche Behauptung ist — ich will mich vorsichtig ausdrücken — mehr als absurd. Man sollte sich davor hüten, das Ausland in einer solchen Weise zu verletzen.

Ich wende mich nun zu dem Hauptthema meiner heutigen Ausführungen, die ich überschreiben möchte: „Die internationale Lage und Deutschland“. Die gefährlichen Spannungen, die sich in den letzten Jahren zwischen den beiden erdumfassenden Mächtegruppen ent-

wickelt haben, sind wohl jedem Deutschen durch die Ereignisse in und um Korea klargeworden. Für uns Deutschen, und zwar für uns Deutschen insgesamt, diesseits und jenseits des Eisernen Vorhangs, sind auch ernste Warnzeichen die Anhäufung sowjetrussischer Truppen in der Ostzone, die Aufstellung der Volkspolizeiarmee in der Ostzone und die drohenden Worte, die die verantwortlichen Männer der Sowjetzonenrepublik gegen uns ausgestoßen haben. Um so wichtiger sind für uns die Erklärungen der New Yorker Außenministerkonferenz. Ich darf die mir gegebenen Erklärungen verlesen: „Was die äußere Sicherheit des Bundes betrifft, so haben die drei Mächte erklärt, daß sie ihre in Deutschland stationierten Truppen nicht nur als Besatzungstruppen ansehen, sondern daß diesen gleichzeitig die Aufgabe obliegt, den Schutz der Bundesrepublik und der Westsektoren Berlins sicherzustellen.“

Die drei Mächte haben ausdrücklich hinzugefügt, daß sie jeden Angriff auf die Bundesrepublik oder auf Berlin, von welcher Seite er auch kommen mag, also auch, wenn er nur von der Volkspolizei ohne Intervention Sowjetrußlands unternommen würde, als einen gegen sich selbst gerichteten Angriff ansehen würden.

In dieser Erklärung ist jedes Wort genau überlegt. Wenn die drei Mächte erklären, daß sie jeden Angriff auf uns oder auf Berlin als einen gegen sie selbst gerichteten Angriff ansehen würden, so muß man annehmen, daß sie einem solchen Angriff so entgegentreten werden, wie sie einem auf ihr eigenes Land gerichteten Angriff begegnen würden, d. h. also, daß sie diesen Angriff schon an der Grenze des Landes zurückschlagen und unmöglich machen würden.

Ich glaube, das deutsche Volk muß mit großer Befriedigung und mit Freude davon Kenntnis nehmen, daß der früher einmal ausgesprochene Gedanke von einer inhaltenden Verteidigung bis zum Rhein und westlich des Rheins damit endgültig der Vergangenheit angehört.

Wir können auch nach den letzten Nachrichten, die ich bekommen habe, der Ueberzeugung sein, daß es sich bei diesen Erklärungen nicht um leere Worte handelt, sondern daß die Westalliierten unverzüglich begonnen haben, diesen Worten Taten folgen zu lassen.

Die Truppen, die von seiten der Westalliierten infolgedessen bei uns verstärkt stationiert werden, sind keine Besatzungstruppen, sondern Sicherheitstruppen. Natürlich wird ihre Anwesenheit für uns auch manche Unbequemlichkeit bringen — übrigens ebenso für diese Truppen selbst —, aber wenn man mit einer solchen Unbequemlichkeit vergleicht, welches große Gut Sicherheit ist, dann, glaube ich, wird man gern diese Unbequemlichkeit auf sich nehmen müssen.

In ausländischen Zeitungen und in Reden ausländischer Politiker wird über das deutsche Volk und über den Zeitpunkt, an dem man von seinen Hilfsquellen Gebrauch machen sollte, lebhaft diskutiert. Alle diejenigen, die darüber diskutieren, bitte ich zu bedenken, daß das deutsche Volk sehr empfindlich auf den Ton dieser Ausführungen achtet. Ich bitte auch zu bedenken, daß das deutsche Volk kraft der Haltung, die es nunmehr seit einigen Jahren eingenommen hat, wohl hoffen darf, daß ihm Vertrauen geschenkt wird.

Ich möchte mich in diesem Zusammenhang gerade an die Redner in Frankreich wenden. Wir Deutschen haben unseren guten Willen gegenüber Frankreich, unsere feste Entschlossenheit, mit Frankreich in Zukunft gemeinsam zu gehen, so oft erklärt und auch bewiesen, daß ich glaube, man sollte nicht wieder mit Mißtrauen gegen uns kommen. Mißtrauen erzeugt niemals auf der anderen Seite Vertrauen, sondern Mißtrauen steckt an und erzeugt auch wieder Mißtrauen. In Straßburg sind bei der Tagung des Europarates von Vertretern aller beteiligten Staaten ausgezeichnete, von europäischer Solidarität zeugende Erklärungen abgegeben und Beschlüsse gefaßt worden. Dieses Gefühl der Solidarität sollte jetzt sich stark und lebendig erweisen.

Wenn man die Äußerungen von Politikern regelmäßig verfolgt — und das gilt für die Politiker in allen Ländern —, dann hat man manchmal den Eindruck, daß Politiker einfache Dinge, einfache Wahrheiten und Tatsachen etwas zu kompliziert sehen, während die Nichtpolitiker ein gesundes Empfinden für die Not der Zeit und die Gefahren der Zeit haben und daher die entscheidenden Tatsachen einfacher und klarer sehen. Was Europa not tut, weiß und fühlt jeder, er sollte auch entsprechend handeln.

Mehr oder minder führend in der Politik der Westalliierten sind die Vereinigten Staaten. Ihre Politik ist in zwei Reden des Staatssekretärs Acheson sehr klar zum Ausdruck gekommen. Einmal hat Acheson gesagt, daß man mit Sowjetrußland nur verhandeln könne auf dem Boden der Gleichheit, das heißt, wenn man gleich stark sei. Aus den Erfahrungen, die wir Deutschen zur Zeit der Herrschaft des Nationalsozialismus gemacht haben, können wir diese Feststellung Achesons über Verhandlungsmöglichkeiten mit totalitären Staaten nur als durchaus richtig bezeichnen. Ferner hat sich Acheson letzten Sonntag in einer Rede gegen die „alberne Rederei“ — wie er sich ausdrückte — von einem Präventivkrieg gewandt und nochmals betont, daß das Ziel der amerikanischen Rüstung sei, den Frieden der Welt zu sichern. Das ist ein Ziel, das auch die Bundesregierung und, wie ich weiß, der Bundestag von ganzem Herzen bejahen.

Gegenüber allen hier und dort ausgesprochenen Behauptungen, daß irgendwelche Verpflichtungen der Bundesrepublik Deutschland hinsichtlich der Aufstellung deutscher Divisionen und dergleichen vorliegen, erkläre ich ausdrücklich: Solche Verpflichtungen liegen nicht vor. Es ist den Westalliierten mitgeteilt worden, daß über diese Frage nur der Bundestag entscheiden könne und daß der Bundestag eine solche Entscheidung nur treffen könne, wenn der Bundesrepublik Deutschland genau und offiziell Fragen seitens der Westalliierten gestellt würden. Ob diese Fragen an uns gestellt werden, wann sie etwa gestellt werden, das wollen wir abwarten.

Lassen Sie mich hier folgendes einschieben: es ist die Rede davon, daß eine Volksabstimmung stattfinden müsse. Das Grundgesetz kennt keine Volksbefragung und kennt auch keine Auflösung des Bundestages, abgesehen von einem besonderen, hier nicht vorliegenden Fall.

Zum Schluß darf ich folgendes sagen — um allen Mißdeutungen meiner Ausführungen vorzubeugen: wir Deutschen lieben den Frieden über alles. Aber wir wissen auch, was Sklaverei bedeutet, und wissen, daß die Freiheit das höchste Gut ist. Wir wissen, was Sklaverei ist aus der nationalsozialistischen Zeit und aus dem, was über unsere Brüder und Schwestern in der Sowjetzone hereingebrochen ist. Wir Deutschen — und das sage ich auch für die Deutschen jenseits des Eisernen Vorhangs — stehen mit ganzem Herzen und aus vollster Ueberzeugung im Lager der Freiheit, und wir wollen unter keinen Umständen Sklaverei. Das Wort Goethes: „Nur der verdient sich Freiheit wie das Leben, der täglich sie erobern muß“, gilt für alle, auch für uns.

Quelle: *Die Neue Zeitung* vom 12. Oktober 1950.

Der französische Plan zur Verteidigung des Westens

Regierungserklärung des Ministerpräsidenten René Plevén
vom 24. Oktober 1950

Das Ideal der kollektiven Sicherheit hat soeben in Korea einen Sieg davongetragen, der in den Bemühungen der freien Nationen, Voraussetzungen der Sicherheit in der Welt zu schaffen, die jeden Aggressionsplan entmutigen, einen historischen Fortschritt bezeichnet.

Die Nationen, die den Atlantikpakt geschlossen haben, wollten das Instrument dieser Sicherheit für das Gebiet schmieden, das der Pakt umfaßt. In der Festigung ihrer Konzeptionen über eine gemeinsame Verteidigung und in deren Durchführung haben sie im Lauf der letzten Monate noch nie dagewesene Fortschritte erzielt.

Bei den Zusammenkünften, die vor kurzem in New York stattgefunden haben, sind die Vorschläge der Regierung, vertreten durch den Außenminister Robert Schuman, den Verteidigungsminister Jules Moch und den Finanzminister Maurice Petsche, von den Mitunterzeichnern des Atlantikpaktes weitgehend in Betracht gezogen worden.

Die verbündeten Nationen haben die Notwendigkeit erkannt, die Atlantische Gemeinschaft gegen jede mögliche Aggression auf einer Linie zu verteidigen, die so weit östlich liegt wie möglich. Sie haben zu diesem Zweck beschlossen, die in Europa stationierten Streitkräfte zu verstärken. Sie sind übereingekommen, daß all diese Streitkräfte, gleich welcher Nationalität, unter das Kommando eines einzigen Oberbefehlshabers gestellt werden sollen.

Schließlich sind besondere Vereinbarungen getroffen worden, wonach Frankreich auf Grund der im Atlantikpakt festgelegten Solidarität, zur Ausführung seines Wiederaufrüstungsprogramms den Vorteil erheblicher Materiallieferungen und einer nennenswerten finanziellen Hilfe haben wird.

Um dieses Programm zum Ziel zu führen, wird jede Nation, ebenso wie Frankreich, bedeutende Opfer auf sich nehmen müssen durch eine Verlängerung der Militärdienstzeit und durch eine Steigerung der Mittel, die für die Verteidigung bestimmt sind.

Deutschland, das dem Atlantikpakt nicht angehört, ist dennoch aufgerufen, an dem sich daraus ergebenden Sicherheitssystem teilzunehmen. Es ist daher nur gerecht, daß es seinen Beitrag zur Aufstellung der Verteidigung Westeuropas leistet. Aus diesem Grunde hat sich die Regierung, um die Diskussion dieses wichtigen Problems in der Nationalversammlung zu eröffnen, entschlossen, die Initiative zu der folgenden Erklärung zu ergreifen:

Die Lösung des Problems eines deutschen Beitrages zu der gemeinsamen Verteidigung sollte ohne jeden Kompromiß und ohne verzögernde Ausflüchte, gleichermaßen im Rahmen der Möglichkeiten einer sofortigen Aktion wie im Hinblick auf die Zukunft eines geeinten Europas, gesucht werden.

Der Rahmen, in dem die europäischen Probleme besprochen werden, ist in der großzügigsten Weise durch

die im Europarat vereinigten Staaten gesteckt worden. Aber die Initiativen der aufeinanderfolgenden französischen Kabinette waren von der Hoffnung begleitet, daß Verpflichtungen und Institutionen schnell das kühne, von allen angenommene Vorhaben kräftigen würden.

In diesem Geiste hat die französische Regierung am 9. Mai 1950 allen europäischen Ländern vorgeschlagen, ihre Produktionen von Kohle und Stahl zusammenzulegen. Sie erklärte damals: „So wird einfach und rasch die Zusammenfassung der Interessen verwirklicht, die für die Schaffung einer Wirtschaftsgemeinschaft unerläßlich ist, und das Ferment einer weiteren und tieferen Gemeinschaft den Ländern eingefloßt, die lange Zeit durch blutige Fehden getrennt waren.“

Die innereuropäischen Gespräche, die im Anschluß an diesen Vorschlag geführt wurden, haben sich günstig entwickelt und scheinen ihrem Abschluß entgegenzugehen. Der französische Plan sieht übernationale Einrichtungen vor, eine Oberste Behörde, einen Ministerrat, eine Gemeinsame Versammlung und einen Gerichtshof, die ersten politischen Grundsteine für eine europäische Gemeinschaft.

Die Schaffung Europas wird nach Ansicht der Regierung einerseits durch den Anschluß oder die Beteiligung neuer Staaten an diesen Einrichtungen sich ergeben, andererseits durch die fortschreitende und schnelle Errichtung ähnlicher Einrichtungen in immer zahlreicheren Sektoren europäischer Unternehmungen, wie etwa auf dem Gebiet des Verkehrswesens, der landwirtschaftlichen Produktion, der Preiskontrolle, der Verteilung der Rohstoffe und der Energie, dem Ausgleich der Soziallasten, alles Gebiete, auf denen Fortschritte in der Vereinigung einen offensichtlichen wirtschaftlichen wie sozialen Vorteil darstellen.

Die französische Regierung dachte, daß die Verwirklichung der Montanunion es ermöglichen würde, sich an den Gedanken einer europäischen Gemeinschaft zu gewöhnen, ehe die so delicate Frage einer gemeinsamen Verteidigung in Angriff genommen würde. Die Ereignisse in der Welt lassen ihr keine Frist. Vertrauens auf eine friedliche Bestimmung Europas und überzeugt von der Notwendigkeit, allen europäischen Völkern das Gefühl kollektiver Sicherheit zu geben, schlägt die französische Regierung vor, diese Frage auf dieselbe Weise und im gleichen Geiste zu regeln.

Aber der Zwang der Ereignisse allein läßt keine konstruktive Lösung zu. Jedes System, das sich sofort oder in einem gewissen Zeitraum, direkt oder indirekt, mit oder ohne Bedingungen zur Schaffung einer deutschen Armee entwickeln würde, würde das Mißtrauen und den Verdacht wiedererwecken. Die Aufstellung deutscher Divisionen, die Einrichtung eines deutschen Verteidigungsministeriums würden früher oder später in verhängnisvoller Weise zur Wiederherstellung einer natio-

nenal Armee führen und dadurch zum Wiedererwachen des deutschen Militarismus. Eine solche Konsequenz, die im übrigen zu wiederholten Malen einstimmig von unseren Alliierten verurteilt worden ist, würde für Deutschland selbst eine Gefahr bedeuten.

Die Unterzeichnung der Montanunion wird sehr bald, wie wir hoffen, die Einmütigkeit von sechs Teilnehmerländern besiegeln, die allen Völkern Europas die Garantie gibt, daß die Stahl- und Kohleindustrien Westeuropas nicht zu aggressiven Zielen benutzt werden können.

Sobald diese Unterschrift erreicht ist, fordert die französische Regierung, daß das Problem des deutschen Beitrags zur Aufstellung einer europäischen Streitkraft (*force européenne*) in einer Weise gelöst wird, die den grausamen Lehren der Vergangenheit und der Entwicklung, die viele Europäer in allen europäischen Ländern Europa geben wollen, Rechnung trägt.

Sie schlägt für eine gemeinsame Verteidigung die Schaffung einer europäischen Armee vor, die mit den politischen Institutionen des geeinten Europas verbunden ist.

Dieser Vorschlag leitet sich direkt aus der Empfehlung her, die am 11. August 1950 von der Konsultativversammlung des Europarates angenommen wurde und die sofortige Schaffung einer gemeinsamen europäischen Armee forderte, die zur Verteidigung des Friedens mit den amerikanischen und kanadischen Streitkräften zusammenarbeiten sollte.

Die Aufstellung einer europäischen Armee könnte sich nicht einfach aus der Zusammenfassung nationaler Militäreinheiten ergeben, die in Wirklichkeit nur eine Koalition alten Typs verschleiern würde. Unzweifelhaft gemeinsamen Aufgaben können nur gemeinsame Organismen gerecht werden. Eine Armee des geeinten Europas, gebildet aus Männern der verschiedenen europäischen Nationen, soll, soweit dies irgend möglich ist, eine vollständige Verschmelzung der Mannschaften und der Ausrüstung herbeiführen, die unter einer einheitlichen politischen und militärischen europäischen Autorität zusammengefaßt werden.

Ein Verteidigungsminister würde von den Regierungen der angeschlossenen Staaten ernannt werden und unter Bedingungen, die noch zu bestimmen sind, den Regierungen und einer europäischen Versammlung verantwortlich sein. Diese Versammlung könnte entweder die Straßburger Versammlung sein, oder ein aus ihr hervorgehendes Organ, oder eine Versammlung von hierfür besonders gewählten Delegierten. Seine Vollmachten gegenüber der europäischen Armee wären die eines nationalen Verteidigungsministers gegenüber der nationalen Armee seines Landes. Er wäre im besonderen damit beauftragt, die allgemeinen Direktiven auszuführen, die er von einem Rat empfangen würde, der sich aus Ministern der teilnehmenden Länder zusammensetzt. Er wäre in allem, was die Ausübung seiner Mission betrifft, der normale Mittelsmann zwischen der europäischen Gemeinschaft und dritten Ländern oder internationalen Organisationen.

Die von den Mitgliedstaaten gestellten Kontingente würden der europäischen Armee eingegliedert werden, und zwar auf der Basis der kleinstmöglichen Einheit.

Die Finanzierung der europäischen Armee würde durch ein gemeinsames Budget gesichert werden. Der europäische Verteidigungsminister wäre beauftragt, die bestehenden internationalen Verpflichtungen zu erfüllen und neue internationale Verpflichtungen auf der Basis von Direktiven, die er vom Ministerrat empfängt, einzuleiten und zu erfüllen. Das europäische Bewaffnungs- und Ausrüstungsprogramm würde unter seiner Amtsgewalt festgelegt und ausgeführt.

Die Mitgliedstaaten, die über eigene nationale Streitkräfte verfügen, würden ihre Befehlsgewalt über den Teil ihrer Truppen, die der europäischen Armee nicht eingegliedert werden, behalten.

Umgekehrt kann der europäische Verteidigungsminister mit Ermächtigung des Ministerrates der Regierung eines angeschlossenen Staates einen Teil der in der europäischen Armee enthaltenen nationalen Streitkräfte wieder zur Verfügung stellen, um anderen Bedürfnissen als denen der gemeinsamen Verteidigung Rechnung zu tragen.

Die europäischen Streitkräfte, die den vereinten atlantischen Streitkräften zur Verfügung stünden, würden, was die allgemeine Strategie der Organisation und Ausrüstung betrifft, gemäß den Verpflichtungen des Atlantikpaktes operieren.

Der europäische Verteidigungsminister wäre beauftragt, von den Teilnehmerländern der europäischen Gemeinschaft die Kontingente, Ausrüstungen, Materialien und Verproviantierungen zu erlangen, die jeder Staat der gemeinsamen Armee zur Verfügung stellen muß.

Bei der Aufstellung dieser europäischen Armee wird eine Uebergangszeit nötig sein. Während dieser Zeit kann ein Teil der nationalen Armeen, obwohl sie unter dem Kommando des Atlantikpaktes stehen, wahrscheinlich nicht sofort der europäischen Armee eingegliedert werden. Diese wird sich Schritt für Schritt entwickeln müssen, indem jedes Land seinen Beitrag an Effektivstreitkräften in einem Größenverhältnis stellt, das vom Ministerrat festgesetzt wird und dem allgemeinen Verteidigungsplan, der vom Atlantikrat ausgearbeitet ist, Rechnung trägt.

Schließlich würde die Schaffung einer europäischen Armee, sei es in der Anfangsphase, sei es bei ihrer endgültigen Verwirklichung, in keiner Weise ein Hemmnis für die Ausführung der geplanten oder schon begonnenen Programme sein, die für die Aufstellung nationaler Streitkräfte unter gemeinsamem Oberbefehl im Rahmen der Atlantikorganisation vorgesehen sind. Die projektierte Schaffung einer europäischen Armee soll ganz im Gegenteil die Verwirklichung der atlantischen Programme erleichtern.

Auf den hier skizzierten Grundlinien beabsichtigt die französische Regierung, Großbritannien und die freien Länder Europas, die bereit sind, mit ihr an der Schaffung einer europäischen Armee teilzunehmen, einzuladen, gemeinsam die Verwirklichung der oben dargelegten Prinzipien auszuarbeiten. Diese Studien würden in Paris nach Unterzeichnung des Vertrages über die Montanunion beginnen.

Die Regierung verschließt sich nicht den technischen und psychologischen Schwierigkeiten, die zur Erreichung des Zieles, das sie den europäischen Nationen

vorschlägt, überwunden werden müssen. Aber alle Hindernisse können mit gutem Willen, Phantasie und Glauben beseitigt werden, besonders wenn das amerikanische Volk so wie die europäischen Völker dieses Projekt mit aktiver Sympathie unterstützen.

Die Regierung glaubt auch, daß das Projekt, von dem diese Erklärung nur die allgemeinen Prinzipien skizziert, eine neue Manifestation des Friedenswillens ist, der das französische Volk beseelt. Dieses hat unter der zunehmenden Entzweiung der Völker, die noch gestern in dem gemeinsamen Kampf gegen Hitler vereint waren, tief gelitten.

Die Regierung ist überzeugt, daß der Krieg nicht unvermeidlich ist.

Frankreich hat sich den Nationen angeschlossen, die der Organisation der Vereinten Nationen den Wunsch nach Besprechungen zwischen den großen Mächten über die Ursachen der bestehenden Spannungen vorgetragen haben.

Diese Empfehlung der Vereinten Nationen bringt in der Tat die tiefe Überzeugung der französischen Regierung zum Ausdruck, daß besonders hinsichtlich der europäischen Fragen ein direkter Kontakt zwischen den Vereinigten Staaten, Großbritannien, der Sowjetunion und Frankreich nützlich wäre und daß dies bei regel-

mäßiger Wiederholung dazu beitragen würde, nach und nach die Ursachen des Mißtrauens und der Konflikte zu beseitigen.

Damit solche Kontakte fruchtbar sind, ist es nötig, daß niemand irgend einen Zweifel über die unerschütterliche Entschlossenheit der westlichen Demokratien hegt, ihre Gebiete gegen jede Aggression und die Regierung der freien Völker gegen jeden Umsturz zu verteidigen.

Die Nationen des Atlantikpaktes müssen daher ohne Verzug die Ausführung der Verteidigungsprogramme, die sie festgelegt haben, fortsetzen.

Frankreich war bereits entschlossen, seinen mannhaften Teil an den gemeinsamen Verteidigungsbemühungen im Rahmen des Atlantikpaktes auf sich zu nehmen. Es ergreift heute die Initiative zu einem konstruktiven Vorschlag zum Aufbau des geeinten Europas. Dieses soll die Lehren von zwei Weltkriegen nicht vergessen und sich im Augenblick, da es seine Kräfte wieder sammelt, so organisieren, daß sie nur zur Verteidigung der internationalen Sicherheit und des Friedens dienen.

Quelle: *Le Monde* vom 25. Oktober 1950.
Üebersetzung des Europa-Archivs.

Kommuniqué des nordatlantischen Verteidigungsausschusses vom 31. Oktober 1950

Der nordatlantische Verteidigungsausschuß trat zu seiner dritten Sitzung der vierten Konferenz um 9.30 Uhr vormittags heute im Departmental Auditorium, Washington, D. C., zusammen.

Während der gegenwärtigen Konferenz haben die Verteidigungsminister:

- a) Die Maßnahmen gebilligt, die das Amt für Rüstung und Nachschub seit der letzten Sitzung des Verteidigungsausschusses am 1. April 1950 getroffen hat;
- b) die Empfehlungen des militärischen Ausschusses gebilligt hinsichtlich der Streitkräfte, die von jedem Mitgliedstaat der Nordatlantikpaktorganisation gestellt werden sollen. Dieses Uebereinkommen beruht auf militärischen Ueberlegungen und ist einer Prüfung und endgültigen Billigung durch die Mitgliedregierungen unterworfen;
- c) die Annahme von Richtlinien durch die betreffenden Länder genau umrissen und empfohlen, die zur Sicherung der Wirksamkeit der militärischen Ausbildung und der Mobilisierungsmaßnahmen verfolgt werden sollten und um einen ständigen Zustrom ausgebildeter Mannschaften zu den Streitkräften vorzusehen;
- d) die Einrichtung, wenn nötig, einer obersten alliierten Befehlsstelle gebilligt.

Die Minister haben gemäß dem Ersuchen des Atlantikrates die Frage erörtert, auf welche Weise Deutschland am besten zur erfolgreichen Verwirklichung des Planes für eine einheitliche Streitkraft beitragen kann, die groß genug ist, um eine Aggression zu verhindern und die Verteidigung Europas einschließlich Westdeutschlands zu sichern. Die Minister haben die Wich-

tigkeit eines deutschen Beitrages, unter entsprechenden Sicherungen, erneut bestätigt.

In Anbetracht der Vielgestaltigkeit des Problems haben die Minister die Angelegenheit an den Rat der Stellvertreter und den militärischen Ausschuß zu weiterem Studium überwiesen. In den Besprechungen der letzten Tage berieten die Minister über einen von der Regierung der Vereinigten Staaten vorgelegten Plan und über einen Vorschlag der französischen Regierung. Der französische Vorschlag schließt weitreichende Folgerungen sowohl politischer wie militärischer Art ein, die nach Ansicht der Minister eine weitere Prüfung durch die Regierungen nötig machen.

Die Minister kamen zu der Auffassung, daß die dem Verteidigungsausschuß vorliegenden allgemeinen Fragen so stark die Organisation der zukünftigen einheitlichen (*integrated*) Streitkraft berühren, daß die Entscheidungen über die endgültige Form der militärischen Organisation und die Befehlsstruktur so lange zurückgestellt werden sollten, bis die darin aufgeworfenen Probleme einer erneuten Prüfung unterzogen wurden.

Verteidigungsminister General George C. Marshall war Vorsitzender der Konferenz. Ort und Zeitpunkt der nächsten Sitzung wird von Verteidigungsminister Marshall bestimmt werden, sobald die Prüfungen, die jetzt vom militärischen Ausschuß und vom Rat der Stellvertreter vorgenommen werden, beendet sind.

Die vierte Konferenz endete um 7.30 Uhr nachmittags.

Quelle: *The New York Times* vom 1. November 1950.
Üebersetzung des Europa-Archivs.

Energie- und Bewässerungsprojekte in der Sowjetunion

Beschlüsse des Ministerrats der Union der SSR

Das Europa-Archiv hat in früheren Beiträgen (Folgen 9/1949, S. 2121—2128; 13/1950, S. 3159—3166; 15/1950, S. 3237—3248) ausführlich über die *Tennessee Valley Administration* in den Vereinigten Staaten und über ähnliche Projekte im Mittleren Osten berichtet. Nach den etwa vor Jahresfrist in der Sowjetunion in Angriff genommenen großen Aufforstungsprojekten (vgl. Europa-Archiv 11/1949, S. 2191—2195) hat der Ministerrat der Sowjetunion im Verlauf der Monate August und September 1950 die Durchführung einer Reihe von Energie- und Bewässerungsprojekten angeordnet, die hinsichtlich Größe und Ausdehnung stärkste Beachtung verdienen. In einer der nächsten Folgen werden wir einen ausführlichen Beitrag über diese neuen Projekte veröffentlichen.

Es ist sicherlich kein Zufall, daß die sowjetische Friedensoffensive der letzten Wochen zeitlich mit der Veröffentlichung dieser großangelegten Pläne zusammenfällt. Es ist der Sowjetunion gelungen, mit der Verkündung dieser Projekte die sowjetische „Friedenspolitik“ propagandistisch stark herauszustellen. Trotzdem wäre es verfehlt, die Pläne nur als „Potemkinsche Dörfer“ anzusehen. Schon von der Verkündung solcher großräumiger Aufbauprojekte geht eine starke Suggestivwirkung aus, die ohne Zweifel latente Kräfte und Möglichkeiten im großen Stil mobilisieren kann. Steht dahinter noch die Befehlsgewalt eines totalitären Staates und eine seit Jahrzehnten auf die Erfüllung von weitgesteckten Plansoll trainierte Bevölkerung, so kann sich aus solchen Plänen, selbst wenn sie zunächst nur „schöpferische Illusionen“ sind, eine gewaltige Steigerung der staatlichen Wirtschaftskraft ergeben. Co./H.V.

Projekt eines Wasserkraftwerks von Kujbyschew an der Wolga

Dem Bau eines Wasserkraftwerks bei Kujbyschew an der Wolga, das die Industriebetriebe von Moskau, Kujbyschew und Saratow mit Strom beliefern, die Elektrifizierung der Eisenbahnen, die Bewässerung von Ländereien des Transwolgagebiets und die Verbesserung der Schifffahrt auf der Wolga gewährleisten wird, mißt der Ministerrat der UdSSR große Bedeutung bei und hat beschlossen:

1. an der Wolga im Raum von Kujbyschew ein Wasserkraftwerk mit einer Kapazität von rund 2 Millionen Kilowatt zu bauen, das in Jahren mit normalem Wasserstand rund 10 Milliarden Kilowattstunden erzeugen wird.

Der Bau des Wasserkraftwerks ist im Jahre 1950 zu beginnen, und das Werk soll 1955 mit voller Kapazität in Betrieb gesetzt werden.

2. Eine Million Hektar Land im Transwolgagebiet sind unter Ausnutzung des vom Kujbyschewer Wasserkraftwerk zu liefernden Stroms zu bewässern.

3. Beim Bau des Wasserkraftwerks von Kujbyschew ist eine zusätzliche Hauptbahnüberführung über das Wolgawehr anzulegen.

4. Der vom Kraftwerk Kujbyschew zu erzeugende Strom ist wie folgt zu verteilen:

a) sechs Milliarden einhundert Millionen Kilowattstunden sind jährlich nach Moskau zu leiten;

b) zwei Milliarden vierhundert Millionen Kilowattstunden jährlich in die Stadtbezirke von Kujbyschew und Saratow;

c) eine Milliarde fünfhundert Millionen Kilowattstunden jährlich ins Transwolgagebiet zur Bodenbewässerung.

5. Für den Bau des Wasserkraftwerks Kujbyschew ist eine Bauorganisation „Kujbyschew-Hydrostroj“ zu gründen.

Zum Leiter von „Kujbyschew-Hydrostroj“ wird Genosse I. W. Komsin und zum Chefingenieur des Baues Genosse N. F. Schaposchnikow ernannt.

6. Hydroprojekt (Genosse S. J. Shuk) wird mit allen Projektierungs- und Geländeerforschungsarbeiten beauftragt sowie mit den anderen wissenschaftlichen Untersuchungen, die mit dem Bau des Wasserkraftwerks Kujbyschew zusammenhängen.

7. Das Ministerium für Kraftwerke wird verpflichtet, ein Bauprojekt für Hochspannungsleitungen vom Wasserkraftwerk Kujbyschew sowie ein Projekt für ein Stromverbrauchssystem auszuarbeiten, das von diesem Kraftwerk mit Strom versorgt werden wird.

8. Das Verkehrsministerium wird beauftragt, ein Projekt für Anfahrtstrecken auszuarbeiten, die an die zusätzliche Hauptbahnüberführung über das Wolgawehr herangeführt werden sollen.

9. Das Landwirtschaftsministerium der UdSSR wird

beauftragt, einen Plan auszuarbeiten für die Bodenbewässerung im Transwolgagebiet mit Hilfe des vom Wasserkraftwerk Kujbyschew zu liefernden Stroms, und zwar für eine Fläche von einer Million Hektar, wobei die Notwendigkeit berücksichtigt werden muß, im Trans-

wolgagebiet, in erster Linie auf den neu zu bewässern den Landstrecken, Elektrizität in der Landwirtschaft einzubürgern (elektrisches Pflügen usw.).

(Quelle: Prawda vom 21. August 1950.)

Projekt eines Wasserkraftwerks von Stalingrad an der Wolga, der Bewässerung und Wasserversorgung der Kaspischebezirke

Der Ministerrat der Union der SSR mißt folgenden Maßnahmen große volkswirtschaftliche Bedeutung bei, die gewährleisten:

a) eine Verbesserung der klimatischen Bedingungen in der Kaspiniederung, von wo größtenteils der Trockenwind im Wolgagebiet ausgeht;

f) eine Verbesserung der Schiffsbedingungen auf der unteren Wolga, und beschließt:

1. an der Wolga, im Raum von Stalingrad, ein Wasserkraftwerk mit einer Mindestkapazität von einer Million siebenhunderttausend Kilowatt zu bauen, das in einem Jahr mit normalem Wasserstand rund zehn Milliarden Kilowattstunden Strom erzeugen wird.

Der Bau des Wasserkraftwerks ist 1951 zu beginnen, und das Werk soll 1956 mit voller Kapazität in Betrieb genommen werden.

2. Der vom Stalingrader Wasserkraftwerk zu erzeugende Strom ist wie folgt zu verteilen:

a) vier Milliarden Kilowattstunden sollen jährlich nach Moskau geleitet werden;

b) eine Milliarde zweihundert Millionen Kilowattstunden jährlich in die Bezirke des Zentralen Schwarzerdegebiets;

c) zwei Milliarden achthundert Millionen Kilowattstunden jährlich in die Bezirke der Gebiete Stalingrad, Saratow und Astrachan;

d) zwei Milliarden Kilowattstunden jährlich ins Transwolgagebiet und ins Kaspigebiet zur Bewässerung und Wasserversorgung.

3. Es sind zu bauen:

a) ein durch sein eigenes Gefälle fließender Stalingrader Hauptzuleitungskanal und ein Wasserversorgungssystem, durch das die Ländereien im Norden der Kaspiniederung, zwischen den Flüssen Wolga und Ural — insgesamt eine Fläche von rund sechs Millionen Hektar — mit Wasser aus dem Stalingrader Staubecken versorgt werden sollen;

b) Bewässerungssysteme auf einer Fläche von einer Million fünfhunderttausend Hektar zwischen den Flüssen Wolga und Ural, nördlich des Stalingrader Wasserversorgungskanals sowie in der Wolga-Achtuba-Niederung; die Bewässerung wird mit Hilfe des vom Stalingrader Kraftwerk zu liefernden Stroms erfolgen, wobei die Ländereien der Kaspischebezirke mit Wasser zu versorgen sind;

c) Kanäle und Systeme zur Wasserversorgung und Bewässerung der Sarpaniederung, des Gebiets Tschornyje semli und der Nogaischen Steppe, insgesamt einer Fläche von rund fünf Millionen fünfhunderttausend Hektar;

d) Aufforstung der mit Wasser zu versorgenden Gebiete (Kaspiniederung und Sarpaniederung, das Gebiet Tschornyje semli, Nogaische Steppe) zwecks Triebsandfixierung sowie Bau eines Systems zur Auswahlbewässerung der besten Ländereien, um dort Weiden zu schaffen und die Viehzucht in großem Umfang zu entwickeln.

4. Für den Bau des Stalingrader Wasserkraftwerks ist eine Bauorganisation „Stalingrad-Hydrostroj“ zu gründen. Zum Leiter von „Stalingrad-Hydrostroj“ wird Genosse

Das Projekt Große Wolga



b) die Nutzbarmachung der Wüsten- und Halbwüstengebiete im Norden der Kaspiniederung für eine weitgehende Entwicklung von Viehzucht und Ackerbau;

c) eine Bewässerung der südlichen Bezirke des Transwolgagebiets, um dort einen intensiven und stabilen Ackerbau zu entwickeln;

d) eine Wasserversorgung und Bewässerung der Sarpaniederung, des Gebiets Tschornyje semli und der Nogaischen Steppe für eine weitgehende Entwicklung der Viehzucht und für die Anpflanzung von Nutzwald sowie von Schutzwald gegen den Trockenwind;

e) eine zusätzliche Belieferung des Zentralgebiets, des Wolgagebiets und der zentralen Schwarzerdegebiete mit Kraftstrom;

F. G. Loginow und zum Chefsingenieur des Baues Genosse S. R. Medwedjew ernannt.

5. Hydroprojekt (Genosse S. J. Shuk) wird mit allen Projektierungs- und Geländeerforschungsarbeiten sowie sonstigen wissenschaftlichen Untersuchungen im Zusammenhang mit dem Bau des Stalingrader Wasserkraftwerks und des Stalingrader Hauptzuleitungskanals sowie der Hauptzuleitungskanäle beauftragt, durch welche die Sarpaniederung, das Gebiet Tschornyje semli und die Nogaische Steppe mit Wolga- und Terekwasser versorgt werden sollen. Bei Ausarbeitung des Projekts für das Stalingrader Wasserkraftwerk ist eine Hauptbahnüberführung auf dem Wolgawehr vorzusehen.

6. Das Ministerium für Kraftwerke wird verpflichtet, ein Projekt zur Entwicklung von Stromverbrauchssystemen aufzustellen, die vom Stalingrader Wasserkraftwerk Strom erhalten sollen.

7. Das Landwirtschaftsministerium der UdSSR wird beauftragt, Geländeerforschungen vorzunehmen, Projekte aufzustellen und Bauarbeiten auszuführen:

a) zur Bewässerung von einer Million fünfhunderttausend Hektar Boden im Transwolgagebiet;

b) zur Wasserversorgung und Auswahlbewässerung von insgesamt rund sechs Millionen Hektar im nördlichen Teil der Kaspiniederung, zwischen den Flüssen Wolga und Ural, aus dem Stalingrader Staubecken;

c) zur Wasserversorgung und Auswahlbewässerung der Sarpaniederung, des Gebiets Tschornyje semli und der Nogaischen Steppe — insgesamt rund fünf Millionen fünfhunderttausend Hektar — aus den Flüssen Wolga und Terek.

Bei Ausarbeitung der Projekte ist die Einbürgerung von Elektrizität im Ackerbau (elektrisches Pflügen usw.), in erster Linie auf den neu zu bewässernden Ländereien, vorzusehen.

8. Aufforstung des nördlichen Teils der Kaspiniederung sowie des Landstrichs zwischen Wolga und Ural nördlich des Stalingrader Wasserversorgungskanals, ferner der

Sarpaniederung, des Gebiets Tschornyje semli und der Nogaischen Steppe; hiermit zu beauftragen: auf den Ländereien des staatlichen Bodenfonds das Ministerium für Forstwirtschaft der UdSSR, auf den Ländereien der Kollektivwirtschaften das Landwirtschaftsministerium der UdSSR, auf den Ländereien der Sowjetwirtschaften das Ministerium für Sowjetwirtschaften der UdSSR.

9. Das Ministerium für Sowjetwirtschaften der UdSSR wird beauftragt, große Viehzucht-Sowchose in den für die Wasserversorgung und Bewässerung in Aussicht genommenen Bezirken im Norden der Kaspiniederung, in der Sarpaniederung, im Gebiet Tschornyje semli und der Nogaischen Steppe zu gründen.

10. Das Ministerium für Forstwirtschaft der UdSSR, das Ministerium für Sowjetwirtschaften der UdSSR und das Landwirtschaftsministerium der UdSSR sollen gemeinsam mit der Akademie der Wissenschaften der UdSSR und der W. I. Lenin-Unionsakademie für Agrarwissenschaften einen Aufforstungsplan und einen Plan für Waldmelioration ausarbeiten zwecks Triebssandfixierung in der Kaspiniederung, zwischen den Flüssen Wolga und Ural sowie in der Sarpaniederung, im Gebiet Tschornyje semli und in der Nogaischen Steppe.

Die Hauptverwaltung für Schutzwaldanpflanzungen beim Ministerrat der UdSSR wird mit der allgemeinen Leitung und Koordinierung der Arbeiten zur Aufstellung eines Schemas für die Aufforstung und die Waldmeliorationsmaßnahmen beauftragt.

11. Das Ministerium für Sowjetwirtschaften der UdSSR und das Landwirtschaftsministerium der UdSSR sollen Maßnahmen ausarbeiten zur Entwicklung der Viehzucht und zur Anlegung von Weideland in den für die Wasserversorgung und Bewässerung in Aussicht genommenen Gebieten im Nordteil der Kaspiniederung, in der Sarpaniederung, im Gebiet Tschornyje semli und in der Nogaischen Steppe.

(Quelle: *Prawda* vom 31. August 1950.)

Projekt eines Turkmenischen Hauptkanals Amu-Darja—Krasnowodsk, der Bewässerung und Wasserversorgung der Südbezirke der westturkmenischen Kaspi-Ebene, der Gebiete am Unterlauf des Amu-Darja und des westlichen Teils der Karakumwüste

Zwecks Gewährleistung der Wasserzufuhr für die Industrie, der Bewässerung neuer Ländereien vornehmlich zur Entwicklung der Baumwollzucht, der Wasserversorgung von Weideflächen und Weiterentwicklung der Viehfutterbasis in den Südbezirken der westturkmenischen Kaspi-Ebene, am Unterlauf des Amu-Darja und im westlichen Teil der Karakumwüste sowie um Wasserkraftstrom für die Industrie und Landwirtschaft dieser Bezirke zu erhalten, hat der Ministerrat der Union der SSR beschlossen:

1. den 1100 Kilometer langen Turkmenischen Hauptkanal Amu-Darja—Krasnowodsk zu bauen, der von Tahia-Tasch am Amu-Darja nach Umgehung der Senke Sary-Kamysch die Karakumwüste durchqueren und weiter durch das alte Flußbett des Usboi seinen Weg in die wasserlosen Gebiete der westturkmenischen Kaspi-Ebene nehmen wird.

Das Bauvorhaben des Turkmenischen Hauptkanals umfaßt:

a) einen Staudamm am Amu-Darja bei Tahia-Tasch und zwei Staudämme mit großen Staubecken am Turkmenischen Hauptkanal;

b) drei Wasserkraftwerke mit einer Gesamtleistungsfähigkeit von 100 000 Kilowatt, und zwar eins am Tahia-Tasch-Staudamm und zwei Wasserkraftwerke an den Staudämmen des Turkmenischen Hauptkanals;

c) große Zuleitungskanäle für Bewässerungs- und Wasserversorgungszwecke mit einer Gesamtlänge von 1200 Kilometer, die vom Turkmenischen Hauptkanal und dem Tahia-Tasch-Staudamm abzweigen, um die Ländereien in den Südbezirken der westturkmenischen Kaspi-Ebene und am Unterlauf des Amu-Darja zu bewässern;

d) große Rohrleitungen mit einer Gesamtlänge von tausend Kilometer, die den Industriebetrieben und Ortschaften Wasser aus dem Turkmenischen Hauptkanal zuführen werden.

Die Wasserentnahme aus dem Amu-Darja für den Turkmenischen Hauptkanal wird auf 350 bis 400 Kubik-

meter pro Sekunde festgesetzt, mit der Möglichkeit einer späteren Steigerung auf 600 Kubikmeter pro Sekunde, ohne daß Wasser ins Kaspische Meer abgeführt wird.

2. Auf Grund der Ausnutzung des Turkmenischen Hauptkanals und des Tahia-Tasch-Staudamms sind:

a) 1 300 000 Hektar Neuland zu bewässern und für die Landwirtschaft, vornehmlich für den Baumwollanbau, zu erschließen, davon 500 000 Hektar in den Südbezirken der westturkmenischen Kaspi-Ebene, 300 000 Hektar am Delta des Amu-Darja, 500 000 Hektar in der Kara-Kalpakischen Autonomen Republik und in den Nordbezirken der Turkmenischen Unionsrepublik;

b) rund 7 000 000 Hektar Weideland der Karakumwüste im Wirkungsbereich des Turkmenischen Hauptkanals mit Wasser zu versorgen;

c) die Industrie und das Eisenbahnnetz Westturkmeniens vollständig mit Trinkwasser und Betriebswasser zu versorgen sowie den Wasserbedarf der westturkmenischen Ortschaften zu decken und dort Grünanlagen zu schaffen;

d) längs des Turkmenischen Hauptkanals und der großen Zuleitungskanäle für Bewässerungs- und Wasserversorgungszwecke sowie längs der Grenzen der neu zu bewässernden Ländereien und im Umkreis der Industriebetriebe und Ortschaften Waldgürtel mit einer Gesamtfläche von rund 500 000 Hektar anzulegen und die Trieb-sandflächen zu fixieren.

3. Die Vorbereitungsarbeiten für den Bau des Turkmenischen Hauptkanals sind im Jahre 1951 zu beginnen und der Bau des Staudamms und Wasserkraftwerks am Amu-Darja bei Tahia-Tasch sowie des Turkmenischen Hauptkanals mit allen Anlagen und Zuleitungskanälen für Bewässerungs- und Wasserversorgungszwecke 1957 fertigzustellen.

4. Die Organisation Hydroprojekt (Genosse S. J. Shuk) wird beauftragt, mit allen Arbeiten zur Projektierung des Bauvorhabens, zur Geländeerforschung sowie allen anderen wissenschaftlichen Arbeiten im Zusammenhang mit dem Bau des Turkmenischen Hauptkanals sowie mit dem Bau des Staudamms und Wasserkraftwerks am Amu-Darja bei Tahia-Tasch, der Staudämme und Wasserkraftwerke am Turkmenischen Hauptkanal, dem Bau der Eingangsanlagen der großen Zuleitungskanäle für Bewässerungs- und Wasserversorgungszwecke, der Pumpwerke wie auch des großen Bewässerungszuleitungskanals, der an die Grenzen des zu bewässernden Bodenmassivs der westturkmenischen Kaspi-Ebene führt.

5. Zur Verwirklichung des Bauvorhabens des Turkmenischen Hauptkanals und der mit ihm verbundenen Anlagen, des Staudamms und Wasserkraftwerks bei Tahia-Tasch am Amu-Darja sowie der Staudämme, Wasser-

kraftwerke und anderen Anlagen des Turkmenischen Hauptkanals, der Eingangsanlagen der großen Zuleitungskanäle für Bewässerungs- und Wasserversorgungszwecke sowie des großen Bewässerungszuleitungskanals zu den Grenzen des zu bewässernden Bodenmassivs der westturkmenischen Kaspi-Ebene wird im Jahre 1950 eine Bauorganisation, „Sredas-Hydrostroj“, geschaffen.

Genosse S. K. Kalishnjuk wird zum Leiter und Genosse W. S. Eristow zum Chefingenieur des Baues ernannt.

6. Das Ministerium für Baumwollanbau der UdSSR, das Landwirtschaftsministerium der UdSSR und das Ministerium für Sowjetwirtschaften der UdSSR werden beauftragt:

a) die Geländeerforschung, Projektierung und den Bau der großen Zuleitungskanäle für Bewässerungs- und Wasserversorgungszwecke innerhalb der Grenzen der zu bewässernden Bodenmassive vorzunehmen und die Vorarbeiten für die Bewässerung der neuen Ländereien in den Südbezirken der Kaspi-Ebene Westturkmeniens und am Unterlauf des Amu-Darja durchzuführen;

b) die Projektierungs-, Geländeerforschungs- und Bauarbeiten zur Wasserversorgung der Weideflächen in der Karakumwüste im Wirkungsbereich des Turkmenischen Hauptkanals und zur Bewässerung der Neuländereien längs des Turkmenischen Hauptkanals durchzuführen;

c) bis zum 1. Oktober 1951 Maßnahmen zur Ausnutzung der neu zu bewässernden Landstriche, zur vornehmlichen Baumwollaussaat auf diesen Ländereien und zur weitgehenden Entwicklung der Viehzucht in den zu bewässernden und mit Wasser zu versorgenden Bezirken auszuarbeiten.

7. Die entsprechenden Industrieministerien werden beauftragt, mit der Geländeerforschung, der Projektierung und dem Bau der großen Rohrleitungen, Zuleitungskanäle und Wasserleitungen mit Pumpwerken für die Wasserversorgung der Industriebetriebe und anliegenden Ortschaften sowie für die Bewässerung der Anbauflächen und Waldgürtel in der Umgegend von Industriebetrieben und Ortschaften durch Wasserentnahme aus dem Turkmenischen Hauptkanal.

8. Die Geländeerforschung, Projektierung und Ausführung der Arbeiten zur Anpflanzung von Waldgürteln und zur Fixierung des Trieb-sandes längs des Turkmenischen Hauptkanals und der großen Zuleitungskanäle für Bewässerungs- und Wasserversorgungszwecke werden dem Ministerium für Forstwirtschaft der UdSSR übertragen.

9. Das Binnenschiffahrtsministerium wird beauftragt, Maßnahmen zur Auswertung des Turkmenischen Hauptkanals für die Schifffahrt auszuarbeiten.

(Quelle: *Prawda* vom 12. September 1950.)

Projekt eines Kachowkaer Wasserkraftwerks am Dnjepr, eines Südukrainischen Kanals, eines Nordkrimkanals und der Bewässerung der Südbezirke der Ukraine und der Nordbezirke der Krim

Zwecks Gewährleistung hoher und beständiger Ernten von landwirtschaftlichen Nutzpflanzen in den südlichen Dürrebezirken der Ukraine und den Nordbezirken der Krim, zwecks bedeutender Steigerung der Produktion vor allem von Baumwolle und Weizen in diesen Bezirken, zwecks beschleunigter Entwicklung einer hochproduktiven

Viehzucht sowie um Wasserkraftstrom für Landwirtschaft und Industrie zu erhalten, hat der Ministerrat der UdSSR beschlossen:

1. ein Bewässerungssystem für anderthalb Millionen Hektar und darüber hinaus ein Wasserversorgungssystem für 1 700 000 Hektar Ländereien in den Südbezirken der

Ukraine und den Nordbezirken der Krim zu bauen sowie eine neue Wasserkraftstrombasis am Dnjepr zu schaffen, um die Landwirtschaft und Industrie mit Kraftstrom zu versorgen.

Zu diesem Zwecke sind folgende Bauvorhaben auszuführen:

a) ein Wasserkraftwerk am Dnjepr bei der Stadt Kachowka mit einer Leistungsfähigkeit von 250 000 Kilowatt, das in Jahren mit normalem Wasserstand rund 1 Milliarde 200 Millionen Kilowattstunden erzeugen wird, ferner einen Staudamm, eine Schiffsschleuse, ein großes Staubecken mit 14 Milliarden Kubikmeter Fassungsvermögen und Pumpwerke;

b) den Südkrainischen Kanal mit einer Wasserentnahme aus dem Dnjepr von 600 bis 650 Kubikmeter pro Sekunde; seine Trasse wird von Saporoshje am Dnjepr zum Fluß Molotschnaja und weiter in Richtung Askania-Nowa bis zum Siwasch verlaufen und sich im Nordkrimkanal fortsetzen, der vom Siwasch nach Dshankoi durch die Steppengebiete der Krim bis Kertsch verlaufen wird; die Gesamtlänge beider Kanäle wird 550 Kilometer betragen;

c) ein Staudamm und Staubecken am Kanalabschnitt beim Fluß Molotschnaja nördlich von Melitopol mit einem Fassungsvermögen von 6 Milliarden Kubikmeter und ein Wasserkraftwerk am Staudamm mit einer Leistungsfähig-

Die Projekte Dnjepr, Südukraine und Krim



keit von 10 000 Kilowatt sowie kleinere Staubecken längs der Kanaltrasse mit einem Gesamtfassungsvermögen von mindestens 1 Milliarde Kubikmeter; die Wasserentnahme aus dem Dnjepr oberhalb des Staudamms des Dnjeprkraftwerks durch den Südkrainischen Kanal zur Füllung des Staubeckens am Molotschnaja-Fluß erfolgt, um die Arbeit des Dnjeprkraftwerks nicht zu beeinträchtigen, bei Hochwasser;

d) ein 60 Kilometer langer Kanal von Askania-Nowa nach Kachowka, der den Südkrainischen Kanal mit dem

Kachowkaer Staubecken verbindet und eine Abflußbewässerung der angrenzenden Ländereien sowie die Wasserentnahme für das Bewässerungssystem aus dem Kachowkaer Staubecken gewährleisten wird;

e) große Bewässerungszuleitungskanäle mit einer Gesamtlänge von 300 Kilometer vom Staubecken am Molotschnaja-Fluß bis Nogaik, vom Kachowka-Staubecken bis Krasnosnamenka und von Dshankoi nach Rasdolnaja mit den entsprechenden Pumpwerken.

2. Im Wirkungsbereich des Südkrainischen Kanals, des

Nordkrimkanals und des Kachowkaer Kraftwerks soll folgendes durchgeführt werden:

a) die Bewässerung von 1 200 000 Hektar in den Gebieten Cherson, Saporoschje, Nikolajew und Dnjepropetrowsk (Ukrainische SSR), davon 500 000 Hektar durch Selbstabfluß und 700 000 Hektar durch mechanisierte Wasserzufuhr, sowie 300 000 Hektar in den Nordbezirken der Krim, davon 200 000 durch Selbstabfluß und 100 000 durch mechanisierte Wasserzufuhr;

b) die Bewässerung von 1 700 000 Hektar in den Südbezirken der Ukraine und Nordbezirken der Krim;

c) die Anlage von schützenden Waldgürteln in den südlichen Steppengebieten der Ukraine, in der Zone des Südukrainischen Kanals und des Nordkrimkanals sowie der Zuleitungskanäle für Bewässerungszwecke, an den Staubecken und längs der Grenzen der zu bewässernden Ländereien; Fixierung des Triebandes am Unterlauf des Dnjepr.

3. In den zu bewässernden Agrarbezirken der Gebiete Cherson, Saporoschje, Nikolajew und Dnjepropetrowsk (Ukrainische SSR) und in den Nordbezirken der Krim sind eine allseitige Entwicklung des Baumwollanbaues sowie die Erzielung hoher und beständiger Ernten an Weizen und anderen Nutzpflanzen vorzusehen. ferner die weitere Entwicklung der Fleisch- und Milchviehzucht, der Feinwollschafzucht, der Geflügelzucht sowie die Auswertung des Wasserkraftstroms im Ackerbau, und zwar die weitgehende Anwendung des elektrischen Pflügens sowie die Durchführung anderer Feldarbeiten mittels Elektrotraktoren und die Einbürgerung des Kraftstroms zur Mechanisierung von zeit- und kraftraubenden Arbeitsgängen in der Viehzucht.

4. Im Jahre 1951 sind die Vorbereitungsarbeiten zum Bau des Kachowkaer Wasserkraftwerks, des Südukrainischen Kanals, des Nordkrimkanals, der großen Zuleitungs-kanäle zu Bewässerungszwecken, der Staudämme, Wasserkraftwerke, Pumpwerke und anderen Anlagen in Angriff zu nehmen; das Wasserkraftwerk bei Kachowka ist im Jahre 1956 voll in Betrieb zu nehmen, der Südukrainische Kanal, der Nordkrimkanal, die Zuleitungskanäle für Bewässerungszwecke, die Staubecken, Pumpwerke und das ganze Bewässerungssystem im Jahre 1957.

5. Das Ministerium für Kraftwerke wird beauftragt mit der Ausführung der Projektierungs- und Geländeerforschungsarbeiten sowie der Bauarbeiten zur Errichtung des Kachowkaer Wasserkraftwerks, der Schiffsschleuse, der Pumpwerke bei Kachowka, der Eingangsanlage zur Wasserentnahme aus dem Kachowkaer Staubecken sowie der Hochspannungsleitungen zu den Zentren des Kraftstromverbrauchs und zu den Pumpwerken.

Das Ministerium für Kraftwerke (Genosse Shimerin) wird beauftragt, das Projekt für den Bau der Kachowkaer Wasserkraftzentrale bis zum 1. Januar 1952 auszuarbeiten und dem Ministerrat der UdSSR vorzulegen und bei der Ausarbeitung des Projekts eine Eisenbahnüberführung über den Dnjepr auf dem Staudamm bei Kachowka vorzusehen.

Die Organisation Dnjeprostroi beim Ministerium für Kraftwerke (Genosse Andrianow) wird mit dem Bau der Kachowkaer Wasserkraftzentrale beauftragt.

6. Das Ministerium für Baumwollanbau der UdSSR wird gemeinsam mit dem Ministerrat der Ukrainischen

SSR, dem Krimer Gebietsexekutivkomitee, dem Landwirtschaftsministerium der UdSSR und dem Ministerium für Sowjetwirtschaften der UdSSR beauftragt mit der Geländeerforschung, der Projektierung und dem Bau des Südukrainischen Kanals, des Nordkrimkanals, der Zuleitungs-kanäle für Bewässerungszwecke, der Staubecken und Pumpwerke an den Kanälen, des Wasserkraftwerks am Staudamm des Molotschnaja-Flusses und den Arbeiten zur Bewässerung und Wasserversorgung der Ländereien in den Südgebieten der Ukraine und Nordbezirken der Krim.

Im Jahre 1950 ist für die Ausführung des Bauvorhabens des Südukrainischen Kanals, des Nordkrimkanals, der Zuleitungs-kanäle, Staubecken und Pumpwerke sowie für die Ausführung der Arbeiten zur Bewässerung und Wasserversorgung der Ländereien die Bauorganisation „Ukrwodstroj“ zu gründen.

Genosse A. J. Botschkin wird zum Leiter und Genosse W. N. Simakow zum Chefingenieur des Baus ernannt.

7. Die Organisation Hydroprojekt (Genosse S. J. Shuk) ist mit der Leitung aller Projektierungs- und Geländeerforschungsarbeiten zu beauftragen, die das Ministerium für Kraftwerke für das Kachowkaer Wasserkraftwerk leistet, und mit allen Arbeiten, die das Ministerium für Baumwollanbau der UdSSR für den Südukrainischen und Nordkrimkanal mit seinen Staubecken, Pumpwerken und anderen Anlagen durchführt.

8. Das Ministerium für Baumwollanbau der UdSSR (Genosse Jussupow), der Ministerrat der Ukrainischen SSR (Genosse Korotschenko), das Krimer Gebietsexekutivkomitee (Genosse Postowalow), das Landwirtschaftsministerium der UdSSR (Genosse Benediktow) und das Ministerium für Sowjetwirtschaften der UdSSR (Genosse Skworzow) werden beauftragt, bis zum 1. Oktober 1951 einen Plan zur Bewässerung und landwirtschaftlichen Erschließung der Ländereien sowie Maßnahmen zur Entwicklung der Viehzucht in den Südgebieten der Ukraine und den Nordbezirken der Krim auszuarbeiten.

9. Die Geländeerforschung, Projektierung und die Ausführung der Arbeiten zur Anpflanzung von Waldgürteln und Fixierung der Triebsandflächen am Unterlauf des Dnjepr wird folgenden Ministerien übertragen: auf den Ländereien des staatlichen Bodenfonds dem Ministerium für Forstwirtschaft der UdSSR, auf den Ländereien der Kollektivwirtschaften dem Landwirtschaftsministerium der UdSSR, auf den Ländereien der Sowjetwirtschaften dem Ministerium für Sowjetwirtschaften der UdSSR.

Die Hauptverwaltung für Schutzwaldanpflanzungen beim Ministerrat der UdSSR wird mit der Leitung der Anlage von Waldgürteln und der Fixierung der Trieb-sandflächen im Unterlauf des Dnjepr beauftragt.

Das Forstwirtschaftsministerium der UdSSR (Genosse Bowin), das Landwirtschaftsministerium der UdSSR (Genosse Benediktow) und das Ministerium für Sowjetwirtschaften der UdSSR (Genosse Skworzow) werden beauftragt, bis 1. Januar 1952 ein Projekt zur Schaffung von Waldgürteln und zur Fixierung der Trieb-sandflächen am Dnjeprunterlauf auszuarbeiten und dem Ministerrat der UdSSR vorzulegen.

(Quelle: *Prawda* vom 21. September 1950.)

Franz Kafka

Einführung und Bibliographie

von Hans Detlef Lührsen

Den Dichter Franz Kafka betrachten, heißt, die Dichtungen Kafkas aufzunehmen und als Kunstwerke zu schätzen. Dabei hat die Person des Dichters neben dem Werk den zweiten Rang. Nichts ist schädlicher, als den Dichter — und gerade diesen — aus dessen persönlichen Erfahrungen, aus dem Inhalte seiner Gestaltungen (oder gar aus einem außer ihm liegenden Begriffsschema) „deuten“ zu wollen und dabei zu vergessen, daß Dichtung — wie ein Gemälde aus Farben — ihrerseits aus Worten gemacht ist. Diese Einsicht von Zeit zu Zeit wachzurufen, ist um so notwendiger, als sonst bei der Wertung von Dichtung der Akzent sich vom Kunstwerk weg auf eine stifterische Sendung verschiebt, die zwar Folge und Funktion, nicht aber das Element echter Dichtung ist.

Kafkas künstlerische Mittel, seine Technik, Worte zu setzen, Sprache zu bilden, haben deshalb der erste Gegenstand der vorliegenden Betrachtung zu sein, die sich dann erst den Inhalten zuwendet, wobei die tiefere Entsprechung der beiden die hervorstechendste Erkenntnis (und der Ausweis von Kafkas schriftlichen Äußerungen als Dichtung) sein wird. Die Genesis der Inhalte von Kafkas Dichtung aus seiner Biographie* und gewissen weittragenden Erlebnissen wird den Beschluß bilden.

I.

Die auffallendste stilistische Eigenart von Kafkas Dichtung ist das vollkommene Fehlen des Gedichtes. Das ist mehr als eine bloße Äußerlichkeit — es deutet auf zweierlei hin: auf Kafkas Verbundenheit mit der Tradition des realistischen Romans und auf eine gewisse Denkorganisation, die später noch zu untersuchen sein wird. Des Dichters literarische Vorliebe liegt bei Heinrich von Kleist (mit dem er auch in den äußeren Lebensbedingungen manches gemeinsam hat), bei Johann Peter Hebel, dessen „Schatzkästlein“ er hoch schätzt, bei Gustave Flaubert, dem er durch einen seiner Namenssymbolismen (Bleukelt — Flaubert) huldigt. Diese Schulung, durch mancherlei andere Lektüre: Goethe, Lessing und Tolstoj — vervollständigt, befähigt ihn zu jener Prä-

zision, Kürze, ja Kargheit der Aussage, die seine Leser kennen, schätzen, und die sie verwirrt. Die „kristallklare“, „gleichsam denaturierte Prosa“ (wie Eppelsheimer sie nennt) erscheint nur auf den ersten Blick als solche; bei näherem Zusehen findet der Leser Dinge geschildert, die ihn erst später oder überhaupt nicht zu betreffen scheinen, oder er vermißt Konturen, wo er der Verdeutlichung zu bedürfen glaubt.

Diese unharmonische Betonung in der Intensität der Darstellung hat jedoch einen ganz bestimmten Zweck, nämlich den, das Absurde schildern zu können, Situationen und Verhaltensweisen darzustellen, die in sich alles andere als harmonisch sind. Denn hierum geht es Kafka in erster Linie beim Schreiben: um die Ueberwindung der Einsicht, „daß das Unfaßbare unfaßbar ist“.¹ Das Gleichnis hilft hier nicht; auch nicht die Sage, denn sie „versucht das Unerklärliche zu erklären“; aber „da sie aus einem Wahrheitsgrund kommt, muß sie wieder im Unerklärlichen enden“.² Erreicht werden kann die Erhellung nur durch die Bemühung, die in der „Betrachtung“³ gefordert wird: „Von einem gewissen Punkt an gibt es keine Rückkehr mehr. Dieser Punkt ist zu erreichen.“

Dem erkennenden Element in Kafkas Dichtung ist ein moralisches beigegeben; freilich verhüllt durch eine Art von Scham: die Hemmung, Wahrheiten oder gar Belehrungen derart zu sagen, daß sie einen direkten Anruf bedeuten. Sie verführt Kafka dazu, ein altes stilistisches Mittel zu benutzen, das schon lange zum Bestand der Fabeldichter gehört — die Technik der Inversion. „Das heißt: es wird Subjekt und Objekt, wie in allen Fabeln, invertiert oder ausgetauscht. Das klingt rein grammatisch, bedeutet aber weit mehr: Will Aesop in seinen Fabeln sagen: Menschen sind wie Tiere, so zeigt er: Tiere sind wie Menschen; will Brecht in seiner ‚Dreigroschenoper‘ sagen: Bürger sind Räuber, so stellt er Räuber als Bürger dar. Will Kafka sagen: Das Selbstverständliche und Nichtverblüffende unserer Welt ist entsetz-

*) Franz Kafka wurde am 3. Juli 1883 in Prag geboren und starb am 3. Juni 1924 im Sanatorium Kierling bei Wien.

1) „Von den Gleichnissen“. Bibl. 14, d.

2) „Prometheus“. Bibl. 14, g.

3) „Betrachtungen...“. Bibl. 14, v.

lich, so invertiert er: Das Entsetzliche ist nicht verblüffend.“⁴ (In den „Betrachtungen“ jedoch, seiner denkerischen Summe, obwohl nicht minder plastisch im Stil, wird Kafka direkt, wofür die folgende Charakterisierung der Gewohnheit des Schrecklichen diene: „Leoparden brechen in den Tempel ein und saufen die Opferkrüge leer; das wiederholt sich immer wieder; schließlich kann man es vorausberechnen, und es wird ein Teil der Zeremonie.“⁵)

Die Inversion kann mit Berechtigung nur verwandt werden, wenn ihr eine freie Austauschbarkeit der Personen und Sachen zugrundeliegt. Und in der Tat: das unbedingte Bewußtsein, daß das, was dem Schemen A. in „Eine alltägliche Verwirrung“⁶ zustoßt, auch den Schemen L. oder N. oder K. geschehen kann, durchzieht, kaum ausgedrückt und kaum ausdrückbar, Kafkas Werk.

Die freie Austauschbarkeit schafft eine Anonymität, für die die Kurzformen der Namen von Kafkas Helden nur äußere Anzeichen sind. Und überträgt man die Anonymität der Handelnden auf das Gehandelte, auf den Ablauf, so ergibt sich ein Automatismus, der ein weiteres allgemeines Kennzeichen von Kafkas Dichtung ist. Hieraus kann auch die Berechtigung abgeleitet werden, zum Beispiel den „Prozeß“⁷ als Theaterstück darzubieten, wobei die Form des epischen Theaters sich von selbst als geeignete Aufführungsmöglichkeit anbietet. Kafka selber hätte unter dem Eindruck der von ihm hochgeschätzten jiddischen Wandertheater vielleicht zu einer ähnlichen Auffassung kommen können.

Bleiben wir im Formalen, so fällt als nächste Folge dieses Automatismus „die Ewigkeit des Vorgangs“, „oder zeitlich ausgedrückt: die ewige Wiederholung des Vorgangs“,⁸ der Mangel an Ende ins Auge. Die um einzelne Situationskerne gruppierten Erzählungen leben eben nicht von ihrer Abgeschlossenheit, sondern von ihrer unendlichen Fortsetzbarkeit; sie sind daher notwendigerweise Fragmente. Es liegt hier — vom Formalen her — ein Schlüssel zum Verständnis Kafkas, denn die Inhalte, die Kafka schildert, sind nur Situationsgerüste, für die die Prosa von der Art des Fragments, des Aphorismus, der short story die adäquate Ausdrucksform ist. Es sind Grundsituationen, die in sich einem gleichen Automatismus gehorchen, wie er im Formalen bei Kafka vorherrscht; entscheidende Erfahrungsstrukturen, die untereinander durch einen mechanischen Ablauf im Sinne eines geschlossenen Kreises verbunden sind.

II.

Zu ihrer materialen Bestimmung ist es wichtig zu wissen, in welchem Bereich diese Grundsituationen anzutreffen sind, die den Gegenstand von Kafkas Beschreibung ausmachen; wichtig deshalb, weil ein gut Teil ihrer Erfahrbarkeit davon abhängt.

Es sind — und das mag die erste Konkretisierung sein — abstrakte Situationen, jederzeit auf jede (individuelle oder soziale oder theozentrische) Umwelt anwendbar; nackt und formal, ein eigentümliches Gerüst, eine Dingwelt aus Schemen. Und: — dies ihr anderer Aspekt — getragen von einem ebenso schematischen Individuum, dessen einzige Charakteristik darin gesehen werden kann, daß es immer und unabwendbar allein ist. (Es soll im folgenden Figur genannt werden.) Es grenzt das, bei der bedingungslosen Identifikation des Künstlers mit seinem Werk, über die an anderer Stelle gesprochen werden wird, an einen absoluten Totalalgoismus, der heute mehr als zu anderen Zeiten ein Kennzeichen des Dichters zu sein scheint⁹. Ein Beispiel: die Liebesszene aus dem „Schloß“¹⁰, wo es dem Landvermesser K. nicht auf das Zwischenmenschliche der Liebesbegegnung, sondern auf die pure und nackte Befriedigung seines Besitzbedürfnisses ankommt — selbst daß der Akt in einer Lache von Bier geschieht, stört ihn anscheinend nicht —, dies mag zur Illustration genügen.

Ankunft: die Tatsache, daß die Figur sich auf ein Neues zu bewegt und zu ihm in ein gewisses Verhältnis tritt —, das ist eine der Grundsituationen, die Kafka schildert. Ist es der Bräutigam, der in die „Hochzeitsvorbereitungen auf dem Lande“¹¹ eintritt; ist es Georg Bendemann, der einem plötzlich neuen Vater entgegentritt, einem Vater, der dann ein „Urteil“ über ihn spricht; ist es Karl Roßmann, der in „Amerika“ ankommt; oder der Landvermesser K., der in die Bezirke des „Schlosses“ wandert — immer ist es dieser Schritt auf ein Neues hin. Unsicherheit und Unwissenheit sind im Gefolge, ob dieser Ankunft eine Annahme folgen wird; eine Frage, die sich entweder nie entscheiden wird oder bei deren Entscheidung der Betroffene einschläft („Schloß“) oder die verneint wird, so daß das Ziel der Ankunft: das soziale Synallagma nicht erreicht wird, es immer bei dem Ankunftsversuch bleibt.

Das zweite Grunderlebnis hängt eng damit zusammen: es ist das des ausweichenden Widerstandes, der mangelnden Präsenz des Gegenüber, bei dem die Figur ankommen will. Der „Prozeß“ mit dem stets wirksamen, aber vielleicht nur imaginären Gerichts-

⁴) G. Anders, „Franz Kafka, Pro und Contra“, Die Stockholmer Neue Rundschau, Auswahl. Frankfurt: Suhrkamp. 1949. S. 334.

⁵) „Betrachtungen“, 20. Bibl. 14, v.

⁶) Bibl. 14, n.

⁷) Bibl. 11.

⁸) „Betrachtungen“, 64. 65. Bibl. 14, v.

⁹) Vergleiche für Rilke die Nachweise bei: H. Singer, „Rilke und Hölderlin“, Diss. Köln. 1950. Masch. Schr. S. 118 ff.

¹⁰) Bibl. 12.

¹¹) Bibl. Gesamtausgaben (17) Bd. 8.

hof, das „Schloß“, zu dem eine eigentümliche Fernsprechleitung führt (hier liegt die Anregung *Sartres* für die Verbindung der drei „Gäste“ zur „Direktion“ des „Hotels“ in „Huis Clos“), und — wie das meiste am klarsten in den kurzen Stücken gezeigt ist — das Tier „in unserer Synagoge“,¹² das auch den angestrengtesten Versuchen, es zu greifen, widersteht.

Was Wunder, daß die Figur unsicher wird, über die Gründe grübelt, die Argumente für und gegen eine Aufnahme abwägt (in jener einzigartigen dialektischen Schulung der talmudischen Rabulistik!), und schließlich aus diesem Rasonnement, das die Tat lähmt, groß die Schuld wächst —: Selbstanklage vor dem eigenen Gericht — nichts anderes ist bei der Introvertiertheit der Figur möglich. Eine sozialetisch nicht faßbare, gleichsam private Schuld, ist sie aber auch psychologisch nicht erkennbar oder gar zu deuten. Wenn Kafka den Satz „Zum letztenmal Psychologie!“¹³ niederschreibt, dann ist da nicht ein Mißverständnis über sich selbst im Spiele, sondern Ausdruck der Erfahrung, daß die Schuld nicht ein Teilphänomen (theologisch, sozial oder psychologisch faßbar), sondern eine Erfahrung der ganzen Figur in ihrer Existenz, eine Grundsituation in höchster Konkretheit und zugleich fernster Abstraktion ist.

Daß dieser Schuld jetzt nicht die Austreibung, die Vernichtung oder irgendeine, wie auch immer geartete, End-Lösung folgen kann, dafür sorgt das oben skizzierte Grunderlebnis des ausweichenden Widerstandes. Denn wo der rächende Gott hinter Wolken untätig ruht, gibt es keine Vertreibung aus dem Paradies. Die autoritative, einfache Lösung des antiken Dramas ist für Kafka unvollziehbar geworden.

Anstatt dessen schafft die Schuld eine Angst, eine allgemeine, nicht näher bestimmbare Angst, die ihre Unterstützung findet in dem Erlebnis des ausweichenden Widerstandes, weil nämlich die Verfügungskraft der Figur über Menschen und Dinge geschwunden ist¹⁴.

Deshalb kann eine Figur mit dieser Haltung, dieser „Knochenerweichung des Willens“ das Dilemma nicht durch Gewaltstreich überwinden. Sie bleibt auf dem „Marterkarussell“¹⁵ und befindet sich in der damit perpetuierten Ausgangssituation der Ankunft. So kommt der Landvermesser im „Schloß“ vor Unsicherheit nicht weiter in seiner Bemühung, so stünde es mit Karl Roßmann in „Amerika“,¹⁶ wenn es nicht eine Möglichkeit des Ausbrechens gäbe — den Zufall, oder, auf die Figur bezogen, die Hoffnung darauf, den *circulus vitiosus* zu verlassen und den Absprung in ein Transzendentes vollführen zu können. „Immerhin ist es sein Traum“, so formuliert Kafka

diesen Schritt in „Er“,¹⁷ „daß er einmal in einem unbewachten Augenblick — dazu gehörte allerdings eine Nacht so finster, wie noch keine war — aus der Kampflinie ausspringt und wegen seiner Kampferfahrung zum Richter über seine miteinander kämpfenden Gegner erhoben wird.“

Hier setzt nun die bemerkenswerte Tatsache ein, daß in den Ablaufbeschreibungen, den Romanen, dieser Absprung nicht vollzogen wird, weil die dem Ablauf immanente Motorik zu stark ist. Erst in einem weiteren, höchst persönlichen Stadium, dem meditativen, betrachtenden, erkennenden ist dies möglich. „Ein erstes Zeichen beginnender Erkenntnis ist der Wunsch, zu sterben. Dieses Leben erscheint unerträglich, ein anderes unerreichbar. Man schämt sich nicht mehr, sterben zu wollen; man bittet, aus der alten Zelle, die man haßt, in eine neue gebracht zu werden, die man erst hassen lernen wird. Ein Rest von Glauben wirkt dabei mit, während des Transportes werde zufällig der Herr durch den Gang kommen, den Gefangenen ansehen und sagen „Diesen sollt ihr nicht wieder einsperren. Er kommt zu mir.““¹⁸

Wenn überhaupt ein Schimmer von Hoffnung, von Freude, von Sicherheit in Kafkas Werk zu finden ist, dann in einzelnen der Aphorismen und Betrachtungen. Die Heraushebung aus dem Allgemeinen, das innere Bewußtwerden ist der einzige „wahre Weg“, wie er ihn „Robinson Crusoe“ exemplarisch leben läßt: „Hätte Robinson den höchsten oder richtiger den sichtbarsten Punkt der Insel niemals verlassen, aus Trost oder Demut oder Furcht oder Unkenntnis oder Sehnsucht, so wäre er bald zugrunde gegangen; da er aber ohne Rücksicht auf die Schiffe und ihre schwachen Fernrohre seine ganze Insel zu erforschen und ihrer sich zu erfreuen begann, erhielt er sich am Leben und wurde in einer allerdings dem Verstand nicht notwendigen Konsequenz schließlich doch gefunden.“ Daß diese Entdeckung der Insel, des eigenen Selbst, schließlich zu einer überhöhten Allgemeinheit führt, ist eine Heilssehnsucht: „Das Unzerstörbare ist eines; jeder einzelne Mensch ist es, und gleichzeitig ist es allen gemeinsam, daher die beispiellose untrennbare Verbindung der Menschen“¹⁹.

III.

Die Beschreibung der Grundsituationen in Kafkas Dichtung war nur mit einem großen Maß an Zusammenfassung, an Vereinfachung und Abstraktion möglich. In dem ausgebreiteten Werk erhält manches eine verändernde Wendung zur Vielfalt. Die Komplexität von Kafkas geistiger Struktur, die Vielschichtigkeit seiner Erlebnisfähigkeit, die Fülle der Gesichte, die sich ihm aufdrängt und die er tagtäglich zu bewälti-

¹²) Bibl. Gesamtausgaben (16) Bd. 6.

¹³) „Betrachtungen“, 93. Bibl. 14, v.

¹⁴) Vergleiche *Schäufelberger*, „Kafkas Prosafragmente“, Trivium (Zürich). VII (1949) Heft 1.

¹⁵) So *Anders* aaO.

¹⁶) Bibl. 13.

¹⁷) Bibl. 14 u.

¹⁸) „Betrachtungen“, 13. Bibl. 14, v.

¹⁹) „Betrachtungen“, 70. 71. Bibl. 14, v.

gen hat, gehören ebenso zu seinen Eigenarten wie seine Konzentration auf einige für ihn grundlegende Problemkreise. Und was wir überhaupt nicht kennen, seine vernichteten Schöpfungen, vielleicht waren sie der Ausdruck eines ganz anderen Kafka. Gerade die Tatsache, daß der Dichter mit seinem Werk stets das Gefühl der Ungenüge empfand, zeigt sein großes Verantwortungsbewußtsein für seine Hervorbringungen, die mit ihren Forderungen gegen die mannigfachen Forderungen des Tages anzukämpfen hatten.

Da war sein Beruf, dem Kafka zwar mit Eifer, aber doch mit innerer Unbefriedigung oblag. Obwohl er nur von 8—2 Uhr von ihr in Anspruch genommen war, bedeutete die Tätigkeit in der staatlichen Arbeiter-Unfall-Versicherung, in die er 1908, fünfundzwanzigjährig, eingetreten war, eine seelische und körperliche Belastung. Die Schicksale, mit denen er täglich zu tun hatte, die merkwürdige Unfallbereitschaft der meisten Menschen; ihre unterwürfige Haltung gegenüber der Versicherung, von der sie zu fordern anstatt zu bitten hatten; die sozialen Probleme des Alten Oesterreich, das innerlich weder mit der Arbeiterfrage noch mit der der tschechischen Nationalität fertig geworden war; dies alles beschäftigte ihn auf das tiefste, ohne daß er die Möglichkeit sah, eine innere Verbindung zwischen diesen Problemen und seinem Werk herbeizuführen. Es waren zwei völlig getrennte Sphären; und er verblieb nur in der einen, ihm nicht gemäßen, weil er der Subsistenzmittel bedurfte, um sich ein gewisses Maß an Unabhängigkeit zu sichern.

Zwar hatte er einen Vater, der ihn überlebte und der ihn hätte erhalten können, doch die psychische Vergewaltigung, die von seiner lebensstüchtigen, kraftvollen und daher manchmal rücksichtslosen und brutalen Art ausging, zwang Kafka dazu, wenigstens äußerlich so wenig wie möglich von ihm abhängig zu sein. Seine seelischen Kämpfe mit der Vater-Imago haben sich in dem (aus persönlichen Rücksichten noch nicht vollständig veröffentlichten) „Brief an den Vater“²⁰ niedergeschlagen, und es ließe sich manche Erzählung, wie „Das Urteil“²¹ oder „Die Verwandlung“²² aus diesen schweren Kämpfen erklären, wenn nicht die Erhöhung ins Allgemeine, ins Künstlerische eine solche Deutung ausschloße.

Was Kafka von seinem Vater fernerhin trennte, war die veräußerlichte religiöse Haltung, die er bei ihm antraf. In jüngeren Jahren ohne religiöses Bewußtsein aufgewachsen, regten sich bald unter Anregungen seiner Prager Freunde, vor allen Dingen Max Brods, die rabbinischen Traditionen der mütterlichen Familie, die in ein immer stärker werdendes bewußtes Zugehörigkeitsgefühl zur Judenheit ausmündeten. Der jüdische erlösungssehnstüchtige Ge-

setzesglaube mit seiner formalen Schulung hat, zusammen mit den Äußerungen jüdischen Volkstums, denen er in Form der jiddischen Wandertheater begegnete und denen er ausführliche Schilderungen in seinen Tagebüchern widmet, gewiß viel zu Kafkas geistiger Formung beigetragen. (Eine Studie von Martin Buber über Kafka und das Judentum hätte hier, wäre sie geschrieben worden, Wegweisendes aussagen können.) — Dem Extrem des Zionismus hat Kafka sich jedoch nicht zugeneigt, was ihn in einen gewissen sachlichen Gegensatz zu Max Brod gebracht hat, an dessen hingebender Freundschaft dies jedoch nicht das geringste änderte.

Auch zur altjüdischen Glaubensorthodoxie hat sich Kafka nie bekennen können, und das hat ihm, wegen des daraus resultierenden Widerstandes des Brautvaters, noch in den letzten Monaten seines Lebens das Glück, eine Lebensgefährtin gefunden zu haben, geschmälert. Standen Kafkas Versuche einer ehelichen Bindung aus seelischen, gesundheitlichen und wirtschaftlichen Gründen schon seit je nicht unter einem günstigen Stern, so ging ihm in der Zeit seiner schweren Erkrankung, die dann im Juni 1924 zum Tode führte, eine solche Störung des langsam erst beginnenden Heimat- und Glücksgefühls besonders nahe.

So starb Kafka, noch zuletzt und ganz persönlich in jenem Zwiespalt, der auch seinen Gestalten mitgeteilt ist, und der ihn seit seinen frühesten Äußerungen beschäftigte, ohne eine Entscheidung über die Alternative herbeiführen zu können, was er sei: Ende oder Anfang.

IV.

Die vorgelegte Bibliographie erhebt Anspruch darauf, so vollständig zu sein, wie dies heute in Deutschland möglich ist. Die Wirkung Kafkas hat sich aus dem deutschen Sprachgebiet vornehmlich nach Nordamerika und Frankreich verlagert. Dieser Umstand erschwert die Verfolgbarkeit des Kafkaschen Werks außerordentlich, und der Verfasser ist deshalb Freunden im Auslande nicht weniger als solchen im Inlande für ihre bisherigen Hilfeleistungen zu großem Dank verpflichtet.

Die Fortführung der vorliegenden Bibliographie und die Erweiterung um eine Liste der Sekundärliteratur sind ins Auge gefaßt. Ergänzungen und Berichtigungen werden beim Verfasser stets auf dankbares Interesse stoßen.

Bei der vorliegenden Liste folgen auf den Titel Ort und Zeit der Erstveröffentlichung (I) und weiterer Publikationen (II und III). Es schließt sich eine Aufzählung der Uebersetzungen (Ü) an, die (nach der Sprache) den fremdsprachigen Titel, den Namen des Uebersetzers und den Fundort berücksichtigt.

²⁰) Bibl. Gesamtausgabe (17), Bd. 9.

²¹) Bibl. 4.

²²) Bibl. 6.

Bibliographie

A. Einzelausgaben

1. Gespräch mit dem Beter; Gespräch mit dem Betrunkenen.
I: Hyperion. 2. Folge, 1. Band, VIII. Heft (München: Hans von Weber) 1909. S. 126—131, 131—133.
II: siehe Gesammelte Schriften (1935)
Bd. I (zu: Beschreibung eines Kampfes).
Ü: franz.: *Description d'un combat*. Von Clara Malraux und Rainer Dorland. Lithos von Adlan. (Paris: Maeght) 1946. 83 S.
2. Die Flugzeuge von Brescia.
I: Bohemia (Prag) vom 28. 9. 1909.
II: in: Max Brod, Franz Kafka. Erinnerungen und Dokumente. (Prag: Mercy) 1937 (und in den Uebersetzungen dieses Buches).
3. Betrachtung.
I: Fünf Stücke daraus in Bohemia (Prag), Osterbeilage vom 27. 3. 1910.
II: Achtzehn kurze Stücke. (Leipzig: Rowohlt) 1913. 99 S. (Eine 2., unveränderte Auflage erschien vor 1916).
 - a) Kinder auf der Landstraße.
Ü: engl.: *Children on the Highway*. Von Muriel Kittel. Quaterly Review of Literature. Band II, Nr. 3 (1945), S. 174—182.
 - b) Entlarvung eines Bauernfängers.
 - c) Der plötzliche Spaziergang.
 - d) Entschlüsse.
 - e) Der Ausflug ins Gebirge.
 - f) Das Unglück des Jungesellen.
 - g) Der Kaufmann.
 - h) Zerstreutes Hinausschaun.
Ü: engl.: *Fleeting Glimpse*. wie a)
 - i) Der Nachhauseweg.
Ü: engl.: *The Way Home*. wie a)
 - k) Die Vorüberlaufenden.
Ü: engl.: *The Runners*. wie a)
 - l) Der Fahrgast.
 - m) Kleider.
 - n) Die Abweisung.
Ü: engl.: *The Refusal*. wie a)
 - o) Zum Nachdenken für Herrenreiter.
 - p) Das Gassenfenster.
 - q) Wunsch, Indianer zu werden.
Ü: engl.: *A Wish To Be an Indian*. wie a)
 - r) Die Bäume.
Ü: engl.: *The Trees*. wie a)
 - s) Unglücklichsein.
Ü: engl.: *Being Unhappy*. wie a)
4. Das Urteil. Eine Geschichte... für Fräulein Felice B.
I: Arkadia. Ein Jahrbuch für Dichtkunst. Herausgegeben von Max Brod. (Leipzig: Wolff) 1913. S. 53—65.
II: Leipzig: Wolff. 1916. („Der jüngste Tag“ 34.), 28 S.
Ü: engl.: *The Sentence*. Von Eugene Jolas. Transition 1928. S. 35—47. Neudruck in: Transition Stories (herausgegeben von Eugene Jolas und Robert Sage), New York: McKee 1929.
franz.: *Le Verdict*. Von Pierre Klossowski und Pierre Leyris. Bifur (Paris) 1930. S. 1—17.
franz.: *Le Jugement*. Von Pierre Meylan. Illustriert von Suzanne Aitken. („Collection de l'Oiselier“ 7.) Porrentruy/Schweiz 1944. 65 S.
engl.: *The Judgment*. Von Rosa M. Beuscher. Quarterly Review of Literature. Band II, Nr. 3 (1945). S. 189—198.
5. Der Heizer. Ein Fragment.
[Erstes Kapitel von Amerika = (13).] (Kafka erhält 1915 hierfür den Fontane-Preis.)
I: Leipzig: Kurt Wolff. 1913 („Der jüngste Tag“ 3.). 47 S.
II: Berlin: Der Neue Geist Verlag. 1947. 48 S.
Ü: franz.: *Le Soutier*. Von Jean Carrière. Cahiers du Sud (Marseilles) 1945. S. 121—146.
6. Die Verwandlung.
I: Leipzig: Kurt Wolff. 1916. („Der jüngste Tag“ 22/23). 75 S.
Ü: span.: *La Metamorfosis*. Revista de Occidente III (1925). S. 273—306; IV (1925). 33—79.
franz.: *La Métamorphose*. Von Alexandre Vialatte. Nouvelle Revue Française (Paris) 1928. I, S. 66—84; II, S. 212—231; III, S. 350—371.
ital.: *La Metamorfosi*. Von Rodolfo Paoli. Florenz: Valecchi. 1933.
engl.: *Metamorphosis*. Von Eugene Jolas. Transition 1936: S. 27—38; 1937: S. 53—72; 1938: S. 79—103.
engl.: *The Metamorphosis*. Von A. L. Lloyd. (London: Parton Press). 1937. 74 S.
franz.: *La Métamorphose*. Von Alexandre Vialatte. I: Paris: Gallimard 1938; II: Paris: Gallimard 1946. 223 S.
span.: *La Metamorfosis*. Von Jorge Luis Borges. Buenos Aires: Editorial Losada. 1938. (Enthält auch andere, jeweils zitierte Stücke Kafkas.) 189 S.
7. Ein Landarzt. Vierzehn kurze Stücke. (Mit einer Widmung an den Vater.)
I: Leipzig u. München: Wolff 1919. 191 S.
Ü: insgesamt: engl.: *The Country Doctor*. Illustriert von Vera Leslie. Oxford: Counterpoint Publications 1946. 47 S.
Einzeln:
 - a) Der neue Advokat.
Ü: ital.: *Il nuovo avvocato*. Von Giuseppe Ménassé, Il Convegno (Mailand), August 1928. S. 383—390.
 - b) Ein Landarzt.
Ü: engl.: *The Country Doctor*. Von C. C. New Directions (Norfolk, Conn.: New Directions) 1940. S. 436—442.
engl.: *A Country Doctor*. Von M. B. Quarterly Review of Literature. Band II, Nr. 3 (1945) S. 183—188.
 - c) Auf der Galerie.
II: Die Neue Zeitung (München) vom 20. 10. 1947.
 - d) Ein altes Blatt.
Ü: ital.: *Un vecchio foglietto*. Von Giuseppe Ménassé. Il Convegno (Mailand) August 1928. S. 383—390.
engl.: *An Old Page*. Von Sophie Prombaum. I: Twice A Year (New York) 1940, II. S. 539 bis 541. II: A Franz Kafka Miscellany (New York: Twice A Year Press) 1940. S. 67—69.
 - e) Vor dem Gesetz.
Ü: Berlin: Schocken. 1934. (Enthält fünf, jeweils zitierte kurze Geschichten.) Zusammengestellt von H. Politzer.
Ü: ital.: *Davanti alla legge*. Von Giuseppe Ménassé. Il Convegno (Mailand) August 1928. S. 383 bis 390.
franz.: *Devant la Loi*. Von Félix Bertaux, K. W. Korner und Jules Supervielle. Nouvelle Revue Française (Paris) 1929. S. 205—211.
span.: *Ante la Ley*. Von Jorge Luis Borges. Antología de la literatura fantástica. (Herausgegeben von J. L. Borges, S. Ocampo und A. Bioy Casares) Buenos Aires: Editorial Sudamericana. 1940. S. 224—225.
engl.: *Before the Law*. Von Philip Horton. New Letters in America. (Herausgegeben von Norton 1947. S. 145—150. Horace Gregory), New York: engl.: *Before the Law*. Von Heinz Berggruen. New Directions (Norfolk, Conn.) 1941. S. 352—353.
 - f) Schakale und Araber.
Ü: engl.: *Jackals and Arabs*. Von Mimi Bartel. New Directions (Norfolk, Conn.) 1942. S. 408—412.
 - g) Ein Besuch im Bergwerk.
 - h) Das nächste Dorf.
Ü: franz.: *Le plus proche village*. Von Félix Bertaux, K. W. Korner und Jules Supervielle. Nouvelle Revue Française (Paris) 1929. S. 205—211.
 - i) Eine kaiserliche Botschaft.
Ü: franz.: *Un Message Impérial*. Von Félix Bertaux, K. W. Korner und Jules Supervielle. Nouvelle Revue Française (Paris) 1929. S. 205—211.
 - k) Die Sorge des Hausvaters.

- Ü: franz.: *Odradek*. Illustriert von Max Ernst. Minotaure (Paris) Nr. 10 (1937).
- l) Elf Söhne.
- m) Ein Brudermord.
Ü: ital.: *Un fraticidio*. Von Giuseppe Ménassé. II Convegno (Mailand) August 1928. S. 383—390.
franz.: *Il Tue son Frère*. Von Félix Bertaux, K. W. Korner und Jules Supervielle. Nouvelle Revue Française (Paris) 1929. S. 205—211.
- n) Ein Traum.
- o) Ein Bericht an eine Akademie.
II: in: Vor dem Gesetz. (Berlin: Schocken) 1934. (siehe e).
Ü: engl.: *A Report for an Academy*. Von William A. Drake. The Literary World (New York) 1934. S. 4—5.
engl.: *A Report to an Academy*. Von Rosa M. Beuscher und Kate Flores. Quarterly Review of Literature. Band II, Nr. 3 (1945), S. 199—206.
span.: *Informe para una Academia*. Von Maria Rosa Oliver. (Buenos Aires: Editores Emecé) 1945. 43 S.
8. In der Strafkolonie.
I: München: Kurt Wolff. 1919. (Drugulin-Drucke N. F. 4.) 69 S.
II: Der Monat. (Berlin und München), I, (1949), Heft 8/9. S. 72—88.
Ü: franz.: *Au Bagne*. Von Jean Carrière. Cahiers du Sud (Marseilles), Dezember 1938. S. 836—863.
engl.: *In the Penal Colony*. Von Eugene Jolas.
1. Partisan Review. März-April 1941. S. 98—107 und 146—158.
2. Horizon. März 1942. S. 158—183.
3. in: Understanding Fiction. (Herausgegeben von Cleanth Brooks und Robert Penn Warren). New York: Crofts. 1944. S. 441—467.
franz.: *La Colonie Pénitentiaire*. Von Jean Starobinski. Fribourg/S. und Paris: Egloff 1945. 343 S. (Enthält auch andere, jeweils zitierte Stücke.)
franz.: *La Colonie Pénitentiaire*. Von Alexandre Vialatte. Paris: Gallimard. 1947. 188 S. (Enthält auch andere, jeweils zitierte Stücke.)
engl.: *In the Penal Colony*. Von Willa und Edwin Muir. New York: Schocken. 1948. 6 und 320 S. (Definitive englische Ausgabe.)
9. Der Kübelreiter.
I: Prager Presse (Prag) vom 25. Dezember 1921. II: in: Beim Bau der Chinesischen Mauer. (vgl. 14.)
Ü: engl.: *The Scuttle-Rider*. Von G. Humphrey-Roberts. Life and Letters (London). Dezember 1938. S. 49.
engl.: *The Bucket Rider*. Von Edwin Muir. in: The Heart of Europe. (Herausgegeben von Klaus Mann und Hermann Kesten.) New York: L. B. Fischer. 1943.
franz.: *A Cheval sur le Seau à Charbon*. Von Jean Starobinski. in: La Colonie Pénitentiaire. Fribourg/S. und Paris: Egloff. 1945.
10. Ein Hungerkünstler. Vier Erzählungen. I: Berlin: Die Schmiede. 1924. 86 S.
Einzelne:
a) Erstes Leid.
Ü: span.: *Un artista de trapezio*. Revista de Occidente (Madrid) X (1932). S. 209—213.
engl.: *First Grief*. Von Lilian F. Turner. Life and Letters. Sommer 1937. S. 57—59.
span.: *Un artista de trapezio*. Von Jorge Luis Borges. in: Lam Metamorfosis. Buenos Aires: Editorial Losada. 1938.
franz.: *Premier Chagrin*. Von Alexandre Vialatte. in: La Colonie Pénitentiaire. Paris: Gallimard 1947. S. 53—57.
b) Eine kleine Frau.
Ü: engl.: *A Little Woman*. Von Francis C. Golfing. Accent. Sommer 1943. S. 223—227.
franz.: *Une Petite Femme*. Von Alexandre Vialatte. in: La Colonie Pénitentiaire. Paris: Gallimard. 1947. S. 58—68.
c) Josefina, die Sängerin, oder Das Volk der Mäuse. II: in: Vor dem Gesetz. Berlin: Schocken. 1934.
Ü: franz.: *Josephine, la Cantatrice*. Cahiers du Sud (Marseilles) Mai 1934.
span.: *Josefina la Cantora, o El Pueblo de los Ratones*. Von Jorge Luis Borges. in: Antología de la literatura fantástica. (Herausgegeben von J. L. Borges, S. Ocampo und A. Bioy Casares.) Buenos Aires: Editorial Sudamericana. 1940. S. 142—156.
engl.: *Josephine, the Songstress, or The Mice Nation*. Von Clement Greenberg. Partisan Review Mai-Juni 1942. S. 213—228.
franz.: *Josephine, la Cantatrice*. Von Alexandre Vialatte. in: La Colonie Pénitentiaire. Paris: Gallimard 1947. S. 85—110.
d) Ein Hungerkünstler. I: (erste Fassung): Die Neue Rundschau (Berlin) XXXIII (1922). S. 983 ff.
Ü: span.: *Un Artista del Hambre*. Von Jorge Luis Borges. in: La Metamorfosis. Buenos Aires: Editorial Losada. 1938.
engl.: *The Hunger-Artist*. Von H. Steinhauer und Helen Jessiman. in: Modern German Short Stories. (Herausgegeben von den Übersetzern.) New York und London: Oxford University Press. 1938. S. 203—217.
engl.: *The Hunger-Artist*. Von M. L. Nielsen. Rocky Mountain Review. Winter 1946. S. 80—89.
franz.: *Un Champion de Jeûne*. Von Alexandre Vialatte. in: La Colonie Pénitentiaire. Paris: Gallimard 1947. S. 69—84.
11. Der Prozeß. I: Berlin: Die Schmiede. 1924. 411 S.
Ü: franz.: *Le Procès*. Von Alexandre Vialatte. Paris: Gallimard. 1933. 283 S.
norwegisch: *Prosesser*. Von Paul Gjesdahl. Oslo: Lie. 1933. 258 S.
ital.: *Il Processo*. Von Alberto Spaini. Turin: Frassinelli. 1933. 328 S.
engl.: *The Trial*. Von Willa und Edwin Muir. London: Gollancz und New York: Knopf. 1937. 297 S.
span.: *El Proceso*. Von Vincente Mendivil. Buenos Aires: Editorila Losada. 1939. 268 S.
franz.: *Le Procès*. Von Alexandre Vialatte. Mit einer Einleitung von Bernhard Groethuysen. Paris: Gallimard 1946. 19 und 283 S.
Bearbeitungen:
franz.: *Le Procès*. Pièce tirée du roman de Kafka. Von André Gide und Jean-Louis Barrault. Paris: Gallimard 1948.
(Davon: Rückübersetzung ins Deutsche von Josef Glücksmann. 1950. Noch ungedruckt. Erstaufführung: Berlin-Dahlem, Juni 1950.)
(Ferner: Rückübersetzung ins Deutsche von Gustaf Gründgens und Ulrich Erfurth. 1950. Noch ungedruckt. Erstaufführung: Recklinghausen, Juli 1950.)
engl.: *The Scapegoat*. Von John F. Matthews. 1949. Noch ungedruckt. Erstaufführung: New York, Februar 1950.
12. Das Schloß I: München: Kurt Wolff. 1926. 504 S.
Ü: engl.: *The Castle*. Von Willa und Edwin Muir. London: Secker & Warburg und New York: Knopf. 1930. 340 S.
franz.: *Le Château*. Von Alexandre Vialatte. Paris: Gallimard. 1938. 255 S. (Neue Ausgabe: 1948. 188 S.)
engl.: (auszugsweise:) Von Sophie Prombaum. in: A Franz Kafka Miscellany. New York: Twice A Year Press. 1940. S. 75—97.
engl.: *The Castle*. Von Willa und Edwin Muir. Mit einer Einleitung von Thomas Mann. New York: Knopf. 1941. (Einleitung einzeln in deutscher Sprache: Der Monat [Berlin und München] I [1949]. S. 66—70).
13. Amerika. (Arbeitstitel: Der Verschollene.) I: München: Kurt Wolff. 1927. 392 S.
Ü: engl.: *America*. Von Willa und Edwin Muir. London: Routledge and Kegan Paul. 1938. 312 S.
engl.: *Amerika*. Von Willa und Edwin Muir. Mit einer Einleitung

- von Klaus Mann. Norfolk, Conn.: New Directions 1940. 356 S.
span.: *América*. Von D. J. Vogelmann. Buenos Aires: Emecè. 1943. 356 S.
hebräisch: *Amerika*. Von Isaac Shenberg. Jerusalem: Schocken. 1945.
franz.: *L'Amérique*. Von Alexandre Vialatte. Paris: Gallimard. 1946. 399 S.
engl.: *Amerika*. Von Willa und Edwin Muir. Mit einem Nachwort von Max Brod. London: Secker & Warburg. 1949. 312 S. (Definitive englische Ausgabe.)
14. Beim Bau der Chinesischen Mauer. Ungedruckte Erzählungen und Prosa aus dem Nachlaß. (Herausgegeben von Max Brod und Hans-Joachim Schoeps.) I: Berlin: Kiepenheuer. 1931. II: Hagen-Haspe: Kiepenheuer. 1948. 252 S.
Ü: insgesamt:
engl.: *The Great Wall of China, and Other Pieces*. Von Willa und Edwin Muir. London: Secker & Warburg. 1933. 286 S. (Neue Ausgabe: 1946.)
Einzeln:
a) Beim Bau der Chinesischen Mauer. III: in: Vor dem Gesetz. Berlin: Schocken. 1934.
Ü: span.: *La Edificación de la Muralla China*. Von Jorge Luis Borges. in: *La Metamorfosis*. Buenos Aires: Editorial Losada. 1938.
engl.: *The Great Wall of China*. in: *The Seals of God. Great Stories of the Human Spirit*. (Herausgegeben von Whit Burnett.) Philadelphia und New York: Lippincott. 1944.
franz.: *La Muraille de Chine*. Von Jean Carrière. Paris und Villeneuve lès Avignon: Seghers. 1944. 95 S.
franz.: *La Construction de la Muraille de Chine*. Von Jean Starobinski. in: *La Colonie Pénitentiaire*. Fribourg/S. und Paris: Egloff. 1945.
b) Zur Frage der Gesetze.
c) Das Stadtwappen.
Ü: span.: *El Escudo de la Ciudad*. Von Jorge Luis Borges. in: *La Metamorfosis*. Buenos Aires: Editorial Losada 1938.
engl.: *The Seal of the City*. in: *The Seals of God: Great Stories of the Human Spirit*. Philadelphia und New York: Lippincott. 1944.
franz.: *Les Armes de la Ville*. Von Jean Starobinski. in: *La Colonie Pénitentiaire*. Fribourg/S. und Paris: Egloff. 1945.
d) Von den Gleichnissen. III: in: Vor dem Gesetz. Berlin: Schocken. 1934.
Ü: span.: *Sobre Parábolas*. Von Eduardo Mallea. Sur. (Buenos Aires) März 1936, S. 21—28.
engl.: *About Parables*. Von G. Humphreys-Roberts. *Twice A Year* (New York) Herbst-Winter 1938, S. 129—131.
engl.: *On Parables*. in: *The Seals of God: Great Stories of the Human Spirit*. Philadelphia und New York: Lippincott. 1944.
e) Die Wahrheit über Sancho Pansa.
Ü: span.: *La Verdad sobre Sancho Pansa*. Von Eduardo Mallea. Sur (Buenos Aires) März 1936, S. 21—28.
f) Das Schweigen der Sirenen. III: Der Monat (Berlin und München) I (1949) Heft 8/9, S. 70—71.
Ü: engl.: *The Silence of the Sirens*. Von G. Humphreys-Roberts. *Twice A Year* (New York), Herbst-Winter 1938, S. 129—131.
engl.: *The Silence of the Sirens*. Von Edwin Muir. in: *Heart of Europe*. (Herausgegeben von Klaus Mann und Hermann Kesten.) New York: L. B. Fischer. 1943. S. 543—549.
g) Prometheus.
III: Der Monat (Berlin und München) I (1949), Heft 8/9, S. 71.
Ü: engl.: *Fragment: Four Sagas Tell about Prometheus*. Transition, Nr. 23. (New York) 1935. S. 25.
span.: Prometheus. Von Jorge Luis Borges. in: *La Metamorfosis*. Buenos Aires: Editorial Losada. 1938.
h) Der Jäger Gracchus.
Ü: engl.: *The Hunter Gracchus*. in: *Yisroël: The First Jewish Omnibus*. London: J. Heritage. 1933. S. 457—459.
franz.: *Le Chasseur Gracchus*. Von Jean Starobinski. in: *La Colonie Pénitentiaire*. Fribourg/S. und Paris: Egloff. 1945.
i) Der Schlag ans Hoftor.
III: Die Wandlung (Heidelberg) 1946, S. 1049—1050.
Ü: engl.: *The Knock at the Farm Gate*. Von Eugene Jola. Transition, (New York) März 1932. S. 58—64.
span.: *El Llamado a la Puerta del Castillo*. Von Eduardo Mallea. Sur (Buenos Aires) März 1936, S. 21—28.
k) Eine Kreuzung.
Ü: franz.: *Un Divertissement*. Von Henri Perisot. Paris: Éditions G. L. M. 1938. 23 S.
span.: *Una Cruz*. Von Jorge Luis Borges. in: *La Metamorfosis*. Buenos Aires: Editorial Losada. 1938.
l) Die Brücke.
Ü: engl.: *The Bridge*. Von Edwin Muir. in: *Heart of Europe* (herausgegeben von Klaus Mann und Hermann Kesten) New York: L. B. Fischer. 1943. S. 543—549.
franz.: *Le Pont*. Von Jean Starobinski. in: *La Colonie Pénitentiaire*. Fribourg/S. und Paris 1945.
m) Kleine Fabel.
Ü: span.: *Pequeña Fábula*. Von Eduardo Mallea. Sur (Buenos Aires) März 1936, S. 21—28.
n) Eine alltägliche Verwirrung.
III: in: Hannah Arendt, Franz Kafka von neuem gewürdigt. Die Wandlung. (Heidelberg) 1946. S. 1059.
Ü: engl.: *An Everyday Confusion*. Von Eugene Jolas. Transition (New York) März 1932. S. 58—64.
span.: *Un Confusión Cotidiana*. Von Jorge Luis Borges. in: *La Metamorfosis*. Buenos Aires: Editorial Losada. 1938.
engl.: *A Common Confusion*. Von Edwin Muir. in: *Heart of Europe* (herausgegeben von Klaus Mann und Hermann Kesten.) New York: L. B. Fischer. 1943.
o) Der Kübelreiter. (vgl. 9.)
p) Das Ehepaar.
III: Die Wandlung (Heidelberg) IV (1949). S. 155.
Ü: engl.: *The Married Couple*. Von Eugene Jolas. Transition (New York) März 1932. S. 58—64.
q) Der Nachbar.
Ü: engl.: *My Neighbour*. Von Edwin Muir. in: *Heart of Europe* (herausgegeben von Klaus Mann und Hermann Kesten). New York: L. B. Fischer. 1943.
franz.: *Le Voisin*. Von Jean Starobinski. in: *La Colonie Pénitentiaire*. Fribourg/S. und Paris: Egloff. 1945.
r) Der Bau.
Ü: franz.: *Le Terrier*. Von Alexandre Vialatte. Nouvelle Revue Française. (Paris) 1933. S. 607—615.
Neudruck in: *La Colonie Pénitentiaire*. Paris: Gallimard. 1947. S. 111—163.
engl.: *The Builders*. in: *The Seals of God. Great Stories of the Human Spirit* (herausgegeben von Whit Burnett). Philadelphia und New York: Lippincott. 1944.
franz.: *Le Terrier*. Von Jean Starobinski. in: *La Colonie Pénitentiaire*. Fribourg/S. und Paris. 1945.
s) Der Riesenmaulwurf.
Ü: franz.: *La Taupe Géante*. Von Alexandre Vialatte. in: *La Colonie Pénitentiaire*. Paris: Gallimard 1947. S. 165—187.
t) Forschungen eines Hundes.
Ü: franz.: *Recherches d'un chien*. Von Jean Carrière. Paris: A l'Arbalète. 1944.
u) „Er“.
III: Europäische Revue (Berlin) VII (1931). S. 373—379.
v) Betrachtungen über Sünde, Leid,

- Hoffnung und den wahren Weg.
 Ü: franz.: *Considérations sur le Pêché, la Douleur, l'Espoir et la Véritable Voie*. Von Jean Starobinski. in: La Colonie Pénitentiaire. Fribourg/S. und Paris: Egloff. 1945.
 Ü: franz.: *Considérations sur le Pêché...* Von Pierre Klossowski. in: Journal Intime. Paris: Grasset. 1945. 319 S.
15. Aus den Aphorismen.
 I: in: Vor dem Gesetz. Berlin: Schocken. 1934.
 Ü: span.: *Aforismos*. Von Eduardo Mallea. Sur (Buenos Aires) März 1936. S. 21—28.
- B. Gesamtausgaben.**
16. Gesammelte Schriften.
 In 6 Bänden.
 Band I: Berlin: Schocken. 1935. 280 S.
 Enthält: Zwei Gespräche aus einer später vernichteten Erzählung: „Die Beschreibung eines Kampfes“ (vgl. 1.)
 Betrachtung. Achtzehn Stücke. (vgl. 3.)
 Das Urteil (vgl. 4.)
 Die Verwandlung (vgl. 6.)
 Ein Landarzt. Vierzehn Stücke. (vgl. 7.)
 In der Strafkolonie (vgl. 8.)
 Ein Hungerkünstler. Vier Stücke. (vgl. 10.)
 Anhang: Max Brod und Franz Kafka: Die erste lange Eisenbahnfahrt. Nachwort von Max Brod.
 Band II: Berlin: Schocken. 1935. 315 S.
 Amerika (vgl. 13.)
 Band III: Berlin: Schocken. 1935. 286 S. Der Prozeß (vgl. 11.)
 Band IV: Berlin: Schocken. 1935. 425 S. Das Schloß (vgl. 12.)
 Band V: Prag: Heinrich Mercy. 1936.
 Enthält: Beschreibung eines Kampfes.
 Beim Bau der Chinesischen Mauer (vgl. 14a.)
 Die Abweisung.
 Zur Frage der Gesetze (vgl. 14b.)
 Das Stadtwappen (vgl. 14c.)
 Von den Gleichnissen (vgl. 14d.)
 Die Wahrheit über Sancho Pansa (vgl. 14e.)
 Das Schweigen der Sirenen (vgl. 14f.)
 Prometheus (vgl. 14g.)
 Poseidon.
 Der Jäger Gracchus (vgl. 14h.)
 Der Schlag ans Hoftor (vgl. 14i.)
 Eine Kreuzung (vgl. 14k.)
 Die Brücke (vgl. 14l.)
 Der Geier.
 Ü: engl.: *The Vulture*. Von G. Humphreys-Roberts. Twice A Year (New York) Herbst-Winter 1938, S. 129—131.
 span.: *El Buitre*. Von Jorge Luis Borges. in: La Metamorfosis. Buenos Aires: Editorial Losada. 1938.
- Der Aufbruch.
 Gibb auf!
 II: in: Politzer, Heinz, Franz Kafka. Versuch einer Deutung der Anekdote Gibb auf! mit Abdruck der Anekdote. Jüdische Welt-Rundschau (Jerusalem) vom 9. Juni 1939.
 Nachts.
 Der Steuermann.
 Der Kreisel.
 Kleine Fabel (vgl. 14m)
 Eine alltägliche Verwirrung (vgl. 14n).
 Der Kübelreiter (vgl. 14o).
 Das Ehepaar (vgl. 14p).
 Der Nachbar (vgl. 14q).
 Die Prüfung.
 Fürsprecher.
 Heimkehr.
 Ü: franz.: *Retour au Foyer*. Von Jean Starobinski. in: La Colonie Pénitentiaire. Fribourg/S. und Paris: Egloff 1945.
 Gemeinschaft.
 Blumfeld, ein älterer Junggeselle.
 Ü: engl.: *Blumfeld, an Elderly Bachelor*. Von Philip Horton. Partisan Review. Herbst 1938. S. 54—65 und Winter 1939, S. 96 bis 102.
 Der Bau (vgl. 14 r).
 Der Riesenmaulwurf (vgl. 14s).
 Forschungen eines Hundes (vgl. 14t).
 „Er“ (vgl. 14u).
 Der Gruftwächter.
- Band VI: Prag: Heinrich Mercy. 1937. Enthält: Tagebücher und Notizhefte; Quartheft; Zwei Reisetagebücher: Friedland, Reichenberg, Weimar, Jungborn; Tagebuchnotizen aus anderen Heften.
 Ü: engl.: *From Kafka's Diaries*. Von Edwin Muir. New Statesman and Nation (London) vom 29. März 1941, und Saturday Review of Literature (New York) vom 26. Juli 1941, S. 3—4.
 engl.: *Selections from Diaries and Notebooks of Franz Kafka*. Von Willa Muir. Orion (London) Nr. 1 (1945.) S. 104—115.
 franz.: *Journal Intime* (1917—1923). Von Jean Starobinski. in: La Colonie Pénitentiaire. Fribourg/S. und Paris 1945.
 franz.: *Journal Intime*. Von Pierre Klossowski. (Enthält auch andere, jeweils zitierte Stücke.) Paris: Grasset 1945. 319 S.
 Fragmente.
 Skizze zu einer Selbstbiographie.
 Ü: franz.: *Esquisse d'un Autobiographie*. Von Pierre Klossowski. in: Journal Intime. Paris: Grasset 1945.
 Fragment zu „Bericht für eine Akademie“ (vgl. 7, o).
 Fragment zu „Beim Bau der Chinesischen Mauer“ (vgl. 14 a).
 Ü: engl.: *The Conscription*. Von Olga Marx. Quarterly Review of Literature. Band II. (1945) Nr. 3, S. 207—210.
 Fragment zu „Der Jäger Gracchus“ (vgl. 14a).
 Bei den Toten Gast.
 Ü: franz.: *L'Invité des Morts*. Von Marthe Robert. in: Introduction à la Lecture de Kafka. Paris: Les Sagittaires 1946.
 Der Aufruf.
 Das Dorngebüsch.
 In unserer Synagoge.
 II: Merkur (Baden-Baden) II (1948) S. 110—112.
 Ü: franz.: Dans notre Synagoge. Von Marthe Robert. in: Introduction à la Lecture de Kafka. Paris: Les Sagittaires 1946.
 Neue Lampen.
 Ü: engl.: *New Lamps*. Von Olga Marx. Quarterly Review of Literature. Band II, (1945) Nr. 3, S. 207—210.
 Das Schwert.
 Ü: franz.: *L'Épée*. Von Jean Carrière. Paris: Editions Girotion. 1939.
 span.: *La Espada (y otros textos)*. La Plata: Editorial M. F. 1942.
 engl.: *The Sword*. Von Olga Marx. Quarterly Review of Literature, Band II (1945), Nr. 3, S. 207—210.
 franz.: *L'Épée*. Von Marthe Robert. in: Introduction à la Lecture de Kafka. Paris: Les Sagittaires 1946.
 Meditationen.
 Ü: franz.: *Méditations*. Von Pierre Klossowski. in: Journal Intime. Paris: Grasset 1945.
 Briefe.
17. Gesamtausgabe.
 In 10 Bänden. New York: Schocken 1946 ff.
 Bände I—V wie 16.
 Plan für die Bände VI—X:
 Bände VI und VII:
 Tagebücher (1910—1913 und 1913—1924).
 Ü: engl.: *Diaries*, Band I und II.
 Von J. Kresh, Martin Greenberg und Hannah Arendt. Herausgegeben von Max Brod. London: Secker & Warburg 1948. 6 und 345 S.; 10 und 343 S.
 Band VIII: Hochzeitsvorbereitungen auf dem Lande, und andere Prosa aus dem Nachlaß.
 Band IX: Brief an den Vater, und andere Prosa.
 Band X: Briefe.
 Ü: engl.: dazu parallel: Englische Gesamtausgabe. Von Willa und Edwin Muir. New York: Schocken 1946 ff.
18. Deutsche Gesamtausgabe.
 In 8 Bänden. Frankfurt: S. Fischer. In Vorbereitung.

Die Ereignisse in Europa

Dänemark

26. Oktober: Die Regierung tritt zurück, nachdem sie am 25. Oktober im Parlament bei einer Abstimmung über die Beibehaltung der Butterrationalisierung mit 68 gegen 69 Stimmen unterlegen ist. Am 28. Oktober bildet der Führer der Bauernpartei (Venstre), Erik Eriksen, eine Koalitionsregierung aus Mitgliedern der Bauernpartei und der Konservativen Partei. Die Minister sind: Ministerpräsident: Erik Eriksen, Außenminister: Ole Björn Kraft, Innenminister: Axel Möller, Verteidigungsminister: Harald Petersen, Finanzminister: Thorkil Kristensen, Justizminister: Helga Pedersen, Handelsminister: Ove Weikop, Landwirtschaftsminister: Hans Hauch, Arbeitsminister: Victor Larsen, Fischereiminister: Knud Ree, Minister für öffentliche Arbeiten: Paul Sørensen, Erziehungsminister: Theo Flemming Hvidberg, Kirchenminister: Jens Sønderup.

Deutschland

16. Oktober: Das Bundestagspräsidium gibt bekannt, daß Bundestagspräsident Erich Köhler (CDU) seinen Rücktritt mitgeteilt hat. Am 19. Oktober wählt der Bundestag den Abgeordneten Hermann Ehlers (CDU) zu seinem neuen Präsidenten.
- Staatsminister Dr. Krapp (Zentrum) wird zum niedersächsischen Justizminister berufen.
17. Oktober: Bundeskanzler Dr. Konrad Adenauer weist vor der Bundestagsfraktion der CDU/CSU die Behauptungen von Dr. Gustav Heinemann, daß die Bundesregierung eine Remilitarisierung angeboten habe, zurück.
18. Oktober: Der stellvertretende amerikanische Hohe Kommissar, General George P. Hays, betont in einer Erklärung, daß in Westdeutschland außer Sportwaffen keinerlei Waffen hergestellt würden. Es hätten keine Unterredungen zwischen amerikanischen und deutschen ehemaligen Generälen über einen deutschen Beitrag zur europäischen Verteidigung stattgefunden.
- Ein Sprecher des Hauptquartiers der amerikanischen Streitkräfte in Deutschland erklärt in Frankfurt, die deutschen Arbeitseinheiten (*Labour Service*) sollten nicht als deutsche Streitkräfte in den Atlantikpakt oder ein europäisches Verteidigungsprogramm einbezogen werden.
- Das Bundespresseamt gibt eine Verlautbarung über den Charakter des geplanten persönlichen Schutz- und Begleitkommandos der Bundesregierung heraus. Darin heißt es, daß es sich um eine Anzahl von Personen handle, die zum Schutz von führenden Persönlich-

keiten des politischen Lebens und zur Sicherung der Bundesgebäude bestimmt seien.

20. Oktober: In Goslar wird der gesamtdeutsche Parteitag der Christlich-Demokratischen Union (CDU) eröffnet. Bundeskanzler Dr. Konrad Adenauer erklärt in seiner Ansprache, alle Parteien müßten an der überparteilichen deutschen und europäischen Aufgabe mitarbeiten, einen Damm gegen den Bolschewismus zu errichten. In dem Sicherheitsmemorandum der Bundesregierung vom 29. August habe er die gleiche Erklärung hinsichtlich einer Remilitarisierung Deutschlands abgegeben wie die deutsche Delegation im Europarat. Er lehne die Aufstellung einer deutschen Armee ab, befürworte aber eine deutsche Beteiligung an einer europäischen Armee. Er habe der Außenministerkonferenz in New York am 17. September mitgeteilt, daß die Frage der Wiederbewaffnung Deutschlands nur vom Bundestag entschieden werden könne. Am 21. Oktober werden Bundeskanzler Dr. Adenauer mit 302 von 335 Stimmen zum Ersten Vorsitzenden, Dr. Friedrich Holzapfel und Bundesminister Jakob Kaiser zu stellvertretenden Vorsitzenden gewählt. Danach wird von den Teilnehmern einstimmig ein zehn Punkte umfassendes Parteistatut der gesamtdeutschen Christlich-Demokratischen Union angenommen. Oberste Organe der CDU sind danach der Bundesparteitag, der Bundesparteiausschuß und der Bundesparteivorstand. Mit der Christlich-Sozialen Union (CSU) bildet die CDU eine Arbeitsgemeinschaft. Am 22. Oktober erklärt Bundeswirtschaftsminister Ludwig Erhard, Deutschland werde seinen Teil zur europäischen Verteidigung beitragen müssen. Jede Finanzierung werde jedoch nur über den Haushalt vorgenommen werden. Es werde nicht von der Marktwirtschaft abgewichen werden.
22. Oktober: Der Vizepräsident des Bundestages, Professor Carlo Schmid, erklärt auf einer Kundgebung der SPD in München, die SPD lehne eine Wiederbewaffnung Deutschlands unter den gegenwärtigen Umständen ab. Erst wenn der Westen stark genug sei, den ersten Stoß an der Elbe aufzufangen und die zweite Schlacht hinter der Weichsel zu schlagen, werde die SPD einem deutschen Verteidigungsbeitrag zustimmen.
23. Oktober: Hans vom Hoff, Mitglied des Bundesvorstandes des Deutschen Gewerkschaftsbundes und einer der fünf Vertreter in der deutschen Delegation für den Schuman-Plan, erklärt in Oberhausen vor deutschen Publizisten, die deutschen und die gesamten

freien europäischen Gewerkschaften unterstützten den Plan, weil er in seiner politischen und wirtschaftlichen Konzeption Aussicht habe, die Einheit Europas zu verwirklichen; doch würden die Gewerkschaften ihre Mitarbeit einstellen, wenn der Plan nicht mehr seiner ursprünglichen Idee entspreche.

Bundeskanzler Dr. Konrad Adenauer trifft in Begleitung der Bundesminister Robert Lehr, Jakob Kaiser, Anton Storch sowie des Bundestagspräsidenten Hermann Ehlers in Berlin ein, um an dem Einläuten der Freiheitsglocke im Turm des Schöneberger Rathauses teilzunehmen. Am 24. Oktober weiht der ehemalige amerikanische Militärgouverneur in Deutschland, General Lucius D. Clay, die Glocke ein und erklärt in seiner Ansprache, die Worte der Freiheitserklärung drückten aus, daß die Welt im Namen Gottes die Wiedergeburt der Freiheit erleben möge. Oberbürgermeister Ernst Reuter dankt den Alliierten für die Hilfe, die sie für Berlin geleistet haben und erklärt, zum Kreuzzug der Freiheit hätten die Berliner ihr Teil beigetragen.

Außenminister Georg Dertinger berichtet dem Präsidenten der Deutschen Demokratischen Republik, Wilhelm Pieck, über die Konferenz der Außenminister der Sowjetunion und der Volksdemokratien in Prag und erklärt, das entscheidende Neue sei, daß für den Friedensvertrag ein gesamtdeutscher Partner durch die Bildung eines Gesamtdeutschen Konstituierenden Rates geschaffen werden solle. In Prag habe Deutschland zum ersten Male seine Stimme in einem internationalen Gremium wieder erheben können.

24. Oktober: Der Erste Vorsitzende der SPD, Dr. Kurt Schumacher, erläutert vor der Presse in Bonn die ablehnende Haltung der SPD in der Frage eines deutschen Beitrages zur Verteidigung Europas und erklärt, Voraussetzung für die Zustimmung der SPD sei die unlösliche Verbindung des angelsächsischen nationalen und militärischen Schicksals mit dem deutschen Schicksal. Sicherheitsgarantien würden nicht helfen, da die materiellen Machtverhältnisse entscheidend seien.

Der Präsident der deutschen Europa-Union, Dr. Eugen Kogon, gibt der Presse in Frankfurt bekannt, daß die Leitungen der Union Européenne des Fédéralistes, der Nouvelles Equipes Internationales und des Mouvement Socialiste pour les Etats-Unis d'Europe am 2. Oktober in Paris übereingekommen seien, das Werk der Konsultativversammlung in Straßburg durch die Schaffung eines *Conseil Européen de Vigilance*

(Europäischer Aktionsrat) voranzutreiben. Aufgabe des Europäischen Aktionsrates werde es sein, vom 20. November an die Arbeiten der Konsultativversammlung des Europarates zu fördern. Bestehend aus je zehn Vertretern der Konsultativversammlung, des Europäischen Aktionsrates und der drei die Aktion tragenden Organisationen soll ein Rat der Dreißig geschaffen werden. Der Rat der Dreißig solle Wege ausarbeiten, um durch Wahlen und Volksabstimmungen die Parlamente zu einer beschleunigten Verwirklichung der europäischen Föderation zu veranlassen. Der Europäische Aktionsrat werde in der Orangerie in Straßburg, gegenüber dem Hause des Europarates, tagen.

25. Oktober: Bundeskanzler Dr. Adenauer bestellt Staatssekretär Professor Walter Hallstein zum deutschen Beobachter bei den Verhandlungen des Ministerrates des Europarates in Rom. Als Berater ist Ministerialdirektor Herbert Blankenhorn vorgesehen.

In einer Erklärung begrüßt die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik die Vorschläge der Prager Außenministerkonferenz und betont ihre Bereitschaft, bei der Bildung eines Gesamtdeutschen Konstituierenden Rates mitzuwirken.

26. Oktober: Bundespräsident Professor Theodor Heuss eröffnet mit einer Rundfunkansprache den Tag der Kriegsgefangenen und fordert Aufklärung über das Schicksal der noch vermißten Männer und Frauen. In einer Regierungserklärung schlägt Bundeskanzler Dr. Konrad Adenauer den Vereinten Nationen die Entsendung einer Kommission nach der Sowjetunion vor, um an Ort und Stelle die Lage der gefangenen Deutschen festzustellen.

Bundeskanzler Dr. Konrad Adenauer ernennt den Bundestagsabgeordneten Theodor Blank (CDU) zum Leiter des Amtes für die Unterbringung der Besatzungstruppen.

27. Oktober: Bundesinnenminister Robert Lehr gibt der Presse nach einer Konferenz der Ministerpräsidenten der Länder mit Bundeskanzler Dr. Konrad Adenauer bekannt, daß über die Bildung einer Bereitschaftspolizei von 30 000 Mann eine grundsätzliche Einigung gegen die Opposition eines der Länder erzielt worden sei.

28. Oktober: Der Wahlausschuß der Deutschen Demokratischen Republik bestätigt folgendes endgültiges Wahlergebnis der Wahlen vom 15. Oktober:

Land	Wahlberechtigte	Insgesamt abgegebene Stimmzettel	Wahlbeteiligung in Prozent	Abgegebene gültige Stimmzettel	Für ungültig erklärte Stimmzettel	Für die Kandidaten der Nationalen Front stimmten	Gegen die Kandidaten der Nationalen Front stimmten
Brandenburg	1 853 850	1 828 710	98,64	1 827 784	926	1 826 232	1 552
Mecklenburg	1 372 046	1 361 241	99,21	1 360 123	1 118	1 358 587	1 536
Thüringen	2 027 952	1 990 731	98,16	1 985 416	5 315	1 968 025	17 391
Sachsen	4 196 891	4 118 138	98,12	4 114 735	3 403	4 105 434	9 301
Sachsen-Anhalt	2 874 286	2 845 634	99,0	2 842 964	2 670	2 838 684	4 280
Diplomatische Missionen	143	143	100,0	143	0	143	0
	12 325 168	12 144 597	98,534	12 131 165	13 432	12 097 105	34 060

Bundeskanzler Dr. Konrad Adenauer erklärt auf einem Empfang der amerikanischen Nachrichtenagentur *Associated Press* in Bonn über den Beitrag der Bundesrepublik zur europäischen Verteidigung und zum französischen Plan für eine europäische Armee, fünf Jahre lang sei Deutschland demilitarisiert und deutsche Soldaten diffamiert worden, habe es Kriegsverbrecherprozesse gegeben. Daher könne sich das Volk nur schwer umstellen. Die Bundesrepublik werde sich nur bei vollständiger Gleichberechtigung an einer amerikanisch-europäischen Armee beteiligen. Von dieser Bedingung würde niemals abgegangen werden. Der Beschluß Frankreichs zeige ein großes Mißtrauen gegenüber Deutschland. Die Verbindung der Frage einer deutschen Beteiligung an einer europäischen Verteidigung mit dem Schuman-Plan sei bedauerlich und liege nicht im Interesse des Schuman-Planes.

29. Oktober: Das Bundespresseamt veröffentlicht eine Erklärung, daß der Bundeskanzler dem Ersuchen des militärischen Beraters, Gerhard Graf Schwerin, um Entbindung von seinen Aufgaben entsprochen habe.

30. Oktober: Im Anschluß an eine Besprechung des Bruderrates der Bekennenden Kirche mit Vertretern der SPD, an der Kirchenpräsident Martin Niemöller, Präses Held, Pastor Michalski sowie Dr. Kurt Schumacher, Professor Carlo Schmid, Adolf Arndt und Erwin Schöttle teilnahmen, wird eine gemeinsame Erklärung veröffentlicht. Darin heißt es, es seien Fragen des deutschen Beitrages in „irgendeinem internationalen Sicherheitssystem“ besprochen worden. Nur ein neugewählter Bundestag könne in dieser Frage für das Volk sprechen.

Bundeskanzler Dr. Konrad Adenauer trifft mit dem französischen Hohen Kommissar, André François-Poncet, zu einer Unterredung zusammen, in welcher die von der französischen Regierung vorgeschlagene Einbeziehung eines deutschen Kontingents in eine europäische Armee besprochen wird.

31. Oktober: Der Bundestagsabgeordnete Dr. Gerhard Lütken (SPD) erklärt im Zusammenhang mit dem Plan des französischen Ministerpräsidenten René Pleven zur Verteidigung Europas, diese Vorschläge seien politisch unmöglich. Der Plan Pleven würde letzten Endes die Aufstellung einer aus Deutschen bestehenden Fremdenlegion bedeuten.

Frankreich

22. Oktober: In Paris bringen Gewerkschaftsvertreter aus den sechs Schuman-Plan-Ländern nach einer zweitägigen Konferenz ihre grundsätzliche Zustimmung zum Schuman-Plan unter der Bedingung angemessener Vertretung der Gewerkschaften in den im Plan vorgesehenen Körperschaften zum Ausdruck.

Eine Konferenz des Internationalen Komitees Sozialistischer Parteien (COMISCO) faßt in Paris eine Entschließung, in der die Sozialisten aufgefordert werden, den Schuman-Plan nicht nur vom Standpunkt der nationalen Souveränität, sondern im Lichte der gemeinsamen Interessen der Völker, insbesondere der arbeitenden Klassen, zu würdigen.

24. Oktober: Ministerpräsident René Pleven macht in

einer vor der Nationalversammlung abgegebenen Regierungserklärung die Beteiligung Deutschlands an der europäischen Verteidigung von der Verwirklichung des Schuman-Plans und der Bildung einer gemeinsamen europäischen Armee abhängig. Der Plan für diese Armee sieht ihre Unterstellung unter einen europäischen Verteidigungsminister vor, der einer parlamentarischen Versammlung verantwortlich sein soll. Die Kontingente der einzelnen Staaten sollen auf der Basis der kleinstmöglichen Einheiten gestellt werden. Daneben sollen die bisherigen nationalen Streitkräfte der Staaten bestehen bleiben. Die Regierungserklärung wird am 26. Oktober mit 343 gegen 225 Stimmen gebilligt. Ein Zusatzantrag wird angenommen, der die Regierung ausdrücklich verpflichtet, sich der Aufstellung einer deutschen Armee und der Bildung eines deutschen Generalstabs zu widersetzen.

27. Oktober: Der Ministerrat der Organisation für die wirtschaftliche Zusammenarbeit Europas (OEEC) beschließt nach zweitägiger Sitzung die Liberalisierung von 75 Prozent der Importe der Mitgliedstaaten mit Wirkung vom Februar 1951.

28. Oktober: Die Nationalversammlung verabschiedet mit 414 gegen 185 Stimmen das Gesetz zur Verlängerung der Militärdienstzeit auf 18 Monate.

Großbritannien

19. Oktober: Schatzkanzler Sir Stafford Cripps erklärt seinen Rücktritt. Zu seinem Nachfolger wird der bisherige Wirtschaftsminister, Hugh Gaitskell, ernannt, dessen Posten nicht neu besetzt wird. Staatssekretär für die Wirtschaft beim Finanzministerium wird John Edwards.

21. Oktober: Der Ständige Rat der Außenministerstellvertreter der Atlantikpaktstaaten beendet eine viertägige Konferenz über die Finanzierung der geplanten gemeinsamen Streitmacht.

31. Oktober: König Georg VI. eröffnet mit einer Thronrede vor dem Oberhaus die neue Sitzungsperiode des Parlaments. In der Thronrede wird die Gewährung dauernder Vollmachten für die Kontrolle von Produktion, Konsum und Preisen gefordert, die als ordentliches Gesetz an Stelle eines aus dem Zweiten Weltkrieg stammenden Ausnahmegesetzes treten sollen. Ferner wird in der Thronrede die vollständige Verstaatlichung der Zuckerindustrie gefordert. Dem Wohnungsbau soll weiterhin die höchste Dringlichkeit eingeräumt und das soziale Programm der Regierung trotz der Belastung durch die Aufrüstung weiter durchgeführt werden. In der Debatte des Unterhauses über die Thronrede lehnt der Führer der Opposition, Winston Churchill, die von der Regierung geforderten Kontrollvollmachten ab.

Italien

18. Oktober: In der Debatte der Abgeordnetenkammer über den Verteidigungsetat fordert Verteidigungsminister Randolfo Pacciardi die Erhöhung der Ausgaben im laufenden Finanzjahr um 50 Milliarden Lire auf insgesamt 383 Milliarden. Damit soll die Effektivstärke der Armee auf 11 Divisionen erhöht werden.

Jugoslawien

29. Oktober: Marschall *Tito* versichert in einer Rede vor dem Antifaschistischen Frauenkongreß in Agram, daß die von den Vereinigten Staaten zugesagte Lebensmittelhilfe an keinerlei politische Bedingungen geknüpft sei. Die Vereinigten Staaten hätten damit bewiesen, daß sie Ländern, die in Not sind, mit Taten helfen und es nicht bei leeren Versprechungen bewenden lassen.

Luxemburg

21. Oktober: Nach einer zweitägigen Wirtschaftskonferenz beschließen Vertreter der Benelux-Staaten, den Austausch landwirtschaftlicher Güter zwischen den drei Ländern vollständig zu liberalisieren.

Niederlande

16. Oktober: Hendrik L. S. *Jacob* wird als Nachfolger des am 12. Oktober zurückgetretenen Dr. Willem F. *Schokking* zum Verteidigungsminister ernannt.

Oesterreich

25. Oktober: Der neu ernannte amerikanische Hohe Kommissar, Botschafter Walter J. *Donnelly*, erklärt nach Ueberreichung seines Beglaubigungsschreibens vor Pressevertretern, der Uebergang zur Zivilverwaltung bedeute keinesfalls eine Herabsetzung der militärischen Verantwortung der amerikanischen Truppen in Oesterreich.
27. Oktober: In einer Rede vor der „Liga der Vereinten Nationen“ in Wien wendet sich Bundeskanzler Dr. Leopold *Figl* an die Weltöffentlichkeit mit der Bitte, dem unwürdigen Zustand der militärischen Besetzung Oesterreichs ein Ende zu bereiten. Oesterreich wolle nicht das Versuchsfeld politischer Ideen sein, sondern es wolle an seiner demokratischen Verfassung und der Wahrung der persönlichen Freiheit festhalten.

Polen

30. Oktober: Eine am 28. Oktober beschlossene Währungsreform tritt in Kraft. Der neue Zloty wird auf Goldbasis gestellt und dem sowjetischen Rubel angeglichen. Bargeld wird im Verhältnis von 100:1, Spareinlagen und Bankkonten im Verhältnis von 100:3 umgewertet. Preise und Löhne werden ebenfalls im Verhältnis von 100:3 umgestellt.

Schweden

29. Oktober: König *Gustaf V.* stirbt im Alter von 92 Jahren.

ren. Am 30. Oktober tritt Kronprinz *Gustaf Adolf* nach Ableistung des Königsgelübdes als König *Gustaf VI.* die Thronfolge an.

Sowjetunion

20. Oktober: Die Regierung richtet an die Vereinigten Staaten, Großbritannien und Frankreich Noten gleichen Inhalts, in denen sie den Protest der Westmächte vom 23. Mai gegen den militärischen Charakter der ostdeutschen Volkspolizei zurückweist und die Westmächte beschuldigt, in Westdeutschland als Polizeiformationen getarnte Heeresverbände aufgestellt zu haben. Die Sowjetregierung erklärt, daß sie sich mit Maßnahmen der Westmächte, die auf die Wiederherstellung einer deutschen Armee abzielen, nicht abfinden werde.
28. Oktober: Der Minister für die Staatskontrolle, Lew S. *Mechlis*, wird wegen Krankheit von seinen Pflichten entbunden und General Wsewolod N. *Merkulow* zu seinem Nachfolger ernannt. Der Minister für das Beschaffungswesen, Boris A. *Dwinskij*, wird infolge anderweitiger Verwendung durch Pantelejmon K. *Ponomarenko* abgelöst.

Tschechoslowakei

20. Oktober: Der stellvertretende Ministerpräsident der Sowjetunion, Wjatscheslaw M. *Molotow*, die Außenminister Polens, der Tschechoslowakei, Ungarns, Rumäniens, Bulgariens und der Deutschen Demokratischen Republik sowie ein Vertreter der albanischen Regierung treffen in Prag zu einer Konferenz zusammen. Am 21. Oktober veröffentlichen die Außenminister eine gemeinsame Erklärung, in der sie die Beschlüsse der New Yorker Außenministerkonferenz der Westmächte vom 19. September als Verletzung des Potsdamer Abkommens und Bedrohung des Friedens bezeichnen und ihnen jede Rechtsgültigkeit absprechen. Im Namen ihrer Regierungen fordern sie: 1. Abgabe einer Viermächteerklärung gegen die Remilitarisierung Deutschlands; 2. Aufhebung aller Beschränkungen für die deutsche Friedenswirtschaft und Verhinderung der Wiederherstellung des deutschen Kriegspotentials; 3. Abschluß eines Friedensvertrages und Abzug der Besatzungstruppen; 4. Bildung eines paritätisch aus Vertretern West- und Ostdeutschlands zusammengesetzten Gesamtdeutschen Konstituierenden Rates.

Wichtige Ereignisse in der übrigen Welt

*Afrika**Südafrikanische Union*

18. Oktober: Premierminister Daniel F. *Malan* beruft Jan H. *Van Rensburg* als Bergbauminister und Hendrik F. *Verwoerd* als Minister für die Angelegenheiten der Eingeborenen in sein Kabinett.

*Amerika**Kanada*

25. Oktober: Die Regierung beschließt in einer Kabinetts-

sitzung die Lieferung der Bewaffnung für eine Infanterie-Division an die Niederlande im Rahmen des Waffenhilfsprogramms der Atlantikpaktstaaten.

Vereinigte Staaten

17. Oktober: Nach seiner Rückkehr von der Konferenz auf der Insel Wake fordert Präsident Harry S. *Truman* in einer Rundfunkrede in San Francisco von der Sowjetunion als konkrete Beweise ihrer friedlichen Absichten: 1. sich der Aufforderung an die Nord-

koreaner zur Niederlegung der Waffen anzuschließen; 2. den Austausch von Informationen durch den Eisernen Vorhang zuzulassen; 3. sich an den Bemühungen der Vereinten Nationen zur Herstellung eines Systems kollektiver Sicherheit zu beteiligen. Solange diese Beweise nicht erbracht seien, habe die freie Welt nur die Wahl, sich selbst so stark zu machen, daß ein Angriff ein zu großes Wagnis wäre. Doch solle auch die Hilfe für die Verbesserung des Lebensstandards der Völker nicht außer acht gelassen werden, da sonst die Verteidigungsmaßnahmen wenig Wert hätten.

Nach Abschluß der am 13. Oktober begonnenen Finanzbesprechungen mit Mitgliedern der französischen Regierung veröffentlicht das Außenministerium ein gemeinsames Kommuniqué beider Regierungen, in dem für das Jahr 1951 eine amerikanische Rüstungsbeihilfe an Frankreich in Höhe von etwa 2,4 Milliarden Dollar angekündigt wird. Mit diesen Mitteln sollen bis Ende 1951 zehn französische Divisionen ausgerüstet werden. Außerdem wird der französischen Regierung ein Fonds von 200 Millionen Dollar für den Ausbau ihrer Rüstungsproduktion zur Verfügung gestellt und beschleunigte Waffenhilfe für Indochina zugesagt.

22. Oktober: Der Kongreßausschuß für die Ausgaben des Bundes gibt bekannt, daß die Vereinigten Staaten seit Beendigung des Zweiten Weltkrieges insgesamt 42,5 Milliarden Dollar für die Auslandshilfe ausgegeben haben. Davon entfallen 11,3 Milliarden auf den Marshall-Plan und 5 Milliarden auf das Waffenhilfsprogramm.

25. Oktober: Außenminister Dean Acheson gibt während seiner Pressekonferenz eine Erklärung zum Prager Kommuniqué der Außenminister der Ostblockstaaten ab. Die konkreten Forderungen der Westmächte seien: die Auflösung der ostdeutschen Armee, die Abschaffung der innerdeutschen Handelsbeschränkungen und die Abhaltung freier Wahlen in ganz Deutschland. Er erhebe feierlichen Protest gegen die Prager Erklärung.

20. Oktober: Der Militärausschuß des Atlantikpakts, bestehend aus den Stabschefs der Mitgliedstaaten, gibt nach zwei am 24. und 26. Oktober in Washington abgehaltenen Sitzungen ein Kommuniqué heraus, in dem es heißt, der Ausschuß habe die Pläne über die Kontingente der einzelnen Mitgliedstaaten zur gemeinsamen Streitmacht gebilligt, die Funktionen des Oberbefehlshabers festgelegt und seine baldige Ernennung vorgeschlagen. Ferner sei die Zusammenlegung der fünf regionalen Planungsgruppen zu zwei größeren Gruppen (Europa und Atlantik) sowie die Bildung eines Ausschusses für die Standardisierung von Waffen und Geräten beschlossen worden.

28. Oktober: Der Verteidigungsausschuß des Atlantikpakts, bestehend aus den Verteidigungsministern der zwölf Atlantikpaktstaaten, tritt in Washington zusammen. Nach drei Sitzungen wird am 31. Oktober ein Kommuniqué herausgegeben. (Vgl. den Wortlaut S. 3520.)

Asien

Chinesische Volksrepublik

24. Oktober: Aus einem von der Nachrichtenagentur *Neues China* veröffentlichten Aufruf an die Truppen des südwestlichen Militärbezirks geht hervor, daß diese Einheiten den Befehl zum Einmarsch nach Tibet erhalten haben. Am 27. Oktober wird in Neu Dehli bekanntgegeben, daß der indische Botschafter in Peking, K. M. Panikkar, der chinesischen Volksregierung das Erstaunen und Bedauern der indischen Regierung über den Einmarsch zum Ausdruck gebracht habe. Am 30. Oktober meldet der indische Geschäftsträger in Lhasa, daß die chinesischen Truppen schon seit mehr als einer Woche auf tibetanischem Gebiet angreifen und inzwischen den Ort Pemba Go, 300 km ostwärts von Lhasa, erreicht haben.
31. Oktober: Die Regierung stellt in ihrer Antwortnote auf die wegen des Einmarsches in Tibet erhobenen Vorstellungen der indischen Regierung fest, daß dieser Einmarsch eine rein innerchinesische Angelegenheit sei.

Indochina

17. Oktober: Der französische Minister für Indochina, Jean Letourneau, und der Generalresident von Marokko, General Alphonse Juin, treffen zur Überprüfung der militärischen und innenpolitischen Lage Vietnams in Saigon ein. Der französische Hohe Kommissar, Léon Pignon, verhängt über Nordvietnam den Ausnahmezustand.
- Der vietnamesische Ministerpräsident, Tran Van Huu, beschuldigt in einem Interview mit der Zeitung *Journal d'Extrême-Orient* die französische Regierung, sie wolle ihre Herrschaft über Vietnam aufrecht erhalten, obwohl sie den assoziierten Staaten die volle Gleichberechtigung im Rahmen der Französischen Union zugesichert habe. Am 19. Oktober erklärt der Ministerpräsident in einem weiteren Interview, die Vereinigten Staaten möchten Frankreich zur Herstellung der Unabhängigkeit Vietnams veranlassen, da nur eine unabhängige Regierung die Viet-minh-Bewegung erfolgreich bekämpfen könne.
21. Oktober: Das Oberkommando der französischen Truppen gibt in einem Kommuniqué die Räumung der Festung Langson bekannt, nachdem die weiter nördlich gelegenen Stützpunkte Nacham und Dong-Dang schon einige Tage früher geräumt wurden.
27. Oktober: Viet-minh-Truppen eröffnen einen konzentrischen Angriff auf die Grenzfestung Lao-Kay in Nordwesttonking.

Israel

30. Oktober: Der bisherige Ministerpräsident und Führer der Arbeiterpartei (Mapai), David Ben-Gurion, wird nach Beseitigung aller Meinungsverschiedenheiten erneut mit der Regierungsbildung beauftragt. Die am gleichen Tage gebildete Regierung setzt sich folgendermaßen zusammen: Ministerpräsident und Verteidigungsminister: David Ben-Gurion (Mapai), Außenminister Mosche Scharett (Mapai), Minister für Inneres, Gesundheit und Einwanderung: Mosche Schapiro (Orthodoxer Block), Finanzminister: Eliezer Kaplan (Mapai), Justizminister: Pinhas Rosen (Fortschrittspartei), Handels- und Industrieminister: Jakow Geri

(unabhängig), Minister für Arbeit und Sozialversicherung: Frau Golda Meyerson (Mapai), Landwirtschaftsminister: Pinhas Lubianiker (Mapai), Verkehrsminister: Dr. Bernard Joseph (Mapai), Sozialminister: Rabbi Isaac Meyer Levin (Orthodoxer Block), Polizeiminister: Behor Schitrit (Sephardim), Erziehungsminister: David Remez (Mapai); Minister für kirchliche Angelegenheiten und Kriegsoffer: Rabbi Juda Maimon (Orthodoxer Block).

Korea

17. Oktober: Südkoreanische Truppen nehmen die Industriestadt Hamhung. Am 19. Oktober nehmen Truppen der Vereinten Nationen die nordkoreanische Hauptstadt Pyongyang ein. Am 20. Oktober landen amerikanische Fallschirmjäger bei Sunchon und Sukchon, wodurch ein Teil der nordkoreanischen Streitkräfte eingeschlossen wird.
21. Oktober: Die nordkoreanische Regierung bestimmt die an der chinesischen Grenze gelegene Stadt Sinuiju zur provisorischen Hauptstadt.
27. Oktober: Frische nordkoreanische Divisionen eröffnen eine Gegenoffensive im Raume Onjong—Unsan und zwingen die Südkoreaner zum Rückzug.
30. Oktober: Die südkoreanischen Truppen müssen am 30. Oktober Onjong und Huichon räumen und werden bis auf 20 km vor Hamhung zurückgedrängt. An allen Frontabschnitten werden in steigender Zahl chinesische Soldaten gefangengenommen.

Persien

24. Oktober: Ministerpräsident Ali Razmara gibt eine Umbildung seines Kabinetts bekannt. Die neuen Minister sind: Finanzminister: Gholam Hussein Furuhar (bisher Arbeitsminister), Wirtschaftsminister: Dr. Abdullah Daftari, Arbeitsminister: Dr. Habib Nafici.

Australien

Australischer Bund

23. Oktober: Der bisherige Verteidigungsminister, Eric J. Harrison, und der bisherige Innenminister, Philip McBride, tauschen ihre Portefeuilles.

Organisation der Vereinten Nationen

16. Oktober: Der Wirtschafts- und Sozialrat beschließt einstimmig, bei Stimmenthaltung der Ostblockstaaten, die Bildung einer Siebenmächtekommission für die Leitung des Wiederaufbaus in Korea.

Die Konvention zur Aechtung des Völkermords, die am 9. Dezember 1948 in Paris von der Vollversammlung angenommen wurde, tritt nach Hinterlegung der 20. Ratifikationsurkunde in Kraft.

18. Oktober: Der Politische und Sicherheitsausschuß der Vollversammlung billigt in Punkt-für-Punkt-Abstimmungen mit großen Mehrheiten den Siebenmächteplan zur Stärkung der Vereinten Nationen, der die in einigen Punkten revidierten Vorschläge des amerikanischen Außenministers Dean Acheson vom 20. September enthält.
19. Oktober: Der Politische Sonderausschuß der Vollversammlung billigt einen Plan zur Errichtung eines unabhängigen Staates in Libyen. Dieser Plan sieht vor:

Wahl einer Nationalversammlung, Bildung einer provisorischen Regierung bis zum 1. April 1951, Uebergabe der Hoheitsrechte bis zum 1. Januar 1952, Gewährung finanzieller und technischer Hilfe, Aufnahme in die Vereinten Nationen.

21. Oktober: Der Sicherheitsrat billigt mit 7 gegen 0 Stimmen den sowjetischen Vorschlag, die fünf ständigen Mitglieder zu Verhandlungen über die Nachfolge des Generalsekretärs Trygve Lie zu veranlassen. Nach ergebnislosem Verlauf dieser Besprechungen stimmt der Rat am 25. Oktober erneut ab. Dabei erhalten die vorgeschlagenen Kandidaten Carlos P. Romulo (Philippinen) und Dr. Charles Malik (Libanon) nicht die erforderliche Mehrheit.
23. Oktober: Der sowjetische Außenminister, Andrej J. Wyschinski, legt dem Politischen und Sicherheitsausschuß der Vollversammlung einen Resolutionsentwurf vor. Darin werden vorgeschlagen: Aechtung der Kriegspropaganda; ein Fünfmächtepakt zur Sicherung des Friedens; Verminderung der Streitkräfte aller Staaten um ein Drittel; Verurteilung derjenigen Nation, die als erste die Atombombe anwendet. Am 25. Oktober bringt der niederländische Delegierte, Dr. G. J. van Heuven-Goedhart, einen gleichzeitig von den Vereinigten Staaten, Großbritannien, Frankreich, Mexiko und dem Libanon unterstützten Gegenvorschlag zu dem sowjetischen Resolutionsentwurf ein. Darin wird die Aggression als schwerstes aller Verbrechen bezeichnet, gegen das sofortige gemeinsame Maßnahmen ergriffen werden müßten. Ferner wird die Annahme des Atomkontrollplans der Vereinten Nationen und eine stufenweise Beschränkung der Rüstungen unter einem internationalen Kontrollsystem gefordert. Am 30. Oktober lehnt der Ausschuß die sowjetische Resolution in einer Punkt-für-Punkt-Abstimmung mit eindeutigen Mehrheiten ab.
24. Oktober: Anlässlich des fünften Jahrestages der Gründung der Vereinten Nationen spricht der Präsident der Vereinigten Staaten, Harry S. Truman, zur Vollversammlung. Er bezeichnet die Verbesserung der Lebensbedingungen und die Erhaltung des Friedens als die beiden großen Aufgaben der Organisation. Obwohl die Vereinten Nationen gegenwärtig ihre Verteidigungsbereitschaft erhöhen müßten, solle eine Begrenzung der Rüstungen und die internationale Kontrolle der Atomenergie ihr Ziel bleiben. Jeder Abrüstungsplan müsse jedoch auf drei Grundprinzipien beruhen: Er müsse 1. alle Arten von Waffen einschließen, 2. einstimmig angenommen werden, 3. Sicherheiten bieten, daß die Abrüstung von allen Staaten ehrlich durchgeführt werde.
30. Oktober: Der Präsident des Sicherheitsrats, Warren R. Austin (Vereinigte Staaten), berichtet der Vollversammlung, daß der Rat sich über eine Empfehlung für die Besetzung des Postens des Generalsekretärs nicht habe einigen können. Die Vollversammlung beginnt am 31. Oktober mit der Debatte über die von 14 Mächten vorgeschlagene Verlängerung der Amtszeit von Trygve Lie um drei Jahre. Ein sowjetischer Antrag auf Vertagung der Debatte, bis der Sicherheitsrat eine Einigung erzielt habe, wird abgelehnt.

NEUEINGÄNGE IN UNSEREM ARCHIV

5. JAHR

WICHTIGE ZUGÄNGE VOM 1. BIS 31. OKTOBER 1950

22. FOLGE

Bücher und Broschüren

Assby, Eric: Als Wissenschaftler in Rußland. Göttingen, „Musterschmidt“ KG., Wissenschaftlicher Verlag; 1949. 253 S. Preis: gebunden DM 5.80. (Eine Uebersetzung der englischen Originalausgabe „Scientist to Russia“.)

Barrachlough, G.: The Origins of Modern Germany. Oxford, Basil Blackwell; 1949. XI, 481 S. Preis: Leinen 21 s. net.

Beard, Charles A. and Mary R. Beard: A Basic History of the United States. Philadelphia, The Blakiston Company; 1944. 504 S.

Beveridge, William: Der Beveridgeplan. Sozialversicherung und verwandte Leistungen. Dem Britischen Parlament überreicht im November 1942. 6. und 7. Tausend. Zürich — New York, Europa Verlag; 1942. 272 S.

Böhi, Hans: Volkswirtschaftliche Voraussetzungen erfolgreicher Arbeitsbeschaffung. Untersuchungen des Instituts für Wirtschaftsforschung an der Eidgenössischen Technischen Hochschule, Zürich. Herausgegeben von Prof. Dr. Eugen Böhler. Band 2. Bern, A. Franke AG. Verlag; 1944, 136 S.

Carrard, A.: Praktische Einführung in Probleme der Arbeitspsychologie. Unter Mitarbeit von H. Biäsch, F. Billon, W. Grotz, K. Koch, R. Schnyder von Wartensee, H. Secretan, P. Silberer, H. Spreng. Verlagsnummer: 1801. Zürich, Rascher Verlag, 1949, 303 S.

Cole, G. D. H.: A Short History of the British Working-Class Movement 1789—1947. New Edition Completely Revised and Continued to 1947. London, George Allen & Unwin Ltd. XII, 500 S. Preis: Leinen 21 s. net.

Die Weltwirtschaft Mitte 1950. Kiel, Institut für Weltwirtschaft an der Universität Kiel; 1950. 90 S. Preis: DM 5.—.

Das Institut für Weltwirtschaft an der Universität Kiel gibt mit dieser Untersuchung erstmalig einen Bericht über die wirtschaftliche Lage einer Reihe von Ländern der westlichen Wirtschaft heraus. Neben den Vereinigten Staaten, die auf Grund ihrer wirtschaftlichen Stärke im Mittelpunkt der Darstellung stehen, berichtet das Institut über den Stand der Wirtschaft in Westeuropa und in einigen besonders wichtigen überseeischen Gebieten. Ergebnis der Untersuchung ist, daß durch den wirtschaftlichen Aufschwung in den Vereinigten Staaten und das Anlaufen der Rüstungsmaßnahmen eine allgemeine Exportkonjunktur ausgelöst worden ist.

Das Institut beabsichtigt, ähnliche Berichte künftig halbjährlich herauszugeben.

Evers, W.: Suomi-Finnland. Land und Volk im hohen Norden. Stuttgart, Franckh'sche Verlagshandlung; 1950. 167 S. mit 30 Figuren, 48 Tabellen, 31 Abbildungen und 1 Uebersichtskarte. Preis: Halbleinen DM 9.80.

In der Bücherreihe „Kleine Länderkunden“ erscheint dieses Buch von Professor Dr. Evers, der Privatdozent der Geographie an der Technischen Hochschule in Hannover ist. Der Band vermittelt, auf wissenschaftlicher Grundlage beruhend, ein sehr vielseitiges und klares Bild Finnlands in einer lebendigen Darstellung. Besonders der geographische Teil der Darstellung, durch viele Karten und gute Bildtafeln ergänzt, entwirft dem Leser ein sehr anschauliches Bild vom „Land der tausend Seen“. Lage und Größe des Landes, Bevölkerung, Rasse, Sprache, Kultur, Wirtschaft und Bodenschätze werden eingehend untersucht. Ein Anhang mit statistischen Angaben zur Volkswirtschaft ergänzt die Ausführungen über die Wirtschaft des Landes und enthält auch eine Zeittafel der finnischen Geschichte.

Fisher, Allan G. B.: Fortschritt und soziale Sicherheit. Bern, A. Francke AG. Verlag; 1947. 446 S.

Grigg, P. J.: Prejudice and Judgment. First Published 1948. Dewey Classification 923.242. London, Jonathan Cape; 447 S. Preis: Leinen 16 s. net.

Guggenheim, Paul: Lehrbuch des Völkerrechts. Unter Berücksichtigung der internationalen und schweizerischen Praxis. Band I. Basel, Verlag für Recht und Gesellschaft AG; 1948, XXXIX, 508 S.

Heimerich, Hermann: Die kommunale Entwicklung seit 1945. Nach einem Vortrag, gehalten in der Württembergischen Sparkassen-Akademie in Stuttgart. Kleine Schriften für den Staatsbürger, Heft 9. Herausgegeben vom Institut zur Förderung öffentlicher Angelegenheiten in Frankfurt am Main. Frankfurt/Main, Wolfgang Metzner Verlag; 1950. 36 S. Preis: DM 1.—.

Hyamson, A. M.: A Dictionary of International Affairs. First published 1946. Catalogue No. 3187/U. London, Methuen & Co. Ltd.; 353 S. Preis: Leinen 8 s. 6 d. net.

Johnsen, Julia E.: Direct Election of the President. The Reference Shelf. Vol. 21. No. 4. New York. The H. W. Wilson Company; 1949. 300 S.

Karpinsky, V.: The Social and State Structure of the U.S.S.R. Moscow, Foreign Languages Publishing House; 1950. 239 S.

Kautter, Eberhard: Paneuropa als Problem der Wirtschafts- und Sozialgestaltung. Verlags-Nr. 328. München, Richard Pflaum Verlag; 1950. 48 S. Preis: kart. DM 2.—.

König, René: Materialien zur Soziologie der Familie. Beiträge zur Soziologie und Sozialphilosophie. Band 1. Bern, A. Francke AG. Verlag; 1946. 179 S.

Korea 1945 to 1948. A Report on Political Developments and Economic Resources with Selected Documents. Department of State Publication 3305. Washington, U. S. Government Printing Office; 1948. IV, 124 S. Preis: 25 Cents.

Lasker, Bruno: New Forces in Asia. The Reference Shelf. Vol. 21, No. 6. New York, The H. W. Wilson Company; 1950. 257 S.

Laski, Harold J.: Trade Unions in the new Society. The substance of this book derives from the Sidney Hillman Lectures for 1949. London, George Allen & Unwin LTD.; 1950. X, 182 S. Preis: Leinen 10 sh net.

Das Buch des vor kurzem verstorbenen Professor Harold J. Laski, den der News Chronicle den größten Theoretiker der Labour Party nannte, enthält die Vorlesungen, die er im Frühjahr 1949 in den Vereinigten Staaten über die Gewerkschaften in der neuen Gesellschaftsordnung gehalten hat. Das Buch untersucht die Wandlung des Status der Gewerkschaften in der Zeit von 1914—1949 und die Stellung, die sie in der demokratischen Welt einnehmen. Laski vergleicht die Funktion der Gewerkschaften in einem kapitalistischen Land (USA) und einem sozialistischen Land (Großbritannien) mit dem, was von Gewerkschaften und ihren Funktionen in einem totalitären Staat (UdSSR) übriggeblieben ist. Das Werk befaßt sich ferner mit der Auswirkung von Massenproduktion, sozialer Sicherheit und Planwirtschaft auf die Stellung des Arbeiters. Besonders bedeutsam erscheinen die Ausführungen Laskis über die Rolle der Gewerkschaften in der Politik.

L'Union Soviétique et la Question Coréenne (Documents).
Ministère des Affaires Etrangères de l'U.R.S.S. Moscou,
o. V.; 1948. 87 S.

Lütgens, Rudolf: Die geographischen Grundlagen und
Probleme des Wirtschaftslebens. Stuttgart, Franckh'sche
Verlagshandlung; 1950. 272 S. und 197 Abbildungen
und eine Tafel. Preis: Leinen DM 24.—.

Das vorliegende Buch ist der erste Band eines groß angeleg-
ten Werkes „Erde und Weltwirtschaft, Handbuch der all-
gemeinen Wirtschaftsgeographie“, das von Professor Dr.
Rudolf Lütgens, Professor der Wirtschaftsgeographie an der
Universität Hamburg, herausgegeben wird. Nach einleitenden
Bemerkungen über Begriff und Stellung der Wirtschafts-
geographie behandelt der erste Teil des Buches die physikalisch-
geographischen Grundlagen des Wirtschaftslebens, die Bedeutung der Lufthülle und des Klimas, den Erdkörper
und die Wasserhülle. Der zweite Teil befaßt sich mit der
Bedeutung der Pflanz- und Tierwelt für den wirtschaftenden
Menschen, während sich der dritte Teil mit dem wirtschaftenden
Menschen selbst befaßt. Im vierten Teil werden die Probleme
des Raumes und der Wirtschaft, die wirtschaftliche Erschließung
der Erde und die einzelnen Wirtschaftsbereiche erörtert.

Die gesamte Darstellung dieses Stoffes wird durch sehr schönes,
anschauliches Kartenmaterial und durch Diagramme so lebendig
gemacht, daß man ein eindrucksvolles Bild von der gewaltigen
Größe unserer Erde und der Weltwirtschaftsprobleme empfängt.

Besonders hervorgehoben sei auch die geschmackvolle und
gediegene Gestaltung des Ganzleinenbandes.

Matl, Josef: Das Slawentum zwischen Westen und
Osten. Versuch einer Synthese. Klagenfurt, Verlag
Ferd. Kleinmayr; o. J., 31 S., Preis: kart. DM 1.20.

Die Ausführungen über ein heute die ganze Welt bewegendes
Problem vermögen, weit über ihre thematische Beschränkung
auf die kulturelle Struktur und die Entwicklung der slawischen
Völker hinaus, auch Rückschlüsse politischer Natur auszulösen.

Meyer, Ernst Wilhelm: Political Science and Economics
in Western Germany. A Postwar Survey. o. O. Library
of Congress European Affairs Division; 1950. 23 S.

Münch, Hermann: Böhmisches Tragödie. Das Schicksal
Mitteleuropas im Lichte der tschechischen Frage.
Braunschweig—Berlin—Hamburg, Georg Westermann
Verlag; 1949. 803 S. Preis: brosch. DM 32.50, Ganz-
leinen DM 36.—.

Josef Redlich hat sein großes Werk über das österreichische
Reichs- und Staatsproblem mit der Feststellung abgeschlossen,
daß das Problem einer großräumigen und übernationalen
Völkerordnung im Donauraum auch nach dem Zusammenbruch
der habsburgischen Monarchie als ein europäisches Problem
bestehen bleibt. Das Werk von Hermann Münch, das keine
wissenschaftliche Untersuchung, sondern einen Tatsachenbericht
über die deutsch-tschechischen Beziehungen bis 1918 geben will,
setzt sich unerschrocken mit einem der schwierigsten und
gefährlichsten Punkte dieser europäischen Problematik auseinander.
Von wissenschaftlicher Seite werden einzelne Stellen des
Buches nicht unwidersprochen bleiben. Das große Verdienst
der Arbeit von Münch liegt darin, daß sie im gegenwärtigen
Tiefpunkt der deutsch-tschechischen Beziehungen die Enge der
kleindeutschen Geschichtsbetrachtung aus lebendiger geschichtlicher
Anschauung überwindet und durch eine Fülle von Material
die auf beiden Seiten in schablonenhaften Formen festgefahre-
nen Fronten auflockert.

Das Buch fordert vor allem auch durch vorurteilsfreie
Grundhaltung und die vornehme menschliche Gesinnung,
die darin zum Ausdruck kommt, dazu auf, das ganze
deutsch-slawische Problem ungeachtet der gegenwärtigen
politischen Spannungen neu zu durchdenken und die Bemühungen
um eine Verständigung nicht aufzugeben.

Price, John: The International Labour Movement. Second
impression. 1947. London—New York—Toronto, Oxford
University Press; X, 273 S. Preis: Leinen 15 s. net.

Prozeßmaterialien in der Strafsache gegen ehemalige
Angehörige der japanischen Armee wegen Vorbereitung
und Anwendung der Bakterienwaffe. Moskau, Verlag
für Fremdsprachige Literatur; 1950. 612 S.

Robson, William A.: The Development of Local Govern-
ment. Revised and Enlarged Second Edition 1948.
London, George Allen & Unwin Ltd; 376 S. Preis:
Leinen 18 s. net.

Sternberger, Dolf: The Social Sciences in Western Ger-
many. A Postwar Survey. o. O. Library of Congress
European Affairs Division; 1950. 63 S.

The European Recovery Program. Joint Report of the
United States and United Kingdom High Commissioners
as Successors of the Military Governors. US-UK-
Occupied Areas of Germany 1 July 1949—30 Sep-
tember 1949.

Wickwar, Hardy and Margaret: The Social Services, an
historical Survey. First published 1936, Revised edition
1949. London, The Bodley Head; 302 S. Preis: Lei-
nen 10 s. 6 d. net.

Texte und Dokumente

Preserving Our Basic Liberties and Protecting the In-
ternal Security of the United States. Message from
the President to the Congress. The White House,
August 8, 1950. In: The Department of State Bul-
letin, Vol. XXIII, No. 581, August 21, 1950.

Rede zur Eröffnung des Alpacher College, gehalten von
Armeegeneral Béthouart, Hochkommissar der Fran-
zösischen Republik in Oesterreich, am 20. August 1950.
In: Geistiges Frankreich, Jahrgang IV, Nr. 168, vom
21. August 1950.

Résolution du Bureau politique du Parti des Ouvriers
hongrois sur certaines questions relatives au travail
syndical. (Szabad Nép, 26—7.) In: La Documentation
Française, Articles et Documents No. 1939 vom
17. August 1950.

Neue Zeitschriften

Archivalische Zeitschrift. Herausgegeben vom Baye-
rischen Hauptstaatsarchiv in München. 46. Band.
München, Verlag von R. Oldenbourg; 1950.

Nach elfjähriger Unterbrechung erscheint nunmehr unter
der Schriftleitung von Professor Dr. Ignaz Hösl der 46. Band
der Zeitschrift, die vom bayerischen Hauptstaatsarchiv in
München herausgegeben wird.

Außenpolitik. Zeitschrift für Internationale Fragen.
Herausgegeben von Wilhelm Grewe, Erich Kordt,
Hans Rothfels, Herbert von Borch, Artur W. Just,
Hans Georg von Studnitz, Stuttgart, Deutsche Ver-
lagsanstalt G. m. b. H. Preis des Einzelheftes DM 2.50.
Die seit Mai 1950 zunächst zweimonatlich erscheinende
Zeitschrift will die am weltpolitischen Geschehen inter-
essierte deutsche Öffentlichkeit durch Beiträge und Infor-
mationen, welche die Berichterstattung der Tagespresse
ergänzen und abrunden, auf anregende Weise sachlich in
die internationalen Probleme einführen. Die Zeitschrift
will hiermit eine Aufgabe erfüllen, wie sie im Ausland bei-
spielsweise von den Vierteljahresheften Foreign Affairs (USA)
oder International Affairs (Großbritannien) oder der fran-
zösischen Monatsschrift Politique Etrangère durchgeführt
wird.

Der „Colombo-Plan“

Die politische Tragweite der Commonwealthpläne für Südostasien

Die Konferenz der Außenminister des Commonwealth, die im Januar 1950 in Colombo stattfand¹, hat die Probleme Süd- und Südostasiens und des pazifischen Raumes erörtert und die Auffassungen der Gliedstaaten aufeinander abzustimmen versucht. Das Ergebnis dieser Konferenz, das klar in die Zukunft wies und eine ganz neue Linie im Commonwealth anbahnte, war der sogenannte *Spender-Plan*, den der australische Außenminister am 12. Januar 1950 vorlegte. Er ging von der Ueberzeugung aus, daß dem Vordringen des Kommunismus in den anfälligen Staaten dieses Raumes schnell und nachhaltig Einhalt geboten werden müsse, daß aber militärische Maßnahmen und Planungen nicht genügten, sondern daß man tief in die wirtschaftliche und soziale Struktur eingreifen müsse, wenn man eine dauernde Festigung erzielen wolle. So sah der Plan — damals nur in Umrisen skizziert — eine großzügige Hilfe des Commonwealth für seine schwächsten Glieder vor; man kam überein, auf einer neuen Konferenz in etwa drei bis vier Monaten Einzelheiten des Hilfsplanes festzulegen.

Colombo — Sydney — London

Rahmen und Ablauf der in der Zwischenzeit abgehaltenen Konferenzen sind schnell skizziert: Vom 15. bis 19. Mai 1950 fanden in Sydney unter dem Vorsitz des australischen Außenministers, Percy C. Spender, Besprechungen des „Beratenden Ausschusses für die wirtschaftliche Unterstützung Südostasiens“ (*Consultative Committee on Economic Aid for South-East Asia*) statt. Nach anfänglichen Meinungsverschiedenheiten zwischen den Vertretern Australiens und Großbritanniens, über die unten ausführlich zu sprechen sein wird, kam folgende Kompromißlösung zustande:

a) Für die sofortige technische Unterstützung der bedürftigen Länder wurden acht Millionen Pfund ausgeworfen, die in der Zeit vom 1. Juli 1950 bis 30. Juni 1953 ausgegeben werden können. Ein ständiges Sekretariat in Colombo soll geschaffen werden. Auf diese Weise hofft man, den empfindlichen Mangel an Spezialisten beheben zu können, der bisher jedem wirtschaftlichen Fortschritt in den süd- und südostasiatischen Ländern enge Grenzen steckte.

b) Langfristige und umfassende Wirtschaftshilfe soll erst auf Grund genauer Einzelpläne gewährt werden, welche die beteiligten Regierungen bis zum 1. September 1950 in London vorlegen. Im Monat September sollen diese Pläne in London gemeinsam beraten und miteinander abgestimmt werden, vor allem im Hinblick darauf, wie ein Land dem anderen helfen könne und wer den fehlenden Rest beisteuern werde.

Die Tagung in London dauerte vom 25. September bis 4. Oktober 1950. An ihr nahmen (wie in Sydney) die Vertreter Großbritanniens, Australiens, Neuseelands, Kanadas, Indiens, Pakistans und Ceylons teil²; in der britischen Delegation befanden sich eingeborene Vertreter von Singapur, dem malaiischen Staatenbund und Nordborneo. Man war in Sydney übereingekommen, auch Länder einzuladen, die nicht Mitglieder des Commonwealth sind; so hatten Siam und Indochina je eine Abordnung nach London entsandt, Burma und Indonesien, die sich nicht zur vollen Teilnahme entschließen konnten, hatten ihre Londoner Botschafter als Beobachter bestimmt. Diese Staaten, die außerhalb des Commonwealth stehen, wurden zu den Beratungen, die unter dem Vorsitz des britischen Wirtschaftsministers, Hugh Gaitskell, stattfanden, am 2. und 3. Oktober zugezogen.

Die Konferenz hielt sich streng in dem Rahmen, der in Sydney für sie abgesteckt worden war. Sie entwarf ein Statut für die in Colombo zu schaffende „Körperschaft für technische Zusammenarbeit“ (*Council for Technical Cooperation*), in der jedem Teilnehmerstaat ein ständiger Vertreter zugebilligt wurde. Vor allem aber wurde ein zusammenfassender Bericht erörtert, den Fachleute in den ersten Septemberwochen in London ausgearbeitet hatten und der auf den Einzelberichten beruhte, die von Indien, Pakistan, Ceylon, dem Malaiischen Staatenbund, Singapur, Sarawak und Nordborneo im August vorgelegt worden waren. Daraus entstand ein Sechsjahresplan, der am 1. Juli 1951 in Kraft treten soll. Seine Einzelheiten kennt man noch nicht, da er erst nach Genehmigung durch die beteiligten Regierungen veröffentlicht wird. Die Grundlinien des Planes jedoch sind bekannt geworden. Wir müssen sie vor dem Hintergrund der gegenwärtigen Verhältnisse im Süden und

Südosten Asiens betrachten und haben uns dabei zu fragen, welches die treibenden Kräfte im Commonwealth sind und welche Ziele die einzelnen Gliedstaaten verfolgen.

Die Größe der Aufgabe

Bei der Eröffnung der Londoner Beratungen am 25. September 1950 hat Wirtschaftsminister Gaitskell darauf hingewiesen, daß es um das Los von fast 600 Millionen Menschen gehe. Der natürliche Reichtum der Länder dieses Raumes ist ungeheuer: die Gesamtproduktion der Welt an Gummi und Jute stammt aus den süd- und südostasiatischen Gebieten, ebenso der größte Teil der Weltproduktion an Tee und Zinn und bedeutende Mengen Erdöl, Reis, Zucker und pflanzliche Öle. Trotzdem ist der Lebensstandard der Bewohner erschreckend niedrig.

Die Wirtschaft dieses Raumes beruhte lange Zeit ausschließlich auf Monokultur. Die wenigen dort in Massen erzeugten Rohstoffe wurden zwar in der Welt dringend benötigt, aber jede Schwankung in der Aufnahmewilligkeit des Weltmarktes und seinen Preisen steigerte die Not in den Erzeugergebieten. In den Ländern Südasiens sind mindestens zwei Drittel der Bevölkerung in der Landwirtschaft tätig und leben in dörflichen Gemeinschaften³. Der Landbesitz des Einzelnen ist freilich so klein, daß bei der jetzigen extensiven Nutzung des Bodens eine Familie davon kaum ohne Nebenerwerb leben kann. Die Arbeitsmethoden sind äußerst primitiv, aber es fehlt an Kapital und auch an Initiative für eine großzügige Reform. Die hohe Geburtenziffer bei stark abgesunkener Sterblichkeitsziffer erzeugt einen Bevölkerungsdruck, der bei den jetzigen landwirtschaftlichen Methoden auch ohne Mißernten zu unvorstellbarer Hungersnot führen muß. Denn die Produktivität in diesen Gebieten ist erschreckend niedrig. Der Reisbau zum Beispiel bringt in Südostasien nur ein Drittel bis höchstens die Hälfte der Erträge, die in Japan erzielt werden. Auch in der Fischerei ergibt sich für jeden Beschäftigten nur ein Achtel des Ertrages, der etwa von britischen Fischern durchschnittlich eingebracht wird.

Die Politiker und Wirtschaftsführer in Süd- und Südostasien wissen, daß man die beiden Wurzeln der Not, Monokultur und geringe Produktivität, beseitigen muß, wenn man nachhaltige Hilfe bringen will. Im März 1947 fand in Neu Delhi eine Asienkonferenz (*Asian Relations Conference*) statt, die hauptsächlich auf Betreiben Pandit Nehrus einberufen wurde. Eine ihrer Hauptforderungen lautete: „Übergang von der kolonialen zur Nationalwirtschaft!“⁴ Dieser Ruf zündete, weil er auf wirtschaftlichem Gebiet das verwirklicht sehen will, was der südasiatische Raum auf politischem Gebiet durch die Erringung der Unabhängigkeit bereits erreicht hat. Die Beschränkung

auf Monokultur hatte in das System einer kolonialen Wirtschaft gepaßt, die abhängigen Gebiete hatten die Rohstoffe zu liefern, die in den industrialisierten Staaten des Westens verarbeitet wurden. In den nun aufzubauenden Nationalwirtschaften soll einzig das Interesse des eigenen Landes den Ausschlag geben. Auf landwirtschaftlichem Gebiet bedeutet das eine Abkehr von der bisher zu weit getriebenen Spezialisierung auf wenige Erzeugnisse und Durchführung eines möglichst umfassenden Anbauprogramms. Auf dem Gebiet der Gesamtwirtschaft ist nicht unbedingt höchste Industrialisierung das Ziel, wohl aber der Ausbau vorhandener Anlagen und der Aufbau zusätzlicher Industriezweige, wie er etwa in Indien in dem letzten Jahrzehnt in steigendem Maße betrieben wurde. Das alles verlangt selbstverständlich Kapital, das die Länder Süd- und Südasiens nie allein aufbringen können. Aber auf Wirtschaftshilfe durch die westlichen Industriestaaten glauben sie einen Rechtsanspruch zu haben: sie haben durch Lieferung billiger Rohstoffe die Industrialisierung dieser Staaten in der Vergangenheit möglich gemacht, nun erwarten sie eine Gegenleistung in Form von Kapital und Krediten.

Das allein wird jedoch kaum genügen. Auch in der sozialen Struktur werden Veränderungen vorgenommen werden müssen, wenn das Uebel wirklich an der Wurzel gepackt werden soll. Der großen Masse der Bevölkerung, der jede gründliche Ausbildung fehlt, steht in jenem Raume eine sehr dünne Oberschicht unvermittelt gegenüber. Es fehlt die eingeborene Mittelklasse, die auf Grund ihrer Fähigkeiten und ihrer Ausbildung den Millionen ihrer primitiven Landsleute in der Anwendung moderner Methoden vorangehen kann. Diese soziale Aufgabe darf nicht übersehen werden, sie ist sogar noch dringender als die Bereitstellung von Kapital, weil sie ja die Voraussetzung aller weiteren Entwicklung ist. Deshalb haben die beteiligten Staaten den Teil des Spender-Planes, der Ausbildung und Austausch von Spezialisten vorsieht, zuerst in Angriff genommen und verabredet, daß das Sekretariat in Colombo noch vor Ende des Jahres 1950 mit der praktischen Arbeit beginnt. Und zwar sollen Wissenschaftler, Lehrer und Techniker aus den industriell fortgeschrittenen Ländern in die Notstandsgebiete gesandt werden, um dort Fachkräfte auszubilden und Ausbildungsstätten zu gründen; andererseits soll es jungen Menschen aus diesen Gebieten ermöglicht werden, sich an den Hochschulen der kulturell führenden Länder eine vertiefte Ausbildung zu erwerben. Auf die doppelte Richtung dieser Bewegung wird sowohl im Interesse der Nehmenden wie der Gebenden besonderer Wert gelegt.

Der Kapitalbedarf für den in London ausgearbeiteten Sechsjahresplan wird auf mindestens zwei Milliarden Pfund geschätzt⁵. 30 Prozent dieser Summe sollen für die Modernisierung der Landwirtschaft aus-

gegeben werden, 35 Prozent für den Bau von Bahnen, Straßen, Häfen und Flugplätzen, 10 Prozent für die Errichtung neuer Industrien, 6 Prozent für die Erschließung neuer Kraftquellen und 18 Prozent für die Errichtung eines Wohlfahrtssystems. Man hofft, auf diese Weise die Getreideerzeugung um 10 Prozent (sechs Millionen Tonnen) zu steigern und über 50 Prozent mehr Elektrizität (eine Million Kilowatt) zusätzlich zu erzeugen.

Woher diese gewaltige Summe genommen werden soll, ist freilich noch nicht klar. Durch Aufnahme von Anleihen und durch Steuern müssen die Länder, denen eine so umfassende Hilfsaktion zugute kommen soll, selbst ihren Beitrag leisten. Gewisse Summen werden auch von den Regierungen der anderen Commonwealth-Länder und aus privaten Quellen zu erhalten sein. Trotzdem bleibt ein Rest von mehreren hundert Millionen Pfund, den nur die Dollarzone gewähren kann.

Australien als treibende Kraft

Daß Australien eine wichtige Rolle bei der Neuordnung des pazifischen Raumes nach 1945 spielte, ist bekannt⁶. Außenminister Dr. Herbert V. Evatt gelang es, die Stellung Australiens in der Weltpolitik gewaltig zu stärken. Das Bewußtsein der Aufgabe, man könnte fast sagen: der Sendung Australiens im pazifischen Raum ist also nichts Neues⁷. Aber es war nicht klar, ob der neue Impuls allein der Persönlichkeit des Außenministers Dr. Evatt zuzuschreiben sei oder ob er doch aus tieferen Quellen gespeist werde, so daß er einen Wechsel der Person und des politischen Systems zu überdauern vermöge. Daß die australische Außenpolitik unabhängig von Personen eine neue Richtung eingeschlagen und neue Kraft gewonnen hat, beweist nun der Spender-Plan.

Eine Verlagerung des Akzentes ist freilich eingetreten. Es ist bekannt, daß Außenminister Dr. Evatt eine wesentliche Rolle bei der Gründung der Vereinten Nationen gespielt und an ihrer Arbeit regen und aktiven Anteil genommen hat. Er war in Australien der Exponent einer Richtung, welche die Neuordnung des pazifischen Raumes vornehmlich auf die Weltorganisation der Vereinten Nationen gründen wollte. Die weltpolitische Entwicklung des vergangenen Jahres hat den neuen Außenminister, Percy C. Spender, Möglichkeiten und Festigkeit der Vereinten Nationen geringer einschätzen lassen. Bei der Erfüllung der Aufgabe, die Australien selbstverständlich nicht allein lösen kann, sucht er in erster Linie Unterstützung bei den Großmächten, die Besitzungen im pazifischen Raum haben. Am 9. März 1950 erklärte er im Parlament:

„Wir müssen erkennen, wie fatal es für Australiens Zukunft wäre, wenn unsere Außenpolitik einzig auf einem Glaubensbekenntnis an die Vereinten Nationen beruhte. . . Wir dürfen nichts tun, was den Prinzipien dieser Organi-

sation zuwiderläuft. . . Aber wo die Vereinten Nationen offenbar die Interessen Australiens nicht schützen können, ist es die Pflicht der Regierung, gleichzeitig eine Politik zu verfolgen, die zusätzliche Abkommen mit denen schließt, von denen wir wissen, daß sie unsere Freunde sind.“

In der gleichen Rede betonte er, daß er nicht nur das Commonwealth, sondern auch die Vereinigten Staaten als solche Freunde ansehe:

„Soweit wie möglich ist es unser Ziel, mit den Vereinigten Staaten etwa das gleiche Verhältnis aufzubauen, wie es innerhalb des British Commonwealth besteht.“

Auch in der Haltung gegenüber den Völkern Asiens ist ein leichter Wandel eingetreten. Es scheint, daß Dr. Evatt, der Außenminister der Labour-Regierung, sich nie ganz von der Grundeinstellung seiner Partei freimachen konnte, die den Asiaten als den gefährlichen Konkurrenten des australischen Arbeiters betrachtete. Wenn man jedoch im Commonwealth eine Kraftquelle sieht, kann man asiatischen Völkern, die auch dem Commonwealth angehören, nicht ablehnend gegenüberreten⁸. Außenminister Spender hat deshalb (am 12. Januar 1950) davon gesprochen, daß Australien „in gewissem Sinne ein asiatisches Land geworden“ sei, und hat programmatisch erklärt: „Unser Schicksal als Nation ist durch die Ereignisse in Asien unwiderruflich bedingt.“ (2. Januar 1950.)

Auch die wirtschaftliche Entwicklung des vergangenen Jahrzehntes weist Australien in dieselbe Richtung. Die Unsicherheit der Seeverbindungen im Zweiten Weltkrieg zwang Australien dazu, während des Krieges eine eigene Industrie aufzubauen, wie man sie früher nie für möglich gehalten hätte. Ueber kurz oder lang wird diese Industrie bei den Völkern Süd- und Südasiens ihre Märkte suchen müssen, vor allem für Investitionsgüter. Im Jahre 1949 ist der Export Australiens nach Indien, der vor dem Kriege jährlich 3 Millionen Pfund betragen hatte, auf 52 Millionen Pfund gestiegen. Auch vor diesem Hintergrund muß man die Bereitschaft Außenminister Spenders sehen, Fachleute aus Asien an australischen Bildungsstätten zu fördern. Es ist bekannt, welch ungeheuren Nutzen Großbritannien aus dem Umstand gezogen hat, daß es alljährlich vielen jungen Indern ein Studium auf englischen Hochschulen ermöglichte. Sollte das so viel günstiger gelegene Australien unter den veränderten Verhältnissen die Gelegenheit nicht wahrnehmen?

Die ursprünglichen Pläne Außenminister Spenders gingen zweifellos viel weiter. Sie sollten sich auch auf das militärische Gebiet erstrecken und in einem Pazifikpakt nach dem Vorbild des Atlantikpaktes ihren Niederschlag finden. Obwohl Pandit Nehru auf der Konferenz von Colombo einen solchen Gedanken kategorisch von sich gewiesen hatte⁹, gab ihn der australische Außenminister Spender nicht ganz auf, sondern bot noch am 8. Juni 1950 in einer Rede im

Parlament für einen solchen Plan, der auch die Vereinigten Staaten umfassen müsse, Australiens Unterstützung an. Sicher wollte er damit vor allem den Gedanken wachhalten, denn es kann kein Zweifel darüber herrschen, daß die politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse in Süd- und Südostasien und die Spannungen zwischen Indien und Pakistan zur Zeit einen solchen Pakt nicht möglich erscheinen lassen.

Auch seinen eigentlichen Hilfsplan für Asien hatte Außenminister Spender ursprünglich weit schneller vorantreiben und umfassender gestalten, auch durch weitere Vorschläge ergänzen wollen¹⁰. Wir wissen, daß darüber auf der Konferenz von Sydney am 16. Mai 1950 eine sehr ernste Meinungsverschiedenheit zwischen dem britischen und dem australischen Vertreter entstand. Großbritannien, das die Hauptlast der langfristigen Hilfspläne tragen muß, war nicht bereit, diese Bürde zu übernehmen, ohne vorher genaue Unterlagen über die Vorhaben und die Verwendung der Gelder zu erhalten. So wurden die Londoner Herbstbesprechungen gegen die ursprüngliche Absicht des australischen Außenministers angesetzt. Er konnte nur das schnelle Anlaufen der „technischen Zusammenarbeit“ erreichen.

Großbritannien als Bremse?

In einer offiziellen Erklärung vom 16. Mai 1950 verwahrte sich die britische Regierung gegen die Unterstellung, sie wolle als Bremse für die australischen Pläne dienen. Der Sprecher erklärte, es gebe für so schwierige Probleme keine kurzfristige Lösung und ein ausführlicher Bericht müsse die Bedürfnisse Süd- und Südasiens in den Vordergrund der Weltwirtschaftspolitik rücken. Welche Gründe mögen die britische Regierung im einzelnen bestimmt haben, unnachgiebig auf der Erstellung eines Gesamtberichtes zu bestehen, selbst auf die Gefahr hin, als nicht genügend hilfsbereit zu gelten?

1. Am 16. Januar 1950 hat Außenminister Ernest Bevin in Colombo erklärt, Großbritannien habe von Kriegsende bis Ende 1949 750 Millionen Pfund an asiatische Staaten gezahlt. Er wies bei dieser Gelegenheit darauf hin, daß somit die Hälfte der Summe, die Großbritannien in der fraglichen Zeit als Hilfe irgendwelcher Art an fremde Staaten geleistet hat, den Ländern Asiens zugeflossen ist. Es ist verständlich, daß die Commonwealth-Länder auf die wenigstens teilweise Freigabe der 3,2 Milliarden Pfund drängen, die sie als Guthaben aus britischen Kriegsschulden in London haben. Mit demselben Recht jedoch weist Großbritannien darauf hin, daß diese Frage seinen Lebensnerv berührt. In Sydney betonten die britischen Vertreter vor allem, daß die bis jetzt freigegebenen Summen keineswegs den gewünschten Erfolg gebracht hätten und daß eine Verzettlung der geringen verfügbaren Mittel durch planlose

Unterstützung unter allen Umständen vermieden werden müsse.

2. Grundvoraussetzung des Spender-Planes war, daß an die Hilfe keine politischen Bedingungen irgendwelcher Art geknüpft werden dürfen. Ueberdies wurden die Vertreter Indiens nicht müde, auf jeder Konferenz den Teilnehmern und der Weltöffentlichkeit diese Tatsache immer wieder ins Gedächtnis zu rufen. Ebenso wenig vergißt Großbritannien jedoch, was aus der amerikanischen Hilfe für Nationalchina geworden ist. Wenn also aus Prestigegründen keine Ueberwachung über die Ausgaben zugestanden werden kann, so konnte sich die britische Regierung wenigstens bis zu einem gewissen Grade sichern, indem sie vorher genauen Aufschluß über die Vorhaben verlangte und bei der Zuerkennung der Dringlichkeit sicher ein gewichtiges Wort mitsprach.

Der unentbehrliche Partner

Es ist allen Beteiligten klar und wurde in den Eröffnungs- und Schlußreden der beiden Konferenzen betont, daß das Commonwealth allein die Mittel zur Durchführung des Colombo-Planes nicht aufbringen könne¹¹. Vor allem der Urheber des Planes, Außenminister Spender, wies wiederholt auf diese Tatsache hin: in Neu Delhi sagte er am 18. Januar 1950 ausdrücklich, der Plan könne nur mit der Hilfe der Vereinigten Staaten gelingen, und in London nannte er am 25. September die Asienhilfe „ein Weltproblem, das viel umfassendere Lösungen erfordert, als das Commonwealth allein geben kann“.

Die nicht-asiatischen Gliedstaaten des Commonwealth haben (außer Südafrika) Hilfe zugesagt, aber sie haben gleichzeitig keinen Zweifel an dem sehr bescheidenen Umfang dieser Unterstützung gelassen. Selbst die erhoffte Hilfe durch die Weltbank und internationale Stellen im Rahmen der Vereinten Nationen wird nicht ausreichen.¹²

Werden die Vereinigten Staaten einen großen Beitrag übernehmen? Es ist nicht bekannt geworden, daß sie ein Versprechen in dieser Richtung gegeben hätten. Trotzdem nimmt man im Commonwealth an, daß die Hilfe gewährt wird, wenn die Vereinigten Staaten sehen, daß die beteiligten Staaten selbst ihr Aeußerstes tun, um mit der Not fertig zu werden¹³. So wird die Entsendung der sogenannten *Griffin-Mission* nach Südostasien Anfang 1950 gedeutet; sie hat sich an Ort und Stelle von den Notwendigkeiten überzeugt und will angeblich 300 Millionen Dollar vom Kongreß für die Südostasienhilfe fordern. Man hofft, diese Unterstützung in den Colombo-Plan einbauen zu können¹⁴.

Noch größere Erwartungen jedoch hat die Rede erweckt, die der amerikanische Außenminister, Dean Acheson, am 15. März 1950 in San Franzisko gehalten hat. Er hat darin eine Analyse der Lage und eine Darstellung der notwendigen Hilfsmaßnahmen ge-

geben, die sich weitgehend mit den Anschauungen innerhalb des Commonwealth decken. Es ist sicher kein Zufall, daß er in diesem Punkte seiner Rede der Linie folgte, die der australische Außenminister eine Woche vorher, basierend auf der Konferenz von Colombo, im Parlament skizziert hatte.

Warum aber übernehmen die Vereinigten Staaten die Südostasien-Hilfe nicht selbst, wenn sie schon einen wesentlichen Teil des Geldes beisteuern müssen? Warum überlassen sie es dem Commonwealth, einen Plan auszuarbeiten und durchzuführen, und ermutigen es dabei sogar offenbar?

Es gibt mehrere Antworten auf diese Frage:

1. Das Indiamer war immer ein Gebiet, für das sich in erster Linie Großbritannien verantwortlich fühlte. Nicht nur militärisch, sondern auch wirtschaftlich. Das beweist schon die Tatsache, daß 90 Prozent der privaten Investitionen in Süd- und Südostasien aus britischen Quellen stammen. Diese Tradition wollen die Vereinigten Staaten offenbar achten. Wir dürfen nicht übersehen, daß sich in der amerikanischen Einstellung gegenüber dem Commonwealth in den letzten Jahren ein merklicher Wandel vollzogen hat. Die scharfe Ablehnung des britischen „Imperialismus“ von einst hat einer Auffassung Platz gemacht, die das Commonwealth für unentbehrlich hält. Symptomatisch für diese Wandlung ist ein Aufsatz, den Walter Lippman bereits vor zwei Jahren geschrieben hat¹⁵; er fragt darin, was aus den außereuropäischen Teilen der britischen Völkergemeinschaft und des Empire bei einem Zusammenbruch des Commonwealth werden solle und antwortet:

„Einige glauben, sie könnten Teile eines amerikanischen Commonwealth und Empire werden. Aber das wäre ein gefährliches, vielleicht sogar ein verderbliches und tragisches Ergebnis. Denn die amerikanische Republik könnte ohne eine revolutionäre Umwandlung alles dessen, was wesentlich amerikanisch ist, nicht der Erbe und Nachfolger der britischen imperialen Macht werden. Das schreckliche Durcheinander, in das wir als Nachfolger Großbritanniens in Griechenland, Palästina, Iran und dem gesamten Mittleren Osten schon hineingezogen worden sind, ist nur ein kleines Beispiel dafür, wie sehr die Rolle eines Erben und Nachfolgers des britischen Empire unseren Interessen zuwiderläuft und wie wenig sie zu unserem Charakter und unserer Erfahrung paßt.“

2. Die Völker Süd- und Südasiens, die ihre politische Unabhängigkeit gerade errungen haben, sind besonders empfindlich gegen die Uebernahme von Verpflichtungen nicht nur politischer, sondern auch wirtschaftlicher Art. Vor allem in Indien scheint ein Mißtrauen gegen die amerikanische Wirtschaftspolitik zu bestehen, das man Großbritannien heute nicht mehr entgegenzubringen scheint. So fürchten nach einem Bericht über die *India-America Conference* (Neu Delhi, 16. bis 22. Dezember 1949) die Inder, daß die Vereinigten Staaten

„durch die Verbindung der Hilfe aus dem ‚Punkt-Vier-Programm‘ mit privaten Investitionen tatsächlich eine

Sozialphilosophie exportieren. Die Mindestbedingungen, die man durch Instrumente wie Handelsverträge für amerikanische Privatunternehmen zu erlangen sucht, haben tatsächlich den Erfolg, daß sie den Rahmen der Wirtschaftspolitik für diese Länder festlegen. In Indien vor allem behaupteten einige, daß die Politik der Vereinigten Staaten politische Unsicherheit schaffe, indem sie Regierungen zwingt, Privatunternehmen allgemein Konzessionen zu machen¹⁶.“

3. Die Haltung Indiens in den weltpolitischen Konflikten der vergangenen Monate und wiederholte Erklärungen seines Ministerpräsidenten, Pandit *Nehru*, haben der Welt gezeigt, daß die jungen Staaten dieses Raumes nicht bereit sind, enge Bindungen zu einer der beiden größten Weltmächte einzugehen. Man könnte eine Parallele zwischen der heutigen Haltung dieser Staaten zu den Vereinigten Staaten und ihrer früheren zu Großbritannien ziehen. So sehr sie die Vorteile eines Anschlusses an die Großmacht anerkannten, so sehr fürchteten sie, dadurch in weltweite Verwicklungen gezogen zu werden. Daß sie Großbritannien gegenüber die Befürchtung heute nicht mehr haben, liegt sicher sowohl an der veränderten Machtposition Großbritanniens in der Welt und im Gesamtorganismus des Commonwealth als auch an der Tatsache, daß es sich in den vergangenen Jahren nicht mehr gegen eine Lockerung des Verhältnisses sträubte.

Die tiefere Bedeutung für das Commonwealth

Im Commonwealth sucht man nach neuen Formen des Zusammenlebens und der Einflußnahme auf die Welt. Im Januar 1951 werden — zum ersten Male seit Herbst 1948 — alle Ministerpräsidenten der Dominien zusammentreffen, um die Probleme zu erörtern, welche die internationale Lage der Völkergemeinschaft stellt. Voraussetzung für Stärke nach außen ist die Festigung des inneren Zusammenhaltes, die durch den Colombo-Plan erreicht werden soll. Die gegenwärtige Lage stellen die neuen Dominien illusionslos dar:

„Der Zusammenhalt ... hängt von der Art und Weise und der Schnelligkeit ab, mit welcher der Rest des Commonwealth in seiner politischen, rassischen und wirtschaftlichen Haltung auf die Wünsche und Hoffnungen, aber auch auf die Bedürfnisse der asiatischen Dominien reagiert¹⁷.“

In einer Welt, die immer stärker in zwei Lager aufgespalten wird, bietet die Zugehörigkeit zum Commonwealth militärisch weit weniger als etwa in den Jahrzehnten vor dem Zweiten Weltkrieg oder gar im Zeitalter der „Pax Britannica“. Heute wird die Stärkung vor allem auf anderen Gebieten erhofft.

Im Grunde geht es dabei um weit mehr als um Wirtschaftshilfe oder überhaupt um materielle Vorteile, so wichtig diese auch sein mögen. Es geht darum, ein neues, dauerhaftes Verhältnis zwischen dem Westen und seinen ehemaligen Kolonialgebieten zu finden. Es ist zu bezweifeln, ob die Konferenzen

des Jahres 1950 es bereits geschaffen haben. Aber jedenfalls stellte sich die Frage in ihrer ganzen Schwere bei diesen Besprechungen. Der Westen wird die Fachleute, die Techniker stellen müssen, aber bei dem Osten muß die Leitung des Ganzen und auch die Verantwortung für die Einzelmaßnahmen liegen. Ein solches Verhältnis, wie es *The Economist* vorschlägt¹⁸, verlangt zumindest zeitweiligen Verzicht im Interesse einer besseren Ordnung. Es verlangt weiterhin eine Erfahrung und eine Kenntnis der inneren Probleme in den betreffenden Ländern, über welche die Commonwealth-Glieder am ehesten verfügen.

Für England, das einst Indien beherrschte, hat der Colombo-Plan noch eine besondere, eine politische Seite. Weder Engländer noch Inder schienen sich in den Jahren des Kampfes um die Unabhängigkeit zu fragen, ob die Formen der westlichen Demokratie ohne weiteres auf so andersgeartete Verhältnisse übertragen werden können. Für *Macaulay* noch war es klar, daß England in Indien eine erzieherische Aufgabe habe, daß die Macht nur an ein Volk übergeben werden dürfe, das eine breite, politisch gebildete Mittelschicht besitzt. Diese Aufgabe wurde

lange Zeit hindurch nicht entschlossen genug in Angriff genommen, und zuletzt verlangte die Entwicklung so dringend nach einer Lösung, daß für Erwägungen solcher Art keine Zeit mehr blieb. Die heutigen wirtschaftlichen Pläne sind nur durchführbar, wenn sie von einer breiten eingeborenen Schicht getragen werden, die aus der Masse herausgehoben wurde und sie lenkt. Vielleicht erhält auf diese Weise auch das politische System nachträglich die Grundlage, auf die es ursprünglich aufgebaut werden sollte.

Vor fast 50 Jahren, am 6. April 1906, hat Lord Curzon vor der *Pilgrims Society* das „britische Weltreich ein asiatisches Reich“ genannt. Dies Wort ist heute Wahrheit geworden in einem Sinne, den man damals nicht hatte ahnen können. Es beruhte auf den Maßstäben der Zahl und der handgreiflichen Macht. Heute liegt nicht mehr Reichtum und Glanz des Empire in Asien. Aber dieser Raum ist, wenn möglich, noch wichtiger geworden. Denn in ihm haben sich die Grundsätze zu bewähren, auf denen die Gemeinschaft beruht.

Dr. Heinz Fischer-Wollpert

Anmerkungen

¹⁾ Vgl. „Schwerpunktverlagerung. im Commonwealth“, Europa-Archiv, 5/1950, S. 2859—2864.

²⁾ Südafrika war weder in Sydney noch in London vertreten. Man wird sich jedoch davor hüten müssen, aus diesem Fehlen allzu viel über sein Verhältnis zum Commonwealth herauslesen zu wollen; der Grund war wohl eher das gespannte Verhältnis zu den asiatischen Dominien, denen geholfen werden soll.

³⁾ Für Einzelheiten in den verschiedenen Ländern vgl. R. Firth: „The Peasantry of South East Asia“ in *International Affairs*, Oktober 1950, S. 503—514.

⁴⁾ Vgl. den Bericht über die Konferenz: „Asian Relations“, New Delhi, Indian Council of World Affairs, 1948.

⁵⁾ Wenn man — wie es sicher notwendig sein wird — die Hilfe auf ein Jahrzehnt ausdehnt, so wird sogar eine Summe von 6 Milliarden Pfund veranschlagt. Allein die bereits geprüften Projekte erfordern 400 Millionen Pfund. Einzelheiten vgl. *The Economist* vom 20. 5. 1950, S. 1110.

⁶⁾ Vgl. dazu „Australien und Neuseeland als Ordnungsmächte im Pazifik“, Europa-Archiv, Februar/März 1947, S. 429—435.

⁷⁾ Für die Gebiete ohne Selbstregierung war durch die Initiative Dr. Evatts bereits auf der South Seas Conference von 1947 eine Körperschaft ins Leben gerufen worden, *The South Pacific Commission*. Einzelheiten vgl. in *The World To-Day*, September 1950, S. 394—406.

⁸⁾ Um die Beziehungen zu den Nachbarn in Asien zu bessern, hat die neue australische Regierung versprochen, farbige Einwanderer, die im Verfolg der White Australia Policy wieder ausgewiesen worden waren, im Lande zu behalten, wenn es sich um Härtefälle handelt.

⁹⁾ Einzelheiten vgl. Europa-Archiv 5/1950, S. 2862.

¹⁰⁾ So hatte Außenminister Spender z. B. einen kurzfristigen Hilfsplan zur Beschaffung von Lebensmitteln und Heilmitteln vorbereitet; die Beratung darüber wurde wegen der Weigerung Großbritanniens am 19. 5. ergebnislos abgebrochen. Vgl. *Times* vom 20. 5. 1950.

¹¹⁾ So vor allem am 16. 5., 25. 9. und 5. 10. 1950.

¹²⁾ Am 2. 10. 1950 wurde in Lahore ein Ausbildungszentrum für asiatische Studenten eröffnet, das von UNO, FAO, der Economic Commission for Asia and the Far East, der Weltbank und der Regierung von Pakistan eingerichtet wurde. — Ueber die Bestrebungen des Islams, sich zusammenzuschließen, bei denen der Finanzminister von Pakistan eine wichtige Rolle spielte, vgl. den Bericht über die Tagung der *International Islamic Economic Association* in Teheran in der *Times* vom 3. und 4. 10. 1950.

¹³⁾ Man hat darauf hingewiesen, daß die Vereinigten Staaten China und Japan mit je 1,75 Milliarden Dollar und Südkorea mit 300 Millionen Dollar unterstützen, in Süd- und Südostasien aber nur Anleihen in Höhe von 53 Millionen Dollar gewährten. So hofft man auf besondere Berücksichtigung des benachteiligten Raumes. Einzelheiten über die amerikanischen Finanzpläne für die Länder Südasiens siehe in *The Economist* vom 20. 5. 1950, S. 1110.

¹⁴⁾ Großbritannien hat sich bei Finanzbesprechungen in Washington, vor allem im September 1949, April 1950 und vom 8. bis 11. 10. 1950, darum bemüht, die Frage der durch Kriegsschulden in London aufgelaufenen Dominienguthaben mit der amerikanischen Wirtschaftshilfe zu verbinden.

¹⁵⁾ „Sursum Corda“, *New York Herald Tribune* vom 29. 4. 1948.

¹⁶⁾ *Far Eastern Survey* XIX vom 25. 1. 1950, S. 16.

¹⁷⁾ V. K. R. V. Rao: „The New Commonwealth: Will It Endure?“ in *India Quarterly* VI, 1. Januar 1950, S. 18.

¹⁸⁾ Ausgabe vom 7. 10. 1950, S. 572f.

Neue Projekte der sowjetischen Wasserwirtschaft

Von Dipl.-Ing. Alexander Sieger

Im Herbst dieses Jahres sind vom Ministerrat der Sowjetunion mehrere näher festgelegte und genau terminierte Einzelpläne über die Errichtung von Hydro-Großanlagen in den verschiedensten Teilen des Landes bekanntgegeben worden.* Die Vorarbeiten dafür sind in den meisten Fällen bereits aufgenommen worden, während die praktische Durchführung für die nächste Fünfjahresplanperiode, die mit dem Jahr 1951 beginnt, vorgesehen ist und die Lösung einer Reihe der wichtigsten Wasserwirtschaftsprobleme in der Sowjetunion darstellt. Ihre Bedeutung für die sowjetische Gesamtwirtschaft, die in erster Linie wehrwirtschaftlich ausgerichtet ist, wird daraus ersichtlich, daß sich allein die energie- und verkehrswirtschaftlichen Auswirkungen der geplanten Anlagen weit über die Grenzen der örtlichen Wirtschaftsgebiete hinaus als rayon-komplexe Planungen auf die wichtigsten sowjetischen Industrie- und Rüstungsgebiete erstrecken und ihrer Zusammenfassung dienen.

Bereits in der Zeit vor dem Zweiten Weltkrieg sind von der sowjetischen Wirtschaftsführung Pläne für eine Ausnutzung aller bedeutendsten Flüsse des Landes ausgearbeitet worden, wobei derjenige Zweig der Wasserwirtschaft — die Energiegewinnung, Schaffung neuer Verkehrswege oder Bewässerungsanlagen — in den Vordergrund gestellt wird, der nicht nur für die örtliche, sondern vor allem für die wirtschaftliche Entwicklung und Stärkung des gesamten Landes den größten Nutzeffekt verspricht.

Vom sowjetischen Standpunkt aus gesehen, stellt ein Ausbau der Energiegewinnung den Kernpunkt der neugeplanten Vorhaben dar, da sie in Verbindung mit den Wärmekraftwerken die Voraussetzung für die angestrebten immer größeren Produktionssteigerungen der sowjetischen Wirtschaft bilden. Von besonderer Bedeutung ist es ferner, daß diese Ausnutzung

der Wasserkraftreserven zum größten Teil in Gebieten erfolgen soll, die bisher arm an elektrischer Energie und Brennstoffen waren und die geplante Stromerzeugung durchschnittlich um fünf- bis sechsmal billiger sein wird, als die in Wärmekraftwerken gewonnene Energie.

Der bündelweise Ursprung der russischen Flüsse an einigen wenigen Stellen des Landes fordert direkt dazu auf, die Oberläufe dieser Flüsse durch Kanäle miteinander zu verbinden und so ein durchgehendes Wasserstraßensystem nach den die Sowjetunion umgebenden Meeren zu schaffen. Ein vollendeter Ausbau der Kanalanlagen bietet die Möglichkeit eines umschlagfreien Verkehrs auf Seefrachtschiffen von und nach allen wichtigen Wirtschaftsgebieten der Sowjetunion und stellt zugleich eine wesentliche Entlastung für den Eisenbahnverkehr dar. Auch militärisch gesehen, ist ein derartig ausgebautes Wasserstraßennetz von größter Bedeutung, da kleinere Kriegsschiffe während der frostfreien Zeit auf kürzesten Wegen aus einem Meer in das andere übergeführt werden können.

Neben der energie- und verkehrstechnischen Seite der geplanten Vorhaben ist im Zusammenhang auch die Durchführung weiträumiger Bewässerungsprojekte in ihrem volkswirtschaftlichen Nutzeffekt nicht zu unterschätzen. Durch die künstliche Bewässerung und Berieselung ausgesprochener Steppengebiete, die zum Teil das Vorland wichtiger Industrie- und Rohstoffbecken bilden, werden neue landwirtschaftliche Nutzflächen geschaffen und zugleich eine allgemeine Besserung der klimatischen Verhältnisse und als weitere Auswirkung auch eine Steigerung der landwirtschaftlichen Erzeugung in den anliegenden Gebieten erzielt.

Das Projekt der „Großen Wolga“

Der Bau von Mammutkraftwerken bei Kujbyschew und Stalingrad und der Bau des Don—Wolga-Kanals

Bereits 1937 schrieb Professor Tschaplygin, der vor dem Zweiten Weltkriege an den Vorbereitungen und Durchführungen des Projekts maßgeblich beteiligt war, daß die „Große Wolga“ der wichtigste Faktor in der Entwicklung der sowjetischen Volks-

wirtschaft im Laufe der nächsten Planjahrfünfte sein werde. In der Tat stellt diese Planung eine Vereinigung von verkehrs- und bewässerungstechnischer sowie vor allem energiewirtschaftlicher Vorhaben dar

* Vgl. den Wortlaut der Beschlüsse des Ministerrats der Union der SSR in Europa-Archiv 22/1950, S. 3521—3526.

und dürfte in ihrer Zielsetzung selbst das bekannte amerikanische Energie- und Bewässerungsprojekt im Tennesseetal übertreffen, bei welchem zudem die verkehrspolitischen Gesichtspunkte zurücktreten. Auch der erstrebte Nutzeffekt für die Gesamtwirtschaft des Landes ist beim Wolga-Projekt wesentlich größer. Es soll sich in seiner Auswirkung auf einen Raum von etwa 2,5 Millionen Quadratkilometer mit mindestens 70 bis 80 Millionen Einwohnern erstrecken, das sind beinahe zwei Drittel der europäischen Sowjetunion und ihre am meisten entwickelten und am dichtesten besiedelten Gebiete. Etwa die Hälfte des gesamten russischen und späteren sowjetischen Binnenschiffsverkehrs ging stets über die Wolga; wichtige Industriestädte wie Stalingrad, Saratow, Kujbyschew, Kasan und Gorki liegen an ihren Ufern.

Der Ausbau des Wolgasystems begann bereits im zaristischen Rußland mit der Errichtung künstlicher Wasserstraßen als Verbindungen der Wolga und ihrer Nebenflüsse mit den freien Meeren, so der nördliche Katharinenkanal (1785—1822) zwischen der Kama und dem Einzugsgebiet der Nördlichen Dwina, das Tichwin-System (1802—1811) zwischen der Oberen Wolga und dem Ladogasee, das Marien-System (1811 bis 1813) zwischen der Oberen Wolga und dem Onegasee und das Kanalsystem des Herzogs von Württemberg (1825—1828) zwischen dem Mariensystem und dem Einzugsgebiet der Nördlichen Dwina.

Für die Großschifffahrt ist die Wolga etwa ab Kasan geeignet, wo sie scharf nach Süden abbiegt und rund 1,5 Kilometer, bei Saratow bereits 5 Kilometer und bei Astrachan in einem ihrer beiden Hauptarme 8 Kilometer breit ist. Zu sowjetischer Zeit galt es, im Interesse einer geregelten Verkehrsplanung durch die zu errichtenden „Kaskaden“ von Wasserkraftanlagen an der Wolga und ihren Nebenflüssen, die bisherigen Flußtiefen von 1,5 auf 2 Meter auf der ganzen Strecke von Kalinin bis Astrachan sowie am Unterlauf der Kama auf 3 und später auf 5 bis 6 Meter zu bringen. Darüber hinaus war ein Ausbau der Wolga-Kanalanlagen und damit eine wesentliche Vertiefung der Schifffahrtswege nach den umliegenden Meeren vorgesehen. Im Rahmen des Gesamtprojekts der „Großen Wolga“ sind folgende Vorhaben bereits durchgeführt, befinden sich im Bau oder sind in ihren Einzelheiten genau projektiert und geplant:

1. der Wolga—Moskwa-Kanal (1937 in Betrieb genommen), durch den die Metropole Moskau unmittelbar an das Wolgasystem angeschlossen wird;
2. der Ausbau des Marien-Systems (als Verbindungsweg über den Onegasee zu der Ostsee und dem Weißen Meer), der vor dem Kriege in Angriff genommen und Anfang 1948 beendet wurde;
3. die Kanalisierung des unteren Don und der Bau des Wolga—Don-Kanals in der Höhe von Stalingrad (in Verbindung mit der neuen Wasserkraftanlage bei Stalingrad projektiert).

Außerdem können dem Wolgasystem noch der Mantsch-Kanal zwischen dem Kaspischen Meer und dem Unterlauf des Don, der bisher nur in seinem westlichen Teil — vom Don bis zum Proletarskojer Stau-

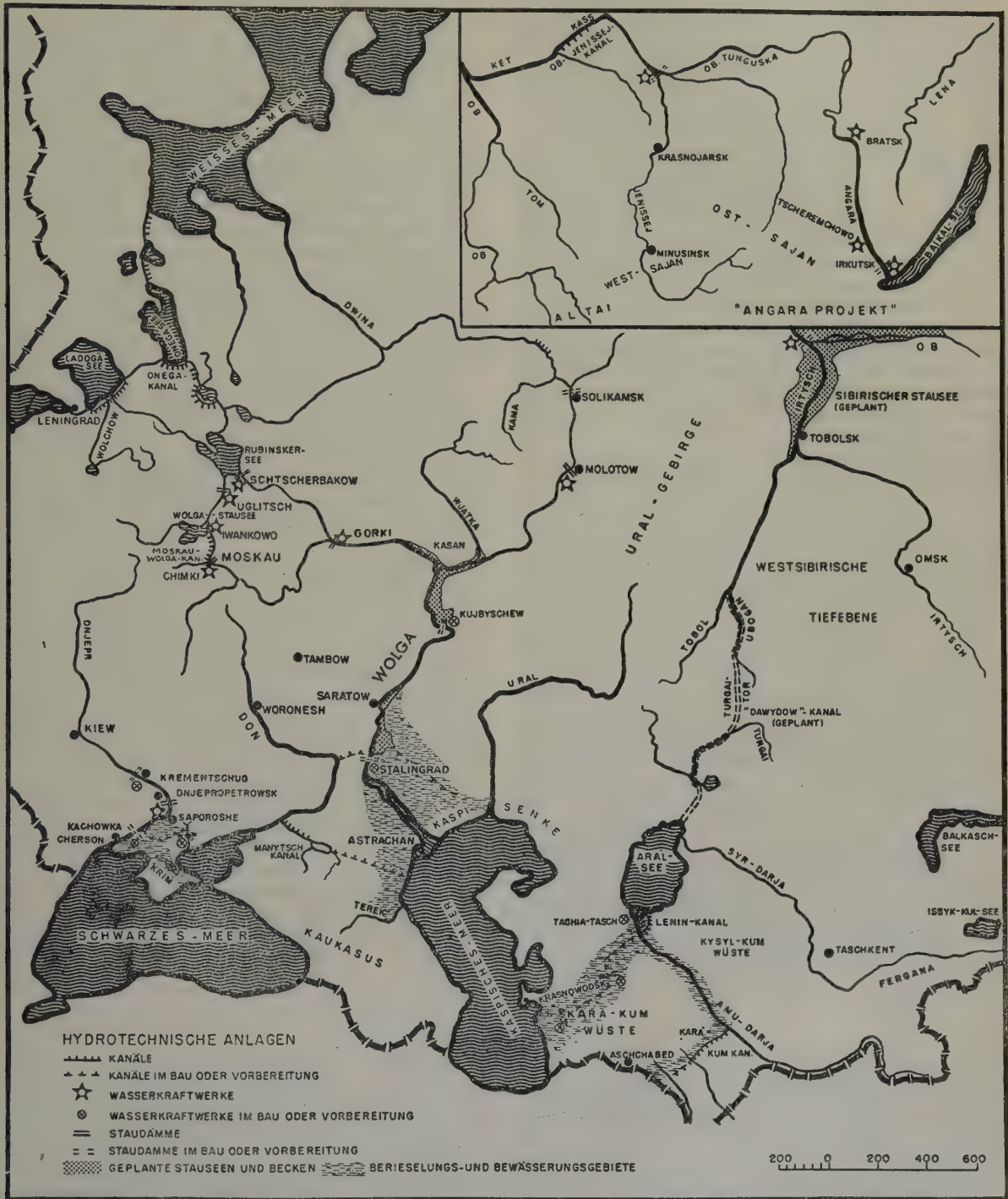
see — fertiggestellt worden ist und während des Krieges stark zerstört wurde, die Kama—Petschora-Verbindung mit dem Nördlichen Eismeer und in Zusammenhang damit die Anlage des Solikamsker-Stauseen-Systems (projektiert) und der Weißmeer-Kanal (bereits 1934 eröffnet, aber ebenfalls zum Ausbau vorgesehen) zugerechnet werden.

Obwohl die Wolga einen ausgesprochenen Flachlandcharakter aufweist und nur ein geringes Gefälle besitzt, liegt in dem Abfluß ihrer riesigen Wassermassen — am Unterlauf des Stromes sind es durchschnittlich etwa 8000 m³sek — eine ungeheuerere, bisher bei weitem noch nicht voll ausgenutzte Kraft. Zur Nutzbarmachung dieser großen Energiemengen sollen an der Wolga von Rybinsk bis zum Kaspischen Meer sowie an ihren Nebenflüssen Oka und Kama eine Folge von Staudämmen, Staubecken, Schleusenanlagen für den Schiffsverkehr sowie Wasserkraftwerken errichtet werden. Der Aufbau dieser Großanlagen begann am Oberlauf des Stromes mit der Inbetriebnahme des Wolga—Moskwa-Kanals und des im gleichen Jahre fertiggestellten Kraftwerks bei Iwankowo/Wolga (30 000 kW) und dem davorliegenden Moskauer-(Wolga)-Stausee, dem ein weiteres Kraftwerk am Nordhafen von Moskau, Chimki (30 000 Kilowatt) und der Chimka-Stausee folgten. Bereits vor dem Zweiten Weltkrieg wurde des weiteren mit dem Bau eines Kraftwerks bei Schtscherbakow am Rybinsker See — dem größten Stausee Europas mit einer Fläche von über 4750 Quadratkilometer — und Uglitsch an der Wolga begonnen. Durch den Kriegseintritt der Sowjetunion wurden die Bauarbeiten verzögert, wobei das Werk von Schtscherbakow (300 000 Kilowatt) noch während des Krieges und bei Uglitsch (200 000 kW) erst in den Nachkriegsjahren endgültig in Betrieb genommen werden konnte. Diese vier Wasserkraftstationen bilden zusammen mit den Wärmekraftwerken auf lokaler Brennstoffbasis (Brennschiefer, Torf, Moskauer Braunkohle) ein Verbundsystem und zugleich die Energiegrundlage eines der wichtigsten sowjetischen Wirtschaftsrayons, dem Zentralen Industriegebiet.

Im Frühjahr 1948 folgte die nächste Stufe des Wolgaprojekts, der Baubeginn des Hydro-Knotenpunkts bei Gorodez in der Nähe von Gorki. Diese Großanlage soll über ein Staubecken von rund 1500 Quadratkilometer und einen Staudamm von über 12 Kilometer Länge verfügen. Die Kapazität des noch im Bau befindlichen Kraftwerks soll die installierte Leistung der vorhergehenden Wolgawerke und selbst das bis dahin größte sowjetische Wasserkraftwerk Dnjepr-GES bei Saporoshe um ein beträchtliches übersteigen. Mit einer endgültigen Inbetriebnahme des Gorki-Kraftwerks wird im Laufe der kommenden Planperiode gerechnet.

Einen gewissen Abschluß soll das Projekt der „Großen Wolga“ nach dem jetzt bekanntgegebenen Beschluß des sowjetischen Ministerrats durch die Errichtung von zwei Mammutkraftwerken, bei Kujbyschew und Stalingrad, erfahren. Mit dem Bau des geplanten Großkraftwerks an der Samara-Schleife

Die sowjetische Energie- und Wasserwirtschaft
Vorhandene und geplante Anlagen



(Samarskaja Luka) oberhalb der Stadt Kujbyschew ist bereits in diesem Jahr begonnen worden, nachdem die schon vor dem Zweiten Weltkrieg aufgenommenen Vorarbeiten während des Krieges liegen geblieben waren. Die volle Leistungsfähigkeit des Werkes und damit eine Kapazität von rund 2 Millionen Kilowatt soll im Jahre 1955 erreicht werden. Besondere Schwierigkeiten beim Bau des Staudammes, der zugleich die Ueberleitung einer der wichtigsten Eisenbahnmagistralen nach den östlichen Gebieten der Sowjetunion bilden soll, ergeben sich aus der sandigen Beschaffenheit des Flußbodens der Wolga bei Kujbyschew. Bei der relativ geringen Strömungsgeschwindigkeit der Wolga und den Erfahrungen beim Bau des Staudammes bei Saporoshe dürfte aber die vorgesehene, von einem Sandwall getragene Wehranlage aus Beton genügend Widerstand besitzen. Der geplante Stausee soll in seinem Ausmaß den Rybinsker See noch übertreffen und sich bis Tschebossary an der Wolga und bis zum Mündungsgebiet der Wjatka in die Kama erstrecken. Durch die Kujbyschewer Anlage wird somit auch die Wasserenergie der Kama und ihrer Zuflüsse ausgenutzt, für die nach der ursprünglichen Planung eigentlich ein eigenes Stufensystem mit drei aufeinander folgenden Hydro-Knotenpunkten vorgesehen war, von denen bisher nur eine Kraftstation mit Stauanlage bei Molotow am Oberlauf der Kama verwirklicht worden ist.

Die zweite Hydro-Großanlage, oberhalb von Stalingrad, ist mit einem Baubeginn im nächsten Jahr, fast der gleichen gigantischen Kapazität — 1,7 Millionen Kilowatt — und einer Fertigstellung im Jahre 1956 projektiert.

Durch die Errichtung dieser beiden Riesenkraftwerke, deren Verwirklichung bei dem in der Sowjetunion üblichen Tribut an Menschen und Material zur Stärkung des wirtschaftlichen Potentials des Landes durchaus im Bereich der Möglichkeiten liegt, würde eine hydroenergetische Nutzbarmachung der Wolga bis zu fast 80 Prozent erreicht und zugleich eine fühlbare Lücke im Energiebedarf der sowjetischen Industrie und Wehrwirtschaft geschlossen werden können. Durch den Bau von Ueberlandleitungen soll die erzeugte Elektroenergie nicht nur für die bestehenden und neu zu gründenden Industrien im Wolga-Ural-Raum (mit jährlich 5,2 Milliarden kWh) zur Verfügung stehen, sondern vor allem zur Versorgung des Zentralen Industriegebiets (rund 10,1 Milliarden kWh) mit dem Zentrum in Moskau und die

Industrien des Zentralen Schwarzerdegebietes — Orel, Kursk, Lipezk, Tambow und Mitschurinsk — (rund 1,2 Milliarden kWh) herangezogen werden.

Als weitere Aufgabe der Stauanlagen, vor allem des Stalingrader Staubeckens, ist eine Berieselung und Bewässerung der hinter der Wolga gelegenen Trockengebiete von insgesamt über sechs Millionen Hektar Land geplant. Es handelt sich um einen breiten Gebietsstreifen, der etwa von Kujbyschew am linken Ufer der Wolga bis in die Höhe von Kamyschin nördlich von Stalingrad reicht und weiter südlich in die Halbwüste der Aralo-Kaspischen Niederung übergeht. Eine weitere Ausdehnung der Bewässerung auf die südlich anschließenden Gebiete soll später folgen. Der Bewässerungsplan sieht ferner den Bau eines Hauptkanals vom Stalingrader Stausee in das Gebiet zwischen Wolga und Uralfluß vor.

Technisch ist der Plan einer Berieselung der Wolga-steinen insofern von Interesse, weil es hier ein Gelände zu bewässern gilt, das zum größten Teil 50 bis 80 Meter höher liegt als der Wasserspiegel des Flusses. Das Stauwasser muß deshalb auf diese Höhe mechanisch gehoben werden. Dies soll mittels elektrischer Pumpstationen geschehen, für deren Antrieb und die Elektrifizierung der Landwirtschaft, vor allem auf den neu entstehenden Nutzflächen, der erforderliche Strom in einem Gesamtumfang von rund 3,5 Milliarden kWh aus den Elektrostationen von Kujbyschew und Stalingrad gestellt werden soll.

Das Projekt der „Großen Wolga“ ist somit das größte und umfassendste Komplexschema der sowjetischen Wasserwirtschaft, dessen Auswirkungen auf vielen Gebieten in den kommenden Jahren von höchster Aktualität sein werden und — gemäß der sowjetischen Ausdrucksweise — der „wichtigste Hebel“ für die Entwicklung der Energiewirtschaft in der Sowjetunion. Auch die Interessen der Landesverteidigung sind bei der Planung berücksichtigt worden. Durch die stufenweise Ausnutzung der Wolgaenergie wird eine Dezentralisation der Energiequellen erreicht, was zugleich den wehrwirtschaftlichen Gesichtspunkten der Sowjetführung — nicht zuletzt auf Grund ihrer Erfahrungen im letzten Weltkrieg nach dem durch Sprengung verursachten mehrjährigen Ausfall des Dnjepr-Großkraftwerkes — entspricht. Dabei ist der Standort der beiden größten geplanten Kraftwerke, bei Kujbyschew und Stalingrad, in den militärisch gesichertsten Regionen der europäischen Sowjetunion gelegen.

Das Projekt des „Groß-Dnjepr“

Der Bau eines Wasserkraftwerks bei Kachowka/Dnjepr und des Südkrainischen und Nordkrim-Kanals

Neben dem Wolgaprojekt besteht auch für den zweitgrößten Strom der europäischen Sowjetunion, den Dnjepr mit rund 2280 Kilometer Länge, ein eigener Plan im Bereich der sowjetischen Wasserwirtschaft. Bereits seit 1933 ist der Fluß durch die Regulierung der neun Stromschnellen zwischen Saporoshe

und Dnjeprpetrowsk fast in seiner ganzen Länge schiffbar, wenn auch die Flußbreiten und -tiefen an seinem Oberlauf nicht sehr groß sind. Der laufende Fünfjahresplan sah neben dem Wiederaufbau der Industriezentren von Kremenschug, Dnjeprrosershinsk, Dnjeprpetrowsk, Saporoshe, Nikopol am Dnjepr und Melitopol auch die völlige Wiederherstellung des im Kriege stark zerstörten Dnjepr-Großkraftwerks

und der Stauanlagen bei Saparoshe vor. Das Dnjepr-GES-Kraftwerk, das im Frühjahr 1947 durch Aufstellung der ersten neuen Turbine den Betrieb wenigstens mit einer Teilkapazität wieder aufnahm, hat in jüngster Zeit seine Vorkriegsleistung von 450 000 Kilowatt (2,5 Milliarden kWh jährlich) bereits erreicht oder im Hinblick auf die geplante Steigerung bis zu 528 000 Kilowatt überschritten. Als nächste, oberhalb gelegene Stufe zur Ausnutzung der Dnjepr-energie ist für einen späteren Zeitpunkt der Bau eines Wasserkraftwerks bei Kremenschug — von mehr örtlicher Bedeutung — geplant.

Der akute Energiemangel beim Wiederaufbau und bei der Entwicklung der Industrien in der südlichen Ukraine, insbesondere im Donezbecken, die Schaffung eines elektrischen Verbundsystems in Verbindung mit den örtlichen Wasserkraftwerken und die rayonkomplexe Planung einer Bewässerung der südlichen Trockengebiete von der Aralo-Kaspischen Tiefebene bis zu den Steppengebieten am Unterlauf des Dnjepr veranlaßte die oberste sowjetische Führung, die Verwirklichung neuer Planungen zum Projekt „Groß-Dnjepr“ während des nächsten Planjahrfünfts in Aussicht zu nehmen. Ein Beschluß des Ministerrats vom September 1950 sieht die Errichtung von Wasserkraftwerken und den Bau eines weiträumigen Bewässerungssystems im Gebiet des unteren Dnjepr und der nördlichen Krim vor. Danach soll bei der Stadt Kachowka am Dnjepr, rund 100 Kilometer oberhalb seiner Mündung, ein Wasserkraftwerk mit einer Kapazität von 250 000 Kilowatt und einer durchschnittlichen Jahresleistung von 1,2 Milliarden kWh, ein Staudamm, eine Schleusenanlage für den Schiffsverkehr und ein großes Staubecken mit einem Fassungsvermögen von rund 14 Milliarden Kubikmeter gebaut werden. In der Stadt Kachowka ist die Anlage elektrisch betriebener Pumpstationen für das zugleich projektierte Irrigationssystem der anliegenden Gebiete geplant. Mit den vorbereitenden Arbeiten ist im Rahmen der gleichzeitig gegründeten Organisation „Ukrwodstroj“ bereits begonnen worden, während der eigentliche Baubeginn für das kommende Jahr und die volle Inbetriebnahme des E-Werkes für das Jahr 1956 vorgesehen ist. Die größten technischen Schwierigkeiten des Vorhabens sind bedingt durch die große Flußbreite des Dnjepr an seinem Unterlauf und bestehen daher in der Errichtung des Staudamms, der zugleich als Eisenbahnbrücke über den Dnjepr ausgebaut werden soll.

Beim neuen Dnjeprplan tritt neben der Energiegewinnung, welcher in der sowjetischen Wirtschaftsplanung fast immer der Vorrang gehört, vor allem die bewässerungstechnische Seite des Projekts in den Vordergrund. Zwecks Fruchtbarmachung der Steppengebiete in der Schwarzmeerniederung ist hier nach dem Plan der Bau eines Kanals vom Dnjepr durch die südliche Ukraine und in seiner Fortsetzung durch die nördliche Krim projektiert. Danach soll der Südukrainische Kanal den Dnjepr am Stausee des Kraftwerks Dnjepr-GES bei Saparoshe — vor allem während der Hochwasserzeit und ohne Leistungsminderung des Kraftwerks — mit durchschnittlich 600 bis

650 m³/sek anzapfen. Von dort führt der Kanal zum Oberlauf des Flusses Molotschnaja und dann unter Benutzung des Flußbettes bis zur Industriestadt Melitopol. Nördlich der Stadt ist die Errichtung eines kleinen Kraftwerks von rund 10 000 Kilowatt und eines Stauwerks mit einem Fassungsvermögen von rund 6 Milliarden Kubikmeter für Bewässerungszwecke beabsichtigt. Nach dem Plan verläuft der Kanal dann in südwestlicher Richtung von Melitopol zum Ort Askanja Nowa in der Nogajer Steppe und weiter nach Süden zum Siwasch, dem Gniloje-Meer zwischen der Halbinsel Krim und dem Festland. In seiner Fortsetzung führt der Wasserweg als Nordkrim-Kanal von Siwasch zum wichtigen Eisenbahnknotenpunkt Dshankoj auf der Halbinsel und längs der Krimsteppe bis Kertsch. Die Länge der beiden Kanäle soll zusammen rund 550 Kilometer betragen. Vom geplanten Stausee bei Kachowka am Dnjepr ist des weiteren ein Verbindungskanal in einer Länge von rund 60 Kilometer zum Südukrainischen Kanal bei Askanja Nowa vorgesehen, wodurch es möglich sein würde, die Bewässerungsanlagen sowohl vom Saporosher Stausee als auch vom Kachowka-Becken aus zu füllen. Die Fertigstellung des gesamten Irrigationssystems ist für das Jahr 1957 festgesetzt.

Für eine Bewässerung und Berieselung der Gebiete von Cherson, Saparoshe, Nikolajewsk und Dnjeprpetrowsk ist der Bau von Abzweigkanälen in einer Gesamtlänge von 300 Kilometer geplant, wobei eine selbsttätige Bewässerung von rund 500 000 Hektar und eine Berieselung von rund 700 000 Hektar Land durch eine mechanisierte Wasserzufuhr in höher gelegene Gebiete mittels elektrisch betriebener Pumpstationen erfolgen soll. In der Krimsteppe ist die Bewässerung von rund 300 000 Hektar Land vorgesehen, davon 200 000 Hektar durch Abflußbewässerung und 100 000 Hektar mit Hilfe mechanischer Pumpanlagen. Zur Festigung der Triebsandflächen von Aleschkow am Unterlauf des Dnjepr im Gebiet Cherson und vor allem als Abgrenzung der Kanäle, Staubecken und neu bewässerten Gebiete ist eine Anlegung von Schutzwaldstreifen vorgesehen.

Welche Bedeutung gerade der bewässerungstechnischen Seite des Projekts „Groß-Dnjepr“ beigemessen wird, geht daraus hervor, daß von der erwarteten Energieleistung des Kachowka-Kraftwerks allein die Hälfte, das sind rund 60 Millionen kWh jährlich, für eine Elektrifizierung der Landwirtschaft auf den neugewonnenen Nutzflächen und den Antrieb der Pumpstationen verwandt werden soll. Durch eine planmäßige Bewässerung des sonst fruchtbaren Steppengeländes will die Sowjetführung neben einer Entwicklung des Baumwollanbaus und der Viehzucht vor allem eine weitgehende Steigerung und Stabilisierung der Getreideernten erreichen. Damit würden diese Gebiete nicht nur ihre eigene Bevölkerung ernähren können, sondern darüber hinaus in der Lage sein, erhebliche Getreidemengen für eine Versorgung der Zuschußgebiete, an erster Stelle der benachbarten Industriezentren im Donezbecken, zur Verfügung zu stellen.

Der „Dawydow-Plan“

Die Verwirklichung der ersten Etappe des Planes durch den Bau des Turkmenischen Hauptkanals

Das Ob-Jenissej-Projekt des sowjetischen Ingenieurs Dawydow ist erst in jüngster Zeit (1949) in großen Zügen bekannt geworden, und die Aussichten für eine praktische Verwirklichung — selbst bei angeblicher Verwendung von Atomkraft — werden von der westlichen Fachwelt umstritten oder zumindest auf ein späteres technisches Zeitalter verlegt. Nach einem langfristigen Plan sollen die sibirischen Ströme Ob und Jenissej etwa in Mittelsibirien in ihrem Lauf nach Norden zum Teil abgeleitet und durch die zu bewässernden Aral-Wüstengebiete in einem neuen Flußbett zum Kaspischen Meer geführt werden und so mit ihren Staudämmen einmal elektrischen Strom zur Versorgung der west- und mittelsibirischen Industriegebiete (zum Beispiel Kusnezsk) liefern und sodann der Bewässerung und als Transportweg dienen. Die jährliche Stromerzeugung nach Vollendung des Projekts ist mit etwa 80 Milliarden kWh berechnet, das ist eine um 25 Prozent größere Strommenge, als durch eine vollständige Ausnutzung der Wolgaenergien einmal erreicht werden kann.

Mit der Verwirklichung dieses Projekts in seiner ersten Etappe soll nun laut dem am 12. September 1950 bekanntgegebenen Beschluß des Ministerrats der Sowjetunion zu Beginn des kommenden Fünfjahresplanes begonnen werden. Der in seinen Einzelheiten hierbei näher festgelegte und terminierte Teilplan sieht bei einer Arbeitsdauer von sechs Jahren den Bau eines Turkmenischen Hauptkanals vom Oberlauf des zentralasiatischen Flusses Amu-Darja quer durch die Kara-Kum-Wüste zum Kaspischen Meer vor. Der geplante Kanal wird den Amu-Darja bei der Landspitze Tachia-Tasch, in der Nähe der Stadt Nukus, mit etwa 350 bis 400 m³/sek. — die später auf 600 m³/sek. erweitert werden sollen — anzapfen. Nach Umgehung der Senke von Sarykamysch, die nach einem Jahrhunderte zurückliegenden fast gleichen Verlauf des Amu-Darja als See ausgefüllt war und bei den heutigen Wasserverhältnissen des Flusses und einem Fassungsvermögen der Senke von über 320 Millionen Kubikmeter eine zu lange Anfüllzeit brauchen würde, soll der Kanal dem Verlauf des alten Flußbettes „Usboj“ folgen und bei der Hafenstadt Krassnowodsk ins Kaspische Meer münden. Die Gesamtlänge des projektierten Kanals ist mit rund 1100 Kilometer veranschlagt.

Ein Staudamm bei Nukus am Amu-Darja, zwei Stauanlagen im Verlauf des Turkmenischen Hauptkanals und drei dazugehörige Wasserkraftwerke mit einer Kapazität von insgesamt 100 000 Kilowatt sollen die Hydroenergie des Stromes ausnutzen. Für eine Fruchtbarmachung der Trockengebiete ist der Bau von Zuleitungskanälen, ausgehend von den Staubecken bei Tachia-Tasch und am Hauptkanal, mit einer Gesamtlänge von 1200 Kilometer und für die Versorgung der Industrieunternehmen und Siedlungen der Bau von Wasserleitungen mit einer Länge

von insgesamt 1000 Kilometer geplant. Das Staubecken von Tachia-Tasch ist vor allem für die Berieselung der Gebiete im Amu-Darja-Stromdelta (300 000 Hektar), in den südlichen Teilen der Karakalpakischen Autonomen Republik (Usbekische SSR) und den nördlichen Teilen der Turkmenischen SSR (insgesamt 500 000 Hektar) vorgesehen. Von den beiden am Hauptkanal gelegenen Staubecken sollen vom östlichen die Abzweigkanäle für eine Berieselung der südlichen Gebiete der Kaspischen Senke in Westturkmenistan (mit rund 500 000 Hektar) ausgehen, während aus dem westlichen Becken eine Versorgung der Städte, Siedlungen, Industrien und der turkmenischen Eisenbahnlinie mit Süßwasser und die Schaffung einer landwirtschaftlichen Versorgungsbasis um Krassnowodsk durch Bewässerung des Balchan-Vorlandes erfolgen soll.

Die geplante Berieselung und Kultivierung von insgesamt 1,3 Millionen Hektar Land ist vor allem für eine Steigerung des Baumwollanbaus durch die Anlage neuer und moderner Baumwollplantagen vorgesehen. Durch die erst am 5. April 1950 erfolgte Neugründung eines besonderen Ministeriums für Baumwollanbau in der Sowjetunion und die Ernennung des langjährigen Generalsekretärs der Kommunistischen Partei Usbekistans, Jussupow, zum Minister ist ersichtlich, daß dem Kernland der sowjetischen Baumwollwirtschaft, den zentralasiatischen Republiken, in dieser Entwicklung besondere Bedeutung beigemessen wird. Nach den jetzt vorgenommenen Untersuchungen sind in Turkmenistan bei einer ausreichenden Bewässerung rund 6 Millionen Hektar Land für den Anbau von Baumwolle geeignet, wovon bisher nur rund 0,5 Millionen Hektar ausgenutzt werden. Nach dem Projekt ist des weiteren eine Bewässerung von fast 7 Millionen Hektar Land für eine Entwicklung der Viehzucht in den Steppengebieten der Kara-Kum-Wüste geplant.

Auch für eine industrielle Entwicklung besitzt das Gebiet südlich des Aralsees bis zur iranischen Grenze bei einer ausreichenden Wasser- und Energieversorgung die besten Voraussetzungen. Im Bereich der geplanten Kraftstation und des Staubeckens bei Tachia-Tasch bahnt sich schon jetzt ein neues Industriezentrum an, dessen Entwicklung auch durch den bereits fertiggestellten „Lenin-Kanal“, der von Tachia-Tasch durch das Gebiet östlich vom Amu-Darja-Stromdelta bis Tschimbaj führt, gefördert wird. Südlich der am Kaspischen Meer gelegenen Hafenstadt Krassnowodsk, in der Süßwasser bisher durch besondere Entsalzungsanlagen gewonnen werden muß, befindet sich bei Nebit Dag an der Bahnlinie Aschchabad—Krassnowodsk und der Halbinsel Tscheleken ein vielversprechendes Erdölrevier. Die Entdeckung und versuchsweise Auswertung verschiedener Mineralvorkommen in den östlichen Randgebieten des Kaspischen Meers und in der Kara-Kum-Wüste (zum Beispiel umfangreicher Schwefellager), dürfte bei einer industriellen Erschließung und Schaf-

fung günstigerer Verkehrsverhältnisse zu einer bedeutenden Entwicklung der chemischen Industrie des Landes führen. Auch Vorkommen an Stein- und Braunkohle, Kupfer, Blei und Quecksilber sind in Turkmenistan festgestellt worden.

Von noch unübersehbar großer Bedeutung kann die verkehrstechnische Seite des Projekts sein. Bisher bestand nur ein beschränkter Schiffsverkehr vom Hafen Farab der Stadt Tschardshou, dem Schnittpunkt der transkaspischen Eisenbahn (Eisenbahnmagistrale Samarkand—Krasnowodsk) und dem Amu-Darja (zugleich eine der größten Eisenbahnbrücken der Sowjetunion), bis zum Aralsee. Südlich von Tschardshou beginnt der für die Binnenschifffahrt geeignete Kara-Kum-Bewässerungskanal, der bis zum Oberlauf des Murgab in der Nähe der iranischen Grenze führt und sich in seiner Fortsetzung bis zum

Fluß Tedshen noch im Bau befindet. Nach Vollendung des Turkmenischen Hauptkanals wird der Amu-Darja und damit indirekt die reichen Industrie- und Rohstoffzentren Zentralasiens mit dem Fergana-Becken — beziehungsweise direkt durch Schiffbar-machung des Syr-Darja — über das Ausfalltor Krasnowodsk an das Verkehrsnetz der „Großen Wolga“ angeschlossen. Die nächste Etappe des Dawydow-Plans, die Schaffung eines Wasserweges durch die Turgai-Höhen zu den sibirischen Flüssen Ob und Jenissej, würde einen Höhepunkt dieser hydrotechnischen Gesamtplanung darstellen und einen wesentlichen Beitrag für die Entlastung des Eisenbahnverkehrs, die Erschließung und Industrialisierung Sibiriens und eine engere Zusammenarbeit der westlichen und östlichen Wirtschaftsgebiete der Sowjetunion leisten.

Das „Angara-Projekt“

Ein weiteres Hydroprojekt in Ostsibirien, das die Wasserkraftreserven des Angara-Flusses, der Oberen Tunguska, nutzbar machen und die neuen Industriegebiete um den Baikalsee (unter anderem Irkutsk) mit elektrischem Strom beliefern soll, muß noch im Zusammenhang mit der sowjetischen Hydroplanung im Laufe des nächsten Fünfjahresplanes erwähnt werden. Eine offizielle Verlautbarung über diese Planung ist, wie bei den Projekten der „Großen Wolga“, dem Turkmenischen Hauptkanal usw., in letzter Zeit nicht erfolgt, was aber aus Gründen der üblichen sowjetischen Geheimhaltung in diesem Fall besonders verständlich erscheint, da sich das Gebiet um den Baikalsee, vor allem in der Kriegs- und Nachkriegszeit, zu einem starken Zentrum der sowjetischen Wehrwirtschaft und Rüstungsindustrie, mit dem Schwerpunkt in Irkutsk, entwickelt hat. Einzelne Angaben in der sowjetischen Fachpresse deuten aber darauf hin, daß zumindest ein Teilprojekt des Angaraplanes während der kommenden Planperiode in Angriff genommen und fertiggestellt werden soll.

Der Bau von Wasserkraftwerken an der Angara wird durch eine große Abflußmenge und Strömungsgeschwindigkeit sowie durch die Beständigkeit des Stromes begünstigt, der durch ein natürliches, großes Becken — den Baikalsee — reguliert werden kann und in seinem Abflußgebiet auch im Winter nicht zufriert. Nach den vorgenommenen Untersuchungen bietet der Fluß an sechs verschiedenen Stellen die Möglichkeit, Kraftanlagen mit einer installierten Gesamtleistung von 8,9 Millionen Kilowatt und einer jährlichen Energieabgabe von rund 61 Milliarden Kilowattstunden zu errichten. Die wichtigste geplante Anlage ist das sogenannte „Baikal-Wasserkraftwerk“, das etwa acht Kilometer flußaufwärts von Irkutsk gebaut werden soll. Der Staudamm würde sich unmittelbar an der sibirischen Eisenbahnmagistrale befinden und dürfte nach den geologischen Beschaffenheiten ungefähr eine Höhe von 30 Meter erreichen. Bei dem Damm sollen Schleusen für die Schifffahrt errichtet werden, die dafür berechnet sind, sowohl Fluß- als auch Binnensee-Damp-

fern die Durchfahrt — in Hinblick auf den weit-räumig geplanten Ausbau der Transport- und Verkehrswege auch im sibirischen Flußsystem — zu ermöglichen.

Die installierte Leistung des Baikal-Kraftwerks ist mit rund 600 000 Kilowatt — nach neuesten Angaben sogar mit 1 Million Kilowatt — und einer jährlichen Stromerzeugung von 3,8 Milliarden kWh projektiert. Weitere Wasserkraftwerke an der Angara sind rund 150 Kilometer flußaufwärts in der Höhe des Kohlenbeckens von Tscherechow und bei Bratsk, am Rande eines Erzgebietes, geplant. Ein in der Nachkriegszeit fertiggestelltes Wärmekraftwerk von rund 80 000 bis 100 000 Kilowatt steht dem sich im Becken von Tscherechow entwickelnden Kohlen- und Industriegebiet bereits zur Verfügung, das noch weiter ausgebaut und durch Hochspannungsleitungen gekoppelt ein Verbundsystem mit den beiden geplanten Wasserkraftanlagen bilden soll. Als letzte Planung ist ein Projekt für ein Wasserkraftwerk am Jenissej, etwas unterhalb der Einmündung des Angaraflusses, ausgearbeitet worden.

Mit Hilfe der geplanten Wasserkraftanlagen und unter teilweiser Ausnützung der gewaltigen Kohlen-vorkommen im Gebiet von Tscherechow will man den gesamten Bezirk zwischen dem Unterlauf der Angara und dem Baikalsee mit elektrischer Energie versorgen. Dieses würde noch die schwierige Lösung des Problems der Fernstromleitungen erfordern, um einen Ausgleich der jahreszeitlich bedingten Schwankungen der Stromerzeugung und die erforderliche Verteilung auf die einzelnen Kombinate zu gewährleisten.

Der große und mannigfaltige Reichtum an Natur-schätzen und „weißer Kohle“ läßt das Gebiet an der Angara und dem Baikalsee als Basis für eines der wichtigsten Rohstoff- und Industriegebiete Sibiriens und — bei einer weiteren Entwicklung — der gesamten Sowjetunion erscheinen. Außer dem reichen Kohlenbecken von Tscherechow befindet sich im Erzgebiet Angara-Ilim eine Eisenhüttenindustrie in

der Entwicklung, die vom Standpunkt der Reichhaltigkeit der Erze an dritter Stelle in der Sowjetunion nach Kriwoj Rog und dem Ural steht. Vorkommen an Bunt- und seltenen Metallen sowie hochprozentiger Ferrosilikate ermöglichen eine Gewinnung und Produktion von Legierungsstählen; des weiteren Magnesit- und Bauxitvorkommen am Unterlauf der Angara und im Bergland von Tscheremchowo eine Gründung von Leichtmetallwerken. Auch die Entwicklung einer Reihe von Industriezweigen der organischen und synthetischen Chemie befindet sich im Aufbau oder ist geplant, so für synthetischen Kautschuk und für flüssigen Brennstoff durch Verarbeitung der Kohle von Tscheremchowo, die große Mengen flüchtiger Bestandteile und Wasserstoff enthält. Die Stadt Irkutsk bildet sich dabei zu einem starken Industriezentrum aus, das neben mehreren

Maschinenbau- (so für die Ausrüstung der sibirischen Hüttenindustrie) und Werkzeugmaschinenfabriken über Flugzeugzellen- und eine Reihe reiner Rüstungs- und Waffenherstellungsbetriebe verfügt.

Diese im Aufbau befindliche und bevorstehende Industriebildung der Sowjetunion in Ostsibirien, mit einem neuen Schwerpunkt im Angara-Baikalsee-Raum, setzt aber eine Verwirklichung der Energie- und Verkehrsplanung der sowjetischen Wasserwirtschaft auch in diesen Gebieten voraus. Es erscheint daher wahrscheinlich, daß die sowjetische Führung bei einer Durchführung ihrer für die anderen Teile des Landes angekündigten Hydroprogramme während des nächsten Fünfjahresplanes auch dem Angara-Projekt wesentliche Bedeutung beimessen und seine wichtigsten Bauvorhaben in bevorzugter Weise in Angriff nehmen wird.

Schrifttumsnachweis

Balsak, S. S., W. F. Wasjutin, J. G. Feigin:
„Wirtschaftsgeographie der UdSSR“ (russ.)
2 Bde. Moskau 1948.

Baranskij, N. N.:
„Wirtschaftsgeographie der UdSSR“ (russ.)
Moskau 1949.

Buchholz, Erwin:
„Der Kampf gegen die Dürre in der Sowjetunion“.
Mitteilungen der Bundesanstalt für Forst- und Holzwirtschaft
Hamburg-Reinbek, 1950.

Gregory, I. S. und D. W. Shave:
„USSR“. A Geographical Survey (russ.)
London 1944.

Leimbach, W.:
„Die Sowjetunion.“ Natur, Volk und Wirtschaft.
Stuttgart 1950.

Schaginian, M.:
„Auf des Fünfjahrplans Bahnen.“
Moskau 1950.

Bolschewik
Jg. 1950.
Planowoje Chosjaistwo (Planwirtschaft)
Jg. 1950.

Raumforschung und Raumordnung
Jg. 1950.

Woprossy Ekonomiki (Fragen der Wirtschaft)
Jg. 1950.

Zeitschrift für Raumforschung
Jg. 1950.

Iswestija
Prawda

Vorschläge des französischen Finanzministers Maurice Petsche zur Schaffung einer europäischen Investitionsbank*

vorgebracht auf der 102. Ratssitzung der Organisation für Europäische Wirtschaftliche Zusammenarbeit
am 7. Juli 1950

1. Auf lange Sicht ist es das Ziel der O. E. E. C., die „Lebensfähigkeit“ der Mitgliedstaaten zu sichern. Diese „Lebensfähigkeit“ zeigt sich auf dem Gebiet der Finanzen an einem ohne außergewöhnliche Hilfe von außen hergestellten gesunden und dauerhaften Gleichgewicht in der Gesamtbilanz der Zahlungen, auf dem Gebiet der Volkswirtschaft in einer stetigen Ausweitung der Produktionskapazität und auf sozialem Gebiet in der Vollbeschäftigung und in einem ständig steigenden Lebensstandard der Völker.

2. Dieses Ziel kann nur dann erreicht werden, wenn gewisse Vorbedingungen erfüllt sind, und zwar insbesondere:

- a) Neuordnung des inneren Finanzwesens in jedem der Mitgliedstaaten.
- b) Ausweitung der gegenwärtigen Absatzmärkte für die Erzeugnisse der europäischen Länder durch Liberalisierung des innereuropäischen Handels mit dem Ziel, einen einzigen Absatzmarkt zu schaffen, so daß die Erzeugung spezialisiert und die Verteilung in rationeller Weise vorgenommen werden und dadurch die Stellung der Mitgliedstaaten auf den der internationalen Konkurrenz ausgesetzten Märkten verbessert werden kann.
- c) Transferierbarkeit der Währungen der Mitgliedstaaten.
- d) Rationellere und intensivere Nutzbarmachung der zur Zeit zur Verfügung stehenden Investitionen.
- e) Intensivierung der Werbung für Investitionen auf den Gebieten, auf denen diese noch unzureichend waren.

3. Die Organisation hat sich entschlossen an die Durchführung dieses Programms gemacht. Auf dem Gebiet der Neuordnung des inneren Finanzwesens, der Liberalisierung des Handels, der Transferierbarkeit der Währungen und der Steigerung der Produktivität sind bereits wichtige Maßnahmen getroffen worden, und obgleich noch vieles zu tun übrigbleibt, steht doch jetzt fest, daß die Organisation über die Mittel verfügt, die sie braucht, um diese Ziele zu erreichen.

4. Andererseits scheint die Organisation nicht über die Mittel zu verfügen, die für die Erfüllung der letzten Vorbedingung — die Koordinierung von Neuinvestierungen — erforderlich sind.

5. Bisher wurde auf diesem Gebiet so vorgegangen, daß an die Mitgliedstaaten die Aufforderung erging, Investitionsprogramme aufzustellen und sie der Organisation vorzulegen, so daß sie miteinander verglichen und etwaige Widersprüche und Ueberschneidungen ausgeglichen werden konnten. Von dieser Methode kann man aus folgenden Gründen keine guten Ergebnisse erwarten:

- a) In allen Mitgliedstaaten untersteht eine Seite des Wirtschaftslebens der staatlichen Aufsicht, während die andere der Initiative des Privatunternehmertums überlassen bleibt. Es mag verhältnismäßig einfach sein, Investierungsprogramme für die der staatlichen Kontrolle unterstellten Gebiete zu entwerfen, aber auf dem privaten Sektor, auf dem die Kontrolle nur indirekt, und zwar in Form von Kreditlenkung ausgeübt werden kann, ist es viel schwieriger, solche Investierungsprogramme aufzustellen.
- b) Aber selbst angenommen, daß alle Mitgliedstaaten in der Lage wären, Investierungsprogramme aufzustellen, so wäre es immer noch zweifelhaft, ob diese Programme auch getreulich erfüllt werden können, da die Volkswirtschaften der Mitgliedstaaten jetzt dank der Liberalisierung des Handels untereinander in Wechselwirkung stehen und die wirtschaftliche Entwicklung des einen Mitgliedstaates durch die aller anderen bestimmt wird.
- c) Es ist zweifelhaft, ob eine sich ausdehnende europäische Wirtschaft auf der Grundlage eines nationalen Programms aufgebaut werden kann. Die Erfahrungen der Vergangenheit haben gezeigt, daß es schwierig, wenn nicht unmöglich ist, nationale Pläne aufeinander abzustimmen. Auf jeden Fall ist offensichtlich, daß eine europäische Wirtschaft sich ebensowenig aus der Summe oder dem Nebeneinander einer gegebenen Anzahl von Volkswirtschaften zusammensetzen kann, wie die Summe der Interessen aller Einzelpersonen das Gesamtinteresse einer Gemeinschaft darstellen. Es gibt bestimmte Probleme, die vom europäischen Standpunkt aus betrachtet werden müssen, und eines dieser Probleme ist das der Investitionen.

*) Vgl. den Wortlaut des Stikker-Planes und des Pella-Planes in Europa-Archiv, 19/1950, S. 3411—3416.

d) Es ist gleichfalls klar, daß bestimmte wirtschaftliche und industrielle Probleme sich nicht mehr auf nationaler Basis lösen lassen. So ist zum Beispiel die Mehrzahl der Mitgliedstaaten nicht oder nicht mehr in der Lage, eine Luftfahrtindustrie nach nationalen Gesichtspunkten zu finanzieren und zu organisieren. Diese Unfähigkeit, eine Luftfahrtindustrie nach nationalen Gesichtspunkten durch gemeinsame Auswertung der technischen Forschung, der Finanzierungsmethoden und der Industrieanlagen zu organisieren, würde dazu führen, daß die europäischen Länder in allen die Luftfahrt betreffenden Angelegenheiten fast gänzlich von den Vereinigten Staaten abhängig würden. Im allgemeinen kann man zugeben, daß kaum einer der Mitgliedstaaten in der Lage ist, von sich aus die Mittel und Wege aufzubringen, die zur wissenschaftlichen und technischen Forschung benötigt werden. Die europäischen Länder könnten aber zweifellos mit der wissenschaftlichen und technischen Forschung in den Vereinigten Staaten Schritt halten und in einigen Richtungen sogar eine führende Stellung einnehmen, wenn sie sich zusammentun. Wenn sie aber fortfahren, ihre Bemühungen zu verzetteln, werden sie in allen Dingen des technischen und wissenschaftlichen Fortschrittes in noch höherem Maß von den Vereinigten Staaten abhängig werden. Dafür ließen sich zahlreiche weitere Beispiele anführen.

6. In seinem gegenwärtigen organisatorischen Aufbau verfügt Europa über keinerlei Institution, die in der Lage wäre, diese Probleme auf europäischer Ebene aufzugreifen und zu lösen. Aus den schon oben dargelegten Gründen könnte keine Regierung eines Nationalstaates diese Aufgabe vollbringen, und eine föderative oder übernationale europäische Regierung, die dazu theoretisch in der Lage wäre, gibt es nicht. Auf jeden Fall könnte eine föderative Regierung dieser Art unmittelbar nur auf dem Gebiet der öffentlichen Investitionen eingreifen und könnte das private Investierungswesen nur durch Kreditkontrolle auf gesamteuropäischer Ebene beeinflussen. Es scheint also alles darauf hinzudeuten, daß es eine Institution zur Bearbeitung des Kreditwesens auf europäischer Ebene geben sollte, die sich mit den oben aufgestellten ausgesprochen volkswirtschaftlichen Aufgaben befaßt und daß die hinter ihr stehenden Kräfte ausreichend sein müssen, um einen entscheidenden Einfluß auf das Investierungswesen auszuüben.

7. Eine solche Aufgabe könnte natürlich weder einer Privatbank noch einer Gruppe von Privatbanken übertragen werden. Es scheint sicher, daß keine europäische Regierung damit einverstanden wäre, daß ihre Investitionspolitik entscheidend durch eine Gruppe von Privatbanken beeinflusst wird. Andererseits wäre es äußerst wünschenswert, das Privatkapital bei allen auf europäischer Ebene vorgenommenen Investitionen möglichst in den Vordergrund treten zu lassen. Wenn ein europäisches Kreditinstitut errichtet werden soll, müßte es unter der unmittelbaren Kontrolle der nationalen Regierungen arbeiten und in der Lage sein, mit dem Privatkapital zusammenzuarbeiten.

8. Es könnte angenommen werden, daß die Internationale Bank für Wiederaufbau und Entwicklung diese

Bedingungen erfüllt. Diese Bank untersteht in ihrer Verwaltung der Kontrolle der verschiedenen Regierungen; sie hat große Kapitalmengen sowohl in Dollarwährung als auch in europäischen Währungen unter ihrer Aufsicht, über deren Verwendung sie bestimmen kann; außerdem verfügt sie über große Erfahrungen in allen Angelegenheiten des internationalen Investierungswesens.

9. Bei genauerer Betrachtung scheint es jedoch, daß ihre Struktur und ihre Satzung es der Internationalen Bank unmöglich machen würden, alle Aufgaben zu erfüllen, die einer europäischen Investitionsbank zufallen würden. Entsprechend ihrer Satzung darf die Internationale Bank Anleihen nur an Mitgliedstaaten oder auf Grund von Garantien von Mitgliedstaaten gewähren; eine solche Einschränkung würde im Hinblick auf die in Europa auf übernationaler Ebene zu erfüllenden Aufgaben vielleicht zu weit gehen. Eine europäische Investitionsbank würde wahrscheinlich eine weniger starre Formulierung anwenden müssen, wonach sie zum Beispiel auch in der Lage wäre, etwa wie eine Handelsbank zu funktionieren, indem sie Industrieaktien aufkauft und handelt. Uebrigens ist die Internationale Bank dazu verpflichtet, die wirtschaftliche Erschließung in weltweitem Maßstabe zu fördern. Es könnte also schwierig für die Bank werden, europäische Verpflichtungen einzugehen, ohne die Kritik der Mitgliedstaaten in anderen Teilen der Welt auf sich zu ziehen. Außerdem ist es wahrscheinlich, daß die der Bank zur Verfügung stehenden europäischen Devisen mit Gewinn in Form von Anleihen zum Beispiel in lateinamerikanischen oder asiatischen Ländern untergebracht werden können, was leicht zu einer Einschränkung der Möglichkeiten einer vorteilhaften Verwendung für die europäischen Länder führen könnte.

10. Dennoch steht fest, daß es sehr wünschenswert wäre, die Internationale Wiederaufbaubank zur Mitarbeit heranzuziehen mit all den Vorteilen, die sie durch ihre Erfahrungen und durch den Teil ihrer Mittel bietet, die gerechterweise der Verwendung in Europa vorbehalten werden könnten; und insbesondere auch damit Sorge dafür getragen wird, daß die europäische Wirtschaft eine Entwicklung nimmt, die nicht den Interessen der anderen Länder der Welt zuwiderläuft.

11. Aus eben diesen Gründen sollte auch eine europäische Investitionsbank nur dann errichtet werden, wenn die Regierung der Vereinigten Staaten bereit ist, sich daran zu beteiligen; denn es ist noch auf lange Jahre hinaus unvorstellbar, daß Europa bei seiner wirtschaftlichen Entwicklung ohne die Erfahrungen und Hilfsquellen der Vereinigten Staaten auskommen könnte; auch ist es wichtig, daß Europa bei seiner organisatorischen Umgestaltung die Tendenz vermeidet, an Stelle der aus der Vergangenheit sattem bekannten nationalen Teillautarkien eine europäische Autarkie zu setzen.

12. Im Hinblick auf diese Tatsachen ist die französische Regierung zu dem Schluß gekommen, daß eine europäische Investitionsbank erwünscht wäre und sich wie folgt gestalten könnte:

1. Kapital

13. Vor allem muß die Bank genügend Kapital haben, um unangefochtenen Einfluß und Autorität gewinnen zu

können. Es scheint klar, daß dieses Kapital sich mindestens auf einen Wert von 500 Millionen Dollar belaufen sollte. Ein Teil dieses Kapitals sollte in Dollarwährung gezeichnet sein und der größere Teil in nationalen Währungen. Ein Teil des Dollarkapitals könnte möglicherweise von der Internationalen Bank gezeichnet sein. Die Bedingungen für die Inanspruchnahme von Kapital sollten unter den Mitgliedstaaten vereinbart werden, wobei in Betracht zu ziehen ist, daß sich ein Gesamtkapital im Werte von 500 Millionen Dollar bei vernünftig gehaltenen Zahlungsraten so unter den Mitgliedstaaten umlegen läßt, daß die von jedem Mitgliedstaat aufzubringende Summe nur einen sehr kleinen Teil seines jährlichen Investierungsetats ausmachen würde.

2. Beziehungen zur Internationalen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung

14. Aus den obigen Gründen ist eine Beteiligung der Internationalen Bank an dem Kapital der europäischen Bank durch Zeichnung von Dollars und möglicherweise auch europäischen Währungen erwünscht. In diesem Zusammenhang ist darauf hinzuweisen, daß die Satzung der Internationalen Bank solche Zeichnungen auszuschließen scheint außer aus Gewinnen, und dadurch werden dieser Beteiligung zweifellos Grenzen gesetzt.

3. Beziehungen zum Privatkapital

15. Es wäre höchst wünschenswert, daß die europäische Bank durch ihre Tätigkeit die Investierung sowohl von europäischem Privatkapital als auch von amerikanischen Privatanlagen in Europa fördert, die zweifellos notwendig sein werden, wenn die Marshall-Hilfe endet, um den Kontenausgleich zwischen Europa und dem Dollargebiet zu erleichtern.

16. Es ist sogar möglich, daß die europäische Bank auch in der Lage ist, private Kapitalsanlagen in Europa sowohl zu lenken als auch zu fördern. Sie sollte danach streben, nicht nur die in den Investierungsetats der Mitgliedstaaten vorgesehenen Summen, sondern auch europäisches und außereuropäisches Privatkapital, für das die Bank sowohl Ansporn als auch Garantie bieten könnte, in Investitionsprojekte zu lenken, die für die Entwicklung Gesamteuropas von Wert sind. Auf diese Art könnte die Bank dazu beitragen, das internationale Investierungskapital wieder nach Europa zu lenken und die europäischen Kapitalmärkte wiederherzustellen.

17. Die Wahrscheinlichkeit, daß sich europäische oder amerikanische Privatbanken an dem Kapital und der Leitung der europäischen Bank beteiligen, ist nicht sehr groß. Diese Lösung wäre theoretisch sehr verlockend, würde aber andererseits das fast unlösbare Problem aufwerfen, wie sich der Aufsichtsrat der europäischen Bank zusammensetzen soll. In der Praxis kann die Zusammensetzung des Aufsichtsrates aus Regierungsvertretern und Vertretern von Privatinteressen den Rat zu einem schwerfälligen und unwirksamen Apparat machen.

18. Andererseits muß die europäische Bank Vollmacht haben, sowohl in Europa als auch in der übrigen Welt Obligationen auszugeben, aber es scheint ganz klar, daß sich die Zusammenarbeit zwischen der europäischen Bank und dem Privatkapital am einfachsten und mit der größten Elastizität dadurch gestalten läßt, daß man in

die Satzung der Bank eine Bestimmung aufnimmt, wonach die Bank nur Projekte stützen darf, an denen Privatkapital in einem bestimmten Verhältnis beteiligt ist.

4. Der Aufsichtsrat

19. Der Aufsichtsrat der Bank sollte, wie schon oben festgestellt wurde, der direkten Kontrolle der verschiedenen Regierungen unterstellt sein. Anscheinend wäre es am besten, wenn dieselbe Struktur eingeführt würde, wie sie für die Internationale Bank angewandt wird, wonach die Bank von einem Aufsichtsrat verwaltet wird, dessen Mitglieder von den Regierungen der Mitgliedstaaten ernannt werden und dessen Geschäftsführung jährlich von den Gouverneuren überprüft wird. Der Aufsichtsrat sollte möglichst nicht zu groß sein. Es wäre also erforderlich, ein Verfahren festzulegen, nach dem die Mitglieder des Aufsichtsrates von den Regierungen ausgewählt werden.

20. Um die Tätigkeit der Bank mit der der O. E. E. C. abzustimmen, wäre es zweifellos wünschenswert, einen Vertreter des Sekretariats der O. E. E. C. im Aufsichtsrat zu haben, und vielleicht wäre es sogar möglich, die normalerweise von einer Gouverneurversammlung ausübenden Funktionen dem Rat der O. E. E. C. zu überlassen.

5. Abstimmungsverfahren

21. Wie bei der Internationalen Bank sollte das Stimmrecht im Verhältnis zu der Höhe der Beteiligung stehen. Die Beteiligung jeden Landes an der Bank wäre durch Zuweisung von Quoten festzulegen, die auf einer durch Vereinbarung zwischen den Mitgliedstaaten zu bestimmenden Grundlage errechnet werden.

6. Ziele der Bank

22. Es wird für angebracht erachtet, daß die Ziele der Bank in ihrer Satzung niedergelegt werden. Folgende Punkte sollten darin enthalten sein:

a) Es sollte das Ziel der Bank sein, die Errichtung, Modernisierung oder Spezialisierung von Firmen zu fördern, die für den europäischen Markt produzieren. Die Bank sollte daher niemals Projekte von rein nationalem Charakter berücksichtigen, sondern immer die Möglichkeiten und Bedürfnisse des europäischen Marktes im Auge haben.

b) Die Bank sollte auf keinen Fall die Schaffung eines von der übrigen Welt isolierten europäischen Marktes befürworten. Sie sollte also normalerweise nur Projekte unterstützen, durch die Europa mit Produkten versorgt würde, die qualitätsmäßig und bezüglich der Herstellungskosten einem Vergleich mit den von internationalen Konkurrenten (einschließlich des Dollargebietes) hergestellten Waren standhalten, wobei unvermeidbare Unterschiede in den Produktionsbedingungen berücksichtigt werden sollten.

c) Die Bank sollte europäischen Firmen Anregung zur Spezialisierung geben, aber auf keinen Fall die Schaffung von Kartellen oder Monopolen fördern.

d) Die Bank sollte auf keinen Fall die Verantwortung für die Gesamtfinanzierung eines Projektes übernehmen. Bei allen Projekten, die eingereicht werden, sollte die Beteiligung größerer unabhängiger Kapitalmengen vorgesehen sein.

e) Vorschläge werden der Bank normalerweise durch Mitgliedstaaten oder durch Privatfirmen oder Firmen-
gruppen vorgelegt werden. Die Bank selbst kann auch
von sich aus bestimmte Projekte ausarbeiten lassen und
sie den Mitgliedstaaten vorlegen.

f) Die Bank wird in der Lage sein, größere öffentliche
Arbeiten von europäischem Interesse (Entwicklung von
Straßen-, Schienen- und Wasserwegen, Flugplatz-Boden-

einrichtungen etc.) zu finanzieren oder zu unterstützen
unter der Bedingung, daß diese Arbeiten eine wirtschaft-
liche Einnahme bringen. Es wird außerdem möglich sein,
die Einrichtung europäischer technischer Forschungs-
stellen zu fördern.

Quelle: O. E. E. C., Paris. Uebersetzung des Europa-
Archivs.

Die Ergebnisse der Prager Außenministerkonferenz vom 20. und 21. Oktober 1950*

Am 19. September dieses Jahres wurde ein Kommuni-
qué über die geheime Konferenz der Minister für Aus-
wärtige Angelegenheiten der Vereinigten Staaten, Groß-
britanniens und Frankreichs veröffentlicht, die in New
York stattfand und eine Reihe neuer Separatbeschlüsse zur
deutschen Frage angenommen hat.

Im Kommuniqué wird darauf hingewiesen, daß die
Regierungen der Vereinigten Staaten, Großbritanniens und
Frankreichs gewillt sind, die Frage der Beendigung des
Kriegszustandes mit Deutschland zu stellen, und zur
gleichen Zeit wird die Beibehaltung des Westdeutschland
aufgezwungenen „Besatzungsstatuts“ bestimmt.

Im Kommuniqué wird weiter davon gesprochen, daß
eine Ueberprüfung der früheren Beschlüsse über die ver-
botenen Zweige der deutschen Industrie durchgeführt
wird, wobei keine Einschränkungen in bezug auf die
Unzulässigkeit der Wiederherstellung der deutschen
Kriegsindustrie gemacht werden.

Aus dem Kommuniqué ist statt dessen ersichtlich, daß
die Hauptfrage der Konferenz der drei Minister die Frage
der Wiedererrichtung der deutschen Armee, die Frage
der Remilitarisierung Westdeutschlands war.

Bereits aus der Aufzählung dieser Hauptpunkte des
Kommunikés ist ersichtlich, daß die New Yorker Sepa-
ratbeschlüsse der Regierungen der Vereinigten Staaten,
Großbritanniens und Frankreichs zur deutschen Frage
eine neue grobe Verletzung der Verpflichtungen, die
diese Regierungen im Potsdamer Abkommen auf sich ge-
nommen haben, darstellen, eine Bedrohung des Friedens
in Europa enthalten und den Interessen aller friedlieben-
den Völker, darunter auch den nationalen Interessen des
deutschen Volkes, widersprechen.

1. Die Erklärung der Regierungen der Vereinigten
Staaten, Großbritanniens und Frankreichs über ihre Ab-
sicht, die Frage der „Beendigung des Kriegszustandes mit
Deutschland“ zu stellen, ist zutiefst heuchlerisch und hat
nichts mit der schon längst herangereiften Notwendigkeit
zu tun, eine friedliche Regelung für Deutschland zu ver-
wirklichen, ohne die sich auch die Herstellung der Einheit
des deutschen Staates als unmöglich erwies. Obwohl das
Kommuniqué von einer Beendigung des Kriegszustandes
mit Deutschland spricht, unterstreicht es, daß dies „nicht
die Rechte und den Status der drei Mächte in Deutsch-

land“ berührt, die sich entsprechend dem Besatzungs-
statut die uneingeschränkte Macht in bezug auf West-
deutschland vorbehalten. Auf diese Art und Weise er-
klären die drei Regierungen erneut die Unantastbarkeit
des „Besatzungsstatuts“, dessen Wirksamkeit sie auf unbe-
stimmt lange Zeit ausdehnen wollen, um ihre Herrschaft
in Westdeutschland so lange wie möglich auszudehnen.

Mehr noch. Im Kommuniqué wird gesagt, daß die drei
Besatzungsmächte ihre Truppen in Deutschland ver-
größern und verstärken werden. Aus den veröffentlichten
Mitteilungen ist bekannt, daß sich in Verbindung damit
die Besatzungsausgaben Westdeutschlands um das Dop-
pelte erhöhen, was die Steuerlast bedeutend vergrößert.
Es ist nicht erforderlich nachzuweisen, daß die Be-
schlüsse der drei Regierungen über die neue Verstärkung
der Besatzungstruppen in Westdeutschland durch nichts
anderes hervorgerufen sind als durch die wachsenden
aggressiven Bestrebungen dieser Mächte in Europa.

Jetzt ist es klar, daß die verlogenen Phrasen von der
sogenannten „Beendigung“ des Kriegszustandes mit
Deutschland nur einen Schirm zur Tarnung der Politik
der Mächte darstellen, die die Spitze des aggressiven
Nordatlantikkpaks bilden. Diese Mächte sind bestrebt,
sich im Dienste ihrer imperialistischen Interessen in der
Verwirklichung ihrer strategischen Pläne, hinter denen
sich die Bestrebungen der führenden Kreise der Ver-
einigten Staaten zur Aufrichtung ihrer Weltherrschaft
verbergen, die Hände zur Ausnutzung Westdeutschlands,
seiner Menschen und Materialreserven freizumachen.
Unter dem Vorwand der Beendigung des Kriegszustandes
mit Deutschland sind sie bestrebt, die Bedingungen für
die offene Einbeziehung Westdeutschlands in die aggres-
sive Gruppierung des sogenannten Nordatlantikkblocks zu
schaffen und Westdeutschland endgültig in ein Werk-
zeug ihrer aggressiven militärstrategischen Pläne in
Europa zu verwandeln.

Offensichtlich ist auch, daß die Frage der Beendigung
des Kriegszustandes mit Deutschland dazu benutzt wird,
den Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland
und damit auch die Einheit Deutschlands solange wie
möglich hinauszuzögern. Es ist nicht zufällig, daß in
dem umfangreichen New Yorker Kommuniqué nichts von
einem Friedensvertrag mit Deutschland und von der Vor-

*) An der Außenministerkonferenz nahmen teil: Der Stell-
vertretende Vorsitzende des Ministerrats der Sowjetunion,
Molotow, der Außerordentliche Gesandte und Bevollmäch-
tigte Minister Albaniens in Moskau, Natanaili, der Außen-
minister Bulgariens, Dr. Neitschew, der Stellvertretende

Ministerpräsident der Tschechoslowakei, Fierlinger, der Außen-
minister Polens, Modzelewski, der Außenminister Rumä-
niens, Anna Pauker, der Außenminister Ungarns, Kallai, und
der Außenminister der Deutschen Demokratischen Republik,
Dertinger.

bereitung eines solchen Vertrages gesagt ist. Dabei haben noch vor fünf Jahren die Regierungen der Vereinigten Staaten, Großbritanniens und Frankreichs entsprechend dem Potsdamer Abkommen die Verpflichtung zur Vorbereitung eines Friedensvertrages mit Deutschland auf sich genommen, deren Durchführung sie jetzt unter allen möglichen Vorwänden aus dem Weg gehen. Das zeigt, wie weit sich die Politik der Vereinigten Staaten, Großbritanniens und Frankreichs vom Potsdamer Abkommen der vier Mächte entfernt hat. Das zeigt ferner, daß die heutige Politik der Vereinigten Staaten, Großbritanniens und Frankreichs, die das Potsdamer Abkommen grob verletzt, in direktem Widerspruch zu den Interessen aller friedliebenden Völker Europas steht.

2. Im Kommuniqué heißt es, „die Außenminister sind ferner übereingekommen, das Abkommen über verbotene und eingeschränkte Industrien in Anbetracht der sich entwickelnden Beziehungen zur Bundesrepublik“, das heißt zu Westdeutschland „zu überprüfen“. Hierbei wird kein Wort von dem Verbot der Wiederherstellung der Kriegsindustrie gesprochen, wie sie das Jaltaer und Potsdamer Abkommen sowie auch die später abgeschlossenen Abkommen der Vereinigten Staaten, Großbritanniens, Frankreichs und der Sowjetunion fordern. Mehr noch, im Kommuniqué wird davon gesprochen, daß die Erzeugung von Stahl über die festgelegte Beschränkung hinaus zu Kriegszwecken gestattet wird.

Somit wird im Kommuniqué der drei Minister faktisch das Verbot der deutschen Kriegsindustrie, worüber es gemeinsam gefaßte feste Beschlüsse der vier Mächte gibt, aufgehoben. Der wirkliche Sinn des New Yorker Kommuniqué besteht darin, daß jetzt die Schwerindustrie der Ruhr offen auf die Ausführung militärstrategischer Aufgaben der westlichen Mächte umgestellt wird.

Mit ihrem New Yorker Kommuniqué öffnen die drei Mächte die Tore weit für Wiederherstellung des kriegswirtschaftlichen Potentials Westdeutschlands, das seinerzeit dem deutschen Imperialismus und der Hitleraggression als Hauptstütze diente.

All das zeigt, wie jetzt die Regierungen der Vereinigten Staaten, Großbritanniens und Frankreichs grob und ohne Umstände zu machen die gemeinsamen Beschlüsse der vier Mächte verleugnen, die unter Teilnahme der Sowjetunion gefaßt wurden, jene Beschlüsse, die auf das Verbot der deutschen Kriegsindustrie und auf die Nichtzulassung der Wiedergeburt des deutschen Imperialismus gerichtet waren und mit großer Zufriedenheit von den friedliebenden Völkern Europas und der ganzen Welt aufgenommen wurden.

Den gleichen Zielen der Wiederherstellung des kriegswirtschaftlichen Potentials Westdeutschlands und der Anpassung der westdeutschen Wirtschaft an die Pläne des anglo-amerikanischen Kriegsblocks dienen die Versuche der Schaffung übermonopolistischer Vereinigungen des Bergbaus und der Metallurgie Westdeutschlands und Frankreichs unter Teilnahme einiger anderer europäischer Staaten. Diese Versuche der westdeutschen und französischen kapitalistischen Monopole, verwirklicht unter dem Diktat der Regierung der Vereinigten Staaten, stützen sich auf die reaktionärsten Gruppierungen in Westdeutschland, enthalten die ernste Gefahr der Wiedergeburt der aggressiven deutschen Kräfte und begegnen naturgemäß einem entschlossenen Widerstand seitens der demokratischen Kräfte Frankreichs, Westdeutschlands und anderer westeuropäischer Staaten.

Diese Politik der Regierungen der Vereinigten Staaten, Großbritanniens und Frankreichs steht in offenem Widerspruch zu den Grundprinzipien des Potsdamer Abkommens, dessen Ziel es ist, Deutschland als einen friedlieben-

den, demokratischen Staat wiederherzustellen, der sich auf die Wiedergeburt und die weitere Entfaltung der deutschen Friedensindustrie, der Landwirtschaft und anderer Zweige der deutschen Wirtschaft stützt. Diese Politik der drei Mächte ist darauf gerichtet, die Entwicklung der deutschen Wirtschaft auf das Gleis der Vorbereitung eines neuen Krieges in Europa zu bringen, anstatt dem deutschen Volk alle erforderlichen Möglichkeiten für die Entwicklung seiner Friedenswirtschaft, für die Beseitigung der Wunden des Krieges, den Wiederaufbau der Städte und die Verbesserung der materiellen Bedingungen des Lebens der Werktätigen zu geben, worauf die Sowjetunion immer bestanden hat.

3. Wie bereits betont, war die Hauptfrage, die auf der New Yorker Konferenz der Minister für Auswärtige Angelegenheiten der Vereinigten Staaten, Großbritanniens und Frankreichs beraten wurde, die Frage der Wiedererrichtung der deutschen Armee, obwohl im Text des Kommuniqué alles getan wurde, um diese Absicht zu vertuschen. Dem Kommuniqué zufolge kamen die drei Minister überein, über die in Westdeutschland bereits bestehenden Polizeikräfte hinaus „die Aufstellung mobiler Polizeikräfte zu genehmigen“, und außerdem wurde von ihnen die Möglichkeit einer „deutschen Beteiligung an einer internationalen Streitmacht“ vorgesehen, das heißt faktisch wird die Schaffung einer deutschen Armee betrieben, obwohl im gleichen Kommuniqué die heuchlerische Erklärung abgegeben wurde, daß „die Wiederaufstellung einer deutschen Nationalarmee den Interessen Deutschlands und Europas nicht zum besten dienen würde“.

Nach veröffentlichten Angaben gehören in den Westzonen Deutschlands und in den Westsektoren Berlins den deutschen und den ausländischen Militärformationen unter Beteiligung der „DP's“ sowie den verschiedenen Polizeitruppen 456 000 Mann an, die in der Hauptsache aus ehemaligen Soldaten und Offizieren der Hitlerarmee bestehen. Die Bewaffnung dieser Truppenteile und Formationen, ihr organisatorischer Aufbau und ihre armeeremäßige Ausbildung, die Ausbildung des Offizierskorps in Spezialeinheiten, die Teilnahme an militärischen Manövern gemeinsam mit den Besatzungstruppen der Westmächte zeigen, daß diese Formationen und Truppenteile in Wahrheit Armee-Einheiten darstellen. Diesen Formationen sind Panzer- und Artillerie-Einheiten beigegeben. Ungeachtet dessen wird im Kommuniqué der drei Minister von der Genehmigung der Aufstellung „neuer mobiler Polizeikräfte“ gesprochen, was angeblich „die gegenwärtige Lage erfordert“. Hieraus ist ersichtlich, daß die Regierungen der Vereinigten Staaten, Großbritanniens und Frankreichs bestrebt sind, in großem Maße die Polizeiformationen in Westdeutschland, die in Wirklichkeit eine reguläre deutsche Armee darstellen, aufzublähen.

Das Kommuniqué zeigt jedoch, daß jetzt die Regierungen der Vereinigten Staaten, Großbritanniens und Frankreichs sich nicht auf Polizeiformationen beschränken wollen, sondern bereits offen die Frage „einer deutschen Beteiligung an einer internationalen Streitmacht“ stellen. Obwohl im Kommuniqué davon gesprochen wird, daß diese Frage zur Zeit „untersucht“ wird, dient diese Ausdrucksweise jedoch eindeutig nur dem Ziel der Vorbereitung der öffentlichen Meinung auf die Beschlüsse der drei Regierungen zur Wiedererrichtung der deutschen Armee. Jetzt ist es schon kein Geheimnis mehr, daß zur Wiedererrichtung der deutschen Armee solche Hitlergenerale wie Halder, Guderian, Manteuffel und andere herangezogen werden.

Aus dem Kommuniqué ist ersichtlich, daß hierbei das Ziel verfolgt wird, die jetzt neuerstehende westdeutsche Armee in den Dienst des anglo-amerikanischen Blocks und seiner aggressiven Pläne zu stellen.

Bei einer solchen Lage ist es nicht verwunderlich, daß von den Regierungen der drei Westmächte die Aufgabe gestellt wurde, die früheren Beschränkungen bezüglich der deutschen Kriegsindustrie aufzuheben, worauf die westdeutschen kapitalistischen Monopole hartnäckig drängen. Gestern noch führten die Völker Frankreichs, Großbritanniens und der Vereinigten Staaten einen blutigen Kampf gegen die Hitleraggression, gegen den deutschen Imperialismus, heute stellen die regierenden Kreise dieser Länder mit ihren Händen die westdeutsche Armee wieder her, lassen verurteilte Kriegsverbrecher ohne Verbüßung ihrer Strafe frei, stellen das kriegswirtschaftliche Potential Westdeutschlands wieder her, lassen den westdeutschen Imperialismus wiedererstehen.

Das bedeutet, daß die Regierungen der Vereinigten Staaten, Großbritanniens und Frankreichs sich endgültig von den Beschlüssen der vier Mächte losgesagt haben, in denen die Ziele der Liquidierung des deutschen Imperialismus sowie auch die Ziele der Wiedergeburt Deutschlands als friedliebender demokratischer Staat festgelegt waren und in denen die großen Prinzipien der Festigung des Friedens in der ganzen Welt ihren Ausdruck fanden.

Das bedeutet, daß die Regierungen der drei Westmächte zur Politik der Aggression übergegangen sind, die mit den Interessen des Friedens in Europa und mit den Interessen der friedliebenden Völker der ganzen Welt unvereinbar ist.

4. Wie bekannt, hatte bereits die Londoner Separatkonferenz der drei Mächte im Jahre 1948 zur deutschen Frage Beschlüsse gefaßt, die endgültig die Aufgaben der Demilitarisierung und Demokratisierung Westdeutschlands beiseite schoben und das Ziel verfolgten, Westdeutschland in ein Werkzeug des aggressiven anglo-amerikanischen Blocks zu verwandeln. Schon damals wurde in der auf der Konferenz in Warschau beschlossenen Erklärung der Außenminister der Sowjetunion, Albaniens, Bulgariens, der Tschechoslowakei, Jugoslawiens, Polens, Rumäniens und Ungarns zur Londoner Konferenz der drei Mächte über die Fragen Deutschlands der aggressive und antidemokratische Charakter der Spaltungspolitik der Vereinigten Staaten, Großbritanniens und Frankreichs in bezug auf Deutschland entlarvt.

Gegenwärtig halten es die Regierungen der Sowjetunion, Albaniens, Bulgariens, der Tschechoslowakei, Polens, Rumäniens, Ungarns und der Deutschen Demokratischen Republik für ihre Pflicht zu erklären, daß die in der Warschauer Erklärung gemachten Vorschläge sowie die allgemeine Einschätzung der Politik der drei Mächte in bezug auf Deutschland sich vollständig bestätigt haben. Heute sehen alle, daß die jetzige Politik der Vereinigten Staaten, Großbritanniens und Frankreichs nicht nur einen völligen Bruch der Verpflichtungen darstellt, die die Regierungen dieser Länder in bezug auf die Bildung eines einheitlichen, demokratischen, friedliebenden deutschen Staates auf sich genommen haben, sondern auch die Gefahr einer neuen Aggression, neuer militärischer Abenteuer in Europa schafft.

In Anbetracht dieser Tatsachen erklären die Regierungen der Sowjetunion, Albaniens, Bulgariens, der

Tschechoslowakei, Polens, Rumäniens, Ungarns und der Deutschen Demokratischen Republik, daß die Separatbeschlüsse der New Yorker Konferenz der drei Mächte keine Rechtskraft und keine internationale Autorität besitzen. Die ganze Verantwortung für die rechtswidrigen Handlungen, die auf die Verhinderung eines Friedensvertrages mit Deutschland und auf die Remilitarisierung Westdeutschlands gerichtet sind, fällt auf die Regierungen der Vereinigten Staaten, Großbritanniens und Frankreichs.

Geleitet von den Interessen der Erhaltung des Friedens und der Sicherheit in Europa und unter Berücksichtigung des berechtigten Verlangens des deutschen Volkes nach einer baldmöglichen Verwirklichung einer friedlichen Regelung für Deutschland, erachten die Regierungen der Sowjetunion, Albaniens, der Tschechoslowakei, Bulgariens, Polens, Rumäniens, Ungarns und der Deutschen Demokratischen Republik für dringend geboten:

1. Abgabe einer Erklärung der Regierungen der Vereinigten Staaten, Großbritanniens, Frankreichs und der Sowjetunion darüber, daß sie die Remilitarisierung Deutschlands und seine Einbeziehung in jegliche Aggressionspläne nicht zulassen und konsequent die Potsdamer Beschlüsse zur Sicherung der Bedingungen für die Bildung eines einheitlichen, friedliebenden demokratischen deutschen Staates durchführen werden.

2. Aufhebung aller Beschränkungen der Entwicklung der deutschen Friedenswirtschaft und die Verhinderung der Wiederherstellung des deutschen Kriegspotentials.

3. Unverzüglichen Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland unter Wiederherstellung der Einheit des deutschen Staates in Übereinstimmung mit dem Potsdamer Abkommen und mit der Maßgabe, daß die Besatzungstruppen aller Mächte in Jahresfrist nach Abschluß des Friedensvertrages aus Deutschland zurückgezogen werden.

4. Bildung eines *Gesamtdeutschen Konstituierenden Rates* unter paritätischer Zusammensetzung aus Vertretern Ost- und Westdeutschlands, der die Bildung einer gesamtdeutschen souveränen, demokratischen und friedliebenden provisorischen Regierung vorzubereiten und den Regierungen der Sowjetunion, der Vereinigten Staaten, Großbritanniens und Frankreichs die entsprechenden Vorschläge zur gemeinsamen Bestätigung zu unterbreiten hat und der bis zur Bildung einer gesamtdeutschen Regierung zur Konsultation bei der Ausarbeitung des Friedensvertrages heranzuziehen ist. Unter bestimmten Umständen kann eine unmittelbare Befragung des deutschen Volkes über diesen Vorschlag durchgeführt werden.

Die Regierungen der Sowjetunion, Albaniens, Bulgariens, der Tschechoslowakei, Polens, Rumäniens, Ungarns und der Deutschen Demokratischen Republik werden ihrerseits alles tun, um die Lösung dieser unaufschiebbaren Aufgaben im Interesse der Festigung des Friedens und der internationalen Sicherheit zu erleichtern.

Quelle: *Tägliche Rundschau* vom 22. Oktober 1950.

Psychische Hygiene

von Dr. med. R. K. Jech, Wien

In Ergänzung des Aufsatzes über die „Moralische Aufrüstung“, Europa-Archiv 15/1950, Seite 3223—3226, bringen wir einen kurzen einführenden Bericht über die immer größere Bedeutung erlangende Wissenschaft der „Psychohygiene“, der zeigt, wie heute auch schon wissenschaftlich-systematisch an der Ueberwindung geistiger und moralischer Schäden gearbeitet wird.

K. C.

Psychische Hygiene bedeutet streng genommen den Inbegriff alles wissenschaftlich fundierten Strebens nach Gesunderhaltung der Seele, und zwar in zweifachem Sinn: Gesunderhaltung der seelisch Gesunden und Verhütung der Erkrankung von Gefährdeten.

Hieraus wird die Bedeutung der psychischen Hygiene besonders in unserer Zeit ersichtlich, und ihre Aktivierung stellt nur den Versuch dar, die brennendsten Aufgaben der Gegenwart zu bewältigen.

Lange vor Beginn der organisierten Bewegungen waren es Persönlichkeiten verschiedenster Kulturkreise und Religionen, die sich um die Einordnung des Menschen in die Zusammenhänge des Lebens bemühten. Sokrates, Thomas von Aquino, Jean Jacques Rousseau, Kant, Goethe sind zugleich auch Psychohygieniker.

Bewußt und in geradezu moderner Form hat der österreichische Arzt und Denker Ernst Freiherr von Feuchtersleben im Jahre 1848 bereits in seinem Buch „Zur Diätetik der Seele“ die Prinzipien der psychischen Hygiene, besonders der Prophylaxe formuliert: „Unter dem Ausdrücke Seelendiätetik wird man sich eine Lehre von den Mitteln denken, wodurch die Gesundheit der Seele selber bewahrt wird.“

Die eigentliche internationale Bewegung der psychischen Hygiene ist aber eng mit dem Namen des Amerikaners Clifford W. Beer verknüpft, der nach

seiner Entlassung aus einer Anstalt für Geisteskranke auf sein im März 1908 erschienenes und Selbsterlebtes schilderndes Buch „A mind that found itself“ (Eine Seele, die sich wiederfand) einen derart starken Widerhall sowohl in Psychiater- als auch in Laienkreisen fand, daß er 1909 das *National Committee for Mental Hygiene* gründete. Bedeutende amerikanische Psychiater versagten ihm nicht die Mitarbeit, in Europa erfolgte aber erst nach dem Ersten Weltkriege die Gründung der verschiedenen nationalen Körperschaften. 1920 gründete *Toulouse* in Frankreich die Liga für psychische Hygiene, 1921 *Ley* in Belgien; 1922 folgt England durch Sir Maurice Craig und J. R. Lord, 1924 Italien durch Ferrari und die Schweiz durch Morgenthaler und Repond. In Deutschland kam es 1925 zur Gründung des Deutschen Verbandes für Psychische Hygiene durch R. Sommer und W. Weygandt. Dieser Verband veranstaltete 1928 gemeinsam mit der Naturforscherversammlung einen Kongreß in Hamburg. In Oesterreich wurde 1927 von dem Psychiater J. Berze zusammen mit Stransky, Kauders, Kogerer und Dreikurs ein Ausschuß für psychische Hygiene gebildet, der gleichzeitig mit der Oesterreichischen Gesellschaft für Volksgesundheit 1938 aufgelöst wurde; 1948 hat dann Kauders die Oesterreichische Gesellschaft für psychische Hygiene neu gegründet.

Ein erster Kongreß für psychische Hygiene auf internationaler Basis fand 1930 in Washington statt. 1948 wurde in London die *World Federation for*

Mental Health ins Leben gerufen, die schon ein Jahr später in Genf einen Kongreß veranstaltete.

Die psychische Hygiene ist ein Teil der Gesundheitspflege, bedient sich aber nicht nur der Aerzte, sondern auch der Psychologen, Pädagogen, Seelsorger und Fürsorger, ja auch der Laien und versucht durch Fühlungnahme mit den öffentlichen Körperschaften und Aemtern all jene Einrichtungen vorzuschlagen und nach Möglichkeit durchzuführen, die für die psychische Gesunderhaltung wichtig sind.

Jahrzehntelang war die öffentliche Gesundheitspflege ausschließlich von der Bakteriologie beherrscht und vernachlässigte das Seelische. Erst die Katastrophe der Gegenwart wies mit unbestreitbarer Eindringlichkeit auf die Bedeutung des Psychischen hin.

Die Aufgaben der psychischen Hygiene liegen, im großen gesehen, auf drei Gebieten:

1. die wissenschaftliche Erforschung und Heilung sowie die humane Pflege der Geisteskranken und die Prophylaxe von Rezidivkrankungen;
2. die Vorsorge bei konstitutionellen Abnormitäten, Psychopathen, Kriminellen und sogenannten Asozialen;
3. als wichtigste Aufgabe: Prophylaxe des Gesunden.

Die Lösung dieser drei großen Aufgaben im Rahmen der kommunalen und staatlichen Behörden läßt sich durch drei Maßnahmen erreichen:

Die gesunde Bevölkerung ist durch Belehrung, Aufklärung und das Beispiel der Behörden von schädigenden Einflüssen, von Vorurteilen, Mißtrauen und unberechtigter Angst zu befreien. Sämtliche Maßnahmen sollen dazu dienen, die Kräfte zur Förderung des sozialen Aufbaus, des gegenseitigen Vertrauens, allgemeiner Lebensbejahung und humanitärer Hilfsbereitschaft zu stärken und zu lenken.

Die Widerstandsschwachen, die besonders in bestimmten Lebensphasen und -situationen, oft infolge mangelnder Anpassung und intellektueller Unbeholfenheit, häufig aber auch infolge psychopathischer Veranlagung oder eines Rückfalls in eine Geisteskrankheit, gefährdet sind, sind mit materieller und therapeutischer Hilfe zu stützen.

Die Geisteskranken und Abnormen sind einer Behandlung zuzuführen und während der unauffälligen Phasen, wenn sie sich innerhalb der gesunden Gemeinschaft befinden, zu unterstützen und alle Maß-

nahmen zur Verhütung eines Rezidivs einzuleiten und durchzuführen.

Darüber hinaus muß aber folgendes gefordert werden:

1. Den Jugendämtern, Fürsorgeämtern, Vormundschaftsbehörden und Waisenhäusern sowie den Erziehungsanstalten sind psychiatrische und psychologische Berater beizustellen, um aus dem Kreis der von diesen Körperschaften Betreuten oder Beaufsichtigten rechtzeitig abnorme oder neurotische Personen herauszufinden und durch individuelle Therapie eine Sanierung auch der Umgebung des Betroffenen durchzuführen; ferner — und dies gilt besonders für die Anstalten — der möglicherweise später als Folge dieser Fehlreaktionen auftretenden Kriminalität entgegenzuwirken.

2. Den Problemen der psychischen Hygiene in der Schule ist besondere Aufmerksamkeit zu widmen. Einerseits sollte die Lehrerschaft, die selbst psychisch gesund sein muß (neurotische Lehrer wirken als psychische „Infektionsquellen“) durch zeitgemäße Lehrerbildung und Kurse über die psychohygienischen Grundsätze und die Dynamik der menschlichen Seele unterrichtet werden, andererseits fällt der Schule die wichtige Rolle der Frühdiagnose psychischer Abarten bei den Schülern zu, ebenso wie sie unter kundiger Führung in die Lage versetzt werden sollte, therapeutisch zu wirken.

Diese psychohygienische Aufgabe der Schule wird gegenwärtig noch viel zu wenig erfaßt und den hier möglichen vorbeugenden Maßnahmen zu wenig Bedeutung beigemessen, obwohl gerade hier mit einem Minimum an Mitteln ein Maximum von Ergebnissen zu erreichen wäre. Wir wissen aus Erfahrungen und aus der Praxis, daß die meisten Neurosen, was ihre Entstehung anbelangt, in die Schulzeit zu verlegen sind — aber der Gesetzgeber hat daraus noch nicht die notwendige Konsequenz gezogen. Für die Erziehungsberatung sollten am besten eigene Institute geschaffen werden, die nach dem Muster der bereits in Amerika und England arbeitenden *Child Guidance Clinics* auch therapeutisch zu wirken hätten.

3. Die Berufsberatung ist vom Standpunkt der psychischen Hygiene zu fördern. Exakt durchgeführt hat der Satz „Der richtige Mann am richtigen Platz“ nicht nur einen volkswirtschaftlichen Effekt, sondern bezeichnet auch ein für die psychische Gesundheit wichtiges Element: die Harmonie der Arbeit, die Befriedigung des Schaffensdranges und vielfach auch berufliches Ausleben. Außerdem hilft die Berufsbera-

tung mit, eine krisenhafte Lebensphase zu überwinden, da bei schwachen und gefährdeten Individuen diese Konfliktsituation neurotisierend wirken kann.

4. Aus dem gleichen Grunde ist der Eheberatung besondere Aufmerksamkeit zuzuwenden. Es handelt sich hier einerseits um eine Beratung vor der Ehe — zu der schwierigen Frage der in den letzten Jahren so sehr mißdeuteten Eugenik kann hier nicht Stellung genommen werden —, andererseits um die Beseitigung von Schwierigkeiten, die in der Ehe auftreten.

5. In der Industrie und in den Handelsbetrieben sind psychohygienische teams in Zusammenarbeit mit den Werkärzten und den Fürsorgerinnen einzusetzen, um die Ursachen von psychischen Störungen und Schädigungen aufzudecken und zu beseitigen. Am Arbeitsplatz bringt der Mensch mehr als ein Drittel seines Lebens zu. Die Quellen der auf die Psyche als schädigende Noxe wirkenden Ursachen liegen:

- a) am Arbeitsplatz (Beschaffenheit, Licht, Temperatur, Staub, Lohn, Beziehungen zu Vorgesetzten und Arbeitskameraden),
- b) außerhalb des Arbeitsplatzes (Wohnverhältnisse, Familienverhältnisse, Beziehungen zur Umgebung, Weltanschauung, Religion),
- c) in der Person selbst (körperlicher Zustand, psychischer Zustand, Konstitution, Anpassung und Eignung).

Aufgetretene Neurosen sollten sofort behandelt und kausale Prophylaxe getrieben werden. Obwohl die psychische Hygiene Fragen der Leistungssteigerung direkt nicht in Betracht zieht oder behandelt, ist es doch klar, daß in einem sanierten Betriebsmilieu von gesunden Arbeitern eine bessere Leistung vollbracht wird. Darüber hinaus aber vermag die psychische Hygiene in der Unfallverhütung sehr viel zu leisten. Infolge der sehr genauen Unfallverhütungsvorschriften ist ja die Ursache der verbleibenden Unfälle meist eine psychische. Untersuchungen ergeben eindeutig, daß Unfälle meistens von Menschen verursacht werden, die psychisch aus dem Gleichgewicht gebracht wurden. Hier kann nur kausal vorgegangen werden.

6. Auch Fürsorgebeamte und -beamtinnen sowie Krankenschwestern sind mit den Prinzipien der psychischen Hygiene vertraut zu machen.

7. Die Trunksucht ist besonders zu beachten und ihre Auswüchse sind durch bereits erprobte Maßnahmen zu bekämpfen.

8. Zur Bekämpfung der Kriminalität sind alle unter Punkt 1—3 angeführten Maßnahmen zu beachten. Ferner muß der Strafvollzug dem Rachedenken entsagen und sich auf das Erziehungsprinzip umstellen. Alle mit dem Deliquenten in Berührung kommenden Personen wie Richter, Staatsanwälte, Rechtsanwälte, Justizbeamte und Justizpersonal, Aufseher sind über die Dynamik der menschlichen Persönlichkeit zu belehren, um auf diese Weise den Deliquenten besser verstehen und erziehen zu können. Um weiterhin Deliktrezidive zu vermeiden, muß eine Strafgefangenenberatung und eine Fürsorge organisiert werden, die den Deliquenten in ein geordnetes Milieu entläßt und ihn bei auftretenden Schwierigkeiten berät und unterstützt. Daß wir es bei den meisten Kriminellen mit psychisch Abnormen zu tun haben, die besondere Behandlung erfordern, beweisen die Untersuchungen von *Aschaffenburg, Raecke, Michel, Birnbaum und Willmanns*.

Wenn wir im zerstörten Europa vielfach erst beginnen müssen, die materiellen Voraussetzungen für ein geordnetes Zusammenleben zu schaffen, so besteht doch für alle Verantwortlichen in den Gemeinden, in den Bezirks- und Länderverwaltungen die Verpflichtung, den bisher bestehenden Arbeitsbereich der Gesundheitsämter zu erweitern und in Zusammenarbeit mit den zuständigen Fachkreisen Maßnahmen für eine Besserung und Sicherung der seelischen Gesundheit zu ergreifen. Jetzt für diese Zwecke investierte Steuergelder werden in einigen Jahren mehrfach erspart. Jede Prophylaxe und Hygiene ist teuer, die Ergebnisse sind nicht sofort greifbar, aber wie uns die Tuberkulosebekämpfung beweist, doch effektiv genug, um in entsprechender Weise auf das Gebiet der seelischen Gesunderhaltung ausgedehnt zu werden, denn durch die hier skizzierte kombinierte Arbeitsweise vermögen wir ebenso wie der Tuberkulose, dem Typhus und den Geschlechtskrankheiten auch seelischen Erkrankungen und Abwegigkeiten vorzubeugen.

Der letzte Kongreß der *World Federation for Mental Health* unterstrich besonders die Wichtigkeit der seelischen Gesundheit für den Weltfrieden. Indem pathologische Reaktionen vermieden oder eingeschränkt werden, engen wir den Kreis des Unheilwirkenden ein und dies kann zur Entgiftung der internationalen Beziehungen wesentlich beitragen. Die psychische Hygiene bedeutet aber nicht nur Vorbeugung und Maßnahmen zur Erreichung eines höchst wichtigen und nutzbringenden Zieles, sondern sie muß allen Verantwortlichen mehr sein: moralische Verpflichtung und brennende Aufgabe.

Die Arbeiten der Weltgesundheitsorganisation auf dem Gebiete der „Mental Health“*

Die Weltgesundheitsorganisation hat einen Ausschuß für die Frage der Psycho-Hygiene (Mental Health) gebildet, der vom 29. August bis 2. September 1949 zum erstenmal in Genf zusammentrat. Der Ausschuß hat die Aufgabe, die Empfehlungen und Grundsätze auszuarbeiten, die für das Programm der Weltgesundheitsorganisation auf dem Gebiete der Psycho-Hygiene maßgeblich sein sollen. Der erste Bericht dieses Ausschusses, der im April 1950 veröffentlicht wurde, ergibt einen sehr aufschlußreichen Querschnitt durch den gegenwärtigen Stand der Arbeiten.

Die wichtigsten Empfehlungen dieses Ausschusses lassen sich wie folgt kurz zusammenfassen:

1. Die Weltgesundheitsorganisation soll die vorbeugende Anwendung des psychiatrischen Wissens als das wichtigste Prinzip eines weltweiten Psycho-Hygiene-Programms anerkennen;
 2. Die Weltgesundheitsorganisation soll sich aktiv dafür einsetzen, daß die Gesundheitsdienste neben der physischen Gesundheit auch die Förderung der psychischen Gesundheit der Bevölkerung in ihren Verantwortungsbereich einbeziehen.
- Um dies zu ermöglichen, schlägt der Ausschuß vor:

- a) daß alle Beamten des Gesundheitsdienstes eine allgemeine Ausbildung auf dem Gebiete der Psycho-Hygiene erhalten;
- b) daß auch Spezialisten auf dem Gebiete der Psycho-Hygiene ausgebildet werden.
3. In der Anwendung des psycho-hygienischen Wissens und der Erfahrungen der therapeutischen Psychiatrie sollen die Methoden soweit als möglich den örtlichen Gegebenheiten und Bedürfnissen angepaßt werden.
4. In allen Ländern sollen psychiatrische Behandlungsstätten geschaffen werden, und zwar nicht nur wegen ihrer therapeutischen Bedeutung, sondern auch wegen ihrer Wichtigkeit für Ausbildung und Forschung.
5. In allen Gesundheitsministerien soll eine Abteilung für vorbeugende Psycho-Hygiene eingerichtet werden. Ebenso sollen nationale Institute für Psycho-Hygiene und Abteilungen für Psycho-Hygiene in den wichtigsten Instituten für öffentliche Gesundheit eingerichtet werden.
6. Das psycho-hygienische Programm der Weltgesundheitsorganisation soll so eng wie möglich mit den übrigen Programmen der Weltgesundheitsorganisation integriert werden.

*) Vgl. hierzu: *World Health Organisation. Technical Report Series No. 9. Expert Committee on Mental Health. Report on*

the First Session. World Health Organisation, Palais des Nations Geneva, May 1950.

Diese Folge enthält das Inhaltsverzeichnis sowie das Personen- und Sachregister für den ersten Halbjahrgang 1950. Das Register für den zweiten Halbjahrgang 1950 wird Anfang 1951 einer der laufenden Folgen der Zeitschrift Europa-Archiv beigelegt werden.

Der Umfang dieser Folge beträgt in Anbetracht der Veröffentlichung des Registers 32 Textseiten und 20 Registerseiten.

Die Ereignisse in Europa

Belgien

3. November: Auf einer Konferenz europäischer Gewerkschaftsführer in Brüssel wird eine europäische Regionalgruppe des Internationalen Bundes Freier Gewerkschaften gebildet, deren Aufgabe die Zusammenarbeit mit den intereuropäischen Organisationen (Europarat, OEEC) sein soll.
11. November: Eine Konferenz des Internationalen Bundes Freier Gewerkschaften faßt in Brüssel eine Reihe von Beschlüssen zur Verstärkung der Aktivität der freien Gewerkschaften. Zur Gründung von Regionalorganisationen, ähnlich der am 3. November für Europa gegründeten, sollen im Laufe des Winters mehrere Konferenzen stattfinden.

Bulgarien

9. November: Der bisherige Transportminister, Georgi Tschankoff, wird zum stellvertretenden Ministerpräsidenten ernannt und zu seinem Nachfolger Dantscho Dimitroff bestimmt.

Deutschland

1. November: Der Direktor des Amtes für Wirtschaftsangelegenheiten bei der amerikanischen Hohen Kommission, Jean Cattier, übernimmt als Nachfolger von Robert M. Hanes das Amt des Leiters der ECA-Sondermission für Westdeutschland.
2. November: Ein Sprecher der amerikanischen Hohen Kommission erklärt in Frankfurt, die Bundesrepublik werde für die Verteidigung Europas mehr Mittel als bisher, etwa 8 bis 10 Prozent des auf etwa 100 Milliarden DM bezifferten Sozialproduktes aufbringen müssen. Die Bundesrepublik müsse als gleichberechtigter Partner bei der europäischen Verteidigung behandelt werden. Es werde keinen deutschen Generalstab und keine neue deutsche Armee geben.
3. November: Vizekanzler Franz Blücher (LDP) erklärt vor Studenten in Marburg, wenn die Bundesrepublik nicht selbst zur Verteidigung bereit sei, könne sie auch keine Hilfe von den Westmächten fordern.
4. November: Bundeskanzler Dr. Konrad Adenauer erklärt in der Evangelischen Akademie in Bad Boll, er stimme mit Dr. Schumacher (SPD) überein, wenn er die Gestellung deutscher Soldaten für eine europäische Armee von der Garantie abhängig mache, daß Deutsche nicht nur zur Deckung des Rückzuges der Alliierten dienen dürften.

Auf einer Versammlung der CDU in Stuttgart erklärt Bundeskanzler Dr. Adenauer zur Frage eines deutschen Beitrages für die europäische Verteidigung, die Anwendung des Ausdrucks Remilitarisierung sei zu verabscheuen. Er bedauere, daß durch die sozialdemokratischen Erklärungen und durch Äußerungen von Kirchenpräsident Martin Niemöller der Eindruck im Ausland entstanden sei, Deutschland wolle nicht unbedingt seine Freiheit behalten. Er bedauere die Verkoppelung des Plevnplanes mit dem Schumanplan. Das Schicksal Frankreichs sei mit dem Deutschlands identisch.

Im sowjetischen Sektor von Berlin wird in der Deutschen Staatsoper der Kongreß der Deutschen Kämpfer für den Frieden vom Vorsitzenden des Deutschen Komitees der Kämpfer für den Frieden, Arnold Zweig, eröffnet. Am 5. November wird eine Entschließung gefaßt, in welcher „jene Regierung des Kriegsverbrechens angeklagt wird, die es wagen sollte, als erste die Atombombe gegen ein anderes Land anzuwenden“. In das Komitee der Kämpfer für den Frieden werden 50 Vertreter der Deutschen Demokratischen Republik, 50 Vertreter Westdeutschlands und 40 Vertreter Groß-Berlins gewählt.

5. November: In Bielefeld konstituiert sich offiziell die „Deutsche Bruderschaft“, ein Orden und eine Vereinigung ehemaliger Offiziere. Der neue Bruderrat der Deutschen Bruderschaft setzt sich zusammen aus: Helmut Beck-Broichsitter, Dr. Eugen Achenbach, Alfred Franke-Grieksch, Nolte und Schott v. d. Hoven.

Kirchenpräsident Martin Niemöller erklärt in Dortmund, eine Wiederbewaffnung der Bundesrepublik werde das Kräfteverhältnis zwischen Ost und West nicht ändern. Die deutschen Politiker sollten die Einheit Deutschlands so schnell wie möglich verwirklichen und dabei die Vereinten Nationen einschalten.

In Frankfurt wird die Deutsche Sektion der Sozialistischen Bewegung für die Vereinigten Staaten von Europa gegründet und Professor Anna Siemsen, Hamburg, mit dem Vorsitz im vorläufigen Vorstand betraut.

6. November: Der amerikanische Hohe Kommissar, John J. McCloy, erklärt in Bonn, daß die kommunistische Einmischung in Korea die Notwendigkeit zeige, die Kräfte des Westens mit denen des sowjetischen Blocks ins Gleichgewicht zu bringen.

Der Vizepräsident des Bundestages, Professor Carlo Schmid (SPD), fordert auf einer Kundgebung in Stuttgart den Verzicht der Besatzungsmächte auf die Be-

satzungskosten. Bei einer gemeinsamen europäischen Verteidigung müsse man Deutschland das Armenrecht zubilligen.

7. November: Der französische Hohe Kommissar, André *François-Poncet*, unterrichtet Bundeskanzler Dr. Konrad *Adenauer* über den Plevanplan und seine Besprechung mit der französischen Regierung.

Im Bundestag begründet Dr. Walter *Menzel* (SPD) eine Interpellation der Sozialdemokratischen Partei zur Polizeifrage und fordert von der Bundesregierung eine Erklärung über ihre Pläne auf dem Gebiete des Polizeiwesens. Die unklare Haltung der Bundesregierung sei Schuld daran, daß die Begriffe der inneren und äußeren Sicherheit miteinander vermischt worden seien. Bundesinnenminister Dr. Robert *Lehr* antwortet darauf, die Bundesregierung habe die Alliierte Hohe Kommission um eine Reorganisation der Polizei ersucht. Nach dem Willen des Bundeskanzlers sei zwischen Polizei und militärischen Fragen scharf unterschieden worden. Auf Bundesebene seien bisher keine Maßnahmen zur Verstärkung der Polizei getroffen worden.

Ein Sprecher der amerikanischen Hohen Kommission unterrichtet die Presse über einen Bericht, in dem festgestellt wird, daß die gesamte amerikanische Hilfe an Deutschland seit Kriegsende 3,969 Milliarden Dollar betragen habe. Die Gesamthöhe der Besatzungskosten in der amerikanischen Besatzungszone von Kriegsende bis März 1951 werde sich auf 8 840 900 000 DM oder 2,104 Milliarden Dollar belaufen, so daß Deutschland 1 864 024 000 Dollar mehr erhalten habe als die amerikanischen Besatzungskosten betrügen.

Die Regierungschefs der drei südwestdeutschen Länder erzielen auf einer Konferenz in Baden-Baden keine Einigung über die Südweststaatsfrage und beschließen, die endgültige Entscheidung dem Bundestag zu überlassen.

8. November: Bundeskanzler Dr. Konrad *Adenauer* eröffnet mit einer Regierungserklärung die außenpolitische Debatte im Bundestag und betont, die Beschlüsse der Prager Außenministerkonferenz vom 21. Oktober seien für die Bundesrepublik unannehmbar. Die Bundesregierung betrachte „den Plevanplan als einen wesentlichen Beitrag zur Integration Europas“. Die Opfer zur Schaffung einer Abwehrfront könnten die westlichen Alliierten nicht allein auf sich nehmen. Jedem Deutschen müsse es „ein zwingendes Gebot sein, seine Heimat zu verteidigen“. Voraussetzung für eine deutsche Beteiligung an einer Abwehrfront sei, daß diese Front stark genug sein müsse, um einen russischen Angriff unmöglich zu machen. Außerdem müsse die Bundesrepublik die gleichen Pflichten, aber auch die gleichen Rechte wie alle anderen beteiligten Länder haben. Der Bundestag sei berechtigt, in dieser Frage zu entscheiden.

Der Bundeskanzler verliert eine Entschließung der Bundesregierung, in der es heißt, daß die Bundesregierung, wenn sie gefragt werde, bereit sein müsse, einen angemessenen Beitrag für eine Abwehrfront zu leisten. Voraussetzung sei die völlige Gleichberechtigung Deutschlands und eine Stärke der Abwehrfront, die jeden russischen Angriff unmöglich mache.

In der Debatte betont der erste Vorsitzende der Sozialdemokratischen Partei, Dr. Kurt *Schumacher*, auch nach Verwirklichung der im Kommuniqué der New Yorker Außenministerkonferenz gemachten Versprechungen werde die Bundesrepublik nicht die völlige Gleichberechtigung erhalten. Die SPD könne den Plevanplan nicht als Grundlage für eine Auseinandersetzung ansehen, da dem Plan der Geist der Aussöhnung fehle. Die SPD glaube an die Erfüllbarkeit der westeuropäischen Verteidigung; doch sei diese nur möglich, wenn ein Rückzug der alliierten Armeen ausgeschlossen sei und diese Armeen ihr militärisches Schicksal mit den Deutschen vereinigten.

Die neu gewählte Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik, der 400 Abgeordnete angehören, tritt zu ihrer ersten Sitzung zusammen und wählt Johannes *Dieckmann* (LDP) zum Präsidenten. Die Volkskammer billigt ein Gesetz über die Zusammensetzung der Länderkammer und ein Gesetz über die neue Struktur der Regierung. Danach wird bei der Regierung die Staatliche Plankommission errichtet, deren Vorsitzender zugleich einer der Stellvertreter des Ministerpräsidenten ist. Die Regierung setzt sich aus 1 Ministerpräsidenten, 5 Stellvertretern und 17 Fachministern zusammen.

10. November: Die Bundesrepublik wird in die Organisation für Ernährung und Landwirtschaft der Vereinten Nationen (FAO) mit 49 gegen 2 Stimmen bei einer Enthaltung aufgenommen.
11. November: Der erste Vorsitzende der Sozialdemokratischen Partei, Dr. Kurt *Schumacher*, erklärt in Hersfeld, für Deutschland sei im Falle einer Auseinandersetzung mit dem Osten die erste Schlacht entscheidend. Er erkenne das Recht der Weigerung zu töten an, doch nicht das Recht, sich einer dem Volke drohenden Gefahr zu entziehen.
12. November: Auf dem Landesparteitag des Bundes der Heimatvertriebenen und Entrechteten (BHE) Niedersachsen in Hannover wird Friedrich *von Kessel* zum ersten Landesvorsitzenden gewählt.
14. November: Die Bundesregierung beschließt, den ehemaligen General und Polizeimajor Anton *Grasser* zur kommissarischen Wahrnehmung polizeilicher Sonderaufgaben im Rahmen der Zuständigkeit des Bundes in das Bundesinnenministerium zu berufen.
- Die Alliierte Hohe Kommission legt in einer Dienst-anweisung an die Landeskommissare eine neue und liberalisierte Politik in Fragen der Länderpolizei fest, wonach unter gewissen Voraussetzungen Polizeikräfte in den Ländern auf Länderbasis zentralisiert werden dürfen.

15. November: Bundeskanzler Dr. Konrad *Adenauer* erklärt in einem Interview mit dem Deutschland-Union-Dienst, von einer deutschen Neuaufrüstung oder Remilitarisierung könne keine Rede sein. Die Bundesregierung denke nur an einen möglichen Beitrag zur europäischen Verteidigung. Der Bundestag habe über den Verteidigungsbeitrag zu entscheiden; für diese Berechtigung lägen klare Bestimmungen des Grundgesetzes vor. Niemand sei berechtigt, die Verfassung zu brechen. Nur die Hilfe der Vereinigten Staaten könne Westeuropa gegenüber der Sowjetunion retten.

Wenn diese Hilfe gewünscht werde, müßten die west-europäischen Völker auch nach Kräften mithelfen.

Der mit der Regierungsbildung beauftragte bisherige Ministerpräsident der Deutschen Demokratischen Republik, Otto Grotewohl, stellt der Volkskammer das neue Kabinett vor und betont in einer Regierungserklärung, die Prager Konferenz der Außenminister zeige den Weg für die friedliche Regelung der deutschen Probleme. Die Regierung halte den Vorschlag zur Bildung eines Gesamtdeutschen Konstituierenden Rates für besonders wertvoll. Eine Befragung des gesamten deutschen Volkes über die Prager Vorschläge biete die Möglichkeit, die Remilitarisierung zu verhindern. Im Mittelpunkt des wirtschaftlichen Wiederaufbaus werde der Fünfjahresplan stehen. Die von der Volkskammer bestätigte Regierung hat folgende Zusammensetzung: Ministerpräsident: Otto Grotewohl (SED); Stellvertreter des Ministerpräsidenten: Walter Ulbricht (SED); Heinrich Rau (SED), zugleich Vorsitzender der Staatlichen Planungskommission bei der Regierung; Otto Nuschke (CDU); Dr. Hans Loch (LDP); Dr. Lothar Bolz (NDPD); Minister für Auswärtige Angelegenheiten: Georg Dertinger (CDU); Minister des Innern: Dr. Karl Steinhoff (SED); Minister für Staatssicherheit: Wilhelm Zaisser (SED); Minister der Finanzen: Dr. Hans Loch (LDP); Minister für Schwerindustrie: Fritz Selbmann (SED); Minister für Maschinenbau: Gerhard Ziller (SED); Minister für Leichtindustrie: Dr. Wilhelm Feldmann (NDPD); Minister für Land- und Forstwirtschaft: Paul Scholz (DBD); Minister für Außenhandel und Innerdeutschen Handel: Georg Handke (SED); Minister für Handel und Versorgung: Dr. Karl Hamann (LDP); Minister für Arbeit: Roman Chwalek (FDGB); Minister für Gesundheitswesen: Luitpold Steidle (CDU); Minister für Verkehr: Professor Dr. Hans Reingruber (parteilos); Minister für Post- und Fernmeldewesen: Fritz Burmeister (CDU); Minister für Aufbau: Dr. Lothar Bolz (NDPD); Minister für Volksbildung: Paul Wandel (SED); Minister für Justiz: Max Fechner (SED).

Das Zentralsekretariat der SED veröffentlicht einen am 26./27. Oktober gefaßten Beschluß zur Säuberung der Partei. Danach werden alle Mitglieder in der Zeit vom 15. Januar bis 30. Juni 1951 einer Ueberprüfung unterzogen.

Frankreich

8. November: Der Ministerrat ernannt General Pierre de la Tour du Moulin zum Nachfolger des zurückgetretenen Generals Jean Alessandri auf dem Posten des Befehlshabers der französischen Truppen in Tonking.
11. November: Der Minister für Indochina, Jean Letourneau, erklärt bei der Rückkehr von seiner dreiwöchigen Inspektionsreise, der Pessimismus, mit dem in Frankreich die Lage in Tonking beurteilt werde, sei ungerechtfertigt. Die Rückzüge der französischen Truppen hätten nur den Zweck gehabt, eine bewegliche Verteidigungskraft im Delta des Roten Flusses zu bilden. Am 13. November führt Minister Letourneau in Paris Besprechungen mit dem britischen Hohen Kommissar in Malaya, Malcolm MacDonald, über die Möglichkeiten einer militärischen Zusammenarbeit beider Länder in Südostasien.

14. November: Der Rat der Organisation für die wirtschaftliche Zusammenarbeit Europas (OEEC) billigt den Vorschlag der Europäischen Zahlungsunion (EPU) für die Gewährung eines Sonderkredits in Höhe von 120 Millionen Dollar an die Bundesrepublik Deutschland zur Ueberbrückung des Defizits der deutschen Zahlungsbilanz gegenüber den anderen EPU-Ländern. Die deutsche Bundesregierung wird aufgefordert, bis zum 27. November ein Programm ihrer wirtschaftspolitischen Maßnahmen zur Verbesserung ihrer Zahlungsbilanz einzureichen.

Außenminister Robert Schuman erklärt vor der Nationalversammlung, die Regierung wolle keine Gelegenheit auslassen, sich mit der Sowjetunion zu verständigen. Sie halte ein Uebereinkommen über Deutschland auf Viermächtebasis für sehr wünschenswert, doch sei die Erklärung der Prager Außenministerkonferenz hierfür keine Verhandlungsgrundlage.

15. November: Die Nationalversammlung billigt mit 353 gegen 184 Stimmen die Empfehlungen der Konsultativversammlung des Europarates und fordert die Regierung auf, für eine Erweiterung der politischen Autorität des Europarats einzutreten.

Griechenland

2. November: Die Regierung tritt nach Meinungsverschiedenheiten innerhalb der Koalition zurück. Am 3. November bildet der bisherige Ministerpräsident, Sophokles Venizelos, eine neue Regierung aus Vertretern der Liberalen und der Sozialistischen Partei. Ihr gehören an: Ministerpräsident, Außen- und Verteidigungsminister: Sophokles Venizelos, stellvertretender Ministerpräsident und Minister für wirtschaftliche Koordinierung: Georges Papandreou, Kriegs- und Luftfahrtminister: Anastasios Vineopoulos, Innen- und Erziehungsminister: Nicholas Bakopoulos, Justiz- und Arbeitsminister: Ilias Lagakos, Minister für öffentliche Arbeiten und Handelsmarineminister: General Napoleon Zervas, Gesundheits- und Kriegsmarineminister: Phokion Zaimis, Finanz- und Informationsminister: Stavros Kostopoulos, Transport- und Postminister: Nicholas Exarchos.

Großbritannien

6. November: In der Debatte über die Dankadresse des Unterhauses an den König werden am 6. und 7. November drei konservative Abänderungsanträge, die als Mißtrauensanträge gegen die Regierung angesehen werden, abgelehnt. Die gegen die Regierung erhobenen Vorwürfe sind: 1. daß sie nicht entschlossen genug auf eine Steigerung des Wohnungsbaus hingearbeitet habe (abgelehnt mit 300 gegen 288 Stimmen); 2. daß sie keine geeigneten Maßnahmen gegen die Erhöhung der Lebenshaltungskosten vorgeschlagen habe (abgelehnt mit 299 gegen 284 Stimmen); 3. daß sie den ernststen wirtschaftlichen Problemen nur durch die Verlängerung des aus der Kriegszeit übernommenen Kontrollsystems begegnen wolle und daß sie in dieser kritischen Zeit die Verstaatlichung der Stahlindustrie durchführe (abgelehnt mit 299 gegen 289 Stimmen). Die Dankadresse wird in dem von der Regierung vorgeschlagenen Wortlaut gebilligt.
11. November: Das Britische Friedenskomitee gibt be-

kannt, daß der Weltfriedenskongreß von Sheffield nach Warschau verlegt werden müsse, da die britische Regierung dem größeren Teil der ausländischen Delegierten die Einreise verweigert habe. Am 13. November halten die Delegierten des Kongresses in Sheffield nur eine Sitzung ab, auf der sie die zur Verlegung nach Warschau notwendigen Maßnahmen besprechen.

13. November: Der Ständige Rat der Außenministerstellvertreter der Atlantikpaktstaaten diskutiert die Frage der Beteiligung Deutschlands an der europäischen Verteidigung. Die Delegierten erklären, daß ein Kompromiß zwischen der französischen und der amerikanischen Auffassung beschleunigt zustande gebracht werden müsse.

In der Debatte des Unterhauses über die Empfehlungen der Konsultativversammlung des Europarats erklärt Unterstaatssekretär Ernest *Davies*, die Regierung lehne es ab, Teile ihrer Souveränitätsrechte an eine übernationale Behörde abzutreten; sie müsse daher auf dem Prinzip der Einstimmigkeit im Ministerausschuß bestehen. Aus dem gleichen Grunde dürfe die Konsultativversammlung nicht zu einem Parlament mit Weisungsrechten gegenüber den Regierungen erweitert werden. Die Vorschläge der Konsultativversammlung zur Bildung einer europäischen Armee seien für Großbritannien ebenfalls unannehmbar. Das Unterhaus billigt die Haltung der Regierung.

Außenminister Ernest *Bevin* erklärt vor dem Unterhaus zu dem sowjetischen Vorschlag einer Viermächtekonferenz über Deutschland, die Regierung sei jederzeit bereit, an einem aufrichtigen Versuch zur Beilegung der Meinungsverschiedenheiten mitzuarbeiten. Das Kommuniqué der Prager Außenministerkonferenz scheine ihm jedoch nicht die geeignete Grundlage für derartige Besprechungen zu sein. Zudem habe die sowjetische Regierung es bisher abgelehnt, die halb-militärische ostdeutsche Volkspolizei aufzulösen.

15. November: Verteidigungsminister Emanuel *Shinwell* berichtet dem Unterhaus über die Besprechungen des Verteidigungsrats der Atlantikpaktmächte in Washington. Er betont, daß der Rat lediglich über die Art des deutschen Beitrags zur europäischen Verteidigung noch nicht zu einer Einigung gekommen sei. Die britische Regierung billige den Vorschlag der Vereinigten Staaten für den Einschluß deutscher Divisionen in die atlantische Streitmacht. Der Plevnplan mit seinen weitreichenden politischen Voraussetzungen beanspruche nach ihrer Ansicht zu viel Zeit zu seiner Ausführung. Auf jeden Fall werde die deutsche Bundesregierung um ihre Meinung gefragt werden.

Italien

3. November: Der Ministerausschuß des Europarats tritt in Rom zu einer Sitzung zusammen, an der erstmals Vertreter der Bundesrepublik Deutschland und des Saarlandes als Beobachter teilnehmen. Der Ausschuß beschließt, die Frage der Bildung einer europäischen Armee nicht zu diskutieren, da diese Frage durch die amerikanischen und französischen Pläne bereits Gegenstand von Verhandlungen zwischen den Regierungen sei. Die am 25. August von der Konsultativversammlung angenommene Konvention über die

Menschenrechte wird vom Ministerausschuß gebilligt und am 4. November von Vertretern aller Mitgliedstaaten unterzeichnet. Am 4. November beschließt der Ministerausschuß ferner: 1. die Empfehlung der Konsultativversammlung zum Schumanplan vom 26. August den am Plan beteiligten Regierungen zuzuleiten; 2. im Laufe des Winters eine Konferenz zum Zwecke der Revision der Statuten des Europarats einzuberufen.

10. November: In der außenpolitischen Debatte der Abgeordnetenversammlung tritt Außenminister Graf Carlo *Sforza* für die schnelle Bildung der atlantischen Streitmacht unter deutscher Beteiligung ein. Die Kammer lehnt den von den Linksozialisten und Kommunisten eingebrachten Mißtrauensantrag gegen die Außenpolitik der Regierung mit 268 gegen 132 Stimmen ab.

Jugoslawien

11. November: Die Regierung ordnet die Schließung der albanischen Gesandtschaft in Belgrad an und schließt gleichzeitig ihre eigene Gesandtschaft in Tirana. Der albanischen Regierung wird vorgeschlagen, den diplomatischen Verkehr über die Vertretungen beider Länder in Budapest aufrechtzuerhalten.

Oesterreich

4. November: In Graz wird der Parteitag der Sozialistischen Partei nach dreitägiger Dauer mit einer Rede des Parteivorsitzenden, Vizekanzler Dr. Adolf *Schärf*, beendet, in der er feststellt, daß die Verzögerung des Staatsvertrags jeden einzelnen Oesterreicher teuer zu stehen komme. Obwohl man dem Lande die Freiheit versprochen habe, habe man es nicht freigegeben, sondern noch wirtschaftlich ausgebeutet.

Sowjetunion

3. November: Die Regierung überreicht den Botschaftern der Vereinigten Staaten, Großbritanniens und Frankreichs Vorschläge zu einer Konferenz der Außenminister der vier Mächte über die Wiedervereinigung Deutschlands, als deren Grundlage die Prager Erklärung der Außenminister der Ostblockstaaten vom 21. Oktober dienen soll.
6. November: In der Festsitzung des Obersten Sowjets zum 33. Jahrestag der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution hält der stellvertretende Vorsitzende des Ministerrats, Marschall Nikolai A. *Bulganin*, die Festrede. Er führt darin aus, die Sowjetunion sei nun in die Periode des Uebergangs vom Sozialismus zum Kommunismus eingetreten. Der Nachkriegs-Fünfjahresplan, der die Ueberschreitung des Vorkriegsniveaus der Produktion zum Ziele gehabt habe, sei erfolgreich erfüllt worden. Der Marschall beschuldigt die Vereinigten Staaten, die Entfesselung eines neuen Krieges zur Errichtung ihrer Weltherrschaft zu betreiben, den Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland zu verhindern und Japan als Aufmarschgebiet für ihre Angriffspläne zu benutzen. Es sei jedoch an der Zeit zu begreifen, daß die Sowjetunion sich durch Drohungen nicht einschüchtern lasse, sondern bereit sei, mit der Waffe in der Hand für ihre Interessen einzutreten.

Wichtige Ereignisse in der übrigen Welt

Afrika

Aegypten

11. November: Der Rücktritt von drei Kabinettsmitgliedern und eine Umbildung des Kabinetts werden bekanntgegeben. Die zurückgetretenen Minister sind: Finanzminister *Zaki el Mutal*, Versorgungsminister *Mohammed Nuris Farhad Bey* und Kirchenminister *Jassin Ahmed Pascha*. Das Finanzministerium wird von Innenminister *Fuad Sirag el Din Pascha* mit übernommen, das Versorgungsministerium übernimmt der bisherige Landwirtschaftsminister *Ahmed Hamsa Bey*, dessen Portefeuille von dem bisherigen Gesundheitsminister *Abdel Latif Mahmud Bey* übernommen wird. Neu ernannt werden: zum Kirchenminister: *Ismail Ramsi Pascha*, zum Gesundheitsminister: *Ara Abdel Gawad Hussein*.

Amerika

Guatemala

13. November: Die vom 10. bis 12. November abgehaltenen Präsidentschaftswahlen haben folgendes Ergebnis: Oberst *Jacobo Arbenz Guzman*: 294 217 Stimmen, General *Miguel Ydigoras Fuentes*: 67 189 Stimmen. Die Amtsdauer des neugewählten Präsidenten *Arbenz Guzman* beträgt sechs Jahre.

Puerto Rico

1. November: Ein am 30. Oktober ausgebrochener Aufstandsversuch der Nationalistenpartei, der die Unabhängigkeit der Insel von den Vereinigten Staaten zum Ziel hatte, wird niedergeschlagen.

Venezuela

13. November: Der Präsident des regierenden militärischen Triumvirats, Oberstleutnant *Carlos Delgado Chalbaud*, wird in Caracas ermordet. Die beiden übrigen Mitglieder des Triumvirats, die Oberstleutnants *Marcos Perez Jimenez* und *Luis Felipe Llovera*, geben bekannt, daß sie die Regierungsgeschäfte allein weiterführen werden.

Vereinigte Staaten

1. November: Zwei Mitglieder der Nationalistenpartei von Puerto Rico versuchen, Präsident *Harry S. Truman* in seiner Wohnung zu ermorden. Sie werden von der Wache des Präsidenten niedergeschossen.
7. November: Es finden Wahlen statt, bei denen das gesamte Repräsentantenhaus, 36 Mitglieder des Senats und 32 Gouverneure neu gewählt werden. Die Ergebnisse:

	Repräsentantenhaus (Sitze)	Senat (Sitze)	Gouverneure
Demokraten:	234	18 (49) ¹⁾	11 (23) ¹⁾
Republikaner:	200	18 (47)	21 (25)
Unabhängige:	1	— (—)	— (—)

1) In Klammern die Gesamtzahl der Gouverneure und der Sitze im Senat.

8. November: Außenminister *Dean Acheson* erklärt bei seiner Pressekonferenz zu dem sowjetischen Vorschlag

für Viermächtebesprechungen über Deutschland, die bisherigen Viermächtekonferenzen seien infolge der Unnachgiebigkeit der Sowjetunion gescheitert. Ein befriedigendes Ergebnis könnten solche Konferenzen nur haben, wenn die Sowjetunion ihren aufrichtigen Wunsch nach Ausgleich der Spannungen unter Beweis stelle.

12. November: Präsident *Harry S. Truman* billigt und veröffentlicht einen Bericht seines Sonderberaters in Wirtschaftsfragen, *Gordon Gray*, über die Wirtschaftshilfe der Vereinigten Staaten an die freien Nationen. In dem Bericht wird die Fortsetzung der amerikanischen Wirtschaftshilfe an Westeuropa für drei oder vier Jahre nach Beendigung des Marshallplans vorgeschlagen. Der Förderung der europäischen Zahlungsunion und der Entwicklung des europäischen Außenhandels soll besondere Aufmerksamkeit geschenkt werden.

15. November: Außenminister *Dean Acheson* erklärt in Washington in einer Diskussion über die amerikanische Außenpolitik, den Chinesen müsse klar gemacht werden, daß weder die Vereinten Nationen noch die Vereinigten Staaten irgendwelche feindlichen Absichten gegenüber der Mandschurei haben. Die Vereinigten Staaten seien im Gegenteil bereit, ihren ganzen Einfluß aufzubieten, um eine angemessene Berücksichtigung der chinesischen Interessen am Yalu-Fluß durchzusetzen.

Asien

Chinesische Volksrepublik

2. November: In Neu Delhi wird der Wortlaut der Note veröffentlicht, die der indische Botschafter in Peking, *K. M. Panikkar*, am 31. Oktober der Chinesischen Volksregierung überreicht hat. Darin stellt die indische Regierung fest, daß die chinesische militärische Aktion gegen Tibet ungerechtfertigt sei, da Tibet hierzu keine Veranlassung gegeben habe. Sie hoffe jedoch, daß die Chinesische Volksregierung noch zu friedlichen Verhandlungen bereit sei.

12. November: Radio Peking veröffentlicht eine Erklärung des Außenministeriums, in der es heißt, die Anwesenheit amerikanischer Truppen in Korea stelle eine Bedrohung Chinas dar. Die Regierung werde deshalb die Unterstützung des koreanischen Volkes durch Freiwillige nicht verhindern. China strebe nach wie vor eine friedliche Lösung in Korea an, fordere jedoch als erste Voraussetzung die Zurückziehung aller ausländischen Truppen.

13. November: Bei den Vereinten Nationen geht eine Note der tibetanischen Regierung ein, in der sie die Rechtmäßigkeit der chinesischen Oberherrschaft über Tibet bestreitet und die Vereinten Nationen um Hilfe gegen den Angriff chinesischer Truppen ersucht. Nach einem Bericht des indischen Geschäftsträgers in Lhasa sind die chinesischen Truppen am 12. November noch 350 Kilometer von Lhasa entfernt.

Indien

9. November: Der stellvertretende Ministerpräsident,

Sardar Villabhbhai Patel, fordert bei einer öffentlichen Kundgebung in Neu Delhi das indische Volk auf, der durch den chinesischen Einmarsch in Tibet entstehenden Gefahr entschlossen zu begegnen.

Indochina

2. November: Französische Truppen räumen die seit einer Woche von starken Viet-minh-Streitkräften bedrohte Festung Lao-Kay am Roten Fluß. Am 4. November treten die französischen Truppen im Südwesten Tonkings einen allgemeinen Rückzug an und beziehen 20 Kilometer westlich von Hanoi eine neue Verteidigungslinie.
4. November: Der französische Minister für Indochina, Jean Letourneau, kündigt nach einer zweitägigen Konferenz in Dalat mit dem vietnamesischen Staatschef Bao Dai und anderen Regierungsmitgliedern die bevorstehende Aufstellung einer selbstständigen vietnamesischen Armee in Stärke von drei Divisionen an.

Israel

1. November: Der Knesset (Parlament) spricht der am 30. Oktober durch Ministerpräsident David Ben-Gurion gebildeten Regierung mit 69 gegen 42 Stimmen das Vertrauen aus.

Korea

3. November: Frische, mit modernen schweren Waffen ausgerüstete nordkoreanische und chinesische Truppen brechen im Mittelabschnitt der Front durch und erreichen den Chongchon-Fluß. Dadurch werden die in Nordwestkorea stehenden Truppen der Vereinten Nationen gezwungen, sich 80 Kilometer weit zurückzuziehen.
6. November: Der Oberbefehlshaber der Truppen der Vereinten Nationen, General Douglas MacArthur, teilt in einem Bericht an den Sicherheitsrat mit, daß die Truppen der Vereinten Nationen sich im Gefecht mit geschlossenen Einheiten chinesischer Truppen befinden.
9. November: Gegen hinhaltenden, mit gelegentlichen heftigen Gegenangriffen abwechselnden Widerstand der nordkoreanisch-chinesischen Truppen gewinnen die Truppen der Vereinten Nationen wieder langsam Gelände und erreichen am 14. und 15. November die Staubecken von Pujon und Changjin. Im Mittelabschnitt erobern die Nordkoreaner am 12. November Tokschon zurück.

Nepal

7. November: Die nepalesische Gesandtschaft in Neu Delhi gibt bekannt, daß König Tribhubana Bir Bikram Shah den Thron verlassen hat. Maharadscha Mohan Shamscher Jung Bahadur Rana, der Chef der Exekutive und eigentliche Herrscher des Landes, ruft den dreijährigen Enkel des geflohenen Königs, Prinz Djanendra, zum neuen König aus. Am 11. November trifft König Tribhubana in Neu Delhi ein.
11. November: Bewaffnete Kräfte der nepalesischen Kongreßpartei, die den geflohenen König unterstützt, überschreiten von Indien aus die Grenze und stoßen ins Landesinnere vor. Die Stadt Birgandj wird von ihnen besetzt.

Organisation der Vereinten Nationen

1. November: Die Vollversammlung beschließt mit 46 gegen 5 Stimmen die Verlängerung der Amtsdauer des derzeitigen Generalsekretärs, Trygve Lie, um drei Jahre.
3. November: Die Vollversammlung billigt in Einzelabstimmungen eine Gruppe von Resolutionen unter dem Titel „Vereinte Aktion für den Frieden“. Darin sind enthalten: 1. der Siebenmächteplan zur Stärkung der Vereinten Nationen, entsprechend den Vorschlägen des amerikanischen Außenministers Dean Acheson; 2. eine Anweisung an den Sicherheitsrat, Maßnahmen zur Aufstellung von Streitkräften zu ergreifen, die den Vereinten Nationen zur Bekämpfung eines Friedensbruchs zur Verfügung stehen sollen; 3. die Aufforderung an die fünf Großmächte, ihre Meinungsverschiedenheiten in direkten Verhandlungen zu diskutieren.

Der Politische und Sicherheitsausschuß der Vollversammlung billigt mit 47 gegen 5 Stimmen den Gegenvorschlag zu dem am 30. Oktober abgelehnten sowjetischen Friedensplan. In dem Vorschlag werden die Annahme des Atomkontrollplans der Vereinten Nationen, eine stufenweise Beschränkung der Rüstungen und die Brandmarkung des Angriffskrieges als Verbrechen empfohlen.

4. November: Die Vollversammlung beschließt mit 38 gegen 10 Stimmen, das Verbot normaler diplomatischer Beziehungen zu Spanien vom 12. Dezember 1946 aufzuheben und den Beitritt Spaniens zu den Sonderorganisationen der Vereinten Nationen zuzulassen.

Der jugoslawische Außenminister, Dr. Edvard Kardelj, legt dem Politischen und Sicherheitsausschuß der Vollversammlung einen Plan zur Unterbindung von Kampfhandlungen und zur Feststellung der Schuldfrage vor. Darin ist vorgesehen, daß beide an ausgebrochenen Kampfhandlungen beteiligten Seiten innerhalb von 24 Stunden ihre Bereitschaft zur Feuereinstellung bekanntgeben und sich einer Untersuchung durch die Friedensbeobachtungs-Kommission der UN unterwerfen sollen. Wer diesen Verpflichtungen nicht nachkommt, soll zum Angreifer erklärt werden. Am 6. November schlägt der sowjetische Delegierte, Georgi N. Sarubin, dem Ausschuß eine Definition des Angriffskrieges vor, nach der als Angreifer gelten soll, wer den Krieg erklärt, wer in das Gebiet eines anderen Staates mit bewaffneter Macht eindringt oder es bombardiert, wer See- oder Luftlandungen in einem fremden Staat durchführt und wer eine Seeblockade verhängt. Am 9. November billigt der Ausschuß mit 51 gegen 5 Stimmen den jugoslawischen Resolutionsentwurf und überweist die von der Sowjetunion vorgeschlagene Definition des Angriffskrieges an die Völkerrechtskommission zu weiterer Prüfung.

8. November: Der Sicherheitsrat beschließt mit 8 gegen 2 Stimmen, die Chinesische Volksrepublik zur Teilnahme an der Diskussion der von General Douglas MacArthur in seinem Bericht erhobenen Beschuldigung der direkten Unterstützung der nordkoreanischen Kommunisten durch chinesische Truppen einzuladen.

NEUEINGÄNGE IN UNSEREM ARCHIV

5. JAHR

WICHTIGE ZUGÄNGE VOM 1. BIS 15. NOVEMBER 1950

23. FOLGE

Bücher und Broschüren

Activities of the Far Eastern Commission, Report by the Secretary General. February 26, 1946—July 10, 1947. Department of State. Publication 2888. Far Eastern Series 24. Washington, U. S. Government Printing Office; 1947. VIII, 109 S. Preis: 30 cents.

Agreement for the Establishment of a European Payments Union. Paris, 19. September 1950. Organisation for European Economic Co-operation, 50 S.

Annuaire 1949—1950. Cour Internationale de Justice. No. de vente: Sales Number 43. Leyde-Hollande, Imprimé par la Société d'Éditions A. W. Sijthoff; 1950. 195 S.

Bauer, Hans, und H. G. Ritzel: Kampf um Europa. Von der Schweiz aus gesehen. Mit Beiträgen von: Anna Siemsen-Vollenweider, Otto Brogle und L. Klaesi. Zürich/New York, Europa Verlag; 1945. 284 S.

Bayern ruft um Hilfe für die Heimatvertriebenen. o. V. München; 1950. 31 S.

Blum, Léon: Blick auf die Menschheit. Zürich, Europa Verlag; 1947. 132 S.

Brunet, René: La Garantie Internationale des Droits de l'Homme d'après la Charte de San-Francisco. Genève, Ch. Grasset, Editeur; 1947. 383 S.

Churchill, Winston S.: Der zweite Weltkrieg. Erster Band/Erstes Buch. Von Krieg zu Krieg 1919—1939. Bern, Alfred Scherz Verlag; 1948. 500 S.

Churchill, Winston S.: Der zweite Weltkrieg. Erster Band/Zweites Buch. Drôle de Guerre 3. September 1939—10. Mai 1940. Bern, Alfred Scherz Verlag; 1948. 443 S.

Cripps, Stafford: Christliche Demokratie. Mit einem Vorwort von Dr. Friedrich Siegmund Schultze. Zürich—Wien, Europa Verlag; 1948. 110 S.

Das Arbeitsgebiet des Statistischen Bundesamtes. Mit Verzeichnissen der Statistiken, der Veröffentlichungen und des Inhalts von „Wirtschaft und Statistik“ Stand Mitte 1950. Statistik der Bundesrepublik Deutschland Band 5. Herausgeber: Statistisches Bundesamt Wiesbaden. Stuttgart—Köln, W. Kohlhammer Verlag; 1950. 42 S.

Der öffentliche Dienst in den Vereinigten Staaten von Amerika. Ein Reisebericht. Herausgegeben von der Deutschen Gesellschaft für Personalwesen e. V. Frankfurt am Main. Frankfurt am Main, Verlag Kommentator G. m. b. H.; 1950. 193 S. mit Anlagen. Preis: Halbleinen DM 7.50.

Diese in der wissenschaftlichen Schriftenreihe des Instituts zur Förderung öffentlicher Angelegenheiten als 3. Band herausgegebene Veröffentlichung ist der gemeinsame Bericht deutscher Fachleute, die im Jahre 1949 zum Studium des Personalwesens durch die Vereinigten Staaten reisen konnten. Die Verfasser geben eine Darstellung des sogenannten Merit-Systems, auf welchem das heute vorherrschende Civil Service System aufgebaut ist und das neben der Bundesverwaltung in 22 von 48 Staaten eingeführt ist. Ganz besonderes Interesse dürfte die Beigabe zahlreicher Originalurkunden finden, welche Stellenausschreibungen, Bewerbungsfragebogen, Berufsbilder, Prüfungsteste, Dienstleistungsberichte und anderes mehr betreffen. Diese Urkunden ermöglichen es, ein eindrucksvolles Bild von der Handhabung des Personalwesens in den Vereinigten Staaten zu zeichnen.

Die berufsbildenden Schulen. Nach dem Stand vom 15. Mai 1949 in Rheinland-Pfalz. Kleine Schriftenreihe des Statistischen Landesamtes Rheinland-Pfalz, Heft 6. Herausgegeben vom Statistischen Landesamt Rheinland-Pfalz. o. J. IV, 42 S. Preis: DM 1.50.

Diercke — Weltatlas. Schulatlas für Höhere Lehranstalten. 83. Auflage. Braunschweig, Georg Westermann Verlag; 1950. 146 Kartenseiten. Preis: Hbl. DM 14.80.

Mit dieser Neuauflage legt der Verlag den ersten „Großen Diercke“ der Nachkriegszeit vor, der sowohl den geltenden Bestimmungen der Besatzungsmächte als auch den deutschen Wünschen und Forderungen gerecht zu werden versucht. Die nicht leichte Aufgabe, der sich der Verlag mit einer weitgehend neu zu bearbeitenden Auflage unterzog, ist in vorbildlicher Weise gelöst worden. Der Atlas ist mit neun bzw. zehn Farben gedruckt und enthält 50 zum großen Teil doppelseitige Hauptkarten und 242 Nebenkarten. Die nach dem Zweiten Weltkrieg durch die Friedensverträge mit Italien, Ungarn, Rumänien, Bulgarien und Finnland festgelegten Staatsgrenzen sind ebenso wie die neuen Grenzen im Mittleren Osten (Israel, Libanon, Jordanien) berücksichtigt worden. Die Deutschlandkarten geben neben den Grenzen von 1937 die derzeitigen Verwaltungs- bzw. Zonengrenzen und auch die Grenzen der einzelnen deutschen Länder wieder. Die unter polnischer bzw. sowjetischer Verwaltung stehenden deutschen Gebiete sind als solche gekennzeichnet.

Der Atlas ist vor allem zum Gebrauch an den Höheren Schulen bestimmt. Darüber hinaus wird er aber auch in vielen Redaktionen und Bibliotheken seinen Platz finden. Die erste Auflage der Neuausgabe ist inzwischen vergriffen. Eine zweite Auflage soll noch vor Weihnachten erscheinen.

Directives for the Application of the Agreement for the Establishment of a European Payments Union, on 18. August, 1950. Organisation for European Economic Co-operation. 23 S.

Djilas, Milovan: Auf neuen Wegen des Sozialismus. Rede vor Belgrader Studenten am 18. März 1950. Belgrad, Jugoslovenska Knjiga („Das jugoslawische Buch“); 1950. 30 S.

Elliott, William Y.: Mobilization Planning and the National Security (1950—1960). Problems and Issues. Mit Appendix I—IV. The Library of Congress Legislative Reference Service, Public Affairs Bulletin No. 81. Washington, April 1950. 188 S.

Energy Resources of the World. Department of State Publication 3428. Released June 1949. Washington, U. S. Government Printing Office, VII. 128 S. und 15 Karten. Preis: Leinen \$ 2.25.

Funke, Hermann, und Michael Müller-Claudius: Menschlichkeit als Erziehungsziel. Grundlegung und Praxis für den Unterricht. Frankfurt am Main, Verlag Josef Knecht, Carolusdruckerei; 1950. 154 S. Preis: Leinen DM 4.80.

Gathorne-Hardy, G. M.: Kurze Geschichte der internationalen Politik 1920—1939. 3. Auflage. Klagenfurt—Wien, Verlag Ferd. Kleinmayr; 1948. 599 S., Preis: S. 33.—

Diese gedrängte Uebersicht ist auf Anregung des Publikationskomitees des britischen Königlichen Instituts für Internationale Politik geschrieben worden; Professor Toynbees jährlicher Ueberblick über die internationale Politik liegt ihr zugrunde.

Germany 1947—1949. The Story in Documents. Department of State. Publication 3556 European and British Commonwealth Series 9. Washington, U. S. Government Printing Office. 631 S.; 1950. Preis: Leinen \$ 3.25.

Dieser vom amerikanischen Außenministerium herausgegebene Band schildert in Dokumenten die Geschichte der amerikanischen Politik gegenüber Deutschland und die entsprechende Entwicklung in Deutschland während der Zeit von Januar 1947 bis September 1949, der Geburtsstunde der Bundesrepublik. Der Wert des Buches liegt in der Zusammenfassung vieler internationaler Dokumente in bezug auf die politische und wirtschaftliche Entwicklung Deutschlands und in der Möglichkeit, an Hand der Dokumente Einblick in das Werden der Bundesrepublik zu gewinnen.

Informal Guidance for Press and Radio Correspondents. Torquay Conference on Tariffs and Trade. Geneva, Issued by the Conference Secretariat; 1950. 29 S.

International Monetary Fund. Annual Report of the Executive Directors for the Fiscal Year Ended April 30, 1950. Washington, U. S. A.; 1950. XI, 160 S.

Kriminalstatistik in den Jahren 1947—1949 in Rheinland-Pfalz. Kleine Schriftenreihe des Statistischen Landesamtes Rheinland-Pfalz, Heft 7. Herausgegeben vom Statistischen Landesamt Rheinland-Pfalz. o. J. XIX, 61 S. Preis: DM 1.50.

Leibholz, Gerhard: Staat und Gesellschaft in England. Tübingen, J. C. B. Mohr (Paul Siebeck); o. J. Sonderdruck aus Festschrift für Richard Thoma. 20 S. Preis: DM 1.90.

Le Procès Robineau. Varsovie, Coopérative d'Édition „Le Lecteur“ („CZYTELNIK“); 1950. 318 S.

Measurement of National Income and the Construction of Social Accounts. Report of the Sub-Committee on National Income. Statistics of the League of Nations Committee of Statistical Experts. Appendix: Definition and Measurement of the National Income and Related Totals by Richard Stone. Studies and Report on Statistical Methods No. 7. United Nations Publications Sales Number: 1947. II. 6. Geneva, United Nations; 1947. 116 S.

Meyer, Franz: Der Begriff der Regierung im Rechtsstaat. Zürich, Schulthess & Co. AG; 1948. XII, 182 S.

National Income Statistics of Various Countries 1938-1948. U. N. Publ. Sales No. 1950. XVII. 2. Lake Success—New York, Statistical Office of the United Nations; 1950. VII, 250 S. Preis: Leinen \$ 3.50. 25/- Stg. swf. 14.00. Brosch.: \$ 2.50. 17/6 Stg. swf. 10.00.

Dieser statistische Band, herausgegeben vom Statistischen Amt der Vereinten Nationen, enthält in verschiedenen statistischen Übersichten Angaben und zusammenfassende Darstellungen über die Nationaleinkommen von 36 Ländern (ohne UdSSR), die zusammen vier Fünftel des Nationaleinkommens der Welt (ohne die UdSSR) ausmachen. Beigefügt sind Erklärungen sowie eine Erörterung über die Bedeutung der Zahlen.

Im ganzen gesehen zeigt sich, daß eine Reihe von Ländern, die besonders unter den Einflüssen des Krieges gelitten haben, wohl annähernd ihren Stand von 1938 wieder erreicht haben, trotzdem aber immer noch weit unter dem Niveau der anderen Länder liegen. Klar geht hervor, daß die Vereinigten Staaten und Kanada bei weitem an der Spitze liegen.

Report of the Committee of Ministers to the Consultative Assembly. Strasbourg, Council of Europe; 1950. 39 S.

Report of the Committee on Social Questions. Adopted by the Committee on 4. April, 1950, Second Session. Strasbourg, Council of Europe Consultative Assembly; 1950. 349 S.

Report of the Delegation of the United States of America to the Inter-American Conference on Problems of War and Peace. Mexico City, Mexico, February 21—March 8, 1945. Department of State Publication 2497. Conference Series 85. Washington, U. S. Government Printing Office; 1946. III, 371 S. Preis: 55 cents.

Report on Internal Financial Stability. Organization for European Economic Cooperation. Paris; 1950. 140 S.

Revision of the United Nations Charter. Report of the Committee on Foreign Relations on Resolutions Relative to Revision of the United Nations Charter, Atlantic Union, World Federation, and Similar Proposals. Report No. 2501. September 1, 1950. Washington, United States Government Printing Office; 1950. IV, 64 S.

Schneefuß, Walter: Demokratie im alten Oesterreich. Klagenfurt, Verlag Ferd. Kleinmayr; 1949. 173 S. Preis: kart. DM 4.—.

Dieses Buch bringt eine sachliche Zusammenfassung der staatlichen Einrichtungen im alten Oesterreich, die als „demokratisch“ auch im heutigen Sinne des Wortes gelten können: die der Rechtssicherheit, des freien Aufstiegs, der kulturellen Freiheit und anderer mehr. Eine Kulturstatistik gibt eine Übersicht über das Schul- und Hochschulwesen. In einer Nationalitätenstatistik ist die Bevölkerung der einzelnen Kronländer nach ihrer Nationalität zusammengestellt.

Statistik Arsbok för Sverige Trettiosjunde Argangen 1950. Utgiven av Statistiska Centralbyrån. Stockholm, Kungl. Boktryckertet. P. A. Norstedt & Söner; 1950. XX, 413 S.

The Axis in Defeat. A Collection of Documents on American Policy Toward Germany and Japan. Department of State Publication 2423. Washington, U. S. Government Printing Office; o. J. V, 118 S. Preis: 30 cents.

The Spanish Government and the Axis. Documents. Department of State Publication 2483. European Series 8. March 1946. Washington, U. S. Government Printing Office; 1946. 39 S. Preis: 15 cents.

The Treaty of Versailles and After Annotations of the Text of the Treaty. Department of State Publication 2724. Washington, United States Government Printing Office; 1947. XIV, 1018 S.

Türk, Fritz, und Walter Dörrhöfer: Neuzeitliche Methoden der Personalauslese. Wissenschaftliche Schriftenreihe des Institutes zur Förderung öffentlicher Angelegenheiten e. V. Band 4. Herausgeber Deutsche Gesellschaft für Personalwesen, Frankfurt am Main, Verlag Kommentator G. m. b. H. 1950. 69 S. Preis: broschiert DM 2.90.

Vierfuss, Hans: Die Elektrifizierung der Eisenbahnen ein europäisches Problem. Schriftenreihe der Wirtschaftlichen Gesellschaft für Westfalen und Lippe e. V. Heft X. Münster in Westfalen, Aschendorffsche Verlagsbuchhandlung; 1950. 46 S.

Wander, Hilde: Strukturwandlungen und Nachkriegsprobleme der Wirtschaft Islands. Kieler Studien. Forschungsberichte des Instituts für Weltwirtschaft an der Universität Kiel. Herausgegeben von Professor Dr. Fritz Baade. Heft 10. Kiel, Institut für Weltwirtschaft; 1950. IV, 41 S. Preis: broschiert DM 2.—.

Yearbook 1949—1950. International Court of Justice. No. de vente: Sales Number 44. Leyden-Holland, Printed by A. W. Sijthoff's Publishing Co.; 1950. 194 S.

Weder Yogi noch Kommissar

Zu Beginn dieses Heftes, das den fünften Jahrgang des Europa-Archivs beschließt, sind vielleicht einige Worte über den politischen Standpunkt unserer Zeitschrift am Platze.

In Zuschriften und Gesprächen unserer Leser stoßen wir überraschend oft auf die Vorstellung, das Europa-Archiv werde von einem Kreis freundlicher Rauschebärte geschrieben, die in weiser Abgeschiedenheit, unberührt von den Sorgen des Tages, ein stilles Chronistendasein führen. Dieses idyllische Bild müssen wir leider zerstören. Unter den Zeitschriften, die die letzten fünf Jahre überdauert haben, dürfte das Europa-Archiv wohl diejenige mit der jüngsten Redaktion gewesen sein und vielleicht auch diejenige, die mit den größten materiellen Schwierigkeiten zu kämpfen hatte.

Noch ein anderes Mißverständnis soll bei dieser Gelegenheit zur Sprache kommen: Die Objektivität, um die wir uns bei der Darstellung der politischen Zusammenhänge bemühen, hat nichts mit weltanschaulicher oder politischer Neutralität zu tun. Es erscheint uns als eine Notwendigkeit handwerksmäßiger, sozusagen geometrischer Sauberkeit, den eigenen Standpunkt zu fixieren, ehe wir an die Auswahl zeitgeschichtlicher Dokumente und die Darstellung politischer Zusammenhänge gehen. Allerdings sehen wir unsere Aufgabe nicht darin, unsere persönlichen politischen Ansichten in den Vordergrund zu stellen. Wenn wir vielfach unsere Auffassung nur andeuten und gegensätzliche Meinungen zu Wort kommen lassen, so bedeutet dies nicht, daß die Zeitschrift nach dem Prinzip des „spanischen Reiters“ konstruiert ist: Ein Artikel mit der Spitze nach rechts, der nächste mit der Spitze nach links. Dies ist zwar ein bewährtes publizistisches Rezept (ein boshafter Amerikaner hat sogar kürzlich, wie uns scheint zu Unrecht, behauptet, es sei das Betriebsgeheimnis des

von uns hochgeschätzten Londoner *Economist*), aber es ist nicht unser Prinzip.

Wenn man bei unserer Zeit-Schrift von einem Hintergedanken sprechen kann, so ist es der einer *Demaskierung der Politik durch die Zeit*. Ja, wir sehen in der Zeit ein aktives, vielleicht sogar das aktivste Element der Politik. Sie ist die gewaltige Wüste, die von jeder Generation erneut durchschritten werden muß. Auf dieser Wanderung durch die Zeit hat die Politik die Aufgabe, gewisse für die Allgemeinheit gangbare Wege offenzuhalten. Diese Heerstraßen der Politik bieten keine absolute Sicherheit. Sie führen uns aber wenigstens an die Zisternen und Oasen der Erfahrung, die eine gewisse Aussicht auf Erreichung des Zieles bieten. Links und rechts davon dehnt sich Wüste, in der nur die Fata Morgana geistert.

Unsere Aufgabe als politische Zeitschrift sehen wir darin, an diesen politischen Heerstraßen Wegweiser aufzustellen, für die das beste Material zusammenzusuchen ist, das die karge Landschaft bietet. Wir halten dies für eine wichtige Aufgabe, wenngleich wir die Wirkung solcher Markierungen nicht überschätzen.

Der Politiker, so wie wir ihn sehen, ist der geduldige Karawanenführer und Kameltreiber seiner Generation. Wir mißtrauen dem in sich selbst versponnenen Yogi ebenso sehr wie dem politischen Kommissar, der sich in selbstverstümmelndem Ehrgeiz von den tieferen Regionen des Fühlens und Mitleidens abgeschnitten hat.

Das Gesetz der Politik ist das Gesetz der Zeit, das Gesetz der Wüste. Durch die Kraft, die Wüste zu überwinden, unterscheidet sich ebenso der Staatsmann vom Kommissar wie der Priester vom Yogi. Es ist dies eine Kraft nicht des Willens, sondern der Gnade.

Co.

Die Diskussion über den deutschen Verteidigungsbeitrag

Die Interpretierung der New Yorker Beschlüsse durch die Hohen Kommissare

Die Situation nach den New Yorker Konferenzen

Die Septemberkonferenzen der Außenminister der drei Westmächte und der zwölf Atlantikpaktstaaten ließen das Problem der Beteiligung deutscher Truppenkontingente am atlantischen Verteidigungssystem weiter in der Schwebe. Die Entscheidung sollte auf der Sitzung des nordatlantischen Verteidigungsausschusses Ende Oktober 1950 getroffen werden.

Am 24. Oktober 1950 trat Ministerpräsident René Pleven mit einer Regierungserklärung¹ vor die französische Nationalversammlung, in der er die französische Konzeption einer Verteidigung des Westens entwickelte. Dieser Vorschlag überbrückte die in den letzten Wochen sichtbar gewordenen Differenzen zwischen Verteidigungsminister Jules Moch und Außenminister Robert Schuman in der Behandlung der Frage der atlantischen Verteidigung unter Einbeziehung Deutschlands. Der Pleven-Plan zur Schaffung einer mit den politischen Institutionen eines geeinten Europas verbundenen Streitkraft lehnte sich an die von der Konsultativversammlung des Europarates gebilligte Empfehlung² zur Schaffung einer vereinigten europäischen Armee unter der Autorität eines europäischen Verteidigungsministers an. Frankreich griff damit auf einen Gedanken zurück, der durch den Beschluß des Atlantikrates vom 27. September 1950³ zur Schaffung einer integrierten nordatlantischen Armee praktisch überholt war.

Dieser französische Plan, der die Billigung der französischen Nationalversammlung gefunden hatte, lag am 31. Oktober 1950 den Verteidigungsministern der Atlantikpaktstaaten vor. Der Vorstoß Frankreichs mit dem Pleven-Plan verhinderte die ursprünglich von dieser Konferenz erwartete Entscheidung, „auf welche Weise Deutschland am besten zur erfolgreichen Verwirklichung des Planes für eine einheitliche Streitkraft beitragen kann, die groß genug ist, um eine Aggression zu verhindern und die Verteidigung Europas einschließlich Westdeutschlands zu sichern“.⁴

Die Verteidigungsminister beschlossen daher, die Entscheidung über die endgültige Form der militäri-

schen Organisation und die Befehlsstruktur so lange zurückzustellen, bis eine erneute Prüfung der in dem französischen Plan aufgeworfenen Probleme stattgefunden habe. Mit dieser Prüfung wurde der Rat der Stellvertreter in London und der militärische Ausschuß in Washington beauftragt. Diese beiden Ausschüsse sind gegenwärtig damit beschäftigt, eine für alle Teile annehmbare Kompromißformel zu finden.

Die Unterrichtung der deutschen Öffentlichkeit durch den amerikanischen Hohen Kommissar

In unserem letzten Bericht über die Zusammenhänge zwischen Schuman-Plan und Atlantikpakt⁵ wurde gezeigt, wie die deutsche Öffentlichkeit im wesentlichen erst durch das Interview Dr. Adenauers mit der *New York Times* vom 17. August 1950 darauf aufmerksam gemacht wurde, daß die Frage eines deutschen Verteidigungsbeitrages ernsthaft von den Westmächten diskutiert wurde. Der Führer der Oppositionspartei, Dr. Schumacher, stand den New Yorker Beratungen von vornherein skeptisch gegenüber und sagte voraus, daß sich die Westmächte nicht zu entscheidenden Entschlüssen durchringen würden. Genau dies war jetzt eingetreten. Die Hohen Kommissare standen nunmehr vor der schwierigen Aufgabe, dem deutschen Volk die New Yorker Beschlüsse zu erklären. Da man sich in New York nicht einigen konnte, war auch keine einheitliche Stellung der Hohen Kommissare möglich, wodurch wiederum die deutsche Meinungsbildung außerordentlich erschwert wurde.

Der amerikanische Hohe Kommissar, John McCloy, unterrichtete am 8. Oktober 1950 die deutsche Bevölkerung in einer Rundfunkansprache über die amerikanische Auslegung der New Yorker Beschlüsse⁶.

McCloy hob hervor, daß die alliierten Streitkräfte in Deutschland außer ihren Besatzungsaufgaben auch als Sicherheitstruppen zum Schutz und zur Verteidigung der freien Welt einschließlich der deutschen Bundesrepublik und der Westsektoren von Berlin dienen sollen. Durch die vom Atlantikrat beschlossene

Schaffung einer einheitlichen Armee für die Verteidigung Westeuropas habe sich die Frage eines möglichen deutschen Beitrages zu dieser Verteidigung erhoben. Obwohl hierüber noch keine endgültige Entscheidung gefallen sei, so stehe doch fest, daß jeder deutsche Beitrag auf der Grundlage der Fairneß und im Rahmen einer einheitlichen Verteidigung geleistet werden müßte, das heißt, daß keine nationale deutsche Armee gestattet werde. Die westlichen Alliierten seien sich der Tatsache durchaus bewußt, daß ein deutscher Beitrag nur dann möglich und nur dann wünschenswert sei, wenn das Volk, die Volksvertretung und die Regierung der Bundesrepublik ihn wünschten und aktiv unterstützten.

Mit besonderem Nachdruck erklärte McCloy, daß die Vereinigten Staaten und die westlichen Nationen nicht um die deutsche Unterstützung schachern würden. „Weder kaufen wir uns Alliierte noch zwingen wir jemanden, unser Verbündeter zu sein.“

Französische Bemühungen um Zeitgewinn

Während McCloy die Einbeziehung Deutschlands in das atlantische Verteidigungssystem befürwortete, die Entscheidung darüber aber dem deutschen Volk, dem Parlament und der Regierung freistellte, erklärte der französische Hohe Kommissar, André François-Poncet, anläßlich eines Besuches in Bremen am 8. Oktober 1950, eine Teilnahme Deutschlands an der gemeinsamen Verteidigung Westeuropas komme nach französischer Ansicht erst in Betracht, wenn die anderen westeuropäischen Staaten vollkommen verteidigungsbereit seien. In der Zwischenzeit müßten die Alliierten für Deutschlands Sicherheit sorgen.

Noch deutlicher wurde der französische Hohe Kommissar am 9. Oktober auf einer Tagung der amerikanischen Kreisbeauftragten (*Resident Officers*) in Frankfurt am Main. Diese Rede, die in Englisch gehalten wurde, war nicht unmittelbar an die deutsche Öffentlichkeit gerichtet. Ihr kommt aber insofern besondere Bedeutung zu, als sie vor dem Personenkreis gehalten wurde, dem die Durchführung der amerikanischen Besatzungspolitik obliegt. Die Bundesregierung und die deutsche Öffentlichkeit mußten aus dieser Rede die uneinheitliche Haltung der Alliierten erkennen. Im einzelnen führte François-Poncet aus:

„... In meinem Lande glauben manche ehrliche Menschen, daß wir ein großes Risiko auf uns laden, wenn wir Deutschland zu viel Freiheit gewähren, und sie fürchten, daß die Deutschen, nachdem sie aus uns so viel herausgeholt haben wie nur möglich, plötzlich kehrtmachen können.

Es hat keinen Zweck, diese Gefahr zu leugnen, weil sie nicht außerhalb des Möglichen liegt. Das Risiko wäre aber größer, wenn wir darauf bestünden, Deutschland kurz zu halten, uns weigern würden, in unseren Kontrollmaßnahmen nachzugeben und es starrsinnig als

Feind betrachten wollten, ohne eine Hoffnung auf andere Behandlung zu bieten. Man muß sich darüber klar sein, daß es keine Handlung ohne Risiko gibt, und daß staatsmännische Klugheit notwendigerweise zwischen diesen verschiedenen Risiken zu wählen hat.

Sie alle wissen, daß die Mitgliedstaaten des Atlantikpaktes sich bei ihrer Tagung in New York vor einigen Wochen für die Errichtung einer europäischen Armee zur gemeinsamen Verteidigung, unter einem Befehlshaber und einem Stabe, ausgesprochen haben. Die Ausrüstung und Finanzierung dieser Truppe würde nach gemeinsamer Planung allen Mitgliedstaaten obliegen. In diesem Zusammenhang wurde die Frage aufgeworfen, welche Rolle deutsche Kontingente in dieser Armee spielen sollten, wobei diese Kontingente von der Bundesregierung gestellt und unterhalten werden sollten, ohne die Wiedererrichtung einer nationalen deutschen Armee zu bedeuten.

Ich will die Tatsache nicht verbergen, daß in diesem Punkte zwischen Frankreich und seinen Alliierten Meinungsverschiedenheiten auftraten. Das wird Sie nicht weiter überraschen, denn niemand kann bestreiten, daß ein Wiederauftauchen bewaffneter deutscher Streitkräfte, und sei es auch innerhalb einer zehnmal so großen europäischen Armee, eine Tatsache darstellt, die schwer hinzunehmen ist — schwer hinzunehmen für alle die, denen vor nicht langer Zeit die Zerstörung der deutschen Militärmacht als höchstes Ziel dargestellt wurde, für das Millionen ihr Leben gelassen hatten.

Das ist eine jener Entscheidungen, auf die ich mich vorhin bezog, die nämlich ein großes Risiko mit sich bringen. Sie alle werden verstehen, daß eine Maßnahme dieser Art ernstliche Rückwirkungen hätte, und sei es nur vom Standpunkt der deutschen Beziehungen zum Ausland, und deshalb sorgfältig erwogen werden muß. Ich darf hinzufügen, daß ich auf eine baldige Beilegung der Differenzen hoffe, die dabei zutage getreten sind.

Was die Deutschen anbetrifft — ungeachtet ihrer Behauptungen, daß sie vom Soldat-Sein genug haben und keine Uniform mehr anziehen wollen, daß sie strikte Gegner des Militarismus in jeder Form sind —, steht es meiner Ansicht nach doch außer Frage, daß sie sich bei dem Gedanken geschmeichelt fühlen, daß ihre Sieger bereits eine Hilfe ihrerseits in Erwägung ziehen. Viele haben das bereits ironisch unterstrichen; andere wiederum, und nicht wenige, haben die Haltung der Alliierten als eine rückwirkende Rehabilitierung nicht nur der früheren Militärkreise gedeutet, sondern auch jener Grundsätze, die Hitler und die Nazis vertraten.

Was die deutsche Regierung anbetrifft, so mag sie wohl ihre grundsätzliche Zustimmung gegeben haben (it may have given its agreement in principle), aber sie befindet sich eben deswegen in einer peinlichen Lage, weil sie weiß, daß die öffentliche Meinung in Deutschland noch nicht reif dazu ist, und daß sie der Aussicht auf eine Wiederbewaffnung wenig Begeisterung entgegen bringen würde.

Die Sozialdemokraten sind nicht die einzigen, die sich der Remilitarisierung — auch einer teilweisen — widersetzen. Die Mehrheit ist für eine neutrale Haltung, aus der Anschauung heraus, daß die Alliierten, die ja die Herren Deutschlands sind, das Land auch verteidigen

sollten, das sie besetzt haben. Kommunistische Agenten betonen immer wieder, daß die sowjetischen Invasoren die Deutschen als Freunde behandeln werden, wenn sie sich nicht rühren. Sollten sie jedoch auf alliierter Seite kämpfen, würden sie als Feinde behandelt werden und die Städte, die sie eben wieder aufzubauen begonnen haben, würden wieder in Grund und Boden sinken. Zweifellos läßt sich eine große Anzahl von Leuten von solchen Argumenten beeinflussen.

Darum also hofft die deutsche Bundesregierung, etwas Zeit zu gewinnen. Die deutsche Öffentlichkeit und die deutsche Regierung selbst würden, bevor sie sich endgültig für die westliche Seite entscheiden, gerne einen Beweis sehen, daß die Westmächte fähig sind, militärisch mit begründeter Aussicht auf Erfolg schnell und wirksam zu handeln.⁷...

Kühle Reserve des britischen Hohen Kommissars

Der britische Hohe Kommissar, Sir Ivone Kirkpatrick, hielt auf der gleichen Tagung am 11. Oktober eine Rede, die vor allem dadurch bemerkenswert ist, daß in ihr eine zwar der Form nach verbindliche, der Sache nach jedoch außerordentlich negative Deutung der deutschen Haltung gegeben wird.

Kirkpatrick stellte mit besonderer Betonung der angelsächsischen Kompromißbereitschaft die hundertprozentig kompromißlose deutsche Haltung gegenüber, die jede Regierung zu Fall bringen würde, die nicht hundertprozentige Konzessionen erzwingen könne. Gegenüber der angelsächsischen Bereitschaft zur Partnerschaft behauptete er, der Deutsche sei noch nie ein Partner gewesen. Im Gegensatz zu dem amerikanischen Hohen Kommissar McCloy, der betont hatte, das deutsche Volk selbst müsse aus freiem Willen über seine Stellung zum Westen entscheiden, stellte Kirkpatrick fest, ob die Deutschen es nun wüßten oder nicht, ihre Interessen lägen in jeder Hinsicht, politisch, kulturell und historisch, beim Westen. Man tue deshalb Deutschland oder dem deutschen Volk keine Gewalt an, wenn man nochmals feststelle, daß das Ziel der alliierten Politik die Integration Deutschlands in die Gemeinschaft der westlichen Völker sei.

In den weiteren Ausführungen Kirkpatricks über den deutschen Beitrag ist die besondere Kühle des Tones nicht zu verkennen. Die westlichen Völker würden sich nicht lange große Opfer an Blut und Vermögen aufbürden lassen, um ein Deutschland zu verteidigen, das für sich gleiche Rechte beansprucht, während das deutsche Volk von allen Verpflichtungen frei bleibt. Es müßte entschieden werden, welcher Art und welchen Ausmaßes diese Verpflichtungen sein sollen, jedoch habe der amerikanische Hohe Kommissar bereits ausgeführt, daß die Alliierten nicht beabsichtigen, Deutschland zu zwingen oder es um seine Unterstützung zu bitten.

Nach einer ausführlichen Darlegung über die bri-

tische Außenpolitik und die heutige internationale Situation erklärte Kirkpatrick wörtlich:

„... Welches ist nun Deutschlands Platz in diesem Rahmen? Eines ist gewiß: Deutschland kann nicht die Neutralität wählen, selbst wenn es dies wollte, es sei denn, man versteht darunter die Neutralität der Maus gegenüber der Katze.

Ursprünglich war es der Plan der Siegermächte, Deutschland wieder in eine Gemeinschaft der Völker im Rahmen der Vereinten Nationen zurückzuführen. Darum verpflichteten sich die Signatarmächte des Potsdamer Abkommens, auf den endgültigen Neuaufbau des deutschen politischen Lebens auf demokratischer Basis und auf Deutschlands friedliche Mitwirkung am internationalen Leben hinzuwirken. Erst im Jahre 1947, als der Burgfriede mit den Russen in Berlin zusammenbrach und wir erkannten, daß sie keinerlei Absichten hegten, diese und andere Verpflichtungen des Potsdamer Abkommens zu erfüllen, entschieden sich die Westmächte, jene Politik, soweit möglich, in den drei von ihnen kontrollierten Zonen durchzuführen...

... Wir können zweifellos auf das stolz sein, was wir seit dem Jahre 1945 für Deutschland geleistet haben. Noch niemals in der Geschichte ist ein Volk nach seiner völligen Niederlage mit einer derartigen Toleranz und Großmut behandelt worden. Noch niemals haben sich Sieger so sehr bemüht und so viel Geld ausgegeben, um einen gefallenen Feind wieder aufzurichten. Und noch niemals zuvor sind Völker, denen großes Unrecht geschehen ist, so willig gewesen, die Vergangenheit zu vergessen...

... Wenn die deutsche Republik weiter bestehen soll, müssen wir vor allen anderen Dingen die Verteidigung des gesamtdeutschen Gebietes sowie ganz Westeuropas sichern. Es ist traurig, wenn man bedenkt, daß dies nur fünf Jahre nach dem Zweiten Weltkrieg notwendig sein sollte. Es ist aber eine Tatsache, der wir ins Auge sehen müssen. Die notwendigen militärischen Maßnahmen, die Verstärkung unserer Truppen hier im Lande, fordern harte und fortgesetzte Anstrengungen von den westlichen Völkern. Persönlich bezweifle ich, daß unsere Völker auf die Dauer einen Zustand dulden würden, der von ihnen riesige Opfer an Gut und Blut zur Verteidigung eines Deutschlands fordert, das zwar gleiche Rechte beansprucht, aber von allen Verpflichtungen frei bleibt.

... Sollte Deutschland der Lage der Dinge nicht gerecht werden, während die westlichen Völker weitherzig und großzügig das Gebot der Stunde erkennen, sollte Deutschland die Gelegenheit wahrnehmen und versuchen, kleinliche Vorteile herauszuschlagen, sollte es sich in parteipolitischen Differenzen verlieren oder sich in Beschuldigungen der Alliierten gefallen, ohne die Bedeutung und die Dringlichkeit der gemeinsamen Aufgabe zu berücksichtigen, dann würde allerdings eine völlige Eingliederung Deutschlands in die Gemeinschaft des Westens unmöglich sein...

... Eine weitere Aufgabe besteht darin, in Westdeutschland sobald wie möglich eine unabhängige, arbeitsfähige, demokratische Regierung zu schaffen, die in diesem großen Unterfangen Pflichten und Rechte eines Partners übernehmen kann. Auch in diesem Falle ist unsere Aufgabe leichter als die der Deutschen⁸.

Die Auswirkungen der verschiedenartigen Haltung der Alliierten

Die schwierige Aufgabe des Bundeskanzlers

Diese nicht nur im Ton verschiedenartigen Interpretationen der New Yorker Beschlüsse stellten den deutschen Bundeskanzler vor eine besonders schwierige Aufgabe. Er stand einer starken Strömung der öffentlichen Meinung gegenüber, die in den wenigen Wochen, in denen die Frage eines deutschen Verteidigungsbeitrages bisher diskutiert worden war, vor allem die negativen Erfahrungen der Besatzungszeit seit 1945 in den Vordergrund stellte und die betonte, daß die Siegermächte ihre Haltung gegenüber Deutschland im Grunde nicht geändert hätten. Selbst bei einer positiven, einheitlichen und vor allem auch im Ton ansprechenden Interpretation der New Yorker Beschlüsse durch die Hohen Kommissare wäre es für den Bundeskanzler ein schwieriges Problem gewesen, dieser Strömung unvermittelt mit dem Vorschlag einer Partnerschaft mit den Alliierten entgegenzutreten.

Nun war es aber so, daß vor allem die Rede des französischen Hohen Kommissars eine offiziell ausgesprochene Ermutigung der innerpolitischen Opposition bedeutete. Auch die Rede des britischen Hohen Kommissars war dazu angetan, dem Ressentiment und dem Mißtrauen weiter deutscher Kreise neue Nahrung zuzuführen.

Der Rücktritt des Bundesinnenministers Heinemann

Am 9. Oktober 1950 trat Bundesinnenminister Dr. Gustav Heinemann von seinem Amt zurück. Den äußeren Anlaß für das Rücktrittsgesuch, das Heinemann bereits am 31. August 1950 dem Bundeskanzler mündlich angeboten hatte, bildete das formelle Verfahren bei der Abfassung und Uebermittlung des Sicherheitsmemorandums an die Hohen Kommissare. Das Problem der Sicherheit, das den Gegenstand des Memorandums bildete, war von der Bundesregierung vorher in einer geschlossenen Sitzung am 25. August 1950 ausführlich behandelt worden. Das Memorandum war jedoch von Dr. Adenauer selbständig abgefaßt und den Hohen Kommissaren übermittelt worden. Das Kabinett wurde erst einen Tag später, am 31. August 1950, von dem Inhalt des Memorandums in Kenntnis gesetzt. Auf dieser Kabinettsitzung legte Heinemann, der sich als der für die innere Sicherheit zuständige Ressortminister übergangen fühlte, gegen die Eigenmächtigkeit des Bundeskanzlers Verwahrung ein und bot bei dieser Gelegenheit seinen Rücktritt an.

Bei diesem Rücktrittsgesuch ging es in Wirklichkeit aber um mehr als um eine Differenz über Formalitäten. Der tiefe Ernst, mit dem der Bundesinnenminister seiner Aufgabe gerecht zu werden versuchte, und die Lauterkeit seiner Motive sind von niemandem angezweifelt worden. Heinemann begründete

seinen Rücktritt vor allem mit der Haltung des Bundeskanzlers gegenüber seinen Kabinettsministern, die er als zu selbstherrlich und eigenmächtig empfand. Daneben bekannte er sich zu einer anderen Grundauffassung über die Frage des deutschen Verteidigungsbeitrages. Während Dr. Adenauer eine Beteiligung Deutschlands im Rahmen eines europäischen oder atlantischen Verteidigungssystems unter bestimmten Voraussetzungen billigte, hielt Heinemann den Zeitpunkt für die Erörterung dieser Frage, die er als „Remilitarisierung Deutschlands“ formulierte, für noch nicht gekommen.

Die letzten Gründe für die Haltung Dr. Heinemanns liegen wohl in weltanschaulichen und religiösen Bereichen, auf die wir in diesem Beitrag nicht näher eingehen können. Die klarste Darlegung dieser religiösen Einstellung findet sich in einer Erklärung des Bruderrates der Evangelischen Kirche in Deutschland vom 29. September 1950, die wir nachstehend im Wortlaut veröffentlichen.

Wort des Bruderrates der Evangelischen Kirche in Deutschland zur Frage der Wiederaufrüstung

„Seit Jahren hat die Evangelische Kirche in Deutschland in wiederholten feierlichen Erklärungen zum Ausdruck gebracht, daß die gewaltsame Aufteilung Deutschlands eine ständige und akute Friedensbedrohung darstellt. Sie hat ebenso unmißverständlich erklärt, daß auf eine gewaltsame Aenderung dieses Zustandes keine Hoffnungen gesetzt werden dürfen: ‚Auf der Gewalt ruht kein Segen‘ (Synode von Eisenach 1948). Schließlich hat sie durch den Mund ihres Rates aus Anlaß des Kirchentages in Essen ausgesprochen: ‚Einer Remilitarisierung Deutschlands können wir das Wort nicht reden, weder was den Westen noch was den Osten anlangt.‘ Das gilt im gegenwärtigen Augenblick für die Aufstellung deutscher Verbände innerhalb einer westeuropäischen Armee nicht weniger als für die Schaffung einer eigenen deutschen Wehrmacht. Dies gilt in der gleichen Weise für alle ähnlichen Bestrebungen auf der östlichen Seite des Eisernen Vorhangs. Die Evangelische Kirche hat damit ohne Zweifel die Ueberzeugung und den Willen der überwiegenden Mehrheit des gesamten deutschen Volkes bekundet.

Wir wiederholen in diesem Augenblick die ernste Frage der Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland in Berlin 1950, ob ein deutscher Mann heute in dieser Lage mit gutem Gewissen eine Kriegswaffe in die Hand nehmen darf, und wiederholen dringend die Forderung an die eigenen deutschen Regierungen wie an die Obrigkeit der Besatzungsmächte, jeden, der den Waffendienst aus echten Gewissensgründen verweigert, nicht als Verbrecher zu behandeln, sondern ihn in seiner Gewissensentscheidung anzuerkennen und zu schützen. — Und wir bitten die Mächte, die heute die Entscheidung über Krieg und Frieden in den Händen haben, zu hören, worum ein waffenloses Volk sie seit Jahren bittet: nicht erneut die Gewissen mit dem Verlangen nach Kriegsdienst in Not zu bringen, sondern jede, auch die

kleinste Möglichkeit wahrzunehmen, um miteinander den Frieden zu suchen und zu erhalten.

Unser eigentlicher Feind ist heute die Angst, und die Angst lähmt uns. Sie verführt uns dazu, immer nur auf den vermutlichen Feind und Angreifer zu blicken mit der Frage, wie wir uns ihm gegenüber sichern können, obwohl durch keine Sicherung unsere Angst behoben wird. So verschwenden wir die Reste unserer Kraft in Rüstungsaufgaben, die uns doch keine Sicherheit schaffen.

Wir Menschen in Europa haben heute eine große Verantwortung. Keine Macht und Gewalt kann uns das Erbe unserer abendländischen Vergangenheit erhalten, wenn wir nicht dieses Erbe in unserer Mitte wieder lebendig und wirksam werden lassen. Unser Miteinanderleben in Freiheit und Gerechtigkeit ist aufs äußerste bedroht, wenn wir eine Freiheit wollen unter Vernachlässigung der sozialen Gerechtigkeit oder wenn wir soziale Gerechtigkeit wollen unter Preisgabe der Freiheit. Nur beides miteinander, Freiheit und Gerechtigkeit, ermöglicht ein menschenwürdiges Dasein.

Man wird uns die Freiheit, deren wir uns im westlichen Teil des deutschen Landes rühmen, so lange nicht wahrhaft glauben können, wie wir die großen sozialen Ungerechtigkeiten nur zögernd und unzulänglich angreifen: die schwerwiegende Frage des Loses der Heimatvertriebenen und Flüchtlinge, der Arbeitslosigkeit, des Jugendlends. Wir werden der Freiheit den besten Dienst tun, wenn wir alle unsere Kräfte darauf konzentrieren, die hier liegenden Aufgaben zu lösen: echte Gleichberechtigung aller Staatsbürger, Lastenausgleich für Flüchtlinge und Ausgebombte, Arbeit für das Heer der Arbeitslosen, Mitbestimmung der Arbeitenden, Lehrstellenbeschaffung für Hunderttausende unbeschäftigter Jugendlicher. Dazu rufen wir alle Verantwortlichen und Regierungsstellen im Westen des deutschen Landes auf.

Wenn wir so zu zeigen vermögen, daß unsere Freiheit die soziale Gerechtigkeit nicht ausschließt, sondern vielmehr fordert, werden wir Festigkeit gewinnen gegenüber einer verführerischen Ideologie, die die Freiheit des Menschen für eine angebliche soziale Gerechtigkeit verkauft. Mit Verbotsmaßnahmen allein wird man dieser Gefahr niemals Herr werden können.

Auf diese Weise werden wir auch unseren Brüdern auf der östlichen Seite des Eisernen Vorhanges, die im Machtbereich einer solchen Ideologie leben, am ersten helfen. Sie werden in dem Vertrauen gestärkt, daß es wirklich eine geistige Macht zur Ueberwindung dieser Ideologie gibt, und werden Hoffnung schöpfen, daß diese Ueberwindung auf geistigem Wege und auch ohne Waffengewalt geschehen wird. Wir tragen für unsere Brüder im Osten die Verantwortung und werden aus ihr nicht entlassen.

Indem wir so das christliche Erbe des Abendlandes heute wieder sichtbar und fruchtbar werden lassen, wirken wir der Angst entgegen und leisten damit zugleich den uns aufgetragenen und möglichen Beitrag zur Gewinnung und Erhaltung des Friedens unter den Völkern.“

Das Memorandum Dr. Heinemanns über die deutsche Sicherheit

Die Gründe zu seinem Rücktritt hat Dr. Heinemann am 13. Oktober in einem der Deutschen Presse

Agentur übergebenen Memorandum über die deutsche Sicherheit⁹ ausführlich dargelegt. Da wir das Memorandum im Anschluß an diesen Beitrag im vollen Wortlaut veröffentlichen, kann an dieser Stelle auf eine Inhaltsangabe verzichtet werden. Es scheint uns jedoch unerlässlich, einige Punkte richtigzustellen, die unserer Ansicht nach mit den dokumentarisch belegten Tatsachen und Zusammenhängen nicht übereinstimmen.

Mit seiner Feststellung, die Sicherheit der Bundesrepublik gegen Angriffe von außen sei nicht eine deutsche Angelegenheit, sondern Sache der Besatzungsmächte, konnte sich Heinemann an die von dem französischen Hohen Kommissar vertretene Ansicht zu den Ergebnissen der Konferenz des Atlantikrates anlehnen. Heinemann berief sich in seiner Denkschrift auf die im Kommuniqué der Außenminister vom 10. September¹⁰ gegebene Sicherheitsgarantie für die Bundesrepublik und Berlin, ging jedoch an der in dem gleichen Kommuniqué aufgeworfenen Frage einer von den Westmächten gewünschten Teilnahme der Deutschen Bundesrepublik an der gemeinsamen Verteidigung Europas vorbei, die von allen Atlantikpaktstaaten mit Ausnahme Frankreichs befürwortet wurde. Das nur wenige Tage später veröffentlichte Kommuniqué des Atlantikrates vom 27. September 1950¹¹ enthielt eine Feststellung, die auch im Namen Frankreichs abgegeben wurde: „Der Rat war sich einig darüber, daß Deutschland in die Lage versetzt werden soll, zum Aufbau der Verteidigung Westeuropas beizutragen.“

In seiner Berufung auf den französischen Verteidigungsminister *Moch* unterstrich Heinemann einseitig den extremsten und stark umstrittenen Standpunkt innerhalb der französischen Einstellung. In gefährlicher Vereinfachung der Vielschichtigkeit der westlichen Haltung stützte Heinemann seine Argumente nahezu ausschließlich auf die Ansichten Mochs, als ob es sich hierbei um „die Alliierten“ handle, während Moch in Wirklichkeit bei den Verhandlungen der Verteidigungsminister des Atlantikpaktes vollständig isoliert dand.

Die von Heinemann angeführten Äußerungen des französischen Hohen Kommissars über eine von der Bundesregierung im Prinzip gegebene Bereitwilligkeit zur Remilitarisierung beruhen auf einem französischen Informationsdienst. Dieser französische Text stellt aber nicht den Originaltext der Rede *François-Poncets* dar. Dieser bediente sich bei seinen Ausführungen erstmalig der englischen Sprache. Der Vorwurf, deutsche Zeitungen hätten die Erklärung in abschwächender Form berichtet, indem sie sagten, der französische Hohe Kommissar habe die „Möglichkeit“ einer solchen Bereitwilligkeitserklärung ausgesprochen, trifft die deutsche Presse zu unrecht. *François-Poncet* hat tatsächlich nur von einer „Möglichkeit“ gesprochen. (Der englische Originaltext lautet:

„As far as the German Government is concerned, it may have given its agreement in principle, but it is, none the less, embarrassed at having done so, knowing very well that German public opinion is not yet ripe and that it would regard with little enthusiasm the prospect of taking up arms again.“ Die von Heinemann zitierte französische Uebersetzung lautet: „Le gouvernement allemand a donné son accord de principe à cette remilitarisation.“)

Die Haltung der deutschen Abgeordneten in Straßburg

In seiner Argumentation gegen den Bundeskanzler geht Heinemann an der Tatsache vorbei, daß die deutschen Vertreter in der Konsultativversammlung des Europarates sich bereits im Prinzip mit der Bildung einer europäischen Armee unter Einschluß Deutschlands einverstanden erklärt hatten¹². Dr. Heinrich von Brentano erklärte am 11. August 1950 als Sprecher der Partei des Bundeskanzlers, seine Freunde seien bereit und entschlossen, den Gedanken einer vereinigten europäischen Armee freier und gleichberechtigter demokratischer Völker unter gemeinsamer europäischer Führung und demokratischer Kontrolle zu unterstützen.

„Wenn wir der Resolution von Mr. Churchill unsere Zustimmung geben, obwohl Deutschland als Volk die Freiheit seines Handelns noch nicht wieder erreicht hat, so wollen wir damit zum Ausdruck bringen, daß wir uns der Freiheit und dem Recht gleichermaßen verpflichtet fühlen wie die anderen Vertreter der freien Völker Europas.“

Bereits am 9. August hatte der Abgeordnete Dr. Eugen Gerstenmaier erklärt, obwohl die überwiegende Mehrheit der Deutschen zur Zeit gegen eine Remilitarisierung sei, seien die Deutschen bereit, sich an einer gemeinsamen Verteidigung unter der Voraussetzung gleicher Rechte und Pflichten aller Teilnehmer zu beteiligen.

Dem Antrag Churchills auf Schaffung einer gemeinsamen europäischen Armee¹³ stimmten im Anschluß an die Debatte am Abend des 11. August 1950 alle deutschen Delegierten mit Ausnahme der Sozialdemokraten zu, die sich der Stimme enthielten.

Am 13. August 1950 trafen die der Regierungskoalition angehörenden Mitglieder der deutschen Abordnung im Europarat in Karlsruhe mit Vizekanzler Franz Blücher und den Ministern Thomas Dehler und Hans Lukaschek, Ministerialdirektor Herbert Blankenhorn und dem Leiter der deutschen Schuman-Plan-Delegation, Professor Walter Hallstein, zusammen. In einer anschließenden Pressekonferenz erklärte der CDU-Abgeordnete Hermann Pünder, der den Vorsitz der Konferenz hatte, die deutschen Vertreter im Europarat hätten eindeutig zum Ausdruck gebracht, daß eine Einbeziehung Deutschlands in ein europäisches Verteidigungssystem nur unter völliger Gleichberechtigung Deutschlands möglich sei. Das grund-

sätzliche Einverständnis zur Teilnahme bedeute jedoch keinesfalls eine Zustimmung zur Wiedererrichtung einer deutschen Armee. Die Vertreter der Bundesregierung, so erklärte Pünder, seien mit der Haltung der deutschen Vertreter im Europarat vollkommen einverstanden und hätten keinerlei Wünsche der Regierung geäußert.

Diese Tatsache läßt die Behauptung Heinemanns, das Kabinett sei an der Willensbildung in dieser entscheidenden Frage nicht beteiligt worden, fraglich erscheinen. Heinemanns Memorandum gibt keinen Aufschluß darüber, ob und mit welchem Erfolg er in der Kabinettsitzung vom 25. August 1950, in der das Sicherheitsproblem behandelt wurde, zu der Straßburger Rede Churchills, zu den Erklärungen deutscher Abgeordneter in Straßburg¹⁴ und zu dem Interview¹⁵ des Bundeskanzlers Stellung nahm.

Der Wortlaut der umstrittenen „Bereitwilligkeitserklärung“ des Bundeskanzlers

Bundeskanzler Adenauer hat in der Zwischenzeit den umstrittenen Absatz seines Memorandums über die Bereitwilligkeitserklärung zur Veröffentlichung freigegeben. Er lautet:

„Das Problem der Sicherheit des Bundes stellt sich zunächst unter dem äußeren Gesichtspunkt. Die Verteidigung des Bundes nach außen liegt in erster Linie in den Händen der Besatzungstruppen. Der Bundeskanzler hat wiederholt um die Verstärkung dieser Besatzungstruppen gebeten und erneuert diese Bitte hiermit in dringendster Form, denn die Verstärkung der alliierten Besatzungstruppen in Westeuropa kann allein der Bevölkerung sichtbar den Willen der Westmächte kundtun, daß Westdeutschland im Ernstfall auch verteidigt wird. Eine solche Verstärkung der alliierten Truppen ist aber auch deshalb notwendig, weil nur hinter dem Schutz einer ausreichenden Zahl gut ausgerüsteter alliierter Divisionen die gegenwärtig in Westeuropa anlaufenden Verteidigungsmaßnahmen ungestört durchgeführt werden können. Der Bundeskanzler hat ferner wiederholt seine Bereitschaft erklärt, im Falle der Bildung einer internationalen westeuropäischen Armee einen Beitrag in Form eines deutschen Kontingents zu leisten. Damit ist eindeutig zum Ausdruck gebracht, daß der Bundeskanzler eine Remilitarisierung Deutschlands durch Aufstellung einer eigenen nationalen militärischen Macht ablehnt.“¹⁶

Keine Vorwegnahme der „Entscheidung“

Dr. Adenauer hat inzwischen noch bekanntgegeben, daß General George P. Hays, der Stellvertreter des amerikanischen Hohen Kommissars, am 17. September 1950 den Ministerialdirigenten Herbert Blankenhorn angerufen und ihm gesagt habe, daß die Außenminister ihn beauftragt hätten, den Bundeskanzler zu fragen, wie sich die Regierung die Behandlung der Frage eines deutschen Kontingents innerhalb einer

europäischen Armee vorstelle. Wie aus der Aufzeichnung Blankenhorns hervorgeht, hat der Bundeskanzler erklärt, daß die alliierten Außenminister eine formelle Anfrage an die Bundesregierung richten sollten, weil erst damit die Möglichkeit gegeben sei, daß die zuständigen Organe, insbesondere der Bundestag, eine Entscheidung treffen könnten.

In seinem Memorandum weist Dr. Heinemann besonders darauf hin, daß der Zeitpunkt der Entscheidung über eine militärische Beteiligung der Bundesrepublik an der westeuropäischen Verteidigung erst dann gekommen sei, wenn die Westmächte Deutschland darum ersuchten. Diese Entscheidung dürfe nicht vorweggenommen werden. Weder der Wortlaut des Interviews des Bundeskanzlers mit der *New York Times* noch der bekanntgewordene Teil des Sicherheitsmemorandums nehmen die Entscheidung vorweg. Dr. Adenauer hat lediglich zu einem Zeitpunkt, da die Einbeziehung Deutschlands in die Verteidigung des Westens bereits in Straßburg erörtert worden war und die Zustimmung der Abgeordneten der Regierungskoalition gefunden hatte, und die Behandlung der gleichen Fragen auf den New Yorker Konferenzen bevorstand, nach ausdrücklicher Aufforderung durch die Hohen Kommissare seinen Standpunkt zur Frage der deutschen Sicherheit dargelegt. Von einer Entscheidung kann dabei nicht die Rede sein.

Der Kern der Heinemann-Krise

Eine zusammenfassende Beurteilung der Einstellung des Bundesinnenministers zu dieser entscheidenden außenpolitischen Frage wird drei Tatsachen festhalten müssen:

Die Haltung der SPD zur Frage der Verteidigung des Westens

Die Thesen Dr. Schumachers

Der Führer der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Dr. Kurt Schumacher, hatte auf der gemeinsamen Tagung der SPD-Körperschaften am 17. September 1950 in Stuttgart eine erste Stellungnahme zu der Frage der Einbeziehung Deutschlands in die Verteidigung des Westens gegeben¹⁷. Hier seien noch einmal die wichtigsten Grundthesen aus dem Referat Dr. Schumachers wiederholt:

„1. Ablehnung aller Militarisierungspläne in der heutigen Situation, gleichgültig ob sie durch ausländische Interventionen oder aus Vorstellungen deutscher Politiker oder Militärs entstehen. Eindeutige Verurteilung der Methode, von deutscher Seite an die Alliierten mit Vorschlägen für die Remilitarisierung Deutschlands heranzutreten.

2. Es gibt nur einen Fall, in dem die Sozialdemokratie zu einem militärischen Beitrag für eine notwendig werdende Verteidigung ja sagen kann: Die unlösbare Verbundenheit des Schicksals der westlichen Demokratien mit dem deutschen Schicksal. Sie ist durch die Entfaltung entsprechender Machtmittel der westlichen Demo-

1. Dr. Heinemann stützte seine Überlegungen in erster Linie auf die französische Haltung, wobei ihm für die Äußerungen des französischen Hohen Kommissars eine Rückübersetzung aus zweiter Hand vorlag und er sich im übrigen der Äußerungen des Verteidigungsministers Moch bediente, dessen Ansichten, wie zu diesem Zeitpunkt bereits aus Kommentaren der internationalen Presse sichtbar war, sowohl innerhalb des Kabinetts wie in der französischen Öffentlichkeit, umstritten waren. Der Politik der übrigen Atlantikpaktmächte, insbesondere der Vereinigten Staaten, wurde dabei nicht genügend Rechnung getragen.

2. Die Vielschichtigkeit der alliierten Auffassungen stellte sich dem Bundesinnenminister vorwiegend in der begrenzten innerdeutschen Perspektive dar, in der die Durchführung der Entmilitarisierung Deutschlands seit 1945 mit ihren psychologischen Nebenerscheinungen eine unverhältnismäßige Rolle spielte. Eine stark gefühlsbetonte innerpolitische Gegnerschaft zu Dr. Adenauer ist dabei unverkennbar.

3. In den vorliegenden Äußerungen Dr. Heinemanns wird weder der gesamteuropäische Gesichtspunkt des Verteidigungsproblems noch die durch den Koreanischen Krieg in den Vordergrund gerückte globale Auseinandersetzung und ihre strategischen Konsequenzen sachlich gewürdigt. Dagegen nehmen grundsätzliche weltanschauliche Überlegungen, die von tiefem sittlichem Verantwortungsgefühl getragen werden, einen zwar sicher nicht unberechtigten, aber im Verhältnis zu der außenpolitischen Ressortkenntnis unproportionierten Raum ein.

kratien in Deutschland überzeugend sichtbar zu machen. Hier liegt auch ein entscheidender Beitrag der Alliierten zur Kriegsverhütung.

3. Keine Machtverteilung in der Welt enthebt uns der Aufgabe, zu erklären, daß ohne eine entscheidende deutsche Mitwirkung als gleichberechtigter Partner eines internationalen Vertrages eine Aufrüstung Deutschlands nicht stattfinden kann.“¹⁸

Ollenhauer fordert ein neues Votum

Nach den New Yorker Konferenzen vom September 1950 erklärte der zweite Vorsitzende der SPD, Erich Ollenhauer, am 3. Oktober 1950 dem Bonner Korrespondenten der *Neuen Zeitung*, obwohl die SPD noch keine Entscheidung über ihre Haltung bei etwaigen kommenden Remilitarisierungsgesprächen gefällt habe, könne gesagt werden, daß bei einer möglichen Remilitarisierung Deutschlands der jetzige Bundestag nicht berechtigt sei, eine Entscheidung zu treffen.

Ollenhauer betonte, daß sich seine Erklärung sowohl auf die Eingliederung deutscher Kontingente

in eine internationale Streitmacht als auch auf die etwaige Aufstellung nationaler deutscher Einheiten beziehe. „Als der Bundestag gewählt wurde, stand die Frage einer möglichen Remilitarisierung nicht auf der Tagesordnung.“ Aus diesem Grunde und weil die Remilitarisierung eine der schwerwiegendsten Entscheidungen verlange, müsse das Volk zu einem neuen Votum aufgerufen werden.

Die Voraussetzungen für ein „Ja“ der SPD

Grundlegende Ausführungen Professor Carlo Schmid

Am Abend des gleichen Tages sprach Professor Carlo Schmid über Radio Frankfurt zum Thema der Einbeziehung Deutschlands in die Verteidigung des Westens. Er führte unter anderem aus:

„... Man darf getrost den Satz wagen: der Antimilitarismus ist die eigentliche Weltanschauung der deutschen Jugend nach dem Kriege geworden — ‚ohne mich‘. Dann kam Korea und jene, die einmal gerufen hatten, ‚bedingungslose Kapitulation‘, fingen urplötzlich an, uns zuzuflüstern: Nur die Bereitschaft zu bedingungsloser Mobilmachung kann euch als gute Demokraten ausweisen. Stalin steht vor der Tür. Vielleicht will er schon morgen oder übermorgen Europa koreanisieren. Das muß mit Waffengewalt von allen freiheitsliebenden Menschen verhindert werden. Wir wollen es tun; Deutscher, du mußt es auch wollen. Oder willst du, daß wir deine Freiheit ohne dich verteidigen? Willst du mit den Händen in den Hosentaschen zuschauen, wie unsere Boys und unsere Poilus für deine Freiheit sterben? Und außerdem, ohne dich können wir es einfach nicht schaffen. Dieses Zureden hat etwas Bestechendes, obwohl es ein bißchen gar zu plötzlich kam...“

... Natürlich müssen wir Europa verteidigen, wenn einer seine Völker mit Waffengewalt zu Sklaven machen will. Wer da sagt, niemals Gewalt gegen Gewalt, der verzichtet damit überhaupt auf Politik und auf das elementarste Prinzip aller Demokratie und Menschenwürde, nämlich das Prinzip der Selbstbehauptung...“

Carlo Schmid stellte die Frage, ob es richtig sei, die Dinge so zu sehen, wie es der französische Verteidigungsminister Jules Moch jüngst getan habe, als er sagte: „Frankreich muß in Deutschland verteidigt werden.“

„... Heißt es nicht, den Deutschen ein bißchen zu viel zumuten, wenn man von ihnen verlangt, daß sie freudig zustimmen, daß ihre Erde verbrannt wird, damit die französische Erde intakt bleibt? Zeugt ein solches Wort von europäischem Denken? Ist es nicht vielmehr Ausdruck eines höchst markanten nationalstaatlichen Egoismus? Wundert man sich darüber, daß die Deutschen zu solchen Konzeptionen nein sagen? Ja, hätte Herr Jules Moch gesagt, wir Europäer müssen alle miteinander Europa überall dort verteidigen, wo es bedroht ist, und weil es heute in Deutschland am konkretesten bedroht wird, müssen wir die gesamteuropäischen Streitkräfte vor allem in Deutschland stationieren. Wenn das gesagt worden wäre, dann hätten wir Deutschen ja sagen können; denn wir sagen zu allem ja, was echtem europäischem Denken entspringt, und wir sagen dazu so freudig ja, wie wir kühl nein sagen zu allem nationalstaatlich

egoistischen, das man hinter europäischen Vokabeln verstecken will.

Es ist nicht so, daß die westlichen Politiker in erster Linie daran denken, ihren Landsleuten Opfer zur Verteidigung unserer Freiheit zuzumuten, sie wollen in Deutschland die Freiheit ihrer Völker verteidigen, sei es unmittelbar, weil man sonst, sagen wir, die Kanalküste nicht mehr wirksam schützen könnte, sei es mittelbar, weil anderenfalls die Gefahr für alle immer virulenter werden würde. Davon ist auszugehen, wenn man das Problem richtig sehen will. Wir sollten nicht um das Privileg, Waffen tragen zu dürfen, bitten. Wenn wir darum bitten, wird man für die Gewährung der Bitte von uns etwas verlangen, das mit der Verteidigung unserer Freiheit vielleicht nichts mehr zu tun hat. Wir sollten warten, ob die Besatzungsmächte es für notwendig erachten, und zwar ob sie es in ihrem Interesse für notwendig erachten, daß auch die Deutschen einen militärischen Beitrag zur Verteidigung Europas leisten. Sollte dies einmal der Fall werden, dann müßten wir ihnen sagen, welche Voraussetzungen unserer Meinung nach erfüllt werden müßten, um es uns möglich zu machen, die Verantwortung und die Risiken auf uns zu nehmen, die mit einem solchen Schritt notwendig verbunden werden. Diese Voraussetzungen sind heute nicht erfüllt. Zu glauben, daß man mit den heute in Europa zur Verfügung stehenden Streitkräften Europa an der Elbe wirksam verteidigen könnte, ist blutiger Dilettantismus. Der Versuch dazu würde bedeuten, daß Deutschland zur verbrannten Erde würde, ohne jeden militärischen Effekt...

... Das vornehmste Ziel aller verantwortungsbewußten Politik ist aber, seine Maßnahmen so zu treffen, daß die Chancen zur Erhaltung der Substanz des Volkes so groß wie irgend möglich werden. Was bliebe aber von diesem deutschen Volk noch übrig, wenn Deutschland verbrannte Erde würde, das erstemal bei der russischen Invasion und das zweitemal bei der Befreiung. Wir wollen nicht „befreit“ werden. Anders wäre die Lage, wenn die Westmächte willens und imstande sein sollten, in Europa, also auch in Deutschland, so starke Kräfte zu massieren, daß eine begründete Aussicht bestünde, nach der Abwehr des ersten Angriffsstoßes der Russen oder ihrer Satelliten an der Elbe die zweite Schlacht in das Gebiet östlich der deutschen Grenzen, der gesamtdeutschen Grenzen zu tragen. Dann hätte es einen Sinn, den Streitkräften der westlichen Staaten deutsche Streitkräfte beizufügen, oder vielmehr die gesamteuropäische Wehrkraft zu einer gesamteuropäischen Armee zu verschmelzen. Denn dann würde ein militärischer Beitrag Deutschlands die Chancen der Erhaltung der deutschen Volkssubstanz zugleich mit der Erhaltung der Freiheit Europas so vergrößern, daß die erforderlichen Kräfte gerechtfertigt würden. Unter dieser Voraussetzung könnte man es verantworten, dem deutschen Volke zu raten, auch seinerseits einen militärischen Beitrag zur Verteidigung Europas zu leisten. Ohne diese Voraussetzung kann man es nicht. Auf jeden Fall aber steht die Entscheidung beim deutschen Volk und nur bei ihm. Für das Schicksal Deutschlands wäre in einem dritten Weltkrieg der Ausgang der ersten Schlacht entscheidend. Für das Schicksal des Bolschewismus wäre entscheidend, wer die letzte Schlacht des dritten Weltkrieges gewinnt. Die Russen würden diese Gewinner

nicht sein, und das weiß man im Kreml, und weil ich weiß, daß man das dort weiß, glaube ich nicht daran, daß Joseph Stalin morgen oder übermorgen den Befehl zum Angriff auf Europa geben wird. Jedenfalls nicht den Befehl zum militärischen Angriff auf Europa.“¹⁹

Das Verlangen nach Aufhebung des Besatzungsstatuts

Am 8. Oktober 1950 erläuterte Professor Carlo Schmid auf einer Grenzland-Kundgebung in Braunschweig erneut den Standpunkt seiner Partei zur Frage einer Wiederaufrüstung. Europa könne nur geschützt werden, wenn Amerika das Maximum seiner Streitkräfte nach Westeuropa verlege. Erst dann könne auch mit der SPD über eine europäische Armee mit deutscher Beteiligung geredet werden.

Professor Schmid verlangte die Aufhebung des alliierten Besatzungsstatuts für Westdeutschland und erklärte:

„Die Alliierten sollten zeigen, daß sogar Sieger fähig sind, eine Politik zu verfolgen, die auf der kühlen Erwägung der gegenwärtigen Lage beruht. Solange wir unter Vormundschaft gestellt sind, wollen und können wir nichts zur Verteidigung Westeuropas beitragen.“

Die zweite Schlacht hinter der Weichsel...

In einer Rede vom 22. Oktober 1950 in München wiederholte Carlo Schmid die Thesen, die er vorwiegend in seiner Rede vom 3. Oktober bereits dargelegt hatte. Erst wenn der Westen so stark sei, daß der erste Stoß an der Elbe aufgefangen und die zweite Schlacht bereits hinter der Weichsel geschlagen werden könne, sei die SPD bereit, dem Volk einen Beitrag zur Verteidigung der westlichen Welt vorzuschlagen.

Nicht Volksbefragung, sondern Neuwahlen

Am 24. Oktober erläuterte der erste Vorsitzende der SPD, Dr. Kurt Schumacher, vor der Presse in

Bonn die ablehnende Haltung der SPD in der Frage eines deutschen Beitrages zur Verteidigung Europas und erklärte unter anderem:

„Die Voraussetzung, unter der die Sozialdemokratie allein bereit sein könnte, auf das deutsche Volk einzuwirken, sich auch an der Verteidigung zu beteiligen, ist die unlösbare Verkopplung des angelsächsischen militärischen und politischen Schicksals mit dem unseren. Solange aber diese Voraussetzung nicht erfüllt ist — und die Ankündigung aus dem Ausland und die Informationen aus dem Inland lassen nicht den Schluß zu, daß sie heute und auf absehbare Zeit erfüllt sein wird —, so lange gibt es nur ein Nein!“

Schumacher erklärte weiter, ein Versuch, aus den Besatzungsrechten ein Recht zur Bewaffnung Deutschlands abzuleiten, würde den Widerstand der SPD in seiner stärksten und akzentuiertesten Form hervorrufen. Sollte sich aber der Bundestag mit dieser Frage zu beschäftigen haben, dann wäre eine deutsche Aufrüstung in irgendeiner Art oder die Errichtung einer militärischen Institution auch in der Form eines deutschen Kontingentes ohne Aenderung des Grundgesetzes unmöglich. Die Schaffung einer militärischen Institution sei in der Verfassung nicht vorgesehen und liege weder in der Kompetenz des Bundes noch der Länder. Es könne sich daher nur um einen Akt der Verfassungsgebung handeln.

Der heutige Bundestag sei unter ganz anderen Voraussetzungen gewählt worden, und zu ihnen gehöre jedenfalls nicht die Entscheidung über einen deutschen Verteidigungsbeitrag. Dazu könne nur ein unter den heutigen, gewandelten Voraussetzungen gewählter Bundestag die Legitimation haben. Dr. Schumacher lehnte in diesem Zusammenhang eine Volksbefragung ab, weil dafür keine Basis vorhanden sei. In einer solchen Frage müsse das System der repräsentativen Demokratie entscheiden.

Die Haltung des Kirchenpräsidenten Niemöller und seiner Freunde

Offener Brief des Kirchenpräsidenten Niemöller

Während die Polemik der Oppositionspartei sich zunächst rein auf der politischen Ebene hielt, sollte das Ringen um die deutsche Haltung zur Verteidigungsfrage bald auch auf das weltanschauliche Gebiet übergreifen. Aus Äußerungen des hessischen Kirchenpräsidenten D. Martin Niemöller, der gleichzeitig auch das Kirchliche Außenamt der Evangelischen Kirche in Deutschland leitet, klang schon seit geraumer Zeit eine besonders erbitterte Gegnerschaft zur Bonner Regierung²⁰. (Unter anderem wird Niemöller die Äußerung zugeschrieben, die Bonner Regierung sei im Vatikan gezeugt und in Washington zur Welt gebracht worden.)

Am 4. Oktober 1950 richtete Niemöller von Wiesbaden aus einen Offenen Brief an den Bundeskanzler:

„Trotz aller gegenteiligen Zeitungsnachrichten wird die Remilitarisierung Westdeutschlands, das heißt die Wie-

deraufrüstung deutscher Menschen für einen möglichen Krieg zwischen Ost und West, mit allen Mitteln betrieben. Hohe Offiziere werden eingestellt, Organisationsstäbe zur Aufstellung deutscher Einheiten innerhalb einer europäischen Armee sind ab 1. Oktober d. J. tätig, Rüstungsaufträge an die deutsche Industrie sind erteilt.

Es erhält sich hartnäckig die Behauptung, daß zwischen dem Bundeskanzler, der nach der Verfassung die Richtlinien der Politik bestimmt, und Herrn McCloy und vielleicht auch dem britischen Hohen Kommissar Abmachungen bestehen, wonach alsbald eine ganze Anzahl deutscher Divisionen aufzustellen ist, als deutscher Beitrag für eine westeuropäische Streitmacht, die der ‚Verteidigung‘ dienen soll.

Daß das deutsche Volk diesseits und jenseits des Eisernen Vorhangs einer solchen Aktion des Bundeskanzlers in seiner Mehrheit zustimmen könnte, ist nach vorgenommenen privaten Probeabstimmungen äußerst fraglich. Eine offizielle Volksbefragung ist durch die Bundesverfassung nicht vorgesehen. Diese Verfassung ist

ja so geschickt gearbeitet, daß das deutsche Volk wieder in einen Krieg hineingestürzt werden kann, ohne daß es zuvor überhaupt gefragt wird. Und diese Behandlung des deutschen Volkes ist nichts Neues, da es ja auch nicht gefragt wurde, ob es den Eisernen Vorhang und ob es einen westdeutschen und später einen ostdeutschen Staat haben wollte.

Die Evangelische Kirche in Deutschland hat mehrfach und deutlich erklärt, daß die Kriegsgefahr zwischen dem westlichen und östlichen Deutschland als Vasallen der westlichen und östlichen Mächte durch die Teilung Deutschlands heraufbeschworen worden ist. Die Kriegsgefahr ist nicht durch die Gründe bedingt, die dem deutschen Volk heute in der Presse aufgetischt werden, um in Ost und West seine Angst zu erhöhen und es williger zu machen, sich in neue Rüstungsabenteuer stürzen zu lassen.

Die Evangelische Kirche in Deutschland hat keinen Zweifel gelassen, daß sie einer Remilitarisierung nicht das Wort reden könne — weder im Osten noch im Westen. Darüber hinaus werden sich evangelische Christen jeder Remilitarisierung praktisch widersetzen und sich darauf berufen, daß ihnen die Bundesverfassung dieses Recht gibt. Und wenn ihnen durch eine Verfassungsänderung dieses Recht wirklich entzogen werden sollte, so werden wir uns wieder einmal darauf berufen müssen, daß man Gott mehr gehorchen muß als den Menschen.

Vor den Augen und Ohren des gesamten deutschen Volkes bitte ich Sie, Herr Bundeskanzler, in dieser entscheidenden Stunde nicht vollendete Tatsachen zu schaffen, ohne eine vorherige, echte Befragung der Bevölkerung des Bundesgebietes. Wenn diese Befragung auf Grund der Bundesverfassung nicht als Volksabstimmung geschehen kann, so müßten Neuwahlen vorgenommen werden. Diese Neuwahlen hätten aber so zu geschehen, daß die deutsche Bevölkerung in der Lage ist, die von ihr zu wählenden Kandidaten eindeutig zu fragen, ob sie sich in ihrer Amtsführung für oder gegen diese ‚Wiederaufrüstung‘ einsetzen werden.

Wenn der gegenwärtige Bundestag über diese Frage entscheidet, so käme das einem Volksbetrug gleich, da kein deutscher Wähler bei der Wahl im Sommer 1949 die Absicht gehabt hatte, dem Deutschen Bund die Vollmacht zu einer Kriegsrüstung oder Kriegsbeteiligung zu geben.

Wenn die westlichen Alliierten von Westdeutschland einen Beitrag an Waffen und Soldaten verlangen, dann sollen sie das selbst befehlen und sich nicht hinter einer deutschen Demokratie verstecken²¹.“

Der persönliche Referent des Bundeskanzlers bestätigte im Namen des Bundeskanzlers das Schreiben Niemöllers und fragte an, ob Niemöller diesen Brief im Auftrage einer Vertretung der Evangelischen Kirche in Deutschland an den Bundeskanzler richte. Auf dieses Schreiben antwortete das Sekretariat des Kirchenpräsidenten am 9. Oktober aus Wiesbaden wie folgt: „... Dieser Brief ist nicht in irgendeinem Auftrage, sondern — wie immer bei solchen Gelegenheiten — aus eigener Initiative und im eigenen Namen geschrieben.“ Der Brief trägt die Unterschrift Dr. Beyer, General der Infanterie a. D.²²

Offener Brief von Vertretern der Bruderschaften der Bekennenden Kirche

Noch schärfer als Niemöller äußerten sich Vertreter der *Bruderschaften der Bekennenden Kirche*, die am 3. und 4. Oktober 1950 in Darmstadt tagten. Sie fragten Adenauer in einem Offenen Brief, wer ihm das Recht gegeben habe, in einer Bereitschaftserklärung deutsche Truppenkontingente im Rahmen einer europäischen Armee zur Verfügung zu stellen.

Der Brief ist von 37 Personen, zum überwiegenden Teil Pfarrern, aus verschiedenen westdeutschen Ländern unterzeichnet. Als verantwortlicher Herausgeber zeichnet Pastor Herbert Mochalski, Darmstadt²³.

Bischof Dibelius bezeichnete diesen Brief Anfang Oktober 1950 nach Form und Inhalt als eine bedauerliche Entgleisung. Er stellte fest, die Bruderschaft der Bekennenden Kirche sei ein privater Kreis jüngerer Theologen, deren Stimme in keiner Weise als die Stimme der Evangelischen Kirche gehört werden dürfe, auch nicht als Stimme der Bekennenden Kirche.

Der evangelische Männertag in Hessen — Reden von Bischof Dibelius, Dr. Heinemann und Kirchenpräsident Niemöller

Durch den Rücktritt des Bundesinnenministers Dr. Heinemann, der durch seine Stellung an der Spitze der *Synode der Evangelischen Kirche* einen bedeutenden Einfluß ausübte, gewannen die Stimmen Niemöllers und des Bruderrates der Bekennenden Kirche verstärktes politisches Gewicht. Als Dr. Gustav Heinemann am 15. Oktober 1950 anläßlich des evangelischen Männertages in Hessen neben Bischof D. Otto Dibelius und D. Martin Niemöller als einer der Hauptredner im Haus der Technik auf dem Frankfurter Messegelände auftrat, gewann auch diese Kundgebung den Charakter einer politischen Demonstration.

Heinemann erklärte in seiner Rede, wenn man heute davon spreche, daß die Demokratie verteidigt werden solle, dann müsse Westdeutschland erst einmal die Demokratie riskieren. Anschließend daran legte Heinemann die Gründe zu seinem Rücktritt in ähnlicher Form wie in seinem Memorandum vom 13. Oktober 1950 dar und schloß mit der Aufforderung an alle Christen, nunmehr selbst zu entscheiden, wie sie zur Frage der Wiederaufrüstung stünden.

Bischof Dibelius unterstrich in seiner Rede vor allem die Bedeutung der Evangelischen Kirche als einigendes Band — das einzige, das heute noch bestehe — zwischen Westdeutschland und der sowjetischen Besatzungszone und geißelte das politische Regime der Ostzone mit scharfen Worten.

Im Gegensatz zu der überlegenen Würde, mit der Bischof Dibelius seine Ansprache vortrug, steigerte Niemöller seine mitreißende Rede zu immer heftigeren Anklagen gegen Bundeskanzler Adenauer. Niemöller führte unter anderem aus:

„Die Wiederbewaffnung unseres Volkes hat begonnen, auch bei uns im Westen. Man sollte endlich den törichtesten Versuch aufgeben, das zu bestreiten. Es genügt, wenn ich hier aus einem Brief eines deutschen Generalleutnants einen Abschnitt vorlese; er ist am 27. September 1950 aus Bad Kissingen geschrieben:

„Es wird Sie interessieren, daß ich ab 1. Oktober d. J. die Führung eines Organisationsstabes übernehme, der deutsche Einheiten für die europäische Wehrmacht aufstellt. Mein Dienstsitz ist Würzburg, ich bleibe aber in Bad Kissingen wohnen. Einen vollen Monat habe ich mich geweigert, ohne daß ich mich beworben hätte, oder ohne daß ich überhaupt von solchen Vorbereitungen etwas ahnte. Nach reichlichem Abwägen aller Für und Wider und nachdem ich immer wieder bedrängt wurde, die Sache zu machen, habe ich zugesagt unter der Bedingung, daß mir bis 31. Dezember der Rücktritt jederzeit freisteht...“

Es geht um die Freiheit, und der Kampf um die Freiheit ist gut und notwendig um des Menschen und seines Menschseins willen. Aber dahinter steht hier die Angst,

und die Angst ist ein schlechter Berater; denn die Angst macht blind! Wer sieht es denn eigentlich nicht, daß für jede der zehn Divisionen, die etwa bei uns im Westen aufgestellt werden, der entsprechende Zug im Osten folgen muß und wird? Wollen wir und dürfen wir so den Kampf für die Freiheit der Menschen unseres armen, geschundenen Volkes führen? —...

...Die Evangelische Kirche hat noch einen Auftrag für unser Volk. Bischof Dibelius hat vorhin gesagt: Die Evangelische Kirche in Deutschland ist der letzte Hort der Freiheit unseres Volkes. Ja, sie ist heute nach Gottes Fügung die letzte und einzige Größe, die noch für die Freiheit des ganzen Volkes ihre Stimme erheben kann und dann auch das Risiko ihres Eintretens selber trägt und weiter zu tragen bereit ist!

Weder Herr Dr. Adenauer noch Herr Grotewohl können das tun, sie haben die Vollmacht nicht, und sie wissen, daß sie sie nicht haben. Und wenn heute das ganze deutsche Volk in Freiheit wählen könnte, dann stünde keiner von diesen beiden Männern an seiner Spitze.“

Die Haltung der Evangelischen Kirche Deutschlands

Distanzierung von Niemöller

Die von Kirchenpräsident Niemöller, Vertretern der Bruderschaften und Anhängern der Bekennenden Kirche gemachten Äußerungen können nicht als amtliche Stellungnahme der *Evangelischen Kirche Deutschlands* gelten.

Der Rat der *Evangelischen Kirche* — die oberste Körperschaft der Evangelischen Kirche — teilte dem Bundespresseamt nach Bekanntwerden des Offenen Briefes von Kirchenpräsident Niemöller mit, daß sich der Rat mit dem Wiederaufrüstungsproblem noch nicht befaßt habe und die Evangelische Kirche sich nicht mit dem Schreiben Niemöllers an den Bundeskanzler identifiziere.

Bischof Dibelius zur Meinung der Kirche

Bischof D. Otto Dibelius veröffentlichte in der in Berlin erscheinenden Zeitschrift *Die Kirche* im Oktober 1950 einen Beitrag zum Thema „Die Meinung der Kirche“, in dem er betonte, daß die Evangelische Kirche zu aktuellen Fragen niemals so spreche, daß sie die Gemeindeglieder oder die Pfarrer verpflichte. Die Kirche lebe in einer Atmosphäre der Freiheit und respektiere jede Ueberzeugung, die aus christlichem Gewissensernst geboren ist.

Der Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland spreche jedoch von Zeit zu Zeit ein Wort, mit dem er bezeugen möchte, worin sich die verantwortlichen Männer der Kirche vor Gott einig wissen. Bischof Dibelius weist in seinem Beitrag auf die *Erklärung des Rates der Evangelischen Kirche* anläßlich des Kirchentages in Essen hin:

„... Einer Remilitarisierung Deutschlands können wir nicht das Wort reden, weder was den Westen noch was den Osten anlangt. Die Pflicht der Kirche kann es immer nur sein, die schwergerüsteten Mächte der Welt wieder

und wieder zu bitten, dem heillosen Wettrüsten ein Ende zu machen und friedliche Wege zur Lösung der politischen Probleme zu suchen...“

Wenn man überhaupt die Frage stellen dürfe, wie die „Evangelische Kirche“ denke, so liege hier die Antwort.

Zu den verschiedenen Äußerungen von Einzelpersonen führt Bischof Dibelius aus, Dr. Heinemann habe zu der Frage, ob dem Vorgehen des Ostens ein ähnliches Vorgehen des Westens gegenübergesetzt werden solle, zunächst in Form einer zentral geleiteten Polizei, später in Form eines deutschen Kontingents innerhalb einer Europa-Armee, keineswegs grundsätzlich nein gesagt. Er habe aber die Art, in der der Bundeskanzler in dieser Frage vorgegangen sei, für vorschnell und allzu selbstherrlich gehalten. Deshalb sei er zurückgetreten.

D. Niemöller sei in seinen Äußerungen einen Schritt weiter gegangen als Heinemann. Ihn bewegte die Sorge, daß das deutsche Volk, ohne gefragt zu werden, wieder in die Geleise des alten Militarismus zurückgelenkt werden könne. Niemöller glaube, daß westdeutsche Truppenkontingente militärisch nichts bedeuten und nur dazu dienen würden, den Hauptschauplatz eines kommenden Krieges nach Deutschland zu verlegen.

„Ueber dies alles kann es unter evangelischen Christen verschiedene Meinungen geben. Als der Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland sich gegen jede Remilitarisierung aussprach, hat er, wie gesagt, die Aufstellung eines ausreichenden Polizeischutzes ausdrücklich ausgenommen. Und ob er die Bildung militärischer Kontingente von Freiwilligen — denn die Einführung der allgemeinen Militärpflicht steht überhaupt nicht zur Debatte — als ‚Remilitarisierung‘ ansehen würde, ist zweifelhaft. Es kann also nicht die Rede davon sein, daß D. Niemöllers

schriftliche und mündliche Äußerungen die Meinung der ‚Evangelischen Kirche‘ wiedergäben. In ihm spricht ein Christ unter dem Zwang seines Gewissens. Und es muß einfach abgewartet werden, wie groß die Schar derer ist, über die sein Zeugnis Gewalt gewinnt. Im Westen hat es viel Zustimmung, aber auch viel, sehr viel Widerspruch gegeben. Daß der Widerspruch im Osten besonders lebhaft ist, wird niemand wundernehmen.

Im übrigen hat durch die Aufklärungen, die von verschiedenen Seiten erfolgt sind, manches, was Gegenstand seiner Anklagen war, ein etwas anderes Gesicht bekommen.

Eins aber müssen die Gemeinden des Ostens zur

Kenntnis nehmen: nämlich, daß sich D. Niemöller in letzter Zeit mit steigender Betonung den Brüdern und Schwestern des Ostens zugewandt und seiner Sorge um ihre Zukunft und seiner Teilnahme an ihrem Leiden überaus warmen Ausdruck gegeben hat. Auch jetzt hat er in Frankfurt gesagt: die Zustände in der Ostzone seien um ein vieles schlimmer als im Westen. Daß die Presse das fast völlig mit Stillschweigen übergeht, ist nicht seine Schuld. Und jedenfalls ist es grotesk, ihn im Gegensatz zu den Kirchenleitungen des Ostens als den Mann zu feiern, bei dem kommunistische Ziele oder Gedankengänge irgendwelche Zustimmung finden würden oder dem es gleichgültig sein würde, wenn Deutschland ein zweites Korea würde.“

Evangelische Kritik an Niemöller

Der Standpunkt der Abgeordneten Gerstenmaier und Kunze

Die evangelischen CDU-Bundestagsabgeordneten Johannes Kunze und Dr. Eugen Gerstenmaier wandten sich am 5. Oktober in einem Interview mit dem *Evangelischen Pressedienst* in Bonn gegen den Offenen Brief des Bruderrates der Bekennenden Kirche und gegen das Schreiben des Kirchenpräsidenten Niemöller an Bundeskanzler Adenauer. Kunze und Gerstenmaier wiesen darauf hin, daß die Bundesregierung von sich aus wohl ihre Bereitschaft zur Teilnahme an der Verteidigung Europas, nicht aber eine deutsche Wiederaufrüstung angeboten habe. Es sei unverantwortlich, das deutsche Volk im gegenwärtigen Schwebzustand so zu beunruhigen, wie es durch den Brief Niemöllers geschehen sei. Dr. Eugen Gerstenmaier sprach sich entschieden gegen die Ansichten Niemöllers aus und vertrat dabei den Standpunkt, daß dessen Pazifismus um jeden Preis nicht der von der Evangelischen Kirche vertretenen Religionsauffassung entspreche.

Offener Brief des Bundesministers Hellwege an Niemöller

Bundesminister Heinrich Hellwege antwortete in einem Offenen Brief vom 14. Oktober 1950 auf den Brief Niemöllers an den Bundeskanzler:

„Nicht nur als Bundesminister und Vorsitzender der Deutschen Partei, auch als bekennender Christ und als gewählter Synodale der Landeskirche Hannover, der einst eine tiefe Verehrung für den Pastor Niemöller hegte, kann ich nicht länger schweigen.

Was in den letzten Tagen unter dem Motto nationaler und sozialer Verantwortung und christlicher Gewissensschärfen geschah, bedarf der Klarstellung. Es geht um die Frage, ob die Mehrheit des evangelischen Kirchenvolkes diesseits und jenseits des Eisernen Vorhanges genau so denkt wie der Bruderrat der Bekennenden Kirche und der Kirchenpräsident Martin Niemöller.

Wer um eine Antwort auf diese Frage verlegen ist, der beachte nur das Triumphgeschrei der ostzonalen Presse- und Rundfunkorgane über die Erklärung des Bundeskanzlers und den Offenen Brief Niemöllers an Dr. Ade-

nauer. Was von Regierungsseite hierzu zu sagen ist, hat der Bundeskanzler in seiner Rundfunkerklärung zum Ausdruck gebracht...

... Brauchen wir angesichts des überwältigenden deutschen Bekenntnisses zu Europa noch eine Volksabstimmung oder eine Auflösung des Bundestages? In der Forderung nach beiden begegnet sich die Opposition mit dem Bruderrat. Der westliche Sozialismus, die deutsche Sozialdemokratie eingeschlossen, ist naiv genug zu glauben, das europäische Bollwerk gegen den Bolschewismus habe nur eine soziale, sprich sozialistische Auffrischung nötig. Der Bekennende Bruderrat beruft sich auf christliche Gewissensentscheidung gegen die Gewalt. Ohne soziale Gerechtigkeit keine Freiheit, ohne Freiheit keine Sicherheit — das ist eine Binsenwahrheit. Ebenso deutlich muß aber ausgesprochen werden, daß es ohne Sicherheit keine Freiheit und keine soziale Gerechtigkeit geben kann. Darüber besteht unter einsichtigen Deutschen keine Meinungsverschiedenheit.“

Eine Erklärung Bischof Lilje

Landesbischof D. Dr. Lilje nahm am 15. Oktober zu dem Brief Niemöllers an den Bundeskanzler Stellung und betonte, Kirchenpräsident Niemöller sei in diesem Fall nicht Sprecher der Christenheit in Deutschland gewesen und habe nicht die amtliche Meinung der Evangelischen Kirche, sondern nur seine private Meinung wiedergegeben.

Eine Veröffentlichung der Neuen Zürcher Zeitung

Die *Neue Zürcher Zeitung* vom 18. Oktober veröffentlichte einen von protestantischer Seite aus Süddeutschland geschriebenen Brief, in dem es unter anderem heißt:

„Wenn ein Mann in so hoher Stellung in der Evangelischen Kirche derart apodiktisch und im Gegensatz zur weit überwiegenden Mehrheit ihrer Glieder und des Volkes überhaupt sich vor aller Öffentlichkeit ausdrückt, dann sind seine Äußerungen ein Schaden für die Kirche; sie bringen sie in ein schiefes Licht und sind geeignet, gerade die einfachen Kirchenleute, die davon durch ihre Gemeindeblätter erfahren, zu verwirren. Aber auch die Stellung der Evangelischen Kirche gegenüber dem Staat, seiner Leitung, ihre politische Linie und ihr Verhältnis

zu den Besatzungsmächten in der heute wichtigsten Frage wird durch ein derartig unverantwortliches öffentliches Herausstreten eines der prominentesten Führer der Kirche tangiert...

Weite protestantische Kreise stellen mit Besorgnis fest,

Die Stellungnahme der Sowjetunion und der osteuropäischen Länder

Der Kreml schaltet sich ein

Am 19. Oktober 1950 wies die Sowjetregierung die Noten der Vereinigten Staaten, Großbritanniens und Frankreichs, die gegen den militärischen Charakter der Volkspolizei in der sowjetischen Besatzungszone Einspruch erhoben, als „jeder Grundlage entbehrend“ zurück.

Die Sowjetunion nahm ihre Antwortnote zum Anlaß, um die in Westdeutschland bestehenden Polizeieinheiten als „in Wirklichkeit militärische Einheiten“ zu bezeichnen.

Unter Bezugnahme auf das Kommuniqué der drei Außenminister vom 19. September 1950 heißt es in der sowjetischen Note²⁴:

„... Außerdem ist die Beteiligung Westdeutschlands an den sogenannten ‚Vereinten Streitkräften‘ — mit anderen Worten: offen die Wiederauferstehung der deutschen Armee — vorgesehen, was im direkten Widerspruch zu den Beschlüssen der Potsdamer Konferenz über die Entmilitarisierung Deutschlands steht.

Aus dem Dargelegten geht hervor, daß die Regierung der Vereinigten Staaten die unbegründeten Behauptungen über die Volkspolizei der Deutschen Demokratischen Republik dazu brauchte, um die separate und offensichtlich unrechtmäßige Aktion zu bemänteln, die in Westdeutschland von der Regierung der Vereinigten Staaten gemeinsam mit den Regierungen Großbritanniens und Frankreichs zur Schaffung einer deutschen Armee sowohl in Form von ‚Beweglichen Polizeiverbänden‘ als auch in Form der Beteiligung Westdeutschlands an den sogenannten ‚Vereinten Streitkräften‘ durchgeführt wird.

Die Sowjetunion erklärt, daß sie sich mit derartigen Maßnahmen der Regierungen der Vereinigten Staaten, Großbritanniens und Frankreichs, die auf die Wiederauferstehung einer regulären deutschen Armee in Westdeutschland abzielen, nicht abfinden wird...

Die Prager Konferenz

Einen Tag nach der Absendung der sowjetischen Note an die drei Westmächte fand vom 20. bis 21. Oktober 1950 in Prag eine Konferenz des stellvertretenden Ministerpräsidenten der Sowjetunion, Wjatscheslaw M. Molotow, mit den Außenministern Polens, der Tschechoslowakei, Ungarns, Rumäniens, Bulgariens und der Deutschen Demokratischen Republik sowie einem Vertreter der albanischen Regierung statt, die sich insbesondere mit der deutschen Frage befaßte. In einer gemeinsamen Erklärung vom 21. Oktober 1950 wurden die Beschlüsse der New Yorker Außenministerkonferenz als Verletzung des Potsdamer Abkommens und Bedrohung des Friedens bezeichnet²⁵.

daß der ehemalige Innenminister nun sein politisches Prestige in den Dienst der Sache Niemöllers stellt, dessen Neutralitätspropaganda wenig Unterschied zwischen der westlichen Demokratie und der kommunistischen Zwangsherrschaft im Osten zu machen scheint.“

Im Namen ihrer Regierungen forderten die Vertreter der acht Oststaaten:

1. Abgabe einer Viermächteerklärung gegen die Remilitarisierung Deutschlands;
2. Aufhebung aller Beschränkungen für die deutsche Friedenswirtschaft und Verhinderung der Wiederherstellung des deutschen Kriegspotentials;
3. Abschluß eines Friedensvertrages und Abzug der Besatzungstruppen;
4. Bildung eines paritätisch aus Vertretern West- und Ostdeutschlands zusammengesetzten Gesamtdeutschen Konstituierenden Rates.

Der Vorschlag der Sowjetunion für eine Viererkonferenz

Unter Zugrundelegung der Prager Beschlüsse unterbreitete die Sowjetunion den Westmächten am 4. November 1950 einen Vorschlag²⁶ zur Einberufung einer Viermächtekonferenz über Deutschland. Eine offizielle Beantwortung dieser Note durch die Westmächte stand bei Abschluß dieses Beitrages noch aus. Ein Ausschuß der drei Westmächte hatte jedoch Anfang Dezember in Paris über eine gemeinsame Antwortnote beraten, deren Ueberreichung und Veröffentlichung in nächster Zeit erwartet wird.

Man kann sich kaum eine politische Aufgabe von größerer Schwierigkeit vorstellen als die, mit der sich Bundeskanzler Adenauer nun auseinanderzusetzen hatte. Innerpolitisch sah er sich einer wachsenden Oppositionsströmung gegenüber, die durch den Führer der Oppositionspartei in meisterhafter Weise gesteuert wurde. Durch den Rücktritt des Bundesinnenministers war der Anschein einer Spaltung des Kabinetts und der eigenen Partei Dr. Adenauers entstanden. Durch die scharfen Angriffe Niemöllers wurde die Auseinandersetzung über die Verteidigungsfrage auch auf die weltanschauliche Ebene ausgedehnt. Der Zusammenhalt der beiden großen Konfessionen, der seit 1945 eines der tragenden Elemente der Bundesrepublik war, stand in unmittelbarer Gefahr.

Außenpolitisch war die Situation nicht weniger schwierig. Es war noch nicht abzusehen, wann sich die Westmächte in der Frage des westdeutschen Verteidigungsbeitrages einigen würden. Von französischer Seite wurde jeder Art der Wiederbewaffnung Deutschlands ein hartnäckiger, hinhaltender Widerstand entgegengesetzt, der sich auch unmittelbar auf die deutsche Innenpolitik auswirkte.

Die Beschlüsse der Prager Außenministerkonferenz

unterstrichen demgegenüber die Disziplin, mit der sich die osteuropäischen Satellitenstaaten der Führung der Sowjetunion unterworfen hatten.

Wie sollte man diese komplizierte Situation einem

Volke erklären, das durch fünfjährige Besatzung gegen die westlichen Alliierten gereizt war und mit tiefer Beunruhigung auf die sowjetische Uebermacht blickte?

Die Erklärungen Dr. Adenauers zur internationalen Lage

Die Rundfunkrede des Bundeskanzlers

In seiner Rundfunkansprache vom 11. Oktober 1950²⁷ wandte sich Adenauer zunächst gegen die Reden, Artikel und Nachrichten, in denen die Behauptung aufgestellt wurde, daß unter der Autorität des Bundeskanzlers die Wiederaufrüstung Deutschlands überall mit Hochdruck anlaufe. Dr. Adenauer bezeichnete solche Behauptungen als absurd und frei erfunden.

In seinen weiteren Ausführungen wandte er sich besonders an Frankreich, dem er erneut versicherte, Deutschland habe den besten Willen, in Zukunft mit Frankreich gemeinsam zu gehen.

Adenauer wandte sich dann nachdrücklich gegen die Behauptung, daß deutscherseits irgendwelche Verpflichtungen hinsichtlich der Aufstellung deutscher Divisionen übernommen worden seien. Den Westalliierten sei mitgeteilt worden, daß über diese Frage nur der Bundestag entscheiden könne und auch erst dann, wenn der Bundesrepublik genaue und offizielle Fragen gestellt würden. „Ob diese Fragen an uns gestellt werden, wann sie etwa gestellt werden, das wollen wir abwarten.“

Im Gegensatz zu dem amerikanischen Hohen Kommissar *McCloy*, der betont hatte, das deutsche Volk, das Parlament und die Regierung müßten über diese Frage entscheiden, betonte der Bundeskanzler, das Grundgesetz kenne keine Volksbefragung und auch keine Auflösung des Bundestages. Er gab damit zu verstehen, daß nach seiner Ansicht der jetzige Bundestag das einzige kompetente Organ zur Entscheidung in diesen Fragen sei.

Widerlegung der Behauptungen Niemöllers

Die von Kirchenpräsident Niemöller in seiner Rede vom 15. Oktober 1950 in Frankfurt gemachten Behauptungen, daß die Wiederaufrüstung der Bundesrepublik bereits begonnen habe, wurden vom Bundeskanzleramt am 16. Oktober zurückgewiesen. Auch das amerikanische Außenministerium und das amerikanische Verteidigungsministerium wandten sich gegen diese Behauptungen.

Bei dem von Niemöller zitierten Schreiben handelte es sich um einen Brief des ehemaligen deutschen Generals *Paul Mahlmann* aus Kissingen an den Privatsekretär Niemöllers und ehemaligen General *Franz Beyer*. Mahlmann erklärte zu den Äußerungen Niemöllers, er habe die zitierten Worte tatsächlich gebraucht, sie seien jedoch nicht glücklich gewählt gewesen. Er habe sich in seinem Brief auf seine Einstel-

lung als Major bei der Würzburger Zentrale der Arbeitskompanie der amerikanischen Armee in Unterfranken bezogen. Die Bezeichnung „Arbeitskompanie“ habe er nicht gebraucht, weil er meinte, dieser Ausdruck könne nicht verstanden werden.

Die scheinbaren Enthüllungen, die Niemöller mit der Verlesung des Briefes des Generalleutnants M. gemacht hatte und die zunächst stärkstes Aufsehen erregten, lösten sich damit rasch in ein an das Lächerliche grenzendes Mißverständnis auf.

Merkwürdigerweise distanzierte sich Niemöller nicht von den Aussagen Mahlmanns, die so eindeutig den Stempel verunglückter Großmannssucht tragen, sondern erklärte, die Richtigkeit des Briefes sei durch das sogenannte Dementi vom 16. Oktober weder angezweifelt worden noch aus der Welt geschafft.

Eine Klarstellung zu den verschiedensten Behauptungen hinsichtlich eines deutschen Beitrages zur europäischen Verteidigung erfolgte in einer offiziellen Richtigstellung des stellvertretenden Hohen Kommissars, General *George P. Hays*, am 18. Oktober 1950. In der Erklärung, die den Titel „Richtigstellung gegen Verdrehungen und Gerüchte“ trägt, heißt es unter anderem:

„Unterredungen zwischen amerikanischen Generälen und ehemaligen deutschen Generälen über einen deutschen Beitrag zur europäischen Verteidigung haben nicht stattgefunden. Zwischen dem amerikanischen Hohen Kommissar und der Bundesregierung besteht kein Einvernehmen und kein Abkommen über einen deutschen Beitrag zur deutschen Verteidigung — und zwar weder direkt noch über die alliierte Hohe Kommission.“

Der gesamte Fragenkomplex eines deutschen Beitrages zur europäischen Verteidigung ist ausschließlich eine Angelegenheit, die von den betreffenden Regierungen entschieden werden muß. Eine entsprechende Aktion des amerikanischen Hohen Kommissars muß diesbezügliche Entscheidungen und Anweisungen abwarten.“

Die Rede Adenauers vor dem Parteitag der CDU in Goslar

Der Parteitag der CDU in Goslar bot dem Bundeskanzler Gelegenheit, die in den letzten Monaten erschütterte Haltung seiner Parteianhänger neu zu stärken und seine Position als Parteiführer zu festigen. In einer umfassenden außenpolitischen Erklärung behandelte er am 20. Oktober auch die Frage des deutschen Verteidigungsbeitrages.

Er wies darauf hin, daß es sich hier um eine außerordentlich ernste Frage handele, die nur richtig er-

örtert und entschieden werden könne, wenn man sie in ihrer chronologischen Entwicklung und in voller Ruhe betrachte.

„Diese Frage wurde meines Wissens zuerst im Auslande diskutiert, als sich etwa seit 1947 die Verhältnisse zwischen Sowjetrußland einerseits und den Westalliierten und anderen europäischen Staaten andererseits begannen zuzuspitzen. Es kam auf Betreiben Englands im Jahre 1948 zum Abschluß des Brüsseler Paktes, durch den England, Frankreich und die Beneluxstaaten sich zu Verteidigungszwecken zusammenschlossen. Ihm folgte der Atlantikpakt, der auch die Vereinigten Staaten, Kanada, die oben genannten Partner des Brüsseler Paktes, die nordischen Länder mit Ausnahme Schwedens umfaßte und der den Zusammenschluß gegen die sowjetisch-russischen Angriffstendenzen zum Gegenstand hatte. Es kam zu Abmachungen über Schaffung eines Verteidigungsorgans. Es wurde dann in der Öffentlichkeit der am Atlantikpakt beteiligten Länder die Frage erörtert, wo eine Verteidigungsfront gegen Rußland geschaffen werden solle, ob am Rhein, westlich des Rheins oder sogar noch weiter im Westen. Es wurde die Frage der Schaffung deutscher Truppenverbände diskutiert, die aber nur mit leichten Waffen versehen sein sollten und die den Westalliierten den Rückzug decken würden. Die Nachrichten über Aufstellung starker russischer Truppenverbände in der Sowjetzone wurden in der Folge immer genauer. Es kam zur Aufstellung der Ostzonenpolizeiarmee. Es verdichteten sich die Nachrichten, daß in der Ostzone die Einführung der allgemeinen Dienstpflicht beabsichtigt sei. Ich habe immer wieder in der Hohen Kommission verlangt, daß der Bundesrepublik Deutschland Sicherheit vor russischen Angriffen gegeben würde, ich habe darauf aufmerksam gemacht, daß es für uns unerträglich sei, wenn auch von westalliierten Stellen Diskussionen abgehalten würden, denen ganz augenscheinlich der Gedanke zugrunde lag, die Bundesrepublik Deutschland nicht zu verteidigen. Ich habe darauf hingewiesen, daß die Zulassung eines Ueberrollens durch russische Truppen, auch wenn man eine spätere Befreiung durch westalliierte Truppen ins Auge fasse, für uns unerträglich und unmöglich sei. Als der Aufbau der Ostzonenpolizeiarmee zu einer wirklichen Armee in immer stärkerer Weise betrieben wurde, als das Beispiel Korea zeigte, wie höchstwahrscheinlich Sowjetrußland auch bei uns verfahren wolle, habe ich nachdrücklichst gebeten, uns ganz konkrete Zusicherungen zu geben. Herr Pfarrer Niemöller, der jetzt der lauteste Rufer im Streite ist, hat meines Wissens damals seine Stimme nicht erhoben, jedenfalls hat er nicht gegen die uns bedrohende Aufstellung einer Sowjetzonenpolizeiarmee und die außerordentlich starke Anhäufung russischer Truppen in der Ostzone protestiert...“

Zusammenfassend stellte der Bundeskanzler fest:

„Die Bundesregierung oder der Bundeskanzler sind keine Verpflichtungen irgendwelcher Art eingegangen. Es ist auch das Eingehen solcher Verpflichtungen von niemand verlangt worden, es ist kein Angebot gemacht worden. Die Angelegenheit wird im Bundestag, falls eine dahingehende Anfrage von den Westalliierten an uns gestellt werden sollte, erörtert und entschieden werden, also in aller Öffentlichkeit. Der Bundestag ist die

hierzu kompetente Körperschaft. Wenn eine Volksbefragung oder eine Auflösung des Bundestages und Neuwahlen verlangt worden sind, weil die Wahl dieses Bundestages nicht zur Entscheidung dieser Frage vorgenommen worden sei, so kann ich darauf nur antworten, daß alle diejenigen, die etwas Derartiges sagen, offenbar das Grundgesetz, unsere Verfassung, nicht kennen. Das Grundgesetz kennt keine Auflösung des Bundestages, es sei denn, daß die Wahl eines Bundeskanzlers nicht zustande kommt. Der Bundestag kann sich auch nicht selbst auflösen. Der Bundestag ist vielmehr zuständig zur Entscheidung aller Fragen, die während seiner Wahlperiode entscheidungsreif werden.“

Der Bundeskanzler wandte sich dann im einzelnen gegen die Angriffe und Behauptungen des Kirchenpräsidenten Niemöller.

Im Zusammenhang mit der Haltung Niemöllers wies der Bundeskanzler auf einen Brief des Schweizer Theologen Professor Barth, der sich bei den evangelischen Pfarrern, die zu Kirchenpräsident Niemöller stehen, eines großen Ansehens erfreut, hin, den dieser am 19. September 1938 aus Anlaß der Besetzung der Tschechoslowakei geschrieben hat und in dem Professor Barth den bewaffneten Widerstand gegen Hitler als eine absolute Notwendigkeit bezeichnet hat. Der Bundeskanzler sagte in diesem Zusammenhang:

„Was damals von dem Widerstand gegen Hitler galt, das gilt erst recht von dem Widerstand gegen den Bolschewismus.“²⁸

Im weiteren Verlauf seiner Ausführungen ging der Bundeskanzler ausführlich auf die französische Haltung ein:

„Wie ich schon sagte, wird sich die französische Nationalversammlung in der kommenden Woche mit diesen Fragen beschäftigen. In Äußerungen vereinzelter französischer Politiker sind aber bisher schon Auffassungen zutage getreten, die unrichtig, die für uns Deutsche zum Teil verletzend und die leider nicht geeignet sind, die mir und der ganzen Bundesregierung und dem Bundestag so sehr am Herzen liegende Freundschaft mit dem französischen Volke weiter zu festigen und zu stärken. Das französische Volk darf davon überzeugt sein, daß wir Deutschen dem Zerwürfnis mit Frankreich für immer ein Ende machen wollen, daß wir deswegen mit aller Kraft an der Gestaltung und dem Zustandekommen des Schuman-Planes mitgearbeitet haben und weiter arbeiten werden. Äußerungen allerdings wie: ein wiederbewaffnetes Deutschland sei eine größere Gefahr als Sowjetrußland oder aber: man solle die Deutschen ihren Beitrag zur Verteidigung Westeuropas dadurch leisten lassen, daß man sie zu Arbeiten heranziehe, sind bedauerlich. Ich hoffe, daß die französische Nationalversammlung ebenso wie der Deutsche Bundestag sachlich, ruhig und verantwortungsbewußt erörtern werden, daß sie diese Prüfung vornehmen nicht im Hinblick auf Vergangenes, sondern im Hinblick auf die Zukunft. Politische Führer dürfen sich nicht von Gefühlen, die aus der Vergangenheit herrühren, leiten lassen, sie müssen an die Zukunft denken.“²⁹

Das Zusammengehen der SPD mit Niemöller

Das Darmstädter Treffen

Der Goslarer Parteitag der CDU diente zugleich der Vorbereitung des Wahlkampfes für die Landtagswahlen, die in Hessen, Württemberg-Baden, Bayern und Berlin bevorstanden. Auch die Oppositionspartei rüstete sich zum Wahlkampf. Es war klar, daß sich keine der kleinen politischen Gruppen auf dem durch den Wahlkampf der großen Parteien bestimmten innerpolitischen Feld neutral verhalten konnte.

Der Führer der Oppositionspartei benutzte den außerordentlich günstigen Augenblick, um in Verhandlungen mit dem schärfsten geistigen Opponenten des Bundeskanzlers einzutreten.

Am 30. Oktober trafen sich Vertreter der Evangelischen Kirche und der Sozialdemokratischen Partei in Darmstadt, wo sie die Frage eines deutschen Beitrages zur Verteidigung des Westens erörterten. Das über die Besprechungen herausgegebene Kommuniqué hat folgenden Wortlaut:

„Am 30. Oktober haben sich in Darmstadt Repräsentanten aus der Bekenntenden Kirche und aus der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands getroffen, um sich über das Problem eines deutschen militärischen Beitrages zu irgendeinem internationalen Sicherheitssystem zu besprechen. Dabei ist in wichtigen Punkten Übereinstimmung in den Anschauungen erzielt worden.

Einigkeit herrschte insbesondere darüber, daß nur ein neu gewählter Bundestag in dieser Frage für das Volk sprechen kann, nicht dagegen der gegenwärtige Bundestag. Diese Frage bestand bei Schaffung des Grundgesetzes und im Zeitpunkt der ersten Bundestagswahl noch nicht.“³⁰

An der Unterredung nahmen von sozialdemokratischer Seite neben Dr. *Schumacher* Professor Carlo *Schmid*, Minister *Albertz* und die SPD-Abgeordneten Dr. *Adolf Arndt*, *Erwin Schoettle* und *Arno Henning* und von seiten der Bekenntenden Kirche außer Kirchenpräsident *Martin Niemöller*, Präses *Held* und der Geschäftsführer des *Bruderrates der Bekenntenden Kirche*, *Pastor Mochalski*, teil.

Dr. *Schumacher* sagte nach Abschluß der siebenstündigen Konferenz, er habe den Wunsch nach einem solchen Gespräch geäußert, nachdem er schon verschiedentlich mit maßgebenden Männern der Bekenntenden Kirche über die Remilitarisierung gesprochen habe. Eine eigene Stellungnahme lehnte Dr. *Schumacher* ab und verwies auf das herausgegebene Kommuniqué. Kirchenpräsident *Niemöller* betonte, daß die Konferenz rein privaten Charakter gehabt habe.

Wie das Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, *Neuer Vorwärts*, vom 3. November 1950 berichtet, sind weitere Gespräche zwischen der Bekenntenden Kirche und den Sozialdemokraten geplant.

„Auf sozialdemokratischer Seite verspricht man sich von diesem Gedankenaustausch, der bereits 1947 in Detmold aufgenommen wurde, eine beträchtliche Bereicherung des politischen Lebens, die in der Wirkung um so tiefer sein wird, als Sozialdemokratie und Evangelische Kirche ein echtes Verantwortungsbewußtsein für Gesamtdeutschland gemeinsam haben.“

Von seiten der Bekenntenden Kirche nahm der Göttinger Theologie-Professor H. J. *Iwand* in einem ausführlichen Aufsatz zum Treffen in Darmstadt Stellung³¹. Er führte unter anderem aus:

„Die Zusammenkunft Dr. *Schumachers* und *Niemöllers* — in Wahrheit die geistige und menschliche Annäherung zwischen der Sozialdemokratie und der Bekenntenden Kirche — läßt das mühsam errichtete, wirtschaftlich, theologisch und kirchlich restaurative Gebäude der Bonner Regierungskoalition spüren, daß es eine ernst zu nehmende Opposition gibt und daß Demokratie nicht in Erbpacht genommen werden kann von einer restaurativ eingestellten, dem Geist der evangelischen Bevölkerung Deutschlands so wenig gemäßen Konzeption...“

Es ist bei diesem Gespräch, an dem Männer der verschiedensten politischen Richtungen kirchlicherseits teilgenommen haben, keine politische Verschwörung angesetzt worden. Es ist in anerkennender Form — gerade vom Vorsitzenden der SPD — von den Leistungen (Fakten) gesprochen worden, die im Wiederaufbau Westdeutschlands unter der Bonner Regierung zustande gekommen sind. Es wurde am Schluß der Versammlung ausdrücklich beschlossen, mit den evangelischen Abgeordneten anderer Parteien im Bundestag dieselben Besprechungen aufzunehmen und den Versuch zu machen, eine breite Front in der Frage der Wiederaufrüstung Deutschlands zu erzielen. Es ging nur um die Frage der Wiederaufrüstung, um das Ob und Wie derselben — das Gespräch verlief in einer solchen Offenheit, Klarheit und Bereitschaft, aufeinander zu hören und voneinander zu lernen, daß die Teilnehmer der Konferenz beschlossen haben, diese Begegnungen fortzusetzen. Man wird also damit rechnen müssen, daß es zwischen SPD und der Bekenntenden Kirche angesichts der entscheidenden Situation, in der wir uns befinden, laufende sachliche Fühlungnahme in aktuellen politischen Fragen geben wird. Zum ersten Male in der deutschen Geschichte! Nicht ohne daß schwere Leiden unsere Versäumnisse auf diesem Gebiete an uns allen gestraft hätten. Daß wir dort zusammen waren und wie wir dort zusammen waren, ist alles andere als ein ‚Wahlmanöver‘, es ist das Zeichen einer großen, durch die evangelische Christenheit und die von der SPD vertretenen Kreise unseres Volkes gehenden Bewegung! Eine Bewegung der Umkehr und darum zugleich eine solche des Aufeinander-Zugehens...

...Das Ergebnis der Konferenz ist bekanntgeworden: Wir sind der Ueberzeugung, daß der jetzige Bundestag gewählt wurde, als die Frage der Aufrüstung noch nicht im Bereich des — auch nur verfassungsmäßig — Angedeuteten lag. Der neu zu wählende Bundestag würde eine echte Legitimation vom Volk in dieser Frage haben. Denn das Volk soll sich ja verteidigen, und wir wollen keine Söldner in einem Paktsystem werden, von dem noch keineswegs klar ist, welche Rolle Deutschland und

seine Einheit dabei spielen. Darin bestand Einmütigkeit. Es bestand weiter auch darin innere Uebereinstimmung, daß die militärische Frage nicht isoliert werden darf, sondern daß innere und äußere Politik, soziale Fundamentierung und militärische Sicherheit ein Ganzes bilden. So hat es mit Zustimmung aller Dr. *Schumacher* formuliert.

Eines ist freilich darüber hinaus durch die Darmstädter Tagung erreicht (bzw. zerschlagen): In diese Wahl werden wir mit sachlichen und politischen Argumenten gehen müssen. Man wird nicht mehr sagen können: Hier

das Christentum und dort Marxismus. Mit der Zerstörung dieser primitiven und restaurativen Parole geht eine Epoche in Deutschland schneller und, Gott sei Dank, anders zu Ende als die Restauration in Frankreich vor 120 Jahren. Man kann nur sagen: es ist wie ein Wunder, daß der tiefe Graben zwischen SPD und der Kirche so schmal geworden ist, daß einige Mutige bereits ins andere Lager gesprungen sind und dort Botschaft brachten: daß hier wie dort Brüder leben und kein böser Feind uns noch einmal gegeneinander ausspielen soll.“

Ausblick

Die Darmstädter Zusammenkunft zwischen Kirchenpräsident *Niemöller* und Dr. *Schumacher* zeigt, daß in den sechs Wochen, die seit der New Yorker Konferenz vergangen waren, keine wirkliche Klärung der deutschen Haltung zur Verteidigungsfrage eingetreten war. Eine nüchterne Analyse der Texte, die wir in diesem Beitrag veröffentlicht haben, ergibt, daß die bestechende These einer Frontenbildung zwischen der restaurativen Politik des katholischen Bundeskanzlers auf der einen Seite und einer fortschrittlichen sozialistischen und christlichen Opposition auf der anderen Seite nicht zu der politischen Wirklichkeit paßt.

Man kann die Politik der Bundesregierung nicht auf den einfachen Nenner einer Restaurationspolitik bringen. Sie ist zum überwiegenden Teil durch eine Zwangslage bedingt, der sich auch der Führer der Oppositionspartei, trüge er die politische Verantwortung, nicht entziehen könnte. Aus den Äußerungen Dr. *Schumachers* und seiner engsten Mitarbeiter ist auch klar ersichtlich, daß er nicht die Absicht hat, sich der Verantwortung für die Leistung eines deutschen Verteidigungsbeitrages zu entziehen, sondern sie lediglich an die Erfüllung konkreter Bedingungen knüpft, die zwar wesentlich weitergehen, als die vom Bundeskanzler Dr. *Adenauer* formulierten, aber letztlich durchaus auf der gleichen Linie liegen. Zwischen dieser Linie und der von Pastor *Niemöller* seit Beginn der Diskussion über einen deutschen Verteidigungsbeitrag vertretenen radikalen Ablehnung jeder Wiederaufrüstung klafft ein tiefer innerer Widerspruch, über den sich *Niemöller* offensichtlich nicht klar war, als er die Besprechungen mit Dr. *Schumacher* einleitete.

Solange bei der Bundesregierung keine offizielle Anfrage der Westmächte vorlag und sich die ganze Verteidigungsdebatte in einem politischen Vakuum

abspielte, war der Opposition ein weiter Spielraum gegeben, in dem sie mit Gesinnungen operieren konnte, um deren spätere Honorierung sie nicht besorgt zu sein brauchte. Nachdem wichtige Landtagswahlen bevorstanden, konnte man kaum erwarten, daß diese propagandistische Möglichkeit ungenutzt bleiben würde. Daß Pastor *Niemöller* in diesem äußeren Gleichklang der Gesinnungen die Chance einer Beeinflussung der Oppositionspartei sah, ist eines jener tragischen Mißverständnisse, denen gerade geistige Menschen immer wieder zum Opfer fallen, wenn sie sich in den Bereich der Tagespolitik begeben.

Für die Krise, die in dieser zermürbenden Uebergangsperiode zwischen dem Bundeskanzler und dem Bundesinnenminister ausbrach, gibt es in der amerikanischen Innenpolitik der letzten Jahre eine bezeichnende Parallele: Den Rücktritt des amerikanischen Handelsministers *Henry Wallace* in der krisenhaften Anlaufzeit des Atlantikpaktes. Als der Koreakonflikt ausbrach, bezog *Wallace* sofort mit aller Klarheit Stellung auf seiten der Regierung seines Landes. Wenn er vorher die Verständigungsmöglichkeiten mit der Sowjetunion optimistisch beurteilte, so wird man vielleicht seine außenpolitische Erfahrung und Urteilsfähigkeit, keinesfalls aber die Lauterkeit seiner Gesinnung anzweifeln dürfen.

Es ist der Fluch, aber auch die Größe der Demokratie, daß derartige Spannungen in aller Öffentlichkeit ausgetragen und damit sofort Gegenstand des Parteienkampfes werden. Auf lange Sicht wird man aber den moralischen Wert und die reinigende Wirkung eines solchen echten Nonkonformismus höher einschätzen dürfen als die zusätzlichen Aufregungen, die den Zeitgenossen dadurch beschert werden.

Wilhelm Cornides und Hermann Volle

Anmerkungen

¹⁾ Vgl. den Wortlaut des Plevén-Planes in Europa-Archiv 22/1950, S. 3518—3520.

²⁾ Vgl. Europa-Archiv 18/1950, S. 3350.

³⁾ Vgl. Europa-Archiv 21/1950, S. 3475—76.

⁴⁾ Vgl. hierzu den Wortlaut des Communiqués des nordatlantischen Verteidigungsausschusses vom 31. Oktober 1950 in Europa-Archiv 22/1950, S. 3520.

⁵⁾ Vgl. Europa-Archiv 22/1950, S. 3503—3514.

⁶⁾ Vgl. hierzu den Wortlaut der Ansprache des amerikanischen Hohen Kommissars in Europa-Archiv 21/1950, S. 3476 bis 3478.

⁷⁾ Vgl. hierzu den Originaltext in englischer Sprache in Office of the U.S. High Commissioner for Germany, Public Relations Division, APO 757, U.S. Army, Press Release for the Information of Correspondents, October, 9, 1950.

⁸⁾ Vgl. hierzu den Originaltext der Rede in englischer Sprache in Office of the US. High Commissioner for Germany, Public Relations Division APO 757, US. Army, Press Release for the Information of Correspondents, October, 11, 1950.

⁹⁾ Vgl. den Wortlaut des Memorandums auf S. 3594—96 dieser Folge.

¹⁰⁾ Vgl. Europa-Archiv 19/1950, S. 3406/07.

¹¹⁾ Vgl. Europa-Archiv 21/1950, S. 3475/76.

¹²⁾ Vgl. Europa-Archiv 18/1950, S. 3348 und 3350/51.

¹³⁾ Vgl. den Wortlaut der Rede Churchills in Europa-Archiv 18/1950, S. 3374—76.

¹⁴⁾ Vgl. hierzu den Beitrag „Die Straßburger Konsultativversammlung vor den Grundfragen der europäischen Einigung“ in Europa-Archiv 18/1950, S. 3347—59.

¹⁵⁾ Vgl. Europa-Archiv 22/1950, S. 3515/16.

¹⁶⁾ Pressemitteilung des Presse- und Informationsamts der Bundesregierung vom 24. November 1950.

¹⁷⁾ Vgl. Europa-Archiv 22/1950, S. 3509/10.

¹⁸⁾ Der Broschüre „Deutschlands Beitrag für Frieden und Freiheit. Die Politik der deutschen Sozialdemokratie in der gegenwärtigen Situation“, herausgegeben vom Vorstand der SPD, entnommen.

¹⁹⁾ Stenographische Aufnahme der Rundfunkrede von Professor Carlo Schmid durch das Europa-Archiv.

²⁰⁾ Auch gegen die westdeutsche Presse wandte sich Niemöller in auffälliger Weise. Das Fachorgan für das gesamte Pressewesen, *Zeitungsverlag*, Nr. 21/22, berichtet, daß Niemöller anlässlich eines Vortrages am 16. November 1950 in Berlin-Dahlem erklärte, die Presse lüge grundsätzlich. Er behauptete weiterhin, die westdeutschen Zeitungen erhielten seit Herbst dieses Jahres von den Westalliierten Anordnungen, nichts mehr gegen die Wiederbewaffnung zu schreiben. Den Zeitungen könne man heute ebenso wenig glauben, wie im Endstadium des Dritten Reiches.

Das Organ des Vereins deutscher Zeitungsverleger schreibt hierzu:

„Die verantwortlichen Redakteure der deutschen Zeitungen werden es sich überlegen müssen, ob sie es mit ihrem eigenen Ehrgefühl vereinbaren können, weiterhin über die verwirrenden Äußerungen Niemöllers zu berichten, wenn er von vorn-

herein die Glaubwürdigkeit ihrer Berichte bestreitet. Bisher hat unseres Wissens noch kein westdeutscher Journalist dem Kirchenpräsidenten die subjektive Ehrlichkeit abgesprochen. Bezweifelt wurde nur seine realpolitische Einsicht und Klugheit sowie sein Vermögen, die Tragweite seiner Reden objektiv einzuschätzen. Nach seiner letzten Äußerung über die Presse kann man sich weitergehenden Zweifeln nicht verschließen.“

²¹⁾ Quelle: *Flugblatt der Evangelischen Kirche*, herausgegeben von Pastor Mochalski, Darmstadt.

²²⁾ Die *Frankfurter Hefte* vom November 1950 veröffentlichten den Wortlaut dieses Schriftwechsels unter dem Titel „Politische Korrespondenz unter deutschen Erwachsenen“.

²³⁾ Vgl. den Wortlaut des Offenen Briefes in der in Fußnote ²¹⁾ zitierten Quelle.

²⁴⁾ Vgl. den Wortlaut in *Tägliche Rundschau* Nr. 247 vom 21. Oktober 1950.

²⁵⁾ Vgl. den vollen Wortlaut der Erklärung in Europa-Archiv 23/1950, S. 3560.

²⁶⁾ Vgl. den Text der sowjetischen Note in *The New York Times* vom 5. November 1950.

²⁷⁾ Vgl. den Wortlaut in Europa-Archiv 22/1950, S. 3516/17.

²⁸⁾ Die im evangelischen Verlagswerk in Stuttgart erscheinende Wochenzeitung *Christ und Welt* befaßte sich am 12. Oktober mit dem Rücktritt des Innenministers und den an den Bundeskanzler gerichteten Offenen Briefen. *Christ und Welt* stellte in diesem Zusammenhang die Frage an Professor Barth, warum er sich nicht heute genau so an seine deutschen Freunde wende, wie er es vor 12 Jahren im Falle der Tschechoslowakei mit seinem Brief nach Prag getan habe. Die Antwort Professor Barths vom 17. Oktober 1950 ist in einer Sonderausgabe der Zeitschrift *Unterwegs* vom 1. November 1950 veröffentlicht und als Drucksache an alle evangelischen Pfarrer versandt worden.

²⁹⁾ Quelle: *Deutschland-Union-Dienst*, 20. Oktober 1950.

³⁰⁾ Quelle: Bruderrat der Evangelischen Kirche in Deutschland, Darmstadt.

³¹⁾ Vgl. den Beitrag von H. J. Iwand über „Das Ende der restaurativen Episode“ in *Bekennende Kirche auf dem Wege*, Nr. 11/12 vom 15. Dezember 1950, hersg. vom Bruderrat der Bekennenden Kirche, Darmstadt.

Memorandum über die deutsche Sicherheit

Von Dr. Dr. Gustav W. Heinemann, Bundesminister a. D., der dpa am 13. Oktober 1950 übergeben

Die Sicherheitsgarantie

Sicherheit gegen Umsturz im Inneren und gegen Angriff von außen ist ein Anliegen jeden Volkes. Für die Sicherheit gegen inneren Umsturz haben wir selbst zu sorgen. Die Sicherheit gegen Angriffe von außen liegt nicht in unserer Hand. Sie ist Sache der Besatzungsmächte. Seit dem Konflikt der Besatzungsmächte untereinander und dem Kampf um Berlin ist die Sicherheit der Bundesrepublik gegen einen Angriff von außen ein Gegenstand besonderer Sorge geworden. Auch sie kann heute nur von den Besatzungsmächten der Bundesrepublik, das heißt den Westmächten, gewährleistet werden. Die Westmächte haben sich im Kommuniqué der Außenminister vom 19. September 1950 zu ihrer Schutzpflicht bekannt und gesagt: „Sie werden jeglichen Angriff gegen die Bundesrepublik und Berlin, von welcher Seite er auch kommt, als einen gegen sich selbst gerichteten Angriff behandeln“. Damit ist das, was gegenwärtig zur psychologischen Beruhigung getan werden kann, getan. Nachzuholen bleibt die militärische Fundierung dieser Erklärung. Die Westmächte sagen darüber in dem gleichen Kommuniqué, daß sie ihre Streitkräfte in Westdeutschland „vermehrten und verstärken“ werden.

bleiben wir zunächst bei diesem Punkt stehen, so ist also festzustellen, daß die Westmächte der Bundesrepublik ein Sicherheitsversprechen gegeben haben und daß sie sich anschicken, dieses Versprechen durch Vermehrung ihrer Streitkräfte zu realisieren. Die Beurteilung dieses Vorganges muß von zwei Seiten erfolgen. Was er für uns in der Bundesrepublik bedeutet, liegt auf der Hand und ist bei der Bekanntgabe der Washingtoner Erklärung sowie erneut in der Rundfunkansprache des Bundeskanzlers vom 11. Oktober unterstrichen worden. Keinen klaren Ausdruck hat dagegen die andere Seite des Vorganges gefunden. Ich sehe ihn darin, daß die Westmächte, zumal die kontinentalen, damit ihre eigene Verteidigung gegen einen Angriff vom Osten im Vorfeld ihrer Länder auf deutschem Boden aufzufangen gedenken. Die Westmächte erklären mit anderen Worten, uns schützen zu wollen, weil sie damit sich selber zu schützen gedenken. Sie wollen eine etwaige Auseinandersetzung mit dem Osten lieber auf unserem Boden vollziehen als auf dem Boden ihrer Heimatländer. Die Interpretation des Kommuniqués vom 19. September durch den französischen Verteidigungsminister Moch im Radio London am 22. September lautete: „Meine Aufgabe ist es, mit einer französischen Armee, die in Deutschland aufgebaut werden muß, die Russen im Falle eines Angriffes im Osten (!) aufzuhalten.“ Herr Moch erklärte einige Wochen früher: „Wir müssen den Schutz des Glacis sicherstellen, das der Sieg von 1945 uns zu besetzen erlaubt hat. Es ist die Schaffung eines Manövriefeldes Elbe-Rhein, die ständig unsere (!) oberste Sorge zu sein hat.“ Die anderen Westmächte, zumal die kontinentalen, sehen die Dinge ebenso.

Die Bundesrepublik hat somit durchaus nichts Unbil-

liges gefordert, wenn sie die Westmächte um ein Verteidigungsversprechen anging. Die Westmächte haben es gegeben, das sei mit Befriedigung festgestellt. Sie haben es aber selbstverständlich nicht nur um unseretwillen, sondern um ihrer selbst willen gegeben. Werden wir zur Verwirklichung dieser Verteidigung militärisch selber beitragen? Das ist die Frage.

Ungefragte Bereitwilligkeit

Vor der Frage, ob wir Deutschen in der Bundesrepublik einen militärischen Beitrag zur Verteidigung Westeuropas leisten werden, steht die andere Frage, ob die Bundesregierung im voraus ungefragt ihre Bereitwilligkeit zur militärischen Beitragsleistung erklärt hat. Was ist geschehen?

In einem Interview des Bundeskanzlers vom 18. August in der *New York Times* wird von der Notwendigkeit starker Verteidigungskräfte gesprochen. Am 29. August übergibt der Bundeskanzler dem amerikanischen Hohen Kommissar ein Sicherheitsmemorandum, das auf der Außenministerkonferenz am 12. September beraten werden soll. Im Pressedienst der Bundesregierung vom 31. August wird eine Reutermeldung aus London zitiert, wonach das Memorandum des Kanzlers unter anderem den Vorschlag einer europäischen Armee enthält. Am selben 31. August tritt in Bonn die Bundesregierung zu einer Kabinettsitzung zusammen, die der Beschlußfassung über das Memorandum dienen soll. Da das Memorandum vom Bundeskanzler bereits ohne diese Beratung abgesandt war, erklärt der Bundesinnenminister seinen Rücktritt. Nach Verlesung des Memorandums stimmen die übrigen Kabinettsmitglieder zu. Am 19. September übergeben die Außenminister ihr Kommuniqué, in dem es heißt: „Die Minister haben... zur Kenntnis genommen, daß in jüngster Zeit in Deutschland... Stimmen laut geworden sind, die eine deutsche Beteiligung an einer gemeinsamen Streitmacht zum Schutz der europäischen Freiheit befürworten.“ Am 9. Oktober erklärt der französische Hohe Kommissar, daß die Bundesregierung im Prinzip ihre Bereitwilligkeit zur Remilitarisierung gegeben habe. Deutsche Zeitungen berichten diese Erklärung in abschwächender Form, indem sie sagen, daß der französische Hohe Kommissar die „Möglichkeit“ einer solchen Bereitwilligkeitserklärung ausgesprochen habe (so *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 10. Oktober). Der französische Informationsdienst sagt dagegen bündig: „Le gouvernement allemand a donné son accord de principe à cette remilitarisation.“

Ist es vertretbar, daß eine Erklärung von solch entscheidungsvoller Tragweite vom Bundeskanzler abgegeben wird, ohne daß das Kabinett an der Willensbildung beteiligt ist? Ist es vertretbar, daß das deutsche Volk nur vom Ausland her oder durch einen Hohen Kommissar von einer Bereitwilligkeit seiner Regierung zur militärischen Beteiligung an einer Verteidigungsmacht unterrichtet wird? In der Radioansprache am 11. Oktober erklärt der Bundeskanzler, daß keine „Verpflichtungen“

zu einer Beteiligung eingegangen seien. Das hatte niemand behauptet. Zur Erörterung steht lediglich eine Bereitwilligkeitserklärung. Darüber wird deutscherseits geschwiegen. Was also steht nun im Memorandum des Bundeskanzlers vom 29. August, dem die Bundesregierung am 31. August zugestimmt hat?

Das Gebot der Zurückhaltung

Es ist nicht unsere Sache, eine deutsche Beteiligung an militärischen Maßnahmen nachzusuchen oder anzubieten. Wenn die Westmächte unserer Mitwirkung zu bedürfen glauben, so mögen sie an uns herantreten und dabei verbindlich sagen, welches die Grundlagen einer etwa von ihnen gewünschten deutschen Mitwirkung sein sollen. Nachdem es eines der vornehmsten Kriegsziele der Alliierten gewesen ist, uns zu entwaffnen und auch für die Zukunft waffenlos zu halten, nachdem die Alliierten in fünfjähriger Besatzungszeit alles darauf angelegt haben, das deutsche Militär verächtlich zu machen, unsere Wehrmöglichkeiten unter Einschluß sogar von Luftschutzbunkern zu zerstören und das deutsche Volk zu einer jedem Militärwesen abholden Geisteshaltung zu erziehen, haben wir allen Anlaß, auf gegenteilige Aufforderungen so zurückhaltend wie nur möglich zu reagieren. Dies wird für unsere Nachbarvölker im Westen wie im Osten der eindrucklichste und immer noch notwendige Beweis für die doch unleugbare Gesinnungsänderung des deutschen Volkes sein. Wenn wir anders handeln, kann nur der alte Verdacht gegen unseren Militarismus und die aus ihm folgende Mißachtung unseres Volkes verhängnisvoll belebt werden.

Für diejenigen, die eine solche Zurückhaltung — vielleicht aus Unkenntnis dessen, was im Ausland über uns gedacht wird — nicht mehr für geboten erachten, sollte vielleicht erwogen werden, ob sie nicht im voraus die auf uns zukommende Frage der Westmächte nach unserer militärischen Beteiligung hinsichtlich der dann zu klärenden näheren Bedingungen ungünstig beeinflussen. Eilfertige deutsche Stimmen können nur dazu dienen, daß das, was diese selben Stimmen an Aufgeschlossenheit der Westmächte für deutsche Wünsche erwarten, anders ausfallen wird, als sie annehmen.

Die Gleichberechtigung

Erst dann, wenn eine Aufforderung der Westmächte an uns vorliegen wird, uns militärisch zu beteiligen, ist der Zeitpunkt der Entscheidung gekommen. Wir werden alsdann unter anderem zu prüfen haben, welche Grundlagen die Westmächte anbieten.

Es wird von dem Grundsatz der Gleichberechtigung gesprochen. Uns fehlt die Souveränität. Wir haben also einen schwachen Stand. Angesichts dessen, was uns in den Augen der Welt noch wesentlich stärker als im Bewußtsein unseres eigenen Volkes aus der Hitlerzeit belastet (siehe zum Beispiel den Osloer Beschluß vom 2. Oktober 1950 über unsere Nichteinladung zur Winter-Olympiade), haben wir auch nur schwache moralische Grundlagen für eine Forderung nach Gleichberechtigung. Man könnte uns brauchen wollen und ächten zugleich. Man könnte die alte Rechnung wieder präsentieren wollen, wenn die Not vorüber ist. Damit mache ich den Völkern, die unter dem Hitlerkrieg gelitten haben, keinen Vorwurf. Ich stelle lediglich eine Situation fest. Sie besagt, daß es ganz und gar freier Entschluß der Westmächte sein wird, ob sie Gleichberechtigung gewähren. Sie müßte echte Solidarität und Schicksalsgemeinschaft mit uns bedeuten. Sie müßte praktische Folgen haben, die hinsichtlich des Militärischen beispielsweise darin zu sehen wären, daß deutsche Menschen nicht als Kanonenfutter behandelt werden, und hinsichtlich des Politischen beispielsweise darin, daß die Bundesregierung

von den Westmächten nicht nur in etwas platonischer Weise als Sprecherin auch für die russische und polnische Zone anerkannt wird, sondern auch darin, daß das Saargebiet als deutsches Gebiet, das heißt als Bestandteil der Deutschen Bundesrepublik behandelt wird. Eine Reihe weiterer Voraussetzungen (zum Beispiel Bereinigung etlicher Gerichtsverfahren) möchte ich im Augenblick nur andeuten.

Annahme der Aufforderung?

Ich sagte, daß der Zeitpunkt der Entscheidung über eine militärische Beteiligung der Bundesrepublik an der westeuropäischen Verteidigung gegeben sein wird, wenn die Westmächte uns darum angehen. Niemand von uns sollte daher bei allem heutigen Durchdenken der Fragen schon jetzt diese Entscheidung vorwegnehmen. Wenn die Entscheidung vor uns steht, wird eine Fülle von Ueberlegungen geboten sein, die nach den dann gegebenen Umständen zu treffen sein werden.

Der einfache Satz: „Wir müssen uns verteidigen können“, genügt keinesfalls. Es gehört zu den simplen biblischen Wahrheiten, daß man sich auf einen Krieg nicht einlassen soll, wenn keine Aussicht vorhanden ist, daß man ihn bestehen kann (Luk. 14, Vers 31 f). Wird eine Aussicht bestehen? Wird es darauf ankommen, daß deutsche Soldaten zur Verfügung stehen? Das wissen wir nicht, weil uns bis zur Stunde niemand gesagt hat, was die Westmächte denken oder planen.

Wenn es so liegen sollte, daß der deutsche Soldat entscheidend gefordert ist, wird noch manches Weitere vor uns stehen.

Die Aufstellung deutscher Truppen bedeutet eine schwere Belastung unserer sozialen Gestaltungsmöglichkeiten. Wenn es bisher nicht gelangt hat, den Ostvertriebenen und Kriegsbeschädigten, den Wohnungslosen und Sozialrentnern, der Jugend und manchen anderen Gruppen unseres Volkes zu geben, was ihnen zusteht, so werden Rüstungsausgaben ihre Situation nicht erleichtern. Wo ist die soziale Generalstabsarbeit, die hier eine Antwort vorbereitet?

Die andere Belastung erwächst unserer jungen Demokratie. Die militärische Macht wird nahezu unvermeidlich wieder eine eigene politische Willensbildung entfalten. Wenn wir diese Gefahr dadurch für gebannt halten, daß die deutschen Kontingente in einer internationalen Armee stehen, so bleibt zu fragen, ob unsere Abhängigkeit von einem internationalen Generalstab erträglicher sein wird und wer diesen internationalen Generalstab politisch in der Hand hat.

Besonders bedeutungsvoll ist die Frage, ob eine westdeutsche militärische Beteiligung auf Rußland provozierend wirken würde. Der Marxist glaubt ohnehin an kapitalistische Einkreisung. Er glaubt andererseits an den Endsieg des Kommunismus, den er dadurch heraufziehen sieht, daß der Kapitalismus sich in seinen Krisen selbst zerstören wird. Der Marxist ist geneigt, diese Krisenentwicklung zu fördern, das heißt er ist Revolutionär und nicht primär ein Krieger. Deshalb ist ihm gegenüber die innere Immunisierung durch beispielhafte Ordnung der Gerechtigkeit und Freiheit mindestens ebenso wichtig wie äußere Panzerung. Wenn das Wiedererstehen des deutschen Soldaten in Frankreich ein tiefes Mißbehagen auslöst, was wird es in Rußland auslösen, das den furor teutonicus in besonderem Maße erlebt und ebenfalls nicht vergessen hat?

Ich versuche nicht, auf diese Fragen heute eine Antwort zu geben. Sie werden aber vor uns stehen, wenn wir unseren Weg von der Parole bestimmen lassen wollen, daß wir uns doch zur Verteidigung bereit machen müssen.

Die deutsche Situation

Es gibt viele Ueberlegungen, die wir mit den Westmächten gemeinsam anzustellen haben, wenn man uns zur militärischen Beteiligung am Schutze Westeuropas auffordern wird. Es gibt darüber hinaus aber auch noch einige Ueberlegungen, die uns Deutschen besonders obliegen werden.

Ein europäischer Krieg unter unserer Beteiligung wird für uns nicht nur ein nationaler Krieg sein, wie für die anderen betroffenen Völker, sondern obendrein ein Krieg von Deutschen gegen Deutsche. Er wird sich, so wie die Dinge liegen, auf deutschem Boden abspielen. Wer auch immer die erste Schlacht gewinnt — der Stoß geht in deutsches Land, im Westen oder im Osten. Wenn der erste Stoß sich nicht zu einem endgültigen entwickelt, kann dasselbe deutsche Land im Westen oder im Osten abermals der Schauplatz des Krieges sein.

Angeichts dieser Situation haben wir wahrlich bis zum Äußersten ein Lebensinteresse daran, daß eine friedliche Lösung gefunden wird. Was für Rußland und seine Satelliten auf der einen Seite und für die Westmächte auf der anderen Seite zwar ein todernstes Spiel um die Existenz ist, aber immerhin noch eine Chance des Gewinnens oder doch des Ueberlebens in sich schließt, ist für uns mit höchster Wahrscheinlichkeit der Tod, weil wir das Schlachtfeld eines beiderseitigen totalen Vernichtungswillens sind. Natürlich kann Deutschland jederzeit von den anderen zum Schlachtfeld gemacht werden. Aber wir legitimieren unser Deutschland selbst als Schlachtfeld, wenn wir uns in die Aufrüstung einbeziehen. Ich weiß, daß es zur Zeit irreal ist, an eine Verständigung unter den Weltmächten über Deutschland oder an eine UNO-Lösung für Deutschland zu denken. Wer aber vermöchte zu sagen, daß es auch morgen irreal sein wird? Es kommt darauf an, daß die Chance für eine friedliche Lösung nicht verlorengeht. Unsere Beteiligung an der Aufrüstung würde das Aufkommen einer solchen Chance kaum mehr offenlassen.

Was wird zu geschehen haben, um diesen Erwägungen gerecht zu werden? Auch diese Frage wird vor uns stehen, wenn es so weit ist.

Gandhi-Apostel?

Einige leichtfertige Leute haben mich einen Gandhi-Apostel genannt. Ich schmähe Gandhi durchaus nicht, wenn ich bündig sage, daß ich nicht sein Apostel bin. Es ist Gottes Wille, daß weltliche Obrigkeit regiert und daß sie das Schwert führt. Sie hat es auch gegen äußere Feinde zu führen — sofern sie überhaupt eins besitzt. Wir besitzen keins. Hier erhebt sich, zumal für Politiker, die aus christlicher Verantwortung zu handeln erklären, die Frage, ob es nicht etwa so ist, daß wir durch Gottes Gericht waffenlos gemacht worden sind, um deswillen, was wir mit der Waffe angerichtet haben. Auch dann würden wir nicht für alle Zeit waffenlos bleiben müssen. Aber wir sollten uns gefragt wissen, ob es denn wirklich wieder soweit ist oder ob Gott uns heute nicht noch die Geduld und den Mut beibringen will, auch in gefährvollster Situation seinem von uns nicht vorher zu berechnenden Weltregiment zu vertrauen. Er hat Möglichkeiten die Fülle. Diese Frage kann indessen nur derjenige recht hören, der Gott nicht als Idee versteht, sondern in ihm den Schöpfer und Erhalter der Welt und ihrer Völker weiß. Ich bitte, diese Frage stehen zu lassen und nicht mit billigen Reden abzutun. Gott läßt sich nicht spotten. Das hat unser deutsches Volk wahrlich gerade erlebt. Wer nur aus Angst handelt, fällt erst recht in die Grube. Neben allem Aufruf zur Tat ist uns je und dann

auch gesagt: „Wenn ihr umkehrtet und stille bliebet, so würde euch geholfen. Durch Stillesein und Hoffen würdet ihr stark sein, aber ihr wollt nicht.“ (Jes. 30, Vers 15.)

Wiederum sage ich in diesem Augenblick nichts anderes, als daß diese Frage vor uns stehen wird.

Wer hat zu entscheiden?

Der Bundeskanzler erklärte in der Radioansprache am 11. Oktober, daß der Bundestag zu entscheiden haben wird, wenn wir zur militärischen Beteiligung aufgefordert werden. McCloy sagte drei Tage zuvor: „Die westlichen Alliierten sind sich der Tatsache durchaus bewußt, daß ein deutscher Beitrag nur dann möglich und nur dann wünschenswert ist, wenn das Volk, die Volksvertretung und die Regierung der Bundesrepublik ihn wünschen und aktiv unterstützen.“ Auch McCloy kennt die Bundesverfassung und weiß, daß der Bundestag allmächtig ist. *Die Neue Zeitung* (die amtliche amerikanische Zeitung in Deutschland) unterstreicht im Leitartikel vom 10. Oktober: „Die Formulierung ‚das Volk, die Volksvertretungen und die Regierungen‘ ist nicht zufällig. Sie deutet darauf hin, daß man auf seiten der Alliierten nicht übersieht, daß eine so entscheidende Frage wie die einer Teilnahme an der militärischen Sicherung der freien Welt nur auf wirklich freiwilliger Basis gelöst werden kann.“ McCloy denkt offensichtlich in den Traditionen amerikanischer Demokratie, in der sich der politische Wille aus den Staatsbürgern über das Parlament in die Regierung entwickelt. Der Bundeskanzler denkt in den Formen autoritärer Willensbildung und des stellvertretenden Handelns. Streiten wir dabei nicht um Verfassungswortlaute. Wo ein Wille zur Mitbeteiligung des Volkes vorhanden ist, gibt es auch Wege, um diese Mitbeteiligung aufzuschließen. Wir werden unser Volk nur dann demokratisch machen, wenn wir Demokratie riskieren. Wenn in irgendeiner Frage der Wille des deutschen Volkes eine Rolle spielen soll, dann muß es in der Frage der Wiederaufrüstung sein. Angesichts dessen, was unser Volk durch Krieg erlebt und durch fünfjährige Besatzungserziehung erfahren hat, wäre es eine Vermessenheit, jetzt so zu handeln, als ob nichts geschehen sei. Die Verwirrung ist heute schon groß genug. Wenn wir nicht die Geduld haben, sie zu klären, kann es unmöglich einen guten Weg geben.

Man sage nicht, daß keine Zeit sei, die Klärung abzuwarten und alle Fragen in Ruhe zu durchdenken, die ich in diesen Artikeln aufgeworfen habe. Es wird noch eine sehr respektable Zeit dauern, bis alle anderen westlichen Völker so weit gerüstet sind, daß auch wir daran denken können.

Mein Rücktritt

Zum Schluß möchte ich ein persönliches Wort anfügen. Mein Rücktritt aus der Bundesregierung ist erfolgt, weil ich die Verantwortung nicht tragen kann, die einem Bundesminister zugemutet wird. Wo die dem Kanzler obliegende Bestimmung der politischen Richtlinien so verstanden wird, daß eine gemeinsame echte Willensbildung nicht stattfindet, und wo jeder nur mit Vorwürfen zu rechnen hat, der sich den Richtlinien nicht willig fügt, möchte und kann ich keine Mitverantwortung tragen.

Mein Ausscheiden aus der Bundesregierung möge das deutsche Volk vor die Frage führen, wie es sich Demokratie denkt und was es von seinen Ministern erwartet. Es möge die deutschen Männer und Frauen insbesondere in der vor uns stehenden sachlichen Frage der Wiederaufrüstung veranlassen, selber nachzudenken und ihren Willen deutlich zum Ausdruck zu bringen.

Europas Kraftstofflage

von Professor Dr. Karl Krüger, Berlin

Europa ist ein erdölarmer Erdteil. Die Versorgung der Motoren mit flüssigen Kraftstoffen (vor allem mit Benzin und Dieselölen) hängt deshalb in erster Linie von der Einfuhr aus Uebersee ab, mögen nun Rohöl oder Raffinerieerzeugnisse heranzuschaffen sein. Für 1949 wurde der Bedarf Europas von der gut unterrichteten Zeitschrift *World Oil* vom 15. Juli 1950 — unter Außerachtlassung der Sowjetunion — auf 61,3 Millionen Tonnen geschätzt, was 12,6 v. H. des Weltbedarfs entspricht. Davon können nur 7,5 Millionen Tonnen in Europa selbst aus Erdölvorkommen gedeckt, 1,3 Millionen Tonnen Leichtbenzine noch aus Naturgas usw. kondensiert werden. Diese rund 9 Millionen Tonnen stellen bei einer Weltförderung von fast 500 Millionen Tonnen Erdöl nur 1,8 v. H. dar.

Die Gewinnung flüssiger Kohlenwasserstoffe aus Kohlen (vornehmlich aus reichen Braunkohlen: Benzole, Dieselkraftstoffe, Hydrierbenzine) und aus Oelschiefer (Schieferöle, Benzine und Dieselöle), ferner von Alkohol (synthetisch und aus Pflanzenresten) deckt einen noch geringeren Anteil als die Eigenerzeugung von Erdöl. Von ganz untergeordneter Bedeutung sind für die Kraftfahrt das Kraftgas in Stahlflaschen, der Holzgasgenerator und der elektrische Fahrzeugantrieb. Somit bleibt vorläufig die Motorisierungsfrage eine Erdölfrage.

Jedes europäische Land muß die Frage der Bedarfsdeckung auf eigene Art zu lösen suchen. Das westlich orientierte Europa ist besonders arm an Erdöl, doch verfügen einzelne Länder über eine hochentwickelte Kohlenindustrie (England, Frankreich, Belgien, Westdeutschland), die Benzole, Hydrierbenzine usw. zu erzeugen vermag; weit wichtiger aber ist, daß Westeuropa gemäß seinen Kreditmöglichkeiten seinen Bedarf in erforderlicher Höhe aus Uebersee decken kann. Im Rahmen des Marshall-Planes sind umfassende Bedarfsanalysen durchgeführt (zum Teil veröffentlicht) und folgerichtig die Marktbefriedigung erreicht worden.

Das östlich orientierte Europa ist verhältnismäßig gut mit Erdöllagerstätten ausgestattet. Die starke Nachfrage nach Erdölerzeugnissen in der Sowjetunion, die 1949 vermutlich nicht durch die Eigenerzeugung von 33,69 Millionen Tonnen befriedigt wurde, führt dazu, daß bedeutende Mengen der

Oelerzeugung Osteuropas — außerhalb der Sowjetunion — für den russischen Markt abgeschöpft werden. In Ostdeutschland werden einige hunderttausend Tonnen flüssige Kraftstoffe aus Kohle gewonnen.

Die Verfeinerung der geologischen Erkenntnisse und der geophysikalischen Schürfmethode hat in aller Welt zu erfreulichen Oelfunden geführt. Die Besorgnis um die Erschöpfung der Erdölvorkommen, die übrigens nach dem Ersten Weltkriege aus politischen Gründen noch übertrieben wurde, wich einer optimistischeren Auffassung. Ueberdies führte die Aufstellung besserer Theorien über die geologische Bildung der einzelnen Lagerstätten und ferner die Anwendung besonderer Fördermethoden, beispielsweise durch künstliche Steigerung des Gasdrucks in den Feldabschnitten, zu einer günstigeren Ausbeute. Der in früheren Jahrzehnten häufige Raubbau wurde entscheidend eingedämmt. Die mesopotamischen und ostarabischen Lagerstätten bieten mit ihrem Förderprogramm, das gewissermaßen am grünen Tisch aufgestellt wurde, ein Beispiel für den Hochstand geologischer und geophysikalischer Methodik; allerdings sind hier die Oelhorizonte in der Tiefe wenig gestört und die Besitzverhältnisse durch Riesenkonzessionen einfach: somit können die Vorkommen leichter gedeutet und die Bohr- und Förderarbeiten großzügig geplant werden. Man durfte es wagen, rund eine halbe Milliarde Dollar allein für die Verfrachtung und Verladung des Oeles (Rohrleitungen und neue Oelhäfen) schon im ersten Stadium der Produktion verbindlich bereitzustellen.

Die Erfahrungen der internationalen Bohruntersuchungen kommen auch den europäischen Lagerstätten zugute. Aber die geologischen Strukturen sind hier verwickelter, der Felderbesitz ist engräumiger aufgeteilt. Wenn sich auch viele Staaten durch ihre geologischen Landesämter tieferen Einblick über die Konzessionsgrenzen hinweg in die Geologie der Oelfelder zu wahren vermochten, so bleiben doch zahlreiche Hemmungen durch Geschäftsinteressen bestehen. Ein gewisser Ausgleich wird dadurch geboten, daß die geologischen Forschungen und damit die geologische Kartierung oft bis in feine Einzelheiten vordringen und schon im allgemein zugänglichen Schrifttum einen Niederschlag fanden. Trotz der verwickelteren Verhältnisse kann die Zahl der Fehlbohrungen

verhältnismäßig niedrig gehalten werden. Immerhin sind zahlreiche Aufklärungsbohrungen, bei denen man von vornherein nicht mit einer Produktivität rechnet, weiterhin notwendig. Eine ganze Anzahl von Bohrungen ist schon auf über 3000 Meter Teufe niedergebracht worden. Die tiefste Bohrung Deutschlands steht zwischen Hannover und Bremen bei 3850,1 Meter (Rodewald WA 400, Struktur von Stembke); in den Vereinigten Staaten, Wyoming, Sublate District, Pacific Creek wurde 1949 eine Teufe von 6255 Meter erreicht.

Trotz aller Bemühungen der Regierungen und der Privatunternehmer sind die Aussichten Europas auf größere Erdölmengen gering. Es müssen also mehr als bisher Kohlen zur Darstellung flüssiger Kraftstoffe eingesetzt und trotz der noch fehlenden Rentabilität die Verfahren zur Verwertung von Oelschiefen (Kerogenschiefen) durch Verbesserung der Retorten und der Nutzung der Schieferaschen zur Formung von Bauelementen verfeinert werden. Daneben müssen die Bemühungen gesteigert werden, um im Rahmen der wasserwirtschaftlichen Generalplanung die Wasserkräfte zur Kraftstromgewinnung auszuwerten, damit möglichst viele flüssige Kraftstoffe der Motorisierung vorbehalten werden können.

Da also die Einfuhr von Erdöl unumgänglich ist, müssen genaue Berechnungen durchgeführt werden, um unter Berücksichtigung strategischer Erwägungen und der Konjunkturschwankungen im weitesten Sinne des Wortes die Standortfrage der Raffinerien zu klären. Der vollautomatische Betrieb der modernen Anlagen gestattet es, auch in einem unentwickelten Lande ohne Arbeiterstamm, sogar unter schwersten tropischen Bedingungen, marktfähige Erdölzeugnisse herzustellen, das heißt also, größte Raffinerien in der Nähe der Oelfelder (Sumatra, Borneo, Mexiko) oder in nahegelegenen Hafenorten (Abadan im Persischen Golf mit 24 Millionen Tonnen die größte der Welt; die Inseln Curaçao und Aruba, 3 Werke mit einer Jahresleistung von 37,5 Millionen Tonnen) zu errichten und zu betreiben — oder aber im Verbrauchsgebiet das Rohöl zu destillieren und die Einzelprodukte zu Markenwaren zu raffinieren. So in Großbritannien 9,6 Millionen Tonnen (unter anderem Llandarcy/Wales: 3 Millionen Tonnen, Stanlow/Ellesmere bei Liverpool: 2 Millionen Tonnen, Heysham/Lancaster: 1,7 Millionen Tonnen, Fawley/Southampton: 1 Million Tonnen Jahresdurchschnitt). Frankreich 13,5 Millionen Tonnen (Le Havre: 5 Millionen, Marseille: 5 Millionen, Rouen: 2,5 Millionen Tonnen und andere). Italien 3 Millionen Tonnen, für 1953 sind 7 Millionen Tonnen vorgesehen; Deutschland 4,8 Millionen Tonnen¹ (Hamburg in mehreren Werken: 1,8 Millionen, Bremen: 0,7 Millionen Tonnen und andere).

Zwischen diesen Extremen (Feldnähe, Marktnähe), die noch durch den Verarbeitungsgrad unterschiedlich

sein können, gibt es zum Beispiel Raffinerien, die wie Haifa (Israel) und Tripolis (Libanon) erst durch sehr lange Rohrleitungen von den Feldern erreichbar sind. Bei dieser Lage auf halbem Wege ist die Verteilung in mehrere Länder erleichtert. Die Zahl der Raffinerien an der östlichen Mittelmeerküste wird übrigens noch erhöht (Tripolis, später Tarsus, Saida/Sidon und Banyas), so daß irakisches, ab 1951 ostarabisches und 1952 auch Koweit-Oel und persisches Rohöl durch die syrische Wüste gepumpt, aber schon in den genannten Häfen zum Teil zu Fertigwaren aufbereitet werden können. Ein großer Teil des Rohöles wird allerdings in den europäischen Werken verarbeitet werden, so in Italien, Frankreich, England, Mitteleuropa, von denen einige Anlagen gerade im Hinblick auf vorderasiatisches Rohöl errichtet, beziehungsweise erweitert wurden.

Trotz des steigenden Bedarfes in Südasien wird die Hauptmenge des Orientöles (Förderung 1949 insgesamt 69 Millionen Tonnen, in 5 bis 6 Jahren 150 Millionen Tonnen) in Europa verbraucht werden, wodurch die Zufuhr aus den Vereinigten Staaten, Mittel- und Südamerika gesenkt werden kann; denn in ganz Amerika wird die Nachfrage nach Oel noch weiter steigen als bisher. Die neuen Leitungen in Vorderasien² werden mit einem Durchmesser von über 75 cm verlegt (abwechselnd Rohre von 76,2 und 78,7 cm bei der Arabien-Linie, über 81 cm auf der Koweit- und der neuen (fünften) Irak-Leitung), so daß sie je über 15 Millionen Tonnen im Jahre zu bewältigen vermögen; die ersten beiden Irakstrecken (nach Haifa und Tripolis) weisen nur 30 cm, die zweiten je 40 cm auf. Die Betriebskosten der Tank-schiffe erfordern deren beste zeitliche Nutzung, so daß die Verkürzung des Weges zwischen Mittelmeer und Persischem Golf schon beachtlich wird; ferner müssen die hohen Suezkanalgebühren in Rechnung gestellt werden.

In Vorderasien sind amerikanische und englische Finanzgruppen von höchster Geldkraft für die Förderung und Verteilung des Oeles maßgebend. Ganz abgesehen von dem Wettbewerb zwischen „Dollaröl“ und „Sterlingöl“ muß damit gerechnet werden, daß das unter geringem Bohrrisiko geförderte und daher billige „Mittelöstöl“ auch auf dem amerikanischen Markt bevorzugt und daß Europa benachteiligt wird. Praktisch wird aber keine Verknappung des Angebotes von billigem Oel in Europa zu befürchten sein, auch dann nicht, wenn die ölnappen Sowjets als preistreibende Käufer auftreten würden. Die Möglichkeiten Vorderasiens sind so groß, daß in absehbarer Zeit jeder Bedarf gedeckt werden kann.

Nun könnte eingewandt werden, daß bei derart günstigen Zukunftsaussichten die Oelsuche in den europäischen Ländern gegenstandslos würde, zumal durch Einfuhr aus dem Auslande die eigenen Reserven geschont werden könnten. Es ist aber zu beden-

ken, daß eine landeseigene Erzeugung bei Preiskämpfen günstig ist, vor allem in irgendwelchen Krisenzeiten. Es muß aber auch gefordert werden, daß stetig versucht wird, Klarheit über die eigenen Bodenschätze zu gewinnen. Das läßt sich in der Praxis nicht allein durch geologische und geophysikalische Kartierungen und ein paar Kontrollbohrungen erreichen, sondern gerade durch eine leistungsfreudige Industrie; die Lehren aus Fehlschlägen kommen der Ausbildung von Fachleuten aller Art, der Entwicklung von Geräten und Maschinen und hiermit anderen Industrien und schließlich der Ausfuhr zugute. Mehrere europäische Länder haben sich bereits als ölreicher erwiesen, als man noch vor ein oder zwei Jahrzehnten annahm; hätte man sich damals auf die Einfuhren verlassen, hätte man vermutlich diese Reichtümer nicht erschlossen. Neben den Bemühungen um eine eigene Förderung bleibt als eine Zwischenlösung besonderer Art die Einfuhr von Rohöl (oder grob getrennten Hauptanteilen, unter anderem sogenannten getoppten oder Rückstands-Oelen), das in einem Hafenort raffiniert wird; die nach eigenen Verfahren veredelten Fertigerzeugnisse werden re-exportiert und erhöhen dank der eingebrachten Inlandsarbeit den Devisenanfall. Hamburg war schon in den zwanziger Jahren hierfür ein lehrreiches Beispiel.

Im folgenden sei eine kurze Uebersicht über die einzelnen europäischen Länder gegeben (nach *World Oil* 1950 ergänzt³):

Vereinigtes Königreich (England, Wales, Schottland, Nordirland). Geringe geologische Aussichten. Kleine Förderung südöstlich Sheffield (Duke's Wood westlich Newark, erbohrt 1941; Förderung 20 000 Tonnen aus 115 Sonden; Eakring: 16 000 Tonnen; insgesamt 1949: 48 000 Tonnen aus Domen im Farnon, 700 m) und Schottland (1949: 170 Tonnen, 570 m, Karbon bei Dalkeith). Aus britischen Besitzungen (Sarawak/Brunei auf Borneo, Trinidad) stehen auch nur geringe Mengen (3,6 und 3 Millionen Tonnen) zur Verfügung. Benzole und Hydrierbenzine werden auf Kohlenlagerstätten erzeugt. In Schottland ist seit fast 150 Jahren die Schieferölgewinnung im Gange (Pumphreston). Britische Konzerne (AIOC-Anglo Iranian Oil Co, darin die Admiralität mit 52,5 v. H. beteiligt; 40 v. H. englischer Anteil in Royal Dutch-Shell; andere Gruppen) fördern und handeln jedoch in der ganzen Welt, so daß die Bedarfsdeckung (1953 fast 17 Millionen Tonnen) durch rein britische Firmen möglich wäre. Die Raffinerleistung soll auf über 17 Millionen gesteigert werden.

Eire = Irland bietet noch keine Hoffnungen auf Oel.

Portugal/Spanien. Im Süden Portugals (Algarve) ist Oel möglich, ebenso im südlichsten Spanien, ferner längs der Pyrenäen. Oelschiefer wird bei Puertollano verarbeitet.

Frankreich. Lange Zeit galt das altbekannte Vorkommen von Pechelbronn (Oligozän bis Trias) im Elsaß als einziges Oelgebiet; deutsche Fachleute hatten hier übrigens das bergmännische Schachtbauverfahren entwickelt. Nach dem Ersten Weltkrieg wurde man westlich von Sète (Cette) bei Gabian (untere Trias) unweit des Mittelmeeres fündig. 1939 hatte man Erfolge am Pyrenäenrand, denen 1949 und 1950 bei Lacq weitere folgten (hauptsächlich in der Kreide); neue Bohrungen sind im Gange. Am Pyrenäenrand wurden mehrere Erdgasleitungen verlegt, darunter eine von den Gasfeldern nach Toulouse und 1949 von dort nach Bordeaux. Die Gesamtförderung von fast 70 000 Tonnen Oel hat natürlich nur geringe Bedeutung, da der Bedarf den hundertfachen Betrag übersteigen dürfte, der in erster Linie durch Iraköl gedeckt wird, beziehungsweise gedeckt werden soll. Raffinerieerweiterungen sind im Gange, von Le Havre wird eine 25 cm-Leitung für dort raffinierte Erzeugnisse nach Paris verlegt (250 km). Die Oelschiefererzeugung ist unbedeutend, nennenswerter die Kohlehydrierung im Nordosten.

Niederlande. Das 1943 durch geophysikalische Messungen auf der deutschen Grenze bei Schoonebeek entdeckte Feld war eine Ueberraschung; 94 Bohrungen förderten 1949 0,6 Millionen Tonnen! Weitere Funde sind möglich. Wohl mit Rücksicht auf die Riesenraffinerien auf niederländischem Kolonialgrund vor der venezolanischen Küste, Curaçao und Aruba, hat man nur eine größere eigene Raffinerieanlage für Einfuhröl entwickelt.

Belgien besitzt keine ölhöffigen Gebiete; in 5 Anlagen verarbeitet es 350 000 Tonnen Rohöl. Seine Kongokolonie ist ebenfalls ölarms; geringe Hoffnungen bestehen dort für den äußersten Westen und den Nordosten. Uebrigens wurde eine Oelleitung von Ango Ango (Atlantikhafen Matadi) zur Umgehung der Kongoschnellen und zwecks billiger Versorgung des „oberen“ Kongo bis Kinschasa (Léopoldville) verlegt. Bei Stanleyville gibt es Oelschiefer, die die Verarbeitung lohnen würden.

Deutschland. Oelfelder östlich und nördlich Hannover (Nienhagen-Hänigsen, Wesendorf, Fuhrberg, Wietze usw.), bei Hamburg (Reitbrook), in Holstein (Heide) und neuerdings im Emsland (Emlichheim, Georgsdorf usw.), weniger in Baden (Forst) lieferten 1949 über 0,8⁴ Millionen Tonnen. Vermutlich stammt das Oel ursprünglich aus dem Zechstein und wanderte dann in andere Horizonte. Häufig findet es sich unten am Rand von Salzdomen, deren mehr als 100 in Norddeutschland geophysikalisch festgestellt wurden. Weitere Funde sind möglich, aber Funde von Weltbedeutung sehr unwahrscheinlich. Deshalb wurde die heute gehemmte Kohlehydrierung gefördert. Die Schieferölgewinnung hat sich als noch nicht rentabel erwiesen (Braunschweig, Darmstadt, Württemberg).

Schweiz. Völlig ölarms, Schürfungen werden fortgesetzt.

Italien. Mit zäher Energie wurde die Erdölsuche betrieben. Pietramala nördlich Florenz und einige Felder am Südrand des Po-Tales ergaben, meist aus großen Teufen, 1949 noch keine 10 000 Tonnen, wohl aber beachtliche Erdgasmengen, die nach Florenz und Ferrara, ferner nach Genua, Turin und Mailand geleitet werden oder werden sollen. Amerikanisches Geld (Società Petrolifera Italiana der Standard Oil Co. of New Jersey) hilft bei der Erschürfung. Sonst ist die AGIP (Azienda Generale Italiana Petroli, staatlich) führend. Das internationale Kapital beteiligte sich lebhaft an der Aufstellung von Raffinerien in mehreren Hafenorten (Bari, Neapel, Livorno, Spezia, Genua, Venedig, Triest); die bisherige Leistung von 3 Millionen Tonnen soll auf rund 7 Millionen erhöht werden. Zur Sicherung billiger Anfuhrer von Orientöl hatte sich italienisches Geld vorübergehend an den Mosul Oilfields Ltd. beteiligt.

Jugoslawien. Bisher wurden die Aussichten für gering erachtet, aber die ungarischen Erfolge nahe der Grenze flößten neuen Mut ein. Seit 30 Jahren wird auf Bujawitz bei Lipik hingewiesen, das durch seinen Gasreichtum zum Bau einer Gasleitung Anlaß gibt. Intensive Erdölarbeiten sind im Gange (Produktion 1949: 54 000 Tonnen). 400 000 Tonnen (eingeführte) Rohöle können im Lande verarbeitet werden (Fiume, Bosnisch-Brod, Dravograd, Osijek).

Ungarn. Nordwestlich von Nagykanizsa wurden bei Lipe kurz vor dem Zweiten Weltkrieg beachtenswerte Oelmengen erschürft; man erbaute eine Rohrleitung südlich am Plattensee entlang bis zu den Raffinerien auf der Donauinsel Czepe bei Budapest. In diesem Gebiet wurden auch neuerdings noch Funde gemacht; in einem Fünfjahresplan sind noch 200 Bohrungen vorgesehen. Da die amerikanischen (Standard Oil Co. of New Jersey) und englisch-niederländischen (Royal Dutch-Shell) Investitionen enteignet und zum Ersatz nur 15 v. H. der Werte angeboten wurden, entfällt die Lieferung westlicher Bohreinrichtungen. 1949 sollen 440 000 Tonnen gefördert worden sein. Bei Pétfürdő (nördlich des Plattensees) wurde im Krieg eine Kohlehydrieranlage betrieben. Die größte Erdölraffinerie ist das neue Werk der Sowjetisch-Ungarischen Oelgesellschaft in Fünfkirchen (Pécs).

Rumänien. Seit 1857 ist (mit Ausnahme des Ersten Weltkrieges) ein langsames Ansteigen der Förderung bis 1936 — 9 Millionen Tonnen — zu verzeichnen; dann ging es bergab bis 1944, als die Förderung unter 4 Millionen sank. Die Erholung danach war gering und ergab für 1949 erst 3,9 Millionen Tonnen, die etwa dem rumänischen Normalverbrauch entsprechen (nach *World Oil* werden aber 60 v. H. nach der Sowjetunion ausgeführt). Die Felder liegen be-

kanntlich am äußeren Karpathenrand; ob wirkliche Erschöpfungserscheinungen vorliegen, ist schwer zu sagen. In Siebenbürgen wurden nur Gassonden ausgewertet. Die Produktion liegt in der Hand sowjetisch-rumänischer Staatsunternehmen, die auch eine Oelleitung nach Odessa verlegten.

Albanien. Das Land fördert mehr, als es braucht: 180 000 Tonnen aus den Feldern Devoli (75-km-Leitung nach Berat) und Pahtoso (32-km-Leitung nach Valona); bis vor kurzem führte es Oel nach Jugoslawien aus.

Bulgarien. Oelarm, einige Oelschieferlager. Raffinerien in Russe (Rustschuk).

Griechenland. Oelarm.

Türkei. Oelarm; geringe Ausbeute von 118 000 Jahrestonnen (1949) nahe der Irakgrenze (Raman Dag); Hoffnungen auf Zilizien (İçel-Mersina) sind noch lebendig, ferner auf Mürefte (europäische Seite der Dardanellen) und die Gegend um Erzindschan, Erzurum und Vansee (Ostanatolien). Es ist merkwürdig, daß noch keine Raffinerieindustrie am Bosphorus entstand.

Polen. Seit den siebziger Jahren wird in Galizien Oel gefördert. 1909 war das Hochjahr mit 2,0 Millionen; dann ging es unauffhaltsam bergab. Die Abtrennung Mittel- und Ostgaliziens mit den Feldern um Boryslaw/Tustanowice/Mraznica ließ Polens Förderung auf 100 000 Tonnen (von 430 000 Tonnen) stürzen. Aber in Westgalizien wird eifrig geschürft und gebohrt (1949: 135 000 Tonnen); wenigstens hat man mit Erdgas Glück und der Naturgas-Trust betreibt, beziehungsweise plant Leitungen nach Warschau, Lublin, Kielce und anderen Orten. Ob aus Kohlen neben Benzol und Dieselölen noch Hydrierbenzine gewonnen werden, konnte nicht ermittelt werden.

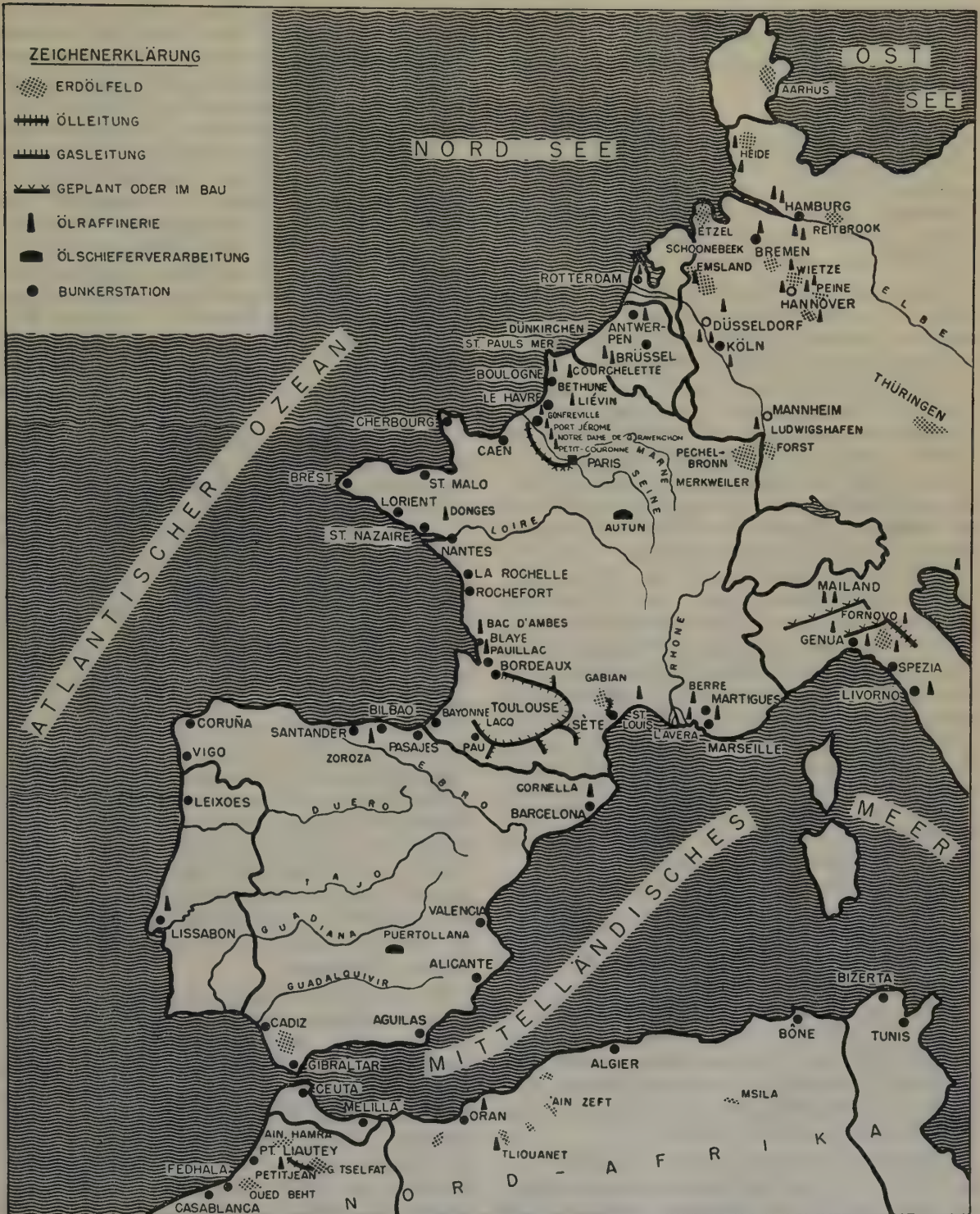
Oesterreich. In Zistersdorf (nordöstlich Wien) stieg ab 1935 die Förderung stetig bis auf 1 Million Tonnen; inzwischen wurden in der Nähe weitere Felder entdeckt (Gaiselberg, Mühlberg und andere); auch für 1949 kann die Förderung auf 1,1 Millionen Tonnen geschätzt werden.

Aus der Zeit der Zufuhr von rumänischen Halbfertigfabrikaten (zum Beispiel Benzin-Dieselöl-Gemischen und anderen) waren bei Wien Raffinerien entstanden (Korneuburg, Lobau, Floridsdorf, Vösendorf, Kagan, Schwechat, Tulln) für 1,3 Millionen Tonnen.

Ob im Alpenvorland nennenswerte Oelmengen gefunden werden können, ist ein Problem, das ebenso in Bayern überlegt wurde; Schürfbohrungen haben nur sehr geringe Mengen ergeben.

Tschechoslowakei. Die Förderung war nie erheblich (1942 eine Spitze von fast 40 000 Tonnen, 1949 wieder um 40 000 Tonnen, Plan jedoch 85 000 Tonnen). Die Felder von Gbely und Göding/Hodonin

Die erdölwirtschaftlich wichtigen Anlagen in Westeuropa



werden trotz der Nähe von Zistersdorf als nicht mehr-versprechend angesehen. Es ist anzunehmen, daß die Kohlehydrierung eifrig betrieben wird. Raffinerien stehen bei Preßburg/Bratislava, Dubova, Mährisch-Ostrau, Pardubitz, Kolin, Kralup usw.

Ueber die Möglichkeiten in der Slowakei ist nichts näheres bekannt.

Nordeuropa. Dänemark bohrt hoffnungsvoll bei Aarhus, zumal die holsteinischen Erfolge anregend wirken. Norwegen dürfte ölfrei sein, ebenso Finnland und Island. Schweden hat nur Erfolg mit Oelschiefern (Kinnekulle). Alle Länder vergrößern ihre Raffinerieleistung, unter anderem plant Dänemark eine Anlage für 0,7 Millionen Jahrestonnen.

Sowjetunion. Auch heute noch ist Baku das Oelzentrum, das 1949 noch 16,1 Millionen Tonnen, also rund die Hälfte des russischen Erdöles (33,69 Millionen Tonnen) lieferte. Nach den Vorratsberechnungen verfügt die Halbinsel Apscheron (Baku) noch über 1,7 Milliarden Tonnen sicherer geologischer Reserven. Der Förderung nach folgen in weitem Abstände die Felder am Nordrand des Kaspas: Daghestan am Kaspisee (noch unbedeutend), Grosny (wichtig), Maikop und Felder am Nordufer des Schwarzen Meeres. Die Felder in Georgien südlich des Kaukasus (Schiraki-Steppe) sind nebensächlich. Bedeutend können die Oelgebiete südlich und westlich des Ural werden. Wahrscheinlich fördert „Emba“, eine Feldergruppe in Kasachstan zwischen dem Kaspisee und den Städten Aktjubinsk und Orsk, heute über 2 Millionen Tonnen. Die geologischen und geophysikalischen Schürfungen westlich des Ural habe allergrößte Hoffnungen erweckt, so daß man schon vom „zweiten Baku“ zu sprechen begann. Zunächst wurden Felder in der Baschkirenrepublik, dann an der Kama erschlossen, ferner setzten Erfolge bei Sysran, Stawropol und Saratow ein. Sehr reich scheint auch das nördliche Uchta-Petschora-Gebiet zu sein, von dem allein man 1942 1,2 Millionen Tonnen erwartete.

Wenig neue Nachrichten liegen über Turkmenistan, also das Gebiet östlich des Kaspisees vor, das man möglicherweise noch als das „dritte Baku“ bezeichnen wird. Nach *Leimbach*⁵ förderte man allein bei Nebit-Dag 1948 1,2 Millionen Tonnen.

Mittelasien ist wahrscheinlich ebenfalls reich; so Usbekistan (1948 über 1 Million Tonnen), Kirgisistan und Tadschikistan (Ferghana-Oelzone in allen drei Republiken). Förderzahlen sind nicht bekannt, doch dürften diese beachtlich sein, da hier mindestens vier große Raffinerien errichtet wurden.

Auf Sachalin ist nun der japanische Einfluß — als Konzession im Norden, als Oberhoheit in Südsachalin — völlig beseitigt; die Produktion beschränkt sich noch auf den Norden und dürfte nach *Leimbach* um 1 Million Tonnen liegen.

In bezug auf Raffinerien ist Baku ebenfalls Zentrum; alle Werke, von denen mindestens fünf größere Anlagen darstellen, können fast 20 Millionen Tonnen verarbeiten (ob in dieser Menge Fertigwaren herstellbar sind, ist fraglich); Grosny kann 4,5 Millionen Tonnen bewältigen. Für Maikop einerseits und Baku andererseits (zwei Rohrleitungen nach Batum) kommen Raffinerien im Schwarzmeergebiet in Betracht: Krasnodar und Tuapse, dann Odessa, Cherson, Berdiansk.

Das Emba-Gebiet besitzt Raffinerien im Süden bei Gurjew, vor allem aber eine große bei Orsk (Rohrleitung von den Südfeldern bei Gurjew bis Orsk 843 km Länge, mehrere Seitenstränge). Große Raffinerien arbeiten an der Wolga (Stalingrad, Saratow, Sysran, Kujbyschew, Kasan, Gorki, Jaroslaw) oder sind von dieser aus leicht erreichbar (Iwanowo, Moskau, Leningrad, ferner Molotow — früher Perm — und Ufa). Ueber Raffinerien in Westsibirien ist noch nichts bekannt, wohl aber die Existenz sibirischer Werke bei Irkutsk, Chabarowsk, Komsomolsk und Wladiwostok.

Außer den erwähnten Rohrleitungen Baku—Batum ist die von Machatschkala nach Grosny, von dort über Rostow ins Donezgebiet hervorzuheben. Ferner sind neue Erdgasleitungen beachtlich: Saratow—Moskau (843 km 1946), Daschawa—Galizien—Kiew (513 km 1948/49), um Kujbyschew (Wolga) und Andischan (Mittelasien). Die Oelschieferwerke in Estland, die schon vor dem Zweiten Weltkrieg etwa 1 Million Tonnen Oelerzeugnisse lieferten, senden seit 1949 Gas über 200 km von Kohtla—Järvi nach Leningrad. Bei Leningrad arbeiten übrigens ebenfalls Oelschieferwerke.

Es ist anzunehmen, daß im Donezgebiet und in Kusnetz (Westsibirien) Kohlen hydriert werden.

Die zahlreichen Traktoren der Landwirtschaft, die Lastkraftwagen und Panzer, viele Lokomotiven und Dampfer verbrauchen Benzin, Dieselöl oder Masut (Heizöl); daraus ist schon vor dem Kriege berechnet worden, daß die Produktion von „nur“ 30 Millionen Tonnen keine Ausfuhrüberschüsse erwarten läßt. In der Tat erhebt die Zentralexekutive die Forderung, um 1960 zu einer Förderung von 60 Millionen Tonnen zu gelangen.

Die Produktion erfolgt durch Trusts, die manchmal zu Kombinat regional zusammengefaßt sind; so unterstehen dem Asneft-Kombinat (Aserbaidshan-Oel; Baku) mindestens 12 Einzeltrusts. Wichtig sind noch Grosneft (Grosny), Krasnodarneft (mit Maikop), Ukrneft (für die früher polnischen Felder Galiziens, die etwa 400 000 Tonnen fördern; Ukrgas für Daschawa; ferner Romny), Kujbyschewneft-Kombinat (mit Prikamneft, Baschneft und anderen Trusten), Kasachstanneft-Kombinat (Embaneft-, Aktjubneft-Trust), Turkmenneft, Woroschilowneft (Usbekistan), Sredasneft (Ferghana), Dalneft-Kombinat

Osmanisches Reich (bis 1921)

Osmanische Bergbauverwaltung (bis 1918)

Zivilliste des Sultans Abdul Hamid II.

C. ester 1908; 1912—1914

Erben des Sultans Abdul Hamid II. (1919)

Rep. Türkei

(Chester 1924)

Wirtsch.-Min.

Isch-Bank

*Eti-Bank (1935)

TPC (Türk. Petr. Co.) (1912)

RDS 25%

Deutsche Bank 25%

Ottoman-Bank

Sir E. Cassel

50 % (AIOC 1914)

Weltkonzern

*AIOC (1935; Konzessionsbegrenzung)

PL: mehrere nach Abadan (R)

vgl. Middle East Pl. Co. (vgl. Kuwait)

R: Abadan; größte R der Welt

R: Bender Meschur

Nordirak

(Mosul-Gebiet)

Brit. Oil Devt. Co. (1927)

→ *Mosul Petr. Co. (1936; zu IPC)

Syrien

Syria Petr. Co. (IPC)

Syrian-American Oil and Gas Co.

(Men Hall-Gruppe)

Libanon

Lebanon Petr. Co. (IPC)

R: Consol. Ref. (IPC)

2 R im Bau: (Cie. Frç.; Stand. Oil)

Israel

Petr. Devt. Co. (IPC)

Jordan Exploration Co. (brit.)

R: Consol. Ref. (IPC; z. Z. geschl.)

Jordanien

Petr. Devt. Co. (IPC; gab 1950 auf)

Sinai

*R: Anglo-Egyptian Oilfields (RDS)

bislang mit Stand. Oil. N. Y.

(National Petr. Co. of Egypt, 1950,

und andere sind konzessioniert)

Erläuterungen zur Tafel

Admiral Chester sucht in Osmanischen Reich (zuerst 1896 und später in der kemalistischen Türkei Erdöl- und Eisenbahn-) Konzessionen zu erwerben.

Et Bankas (Petr. Bank) = Wirtsch.ministerium, Ankara.

TI C: Türkische Petroleum Co.; durch Initiative der Deutschen Bank.

RDS: Royal Dutch Shell; englisch-niederländischer Weltkonzern. (60% Kgl. Ned. Mij. etc.), 40% Shell Transp. & Trad. Co.;

AIOC (APOC): Anglo-Iranian (Persian) Oil Company, London. (1. Bf.)

St. Oil: verschiedene Standard-Oil-Gesellschaften (z. B. St. Oil Co. of New Jersey, das zusammen mit Texas Oil Co.).

Socony Vacuum, das zusammen mit Vacuum Oil Co., St. Oil of California (= CalTex, da zusammen mit Texas Oil Co.).

Gulf Oil Corporation, Houston, Texas.

Atlantic Refining Company, USA.

Superior Oil Co., USA., spezialisiert in Bohrungen im Küstenvorland (im Schelfgebiet)

Nordpersien

(Khoschiana [Georgien])

(North Persian Oils [APOC])

(Sinclair: amerikanische Gruppe)

(Amiranian Oil Co.; amerikanische Seaboard Oil)

(Sowjet-Iranische Öl-Gesellschaft; Konzession nicht erteilt)

Iranische Öl-Gesellschaft als Staatsunternehmer im Aufbau

Mittelpersien

R: Kermanschah (K. Petr. Co. der AIOC)

PL: vgl. Ostirak

Ostirak

*Khanagiri Oil Co. (APOC, AIOC)

R: in Alwand

PL: nach Kermanschah

(Kermanschah Petr. Co. in West-

persien)

Saudi-Arabien

Cal Tex

früher Cal. Arab. Oil Co.

*Aramco = AAOO

= Arabian American Oil Co.

Cal Tex 60%

Stand. Oil New Jersey 30%

Socony-Vacuum 10%

R: Ras Tannura

R: Saïda (Libanon) im Bau

PL: mehrere von den Feldern;

Anschluß an

TAPLine = Transarabian Pipe Line

Co. (Arabien-Saïda) (Lib.)

(Durchm. 76/78 cm)

Cal Tex 60%

St. O. N. Jers. 30%

Socony-Vac. 10%

Katar

*Petr. Devt. Co. (IPC) (Qatar); PL

Kuweit

*Koweit Oil Co.

(Gulf Expl. & AIOC)

R: Mena el Ahmadi (1950)

Middle East Pl. Co. (AIOC + St. N. J.

+ Stanvac; Ø 81 cm)

PL: Abadan/Kuweit

nach Tartus (Mittelmeer) im Bau

Neutrale Gebiete

Saudiya/Irak

Pacific Western Oil Corp. (amer., vertritt

auch 50% der Saudi-Interessen)

Saudiya/Kuweit

Amerikanische Gruppe von 10 Gesellschaften:

American Independent Oil Co. (vertritt

auch 50% Kuwait-Interessen)

Bahrein

Gulf Oil Corp.

Eastern Gulf mit CalTex;

*Bahrein Petr. Co. (1918, Canada)

R: Insel Sitra bei Bahrein

Schelfgebiet im Persischen Golf

Superior Oil Co. (amerik.)

sucht Konzessionen nach

* = Ölfelder in Förderung

PL = pipeline = Rohrleitung

R = Raffinerie

mit Sachalinneft. Unter den 48 Ministerien befindet sich ein besonderes Erdölministerium. Vorderasien⁶. Gewissermaßen als Teil eines

„Größeren Europa“ sind die Erdölvorkommen im „Nahen Osten“ (Middle East) besonders zu beachten, handelt es sich doch möglicherweise um die

Reserven, Förderung (1949) und Besitzverhältnisse der Oelfelder Vorderasiens

Sichere geologische Vorräte in Millionen Tonnen	Produktion 1949 t	Plan 1956 t	Besitzanteile in Prozent					
			staat- lich	ameri- kanisch	bri- tisch	nieder- ländisch	fran- zösisch	Gulben- kian ³
Türkei	50	0,1	100	—	—	—	—	—
Süd-Persien	1000	27	—	—	100	—	—	—
Nord-Persien	—	—	100	—	—	—	—	—
Afghanistan	100*	—	100*	—	—	—	—	—
Irak	1000	4	—	23,75	33,25	14,25	23,75	5
Saudi-Arabien	1300	23	—	100	—	—	—	—
Kuweit	1500	12	—	50	50	—	—	—
Neutralgebiet ¹	—	—	—	100*	—	—	—	—
Bahrein	200	1,5	—	100 ²	—	—	—	—
Katar (Ostarabien)	70	—	—	23,75	33,25	14,25	23,75	5
Syrien	—	—	—	—	—	—	—	—
Israel	—	—	—	—	—	—	—	—
Jordanien	—	—	—	—	—	—	—	—
Sinai (nur Produktion)	—	0,5	—	50	35	15	—	—

1) Neutrale Gebiete auf den Grenzen von Saudi-Arabien mit Irak und mit Kuweit.

2) Streng genommen kanadisch.

3) Participations and Investments Inc. des Vermittlers Gulbenkian.
Anmerkung: — = nichts; .. = nicht bekannt; * = geschätzt.

reichsten Oellagerstätten der Welt, die den Gesamtbedarf Europas decken könnten. Nordafrika. Marokko und Algerien weisen nur kleine Lagerstätten auf. Aegypten am Roten Meer (besonders am Westrand von Sinai) etwas reichere. Die geförderten Mengen reichen kaum für den eigenen Bedarf, so daß also das nordafrikanische

Randgebiet des „Größeren Europa“ nicht für die Versorgung europäischer Länder in Betracht kommt. Zusammenfassend darf man sagen, daß „Westeuropa“ von der Einfuhr abhängt, jedoch Fertigfabrikate aus Rohölen selbst herzustellen vermag. „Osteuropa“ kann keine Zufuhr erwarten, sondern muß unbedingt die eigene Gewinnung steigern.

Anmerkungen

1) 1954: 7 Millionen t. Hamburg 1954: 2,5 Millionen t. Emsland: 0,8 usw.

2) Der Schlußteil der 1718 km langen TAPLine, die vom Persischen Golf quer durch Kleinasien zum Mittelmeer führt, wurde am 25. September vollendet. Mit der Inbetriebnahme der Leitung rechnet man im Dezember 1950. Dann wird das saudi-arabische Rohöl in Sidon (Libanon) am Mittelmeer von Tankern übernommen werden können. Die Pipeline erspart den 3300 Seemeilen langen Seeweg um die Arabische Halbinsel und den Suez-Kanal und setzt auf diese Weise etwa 60 bis 80 Tanker frei. Zudem können die Kanalgebühren von 1.12 Dollar pro Tonne eingespart werden.

3) Durch Inbetriebnahme von drei Pumpstationen hofft man vorerst, bis Ende Dezember einen täglichen Rohöldurchsatz von 14 300 t zu bewältigen. Diese Leistung soll sich während des Winters durch Einsatz einer weiteren Pumpanlage auf 37 900 t steigern, um dann im April nächsten Jahres das veranschlagte Transportsoll von täglich 45 000 t Rohöl zu erreichen. Darüber hinaus ist das gesamte Rohrsystem so konstruiert, daß durch Bau von weiteren sechs Pumpstationen der tägliche Rohöltransport über 1718 km auf mehr als 78 000 t erhöht werden kann.

4) Wie erinnernlich, mußte der Pipelinebau der Transarabian Pipeline Company mehrfach infolge von politischen Ereignissen und auch wegen der Stahlknappheit in den USA unterbrochen werden. Beim Bau halfen 2000 amerikanische Facharbeiter und Ingenieure sowie 8000 angelernte Araber. Die TAPLine, deren Bau 1947 begonnen wurde, wird nach Inbetriebnahme einen der wichtigsten Versorgungswege für westeuropäische und auch westdeutsche Raffinerien bilden, da die Oelversorgung Westeuropas zu einem wesentlichen Teil von den Oelfeldern Arabiens bestritten wird.

5) Vgl. auch Karl Krüger: „Weltatlas der Erdölindustrie“. 3. Aufl. Berlin, 1943. Ferner die Zeitschrift *Erdöl und Kohle*. Celle und Hamburg. Weiter die mir erst nach Abschluß der Arbeit zugegangene Zürcher Arbeit von Dr. Tamara Brunnshweiler-Peterson: „Die Erdölproduktion Europas“. 1950, 151 S., 1 Karte; Diss. Geogr. Inst. Univ. Zürich. Sie bietet eine klare und korrekte Ueberschau der in Frage stehenden Einzelheiten.

6) Nach *Erdöl und Kohle*, Organ der Deutschen Gesellschaft für Mineralölwissenschaft und Kohlechemie wird die deutsche Gesamt-Erdölproduktion 1950 etwa 1,1 Millionen t betragen. Uebrigens wird amtlicherseits gerechnet, daß 1953 ein Bedarf von 4,7 Millionen t vorliegen wird; wahrscheinlich wird die Produktion von Erdöl dann größer als 2 Millionen t sein.

7) Werner Leimbach: „Die Sowjet-Union“. Reihe Kleiner Länderkunden. Stuttgart, Franckh'sche Verlagshandlung; 1950, S. 526. Sehr eingehende Hinweise auf Organisation und Produktion.

8) Genaue Kartendarstellung, Zahlen- und Unternehmerübersichten vom Verfasser in der Zeitschrift *für Raumforschung*, Bonn/Bielefeld, 1950, Heft 6—7, S. 308.

Die literarische Jugend Europas

von Dr. Hermann Schreiber, Wien

Dem Autoreisenden des vergangenen und des vorjährigen Sommers bot sich wieder das durch ein Jahrzehnt vermißte Bild der von wandernder Jugend belebten Straßen. Ja, in diesem Jahr schien es noch lebhafter zuzugehen, das Heilige Jahr mochte besonders viele auf die Beine gebracht haben, und die Jahrhundertmitte erzeugte eine fast inbrünstige Wanderstimmung, ein kaum mehr zu bändigendes Verlangen, aus dem eigenen Land hinauszukommen, den kleinen und doch so vielbesprochenen Kontinent selbst kennenzulernen.

Es gab keine Reisenationen par excellence, wie es einst für Italien die Engländer, für Oesterreich die Deutschen, für Spanien die Franzosen waren. Man traf auf allen Straßen alle Nationen in bunten Gruppen, und sie wurden noch bunter, weil etwa die Schotten sehr rasch herausbekommen hatten, daß jedes Auto sie gerne mitnahm, wenn sie den Kilt trugen. Man suchte auch keinen bestimmten Ort, nicht einmal Rom (eher fast Florenz), man blieb auch nirgends lange. Man wanderte, wie zuletzt wohl die Urgroßväter wanderten, die Großväter und Väter schon nicht mehr. Wer in diesem Strom einige hundert Kilometer mittrieb oder abwechselnd Dänen und Engländer, Deutsche oder Franzosen im Fond hatte, erkannte eines: dieser Jugend geht der Sinn für Grenzen ab. Sie konnte ihn noch nicht erwerben, weil es seit ihrer Schulzeit noch kaum Grenzen gibt, von denen man lernen konnte: die Friedensverträge fehlen und vielleicht der Frieden selbst. Die Völker sind durch erzwungene und freiwillige Wanderung, durch Besetzung und Kriegergräber zu einer europäischen Internationale des Schmerzes und der Hoffnung geworden, so daß der Student von heute, der junge Mensch überhaupt, kaum noch in Nationen denkt. Und damit ist eine neue Reisezeit heraufgekommen, die den von Stefan Zweig gepriesenen Jahren in den Formen nicht ähnelt, die aber in der inneren Bereitschaft zur Reise und ihrer Lehre über die „Welt von gestern“ hinausgelangt ist. Denn für die Jugend von heute ist die Welt von gestern der Krieg.

Hat man erlebt, welche stürmische Hoffnung, welcher Drang nach dem anderen Land, nach dem ganzen Kontinent hinter dieser keineswegs spielerischen Reise- und Wanderlust steht, so weiß man auch, daß

das Wort von der literarischen Jugend Europas nicht zu anspruchsvoll ist. Diese Jugend hat auf den Straßen, auf den sonnenhellen Landstraßen Europas gelernt, was die meisten unserer älteren Schriftsteller noch nicht wahrhaben wollen: daß die Welt in Bewegung ist, daß sie ein ganz anderes Tempo hat als früher und daß es sein kann, daß man sie nicht wiedererkennt, wenn man sich zu lange bei einem der traditionellen Familien- oder Ehedramen aufhielt. Schreibtische und Kaffeehäuser haben an Wert verloren, denn was an ihnen erzeugt wurde, gründete sich auf die stillschweigende Annahme, daß sich auch bis zur zehnten Auflage die geschilderte Welt nicht ändern werde. Sie hat sich aber geändert, und die Schreibtischware verkauft sich nur noch einige Zeit an jene, die von dieser Aenderung noch nicht genug wissen; die anderen aber haben begonnen, sich ihre eigenen Bücher zu schreiben: bunte, etwas eilige, frische und unbekümmerte, aber nur selten unernste und fast nie oberflächliche Bücher, die sich einen schon ziemlich festliegenden, nur langsam wachsenden Kranz von Vorbildern fanden.

An diesen Vorbildern läßt sich die Vollständigkeit der Wandlung, die Macht der neuen Strömung am leichtesten ermessen, denn was *Hamsun* und *Gide* nach dem Ersten Weltkrieg bedeuteten, ist bekannt. Aber ihre Strahlung durchdrang nicht dieses letzte Jahrzehnt, auch *Duhamel*, *Valéry*, *Thomas Mann*, ja selbst der jüngere *Montherlant*, *D. H. Lawrence* und sogar *Aldous Huxley* sahen ihren Einfluß auf die junge Generation, die sie seit den dreißiger Jahren geradezu anbetete, empfindlich gemindert. Der junge deutsche Essayist *Gunter Groll* hat in einer Sendung über die *Gruppe 47*, die einige der originellsten Köpfe der neuen deutschen Schriftstellergeneration vereinigt, ein Wort *Valérys* variierend, gesagt: „Da sind die ästhetizistischen, pseudo-innerlichen Elfenbeinturm-Bewohner, die esoterischen Rosenzüchter und Spitzenhändler, die einen Bombentrichter betrachten, als wäre er ein Lilienkelch. Sie sind sehr zart und sehr fein und sehr kontaktillos und haben uns wenig zu sagen.“ Nur im rein Technischen des Schriftstellerhandwerks hält man an einzelnen Suggestionszentren der Zwischenkriegszeit fest: an *Hemingway* natürlich, obwohl zu erwarten ist, daß *Norman Mailer*, der doch sein Licht nur von anderen Sonnen hat, ihn

schon bald (wenn auch nur für die Selbstschreibern) überstrahlen wird; aber man hat auch René *Schickele* wiederentdeckt, freilich jugendlich-klobig nachahmend und auf einer schier aussichtslosen Suche nach seiner leichten Hand (der junge Kärntner *Breidbach-Bernau* in seinem 1949 bei S. Fischer erschienenen Roman „Die neue Straße“); und schließlich geistern *Erich Kästner* und in seinem Gefolge unzählige Kleinkunstmätzchen der deutschen Prosa, *Polgar* aus zweiter, *Tucholsky* oder gar *Walser* aus dritter Hand durch die kleinen Formen: *Horst Mönnich* etwa behilft sich sogar mit typographischen Scherzen, und der 1924 geborene *Wolfgang Grothe* stimuliert seine Phantasie mit makabren Intelligenz-Konstruktionen.

Aber das alles geschieht am Rande und, wie gesagt, mehr im Handwerk als im Schöpferverstand. Die tieferen Wirkungen, jene, denen aufrichtige Neigung von den Jungen her entgegenkommt, gehen von Dichtern aus, die längst mehr geworden sind als nur literarische Begriffe.

Da sind zunächst drei, die schon durch ihren Tod den ersten Schritt zur Mythisierung getan haben: der im spanischen Bürgerkrieg von Frankisten erschossene große Lyriker *Federico Garcia Lorca*. Seine Gedichte sind inzwischen trotz der enormen Schwierigkeiten, die sein bilderreicher, brutal in Tiefstes leuchtender Stil bereitet, ins Französische, Englische, Deutsche, Ungarische, Italienische und wohl noch in andere Sprachen übertragen worden, seine Dramen: „*Yerma*“, „*Bluthochzeit*“, „*Bertranda Alba's Haus*“ sind über viele europäische Bühnen gegangen. Sein Stern steigt in dem Maß, als *André Malraux* in seinen neuesten Schriften von seinem Spanien-Buch „*Espoir*“ abrückt. *Garcia Lorca* wird immer mehr zum literarischen Symbol des Spanienkampfes schlechthin, trotz der Breitenwirkung von *Hemingways* „*Wem die Stunde schlägt*“.

Der zweite ist *Antoine de Saint-Exupéry*, der Postflieger und spätere Einsatzflieger der französischen Résistance, der über dem Mittelmeer von Deutschen abgeschossen wurde. Wahrscheinlich hätte es in seinem Falle dieses Todes gar nicht bedurft; er war schon in seinen letzten Werken, dem „*Pilote de Guerre*“ (deutsch: „*Flug nach Arras*“) und in „*Citadelle*“ von der Aktion seiner frühen Bücher zur Aktionsphilosophie auf der Basis seines neuen Menschenbildes gelangt. Sehr grob auf die Grundzüge visiert, gleicht seine Entwicklung in manchem der *Ernst Jüngers*, der von Kriegsbüchern ausging und in „*Heliopolis*“ ankam.

Und schließlich starb, wie ein Protest inmitten des seltsamen und unerwarteten Interregnums der deutschen Nachkriegszeit, *Wolfgang Borchert*, der Dichter des Dramas „*Draußen vor der Tür*“, das auch dem einzigen Dichter-Film der neuen deutschen Produktion, dem ergreifenden Filmwerk „*Liebe 47*“, zugrunde liegt.

Was diese drei Toten so besonderen Einfluß gewinnen, so unbedingte Verehrung genießen läßt, ist im Grunde das geheime Wissen, daß sie die letzten sind, die mit gutem Gewissen für eine Sache fielen. Das Europa von heute ist, trotz der klaren Fronten des Kalten Krieges, nicht so sicher in seiner Entschei-

dung, wie man es meinen möchte, wenn man im politisch-wirtschaftlichen Bereich sein Urteil bildet. Gerade das literarische Europa hat Gelegenheit, immer wieder festzustellen, daß Licht und Schatten auf beiden Seiten vorhanden und gar nicht so ungleichmäßig verteilt sind, wie man annehmen muß, wenn man sein Empfangsgerät entweder nur westlich oder nur östlich eingestellt hat.

Diese Unsicherheit, die sich in Wandlungen ausdrückt, hat ein anderes Dreigestirn in den Gesichtskreis der Jungen gerückt: den Spanienkämpfer, aber heutigen Gaullisten *André Malraux*, dessen „*Condition Humaine*“ noch gegen *Tschiang-Kai-Schek* stand, während seine Artikel der letzten Monate Zeile für Zeile eine Lebensarbeit zurückzunehmen bestrebt waren; weiter *Ernst Jünger*, dem der Kampf, wie man weiß, ein inneres Erlebnis ist, der in einer vielbeachteten Geste seines Buches „*Gärten und Straßen*“ dem Krieg absagte, dann aber in den „*Strahlungen*“ Bombenangriffe auf dichtbewohnte Stadtteile und eine Erschießung so schilderte, als spräche er von seinen gärtnerischen Liebhabereien oder seinem Aquarium; und schließlich *T. E. Lawrence*, den Arabien-Lawrence, der sein Buch vom Arabienkrieg „*Die sieben Säulen der Weisheit*“ nannte, der sich zynisch zu allen Listen bekannte, die der Geheimdienst einem tiefsinnigen Manne abverlangen kann, und der nun seine Erinnerungen wohl publizieren ließ, aber zu einem enorm hohen Preis, als habe auch die Wahrheit und das Bekenntnis seinen Preis, sofern man ihn nur hoch genug ansetze...

Es ist eben diese unleugbare Intransigenz der Großen, die anderen, stilleren Begabungen eine Aufmerksamkeit sichert, auf die sie sonst wohl noch lange hätten warten müssen. Dem vom Essay zum exemplarischen Roman gekommenen *Albert Camus* zum Beispiel, der soeben seine Zeitungsartikel sammelte und damit eine Summe, ein Archiv der Aufrichtigkeit gab, wie sie aus diesen bewegten Jahren nur wenige heimgebracht haben dürften. Sein Landsmann *Saint-John Perse*, mit seinem wahren Namen *Alexis Léger-Léger*, hoher französischer Diplomat und heute Leiter der Europaabteilung in einer der größten amerikanischen Bibliotheken, ist vor kurzem zum erstenmal ins Deutsche übertragen worden. Seine Gedichte, ob nun in „*Anabase*“ oder in den „*Exiles*“, sind die tiefsten und reichsten Schöpfungen jener Weltliteratur, die *Goethe* noch als eine Bibliothek imaginierte, die aber dieser auf den Antillen geborene, in der ganzen Welt aufgewachsene, in Paris zu Ruhm gelangte und in Amerika mit Erfolg gekrönte Dichter in einer Person verwirklicht.

Camus und *Saint-John Perse* freilich sind Synthesen, zu denen die Jungen oder eigentlich die Jüngsten, denn *Camus* ist ohnedies erst 1913 geboren, nur langsam finden. Am leichtesten wird ihnen der Besitz, der Rückhalt am Mutterkontinent deutlich, wenn sie den Gegensatz sehen, der nicht immer auch ein Gegner sein muß.

Zwei junge Romanciers lieferten letzthin solche Bekenntnisse; die Enttäuschung riß ihnen den Mund auf und gab ihren Büchern eine Aufrichtigkeit, wie sie selten anzutreffen ist. Zusammengehalten aber

beweisen sie, daß unser Kontinent nach beiden Seiten hin abgesichert werden muß, wenn er mehr als seinen Namen behalten will.

Der eine ist der 1924 geborene Jacques Maralis, dessen Roman „La Rage des Innocents“ (Die Wut der Unschuldigen) in die engste Wahl für den mit einer Million Francs dotierten Grand Prix du Roman Français 1949 kam und, obwohl er nicht gekrönt wurde, doch wesentlich mehr Aufsehen erregte als das schließlich ausgezeichnete Werk. (Die Editions du Seuil brachten ihn mit einer aufschlußreichen Kurzbiographie des Autors heraus.) Maralis sah die Amerikaner in Cannes, im Befreiungsjahr 1944. Das mit einem ungeheuren Schwung geschriebene Buch bringt es fertig, auf dreihundert Seiten keinen Amerikaner etwas anderes als Naturlaute ausstoßen zu lassen, als sei die Sprache eine Gabe der Europäer, und schildert im übrigen diese unvorstellbare, brutal-primitive Verbrüderungsatmosphäre und das zum Krieg aufgeputschte, aber kaum in den Kampf gekommene Landungscorps an der Riviera in einer auch literarisch gesehen sensationellen Könnerschaft.

Der andere heißt Milutin Doroslovac und brachte 1948 unter dem Namen Milo Dor einen Band ausgezeichnete Zeitskizzen heraus, der den bezeichnenden Titel „Unterwegs“ trägt. Aber seine eigentliche Leistung ist der große Roman „Tote auf Urlaub“, in dem der 1923 in Budapest geborene Donau-Serbe Milo Dor in deutscher Sprache sein Befreiungserlebnis schildert. Es wurde ihm nach jahrelanger Gestapohaft mit Verhören und Folterungen 1945 in Wien zuteil, und er spricht von den Befreiern der Apriltage dieses Jahres in Oesterreich kaum freundlicher als Jacques Maralis von der entsprechenden Zeitspanne in Cannes. (Der Roman Milo Dors ist durch Vorabdrucke in verschiedenen Zeitschriften, darunter den *Frankfurter Heften*, und durch eine öffentliche Lesung in Frankfurt am Main bekannt; er erscheint im Verlag „Konzentration“, Wien.)

Diese beiden Werke wurden anderen gleichwertigen Beispielen vorgezogen, weil wir den Eindruck haben, es sei auf sie noch zu wenig hingewiesen worden (auch über die Literatur der Jungen wird meistens ziemlich schematisch berichtet); sie sind uns aber auch wichtig für den Beweis, daß die — grob gesprochen — nihilistische Phase der ersten Nachkriegsjahre nun vorbei zu sein scheint. Der junge Oesterreicher Peter Pötschner nannte sein erstes Buch „Die verlorenen Jahre“ (Alfred Ibach-Verlag, Wien), und von den ersten Büchern junger französischer Autoren, die sich mit dem europäischen Problem der Verständigung mit dem einstigen Gegner befaßten, waren zumindest die des begabten Pierre Fisson („Voyage aux Horizons“) und des älteren Pierre Frederix („Mort à Berlin“) noch in dunkelster Hoffnungslosigkeit geschrieben. Nur der Besatzungsbeamte François Bastide, von dem man seither leider nichts mehr vernahm, findet positive Möglichkeiten und faßt Vertrauen in die Zukunft in seinem an *Stendhal* geschulten Roman „La troisième Personne“; das Buch hat auch durch den Hintergrund des sich selbst noch suchenden Saarlandes eigenes Gesicht.

Ihnen allen mochte Albert Camus das Signal gegeben haben, der nach dem „Fremdling“ die „Pest“ und nach der „Pest“ nun seinen aphoristisch-klaren, begeisternden Sammelband „Actuelles“ veröffentlichte (Gallimard; 1950).

Ebenso klar wird die Situation eingeschätzt, wenn Alfred Andersch, einer der in dem Rowohlt-Sammelband „Tausend Gramm“ aufgefallenen Erzähler, in einem Radiovortrag sagte: „Es herrscht nicht mehr jenes absolute geistige Vakuum wie nach dem Kriege, es kann nicht mehr von einer tabula rasa gesprochen werden, die einen voraussetzungslosen Neubeginn möglich macht. Eine Sammlung junger geistiger Kräfte muß jetzt vielmehr in die Erörterung der denkerischen und künstlerischen Grundlagen eintreten. ‚Die Welt brennt. Und du —: schreibst‘ — es geht genau um die Erörterung dieses Aufschreis des jungen Berliner Dichters Wolfdietrich Schnurre. Vor dem gewaltigen Hintergrund der Epoche muß die Dialektik von Sein und Bewußtsein neu geprüft und interpretiert werden. Es muß sich herausstellen, ob wir einpacken können, oder ob Schreiben identisch sein kann mit Lösversuchen am Weltbrand.“

Das klingt schon wesentlich zukunftsfreudiger, als die bis dahin geltende Schlagzeile Paul Vaillant-Couturiers vom „malheur d'être jeune“, freilich auch ernster als der Hymnus auf die Jugend, den René Clair und Salacrou in ihrem neuen Faust-Film („La Beauté du Diable“) anstimmen.

Sehr deutlich ist zunächst die Tendenz, aus der Vereinsamung herauszukommen; die unausgesprochene Angst aller jungen Schriftsteller, nicht gehört zu werden, mag dahinterstehen. Sie ist in Deutschland und Oesterreich, wo die Literatur eine kleinere Öffentlichkeit genießt als in Frankreich oder Italien, naturgemäß stärker; man sucht unbewußt nach einer Form, die den noch nicht gesicherten Kontakt mit dem Leser vorwegnimmt. Der dreißigjährige Berliner Bruno Hampel beginnt seine bemerkenswerte psychologische Kriegserzählung „Das mit dem Mais“ mit den bezeichnenden Worten „Du bist mein Bruder...“ und erzählt in dieser Anrede weiter. Der reifere Ernst Schnabel unterbricht sich in der Geschichte vom „Dunklen Engel“ durch die Aufforderung „Denk Dir: ...“ und später: „Frag mich nicht“... Und Otto Horn, ein junger österreichischer Lyriker, schreibt die Zeilen:

„Nachbar komm, bevor wir uns im Haus verirren,
Schließlich leben wir doch alle Tür an Tür.“

Es sind die Schlußzeilen eines Gedichtes, das sich in der „Tür an Tür“ überschriebenen Anthologie vierzehn junger Autoren findet. (Herausgegeben von Rudolf Felmayer, Zwei-Berge-Verlag, Wien.)

Dieses Bestreben, die Tür zum Nächsten aufzustoßen, in dem Haus — der europäischen Nachkriegssituation — nicht allein zu sein, kommt in einer anhaltenden Thomas Wolfe-Renaissance zum Ausdruck. Wolfe hat in dem dichterischen Vorspruch zu seinem Erstlingswerk „Look homeward, Angel“ das Wort von der nichtgefundenen Tür zum Nebenmenschen geprägt, ja noch hinzugefragt: „Wer von uns hat seinen Vater gekannt?“, eine Problematik, die dieser Gene-

ration, dieser allzufrüh emanzipierten und in Familien-Krisen aufgewachsenen Jugend weit weniger drängend erscheint, als etwa *Hasenclever* oder *Werfel* (in seiner Novelle: „Nicht der Mörder, der Ermordete ist schuldig“). Mehr ein Nachklang als eine Stimme aus unseren Tagen ist in dieser Beziehung Friedrich *Torbergs* Roman „Hier bin ich, mein Vater“ (S. Fischer 1948); schon durch das Schicksal *Torbergs* — er lebt in der amerikanischen Emigration — aber auch durch sein Alter bleibt diese an sich tief und ehrlich durchgeführte Konstruktion am Rande unseres Blickfelds. Aber ins Herz trifft uns die Wiener Lyrikerin *Christine Busta* — sie ist 1915 geboren und verdiente, im ganzen deutschen Sprachgebiet als eine der stärksten neuen Begabungen gefeiert zu werden —, wenn sie einen steinernen Engel aus dem Straßburger Münster so sprechen läßt:

„Laß mich versteint. Ich mag die Toten nicht wecken!

Ich ging durch die Städte und konnte die Lebenden nicht entdecken:

Wildnis war.

In den Häusern wohnte das Gras, aus den Fenstern sahn

Purpurdistel und gelber Löwenzahn,

Vor den Toren wucherte graues Nesselhaar.“

Hier spürt man in der reinsten, der dichterischen Form, was anderen denkerisches und erzählerisches Bemühen abverlangt. Dem jungen Engländer *William Sansom* etwa, der im Blick „Durch ein Quinquina-Glas“ sich ein fremdes Schicksal, ein anderes Leben, eine zweite Zukunft zu erschließen sucht und es in Italien, der Landschaft europäischer Begegnungen, geschehen läßt. Oder im humoristischen Bereich dem Holländer *Adriaan Morrien*, der in dem reizenden Interieurstück „Ein unordentlicher Mensch“ dartut, daß wir unsere Nebenmenschen allzu hoffnungslos und kritisch betrachten und daß sie doch aus ihrer eigenen Welt heraus Wert und Zukunft haben, auch wenn wir es nicht ahnen. Es sind verstreute Paraphrasen jener Erziehung zum Menschen und zur Gemeinschaft, die der 1915 in Rußland geborene, französisch schreibende Offizier und Diplomat *Romain Gary* meint, wenn er seinen aufsehenerregenden Erstling, eine Novelle aus dem polnischen Partisanenkampf „Education européenne“ benennt. Daß die in diesen Rahmen gesetzten kleineren Erzählungen immer wieder nach Frankreich zurückführen, schafft jene den ganzen Kontinent zum Zeugen aufrufende Spannung, aus der auch der „Gefährten“ überschrie-

bene Sammelband der *Anna Seghers* sein besonderes Gewicht bekommt.

Romain Gary ist heute Diplomat seines Landes; das kann die Zeitgenossen von *Paul Morand* und *Claudel*, *Jean Giraudoux* und *Saint-John Perse* um so weniger verwundern, als seit dem Krieg auch die Polen ihre diplomatischen Posten teilweise mit Schriftstellern besetzen (so waren der Romancier *Aleksander Jackiewicz* und der satirische Lyriker *Jerzy-Lec* Kulturattachés); aber die Herkunft, das Zusammenschießen slawischen und romanischen oder romanischen und germanischen Blutes ist bemerkenswert. Gab es das auch immer, so ist der starke Anteil jener jungen Autoren, die aus einem zweifachen Erbe schöpfen, heute doch schon auffallend und darf zum Schlusse einer Betrachtung der jungen europäischen Literatur zumindest angedeutet werden. Der heute schon groß zu nennende Erzähler *Henri Troyat* (Prix Goncourt 1938 in Konkurrenz mit *J. P. Sartre*) wurde 1911 in Moskau geboren, *Pierre Fisson*, den wir schon erwähnten, 1918 in Tiflis, *Alexandre Toursky*, der beste Lyriker des Kreises um die *Cahiers du Sud* hat einen russischen Vater und eine französische Mutter. *Bastide* und *Murciaux* schaffen die Verbindung über den Rhein, der unter dem Pseudonym schreibende *Bruno Scorpione* ist ein ausgezeichnete, zwischen Deutschland und Italien stehender Erzähler, den die *Story* lancierte. *Albert Camus* und der Dramatiker *Emmanuel Robles* sind in Nordafrika geboren, *Loys Masson* auf den Maurizius-Inseln; die Zahl der französisch schreibenden Rumänen, Griechen, Ägypter war nie so groß wie heute; der geniale serbische Erzähler *Milo Dor* bedient sich der deutschen Sprache.

Gewiß kann das Europa-Rezept nie dem des amerikanischen Melting-Pot, dem Schmelztiegel gleichen, aber es braucht kaum besonders erwähnt zu werden, daß diese Jugend, die gelernt hat, Ländergrenzen zu ignorieren, sie schon gar nicht im Geiste aufrichten wird. Das Mißtrauen, das in gewissen Regionen der Politik, oft in Erfahrungen begründet, noch schwelt, das scheint für die jüngere Generation, wenn überhaupt, dann nur bis zum letzten Krieg existiert zu haben:

„Zwischen Kirkenes und Bari
Von Bayonne bis an die Wolga
Haben wir das ganze Marschgepäck verloren.
Nur etwas haben wir am Weg erworben:
Erworben haben wir im Krieg das Wissen,
Daß wir uns leicht verstehen könnten,
Von Bayonne bis an die Wolga
Und von Kirkenes bis Bari.“

(Gerhard Fritsch, geb. 1924 in Wien).

Die Ereignisse in Europa

Deutschland

16. November. Der Bundestag nimmt gegen die Stimmen der SPD und der DRP, bei Stimmenthaltung der Bayernpartei, WAV, Zentrum und KPD, eine EntschlieÙung an, in welcher die von der Konsultativversammlung des Europarats im August gefaÙten und dem Parlament vorgelegten Empfehlungen als wichtige Beiträge zur Verwirklichung der europäischen Föderation bezeichnet werden.

17. November: Die Evangelische Kirche Deutschlands erörtert auf einer Konferenz in Berlin-Spandau die Frage der deutschen Sicherheit. In einer am 18. November veröffentlichten EntschlieÙung der Kirchenkonferenz und des Rates der Evangelischen Kirche Deutschlands heiÙt es, daÙ die Einheit der Evangelischen Kirche trotz starker Spannungen gewahrt bleibe. Der Rat bedauere die Schärfen in den Äußerungen von Kirchenpräsident Martin Niemöller zur Frage der Wiederaufrüstung in Deutschland; er bedauere aber auch die Form der Kritik des Bundeskanzlers. Der Rat achte die Gewissensentscheidung von Dr. Gustav Heinemann und dessen Gründe für seinen Rücktritt.

Vizekanzler Franz Blücher erklärt auf einer Wahlversammlung der DVP in Stuttgart, ein Gespräch mit der Sowjetunion über die Wiedervereinigung Deutschlands könne die Kriegsgefahr bannen. Die Wiedervereinigung und eine Einigung mit Polen über die deutschen Ostgebiete lägen im Interesse der gesamten Welt.

18. November: Die Landtagswahlen in Hessen haben folgendes vorläufiges Ergebnis:

Partei	Stimmen	Sitze
SPD	820 444 (687 431)	47 (38)
CDU	347 803 (498 158)	12 (28)
FDP/BHE	588 191 (252 207)	13 (FDP) (14) 8 (BHE)
KPD	78 446 (171 592)	— (10)

(In Klammern die Ergebnisse der Landtagswahlen vom 1. Dezember 1946.)

Die Landtagswahlen in Württemberg-Baden haben folgendes vorläufiges Ergebnis:

Partei	Stimmen	Sitze
CDU	379 181 (487 085)	34 (39)
SPD	475 872 (404 716)	28 (32)
DVP	303 331 (247 710)	23 (19)
KPD	70 207 (130 253)	—
DG/BHE	211 599	15 (10)

(In Klammern die Ergebnisse der Landtagswahlen vom 24. November 1946.)

20. November: Die neugebildete mecklenburgische Landesregierung hat folgende Zusammensetzung: Ministerpräsident: Wilhelm Höcker (SED); Innenminister Walter Bick (SED); Finanzminister: Dr. Max Suhrbier (LDP); Volksbildungsminister: Hans-Joachim Laabs (SED); Minister für Industrie und Aufbau: Heinrich Lechtenberg (CDU); Minister für Handel und Versorgung: Günter Ludwig (NDPD); Minister für Arbeits- und Gesundheitswesen: Bruno Hirschberg (CDU); Landwirtschaftsminister: Bernhard Quandt (SED); Minister ohne Geschäftsbereich: Ernst Walter Beer (DBD).

21. November: Ministerialdirektor im Bundesinnenministerium, Hans Egidt, erklärt vor der Presse in Bonn, sieben Bundesländer hätten bisher dem zwischen Bund und Ländern vorgesehenen Abkommen über die Bereitschaftspolizei zugestimmt.

Der Bundesvorstand des Deutschen Gewerkschaftsbundes spricht sich in einer Erklärung gegen die Wiedererrichtung einer selbständigen deutschen Armee aus. Das deutsche Volk könne sich aber einer Verteidigung der westlichen Kultur und Freiheit nicht verschließen. Vollbeschäftigung, ausreichende soziale Fürsorge, Mitbestimmungsrecht seien bessere Garantien für den Frieden und die Sicherheit als Panzer-Divisionen.

Der Thüringische Landtag beauftragt den bisherigen Ministerpräsidenten von Thüringen, Werner Eggerath (SED), mit der Regierungsbildung, der folgendes Kabinett bildet: Innenminister Gebhard (SED); Justizminister: Dr. Liebler (LDP); Finanzminister: Dr. König (NDPD); Minister für Handel und Versorgung: Rutsch (CDU); Industrieminister: Strampfer (FDGB); Minister für Land- und Forstwirtschaft: Schröter (DBD).

24. November: Der amerikanische Hohe Kommissar, John J. McCloy, erklärt vor Studenten der Universität Kiel, die junge Generation müsse auf die zukünftige politische Entwicklung Deutschlands entscheidenden Einfluß nehmen. Die Bundesrepublik werde in den kommenden Wochen größere Machtbefugnisse übernehmen und in der Außenpolitik bald die Gleichberechtigung mit den anderen Nationen erlangen. Die Bundesrepublik habe die Aufgabe, bei der Schaffung eines freien, friedlichen Europas eine führende Rolle zu spielen. Die deutsche Jugend müsse realistischer denken und den Tatsachen gerade ins Auge blicken.

In Bonn werden Teile des Sicherheitsmemorandums

der Bundesregierung an die Alliierte Hohe Kommission vom 29. August 1950 veröffentlicht. (Vgl. S. 3581 dieser Folge.)

Der französische Hohe Kommissar André *François-Poncet* erklärt in einem telefonischen Interview mit AP, der Vorschlag Dr. *Adenauers* auf Abschluß eines Sicherheitspaktes zwischen der Bundesrepublik und den Besatzungsmächten sei von den Außenministern Großbritanniens, Frankreichs und der Vereinigten Staaten abgelehnt worden.

Die dem Sächsischen Landtag vorgestellte Landesregierung hat folgende Zusammensetzung: Ministerpräsident: Max *Seydewitz* (SED); Innenminister: Arthur *Hofmann* (SED); Finanzminister: Wilhelm *Adam* (NDPD); Minister für Handel und Versorgung: Rudolph *Schulze* (CDU); Minister für Gesundheitswesen: Dr. Walter *Thürmer* (LDP); Volksbildungsminister: Helmut *Holtzhauer* (SED); Minister für Landwirtschaft und Forsten: Fritz *Weisshaupt* (DBD); Minister für Industrie, Arbeit und Aufbau: Richard *Goschwitz* (FDGB).

Die dem Landtag von Sachsen-Anhalt vorgestellte Landesregierung hat folgende Zusammensetzung: Ministerpräsident: Werner *Bruschke* (SED); Innenminister: Josef *Hegen*; Minister für Industrie, Verkehr, Aufbau und Arbeit: Kurt *Opitz*; Minister für Land- und Forstwirtschaft: Willi *Maikath*; Minister für Volksbildung: Richard *Schallock*; Minister für Gesundheitswesen: Dr. Otto *Rühle*; Minister für Handel und Versorgung: Hubert *Hannich*; Finanzminister: Ernst *Lorenz*; Minister ohne Geschäftsbereich: Richard *Richter*.

25. November: Vor Gewerkschaftlern erklärt der amerikanische Hohe Kommissar, John J. *McCloy*, in Hamburg, es lohne sich, die Freiheit zu verteidigen. Der kommunistischen Bedrohung Deutschlands und Europas könnten die freien Nationen nur gemeinsam begegnen. Wenn eine deutsche Beteiligung an einer europäischen Armee vorgeschlagen werde, so bedeute das keine grundsätzliche Aenderung der amerikanischen Politik seit 1945. Er glaube, die deutsche Arbeiterschaft sei bereit, die entsprechende Verantwortung für das Geschick Deutschlands zu übernehmen und sich für die Sache der Freiheit zusammenzuschließen.

Die Landtagswahlen in Bayern haben folgendes vorläufiges Ergebnis:

Partei	Stimmen	Sitze
Sozialdemokratische Partei	2 586 659	63 (54)
Christlich-Soziale Union	2 526 780	64 (104)
Bayernpartei	1 656 512	39 (—)
Deutsche Gemeinschaft/Block der Heimatvertriebenen	1 135 759	26 (—)
Freie Demokratische Partei	652 139	12 (9)
Wirtschaftl. Aufb.-Vereinigung	260 188	— (13)
Kommunistische Partei	178 683	— (—)
Deutscher Block	82 010	— (—)
Bayer. Heimat- u. Königspartei	71 082	— (—)

(In Klammern die Ergebnisse der Landtagswahlen vom 1. Dezember 1946.)

Der Ausschuß der Nationalen Front im sowjetischen Sektor Berlins fordert in einem an die drei alliierten Stadtkommandanten sowie an die sowjetische Kontroll-

kommission gerichteten Schreiben die Durchführung freier, demokratischer Wahlen in ganz Berlin im März 1951.

Die Christliche Arbeiter-Jugend (CAJ) erklärt auf einem Studientag in Essen in einer Stellungnahme zu einem deutschen Beitrag für eine europäische Verteidigung, daß die CAJ sich für die Lösung der sozialen Probleme einsetze, aber auch eine Verpflichtung anerkenne, die Freiheit der Person und der Gemeinschaft zu verteidigen.

27. November: Ein Sprecher der Alliierten Hohen Kommission erklärt in Bonn, daß auf alliierter Seite auf die Anerkennung der Vor- und Nachkriegsschulden Deutschlands durch die Bundesregierung und auf die Uebernahme einer Garantie, für die europäische Verteidigung nötige Rohstoffe in gerechten Anteilen zur Verfügung zu stellen, gewartet werde. Nach Eingang dieser Zusagen werde die Bundesregierung ein Auswärtiges Amt errichten dürfen und Erleichterungen auf dem Gebiet der Gesetzgebung, des Außenhandels und der Industrie erhalten.

Der Vorsitzende des Rates der Evangelischen Kirche, Bischof Otto *Dibelius*, eröffnet in Frankfurt die evangelische Kirchensynode für Hessen und Nassau. Am 28. November befaßt sich die Synode mit den Äußerungen von Kirchenpräsident Martin *Niemöller*. Baron von *Heyl* erklärt, er glaube, daß die Wirkung der Äußerungen Niemöllers unbeabsichtigt gewesen sei. Im Endergebnis arbeite er für die imperialistische Politik des Ostens und beschwöre die Gefahr herauf, daß sich die Vereinigten Staaten von der Bundesrepublik abwendeten. Kirchenpräsident Martin *Niemöller* erklärt in seiner Entgegnung, die Kirche müsse das Gewissen der Nation sein. Er betrachte es als das größte Unglück, den Deutschen Waffen zu geben. Das wolle er verhindern. Er werde nichts verschweigen, was er um des Gewissens willen sagen müsse. Am 29. November betont die Synode in einer Entschliebung, jeder evangelische Christ habe das Recht und die Freiheit, zu den Fragen des öffentlichen Lebens Stellung zu nehmen. Kirchenpräsident *Niemöller* habe eine für das Volk lebenswichtige Frage zur Diskussion gestellt.

28. November: Der Außenminister der Deutschen Demokratischen Republik, Georg *Dertinger*, und der Chef der Diplomatischen Mission der Republik Polen, Jan *Izydorczyk*, vollziehen in Berlin den Austausch der Ratifikationsurkunden zu dem Abkommen über die deutsch-polnische Grenze vom 6. Juli 1950.

Auf einer Wahlkundgebung in Berlin erklärt der erste Vorsitzende der SPD, Dr. Kurt *Schumacher*, die SPD werde erst dann einem deutschen Verteidigungsbeitrag zustimmen, wenn der Westen alle Aussicht habe, die erste Schlacht zu gewinnen. Die Bundesregierung schwäche durch ihre Wirtschafts- und Sozialpolitik die Abwehrkraft Westdeutschlands gegen den Kommunismus.

30. November: Der Fraktionsvorsitzende der CDU/CSU im Bundestag, Dr. Heinrich von *Brentano*, erklärt vor Pressevertretern in Bonn zu der Haltung der SPD gegenüber einem deutschen Verteidigungsbeitrag, es sei nicht der richtige Augenblick, Vorleistungen der Alliierten zu fordern und eigene zu verweigern. Ob-

wohl in die Verteidigungsentschließung des Europarates die Gleichberechtigung aufgenommen worden sei, sei die Entschließung von den SPD-Abgeordneten abgelehnt worden. Dabei sei nicht nach deutschen, sondern nach parteipolitischen Gesichtspunkten entschieden worden.

Frankreich

23. November: Die Nationalversammlung billigt mit 337 gegen 187 Stimmen die Indochinapolitik der Regierung und ermächtigt sie, die Mittel für die Streitkräfte in Indochina so weit wie möglich zu erhöhen.
28. November: Die Nationalversammlung stimmt mit 235 gegen 203 Stimmen für einen Mißtrauensantrag der Kommunistischen Partei gegen Verteidigungsminister Jules Moch, der jedoch nicht die verfassungsmäßige Mehrheit erhält. Nach der Sitzung erklärt Ministerpräsident René Pleven den Rücktritt des Kabinetts, den Staatspräsident Vincent Auriol jedoch unter Hinweis auf die Nichtigkeit des Votums der Nationalversammlung ablehnt. Am 29. November stellt der Ministerpräsident vor der Nationalversammlung die Vertrauensfrage.

Europarat

18. November: In Straßburg wird der zweite Teil der diesjährigen Sitzungsperiode der Konsultativversammlung eröffnet. Als Berichterstatter des Ministerausschusses führt der italienische Außenminister, Graf Carlo Sforza, aus, man müsse die öffentliche Meinung in den einzelnen europäischen Ländern darauf vorbereiten, daß die Preisgabe eines Teils der Souveränitätsrechte notwendig geworden sei. Der Ministerausschuß habe einer Revision des Statuts des Europarats im Prinzip zugestimmt. In der Debatte stellt der französische Abgeordnete Paul Reynaud fest, daß durch das Vetorecht im Ministerausschuß jede Regierung Beschlüsse des Europarats verhindern könne, ohne sich dafür verantworten zu müssen.
19. November: Der Allgemeine Ausschuß (Politische Ausschuß) der Konsultativversammlung stimmt mit 11 gegen 10 Stimmen für den von dem französischen Abgeordneten Georges Bidault eingebrachten Vorschlag, die Föderation der europäischen Staaten auch ohne Beteiligung Großbritanniens sofort durchzuführen. Der Antrag kann der Konsultativversammlung nicht vorgelegt werden, da die erforderliche Zweidrittelmehrheit nicht erreicht ist.
- Der britische Abgeordnete Ronald W. Mackay legt dem Allgemeinen Ausschuß einen Plan zur Umgestaltung des Europarats in eine europäische politische Autorität vor. Danach soll der Ministerausschuß in ein Oberhaus verwandelt werden, in dem die Mitgliedstaaten ein eingeschränktes Vetorecht behalten sollen, während die Konsultativversammlung zu einer legislativen Körperschaft ausgebaut werden soll. Die Organisationen der OEEC und die nichtmilitärischen Organisationen des Brüsseler Pakts sollen durch entsprechende vertragliche Vereinbarungen der Autorität des Europarates unterstellt werden.
20. November: In der Straßburger Orangerie, gegenüber dem Europahaus, konstituiert sich aus Vertretern der UEF, Nouvelles Equipes Internationales und Sozialistischen Bewegung für die Vereinigten Staaten von Europa der „Europäische Rat der Orangerie“, der sich später „Rat der europäischen Völker“ nennt. Dieser Rat richtet am 22. November eine Botschaft an die Konsultativversammlung, in der er fordert, daß diejenigen Staaten, die sich mit der Abtretung eines Teils ihrer Souveränität einverstanden erklären, unverzüglich mit der Bildung europäischer bundesstaatlicher Behörden beginnen sollen.
21. November: In der Debatte der Konsultativversammlung über den Schuman-Plan gibt der französische Abgeordnete Paul Reynaud als Berichterstatter des Ausschusses für Wirtschaftsfragen bekannt, daß der Vertrag voraussichtlich noch vor Ende dieses Jahres unterzeichnet werden könne. Er hoffte, daß Großbritannien sich in irgendeiner Form daran beteiligen werde, wenn die „Hohe Behörde“ geschaffen sei. Der britische Abgeordnete Hugh Dalton erwidert darauf, Großbritannien sei noch nicht bereit, die Kontrolle über seine Kohle und seinen Stahl an eine internationale Körperschaft abzutreten, es werde jedoch prüfen, wie weit es mit der neuen Organisation zusammenarbeiten könne. Die Versammlung erneuert ihre Empfehlung zum Schuman-Plan vom 26. August.
22. November: Die Konsultativversammlung beginnt die Debatte über den Bericht des Allgemeinen (Politischen) Ausschusses zur Schaffung einer europäischen politischen Autorität. Der französische Abgeordnete Edouard Bonnefous unterstützt den Vorschlag des Allgemeinen Ausschusses zur Bildung von internationalen Behörden. Diese führten sicherer zu einem vereinigten Europa als nur auf dem Papier stehende Verfassungen. Der deutsche sozialdemokratische Abgeordnete Professor Carlo Schmid tritt für den Plan des britischen Abgeordneten Mackay ein, der als einziger die Chance biete, auch für Großbritannien und die skandinavischen Länder annehmbar zu sein. Deutschland müsse jedoch in den beiden in dem Plan vorgeschlagenen Kammern Sitz und Stimme erhalten, wenn es die Beschlüsse dieser Kammern als bindend betrachten solle. Am 23. November billigt die Konsultativversammlung mit 83 gegen 9 Stimmen eine Empfehlung zur Bildung internationaler Behörden, zu denen jedem Mitgliedstaat der Beitritt freistehen soll und deren Kontrollorgane dem Europarat verantwortlich sein sollen. Der Schuman-Plan soll weitgehend gefördert werden; zwei Sonderausschüsse sollen bis zur nächsten Sitzungsperiode die Möglichkeiten zur Bildung ähnlicher Organisationen für die Landwirtschaft und das Transportwesen prüfen. Der Vorschlag zur Bildung internationaler Behörden für Verteidigung und Auswärtiges wird mit 39 gegen 57 Stimmen abgelehnt. Mit 73 gegen 7 Stimmen wird eine Empfehlung zur Abänderung der Statuten des Europarats gebilligt, deren wichtigste Punkte sind: 1. Beschränkung des Vetorechts im Ministerausschuß; 2. Aufhebung des Verbots der Diskussion von Verteidigungsfragen.
24. November: Der französische Außenminister, Robert Schuman, erläutert vor der Konsultativversammlung den Pleven-Plan. Er betont, daß die europäische Armee nicht die Zusammenfassung von nationalen Armeen bedeute, sondern daß jeder Staat Teile seiner Sou-

veränität aufgeben müsse. Kein Teilnehmerstaat dürfe seine Kontingente aus ihr zurückziehen können. Eine Diskriminierung eines der beteiligten Staaten sei ausgeschlossen. Der deutsche Abgeordnete Hans-Albrecht Frhr. von Rechenberg bittet die westeuropäischen Nationen, ihr Mißtrauen gegenüber Deutschland aufzugeben und seine Gleichberechtigung anzuerkennen. Ohne diese könne es keine europäische Armee geben. Die Furcht vor einem deutschen Bündnis mit der Sowjetunion sei unbegründet. Wenn man Deutschland wieder Hoffnung gebe, dann werde es seine Pflicht tun.

Auf ihrer Schlußsitzung billigt die Konsultativversammlung mit 83 gegen 7 Stimmen der deutschen Sozialdemokraten die von dem britischen Abgeordneten Duncan Sandys vorgeschlagene Resolution zur Bildung einer europäischen Armee und Schaffung eines europäischen Verteidigungsministeriums. Darin nimmt die Versammlung zur Kenntnis, daß zur Verteidigung Europas eine gemeinsame atlantische Streitmacht gebildet werden soll, fordert die Beteiligung deutscher Streitkräfte, hebt den Grundsatz hervor, daß keiner der beteiligten Staaten diskriminiert werden dürfe, und ruft die europäischen Regierungen auf, ihre Meinungsverschiedenheiten bezüglich der militärischen und politischen Struktur der Streitmacht schnellstens beizulegen.

Griechenland

28. November: Ministerpräsident Sophokles Venizelos gibt die Wiederaufnahme diplomatischer Beziehungen zu Jugoslawien bekannt. Am 30. November wird diese Maßnahme vom Parlament einstimmig gebilligt. Der frühere Ministerpräsident, General Nicholas Plastiras, schlägt dabei die Bildung eines Balkanblocks, bestehend aus der Türkei, Jugoslawien und Griechenland, vor.

Großbritannien

20. November: Außenminister Ernest Bevin erklärt vor dem Unterhaus zu der ägyptischen Forderung auf Räumung der Suezkanal-Zone, die Regierung werde keine Maßnahmen ergreifen, die zu einer Schwächung der Verteidigung im Mittleren Osten führen könnten. Zur Forderung auf Anschluß des Sudans an Ägypten erklärt er, den Sudanese selbst müsse die Entscheidung über ihre Zukunft überlassen bleiben.
28. November: Der Colombo-Plan für die gemeinsame wirtschaftliche Entwicklung Süd- und Südasiens, der auf der Commonwealth-Konferenz in London im Oktober fertiggestellt wurde, wird veröffentlicht. Der Plan sieht Investitionen in Höhe von 1,87 Milliarden Pfund Sterling vor.

Der ägyptische Außenminister, Mohammed Salah el Din Bey, trifft zu Verhandlungen mit dem Außenministerium und zu Finanzbesprechungen in London ein. Er erklärt vor Pressevertretern, die Beendigung der Besetzung ägyptischen Gebietes durch britische Truppen würde die Beziehungen zwischen beiden Ländern wesentlich freundlicher gestalten.

29. November: Außenminister Ernest Bevin eröffnet die außenpolitische Debatte im Unterhaus. Zum Korea-Krieg erklärt er, man wisse noch nicht, ob die chinesische Intervention zum Schutze chinesischer Interessen erfolgt sei oder ob eine weltumspannende chinesisch-sowjetische Verschwörung bestehe. Am 30. November sagt der Führer der Opposition, Winston Churchill, der Regierung die Unterstützung seiner Partei zu. Er schlägt vor, ein Uebereinkommen mit der Sowjetunion zu suchen, solange das Uebergewicht der Westmächte auf dem Gebiete der Atomwaffen noch das sonstige militärische Uebergewicht der Sowjetunion ausgleiche. Die Entscheidung über das Schicksal der Welt werde in Europa fallen.

Polen

16. November: Der zweite Weltfriedenskongreß wird in Warschau von dem Präsidenten des Weltfriedenskomitees, Professor Frédéric Joliot-Curie (Frankreich), eröffnet. Der Delegierte der Deutschen Demokratischen Republik, Johannes R. Becher, bekräftigt am 17. November vor dem Kongreß den Verzicht seiner Regierung auf die Gebiete ostwärts der Oder-Neiße-Linie. Nach einer Warnung, daß die Ereignisse in Westdeutschland eine Bedrohung des Weltfriedens seien, bezeichnet er es als die große geschichtliche Aufgabe des deutschen Volkes, die Kriegsverbrechen seiner Geschichte dadurch wiedergutzumachen, daß es neue Kriegsverbrechen in Europa verhindere. Am 19. November erklärt der amerikanische Delegierte John Rogge unter lebhaften Mißfallenskundgebungen der Kongreßteilnehmer, die Versuche des Kominform, die Welt nach seinen Gesichtspunkten zu reformieren, stellten eine weit größere Bedrohung des Friedens dar als die Atombombe.
22. November: Der Weltfriedenskongreß beschließt in seiner Schlußsitzung ein Manifest, in dem die Völker der Welt aufgerufen werden, für die Beendigung des Koreakrieges, das Verbot der Atomwaffen und die Einführung einer Gesetzgebung gegen Kriegspropaganda zu kämpfen und eine Zusammenkunft der Vertreter der fünf Großmächte zu erzwingen. Es wird ein Weltfriedensrat konstituiert, der am 23. November zu seiner ersten Tagung zusammentritt und Professor Frédéric Joliot-Curie zu seinem Präsidenten wählt.

Wichtige Ereignisse in der übrigen Welt

Afrika

Ägypten

16. November: Mit einer Thronrede, die Ministerpräsident Mustafa el Nahas Pascha in Anwesenheit König Faruks verliest, wird die neue Sitzungsperiode des Parlaments eröffnet. In der Thronrede werden der

Abzug aller noch auf ägyptischem Boden stehenden britischen Truppen und die Vereinigung des anglo-ägyptischen Sudans mit Ägypten gefordert.

Libyen

25. November: Die auf Grund des Beschlusses der Vereinten Nationen vom 17. November gebildete Kon-

stituierende Nationalversammlung, bestehend aus je 20 Abgeordneten der drei Landesteile Tripolitanien, Cyrenaika und Fessan, tritt in Tripolis zusammen.

Amerika

Uruguay

26. November: Bei den Präsidentschaftswahlen erhält die Colorado-Partei die Mehrheit gegenüber der Nationalisten-Partei. Von den drei Kandidaten der Colorado-Partei erhält Andres *Martinez Trueba* die meisten Stimmen.

Venezuela

27. November: Der regierende Staatsrat ernennt den bisherigen Botschafter in Lima, Germán *Suárez Flamerich*, zu seinem Präsidenten als Nachfolger des am 13. November ermordeten Oberstleutnants Carlos *Delgado Chabaud*. Die baldige Abhaltung allgemeiner Wahlen und eine Regierungsumbildung werden bekanntgegeben. Die neue Regierung setzt sich folgendermaßen zusammen: Staatsrat: Germán *Suárez Flamerich*, Oberstleutnant Marcos *Pérez Jiménez* und Oberstleutnant Luis *Llovera Paez*; Innenminister: Oberstleutnant Luis *Llovera Paez*; Außenminister: Luis Emilio *Gomez Ruiz*; Verteidigungsminister: Oberstleutnant Marcos *Pérez Jiménez*; Finanzminister: Aurelio *Arreza*; Minister für wirtschaftliche Erschließung: Emilio *Pero Herrera*; Arbeitsminister: Carlos *Tinoco Rodil*; Minister für öffentliche Arbeiten: Gerardo *Sanson*; Landwirtschaftsminister: Pedro José *Lara Peña*; Verkehrsminister: Oberstleutnant Oscar *Mazzei*; Erziehungsminister: Simón *Becerra*; Gesundheits- und Sozialminister: Raul *Soules Baldo*.

Vereinigte Staaten

16. November: Präsident Harry S. *Truman* versichert auf seiner Pressekonferenz, daß die Vereinigten Staaten niemals die Absicht hatten, die Kampfhandlungen von Korea aus auf chinesisches Gebiet auszudehnen. Sie würden jeden mit ihrer Ehre zu vereinbarenden Schritt unternehmen, um eine Ausweitung des Konflikts zu verhindern.
17. November: Der Chef des Vereinigten Generalstabs, General Omar N. *Bradley*, bezeichnet in einer Rede vor Journalisten der *Associated Press* in Atlanta den westeuropäischen Kontinent als die Schlüsselstellung im strategischen Konzept der Verteidigung der freien Nationen. Deshalb müsse eine schnelle Beseitigung des Stillstands in den Verhandlungen über die Beteiligung Deutschlands gefunden werden.
29. November: Außenminister Dean *Acheson* bezeichnet in einer Rundfunkrede an das amerikanische Volk den chinesischen Angriff in Korea als Teil des weltumspannenden Angriffsplans des internationalen Kommunismus. Der Angriff habe eine Situation von unvergleichlicher Gefahr heraufbeschworen. Nach einem Hinweis darauf, daß gewaltsame Auseinandersetzungen ein fester Bestandteil der kommunistischen Ideologie seien, nennt der Außenminister sechs Punkte der „Strategie der Freiheit“: Stärkung der Autorität der Vereinten Nationen, Ausbau regionaler Sicherheitsorganisationen, Erhöhung der militärischen Stärke, wirtschaftliche Zusammenarbeit, Bereitschaft zu fried-

licher Regelung, Beharren auf den Prinzipien der westlichen Gemeinschaft.

30. November: Präsident Harry S. *Truman* gibt in seiner Pressekonferenz eine Erklärung zu dem chinesischen Angriff in Korea ab, in der es heißt, die Vereinten Nationen würden trotz der Rückschläge, die sie augenblicklich erleiden, ihre Mission in Korea nicht aufgeben. Es sei wichtiger als je zuvor, die Streitkräfte der freien Welt so schnell wie möglich zu verstärken und ein gemeinsames Oberkommando für Europa zu schaffen. Auf die Frage eines Pressevertreters erklärt der Präsident, die Anwendung der Atombombe sei seit dem Beginn des Koreakrieges ebenso erwogen worden wie der Gebrauch jeder anderen Waffe, er hoffe jedoch, daß die Haltung der chinesischen Volksregierung ihre Anwendung nicht notwendig mache. In einer kurze Zeit später veröffentlichten zweiten Erklärung unterstreicht der Präsident, daß die Entscheidung über die Verwendung der Atombombe ausschließlich bei ihm selbst liege und militärischen Stellen nicht anheimgestellt sei.

Asien

Chinesische Volksrepublik

17. November: Die Nachrichtenagentur „Neues China“ veröffentlicht den Wortlaut einer Note, die der indischen Regierung als Antwort auf den Protest gegen den Einmarsch in Tibet überreicht wurde. Darin heißt es, die tibetische Frage sei eine innere Angelegenheit Chinas und die Regierung werde keine Einmischung fremder Staaten dulden.
22. November: Der britische Geschäftsträger überreicht der Regierung eine Note, in der die britische Regierung die Zusicherung gibt, daß die Aktionen der Vereinten Nationen in Korea keine weitergehenden Ziele als die Wiederherstellung der Ruhe und die Vereinigung des Landes haben. Eine Bedrohung Chinas oder chinesischer Interessen sei nicht beabsichtigt.

Indien

20. November: Premierminister Jawaharlal *Nehru* erklärt im Parlament, Indien betrachte die im Vertrag von Simla im Jahre 1914 festgelegte Linie als seine Grenze gegenüber Tibet und lehne jeden Anspruch der Chinesischen Volksrepublik auf Gebiete südlich dieser Linie ab.

Irak

28. November: Ministerpräsident *Nuri es-Said* bezeichnet auf dem Jahreskongreß seiner Partei, der Konstitutionellen Union, den irakisch-britischen Vertrag von 1930 als überholt. Die Beziehungen zu Großbritannien müßten so gestaltet werden, daß die Souveränität und nationale Würde des Irak nicht verletzt werden; keine fremde Macht dürfe das Recht haben, militärische Stützpunkte auf irakischem Gebiet zu unterhalten.

Korea

16. November: Die Truppen der Vereinten Nationen rücken gegen geringen Widerstand weiter vor und erreichen am 21. November bei Hyesanjin die koreanisch-chinesische Grenze.

23. November: Die Nationalversammlung billigt die Ernennung des bisherigen Botschafters in Washington, Dr. John M. *Chang*, zum Ministerpräsidenten.
24. November: Die Truppen der Vereinten Nationen treten im Westabschnitt der Front zu einer neuen Offensive an. Am 26. November beginnen chinesische und nordkoreanische Truppen eine Gegenoffensive mit überlegenen Kräften, die schnell zum Zusammenbruch des rechten Flügels der verbündeten Truppen führt.
28. November: Der Oberbefehlshaber der Truppen der Vereinten Nationen, General Douglas *MacArthur*, übersendet den Vereinten Nationen ein Sonderkommuniqué über die Intervention geschlossener chinesischer Truppenverbände in Stärke von über 200 000 Mann, die durch starke Reserven hinter der chinesisch-koreanischen Grenze laufend verstärkt werden. Dadurch befänden sich die Vereinten Nationen in Korea in einem völlig neuen Kriege, der Probleme aufwerfe, die auf politischer Ebene gelöst werden müßten.
29. November: Die Truppen der Vereinten Nationen treten einen allgemeinen Rückzug an.

Nepal

21. November: Die aufständischen bewaffneten Kräfte der Kongreßpartei werden von Regierungstruppen zur Einstellung des Kampfes gezwungen.

Vietnam

22. November: Die Viet-minh-Truppen eröffnen eine neue Offensive gegen das Delta des Roten Flusses und die Festung Moncay. Die Angriffe werden grobenteils abgewehrt und verlorengegangene Positionen bis zum Monatsende von den französischen Truppen wieder zurückgewonnen.
28. November: Stabschef *Bao Dai* erklärt vor einer Volksversammlung in Hadong (Tonking), das vietnamesische Volk müsse eine große nationale Armee aufstellen, wenn es frei von Furcht und Zwang leben wolle. Die Unabhängigkeit Vietnams sei jetzt nahezu erreicht; es blieben nur noch einige Einzelheiten mit der französischen Regierung zu regeln.

Australien

Australischer Bund

28. November: Außenminister Percy C. *Spender* schlägt vor dem Repräsentantenhaus den Abschluß eines pazifischen Sicherheitspakts vor. Australien sei daran interessiert, ein dauerndes Sicherheitssystem zu schaffen, innerhalb dessen es seinen Beitrag zur Erhaltung des Friedens leisten könne.

Organisation der Vereinten Nationen

17. November: Die Vollversammlung billigt mit 50 gegen 0 Stimmen die Resolution zur Herstellung der Unabhängigkeit Libyens und mit 49 gegen 5 Stimmen den jugoslawischen Plan zur Unterbindung von Kampfhandlungen und Feststellung des Angreifers. Der sowjetische Friedensplan, der den Abschluß eines Fünfmächte-Friedenspakts, die Aechtung der Atombombe und eine Abrüstung um ein Drittel der jetzigen Streitkräfte vorsieht, wird mit großer Mehrheit abgelehnt. Dafür nimmt die Vollversammlung den

Gegenvorschlag der Westmächte an, in dem die Aechtung des Angriffskrieges, die Kontrolle der Atomenergie und eine stufenweise Beschränkung der Rüstungen unter internationaler Kontrolle gefordert werden.

- Generalsekretär Trygve *Lie* legt der Vollversammlung seinen Friedensplan vor, den er im Frühjahr den Großmächten bei seiner Reise durch ihre Hauptstädte vorgeschlagen hatte. Darin werden folgende zehn Punkte empfohlen: Periodische Sitzungen des Sicherheitsrats unter Teilnahme der Außenminister, Kontrolle der Atomenergie, Abrüstung, Aufstellung von Truppenkontingenten für die Vereinten Nationen, Aufnahme der bisher zurückgewiesenen Staaten, technische Hilfe für unterentwickelte Gebiete, Ausbau der technischen Organe der Vereinten Nationen, Schutz der Menschenrechte, Emanzipierung der Kolonialvölker, Entwicklung des Völkerrechts im Sinne einer universalen Weltgemeinschaft. Am 20. November begrüßt die Vollversammlung den Friedensplan mit 51 gegen 5 Stimmen und überweist ihn den zuständigen Organen der Vereinten Nationen zur Prüfung.
24. November: Der Politische und Sicherheitsausschuß billigt mit 30 gegen 8 Stimmen den sowjetischen Vorschlag, den Vertreter der Chinesischen Volksrepublik, *Wu Hsiu-tschuan*, zur Teilnahme an der Formosadebatte einzuladen. In dieser Debatte legt der sowjetische Außenminister, Andrej J. *Wyschinski*, dem Ausschuß eine Resolution vor, in der die Vereinigten Staaten beschuldigt werden, durch Besetzung und Blockade Formosas eine Angriffshandlung gegen China begangen zu haben. Für die Vereinigten Staaten weist John Foster *Dulles* die sowjetischen Anschuldigungen zurück.
25. November: Der Politische Sonderausschuß der Vollversammlung billigt mit 38 gegen 14 Stimmen einen Plan zur Vereinigung Eritreas mit Äthiopien zu einem Bundesstaat. Der Plan sieht vor, bis zum 15. September 1952 eine eritreische Regierung zu bilden und dann das Land der Souveränität der äthiopischen Krone zu unterstellen.
28. November: Der amerikanische Vertreter im Sicherheitsrat, Warren R. *Austin*, beschuldigt die Chinesische Volksrepublik in Anwesenheit ihres Vertreters, *Wu Hsiu-tschuan*, der offenen Aggression in Korea. *Wu Hsiu-tschuan* lehnt die Teilnahme an einer Diskussion über Korea ab und fordert Sanktionen gegen die Vereinigten Staaten wegen ihres Angriffs auf chinesisches Gebiet und ihrer Intervention in Korea. Die chinesische Volksregierung werde keine Beschlüsse des Sicherheitsrats anerkennen, die unter Mitwirkung des Vertreters der Kuomintang gefaßt werden. Am 29. November fordert Warren R. *Austin* die beschleunigte Annahme der dem Rat seit dem 10. November vorliegenden Sechsmächte-Resolution, in der der Rückzug der chinesischen Truppen aus Korea angeordnet wird. Am 30. November legt der sowjetische Vertreter gegen die Resolution, für die 9 Stimmen abgegeben werden, sein Veto ein. Zwei sowjetische Anträge, die Vereinigten Staaten zur Zurückziehung ihrer Truppen von Formosa zu veranlassen und Sanktionen gegen sie zu verhängen, werden mit 1 gegen 9 Stimmen abgewiesen.

